Redebuch

2007

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

116. 117. 118. 119.
120. 121. 122. 123.
124. 125. 126. 127.
128. 129. 130. 131.
132. 133. 134.
135. 136. 137. 138.
139. 140. 141. 142. 143.
144. 145. 146. 147.
148. 149. 150. 151.
152. 153. 154. 155. 156.
157. 158. 159. 160.
161. 162. 163.

Statistik Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

116. Bremer Montagsdemo am 08. 01. 2007

Stop!

Ein dreifaches Hoch auf das Jahr 2007! Wann werden wir Rentner mehr Rente kriegen? Oben fließen die steigenden Diäten in Strömen, doch gekürzt wird immer nur bei den Renten und Löhnen!

Du Mensch hier unten, du bist nicht klein! Wann wirst auch du auf der Straße sein? Nur durch Druck, das weißt du genau, werden manchmal oben die Regierenden schlau!

Ich hörte auf der Straße einen Mann laut schrei'n, dort oben sollten nur lauter Verbrecher sein! Wenn Menschen solche harten Worte rufen, müsste man oben nach den Gründen suchen!

Da gibt es doch zu denken: Warum und wieso war der wütende Mann vor Weihnachten nicht froh? Die Gedanken sind frei! Keiner kann sie einfangen – weshalb Politiker häufig vor Wahlumfragen bangen!

Warum fragen sie wohl ständig, wer vorne wäre? Sie kennen zwischen Armen und Reichen die Schere! Was der Reiche denkt, wissen sie – was der Arme wählt, fürchten sie!

Die Kluft zwischen Bürgern und Politikern wächst von Tag zu Tag noch immer! Dass Politiker von „Erfolgen" sprechen und sich feiern lassen, macht die Kluft noch schlimmer.

Unsere Volksvertreter kriegen fast alles umsonst, sie könnnen sogar den Flieger buchen! Wir, das Volk, zahlen uns dumm und dämlich und müssen nach Spuren von Demokratie schon suchen!

Die sogenannte Riester-Rente führte man ein – und prompt ließ man jedes Erhöhen der Rente sein! Auch Rentenkürzungen gibt's im Alter zu erleben: So kann man der Oberschicht mehr in die Tasche geben!

Die politische Spitze spaltet die Gesellschaft in Arm und Reich! So wird unvermeidlich diese Gesellschaft immer härter statt weich! Skandalös, dass die Menschen, bis sie 67 sind, arbeiten sollen, obwohl die Betriebe kaum noch Überfünfzigjährige einstellen wollen!

Einst fragten wir uns: Wie viele Jahre Arbeitszeit haben wir für die Rente zusammenbekommen? Bald fragt sich die Unterschicht: Wie viele Jahre Arbeitszeit hat uns die Raffgier der Ob'ren genommen?

„Schaden vom Volk wenden", so sollte es sein. Doch das Volk rutscht immer tiefer in die Armut rein! Die Kluft klafft, die Gier rafft! Stop!

Ursula Gatzke (parteilos)

Neues Koalitionskonzept: Sozialversicherungspflichtige Stellen für „Schwervermittelbare" sollen unbefristet mit halbem Tariflohn subventioniert werden *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung")*

Deutschland ist Exportweltmeister: Trotz angeblich mangelhafter Konkurrenzfähigkeit hat die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt kräftigst abgesahnt *(Michael Schöfer)*

Wir sind sozialer, hahaha!

Ich habe hier alles schwarz auf weiß: Plötzlich wollen die Parteien sich selbst übertreffen! Sogar die FDP möchte sozialer werden, den Menschen wieder in den Vordergrund stellen. Wer hätte das gedacht! Oder ist alles nur Show? Ischa Wahlkampf!

Jetzt wäre der richtige Moment für unsere Gewerkschaften, mal zu beweisen, dass sie ihr Geld wert sind, wo doch auch Herr Westerwelle seine soziale Ader entdeckt haben will. Wir hier reden davon schon über zwei Jahre, aber was lange währt, wird endlich gut!

Ich habe noch nicht die Hoffnung aufgegeben, den einen oder anderen Politiker hier zu sehen. Das wäre doch volksnah! Vielleicht könnten sie dann besser verstehen, worum es den Menschen wirklich geht. Ich erwarte nicht, dass jedes Problem sofort gelöst werden kann. Wenn ich aber an die Gesundheitsreform denke, wird mir schon ganz mulmig, weil ich dann als Bürger dieses Landes nicht mehr über mein eigenes Wohl mitzubestimmen habe!

Deshalb rede ich hier, und das sollten viele andere auch machen. Reden Sie mit uns, hier am Offenen Mikrofon! Aber es heißt nicht nur klagen, sondern auch hinterfragen: Dann müssen nämlich die Damen und Herren, die uns Bürger nur vertreten, auch in unserem Sinne handeln. Dafür wurden sie von uns gewählt!

Bei der Gesundheitsreform blickt keiner mehr durch, worum es für den Einzelnen wirklich geht. Die Politiker werden immer unglaubwürdiger, indem sie sich noch nicht einmal an bestimmte Vereinbarungen halten. Das ist Vertragsbruch und geht zu Lasten der Menschen, die sie vertreten sollen. Solche Politiker wähle ich bestimmt nicht!

Udo Riedel (parteilos)

Die sozialste Partei im Land

Das Jahr 2007 soll das wärmste überhaupt werden. Klimatisch ist das eine ziemliche Katastrophe. Diese Wärme passt auch überhaupt nicht zu der sozialen Kühlschrankkälte, derer sich Deutschland bemächtigt hat. In Bremen verbinden wir damit noch weit schlimmere Assoziationen, nachdem der grausam zu Tode gequälte kleine Kevin im Gefrierschrank seines Ziehvaters aufgefunden worden war.

Weil der angebliche Aufschwung völlig an den Langzeitarbeitslosen vorbeigeht, wird zum 27. Mal darüber nachgedacht, sie auf einem „dritten Arbeitsmarkt“ zu Dumpinglöhnen zu platzieren. In Dortmund spricht man inzwischen schon von einer „Hausfrauisierung“ auf dem Arbeitsmarkt: Nichtlohnarbeit wird mit Ein-Euro-Jobs über den klassischen Reproduktionsbereich Hausarbeit ausgeweitet. Ich fühle mich entsetzt ein wenig ins vorletzte Jahrhundert zurückversetzt!

Als besonderes Bonbon für Langzeitarbeitslose soll auch ein Teil der Ein-Euro-Jobs in 100.000 Jobs umgewandelt werden, damit die Ausbeutung nicht mehr zeitlich befristet sein muss, äh, die Möglichkeit vergrößert werden soll, wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Statt Qualifizierung und individueller Beratung erleben viele Arbeitssuchende, wie sie nur verwaltet und schikaniert werden, wenn sie nicht bereit sind, die teilweise rechtswidrigen Anforderungen ihrer Arbeitsberater zu erfüllen. Niemand aber gibt einen Hinweis auf die schlicht nicht vorhandenen Jobs!

Der Chef der Hamburger Arbeitsagentur fordert weitere „Reformen“: Hartz IV solle halbiert werden, um Langzeitarbeitslose zur Arbeitsannahme zu „motivieren“. Voraussetzung seien natürlich erhöhte Zuverdienstmöglichkeiten. Statt sich um die Opfer einer verfehlten Politik zu kümmern, ihnen mit angemessenen Überlebensgeldern ein normales Leben zu ermöglichen, Unternehmen das Abwandern zu erschweren, wird sich um den Begriff „Prekariat“ gestritten oder die verdeckte Armut schlicht bezweifelt.

Da stellt die Große Koalition einfach die Studienergebnisse in Frage, nicht aber ihre Tendenz. Das sind doch alles bloß verantwortungslose Wortklaubereien! Im vergangenen Oktober hat die Sozialwissenschaftlerin Irene Becker in einer Studie vorgelegt und errechnet, dass in Wirklichkeit mehr als zehn Millionen Menschen als bedürftig gelten und demnach auch Anspruch auf Leistungen hätten, selbst wenn sie diese aus Scham oder Unkenntnis nicht einfordern.

Als ob solch eine Verleugnung der Realität nicht ausreichte, gibt unser allseits geschätzter Müntefering auch noch falsche Zahlen heraus! In seiner Statistik ist es möglich, dass im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeitslosen um knapp 600.000 gesunken ist, wohingegen bis Ende Oktober aber nur 392.000 neue sozialversicherungspflichtige Stellen entstanden sind! Diese Lücke passt nicht so richtig zum bejubelten Aufschwung, auch Adam Riese dürfte berechtigte Zweifel beim Rechnen bekommen.

Ein Langzeitarbeitsloser muss nur einen Ein-Euro-Job machen oder eine Trainingsmaßnahme absolvieren, schon gilt er wieder als „kurzzeitig“ arbeitslos! Den Tricksereien werden Tür und Tor weit geöffnet, und dann schreiben die Gazetten natürlich, dass es wieder „brummt“ in der Wirtschaft und es endlich wieder Einstellungen gäbe. Die Langzeitarbeitslosen werden dann besonders drangsaliert, wenn’s angeblich brummt, weil sie sich wohl nur nicht kümmerten.

Aber die Regierung kann ja manchmal auch „sozial“ sein! So plant sie zum Beispiel Ausnahmen für körperlich schwer arbeitende Banker: Tausende von ihnen sollen offenbar der Rente mit 67 entgehen. Die Bundesregierung prüft Vorruhestandsregelungen, Betroffene könnten dann mit 62 Jahren ihre Rente in Anspruch nehmen. Wieder zeigt sich deutlich, wer hier mit wem zusammenarbeitet. Was ist mit den Dachdeckern, Bauarbeitern, Chirurgen, Lehrern, den vielfachen Müttern, also denen, die wirklich hart ranmussten? An die denkt wie immer niemand, sie haben keine Lobby.

Doch sowohl die Sozialdemokraten in Bremen wie auch die Freien Demokraten haben auf ihren Parteitagen mal wieder den „sozialen Aspekt“ entdeckt. Es geht dabei wie immer kaum um das Wohlergehen der Wähler, sondern nur darum, sich ihre Gunst irgendwie zu erschleichen. Plötzlich gehen die Parteien beinahe einen Streit darum ein, welche wohl am sozialsten sei!

Die SPD will sich mehr um die Klasse der „Working Poor“ kümmern, dafür sorgen, dass sie einen Gutschein zur Rückerstattung ihre Sozialabgaben bekommen, damit sich für sie Arbeit wieder „lohnt“. Sie spricht sich auch entschieden gegen Kombilöhne aus, will aber endlich einen Mindestlohn durchsetzen. Ausgerechnet die FDP als Partei der Besserverdienenden maßt sich hingegen an, die einzige Reformpartei zu sein, weil sie eben nicht für Umverteilung plädiert, sondern für mehr „Eigenverantwortung“. Klar, dazu haben in unserem Lande ja auch alle die gleiche Chance! – Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die sozialste Partei im Land, oder welche verarscht uns am meisten?

Elisabeth Graf (parteilos)

Wir sind im Klassenkampf!

1. Die **Gesundheitsreform** ist noch nicht verabschiedet und schon sehr wirkungsvoll! Unabhängig von dem neuen Gesetzestext sind die Kürzungen für die gesetzlichen Krankenkassen bereits in Kraft. Die stärkere Belastung der süddeutschen Beitragszahler war bereits aus dem ersten Entwurf ersichtlich: Bei einen bundeseinheitlichem Beitragssatz werden die Ostfriesen am meisten entlastet und die Bayern am meisten belastet. Insofern glaube ich, dass dieses Argument nur vorgeschoben war, um für die anstehenden Verhandlungen über die Aufteilung der Länderfinanzen etwas zu reifen.

Der weitere Grund ist die von der CSU angestrebte Vergünstigung für die private Krankenversicherung. „Die verteidigen die gesetzliche Krankenversicherung, als wären wir im Klassenkampf“, so ein CSU-Politiker. Wir sind im Klassenkampf! Die Zuschüsse zur gesetzlichen Krankenversicherung wurden bisher allgemein begründet. Der neue Zuschuss heißt „Ausgleich für die Mitversicherung der Kinder“. Damit hat die private Krankenversicherung eine einklagbare Hausnummer!

Frau Merkel klang gestern so überzeugt, die Gesundheitsreform werde termingetreu in Kraft treten! Frau Merkel hat schon ganz andere Probleme mit Geld gelöst, begonnen mit der Anzeigenkampagne. Die Zugeständnisse auf ihrer ersten EU-Konferenz haben alle in Euro überzeugt, teilweise war die positive Überraschung noch auf den Gesichtern zu erkennen! Die Meinung der gesetzlichen Krankenkassen findet man im Internet, meine in den vorherigen Reden.

Medikamente und Zuzahlung sind eigentlich selbstverständlich, doch es gibt auch Arzneimittel *ohne* Zuzahlung, für alle Wirkungsbereiche. Man kann diese Medikamente wechseln, die Ärzte und die Apotheker sind informiert. Bitte fragt nach, notfalls auch bei verschiedenen Anbietern!

Mexikos soziale Bewegung hat den Slogan: „Fragend schreiten wir voran!“ Wir gehen zur Wahl! Wir wollen eine andere Regierung! Wir schaffen eine Zukunft mit *ehrlichen* Politikern! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die Bagis und die Bundesagentur für Arbeit in Bremen haben sich erschrocken! Sie haben Sorgen! Die Trägerversammlung der Bagis hat für dieses Jahr eine Steigerung der geförderten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis-

se von 100 auf 400 beschlossen. Gleichzeitig sollen die Ein-Euro-Jobs reduziert werden. Die Tagung der SPD in Bremen ist insofern etwas hinterhergelaufen!

Wer über 55 oder noch keine 25 Jahre alt ist, kann durch das Programm „**50 plus**“ gefördert werden. Dies gilt auch für Teilzeitarbeit bis zu 80 Prozent der regelmäßigen Arbeitszeit sowie für Schwerbehinderte beziehungsweise sonstige Behinderte. Dieses Programm wird in unserer Stadt durch die Bremer Arbeit GmbH bewirtschaftet. Wer auf den Namen „50 plus“ baut, wird schnell merken: Es ist ein Sammelbegriff geworden.

Die Eckdaten von „50 plus“ lauten: Das Programm ist zur Zeit befristet bis zum 31. Dezember 2007. Der Erwerbslose muss langzeitarbeitslos sein (innerhalb der letzten 16 Monate insgesamt zwölf Monate beziehungsweise bei Unterfünfundzwanzigjährigen in den letzten acht Monaten insgesamt sechs Monate arbeitslos). Gefördert werden bis zu 100 Prozent der Personalkosten, inklusive Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, wenn es sich um einen „armen Verein“ handelt; andere Arbeitgeber erhalten circa 75 Prozent der Gesamtkosten. Der Arbeitslohn richtet sich nach den Tarifvertrag TV-L, nachzulesen bei Verdi. Der Erwerbslose muss in Bremen wohnen, die Tätigkeit kann anderswo ausgeführt werden.

Wie fange ich es als Betroffener an, eine solche Förderung zu erhalten? Zu klären sind folgende Fragen: Kenne ich einen Arbeitgeber? Bei ihm kann ich eine ganz normale Tätigkeit aufnehmen, mit 75 Prozent Förderung befristet bis 31. Dezember 2007, eventuell länger. Der Arbeitgeber muss dazu weder einen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen noch eine Beschäftigungsgarantie abgeben. Kenne ich einen gemeinnützigen armen Verein? Habe ich Interesse, öffentlich interessante Arbeit zu leisten, die zu diesem Verein passt? Der Verein kann der Arbeitgeber sein, mit 100 Prozent Förderung.

Danach den persönlichen Ansprechpartner bei der Bagis oder Bundesagentur kontaktieren und mit diesem das weitere Vorgehen besprechen. Es sind jeweils zwei Anträge nötig, denn Bagis/BA und Bremer Arbeit GmbH zahlen jeweils 50 Prozent der Fördersumme. Da dies alles nicht einfach ist, einfach mich ansprechen! Ich bin montags ab 17:30 Uhr auf der Bremer Montagsdemo und **dienstags** von **16 bis 19 Uhr** beim „**Sozialen Lebensbund**“ in den Räumen des „**Hibiduri**“ (Ecke Friedrich-Ebert-Straße/Thedinghauser Straße) zu erreichen. Meine E-Mail-Anschrift lautet *GDBinder(at)Web.de*.

Wir beraten dich ausführlich in allen Schritten, begleiten dich zu den Behörden, räumen die Vorbehalte beim Arbeitgeber aus. Wir übernehmen auch die Personalverwaltung und Abrechnung, weil insbesondere Vereine damit keine Erfahrungen haben. Kurzum: Wir unterstützen dich in allen Punkten soweit wie nötig und gewünscht!

Darüber hinaus kann jeder Ein-Euro-Mitarbeiter seinen Beschäftigungsträger fragen, ob diese Tätigkeit nicht auch mit „50 plus“ oder als ABM durchgeführt werden kann. Lasst euch bitte nicht von einem niedrig gegriffenem Arbeitslohn abschrecken, denn der ist verhandelbar! Auch für diese Neuausrichtung gilt das Vorstehende!

Insgesamt ist davon auszugehen, dass diese Förderungsmöglichkeit „50 plus“ erneut verlängert und eine mehrjährige Förderung möglich wird, wobei sich der geförderte Personenkreis erweitert. Schon heute kann über die Teilzeitförderung jeder Langzeiterwerbslose dieses Möglichkeit nutzen. Behinderte sind sowieso von jeglicher Beschränkung ausgenommen!

Die SPD der Freien Hansestadt Bremen hat bereits im letzten Jahr die Rückführung der Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse und die mehrjährige Förderung für Ältere bis zur Rente zugesagt. Bundesweit hat die Große Koalition mehr als 100.000 vollgeförderte Arbeitsplätze für Langzeiterwerbslose im Jahr 2007 angekündigt. Der hiesigen Arbeitsmarktverwaltung wollen wir helfen, diesen Geldsegen zielgerichtet auszugeben!

„50 plus“ heißt es auch bei der Bagis: So viele zusätzliche Fallmanager will sie möglichst bald einstellen, aber bitte nicht von diesem Geld! Alles, was Arbeit bringt, soll gefördert werden. Wenn ihr Ideen habt, stellt den Antrag und lasst euch nicht abweisen! Bei einer mündlichen Abweisung stellt den Antrag schriftlich mit ausführlicher Begründung, sicherlich ist dem persönlichen Ansprechpartner inzwischen etwas eingefallen! Wir helfen und gehen mit!

Die „**Blaue Karawane**“ sucht für eine öffentliche Veranstaltung Mitte Februar Menschen mit Erfahrung zum Thema Ein-Euro-Job. Haben Sie einen gemacht oder sind ihm ausgewichen? Diese Erfahrungen können entweder selbst in die Veranstaltung eingebracht oder über Dritte vermittelt werden. Der Kontakt kann durch eine E-Mail an mich erfolgen, über die Bremer Montagsdemo oder am **Freitag**, dem **12. Januar 2007**, um **14 Uhr** in der „Blauen Karawanserei“, Überseestadt Bremen, Speicher XI, Abteilung 4. Diese Veranstaltung erreicht Menschen, die von Hartz IV sehr wenig wissen!

3. Hier einige Anmerkungen zur Pauschalbesteuerung des **Minijobs** bis 400 Euro: Der Arbeitslohn wird nicht auf der Lohnsteuerkarte eingetragen und muss bei der Jahressteuerklärung nicht angegeben werden. Der Arbeitnehmer hat aufgrund dieser Tätigkeit keinen Krankenversicherungsschutz, obwohl der Arbeitgeber Beiträge zahlt, und nur einen geringen Rentenversicherungsschutz.

Für den **Midijob** über 400 Euro gilt: Der Verdienst wird auf der Lohnsteuerkarte eingetragen und muss bei der Jahressteuerklärung angegeben werden, aber dies ist für einen ALG-II-Betroffenen ohne weitere Einkünfte egal. Bei ALG I ist zu beachten, dass dieses bei der Jahressteuerklärung als „Lohnersatzleistung“ mitgerechnet wird, daher vorsichtshalber rechnen und nachfragen. Der Arbeitnehmer hat aufgrund dieser Tätigkeit Krankenversicherungsschutz, es ist keine Extraversicherung mehr nötig, und es besteht sogar Anspruch auf Krankengeld. Der Arbeitnehmer hat einen besseren Rentenversicherungsschutz und ist in der Pflegeversicherung versichert. Der Arbeitgeber spart und ist daher sicherlich einverstanden.

Die volle **sozialversicherungspflichtige Absicherung** kostet Geld, verringert aber auch den Anrechnungsbetrag. Hier die Vergleichsberechnung: a) Ge-

ringfügige Beschäftigung (Minijob) mit 400 Euro: Der Arbeitgeber zahlt pauschale Steuer und Sozialversicherung, insgesamt 30 Prozent, also 120 Euro. Die Kosten für den Arbeitgeber betragen 520 Euro. b) Midijob mit Arbeitslohn 410 Euro: Steuerklasse I/0 0 Euro, Krankenversicherung (13,5 plus 0,9 Prozent) 31,37 Euro, Pflegeversicherung einschließlich Zuschlag 4,51 Euro, Rentenversicherung 40,80 Euro, Arbeitslosenversicherung 8,61 Euro. Die Auszahlung beträgt 324,71 Euro, die Kosten für den Arbeitgeber liegen bei 495,29 Euro.

Mit einem Verzicht auf die Rentenversicherungsbefreiung zahlt der Arbeitnehmer mehr Rentenbeitrag und erhält den vollen **Rentenversicherungsschutz**. Bei einem Minijob zahlt der Arbeitgeber 15 Prozent Rentenversicherungsbeitrag, der Rentenversicherungsbeitrag im Jahr 2007 beträgt 19,9 Prozent. Die Differenz beträgt somit 4,9 Prozent. Von den gleichen Zahlen ist bei einem Minijob kurz oberhalb von 400 Euro auszugehen. Je höher der Verdienst, desto geringer wird der Zuzahlungsbetrag. Bei 800 Euro ist diese Zuzahlung nicht mehr nötig.

Dieser Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit kann auch bei einer laufenden Beschäftigung erklärt werden. Er kann nicht widerrufen werden und erlischt erst mit dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses. Wenn der Minijob in einem Privathaushalt ausgeübt wird, beträgt die Zuzahlungsdifferenz 14,9 Prozent, weil der Arbeitgeber nur fünf Prozent Rentenversicherungsbeitrag bezahlt.

Wer auch so keine Absicherung im Krankheitsfall erlangt, kann einen Antrag bei der Bagis/Arge stellen, wenn er durch den Beitrag zur Extrakrankenversicherung wieder hilfebedürftig beziehungsweise ALG-II-berechtigt wäre. Notwendig ist ein Antrag, gezahlt wird ein angemessener Betrag! Als angemessene Obergrenze gilt der Beitrag zur AOK-Krankenversicherung. Der Aufwand zur Rentenversicherung ist jetzt besonders zu empfehlen. Seit 1. Januar 2007 werden für ALG-II-Betroffen nur noch Rentenversicherungsbeiträge auf der Bemessungsgrundlage (Bruttoarbeitsverdienst) von 205 Euro gezahlt. Damit wurde die bisherige Berechnungsgrundlage fast halbiert.

4. Hier noch ein paar Tipps! In der Regel müssen **Unterfünfundzwanzigjährige** zu Hause wohnen bleiben, es sei denn, sie haben einen Grund für ihren Auszug, beispielweise Krach mit einem Elternteil beziehungsweise Mitglied der Bedarfsgemeinschaft oder eine andernorts beginnende Ausbildung.

In der Regel werden **Heizkosten** nur bis zu 1,10 Euro pro Quadratmeter übernommen, es sei denn, sie sind zwar höher, aber nicht unangemessen hoch. Weil diese Unangemessenheit nicht definiert ist, müssen die tatsächlichen Heizkosten übernommen werden. Auch bereits abgelehnte oder gekürzte Beträge können ab 1. Januar 2005 nachgefordert werden.

Bei den **Unterkunftskosten** hört man, die rechte Spalte der Wohngeldtabelle gelte nicht, aber das ist falsch! Vom Verwaltungsgericht Bremen wurde diese Spalte freigegeben und vom Bundessozialgericht auch darüber hinaus, wenn die Miete angemessen ist. Deren Angemessenheit richtet sich nach dem verfügbarem Wohnraum, dessen Verfügbarkeit ist durch die Bagis nachzuweisen. Daher hat

Bremen bei der Gewos ein neues Gutachten bestellt. Bis es geliefert wird, dürfte der Bagis solch ein Nachweis schwerfallen. Darüber hinaus gibt es viele Gründe, warum ein Umzug unzumutbar ist. In all diesen Fällen muss die Bagis die Miete ungekürzt übernehmen, auch wenn bei einem Umzug auf eine Erstattung verzichtet wurde.

Wenn ich den **Folgebescheid** für das ALG II nicht rechtzeitig gestellt habe, bekomme ich in der Regel einen Monat lang kein Geld. Dennoch ist der Folgeantrag entbehrlich, denn ALG II muss durchgängig bezahlt werden! Auch wenn zum Beispiel die Bescheinigung des Vermieters belegt, dass schon lange die Eingruppierung des Baujahrs falsch war, zahlt die Bagis den Mehrbetrag oft erst ab Eingang dieser Bescheinigung. Als Antragstellung beim ALG II gilt aber der erste Antrag, alle weiteren Anträge erfolgen auf Behördenwunsch und sind eigentlich entbehrlich. Damit gilt jede Klarstellung rückwirkend, im Fall der Miete also zum 1. Januar 2005 beziehungsweise einem späterem Einzugstermin.

Stromkosten werden durch die Bagis nicht übernommen, auch nicht darlehnsweise. Wenn aber der Strom für den Betrieb oder das Anmachen der Heizung nötig ist, hat die Bagis Stromschulden zu übernehmen, um eine Liefersperre zu vermeiden, zunächst als Darlehn, später, wenn die Gerichte sich durchsetzen, vielleicht als Regelleistung. Von Menschen ohne Girokonto nimmt die Landeszentralbank nur einen Euro pro Bareinzahlung.

Das Bundessozialgericht hat die **Umgangskosten** geschiedener oder getrenntlebender ALG-II-Betroffener mit ihren entfernt lebenden Kindern der Zuständigkeit des Sozialamtes zugeordnet. Zum Glück kann die Bagis entsprechende Anträge dorthin weiterleiten und bleibt wie bisher in der Zahlungspflicht, falls schon gezahlt wurde. Das Essen soll bei einer zeitweisen, tageweisen Zugehörigkeit zur Bedarfsgemeinschaft durch den anteiligen Regelsatz bezahlt werden. Alles ist vorher zu beantragen, gilt aber wie im Voranstehenden auch rückwirkend.

Die Sozialgerichte sind überlastet! Wen wundert's? Der Gesetzgeber denkt über weitere Änderungen nach. Eine wesentliche Verbesserung wäre es, wenn die Bagis/Arge zumindest Gerichtsentscheidungen akzeptieren und auch berücksichtigen würde! Am **8. Februar 2007** wollen wir ab **14:30 Uhr** erneut die Beachtung der aktuellen Rechtsprechung zum Thema **Wohnen mit Hartz IV** durch diese Landesregierung einfordern, durch eine **Demo** mit Besuch in der **Deputationssitzung**! Bitte diesen Termin vormerken, Näheres wird noch mitgeteilt!

5. Die Diakonie hat es veröffentlicht: Es gibt „**weder Sozialmissbrauch noch Leistungsexplosion**"! Die Diakonie hat sich geärgert über die Vorwürfe von Politikern, verbreitet durch die Medien und von vielen nachgeplappert! Arbeitsminister Clement hat veröffentlicht: „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke' und Selbstbedienung im Sozialstaat". Auf der Bremer Montagsdemo haben sich viele Redner mit diesen angeblichen Stecknadeln im Heuhaufen beschäftigt. Dies zur Vorgeschichte.

Erarbeitet wurde die Studie von Dr. Michael Seligmann im Auftrag des Vorstandes des Diakonischen Werkes Rheinland. Vorgestellt wurde das Ergbenis vom Vorstandssprecher, Pfarrer Dr. Uwe Becker. Der Titel des ersten Teils, „Der Missbrauch mit dem Missbrauch“, nimmt gleich das Ergebnis vorweg. „Dem ehemaligem Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement hat sich – ob über Nacht oder durch Eingebung, wir wissen es nicht – im Frühjahr 2005 erschlossen, warum wir auf dem Arbeitsmarkt nicht vorankommen: In einer bekannten, sonntäglich abends stattfindenden Politik-Smalltalk-Sendung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verkündete er seine inneren Überzeugungen dann auch sogleich als mutmaßliches Faktum.

Er behauptete, es gebe eine erhebliche Missbrauchsquote bei Transferleistungsbeziehern, die in dieser Runde auf 15 bis 20 Prozent beziffert wurde. Grundlage dieser Behauptung war unter anderem eine vom Arbeitsministerium in Auftrag gegebene Recherche von übrigens fragwürdiger Qualität, die unter dem Titel „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung“ eine Reihe von Einzelheiten des Leistungsmissbrauchs auflistete.

Gehen wir mal von fünf Millionen Leistungsbeziehern und -bezieherinnen des Arbeitslosengeldes II sowie ergänzender Hilfen aufgrund von geringem Erwerbseinkommen aus, so würde ein Missbrauch von 20 Prozent etwa eine Million Menschen betreffen. Faktisch aber liegt – so das Ergebnis unserer Expertise – die Zahl laut Bundesagentur für Arbeit bei maximal 1,2 Prozent aller Leistungsbezieher. Selbst bei dieser Zahl kann nicht durchweg von betrügerischem Verschweigen von Einkommenstatbeständen ausgegangen werden. Teilweise sind diese Fälle auf die schwer verständliche Rechtslage zurückzuführen.“ Ergänzend meine ich dazu: Die Fehlerquote der Bagis/Arge ist wesentlich höher, und die dadurch vorenthaltenen Leistungen sind erheblich!

Der Titel des zweiten Teils lautet „Die Kostenexplosion“. „Ein weiteres Argument, warum es nicht so weitergehen kann wie bisher, bemüht ein gewissermaßen apokalyptisches Bild: Es malt eine Kostenexplosion an die Wand, durch die sich der Staat finanziell zugunsten der Arbeitslosen verausgabt. Das ist kein inhaltliches Argument mehr, sondern eher ein abstrakt finanzielles, allerdings mit verheerenden sozialpsychologischen Folgen. Die sich hier auftuende Flanke der Legitimations-Anfrage lautet, ob denn angesichts der Kostenexplosion im Sozialtransfer nicht Leistungskürzungen der einzig gangbare Weg sind. Nun sehen wir uns diese so genannte Kostenexplosion einmal genauer an.

In der Tat fällt auf, dass wir gegenüber den Ist-Ausgaben 2004, also vor der Einführung des Hartz IV-Gesetzes, im Jahre 2005 einen Anstieg der Sozialleistungen im Bereich des Arbeitslosengeldes II von 6 Milliarden Euro zu verzeichnen haben. Das ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen bis zum Jahre 2006 um 500 Tausend angestiegen ist und etwa 900 Tausend Menschen, die sogenannten Aufstocker, zusätzlich zu ihrem geringen Verdienst Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II geltend machen konnten.

Allerdings muss man dieser Zahl die Kosten gegenüberstellen, die entstanden wären, wenn wir die alte Regelung – also Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe statt Arbeitslosengeld II für arbeitsfähige Erwerbssuchende – beibehalten hätten. Dann hätten wir nur noch eine Differenz auf der Ausgabenseite zwischen der neuen Regelung und der alten von 900 Millionen Euro. Diese Differenz ist, abweichend vom kalkuliertem Soll 2006, verglichen mit dem hochzurechnenden Ist-Stand am Ende dieses Jahres völlig aufgehoben.

Hinzu tritt aber ein weiters Faktum, nämlich die Konsolidierung der Ausgaben des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit. Hier kommen wir gegenüber einer notwendig gewordenen Bezuschussung der Bundesagentur im Jahre 2004 von vier Milliarden Euro durch den Bundeshauhalt zu einem Überschuss von 10 Milliarden Euro im Jahr 2006 – also insgesamt zu einer Minderausgabe von 14 Milliarden Euro! Gegen die Mythenbildung der Kostenexplosion muss also im Sinne der Wahrheitsfindung deutlich von einer Gesamtentlastung gesprochen werden.

Im Gegenzug sollte dann doch eher, bezogen auf den Bundeshaushalt, darauf hingewiesen werden, dass wir aufgrund von massiven Steuerentlastung im Bereich der Einkommen-, Körperschaft- und Gewinnsteuer 2005 mehr als 60 Milliarden weniger Einnahmen hatten als im Jahr 2000. Das wird aber kaum thematisiert. Lassen Sie mich mit der letzten Bemerkung schließen. Die bemühten Argumente, die Ursache der Misere sei eine kostenträchtige Missbrauchsquote oder schlichtweg eine Überdehnung des Sozialausgaben, sind in ihrer Substanzlosigkeit allmählich aufgebraucht.

Fatalerweise aber wird die Erklärung der Misere immer wieder bei den Opfern selber gesucht. Der Schaden, den das psychosoziale Klima der Stigmatisierung von arbeitslosen Menschen unter dem Stichwort Missbrauchs-Debatte in Familien – und damit auch im Innenleben von Kindern und Jugendlichen ausgelöst hat – kann beredt von Mitarbeitenden der Arbeitslosenzentren oder der Ehe- und Lebensberatungsstellen beschrieben werden. Auch das ist eine Form von Armut, nämlich der Verarmung der öffentlichen politischen Kultur in unserem Land.“

Vorgestellt wurde diese Untersuchung am 14. Dezember 2006. Die Reaktion der Medien gibt dem Inhalt Recht: Es gibt keine Reaktion! Die Einzelfeststellungen dieser Studie sind erschütternd. Wie sorglos handhabt die Politik den sozialen Frieden in Deutschland!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Abbau des Rechtsstaats: Menschen, die kein Geld haben, soll der Zugang zu den Gerichten durch massive Einschränkungen bei der Prozesskostenhilfe versperrt werden *(„Neue Richtervereinigung“)*;

„Nicht notwendig“: Bagis verweigert mehrköpfiger Familie Darlehn zur Gas- und Stromschuldentilgung *(„Weser-Kurier“)*

Weg mit dem Strafenkatalog!

Heute sprechen wir wieder am vertrauten Platz! Hier im Rathaus hatte gestern und vorgestern die Bundes-SPD ihre Klausurtagung, bei der sie den „demokratischen Sozialismus“ aus ihrem Programm strich. Gut so: Da war schon lange nichts mehr mit Sozialismus bei dieser Partei!

In ihrer Bilanz zum Jahresende mussten Merkel und Münte zugeben: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist drastisch gestiegen! Die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze sank von 30 Millionen im Jahr 1991 auf 23,1 Millionen, während sich die der Teilzeitstellen von 5,5 auf 11,3 Millionen mehr als verdoppelte! Die Löhne sind im Keller! 900.000 Menschen haben einen so geringen Lohn, dass sie ergänzendes ALG II brauchen!

Merkel und Köhler wollen nun das „Reformtempo“ steigern. Im letzten Jahr vor Hartz IV gab es 91.000 Sperrzeiten, 2006 waren es 526.911 – teilweise aus nackter Willkür, wenn etwa „unzureichende Eigenbemühungen“ behauptet werden! Weg mit dem Strafenkatalog, weg mit den Hartz-Gesetzen! Neue Arbeitsplätze schaffen durch Dreißig-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! In Bolivien wird die kostenlose Gesundheitsversorgung für alle unter 21 weiter ausgebaut – in einem der ärmsten Länder der Welt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Hungersteik dauert an: Web-Designer verweigert Ein-Euro-Job und verlangt sozialversicherungspflichtige Stelle, um seine Heizkosten bezahlen zu können *(„Erwerbslosenforum“)*

Ein-Euro-Jobber tödlich verunglückt: Ungelernter zu lebensgefährlichen Baumstutzarbeiten herangezogen *(„Erwerbslosenforum“)*

Sieben Wochen leben mit Hartz IV: Diakonie unterzieht das Bundessozialgerichtsurteil zur Angemessenheit des 345-Euro-Regelsatzes einem Praxistest *(„Erwerbslosenforum“)*

Menschenrechtsverletzungen in Deutschland: Brauchen wir wirklich Millionen Sündenböcke statt echter Lösungen? *(„Erwerbslosenforum“)*

Wir werden wieder mehr!

Ein frohes und kämpferisches neues Jahr all denen, die diese Zeilen lesen! Über 40 Mitstreiter und Zuhörer begleiteten die 116. Montagsdemo in Bremen am 8. Januar 2007 wieder um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Immer wenn wir kommen, ist im Parlamentsgebäude Feierabend. Die Damen und Herren gehen, zumeist durch den Hinterausgang oder die Tiefgarage, oder man hat es sehr eilig, um bloß nicht der Montagsdemo zu begegnen.

Nach der Auftaktkundgebung zogen wir um 18 Uhr wieder zum zweiten Teil auf den Hanseatenhof. Über die lange Weihnachtspause hatte sich viel angesammelt, was zu kommentieren und zu berichten war. Aktuell natürlich: Die SPD-Oberen hielten am Wochenende zuvor Konferenz in Bremen ab, im altehrwürdigen Rathaus. Was sie da berieten, war nicht so neu und ehrwürdig. Die Verfallszeit der „Bremer Erklärung“ beträgt nur ein knappes halbes Jahr, dann soll daraus eine „Hamburger Erklärung“ werden. Die SPD gibt ein paar schale Bonbons ab an ihre neue kleine Klientel, aber es soll ja auch ein für alle Mal Schluss sein mit dem „demokratischen Sozialismus“.

Der Vorsitzende Beck mit der breit karikierten Abneigung gegen Waschen und Friseur kaufte sich mit dem Bremer Bürgermeister eine Tüte Äpfel mit roten Backen auf dem Wochenmarkt, das war der kleine Ausflug unters Volk. Wie willfährig die Bremer Zeitungen über diese Banalität berichten, zeigt die ganze Armseligkeit der Besitzer und der „Chef“-Redakteure. Ob Köhler, Merkel, Müntefering oder Clement, Stoiber, Söder oder wie sie alle heißen: Sie bekamen das zu hören, was sie verdient haben. Hoffentlich ziehen sie mal ihre Konsequenzen und gehen!

Wir haben dafür unser eigenes Programm: Am 24. Februar 2007 ist die **5. Delegiertenkonferenz** der bundesweiten Montagsdemobewegung in Kassel. Am **29. Januar 2007** wollen wir in direkter Demokratie unsere **Kandidaten** für die Koordinierungsgruppe und die Bremer **Delegierten** auf dem **Marktplatz** wählen. Wir rufen daher alle, die die bundesweite Montagsdemobewegung unterstützen wollen, auf: Beteiligt euch an der **Wahl**, bewerbt euch als Kandidaten für die Bremer Vertretung. Anmeldungen sind auch über die Homepage möglich, am Wahltag muss man aber anwesend sein.

Gestärkt von Gesprächen von Wut über die Ämterwillkür und die abgehobene Politik planen wir die nächsten Aktionen: Am **9. Februar 2007** kommt Frau **Merkel** zur „Schaffermahlzeit“, am **10. Februar** ist „**Samba-Karneval**“ in Bremen, und am

17. Februar ist **Karneval** in **Braunschweig**, zu dem uns die dortige Montagsdemo herzlich einlädt.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Schadenszuwendung: Kanzlerfreund Putin verlangt höchsten Gaspreis von den Deutschen *(„Spiegel-Online“)*

„Energiekonzerne enteignen“: EU-Kommissionspräsident zettelt „Revolution“ an *(„Tageszeitung“)*

Reformbedarf: Dreigliedriges Schulsystem potenziert Probleme von Kindern aus einkommensschwachen Familien *(„Linke Zeitung“)*

„Allen Interessengruppen entgegengekommen“: Kompromiss zur Gesundheitsreform missachtet Wohl der Patienten *(„Erwerbslosenforum“)*

Stiefkinderunterhalt ist verfassungswidrig: Hartz IV macht nicht Hilfebedürftige zu Empfängern einer Fürsorgeleistung *(„Erwerbslosenforum“)*

„Schieflage“: Bütikofer fordert Reform der neoliberalen Agenda 2010 gegen Arbeitnehmer und Arbeitslose *(„Businessportal 24“)*

Kein Recht auf Existenzminimum: Allmonatlich werden 100.000 Empfängern von ALG I oder II die Leistungen gekürzt *(„Junge Welt“)*

„Stark und vital“: Stoiber will Rente mit 72 *(„Spiegel-Online“)*

Bingo: 100.000 Klagen gegen Hartz IV *(„Bild“-Zeitung)*

Sittenwidrig: Arbeit, die arm macht *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

117. Bremer Montagsdemo
am 15. 01. 2007

Skandale, Skandale

Der größte Skandal ist die weite Kluft zwischen Armen und Reichen und dass die „Macher“ nicht anfangen, einen Ausgleich zu erreichen!

Es ist Angst vor sozialer Ausgrenzung, die den Alltag der sozial Schwachen begleitet und einen gefährlichen Nährboden für Schwarzarbeit, Sucht, Raub und Selbstmord bereitet!

Skandale kehren auch bei den obersten Firmen, bei VW, Siemens, Daimler und wie sie alle heißen, ein! Verantwortliche für Millionenaffären tummeln sich oben, nur eine Lohnerhöhung, die darf nicht sein!

Skandale auch in Altenheimen und Krankenhäusern, immer und immer wieder! Oben gibt es super Traumgehälter, doch die Alten und Kranken macht man nieder!

Einst wurde ein „Krankenhaus-Sanierungsgeld“ von allen Versicherten verlangt. Viele schlaue Menschen haben das natürlich sogleich als Abzocke erkannt!

Die Ungerechtigkeiten erzeugen Wut und eine noch nie dagewesene Kälte, draußen wie drinnen. Die abgehobenen Mächtigen sollten sich beizeiten wieder auf Gerechtigkeit und Anstand besinnen!

Skandalös ist es auch zu sehen, wie sich die Menschen in Teilzeitarbeit hetzen, weil das Jobwunder letzten Endes nichts produziert außer Armutsarbeitsplätzen!

Die Quatschbeschäftigungen erzeugen Niedrigrenten in Massen! Die Mächtigen sollten diesen Unsinn schnellstens abstellen lassen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Per Gesetz in die Obdachlosigkeit: Die neuen Sanktionsmöglichkeiten gegen Erwerbslose verstoßen gegen die Menschenwürde *(„Junge Welt“)*

Krankheitstiefstand: Aus Angst vor Entlassung schleppt man sich trotz Halsweh zum Job *(„Tageszeitung“)*

Die große Ausschüttung vor dem Armuts-Tsunami

Seit gestern geht ein Aufschrei durch Bremen: Das kleinste Bundesland muss über eine Million Euro für Strom nachzahlen, weil sich diese Energie um 26 Prozent verteuert hat. Wenn ich mich richtig erinnere, kostet allein die Nachtbeleuchtung des Sankt-Petri-Doms über 700.000 Euro im Jahr. Oder sind diese Kosten in der fälligen Stromnachzahlung noch gar nicht mit bedacht worden?

Was sollen denn Menschen mit allzu schmalem Geldbeutel sagen, wie etwa die ALG-II-Bezieher? Auch wir sind selbstverständlich von der genannten Kostenexplosion betroffen und dürfen leider nicht damit rechnen, dass unser karges Budget von monatlich 345 Euro, aus dem natürlich auch unsere Nachzahlung beglichen werden muss, den unaufhörlich steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird.

Stattdessen versucht sich ungefähr einmal wöchentlich irgendein Hinterbänkler aus den Reihen der Neoliberalen und Pseudochristen mit der Forderung ins Gespräch zu bringen, dass Hartz IV unbedingt um ein Drittel gekürzt werden müsse. Solche wirklichkeitsfremden Politiker sind es dann auch, die niedrig bezahlte Jobs bezuschussen wollen, angeblich, um langzeitarbeitslosen Geringqualifizierten so zu helfen. Doch dieses Konzept läuft kilometerweit an der Realität vorbei. Niedriglohn muss man gar nicht fördern, weil es ihn schon viel zu lange gibt! Inzwischen malochen bereits sieben Millionen Menschen für solche Dumpinglöhne.

Eine Studie des IAT belegt, dass entgegen weitverbreiteter Annahme die Bereitschaft zum Lohnverzicht den Geringqualifizierten kaum hilft: „Zwei Drittel der Niedriglohnbeschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, zehn Prozent sogar einen akademischen Abschluss.“ Durch Massenarbeitslosigkeit und Hartz IV werden auch Gutqualifizierte dazu gezwungen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Dies hat wiederum zur Folge, dass Geringqualifizierte aus den Stellen verdrängt werden, für die sie geeignet wären.

Hartz IV hat bereits längst ein Kombilohnsystem geschaffen, weil ungefähr drei Millionen Arbeitnehmer mit ihrer Tätigkeit ein derart geringes Entgelt verdienen, dass sie es mit ALG II aufstocken müssen, um davon überhaupt noch, mehr schlecht als recht, über die Runden kommen zu können.

Natürlich wird diese Situation von immer mehr Unternehmern dazu ausgenutzt, beständig den Stundenlohn nach unten hin zu „korrigieren“. Dafür „verzichten“ dann die Unternehmer auf weitere Entlassungen. Auf diese Weise werden auch Konkurrenzbetriebe, die ihre Angestellten bisher noch anständig bezahlt ha-

ben, unter Druck gesetzt. Mit dem Domino-Effekt heißt es dann auch hier bald: Löhne runter, oder es drohen neue Kündigungen!

Ausgerechnet der ALG-II-Kombilohn führt nun also zu einer Ausweitung von Hungerlöhnen und geringfügiger Beschäftigung und dazu, dass immer mehr Menschen von ihren Gehältern nicht mehr existieren können. Perverserweise wachsen dadurch die ALG-II-Ausgaben ins Unermessliche, die doch eigentlich durch den Zwang zum Hinzuverdienst gesenkt werden sollten. Dies führt wiederum zu immer neuen Forderungen, die Leistungen und die Hinzuverdienstgrenzen weiter zu senken.

Ein Bezuschussungsmodell nach dem anderen erscheint mit den entsprechenden Heilsbotschaften auf den Titelseiten der Gazetten. Musterrechnungen zeigen, dass für viele “Working Poor” diese Modelle Verschlechterungen brächten, weil bei erheblich längeren Arbeitszeiten weniger oder das gleiche Einkommen erzielt würde. Die Bereitschaft soll erhöht werden, zu Armutslöhnen zu arbeiten! So langsam frage ich mich, wo das ganze Geld eigentlich herkommt.

Da ist die Rede von bezuschussten Niedriglohnjobs und davon, dass es bald keine jugendlichen Langzeitarbeitslosen unter 25 mehr gäbe. Natürlich sollen auch die ausbeuterischen Ein-Euro-Jobs noch mehr ausgeweitet werden. Noch immer denkt niemand daran, im Gegenzug endlich mal die Regelsätze an die horrenden Lebenshaltungskosten anzupassen und der Wirtschaft gefälligst ein Mindestlohngesetz zu verordnen, das die Bezeichnung „Lohn“ nicht nur verhöhnend mit den Füßen tritt!

Nein, der Gesellschaft ist natürlich weitaus mehr damit gedient, wenn das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausgeschmissen wird. Schließlich kann es ja durch Kürzungen und Sparmaßnahmen bei den Leistungsbeziehern wieder hereingeholt werden. So haben alle etwas davon! Die Arbeitgeber dürfen einen Freudentanz veranstalten, weil ihre Ausbeutung der Arbeitnehmer auch noch großartig bezuschusst statt angeprangert oder gar abgestraft wird.

Das Problem ist nur, dass viele Bürger diese Vorschläge für gut befinden, nach dem Motto: Sollen die faulen Erwerbslosen doch was tun für ihre paar Kröten, die nicht zum Leben reichen! Ein Arbeitnehmer, der mit schlappen 700 bis 800 Euro netto mehr als Hartz IV bekommt – davon aber seine Familie, die hohe Miete, Kraftfahrzeug oder Fahrkarte für Arbeitswege bestreiten muss – wird sich in naher Zukunft so gut wie nichts mehr leisten können.

Es wird nur noch um die blanke Existenz gehen und nicht mehr um die Teilhabe am öffentlichen Leben mit Kino, Theater, Oper, Kneipe, Urlaub. Wo bleibt da der Anreiz und die gute Stimmung für die Arbeitnehmer? Mir schwant, auf Deutschland rast nicht nur eine Armutswelle, sondern mit voller Wucht ein Armuts-Tsunami zu! Damit ein Arbeitnehmer wirklich einigermaßen *leben* kann, brauchen wir branchenübergreifend einen Mindestlohn von 9,50 Euro netto!

Elisabeth Graf (parteilos)

Grundeinkommen: Vortrag zu Ideen und Finanzierungsmethoden am Mittwoch, dem 17. Januar 2007, um 19:30 Uhr im Alten Postgebäude an der Domsheide *(„Rosa-Luxemburg-Initiative“)*

Neuer Bonus für Arbeitgeber

Es ist schon einigermaßen verwunderlich: Die SPD hat wieder ihre „soziale Ader“ entdeckt. Hier in Bremen meinte sie uns auftischen zu können, dass sie zu ihren „Wurzeln“ zurückkehren wolle. Doch schon in der Vergangenheit waren diese Wurzeln bekanntlich schnell verschüttet. Von der Bewilligung der „Kriegskredite“ für die gigantische Hochrüstung vor Beginn des Ersten Weltkrieges, was ein ebenso gigantisches Verarmungsprogramm für die Bevölkerung nach sich zog, will ich hier gar nicht reden. Die Parallelen zu heute sind nicht zu übersehen.

Wie schauen diese Wurzeln aus? Herr Beck, der jetzt nur noch bartlos-saubere Arbeitslose sehen will und selbst den Griff zum Rasierapparat scheut wie der Teufel das Weihwasser, verkündet kühn die Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarktes“. Für Menschen „oben ohne“ und in korrekter Kleidung, versteht sich. Es soll eine Variante öffentlich geförderter Beschäftigung sein. Auch ältere und „weniger qualifizierte“ Erwerbsfähige ohne Chancen auf dem „regulären Arbeitsmarkt“ erhielten dadurch eine „Perspektive“, sagt die SPD.

Außerdem sollen die „Einkommensteuer-Gutschriften“ und die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen die Annahme von miesen Jobs erträglich machen. Diesen „Bonus für Arbeit“ kritisiert die Linkspartei als Subventionierung niedriger Löhne und neues Geschenk an die Arbeitgeber. Die Linkspartei dürfte gegenüber der SPD ruhig etwas forscher auftreten! Zum Beispiel eine Sozialpolitik fordern und selbst praktizieren, die diesen Namen auch verdient. Dazu gehören Forderungen wie „Weg mit den Hartz-Gesetzen, weg mit der Gesundheitsreform!“

Auch alles andere, was die SPD als neue soziale Wohltaten ankündigte, wie die beitragsfreie Kita-Zeit, ist nicht unbedingt als revolutionär zu bezeichnen. Letzteres wollte ja sogar schon die CDU. Auf die anderen Punkte im SPD-Papier will ich hier nicht näher eingehen. Auch die Union ging in der vergangenen Woche in Klausur und gebar ein äußerst bedeutungsvolles Papier. Heraus kam fast eine Inflation von „Bremer Erklärungen“. Doch was steckt dahinter? Alles nur Schaum und wieder mal eine dicke Geldverschwendung. Außer Spesen nichts gewesen! –

Hier noch eine Einladung des Bremer Friedensforums: Im Zusammenhang mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft soll am 30. und 31. März 2007 ein informelles **Treffen** der **EU-Außenminister** im **Bremer Parkhotel** stattfinden. Bei

dieser Gelegenheit dürfte auch die „Wiederbelebung“ der in einigen europäischen Ländern abgelehnten **Verfassung** eine Rolle spielen. Am Abend ist eine Veranstaltung im Rathaus geplant. Es gibt erste Überlegungen, die europäische Rüstungs- und Militärzusammenarbeit und die Erhöhung der **Militärhaushalte** der EU-Mitgliedsstaaten aktionsmäßig zu thematisieren. Aus diesem Anlass findet am **1. Februar 2007** um **20 Uhr** ein **Vorbereitungstreffen** in der **Villa Ichon**, Goetheplatz 4, statt.

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Untreue: Ex-Staatsrat Reinhard Hoffmann wird angeklagt, weil Scherf der Grass-Stiftung 500.000 Euro zuschieben wollte *(„Tageszeitung“)*

„Günstige Sozialprognose“ nur für die „feinen Herren“

Da spreche noch einer von „Klassenjustiz“ in diesem unseren Lande – auch die Großen kommen schon mal vor Gericht! Allerdings konnten wir erst jüngst im Fall Ackermann sehen, wie wenig dabei herauskommt.

In dieser Woche steht nun der große „Arbeitsmarktreformer“ Peter Hartz vor der Wirtschaftsstrafkammer in Braunschweig. Die Anklage lautet auf 44 Vergehen der Untreue gegen seinen früheren Arbeitgeber VW. 1,9 Millionen Euro wurden verwendet, um den ehemaligen Betriebsratschef zu bestechen. Das nannte Hartz dann „wertschöpfende Mitbestimmung“. Hier lernt man ganz neue Begriffe!

In der Samstagsausgabe des „Weser-Kurier“ konnte ich lesen, dass Beobachter bereits sicher sind, Peter Hartz werde mit einer Bewährungsstrafe davonkommen. Sie sprechen von einem „Deal“ zwischen Anklägern, Verteidigern und Richtern: „Hartz gibt die Hauptvorwürfe zu, dafür bleiben ihm unappetitliche Auftritte von Prostituierten im Prozess und der Staatsanwaltschaft mühsame Nachweise erspart. Rabatt bringt außerdem, dass Hartz nicht vorbestraft ist und über eine ‚günstige Sozialprognose‘ verfügt.“

Da hat sich einer schon so viele Millionen eingesackt, die VW aus den Knochen der Automobilarbeiter herausgeschunden hat, dass er es gar nicht mehr nötig hat, arbeiten zu gehen. So sieht das aus, wenn du als Kapitalist straffällig wirst in diesem kapitalistischen System! Lebst du aber auf der anderen Seite der Klas-

senbarrikade, kannst du nicht mal eben einen „Deal“ machen. Deshalb spreche ich von Klassenjustiz!

Diese Herren, die immer so fein tun, haben einen großen Hang zum Verbrechen. Nicht zum Handtaschendiebstahl, den ich damit nicht entschuldigen will! Bei ihnen ist das gleich ein paar Nummern größer: Da wird gemauschelt und bestochen, dass sich die Balken biegen. Dieses System und seine Gesetze schützen solche Verbrecher, solange sie es nicht zu toll treiben. Wird mal einer vor Gericht gestellt, kommt er leicht davon, siehe Ackermann!

Der „Rest“, zum Beispiel Hartz-IV-Betroffene, die sich in ihrer großen Not nicht mehr zu helfen wussten, dürfen dagegen im Kittchen verfaulen. Verbrechen ist aber kein Weg, aus der Not herauszukommen! Nur der gemeinsame Kampf gegen Regierung und Monopole ist die Lösung. Versucht jeder einen individuellen Ausweg, können die Herrschenden Einzelne fertigmachen. Deshalb müssen wir uns zusammenschließen!

Matthias Feilke (MLPD)

Bunte Zelte für Obdachlose: Franzosen setzen Regierung unter Druck *(„Telepolis“)*

Traumjob: Frecher Henrico wird Punkrock-Redakteur *(„Focus“)*

Auch Frau Merkel senkt nicht die Lohnnebenkosten

1. Die CDU tagt in Bremen. Sie will die **Lohnnebenkosten** weiter senken, genauer: den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. So wurde es verkündet. Dieser Beitragssenkung steht sicher nichts entgegen, notfalls kann die Finanzierungslücke mit Steuergeld geschlossen werden. Aber eines müsste jeder Journalist, der diese Meldung weitergibt, wissen: Die Lohnnebenkosten sind seit dem Amtsantritt von Frau Merkel *nicht* gesunken, sondern gestiegen – und sie werden leider noch weiter steigen.

Zur Erinnerung: Da waren die Erhöhungen der Umlagekasse und der pauschalen Abgaben für geringfügig Beschäftigte, die Vorverlegung der Beitragsfälligkeit für die Sozialversicherungsbeträge, eine Komplizierung der Personalabrechnung, die Beitragserhöhungen der Kranken-

und Rentenversicherung sowie die Anhebung der Bemessungsgrenzen für die Sozialversicherung.

Die Gesundheitsreform hat also bereits einiges bewegt in Sachen Erhöhung der Lohnnebenkosten, und die Beiträge zur Krankenversicherung werden kurzfristig erneut erhöht. Die Reduzierung der Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherung von ALG-II-Betroffenen wirkt sich auch hier aus. Auf der Basis von 205 Euro Bruttoverdienst ist kein kostendeckender Krankenversicherungsschutz möglich!

Die Pflege- und die Rentenversicherung stehen für die nächste Reform „bereit“, wobei die Krankenversicherung nicht auf dem Wege der Besserung ist! Die Lohnnebenkosten sind bereits zum 1. Januar 2006 gestiegen, insbesondere für kleine Unternehmen durch die Neugestaltung der Umlageversicherung.

Mexikos soziale Bewegung hat den Slogan: „Fragend schreiten wir voran!“ Wir gehen zur Wahl! Wir wollen eine andere Regierung! Wir schaffen eine Zukunft mit *ehrlichen* Politikern! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die **Gesundheitsreform** soll durchgepeitscht werden. Die CSU scheint mit den Zugeständnissen an die privaten Krankenversicherungen zufrieden zu sein. Wenn dies so beschlossen wird, muss man mit „planbaren“ Krankheiten am Jahresanfang zum Arzt gehen! Ab circa Oktober werden die Ärzte umsonst oder gar nicht arbeiten, weil das Geld durch die bis dahin erbrachten Leistungen aufgebraucht sein wird. Ärzte können dann ergänzendes ALG II beantragen, wie bereits die Zahnärzte!

Ulla Schmidt fordert trotz der angespannten Lage 500 Millionen Euro von den Krankenhäusern. In den Jahren 1997, 1998 und 1999 wurde von jedem gesetzlich Krankenversicherten eine Sonderzahlung von 20 DM pro Jahr für die Finanzierung der Instandhaltung der Krankenhäuser erhoben. Grundlage war Artikel 17 § 2 des Zweiten Gesetzes zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz).

Frau Schmidt, wenn dieser unfreiwillige Beitrag jetzt für den Gesundheitsfonds einkassiert wird, können die damaligen Sonderzahlungen zurückgefordert werden! Circa 880 Millionen DM sollten damals eingesammelt werden, somit etwas weniger, als Sie jetzt einfordern! Hinzu kommt, dass Sie Ihre Forderung nicht einmal begründet haben. Die Krankenhäuser leiden bereits jetzt massiv unter den bisherigen Änderungen, verpackt als Reformen!

Allein die Nachbesserungen waren Ursache für die Verzögerungen, unter anderem die fehlende Regelung für Krankenkasseninsolvenzen. Neu ist der Versicherungszwang für jeden: Jeder muss eine Krankenversicherung abschließen. Damit ist die Eigenverantwortlichkeit erledigt! Die Begründung dafür lautet, dass auch ein Gutverdienender nicht in der Lage ist, eine aufwendige Behandlung zu bezahlen. So weit, so gut!

Die private Krankenversicherung darf einen **Basistarif** anbieten. Sie ist damit wesentlich günstiger als die gesetzliche Krankenversicherung, aber zu Lasten der Leistung! Damit sind zwar alle krankenversichert, aber nicht ausreichend für eine aufwendige Behandlung. Die Lücken der privaten Krankenversicherung habe ich bereits aufgezeigt. Diese Lücken sind im Basistarif noch umfangreicher!

Eine Abkehr vom Solidarprinzip besteht auch in der Abwanderung von Gutverdienenden aus der gesetzlichen Krankenversicherung, denn diese kann solch einen Aderlass und die anderen Belastungen nur durch wesentlich höhere Steuerzuschüsse überstehen. Weiter kommen auf den Staat die unbezahlbaren, weil ungedeckten Behandlungskosten der unzureichend abgesicherten Privatversicherten zu. Insgesamt wird diese sogenannte Reform eine sehr starke Belastung für den Steuerzahler und eine weitere Entrechtung der gesetzlichen Krankenversicherung bedeuten!

3. Die Freie Hansestadt Bremen hat kein glückliches Händchen für Personalentscheidungen – oder eine entsprechende Dreistigkeit! Ingelore **Rosenkötter** hat mit der Genehmigung der Kostensenkungsaufforderungen als Senatorin für Soziales versagt! Sie hat als Präsidentin des Landessportbundes die Mittelkürzung von 500.000 Euro lautlos akzeptiert! Wusste sie damals schon von dem Ausgleich durch Personalkosteneinsparung und zusätzlichen Einnahmen durch die Zahlungen für Regiekosten bei Beschäftigung von Ein-Euro-Mitarbeiter(inne)n?

Ingelore Rosenkötter hat als Vorsitzende der **Deutschen Roten Kreuzes Bremen** sicher von der Notlage des Roten Kreuzes in Bremen-Nord gewusst. Dieser „Teilbetrieb“ hat Insolvenz angemeldet, wie ein DRK-Sprecher im Radio verkündete. „Nicht Schlimmes, wir müssen nur Personal abbauen, und das geht mit einer Insolvenz schneller und billiger!“

Woher kommt die einschlägige Empfehlung für diese Position? Die Mitarbeiter des DRK können sich wehren! Der Verzicht auf die Jahressonderleistung ist nichtig, weil dessen Zweck nicht erreicht wurde: Sie kann eingefordert werden. Ferner muss geprüft werden, ob ersichtlich war, dass nicht das DRK der Arbeitgeber ist.

Hier in der Bremer Neustadt gab es einen Fahrradhändler, der auf der anderen Straßenseite einen weiteren Fahrradladen eröffnete. Für den Händler stellte das eine neue Firma dar, allerdings war dies nach außen nicht erkennbar. Firmenlogo, Briefbogen und Werbung waren fast einheitlich, die Unterschiede gering. Die neue Firma hat Insolvenz angemeldet, doch wegen der Übereinstimmung wurde das alte Unternehmen oder „Stammhaus“ mit haftbar gemacht.

In diesem Fall wurden beide Firmen insolvent. Aber die „Muttergesellschaft“ Deutsches Rotes Kreuz ist sicherlich stabil genug, um solch eine **Insolvenz** abzuwenden! Prüft daher eure Arbeitsverträge und die Außenwirkung! Auch Karstadt hat für bestimmte Abteilungen Extraformulare mit dem Zusatz der Abteilung, trotzdem ist es Karstadt. So ähnlich sehen die Briefe des DRK aus!

Gegen eine Kündigung des Insolvenzverwalters Rechtsanwalt Grönda ist eine Schutzklage möglich. Empfehlenswert ist es, einen eventuellen Sozialplan ebenfalls vor dem Arbeitsgericht anzufechten. Dieser Sozialplan schafft sonst die rechtliche Grundlage für die Kündigung, und damit geht auch die Schutzklage ins Leere. Allerdings erhöht das Volumen des Sozialplanes den Streitwert für die Kündigungsschutzklage.

Das Deutsche Rote Kreuz ist eine unbestritten positive Einrichtung, aber sind Arbeitsverhältnisse *ohne* Anspruch auf Urlaub und Lohnfortzahlung noch zeitgemäß? Die Frage, ob das DRK wie ein Kleinbetrieb oder ein Konzern zu behandeln sei, kann auch noch im Verfahren vor dem Amtsgericht erörtert werden; die Richter können alles ändern. Trotzdem heißt es: Keine Zeit verlieren, Gegenwehr jetzt! Unterstützung gibt es hier, aus einschlägiger eigener Erfahrung!

Nun zurück zur senatorischen Dienststelle für Soziales! Dort ist seit Monaten ein Notfalltelefon geplant, aber noch immer heißt es: Fehlanzeige! Zusätzliche Stellen wurden ausgeschrieben, sind aber weiterhin unbesetzt und auch nur für ein Jahr geplant. Staatsrat Knigge ist zurückgetreten, aber immer noch Bremens Vertreter bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg.

Die Klinikaffäre bringt weitere Figuren in verantwortlicher Position ans Licht! Herr Schuster hat es nach meinem Wissen mit seinem bisherigem Wirkungskreis nicht bis in die Öffentlichkeit geschafft, obwohl Statistik sehr interessant ist. War er ein Versorgungsfall, oder hat er tatsächlich entsprechende Vorbildung? Sicher wäre eine Stärkung der Basis sinnvoller gewesen als noch ein Kopf in der Verwaltung! Und dies sind nur die politischen Fehlbesetzungen des Senators für Soziales! Diese Dreistigkeit nennt man anderswo Torschlusspanik!

4. Am 12. Januar 2007 hat „Radio Bremen“ gemeldet: „**Rechnungshof kritisiert Sozialbehörde**“: Diese und die Bagis hätten durch falsche Berechnungen bei Hartz-IV-Anträgen sieben Millionen Euro zuviel ausgegeben. So stehe es im aktuellen Rechungshofbericht. Bei der Sozialbehörde sei jede zweite der stichprobenartig geprüften Akten falsch. Die Bagis habe in rund 1.800 Fällen überhöhte Mietzuschüsse überwiesen. Leider ist diese Meldung sehr verkürzt, aber lesbare Bescheide waren schon immer mein Traum! Damit kann jeder Betroffene die Richtigkeit prüfen. Bisher steht bei den ausgeführten Zahlungen *kein* Betrag!

Wir hatten einmal einen Kanzler, der verlangte, dass die Stromlieferanten ihre Rechnungen so ausstellen, dass sie nachvollziehbar sind! Diese Forderung ist hinsichtlich der ALG-II-Bescheide hochaktuell: *Kein* Arbeitgeber und keine andere Behörde leistet sich solch ein Verwirrspiel! Hoffentlich führt dieser Prüfbericht zu einer wesentlichen Änderung.

Ich würde gerne alle Einzelheiten der Feststellungen erfahren, denn auch 1.800 überhöhte Mietüberweisungen ergeben nicht sieben Millionen Euro. Andere Meldungen sprechen von doppelten Warmwasserkosten, aber nicht von diesem Gesamtbetrag. Mir fehlen in dem Zusammenhang die *Unterzahlungen:* Bei jeder Prüfung werden Plus- und Minus-Beträge festgestellt!

Die sieben Millionen Euro sind für mich nicht nachvollziehbar. Nur die Achtung vor dem Rechnungshof lässt die Schlussfolgerung, dass diese Meldung punktgenau kam, nicht zu. Die Fehlerquote der Bagis liegt aus meiner Sicht noch oberhalb der 50 Prozent, wenn alle Bestimmungen des SGB II berücksichtigt werden. Ich behalte dieses Thema im Blick! Besonders interessieren mich eventuelle Änderungsbescheide!

5. In jede Wohnung in Bremen kam der Brief vom Noch-Bürgermeister Jens Böhrnsen – zur Schönfärbung des Versagens! Circa 8.000 Wohnungen erhielten einen zusätzlichen Brief von der Bagis: Eine **Aufforderung, die Miete zu senken**. Es heißt darin: „Von dem genannten Datum an werden wir nur noch die angemessenen Kosten der Unterkunft überweisen." Diese Briefe sind leider ernst gemeint, und obwohl sie nicht das Wort Bescheid und auch keine Rechtsmittelbelehrung enthalten, erfordern sie eine Gegenwehr! Weil diese Briefe keine Rechtsmittelbelehrung enthalten, gilt eine Widerspruchsfrist von zwölf Monaten. Dennoch darf man nicht abwarten, sondern muss umgehend reagieren!

Zur Vorgeschichte und den Rahmenbedingungen gehört, dass Bremen keinen Mietspiegel hat. Der Senat stützt sich mit dem Nachweis der vorhandenen Wohnungen auf das „Gewos"-Gutachten, das aber angreifbar und nicht aktuell ist. Bremen hat daher ungefähr im Dezember 2006 ein neues Gutachten in Auftrag gegeben, wieder bei „Gewos". Bremen weigert sich, den Beschluss des Verwaltungsgerichts Bremen umzusetzen!

Diese Briefe wurden versandt, obwohl der Senatorin die Rechtslage und insbesondere die Beschlussmissachtung bekannt ist! Ingelore Rosenkötter ist die Vorgesetzte der Bagis! Ihr Mitarbeiter im Sozialressort erhält von jedem Bescheid der Bagis eine Kopie, um ihn beurteilen zu können. Soll ihre Unwissenheit sie schützen? Diese Frage werden wir spätestens am **8. Februar 2007** klären, durch eine **Demo** um **14 Uhr** ab **Bahnhofsvorplatz** zum Besuch der **Deputationssitzung**!

Wie handeln? Wie sich wehren? Prüfe, ob deine Miete im Bescheid richtig genannt wurde! Ist sie für den Haushalt wirklich zu hoch? Beachte die Tabelle zu **§ 8** des **Wohngeldgesetzes** mit folgenden Beträgen (in Euro):

Erstbezug:	*bis 1965:*	*ab 1966:*	*ab 1992:*
Einpersonenhaushalt:	245	265	325
Zweipersonenhaushalt:	325	355	395
Dreipersonenhaushalt:	390	420	470
Vierpersonenhaushalt:	455	490	545
Fünfpersonenhaushalt:	515	560	625
Jede weitere Person:	65	70	75

Diese Beträge sind die Brutto-Kaltmieten inklusive Wasser und Abwasser *ohne* Heizkosten. Wenn eine Wohnung oder ein Haus in zwei wesentlichen Teilen mo-

dernisiert wurde, zum Beispiel Heizung und Fenster, so verändert dies die Zuordnung: Wurde vor 1965 gebaut, aber 1970 renoviert, dann gilt 1970 als Baujahr. Beim Einpersonenhaushalt macht das 265 statt 245 Euro (Ziffer 3.1 der Verwaltungsanweisung vom 6. Dezember 2005).

Unter Beachtung des Beschlusses des Verwaltungsgerichts Bremen vom 7. September 2006 (Az. S3 V 1997/06) ist in Bremen die *rechte Spalte* zur Tabelle nach § 8 Wohngeldgesetz anzuwenden. Wer mit seiner Miete innerhalb der oben angeführten Beträge liegt, kann einfach Widerspruch einlegen und die Anwendung der rechten Spalte verlangen!

In vielen anderen Städten haben sich die Richter bereits länger mit diesem Thema beschäftigt. Es gibt Entscheidungen, die ein **Bleiberecht** in der bisherigen Wohnung festschreiben, unabhängig von der Miethöhe. Die folgenden Ausnahmen hat Bremen in der Verwaltungsanweisung vom 6. Dezember 2005 übernommen, aber die Bagis berücksichtigt nicht einmal diese Verwaltungsanweisung, die auch zeigt, dass Bremen erst einmal die Bundestagswahl abgewartet hat. Diesmal steht die Wahl in Bremen an, daher lasst uns montags gemeinsam den Kopf zeigen: Wir sind nicht einverstanden! Hier nun die Ausnahmen mit der jeweiligen Textziffer:

2.3) Mietüberschreitungen bis zu zehn Prozent sind vorläufig zu akzeptieren. Beispiel: Einpersonenhaushalt 325 Euro plus zehn Prozent ergibt 357,50 Euro plus Heizkosten. In den Stadtteilen Horn-Lehe, Schwachhausen, Borgfeld und Oberneuland sind längere Fristen für die Umzugsbemühungen zu gewähren und eine um zehn Prozent höhere Miete auf Dauer zu akzeptieren. Sind wir dort somit vorläufig bei 357,50 Euro plus zehn Prozent gleich 393,25 Euro?

3.3.1) Die höhere Miete ist stadtteilüblich; das Wohngebiet wäre sonst ohne ALG-II-Empfänger. Eine Garage, die „zwangsweise“ mitgemietet wurde, kann und darf nicht gegen Entgelt abgegeben werden. Zu berücksichtigen sind Besonderheiten des Einzelfalls wie Pflegebedürftigkeit; Pflege oder Umsorgung eines in der Nähe wohnenden Menschen; Behinderung oder langfristige Erkrankung, die eine Bindung an diese Wohnung bewirkt; vom Wohnungsmarkt unakzeptierte Personen wie Schufa-Eingetragene, Obdachlose, Drogenabhängige, Strafgefangene oder Wohnungsnotstandsfälle. Zu berücksichtigen sind auch eine Wohndauer von zehn Jahren oder mehr, eine Schwangerschaft, eine vom Kind besuchte Schule oder ein Kindergarten, die Alleinerziehung mehrerer Kinder, die Nutzung wohnungsnaher Betreuungseinrichtungen, die Verwurzelung älterer Menschen im Stadtteil oder die wohnungsnahe Umsorgung.

3.3.3) Die Regelungen zu Wohngemeinschaften wurden von den Gerichten kassiert, selbst Doktor Bronke hat die Ungültigkeit zugestanden. Personen in Wohngemeinschaften zählen wie Einzelhaushalte. Für zwei Personen in einer Wohngemeinschaft gilt als Mietobergrenze das Doppelte eines Einpersonenhaushaltes.

3.3.4) Regelmäßiger Besuch der eigenen Kinder rechtfertigt eine höhere Miete. – 3.3.5) Diese Regelung wurde vom Gesetzgeber kassiert. Junge Erwachse-

ne informieren wir gerne über die Änderung! – 3.3.6 und 7) Betreutes Wohnen und Wohnraumbelegung sind von der Bagis zu akzeptieren.

Somit gibt es viele Ansatzpunkte. Die von mir etwas modifiziert wiedergegebenen Sonderregelungen sind ausbaubar und nicht abschließend aufgezählt! Wer sich darin wiederfindet, sollte Widerspruch einlegen und die Berücksichtigung dieser Ausnahme einfordern, außerdem gleich die Nachzahlung ab 1. Januar 2005 oder dem späteren Einzugstermin!

Eine Ziffer habe ich ausgelassen, die 2.2). Sie betrifft einen grundsätzlichen Punkt: die **Wirtschaftlichkeit von Umzugsaufforderungen**. Eine solche ist zu unterlassen, wenn innerhalb von zwei Jahren voraussichtlich *keine* Einsparung zu erzielen ist. Also mach dich ran, eine Kostenaufstellung anzufertigen! Sie enthält die Kosten für Wohnungssuche, Makler, Umzug, Renovierung der bisherigen Wohnung (falls im Mietvertrag vereinbart), Erstausstattung in der neuen Wohnung (etwa Küche, Teppichboden), doppelte Miete (wenn der punktgenaue Anschluss nicht klappt) und die Laufzeit des Mietvertrags.

Dies wird mit den Mehrkosten der bisherigen Wohnung verglichen, auf Grundlage der rechten Spalte der Tabelle. Dabei gleich die Nachzahlung ab 1. Januar 2005 beziehungsweise dem späteren Einzugsdatum einfordern! Für den Fall, dass die Bagis weiterhin die Mietsenkung verlangt, werden diese Aufwendungen beantragt. Wer schon bisher den Wohnungsmarkt beobachtet und keine passende Wohnung entdeckt hat, sollte Widerspruch einlegen, diesen Sachverhalt der Bagis mitteilen und sie bitten, entsprechenden Wohnraum nachzuweisen, eventuell durch Hinzuziehen eines Maklers.

Wer sich an die Wohnungssuche machen will oder muss, sollte trotzdem Widerspruch einlegen und folgenden Antrag stellen: „Hiermit beantrage ich die Übernahme meiner Aufwendungen für Wohnungssuche, Renovierung meiner bisherigen Wohnung, der notwendigen Kosten für den Umzug, einer eventuellen Mietüberschneidung und einer eventuellen Erstausstattung für die neue Wohnung, falls keine Einbauküche oder kein Teppichboden vorhanden ist. Die entsprechenden notwendigen Kosten werde ich Ihnen jeweils kurzfristig mitteilen. Außerdem beantrage ich rechtzeitig, bevor Sie die Kürzung verwirklichen, die Unterstützung durch einen Makler.“

Danach die Wohnungssuche festhalten, zu den Wohnungsgesellschaften gehen und dort als wohnungssuchend registrieren lassen, möglichst *ohne* Sonderwünsche (zu diesen zählt nicht das Verbleiben im bisherigen Stadtteil). Die Eintragung bestätigen lassen oder einen Zeugen mitnehmen, auch nach der Erfolgsaussicht fragen und festhalten. Die Kosten auflisten. Dies bei allen bekannten Vermietern wiederholen. Ein weiterhin denkbarer Schritt ist, die Bagis zu informieren und um Rat zu fragen.

Zur Erinnerung: Bremen hat keinen Mietspiegel! Das vorliegende „Gewos“-Gutachten ist fehlerhaft und überholt, das neue ist noch nicht erstellt. Die Briefe der Bagis sind Bescheide, also Widerspruch einlegen und Anträge stellen! Wir helfen, montags ab 17:30 Uhr auf der Bremer Montagsdemo und **dienstags** von

16 bis 18:30 Uhr beim „**Sozialen Lebensbund**“ in den Räumen des „**Hibiduri**“, Ecke Friedrich-Ebert-Straße/Thedinghauser Straße. Meine E-Mail-Anschrift lautet *GDBinder(at)Web.de*. Wir werden uns weiter mit diesem Thema beschäftigen.

Wer von der Bagis oder den anderen Ämtern nur eine gekürzte Miete erhält, kann den Betrag bis zur Miethöhe gemäß der rechten Spalte einfordern, nachträglich ab 1. Januar 2005 oder dem späterem Einzugstermin. Auch wer beim Umzug eine Kürzung der Miete akzeptiert hat, kann Überprüfung und Nachzahlung verlangen, ähnlich wie bei einer Arbeitslohnvereinbarung unter Tarif. Auch das Wohngeldamt ignoriert diese Entscheidung des Bremer Verwaltungsgerichts: Es hat wohl noch keiner die Anwendung verlangt!

Die Klage vom „Sozialen Lebensbund“ gegen die Freie Hansestadt Bremen läuft bereits. Ziel ist, dass jeder, der seine Wohnung im guten Glauben gemietet hat, dass er sie bezahlen kann, auch darin wohnen bleiben kann, bei ungekürzter Kostenübernahme der Bagis! Dies trifft sinngemäß auch für Eigentum zu. Jede(r) „sorgenvoll Wohnende“ kann dieser Klage beitreten!

Wenn man bei der Bagis einen Widerspruch abgibt, sollte man eine Kopie davon abstempeln lassen. Leider wird dieser Eingangsstempel auch verweigert oder ist nur mit langer Wartezeit zu ergattern. In diesem Fall den Brief unter Zeugen in den Kasten der Bagis einwerfen. Wer allein dort steht, kann eine(n) Anwesende(n) ansprechen. Bitte auf der Rückseite die Uhrzeit und Name und Anschrift des Zeugen vermerken!

Auch eine Miete *oberhalb* der rechten Spalte der Tabelle kann angemessen sein. Die Angemessenheit ist durch Vergleich mit dem verfügbaren Wohnraum im Wohnumfeld zu ermitteln. Wenn Eigenbemühungen erfolglos waren, hat die Bagis den Beweis zu führen. Bei selbstgenutztem Wohneigentum ist auch eine größere Wohnfläche angemessen; man muss den Einzelfall betrachten. Bei einem vorhersehbaren Ende des ALG-II-Bezugs, etwa wegen Rentennähe, ist eine Kostensenkungsaufforderung unzulässig. Dies ist auch bei einer Qualifizierung einzufordern! Bei jeder Maßnahme sollte daher eine Fristverlängerung beantragt werden.

6. Alles neu macht der Mai! In diesem Fall das Sozialgericht Frankfurt (Az. S58 AS 518/05 vom 29. Dezember 2006) mit der Entscheidung: **Stromkosten** sind im Regelsatz enthalten – aber nur bis zu 20,74 Euro. Höhere Stromkosten oder Abschläge dafür sind den Kosten der Unterkunft hinzuzurechnen und von der Bagis oder den Argen zu übernehmen. Somit ist die oben angeführte Rechnung um die Stromkosten abzüglich 20,74 Euro zu erweitern.

Diese Stromkosten sind nach meiner Meinung ein Extrafaktor. Sie sind keinesfalls in den Miethöhen nach § 8 Wohngeldgesetz enthalten und daher zusätzlich zu zahlen. Deshalb einen zusätzlichen Antrag stellen für die rückwirkende Übernahme der Stromkosten ab 1. Januar 2005! Die 20,74 Euro vermindern sich, wenn verringerte Regelsätze zur Anwendung kommen, um den gleichen Prozentsatz. Wer für Energiekosten ein Darlehn erhalten hat, kann dieses gegen die

Nachzahlungen rechnen lassen und eine Aussetzung der Tilgung bis zur Nachzahlung beantragen.

In Verbindung mit den Kosten der Unterkunft stehen auch diejenigen für **Warmwasseraufbereitung**. Diese Kosten werden von der Bagis gerne pauschal gekürzt. Das Verwaltungsgericht Bremen (Az. S2K 589/05 vom 15. Februar 2006) hat dazu festgestellt, dass dies unzulässig ist; auch eine Verwaltungsvereinfachung rechtfertigt dies nicht. Die Kosten der Warmwasseraufbereitung sind der Nebenkostenabrechnung zu entnehmen. In diesem Fall hatte die Bagis die Heizkosten pauschal gekürzt und 25,76 Euro für die Warmwasseraufbereitung abgezogen. Aus der Nebenkostenabrechnung des Vermieters ergaben sich dafür Kosten von 13,91 Euro. Die Bagis musste den Differenzbetrag nachzahlen.

Diese Entscheidung erhält nun ein neues Gewicht, denn im Regelsatz sind nur insgesamt 20,74 Euro Energiekosten enthalten (Abteilung 04 Wohnen). Damit geht jede Kürzung für Warmwasseraufbereitung ins Leere! Daher einen zusätzlichen Antrag stellen für die rückwirkende Erstattung der Kürzung für Warmwasseraufbereitung ab erster Kürzung. Diese wurde meist erst später durchgeführt.

Heizkosten sind in der tatsächlichen Höhe angemessen, es sei dann, dass die Bagis/Arge die Unangemessenheit nachweist. Ein Pauschalierung ist unzulässig und damit ungültig. Des Oberverwaltungsgericht Bremen hat mit Beschluss vom 19. Juni 2006 (Az. S1B 182/06) einem alleinwohnenden Menschen 124 Euro als monatliche Heizpauschale zugestanden. Dieser Betroffene bewohnt ein altes Haus und hat den Verwaltungsgericht plausibel erklärt, warum seine Heizkosten höher sind. Der Bagis wurde freigestellt, durch einen Sachverständigen den Hausbesitzer zu beraten, um eine Heizkostensenkung zu erzielen!

Ein Heizen mit offenem Fenster kann die Bagis oder Arge aufgrund der von der SWB bereitgestellten Vergleichswerte feststellen, aber diese sind für den Einzelfall immer unzutreffend. Höhere Heizkosten können auch bei alten oder kranken Menschen und kleinen Kindern angemessen sein. Wer bisher eine Kürzung akzeptiert hat, kann diese Beträge nachfordern. Falls die Bagis nicht innerhalb von drei Wochen auf den Widerspruch regiert, bitte nachfragen und die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs beantragen!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Zwangsverheiratet dank Hartz IV

Hier meldet sich eine eifrige Besucherin Ihrer Internetseite, speziell aber der Urteile. Da bekommt man doch mal kurzzeitig das Gefühl, in einem Rechtsstaat zu leben! Ich bin berufstätig, habe ein Kind (Halbwaise) und ein Haus. Seit zehn Jahren lebe ich mit einem Mann zusammen, der nun ALG II beantragen muss.

Ich wäre gerne bereit, ihm Unterhalt zu gewähren, wenn ich: 1. eine gemeinsame Steuererklärung mit ihm einreichen könnte, somit auch die vorteilhaftere Steuerklasse erhielte; 2. *mein* Sohn nicht auch noch mit seiner Halbwaisenrente für ihn aufkommen müsste; 3. er sich bei mir Familien-krankenversichern könnte; 4. er oder ich Hinterbliebenenrente (für den Fall der Fälle) erwarten könnte!

So viel zu der eheähnlichen Gemeinschaft, die von Amts wegen einfach festgelegt wird, angeblich, um die Ehe nicht schlechter zu stellen. Wer, bitte schön, steht denn nun schlechter da? Soll ich mir jetzt per Gesetz aufzwingen lassen, dass ich zu heiraten habe? Sicher, dann bräuchte ich über Punkt 1 bis 4 nicht mehr zu jammern, aber warum bin ich denn nach zehn gemeinsamen Jahren noch nicht verheiratet? Ich bin mir sicher, weil es meine Entscheidung ist!

Die Kommentare und Erläuterungen zu den Urteilen sind logisch und für mein Rechtsempfinden richtig. Aber dann ging ich auf die Seite „Tacheles"-Entscheidungsdatenbank: Keine Chance! Freiwilliger Unterhalt zwischen unverheirateten Paaren wird zu zwangsangeordnetem Unterhalt mit richterlichem Urteil besiegelt!

Zuschrift von S. Müller

Freiwilliger Unterhalt ist Unterhalt, und der ist im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt. Wer keinen freiwilligen Unterhalt erhält und keinen Unterhaltsanspruch gemäß den Bestimmungen des BGB hat, der hat Anspruch auf ALG II, wenn alle anderen Voraussetzungen erfüllt sind. Auch wenn ein bestehender Unterhaltsanspruch nicht verwirklicht wird, hat der Betroffene Anspruch auf ALG II. Der Unterhaltsanspruch geht dann auf die Arge über.

Ansonsten habe ich bei „Tacheles" nichts Gegenteiliges gefunden. Warum keine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt, geht aus den obigen Ausführungen hervor. Aber gewährter Unterhalt „erschlägt" den entsprechenden Anspruch auf ALG II. Als eine weitere Meinung empfehle ich den „Leitfaden ALG II/Sozialhilfe", Stand Oktober 2006, von Rainer Roth und Herbert Thomé, ISBN 3-932246-64-0.

Antwort von Hans-Dieter Binder

Nazi-Aufmarsch vor Psychiatrie in Bremen-Ost verhindern!

Früher als befürchtet setzen Neofaschisten in Bremen wieder zum nächsten Aufmarsch an. Am **Samstag**, dem **20. Januar 2007**, planen sie unter JN-Fahnen und als Lebensschützer getarnt um 12 Uhr mittags an der Kreuzung

Graubündener/Züricher Straße aufzumarschieren. Sie nutzen den Tod des kleinen Kevin, um für ihr menschenverachtendes Euthanasie-Programm zu werben und die parlamentarische Untersuchung des Vorfalls verächtlich zu machen. Beirat und Ortsamt Osterholz wollen eine Presseerklärung abgeben.

„Solid“ hat eine **Gegenveranstaltung** am Platz für **10 Uhr** morgens angemeldet. Vielleicht könnte die ursprünglich für den 4. November 2006 vorgesehene öffentliche Chorprobe am 20. Januar in Osterholz stattfinden, gegebenfalls auf dem Gelände des Zentralkrankenhauses Bremen-Ost? Bitte kommt in großer Zahl frühmorgens nach Osterholz! Das nächste reguläre Treffen des „Bremer Bündnisses gegen Rechts“ ist auf alle Fälle am **Donnerstag**, dem **25. Januar 2007**, um **19:30 Uhr** im **Nachbarschaftshaus Ohlenhof**.

Zuschrift von Raimund Gaebelein („VVN-BdA“)

Bremer Verschwendung

1. Anfang Januar hat sich mein „täglich-glücklich“-Blatt dazu hinreißen lassen, mit einem Artikel an den unsäglichen Brechmitteleinsatz-Befehl unseres Innensenators und den daraus folgenden Tod eines Afrikaners zu erinnern. Es hat dabei aber leider vergessen zu erwähnen, dass es sich bei dem Toten schon um den *zweiten* Todesfall handelte, für den Herr Röwekamp als **Innensenator** verantwortlich ist, dass es bei den Gutachten unterschiedliche Beurteilungen gab und dass beide Male derselbe Arzt beauftragt wurde, das erste, angezweifelte Gutachten „für“ den Senator zu erstellen.

Mein „täglich-glücklich“-Blatt hat es leider auch versäumt, darauf hinzuweisen, dass aus Anlass des zweijährigen Todestages eine Demonstration in Bremen stattfand. Gut, dass dieser ungeklärte Fall noch nicht abgeschlossen ist und der Innensenator noch einmal mit den Folgen seiner Anweisungen konfrontiert wird! Wenn ich zurückdenke, wie arrogant und uninteressiert sich Herr Röwekamp damals verhielt, kann ich ihm sein heutiges angeblich soziales Interesse nicht glauben. Aber er muss sein angeschlagenes Image aufpolieren, denn der Wahlkampf hat begonnen!

Wir erinnern uns auch immer wieder ungern an die Selbstdarstellung des Innensenators beim Polizeieinsatz im letzten November in Gröpelingen. Da lief so gut wie alles schief! Frau konnte meinen, es handelte sich um zwei verschiedene Veranstaltungen: Zum einen die Gegendemonstration der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit dem Bündnis gegen Rechts, die mit allen Mitteln beobachtet

und bekämpft werden musste, mit einem unverhältnismäßig hohen Einsatz fremder Polizisten zum Preis von 700.000 Euro.

Aber die Herren Böhrnsen und Röwekamp waren leider „schon wieder weg“, sodass sie das Schauspiel der „Muskelstärke“ gar nicht mehr genießen konnten, für das Herr Röwekamp die öffentlichen Gelder verschleudert hatte. Und zum anderen der Aufmarsch der Neonazis, die geschützt wurden! Das Ganze war auch noch zeitlich und örtlich so weit auseinandergezogen worden, dass die Situation wie eine gewollte Farce gesehen werden konnte.

Der Umzug und die Zusammenlegung der Bremer Polizeireviere hat sich bislang nicht bewährt. Durch die Umzüge stehen wieder Gebäude leer, für die weiterhin Kosten entstehen. Wenn das Polizeirevier in der Neustadt jetzt vom Innenressort als „marode“ bezeichnet wird und dies der Wahrheit entspricht, dann kann es doch nur daran liegen, dass versäumt wurde, das Gebäude rechtzeitig instandzuhalten und den Polizisten einen angemessenen Arbeitsplatz zu bieten. Oder hat man es absichtlich „verkommen“ lassen? Eine Stellungnahme zum eventuellen Umzug an den Rand Bremens gibt es vom Innenressort dazu nicht. Soll das Thema ausgesessen werden?

2. Herr Weber hat es schwer: Keiner versteht ihn! In zwölf Landtagen gibt es nach seinem Wissen ein „Büro des Präsidenten“, das sich „für Angelegenheiten des Präsidenten, Protokoll, Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Reden und Grußworte“ zuständig fühlt. Nun möchte er auch so eines haben. Ich dachte, diese Aufgaben werden schon von ihm und seinen Mitarbeitern kompetent erfüllt! Sollte das nicht so sein, möchte ich ihn dringend darum bitten. Dass die ganze Einrichtung keine Kosten verursachen soll, ist auch nicht glaubhaft!

Ich hoffe auch, dass der sogenannte „Infopoint“ im Bürgerschaftsgebäude nicht eingerichtet wird, weil Bremen dafür schlicht die Geldmittel fehlen. Die Idee, das Projekt in der Stadtbibliothek unterzubringen, ist sicher überlegenswert, wenn Bremen mal wieder Geld übrig hat. Die veranschlagten 200.000 Euro können auch wieder dem **Sozialressort** zur Verfügung gestellt werden, sollten sie vorhanden sein!

Ex-Staatsrat Reinhard Hoffmann ist wegen Untreue in einem besonders schweren Fall angeklagt worden. Endlich! Wir erinnern uns an die nicht genehmigte Weiterreichung von 500.000 Euro an die überflüssige Günter-Grass-Stiftung. Und dieses Mal kann es klappen, dass er für sein eigenmächtiges Handeln zur Verantwortung gezogen wird, denn sein langer Freund Henning kann diesmal nicht die Aufklärung der Hintergründe behindern. Ich hoffe, dass er das Geld aus eigener Tasche zurückzahlen muss! Wieder 500.000 Euro, mit denen das Sozialressort beglückt werden kann.

Die Bremer Straßenbahn AG sagt, wie es ist, sagt sie in ihrer unverschämten Werbung für die unverschämte Preiserhöhung! Sie kauft 40 neue Busse für zehn Millionen Euro und vier Straßenbahnen für acht Millionen. Zehn neue Busse und

35 neue Straßenbahnen wurden schon gekauft. Die BSAG erhält dieses Jahr 61 Millionen Euro vom Senat. Die Preiserhöhung der Fahrscheine um zehn Cent, der Nachtfahrscheine um einen Euro, der Tageskarten um 1,10 Euro und der Monatskarten um knapp drei Euro ist damit aufgeklärt, aber nicht gerechtfertigt!

Zu den „schönen“ neuen Bahnen und Bussen führt die BSAG auf der Linie 1 einen Kaffee-Shop ein, sodass Sie während der Fahrt gegen Bezahlung in Ruhe Kaffee trinken können. Wann führt die BSAG endlich die Sozial-Monatskarte für Menschen ein, die sich die teuren Fahrpreise nicht mehr leisten können, bei denen aber vorausgesetzt wird, dass sie „mobil“ sein müssen?

Bremen investiert 2,3 Millionen Euro in Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten des Bremer Hauptbahnhofes und der Bahnhöfe Bremerhaven und Oslebshausen. Dieses Geld kommt aus dem Topf „Investitionsbeihilfen“. Der Bahnregionalbereichsleiter freut sich über den „Zuschuss“ aus Bremens leeren Kassen, hat doch die Bahn das Jahr 2006 mit einem Rekordgewinn von zwei Milliarden Euro abgeschlossen. Wieder 2,3 Millionen Euro, die im unterfinanzierten Sozialressort besser angelegt worden wären!

3. Im Wirtschaftsressort gab es schon wieder eine unbefristete, gut bezahlte Stelle zuviel! Das scheint dort langsam zur schlechten Angewohnheit zu werden. Wir erinnern uns: Fünf Freunde von Herrn Kastendiek wurden im Wirtschaftsressort, eine Freundin von Frau Motschmann wurde im Kulturressort gut bezahlt untergebracht. Dieses Mal ist aus Versehen die geplante Befristung aufgehoben worden. Mit der Gestaltung von Arbeitsverträgen kennt man sich in Senatorenkreisen wohl nicht besonders gut aus – oder doch zu gut?

Der Arbeitsplatz der Mitarbeiterin, die aus einer anderthalbjährigen Mutterschaftspause zurückkehrte, ist leider inzwischen von einem der fünf Kumpels des Herrn Kastendiek besetzt, und so wurde sie an die „Bremer Investitionsgesellschaft“ weitergeleitet. Welch glücklicher Zufall, dass dort gerade ein neues Betätigungsfeld erschlossen wird, dass jetzt von der soeben zurückgekehrten Mitarbeiterin ausgefüllt werden kann, denn eine neue Arbeitsstelle sollte sowieso dafür geschaffen werden! Eine wunderbare Fügung, wieder einmal im **Wirtschafts- und Kulturressort**!

Herr Kastendiek will „auch 2007“ Projekte im Theater- und Jazzbereich fördern. Das hat er am 20. Dezember bekanntgegeben und als Antragsfrist den 8. Januar für Jazz beziehungsweise den 10. Januar für die Theater genannt. Für die Gewährung dieser Zuschüsse wird allerdings eine umfangreiche Antragstellung gefordert – ausgerechnet von einem Ressort, dass seine Unterlagen ständig in Unordnung hat oder nicht rechtzeitig vorlegen und erklären kann (siehe Haushalt, Theater) und an die Einreichungsfristen erinnert werden muss! Dabei wurde „vorausschauend“ reichlich Personal eingestellt.

Wenn nun die Abgabefrist für die „kleinen Projekte“ nicht eingehalten werden kann, bekommen die Antragsteller dann „leider“ nichts? Spart der Kultursenator auf diese Weise Geld, dass er vielleicht gar nicht ernsthaft ausgeben wollte? Dem

Bremer Rechnungshof sind auch tatsächlich „unklare Zuständigkeiten“ im Kulturressort aufgefallen. Wie soll das auch anders sein, wenn innerhalb kürzester Zeit fünf neue Mitarbeiter eingestellt werden, deren Zuständigkeitsbereich nicht definiert ist? Zitat Rechnungshof: „Das birgt die Gefahr, dass Tätigkeiten doppelt oder gar nicht aufgeführt werden.“ Das von mir befürchtete Inkompetenzgerangel ist also vorhanden!

4. Bremen braucht dringend Geld! Bremen verbraucht Unsummen für das Gästehaus der Vertretung in Berlin und für die EU-Vertretung in Brüssel! Um festzustellen, dass in Berlin viel Geld verpulvert wird, das Bremen doch angeblich nicht hat, brauchten unsere inkompetenten Politiker den Bremer Rechnungshof. Demnach kann in der Vertretung in Berlin ein Gast für 65 Euro übernachten. Ein Schnäppchen für Berlin und die Lage!

Die Jahresmiete der Bremer Vertretung in Berlin ist jedoch derart hoch, dass durch „zahlende“ Gäste nur circa 15 Prozent erwirtschaftet werden. So hat im Jahre 2005 jede Übernachtung nicht 65 Euro, sondern den Bremer Steuerzahler zusätzlich 325 Euro pro Nacht gekostet! Zu diesem Preis findet man in Berlin allerdings auch andere schöne Übernachtungsmöglichkeiten. Es wäre also ratsam, die Bremer Nobelvertretung aufzugeben. Die Bremer Politiker haben Geld aus dem Länderfinanzausgleich angefordert – für *solche* Ausgaben?

Eine weitere Verschleuderung Bremer **Haushaltsmittel** ist die EU-Vertretung in Brüssel. Sie ist mit neun Mitarbeitern besetzt, die „Experten zusammenbringen“, damit Bremen „Einfluss nehmen“ kann in Brüssel, falls Bedarf besteht. Wie hoch die Kosten für die Mitarbeiter, ihre Unterbringung und ihre Reisen nach Bremen sind, wäre interessant zu erfahren! Darüber müssten die Zahlen des Rechnungshofes Auskunft geben können.

Für Software wurden in Bremen zwischen 2003 und 2005 11,5 Millionen Euro ausgegeben. Niemand unserer inkompetenten Politiker hat einen Überblick darüber, es handelt sich auch nur um eine vage Zahl. Wie wollen die Politiker da erklären, dass sie dringend Zuschüsse aus dem Länderfinanzausgleich benötigen? Wofür, frage ich mich! Der Report des Bremer Rechnungshofes ist 300 Seiten stark. Es gibt also noch jede Menge Verschwendung von Steuergeldern, die sich Bremen in seiner desolaten Finanzlage absolut nicht leisten kann, und es sind ungeahnte Möglichkeiten, wie das Sozialressort finanziell hätte aufgestockt, gestützt und ausgebaut werden können!

5. Die Kanzlerin war in Bremen und hat vollmundig versprochen, dass bis 2010 alle Unterfünfundzwanzigjährigen einen **Arbeitsplatz** erhalten haben sollen. Wunderbar und lobenswert! Endlich passiert das Richtige zum Wohle der jungen Menschen im vereinten Deutschland! Endlich hat sie begriffen, dass unsere Jugend und nicht sie und ihre Parteigenossen die Zukunft unseres Landes sind! Welch eine Freude für die vielen arbeitslosen jungen Menschen in Deutschland!

Endlich wieder ohne Angst vor Verarmung in die Zukunft blicken, Vertrauen in sich selbst haben, die Zukunft frei und selbständig gestalten und für sich selbst verantwortlich leben können, mit allen Freiheiten und Pflichten: eine Selbstverständlichkeit in einem Sozial- und Rechtsstaat, ein Traum für viele Menschen, von jung bis alt, seit einigen schlimmen Jahren in unserem Land!

Aber Vorsicht, aufgepasst: Frau Merkel ist in einem Land aufgewachsen, das sich sozialistisch nannte und in dem eine Diktatur herrschte. Irgendwie bekommt frau den Eindruck, dass die Kanzlerin diese ihre Vergangenheit bis heute nicht aufgearbeitet hat. Mir wird angst und bange, wenn Frau Merkel solche „Versprechen“ abgibt! Weiß die Kanzlerin, um wie viele arbeitssuchende junge Menschen es sich bis zum Zeitpunkt 2010 handelt? Kennt die Kanzlerin deren Berufs- und Ausbildungswünsche?

In der ehemaligen DDR wurde nach Berufswünschen nicht gefragt. Dort wurde staatlicherseits „festgestellt“ und festgelegt, wie viel Bedarf in welchen Bereichen vorhanden war. Danach wurden die Schülerinnen und Schüler ihren Leistungen entsprechend „ausgewählt“ und ihnen ihre zukünftigen Berufe mitgeteilt. Es wurde nicht nur der Beruf, sondern auch die Ausbildungsfirma oder der Arbeitgeber festgelegt. Dadurch war gleich klar, an welchem Ort, in welcher Stadt dieser Mensch zu leben hat.

Alles wurde „geregelt“ und reglementiert. Damit war für die jungen Leute „bestens gesorgt“! Fällt uns da irgendeine Ähnlichkeit auf, wenn sich ein junger Mensch eigeninitiativ um einen Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsplatz bemüht und sein „persönlicher Ansprechpartner“ ihm mitteilt: „Welche berufliche Qualifizierung Sie erhalten, entscheide *ich* für Sie!“?

Will die Kanzlerin all die erforderlichen Arbeitsplätze aus Staatsmitteln finanzieren, um die Unternehmen weiterhin von Löhnen und Gehältern zu entlasten? Wovon nimmt sie das nötige Geld? Die Kanzlerin hat erwähnt, die Aktion solle „kostenneutral“ durchgeführt werden. Da kriegen wir gleich wieder einen gehörigen Schrecken! Will sie schrittweise die ALG-II-Almosen weiter verringern? Gibt es noch eine Steuer- oder Abgabenschweinerei, von der wir heute nichts ahnen?

Gudrun Binder (WASG)

Sparsam: Kevins Vormund betreute
240 Kinder gleichzeitig *(„Spiegel-Online“)*

Medienkritik: Werden Journalisten ihrer Verantwortung
gerecht? *(„Message-Online“)*

Frankreich: Künftig Recht auf Wohnung für Obdachlose *(„Spiegel-Online“)*

Regierung lehnt Bafög-Erhöhung ab: Sanierung des
Staatshaushaltes hat Vorfahrt *(„Spiegel-Online“)*

Offensiv gegen Sozialräuber: Braunschweiger Montagsdemo eskortiert Peter Hartz ins Gericht *(„Spiegel-Online“)*

Fiktional glaubwürdig: Ehrlichkeit ist für die Politik kein relevantes Kriterium *(„Spiegel-Online“)*

Unsinn muss sein: Wer sich nicht verarschen lassen will, dem wird die Unterstützung gestrichen *(„Erwerbslosenforum“)*

Auferstanden: Comeback-Ede überlebt eigenen Nachruf – aber nur ein paar Stunden *(„Spiegel-Online“)*

Böhrnsens nichtssagende Briefe

Zur 117. Montagsdemo in Bremen am 15. Januar 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz kamen ungefähr 35 Mitstreiter und Zuhörer. Um 18 Uhr demonstrierten wir wieder zum zweiten Teil der Montagskundgebung auf dem Hanseatenhof. Ein Thema, das die Bremer besonders interessiert, sind die Vorgänge im Sozial-, Jugend- und Gesundheitsressort: Die notwendigen Konsequenzen aus dem Tod des kleinen Kevin werden von den Behörden in unverständlicher Langsamkeit in die Wege geleitet. Was in den Untersuchungsausschüssen an Vetternwirtschaft, Borniertheit, Gleichgültigkeit, Überforderung und Abwälzung ans Tageslicht kommt, sucht wirklich seinesgleichen!

Im Wirtschafts- und Kulturressort finden trotz leerer Kassen wunderbare Stellenvermehrungen statt. Bürgermeister Böhrnsen verplempert Geld mit typisch sozialdemokratischem Gewäsch in nichtssagenden Briefen an alle Haushaltungen. Die Drangsalierung von Hartz-IV-Betroffenen geht verschärft weiter: Kein Betroffener sollte alleine zur Bagis oder einer anderen Behörde gehen. Gegen jede Willkür sind Zeugen notwendig! Dann alles publik machen, die Montagsdemo ist der richtige Ort dafür!

Wir rufen weiter zur Vorbereitung der **5. Delegiertenkonferenz** der bundesweiten Montagsdemobewegung am 24. Februar 2007 in Kassel auf. Am **29. Januar 2007** wollen wir in direkter Demokratie unsere **Kandidaten** für die Koordinierungsgruppe und die Bremer **Delegierten** auf dem **Marktplatz** wählen. Wir rufen daher alle, die die bundesweite Montagsdemobewegung unterstützen wollen,

auf: Beteiligt euch an der **Wahl**, bewerbt euch als Kandidaten für die Bremer Vertretung. Anmeldungen sind auch über die Homepage möglich, am Wahltag muss man aber anwesend sein.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn Kinder hungrig in unsere Tagesstätten und Schulen kommen. Nichts muss uns mehr zu sozialer Verantwortung mahnen als der tragische Tod des kleinen Kevin. Nie wieder darf der Staat ein Kind in Not allein lassen.“ – *Jens Böhrnsen (SPD)*

Akten gesäubert: Wer hat Murat Kurnaz gefoltert? *(„Tageszeitung“)*

Verstoßen: Rot-Grün hat Freilassung eines unschuldigen Bremers über Jahre gezielt verhindert *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Hungerstreik: Kranke Hannoveranerin protestiert gegen Gängelung und Unterdrückung *(„Erwerbslosenforum“)*

„Generation Praktikum“: Prekariat auf dem Marsch durch die Institutionen *(„Tagesschau“)*

CSU-Machtkampf: Kotzbrocken verbrüdern sich gegen Schürzenjäger *(„Spiegel-Online“)*

Harmlos und voller Luft: Neuer SPD-Programmentwurf wird der Wirklichkeit nicht gerecht *(„Spiegel-Online“)*

Protest gegen Nazi-Kundgebung „wegen Kevin“ vor Klinikum Ost

Für kommenden Samstag, den 20. Januar 2007, hat das NPD-gesteuerte „Bündnis gegen Gewalt“ in der Zeit von 12 bis 18 Uhr eine Versammlung vor dem Haupteingang des Bremer Klinikums Ost zwecks Protest gegen die Therapie von „Kindermördern“ angemeldet. Hintergrund ist die Verwahrung des Stiefvaters des getöteten Kevin in der psychiatrischen Abteilung des Krankenhauses. Beim „Bündnis gegen Gewalt“ handelt es sich um eine Tarnorganisation der Bremer NPD, an der auch Mitglieder der rechtsradikalen Hooligan-Szene und so genannter „Freier Nationalisten“ aus Bremen und Niedersachsen beteiligt sind.

Mit der Machtergreifung der Nazis ab 1933 wurden demokratisch denkende Beschäftigte der Psychiatrie des Zentralkrankenhauses entlassen und durch Personen ausgetauscht, die der Parole von der „Vernichtung unwerten Lebens“ verpflichtet wurden. Die Nazis haben bis 1945 nachweislich Hunderte von Psychiatrie-Patienten und geistig Behinderten aus den ehemaligen „Ellen“ in die NS-Tötungsanstalten Meseritz (östlich der Oder) und Hadamar bei Limburg gebracht. Noch heute erinnert ein Denkmal auf dem Gelände der Klinik, der „Irrstern“, an das menschenverachtende Euthanasie-Programm der NS-Ärzte und des NS-Systems.

Auf einer Sondersitzung am Dienstag dieser Woche bezeichnete der Beirat Osterholz das Vorhaben der NPD-Tarnorganisation als „Angriff auf die psychiatrische Arbeit der Klinik, den das demokratische Osterholz nicht ohne schärfsten Protest hinnehmen kann“. Weiter heißt es in der Erklärung des Beirates, auch eine „menschliche Katastrophe“ ändere nichts an dem Grundsatz: „Jeder Mensch hat seine Rechte von dem Staat und vor seinem Richter. Menschliches Leben ist vom Staat zu schützen und nicht zu vernichten. Krankenhäuser haben dabei mit allen verfügbaren Mitteln dem Erhalt des Lebens zu dienen.“

Das antifaschistische Bündnis „Keinen Meter“ will an den Erfolg der Anti-NPD Kundgebung vom 4. November 2006 in Gröpelingen anknüpfen. Die Verbreitung faschistischer und rassistischer Ideologien ist nicht hinnehmbar. Gemeinsam mit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ rufen wir für **Samstag**, den **20. Januar 2007**, um **10:30 Uhr** an der Haltestelle **Züricher Straße** zum **Protest gegen die Nazi-Kundgebung** in Bremen-Ost auf. Keinen Quadratmeter den Nazis! Auch nicht in Osterholz.

Zuschrift von Norbert Jagemann und Clemens Wigger („Keinen Meter“)

Hungerstreik: Hartz-IV-Betroffener muss im Badezimmer wohnen, um Heizkosten zu sparen *(„Erwerbslosenforum“)*

Biopiraterie: Geistige Erziehung reduziert sich in der neoliberalen Gesellschaft zur bloß zweckbestimmten Ausbildung *(„Junge Welt“)*

„Saftladen“: Nach der Roland-Berger-Reform fühlt sich beim Jugendamt niemand mehr zuständig und verantwortlich *(„Tageszeitung“)*

Sozialrichter schlagen Alarm: Ordnungsgemäße Erfüllung zugewiesener Aufgaben ist kaum noch möglich *(„Reutlinger General-Anzeiger“)*

Sofortmaßnahme: Recyclinghof verweigert Zwangsarbeiter jegliche Bezahlung *(„Erwerbslosenforum“)*

Es scheint, die Nazis werden gebraucht

In Osterholz-Tenever war Gegenwehr gefordert, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Die Beteiligung vor allem von jungen Menschen war gut. Auf dem Krankenhausgelände hat Bürgerschaftspräsident Christian Weber gesprochen und eine rege Wahlbeteiligung gefordert. Recht hat er, denn jede nicht abgegebene Stimme ist eine Stärkung für die Nazis! Herr Weber hat aber nicht erläutert, warum die Bremer Politiker das Wählervolk sauerfahren: Die Wahlrechtsänderung ist überfällig! Die Verzögerung ist nur auf die Angst der Politikspitzen vor Veränderung zurückzuführen!

Die Kandidaten sind aufgestellt, na und? Jeder Kandidat, der sich vor dem neuen Wahlrecht fürchtet, kann verzichten! Herr Weber, noch ist Zeit, sonst gibt es tatsächlich eine überwältigende Mehrheit von Nichtwählern! Aber den Politikern ist es doch egal, mit welcher Stimmenzahl sie gewählt werden. Auch zehn Prozent sind die Mehrheit, wenn nur 19 Prozent wählen gegangen sind! Gewisse Politiker können sich eben sicher sein: Sie werden bei einer Wahlrechtsänderung *nicht* gewählt, obwohl oder weil sie innerhalb der jeweiligen Partei führend sind. Nur durch Festhalten an den bisherigen Strukturen können diese Politiker ihren Status aufrechterhalten.

Fazit: Das Risiko, *nicht* zu wählen, ist einfach zu hoch. Daher wählt anders, aber nicht rechts! Bremen sollte außerdem *alle* Staatsdiener, die zur NPD abgeordnet sind, zurückziehen – übrigbleiben wird dort ein armseliger Haufen, und die Nazis wären erledigt! Wer spielt dann aber den Blitzableiter für diese Regierung? Wer lenkt die Aufmerksamkeit auf sich und damit von allen anderen Untaten ab? Es scheint, die Nazis werden gebraucht – aber nicht vom Volk! Die Nazis erhalten reichlich indirekte Staatshilfen! Sie bieten eine vermeintliche Unterstützung. Die Politik treibt ein gefährliches Spiel!

Zurück zu dieser Demo. Es war erfrischend – nicht nur von oben! Die Polizisten in der Straßensperre waren auch nicht über ihren Auftrag entzückt. Gegen 14 Uhr wurde eine Gruppe Jugendlicher, die über Seitenwege die Straßensperre überwunden hatten, von den gestaffelt stehenden Polizisten verfolgt. Eine unsanfte Festnahme war auf die Entfernung zu sehen. Aus der heutigen Zeitung konnte ich ersehen, dass die Nazis um 12 Uhr begonnen und nach circa einer Stunde beendet haben, somit *vor* dieser Festnahme, *vor* der Drängelei an der Straßensperre.

Die Demonstranten waren vernünftig und sind umgekehrt. Ob die Nazis überhaupt sehen konnten, wie unbeliebt sie sind? Warum wurde diese Straßensperre überhaupt errichtet und durchgesetzt, warum nicht aufgehoben, nachdem die Nazis sich verflüchtigt hatten? Zwei als Clowns verkleidete Demonstranten haben die Sache auf den Punkt gebracht: „Ihr wollt schon gehen?“ An den einzelnen Polizeibeamten liegt es sicher nicht, sondern am Einsatzbefehl. Wird so eine Gelegenheit genutzt, vor allen junge, kritische Menschen zu kriminalisieren? „Wer hier weitergeht, verstößt gegen geltendes Recht und wird entsprechend behandelt!“, lautete der Ausspruch eines älteren Polizisten.

Trostreich haben die Redebeiträge auf dem Krankenhausgelände festgestellt, dass die heutige Unterbringung in der geschlossenen Anstalt nur aufgrund richterlicher Anordnungen erfolgt. Das ist sehr gut gemeint – aber war es nicht damals auch so? Darum: Lassen wir es nicht drauf ankommen! Unser Kampf gegen die Nazis wird *nicht* unseren Einsatz gegen die anderen Ungerechtigkeiten schwächen! Ich glaube nicht, dass die heutigen gerichtlichen Anordnungen und die heutige Behandlung in diesen Kliniken mit jenen früheren Zuständen vergleichbar sind. Wir wollen aber dafür sorgen, dass dies so bleibt! Der Einsatz dafür ist einfach: Nur den Kopf zeigen!

Ich bin nicht einverstanden! Mexikos soziale Bewegung hat den Slogan: „Fragend schreiten wir voran!“ Wir gehen zur Wahl! Wir wollen eine andere Regierung! Wir schaffen eine Zukunft mit *ehrlichen* Politikern! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Mangel an Streit: Verfall der Qualität von Personal und Programmatik gefährdet Mehrheit einer Partei *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Selbsthilfe-Wegweiser: Was man als Erwerbsloser zur Gegenwehr alles wissen muss *(„Erwerbslosenforum“)*

Modellversuch „Bürgerarbeit“: Linkspartei warnt vor nicht existenzsicherndem Einkommen *(„Neues Deutschland“)*

Auf nach Karlsruhe: Sozialrichter erwartet, dass der Hartz-IV-Regelsatz gekippt wird *(„Abacho“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

118. Bremer Montagsdemo am 22. 01. 2007

Die Großen lässt man laufen

Der feine Peter, Namensgeber von Hartz IV, geht nun in Braunschweig eilig durch die Gerichtstür! Einst wurde er für sein Können hoch gefeiert, jetzt wird bei Gericht um ihn herumgeeiert!

Als Boss bei VW im Personalvorstand hatte Hartz alle Fäden fest in der Hand! Auch Korruption und Lustreisen waren ihm lieb! Was kriegt wohl so ein großer Firmengelderdieb?

In 44 Fällen war Untreue mit im Spiel! Wie Gott in Frankreich zu leben, das war zu viel! Doch nun kommt sicher ein schändlicher Kuhhandel ins Ziel: Das Gericht wird wohl so tun, als wär's nur ein Spiel!

Zwei Jahre auf Bewährung, etwas Geldstrafe hinzu, dann können alle wieder schlafen, und VW hat Ruh'! Das öffentliche Interesse an Aufklärung wird erneut hintergangen! Peter Hartz kann schon bald seine Sorgenfalten glätten und von vorn anfangen.

Ursula Gatzke (parteilos)

Partygespräch: „Und wie viele Bewerbungen schreiben Sie täglich?" *(„Der Unterschichtler")*

Weniger Druck für Ost-Arbeitslose: Man kann ihnen sowieso keine Angebote machen *(„Handelsblatt")*

Abstellgleis: Dritter Arbeitsmarkt ist das falsche Mittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit *(„FAZ")*

Globalisierung, Sozialabbau, Zuwanderung: Europas Volksparteien fürchten den Volkszorn *(„Die Zeit")*

„Beste Nachricht seit Jahren": Provinzblatt äußert Genugtuung über Zwangsumsiedlung von ALG-II-Empfängern *(„General-Anzeiger Bonn")*

Unwort: Wassertrinker sollen nicht mehr nach dem großen Weinsäufer benannt werden *(„Spiegel-Online“)*

„Abschaffen“: „Ein-Euro-Jobs sind eine Zumutung für Arbeitslose und Steuerzahler“ *(„Spiegel-Online“)*

Neue Reformbeschwernisse: Merkel schafft „Anreize“ statt Arbeit *(„Linkszeitung“)*

Sollte sich der Prüfer blamieren?

Am 12. Januar 2007 hat „Radio Bremen“ gemeldet: „Rechnungshof kritisiert Sozialbehörde“: Diese und die Bagis hätten durch falsche Berechnungen bei Hartz-IV-Anträgen sieben Millionen Euro zuviel ausgegeben. So stehe es im aktuellen Rechungshofbericht. Bei der Sozialbehörde sei jede zweite der stichprobenartig geprüften Akten falsch. Die Bagis habe in rund 1.800 Fällen überhöhte Mietzuschüsse überwiesen.

Der **Bericht des Rechnungshofes** der Freien Hansestadt Bremen liegt inzwischen vor (PDF, 362kB). Nur die sieben Millionen Euro sind nicht nachvollziehbar! Eine Berichtigung von „Radio Bremen“ wäre zuviel erwartet, oder? Dieser Bericht verweist auf das Urteil vom November 2006, somit müsste er auch der Rechtslage entsprechen! Leider hat das Ansehen dieses Prüfers für mich stark gelitten.

In der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947 heißt es in Artikel 14: „Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat **Anspruch auf eine angemessene Wohnung**. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern. Die Wohnung ist unverletzlich.“

Artikel 14 der Bremer Landesverfassung taucht in dem Prüfbericht nicht auf! Dieser Artikel und die aktuelle Rechtsprechung werden dazu führen, dass die Kostensenkungsaufforderungen der Bagis reihenweise vom Verwaltungsgericht Bremen für ungültig erklärt werden. Das ist der senatorischen Dienststelle sicher bewusst. Sollte dieser Prüfer sich blamieren? Es fehlt auch der Hinweis auf das neu in Auftrag gegebene Gutachten hinsichtlich der Wohnungsmieten. Auftragnehmer ist wiederum die Gewos, Lieferfrist: unterminiert!

Die Feststellungen sind auch sehr blamabel für die Bagis, obwohl eine Aussage zu den Unterzahlungen fehlt. Eine Fehlerquote von 58 Prozent bei der Prü-

fung von 335 Fallakten ist allerdings auch durch die Fehleinschätzung der Prüfer verursacht. Was bleibt, ist nicht die Aussage zu den angeblichen Überzahlungen oder nicht genutzten Einsparungen, sondern zu den Organisationsmängeln dieser Bagis!

Die hier angesprochene Prüfung ist unter den Textziffern nach 130 (ab Seite 37) bis 203 (Seite 53) des Berichts wiedergegeben. Für interessierte Leser(innen) gibt es von mir einen ausführlichen **Kommentar** dazu (PDF, 144kB).

Hans-Dieter Binder (WASG)

„Deutscher Sturm“ ausgefallen: Es scheint, die Nazis werden gebraucht *(„TAZ“)*

Ein Orkan an Verantwortungslosigkeit

Das Wetter ist ja immer ein Thema, zuweilen auch bei uns auf der Montagsdemo. So wie heute, wo wir merken, dass es langsam doch winterlich wird! Bisher hatten wir Glück, und das machte sich unter anderem positiv bei den Heizkosten bemerkbar. Doch bei richtigem Winterwetter werden wir alle die unverschämte Preistreiberei der Energiekonzerne noch deutlicher zu spüren bekommen. Besonders schlimm sind die Familien dran, die von ALG II leben müssen und keinerlei staatliche Zuschüsse zu den Heizkosten bekommen: Sie haben nur die Wahl, sich irgendwo zusätzlich Geld zu „besorgen“ oder zu frieren. Doch auch der Frühling mitten im Winter ist ein Grund zu großer Sorge, weisen solche Wettererscheinungen doch auf einen tiefgreifenden, von Menschen verursachten Klimawandel hin, der jetzt von niemandem mehr verharmlost oder gar geleugnet werden kann. Die Hauptschuld trägt das internationale Großkapital mit einem wahren Orkan an Verantwortungslosigkeit gegenüber Mensch und Natur, wozu auch die deutschen Energiekonzerne mit etlichen Sturmböen beigetragen haben!

Viele Klimaforscher sind sich darin einig, dass die sich häufenden Wetterphänomene nicht nur die Vorboten einer Klimaänderung sind: Das ist bereits der Klimawandel! Wenn nicht schnellstens gravierende Schritte unternommen werden, wie zum Beispiel eine drastische und weltweite Reduktion des Kohlendioxidausstoßes, dann wird der „Klimawandel“ in wenigen Jahrzehnten in eine Katastrophe mit unübersehbaren Folgen münden. Ein vorhersehbarer Anstieg des Meeresspiegels durch das Abschmelzen des Polareises könnte ganz Norddeutschland

bis zu den Mittelgebirgen komplett unter Wasser setzen. Beklemmende Szenarien aus einschlägigen Hollywoodfilmen würden dann real. Klimaänderungen, die in früheren Perioden der Erdgeschichte einige Jahrtausende gedauert haben, vollziehen sich seit Beginn der sogenannten „industriellen Revolution“ auf höchst beunruhigende Weise innerhalb weniger Jahrzehnte! Stoppen lässt sich der rapide fortschreitende Klimawandel jedenfalls nicht mehr, bestenfalls verlangsamen, vielleicht sogar abschwächen.

Das setzt jedoch voraus, dass auch der Raubbau an der Natur wie das Abholzen der Wälder, die Versiegelung der Böden und die Industrialisierung der Landwirtschaft so bald wie möglich beendet werden. Es kann und darf nicht sein, dass Regierungen und Konzerne wieder verstärkt auf Atomkraft statt alternative Energiegewinnung setzen! Ein konsequenter und flächendeckender Ausbau von Schienennetz und öffentlichem Verkehr ist dringender denn je geboten, doch es geschieht genau das Gegenteil. Es kann und darf nicht sein, dass multinationale Großkonzerne aus maßloser Profitgier unentwegt auf die Produktion von riesigen Mengen chemischer Düngemittel, immer mehr Autos, LKWs und noch größeren Flugzeugen setzen. Nachkommende Generationen werden uns eines Tages verfluchen, wenn wir nicht endlich damit aufhören, diesen Planeten in eine lebensfeindliche Wüste zu verwandeln!

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Verdrängung: Zunehmender Einsatz von Leiharbeitern spaltet Belegschaften und schwächt Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften *(„Junge Welt“)*

Etikettenschwindel fürs Lumpengesindel

1. Ein Jubelschrei tönt durch die Medien: Der Anteil der Sozialhilfeempfänger ist dank Hartz IV drastisch zurückgegangen! Ende 2005 erhielten nur noch 81.000 Menschen **Sozialhilfe**. Laut Statistischem Bundesamt waren es ein Jahr zuvor noch rund 2,9 Millionen. Dies ist ein Rückgang um 97,2 Prozent. Die Sozialhilfequote verringerte sich damit von 3,5 auf 0,1 Prozent. Toll, ein wirklich sagenhaftes Mirakel! Die dafür angewandte Methode ist an Genialität kaum zu überbieten und lädt zur Nachahmung ein, weil sich mit ihr garantiert jede Statistik aufhübschen lässt.

Heutzutage muss kaum noch ein Mensch zum Sozialamt gehen, weil inzwischen fast alle mit Hartz IV ganz wunderbar versorgt werden. Man klebe also einfach ein neues Namensetikett auf eine gleichbleibende Personengruppe, und schon gibt es kaum noch Sozialhilfeempfänger! Dass jetzt an ihrer Stelle Millionen von Hartz-IV-Empfänger vor einer anderen Behördentür um Hilfe zum Lebensunterhalt Schlange stehen, tut ja nichts zur Sache. Man muss sich die beiden Bezeichnungen mal auf der Zunge zergehen lassen, dann schmeckt man es gleich heraus: Hm, alles, was irgendwie mit Arbeit in Zusammenhang gebracht werden kann, kommt einfach besser an! Wer Arbeitslosengeld bekommt, muss ja irgendwann schon mal gearbeitet haben, ist namentlich also nicht so schnell mit dem asozialen Gesindel zusammenzubringen!

Schön wär's, aber so ist es nur auf den ersten Blick: Alle, die noch nicht oder aus verschiedenen Gründen nicht mehr wenigstens drei Stunden am Tag arbeiten können, erhalten Sozialhilfe. Die übergroße Mehrheit der mittellosen Hilfsbedürftigen kann also arbeiten. Diese Personengruppe teilt sich in Arbeitslosengeld-I- oder -II-Bezieher auf. Die Empfänger von ALG I traben zum Arbeitsamt und die von ALG II zur Bagis oder Arge. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollte alles vereinfacht werden; auf drei Behörden-Wasserköpfe verteilt, wurde es wohl eher verdreifacht. Aber was macht das schon, wenn sich auf diese Art der Anteil der Sozialhilfeempfänger zu beinahe 100 Prozent abschaffen lässt?

Merke: Offenbar lässt sich die Wahrnehmung eines gleichbleibenden Tatbestandes durch einen neuen Namen komplett verändern! Schade, dass mit diesem Etikettenschwindel nicht gleichzeitig die dringend benötigten Arbeitplätze entstehen, auf die sich die Arbeitslosen trotz deren Nichtexistenz sinnentleert blindbewerben müssen. Schließlich geht es immer in erster Linie darum, die Statistik, wie auch immer, von Arbeitslosen zu befreien. Dazu ist dann jedes Mittel recht. Oder heiligt der Zweck die Mittel?

2. Bürgerwehr, Bürgerarbeit – immer mehr Arbeit wird plötzlich „ehrenamtlich" oder mit 'nem Appel und 'nem Ei bezahlt! Der Staat entzieht sich zunehmend seiner Verantwortung! Letzten Samstag verkündete das „Nordwestradio", dass die Bürgerwehr in Niedersachsen nur schleppend anläuft. Hierbei geht es um eigentliche Polizeiarbeit, die von dazu nicht gesondert befähigten Bürgern übernommen werden soll, die keine Ausbildung und auch keine besondere Befugnis erhalten. Ich möchte mir gar nicht ausmalen, in welch hochkonfliktreiche Situationen die staatsverteidigenden Bürger kommen könnten, während ihrer ehrenamtlichen Verbrecherjagd. Niemand hat mit ihnen ein Deeskalationstraining durchgeführt oder sie anders auf derartige Konflikte vorbereitet. Es ist in meinen Augen auch klare Polizeiarbeit, die nicht derart leichtsinnig abgegeben werden darf!

Seit Wochen ist immer wieder von „**Bürgerarbeit**" die Rede, und leider hört es besonders in den neuen Bundesländern gar nicht mehr auf. Ich halte es für

ungeheuerlich, einen Armutslohn als Lösung zu feiern! Meist wird er für Tätigkeiten gezahlt, die als „typisch weiblich“ bezeichnet werden. Ich spiele bewusst auf die zunehmende „Hausfrauisierung“ im Niedriglohnsektor an. Weibliche Arbeiten wurden noch nie wirklich ernst genommen, sondern immer für selbstverständlich erachtet. Oder warum machen so viele Frauen „ehrenamtlich“ ihren Haushalt?

Es kann wohl kaum eine echte Hilfe sein, Altenpfleger durch Billigjobber – egal, wie sie gerade genannt werden – zu ersetzen. So geschehen in Bad Schmiedeberg in Sachsen-Anhalt. Dort hatte sich der Wirtschaftsminister Haseloff dafür eingesetzt, die bestehende Arbeitslosigkeit mittels „Bürgerarbeit“ von 15,6 auf 2,8 Prozent zu senken. Auch dieses blöde Konzept geht doch voll am eigentlichen Problem vorbei!

Tatsächlich ist ganz viel Arbeit da, bloß will sie niemand bezahlen, in Form von nicht nur eben mal „existenzsichernder“ Entlohnung. Unsere Arbeitsgesellschaft verroht, weil viel zu wenige viel zu viel machen müssen, wobei zum Beispiel im Pflegebereich die Patienten die Leidtragenden sind. All die „menschlichen“ Arbeiten, die „Gefühlsarbeit“, soll nun auf unqualifizierte Billigjobber geschoben werden, um anständige Gehälter einzusparen? Menschenverachtend finde ich diese Entwicklung, weil sich alles nur noch einer Kosten-Nutzen-Rechnung unterwirft, mit der Frage, was heute am günstigsten ist.

Dass es mit dieser Methode in 15 Jahren zehnmal so teuer werden kann, zum Beispiel im Jugendbereich, interessiert heute leider kaum jemanden. Die sogenannte Bürgerarbeit entlohnt mit unsäglichen 800 Euro brutto monatlich. Die zu pflegenden Senioren weilen in 15 Jahren wahrscheinlich nicht mehr unter uns. So kann man es mit ihnen ja machen! Aber an den Kindern und Jugendlichen werden sich die Spätfolgen der staatlichen Vernachlässigung noch bitter rächen und eine heutige Kosten-Nutzen-Analyse Lügen strafen!

Elisabeth Graf (parteilos)

„50 plus“: Mit „Servicekräften für pädagogische Hilfsleistungen“ werden die Standards des Lehrerberufs heruntergefahren *(„FAZ“)*

Helden der Arbeit: Warum Praktikanten nie übernommen werden *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Kevin starb, als seinem Ziehvater das Geld gestrichen wurde

1. Es bestehen inzwischen in Deutschland und Bremen so viele Untersuchungsausschüsse, dass frau leicht den Überblick verlieren kann! Fangen wir mit dem

Untersuchungsausschuss in Berlin zum „Fall **Murat Kurnaz**“ an, der in Wirklichkeit ein „Fall Fehlverhalten im Bundesaußen- und -innenministerium“ ist.

Wenn im Jahre 2002 für amerikanische und deutsche Geheimdienste klar war, dass Murat Kurnaz kein Terrorist ist, warum hat es dann noch vier lange Jahre gedauert, bis er endlich aus seiner Gefangenschaft befreit wurde und nach Deutschland reisen konnte, immer noch behandelt wie ein Schwerverbrecher? Mit gesundem Menschenverstand kann frau diese Behandlung von Murat Kurnaz nicht nachvollziehen. Aber wir haben es ja auch mit Politikern zu tun!

Kann es sein, dass Murat Kurnaz ein „unmoralisches Angebot“ gemacht wurde, das er ablehnte? Kann es sein, dass ein „Geständnis“ von Murat Kurnaz von großer politischer Bedeutung gewesen wäre? Kann es sein, dass Murat Kurnaz in „Beugehaft“ genommen wurde?

Was verbirgt sich tatsächlich hinter dieser mysteriösen politischen Vorgehensweise gegenüber einem unbescholtenen, unschuldigen Menschen? Ich hoffe sehr, dass die Zuständigen und Verantwortlichen, Innenminister Schily und Außenminister Fischer – der das Weite suchte und fand –, zu ihren Anweisungen ausführlich und unter Eid befragt werden!

Der „Kadavergehorsam“ des Herrn Röwekamp ist ein weiterer Punkt der Unklarheiten und Ungereimtheiten. Er machte seinerzeit eine äußerst lächerliche Figur, als er bekanntgab, dass Murat Kurnaz nicht mehr nach Bremen zurückkehren kann, weil er nicht rechtzeitig von Guantánamo mal eben rübergeschwommen ist, um die deutschen Einreisebestimmungen zu erfüllen.

2. Der Untersuchungsausschuss „Kindeswohl“, der politisch ganz bewusst nicht „**Kevin**“ benannt wurde, weil „Kindeswohl“ so herrlich allgemein und sozial anheimelnd klingt, ist wirklich gefordert, wenn er den ganzen „Fall“ korrekt aufarbeiten will. Im umfangreichen Gutachten des Herrn Mäurer wird auf den Seiten 38 und 39 die unwürdige Rolle der Bremer Behörden ausführlich beschrieben: Weder Bagis noch Sozialamt haben vom 1. April bis 11. Mai 2006 Geld an Kevin und seinen Ziehvater ausgezahlt!

Keines der beiden Ämter fühlte sich für Leistungen zuständig! Der Ziehvater hatte rechtzeitig gegen den Bescheid der Bagis über die Zahlungseinstellung Widerspruch eingelegt, der vom Amt aber schlicht ignoriert wurde. Vielleicht ging der Widerspruch dort auch „verloren“? Es passiert der Bagis sehr oft, dass relevante Unterlagen abhanden kommen, und das wirkt sich garantiert immer zu Ungunsten der ALG-II-Bezieher(innen) aus!

Am 28. April ordnete das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid der Bagis an. Darauf erhielt der Vater am 11.

Mai von der Bagis eine Barauszahlung von 1.100 Euro. Danach stockt die Zahlung an den Ziehvater wieder: Die ihm zustehende Juni-Zahlung in Höhe von 960 Euro erhielt er verspätet! Der Ziehvater war also vom 1. April bis zum 11. Mai 2006 ohne Geld!

Wie überlebt man anderthalb Monate ohne Geld? Wir erinnern uns: Die pathologischen Gutachten waren übereinstimmend der Meinung, dass Kevin ungefähr während dieses Zeitraumes qualvoll starb. Er wurde in einen seit langem leeren Kühlschrank gelegt. Morgen, am 23. Januar 2007, wäre Kevin drei Jahre jung geworden!

3. Ich rufe alle politisch interessierten Bremerinnen und Bremer eindringlich auf, sich an der Kartenaktion des Vereins „Mehr Demokratie“ zu beteiligen! Wir müssen den Politikern, die jetzt unser Leben durch gravierende Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen bestimmen, unmissverständlich klarmachen, dass wir das uns zustehende neue **Wahlrecht** bereits bei der Wahl im Mai dieses Jahres in Anspruch nehmen wollen und zum Wohle Bremens auch müssen!

Noch einmal vier Jahre Misswirtschaft in diesem Umfang und mit den vorhandenen Verfilzungen kann sich die Freie Hansestadt einfach nicht leisten! Bremen geht schon jetzt „am Stock“, und die für diese verfahrene Situation verantwortlichen inkompetenten Politiker kann Bremen nicht weitermachen lassen!

Kurz vor der Wahl verschwenden unsere Senatoren noch einmal Energie und öffentliche Gelder für kräftige personelle Aufstockungen ihrer Ressorts. Diese Vetternwirtschaft in der bremischen Politik hat Tradition! Helfen unsere Volksvertreter so ein paar schwer vermittelbaren Langzeiterwerbslosen aus der Statistik? Wohl kaum, vielmehr ist es Torschlusspanik: Vielleicht kann manche(r) Senator(in) nach der Wahl nichts mehr für ihnen nahestehende Personen tun!

4. Es ereignete sich letzte Woche auch etwas sehr Erfreuliches und Wichtiges in der Freien Hansestadt: Herr Pierwoß und das Bremer **Theater** wurden ausgezeichnet! Es handelte sich um den erstmals vergebenen „Preis der Deutschen Theaterverlage“. Es war eine schöne Veranstaltung mit stehenden Ovationen für Herrn Pierwoß für seine Verdienste um das deutsche und Bremer Theater.

Der von den Medien befragte Kultursenator Kastendiek, der unerträgliche und von keiner Sachkenntnis getrübte Allgemeinplätze von sich gab, hatte Glück, dass er noch ankam, bevor die Preisverleihung zu Ende war.

In seiner Laudatio hatte der Vorsitzende der Jury, Winfried Jacobs, einen wunderbaren Vergleich zur aktuellen Situation des Bremer Theaters zur Hand: ein Gedicht über einen Geigenvirtuosen, der von einem Zuhörer aufgefordert wird zu beweisen, dass er auch in der Lage ist, mit weniger Saiten virtuos zu spielen. Der Geiger nimmt dies als Herausforderung an: Er spielt brillant auch mit einer Saite weniger. Das Gedicht geht nun folgendermaßen weiter:

„Statt seine Neugier zu bezähmen, begehrt der Tor nun frank und frei, noch eine Saite fortzunehmen; so blieben dann noch ihrer zwei. Der Künstler tat’s; mit

weniger Gelingen, doch recht geschickt noch, wusst' er's zu vollbringen. Der Tor indessen jetzt gebot, dass er nur *eine* Saite noch behielte. Der Künstler hatte seine liebe Not, als er mit Kunst ein Gassenliedchen spielte.

Da nimmt der törichte Patron die letzte Saite von der Fiedel: ‚Noch eins gegeigt, mein lieber Sohn! Wohlan, nun spiel uns noch ein Liedel!' Doch stumm das Instrument – es gab keinen Ton. Ihr lieben Bürger, wenn's behagt, die Lehre nehmt aus der Geschicht': Dass selbst die größte Kunst versagt, wenn es an Mitteln ihr gebricht!"

Wenn ich nun sage, wessen kluge Wort das sind, dann kommen wir aus dem Staunen nicht heraus: Sie stammen von Friedrich dem Großen anno 1761!

Gudrun Binder (WASG)

Phrasendrescherei: Beck's Job's gibt's nicht *(„Erwerbslosenforum")*

Entfesselte Exekutive: Demokratie kommt unter die Räder *(„Freitag")*

Steuerschock: Kaufkraft drastisch eingebrochen *(„Financial Times")*

Nur jeden 50. fest eingestellt: Die Hälfte aller Ein-Euro-Jobber wird zur Einsparung regulärer Arbeitsplätze missbraucht *(„Spiegel-Online")*

Peter Hartz in den Knast – seine Gesetze in den Reißwolf!

Wegen seines Geständnisses wurde Peter Hartz der „unappetitliche Aufmarsch der Prostituierten" vor Gericht erspart. Die Frage ist bloß: Wer ist hier unappetitlicher? Ich finde den Herrn Hartz äußerst unappetitlich! Drei Millionen Euro hat er bei VW als Abfindung kassiert, statt fristlos entlassen zu werden, nachdem ihm „Untreue" in 44 Fällen nachgewiesen wurde! Lächerliche 300.000 Euro „Buße" soll er zahlen – und bleibt ein freier Mann, statt dass man ihn ins Gefängnis steckt! Am kommenden Donnerstag soll das „Urteil" verkündet werden, das vorher schon feststeht. Ich bin der Meinung: Dieser Mann gehört in

den Knast – und die widerlichen, unsozialen Gesetze, die er verfasst hat und die seinen Namen tragen, sie gehören in den Reißwolf! Dafür kämpfen wir!

Es läuft wie schon bei Deutsche-Bank-Chef Ackermann: Der hat 57 Millionen Euro Schmiergeld an die Mannesmann-Vorstandsmitglieder bezahlt, natürlich nicht aus eigener Tasche, aber von ihm eingefädelt. Der Mannesmann-Konzern wurde zerschlagen, Tausende verloren ihren Arbeitsplatz. Doch statt ihn zu verurteilen, stellte das Gericht das Verfahren ein – gegen Zahlung einer lächerlichen Summe, „Peanuts“, wie sein Vorgänger Kopper das genannt hätte. Heute darf er im „Weser-Kurier“-Interview zum Besten geben, dass seine „Lebensplanung“ vorsieht, ab 62 nicht mehr zu arbeiten. Aber uns erhöhen er und seinesgleichen das Renteneintrittsalter auf 67! Was dann auf uns wartet, wenn wir die Rente überhaupt noch erleben, ist gerade mal genug, um nicht zu verhungern!

Letzte Woche begannen in den Betrieben Protestaktionen während der Arbeitszeit gegen die Rente mit 67: politische Streiks! Das ist die korrekte Antwort. Das Recht auf politische Streiks, wie es richtig auch von Lafontaine gefordert wird, ist in anderen Ländern selbstverständlich, nur in Deutschland sind sie verboten. Wir müssen es uns nehmen! Gemeinsam, durch Streiks in den Fabriken und Demos auf der Straße, können wir etwas durchsetzen und auch die Hartz-Gesetze beseitigen! Zu den Hartzens und Ackermanns gehört noch einer: Gold-Gerhard! Letzte Woche wurde Schröders Portrait in Gold im Kanzleramt aufgehängt. Ackermann, Hartz, Schröder und Merkel stehen für ein ganzes System, in dem die eigenen Taschen vollgestopft werden, während das Volk belogen, betrogen und beraubt wird!

Ich bin der Meinung: Wenn es uns einst gelingen wird, dieses System zu besiegen und unser eigenes System zu errichten, worin das Volk selbst die Macht hat und nicht mehr Reiche immer reicher, Arme immer ärmer werden – und ich bin sicher, das wird gelingen; ich nenne das den echten Sozialismus –, dann darf jeder arbeiten, es wird jeder gebraucht und nicht ein Drittel der Gesellschaft als „überflüssig“ betrachtet. Dann werden aber auch Ackermann oder Hartz für ihren eigenen Lebensunterhalt selbst sorgen müssen: Keiner wird sich mehr auf Kosten der anderen bereichern!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Wildtierfütterung gescheitert“: Bremer Linkspartei fordert Haushaltsnotlagesteuer für Reiche und Einkommensmillionäre *(„Tageszeitung“)*

Managementpathologie: Trotz sinkender Umsätze billigen sich Top-Manager gerne höhere Gehälter zu *(„Telepolis“)*

Meinungsunfreiheit: Übergriffiger Polizist beschlagnahmt Montagsdemo-Mikrofon und verweigert Angabe seiner Dienstnummer *(„Junge Welt“)*

Schaffen wir ein breites Bündnis gegen diese verkommene Politik!

Endlich sind Sturm und Regen vorbei, aber manche hatten an diesem kalten Abend noch die Handschuhe vergessen. Zur 118. Montagsdemo in Bremen am 22. Januar 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz kamen die Mitstreiter erst zögerlich, aber zum zweiten Teil auf dem Hanseatenhof waren wieder circa 35 Aktive und Zuhörer da.

Die „geilen“ Machenschaften von Hartz, von Ackermann und der „Deal“, wie man die Justizabsprachen der Staatsanwälte und Gerichte heute nennt, waren Themen der Wortmeldungen. Es ist nichts anderes als Klassenjustiz, was hinter den Vorgängen steckt: Die Deutsche Bank, VW oder der „goldene Schröder“ dürfen nicht besudelt werden, koste es, was es wolle. Die hehre Justiz macht mit!

Auf der anderen Seite die Verhöhnung der Werktätigen, der Arbeitslosen, das unglaubliche Vorgehen des Osteroder Kreisrats Geißlreiter gegenüber einem hungerstreikenden Hartz-IV-Betroffenen, ihm auch noch sein Heizungsgeld runterzusetzen, weil er nur noch in seinem kleinen Badezimmer sitzen kann, um sich nicht zu verschulden. Es ist der widerliche Zynismus, die pure Menschenverachtung, die solche Politiker schon jetzt zu faschistischen Methoden greifen lässt!

Ob Bremen mit den Berichten von der „Anmache bei der Bagis“, seinen Krisenausschüssen zum „Kindeswohl“ und zur Klinikaffäre, überall nur Zynismus, Inkompetenz, Überforderung und filz- und vetternwirtschaftliche Arglosigkeiten der politisch Verantwortlichen, ob sie nun Böhrnsen, Röpke, Rosenkötter oder wie auch immer heißen. Alle müssen abtreten!

Eins muss klar sein: Dieses verkommene System wird nicht von selbst verschwinden. Es wird ein breites Bündnis brauchen, von wachen mutigen Menschen mit viel Kraft und Ideen. Denn diese „alten Herren“ und ihr Staat werden mit brutaler faschistischer Gewalt jeden Widerstand brechen wollen, wenn ihr Betrug nicht mehr funktioniert. Nichts anderes zeigt sich im Falle Murat Kurnaz: Die Berliner Regierung „weiß von nichts“, wendet aber in ihrer imperialistischen Politik die gleichen Methoden an wie die USA. Darum: Rückzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland! Auflösung aller imperialistischen KSK-Einheiten und der Geheimdienste des Imperialismus!

Wir rufen noch einmal zur Vorbereitung der **5. Delegiertenkonferenz** der bundesweiten Montagsdemobewegung am 24. Februar 2007 in Kassel auf. Am **29. Januar 2007** wollen wir in direkter Demokratie unsere **Kandidaten** für die Koor-

dinierungsgruppe und die Bremer **Delegierten** auf dem **Marktplatz** beziehungsweise **Hanseatenhof** wählen. Wir rufen daher alle, die die bundesweite Montagsdemobewegung unterstützen wollen, auf: Beteiligt euch an der **Wahl**!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Statistik aktualisiert: Die Zahl der Besuche auf unserer Homepage hat sich 2006 gegenüber dem Vorjahr von 27.973 auf 81.033 verdreifacht – die Zugriffszahlen betragen das Sechsfache *(Bremer Montagsdemo)*

Sozialgerichtliche Entscheidungen: Justitiarin der Linkspartei regt parlamentarische Initiative an *(„Erwerbslosenforum“)*

„Gewaschen und rasiert“: Igel kriegt Job als Nadelkissen *(„Tetsche“)*

Marxist oder Psycho-Fuzzi: Testen Sie Ihr Weltbild *(„Die Zeit“)*

Klassenjustiz: Arbeitsloser muss für 30-fachen Mundraub zweieinhalb Jahre ins Gefängnis *(„Business News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

119. Bremer Montagsdemo
am 29. 01. 2007

Die Streikenden absichern durch Grundeinkommen!

Es gibt seit einiger Zeit innerhalb der Montagsdemo eine kontroverse Diskussion zum Thema Arbeitspflicht (Stichwort „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen“). Das frei zitierte Paulus-Wort charakterisiert eine preußisch-obrigkeitsstaatliche Untugend, die, im Faschismus extrem pervertiert, noch heute ideologieübergreifend allgegenwärtig ist. Ich gehöre zu denjenigen, die den Arbeitszwang ablehnen, weil er der Ausbeutung in jeglicher Form Tür und Tor öffnet!

Die Idee von einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle verfolgt dagegen einen völlig anderen Ansatz und konterkariert damit die bis heute gültige obrigkeitsstaatliche Geisteshaltung. Die Selbstverwirklichung des Menschen ohne den Zwang zur Lohnarbeit würde endlich in greifbare Nähe rücken: Sie wäre eine Befreiung, die erst durch das Existenzgeld möglich würde. Denn wenn der Stress, möglichst viel fremdbestimmt arbeiten zu müssen, abgebaut ist, kann mensch sich wieder positiv für die Arbeit entscheiden. Sie oder er würde Arbeit dann als absolut sinnvoll empfinden, weil sie den Neigungen und Fähigkeiten der Menschen entspricht und ihnen die Möglichkeit bietet, ihre Kreativität voll zu entfalten.

Das Existenzgeld schafft hierfür den Rahmen und die materiellen Voraussetzungen. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, der keinesfalls unter acht Euro netto liegen darf, bleibt davon freilich unberührt. Bei künftigen Arbeitskämpfen drohen nicht mehr Verelendung der Betroffenen und die Pleite der Gewerkschaftskassen, weil die Streikenden durch das bedingungslose Grundeinkommen abgesichert wären und eine Einschüchterung durch Aussperrung oder Entlassung nicht mehr greifen würde.

Das bedingungslose Existenzgeld ist ein Mittel, die Diskriminierung, Disziplinierung und Spaltung unserer Gesellschaft aufzuheben. Es beinhaltet gleichzeitig das Recht auf Erwerbsarbeit, nicht die Pflicht hierzu, und dies bei gesetzlich garantiertem Mindestlohn. Das möchte ich hier ausdrücklich betonen! Es ist ein

Instrument der gerechten Verteilung des Reichtums und der Abschaffung der Armut. Es ermöglicht für alle Menschen ein hohes Maß an Solidarität!

So würde es künftig keine Arbeitslosenhilfe, kein ALG II, kein Sozialgeld und keine „Leistung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ mehr zu geben brauchen. Auch Transferleistungen wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Bafög und Ausbildungsbeihilfen könnten entfallen, weil sie im Existenzgeld für Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche enthalten wären. Die Hartz-Gesetze (ich nenne sie ja viel lieber Hatz- oder Hass-Gesetze!) könnten mitsamt der menschenverachtenden Unwörter im Mülleimer der Geschichte verschwinden!

Es gibt inzwischen viele unterschiedliche Existenzgeldmodelle. Ich möchte hier nur das der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe- und Erwerbslosen-initiativen“ (BAG-SHI) herausgreifen, weil ich es für eines der fortschrittlichsten halte. Das Konzept nennt sich „Existenzgeld für alle“: Jeder Mensch hätte ein Anrecht darauf und sollte es in Höhe von 800 Euro plus angemessener Warmmiete bekommen. Die Berechnung stammt aus dem Jahre 2002 und würde heute entsprechend aktualisiert.

Das Grundeinkommen würde unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Alter und Familienstand gewährt und ohne Unterhaltspflicht, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Arbeitszwang ausgezahlt. Es setzt sich aus vier Bedarfssäulen zusammen: a) täglicher Bedarf inklusive Energie wie Strom und Gas: 310 Euro, b) Gesundheit und Krankenversicherung: 130 Euro, c) soziale Teilhabe, Urlaub und Mobilität: 230 Euro, d) Kleidung und Instandhaltung, Anschaffungen wie Möbel: 130 Euro. Wie gesagt, diese Zahlen entsprechen nicht mehr den heutigen Lebenshaltungskosten und würden entsprechend erhöht werden müssen.

Wie würde es bezahlt? Es wäre bundesfinanziert durch: a) den bisherigen Teil des Steueraufkommens für soziale Transferleistungen, b) die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge, c) eine zukünftige zweckgebundene Existenzgeldabgabe von 50 Prozent (“take-half”) auf Nettoeinkommen jeglicher Höhe. Einzelne Steuerarten sind einzuführen beziehungsweise neu festzusetzen, zum Beispiel Vermögensteuer, Spekulationsgewinnsteuer, Kapitalexportsteuer oder Erbschaftsteuer.

Das bedingungslose Existenzgeld würde zwar nicht den Kapitalismus abschaffen, wäre aber eine echte Alternative zur Politik der gnadenlosen Umverteilung von unten nach oben. Am Schluss ihres Existenzgeldkonzeptes stellt die BAG-SHI fest, dass die Beseitigung von Armut und jeder Schritt in diese Richtung hochaktuell ist und damit auch ein Schritt in Richtung einer demokratischen und sozialen Gesellschaft wäre.

Wieland von Hodenberg („Solidarische Hilfe“)

Arbeitsniederlegung: 63.000 Metaller protestieren gegen Rente mit 67 *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Disziplinierung: Zeitungsverlag feuert Lokalredaktion *(„Spiegel-Online“)*

Auch Frühaufsteher ohne Lehrstelle: Unbezahlte Langzeitpraktikanten sind konkurrenzlos günstiger *(„Tageszeitung“)*

Durch Netz gefallen: 330.000 arbeitslose Nordrhein-Westfalen tauchen in keiner Statistik mehr auf *(„Die Welt“)*

„Gefahr durch Ein-Euro-Jobs“

Da haben wir es: „Ein-Euro-Jobs verdrängen reguläre Beschäftigungsverhältnisse“, meldet unsere „täglich glücklich“ machende Zeitung am Wochenende. Leute, freut euch, wir sind Menschen mit hellseherischen Fähigkeiten, oder doch nur mit klaren Menschenverstand: Wir von der Montagsdemo haben das schon vor über zwei Jahren gesagt, und alle anderen haben weggehört! Oder wollten sie es nicht wahrhaben, dass da so ein paar einfache Bürger alles im voraus ahnen? Nein, erst einmal muss viel Geld für eine Studie ausgegeben werden und viel Zeit ins Land gehen, bis es auch die Verantwortlichen begreifen!

Wo kämen wir denn auch hin, wenn es Menschen gäbe, die diese Information ganz umsonst liefern? Das wäre ja noch schöner! Doch auch das will ich hier sagen, uns allen zum Trost: Freut euch Leute, sie haben es endlich geschnallt, und sie berichten jetzt auch darüber, was für ein Erfolg! Zwei Jahre lang wurde den Menschen mehr Leid und Armut aufgebürdet – nun liegt endlich die Wahrheit auf den Tisch! Eigentlich für uns ein Grund zur Freude, doch bei mir kommt eher Trauer auf, dass es so lange dauert, bis jemand handelt.

Wir von der Montagsdemo handeln ja und klären auf, seit mehr als zwei Jahren schon, und das gibt uns Hoffnung, dass diese Scheiß-Hartz-IV-Gesetze endlich verschwinden. Denn auch das haben wir schon immer gesagt: Hartz IV macht uns alle arm, jung und alt, nimmt Zukunftschancen und gefährdet den sozialen Frieden. Wenn jetzt weitere zwei Jahre ins Land gehen, ist es eine verpasste Chance und wird uns in Zukunft mehr kosten als nur ein paar Geldscheine!

Ich möchte ganz klar betonen: Wir sind eine Gemeinschaft, und wenn das Sprichwort recht hat, jede Kette ist so stark ihr schwächstes Glied, dann sind die Schwächsten in unserer Gesellschaft die Kinder, die Armen und die Mittellosen, und wenn wir sie fallen lassen, zerreißt die Kette. Brüche hat sie heute schon, doch noch ist es nicht zu spät! Liebe Mitbürger, sorgt mit uns dafür, dass diese

Kette hält! Reiht euch auch zu eurem Wohle ein und tragt dazu bei, dass das Band der Gemeinschaft nicht zerreißt!

Udo Riedel (parteilos)

Ärzte verlassen Problemviertel: Nur noch zwei Praxen für 4.875 Menschen *(„Hamburger Abendblatt“)*

Tätige Reue: Bremer Grüne fordern höheres Arbeitslosengeld *(„Radio Bremen“)*

Die Kleinen hängt man

1. Soll Hartz IV nicht mehr nach Hartz heißen? Nach Ansicht von SPD-Fraktionschef Struck tauge der Name „Hartz“ nicht mehr als Name für die Arbeitsmarktreform. Zur Begründung führt er an, der Begriff sei diskriminierend. „Das passt gar nicht zusammen“, sagte er in Hinblick auf die Regulierung des Arbeitsmarktes durch Hartz IV: „Wer Wasser predigt, darf nicht Wein saufen.“

Ich hingegen finde, dass beides jetzt erst recht ganz wunderbar, zu 100 Prozent zusammenpasst, so optimal, wie ein Deckel nur auf seinem Topf liegen kann! Wieso dann umbenennen? Jeder soll weiterhin klar sehen können, welche Geisteshaltung hinter diesen Gesetzen steckt!

Ich möchte gerne die Frage aufwerfen, was den Unterschied zwischen Peter Hartz und einem Arbeitslosen ausmacht. Dafür rufe ich noch einmal ins Gedächtnis, dass der Namensgeber der Reform am Donnerstag wegen Untreue und Begünstigung von Betriebsräten eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung erhalten hat und eine Geldstrafe von 576.000 Euro zahlen muss. Hartz hat gestanden, den früheren VW-Betriebsratschef Klaus Volkert mit Sonderzahlungen in Millionenhöhe und Vergünstigungen wie teuren Reisen „gekauft“ zu haben.

Halten wir diesen Tatbestand gut fest, wenn wir jetzt hören, worin der Unterschied zwischen Herrn Hartz und einem gewöhnlichen Arbeitslosen besteht: Ein Arbeitsloser hat in Düsseldorfer Luxusrestaurants wochenlang die Champagnerkorken knallen lassen, ohne zu zahlen. Dafür muss er jetzt **zweieinhalb Jahre** ins **Gefängnis**! Ohne Geld in der Tasche hatte er für insgesamt **1.600 Euro** mindestens 30 Mal gespeist. Das Amtsgericht Düsseldorf wertete das am Mittwoch als 30-fachen **Betrug**.

Die Gastro-Tempel hatte der Arbeitslose nach den Mahlzeiten unauffällig verlassen oder dem Personal seine Zahlungsunfähigkeit offenbart. Vor Gericht gestand der Feinschmecker, dass er Hunger hatte. Weiterhin führte er aus, dass er nicht in eine Imbissbude gehen konnte, weil dort sofort bezahlt werden muss. Dafür wurde er vom Gericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Dabei war der gute Mann ebenso umfassend geständig wie unser „Freund“ Peter Hartz!

Der eine beging 44-fache **Veruntreuung** von über **zwei Millionen Euro** und der andere 30-fachen Betrug für insgesamt 1.600 Euro – der eine erhält **Bewährung** und **Geldstrafe**, der andere wandert gnadenlos in den Knast. In Deutschland scheint es inzwischen *en vogue* zu sein, das Leute des öffentlichen Lebens kriminelle Neigungen ausleben dürfen, ohne dafür belangt zu werden. Im Fall der Vodafone-Geschichte (mit Ackermann, Esser, Zwickel und anderen Beteiligten) war es Wirtschaftskriminalität. Dabei wird dann aus Betrug „Untreue“. Die wichtigsten Details wurden bei diesem Deal selbstverständlich komplett ausgespart!

Die werten Herren können sich gegen ein Trinkgeld freikaufen und genießen nun die Begeisterung ihrer Gesinnungsgenossen. Sie haben erneut bewiesen, dass der Spruch „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“ noch nie so wirklich, so wertvoll war wie heute. Eine weitere Weisheit lautet: Ein Bourgeois kommt nicht ins Gefängnis, das ist nur etwas für die Armen! Wer reich ist, hat die Gesetze automatisch auf seiner Seite und muss seine Strafe nicht absitzen. Höchstens alle zehn Jahre mal einer, und auch nur dann, wenn es sich um ein Kapitalverbrechen wie Mord handelt.

2. Mit der Überschrift „Eine leere Garantie“ umschreibt die „Tageszeitung“, wie das Versprechen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, dass keine Schulstunde mehr ausfallen soll, eingehalten wird: Die Umsetzung hat fatale Folgen für alle Beteiligten!

Unterqualifizierte, überforderte **Aushilfslehrkräfte** „vertreten“ zum Beispiel erkrankte Lehrer im Unterricht mit 1,5 Millionen Vertretungsstunden. Mit Floskeln wirbt Roland Koch für seine „**Unterrichtsgarantie Plus**“. Was nützt Schülern und Eltern ein Anspruch auf eine verlässliche Schule mit berechenbaren Zeiten, wenn der „Unterricht“ derart unqualifiziert erteilt wird? Schule sollte doch mehr als nur eine Verwahranstalt sein!

„Hier wird die Pädagogik abgeschafft“, sagt der Fachmann. Hier wird mal wieder eines der klassischen Ressentiments gegen Lehrer bedient, dass nämlich deren Job jeder machen könne. Jeder, der möchte, wird auf diesem Weg mit honorierten 20 bis 30 Stunden in die Schulen gelassen. Als „pädagogische Kenntnisse“ bekommen Aushilfskräfte meist nur ein Vorstellungsgespräch bei der Schulleitung mit auf den Weg. Nicht einmal ein Führungszeugnis wird verlangt, wie es zum Beispiel von Jugendgruppenleitern genauer geprüft würde.

Selbst für ausgebildete Pädagogen gibt es keine schwierigere Aufgabe, als einen qualifizierten Vertretungsunterricht zu machen und sich ad hoc auf ein neu-

es Thema und eine neue Gruppe einzulassen. Diesen Job gänzlich Unqualifizierten zu übertragen, bedeutet eine absolute Entwertung des Begriffs „Unterricht“. Es ist der blanke Zynismus!

Schon jetzt ist zu erkennen, dass Menschen, die etwas Missionarisches im Kopf haben, in die Schulen drängen. Das müssen deswegen nicht automatisch Neonazis oder Ähnliche sein. Dennoch sind die Schülerinnen und Schülern von Einflüssen, die ihnen nicht gut tun oder die sie zumindest nur schwer einordnen können, kaum mehr zu schützen. Auf diese Weise erfahren die jungen Menschen, dass sie von der Schule nicht ernst genommen werden. So ist es von ihnen wohl auch kaum zu erwarten, dass sie umgekehrt die Schule ernst nehmen.

Die direkte Arbeit am Menschen wird nicht als solche anerkannt, sei es, weil sie primär „weiblich“ ist oder schwer messbar, oder weil sie keinen direkt erkennbaren Wertzuwachs nachweisen kann. Nicht umsonst werden im Pflegebereich so viele Ungelernte als Arbeitskräfte auf von ihnen Abhängige, auf noch nicht oder nicht mehr „Verwertbare“ losgelassen. Alles muss sich neoliberal um die Arbeit drehen! Auch ein Großteil der neuen „Bürgerarbeit“ soll bei Vollzeit für schlappe 800 Euro brutto auf diesen Bereich ausgerichtet werden. Um das Wohlbefinden der Schutzbefohlenen, der „Überflüssigen“ und selbst der Schüler als noch „Verwertbare“ in unserer Gesellschaft sieht es schlecht aus!

Elisabeth Graf (parteilos)

Sonderprogramm: Zur Schaffung von 100 Arbeitsplätzen 20 Millionen Euro Fördermittel ausgeschüttet *(„Radio Bremen“)*

Wir können uns diese Verschwender nicht mehr leisten!

1. Der Wahlkampf hat begonnen! Zwar will Außenminister **Steinmeier** erst im März vor dem Untersuchungsausschuss im „Fall Murat Kurnaz“ aussagen. Das ist auf der einen Seite bedauerlich, reichlich spät und auch als Drückebergerei zu deuten, aber für den Wahlkampf in Bremen könnte es für Herrn Röwekamp hoffentlich zum Desaster führen!

Im Mai wählen die Bremerinnen und Bremer, und dann kommt rechtzeitig zum Wahltermin raus, wie schäbig und menschenverachtend Herr Röwekamp in diesen Ablauf hineinpasst. Wir erinnern uns noch gut an seine lächerlichen Argumente, Murat Kurnaz nicht wieder nach Bremen einreisen lassen zu können. Es bedurfte richterlicher Anweisungen, die dieses Verfahren für ungültig und ungesetzlich erklärten!

Herr Röwekamp hat die Bremer Polizeireform immer wieder in den höchsten Tönen gepriesen, und das „täglich-glücklich“-Blatt hat diesen Unsinn kritiklos und umfassend veröffentlicht. Die Polizei ist personell unterbesetzt, erst unter Druck wurden die mit falschen Versprechungen nach Bremen gelockten jungen Leute, die sich hier als Polizeianwärter(innen) ausbilden ließen, auch tatsächlich zum größten Teil in den Bremer Polizeidienst übernommen.

Für seine teuer eingekaufte „Polizei-Show“ am 4. November vergangenen Jahres hat Herr Röwekamp 700.000 Euro aus Steuergeldern verplempert, um bei der Demonstration im Januar dieses Jahres weder persönlich noch namentlich in Erscheinung zu treten. **Röwekamps** Mitschuld am Tod zweier Afrikaner, deren Schuld nicht einmal ermittelt wurde, lehrt uns weiter das Gruseln vor diesem Mann!

Auch bei der Entlastung der Mitarbeiter des Ausländeramtes wurde nicht verfahren wie vollmundig angekündigt: Die versprochenen zusätzlichen, zeitlich befristeten Mitarbeiter(innen) gibt es dort immer noch nicht. Dass wir im „täglich-glücklich“-Blatt nichts mehr davon lesen, bedeutet noch lange nicht, dass alles bestens geregelt wurde! Herr Röwekamp lässt die ausländischen Mitbürger(innen) weiterhin im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen.

Wenn Herr Röwekamp jetzt im sozialen Bereich aktiv werden will – wovor uns der Barmherzige bewahren möge –, dann kann er seine leerstehenden, immens hohe Mieten verschlingenden Immobilien gut zur Verfügung stellen für Kinder und Jugendliche, für alte und ältere Menschen, für ausländische Mitbürger(innen) oder auch für Kulturschaffende.

2. Im Sozialressort tut sich was! Wirklich? Was denn? Das Sozialressort *wartet!* Es wartet auf das Ergebnis des Untersuchungsausschusses. Die als Schnellschuss ausgeschriebenen acht zusätzlichen, befristeten Teilzeitarbeitsstellen gibt es immer noch nicht, auch kein Notfalltelefon! Nur hört und liest frau nichts darüber, weil es ja auch wirklich nichts aus dem Sozialressort zu berichten gibt, außer Sprechblasen und Lippenbekenntnisse von Frau **Rosenkötter** und Herrn **Böhrnsen**.

Herr Kastendiek hat sich anscheinend die falschen fünf Kumpels in sein Ressort geholt! Alle zusammen sind nicht in der Lage, ihm bei der Bewältigung seiner anfallenden Arbeit zu helfen, damit Termine – auch längst überfällige – eingehalten werden. Aber auch der Vorschlag des Bremer Rechnungshofes, das Kulturressort an das Bildungsressort anzugliedern, missfällt ihm.

Er ist der Meinung, Wirtschaft und Kultur passten bestens zueinander! Allerdings hat er uns im letzten Jahr in erschreckender Weise das Gegenteil vorgeführt. Als Kultursenator kommt Herr **Kastendiek** nicht nur bei Preisverleihungen

im Theater reichlich zu spät, obwohl ihm die Kultur so am Herzen liegt! Aber wie erwähnt, mit der Einhaltung von Terminen hat er seine Schwierigkeiten.

Auch Kulturstaatsrätin Motschmann wurde nicht gesehen. Alles Hinweise darauf, wie wichtig dem Kulturressort die Kultur ist! Frau **Motschmann** und ihrer Freundin geht es bestens mit Herrn Kastendiek als Chef. Die fünf Arbeitsverträge aus dem Wirtschaftsressort und der Freundschaftsvertrag im Kulturressort müssen noch einmal genauestens unter die Lupe genommen und rückgängig gemacht werden, weil sie unter Vortäuschung falscher Tatsachen zustande gekommen sind. Und das alles vor Mai, vor dem Wahltag!

Alle diese Politiker, voran Herr **Perschau**, möchten nicht, dass die Bremerinnen und Bremer mit einer „umfassenderen Wahlmöglichkeit“ überfordert werden. Ich möchte gern gefordert werden! Wir können uns diese Verschwenderpolitiker(innen) in Bremen einfach nicht mehr leisten!

Gudrun Binder (WASG)

„Sensationell“: Wegen des milden Wetters steigt die Arbeitslosenzahl im Januar „nur“ um eine Viertelmillion *(„Spiegel-Online“)*

Peep-Show: Briten wollen Durchleuchtungskameras auf Straßenlaternen montieren *(„RP-Online“)*

Der Rechnungshofbericht ist keine Aufforderung zum Rechtsbruch

Hier nun der Schluss meines ausführlichen **Kommentars** zum Bericht des Bremer Rechnungshofes, wonach bei der hiesigen Sozialbehörde jede zweite der stichprobenartig geprüften Akten falsch ist! In dem Bericht heißt es unter der Überschrift „Festgestellte Mängel beheben“, Punkt 203:

„Für die Zukunft erwartet der Rechnungshof, dass alle möglichen Einsparpotenziale hinsichtlich der Kosten der Unterkunft und Heizung ausgeschöpft werden. Die Qualifikation der Beschäftigten und die Arbeitsqualität ist deutlich zu verbessern. Die Vorgesetzten haben ihre Leitungs- und Aufsichtsfunktionen stärker wahrzunehmen, um die einheitliche Rechtsanwendung sicherzustellen und die Beschäftigten zu unterstützen. Weiter sind durch das Datenverarbeitungs-

programm bedingte Missbrauchsmöglichkeiten durch eine verstärkte Kontrolle einzuschränken."

Allein die Forderung, festgestellte Mängel zu beheben, zeigt auf, wie desolat die Bagis arbeitet. Auch ist diese Mahnung keine Aufforderung zum Rechtsbruch. Genutzt werden sollen alle *möglichen* Einsparungspotentiale – möglich ist es Bremen eben nicht, die Kostensenkungsaufforderungen gerichtsfest zu begründen. Was die weiteren Wünsche betrifft, wäre es schön, wenn zumindest diese Wirklichkeit würden. Für mich stellt sich die Frage nach wie vor: Hat dieser Prüfer, auch wenn sein Auftrag auf die Kosten der Unterkunft beschränkt war, nicht *mehr* gesehen, als hier ausgeführt wurde?

Jede(r) Hartz-IV-Betroffene hat Anspruch auf einen *verständlichen ALG-II-Bescheid.* Wenn Nebenrechnungen vorgenommen wurden, sind diese einzuarbeiten oder beizufügen! Dazu gehört, dass bei den Zahlungen und deren Empfängern auch die Beträge vermerkt sind. Die sogenannten Kunden werden schlechtestens behandelt, die Innenprüfung der Bagis ist auf den Umgang mit „Kunden" auszudehnen! Insbesondere die „Aktivierung" der „Kunden" durch Ankratzen des Selbstwertgefühls ist zu überdenken. Die langfristigen Folgen sind sehr negativ und gehen weit über die möglichen Einsparungen hinaus!

Zu einer Prüfung gehört auch die Feststellung von *Minderleistungen.* Die Bagis hat als anerkannte Miete in vielen Fällen die linke Spalte der Tabelle nach § 8 Wohngeldgesetz vermerkt – obwohl über 90 Prozent der Wohnungen in Bremen die Kriterien der mittleren Spalte erfüllen, beziehungsweise die Miete der rechten Spalte einzutragen wäre, wenn die Bagis dürfte. Diese Aussage fehlt im Prüfbericht! Auch eine Mitarbeit der Betroffenen in der Arbeitsgruppe „Fachkoordination SGB II/SGB XII" halte ich für erstrebenswert. Wir werden uns darum bemühen – wer mitmachen will, melde sich! Selbst die Bremer Straßenbahn AG bezieht ihre Kunden in die Entscheidungsvorbereitung mit ein!

Zum Schluss ein Hinweis, wie die agierenden Behörden miteinander umgehen: Es wird Klage erhoben! Ich zitiere Punkt 202: „Das Ressort hat sich der bundesweiten Auffassung der Kommunen angeschlossen. Unter anderem bemühe sich der Deutsche Städtetag um eine Klärung. Der Deutsche Städtetag und die Bundesagentur würden zurzeit eine Streitvereinbarung erarbeiten. Sobald sie abgestimmt sei, solle die strittige Frage in einem Musterprozess geklärt werden." Dies beweist: Nicht einmal diese Behörden können sich untereinander gütlich einigen! Dabei würde jede Einigung Verwaltungsaufwand und Gerichtskosten ersparen. *So* wird Steuergeld verschleudert! Bei einer gerichtlichen Entscheidung werden womöglich nicht einmal die technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung oder andere Sachzwänge beachtet, was wiederum erhebliche Kosten verursachen kann!

Zur Erinnerung: Der Bund ersetzt den Gemeinden einen bestimmten prozentualen Teil der tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Somit schlägt auch jede Entlastung der Gemeinden auf diesen Erstattungsbetrag durch, dessen Neufestlegung sowieso ansteht. Wenn dabei dieser Sachverhalt berück-

sichtigt wird, kann eine Neuregelung und die damit verbundene Verwaltungsaufblähung vermieden werden, ohne dass auch nur ein Cent Steuergeld verlorengeht, im Gegenteil, es wird kräftig eingespart!

Für die Betroffenen bedeutet diese Prüfungsfeststellung: Genau hinsehen, denn alles ist möglich! Wer von den Briefen zur Miete betroffen ist, muss diese ernstnehmen: Es sind Bescheide, obwohl das Wort Bescheid und auch eine Rechtsmittelbelehrung fehlen! Wie Sozialsenatorin Rosenkötter all diese Missstände beheben will, werden wir am **8. Februar 2007** klären, durch eine **Demo** um **14 Uhr** ab **Bahnhofsvorplatz** zum Besuch der **Deputationssitzung**! Wir wollen eine andere Regierung! Wir schaffen eine Zukunft mit *ehrlichen* Politikern! Deshalb Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

In diesem Zusammenhang noch eine Vorankündigung: Am **Freitag**, dem **16. Februar 2007**, findet in der **Blauen Karawanserei**, Am Speicher XI, eine **öffentliche Verhandlung** gegen das arbeitsmarktpolitische Instrument „**Ein-Euro-Job**“ statt. Betroffene Menschen können ihre Erfahrungen und Kenntnisse einbringen. Lebens- und Arbeitsbedingungen werden angeklagt, Verantwortliche gesucht und benannt. Gutachter stellen alternative Modelle zu Hartz IV vor, denn das Ziel der Verhandlung ist: Die Ein-Euro-Jobs werden gestrichen und duch armutsfeste sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ersetzt! Kommt alle und nehmt am Tribunal teil!

Hans-Dieter Binder (WASG)

„Entferne Ordner“: Neue Software versteht auch von fremden Personen erteilte Befehle *(„Spiegel-Online“)*

Verletzlicher Wohnraum: Wem die Arge nicht die volle Miete zahlt, dem wird ein Zimmer zugesperrt *(„Mitteldeutscher Rundfunk“)*

„Albtraum“: Sozialamtsleiterin Marianne Riesenberg hasst ihren Vorgesetzten wegen des ausgeübten brutalen Sparzwanges *(„Tageszeitung“)*

Verfassungswidrig: Besitzer großer Vermögen werden nicht ausreichend zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen *(„Spiegel-Online“)*

„Reiner Populismus“: Langzeitarbeitslose bleiben auf der Strecke *(„Kölner Stadt-Anzeiger“)*

Sachbearbeiter überfordert: Bundessozialgericht wird Reparaturwerkstatt für schlampig gemachte Gesetze *(„Die Welt“)*

Schwindel: 80 Prozent der in Online-Jobbörsen ausgeschriebenen Stellen werden ständig aktualisiert, aber nie besetzt *(„Nachdenkseiten“)*

Wir verurteilen jeden Angriff auf die demokratischen Rechte und die selbstverantwortliche Organisierung der Montagsdemos!

Mit dem Montagsdemo-Lied von Klaus dem Geiger, vorgetragen von einem Bremer Mitstreiter, wurde uns richtig eingeheizt zur 119. Montagsdemo in Bremen am 29. Januar 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Wir hatten heute viel vor, doch zuerst gratulierten wir unserem Mitstreiter Hans-Dieter zu seinem runden Geburtstag und dankten ihm für seine intensive solidarische Arbeit und Unterstützung der von der unsozialen Politik betroffenen Menschen und der Montagsdemobewegung. Alles Gute und viele Ideen für den weiteren Widerstand!

Das Bürokratie-Urteil aus Hannover gegen die Montagsdemo und ihren Leiter erregte unseren Zorn und forderte unsere Solidarität heraus. Wir weisen alle Machenschaften von Seiten dieses Staates und seiner willfährigen Justiz, die Montagsdemo zu behindern, zu kriminalisieren und kaputtzumachen, auf das Entschiedenste zurück! In allen Fragen, wo unsere solidarische Unterstützung gebraucht wird, sichern wir den Hannoveraner Mitstreitern unsere enge Verbundenheit zu!

Das Sträuben Steinmeiers, Schilys und der alten und neuen Regierung, die wahren Tatsachen zum „Fall Murat Kurnaz“ und die Hintergründe ihrer imperialistischen Politik offenzulegen, widert uns an. In allen Fragen der realen „Ausländerpolitik“ zeigt sich die gleiche Richtschnur: Diskriminieren, Herabwürdigen, der Willkür aussetzen. Der Kurs, von Afghanistan bis zum Libanon, zeigt, dass der neudeutsche Imperialismus wieder groß mitspielen will in der Welt. Wir müssen und werden solche Pläne aber durchkreuzen!

Ja, und Kreuze zu machen hatten wir auch: Wir wählten unsere Delegierten für die 5. Konferenz der bundesweiten Montagsdemobewegung am 24. Februar 2007 in Kassel und nominierten unsere Kandidaten für die zentrale Koordinierungsgruppe und die Revisoren der zentralen Kasse. Nach kurzer Vorstellung der

Bewerber und geheimer Wahl und Auszählung konnte bekanntgegeben werden, dass alle Bewerber die erforderliche Mehrheit der abgegeben Stimmen erhalten hatten. Alle nahmen die Wahl an.

Kurz vor 19 Uhr, als es zu dunkel und ungemütlich wurde, vertagten wir uns auf die nächste Woche. Circa 30 Mitstreiter und Zuhörer waren heute auf dem Marktplatz und Hanseatenhof dabei gewesen. Bei der Nachbesprechung planten wir die nächsten Aktionen: Am **9. Februar 2007** kommt Frau **Merkel** mittags zur „Schaffermahlzeit“, am **10. Februar** tanzt der „**Samba-Karneval**“ in Bremen, und am **17. Februar** ist **Karneval** in **Braunschweig**, zu dem uns die dortige Montagsdemo herzlich einlädt, denn ihr Motto für den Umzug durch die „Stadt der Forschung“ lautet: „Die Wissenschaft hat festgestellt, dass Hartz IV Protest enthält!“

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Notwehr“: Polizist erschießt einen mit Notfallhämmerchen bewaffneten Arbeitslosen *(„Spiegel-Online“)*

Unrasiert: Henrico überzeugt schon am ersten Arbeitstag mit Punk-Kenntnissen *(„Spiegel-Online“)*

Kumpel demonstrieren: Steinkohlebergbau soll dem Börsengang des RAG-Konzerns geopfert werden *(„Spiegel-Online“)*

„Bittere Niederlage für die Gerechtigkeit“: Alle vier zentralen Ziele der Gesundheitsreform sind verfehlt worden *(„Stern“)*

Bundesrechnungshof fordert noch mehr Eingliederungsvereinbarungen: Aber 40 Prozent der Ein-Euro-Jobs liegen nicht im öffentlichen Interesse oder sind nicht wettbewerbsneutral *(„Tagesspiegel“)*

Verarmung auf Lebenszeit: Stadt Schmölln zieht Arbeitslose zur Ausbeutung durch „Bürgerarbeit“ heran *(„Ostthüringer Zeitung“)*

„Gelobt sei, was hart macht“: Ulmer „Christsoziale“ verhindern Einbau einer Warmwasserversorgung in Obdachlosenheim *(„Tageszeitung“)*

Heute jung, morgen arm: Sozial gerecht wären mehr Lohn, kürzere Arbeitszeiten und ein früherer Ruhestand *(„Junge Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

120. Bremer Montagsdemo am 05. 02. 2007

Das Zementieren der „Bildungsferne“ des Prekariats

Anno 2002 habe ich mir erneut einen Studienplatz für das Fach Sozialpädagogik besorgt, um mein ehemals abgebrochenes Studium zu beenden. Es begab sich im Oktober desselben Jahres, dass ich zum Arbeitsamt gehen musste, um nach meinem nun auslaufenden Arbeitslosengeld die damalige Arbeitslosenhilfe zu beantragen. Auf diesem Antrag musste ich meine Immatrikulation angeben. Dort habe ich auch die Lehrveranstaltungen aufgeschrieben, die zumeist in den Abendstunden lagen. Für 30 Stunden stellte ich mich dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung.

„Nix da!“, brüllte das Amt und strich mir *sofort* rückwirkend meine Bezüge ab 1. Oktober 2002. Dabei sollten die Vorlesungen erst Mitte Oktober beginnen! Eine Woche versuchte ich vergebens, Hilfsmöglichkeiten zu finden, bis ich erst mal resignierte und mich exmatrikulieren ließ. Schließlich muss ich immer ganz allein für drei Menschen aufkommen!

Von da an zahlte mir das Amt für die restlichen Tage des Monats das mir noch zustehende Arbeitslosengeld und bewilligte weitere Arbeitslosenhilfe. Ich war ja wieder eine *brave* Arbeitslose geworden, die zu Hause die Hände in den Schoß legte und auf keinen Fall ihr Studium abschloss, um den nicht vorhandenen Arbeitsstellen voll und ganz zur freien Verfügung zu stehen! Natürlich habe ich Widerspruch eingelegt und eine Klage eingereicht, als ich damit nicht weiterkam. Ich wollte das Studium beenden und für die Oktoberwochen mein Geld bekommen, als sie mir nichts bezahlt hatten.

Viel Wasser ist seitdem die Weser heruntergeflossen, und vielleicht haben auch schon ganz zarte „Mooswürzelchen“ versucht, in der dicken Staubschicht meiner Akte heimisch zu werden. Nach „nur“ vier Jahren wurde ich letzte Woche Dienstag zum Sozialgericht vorgeladen. Weil sie gerade dabei sind, meinen Studiengang einzustampfen, würde ich keinen Blumentopf gewinnen können. Ich ha-

be mir das mit dem Studium längst abgeschminkt, aber wenigstens das nicht gezahlte Geld für Oktober 2002 wollte ich mir zurückholen!

Ich bin in Begleitung meines Anwaltes Detlef und von Hans-Dieter und Gudrun bei Gericht erschienen. Neben dem Richter Schlüter saßen zwei chronisch schweigende ältere Beisitzer. Ich hockte mit meinem Anwalt vor ihm. Mit etwas Abstand rechts neben mir hatte der juristische Vertreter des Arbeitsamtes Bremen Platz genommen. Dieser alte Herr hatte seinen Namen wohl nach einer von Vivaldis „Vier Jahreszeiten“ bekommen. Die meiste Zeit wirkte er auf mich wie ein Scheintoter, an dem alles wie an einer dicken Bunkerwand abprallte, so regungslos saß er da.

Der Richter verlas den Sachverhalt in der leider üblichen, total gestelzten juristischen Amtssprache, sodass ich Mühe hatte zu verstehen, wovon da die Rede sein sollte. Eigentlich ging es ja um mich! *Uneigentlich* lauschte ich einer unglaublichen Haarspalterei um irgendwelche Paragrafen und abgelaufene Fristen. Hier ging es nun darum, dass ich über sechs Monate arbeitslos war, als ich mich immatrikulierte, und dass es schon deswegen nicht möglich gewesen sei, neben dem Studium Arbeitslosengeld zu beziehen! Ja, es waren damals zehn Monate Arbeitslosigkeit ins Land gegangen.

Unstrittig schien, dass ich vor dem Beginn der Vorlesungen dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung gestanden habe und mir so für diesen Zeitraum vom 1. bis 13. Oktober 2002 kein Geld hätte gestrichen werden dürfen. Der Richter bot einen Vergleich an, wonach mir für den benannten Zeitraum die gestrichenen Bezüge zurückerstattet werden, ich aber im Gegenzug auf das Geld für die Zeit des Semesterbeginns und meiner Exmatrikulierung verzichte. Ich besprach mich kurz mit meinem Anwalt, und dann stimmten wir zu. Für mich dürften dabei schätzungsweise um die 300 Euro herausspringen. Haben oder nicht haben!

Der „jahreszeitliche“ Abgesandte des Arbeitsamtes zeigte plötzlich auch geistige Anwesenheit und tat sich sichtlich schwer damit, den Kompromiss mitzutragen. Erst nach einer Intervention des Richters mochte auch er einwilligen. Unglaublich langwierig listete der Richter nun auf, wie viel Arbeitslosengeld mir damals zugestanden hat, wie ich es nach der Exmatrikulation noch bekam und wie es sich jetzt nach Anerkennung meines Widerspruches zeitlich von A nach B verschob, alles mit Datenketten.

Nachdem auch mir das Wort erteilt wurde, staunte ich darüber, dass es bei dieser Verhandlung mit keiner Silbe je darum gegangen ist, warum ich den ganzen „Zirkus“ überhaupt in Gang gesetzt habe. Tja, was kann Frau Graf bloß dazu bewogen haben, ihr Studium wieder aufzunehmen? Könnte es einen Sinn ergeben, auch für die Allgemeinheit, wenn ich meine Qualifikation verbessere?

Oh nein, so darf das nicht gesehen werden! Was wäre, wenn *alle* Studenten sich plötzlich ALG II erschlichen? Also wirklich: *So* dürfe die Zahlung des Arbeitslosengeldes nicht verstanden werden, wurde ich belehrt! Schade, das ist wieder mal ein Beweis für die These von der Unfähigkeit so vieler *Männer,* leider gleich-

bedeutend mit *Gesetzesmachern,* ein Auge, einen Überblick für die Situation im Ganzen zu haben.

Es ist Schwachsinn, dass ich mein Studium nicht beenden darf! Heute kämen auch noch unbezahlbare Studiengebühren hinzu. Die reine Farce! Ich hätte es längst abgeschließen können, weil meine Professoren mich ins siebte Semester einstufen wollten. Stattdessen musste ich die ganze Zeit über unnötig arbeitslos bleiben, denn ich habe weder vom Arbeitsamt, noch von der Bagis je ein Arbeitsangebot erhalten.

Natürlich haben mich auch meine Eigenbemühungen nicht weitergebracht. Die Krux ist außerdem, dass mich mein Fallmanager vor nicht ganz einem Jahr plötzlich dazu aufforderte, mein Studium fortzusetzen. Da das nicht mehr möglich war, absolviere ich nun eine Ausbildung zur Erzieherin, um wenigstens noch in der Nähe meiner Fähigkeiten und Neigungen bleiben zu können.

Na klasse, auf diese Weise wird dann die „Bildungsferne“ des Prekariats zementiert! Die Kinder der Reichen kämen nie auf die Idee, ihr Studium mit Geldern vom Arbeitsamt zu finanzieren: Sie wurden mit dem goldenen Löffel geboren, und Mama und Papa zahlen das Studium, wie lange es auch dauert. Chancengleichheit in Deutschland!

Elisabeth Graf (parteilos)

Ein Dank den Abtrünnigen, die ein Gewissen haben!

Jetzt haben wir endlich, was wir haben wollten: Die Gesundheitsreform tritt in Kraft! Wie bitte, das wollten wir doch gar nicht, höre ich euch jetzt schon sagen. Doch, wir wollten es so, denn wenn wir es zulassen, bedeutet es auch: Ich will nichts unternehmen und bin damit einverstanden. Einige Menschen sind das natürlich nicht, nämlich jene, die etwas dagegen getan haben, um es zu verhindern. Dazu gehören auch wir. Aber die nichts getan haben, sind folglich auch damit einverstanden.

Liebe Anwesende, wir brauchen uns in dieser Hinsicht nichts vorzuwerfen, denn die anderen haben die Mehrheit, und wir sind ja für Demokratie. So ist das nun mal! Darum tun wir den Politikern auch unrecht, wenn wir sie verurteilen, dass sie so gehandelt haben, wie sie es taten. Doch nun hat sich tatsächlich ein einzelner

Politiker hingestellt und den anderen, sofern sie der Gesundheitsreform nicht zustimmen, damit gedroht, sie aus den zuständigen Gremien auszuschließen! Ich dachte, ich höre nicht recht.

Wie heißt es doch so schön: Der Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verantwortlich! Aber mit dem Fraktionszwang wird dieses Gewissen wohl abgeschafft. Danke an euch Abtrünnige, dass ihr ein Gewissen habt, denn solche Politiker braucht das Land und nicht so welche, die anderen drohen! Aber wir lassen das zu, zumindest diejenigen, die nicht bereit sind, etwas dagegen zu unternehmen, und das ist nun mal die Mehrheit. So ist das in einer Demokratie! Wir sind scheinbar die Unterlegenen.

Da unsere Demokratie darauf beruht, dass die Mehrheit das Sagen hat, brauchen wir doch nur diese Mehrheit zu werden, oder wollen wir letztlich gar keine Demokratie? Wollen wir am Ende tatsächlich doch verarmt werden? Wollen wir wirklich, dass die sogenannten Volksvertreter uns immer mehr ins Abseits drängen? Dann besteht auch kein Grund zur Beschwerde, insofern sind wir Montagsdemonstranten gar nicht nötig. Oder? Wenn ihr anderen der Meinung seid, dass wir hier doch zu Recht stehen, habt ihr jedenfalls eine gute Plattform zum Mitmachen!

Udo Riedel (parteilos)

Nur 20 blicken noch durch: „Mulla“-Regime entmündigt Bundestag *(„Stern“)*

Pseudodemokratie: Anhänger des Marktradikalismus wollen die „Leistungselite“ vor der Mehrheit schützen *(„Nachdenkseiten“)*

Die Bagis muss *alles* zahlen: tatsächliche Miete und Heizkosten!

Die Kürzungswelle für Miet- und Heizkosten rückt immer näher: In den nächsten Wochen sollen die ersten angedrohten Reduzierungen umgesetzt werden. Betroffen sind mehrere Tausend Haushalte ab zwei Personen, deren Miete um mehr als 30 Prozent über den Obergrenzen der Behörde liegen. Im Sommer folgen die Ein-Personen Haushalte.

Ein Beispiel: Max Müller hat eine Mietwohnung mit einer Miete von 358 Euro zuzüglich 50 Euro Heizkosten. Von der Bagis bekommt er 285 Euro Miete und 55 Euro Heizkosten anerkannt. Dies sind die Obergrenzen für eine alleinstehende Person. Seinen tatsächlichen Kosten von insgesamt 418 Euro monatlich steht ein Zuschuss für Miete und Heizung von 320 Euro gegenüber. Demnach fehlen ihm monatlich für die Mietzahlung 98 Euro. Dies muss Max aus seinem Regelsatz

aufbringen, will er die Wohnung nicht binnen weniger Monate verlieren. Dieser beträgt 345 Euro. 345 minus 98 gleich 247 Euro, die ihm dann für Essen, Trinken, Bekleidung, Möbel, Kultur, Strom und Fahrtkosten monatlich verbleiben.

Zu wenig, denn die Begründung für 345 Euro monatliche Regelleistung für eine Einzelperson lautet, dies sei der absolute Minimalbetrag, das Existenzminimum, um zu überleben. Max und seine 10.000 Leidenskolleg(inn)en in Bremen müssen aber demnächst mit weniger als diesem offiziellen Existenzminimum auskommen! „Umziehen!“ sagen Sozialbehörde und Bagis: Dies habe sich auch schon im Bereich der Sozialhilfe in den Vorjahren „bewährt“. Allerdings waren es auch hier schon mehr als 20 Prozent der Betroffenen, denen es nicht gelungen ist, sich eine billigere Wohnung zu beschaffen und dementsprechend Teile des Regelsatzes an den Vermieter abtreten müssen.

Billige Wohnungen sind Mangelware! Wohnungen zu den von den Behörden vorgegebenen Obergrenzen sind in Bremen nur wenige vorhanden. Viele Vermieter wollen auch nicht an Bagis-„Kund(inn)en“ vermieten. Bei einem Schufa-Eintrag wegen Schulden kommt es ebenfalls nicht zur Vermietung. Die wenigen billigen, den Obergrenzen entsprechenden Wohnungen liegen fast ausschließlich in Randlagen der Stadt und reichen für die 10.000 betroffenen Haushalte bei weitem nicht aus! Zudem gelten diese Viertel als Gettos. Ein Umzugszwang kann nicht hingenommen werden!

Unsere Forderungen sind die Übernahme der tatsächlichen Mietkosten durch die Bagis bei allen Leistungsbezieher(inne)n und die Anhebung der Heizkostenobergrenze auf 1,40 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Diese Forderungen richten wir an die Sozialdeputation, das ist ein Ausschuss der bremischen Bürgerschaft, der über die anzuerkennenden Kosten bei Miete und Heizkosten entscheidet, sowohl für Sozialhilfe als auch für Arbeitslosengeld II. Hier sollen in den nächsten Monaten Veränderungen der jetzigen Regelungen beschlossen werden.

Wir kommen wieder! Die letzte Deputationssitzung im Dezember wurde schon von 50 Demonstranten besucht, die ihre Forderungen vorgetragen haben. Wir sind erfolgreich: In einigen Einzelfragen wird es absehbar zu positiven Veränderungen kommen. Deshalb sollte der Druck auf die Politiker jetzt noch einmal erhöht werden. 2007 ist in Bremen Wahljahr, im Mai wird eine neue Bürgerschaft gewählt. Annähernd 100.000 Manschen im Lande Bremen, also circa 20 Prozent, leben von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter. Damit sind sie bei der Wohnungssuche an diese unzureichenden Obergrenzen gebunden. Sie sind eine Macht, die so manche Kürzungspartei bei der Wahl ein paar Prozente und damit Posten kosten können!

Nutzen wir die Chance, den Druck auf die Politiker jetzt zu erhöhen! Nehmt teil an der **Demonstration** zur **Sozialdeputationssitzung** am **8. Februar 2007** um **14 Uhr** auf dem **Bahnhofsvorplatz**! Beginn der Deputationssitzung ist um 15 Uhr im „Siemenshochhaus“, Contrescarpe 72.

Übrigens müssen die Kosten einer Abschlussrenovierung von der Bagis gezahlt werden. Dies ist dann unstrittig, wenn der Mietvertrag eine Abschlussreno-

vierung vorsieht und es für den Umzug einen triftigen Grund gibt. Ein Grund liegt immer dann vor, wenn die Bagis oder das Amt für Soziale Dienste einen Umzug wegen zu hoher Mietkosten verlangt haben. Zu dieser Auffassung sind jetzt die Richter am Bremer Verwaltungsgericht gekommen. Also: Antrag stellen und bei Ablehnung klagen!

Außerdem hat das Bremer Verwaltungsgericht im Beschluss vom 7. September 2006 (Az. S3 V 1997/06) zu den Mietobergrenzen der Sozialbehörde festgestellt: „Im Falle der gerichtlichen Überprüfung derartiger Leistungsbescheide sind die Gerichte nicht an die in der Verwaltungsanweisung bestimmten Obergrenzen gebunden. Der unbestimmte Rechtsbegriff der Angemessenheit unterliegt ohne Einschränkung der Auslegung durch die Gerichte."

Flugblatt von Herbert Thomsen („Solidarische Hilfe")

Bremen schafft Hartz-IV-Gettos: Für 13.000 Familien, die ihre Miete senken sollen, gibt es nur 75 freie Wohnungen *(„Weser-Kurier")*

Behindertenfeindlich: Bremer Sozialbehörde lässt Büro-Hochhaus ohne Genehmigung komplett umbauen *(„Tageszeitung")*

Am Donnerstag besuchen wir Sozialsenatorin Rosenkötter!

Am Donnerstag dieser Woche ist **Demo** um **14 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**: Es geht um unsere Wohnungen! Um 15 Uhr beginnt die Sitzung der für die **Umzugsaufforderungen** verantwortlichen **Sozialdeputation**. Kommt alle mit!

Staatsrat Schuster hat sich zu Wort gemeldet und die Bagis vor dem Bremer Rechnungshof in Schutz genommen, aber gleichzeitig weitere Schwachstellen dieser Verwaltung aufgezeigt. Damit hat Herr Schuster auch zugestanden, dass die vorgesetzte Behörde geschlafen hat! Die Bagis leistet seit zwei Jahren mühsame „Aufbauarbeit". Warum wurde damit nicht ein Jahr früher begonnen? Das Hartz-IV-Gesetz ist schließlich schon am 23. Dezember 2003 verabschiedet worden!

Das Wesentliche bei den **Mieten** ist die Uneinsichtigkeit dieser senatorischen Dienststelle für Soziales. Die Umsetzung durch die Bagis ist vorauseilender Gehorsam! Die interne Prüfung der Bagis soll ab April durch zwei bis drei Leute er-

folgen, Hinweise können gegeben werden. Ein sehr stumpfes Instrument! Herr Schuster hat auch die bestellte zweite Auflage des Gewos-Gutachtens zur Miethöhe in Bremen vergessen!

Die Bagis will nicht länger warten und erwägt eine „Marktbeobachtung“ durch Fachleute. Sie will eventuell eigene Wohnungsgesuche aufgeben! Das kann sich die Behörde sparen: Es gibt diese Wohnungen nicht! Aber es gibt scheinbar immer noch Betroffene, die solchem Druck nicht standhalten und einen Teil der Miete selber zahlen. Die Verwaltungsanweisung der Freien Hansestadt Bremen sieht viele Ausnahmen vor, doch scheinbar kennt die Bagis diese Regelungen nicht.

Die vielen Fehler und die politische Reaktion auf den Prüfbericht des Bremer Rechnungshofes können nur bedeuten: Ausquetschen, Vorenthalten, Stolpersteine legen bis zum letzten! Darum legt Widerspruch ein! Alles weitere besprechen wir gemeinsam! Und am Donnerstag besuchen wir Frau Rosenkötter!

Mexikos soziale Bewegung hat den Slogan: „Fragend schreiten wir voran!“ Wir gehen zur Wahl! Wir wollen eine andere Regierung! Wir schaffen eine Zukunft mit *ehrlichen* Politikern! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die **Bagis** hat bei der **Prüfung** durch den Bremer **Rechnungshof** sehr schlecht abgeschnitten! Dabei wurde nur der Bereich „Kosten der Unterkunft“ geprüft. Meine Ausführungen dazu stehen auf der 118. und 119. Seite der Bremer Montagsdemo. Es gibt auch einen ausführlichen **Kommentar** von mir zum Herunterladen.

Somit waren diese gravierenden Mängel längst bekannt, als die Bagis am 31. Januar 2007 eine positive Bilanz zog. Heute, am 5. Februar, hat sich die Trägerversammlung der Bagis mit dem Thema beschäftigt. Dieser Trägerverein wurde von der Freien Hansestadt Bremen und der Bundesagentur für Arbeit gegründet. Die Bagis wird „getragen“!

In der Jubelrunde vertreten waren Bagis-Geschäftsführer Thomas A. Schneider, der Direktor der Bundesagentur für Arbeit Uwe Stern sowie Jochen Eckertz für den Trägerverein als Vertreter der Freien Hansestadt Bremen. Und dies alles wurde nicht gesagt:

- Die „50-Plus“-Stellen werden von 100 Stellen im Jahr 2006 auf 500 Stellen in 2007 erhöht. Es handelt sich um bis zu 100 Prozent (inklusive Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung) geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.
- Die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse werden im Gegenzug von 5.000 auf 4.500 Stellen reduziert. Dies wurde auf der Trägerversammlung am Jahresanfang beschlossen, mit der Umsetzung sofort begonnen.
- Die Zahl der Neuzugänge von jungen Erwachsenen bis 25 Jahren war sehr niedrig, denn Erwerbslose, die ALG II beantragen, *müssen* sich, wenn sie nicht vorher ALG I bezogen haben, einer „Arbeitserprobung“ unterziehen. Die Arbeitsstelle wird zugewiesen, die Dauer von der Bagis festgelegt. Dem Arbeitgeber werden die Kosten erstattet! Der Erwerbslose erhält ALG II, wird je-

doch während dieser Tätigkeit nicht in der Arbeitslosenstatistik mitgezählt. Der Erwerbslose erhält keinen Arbeitslohn! Fahrtkosten und Arbeitskleidung können beantragt werden – bei der Bagis. Der Arbeitgeber hat volle Weisungsbefugnis, aber keine Pflichten! Zur betroffenen Zielgruppe gehören zweifellos die jungen Leute.

- Die Arbeitslosigkeit wird durch die Berücksichtigung von Krankheiten, auch kurzer Erkrankungen, vermindert. Kranke Erwerbslose werden in der Arbeitslosenstatistik nicht mitgerechnet, das EDV-Programm wurde entsprechend geändert.

- Die Zahl der „Bedarfsgemeinschaften“ ist zurückgegangen, einen Grund hat Herr Schneider nicht genannt. Zum besseren Verständnis: Eine „Bedarfsgemeinschaft“ ist eine Familie oder eheähnliche Gemeinschaft! Folgende Aktionen hat die Bagis gestartet:
  - Ehepaaren mit Kindern unter drei Jahren wurde nahegelegt, zum Beispiel per Eingliederungsvereinbarung, dass der Erziehungsurlaub möglichst schnell beendet wird und der erwerbslose Partner die Kindererziehung übernimmt. Das ist ungesetzlich, aber bei Erfolg gibt es eine „Bedarfsgemeinschaft“ und einen Arbeitslosen weniger, denn Erziehende mit Kindern bis zu drei Jahren zählen nicht als arbeitslos.
  - Die unterfünfundzwanzigjährigen Erwerbslosen müssen zu Hause wohnen bleiben, ein Auszug ist nur mit Begründung und vorherigem Antrag möglich. Die Bagis unterstellt eine „Bedarfsgemeinschaft“ mit allen im Haushalt Lebenden. Wenn dort ein Mensch mit Einkommen ist, wird dieses zum Unterhalt für alle angerechnet. Wenn es klappt, hat die Bagis einen Leistungsempfänger und Arbeitslosen weniger in der Statistik!

  Gegen diese beiden Aktionen kann mensch sich wehren, auch im Nachhinein!
  - Viele Paare sind unter dem Druck der Bagis auseinandergegangen oder gar nicht erst zusammengezogen. Die eheähnliche Gemeinschaft wird einfach unterstellt, die Unterhaltsverpflichtung stark ausgedehnt, zum Beispiel auf Stiefkinder. Auch gegen diese Unterhaltsverpflichtungen kann mensch sich wehren!
  - Durch die Änderungen im SGB II können jetzt noch einfacher Leistungskürzungen verhängt werden, insbesondere bei jungen Erwerbslosen: bis zu 100 Prozent einschließlich der Kosten für die Unterkunft für die Dauer von bis zu drei Monaten. Eine solche Leistungskürzung „beseitigt“ auch gleich den Arbeitslosen aus der Statistik!
  - Jeder Ein-Euro-Mitarbeiter wird sofort mit der Zuweisung eines solchen Arbeitsverhältnisses aus der Statistik entfernt. Als Ein-Euro-Mitarbeiter taucht er wieder auf, aber nicht als Erwerbsloser, sondern in einer Extrarubrik, eventuell zeitverzögert, weil eine gesonderte Datenerfassung durch den „Arbeitgeber“ erfolgen muss. Jeder Bearbeitungsrückstand schönt somit die Statistik!
  - Die Sachbearbeiter(innen) der Bagis treffen mit unvollständiger Ausbildung Entscheidungen, daher werden den Betroffenen oftmals Leistungen vorent-

halten oder ungerechtfertigt gekürzt. Verglichen werden die Aufwendungen pro Kostenstelle, Kunden und Erwerbslosen, unterteilt nach „Teams“.

- Entscheidungen werden nach Verwaltungsanweisungen getroffen, aktuelle Urteile oftmals nicht berücksichtigt, wenn diese zugunsten der Betroffenen ausgefallen sind.
- Aufgrund der Teamarbeit ist aus der Akte teilweise nicht ersichtlich, wer die jeweilige Entscheidung getroffen hat. Der Verlust an Unterlagen ist sehr hoch!
- Die Sachbearbeiter(innen) der Bagis verlangen von den Kunden Unterordnung: Ich bin jetzt Ihr Arbeitgeber! Dies hören die Erwerbslosen bereits auf der Pflichtveranstaltung zum „Start“. Bereits hier werden die „Kunden“ angeführt!
- Die Sachbearbeiter(innen) der Bagis haben befristete Arbeitsverträge. 2007 soll das Personal um weitere 50 Mitarbeiter(innen) aufgestockt werden. Die Bagis hat bereits rund ein Drittel des Personals ausgetauscht, dadurch auch Wissen verloren, und insbesondere bei unkündbarem Personal eine überdurchschnittlich hohe Krankenquote.
- Immer mehr Erwerbslose entziehen sich dieser „Behandlung“, auch wenn sie keine Tätigkeit ausüben. Jede Fluchtmöglichkeit wird genutzt. Diese Handlungsweise ist aus England bekannt. Ist das gewollt? Es gibt durchaus faire Sachbearbeiter(innen), aber auch diese arbeiten weisungsgebunden.
- Die Organisationsstruktur der Bagis ist unausgereift: Es gibt widersprüchliche Organisationsanweisungen, unklare Über- beziehungsweise Unterordnungen sowie unbestimmte Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten. Es gibt auch ungleiche Gehälter für gleiche Arbeit!

Dies zum „gelungenen“ Start der Bagis! Die vorstehend beschriebenen Wechselwirkungen werden uns eine ständig sinkende Arbeitslosenzahl präsentieren und dabei das zunehmende Problem überlagern. Eine Stärkung der Erwerbslosen, gezielte Förderung, faire Behandlung, soziale Sicherheit selbst auf niedrigstem Niveau ist so nicht möglich!

Dabei hat die Bagis alle Möglichkeiten dies zu erreichen – nur die Statistik würde darunter leiden. Noch hat die Bagis die Möglichkeit zur Umkehr! Noch glauben viele Menschen an die Aufrichtigkeit von Behördenmitarbeitern, auch dieser Behörde!

3. Udo hat auf der letzten Demo die Meldung der „täglich glücklichen“ Redakteure weiterverbreitet: **Ein-Euro-Jobs verdrängen reguläre Arbeitsverhältnisse**! Dies wusste Udo wie jeder hier schon lange. Sehr oft haben wir den Zwiespalt der Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse debattiert!

Auch die Bremer Handwerkskammer hat nun, wie „Radio Bremen“ am 3. Februar 2007 meldete, festgestellt: Ein-Euro-Jobs vernichten reguläre Arbeitsverhältnisse! Hierfür brauchte Hauptgeschäftsführer Busch eine überregionale Forschungseinrichtung. Hat unsere Handwerkskammer nicht das Wehklagen der gezwungenen Gesellen und geschädigten Meister gehört? Hat unsere Handwerkskammer dies überhört, um öffentliche Aufträge für die hiesigen Handwerksbetrie-

be nicht zu gefährden? Jetzt kann Herr Busch wehklagen, *ohne* dem Senat auf die Füße zu treten, jetzt hat er eine überregionale Quelle!

Die „Bremer Arbeit GmbH“ hat bereits verkündet, in Bremen sei alles anders, denn hier werde jeder Ein-Euro-Job von der „Bremer Arbeit GmbH“ geprüft. Ja, das stimmt! Aber wie von ihr zugestanden, vernichten Ein-Euro-Jobs auch in Bremen reguläre Arbeitsplätze. Damit meine ich nicht nur die von ihr eingeräumten hundert offiziellen Fehlentscheidungen! Anderswo muss die Handwerkskammer jedem handwerklichen Ein-Euro-Job zustimmen, oder es gibt diese Ein-Euro-Tätigkeit nicht! Warum haben Sie dieser Aufgabenverlagerung zugestimmt, Herr Busch? Vielleicht steht der Grund ein paar Zeilen weiter oben. Anderswo gibt es Beiräte aus Vertretern der regionalen Interessenvertretungen, die über diese Ein-Euro-Jobs beraten (IAB-Bericht, Seite 12).

Nun reden alle über eine Vernichtung von regulären Arbeitsplätzen durch Ein-Euro-Jobs – warum? Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ aus Nürnberg hat eine „Produktarbeit“ mit dieser Feststellung veröffentlicht. Das IAB wird von der Bundesagentur für Arbeit getragen! Dort wird der Ein-Euro-Job mit „soziale Arbeitsgelegenheit“ umschrieben. „Spiegel-Online“ hat am 26. Januar 2007 zusammengefasst: „Immerhin förderten Ein-Euro-Jobs aber die soziale Integration und dienen zur Prüfung der Arbeitsbereitschaft.“ Dem ist vieles hinzuzufügen!

„Prüfung der Arbeitsbereitschaft“ – ja, dies ist unzweifelhaft! Aber wann kann diese Arbeitsbereitschaft weiterverwendet werden? Warum werden durch diese gnadenlose Prüfung einer unwichtigen Arbeitsbereitschaft geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und beginnende Selbstständigkeiten gnadenlos zerstört? Es ist für jeden „persönlichen Ansprechpartner“ bei der Bagis oder Arge ersichtlich, dass es keine regulären Stellen gibt! „Immerhin förderten sie aber die soziale Integration“ – ja, dies ist unzweifelhaft, aber das Loch nach der Tätigkeit ist umso größer!

Nun zurück zum Bericht der IAB. Seite 6 oben sagt: „Zum 1. Januar 2005 wurden die sozialen Arbeitsgelegenheiten eingeführt.“ Diese Ein-Euro-Jobs wurden in Bremen und anderswo bereits ab Oktober 2004 eingeführt, siehe Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit vom November 2005, Seite 6, Anmerkung 8: „Von Oktober bis Dezember 2004 wurden die Abgänge in Zusatzjobs nicht als Abmeldung in Erwerbstätigkeit, sondern in der Kategorie ‚sonstige Gründe‘ beziehungsweise ‚ohne Nachweis‘ verbucht“.

Der Arbeitsmarkbericht ist die monatliche Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Auf diesen Buchungstrick sind somit auch die hauseigenen Forscher reingefallen! Seite 6 unten sagt, dass der Arbeitsmarkt insgesamt, die Risiken, die Verdrängung normaler Arbeitsplätze, die individuellen Möglichkeiten und Hemmnisse nicht beachtet und somit die Ziele insgesamt nicht erreicht werden.

Zu Seite 7 oben: Der Lohn pro Stunde ist teilweise bei 50 Cent angekommen. Zwei Euro pro Stunde wurden nie gesehen! Seite 9, Anmerkung 5: Nur durchschnittlich fünf Prozent aller Arbeitsgelegenheiten entfallen auf die „Entgeltvarian-

te“, sind also eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit. Meine Anmerkung: Hier gibt es einen Hinweis auf den richtigen Weg!

Seite 13/14 sagt alles über die Wechselwirkungen aus und wie gerne übermäßiger Personalabbau („Arbeitsverdichtung“) durch Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse „aufgefangen“ wird, wobei sich noch zusätzliches Geld in die Betriebskasse spülen lässt. Hiermit werden auch gewinnorientierte Betriebe angezogen!

Seite 16 geht auf die Wettbewerbsverzerrungen ein, auch auf die Verminderung von öffentlichen Aufträgen durch den Einsatz von Ein-Euro-Arbeitsverhältnissen. Herangezogen wird auch eine Untersuchung des Bundesrechnungshofes von 2006. Dieser hat festgestellt: „Bei fast einem Viertel der geprüften Maßnahmen mit Arbeitsgelegenheiten lagen die Förderungsvoraussetzungen nicht vor, bei weiteren knapp 50 Prozent der geprüften Fälle hatten die Grundsicherungsstellen keine verlässlichen Kenntnisse.“ Meine Anmerkung: Der Bundesrechnungshof selbst hat dies schärfer formuliert.

Seite 17: Rund 700.000 Arbeitsgelegenheiten sind zu schaffen, so der Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seite 18 stellt fest: Das Ein-Euro-Arbeitsverhältnis ist für die „schweren Fälle“ nicht anzuwenden, bei Jugendlichen haben gezielte Qualifizierung und psychosoziales Training Vorrang! Meine Anmerkung: Durch ungeeignete Ein-Euro-Jobs und andere Maßnahmen werden insbesondere Jugendliche aus der Leistung gedrängt!

Seite 21: Punkt 4.1 zeigt auf, dass die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit unvollständig ist, weil die „optierenden Kommunen“ unvollständig oder gar keine Informationen liefern. Seite 23: Im Jahr 2005 wurden insgesamt 1.132.400 Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse begonnen! Seite 24: Laut BA-Statistik gab es 290.700 Ein-Euro-Jobs, nach der IAB-Erhebung 381.700. Meine Anmerkung: siehe 114. Bremer Montagsdemo.

Diese Differenz von 91.000 Köpfen fehlt in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit! Bei einer Zuweisung zu einem Ein-Euro-Arbeitsverhältnis wird dies im „Stammsatz“ vermerkt. Der Arbeitssuchende ist damit als Arbeitsloser verschwunden. Der Ein-Euro-Jobber taucht erst mit einer Extra-Erfassung wieder auf, und der unerledigte Stapel verschönt die Statistik!

Auf Seite 24 bis 26 wird aufgezeigt, dass Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse im Osten insbesondere gering bezahlte, aber reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängen. Außerdem wird die prekäre Haushaltslage der Kommunen für den vermehrten Einsatz von Ein-Euro-Arbeitnehmern herangezogen, bei gleichzeitigen Personalabbau der öffentlichen Hand! Seite 27 benennt auch die gezielte Unterstützung durch finanzielle Entlastung von Betrieben durch Ein-Euro-Arbeitnehmer(innen).

Seite 40 und 41 zeigt die Zweifelhaftigkeit dieses Tuns auf. Meine Anmerkung: Auch hier wird festgestellt, dass die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse zum Teil keine Fördervoraussetzungen erfüllen, damit sind dies reguläre Arbeitsverhältnisse.

Seite 54 nennt die Übernahmequote: Bei zwei Prozent heißt es „ja, fest beabsichtigt“, bei weiteren fünf Prozent „ja, wir denken darüber nach“. Für ausgelaufene Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse rückt nahtlos der oder die nächste Ein-Euro-

Jobber(in) nach! Seite 57 besagt: Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse sind aus heutiger Sicht keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, sie dienen der Arbeitserprobung!

Auf Seite 62 erfährt man, dass unzulässige Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse kaum aufgedeckt werden, weil die regelmäßigen Kontakte fehlen. (Meine Anmerkung: Da können die Mitarbeiter(innen) selbst aktiv werden!) Es wird bedauert, dass die Wissenschaft beide Augen zudrückt, obwohl durch den Abbau der regulären Arbeitsverhältnisse und die Zunahme der Ein-Euro-Stellen die Kasse immer leerer wird! Meine Anmerkung: Die Bagis gibt ein Drittel der Mittel für Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse aus.

Alle Seiten diese Forschungsberichts und auch die hier nicht genannten sind sehr interessant. Insbesondere sollte der Ein-Euro-Job das *letzte* Mittel sein, vorher müssen alle anderen Möglichkeiten genutzt werden. Bereits Ende 2005 und 2006 hat der Bundesrechnungshof die Umsetzung von Hartz IV geprüft. Auf den Seiten des IAB steht auch eine Zusammenfassung. Demnach sind 40 Prozent aller Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse entweder nicht im öffentlichem Interesse oder nicht wettbewerbsneutral! Diese Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse haben im Jahr 2005 1,1 Milliarden Euro gekostet. Außerdem gab es Mindereinnahmen und Mehrkosten für vernichtete Arbeitsplätze und durch Wettbewerbsbeeinträchtigungen.

In diesem Zusammenhang eine Vorankündigung: Am **Freitag**, dem **16. Februar 2007**, findet in der **Blauen Karawanserei**, Am Speicher XI, eine **öffentliche Verhandlung** gegen das arbeitsmarktpolitische Instrument „**Ein-Euro-Job**“ statt. Betroffene Menschen können ihre Erfahrungen und Kenntnisse einbringen. Lebens- und Arbeitsbedingungen werden angeklagt, Verantwortliche gesucht und benannt. Gutachter stellen alternative Modelle zu Hartz IV vor, denn das Ziel der Verhandlung ist: Die Ein-Euro-Jobs werden gestrichen und duch armutsfeste sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ersetzt! Kommt alle und nehmt am Tribunal teil!

4. Die „**Gesundheitsreform**“ ist einen Schritt weiter: Sie ist dabei, die Hartz-IV-Gesetze negativ zu überholen! Ein prominenter Politiker wurde bereits geopfert. Hätte Stoiber doch besser auf dieses Projekt geachtet!

Die Verlogenheit der beteiligten Politiker ergibt sich auch aus folgender Nebensächlichkeit, einer rundum positiven Sache: Es ist eine unabhängige Patientenberatung geschaffen wurden, finanziert durch die gesetzlichen Krankenkassen, Laufzeit bis 2010. Die Kosten betragen circa 5,1 Millionen Euro pro Jahr. Der Beitrag der privaren Krankenversicherung: null. Die Anlaufstelle in 28205 Bremen befindet sich in der Braunschweiger Straße 53, Telefon 0421-493 521.

Hans-Dieter Binder (WASG)

Stürmischer Verlauf: Bei Sozialdeputationssitzung protestieren 200 Betroffene gegen Zwangsumzüge *(„Tageszeitung“)*

Entrechtung: Bagis kürzt Miete nur um kleine Beträge, sodass kein Eilverfahren vor Gericht möglich ist *(„Weser-Kurier“)*

Armenschröpfung: Nur Duisburg zahlt weniger für Mieten *(„Weser-Kurier“)*

Nichts sehen, nichts hören, nichts wissen: Bundesregierung kann keine gesicherten Angaben zu den Auswirkungen von Hartz IV machen *(„TLZ Jena“)*

„Bloß nicht so viele Gesetze“: Weitere Hartz-IV-Reformen stören bei der Vermittlung *(„Tagesspiegel“)*

„Tornado“-Einsatz in Afghanistan: Deutschland ist wieder im Krieg *(„Spiegel-Online“)*

Einbürgerungsunwillig: Berliner Senat erhebt Daten „zur rassischen und ethnischen Herkunft“ *(„Spiegel-Online“)*

Garantiert daneben

1. Außenminister **Steinmeier** und die ehemaligen Minister Schily und Fischer sind dafür zuständig und verantwortlich, dass **Murat Kurnaz** vier Jahre in einer Gefangenschaft blieb, die sie hätten beenden können und müssen! Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Es ist Tatsache, dass Murat Kurnaz in Deutschland geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen ist, dass er perfekt deutsch spricht, dass er hier sein Zuhause hat. Er erfüllt also alle gewünschten Kriterien, die zu einem deutschen Staatsbürger gehören. In seinem Pass steht unter Staatsangehörigkeit allerdings: türkisch. Ein fataler Fehler, wie sich im Nachhinein herausstellen sollte!

Ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Mensch ist für mich ein Deutscher – egal, was in seinem Pass steht. Gehen wir mal davon aus, es stimmt, dass Murat Kurnaz im Laufe seiner Pubertät mehr über eine Religion erfahren wollte. Volljährig geworden, macht er sich auf den Weg ins Ausland, wo er Antworten auf seine Fragen finden will. Das ist vielleicht naiv, aber sicher menschlich!

Wenn sich die vermuteten und unterstellten terroristischen Verbindungen als haltlos erweisen und er als unschuldig anzusehen ist, dann ist es die verdammte Pflicht des Staates, in dem er aufgewachsen ist, dafür zu sorgen, dass er so

schnell wie möglich wieder nach Hause zurückkehren kann. Es ist nicht Aufgabe dieses Staates, das mit allen möglichen Mitteln zu verhindern!

Ich denke, den Politikern ist es mit Hilfe der willigen Medien wunderbar gelungen, eine Darstellung zu fabrizieren, die den unschuldigen Murat Kurnaz in der Öffentlichkeit in ein falsches Licht stellt. Das ist jetzt der nächste Akt in einer politischen Schmierentragödie, denn es lenkt vom offensichtlichen Fehlverhalten und der Schuld unserer unfähigen, unmenschlich agierenden Politiker ab!

Aber unsere Medien sind nicht besser! Warum übernehmen und verbreiten sie mit großen Überschriften kritiklos jeden Unsinn und jede Lüge dieser Volksverdummer? Unser „täglich-glücklich“-Blatt ist sich auch wieder mal nicht zu schade, sich dafür missbrauchen zu lassen: Es druckt seitenweise Leserbriefe ab, die Murat Kurnaz unterstellen, dass er schuld sei an den Unzulänglichkeiten unserer Volksvertreter.

Murat Kurnaz wurden nicht nur Jahre seines Lebens gestohlen, sein gesamtes Leben wurde nachhaltig beschädigt! Wenn sich nun alle an diesem unglaublichen Vorgang beteiligten Politiker einig sind, richtig gehandelt zu haben, dann sei ihnen mal bei ihrer Argumentation geholfen: Wir haben ein reines Gewissen – wir benutzen es nie!

2. Hurra, das kommunale „Kinder- und Jugendschutztelefon“ ist da! Dreieinhalb Monate nach Entdeckung des toten **Kevin** haben wir endlich das ersehnte **Notfalltelefon** für Kinder und Jugendliche, Nachbarn, Verwandte und Freunde. Ich habe schon fast nicht mehr daran geglaubt!

Dass es so lange dauerte, hat sicher ganz plausible Gründe: Es wurde auf eine kurze, leicht zu merkende Telefonnummer gewartet. Nun ist sie endlich da, schön knapp, nur sieben Ziffern: Wähle 6 99 11 33 auf dem Telefon, und du hast es schon! Wäre es nicht so unglaublich traurig, würde frau jetzt lachen.

Nun haben wir endlich dieses überfällige Telefon. In den Abend- und Nachtstunden und an Wochenenden ist es allerdings mit Mitarbeitern des Kinderschutzbundes besetzt, das Sozialressort deckt nur die Zeit zwischen 8 Uhr und 16:30 Uhr ab. Freuen wir uns also und sind wir dankbar, dass der Kinderschutzbund den Telefondienst für den großen Rest der Zeit übernimmt. Eine dicke Mogelpackung des Sozialressorts, um es freundlich auszudrücken!

Da waren aber noch andere „Verprech“ungen! Wie weit ist Herr Schuster mit den acht zusätzlichen, befristeten Teilzeitarbeitsstellen, die so fix angeboten wurden? Sind sie inzwischen besetzt? Ich habe nichts mehr davon gehört oder gelesen, was mich nachdenklich stimmt.

Frau **Rosenkötter** ist nun schon einige Monate im Amt, und ich sehe sie – genau wie ihre Vorgängerin – häufig im „täglich-glücklich“-Blatt abgebildet, zum Beispiel bei Eröffnungen von Ausstellungen, Überreichungen von Schecks dritter Personen, Vergabe von Urkunden oder auf Empfängen. Ich hoffe, sie ist nicht in der Ausführung ihrer täglichen sozialen Arbeit blockiert, weil sie erst die Ergebnisse der diversen Ausschüsse abwartet, bevor sie agiert oder wenigstens reagiert!

3. Es gibt wieder ein Wunder im Kulturressort: Herr **Kastendiek** hat Geld übrigbehalten, frau höre und staune! Es ist Geld, das er doch angeblich nicht hatte, um es rechtzeitig zu verteilen! Einer seiner Freunde erklärt dazu, dass es sich dabei „um den Ausdruck und das Ergebnis einer sorgfältigen Haushaltsführung“ handele. 1,2 Millionen Euro stammen aus dem „konsumtiven Bereich“. Die dazugehörenden Einrichtungen hätten diese Gelder längst haben müssen und sollen, um ihre Projekte zu sichern und durchführen zu können!

Auch die Mitarbeiter des Theaters hätten wohl nicht auf ihr Weihnachtsgeld „freiwillig“ verzichten müssen. Durch die senatorisch gewollte und inszenierte Unkerei von einer Insolvenz des Theaters musste es Einnahmeeinbußen hinnehmen. Inzwischen boomt das **Bremer Theater** wieder: Gute Inszenierungen lassen sich nicht schlecht- und wegreden. Sie bekommen sogar Auszeichnungen!

4. Die **Bremer Straßenbahn AG** lockt mit Kundengarantien: Sie garantiert eine gute Fahrt! Wie lustig, ich dachte bisher, gute Fahrt und guter Service seien bei einem Dienstleistungsunternehmen eine Selbstverständlichkeit! Aber dass Pünktlichkeit und Anschluss erst noch „garantiert“ werden müssen, verwundert mich doch.

Die Reinigungsgarantie für verschmutzte Kleidung ist doch nicht im Zusammenhang mit dem Ausschank von Kaffee in der Bahn zu sehen, oder? Gab es da schon ein Malheur? Bei der Anschlussgarantie ist noch das ganz, ganz klein Gedruckte zu lesen: Sie gilt zu bestimmten Zeiten auf vielen Linien der BSAG.

Die BSAG hat in letzter Zeit ein Händchen für merkwürdige Werbung von Selbstverständlichkeiten! Die Nachtfahrzeuge, für die es eine enorme Fahrpreiserhöhung gab, sollen doch wohl hauptsächlich junge Menschen gut und sicher nach Hause bringen, und da ist die überzogene Erhöhung wohl reichlich unangebracht.

Eine Selbstverständlichkeit wäre für mich allerdings auch endlich die Einrichtung einer Sozialkarte für all die Menschen in Bremen, die sich eine „normale“ Monatskarte nicht mehr leisten können. Schließlich sind die Fahrpreise sehr hoch, und damit lässt sich einiges finanzieren! Dann kann die BSAG damit werben, dass sie garantiert alle Personen befördert, auch Menschen, die von Staats wegen verarmt wurden.

5. „Der Landkreis verliert die Geduld“: Allein die Formulierung ist eine Zumutung und geht an der schaurigen Wirklichkeit total vorbei. Das „täglich-glücklich“-Blatt ist sich tatsächlich für keine noch so unpassende und sinnentstellende Überschrift zu schade!

Hätte die Überschrift geheißen: „Landkreis verliert die Geduld und **Rüdiger S.** dadurch womöglich sein Leben“, dann kämen wir der Wahrheit sehr viel näher und wüssten auch gleich, worum es geht. Im Untertitel wird Rüdiger S. „Hartz-IV-Protestierer“ genannt. Ich würde in ihm eher ein mutiges Hartz-IV-Opfer sehen!

Der Mitarbeiterin und Verfasserin des Artikels können wir im freundlichsten Fall eine umfassende Ahnungslosigkeit unterstellen. Diese Art von Berichterstat-

tung sollte unter dem Niveau einer Tageszeitung angesiedelt sein! Ein Rückgang von Abonnenten lässt sich mit solchen und ähnlichen angepassten und unkritischen Artikeln oder Berichten erklären. Dazu kommen aber wohl auch die gekündigten Abonnements der vielen Menschen, die sich eine Tageszeitung finanziell nicht mehr leisten können – Menschen wie Rüdiger S.

Der frühere Staatsrat **Knigge** aus dem Sozialressort geht übrigens nach Serbien, als Projektleiter für die Arbeitsmarktreform des Landes. Ich hoffe, ich habe das richtig verstanden: Nicht, dass damit gemeint ist, er erledigt das von Bremen aus! Was gibt es noch, von dem Herr Knigge nichts versteht und was er machen könnte?

Gudrun Binder (WASG)

Hungerstreik ausgesetzt: Rüdiger S. erstreitet sozialversicherungspflichtige Tätigkeit *(„Erwerbslosenforum“)*

Wir sind das soziale Gewissen

Peter Hartz ist frei – aber Kurt Kleffel, Moderator der Montagsdemo Hannover, soll in den Knast, weil er sich weigert, das Mikrofon abzudrehen! Die Bundesweite Montagsdemo fordert, dass die Geldbuße von Peter Hartz an die Montagsdemos geht, denn *wir* sind das soziale Gewissen in Deutschland!

Es wird ja immer so getan, als ob die ganzen Grausamkeiten notwendig wären, weil kein Geld da sei. Dazu ein paar Fakten: Der Gewinn der Deutschen Bank stieg im vergangenen Jahr auf über acht Milliarden Euro, sechs Milliarden nach Steuern, und die Dividende kletterte um 60 Prozent! Exxon, Mutterkonzern der deutschen Esso, macht den höchsten Profit aller Zeiten: 39,5 Milliarden US-Dollar! Bei Shell sind es immerhin noch 25,4 Milliarden.

Die 35 größten deutschen Monopole besitzen sechs Billionen Euro an Vermögen, ihr Profit im vergangenen Jahr beträgt 57 Milliarden! Das ist mehr als alle Ausgaben der Agentur für Arbeit zusammengenommen – und etwa doppelt so viel, wie für ALG I und II ausgegeben wird! So wäre eine Sozialsteuer in Höhe von sechs Prozent des Umsatzes leicht finanzierbar, um alle Sozialabgaben (Krankenkasse, Renten- und Arbeitslosenversicherung) vollständig zu bezahlen, ebenso ein Arbeitslosengeld I für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Die Handwerkskammer fordert inzwischen die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs, weil damit reguläre Arbeitsplätze abgebaut werden. Die gesamte Politik der Bundesregierung schafft keine Arbeitsplätze, sondern verarmt die Bevölkerung und macht die Reichen noch reicher! Aber das hat auch ein Gutes: Die Illusionen in diesen Staat und dieses System schwinden!

Letzte Woche gingen die Protestaktionen gegen die Rente mit 67 weiter, und zunehmend fordern die Kollegen: Wir brauchen das Recht auf Generalstreik, um gegen die ganzen Machenschaften vorzugehen! Wenn ein Großteil der Beschäftigten sich dieses Recht nimmt und wir sie dabei unterstützen – wer will uns dann noch aufhalten?

Wolfgang Lange (MLPD)

Kaum zu glauben: Die Mehrheit will Sozialismus *(„Linksnet“)*

Schluss mit den Polizeiübergriffen auf Montagsdemonstranten!

Bei der Montagsaktion gegen die Sozialgesetze (Hartz IV) am 5. Februar 2007 in Hannover kam es zu einem rüden Polizeiübergriff gegen die gesamte Kundgebung und einzelne Teilnehmer. Zu Beginn um 18 Uhr wurde der Anmelder der Kundgebung vom Einsatzleiter der Polizei belehrt, ihre **Auflage** einzuhalten, die **Lautsprecheranlage erst ab einer Teilnehmerzahl von 50 Personen** zu benutzen. Der Anmelder wies auf die Aussage des Dezernatsleiters Wangemann vom Polizeipräsidium („Kooperationsgespräch“ am 25. Januar 2007) hin, dass die Beamten „bei der Auslegung nicht kleinlich sein würden“, worauf der Einsatzleiter Friedrichs sagte, es dürften nur nicht „weit unter 50 Personen“ sein.

Daraufhin begann der Moderator ohne Lautsprecher mit der Kundgebung, worauf sich schnell circa 45 Teilnehmer einfanden. Als das erreicht war, schalteten wir den Lautsprecher ein. Sofort schritt die Einsatzleitung ein und behauptete, *ihre* Zählung hätte nur 31 Personen ergeben, verbunden mit der Anweisung, den Lautsprecher auszuschalten. Dem leisteten wir unter Protest Folge. Im weiteren Verlauf der Kundgebung ohne Lautsprecher erhöhte sich die Zuhörerzahl auf mehr als 100, und es entwickelte sich eine große Empörung der Passanten und Teilnehmer. Die Lautsprecheranlage wurde wieder eingeschaltet, um diesen skandalösen Vorgang bekannt zu machen.

Die **Polizei** verweigerte eine neue Zählung und ging sofort unter **Einsatz völlig unverhältnismäßiger körperlicher Gewalt** gegen die Teilnehmer vor, **beschlagnahmte den Lautsprecherwagen** und setzte dessen Abtransport gegen die Teilnehmer durch. In diesem Verlauf wurden **mehrere Teilnehmer**

körperlich bedrängt, einer sogar **im Polizeigriff gewürgt** und **in Handschellen gelegt**. Anschließend wurden weitere **drei Personen festgenommen** und auf das naheliegende Innenstadt-Revier Herrschelstraße gebracht.

Auf dem Revier musste sich eine Festgenommene **bis auf die Unterwäsche entkleiden**, um „nach Waffen“ durchsucht zu werden. Ein weiterer wurde erkennungsdienstlich behandelt und **drei Stunden im Polizeipräsidium festgehalten**. Gegen mindestens drei wird wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ strafrechtlich ermittelt. Der Anmelder bekam die nunmehr dritte **Strafanzeige** wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz“!

Dieser Polizeieinsatz ist eine skandalöse Kriminalisierung der Proteste gegen die Hartz-Gesetze. Er richtet sich gegen den gesamten sozialen Protest in diesem Land. Wir fordern Freispruch beziehungsweise Einstellung der Verfahren für alle verfolgten Teilnehmer sowie uneingeschränkte Nutzung des Lautsprechers zur freien Meinungsäußerung!

Presseerklärung von Kurt Kleffel, Anmelder der Montagsdemo Hannover

Peter Hartz gehört in den Knast!

Die 120. Montagsdemo in Bremen am 5. Februar 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz verlief völlig unspektakulär. Von zuerst nur 15 Mitstreitern konnten wir uns auf knapp über 30 Teilnehmer und Zuhörer steigern. Wir machten eine kleine Demo durch die Einkaufsmeile Obernstraße zur zweiten Kundgebung am Hanseatenhof.

Empört sind wir nach wie vor über den Skandal-Deal um Peter Hartz. Seine 44 Veruntreuungen und Verleitungen zu Lustreisen et cetera sind der Justiz nur eine vergleichsweise niedrige Geldstrafe wert, die er mit Leichtigkeit aus seiner Abfindung bezahlen kann. Hinter dem Urteil stehen die Großkonzerne VW und Deutsche Bank, die nicht durch zu kräftiges „Aufrühren“ ihrer Machenschaften an ihrem Ruf leiden wollen. Dem beugt sich natürlich die willfährige Justiz, eben Klassenjustiz!

Der Politik um Murat Kurnaz und die Beteiligung der Bremer Behörden wie auch Aussagen der hiesigen Ausschüsse zum Klinik-Skandal und zum „Kindeswohl“ sind immer wieder eine Betrachtung und Kommentierung wert. Wir bleiben offen für alle Informationen und bringen alles zu Gehör, was unseren Widerstand gegen die Regierungspolitik stärkt!

Weitere **Termine**: Am 8. Februar 2007 findet um 20 Uhr im „Paradox“ (Bernhardstraße 12) eine Aktionsbesprechung zum G8-Gipfel in Heiligendamm statt. Ebenfalls im „**Paradox**“ ist am **13. Februar 2007** um **20 Uhr** ein **Aktionstreffen** zum EU-Außenministertreffen am 30./31. März in Bremen.

Am 9. Februar 2007 kommt Frau Merkel mittags zur „Schaffermahlzeit“. Am 10. Februar tanzt der „Samba-Karneval“ in Bremen, und am **17. Februar** ist **Karneval** in **Braunschweig**, zu dem uns die dortige Montagsdemo herzlich einlädt, denn ihr Motto für den Umzug durch die „Stadt der Forschung“ lautet: „Die Wissenschaft hat festgestellt, dass Hartz IV Protest enthält!“

Am kommenden **Montag**, dem **12. Februar**, werden Kolleg(inn)en aus Bremen nach **Hannover** fahren, um die dortige **Montagsdemo** zu unterstützen. Wer mitfahren will, kann sich bei mir melden (Telefon 0421-705 687). Der brutale **Polizeiübergriff** erfordert breiteste **Solidarität** aller demokratisch gesinnten und sozial engagierten Menschen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Undemokratie: Sicherheitskonferenz findet trotz enormen öffentlichen Aufwandes unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt *(„NGO-Online“)*

Neoliberales Weltbild: Wissenschaftlich konstruierte „Sachzwänge“ fördern und legitimieren soziale Ungleichheit *(„Nachdenkseiten“)*

Wahlschock: Niederlande kehren nach einem neoliberalem Jahrzehnt zu sozialdemokratischem Regierungsprogramm zurück *(„Tageszeitung“)*

Unbegrenzt subventionierte Ausbeutung: Große Koalition will Arbeitgebern die Sozialabgaben für Hilfsarbeiter erlassen *(„Westdeutscher Rundfunk“)*

Zertifizierter Betrug: Personaldienstleister bereichern sich mittels Arbeitszeitkonten und subventionierter Dumpinglöhne *(„Erwerbslosenforum“)*

Gewaltvorfälle verdoppelt: Ein-Euro-Unpädagogen helfen bei der Einsparung von Lehrern und Erziehern *(„Spiegel-Online“)*

Hetze wirkt: Mehrheit der Deutschen hält Arbeitslose für faul *(„Mitteldeutsche Zeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

121. Bremer Montagsdemo am 12. 02. 2007

Schimmelpilze gegen Arbeitslose

Ob der Missbrauch vom ALG II wohl eine Tatsache oder eine gezielt angelegte Kampagne ist? Das fragen Sie noch? Die Stigmatisierung und Hetze beginnt ja nicht erst mit der Einführung des verbrecherischen ALG II. Bereits im Jahre 2001 setzte Gerhard Schröder einen Meilenstein mit seiner Aussage, dass niemand ein „Recht auf Faulheit“ besitze. Bereits damals zeugte dieser Spruch von purer Hilflosigkeit und vielleicht sogar fehlender Absicht, das Arbeitslosenproblem entscheidend zu lösen.

Dem CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch schien die „elektronische Fußfessel“ nicht bloß für straffällige Freigänger brauchbar zu sein, sondern er hielt sie allen Ernstes auch für Arbeitslose geeignet! Die Politiker der führenden Parteien und die Funktionäre der großen Wirtschaftsverbände wurden es nicht müde, sich pausenlos abfällig, diskriminierend und auch durchaus verfälschend über Arbeitslose zu äußern. Dieser Trend wird bis heute von einer mutwilligen Presse unterstützt. Leider haben Rundfunk und Fernsehen diese Entwicklung ebenso durch eigene einseitige Berichte und Kommentare gefördert. Niemand erwähnt allerdings das entscheidende Problem: den Mangel und die weiter fortschreitende Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze.

So ist es leider nicht verwunderlich, dass die Hetze und Diskriminierung von Arbeitslosen immer absonderliche und beschämendere Blüten treibt. Besonders exotisch und menschenverachtend ist, dass nicht nur in Löbau, sondern auch in Halle, Dessau und Magdeburg einzelne Zimmer in den Wohnungen von ALG-II-Empfängern abgesperrt werden! Als Grund wird genannt, dass die Betroffenen in einer „nicht dem örtlichen Mietspiegel entsprechenden Wohnung“ lebten und es nicht genügend Wohnungen gebe, die dem Hartz-IV-Mietsatz entsprächen. In den abgesperrten Zimmern werden auch die Heizungen stillgelegt, um auf diese Weise die Mietkosten zu senken.

Es ist mal wieder der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, der da unrühmlich von sich reden macht. Er ist uns schon wegen „seiner“ sozialversicherungspflichtigen „Bürgerarbeit“ für sage und schreibe 800 Euro brutto unange-

nehm aufgefallen. So verwundert es nicht, dass er diese unwürdige Methode, in einer Wohnung mit einem willkürlich abgesperrten Raum leben zu müssen, für einen denkbaren Weg hält. Auf diese Art und Weise wird das Grundgesetz für Erwerbslose immer weiter ausgehöhlt und das Grundrecht auf Wohnen ad absurdum geführt!

Was mag als nächstes kommen, da die Behörden vor Ort bei der Schikanierung ihrer Sündenbock-Klientel sehr ideenreich zu sein scheinen? Ich frage mich, wieso die Mieter da mitspielen, und ob sie nicht einmal ihre einfachen Grundrechte kennen. Was findet sich hierüber in den Mietverträgen, und wie äußern sich die Vermieter dazu? Wie steht es denn um den Erhalt der abgesperrten Räume: Fenster auf oder zu?

Nur diese beiden Varianten sind möglich! Erstens: Fenster auf, das Zimmer wird kalt, die Wände nass, Wärme dringt durch die schlecht isolierte Zimmertür in den Raum, die angrenzenden Wände werden kalt, auf der Innenseite kommt es zu Kondensation. Wer zahlt die zusätzlichen Heizkosten der Restwohnung, wer die Kosten für die entstehenden Schäden?

Zweitens: Fenster zu, Schimmelpilz auf dem Vormarsch, Gesundheitsrisiko! Wer bezahlt die Kontrolleure? Führt das zur Umlage auf die Nebenkosten, die wiederum von den Mietern bezahlt werden müssen? Dann würde also durch ein Zimmer weniger der Wohnraum zwar kleiner, aber sogar *noch* teurer, also immer noch nicht billig genug. Schwachsinn pur! Unglaublich, was dort vor sich geht! Ich würde die Polizei oder Staatsanwaltschaft einschalten, aber hurtig!

Elisabeth Graf (parteilos)

Bei Nacht und Nebel: Bremer Umweltsenator wollte heimlich Bäume fällen *(„Weser-Kurier“)*

Arbeitslose sollen zusätzlich Karten spielen: Auf diese Weise kann ein „Beschäftigungsträger“ subventioniert werden *(„Spiegel-Online“)*

Gratwanderung: Sind Ein-Euro-Stellen in Schulen und bei Pflegediensten wirklich immer zusätzlich? *(„Weser-Kurier“)*

Wir wählen keine Maschinen!

Die SPD will mehr soziale Gerechtigkeit, wie schön! Und ihr Außenstehenden glaubt immer noch, die Montagsdemonstranten seien doch nur ein Haufen? Na, lassen wir das. Nein, ich sage ganz klar: Auch dieses Umdenken ist wieder ein Pluspunkt, den wir für uns verbuchen können! Das glaubt ihr nicht? Dann ein klein wenig Erinnerungshilfe!

Seit mehr als zwei Jahren stehen wir hier und fordern höhere Löhne, Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit, Schluss mit Kinderarmut und vieles mehr! Und was sagte jetzt ein Politiker hier in Bremen, wenn man der Zeitung glauben darf? „Wir brauchen wieder Löhne, von denen die Menschen leben können, wenn sie arbeiten!“

So lange hat es gedauert hat, bis sie das erkannt haben! Ich will hier niemandem zu nahe treten. Warum es so lange gedauert hat, wollen wir auch nicht groß untersuchen, aber einer der Gründe könnte sein, dass die Politiker keinen Kontakt mehr zu den Menschen haben. Oder ist es der zu geringe Widerstand? Letzte Woche war ich Zeuge vom Vorgehen der Politik: bei der Sitzung der Sozialdeputation!

Es ging um die Mieten und deren Kürzungen, die vorgenommen werden sollen. Ich war erstaunt und zugleich tief berührt über die einzelnen Argumente der Betroffenen. Doch eine Wirkung hatten sie nicht! Sie wurden abgelehnt, und dann kam diese Aussage: „Bis jetzt musste noch niemand umziehen!“ Welch ein übles Spiel mit den Gefühlen der Menschen! Wissen diese Damen und Herren gar nicht, was sie da anrichten?

Die Frage ist: Wissen sie es wirklich nicht, oder haben sie sich tatsächlich schon so weit vom Menschlichen entfernt, dass sie nur noch in Zahlen denken können? Dann unterscheiden sie sich auch nicht mehr von Maschinen, ohne jegliches Mitgefühl! Solche Wesen soll ich noch wählen? Nein danke! Halt, da fehlt noch was: Weil sie ja Menschen sein wollen, müssen sie auch essen und trinken. Und damit sie mal wieder am eigenen Leib spüren, wählen wir sie einfach ab!

Eine Frage noch: Hat Herr Heil tatsächlich seine Mitmenschlichkeit entdeckt, oder ist alles nur Wahlkampf? Die Zukunft wird es zeigen, und wir werden ihm durch unseren Protest bei der Entscheidung helfen! Vielleicht würde es diesmal nicht mehr so lange dauern, wenn sich wieder mehr Menschen an den Protesten beteiligten: Mit einer Stunde in der Woche für eine bessere und sichere Zukunft!

Udo Riedel (parteilos)

Unten schaffen, oben schmausen: Merkel erinnert an den Reichtum der Hansestadt *(„Weser-Kurier“)*

Arbeit muss fair bezahlt werden: Stellenbörse gegen Ausweitung des Niedriglohnsektors gestartet *(„Erwerbslosenforum“)*

Eine zwanglose Unterhaltung

1. Ich habe letzten Donnerstag ein kostenloses Schauspiel besucht! Es ist eine Veranstaltung, die also auch alle ALG-II-Empfänger(inn)en besuchen können. Sie sollten diese Gelegenheit auch unbedingt wahrnehmen, weil es dort unter anderem um ihr Überleben geht!

Die Veranstaltung nennt sich „**Deputationssitzung**“, und Regie führt das **Sozialressort**. In der tragenden weiblichen Hauptrolle sehen wir Senatorin Rosenkötter und als unterstützenden männlichen Darsteller Staatsrat Schuster. Beide sind leider Fehlbesetzungen und hoffnungslos überfordert, weil diese Rollen sie als untalentiert und uninteressiert entlarven!

Sie hatten anscheinend das Drehbuch nicht gelesen oder nicht verstanden. Es war ihnen emotional unmöglich, sich in die Situation der Menschen zu versetzen, von denen dieses Stück handelt: Es geht darum, wie Menschen, die in vom Staat gewollte finanzielle Abhängigkeit gebracht wurden, von den verantwortlichen verantwortungslosen Politiker(inn)en weiter menschenverachtend, diskriminierend und entwürdigend behandelt werden!

Das Stück hat eine Vorgeschichte, in der Millionen unbescholtener Menschen ihre „sicheren“ Arbeitsplätze verloren haben. Sie sind dadurch mittellos geworden und lassen, der Not gehorchend, die vom Unsozial-Staat angewandten Schikanen über sich ergehen – oder sie wehren sich! Der Staat zahlt einen kleinen, von moralisch bedenklichen Personen zusammengebastelten Betrag, ALG II genannt, an die um ihre Arbeitsplätze gebrachten unschuldigen Menschen. Diese Summe, die unterhalb des gesetzlich festgelegten Existenzminimums liegt, „(unter)hält“ die Menschen notdürftig am Leben.

Die Volks(ver)treter weisen durch fragwürdige Bestimmungen die ausführenden Staatsangestellten an, sich mit den Empfänger(inn)en bei „Nichteinhaltung“ der einseitigen Spielregeln (sprich Pflichten) über Kürzungen der Mini-Unterstützung zu „unterhalten“ (also damit zu drohen) und diese Kürzungen auch frech und frei von gültigen Rechtsgrundlagen vorzunehmen. Frau kann so etwas auch gern Staats-Mobbing nennen! Das Wort „unterhalten“ hat also nicht nur eine „zwang“lose Bedeutung.

Nach einiger Zeit kommen die angedrohte Wegnahme der Wohnung und der angedrohte Umzug in „preiswertere Unterkünfte“ ins perfide Spiel. Finanziell abhängige Menschen werden dazu gezwungen, sich eine „kostengünstigere“ Wohnung zu suchen, die real nicht in unserer Freien Hansestadt vorhanden ist! Aber real wird willkürlich eine pauschale Kürzung vorgenommen, die unrechtmäßig und in diesem Zusammenhang anmaßend und kurzsichtig ist. In den „Unterhaltun-

gen“ werden individuelle Sanktionen angedroht und durchgeführt. Das lässt sich als staatlich angeordnete Erpressung bezeichnen!

Soweit die Vorgeschichte dieses schlecht durchdachten und eiskalt inszenierten Stückes! An dieser Stelle beginnt die Schilderung der kostenlosen Vorstellung, an der ich letzte Woche teilnahm. Es waren also anwesend: die beiden miesen Hauptdarsteller Rosenkötter und Schuster, einige stumme weibliche und männliche Statisten und ein relativ großes, temperamentvolles Publikum. Es geht darum, den Darstellern von diesem sehr gemischten Publikum hautnah und durch viele realistische Schilderungen zu erklären, warum solch ein Stück dringend eine positive Wendung bekommen muss!

Frau Rosenkötter und Herr Schuster stellen sich in ihren Rollen allerdings belehrungsresistent und lernunfähig dar, und die Botschaft ihrer Rolle ist immer wieder fragwürdig. Es gibt ein paar kuriose und realitätsferne Antworten auf simpel vorgetragene Fragen. Die von Herrn Schuster vorgetragene Passagen aus dem Drehbuch, das in diesem Fall Verwaltungsanweisung heißt, hinterlassen den Eindruck, dass sie zum ersten Mal von ihm gelesen werden.

Die weitschweifig angelegten Antworten auf qualifizierte und dringende Fragen bleiben als schlecht vorbereiteter Auftritt vor einem hoch interessierten und falsch eingeschätzten Publikum in Erinnerung. Entsprechend groß war die Zahl der Buhrufe und Empfehlungen zur Verbesserung des Stückes, um es zu einem erträglichen Ende zu führen!

Herr Schuster sollte seine Auftritte drastisch reduzieren, ich habe ihn schon auf anderen Veranstaltungen ebenso hilflos und dilettantisch erlebt. Er sollte in der zweiten Reihe eine gute Arbeit leisten und sich nicht wie bisher was zusammen„schuster“n! Die **Fortsetzung** des Stückes folgt am **Donnerstag**, dem **15. März 2007** um **10 Uhr** im **Siemenshochhaus** – also hingehen, schauen, hören, mitreden, auch aus Solidarität!

2. Der **Wahlkampf** hat begonnen: Im Mai sollen die Bremerinnen und Bremer zum Urnengang antreten. So wünschen es sich die Politiker, allen voran Herr Weber, der sich schon lange große Sorgen über das Verhalten der Wählerinnen und Wähler macht. Dabei wollen wir alle gern zur Wahl gehen und nicht nur zwei Kreuzchen machen, sondern personenbezogen wählen, damit wir auch die Volksvertreter bekommen, die wir wirklich wollen!. Aber so viel Wahlinteresse wird von der amtierenden Politikerriege nun auch wieder nicht gewünscht.

Diese Damen und Herren müssen nämlich ganz stark befürchten, dass sie dann nicht noch einmal wiedergewählt würden, nach der miesen Arbeit, die sie sich in den letzten vier Jahren geleistet haben. Also wird das von einem großen Teil der Bevölkerung gewünschte erweiterte Wahlrecht einfach unterdrückt und diese Unterdrückung mit fadenscheinigen Ausreden begründet.

Ich finde, vor dieser Wahl ist es ungewöhnlich ruhig! Es ist gar kein Wahlkampf zu erkennen, was nachdenklich werden lässt. Aber unsere Volks(ver)treter haben ja auch nichts Brauchbares vorzuweisen und den Wähler(inn)en anzubieten. Die

beiden Bürgermeisterkandidaten sind für mich indiskutabel. Ich wähle keinen Bürgermeister der **C**harakterlosen **D**reisten **U**mschichtungspartei, der über Leichen geht!

Ich wähle auch keinen Bürgermeister der **S**ozial-**P**olitischen **D**ramapartei, der uns heute schon zeigt, zu welchen Bedingungen unter seiner Leitung gearbeitet wird und was dabei herauskommt. Über die **F**ast-**D**rei-**P**rozent-Partei müssen wir uns nicht unterhalten. Es bleibt also nicht mehr viel Aus„wahl“ bei den etablierten Parteien!

Ich habe von den genannten Parteien noch keine Aussagen über ihr neues Wahlprogramm gehört oder gelesen. Haben sie vielleicht keines? Das ist auch egal, es wird eh nicht eingehalten! Aber sie müssen aufpassen, dass sie den Wahltermin nicht verschlafen, wenn die Ruhe so weitergeht! Die Wählerinnen und Wähler werden ihn bestimmt nicht verpassen, denn wir wollen diese verlogenen Volksvertreter nicht noch einmal vier Jahre ertragen!

Wir sind kein armes Bundesland, das dürfen wir uns nicht einreden lassen! Das genügend vorhandene Geld ist schon seit vielen Jahren immer wieder in Projekte gesteckt worden, die wir uns nicht leisten konnten und können, weil unsere Politiker keinen Über- und Durchblick haben, und weil es ja nicht ihr eigenes Geld ist, mit dem sie herumaasen.

Das Sozialressort spielte mit der Idee, für die Menschen, die eine Umzugsaufforderung erhalten haben, ein „**Service-Büro**“ einzurichten, in dem Aufforderungsgeschädigte von Mitarbeitern des Amtes beim Umzug „unterstützt“ werden. Nachtigall, ick hör dir trapsen! Eine lächerlichere Hilfe kann man den unschuldig in Armut und in diese von Staats wegen gewollte Abhängigkeit gefallenen Menschen wohl kaum noch anbieten!

ALG-II-Empfänger(inn)en bekommen **fehlerhafte Bescheide** zugestellt von Bagis-Mitarbeiter(inn)en, die unfähig sind, gute und ordentliche Arbeit zu leisten. Mit Kollegen oder Kolleginnen dieses inkompetenten Amtes soll „gemeinsam“ eine „Lösung“, sprich: eine entsprechende Wohnung, gesucht und gefunden werden. Da kann lange gesucht werden! Diese Wohnungen sind in Bremen nicht zu finden!

Den Grünen ist es ein Anliegen, dass mit den von ALG II betroffenen Menschen human umgegangen wird und dass generell nicht mehr zur Senkung der Mietkosten aufgefordert wird. Leider stoßen sie damit auf keine Gegenliebe. Es soll kein zusätzlicher, unnötiger und unsinniger Druck mit Umzugsaufforderungen, die nicht erfüllbar sind, auf die schon genug gedemütigten Menschen ausgeübt werden!

Viele gleichen schon jetzt „aus eigener Tasche“ von dem geringen Hartz-IV-Betrag ihre nicht anerkannte Miethöhe aus. Das tun sie, weil sie in der Wohnung leben möchten, die sie gemietet haben, als die Welt noch in Ordnung war. Wenn arrogant von Staats wegen erwartet wird, sich eine nicht vorhandene „passende“ Wohnung zu suchen, grenzt das an grausame psychische Folter!

Herr Grotheer ist an Mangel von Gefühl nicht zu überbieten, wenn er kess formuliert, die **Umzugsaufforderungen** hätten schließlich „keine Rechtsfolgen“. Die betroffenen Menschen brauchen sie auch nicht: Ihnen reicht es schon, wenn sie die in einem widerlichen Stil verfasste Aufforderung lesen, um krank zu werden.

Wenn Frau Rosenkötter und Herr Schuster jetzt genauer die Schlampereien zu Lasten der ALG-II-Empfänger(inn)en unter die Lupe nehmen wollen, dann müssen sie als erstes eine neue Verwaltungsanweisung mit menschlichen und realen Inhalten auf den Weg bringen.

Unverständlich ist für mich die Aussage – wenn sie stimmt – der „Solidarischen Hilfe“, mit Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht zu warten, weil die bislang bekannten Mietkürzungen „im niedrigen zweistelligen Bereich“ lägen. Ich denke, gerade dort sollte bekannt sein, dass *jeder Euro* eingeklagt werden muss, und zwar *so schnell wie möglich!* Die Menschen benötigen *jeden Cent* zum Überleben!

Gudrun Binder (WASG)

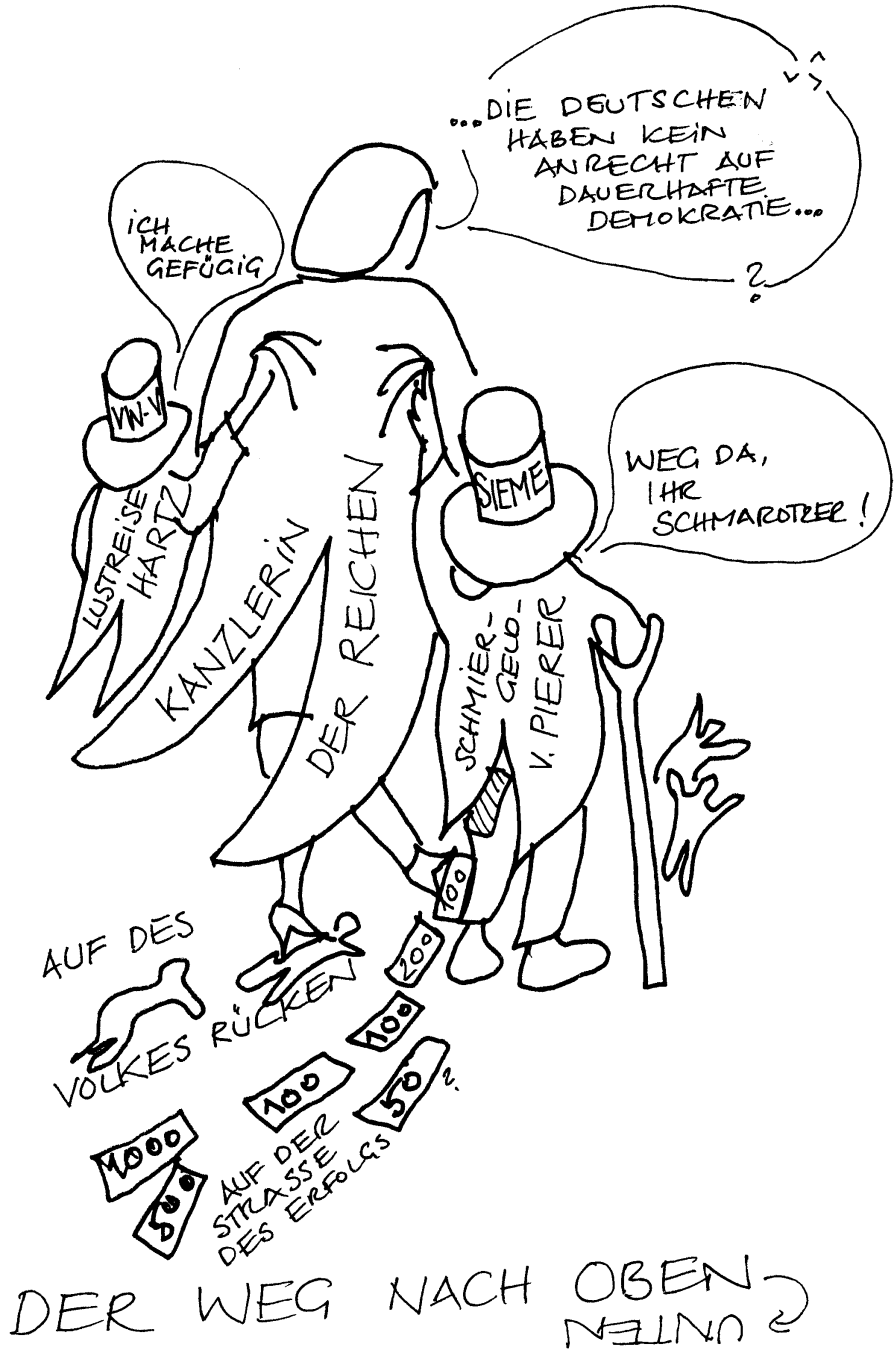
Heute im Bundestag: Hartz IV führt zu
„Abnahme finanzieller Entbehrung“ *(„HiB“)*

Hier die weiteren **Termine**: Im „**Paradox**“, Bernhardstraße 12, findet am **13. Februar 2007** um **20 Uhr** ein **Aktionstreffen** zum EU-Außenministertreffen am 30. und 31. März in Bremen statt. Am **17. Februar** ist **Karneval** in **Braunschweig**, zu dem uns die dortige Montagsdemo herzlich einlädt, denn ihr Motto für den Umzug durch die „Stadt der Forschung“ lautet: „Die Wissenschaft hat festgestellt, dass Hartz IV Protest enthält!“

Tags zuvor, am **Freitag**, dem **16. Februar 2007**, findet in der **Blauen Karawanserei**, Am Speicher XI, eine **öffentliche Verhandlung** gegen das arbeitsmarktpolitische Instrument „**Ein-Euro-Job**“ statt. Betroffene Menschen können ihre Erfahrungen und Kenntnisse einbringen. Lebens- und Arbeitsbedingungen werden angeklagt, Verantwortliche gesucht und benannt. Gutachter stellen alternative Modelle zu Hartz IV vor, denn das Ziel der Verhandlung ist: Die Ein-Euro-Jobs werden gestrichen und duch armutsfeste sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ersetzt! Kommt alle und nehmt am Tribunal teil!

Armut ist ein Skandal: Diakonie fordert Mindestlohn
und höheren Regelsatz *(„Gegen Hartz“)*

Wehe, die Erbschaftsteuer wird geändert: Gräfin mit goldenen
Tassen droht mit Auswanderung *(„Die Welt“)*



Wir schreiten zum Schlemmen beim Schaffermahl: „Denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit!“ *(Angela Merkel)*

Grüne Linnert entschuldigt sich für Hartz IV

1. Wir haben die **Sozialdeputation** besucht! Mit über 100 Mitstreitern haben wir unseren Forderungen und unserem Unmut Gehör verschafft. Es war zwar etwas voll im Sitzungssaal – aber noch längst nicht überfüllt! Herbert Thomsen hat un-

sere Forderungen vorgetragen und auf die Aussichtslosigkeit der Wohnungssuche hingewiesen. Viele Betroffenen schilderten eindringlich, was sie vom Umziehen halten! Es wurde deutlich gemacht, dass die Bagis sich *nicht* an die Ausnahmeregelungen der Verwaltungsanweisung hält!

Auch die verantwortlichen Politiker sind zu Wort gekommen. Senatorin Ingelore Rosenkötter wies darauf hin, dass die Bagis niemanden mit Gewalt aus der Wohnung holen werde und keinen Umzugswagen vorfahren lasse. (Zwischenruf von mir: „**Aushungern** ist auch eine Gewaltanwendung!“) Frau Rosenkötter hat eine Arbeitsgruppe gegründet, die bereits 24 Umzüge organisiert habe (Zwischenruf von Gudrun: „24 zu viel!“), „im Einvernehmen mit den Betroffenen“. Diese Arbeitsgruppe werde den Wohnungsmarkt beobachten. Die Einvernehmlichkeit wurde lautstark bezweifelt!

Von dem weiteren Gewos-Gutachten war keine Rede mehr, es dauert wohl. Inzwischen wurde aber einmütig festgestellt, dass mit dem bisherigen Gewos-Gutachten aufgrund der Fehler „kein Staat“ zu machen ist. Warum werden in Bremen die **Mietobergrenzen** nicht erhöht? Staatsrat Schuster behauptete: „Die Erhöhung der Obergrenzen führt nur dazu, dass die Vermieter die Mieten anheben!“ (Zwischenruf: „Die Vermieter können nicht als Rechtfertigung für die niedrigen Mietobergrenzen herhalten! Der größte Vermieter ist der Senat selbst!“)

Herr Schuster hat aus der Verwaltungsanweisung vorgelesen und wurde durch Zwischenrufe unterbrochen: „Hat die Bagis die Verwaltungsanweisung gelesen? Kennen Sie den Text auf den Briefen der Bagis?“ Herr Schuster sagte: „Ich weiß, dass die Bagis Fehler macht. Die Briefe sind aber egal, nur die Bescheide sind wichtig. Sie müssen von einem Abschnittsleiter gegengezeichnet werden, das haben wir jetzt angeordnet!“ (Zwischenruf: „Abschnittsleiter? Diese Amtsbezeichnung ist bei der Bagis bisher unbekannt!“)

Herr Schuster wusste nicht, dass bei Überschreitungen von circa zwölf Prozent bereits **Umzugsaufforderungen** verschickt wurden! Er wurde laufend unterbrochen, weil seine Ausführungen bei den Betroffenen das Bedürfnis nach sofortiger Richtigstellung auslösten. Bedeutet seine Unterscheidung, dass ein Sachbearbeiter der Bagis unterhalb eines Bescheides ruhig unsachlich agieren darf? Aber jedes noch so unsachliche Schreiben der Bagis löst Reaktionen aus!

Herr Schuster hat uneingeschränkt die Fehlerhaftigkeit der Sachbearbeitung der Bagis akzeptiert. Er hat auf die Einrichtung einer „Expertengruppe“ verwiesen, bestehend aus zwei bis drei Leuten, die Ratschläge erteilen dürfen. Er hat nicht auf das Versagen der bestehenden Innenrevision hingewiesen! Oder ist all dies so gewollt? Er hat auch nicht auf die Ansatzfehler der Rechnungshofsprüfung hingewiesen!

Herr Schuster antwortete nicht auf die Frage, warum er die rechte Spalte der Tabelle nicht freigibt. Es kamen ausweichende Argumente: Das Bundesrecht gelte nicht, die Kosten der Unterkunft würden durch die Länder geregelt. Der Bund hat von seinem Weisungsrecht bisher keinen Gebrauch gemacht! Zur Haushaltslage konnte er nicht weiter ausführen, zu groß war der Unmut! Immer deutlicher wurde auch die Bedeutung des Verwurzeltseins in der bisherigen Umgebung und Wohnung angesichts der Willkür dieser Mietobergrenzen, dieser Regelsätze überhaupt!

Die Anregungen des Bremer Rechnungshofs und einige notwendige Änderungen sollen in die Verwaltungsanweisung „eingearbeitet“ werden. Ein Punkt davon ist sicherlich die Regelung zur Wohngemeinschaft!

Herbert hat vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 15 vorzuziehen und in unserer Anwesenheit zu behandeln. Frau Rosenkötter hat die Parteien gebeten, sich dazu zu äußern. Herr Oppermann von der CDU antwortete sinngemäß, er fühle sich „nicht in der Lage, bei Anwesenheit so vieler Menschen die Beratung aufzunehmen“. (Zwischenruf: „Gehen Sie zur Bagis Süd, da stehen die **Zwischentüren offen**, und im Schiffbauerweg gibt es **drei Sachbearbeiter pro Zimmer** mit jeweils einem Betroffenen!“) Dies konnte Herrn Oppermann nicht von seinem Nein abbringen, aber seine Anmerkungen wurden lautstark zurechtgerückt!

Herr Grotheer von der SPD fing bei der Entstehung von Hartz IV an und machte machte dabei einen Seitenhieb auf Frau Linnert von den Grünen: „Es ist ein Bundesgesetz, da können wir nichts ändern, auch die Regelsätze nicht, es gibt ja nur noch Pauschalen! Nicht zuletzt wurde dies auch von hier anwesenden Sozialberatern gefordert. Damit kann aber nicht mehr auf den Einzelfall eingegangen werden!“ (Zwischenruf: „Dabei wurden aber *ausreichende* Pauschalen gefordert!“)

Nach dem Zwischenruf „Wohnung ist Ländersache!“ sprach er von der Einbindung in die Praxis der anderen Länder: Bremen erhalte einen Teil der Kosten von anderen Ländern (Zwischenruf: „Falsch, vom Bund! Warum vergleicht Bremen sich nicht mit den Großstädten?“). So wurde er argumentenarm. Bremen könne sich eine Anhebung der Mietobergrenzen „nicht leisten“, der Haushalt lasse dies nicht zu.

Ich habe Herrn Grotheer gefragt: „Wissen Sie, dass Bremen im Jahr 2005 durch die Einführung von ALG II **60 Millionen Euro eingespart** hat? Bitte antworten Sie mit Ja oder Nein!“ Seine Antwort lautete, 2005 sei alles anders gewesen, es habe „keine Erfahrung“ gegeben, einige Ergebnisse seien „überraschend“. Ich habe versucht, ein Ja oder Nein zu hören, aber es gab nur dieses Ausweichen, und zum Schluss hieß es: „Dieser Überschuss war ungeplant!“ Meine Frage, warum dann ein Ertrag von 120 Millionen Euro im Haushalt 2005 eingestellt war, brauchte Herr Grotheer nicht mehr zu beantworten, denn die Diskussion war weiter fortgeschritten.

Nun forderten die Grünen ihr Rederecht ein. Karoline Linnert erinnerte daran, dass die Grünen Hartz IV mit beschlossen haben, dies sei „der größte Fehler“ gewesen. Sie entschuldige sich dafür nochmals bei allen Betroffenen. Frau Linnert hielt eine sehr gefühlsbetonte Rede mit punktgenauen Fakten. Sie wies darauf hin, dass die anderen Länder mit Bremen so umgehen können, wie Bremen es jetzt mit den armen Menschen macht, und arbeitete heraus, dass niemand in der Runde bezweifelt, dass zumindest für Alleinstehende die Mietobergrenzen *nicht angemessen* sind. Sie forderte, alle Umzugsaktionen einzustellen und das Urteil des Bundessozialgerichts auszuwerten. Auf dieser Basis solle beraten, beschlossen und dann verfahren werden!

Dies ist nur, was ich behalten habe. Stimmungsmäßig waren wir gut drauf! Wir haben unsere Sache gut vertreten, alles wurde angesprochen. Die Betroffenheit war der Mimik der Teilnehmer anzusehen, aber es gab auch Mienen, die ein „Weiter so!“ ausdrückten. Zwischenrufe gab es eigentlich nur von uns, doch als eine Mitstreiterin feststellte, dass somit **Tausende von Einzelklagen** bei dem Bremer Verwaltungsgericht eingehen werden („Wollen Sie das?“), kam von Frau Rosenkötter und Herrn Schuster ein spontanes *„Nein!“* im Duett.

Beraten hat die Deputation dann ohne uns, nach zwei Stunden konnte die Sitzung zur Tagesordnung übergehen. Herrn Schuster habe ich zum Schluss noch gefragt: „Wissen Sie wirklich nicht, wie die Leute bei der Bagis behandelt werden?“ Darauf er: „Sie wissen doch auch, wie **aggressiv** die Sachbearbeiter der Bagis angegangen werden, oder?“ Herr Schuster, gehen Sie zur Bagis und lesen Sie die Ausbildungsunterlagen für die Sachbearbeiter(innen), dort steht die Antwort!

Die Deputierten haben die rechte Spalte der Tabelle nicht freigegeben. Es geht weiter wie bisher, allerdings dürfte eine gewisse Nachdenklichkeit zurückgeblieben sein! Diese sozialdemokratische Senatorin ist die Entscheidungsträgerin über die Höhe der Kosten der Unterkunft und der Mietobergrenzen in Bremen! Kein Bundesrecht steht einer Erhöhung entgegen! Diese Entscheidung wird in Bremen getroffen! Es dürfte auch dieser Senatorin klargeworden sein, dass eine gerichtsfeste Umzugsaufforderung in Bremen im Regelfall nicht möglich ist! Wenn Artikel 14 der Bremer Landesverfassung mit einbezogen wird, kann *jeder* wohnen bleiben, der seine Wohnung im guten Glauben gemietet hat, sie bezahlen zu können!

Nur eines ist klar: Ohne Gegenwehr wird dieses Kürzungsprogramm durchgezogen! Nur wer selbst Widerspruch einlegt, kann sich erfolgreich wehren! Alle, die sich nicht wehren, müssen mit gekürztem Regelsatz auskommen, und die Bagis ist nicht zimperlich! Diese Politiker sind es auch nicht, sie werden nur mit Druck die bestehenden Gerichtsentscheidungen für alle akzeptieren! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Wir schaffen dies gemeinsam!

2. Aus meinen vorherigen Reden zur Bremer Montagsdemo sind alle Möglichkeiten der Gegenwehr ersichtlich. Am wichtigsten ist es, die eigene **Wohnung** erst zu kündigen, wenn eine neue verbindlich angemietet wurde! Die neue „Arbeitsgruppe Wohnung“ kann Menschen helfen, die sowieso umziehen wollen. Leider ist immer noch nicht einsichtig, warum jeder, der diese Willkürgrenze überschreitet, umziehen muss!

Niemandem kann ich zu einer totalen Verweigerungshaltung raten. Eine gerichtliche Klärung wäre sehr interessant, aber leider auch langwierig. Jetzt wird auf den Bescheiden sogar noch ein Vorläufigkeitsvermerk für die Kosten der Unterkunft angebracht! Papier ist geduldig, aber was sind die Folgen? Wer könnte schon etwas für eine eventuelle Rückforderung beiseite legen! Hier wird also nur ein neuer Papiertiger zur Verunsicherung geschaffen!

Kommt her mit euren Bescheiden und wehrt euch! Wie, das besprechen wir! Die neueste Äußerung der Bagis lautet: „Wir nehmen keinen Antrag auf **Nebenkostenerstattung** für 2005 mehr an!“ Bitte nicht abschrecken lassen: „Diese Ablehnung hätte ich gerne schriftlich, hier ist mein Antrag, bitte entscheiden Sie!“ Es gibt keine Rechtsgrundlage für diese Ablehnung! Falls dies tatsächlich schriftlich erfolgt, Widerspruch einlegen!

Die Heizkosten sind ohnehin ein Dauerthema. Die Bagis kürzt unberechtigterweise, und selbst Beratungsstellen gehen teilweise *nicht* dagegen an! Nur wer mit offenem Fenster geheizt hat, sollte eine Kürzung akzeptieren. Alle anderen sollten die vollen Heizkosten einfordern! Dies geht auch noch rückwirkend ab 1. Januar 2005. Wir haben eine Anhebung der Heizkostenpauschale gefordert, obwohl sowieso die tatsächlichen **Heizkosten** übernommen werden müssen, damit die Bagis nicht *jede* Heizkostenabrechnung als überhöht zurückweist. Bis zu dieser Pauschale geht es streitfrei, darüber hinaus nur mit persönlicher Gegenwehr!

Die rechte Spalte der Tabelle betrachten viele Gerichte als unterste Grenze, auch Mieten darüber können angemessen sein. Die Unangemessenheit muss die Freie Hansestadt Bremen nachweisen, es geht aber nur mit persönlicher Gegenwehr! Abwarten führt zur Stärkung der Politik! **Gegenwehr** heißt: jetzt Widerspruch einlegen oder Antrag stellen. Das tun wir gemeinsam! Mit Gegenwehr durch Stellvertreter geht es nicht weiter! Jeder kann sich wehren! Wir unterstützen uns gegenseitig!

Am Sonntag hat die „täglich-glücklich“-Zeitung berichtet: „Behörde: Keine Zwangsumzüge“. SPD-Staatsrat Schuster wird mit dem Satz zitiert: „Hartz-IV-Empfänger in zu teuren Wohnungen bekommen die volle Miete erstattet, wenn sie keine günstigere Bleibe finden!“ Nehmen wir Herrn Schuster beim Wort, auch wenn er nicht weiß, was er sagt! „Zwangsumzüge wird es nicht geben, die Bagis berücksichtigt den Markt.“ Herr Schuster! Ausgehungert wird schon länger!

Wolfgang Grotheer von der SPD betont: Die Umzugsaufforderungen werden weiter versandt! Sie sind aber rechtlich unerheblich, erst gegen den Bescheid können die Betroffenen Widerspruch einlegen und vor Gericht ziehen. Tatsächliche Mietkürzungen muss der Sachbearbeiter ab sofort mit seinem Vorgesetz-

ten klären. So sieht also praktische Politik aus! Die Menschen werden erschreckt, verunsichert, verängstigt, und wenn sich diese Menschen wieder erholt haben, werden sie unendlich wütend! „Diese Briefe haben keine Rechtsfolgen“, so Herr Grotheer, SPD!

Die Bürger dieser Stadt haben das Recht auf Unversehrtheit der Wohnung. Hätten die Mütter und Väter der Bremer Landesverfassung diese Situation vorhergesehen, sie hätten den Schutz der Bürger(innen) vor einer menschenunwürdigen Politik klarer in die Verfassung geschrieben! Dem Redakteur wäre eine Teilnahme an der **Deputationssitzung** zu empfehlen, zusammen mit uns. Vielleicht klappt es am **Donnerstag**, dem **15. März 2007**, um **10 Uhr** am **Siemenshochhaus**?

Hans-Dieter Binder (WASG)

Zwölf Jahre Große Koalition: In Bremen sind Säuglingssterblichkeit und Kinderarmut am größten *(„Radio Bremen“)*

„Schweinezyklus“: Solange es noch 30.000 arbeitslose Ingenieure gibt, ist es zu früh, von einem „Mangel an Fachpersonal“ zu sprechen *(„Spiegel-Online“)*

„Bewerbungstraining“: Bagis verschickt alte Stellenanzeigen *(„Weser-Kurier“)*

Sadismus: Sachbearbeiter schikanieren „Kunden“ *(„Chaos Radio Show“)*

Unsere Solidarität gehört der Montagsdemo in Hannover

Regenschwanger bot sich der Montagnachmittag: Zur 121. Montagsdemo in Bremen am 12. Februar 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz kamen deshalb nur relativ wenige. Einige uns unterstützende Werktätige waren auf Schicht, aber auch Kranke konnten nicht kommen. So blieben wir bei 25 Teilnehmern an beiden Kundgebungsorten.

Im Mittelpunkt standen die provokativen Angriffe der niedersächsischen Landespolizei gegen die hannoversche Montagsdemonstration. Vor einer Woche hatte die Polizei den Lautsprecherwagen beschlagnahmt und Teilnehmer, die dagegen protestierten, in Handschellen abgeführt. Eine Person musste sich bis auf die Unterwäsche ausziehen, um nach Waffen durchsucht zu werden. Der „Verstoß“ gegen die bürokratischen und durch nichts gerechtfertigten Auflagen der Verwaltungsbehörden wird genutzt, um die demokratische Montagsdemo-Bewegung zu diskreditieren und zu kriminalisieren!

Der wirklich kriminelle Peter Hartz wird geschont und darf frei herumlaufen, während Menschen, die gegen die Gesetze der Schröder/Fischer- und Merkel/Müntefering-Regierungen protestieren, zum Verstummen gebracht werden sollen. Die Staatsanwaltschaft „spielt mit dem Gedanken“, den Lautsprecherwagen als „Hort des Aufruhrs“ zu vernichten!

Hinter allem steckt der Ministerpräsident Wulff, dem der Ruf von VW so „am Herzen“ liegt. Es ist ja auch widerlich, in einem Aufsichtsrat sitzen zu müssen, wo die Betriebsräte der Arbeiter sich zu Lustreisen und Prostituiertenbesuchen hinreißen lassen! Aber Schwamm darüber: „Jetzt muss wieder gearbeitet werden!“, das ist das einzige, was der Doppel-Äff zu sagen hat, wenn es darum geht, die Machenschaften der VW-Oberen, von Piech, Porsche et cetera aufzudecken und wirklich Konsequenzen zu ziehen!

Wir haben eine Resolution verabschiedet und nach Hannover geschickt. Hier der Wortlaut: „Mit Empörung haben wir von den Polizeiübergriffen gegen die Montagsdemo Hannover gehört! Damit soll der berechtigte Widerstand gegen die volksfeindliche Merkel/Müntefehring-Regierung kriminalisiert werden. Das zeigt, die herrschenden Großkonzerne haben Angst vor uns, Angst vor dem anwachsenden Widerstand gegen ihre Politik, die die herrschenden Großkonzerne noch reicher macht und die Masse der Bevölkerung in die Armut treibt! Liebe Freunde, wir sind solidarisch mit euch und unterstützen eure Forderungen: Freispruch beziehungsweise Einstellung aller Verfahren gegen die verfolgten Montagsdemonstranten, uneingeschränkte Nutzung des Offenen Mikrofons zur freien Meinungsäußerung auf antifaschistischer Grundlage! Herzliche und kämpferische Grüße von der Montagsdemo Bremen“.

Ja, und wenn die SPD jetzt für ein neues Programm herumtingelt, für ihre dünne „neue Mitte“ trommelt und auch die Hartz-Gesetze gern umbenennen würde, dann hat sie sich geschnitten! Wir werden diese schweinischen Gesetze weiter so benennen und dafür streiten, bis sie völlig gekippt und vom Tisch sind. Basta!

Am Freitag wurde zwischen Ägypten und der „Kriegskunde“-Tagung in München mal eben die Bundeskanzlerin bei der Schaffermahlzeit, einer absoluten Männerrunde gewichtiger Herren und Magnaten, vorbeigeführt. Wir waren mit Transparent und Plakat, siehe Cartoon, auch dabei. Die Bremer Polizei bekundet uns Respekt, wenn sie sagt, dass unser witziges Auftreten doch auch schon Tradition habe. Ganz so witzig zu sein, wie wir vielleicht gewollt hätten, schafften wir dieses Jahr nicht; beim nächsten Mal wird es sicher wieder besser.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Irak statt Knast: US-Army rekrutiert „schwere Jungs“ *(„Junge Welt“)*

Armut: Mit der US-Wirtschaft wachsen die sozialen Spannungen *(„Die Welt“)*

Schwachsinn: Um Behinderte oder Alte im Alltag professionell zu begleiten,

benötigt man eine Fachausbildung, keinen Ein-Euro-Job *(„Abacho“)*

Abstiegsangst: Mittelschichtler müssen vor einem ALG-II-Bezug erst ihr erarbeitetes Vermögen „abschmelzen“ *(„Die Zeit“)*

Grusel für Wohlstandsbürger: Diakonie lädt zur Hartz-IV-Fastenkur *(„Allgemeine Zeitung Uelzen“)*

Kein Geld für Jugendarbeit: Ist Hartz IV schuld an den Fußball-Krawallen? *(„Net-Tribune“)*

Aber nur nach Feierabend: ALG-II-Empfänger dürfen Schulabschluss nachholen *(„Focus“)*

Hartz I bis III im Rohr krepiert: Nur knapp ein Drittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist wirksam *(„Berliner Umschau“)*

Sandmännchen streut Optimismus: 2009 „nur noch“ drei Millionen Arbeitslose? *(„Spiegel-Online“)*

FDP warnt vor Placebos: „Es hilft nichts, Langzeitarbeitslose gegen ein Almosen beim Staat zu beschäftigen“ *(„PR-Inside“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

122. Bremer Montagsdemo am 19. 02. 2007

Aus der Sicht eines Rentners

Ich habe vor vielen Jahren mal ’ne Regierung gewählt, seit die dran ist, hab ich bloß Ärger, werde nur noch gequält! Alles muss ich von meinen wenigen Pimperlingen bezahlen, und ich mache mir Sorgen: Soll ich mir auch noch Geld für teure Zinsen borgen?

Verliere ich mal meine Zähne, denn irgendwann werde ich alt, dann denke ich, ich steh im Wald: Mein letztes Erspartes geht dabei drauf! Das muss ich erst mal verdauen, aber ohne neue Zähne muss ich auf den Felgen kauen!

Dann wollen sie von mir auch noch Steuern! Wo soll ich es denn hernehmen? Soll ich es mir aus den Rippen leiern? Ich stehe dann am Ende mit nichts mehr da, bin bettelarm und kann mir, wie die meisten, nicht mal mehr die eigene Beerdigung leisten!

Meinen Enkelkindern kann ich auch nichts mehr geben, es reicht kaum für mich selbst zum Leben. Urlaub, was für ein lustiges Wort! Ich kenn nur Balkonien als einzigen Ort. Und nun sag ich mal was zur Politik: Die reden da von Zivilcourage, doch in Wirklichkeit denken sie, leckt mich doch alle am... Aschermittwoch!

Ja, und darum, liebe Leute, stehe ich hier: Ich kann mir nichts leisten, nicht mal ein schönes Bier. Ich weiß auch nicht, was morgen ist, drum sag ich nur eins: Weg mit dem Mist!

Doch das sage ich euch Politikern: Tut euch und uns einen großen Gefallen, macht endlich ’ne vernünftige Politik für uns alle! Denn dafür seid ihr ja von uns gewählt, und nicht dafür, dass ihr uns Rentner quält.

Ja, darum stehe ich hier und kämpfe für mein Recht, sonst habe ich verloren, und es geht mir schlecht. Doch euch Politikern sage ich hier jetzt ganz kurz und knapp: Ich habe die Schnauze voll, ich will nicht mehr und wähl euch einfach ab! Das habt ihr nun davon.

Udo Riedel (parteilos)

Mitnahmeeffekte überwiegen: Eingliederungszuschüsse verbessern die Vermittlungschancen von älteren Arbeitslosen kaum *(„Lexis Nexis“)*

Alpen-Klippe: Arbeitslose Österreicher sollen neue Mindestsicherung zurückzahlen, wenn sie wieder einen Job finden *(„Märkische Allgemeine“)*

Deutschland bedingt kindertauglich

Was nützt es wohl, den Jugendschutz zu aktivieren, wenn gewaltverherrlichende Computerspiele für Jugendliche unter 18 verboten werden sollen? Die Älteren werden den Kauf für die Jüngeren übernehmen!

Gleichzeitig ist der realen Gewalt im täglichen Leben so vieler Kinder durch Hartz IV Tür und Tor weit geöffnet worden. Die Kinderarmut hat sich verdoppelt. Dies bedeutet, dass die Kinder der Gewalt durch die Beengtheit in zu kleinen Wohnungen mit ihren Familien ausgesetzt sind, der Gewalt von der Existenzangst und Unsicherheit und Resignation ihrer Eltern, die nicht wissen, wie sie den chronischen Mangel an eigentlich allem verwalten können sollen, ob sie aus der Wohnung raus müssen, aber keine neue finden können, wie die Strom- und Heizkostenrechnung bezahlen, die Klassenfahrt, den Ranzen des Kindes und und und...

Es steckt auch die Angst wie ein dicker Kloß im Hals und schnürt ihn zu, dass es keinen Ausweg mehr aus Hartz IV geben könnte, kein Entrinnen, keine lebenswerte Zukunft. Das überträgt sich notgedrungen auch auf die Kinder. Mit ihrer Kleidung nach dem Schnitt der Aldi-Mode können sie den Trend der Klasse nicht mithalten. Weil sie sich auch keine Nachhilfestunden leisten können, müssen sie entweder Naturtalente sein oder sich mit dem Fallen durch die Maschen abfinden, also sitzenbleiben, keinen Schulabschluss schaffen, keinen Ausbildungsplatz bekommen et cetera.

Diese permanenten Ängste können alle Familienmitglieder krank machen. Inzwischen muss nicht nur mit der Armut, sondern auch mit der *Angst* vor der Armut gelebt werden. Ein neues Lebensgefühl schleicht wie ein Gespenst durch Deutschland: Es kann jeden jederzeit treffen! Nicht der Klimawandel oder der Terrorismus verbreiten hierzulande die meiste Angst, am größten ist die Furcht vor dem sozialen Abstieg. Nichts beunruhigt die Deutschen dabei mehr als die Tatsache, dass selbst bei Unternehmen, denen es gut geht, die Arbeitsplätze nicht mehr sicher sind.

Die Ärzte verschreiben Medikamente, die nicht von den Krankenkassen übernommen werden – außer den totalen Hämmern, die nachdenkliche Zeitgenossen nur im Notfall einsetzen würden. Verfolgungsbetreuung, Aufforderung zu unmöglicher Mietminderung, Wiedereingliederungsvereinbarung mit dem zigsten sinnlosen Bewerbungstraining oder einem arbeitsplatzvernichtenden Ein-Euro-Job vervollständigen den unnötigen Dauerstress.

Wie war das noch mit § 1 Absatz 3.1 aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, wonach junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung gefördert werden und Benachteiligungen abgebaut müssen und nicht etwa geschürt werden dürfen? In § 1 Absatz 3.4 wird gefordert, dass Jugendhilfe dazu beitragen soll, positive Lebensbedingungen sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten.

Das der Würde des Menschen und auch seinen Grundrechten in jeder Hinsicht widersprechende, verbrecherische und menschenverachtende Hartz IV haut diese Auflagen mit einem Rundumschlag mal eben kaputt! Aber Hauptsache, es werden neue minderwertige Filme auf den Index gesetzt: Dann ist unserer Jugend schon optimal geholfen und das Übel beim Schlafittchen ergriffen. Wenn das denn mal so einfach wäre! Es wird nicht wirklich nach Abhilfe gesucht, sondern nur in blindem Aktionismus rumgeeiert, um scheinbar konsequent zu handeln – solange es keinen müden Euro kostet, versteht sich.

Als ob die Gewaltbereitschaft in den Köpfen unserer Kinder dadurch entstünde, dass sie sich Gewaltfilme ansehen! Nein, dazu bedarf es eines bereits angelegten Nährbodens, der im Klima der Angst und Ausgrenzung bestens gedeihen kann, ganz ohne solche Filme. Da genügt dann der Film des eigenen Lebens, in dem man selbst den Hauptdarsteller mimt.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen hält laut seiner Studie Deutschland nur für bedingt kindertauglich. Der erste internationale Vergleich zur Situation der Kinder in Industriestaaten hat für Deutschland ein ernüchterndes Bild erbracht. Als Sieger wurden die Niederlande ermittelt, gefolgt von Schweden, Dänemark und Finnland. Besonders schlecht schneiden Großbritannien und die USA ab, also ausgerechnet jene Länder, die uns immer als Erfolgsmodelle beim angeblichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hingestellt werden.

Vornehmlich in den Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg sind Kinder in hohem Maß armutsgefährdet. Fast 40 Prozent der befragten Kinder hatten angegeben, dass ihre Eltern mit ihnen nie richtig reden. Derlei Faktoren sprechen Bände und sagen über das Wohlbefinden eines Kindes fast mehr aus als die Tatsache, wie viel Geld zu Hause zur Verfügung steht. Offenbar werden Kinder in Deutschland weniger als eine Bereicherung angesehen und mehr wie ein Kostenfaktor und eine Beschwernis behandelt.

Wollen wir uns da wirklich noch darüber wundern, dass bei uns immer weniger Menschen Lust auf eigenen Nachwuchs haben? Denn außer im Kindergarten wird deutschen Kindern offenkundig zu selten kinderfreundlich begegnet. Unsere Politiker produzieren ausschließlich eine Worthülse und Luftblase nach der

anderen und wetteifern untereinander wie Schneewittchen mit der Frage: „Spieglein, Spieglein, an der Wand, wer ist die sozialste Partei im Land?“

Der Spiegel antwortet jedes Mal: „Herr Parteivorsitzender, nicht Ihr, sondern die Skandinavier hinter den Bergen sind weitaus kinderfreundlicher zu ihren Zwergen als die Menschen hier!“

Elisabeth Graf (parteilos)

Bremer Armutszeugnis für die CDU/SPD-Koalition

Alle Jahre wieder gibt es den UNICEF-Bericht zur Kinderfreundlichkeit, und alle Jahre wieder schneidet die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen „Industriestaaten“ nicht gut ab. So auch dieses Mal, wo der „Exportweltmeister“ unter 21 Ländern auf Patz 11 gelandet ist. In den vorderen Rängen stehen die Niederlande, gefolgt von Schweden, Dänemark und Finnland. Das deckt sich auch weitgehend mit den diversen PISA-Studien. Besonders schlecht schnitten unter anderem Großbritannien und die USA ab.

Bewertet wurden die Faktoren materielle Situation, Gesundheit, Bildung, Beziehung zu Eltern und Gleichaltrigen, Lebensweise und Risiken sowie die Selbsteinschätzung von Kindern. Andere Nationen als Deutschland böten verlässlichere Lebensumwelten für Kinder auch außerhalb der Familie, erläuterte UNICEF-Geschäftsführer Dietrich Garlichs. Sie kümmerten sich zudem gezielt um Kinder aus sozial schwachen und Migrantenfamilien.

Die hierzulande Herrschenden lassen Millionen Familien in Arbeitslosigkeit und prekäre Lebensverhältnisse fallen, streichen Gelder für Kinder- und Jugendhilfe, Sozialarbeit und Familienfürsorge zusammen und wollen eigentlich nur die Geburtenrate von Gutverdienern steigern. Da muss es nicht verwundern, wenn das Gros der Menschen abrutscht. Soziale Armut kann auch zu einer inneren Verarmung führen! „Schwarz-Rosa“ wollte laut Koalitionsvertrag Kinderarmut reduzieren, hierfür den Kinderzuschlag per 2006 erhöhen und an mehr Menschen zahlen. Alles Heuchelei! Nicht einmal dieses Versprechen hat die Regierung eingelöst.

Die fortgesetzten Massenentlassungen der Konzerne und die ständig steigende Zahl von Hartz-IV-Betroffenen spalten die Gesellschaft weiter und verschärfen das Problem zusätzlich. Sie machen dieses Land für immer mehr Kinder zu einem wahren Jammertal. Was wird die Folge sein? Kriminalität, Bandenbildung und Verwahrlosung – wie jetzt schon in den USA und Großbritannien – werden in

wenigen Jahren auch hier das Bild der Großstädte bestimmen. Wer in der Welt Kriege anzettelt und führt, der trägt ihn auch nach innen. Schäuble & Co. haben da ja schon einiges angedroht. Ich halte dies für eine verabscheuenswürdige und zutiefst verbrecherische Politik, für die Kinder und Enkel bezahlen müssen, und dagegen werde ich immer wieder meine Stimme erheben!

Besonders düster sieht es im innerdeutschen Ländervergleich aus: Unsere schöne Hansestadt rangiert hier an letzter Stelle, vor allem was den Bildungsbereich anbelangt. Kinder seien in Bremen besonders armutsgefährdet, schlecht in den schulischen Leistungen und gesundheitlich auffallend mangelhaft versorgt, schreibt die „Tageszeitung“ am 15. Februar 2007. Ein wichtiger Indikator für den Gesundheitszustand der Mütter und die vorgeburtliche Entwicklung des Kindes ist ein zu geringes Geburtsgewicht. Hamburg steht noch relativ gut da, aber Bremen ist auch hier Schlusslicht.

Die Säuglingssterblichkeit ist alarmierend: Auf 1.000 Geburten kommen hier sechs Todesfälle – Sachsen hat im Vergleich 3,2 gestorbene Kinder. Bei den Todesfällen von Kindern bis 20 Jahre, beispielsweise durch Unfälle oder andere Ursachen, gehört Bremen wiederum zur „Schlussgruppe“, wie die Autoren der Studie schreiben. Das ist ein absolut beklagenswertes Armutszeugnis für die CDU/SPD-Koalition, die hier schon fast seit einem halben Menschenalter regiert und dabei besonders das Bremer Bildungssystem in Grund und Boden geritten hat. Die angedrohten Zwangsumzüge von Hartz-IV-Betroffenen und das Herausreißen der Kinder aus ihren sozialen Bezügen führen letztlich zu noch mehr Elend. Das haben wir hier auf der Montagsdemo schon häufig angeprangert, und ich denke, das werden wir auch weiterhin tun!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Kahlschlag in Bremen

Es darf gelacht werden, wenn uns das Lachen nicht im Halse stecken bleibt! Wir wählen im Mai in Bremen. Wir wählen am 13. Mai. Wenn das kein gutes Omen ist, ausgerechnet am 13. wählen zu lassen! Wer weiß, was dem Wahlvolk an solch einem Tag einfällt.

Unser Bausenator Neumeyer jedenfalls lässt schon mal vorsorglich etliche Bäume fällen: Eine weitsichtige Vorsichtsmaßnahme für alle Autofahrer(innen), denn frau hört und liest immer wieder, welche schrecklichen Ausmaße Unfälle haben, wenn Fahrer(innen) gegen einen Baum prallen! Da war es an der Zeit, dass endlich mal ein paar Bäume verschwinden, um das Unfallrisiko zu verringern. Damit nicht unnötiges Aufsehen erregt wird, findet die freundliche Aktion bei Dunkelheit in der Nacht statt. Die Schwachhauser Wähler(innen)stimmen sind

der CDU schon mal sicher! Als nächstes schlage ich die Absenkung der autofeindlichen Bürgersteige vor.

Ein Parteiprogramm ist eine Sammlung der Aufgaben und Ziele, die sich eine Partei für eine bessere Zukunft stellt. In dem Wort „Aufgaben“ steckt auch das Verb „aufgeben“, und darum wird wahrscheinlich so vieles gar nicht erst angefangen, wenn es doch zur „Aufgabe“ verurteilt ist! Tatsächliche Umsetzungen der Ziele sind also rein zufällig. Das wird auch gern „Politik mit ruhiger Hand“ genannt und bedeutet: Ich mach hier mal gar nix!

Wie zum Beispiel eine Änderung in der Sozialpolitik Bremens durchzuführen. Keine(r) der zuständigen Politiker(innen) hat eine gute Idee, also lassen sie es doch gleich und sparen Zeit und Kräfte der Volks(ver)treter. Bei dieser Gelegenheit können auch gleich überflüssige, weil hilflose Staatsräte gespart werden! Die jetzt „bewilligten“ 4,75 Stellen im Sozialressort sind so breit gestreut, dass sie gar nicht mehr auffallen in dieser Riesenbehörde. Aber die „auserwählten“ Abteilungen werden sich natürlich trotzdem über eine gewisse Entlastung freuen.
Was ist „Sozialverträglichkeit“ in der Politik? Wird dabei davon ausgegangen, dass Stellenabbau und Sozialkürzungen nur Menschen treffen, denen das nichts ausmacht? Dann könnten unsere Politiker(innen) die Massenarbeitslosigkeit verbieten und von „Vollfreizeitbeschäftigung“ sprechen. Die Job-Center würden dann konsequenterweise zu „Spaßzentren“, und das ALG II bekäme den charmanten Namen „staatliche Vergnügungszulage“. Wer ein(e) rüstige(r) Mittdreißiger(in) oder jünger ist, sollte das Wort Rente neu überdenken und dann bald vergessen: Es kann ins Nostalgie-Regal gestellt werden zu den „100 Dingen, die es in Zukunft nicht mehr geben wird“.

Wenn es um staatliche Subventionen geht, müssen wir uns darüber wirklich nicht aufregen: Diese Praxis wird einfach auf die „Normalbürger(innen)“ ausgeweitet, und statt einer Ich-AG gibt es eine schöne Ich-Subvention! Ein Haushaltsloch, eleganter: ein Haushaltsdefizit, ist der natürliche Zustand einer Finanzplanung in öffentlicher Hand. Zwischendurch werden die Haushalte immer wieder mal mit Krediten aufgefrischt, frei nach dem Motto: Ich leih mir Geld, um das zuvor geliehene Geld zurückzuzahlen!

Ein Politiker braucht Wahlen wie ein Baby die Windeln, ohne Menschen kann er aber keine Wahl gewinnen. Deshalb sind der Fantasie und der Länge des sinnentleerten Geredes keine Grenzen gesetzt: Hauptsache, der Kandidat kommt in den Medien gut rüber und macht einen weiten Bogen um verfängliche Sachthemen. Die Ausuferung der verdrehten und missverständlichen Formulierungen hat einen simplen Grund: Wir, das Wahlvolk, hören uns das an! Wir lachen diese Phrasenerfinder(innen) nicht aus! Die Volks(ver)treter nehmen wohl an, wenn sie uns mit einer brutal vorgetragenen Wirklichkeit konfrontierten, ginge niemand

mehr zur Wahl. Überraschen wir sie doch einfach: Nutzen wir die Wahlurne und tragen sie damit zu Grabe!

Gudrun Binder (WASG)

Hartz IV dient zum Kranksparen der Sozialversicherungen

1. Das „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ hat festgestellt, dass die **Ausgaben für ALG II und ALG I** im Januar 2007 gegenüber Januar 2006 **um 748 Millionen Euro zurückgegangen** sind. Allein die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen sind um 403 Millionen Euro gesunken. Damit ist der nächste „Sanierungspatient“ vorbestimmt.

Hauptgrund ist die Reduzierung der Beitragsbemessungsgrenze für ALG-II-Betroffene. 205 Euro beträgt diese Pauschale ab 1. Januar 2007, vorher wurden Beiträge auf 400-Euro-Grundlage gezahlt. Die Kranken- und die Pflegeversicherung haben auf den „Hebeeffekt“ für die übrigen Beitragszahler hingewiesen: alle anderen Versicherten in Deutschland!

In den Jahren 2005 und 2006 wurden für jeden ALG-II-Betroffenen 78 Euro monatlich an die Rentenversicherung überwiesen, ab 1. Januar 2007 nur noch 40. Durch den bisherigen Beitrag wurden 4,28 Euro monatlich, ab 1. Januar 2007 2,19 Euro monatlich an Rentenanspruch erworben. Damit ist Altersarmut wahrscheinlicher! Eines der Argumente für die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, die soziale Absicherung der Sozialhilfeempfänger(innen), war wohl nur vorgeschoben!

Wer solch eine geringe Rentenleistung erwirtschaftet hat, bekommt auch die Auswirkungen auf die Berechnung der beitragsfreien Zeiten zu spüren. Hier trifft es wieder überwiegend Frauen mit Erziehungszeiten! Die geringen Beiträge führen zum Absenken des Durchschnitts und damit zu einer geringeren Rente! Gerade für Frauen war die erweiterte Durchschnittsberechnung nach 35 Versicherungsjahren eingeführt worden!

Eine finanzielle Notwendigkeit für diese Sparrunde ist nicht gegeben. Auch hier wird die Ausgabenlast in die Zukunft verlagert! Insgesamt wurden 2006 4,8 Milliarden Euro weniger ausgegeben als im Haushalt eingeplant. Gespart haben alle, die Bundesagentur für Arbeit, die Kommunen und der Bund! Darum Mon-

tagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Am Freitag war das lange vorbereite **Tribunal gegen das „arbeitsmarktpolitische Instrument“ Ein-Euro-Job** in der „Blauen Karawane“. Hier ein parteilicher Auszug aus dem Geschehen rund um den Ein-Euro-Job!

Alle waren gespannt. Als erstes haben Ein-Euro-Arbeitnehmer(innen) ihre eigenen Erfahrungen geschildert, den Arbeitsalltag und die Art der Arbeitssuche. Solche Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse werden per „Eingliederungsvereinbarung“ durch Zuweisung „verschrieben“! Wer sich wehrt, erhält 30 Prozent Sperre, es sei denn, er hat einen wichtigen Grund!

Diese Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse werden alternativlos „verordnet“. Die geschilderten Aufgaben und Arbeitsbereiche sind *echte* Arbeit! Wir haben viele Argumente und Fakten gesammelt, um zu belegen, dass die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechen, sondern normale Arbeitsverhältnisse verdrängen und ersetzen.

Katja Barloschky, Geschäftsführerin der „Bremer Arbeit GmbH“ (BAG), hat dies *ohne* Streitgespräch zugestanden. Die gleiche Einschränkung hat sie schon im Sommer letzten Jahres gemacht. 5.000 Ein-Euro-Jobs sind für den engen Bremer Arbeitsmarkt nicht zuträglich!

Auch Ulf Lange, Geschäftsführer von „Arbeiten für Bremen“ (Bras), räumte sofort ein, dass diese Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse reguläre Arbeit verdrängen. Hier brauchten wir ebenfalls kein Streitgespräch. Herr Lange hat eine sehr interessante Anmerkung gemacht: Ihm sei es egal, ob die Arbeitsstelle als Ein-Euro-Job, Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder „Entgeltvariante“ ausgestaltet ist. Das sollte mensch sich auf der Zunge zergehen lassen!

In der weiteren Diskussion kam immer wieder der Zwang, der Ein-Euro-Job als „Arbeitserprobung“, als Druckmittel zur Sprache. Alternativen und ein Ausblick auf das wirtschaftliche und soziale Umfeld rundeten diese Veranstaltung ab. Die BAG war personell stark vertreten und vereinbarte für den 30. April 2007 eine Aussprache aller Beschäftigungsträger in Bremen über die gewonnenen Erkenntnisse.

Einen Urteilspruch gab es aufgrund der fehlenden Gegenwehr nicht, aber den Beschluss, Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse nur noch auf wirklich freiwilliger Basis zu handhaben, bis zur vollständigen Ersetzung durch auskömmliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse! Auch deshalb sind wir am **15. März 2007** wieder in der **Deputationssitzung für Soziales**. Treffen ist um **9 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**, die Sitzung beginnt um 10 Uhr im Siemenshochhaus. Bitte den Personalausweis mitbringen!

Soweit zu diesem gelungenem Tribunal! Ungeprobt und überraschungsreich war der Verlauf. Für die Ein-Euro-Mitarbeiter ist dies eine Chance, ihre Entlohnung zu hinterfragen. Macht einen Termin bei eurem Fallmanager, fragt ihn, warum dieses Arbeitsverhältnis nicht in der „Entgeltvariante“ angeboten wird, das heißt als sozialversicherungspflichtige Tätigkeit, die nach dem Tarifvertrag TV-L bezahlt

wird. Ihr könnt diese Frage auch gleich schriftlich und als Antrag auf Umwandlung stellen!

Lasst euch nicht ablenken: Herr Lange hat gesagt, dass viele die ABM oder „Entgeltvariante“ abgelehnt hätten, weil netto weniger verdient werde! Das glaube ich nicht. Jeder wird bei diesem Vergleich auch an die soziale Absicherung denken (Rentenversicherung, Lohnfortzahlung, Anspruch auf ALG I (nicht bei ABM), Absicherung bei Arbeitsunfall, Mitbestimmung des Betriebsrates und alle anderen in der Vergangenheit erstrittenen und erstreikten Arbeitnehmerrechte!

Wer die „Entgeltvariante“ bekommt, ist nicht mehr arbeitslos! Nebenverdienste werden nicht angerechnet, Wohngeld kann beantragt werden, Kindergeld wird nicht angerechnet, gemäß Tarifvertrag gibt es Ortszuschlag und Kinderzulage. Diese Frage können die über 700 Ein-Euro-„Arbeiter für Bremen“ und die mindestens 300 Ein-Euro-Arbeitnehmer im angeschlossenen „Netzwerk“ Herrn Lange oder jeden anderen „Netzwerk“-Träger auch direkt fragen! Nur die Befristung auf neun Monate ist noch störend.

Es gibt weitere Schritte und Möglichkeiten, die aber sehr vielfältig sind und vom Einzelfall abhängen. Wir können dies gerne im Detail besprechen, auf der Bremer Montagsdemo oder auch im offenen **Gesprächskreis** der „**Blauen Karawane**“ am **16. März 2006** um **14 Uhr** im **Speicher XI**, Abteilung 4. Wer sich einen Überblick über die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse verschaffen will, findet eine Auflistung auf den Seiten der „Bremer Arbeit GmbH“, genannt werden sie dort „Integrationsjobs“.

Aus den Seiten von „Arbeiten für Bremen“ ergibt sich die praktische Verdrängung der regulären Arbeitsverhältnisse. Dies wird keiner mehr bestreiten wollen! Für Themenneulinge: Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse müssen „zusätzlich“ sein und im „öffentlichen Interesse“ liegen, somit in gemeinnützigen Einrichtungen oder Betrieben angesiedelt sein. In Bremen ist auch ein privater Pflegedienst zugelassen. Ein-Euro-Jobs sind auf sechs Monate befristet, eine Verlängerung um weitere sechs Monate ist möglich.

Ein-Euro-Jobber haben keine Arbeitnehmerrechte und keine Lohnfortzahlung. Sie werden mit einer „Mehraufwandsentschädigung“ von einem Euro je gearbeitete Stunde entlohnt, steuer- und sozialversicherungsfrei! Sie erhöhen dadurch auch nicht den Rentenanspruch! Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse werden dem Beschäftigungsträger mit circa 500 Euro vergütet. Davon erhält der Arbeitnehmer nur ungefähr 120 Euro, eventuell plus Fahrkarte!

Solche Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse werden durch die Bagis zugewiesen. Sie sind Zwangsarbeit und verstoßen damit gegen das Grundgesetz, aber die Klagen haben das Verfassungsgericht bisher noch nicht erreicht! Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse sollen „das letzte Mittel“ sein, doch heute gibt die Bagis ein Drittel aller Gelder für dieses „letzte Mittel“ aus!

Ein-Euro-Arbeitnehmer gelten nicht als arbeitslos. Wenn sie ihre Arbeit ohne „wichtigen Grund“ aufgeben, erhalten sie eine Sperrzeit *ohne* Leistungsbezug! Ein-Euro-Arbeitnehmer unterliegen weiterhin den Vereinbarungen und Auflagen

der Eingliederungsvereinbarung. Sie erhalten somit auch Kostensenkungsaufforderungen für die Räumung ihrer Wohnung, die sie bei regulärer Entlohnung bezahlen könnten! Ein-Euro-Arbeitnehmer sind bei einem Arbeitsunfall mit Dauerschaden auch „Dauerkunden“ im „sozialen Netz“.

Ein-Euro-Arbeitnehmer haben oftmals nur noch diese „Mehraufwandsentschädigung“, weil alle anderen Leistungen gesperrt wurden! Am Ende des Ein-Euro-Arbeitsverhältnisses steht die Fortsetzung der Arbeitslosigkeit zu den bisherigen Rahmenbedingungen: Nur zwei Prozent aller Ein-Euro-Arbeitnehmer(innen) erhalten einen „richtigen“ Arbeitsplatz! Hierzu gibt es ausführliche Gutachten des Bundesrechnungshofes und der IAB der Bundesagentur für Arbeit.

Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse werden bei der Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme mitgerechnet. Dadurch sinken diese erheblich, es kommt nicht mehr zu einer Rentenerhöhung, sondern eigentlich wäre eine Rentensenkung durchzuführen. Für die letzen zwei Jahre wurde eine Rentensenkung jeweils durch ein Gesetz ausgeschlossen, 2007 ist noch offen. Die Minusprozente werden jedoch festgehalten und aufgrund der vorliegenden Rechtslage mit den eventuell anstehenden Rentenerhöhungen verrechnet.

Falls die Rechenformel nicht geändert wird, gibt es aus den vorstehenden Gründen *keine* Rentenerhöhung mehr! An dieser Rentenformel hängen auch alle anderen Sozialleistungen. Somit verhindern die Ein-Euro-Arbeitsplätze auch eine Erhöhung des Regelsatzes für ALG II. Gut ausgedacht durch den Gesetzgeber, oder? Darum geht ALG II jeden an, jeder ist betroffen! Deshalb Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Klassenjustiz: Sechs Monate Haft auf Bewährung und 250 Sozialstunden für „Diebstahl“ eines Brötchens mit Kräuterbutter *(„Gegen Hartz“)*

Die Narren sind los: „Experten“ prognostizieren Rückgang der Arbeitslosigkeit auf drei Millionen *(„Bild“-Zeitung)*

Kirche wacht auf: „Im sozialen Bereich helfen nur Krach und Streit“ *(„Erwerbslosenforum“)*

Störrisch: Müntefering will keine Postbeamten als Fallmanager beschäftigen *(„Computerbild“)*

Nachfrageschwäche: Nur die Mittelschicht schafft Jobs *(„Tageszeitung“)*

Wie bei Hugenberg: Wirtschaftsminister fordert Arbeitspflicht für sozial Schwache *(„Spiegel-Online“)*

Das ganze Jahr über Karneval

Gestern waren wir mit ein paar Bremern beim Braunschweiger Karneval. Insgesamt kamen 250.000 Teilnehmer! Das Motto des Wagens der Montagsdemo lautete: „Die Wissenschaft hat festgestellt, dass Hartz IV Protest enthält!“ Das wurde auch während der Live-Übertragung im Fernsehen nicht ausgeblendet! Aber wer weiß schon, was „Karneval“ eigentlich bedeutet? Lateinisch *carne vale* heißt „Fleisch, lebe wohl!“ So gesehen ist für eine immer größere Zahl von Menschen in Deutschland das ganze Jahr über Karneval!

Nach Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und den ganzen Kürzungsorgien im Sozialbereich ist es jetzt mal wieder „die Umwelt“, mit der die Umverteilung von unten nach oben begründet wird. Wurde bisher die Kfz-Steuer nach Hubraum, also der Größe des Motors bemessen, was natürlich die Besitzer von Nobelkarossen benachteiligt, soll jetzt der Schadstoffausstoß zugrunde gelegt werden. Die „kleinen Stinker“ will man treffen: alte Autos und Kleinwagen. Die Besitzer dieser Vehikel sollen zur Kasse gebeten werden!

Und wer sind die Hauptverursacher des Kohlendioxid-Ausstoßes? Die Energiekonzerne! Man lässt sie ungeschoren, und sie machen Profite ohne Ende! Riesengewinne scheffelte auch Daimler-Chrysler im letzten Jahr: über fünf Milliarden Euro. Aber das reicht nicht, deshalb sollen jetzt 13.000 Mitarbeiter entlassen werden. Kaum wurde das bekannt, schoss die Aktie nach oben! Wann schießen wir diese Profitgeier endlich auf den Mond? Das wäre dann richtig Karneval!

Wolfgang Lange (MLPD)

Sittenwidrig: Müntefering will Mindestlohn unter das Existenzminimum drücken *(„Abacho“)*

„Gebärmaschine“: Große Koalition rekrutiert junge Frauen als „Arbeitskräftereserve für die Industrie“ *(„Spiegel-Online“)*

„Traumjob“: 14 Stunden täglich schuften für 800 Euro *(„Kölnische Rundschau“)*

Selbstmordserie: Lieber tot als Renault *(„Spiegel-Online“)*

Wir planen viele stärkende Aktivitäten in diesem Jahr

Nicht „fleischlos“ und nicht flau, aber nur mit einigen wenigen Karnevalsrequisiten zeigte sich die 122. Montagsdemo in Bremen am 19. Februar 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Es waren mehr Mitstreiter da und auch Besucher aus München und aus Braunschweig, wo Montagsdemonstranten aus dem Norden am sonntäglichen Karnevalsumzug teilgenommen und den Kampf gegen Hartz IV propagiert hatten.

Auf dem Marktplatz und später auf dem Hanseatenhof hielten wir unsere Kundgebungen mit wieder über 40 Teilnehmerer(inne)n ab. Auf dem Hanseatenhof arrangierten wir uns mit der „Bürgerpark-Tombola“ und warben auch für den Erhalt des Bürgerparks durch den Loskauf.

Außerdem warben wir für Spenden, um in Hannover den juristischen Kampf gegen die Provokationen der niedersächsischen Landespolizei führen zu können. Nach Lügen, Totschweigen und Spalten fällt den reaktionären Bürokraten unter Ministerpräsident Wulff nur noch das Kriminalisieren ein, um die „entsetzliche Montagsdemo-Bewegung“ endlich wegzubekommen! Aber daraus wird auch diesmal nichts werden.

Der Bremer Senat packt nichts mehr an, macht lieber „Schiebekuchen“. Die Nichtstuer vom Schlage Eckhoff mag das freuen, können sie doch bis zur Wahl ungesehen und ungehört ihre „Übergangsgelder“ dreist einsacken, und keiner zieht sie zur Verantwortung. Die Herren Böhrnsen und Röwekamp holen sich für ihre Auftritte gleich hohe Prominenz, damit sie nicht vor Lächerlichkeit vom Sockel fallen. Dabei hätte Röwekamp allerlei aufzuarbeiten in Sachen Murat Kurnaz und anderer Machenschaften seines Ressorts!

Die Wut der Rentner steigt, aber sie nehmen – wie sie es gelernt haben – noch alles hin. Die Kinderfreundlichkeit steht in Deutschland „hoch im Kurs“, aber mehr als Luftblasen und „besser investieren“ kommt nicht dabei herum. Bei manchen Veranstaltungen, wo mal ein deutliches Wort notwendig wäre, scheut man den Konflikt mit den hohen Herren: Man könnte ja auch betroffen werden. Nicht zaudern, mitmachen bei der Montagsdemo-Bewegung!

Am 24. Februar 2007 findet die 5. zentrale Delegiertenkonferenz in Kassel statt. Da wird ausgewertet, was im letzten Jahr gelaufen ist und was wir in diesem Jahr machen wollen. Wir wünschen gute Ideen und viel Power!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Kundenfeindlich: Hartz-IV-Betroffene werden schikaniert, bis der Löschzug kommt *(„N-TV“)*

Eklatante Rechtsbrüche: Jobcenter Coburg verlangt von Erwerbslosen Einwilligung in eigene Entrechtung *(„Junge Welt“)*

Keine Sanktion ohne „Eingliederungsvereinbarung“: Gesetz kennt keine Leistungskürzung wegen „Verstoßes gegen Verwaltungsakt“ *(„PR-sozial“)*

Verzicht auf 110 Milliarden Euro Steuern: Die Kosten der Unternehmensteuer-reform werden bei Bildung und im Sozialen eingespart *(„Tageszeitung“)*

Nach dem „Spritzenkurs“ zum Blutabzapfen: Randstad vermittelt Handwerker als Menschen-Klempner *(„Abacho“)*

Deppenagentur zugelassen: Privatunternehmen erhalten künftig Subven-tionen für die Betreuung schwer Vermittelbarer *(„Spiegel-Online“)*

Frankreich schafft Wohnrecht für Obdachlose: Dass arme Menschen von Wohnungsverlust bedroht sind, ist eines modernen Sozialstaates unwürdig *(„Tagesschau“)*

„Asche auf unser Haupt“: Wenn es den Grünen ernst ist mit ihrer Kritik an Hartz IV, sollten sie zur Montagsdemo aufrufen *(„Tageszeitung“)*

„Her mit dem schönen Leben“: 1.000 Frankfurter demonstrieren gegen den Skandal Kapitalismus *(„Indymedia“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

123. Bremer Montagsdemo am 26. 02. 2007

150 Jahre verfestigter Ideologie

1. Die ganze Nation diskutiert neuerdings pausenlos über das vorherrschende Mutterbild, seit Familienministerin von der Leyen gefordert hat, die Krippenplätze massiv auszubauen und ein verpflichtendes Vorschuljahr für Fünfjährige einzurichten! Diese Diskussion lässt die Wogen höher schlagen, wütend überschäumen und manchen Müttern, Bischöfen und CSU-Politikern die Zornesröte ins Gesicht steigen.

Ich kann diese Empörung über die Familienministerin gar nicht nachvollziehen, weil jene Debatte dazu beiträgt, endlich auch bei den Konservativen völlig überkommene Rollenbilder zu überwinden. Hingegen erstaunt mich der eigentümliche Blickwinkel durch die konservative Brille, denn für Einwanderer- und Unterschichtkinder wird eine Vorschulpflicht ganz selbstverständlich willkommen geheißen. Wenn es aber um privilegierte und gebildete Schichten geht – um den eigenen Nachwuchs also –, dann wird dieselbe Vorschulpflicht plötzlich mit großer Entrüstung über einen durch nichts zu rechtfertigenden „Eingriff ins Erziehungsrecht“ bekämpft!

Diese Sicht mit zweierlei Maß brachte auch der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, so wunderbar auf den Punkt: Zum Ausbau der Kinderkrippen befand er, „dass dies für viele Kinder aus nicht intakten Familien die bessere Lösung sein kann“. Gerade in Deutschland scheint es gar nicht so einfach zu sein, 150 Jahre verfestigter Familien- und Bildungsideologie zu überwinden. Heute heißen Kinderkrippen nicht mehr „Bewahranstalten“ und sind von daher auch nicht nur für die Kinder der Armen vorgesehen.

Nach dieser Auffassung müssen die Sprösslinge von Migranten und Angehörigen des „Prekariats“ offenbar zu ihrem Glück gezwungen werden. Was für die einen gut ist an frühkindlicher Förderung, gereicht den anderen zum Nachteil. Diese Annahme setzt noch immer voraus, dass zumindest die Oberschichtkinder am besten bei ihrer Mutter aufgehoben sind und sich niemand in deren Erziehung einmischt. Deswegen erhalten deutsche Eltern auch relativ viel Kindergeld und kaum aushäusige Erziehung für ihre Kinder.

Dieses Modell wurde nach dem Krieg wieder aufgerollt, um bloß keinerlei Erinnerung an die staatlichen Erziehungsprogramme der Nazis aufkommen zu lassen. Doch kann dieses bürgerliche Modell aus dem 19. Jahrhundert nicht mehr den Erfordernissen unseres 21. Jahrhunderts genügen. Es überforderte die Mütter wie auch die Väter, weil Kinder von heute mehr Orientierung in vielen Bereichen benötigen und besonders bei Medienkompetenz und Selbstbehauptung in sozialen Situationen unterstützt werden sollten. Die Kinder müssen hinaus in die Welt und all diese Orientierungen vor allem mit Gleichaltrigen zusammen lernen.

Auch für die Mütter finde ich den Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung dringend erforderlich, damit alle, die es *wollen,* ihr Kind in Obhut geben können, um zu arbeiten, um sich selbst zu verwirklichen, was weiß ich. Dieses Privileg darf nicht immer nur den Wohlhabenden vorbehalten sein! Welchem Kind ist mit Eltern gedient, die ganz unglücklich darüber sind, einen so langen Erziehungsurlaub einlegen zu müssen? Was haben Eltern denn davon, wenn sie das neue Elterngeld beziehen und die 12 bis 14 Monate vorbei sind?

Dann stehen sie dumm da, weil sie sich meist keine private Tagesmutter leisten können. Wer dann zu Hause bleiben *muss,* das ist in den meisten Fällen die Mutter, weil sie fast immer ein Drittel weniger Gehalt nach Hause bringt als der Vater. Tja, *wenn* der Vater *da* ist und/oder zahlt. Wenn nicht, dann müssen Mutter und Kind(er) eben an den Tropf von Hartz IV gehängt werden.

Es geht um Eltern und Kinder, eigentlich – dies aber auch *erst,* seit die Mehrheit der deutschen Ehepaare inzwischen *kinderlos* ist und der Staat Angst davor hat, dass die Deutschen aussterben... deswegen soll ein wenig staatlich gelenkte Menschenproduktion her! Außerdem, wer soll denn alles *kaufen,* wenn die Kaufkraft durch Menschenmangel im Inland fehlt?

Und dann kommt so ein Bischof Mixa daher und geifert Ursula von der Leyen ungewöhnlich scharf an. Dabei bemerkt er seine eigene Projektion nicht, wenn er die Pläne der Familienministerin für kinderfeindlich und ideologisch verblendet hält. Seine Kirchendoktrin mit dem antiquierten Mutterbild – Madonna mit Heiligenschein – ist es doch, die an der Frau als „Gebärmaschine“ festhält, und nicht die Familieministerin!

Der sich als so familienkundig betrachtende Bischof Mixa kommt als einziger auf die obskure Idee, dass staatliche Förderung Mütter dazu verleite, ihre Kinder bereits kurz nach der Geburt in staatliche Obhut zu geben, was sie zur „Gebärmaschine“ degradiere. Weiterhin behauptet er, diese Pläne seien „schädlich für Kinder und Familien und einseitig auf eine aktive Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern fixiert“. Und so ähnlich geht dieser Unsinn weiter.

Dabei will Frau von der Leyen den Müttern lediglich mehr Wahlmöglichkeiten schaffen: Sie beabsichtigt, die Zahl der Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 auf rund 750.000 zu verdreifachen. Dann könnten bundesweit etwa 35 Prozent dieser Mädchen und Jungen in Kitas oder von Tagesmüttern betreut werden. Die Zusatzkosten beziffert sie auf jährlich drei Milliarden Euro. Zufriedene Mütter haben meist auch zufriedenere Kinder als unzufriedene Mütter.

Vorzuwerfen wäre ihr nur die unsoziale Förderung der Elternschaft bei den Besserverdienenden, wobei gleichzeitig Eltern mit niedrigem Einkommen benachteiligt werden und jetzt schlechter dastehen als zu Zeiten des Erziehungsgeldes. Dass der SPD-Chef Kurt Beck den Bischof Mixa mit einem kastrierten Kater vergleicht, ist zwar nicht nett, aber doch nachvollziehbar!

2. Dabei werden uns diese Kasperletheateraufführungen in der Politik nur dargeboten, um nicht die wirklichen Skandale und Probleme angehen zu müssen! Ebenso wie in naher Zukunft Glühbirnen verboten werden sollen, weil durch sie so viel Kohlendioxid in die Luft abgegeben werde. An die eigentlichen CO_2-Dreckschleudern wagt sich kaum jemand heran, mit entsprechenden Forderungen an die Autoindustrie.

Gestern kam es in den Nachrichten, dass die Schere sich weiter geöffnet, die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird! 15 Prozent der EU-Bevölkerung, also etwa 72 Millionen Bürger, leben mit einem Armutsrisiko, und weitere 36 Millionen sind gefährdet. 12 dieser 72 Millionen Europäer sind Ältere. Allerdings krebsen sich auch viele Alleinstehende unter 30 Jahren mehr schlecht als recht irgendwie durch.

Wenn inzwischen fast jeder fünfte Jugendliche mit einem Armutsrisiko aufwächst, dann kommt dieser skandalöse Zustand einer politischen Zeitbombe mit einem riesigen und berechtigten Wutpotential gleich. Unsere Politiker haben volle Kanne versagt! Bei denjenigen, die dauerhaft von der Gesellschaft ausgeschlossen sind, wachsen psychische Probleme und Stress. Infolgedessen ist es kaum verwunderlich, dass Alkoholmissbrauch, Drogenkonsum und unsoziales Verhalten um sich greifen, um all das überhaupt aushalten zu können!

3. In der letzten Woche habe ich eine Ausstellungseröffnung mit dem Titel „Gesichter der Armut“ in der „Friedensgemeinde“ in der Humboldtstraße besucht. Die Ausstellung von Nadja Plothe ist für ein ahnungsloses Publikum gut und informativ gestaltet und auch voller Mitgefühl mit den Interviewten, was angenehmerweise nie in Mitleid umschwingt.

Der Kirchenmann hat seine Sache ebenso lobenswert ausgeführt. Lediglich der Staatsrat Schuster zeichnete sich durch das Herumeiern in blubbernden Worthülsen aus, auf die aber glücklicherweise Zwischenrufe erfolgten, wenn er es gar zu arg trieb!

Als ich von ihm wissen wollte, was seine Behörde konkret gegen die *Armut in Bremen* zu tun gedenkt, ob auch ALG-II-Bezieher-Kinder einen Kindergartenplatz bezahlt bekommen werden und ob Karin Röpke jetzt auch ALG I beziehe, habe ich ihn aus dem schlichten Konzept und hoffentlich aus der Fassung gebracht.

Elisabeth Graf (parteilos)

Karriere: Vom Individualterroristen zum Gesinnungshäftling *(„Spiegel-Online“)*

Schmusekurs: Obwohl der Wirtschaftsminister Arbeitspflicht und Rente mit 70 fordert, leisten die Gewerkschaften kaum Widerstand *(„Erwerbslosenforum“)*

Staatsfernsehen: Öffentlich-rechtliche Sender informieren nicht über die Arbeitsagentur, sondern betreiben Schleichwerbung *(„Erwerbslosenforum“)*

Unsinn in Potenz: Verfasser eines kämpferischen Aufrufes soll „bis ans Ende seines Lebens hinter Schloss und Riegel bleiben“ *(„Spiegel-Online“)*

Wer über Leichen geht, darf nicht Bürgermeister werden!

1. Über **Murat Kurnaz** und das gravierende, unmenschliche Fehlverhalten der deutschen Regierung werden die Diskussionen immer makaberer. Es geht in dieser schrecklichen Sache um nicht um weniger, als dass ein als unschuldig erklärter junger Mensch von der deutschen Regierung im Stich gelassen wird, womit sie ihren Auftrag nicht erfüllt. Mir fällt in diesem Zusammenhang die gruselige Redensart „ein bisschen tot“ ein.

So hat man anscheinend die Folterzeit in Guantánamo als eine kleine „gerechte Strafe“ verstanden, die ihm gar nichts schadet, wenn er sich so unbedacht verhält. Es hätte unserer Regierung 2002 nur ein Fingerschnippen gekostet, ihm die Verlängerung seiner Qualen zu ersparen, die er, wie gesagt, unschuldig ertragen musste.

Die Idee mehrerer Flüchtlingsorganisationen, einen Aktionstag in Berlin vor dem Brandenburger Tor unter dem Motto „Flüchtlinge werden sitzen gelassen“ zu veranstalten, finde ich toll, durchaus passend und dringend nötig. Eine Aktion in Bremen auf dem Marktplatz in Anlehnung daran müsste heißen „Hier werden Flüchtlinge hängen gelassen“, von Innensenator **Röwekamp** – im wahrsten Sinne des Wortes!

Herr Röwekamp ist verantwortlich für den Tod von mindestens drei Menschen, und er ist mitverantwortlich für die lange „Abwesenheit“ von Murat Kurnaz. Er ist verantwortlich für die superteure, inszenierte „Polizei-Show“ am 4. November 2006 in Gröpelingen. Dieser Mann, der sich anscheinend als Herrscher über Leben und Tod sieht, darf auf keinen Fall Bürgermeister werden!

2. Schwarzfahrer(innen) müssen in den Knast – denn sie sind hochgradig kriminell und eine Gefahr für die Öffentlichkeit und Allgemeinheit! *So* werden sie jedenfalls behandelt. Schwarzfahren ist ein Delikt, das in Zukunft vermehrt auftreten wird: Für 11,63 Euro monatlich kann einfach niemand mobil sein oder bleiben, der von ALG II mühselig überleben muss! Wer also die teuren Fahrscheine nicht bezahlen kann, wird erst recht nicht die Strafe zahlen können, die ihm aufgedrückt wird, falls er erwischt wird. Das ist ganz logisch, oder?

Sind also die Schwarzfahrer(innen) nicht in der Lage, sich freizukaufen, dann gibt es noch die Möglichkeit, die Strafe „abzusitzen“. Dabei kann die Variante in Anspruch genommen werden, unentgeltlich die Strafe durch Arbeit abzuleisten. Wenn ich davon ausgehe, dass es bei der Verurteilung wegen „Beförderungserschleichung im Wiederholungsfall“ um die ausstehende Zahlung der Fahrscheine, der Geldstrafen dafür und der Gerichtskosten geht und dies einem Arbeitseinsatz von 578 Arbeitsstunden entspricht, dann wünsche ich mir diese Variante als Bestrafung für Ackermann und Hartz! Sie tun dann endlich etwas Sinnvolles für die Allgemeinheit und können in diesem Leben keinen Schaden mehr anrichten – aufgrund der Höhe von ein paar Millionen!

Die **Bremer Straßenbahn AG**, bei der frau sich auf eine regelmäßige jährliche Fahrpreiserhöhung verlassen kann, hat für das angeblich zusätzliche Bereitstellen von Fahrzeugen in der Nacht einen Zuschlag von einem Euro eingeführt. Sie spricht dabei ganz frech von „zusätzlich“. Letzten Samstag bin ich um 23:30 Uhr in eine fahrplanmäßige Straßenbahn eingestiegen und musste erfahren, dass ab 23 Uhr der „Nachtzuschlag“ zu zahlen sei. Für mich und viele andere Fahrgäste ist 23 Uhr „später Abend“, und das ganz besonders am Wochenende. Zu dieser Zeit fahren noch keine „zusätzlichen“ Busse und Bahnen!

Wenn die BSAG damit wirbt, junge Menschen gut und sicher die ganze Nacht nach Hause zu fahren, darf sie sich nicht auf Kosten dieser jungen Menschen bereichern! Der unverschämt hohe Nachtzuschlag von einem Euro ist somit leider als zusätzliche Geldeinnahmequelle und nicht als verbesserter Service anzusehen. Menschen, die sich Fahrscheine nicht mehr leisten können, aber regelmäßig bei der Bagis antanzen sollen, müssen das Fahrgeld gerechterweise von dieser Behörde erstattet bekommen, sonst *müssen* sie einfach schwarzfahren.

Besser und sinnvoller wäre es allerdings, die BSAG würde endlich die **Sozialkarte** für alle „arm gemachten“ Menschen einführen, damit diese auch wieder mobil sind. Die Kosten für die Sozialkarte müsste dann auch die Bagis übernehmen. Wir hören und lesen immer wieder, dass Bremen überdurchschnittlich viel Geld in die Sozialbereich steckt. Wo bleibt es denn? Lassen wir dieses viele Geld doch endlich mal bei den richtigen Menschen ankommen!

3. Der Wahlkampf hat begonnen! Und unsere Politiker sollten beginnen zu denken! Warum will sich Bremen seine Selbständigkeit bewahren, wenn es selbstän-

dig nicht entscheiden will, dass die *rechte Spalte* der **Mietobergrenzen**-Tabelle in Bremen angewendet werden *muss?* Warum versteckt sich die Freie Hansestadt so feige hinter Berlin und sagt die Unwahrheit? Für die willkürlich angewandte Obergrenze für Mieten kann in unserer Freien Hansestadt kein entsprechender Wohnraum gemietet werden – er ist einfach nicht vorhanden!

Das ist nun zum x-ten Mal von den unterschiedlichsten Stellen festgestellt worden. Auch die Freie Hansestadt Bremen hat sich diese Feststellung viel Geld kosten lassen, das sie vernünftigerweise schon in die Übernahme der Wohnungskosten hätte investieren sollen, statt es zum Fenster hinauszuwerfen. Wenn Bremen sich selbständig dafür entscheidet, die „falsche“ Obergrenze zu benutzen, dann muss frau davon ausgehen, dass es den Politikern völlig wurscht ist, was ein(e) ALG-II-Empfänger(in) empfindet und wie es sich anfühlen muss, eine Auflage, die unmöglich zu erfüllen ist, nicht ausführen zu können und dann noch erheblich dafür bestraft zu werden.

Fiskalische Gründe gibt es für diese menschenunwürdige Maßnahme nicht! Wenn Bremen mit den Kosten im Sozialbereich im Vergleich zu anderen Städten mit an der Spitze liegt und trotzdem gerade hier auf Biegen und Brechen eingespart wird, dann läuft doch etwas oberfaul bei der Verteilung der Gelder. Wo fließen sie hin?

Die Aufforderung, sich mit seinem Vermieter über die Höhe der Miete für die Wohnung zu unterhalten, kann frau nur als weltfremd ansehen: Als Meldung am 1. April bekanntgegeben, hätten wir schallend über diesen Scherz gelacht. Es ist eine nicht ernstzunehmende Aufforderung! Die willkürlichen Obergrenzen für Wohnungs- und Heizungskosten können jederzeit von den Volks(ver)tretern „willkürlich“ nach oben berichtigt werden, sodass sie den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen.

Wenn **die zum Umzug aufgeforderten Menschen** selbstverständlich weiter in ihren Wohnungen leben wollen und das fehlende Geld aus ihrer eigenen kleinen Tasche bezahlen, dann ist dies ein Kunststück, das sich unsere Bremer Politiker(innen) mal zeigen lassen sollten, damit sie mit dem *vielen* Geld, das ihnen zur Verfügung steht, zu wirtschaften lernen! Ein verantwortungsvoller Mensch versucht, so wenig Schulden wie nötig zu machen, weil er sie ja auch wieder zurückzahlen muss.

Das ist bei unseren Politiker(innen) ganz anders: Bei den amtierenden Volks(ver)tretern scheint die Meinung vorzuherrschen, wer das Geld, das ihm gar nicht gehört, am sinn- und verantwortungslosesten ausgibt, hat gewonnen und geht als größter Verschwender der Amtsperiode in die Annalen der Freien Hansestadt ein. Der Wahlkampf hat begonnen, und es kommt auf jede Stimme an! Aufpassen! Auch – gequälte und unterdrückte – Arbeitslose haben eine Stimme!

4. In Deutschland gibt es momentan über 60 Demos jeden Montag. Auf der **5. Bundeskonferenz** in Kassel in der vergangenen Woche wurde von etlichen Delegierten berichtet, dass sie – ähnlich wie wir – auf ihren Demos wahrgenommen haben, dass viele neue, unbekannte Gesichter auftauchen und zahlreiche Menschen während der Kundgebungen stehenbleiben, zuhören und nach geraumer Zeit weitergehen. Dann kommen andere Menschen dazu, die es ebenso machen. Es ist also ein größeres Interesse an ehrlicher Aufklärung aus den unterschiedlichsten Gründen bei der Bevölkerung vorhanden. Hartz IV kommt immer näher an jede(n) Einzelne(n) heran! Aber betroffen sind wir *alle* – wie wir schon lange wissen!

Es wurde einheitlich betont, dass für die von Staats wegen verarmten Menschen vor Ort freies Fahren mit Bus und Bahn und freier Eintritt zu Kulturveranstaltungen mit Nachdruck gefordert werden muss. Unser Bremer Theater am Goetheplatz geht da mit gutem Beispiel voran und bietet jeder und jedem ALG-II-Bezieher(in) pro Spielzeit zwei Freikarten an. Unsere Bäder machen zu diesem Thema gerade Negativschlagzeilen und erhöhen die Eintrittspreise wieder.

Die Delegierten waren sich darin einig, dass die Montagsdemos deutschlandweit das soziale Gewissen sind und auch bleiben werden, bis Hartz IV und die Folgeerscheinungen wieder verschwunden sind. Wir werden weiter gemeinsam dafür kämpfen und demonstrieren!

In Ulm führt die Montagsdemo zusammen mit der Gewerkschaft eine Kundgebung zum 1. Mai durch: Ein guter Anfang, über den sich alle Delegierten erfreut zeigten. Parallel zu den regelmäßigen Demos auf der Straße müssen mehr Streiks in den Betrieben stattfinden. Es darf nicht zu einer Spaltung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen – sie sind unschuldig zur verarmenden Untätigkeit verdammt – kommen.

Aus Hannover war die Ehefrau des angeklagten **Kurt Kleffel** gekommen. Sie bedankte sich bei allen, die der hannoverschen Montagsdemo Mut zugesprochen und Solidaritätsbekundungen geschickt haben. Diese willkürliche und beschämende Aktion auf Wunsch der Landesregierung hat die aktiven Montagsdemonstrant(inn)en zusammengeschweißt und das Wir-Gefühl gestärkt.

Der **Verhandlungstermin** in Sachen Kleffel ist auf **Montag**, den **12. März 2007** um **9:30 Uhr** beim **Amtsgericht Hannover**, Volgersweg 1 (Nähe Hauptbahnhof), festgesetzt worden. Ein Schelm, wer sich bei der Festlegung dieses Termins etwas denkt! Ich denke, wir sollten trotzdem so zahlreich wie möglich mit Tagestickets nach Hannover fahren, um an der dortigen Verhandlung „demonstrativ“ teilzunehmen!

Gudrun Binder (WASG)

Börsencrash: Kurssturz in Shanghai lässt weltweit die Anleger zittern *(„Spiegel-Online“)*

Ich nenne ihn mal „Atom-Glos“

Ein lieber bayerischer Freund hat eine geniale Idee: Angela Merkels Wirtschaftsminister von der CSU will die Klimakrise ausgerechnet mit noch mehr Kernenergie lösen! Ob diese Idee nun wirklich genial oder einfach nur schizophren ist, ficht ihn nicht an. Dazu am Schluss eine kurze Bemerkung: Michael Glos hat noch eine weitere Idee. Der gestrige „Kurier am Sonntag“ wusste zu berichten, dass Glos laut „Spiegel“ für Hartz-IV-Bezieher die Arbeitspflicht einführen wolle.

Als ob es die nicht längst gäbe, schwadroniert der Mann mit den markant-bayerischen Gesichtszügen munter drauflos, es müsse das Ziel für jeden sein, sein Einkommen mit einem regulären Job „am Markt“ zu verdienen. Er erhoffe sich davon, dass niedrig bezahlte Tätigkeiten wieder „attraktiver“ würden. Bislang gebe der Staat jedem ein „Garantieeinkommen“ (?), für das er nichts zu tun brauche. Wo lebt dieser Mann eigentlich?

Herr Glos, wenn Sie selbst mal in den Käse hineinriechen und -beißen müssten, den Lustreisen-Hartz, Hassprediger Clement und Ex-Autokanzler Schröder produziert haben, dann würden Sie merken, dass der Schrecken schon mit dem Beantragungsformular für die lumpigen 345 Euro losgeht. Und Ihre schöne Hütte in den Bayerischen Alpen oder am Starnberger See müssten Sie auch verbraten – sonst gibt’s kein Geld. Und wenn dann Ihre popelige Münchener Mietwohnung zu teuer ist, dann müssten Sie „die Miete senken“ oder ausziehen.

Weiter geht es mit dem stressigen Zwang, jeden Monat eine Menge nutzloser Bewerbungen schreiben zu müssen. Und mit Sanktionen würden Sie bestraft, wenn Sie den miesen Job nicht annehmen, den Ihnen eventuell die Arge „anbietet“. Also, Arbeit und Mühe hätten Sie schon ohne Arbeit genug! Ich bin mal gespannt, wie Ihnen eine „zusätzliche“ Tätigkeit zum Hungerlohn schmecken würde, den Sie jetzt unter anderem mit den Kombilöhnen anpreisen.

Sie würden eventuell in einem Münchener Park oder auf einem Friedhof Laub fegen müssen, weil so etwas „im öffentlichen Interesse“ ist. Sie wissen doch, dass es den von Ihnen gepriesenen „Arbeitsmarkt“ in Wahrheit gar nicht gibt. Den Promi-Arzt im Münchener Nobelviertel könnten Sie auch nicht mehr aufsuchen, wenn Ihnen vom ganzen Elend schlecht geworden ist. Die AOK, in die Sie wahrscheinlich wechseln müssten, bezahlt den superteuren Arztbesuch natürlich nicht!

Es käme also eine Menge Ungemach auf Sie zu, und ich kann mir auch vorstellen, warum Sie gerade jetzt den Arbeitszwang erneut verkündet haben. Interessant ist nämlich, dass einige Konzernchefs in letzter Zeit verstärkt am sogenannten „Reform“-Tempo der Bundesregierung herummäkeln, was ebenfalls im

„Kurier am Sonntag“ vom 25. Februar 2007 nachzulesen ist. Ihre groteske Idee, dem drohenden Klimakoller mit einem weiteren Klimakiller zu begegnen, kommt ja auch nicht von ungefähr! Damit ist völlig klar, woher der Wind auch diesmal weht.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Umschulung mit 50: Müntefering fordert Bereitschaft zum „Jobwechsel im Alter“ *(„Spiegel-Online“)*

Boomerang: Dauereinsatz von Praktikanten schadet Unternehmensimage und Betriebsklima *(„Spiegel-Online“)*

Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich: Telekom lagert 55.000 Stellen aus *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Mitarbeiter demonstrieren: Sozialamt wie Wirtschaftsunternehmen geführt, Menschen zu „Kunden“ und Hilfsmaßnahmen zu „Produkten“ gemacht *(„Weser-Kurier“)*

Mitarbeiter, klagt euch ein!

1. ALG II werde teurer als urprünglich geplant: Nur so kann Sozialsenatorin Rosenkötter nagtive Stimmung gegen die Betroffenen machen. Auch der Bremer Rechnungshof hat festgestellt, dass der Haushaltsansatz falsch ist, weil er nicht berichtigt wurde, obwohl bereits bei der Aufstellung klar war, dass dieser Betrag nicht reicht! Sogar um 50 Prozent werden die „angemessenen“ Mietobergrenzen überschritten – letztlich ist dies den *zu niedrigen* **Mietobergrenzen** zuzuschreiben!

Die Entscheidung von Staatsrat Schuster, „nur die Bescheide“ müssten sachlich richtig sein, ist nicht hinnehmbar: *Jedes* Schreiben der Bagis, das Verschlechterungen ankündigt, verursacht Betroffenheit. Seitens der Behörde heißt es hinterher: „Dies war kein Bescheid, aber wir bleiben dabei! Widerspruch ist nicht möglich.“ Dieses Pingpongspiel mit der Betroffenheit muss mensch sich nicht gefallen lassen: Klage ist möglich und leider wohl auch nötig!

Wer betroffen ist und sich so fühlt, sollte Rechtssicherheit einfordern, denn es kann keine senatorische Dienststelle einer nachgeordneten Dienststelle erlau-

ben, fehlerhafte Briefe in Serie zu erstellen! Bis der Sachverstand gesichert ist, hat jegliche einschränkende Entscheidung zulasten der Kunden zu unterbleiben! Wenn Frau Rosenkötter Rechtssicherheit hergestellt hat, kann neu entschieden werden!

Die Bagis ist ja nicht unvorhergesehen in diese desolate Lage gekommen. Es ist ihr gegangen wie der Arge in Bremerhaven: Erheblicher Personalwechsel führt zu erheblichem Fehlverhalten! Dazu kommt noch dieser Druck auf die Sachbearbeiter(innen). Bei der Arge in Bremerhaven laufen zu Jahresende 74 **Arbeitsverträge** aus. Wenn sie verlängert werden, entstehen unbefristete Arbeitsverhältnisse. Dies ist nicht gewünscht! Aber 74 Mitarbeiter sind ein Drittel der Belegschaft!

Wer hat die Arge nur in diese Schieflage gebracht? Die Rahmenbedingungen für befristete Arbeitsverhältnisse sind bereits seit langem bekannt. In Bremerhaven wird nun über „Schleichwege“ nachgedacht! Aber selbst die Gründung einer Zeitarbeitsfirma und Rückverleih würde ein durch die betroffenen Mitarbeiter einklagbares Arbeitsverhältnis schaffen. Darum mein Rat an die Betroffenen, diesmal die Mitarbeiter(innen): Klagt euch ein! Wir wollen endlich eine *wissende* Sachbearbeitung!

In Bremen sind die Verträge einfach ausgelaufen. Die Neuen sind von keiner Sachkenntnis getrübt und werden über die Durchschnittskosten pro Fall beziehungsweise „Kunde“ auf Kurs gebracht. Der Staatsrat plädiert für Narrenfreiheit und stellt Unfähigkeit und Fehlentscheidungen als „normal“ hin: Die können’s nicht besser! So mögen es die Sachbearbeiter(innen) überhaupt nicht! Auch diese Menschen haben ein Recht auf Arbeitseinweisung und Ausbildung!

Inzwischen wird auch die Darstellung des Herrn Schuster bestritten: Das angebliche Fehlverhalten basiert auf den Anweisungen aus der Dienststelle des Staatsrats! Auch die angeblich unbekannten Briefe wurden dort entworfen und verbindlich vorgeschrieben! Pfui Schuster! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. „Kostenloses Mittagessen in den Kitas“ – hört sich gut an, wäre auch gut! Aber die Kinderkrippen- oder -gartenplätze werden nur an Eltern mit Arbeitsplatz vergeben. Erwerbslose, Asylbewerber, ALG-II-Betroffene habe keinen Anspruch darauf! Sie könnten sich diese auch nicht leisten. Somit erreicht die Speisung auch nicht die Ärmsten der Armen. Die Hauptforderung bleibt eine beitragsfreie **Kinderkrippe**! Das letzte Jahr vor der Einschulung im Kindergarten würde vieles für die Schule einfacher machen, aber besonders die Kinder würden davon profitieren! Statt Armenspeisung wäre die Anhebung des Regelsatzes wünschenswert!

In Paris wurde eine Krippe eröffnet, für Kinder unter drei Jahren, mit reichlich Platz, in bester Bürolage. Es gibt 60 Kinder, 20 Betreuer(innen), einen Kinderarzt und einen Physiotherapeuten als Teilzeitkräfte mit 20 Prozent, aber der Betriebsrat ist damit unzufrieden! Warum? Es handelt sich um die Kinderkrippe eines großen Unternehmens. 60 bis 80 Prozent der Kosten für Einrichtung und Un-

terhalt trägt der Staat. Der Konzern bestimmt, welche Mitarbeiter(innen) dort ihre Kinder unterbringen dürfen. Die Kinderkrippe ist für die Eltern kostenlos.

Der Betriebsrat möchte gerne einen Krippenplatz für *jedes* Kleinkind einer Mitarbeiterin, aber dies ist dem Unternehmen zu teuer! Nur wer dem Unternehmen einen entsprechenden Nutzen bringt, darf sein Kind dort unterbringen. Die Öffnungszeiten werden den betrieblichen Erfordernissen angepasst: Anruf genügt, auch kurzfristig! Es fällt keine Konferenz mehr aus, die Mutter arbeitet viel entspannter! Ein Umweg ist auch nicht mehr erforderlich. Traurig ist, dass selbst bei bis zu 80 Prozent staatlicher Förderung eine Ungleichbehandlung im Betrieb bestehen bleibt! Wobei auch die restlichen 20 Prozent gewinnmindernd sind.

3. Solidarität erfahren und leben wir auf der Bremer Montagsdemo und im Verein „Sozialer Lebensbund“. Wer mit einen Problem belastet ist und sich helfen lassen will, Unterstützung möchte: hier geht’s. Allein geht vieles, gemeinsam geht vieles besser! Allein zur Bagis oder Arge zu gehen, das muss nicht sein: Gemäß SGB X § 13 Absatz 4 kann zu jedem Gespräch eine **Begleitung** mitgenommen werden. Mitgehen bedeutet im Wesentlichem eine moralische Unterstützung; das Gespräch verläuft sowieso anders als allein, und es ist beweisbar! Die Begleitung kann aus dem Familien- oder Freundeskreis oder aus unseren Reihen kommen.

Wer mitgehen will, aber unsicher ist: Lass uns drüber reden! Wer auf der Montagsdemo die Moderation macht, ist „im Bilde“. Oder einfach den Nachbarn fragen, wir kennen uns. Ein großer Wunsch ist noch nicht in Erfüllung gegangen: Wir möchten auch gerne einmal die Mitleser im Netz kennenlernen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die **Galopprennbahn** in Bremen erhält Steuergelder. Sie wurden gekürzt, von gut einer Million Euro 2006 auf 440.000 für dieses Jahr. Nun wurde das interessanteste Rennen 2007 nach Köln ausgeliehen, weil die Finanzierung „nicht gesichert“ war. 2006 wurden zehn Rennen mit 33.000 Besuchern durchgeführt, dabei hat eine Steigerung stattgefunden. Soweit unser „täglich-glücklich“-Blatt.

Aber die Rennbahn hat noch weitere Förderung erhalten: Eine Trainingsbahn wurde gebaut, in Vollförderung und extraweit weg! Die Verwertung als Bauland wurde nicht einmal gesichert. Im Gespräch oder in Planung war die gesamte Verlegung dorthin, wo jetzt die Trainingbahn ist. Diese Option besteht weiterhin, aber es wurde direkt an der Rennbahn ein Hotel gebaut, natürlich mit der vollen Förderung, die Prozente sind Verschlusssache!

Wie üblich wurden dem Hotelbetreiber sicherlich die Renntage zugesagt. Die Verleihung nach Köln schafft in Bremen keine Übernachtungen. Es gibt einen Renntag weniger, da werden wir sicherlich über die Schadenersatzansprüche des Hotels hören. Personal kostet auch Geld! Hierzu „täglich glücklich“ vom 25. Februar 2007.

Frau Rosenkötter hat Matthias Gruhl von einem Teil seiner Verantwortung befreit, einvernehmlich! Herr Gruhl hat dazu erklärt, dies sei kein Schuldanerkenntnis, außerdem behalte er seine Funktion als Abteilungsleiter im Gesundheitsressort. Natürlich wurde er auch nicht von seinem Gehalt befreit, oder? Mit dieser einvernehmlichen Lösung ist keinem gedient – oder wird so die Gegenwehr von Herrn Gruhl unnötig gemacht? Wer würde sonst belastet werden?

In dem Artikel wurde auch erwähnt, dass die Geschäftsführung der **Kliniken** einer saftigen Erfolgspauschale entgegensieht, wenn noch 50.000 Euro eingespart werden! Wieso sind diese Zielvorgaben so abgefasst und werden nicht geändert? Für die Klinikmitarbeiter ist dies eine schwer zu ertragende Verhöhnung: Sie sind die Geschröpften! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Der „Spiegel“ hat wieder einmal den Flick am Wickel. Wir entsinnen uns: Vor einiger Zeit, noch vor der Kohlfahrt mit den gefüllten Koffern, hatten wir die Flickaffäre! Diese neue Geschichte ist nun eine **Finanzamtsmisere**. Herr Flick hat vor zehn Jahren eine Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung gemacht und 150 Millionen Mark an die Landeskasse oder das Finanzamt überwiesen. Bei solch einer Selbstanzeige wird die Art der Verfehlung genannt und, um Säumniszuschläge zu sparen, die voraussichtliche Steuerschuld überwiesen. Dadurch wird einer Prüfung der Steuerfahndung vorgebeugt, und es ist keine Bestrafung wegen Steuerhinterziehung mehr möglich!

Diese Selbstanzeige wurde aber nicht oder nicht ausreichend bearbeitet, und nun ist sie verjährt. Das Finanzamt hat sich mit den Erben geeinigt und 70 Millionen Euro überwiesen, steuerfrei, oder? Wie dies passieren konnte? Fest steht nur, wer dies bezahlen muss: der Steuer-, genauer gesagt: der *Lohn*steuerzahler! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Am 28. Februar 2005 habe ich über die erfolgreichen Zöllner und ihre frustrierende Erfahrung berichtet, am 27. März 2006 über den immer noch nicht geänderten Vorsteuerabzug gesprochen („Banküberfall überflüssig“) und am 30. Oktober 2006 darauf hingewiesen, dass der Staat auch durch nicht verwirklichte Steuereinnahmen leere Kassen erreicht.

Hans-Dieter Binder (WASG)

Sparkurs muss umgesetzt werden: Dem Behördenleiter stellt sich nicht die Frage, ob er etwas falsch gemacht hat *(„Tageszeitung“)*

„Wie beim Schlachter“: Karin Röpke schiebt die Schuld an ihrem Versagen auf die Lügenberichte der Untergebenen *(„Weser-Kurier“)*

Ein Leuchten in den Augen – wir wollen zur Demo nach Berlin!

Wir lassen uns nicht provozieren! Weder vom Regen, der uns heute – bei der 123. Montagsdemo in Bremen am 26. Februar 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz – unter die Bürgerschaftsarkaden zwang, noch von den Äußerungen des Wirtschaftsministers Glos zur „Arbeitspflicht“ für Hartz-IV-Betroffene oder eine Rente erst jenseits der 67, 68, 69... Der hochgelobte „Aufschwung“ geht doch schon wieder in den Sinkflug über: Das „Verbrauchervertrauen“ sinkt, die Mehrwertsteuererhöhung macht sich bemerkbar. Die Unternehmerverbände fordern verschärfte „Reformen“ für sich. Da können dem Glos doch nur die Knie zittern!

Die Großkonzerne brauchen mehr Geld für ihre gegenseitigen Vernichtungsschlachten. Das soll die Politik aus dem Volk pressen, zu immer geringeren Kosten, darum „Power 8“ bei Airbus und anderswo. In Frankreich wurde gleich gestreikt! Die Kollegen hier bei Airbus diskutieren noch, aber die Stimmung beginnt zu brodeln. Dass solche Kämpfe offen ausbrechen, davor hat die Regierung Angst. Das spürt man bei den Äußerungen von Glos!

Genau in diese Stimmung platzierte die bundesweite Montagsdemobewegung ihre 5. zentrale Delegiertenkonferenz. Am **13. Oktober 2007** ruft sie erneut auf zum **Sternmarsch** gegen die Regierung in **Berlin**. Wir sind wach, wir lassen uns nicht provozieren und setzen uns ein für eine aktive breite Einheit von Arbeitenden und Arbeitslosen gegen jede Regierung, die an den Hartz-Gesetzen festhalten will! Hierzu wurde ein Kurzbericht mit der Abschlusserklärung der Konferenz vorgetragen.

Dann kamen wieder konkrete Probleme bei der „Bagis“, der Bremer Arbeitsgemeinschaft, und die Verplemperung von Geldern der Bürger in Gutachten und Verwaltungsakten fast aller Behörden zur Sprache. Der Mieter soll mit seinem Vermieter über die „Verringerung“ seiner Miete reden, wenn diese über dem von den Bremer Behörden willkürlich festgesetzten Wert liegt. Wo leben die Damen und Herren Rosenkötter und Schuster eigentlich?

Die Geldverschleuderer jedenfalls sind hilflos und arrogant wie nichts. So hat es Bürgerschaftspräsident Weber noch nicht für nötig befunden, mal mit dem

„Oberabkassierer“ Eckhoff zu sprechen, ob es nicht angemessen wäre, auf seine ungerechtfertigten Übergangsgelder zu verzichten und diese zurückzugeben. Der ganze Senat und die oberen Verwaltungsebenen wären doch mit einem Fünftel ihrer Bezüge noch zu hoch bezahlt!

Die Ideen von Frau von der Leyen und die „Gegenargumente“ des „kastrierten Katers“ aus dem „Papstreich“ kamen ebenfalls zur Sprache. Auch wenn wir heute wohl nur um die 25 Personen waren, so war die Stimmung gut! Als zwei von uns in der letzten Woche bei zwei Mitstreitern einen Krankenbesuch machten und sahen, dass auf beide eine schwere Zeit zukommt, da kam ein Leuchten in den Augen auf: Wir wollen noch mal zur Demo nach Berlin! – Hoffen wir, dass alle, die wollen und können, am 13. Oktober 2007 dabei sind!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Streik: Airbus-Mitarbeiter in Varel lassen sich nicht für dumm verkaufen *(„Spiegel-Online“)*

Massive Einbußen: Vier von zehn Zugängen in Altersrente erfolgen mit Abschlägen *(„Nachdenkseiten“)*

Verfassungswidrig: Jobcenter Coburg verlangt Unterzeichnung eines Grundrechtsverzichts als Voraussetzung für den Antrag auf ALG II *(„Telepolis“)*

Schikane: Arge Rhein-Sieg behindert Berufsrückkehr einer 47-Jährigen *(„Kölner Stadt-Anzeiger“)*

Abzocke: ARD und ZDF treiben von Langzeitarbeitslosen hunderte Millionen Euro Rundfunkgebühren ein, obwohl diese nicht zahlen müssten *(„FR-Online“)*

Und das kriegen wir für die Gebühren zu hören: „Bierdosen sind doch Hartz-IV-Stelzen!“ *(„Spiegel-Online“)*

Jedes zehnte Hortkind in Berlin hungert: Hartz-IV-Bezieher können die 50 Euro fürs Essen nicht bezahlen *(„Berliner Zeitung“)*

„Extrem selektiv und diskriminierend“: Kultusminister versuchen, kritischen Uno-Bildungsbericht vor Veröffentlichung zu „korrigieren“ *(„Tagesschau“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

124. Bremer Montagsdemo

am 05. 03. 2007

Die öffentlich-rechtliche Gebührenabzocke

1. Sehr geehrter Herr von Bebenburg! Mit großem Interesse habe ich Ihren Beitrag in „FR-online“ vom 28. Februar 2007 gelesen. Ich habe dazu die folgenden Anmerkungen.

Anspruch auf Befreiung von den **Rundfunkgebühren** haben Bezieher von ALG II, wenn sie *keinen* Zuschlag nach § 24 SGB II bekommen. Alle anderen Zuschläge und auch ein Ein-Euro-Arbeitsverhältnis stehen der Befreiung nicht entgegen. Zuschläge gemäß § 24 SGB II werden nach dem Bezug von ALG I für längstens zwei Jahre gezahlt. Somit ist klar: Wer bereits eine Befreiung alter Art (Sozialhilfe) hatte, kann überhaupt keinen Zuschlag nach § 24 SGB II erhalten!

Darüber hinaus hat die GEZ bei einem Zuschlag nach § 24 SGB II unterhalb der Gebührenhöhe auf die Gebühr verzichtet. Es sind auch entsprechende Klageverfahren anhängig. Vorher kann auch ein Überprüfungsantrag bei der zuständigen Landesrundfunkanstalt gestellt werden. Um die Klagefrist nicht zu verpassen, kann die Klage auch vorsorglich erhoben und bei einem positiven Entscheid der Landesrundfunkanstalt oder der GEZ zurückgenommen werden.

Insgesamt wird das Thema durch die Einbeziehung der internetfähigen Computer noch komplexer. Dabei hat die GEZ Anträgen von Januar 2007 auch ab Januar 2007 entsprochen. Ihre Beispiele zeigen die Willkür auf! Der Antrag wurde von Josepha M. im Dezember gestellt, somit ist die Befreiung ab Januar auszusprechen. Für die Bearbeitungszeit kann Josepha M. nichts. Ein Widerspruch würde Josepha M. von der Zahlungspflicht befreien! Falls dies der Erstantrag wäre, weil zum Beispiel das Fernsehgerät erstmals in den Besitz gelangt ist, so wäre die Befreiung ab Dezember auszusprechen.

Die Unterlagen sind oftmals „unvollständig“, weil das Berechnungsblatt fehlt beziehungsweise der Bescheid nicht beglaubigt wurde. Das Berechnungsblatt wird immer gefordert, obwohl der Zuschlag nach § 24 SGB II nur unter den oben

genannten Bedingungen gezahlt wird. Wenn ein Bescheid *ohne* diesen Zuschlag erfolgt ist, braucht die GEZ nicht mehr im Folgebescheid zu prüfen.

Die Beglaubigung ist eine Hürde, denn der Bescheid wird nur einmal verschickt. Die Argen verweigern zunehmend einen zusätzlichen Abdruck für die GEZ, erstellen teilweise auch keine Fotokopien für diesen Zweck. Der ALG-II-Betroffene muss somit erst einmal Fotokopien anfertigen und kann sich diese dann von der Arge beglaubigen lassen. Die Wartezeit bei dieser Arge beträgt im Schnitt circa ein bis zwei Stunden.

In Bremen ist es somit einfacher, den Antrag bei „Radio Bremen“ abzugeben. Zur Fristwahrung sollte auch der Antrag formlos und unbeglaubigt gestellt werden. Es kommt auf den Antragseingang an, nicht auf die Vollständigkeit des Antrags! Die Befreiung wird vorgemerkt. Die Unterlagen können nachträglich vervollständigt werden. Dies wurde von der GEZ bereits akzeptiert. Der falsche Beginn der Befreiung wurde auf einfache Nachfrage korrigiert.

Hier spielt auch der Bearbeitungsfluss der Arge eine Rolle. Ein Folgebescheid muss dem Betroffenen nicht pünktlich zur Verfügung stehen. Hier hilft ebenfalls ein formloser Brief an die GEZ: „Ich bin weiterhin ALG-II-Betroffener. Den Folgebescheid werde ich nachreichen.“ Dies geht auch beim Erstantrag.

Ein wesentliches Problem sind die alltäglichen Nöte als ALG-II-Betroffener. Diese lähmen viele und sind bereits bei solch relativ einfachen Handlungen hinderlich! Wer einen Folgebescheid verzögert erhält, hat auch kein Geld zum Leben – und dadurch denkt er bestimmt nicht an die GEZ.

Die Beglaubigung ist eine willkürliche Forderung und erst über die Auslegung in den Rundfunkgebührenstaatsvertrag aufgenommen worden. Dies stellt alle Privatpersonen unter Anfangsverdacht und ist sehr unfair! Was ich davon halte und welche Erfahrungen ich mit der GEZ während meiner beruflichen Tätigkeit gemacht habe, steht in meiner Sammlung mit den Hartz-IV-Urteilen.

Vielleicht reichen Ihnen diese Anmerkungen, um das Thema erneut aufzugreifen. Wichtig ist aus meiner Sicht, dass in einem Artikel sachgemäß steht, wann der Betroffene eine Entscheidung gegen sich wirken lassen muss. Schön wäre auch, wenn die Möglichkeiten der Gegenwehr angesprochen werden. Diese beginnt mit einer einfachen Nachfrage bei der GEZ!

2. An den Deutschlandfunk! In Ihrer Sendung am Freitag, dem 2. März 2007, ging es um **Unterhaltspflicht** gegenüber Angehörigen und die eigene **Altersvorsorge**. Leider habe ich diese Sendung nur teilweise gehört. Diskutiert, wegen Vielfältigkeit der Gesichtspunkte aber verworfen oder vertagt, wurde auch die Einführung einer verbindlichen Altersvorsorge für jeden.

Es wurde auch der **Vermögensverzehr** vor dem Anspruch auf Sozialleistungen angesprochen. Ein Hörer hat angerufen. Er ist arbeitslos, Witwer. Die Arge hat seinen ALG-II-Antrag abgelehnt: Er musste erst seine Lebensversicherung vorzeitig kündigen. Von diesem Geld lebt er. In der Studiorunde wurde betont, dass Altersvorsorge als Vermögen geschützt ist, wenn diese Lebensversicherung

wirklich zur Altersvorsorge dient und nicht so zwischendurch aufgezehrt werden kann. Es wurde betont, dass bei der Altersvorsorge sogar noch mal nachgebessert wurde, und es entstand der Eindruck: Besser kann's gar nicht sein!

Diesem Eindruck möchte ich widersprechen. Wer ALG II beantragen muss, hat einen sehr umfangreichen Antrag auszufüllen. Im Zusatzblatt 3 wird auf der dritten Seite auch nach Kapitallebensversicherungen und privaten Rentenversicherungen gefragt. Diese Fragen kann der Antragssteller *ohne* Rückfrage bei der Versicherungsgesellschaft beantworten. Wer bis zu dem Antragstermin nicht eine Sondervereinbarung für seine Lebensversicherung getroffen hat, verliert den Schutz der Altersvorsorge für seine Lebensversicherung! Geschützt sind als normales Vermögen 150 Euro je vollendetem Lebensjahr.

Wer vorher eine Sondervereinbarung mit der Versicherungsgesellschaft geschlossen hat, erhält den Freibetrag von zusätzlich 250 Euro je vollendetem Lebensjahr. Ältere haben einen Freibetrag von 520 Euro je vollendetem Lebensjahr für die Altersvorsorge nach § 65 Abs 5 SGB II – dies zeigt eine Verschlechterung durch ALG II!

Für das Zusatzblatt 3 gibt es auch eine Ausfüllanleitung, aber keinen Warnhinweis und keine Empfehlung für die Sondervereinbarung mit der Versicherungsgesellschaft. Ohne diese Zusatzvereinbarung unterstellt die Arge den Willen, diese Lebensversicherung *nicht* für die Alterssicherung, sondern für den „Verzehr zwischendurch" abgeschlossen zu haben. Der Vermögensüberhang muss vor der ALG-II-Bewilligung verbraucht werden. Die Arge legt fest, wann dieser Betrag unter Berücksichtigung des ALG-II-Anspruchs verbraucht ist.

Diese Festlegung bedeutet für den Betroffenen nicht nur den Verlust seiner zusätzlichen Altersvorsorge, sondern auch ein Leben auf ALG-II-Niveau von seinem eigenen Geld. Diese Lebensversicherung ist auch zu verwerten, wenn die Rückzahlung bedeutend unter den Einzahlungen liegt! (Nur ein Riester-Vertrag hat diese Regelungen standardmäßig und besitzt keine Wertbegrenzung.)

Dies ist eine grobe Benachteiligung der Hilfebedürftigen! Er hat keine Korrekturmöglichkeit mehr. Es gibt nicht die Möglichkeit, den Antrag wieder an sich zu nehmen und diese besondere Klausel mit der Lebensversicherungsgesellschaft zu vereinbaren! Selbst bei einer Korrekturmöglichkeit sind ALG-II-Antragsteller schlechter gestellt als die übrigen Bundesbürger: Das Bürgerliche Gesetzbuch akzeptiert vor der Unterhaltspflicht wesentlich höhere Altersvorsorgebeträge, und es geht beim ALG II um Unterhalt – für die eigene Person!

Zum Beispiel hat der Bundesgerichtshof (Az. XII ZR 98/04) ein Vermögen von 105.000 Euro als zusätzliche Altervorsorge akzeptiert, weil dieses Vermögen nicht höher war als fünf Prozent des Bruttoarbeitsverdienstes. Dabei hat der BGH auch festgestellt, dass die Anlageform dieses Vermögens dem Betroffenen überlassen bleibt. Weiteres dazu siehe 106. Bremer Montagsdemo!

Selbst wer seine Alterssicherung hinüberretten kann, wird davon die Zusatzkosten für eine Pflege nicht bezahlen können. Hinzu kommt noch die Reduzierung der eigenen Rentenansprüche durch den ALG-II-Bezug. Der Betroffene hat

die Möglichkeit des Widerspruchs und der Klage. Es bleibt die Hoffnung auf eine Entscheidung durch das Verfassungsgericht, weil die Regelungen des SGB II eine Ungleichbehandlung zur Folge haben. Es wäre schön, wenn Sie diese Ungleichbehandlung in einer Sendung aufgreifen könnten!

3. Am **15. März 2007** gehen wir wieder in die **Deputationssitzung für Soziales** und bringen das Thema **Wohnungen** mit! Treffen ist um **9 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**, die Sitzung beginnt um 10 Uhr im Siemenshochhaus. Bitte Ausweis mitbringen!

Es bleibt dabei: Jeder, der sich durch die Briefe der Bagis verunsichert, beschwert, verängstigt oder auch verunsichert fühlt, sollte Widerspruch einlegen und um Erklärung bitten, insbesondere zu der angemessenen Höchstgrenze! Dies kann, mit Angabe der „Kundennummer", so aussehen: „Sehr geehrte Damen und Herren, ich erhebe hiermit Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom... und bitte um Prüfung und Erläuterung der von Ihnen angegebenen Mietobergrenze."

Die Bagis befindet sich in akuter Erklärungsnot. Wenn der Eingang des Widerspruchs bestätigt und um Geduld gebeten wird, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs beantragen: „Vielen Dank für Ihren Zwischenbescheid vom... Ich beantrage hiermit die aufschiebende Wirkung für meinen Widerspruch." Wenn der Widerspruch abgelehnt wird und auch schon vorher ist die Klage beim Verwaltungsgericht Bremen möglich. **Fragen**? Wir sind jeden Montag hier und treffen uns auch **dienstags** ab **16 Uhr** im „**Hibiduri**", Ecke Thedinghauser/Friedrich-Ebert-Straße.

Letzte Woche war ich bei der Bagis. Ich hatte eine Meinungsverschiedenheit mit einer „persönlichen Ansprechpartnerin". Wir haben dies ausdiskutiert. Ich habe ihr angeboten, die Arbeitsanleitung der Bagis vorbeizubringen, um ihr Einlenken zu erreichen. Es wurde klar: Das ist nicht nötig, die „persönliche Ansprechpartnerin" kannte diese Anleitung, aber sie musste „weisungsgebunden" davon abweichen! So viel zu Ursache und Wirkung. Auch hier hilft der Hinweis auf eine „unerfahrene" Sachbearbeitung nicht, Herr Schuster!

Ich war noch ein weiteres Mal bei der Bagis. Dem vorgetragenem Antrag wurde nicht entsprochen, in keiner Weise! Im Eilverfahren hat die Bagis es anders dargestellt. Beide Bagis-Besuche erfolgten nicht allein! Dadurch ist das Gespräch beweisbar, und dem Erwerbslosen wird moralische Unterstützung zuteil.

Wer allein bei der Bagis war, kann und muss, wenn hinterher alles anders dargestellt wird, trotzdem eine Klarstellung verlangen. Die eigene Aussage ist auch ein Beweis und genauso viel Wert wie die Aussage der Bagis-Mitarbeiter(innen). Außerdem ist davon auszugehen, dass anderen Ähnliches unterstellt wird. Deine Klarstellung, deine Gegenwehr trägt dazu bei, dass auch andere von solchen Diskrepanzen verschont bleiben! Wir als Teilnehmer der Bremer Montagsdemo stehen füreinander ein. Wir gehen mit. Wir helfen – nur Geld können wir nicht verleihen! Mein Traum ist nach wie vor ein größerer Geldbetrag, mit dem wir dem Druck der Bagis entgegenwirken können.

In diesem Fall hat ein Erwerbsloser einen Gewerbeschein, aber kein Einkommen. Von der Bagis jedoch wird **Einkommen unterstellt**, sie kürzt die monatliche Zahlung von circa 800 auf 400 Euro (Regelsatz plus Miete). Der Erwerbslose erfährt von dieser Kürzung erst auf Nachfrage. Er soll nachweisen, dass er kein Einkommen erzielt hat, und sein Gewerbe abmelden; erst danach werde die Kürzung aufgehoben. Der Erwerbslose weiß nicht, wie er ein Nulleinkommen nachweisen kann. Mündlich hat er bereits alles erklärt. Eine Abmeldung des Gewerbes kommt für ihn nicht in Frage: Diese kostet Gebühren, eine Neuanmeldung abermals.

Der Erwerbslose wird mehrmals bei der Bagis vorstellig, erfolglos. Er benötige eine Bestätigung eines Steuerberaters, wird ihm schließlich geraten, aber die Kosten will die Bagis nicht übernehmen, denn für die Einkommensteuer werde diese Hilfe des Steuerberaters ohnehin benötigt! Inzwischen hat der Vermieter nachgefragt und so erfahren, dass dieser Mieter ALG-II-Empfänger ist und die Miete nur anteilig bezahlen kann. Der Vermieter droht jetzt mit fristloser Kündigung!

Die Lösung: Der Erwerbslose hat eine Erklärung geschrieben und bei der Bagis gegen Eingangsstempel abgegeben. Der Wortlaut: „Ich habe kein Nebeneinkommen. Ich möchte mein Gewerbe nicht abmelden. Ich habe meine Miete nicht bezahlen können und bin daher dringend auf die Nachzahlung angewiesen. Ich bitte um Erklärung für die vorgenommene Kürzung.“ Mit einer telefonischen Nachfrage untermauert, wurde die Nachzahlung innerhalb einer Woche überwiesen. Der Hauswirt hatte zum Glück noch Geduld.

Eine Erklärung dazu hat die Bagis nicht abgegeben, doch die „persönliche Ansprechpartnerin“ mochte das nicht ausdiskutieren: „Ich habe weisungsgebunden gehandelt!“. Dies wäre eine Kandidatin für die kurzfristige Ausleihe gewesen. Es hätte diesem Menschen viele Sorgen erspart, denn was hier so kompakt steht, ist die Zeit von mehreren Monaten!

Vergangene Woche haben die Mitarbeiter(innen) der Sozialämter gegen die Gewalt des Geldes demonstriert! Mir haben bei diesem Protest die Mitarbeiter(innen) der Bagis gefehlt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Noch ein paar Aktionshinweise: Am **Dienstag** dieser Woche ist um **14 Uhr** im **DGB-Haus** das **Erwerbslosenkaffee** auf der Hallengalerie mit der Flugblattbesprechung für die Sozialdeputationssitzung am 15. März 2007. Verdi und IG Metall haben alle Betriebs- und Personalräte für diesen Termin angeschrieben.

Am **Donnerstag** dieser Woche ist **Frauentag**! Wir stehen um **16 Uhr** mit unserem Transparent und den DGB-Flugblättern zur Wohnung vor dem **Rathaus**. Sozialsenatorin Rosenkötter gibt um 16.30 einen Sektempfang und feiert um 19 Uhr im DGB-Haus weiter. Frau feiert mit!

Der **Verhandlungstermin** vor dem Amtsgericht **Hannover** wegen der verbotenen Lautsprechernutzung für die dortige **Montagsdemo**, zu dem wir alle erscheinen wollten, ist abgesagt worden: Der Richter möchte alle drei laufenden Anklagen in *einem* Verfahren zusammenfassen.

4. Die **Giftmüll-Verbrennung** muss gestoppt werden! Die australische Firma Orica will 22.000 Tonnen Hexachlorbenzol in Deutschland verbrennen lassen, ein Viertel davon in Bayer-Verbrennungsöfen. HCB, einer der gefährlichsten organischen Giftstoffe überhaupt, ist durch die Stockholmer Konvention international verboten. Dieses Ultragift, bei dessen Verbrennung Dioxin entsteht, soll rund um den Erdball gekarrt werden. Aber weltweit gibt es Widerstand!

Gegen diese Pläne haben wir in der Bremer Innenstadt Unterschriften gesammelt. Die Zustimmung war einhellig! Das Thema ist durch die Verbrennungsvorschrift für Hausmüll hochaktuell, denn die SWB Bremen will ihr Hafenkraftwerk künftig mit Hausmüll betreiben. Andere Industriebetriebe in Bremen und im Umland verfeuern schon längst kein Öl mehr, deshalb ist die Offenlegung der Emissionen längst überfällig!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Rechtsbeschneidung: Bayern will es den Bürgern erschweren, sich gegen Behördenentscheidungen zur Wehr zu setzen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Sklavenhaltung: Bundesrichter halten Beschäftigung von Zwangsarbeitern „bei anständiger Behandlung“ nicht für Verstoß gegen Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit *(„Neues Deutschland“)*

„Power 8“ muss vollständig vom Tisch!

Bis vor wenigen Monaten war Airbus noch wie eine glückliche Insel im Kapitalismus, ein wachsendes Unternehmen mit Aufträgen für fünf Jahre und sicheren Arbeitsplätzen. Plötzlich ist diese Seifenblase geplatzt. Das musste wohl so kommen! Von der Geschäftsleitung kommen kaum Informationen, stattdessen wird Verwirrung gestiftet. Werke und Länder sollen gespalten werden, die Absicht dahinter ist klar!

Es geht um 10.000 Arbeitsplätze bei Airbus in Europa, obendrein droht der Ausverkauf mehrerer Werke in jedem der vier beteiligten Länder, sodass laut „Financial Times“ mindestens 22.000 Arbeitsplätze betroffen sind. Bei uns geht es um die Betriebsstätten in Varel, Laupheim, Nordenham, vielleicht Buxtehude und sogar einen Teil des Werkes Bremen!

Dabei geht es Airbus nicht schlecht, obwohl es Probleme mit dem Modell A380 gab. In einem Benchmark wurden die Werke als die weltweit billigsten und profitabelsten eingestuft. Dennoch sollen die Leute gehen. Sie werden verkauft, als Ballast abgeworfen, damit Airbus auf dem Weltmarkt weiter aufsteigen kann!

Airbus will sich aufs „Kerngeschäft“ konzentrieren. Lassen wir uns das nicht gefallen! Mittlerweile ist das Bild geprägt von Aktionen, Arbeitsniederlegungen und Streiks. Jede(r) ist bereit, für unsere Arbeitsplätze zu kämpfen! Selbst wenn an einigen Standorten die Arbeit wieder aufgenommen wurde, heißt es nicht, dass dies schon alles war, denn wir wollen nicht länger hingehalten werden, sondern sind bereit, „Power 8“ zu Fall zu bringen!

Dafür brauchen wir die IG Metall, die das in Deutschland organisiert. Wichtig ist, dass wir nicht allein dastehen. Wir brauchen die Solidarität der Familien und der Bevölkerung. Wir müssen gemeinsam mit Arbeitslosen um die Arbeitsplätze kämpfen, es betrifft auch die Zukunft der Jugend! Es hat sich schon ein **Solidaritätskreis** gebildet, der Spenden sammelt. Jede(r) ist herzlich eingeladen, am **Donnerstag** dieser Woche um **18 Uhr** in die „**Sahara Lounge**“ in der Kornstraße 88 zu kommen!

Redebeitrag einer Airbus-Mitarbeiterin auf der Bremer Montagsdemo

An die kämpfenden Arbeiter von Airbus in Laupheim, Varel, Nordenham, Bremen, in Frankreich, England und Spanien! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben von eurem Kampf gegen die sogenannten „Power-8“-Sanierungspläne erfahren und wollen uns solidarisch zeigen in eurem berechtigten Kampf!

Durch „Power 8“ will Airbus allein in Deutschland circa 4.000 Arbeiter entlassen. Dabei sollen einige durch Übernahme von Leihfirmen „sozial abgefedert“ werden, was bedeutet, dass vermutlich die Arbeitszeit verlängert wird, die Löhne sinken und der Kündigungsschutz sowie andere Rechte abgebaut werden. Das ist schon allein deshalb nicht vertretbar, weil Airbus in den letzten Jahren Umsatzsteigerungen in Millionenhöhe gemacht hat!

In diesem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze geht es auch um die Zukunft der Jugend, denn wo sollen wir einmal arbeiten, wenn heute massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden? Schließt euch mit den französischen Arbeitern zusammen, denn nur gemeinsam kann man wirkungsvoll vorgehen! Wir wünschen euch viel Erfolg und stehen hinter euch!

Solidaritätserklärung, unterschrieben von über 160 Schülern des Schulzentrums Walle, Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Varel, Nordenham, Laupheim und in Frankreich haben die Airbus-Kollegen mit Streiks gegen das Sanierungskonzept von Airbus angefangen. Mit dem Programm „Power 8“ will die Konzernspitze insgesamt 10.000 Arbeitsplätze vernichten!

Wir fänden es gut, wenn ihr in Bremen auch streiken würdet. Der Streik sollte möglichst konzernweit und international stattfinden. Damit setzt ihr ein deutli-

ches Zeichen gegen Arbeitsplatzvernichtung und gebt anderen Arbeitern Mut und Kraft, sich zu wehren!

Wir sind Arbeiter und Arbeitslose aus der Bremer Montagsdemo. Wir kämpfen seit über zwei Jahren gegen Hartz IV und die ganze herrschende Politik. Wir wissen ganz genau, was es heißt, arbeitslos zu sein und von Hartz IV leben zu müssen. Deshalb erklären wir uns mit euch solidarisch!

Kämpferischer Gruß der Bremer Montagsdemo

Schon fünf Tage Streik bei Airbus!

Am **Dienstag** dieser Woche ist **Aktionstag** bei Airbus! Dort haben die Kolleginnen und Kollegen begonnen, ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen: Seit fünf Tagen wird gestreikt, in Nordenham, Varel, Laupheim und in französischen Werken! Die Airbus-Bosse wollen 10.000 Arbeitsplätze streichen, in Deutschland 3.700. Laut „Financial Times“ und Hypo-Vereinsbank sind aber noch viel mehr Stellen betroffen, nämlich 22.000 – es sollen sechs Werke verkauft werden!

Damit will Airbus die Eigenproduktion von 75 auf 50 Prozent senken. Nein, dieser Konzern ist nicht in der Krise, es wurden Riesenprofite gemacht, aber die Bosse wollen die Nummer eins in der Welt sein, deshalb diese enorme Steigerung der Ausbeutung, das Abwälzen der Risiken auf Zulieferer, die Vernichtung von Arbeitsplätzen, das Verschieben der Produktion auf den Billiglohnsektor und der Aufbau eines Werkes in China! Und Bundeskanzlerin Merkel brüstet sich, sie habe „das Schlimmste verhindert“!

Wir Montagsdemonstranten haben unsere Erfahrungen mit dieser Regierung: Sie tut alles, um den Plänen der Konzernchefs gefügig zu sein! Den Kampf um die Arbeitsplätze müssen die Kollegen nun selbst führen. Dazu benötigen sie unser aller Solidarität! Wir brauchen die Arbeitsplätze, insbesondere für die Jugend! Gekämpft wird auch im Ausland: In Kanada fordern Frauen zehn Dollar Mindestlohn pro Stunde, in Lissabon demonstrierten am Samstag 120.000 Menschen gegen höhere Steuern und Kürzungen bei Gesundheit und Rente sowie für höhere Löhne!

Wolfgang Lange (MLPD)

Achtung, Eigentor!

Es ist schon toll, was alles passiert: Da schimpft die Bremer DGB-Vorsitzende Ziegert auf den sogenannten Eignungstest für Tischler und damit gegen die Industrie- und Handelskammer. Dieses Recht soll ihr unbenommen sein und auch der Kammer die Reaktion. Frage ist nur, wem hilft es? Auf alle Fälle dem, der die Anforderungen stellt, in diesem Fall der Industrie- und Handelskammer!

Die Beschwerde lautet, wir brauchen Fachkräfte, die werden uns fehlen, warum auch immer. Wenn das wirklich so ist, weshalb solch hohe Anforderungen? Was hat es mit fachlicher Eignung zu tun, wenn ein Schüler im Moment nicht weiß, wie der Minister für das und das heißt? Rein gar nichts. Ich sehe hier trotzdem ein Versäumnis. Wer ist denn für die Allgemeinbildung zuständig? Das Elternhaus, die Schule, die Umwelt. Wer soll sich als *Kid* schon für unsere Politiker interessieren, wenn von den Erwachsenen selber kein positiver Impuls ausgeht?

„Die da oben machen sowieso nur das, was sie wollen“ – wenn unsere *Kids* diesen Satz hören, denken sie bis auf wenige wohl auch nicht anders, denn „wie der Herr, so das Gescherr“. Ihr lieben Jugendlichen: Achtung, Eigentor! Ich rate jedem von euch, wirklich die Namen der Politiker zu lernen, vielmehr noch, was sie alles so machen! Dann habe ich auch eine bessere Information über diejenigen, die für Miseren oder womöglich auch gute Politik verantwortlich sind.

So einen Politiker, der Armut oder Steuererhöhung für die breite Masse zu verantworten hat, den wähle ich eben nicht! Ihr Lieben, lernt schön die Namen von den Damen und Herren, und das mit Freude, sie wollen es so, und sie bekommen es! Na, dann bis zur nächsten Wahl! So etwas nennt man übrigens Eigentor. Wenn ein Auszubildender wegen dieses „Fehlwissens“ nicht genommen wird, lässt das nur einen Schluss zu: Sie wollen mal wieder sieben. Also, lernt schön die Namen, dann könnt ihr auch mal sieben!

Udo Riedel (parteilos)

Vorbildlich: Polit-Opa will erst mit 70 in Rente *(„Spiegel-Online“)*

Entgleisung: Gottschalk will sich die „Hartz-IV-Stoppeln“ abrasieren *(„Erwerbslosenforum“)*

Bremen ist Opfer von Geltungssucht und Größenwahn

1. Bremen feiert den 60. Geburtstag seiner **Selbständigkeit** und liegt trotz seines jugendlichen Alters in den letzten Atemzügen. Bremen hat in diesen 60 Jahren mit seiner (materiellen) Gesundheit Schindluder getrieben und ist nun unheilbar krank! Es will immer noch nicht zugeben, dass es diesen schlechten Gesundheitszustand sich selbst zuzuschreiben hat. Das selbständige Bremen muss sich endlich einer Radikalkur unterziehen, wenn es weiterleben will!

Dieses selbständige Bremen gibt für seine miserable Situation und seinen schlechten Gesundheitszustand grundsätzlich allen anderen möglichen und unmöglichen Umständen Schuld. Es will nicht zugeben, dass es in seiner manischen Geltungssucht einigen größenwahnsinnigen und gewissenlosen Politikern zum Opfer gefallen ist. Das selbständige Bremen ist ein verbohrter und belehrungsresistenter Patient! Als Bremen noch gesünder war, hätte es für das Alter vorsorgen müssen, so wie es jede(r) besonnene Bürger(in) in diesem selbständigen Bundesland auch tut.

Der „Weser-Report“ hat zum 60. Jahrestag der Selbständigkeit eine Sonderausgabe mit dem Titel „Das ist Bremen“ unter die Bevölkerung gebracht. Auf der letzten Seite dieses Blattes sind lauter Halbwahrheiten abgedruckt unter der Überschrift „Elf Vorurteile über Bremen“. Es ist schon eine Leistung, so viel dummes Zeug auf einer Seite unterzubringen!

Wenn ich lese, es sei ein „Vorurteil“, dass Bremen die höchste Arbeitslosenquote hat, und als Gegenargument angeführt wird: „Falsch! Unter den 15 größten Städten in Deutschland liegt Bremen mit 12,4 Prozent auf dem neuntbesten Platz“, dann unterschlägt die Redaktion, dass Bremen die *zehntgrößte* Stadt Deutschlands ist: Bei einem Vergleich unter *15* Städten mit dem neunten Platz zufrieden zu sein, ist ja wohl ein bisschen einfältig!

Wenn auf den Satz „Bremen ist ein armes Land“ erwidert wird: „Falsch! Das kleinste Bundesland erwirtschaftet das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt der Länder“, dann ist das ein paar Fragen wert, selbst wenn wir der Aussage glauben. Warum müssen in Bremen so viele Menschen in einer aufgezwungenen Armut leben? Warum hat das selbständige Bremen gleichzeitig den höchsten Prozentsatz bei der Kinderarmut in Deutschland? Warum gibt es hier nicht genügend Ausbildungsstellen für alle jungen Menschen? Warum nimmt die allgemeine Verarmung der Menschen im selbständigen Bremen stetig zu, und warum ermöglicht das reiche selbständige Bremen diese beklemmende Entwicklung?

Die Behauptung, die Frankfurter verfügten über ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als Bremer, mit „falsch“ zu beantworten, ist sicherlich richtig. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass sich in den Mauern des selbständigen Bremens ungefähr 2.000 Millionäre aufhalten. Dann ist das Pro-Kopf-Einkommen noch viel höher, vorausgesetzt, es ist der „richtige Kopf“! Dem anderen Kopf steht nämlich nur eine lächerliche Überlebenspauschale von höchstens 345 Euro zur Verfügung.

2. Wieder einmal hat es Herr **Röwekamp** geschafft, unangenehm in Erscheinung zu treten! Er ist Innensenator dieser Freien Hansestadt und reformfreudig wie seine Chefin in Berlin. Er hat eine **Polizeireform** durchgezogen, die nach kurzer Zeit als erbärmlich gescheitert angesehen werden muss. Nun präsentiert er uns seine jährliche Statistik und wundert sich, dass Straßenraub, Überfälle und Diebstähle zunehmen!

Warum wundert er sich darüber? Es war doch vorauszusehen! Die von der undurchdachten Reform betroffenen Bremer Polizistinnen und Polizisten jedenfalls hatten vor solchen Entwicklungen rechtzeitig gewarnt. Es verwundert mich nicht, dass Röwekamp markig darauf hinweist, durchgesetzt zu haben, dass bei allen „bekanntgegebenen“ Straftaten hinzuzufügen ist, ob es sich um ausländische Mitbürger(innen) handelt!

Mir ist das auch aufgefallen, und ich habe mir überlegt, warum es erwähnt wird. Will er uns damit sagen, dass es sich um „Ausländer“ handelt? Soll uns die üble Suggestion einer kriminellen Zwei-Klassen-Gesellschaft eingeimpft werden? Er verkündet vollmundig, dass Migranten straffällig werden, weil in seinen Augen – sieht er wirklich hin? – die elterliche Erziehung versagt hat. Der Anteil der von Migranten begangenen Straftaten liege knapp unter 50 Prozent, und da soll jetzt rigoros durchgegriffen werden: Diese jungen Menschen müssen nach seiner Ansicht kräftig und nachhaltig bestraft werden!

Noch lieber würde er sie abschieben. Weiß er auch wohin? Das erinnert mich fatal an einen anderen infamen „Abschiebungsversuch“ von Herrn Röwekamp. Wie wäre es denn, wenn Herr Röwekamp es mit rechtzeitigen Hilfsangeboten für gestrauchelte jugendliche und heranwachsende Migranten versuchen würde? Ich denke, es gäbe da Möglichkeiten für ihn als zuständigen Innensenator – wenn er es nur wirklich wollte!

Was ist nach Herrn Röwekamps Meinung schuld daran, dass die „restlichen“ über 50 Prozent der Straftaten von deutschen jungen Leuten verübt werden? Auf die Erklärung von ihm bin ich wirklich gespannt! Wie will er mit diesen Menschen

umgehen? Wird da mit zweierlei Maß gemessen? Zu dumm, dass er sie nicht einfach abschieben kann!

Aber gerade diese Entwicklung der schlechten Koordinierung wurde von den Polizisten vor Ort vorausgesehen. Ein Polizeieinsatz, der aus einem anderen Stadtteil erfolgt, mit Polizisten, die mit den örtlichen Gegebenheiten nicht oder nur dürftig vertraut sind, die ihre „Pappenheimer“ nicht kennen, kann nicht effektiv sein. Anders als Herr Röwekamp glauben machen will, sind die Polizist(inn)en keineswegs glücklich mit dieser Variante!

Bei seiner Wahlkampfrundreise könnte Röwekamp ja mal das eine oder andere Polizeirevier besuchen – es sind ja nicht mehr viele – und sich mit den betroffenen Polizist(inn)en über Sinn und Unsinn ihrer Arbeit unterhalten, statt ständig nur mit Polizeipräsident Mordhorst, der anscheinend auch nicht informiert ist.

Die 700.000 Euro, die der Innensenator erst im November mal eben für „seinen“ unangebrachten, überdimensionalen Großeinsatz ausgegeben hat, hätte er lieber in die Schaffung der dringend benötigten neuen Stellen investieren sollen. Die Bremer Polizei wäre ihm dankbar gewesen. Aber richtige Entscheidungen zu treffen, ist bei Herrn Röwekamp Glückssache! Wir wollen nicht hoffen, dass er es durch seine verfehlte Einsatzstrategie tatsächlich noch hinkriegt, dass Schlimmeres passiert und er sich eine Kerbe mehr in seinen Colt schnitzen kann.

3. Zur Diskussion steht bei den Nachbarn von **Kevin**, wie und wer das Grab des kleinen Jungen pflegen soll. Ich bin davon ausgegangen, dass wenigstens *das* klar ist. Es stände Herrn **Böhrnsen** nicht schlecht und würde ihn sehr viel glaubhafter machen, wenn er diese Kosten übernähme, nachdem er schon keine Verantwortung für das verantwortungslose Verhalten seiner ehemaligen Mitarbeiter übernommen hat.

Wie soll es im Sozialressort denn nun weitergehen? Ist es schon irgendwie weitergegangen? Der hilflose Herr Schuster, der jetzt immer öfter in Erklärungsnot gerät, scheint nicht der passende Problemlöser zu sein. Wir erinnern uns, dass er noch nicht lange in diesem wichtigen Amt (un)tätig ist! Er kommt aus einer der vielen GmbHs der Freien Hansestadt Bremen. Diese Gesellschaft erstellte Statistiken, die völlig überflüssig waren, und wurde darum nach kurzer Zeit wieder aufgelöst.

Kinder gleich Zahlen? Dieser Mann bringt garantiert die nötige Kompetenz für ein verantwortungsvolles Amt im Sozialressort mit! Oder sollte frau glauben, nun war er arbeitslos und wurde fix in eine neugeschaffene Position gehoben? Wie in diversen anderen Ämtern auch? Will Frau Rosenkötter abwarten, bis der Untersuchungsausschuss mit seiner Arbeit fertig ist und sich dann erst bewegen – nach der Wahl?

Seit dem 10. Oktober, als Kevin im Kühlschrank gefunden wurde, sind sechs Monate vergangen – ein halbes Jahr Starre im Sozialressort! Außer der Einrichtung eines Nottelefons nach fünf Monaten ist nichts von Veränderungen und Ver-

besserungen zu hören und zu lesen! Sind die Entscheidungen und Versprechungen für eine schnelle Qualitätsanhebung mal wieder abhanden gekommen?

Wird nach diesem tragischen „Zwischenfall“ die Problematik erneut ausgesessen? Herr Röwekamp und Herr Böhrnsen wollen beide gern Bürgermeister der selbständigen Freien Hansestadt Bremen werden beziehungsweise bleiben. Wir sollten uns das nicht antun. Wir haben es in der Hand – wählen wir sie ab!

4. Frauen sind Spitze! Frauen sind überall in Spitzenpositionen. Frauen sind Spitze, sie stellen die höchste Arbeitslosenquote. Frauen sind Spitze in schlecht bezahlter Teilzeitarbeit. Frauen sind Spitze bei schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Frauen sind Spitze bei der Altersarmut! Aber Frauen müssen sich das nicht gefallen lassen! Frauen können und müssen sich dagegen wehren! Frauen können für ihre Gleichberechtigung und Gleichbehandlung kämpfen – gemeinsam!

Vor 96 Jahren, am 19. März 1911, wurde der „Internationale Frauentag“ ins Leben gerufen, von der Frauenrechtlerin Clara Zetkin. Hauptziel war damals die Durchsetzung des Wahlrechts für Frauen – heute ganz selbstverständlich für uns –, das endlich im November 1918 in Kraft trat.

Dieser erste „Internationale Frauentag“ fand parallel auch in Dänemark, Österreich, in der Schweiz und in den USA statt. Die Schweiz brauchte siebzig lange Jahre für die Einführung des Frauenwahlrechts: Dort „dürfen“ Frauen erst seit 1971 wählen! Seit 1912 wird der „Internationale Frauentag“ auch in Schweden, Frankreich und den Niederlanden, seit 1913 in Russland und der späteren Tschechoslowakei gefeiert.

Die Frauen forderten gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Gleichstellung der Frauen in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen, Schwangeren-, Mutter- und Kinderschutz – und sie protestierten gegen den Krieg. 1921, also zehn Jahre später, wurde der „Internationale Frauentag“ auf den 8. März verlegt, weil dieser Tag weltweit bedeutend für die proletarischen Frauenkämpfe geworden war.

Schon am 8. März 1857 sollen Textilarbeiterinnen in New York für bessere, gesündere Arbeitsbedingungen gestreikt haben. Drei Jahre nach dem Streik der Näherinnen am 8. März 1908 kamen beim Brand der Firma Triangle am 25. März 1911 über 100 Arbeiterinnen ums Leben, die von den Fabrikbesitzern in ihren Arbeitsräumen eingeschlossen waren. Auch sie hatten für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen gestreikt.

Am 8. März 1917 streikten in Petersburg die Textilarbeiterinnen so massiv gegen Hunger, Krieg und die zaristische Herrschaft, dass sich dieser Streik zum Generalstreik ausweitete. Der 8. März ist also ein geschichtlich wichtiger Tag für die internationale Frauenbewegung. Während des Krieges und in der Zeit davor und danach rückten die Frauenthemen und damit auch der „Internationale Frauentag“ in den Hintergrund. Wiederentdeckt wurde er durch die feministische Bewegung der 70er Jahre. Seither nutzten ihn die Frauen wieder für ihre aktuellen Themen.

Nach all den vielen Jahren ging es immer noch um Gleichberechtigung der Frauen in der Gesellschaft, in der Politik und auf dem Arbeitsmarkt, um den Kampf gegen Ausbeutung und Diskriminierung jeglicher Art, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, um die Wahrung der Menschenrechte für Frauen und Kinder und um die Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens weltweit. Vieles hat sich seit 1911 verändert, seit der Einführung des „Internationale Frauentages“ durch die Frauenrechtlerin Clara Zetkin. Aber längst nicht genug!

Wir müssen heute wieder um unsere Rechte kämpfen, so energisch und entschlossen wie lange nicht mehr! Frauen sind in unserer unsozialen Gegenwart wieder aufgefordert, sich zu wehren! Rechte, die unsere Großmütter und Mütter für uns erstritten haben, sollen uns wieder genommen werden! Wir wollen selbständig so leben, wie es uns gefällt. Wir wollen selbständig für uns sorgen, wie wir es gewohnt sind. Wir wollen unsere Kinder zu selbständigen, selbstbewussten Menschen erziehen, damit sie mündige Staatsbürger(innen) werden. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen und demonstrieren!

Wenn sich Frau von der Leyen so vehement für Krippen- und Kitaplätze einsetzt, am besten kostenlos für die Eltern, dann klingt das sehr sozial, ist es aber nicht: Sie muss das für *alle* Kinder wollen, sonst ist sie unglaubwürdig! Arbeitslose Mütter, die ihre Kinder mit dem abgemagerten ALG-II-Satz für Kinder durchbringen müssen, haben von vornherein gar keinen Anspruch auf diese gutgemeinte Hilfe! So geht es nicht – das ist wieder einmal der falsche Ansatz! Gerade Kindern, die in staatlich gewollter Armut aufwachsen, muss unbedingt geholfen werden. Gerade diese Kinder habe solche Angebote bitter nötig!

Wir müssen wir uns auch gemeinsam gegen eine von uns wehren, die eine Blamage für das gesamte weibliche Geschlecht ist. Eine, die von Sinn und Verantwortung ihrer Position keinen blassen Schimmer hat; eine, die die niederschmetternden Ergebnisse ihrer erbärmlichen Arbeit nicht sehen will; eine, die ihre unsozialen, verantwortungslosen Reformen rigoros, gegen besseres Wissen (oder hat sie gar keins?) durchsetzt; eine, die ihre historische Chance verpasst und verloren hat; eine, die sich verhält, als wäre sie ein Mann. Dabei hätte eine Frau den Männern endlich zeigen können, wie frau es besser macht!

Gudrun Binder (WASG)

Hartz-IV-Syndrom: Seelische Erkrankungen bei Kindern nehmen zu *(„Kölner Stadt-Anzeiger“)*

„Bürger“-Zwangsarbeit: Kommune zahlt jedem Herangezogenen nur noch 30 Cent pro Stunde extra und verdient 100 Euro im Monat *(„Stern“)*

„Bayern behandelt Praktikanten gut“: Deshalb zahlt ihnen der Freistaat gar nichts *(„Spiegel-Online“)*

Frieden schaffen!

Am 26. und 27. August 1910 fand in Kopenhagen die 2. Internationale Frauenkonferenz statt. Es wurde dabei einstimmig beschlossen, einmal im Jahr den „**Frauentag**“ zu begehen, der am 8. März stattfindet. Damals ging es darum, für die Gleichberechtigung und Befreiung der Geschlechter von Kapital und Männerherrschaft zu kämpfen, für das Frauenwahlrecht zu streiten, für soziale Gerechtigkeit und für den Frieden.

Die Frauen in Petersburg streikten 1917 und lösten die „Februarrevolution“ aus, am „Internationalen Frauentag“. Diese trug mit dazu bei, dass die Oktoberrevolution 1917 siegen konnte. Auch wenn im Ostblock der „reale Sozialismus“ gescheitert ist, heißt das noch lange nicht, dass es keine Alternative zum Kapitalismus gibt! Am „Internationalen Frauentag“ sollten wir uns an die Ursprünge des Tages erinnern und für eine Zukunft kämpfen, in der die Würde des Menschen nicht mehr vernichtet wird, und die Natur, das Leben!

Wir haben jeden Tag einen internationalen Frauentag, da der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Frieden nicht nur einmal im Jahr stattfindet. In Zeiten der Hartz-Gesetze, die uns Frauen zwingen, vom Einkommen des Mannes abhängig zu sein, müssen wir erst recht kämpfen. Oder dagegen, für Armutslöhne zu arbeiten. Wir sollten uns ganz besonders daran erinnern, dass wir uns nicht missbrauchen lassen von denen, die uns das Fell über die Ohren ziehen wollen!

Der Staat entwickelt sich von einem „Sozialstaat“ zu einem autoritären Befehlssystem, das repressive Entscheidungen gegen Erwerbslose, Bedürftige und Migrant(inn)en wirkungsvoll in Kraft setzt. Die Aufgaben des Staates und des öffentlichen Dienstes sollen durch einen Zwangsarbeitsdienst ausgeführt werden. Es ist daran zu erinnern, dass die *Faschisten* 1935 den Arbeitsdienst eingeführt haben! Zur Rechtfertigung der Unterfinanzierung des Bildungssystems wird der „Sachzwang“ angeführt. Erinnern wir uns daran, dass Arbeitslose missbraucht werden, um dies an ihnen durchzuexerzieren: Wir sind die Versuchskaninchen!

Die Kapitaleigner haben die Sozialhilfe als Mindesteinkommen vernichtet. Mit Hartz IV werden Kombilöhne finanziert. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind seit 2003 nicht mehr armutsfest. Sie haben dafür gesorgt, dass alle, die von den Hartz-Gesetzen betroffen sind, direkt und indirekt nichts weiter sind als eine ständig verfügbare industrielle Reservearmee, gerade dann, wenn die gesamte Arbeitskraft nie und nimmer benötigt wird. Die Hartz-Gesetze haben zum Ziel, einen Niedriglohnsektor zu schaffen, Armut trotz Arbeit!

Die Gewerkschaften sagen dazu Nein, denn Arbeitslosengeld-II-Empfänger sind potenzielle Tagelöhner. Wer sich nicht demütigen lassen will, wird zur Unper-

son erklärt. Ihm droht die völlige Streichung des Existenzminimums. So fordern die Unternehmer und Konzerne eine öffentliche Infrastruktur und zahlen dafür keine Steuern. Sie sind für die leeren Kassen des Staates verantwortlich! Denken wir daran, dass Sozialhilfeemfänger(innen) und Zivildienstleistende die Lückenbüßer waren für den öffentlichen Dienst, Billigstarbeitskräfte wie heute die Ein-Euro-Jobber!

So ist in der Bundesrepublik zwischen 1970 und 2000 der Lohnsteueranteil am Gesamtsteueranteil verdoppelt worden, während Körperschaft- und Gewerbesteuer halbiert wurden. Es gibt über 760.000 Millionäre bei uns. Angesichts der Tatsache, dass die privaten Vermögen permanent steigen, ist es ein gesellschaftlicher Skandal, dass es im Norden bis zu 50 Prozent weniger Ärzte gibt. Die Ärztekammer sagte dazu, es sei „unabänderbar“, dass es private Patienten gebe und wir eine Zwei-Klassen-Medizin hätten. Die „Gesundheitsreform“ führt dazu, dass vor allem Frauen und Kinder – alle Menschen, die nicht zu dem einen Prozent der Reichen gehören – unterversorgt sind oder mehr zahlen müssen, um gesundheitlich einigermaßen versorgt zu sein.

Es ist verdammt wichtig, gegen die Entrechtung der Arbeitnehmer(innen) zu kämpfen, die sich in den Hartz-Gesetzen und den Ein-Euro-Jobs widerspiegelt! Für Brot und Frieden zu kämpfen! Gegen die Aufrüstung der USA und Europas! Zu kämpfen, dass die Privatisierung des öffentlichen Dienstes zurückgenommen wird! Das Problem ist, dass die Konzerne außerhalb der demokratischen Kontrolle stehen und sie nicht den Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern gehören. Dies führt dazu, dass 65.000 Menschen bei der Telekom entlassen werden: Sie sollen in Scheinfirmen kommen und für die Telekom die gleiche Arbeit leisten für weniger Geld, und sie müssen länger arbeiten! Darum rufe ich auf, sich solidarisch zu erklären mit den Beschäftigen, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen und sich nicht von den Unternehmern spalten lassen wollen!

Vor allem wir Frauen sind am „Internationalen Frauentag“ dazu aufgerufen, unsere Stimme zu erheben gegen die Aufrüstung, die einhergeht mit geplanten Kriegen, zum Beispiel gegen den Iran, und gegen den massiven Sozialabbau. Nein zu sagen dazu, dass Reproduktionsarbeit, die das Kapital zur Wiederherstellung der Arbeitskraft benötigt, nur für die Profitvermehrung eingesetzt wird. Dass Frauen gar nicht bezahlt werden oder zu gering. Dass der Kampf gegen unbezahlte „ehrenamtliche“ Arbeit und Ein-Euro-Jobs geführt wird. Für tarifrechtliche Mindestlöhne von zwölf Euro je Stunde bei einer 30-Stunden-Woche mit vollen Lohnausgleich. Dass Elternarbeitszeiten für die Hälfte der Arbeitszeit eingeführt werden, die es ohne Einkommensverluste ermöglichen, die Haus- und Erziehungsarbeit gemeinsam zu verrichten. Dass qualifiziertes Personal in den Kindertagesstätten zu armutsfesten Löhnen eingestellt wird.

Am „Internationalen Frauentag“ ist es unsere Aufgabe, uns für eine gerechte Welt einzusetzen, weil eine andere Welt möglich ist! Ihr seid alle eingeladen, am **8. März** um **18:30 Uhr** zur Veranstaltung „**Markt der Möglichkeiten**“ ins **DGB-Haus**, Am Bahnhofsplatz 22, zu kommen! Kinderbetreuung bitte anmelden unter

der Nummer 3357 611. Mit den Lied der DGB-Frauen aus Mannheim von 1982, „Frieden schaffen ohne Waffen“, möchte ich enden und alle auffordern mitzusingen, nach der Melodie „Roter Wedding“:

Links rechts, links rechts, es wird schon wieder marschiert. Links rechts, links rechts, es wird schon wieder pariert. Wir schießen den Feind von vorne tot, und hinten leuchtet das Morgenrot. Gegen menschenverachtende Macht, dem Rüstungswahn ein kräftiges Nein! Wir stellen den Todesstrategen ein Bein durch unsere Revolution.

Frieden schaffen ohne Waffen, haltet die Fäuste bereit, kämpft mit dem Herzen, mit List und Verstand, lasst allen kleinlichen Streit, gebt die Arbeitskraft dem Leben, niemals dem Profit! Arbeitsbrüder, Männer, Frauen, wacht auf, kämpft mit!

Links rechts, links rechts, Europa ist in Gefahr. Links rechts, links rechts, Atomkrieg wird plötzlich wahr. Sie reden von Frieden und denken den Krieg, sie träumen von ihrem Vernichtungssieg für Freiheit und Kapital. Wir lieben die Freiheit genauso wie ihr, doch wir woll’n sie heut’ auch erleben hier und die kommende Generation.

Links, links, links, links, der Kampf wird weitergeführt. Links, links, links, links, ein Lump, wer kapituliert. Wir tragen die Wahrheit von Haus zu Haus und jagen die Lüge zum Schornstein hinaus, die Lüge von „rot oder tot“. Atombomben sind keine Schwerter mehr, Raketen kein tapfres Verteidigungsheer, sondern Dummheit und Völkermord.

Bettina Fenzel (parteilos)

Das käufliche und das kaufende Geschlecht

1. Der „Internationale **Frauentag**“, der an diesem Donnerstag erneut begangen wird, steht für die Rechte der Frauen, also für Gleichberechtigung, für den Frieden und eine humane Gesellschaft. Auch die Tatsache, dass von den 123 Demokratien dieser Welt inzwischen zwölf von Frauen regiert werden, hat uns einer menschlicheren Gesellschaft noch nicht angenähert. Es ist schon erstaunlich, dass der zunehmende Abbau des sozialstaatlichen Prinzips im Zuge der neoliberalen Globalisierung sich ausgerechnet dann voll entfal-

ten kann, wenn es vermehrt Frauen gelungen ist, sich an die Spitze ihres Landes wählen zu lassen.

Ebenso war es, als mit der ehemals rot-grünen Bundesregierung vorgeblich linke, soziale und umweltfreundliche Parteien unser Land regierten und nichts Besseres zu tun wussten, als das verbrecherische und menschenverachtende Hartz IV aus dem Hut zu zaubern! Vielleicht liegt es auch daran, dass gewählte Politiker(innen) inzwischen fast nur noch als Marionetten des eben nicht gewählten Kapitals fungieren?

Da mögen sich Spitzenvertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Bundesregierung treffen, um anlässlich des „Internationalen Frauentags“ bei einer zentralen Veranstaltung in Berlin über gesetzliche Regelungen zur Chancengleichheit zu diskutieren. Da mag Bundeskanzlerin Angela Merkel tiefsinnig befinden, dass schon einiges erreicht sei. Frauen bekommen weiterhin die schlechteren Jobs, haben kaum echte Karrierechancen, etwa ein Drittel weniger Einkommen und eine entsprechend geringere Rente, sodass die Armut im Alter weiterhin weiblich bleiben wird. Dabei schneiden junge Frauen in der Schule und in der Berufsausbildung weitaus besser ab als junge Männer. Dennoch sind sie in den Führungsetagen etwa so schwer zu finden wie eine Nadel im Heuhaufen.

Für eine befriedigende Berufsausübung mit erfolgreicher Karriere stellt die Mutterrolle ein messbares Hindernis da. Gleichwohl könnten Unternehmen von Müttern in Leitungspositionen profitieren, denn sie zeichnen sich oft durch Gelassenheit, Organisationstalent und Pragmatismus aus. Aber selbst im Jahre 2007 sind Beruf und Mutterschaft in Deutschland noch immer nur sehr schwer miteinander vereinbar. Da ist der heftig umstrittene Vorstoß der Familienministerin Ursula von der Leyen, bis 2013 etwa 500.000 neue Kita-Plätze für Unterdreijährige zu schaffen, schon ein echter Fortschritt. Was in anderen europäischen Ländern schon lange selbstverständlich ist, muss in Deutschland erst noch hart erkämpft werden. Mit dem deutschen Schulsystem sieht es genauso katastrophal aus, nur mit dem Unterschied, dass hierbei nicht die Mädchen ausgegrenzt werden, sondern Kinder aus armen Familien, deutscher und nichtdeutscher Herkunft.

Weil es für Frauen durch die Mutterschaft leider keine Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt gibt, sind differenzierte Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen nötig, die den speziellen Bedürfnissen von Frauen gerecht werden. So brauchen Berufsrückkehrerinnen eine andere Unterstützung als junge Frauen, mit oder ohne Kinder. Ebenso erscheint ein Nachholbedarf bei der Hilfe für Existenzgründerinnen angezeigt.

Im Entwicklungsland Deutschland gibt es nicht bloß eine spartanische Kleinkindbetreuung, sondern auch ein die Hausfrauenehe bevorzugendes „Ehegattensplitting“. Dies bedeutet, das Gehalt des erwerbstätigen Ehemannes wird vor dem Versteuern erst durch zwei geteilt. Dadurch werden gerade alleinerziehende Frauen stark benachteiligt, weil sie ihr Einkommen nicht durch die Anzahl ihrer Kinder teilen können, bevor es versteuert wird.

Ich will gar nicht anfangen mit der noch immer weltweit praktizierten Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen, Gewalt gegen Frauen, der Zwangsverheiratung, was alles auch in *unserem* Land geschieht. Aber ich möchte über die enthemmte deutsche Prostitutionspolitik reden, über die in den letzten Jahren zunehmend Verwunderung geäußert wird, denn Deutschland gilt dank seiner laxen Gesetzeslage inzwischen als „europäische Drehscheibe“ für „weiße Sklaverei“.

Laut dem Chef des Hamburger Kommissariats Menschenhandel sind 95 Prozent aller Frauen auf dem Strich, in Bordellen und Callgirlringen „Zwangsprostituierte“, die ihren Beruf nicht eigenständig und selbstbestimmt ausüben. Wenn die Frauen wieder raus wollen aus dem „Milieu“, droht ihnen meist Gewalt. Eigentlich sind alle Frauen und auch Männer von der Prostitutionspolitik betroffen, denn es hat schließlich fundamentale Auswirkungen auf das Bild von Frauen beziehungsweise Männern, wenn die einen das käufliche und die anderen das kaufende Geschlecht sind – und das in aller Legalität.

Zu der zunehmenden Salonfähigkeit von Prostitution, Zuhälterei und Freiertum hatte die weltweit in dieser Krassheit bisher nur in Deutschland und Holland geltende uneingeschränkte Legalisierung wie befürchtet rasant beigetragen. Inzwischen brüsten sich prominente Männer in den Medien ganz lässig damit, Bordellgänger zu sein. Widerlich!

Oft geht es um die Männer der anderen und leider zu selten um die eigenen Ehemänner oder Freunde, die sich gewohnheitsmäßig wie Paschas verhalten, mit Allüren, die 90 Prozent aller Frauen bekannt vorkommen müssten: „Nun stell dich doch nicht wieder so an“, oder „Hast du etwa deine Tage?“ – das sind so die Abwiegler, mit denen der geschulte Mann von seiner Faulheit ablenken will, in der Haus- oder Gefühlsarbeit. Ich meine, dass frau einen sich unwillig verhaltenden Mann ja auch nicht indiskret danach befragt, ob er vielleicht mit feuchten Träumen aufgewacht sei und sich keine Triebabfuhr zukommen lassen konnte. Frau muss es bloß mal aussprechen!

Nicht nur am 8. März wollen wir uns für Gleichberechtigung und eine menschlichere Welt einsetzen. Mädels, krempelt die Ärmel hoch: Es gibt noch unendlich viel zu tun!

2. Letzte Woche, am 1. März 2007, vermeldete der „Weser-Kurier“ erstaunlicherweise einen „Rekordrückgang“ der Arbeitslosigkeit und jubilierte lauthals darüber, dass der vielerorts beschworene „**Konjunkturaufschwung**“ und der milde Winter die Arbeitslosigkeit binnen eines Jahres so stark sinken ließen wie noch nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik. Es wird fröhlich mit den angeblichen Zahlenwundern der Bundesagentur herumjongliert, die alle aus dem Frisiersalon stammen. Dennoch: Aus Sicht von „Arbeitsmarktforschern“ erlebe Deutschland derzeit einen „Bilderbuch-Aufschwung“.

Damit nicht genug: In einem weiteren Artikel des gleichen Tages verlautbart der „Weser-Kurier“ allen Ernstes, Arbeitsplätze würden teils schon „knapp“. Nach

den vielen rosigen Zahlenketten wird von einem einzigen 62-jährigen Kraftfahrer berichtet, der entgegen jeder Prognose dennoch eine „neue Chance“ bekommen hat. Weiterhin wird sich auf die Aussage versteift, dass die Arbeitgeber bei der Suche nach Mitarbeitern mehr „Kompromisse“ eingingen, anders als noch vor einem Jahr. Ja, wer heute, bei diesem unglaublich tollen Aufschwung, noch immer keinen Arbeitsplatz gefunden hat, der scheint auch keinen finden zu wollen! Oder was sollen wir aus diesem Blödsinn sonst lernen?

3. Wie schon vor einem Jahr verursachte der UN-Bericht über das deutsche **Bildungssystem** einen heftigen Wirbel. Laut „Welt“ bezeichnet der UN-Menschenrechtsbeauftragte Munoz in seinem Bericht das deutsche System mit der frühen Aufteilung von Zehnjährigen auf Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien als „extrem selektiv“. Es diskriminiere zudem Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Zu ähnlichen Schlüssen war bereits die Pisa-Studie gekommen. Munoz verweist zudem darauf, dass nach mehreren internationalen Untersuchungen in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat der Welt der Bildungserfolg eines jungen Menschen so abhängig von seiner sozialen Herkunft sei wie in Deutschland.

Nun versuchen die deutschen Bildungsminister offenbar, „Korrekturen“ an einem Bildungsbericht der UNO zu erreichen, bevor dieser veröffentlicht wird. Sie behaupten nun, Vernor Munoz habe das deutsche Bildungssystem „nicht verstanden“. So wird es wohl sein. Offenbar wollen deutsche Bildungsminister nicht begreifen, dass es allerhöchste Zeit ist, das dreigliedrige Schulsystem endlich abzuschaffen!

4. Der „Stern“ von letzter Woche konnte es nicht lassen, seine Redakteure Verena Lugert und Bert Heinzlmeier einen Artikel der besonderen Art schreiben zu lassen. Er trägt den Titel: „Die Frauen vom Harthof“. “Sie leben am Nordrand von München, am äußersten Rand der Gesellschaft: junge Frauen ohne Ausbildung, ohne Chance, ohne Partner, ohne Liebe. Ihr einziger Halt: Kinder.“ Hier gebe es eine „gute Infrastruktur“ mit vielen billigen Discountern, Kindergarten, Schule und sogar eine grüne Wiese. Die meisten Menschen hier seien arm, und am ärmsten dran sind die Mütter, die meisten alleinerziehend. Aber es sei nur eine unsichtbare **Armut**, die sich dem oberflächlichen Blick entziehe. Dennoch hätten die Sorgen, die Überforderung und die Armut die meisten Menschen langsam zermürbt.

Es wird die Frage aufgeworfen, wann man in Deutschland „arm“ sei. Nach der Definition der Weltbank ist arm, wer weniger als einen Dollar am Tag zur Verfügung und kaum sauberes Wasser hat und von keinem Arzt versorgt wird. Hier werden rührende und schaurige Familienverhältnisse beschrieben. Aber die Menschen dort verfügten über alles, was man so brauche: Leben in einem Neubau mit Terrasse und kleinem Garten, Badewanne, Wäschetrockner, Geschirrspüler, Laptop und DSL, Fernseher, DVD, Musikanlage. Sind diese Menschen wirklich arm? Ja, sagt der Armutsbericht der Bundesregierung. In Deutschland gilt als arm, wer

weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat, also weniger als 856 Euro für einen Erwachsenen im Monat.

„Armut definiert sich weniger über Einkommensgrenzen, sondern vielmehr über mangelnde Teilhabe am großen Gesellschaftsspiel Deutschland. Armut ist, keine Arbeit zu haben und keine zu finden, weil man die geforderten Qualifikationen ganz einfach nicht bieten kann. Aus verschiedenen Gründen: weil man vielleicht nie Disziplin gelernt hat. Oder intellektuell überfordert ist. Weil man irgendwann einmal psychisch verletzt worden ist und deswegen nicht mehr funktioniert.“ Jetzt wissen wir, warum so viele von uns keine Arbeit finden und uns mit Hartz IV „eingerichtet“ haben: Schließlich ist die „Sozialkohle etwas Abstraktes, das überreichlich aus irgendeinem anonymen Nichts sprudelt“.

Auch an den biologischen Vätern der Kinder vom Harthof wird kein gutes Haar gelassen. Über sie „weiß“ man, dass auch sie von Hartz IV leben und deswegen keinen Unterhalt zahlen müssen. „Hätten sie Arbeit, bliebe ihnen vom Lohn nach den Alimenten nicht mehr, als sie so haben. Darum suchen sie sich gar nicht erst einen Job“. Schon wieder dazugelernt, dass es ja genug Arbeit für alle gibt! Man oder auch frau muss bloß wollen und natürlich auch können!

Am Ende des subtilen Textes wird erstaunlicherweise eingeräumt, dass das Geld doch nicht so „überreichlich sprudeln“ kann, wie zuvor behauptet. Denn „das Budget ist wie eine zu kurze Bettdecke, zieht man da, friert man dort, gibt man dem einen die fünf Euro für das Schultheater, fehlen sie wieder hier, also von vorn.“

Elisabeth Graf (parteilos)

Am Volk vorbei: Große Koalition fällt Beschlüsse, die von 83 Prozent der Menschen abgelehnt werden *(„Junge Welt“)*

Gegen Almosen: Arbeitslose Erzieherinnen sollen sich als Tagesmütter „selbständig“ machen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Hartz IV ist im Kern falsch: Nicht jede Erwerbsarbeit ist automatisch gut für die Gesellschaft *(„Tageszeitung'“)*

Mit Blindheit gestraft: Gericht verweigert Sehhilfe für Hartz-IV-Betroffene *(„Guter Rat“)*

„First Lady“ gestorben: Beileid auch von der Montagsdemo *(„Tageszeitung“)*

Stalinfrage: Kommen dem Förderer eines bürokratisierten Geheimdienstes Verdienste beim Aufbau des Sozialismus zu, wenn aufgrund falscher Anschuldigungen unschuldige Menschen hingerichtet wurden? *(MLPD)*

Solidarität mit dem Kampf der Airbus-Kollegen

An der 124. Montagsdemo in Bremen am 5. März 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz und später auf dem Hanseatenhof nahmen etwa 35 Menschen teil. Der geplante Arbeitsplatzabbau bei Airbus stand neben dem „Internationalen Frauentag“ am 8. März im Mittelpunkt der Beiträge.

Es ist notwendig, die Menschen über die Hintergründe des „Power-8“-Programms bei Airbus zu informieren und zur Unterstützung des Kampfes um jeden Arbeitsplatz aufzurufen, wie von mehreren Rednern betont wurde. Wir verabschiedeten eine Resolution und waren sehr begeistert von der Unterstützung der Schüler des Waller Schulzentrums durch ihre Unterschriftensammlung.

Der „Internationale Frauentag“ wurde in seiner Geschichte und aktuellen Bedeutung dargestellt. Dazu wurden mehrere Lieder vorgetragen und mit Begleitung gemeinsam gesungen. Aktuelle Urteile und mutmachende Hinweise aus dem Bereich der Hartz-IV-Gesetzgebung waren weitere Bestandteile der Kundgebung, außerdem sammelten wir Unterschriften gegen die geplante Verbrennung von Giftmüll aus Australien.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

125. Bremer Montagsdemo am 12. 03. 2007

Der Senat treibt Bremen in den Ruin

Es könnte nicht schlechter laufen für die Große Koalition kurz vor der Bürgerschaftswahl! Nach zwölf Jahren steht Bremen am Rande der Klippe und droht hinunterzustürzen. Es ist schon verhext, dass sich gerade kurz vor der Wahl so viele Skandale und Fehlentscheidungen an die Oberfläche drücken. Das über zehn Jahre dauernde Missmanagement lässt sich nicht mehr kaschieren oder schönreden!

Aber der Senat hat aus seinen groben Fehlern und seinen vielen Lügen nicht dazugelernt. Nein, man tritt selbstbewusst mit fast den gleichen lumpigen Kandidaten an! Da unterscheidet sich die CDU nicht von der SPD. Außer vom Umbau der Hochschulen sprechen wir von der Krankenhausaffäre, der Verschuldungskrise, der Airbuskrise, dem „Kindeswohl"-Ausschuss, dem Fall Kurnaz, den drohenden Zwangsumzügen und der Nichtreform des Wahlrechts. Das müsste eigentlich reichen für einen geschlossenen Rücktritt des Senats!

Nicht aber hier in Bremen. Ist das die „hanseatische Sturheit"? Der derzeitige zweite Bürgermeister und Innensenator Röwekamp (CDU) entwickelt sich als Wackelkandidat. Immer mehr Aussagen, die von ihm und seinen Untergebenen getätigt wurden, erweisen sich als Lügen. Im Fall **Kurnaz** wurde nicht nur gelogen, es kam auch zu Fehlentscheidungen. Der BND-Untersuchungsausschuss bringt Röwekamp in die Klemme, der dort am 22. März aussagen muss, denn über seinen Schreibtisch gingen die „Informationen" über Murat Kurnaz zum BND und von dort zur CIA. Diese ließ den gebürtigen Bremer fast fünf Jahre lang im Folterknast auf Kuba schmoren!

Erst seit Kurnaz wieder in Deutschland ist, kommt der Skandal hoch – und zeigt sich somit die Verwicklung Röwekamps. Merkwürdig ist dessen neuestes Handeln, nachdem ihm krasse Rechtsverstöße nachgewiesen wurden: Der BND-Ausschuss hat die Bremer Akten über Kurnaz nur mit Verzögerung erhalten und musste daher vorübergehend seine Arbeit ruhen lassen. Anfang März kam heraus, Herr Kurnaz sei „falsch eingeschätzt" worden. Es hat auch ein Übergabeangebot der USA an Deutschland gegeben, das abgelehnt wurde. Röwekamp rea-

giert auf diese Sachlage heuchlerisch und veröffentlicht eine Studie, in der es heißt, in Bremen seien „vermehrt Migranten kriminell aufgefallen“.

Es muss noch gesagt werden, dass Murat Kurnaz 20 Jahre in Bremen lebte, aber keinen deutschen Pass erhielt. Nennt Herr Röwekamp das Integration? Noch 2006 drohte er mit einer Ausweisung, sollte Kurnaz freikommen, obwohl er wusste, dass das gegen Kurnaz verwendete „Material“ auf Gerüchten fußte. Man weigerte sich, die „Duldung“ zu verlängern, weil Kurnaz „seit 2002 nicht mehr in Bremen lebte“. Zu dieser Zeit war er im Folterknast der USA! Bürokratie und Falschaussagen ließen ihn dort schmoren. Ist er die Spitze eines Eisbergs?

Dieser Fall blieb so lange auf Eis gelegt, weil die Regierung Schröder Druck auf Bremen ausübte, belastendes Material gegen Kurnaz zu sammeln, um den „Anfangsverdacht“ gegen ihn zu „erhärten“. Nun stellt sich heraus, dass sämtliche Anschuldigungen gegen Kurnaz fiktiv waren! Dies bestätigten mehrere Aussagen vor dem BND-Untersuchungsausschuss. Die Regierung Schröder wollte sich keine Blöße geben, mit dem Ergebnis, dass versucht wurde, Kurnaz den Pass zu entziehen. Das gelang nicht, weil ein deutsches Gericht diese Maßnahme für illegal erklärte. Die Regierung Merkel musste Kurnaz wieder nach Deutschland heimholen, aber sie tat es nicht aus Barmherzigkeit, sondern weil die Justiz massiv Druck auf sie ausübte.

Ebenfalls unter den Fingern brennt das Thema **Airbus**. In Bremen sollen 900 Arbeitsplätze wegfallen. Bürgermeister Böhrnsen sprach vor der Bekanntgabe des Abbaus zur Belegschaft und sicherte zu, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Das Ergebnis ist nur als ein Sturz ins Bodenlose zu bezeichnen. Und jetzt? Weder sieht man Herrn Böhrnsen, noch hört man dazu etwas von ihm. Die Vermutung liegt nahe, dass er die Belegschaft zuerst ruhigstellen wollte, um sie dann hinterrücks zu erstechen. Das wurde am langen Tisch mit ihm verhandelt! Im Gespräch mit der Konzernspitze hat Böhrnsen diesem Kuhhandel zugestimmt und damit Bremer Interessen verraten!

Weiterhin unverschämt bei Airbus ist, wie das Verhalten des Konzerns auch noch subventioniert wird. Allein aus Bremen, das hier wieder eine unglückliche Rolle spielt, flossen in wenigen Tagen 30 Millionen Euro in die Kasse des Unternehmens. Diese reichlich sprudelnden Subventionen sind Steuergelder! Wir geben Airbus Geld, damit dieser Konzern rüde expandieren kann. Der Bund hat, zusammen mit Banken, das Aktienpaket von Daimler-Chrysler gekauft und besitzt jetzt einen 7,5-Prozent-Anteil am Unternehmen. Frankreich ist Hauptanteilseigner mit 15 Prozent.

Von der Konzernspitze wurde jedoch schon klar gesagt, die Länder dürften nicht in unternehmerische Entscheidungen reinreden. Die Länder bleiben also Statisten: Airbus wird künftig wie ein Unternehmen geführt und nimmt nicht mehr auf Länderinteressen Rücksicht. Diesen Kurs hat Böhrnsen abgenickt, aber wie der Bund wirbt er für höhere Subventionen. Frankreich hat bereits 100 Millionen Euro bereitgestellt für die Kohlefasertechnologie. Eigentlich sind die Verhandlungen mit Airbus nicht als fair zu bezeichnen: Es ist Erpressung!

Die Drohung des Konzerns, europaweit 10.000 Stellen abzubauen, entspricht einer Strategie von Airbus, die von den Politikern in Frankreich und Deutschland gedeckt wird. Es geht dabei auch um eine geforderte Kapitalerhöhung von fünf Milliarden Euro bis 2010. Die Drohung, Arbeitsplätze zu vernichten, ist letztlich die Holzhammermethode, damit die Regierungen Deutschlands und Frankreichs diese Kapitalerhöhung durchwinken.

Das sind zwei von vielen durchaus unappetitlichen Themen, die die Bremer Zeitungen und auch die Bürger kurz vor der Wahl im Mai stark beschäftigen. Eines ist nicht zu leugnen: die Verantwortung des Bremer Senats. Aber der Senat kommt anscheinend nicht aus der Spur. Auch eine Gesprächsrunde der Heinrich-Böll-Stiftung, die sich der **Verschuldung** der Stadtstaaten Bremen und Berlin annahm, wird nur mit Achselzucken bedacht. Herr Sarrazin, Finanzsenator in Berlin, sagte dort, Bremen werde keinen Erfolg haben beim weiteren Empfang von Strukturhilfen.

Die Verschuldungskrise des Landes Bremen wird nun als Totschlagargument benutzt, um Kürzungen zu rechtfertigen. Verschwiegen wird, wie es dazu kam, wer für die Verschuldung verantwortlich ist und dass es auch Nutznießer der Verschuldungskrise gibt, zum Beispiel die Banken, die weiterhin Kredite gewähren und jedes Jahr von der Stadt Bremen eine Milliarde Euro allein an Zinsen einstreichen. Man sieht, wie verlogen der Senat ist, wenn er bei den Ärmsten kürzt und dazu allein das Argument der Verschuldung anführt!

Dieser Senat hat die Stadt komplett an die Wand gefahren, und dazu sitzen ihm noch Skandale im Rücken. Die Mannschaft tritt aber geschlossen zur Wahl an, als berührten die erdrückenden Probleme sie nicht. Eines muss zum Schluss festgestellt werden: Der Senat hat seine Chance gehabt und vergeigt! Er muss im Mai abgewählt werden!

Jens Schnitker (parteilos)

Arbeit besteuern, Kapital entlasten: Mit erhöhter Mehrwertsteuer bezahlen die Bürger die Steuersenkung für Konzerne *(„FAZ“)*

Studentenbude unbezahlbar: Hartz IV macht Billigwohnen teuer *(„Westdeutscher Rundfunk“)*

Kämpfen wir bei der Sozialdeputation für billigen Wohnraum!

Wie in den Nachrichten gemeldet, wird in Bremerhaven und Bremen geplant, Wohnungen zu vernichten. Aus Senatskreisen ist zu vernehmen, dass damit die Mietpreise „stabil“ gehalten werden sollen: Da zehn Prozent weniger Menschen in Bremerhaven leben, sei das nötig. In der Bremer Innenstadt gibt es jedoch einen Einwohnerzuwachs von 2,4 Prozent. Diese Politik der Vernichtung von Wohnraum ist abzulehnen! Sozialstaat bedeutet, so lernte ich das einmal in der Schule, dass der Staat sich da einmischt, wo es um das Wohl der Bevölkerung geht. Hier geschieht genau das Gegenteil! Die Interessen einer kleinen Minderheit von Wohnungsspekulanten werden hier vertreten, die Wohnungen so teuer wie möglich verkaufen wollen. Sie haben ein Interesse daran, dass Häuser abgerissen werden, um den Wohnraum knapp zu halten und teure Wohnungen zu verkaufen!

In Bremen fehlt billiger Wohnraum, und 10.000 Menschen haben die Aufforderung erhalten, in eine „billigere“ Wohnung umzuziehen, da die Miete „zu teuer“ sei! Die Mietobergrenze für Kaltmieten von 265 Euro ist zu niedrig angesetzt, darum gehört sie angehoben! Nicht nur Bremen und Bremerhaven sind von dieser unverantwortlichen Wohnungspolitik betroffen, sondern unter anderem auch Mannheim, Dresden und Hamburg. In sehr vielen Städten wird der soziale Wohnungsbau durch die Privatisierung vernichtet. Darum gibt es Obdachlosigkeit, da nicht genügend billiger Wohnraum für die Menschen bereitgestellt wird!

So drohen 2007 die kommunalen Wohnungszuschüsse gekürzt zu werden. Bisher erhielten die Länder vom Bund vier Milliarden Euro an Zuschüssen. SPD-Finanzminister Steinbrück will diese auf zwei Milliarden Euro kürzen. Das bedeutet, dass die realen Kosten für eine warme Miete nicht übernommen werden. So gab es 2004 bundesweit 345.000 Wohnungslose bei uns, davon sind 200.000 irgendwie untergekommen. Das ändert nichts daran, dass in einem der reichsten Länder der Welt Menschen auf der Straße leben müssen! Die Reichen sind für die leeren Kassen des Staates verantwortlich, da sie viel zu wenig Steuern zahlen!

Herbert Thomsen von der „Solidarischen Hilfe“ weist darauf hin, dass es im Januar 980 angebotene Wohnungen in Bremen gab. Davon waren nur 99 für die Bagis akzeptabel. So entstehen Gettos; Menschen werden gezwungen, aus ihren Wohnungen auszuziehen. Die Grünen fordern, dass Hartz-IV-Empfänger generell nicht mehr zur Senkung ihrer Mietkosten aufgefordert werden sollen. Die SPD lehnt dies ab! Die „Solidarische Hilfe“ empfiehlt, gegen die Aufforderung

der Behörden, die Miete zu senken, Widerspruch einzulegen und vor Gericht zu gehen. In diesem Jahr will nun die Regierung Gebühren für die Klageeinreichung erheben. Das bedeutet faktisch, dass die Menschen den Hartz-Gesetzen rechtlos ausgeliefert sind! Diese Gesetze, die die Lebenslage der Mehrheit der Menschen verschlechtern, sind zu bekämpfen!

In der Weltwirtschaftskrise 1929 lagen über 400.000 Menschen auf der Straße, ein großer Teil von ihnen war erwerbslos. Die Parallelen zum Ende der Weimarer Republik sind unübersehbar. Die Politik der neoliberalen Umverteilung führt dazu, dass die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung hinweggefegt werden. Darum gilt es zu kämpfen! An diesem **Donnerstag** treffen wir uns um **9 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**, und um 10 Uhr findet eine Aktion im Siemenshochhaus statt. Es soll in der **Sozialdeputation** endgültig über die **Mietobergrenzen** entschieden werden. Bitte solidarisiert euch mit den Menschen, die von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit bedroht und betroffen sind!

Bettina Fenzel (parteilos)

„Sittenwidrige Löhne verboten“

Von wegen Kämpfen habe keinen Zweck, wir könnten doch nichts erreichen! Hier nun wieder ein Gegenbeweis: „Sittenwidrige Löhne werden verboten“, meldet der „Weser-Kurier“ am 10. März 2007. Na also, es geht doch! Aber glaubt ja nicht, dass hätten wir alle *ohne* unseren Protest erreicht! Ich bin auch nicht davon überzeugt, dass es irgendeine Änderung bewirkt hätte, wenn nur hier und da mal die Stimme erhoben wird. Die Montagsdemo hat wohl den größten Anteil daran, denn wir sind die einzigen, die den Politikern und auch der Wirtschaft jeden Montag, Woche für Woche, vor Augen führen, was wirklich los ist, hier im Land!

Man müsste uns eigentlich allen dankbar sein, denn wir erinnern immer wieder daran, dass es sich hier um menschliche Schicksale handelt, und machen sogar auf die drohenden Gefahren aufmerksam. Ja, meine Damen und Herren, es ist nun mal nicht von Hand zu weisen, dass wir so etwas wie ein vorausschauendes Gewissen sind! Also seid uns dankbar, ihr Politiker, sonst würdet ihr eine wichtige Komponente vergessen, nämlich dass es wirklich Arme gibt, an die man auch denken muss!

Was ich aber außerdem festgestellt habe, ist die Tatsache, dass die Montagsdemo immer noch von den Medien kleingeredet oder auch gar nicht erwähnt wird. Man stelle sich nur vor, wie viel Unrecht schon früher hätte beseitigt werden können, durch ansteigende Löhne, durch Gleichberechtigung der Frauen und mit menschlichem Denken! Das hat im Übrigen auch unser Bundespräsident Köhler angemahnt, allerdings nur im Ausland. Ohne soziale Komponente läuft eben nichts!

Liebe Rentner, ihr und ich haben keinen Grund, uns für unser angeblich gutes Auskommen zu schämen. Dafür haben wir unsere Knochen und die Gesundheit geopfert. Wenn ich an den „Generationenvertrag“ denke, fällt mir nur eines auf: Uns fehlen die Kinder. Nach der Statistik stimmt das sogar, wenn sie denn stimmt. Rentenprobleme kann man auch anders lösen, die Kinder aber werden uns fehlen. Das ist jedoch noch lange kein Grund, die Renten zu kürzen!

Der jungen Generation sage ich: Wir kämpfen für euch, dass ihr faire Löhne bekommt, und ihr sorgt bitte mit dafür, dass wir alle ein gutes Auskommen im Alter haben. Aber keine Sorge, ihr Lieben, wir bleiben dran und ihr hoffentlich auch. 20 Millionen Rentner sind 20 Millionen Wähler! Das nur zur Erinnerung an die Politik.

Udo Riedel (parteilos)

Erzieher eingespart: Arge schickt Ein-Euro-Fummler
in den Kindergarten *(„Bild“-Zeitung)*

Wellnessprogramm in Vollendung

Fast 20 Millionen Menschen in Deutschland, das sind ein Viertel der Bevölkerung, können ohne soziale Unterstützung kaum noch überleben, Tendenz steigend! Mit laszivem Grinsen im Gesicht schlägt sich die Große Koalition stolz in die Brust, was für ein Sparerfolg erzielt wurde: allein bei der Agentur für Arbeit über elf Milliarden Euro!

Zwei Milliarden wurden nicht ausgegeben zur Förderung von Langzeitarbeitslosen. Ich behaupte: Sie wurden gestrichen! Hartz IV ist wirklich Armut per Gesetz: Statt zu fördern, wird nur noch gestrichen, auf Deubel komm raus! Täglich verlieren Tausende ihren Arbeitsplatz, und die Arbeitslosen sollen nach Arbeit suchen, wo keine ist, denn es fehlen sechs bis acht Millionen offene Stellen!

Das Wellnessprogramm für 20 Millionen Menschen ist von einer ganz besonderen Art: Alles, was nicht effizient arbeitet, ist für die Große Koalition nur „totes

Kapital“. Wer dem physischen und erst recht dem psychischen Druck nicht standhält, braucht sich mit Hartz IV nicht zufrieden zu geben: Werbeprogramme Richtung Ausland gibt es genug, man muss es nur selbst bezahlen! Wenn einer das Geld nicht hat, auf Dauer im Ausland zu bleiben, hilft die große Koalition per Knebelgesetz – „Reform“ klingt wie ein Hohn – einfach nach!

Doch warum in die Ferne schweifen, wenn der Friedhof liegt so nah? Liebe Montagsdemonstranten, wusstet ihr eigentlich, dass sich jährlich über 13.000 Menschen das Leben nehmen, was ich sehr verurteile, aber die Hälfte stirbt wegen Hartz IV, also auf Wunsch der großen Koalition, Tendenz steigend!

„Totes Kapital“ ist nicht effektiv, fördert nicht das Wohlbefinden der noch arbeitenden, knechtenden Gesellschaft und schon gar nicht die Superlative! Also wird Hartz IV noch verschärft, Bundestagsdrucksache 16 14/10, denn nach dem Gesetz darf „totes Kapital“ dezimiert werden. „Deutschland, mir graut vor dir!“

Alle vier Jahre gibt es Wahlen, dann hat das „tote Kapital“ von morgens 8 bis abends 6 Uhr Ausgang. Wenn es darum geht, den Machthunger der großen Koalition zu stillen, besinnt man sich wieder: Ach, es gibt doch so viele arme Menschen in Deutschland! Die Politiker müssten sich dafür schämen. Darum sage ich: Hartz IV muss weg!

Christine Wegener (parteilos)

Donnerstag 9 Uhr Demo ab Hbf gegen Zwangsumzüge!

1. Wir sind am **15. März 2007** wieder bei der **Sozialdeputationssitzung** und bringen das Thema **Wohnungen** mit! Treffpunkt ist der **Bahnhofsvorplatz**. Herr Schuster hat zwischenzeitlich eine neue „Verwaltungsanweisung Wohnen“ kreiert, bei der es sich im Wesentlichen um die alte handelt. Damit ist sie nur für den internen Gebrauch umsetzbar, als Grundlage für eine **Kostensenkungsaufforderung** aber unbrauchbar, wenn der Mensch sich wehrt!

Neu ist die Begrenzung der Miete bei einem akzeptierten Härtefall auf plus 50 Prozent zu der willkürlich festgelegten Höchstgrenze! Diese Härtefallregelungen sind aber keine Bremer Erfindung, sondern die Akzeptanz von Richterrecht. Die Bremer Einschränkungen werden der gerichtlichen Überprüfung daher nicht standhalten!

Auszubildende haben ab 1. Januar 2007 die Möglichkeit, Kosten der Unterkunft gemäß § 22 Absatz 7 SGB II zu beantragen, auch wenn Berufsausbildungs-

beihilfe gezahlt wird! Dafür gibt es eine ausführliche Anleitung. Es ist sehr zu begrüßen, dass die Bagis-Mitarbeiter(innen) somit endlich über diesen Anspruch informiert werden! Ende Januar wusste eine Mitarbeiterin und ihr Vorgesetzter dies nicht. Anmerkung: Somit müsste auch eine Erstausstattung für diesen Personenkreis zu bewilligen sein.

Überholt durch Richterrecht, aber weiterhin in der Verwaltungsanweisung zu finden ist das Behandeln von **Wohngemeinschaften** wie Mehrpersonenhaushalte statt wie Einzelpersonen. Unterfünfundzwanzigjährige, die wegen der Gesetzesänderung ausgezogen sind, haben Anspruch auf die Kosten der Unterkunft, denn sie haben nur ihren Gestaltungsspielraum genutzt, wie er jedem Steuerpflichtigem auch zugestanden wird, so der Richter – und nicht wie in der Anweisung beschrieben!

Die Versicherungspauschale von 30 Euro gilt nicht für einen zu Hause lebenden **Studenten**! Diese Pauschale ist angelegt wie ein Freibetrag im Steuerrecht und somit bei jedem Nebeneinkommen von Amts wegen zu berücksichtigen. Daher ist jeder Bescheid, bei dem die Versicherungspauschale nicht vom Einkommen gekürzt wurde, anfechtbar. Auf Antrag muss die Pauschale berichtigt werden und somit eine Nachzahlung von 30 Euro je Monat erfolgen, rückwirkend ab 1. Januar 2005.

Anlass zu dieser Anmerkung war für mich die geänderte „Verwaltungsanweisung Wohnen“ der senatorischen Dienststelle der Freien Hansestadt Bremen! So viel zur von ihr beanstandeten Qualität der Bagis-Entscheidungen. In der Verwaltungsanweisung der Freien Hansestadt Bremen wird zur Nichtbeachtung von einschlägigem Recht angehalten! Der Pauschbetrag steht in der Verwaltungsanweisung der Bundesagentur für Arbeit!

Weitere Ausführungen auf der Sitzung. Wir fragen Herrn Schuster! Zwischenzeitlich sollte jeder, der eine Kürzungsandrohung erhalten hat, Widerspruch einlegen! Nur wenn viele sich wehren, unter Nutzung aller Möglichkeiten, sehen diese Politiker ihre Fälle davonschwimmen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Letzte Woche war der Frauentag, wir standen mit dem „Frauentransparent“ vor dem Bremer Rathaus. Die Aufteilung war „gerecht“: Unsere weiblichen Wesen sind nach oben zur Feier gegangen, und wir haben vor der Tür durch das Transparent auf die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit hingewiesen.

Außerdem haben wir die **Flyer** von **Verdi** zur **Demo** an diesem **Donnerstag** verteilt. Wir hatten dabei guten Absatz und nachdenkliche Frauengesichter, aber auch volle Zustimmung beim Betrachten des Transparents! Wir haben damit auch die Sozialsenatorin, Frau Ingelore Rosenkötter, über unseren Besuch informiert. Sie kam zwar mit Verspätung zur Feier, aber für den Flyer war noch Zeit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Dann haben wir uns auf den Heimweg gemacht und auf dem Marktplatz die **Mahnwache für den Frieden** gesehen. Spontan haben wir unserer Transparent wieder ausgepackt und durften daran teilnehmen. Es war eine Jubiläumsveranstaltung! Wir konnten zu 25 Jahren Mahnwache auf dem Bremer Marktplatz gratulieren. Eine sehr anerkennenswerte Leistung! 25 Jahre – und immer noch sehr wichtig, oder besser gesagt hochaktuell!

Die Aufrüstung, das Entsenden deutscher und europäischer Soldaten in alle Welt und die Absenkung der sozialen Standards sind im gleichen Vertragswerk fixiert, der Lissabon-Agenda. Die Fortschreibung dieser Verträge erfolgt außerhalb jeglicher parlamentarischen Kontrolle – und wir sollen es ausbaden! So wird Europa nicht einig sein und bleiben! Die Bundeswehr nutzt die Gunst der Stunde zur Freiwilligenwerbung in den Arbeitsämtern und Argen! Darum lasst uns gemeinsam Gegenwehr organisieren.

So haben am 1. März 2007 fünfzehn Antimilitarist(inn)en eine Kölner Arbeitsagentur schon deutlich vor Beginn der Bundeswehr-Werbeshow besucht. Den Mitarbeiter(inne)n des Arbeitsamts wurde zur Diskussion ein offener Brief überreicht. Darin werden sie aufgefordert, den **Rekrutierungsveranstaltungen** der Bundeswehr ein Ende zu bereiten: „Trotz (und gerade in) größter Perspektivlosigkeit darf niemand animiert werden, als Zeitsoldat zum Bund und damit zum mittlerweile verpflichtenden Auslandseinsatz zu gehen!“ Trotz gelegentlich erteilter Hausverbote konnten rund 70 Prozent der Mitarbeiter erreicht werden und Hunderte von Aufklebern „Army go raus – aus dem Arbeitsamt“ angebracht werden.

3. ALG II schafft einen Generalverdacht gegen Bedürftige – und schönt die Nebeneinkommen der Geldinstitute: Wer ALG II beantragt, soll die **Kontoauszüge** der letzten drei Monate vorlegen, und zwar laut Bagis ungeschwärzt. Nur der Name einer Partei muss darauf nicht zu lesen sein, wohl aber der Mitgliedsbeitrag. Jeder fehlende Kontoauszug wird nachgefordert. Der Kunde geht somit zu seinem Kreditinstitut und lässt diesen nachträglich erstellen. Die Kosten betragen zwischen 2,50 und 3,50 Euro je Kontoauszug. Dies freut, wie gesagt, die Banken.

Wer von dieser Lücke betroffen ist, kann statt der fehlenden Kontoauszüge von seiner Bank eine Kontoübersicht anfordern. Daraus sind alle Kontenbewegungen für diesen Zeitraum ersichtlich und somit auch die Buchungen auf den fehlenden Kontoauszügen. Die Kontoübersicht kostet für einen Zeitraum von drei Monaten insgesamt nur 2,50 Euro. Der Verdienst mit den Kontoauszügen ist aber so gut, dass einige Mitarbeiter behaupten, eine Kontoübersicht könne nicht ausgedruckt werden! Sie lässt sich aber schriftlich anfordern und abholen, um Porto zu sparen. Wenn ich diese Praxis beanstandet habe, hieß es: „Wenn der Kunde sagt, er benötige die Kontoauszüge, dann bekommt er sie! Natürlich wäre die Übersicht preiswerter, aber der Wunsch des Kunden wird erfüllt.“

Natürlich kann mensch sich auch gegen diesen Generalverdacht wehren und die Vorlage der Kontoauszüge verweigern, allerdings wird die Praxis der Bagis von einigen Urteilen gestützt. Andere Richter sehen dies ganz anders. Die Klä-

rung der verlangten Unterlagen sollte bereits bei der Aushändigung der Liste der mitzubringenden Belege erfolgen und mit dem ankreuzenden Mitarbeiter ausdiskutiert werden; allerdings geht dies machmal wegen der Weisungsgebundenheit des Mitarbeiters ins Leere.

Mensch kann die Kontoauszüge auch so schwärzen, dass die ausgehenden Zahlungen durch die Beträge ersichtlich sind und nur bei den Zahlungseingängen auch der Text lesbar ist. Aber vorher eine Kopie anfertigen, diese schwärzen und die Kontoauszüge nur zeigen, um Einsicht zu gewähren! Teilweise wird bei der effektiven Antragsannahme gar nicht der Anforderungszettel abgearbeitet. Hausintern wird diese Anforderung auch nicht weitergegeben. Gerne kopiert die Bagis die vorgelegten Unterlagen. Dies geht nur mit Zustimmung des Betroffenen oder aus wichtigem Grund. Dieser muss genannt werden – schriftlich.

Der Antrag auf ALG II erfolgt durch Willenserklärung. Eigentlich reicht ein Telefonanruf, wobei dieser schwer zu beweisen ist. Im Regelfall wird die Übergabe des Antragsformulars der Antrag auf ALG II sein. Die Angaben im Antrag selbst und in seinen vielen Anlagen sind nur für die Durchführung nötig, für die Verwaltung! Dies ist wichtig, weil die Menschen manchmal nicht über diese formelle Antragsstellung hinauskommen: Sie lassen sich das Formular geben und erschrecken aufgrund der Papierflut und der zusätzlichen beizubringenden Unterlagen. Oder sie beginnen mit dem Ausfüllen und kommen zum Abgabetermin mit ihren Unterlagen, aber dort fehlen dann weitere Angaben, und es kommt nicht zur Bearbeitung!

Mit der *tatsächlichen* Antragstellung durch die Anforderung des Antragsformulars können dies Betroffenen jederzeit die Antragstellung fortsetzen, rückwirkend und lückenlos! Also, wer sich verkrümelt hat: Macht euch auf den Weg! Es lohnt sich, wieder ein wenig Sicherheit zu erlangen. Darüber hinaus ist auch jeder Folgeantrag nur eine Forderung der Verwaltung, somit kann ein nicht oder nicht rechtzeitig eingereichter Folgeantrag keine Leistungsversagung verursachen! Die Bagis sieht das anders, aber der Mensch kann sich wehren! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Eine Direktversicherung ist entsprechend der Anwartschaft unverfallbar und dann wie eine Riester-Rente zu behandeln. Eine Direktversicherung ist meistens eine Umwandlung von Gehaltsanteilen in Versicherungsschutz oder Altersvorsorge. Teilweise haben auch Arbeitgeber diese Beiträge zusätzlich für ihre Mitarbeiter(innen) eingezahlt. Die Direktversicherung wurde und wird von Steuer- und Sozialversicherungsregelungen unterstützend begleitet; es gab sie lange vor den Riester-Verträgen.

In einem konkreten Fall hat der ehemalige Arbeitgeber eine Direktversicherung für und auf den Namen seiner Mitarbeiterin abgeschlossen und die Beiträge gezahlt. Durch die Dauer der Betriebszugehörigkeit war diese betriebliche Altersvorsorge unverfallbar geworden! Dies ist der Versicherungsgesellschaft erst nach nochmaliger Prüfung aufgefallen. Die Arge wollte den Verbrauch dieser

Lebensversicherung *vor* der ALG-II-Gewährung durchsetzen; sie ist von verwertbarem Vermögen ausgegangen.

Kann jedoch eine im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung abgeschlossene Lebensversicherung nicht vor Eintritt des Rentenalters gekündigt werden, liegt keine Verwertbarkeit nach § 12 Absatz 1 SGB II vor. Nach § 2 BetrAVG besteht auch vor Eintritt des Versorgungsfalles keine Möglichkeit, den Versicherungsvertrag zu beleihen, zu verpfänden oder abzutreten, so das Sozialgericht Leipzig (Az. S 6 AS 283/05 vom 14. Februar 2007). Somit ist diese Versicherung vor einer Vermögensanrechnung geschützt, egal wie hoch der Wert ist, wie eine Riester-Rente!

Es gibt aber weiteren Auslegungs- und Klärungsbedarf für Vermögen, denn Direktversicherung und Riester-Rente sind ebenso steuerlich gefördert wie **Wohneigentum**! Für jede steuerlich geförderte Altersvorsorge gilt der Vertrauensschutz – es kann zu verwertendes Vermögen sein. In den bisherigen Entscheidungen über Eigentumswohnungen und selbstgenutzte Einfamilienhäuser fehlen mir diese Argumente in den bisherigen Verfahren. Eine gerichtlich untermauerte Verwertungsaufforderung für selbstgenutztes Wohneigentum ist mir auch nicht bekannt. Irgendwie haben die Richter bisher immer die Kurve zugunsten des Betroffenen gekriegt.

Wer Vermögen verwerten soll, ist gut beraten, sich zu wehren! Die Vorschriften wurden von der Arbeitslosenhilfe abgeschrieben, und gerade die Vermögensverwertung gemäß Arbeitslosenhilfe wurde für ungültig erklärt, weil keine Härteklausel vorhanden ist. Diese fehlt auch beim ALG II, daher *immer* Widerspruch einlegen und dessen aufschiebende Wirkung beantragen. Wenn diese nicht bestätigt wird, einstweiligen Rechtschutz beantragen!

Härtefälle sind Behinderung, Auszug der Kinder, bevorstehende Rente oder Arbeit in Aussicht. Aus meiner Sicht besonders wichtig ist, dass diese Vermögen mit steuerlicher Förderung als Altersvorsorge geschaffen wurden! In dem Zusatzbogen 3 fehlt bei Wohneigentum eine entsprechende Frage oder Eintragungsmöglichkeit, also einfach dort vermerken: „mit steuerlicher Förderung erworben“! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Per E-Mail erfuhren wir von einer Frau, die vor einem Jahr einen Hartz-IV-Antrag gestellt hatte, der aber abgelehnt worden war, weil ihr Ehemann, mit dem sie seit 25 Jahren verheiratet ist, „zu viel“ verdiene, nämlich 1.200 Euro netto. Ob eine Möglichkeit besteht, dass sie dennoch Geld vom Amt bekommen kann, ist nicht einfach zu beantworten, denn Voraussetzung für eine ALG-II-Leistung ist die Bereitschaft, eine Klage einzureichen und durchzustehen - wahrscheinlich bis zum Europäischen Gerichtshof.

Es gibt zwei Entscheidungslinien: a) Die „heile“ **Familie** darf nicht schlechter gestellt werden als die getrennt lebende. In diesem Fall kann ein Selbstbehalt von circa 1.000 Euro bei dem Verdienenden angerechnet werden. Nur der überstei-

gende Betrag muss zum Unterhalt und für die Miete der hälftigen Wohnung dienen. b) Alles an Einkommen ist zum gemeinsamen Bedarf einzusetzen. In diesem Fall wird die „heile“ Familie schlechter gestellt als die gescheiterte Ehe.

Insofern gibt es keine Garantie für den Ausgang dieser Auseinandersetzung, ob bei 1.200 Euro Nettoeinkommen außerdem noch ALG-II-Anspruch besteht. Bei der Berechnung ist für jeden ein Betrag von 311 Euro anzusetzen, also zusammen 622 Euro. Hinzu kommen die Kosten der Wohnung inklusive Wasser, Abwasser, Warmwasseraufbereitung und Strom (oberhalb von zweimal 20,74 Euro gleich 41,48 Euro). Zuschläge kann es geben für Krankheitskosten, Schwerbehinderung und vorherigen ALG-I-Bezug.

6. Die Bagis verliert die meisten **Klagen** vor dem in Bremen zuständigen Verwaltungsgericht! Sie hat sauer reagiert und wollte nicht so, wie der Richter entschieden hat, aber nun war der Richter *sehr* sauer! Weigert sich die Arge entgegen einer einstweiligen Anordnung, Grundsicherungsleistungen auszuzahlen, kann das Sozialgericht in entsprechender Anwendung von § 201 Sozialgerichtsgesetz unter Fristsetzung ein **Zwangsgeld** bis zu 1.000 Euro gegen die Arge androhen:

„Die Antragsgegnerin hat mit Schriftsatz vom heutigen Tage erklärt, dass sie dem Antragsteller entgegen der einstweiligen Anordnung aus dem Beschluss vom 13. Februar 2007, ihr zugestellt am 15. Februar, gegen den sie Beschwerde eingelegt hat, keine Grundsicherungsleistungen auszahlen werde. Die Höhe des Zwangsgeldes und die gesetzte Frist erscheinen angesichts der existenziellen Gefährdung des mittellosen Antragstellers angemessen. Falls die Antragsgegnerin dem Beschluss bis zum 23. Februar 2007, 15 Uhr, nachkommt, kann sie die Festsetzung des Zwangsgeldes abwehren“, so das Verwaltungsgericht Bremen (Az. S3 Z 438/07 vom 22. Februar 2007). Dies hätte damals auch Kevin geholfen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Diese Regierung auf den Mond!

Als ich gestern eine Nachrichtensendung sah, glaubte ich, meinen Augen und Ohren nicht trauen zu dürfen: Jetzt will Deutschland allen Ernstes auf den Mond! Nein, nicht unser Regierungskabinett – dafür hätten ja alle Verständnis, wenn es zum Mond geschossen werden sollte – nein, Deutschland hat so viele Gelder über, die sich im Haushalt einsparen ließen, dass es im Alleingang auf den Mond fliegen möchte. Ansonsten soll ja ein gemeinschaftliches Europa geschaffen werden, aber wenn es darum geht, sich nach außen hin profilieren und nach fast 40

Jahren die eigene Fahne neben die amerikanische auf den Mond setzen zu können, dann prescht Deutschland im Alleingang vor!

Das wäre doch gelacht, wenn unsere Politiker nicht wüssten, wie sie die eingesparten Sozialleistungen, die Gelder für die Deals mit den Unternehmern – als Anerkennung für eine radikale Herabsetzung der Löhne – nicht mit vollen Händen wieder zum Fenster hinauswerfen könnten! Nachdem unten auf der Erde der Raubbau mit den Bodenschätzen weit gediehen ist und uns ein Klimakollaps droht, muss doch mal geguckt werden, ob sich der Mond nicht noch ausbeuten lässt. Was das kostet? Das ist doch völlig wurscht, solange es der Rüstungs- und Weltraumindustrie volle Taschen beschert.

So plant die Große Koalition, angeblich im Kampf gegen Lohndumping, eine Art Mindestlohn auf Hartz-IV-Basis festzulegen. Es soll kein hausgemachtes Lohndumping sein, wenn als Orientierung der Regelsatz dient, den ein lediger, kinderloser Hartz-IV-Empfänger erhält. Dabei deckt dieser noch nicht mal das Existenzminimum! Bundesarbeitsminister Müntefering sagte dazu: „Man kann dies nun Mindestlohn nennen oder nicht, entscheidend ist, dass die Löhne am Ende fair sind.“ Ob es wohl sein kann, dass der gute Mann nicht das mindeste Verständnis davon hat, was faire Löhne sind?

Oder die andere Schnapsidee, die die Bundesregierung in der vergangenen Woche beschlossen hat: Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die de facto einer Rentenkürzung gleichkommt. Hiermit soll sichergestellt werden, dass diejenigen, die ihr Renteneintrittsalter tatsächlich lebend – und auch noch in Arbeit – erreichen, ihr eigenes Begräbnis, mit möglichst schmuckem Grabstein, selbst ausrichten können!

Letzte Woche feierten wir den internationalen Frauentag. Hängengeblieben ist, dass wir Frauen in Deutschland es im Berufsleben so schwer haben wie in kaum einem anderen EU-Land. Wir verdienen ein Fünftel weniger als die Männer, arbeiten extrem oft in Teilzeit, machen selten Karriere. Tja, wenn wir denn Erwerbsarbeit haben! Dank Hartz IV verloren 60 Prozent der erwerbslosen Frauen ihren Anspruch auf Bezug von ALG II, nur weil sie mit einem Partner zusammenleben, der nun auch noch für sie mit aufkommen muss. Zum Ausgleich dafür sind lediglich 26 Prozent aller Führungskräfte weiblich.

Letztens regte sich die niedersächsische Landesbischöfin Käßmann zu Recht darüber auf, dass den Kindern von Hartz-IV-Empfängern die erhaltenen Geldgeschenke zur Konfirmation in voller Höhe auf das Einkommen der Eltern angerechnet werden. Die Dame hat eine lange Leitung, weil das verbrecherische und menschenverachtende Hartz IV schon vor über zwei Jahren in Kraft getreten ist. Aber immerhin ist es überhaupt bei ihr angekommen, was in diesem Lande

los ist, dass nämlich die Reichen immer reicher werden, während den Ärmsten der Armen alles genommen werden kann.

Die Kinder trifft eine solche Ausgrenzung immer am härtesten. So im Detail scheint das nur wenige wirklich zu interessieren, was diese Klientel dann aber nicht davon abhält, in der „Blöd“-Zeitung Lügen über uns zu verbreiten, in welchem Saus und Braus wir angeblich lebten. Nach all diesen Horrormeldungen der jüngsten Zeit ist es auch kein Wunder, wenn seelische Erkrankungen bei Kindern zunehmen. Viele Todesfälle vernachlässigter Kinder haben die Öffentlichkeit schockiert. Im Zentrum der Wahrnehmung steht dabei stets die körperliche Misshandlung. Dabei ist es gerade um die seelische Gesundheit deutscher Kinder schlecht bestellt.

Fast 20 Prozent aller Vorschulkinder weisen diagnostizierbare Verhaltensauffälligkeiten auf. Zu den häufigsten Störungen gehören Aggressivität, Konzentrationsschwächen, Unruhe, Ess- oder Schlafstörungen, aber auch oft Ängste und Depressionen. Der Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte, Wolfram Hartmann, sagte dazu: „Mindestens ein Viertel aller Kinder leben in Umständen, die nicht kindgerecht sind.“ Dazu zählt Hartmann Mütter mit oft wechselnden Partnern oder überforderte Alleinerziehende, Drogenprobleme, Arbeitslosigkeit oder Geldnöte, aber auch übermäßigen Fernsehkonsum: „Das alles macht die Kinder krank.“

Wie können wir Kindern helfen, die keine blauen Flecken oder gebrochene Gliedmaßen haben, aber in ihrer Psyche schwer verletzt werden? Politiker könnten jedenfalls gesellschaftlich ausgegrenzten Kindern ganz leicht durch entsprechende Gesetze helfen, indem sie die Bedarfssätze und die Mietobergrenze auf eine realistische Höhe anhöben, die Verfolgungsbetreuung der Eltern durch die Argen unterließen und somit ein Leben ohne permanente Existenzangst ermöglichten! Wenn dann noch unser Schulsystem reformiert würde, hätten auch Kinder von „bildungsferneren“ Eltern die Chance auf einen höheren Abschluss und eine Berufsausbildung. Das wäre mal Zukunftsmusik!

Elisabeth Graf (parteilos)

Europaweiter Streik kann das Profitprogramm vom Tisch fegen!

1. Heute ist unser Kreis kleiner, und manches vertraute Gesicht fehlt, weil diese Menschen, die uns unterstützen, noch Arbeit haben und zur Spätschicht oder zu anderen Verpflichtungen gerufen sind.

Wir leben in bewegten Zeiten: Vom Umschlag in die Klimakatastrophe werden immer drastischere Bilder und Szenarien gezeichnet. Die Strategien der Rie-

senkonzerne wie Airbus und deren Vorbereitungen für die gegenseitigen Vernichtungsschlachten, hier mit Boeing, werden immer deutlicher und immer menschenfeindlicher. Und die „Politik“ macht überall mit, bremst, wo sie kann, täuscht, lullt ein, subventioniert im eigenen Interesse: „Sichere dich, schaff gut an, genieße noch“!

Anfang der achtziger Jahre, als es um die Stationierung der „Pershing“-Raketen ging, warb die Reisebranche in den USA: „Besucht Europa, solange es Europa noch gibt“. Diesen Satz scheinen einige Manager und Politiker für sich abgewandelt zu haben. Aber manch einer bekommt auch ein Zeichen.

Bremens Bürgermeister Böhrnsen hat in der letzten Woche seine Ehefrau verloren. Luise Morgenthal starb mitten in ihrer Arbeit. Wir sprechen Herrn Böhrnsen unsere Anteilnahme dazu aus, aber wir schonen nicht die Politik, die auch von ihm vertreten wird, eine Politik gegen die Menschlichkeit, nur für Machtinteressen und Profit. Über den Aberwitz der Folgen aus der Politik des Senats und des Zustroms neuen Straffälligwerdens in den Vollzugsanstalten – Frau Morgenthal leitete den Frauenknast – kann jeder einmal nachdenken!

2. Der Europäische Metallgewerkschaftsbund, die „IG Metall“ auf Europa-Ebene, ruft für **Freitag**, den **16. März 2007**, zum europaweiten **Aktionstag** und Protest gegen „**Power 8**“, die Massenentlassungen von 22.000 Beschäftigten bei **Airbus**, auf. Nicht nur Airbus, sondern alle EADS-Betriebe in Frankreich, Deutschland, England, Spanien, Belgien und den Niederlanden sollen mit ihren Zulieferbetrieben an dem Protest teilnehmen.

Der IGM-Bevollmächtigte in Nordenham geht davon aus, dass in **Hamburg**, wo die Kundgebung stattfinden soll, eine der größten Demonstrationen ablaufen wird. Aus Nordenham wollen auch Schulklassen mit Bussen nach Hamburg fahren. Ein europaweiter Streik kann dieses reine Profitprogramm vom Tisch fegen!

Nach den Schlagzeilen der letzten und vorletzten Woche hat man nun wieder Nebel und Watte über die Sache ausgebreitet. Frau Merkel und Herr Chirac sprechen von einem „ausgewogenen Programm“. Die deutschen Betriebe sollen wieder auf den Kurs des Standortdenkens gebracht werden. Ein Teil der französischen Gewerkschaftsoberen heult mit den französischen Kapitalisten mit. Aber es brodelt überall: Die Kollegen wollen das nicht hinnehmen, auch nicht in Bremen!

Ich halte es für wichtig, die Airbus-Kollegen in ihrem Kampf zu unterstützen. Die MLPD hilft mit, einen **Solidaritätskreis** für diesen Kampf in Bremen aufzubauen. Er soll die Verbindung der Kämpfe im Betrieb herstellen zum Leben der Menschen in der ganzen Stadt, von der Schule über den Bäckerladen bis zum Sportverein, und er schließt die Montagsdemo-Bewegung natürlich mit ein. Das

nächste Treffen findet statt am **Donnerstag**, dem **15. März 2007**, um **18 Uhr** in der „**Sahara-Lounge**“, Kornstraße 88. Ihr seid herzlich eingeladen!

Da über den Aktionstag in Hamburg noch nicht so viel bekannt ist, es aber IG-Metall-Busse geben soll, fordern wir euch auf, Plätze bei der IGM zu bestellen und mitzufahren! Keiner soll sich abwimmeln oder wegschicken lassen. Es wäre doch gut, wenn wir mit unserem Montagsdemo-Transparent und einigen Mitstreitern dabei wären!

3. Konfirmationsgeld für den Deichbau? Der Staat greift einem ja gerne in die Tasche. In Rotenburg an der Wümme bekommt der Landrat Luttmann nun schwer Probleme! Da schlage ich für Bremen den Deichbau vor.

Aus den Superprofiten der multinationalen Konzerne steigt der Kohlendioxid-Ausstoß, das Eis schmilzt, der Meeresspiegel steigt. Aber ehe die Armen, die nicht am Genfer See oder auf angenehmer „Halbhöhenlage“ wohnen, zu ertrinken beginnen, könnte doch der Staat mit den Geldgeschenken an die Kinder das Deichbauprogramm aufpeppen, das Bremen sowieso nicht schultern kann, weil sicher noch wichtigere Investitionen in die Zukunft der Herren Kastendiek oder Perschau notwendig sind.

Mit dem „Spacepark“ an der „Waterfront“ kann man sich noch nicht so glänzend zeigen! Oder doch – wenn alle sechs Stunden richtig „Event“, sprich Sturmflut und Tsunami in den Läden herrscht, so richtig brutale „Wellness“?

Jeden Tag kommt ein Stück mehr heraus von der Unglaublichkeit, mit der die deutsche Bürokratie ihre Weltgeltung in Sachen Perversität und Unverstand zu unterstreichen sucht. Die Politik schaut wohlgefällig zu.

Jobst Roselius

Berufsverbot: Antifaschist darf nicht Lehrer werden *(„Tageszeitung“)*

Kriegsdienstverweigerer freilassen!

Zuweilen geschieht auch noch Erfreuliches in unserer Stadt. Dazu gehört die Friedenspreisverleihung der Villa Ichon am 10. März 2007 an den Wehrmachtsdeserteur und Friedenskämpfer Ludwig Baumann. Er hat den Preis mehr als verdient! 1942 in Frankreich entkam er nur knapp der Hinrichtung, seine Todesstrafe wurde in eine Zuchthausstrafe umgewandelt. Er kam über das KZ Emsland und über Thorgau in ein Strafbataillon in Weißrussland, wo er schwer verwundet wurde. 30.000 Todesurteile hatten die Wehrmachtsrichter gegen Deserteure gefällt, 20.000 wurden vollstreckt, nur 4.000 Fahnenflüchtige überlebten den Krieg. In der Bundesrepublik mussten sie sich jahrelang als „Feiglinge“, „Vaterlandsverräter“ und „Drecksäcke“ beschimpfen lassen.

Ludwig Baumann kämpfte einen mühseligen und schweren Kampf für ihre Rehabilitation. Sie galten wie er selbst jahrzehntelang weiter als „vorbestraft“, und Ludwig Baumann hielt dieser Stigmatisierung stets entgegen: „Millionen Zivilisten, KZ-Insassen und Soldaten hätten nicht mehr zu sterben brauchen, wenn die Soldaten massenweise aus dem Vernichtungskrieg desertiert wären!“ 2002 wurden die Urteile gegen die Deserteure endlich aufgehoben, nicht aber der Straftatbestand „Kriegsverrat“. Baumann erklärte auf der Festveranstaltung, dass man nichts Besseres tun könne, als „auch in Zukunft den Krieg – und zwar jeden Krieg – zu verraten“!

Das Bremer Friedensforum und die Initiative „Bremische Freiheit für Deserteure“ kämpfen schon seit Jahren mit zahlreichen Briefen und Appellen an den Bremer Senat, nach dem Vorbild von Münster, Osnabrück und Freiburg geflohene Deserteure aus den Kriegen dieser Welt aufzunehmen, um sie zu schützen – bisher vergebens. Vor kurzem wurden auch mehrere Fälle von Desertion aus der amerikanischen Besatzungsarmee im Irak bekannt. Ich möchte hier ein Beispiel nennen:

Am 6. März 2007 wurde der US-Soldat Augustin Aguayo vor ein Militärgericht in Würzburg gestellt, weil er sich im September 2006 einem Kriegseinsatz im Irak durch Fahnenflucht entzogen hatte. Seitdem sitzt er in einem Militärgefängnis in Mannheim. Ihm drohen bei einer Verurteilung bis zu sieben Jahre Haft. Aguayo ist seit 2003 in der Armee und war bereits 2004 für ein Jahr im Irak. Damals hatte der US-Sanitäter bei Wachdiensten sein Gewehr aus Gewissensgründen stets ungeladen getragen, was ihm erheblichen Unmut seitens seiner Vorgesetzten eintrug. Der knapp 35-jährige Soldat kämpft seit drei Jahren um seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer in den Vereinigten Staaten. Amerikanische Gerichte hatten dies jedoch immer abgelehnt.

Der Kriegsverweigerer benötigt dringend unsere Solidarität! Er ist ein Beispiel dafür, dass längst nicht alle US-Soldaten aus Überzeugung in diesem Krieg kämpfen. Viele zweifeln schon lange am Sinn der staatsterroristischen Aktivitäten der Regierung Bush gegen die irakische Bevölkerung. Lasst uns die Haltung der betreffenden Soldaten unterstützen! Sie können einen Beitrag zur Verkürzung dieser Barbarei leisten, indem sie Sand ins Kriegsgetriebe werfen. Fordern wir die sofortige und bedingungslose Freilassung des Soldaten Augustin Aguayo!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

In Einheitskluft auf den Spielplatz: Arbeitslose sollen sich für einen Euro pro Stunde von Jugendlichen verspotten lassen *(„Märkische Allgemeine“)*

Wir werden noch mehr als 125 Mal gegen diese Politik vorgehen!

Am ersten richtigen Frühlingsmontag dieses Jahres war richtig was los in der Stadt: Die Straßencafés haben geöffnet, vor der Bürgerschaft wird ein „Tatort"-Krimi gedreht, Frau Merkel und Frau Schmidt kommen zur „Aids-Konferenz". Und wer kommt zu uns? Zur 125. Montagsdemo in Bremen am 12. März 2007 ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz und später auf dem Hanseatenhof erschienen etwa 30 Menschen. Einige der Mitstreiter waren bei der Arbeit oder weiteren Terminen, dafür kamen andere, die wir lange nicht gesehen hatten. Und das freut einen ja auch!

Der geplante „Protestausflug" nach Hannover zum Prozess gegen Vertreter der dortigen Montagsdemo fiel aus, weil das Gericht den Termin ausgesetzt hatte; nun soll es einen „geballten" Termin geben. Noch ist nicht klar, was dahintersteckt: Entweder gibt das den großen Rückzug der niedersächsischen Staatsorgane, weil die Anordnungen und Vorwürfe gegen die Montagsdemo nicht haltbar sein werden, oder man meint, mit der Zusammenlegung die Montagsdemo besser treffen zu können, wie beim Schießen „mit Kanonen auf Spatzen". Wir kommen, wenn unsere hannoverschen Freunde uns rufen!

Aufrufe zur Unterstützung der für ihre Arbeitsplätze kämpfenden Airbus-Kollegen und zur Teilnahme am europaweiten Aktionstag am Freitag, dem 16. März 2007, in Hamburg waren ein wichtiges Thema. Ansonsten geht es auch um die Bremer Landespolitik: In dieser Woche findet erneut eine Sitzung der Sozialdeputation statt, es geht uns mal wieder um die Wohnungen und die bedrohlichen Zwangsumzüge. Ob im „Fall Kurnaz" oder hier: Mit Lavieren und Belügen überall will der Senat die Zeit bis zur Wahl verbringen. So gab es viele wichtige und interessante Beiträge. Aus allem kann man aber nur den Schluss ziehen: Nicht alleine, nur gemeinsam werden wir etwas erreichen!

Hier noch ein örtlicher **Demo**-Termin: Gegen den **Kahlschlag in Schwachhausen** und für die Wiederaufforstung treffen wir uns am **Samstag**, dem **17. März 2007**, um **11 Uhr** vor der Centauren-Apotheke am **Dobbenweg**.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo"

Mord aus höheren Motiven: Heute dürfen wir nicht einmal mehr von einer Revolution sprechen *(„Spiegel-Online")*

„Fordern Sie doch Ihren Vermieter auf, die Miete zu senken!“

So lautet sinngemäß einer der Vorschläge der Bagis an die Arbeitslosengeld-II-Empfänger, deren Miete über der zulässigen Obergrenze liegt. Ein anderer ist, dass man doch einen Teil der Wohnung untervermieten solle; dieser Vorschlag wird auch Alleinstehenden gemacht, die eine Zweizimmerwohnung bewohnen. Da mag so mancher an Schilda denken, aber weit gefehlt! Das sind die Auswirkungen der Hartz-Gesetze.

In Bremen haben inzwischen über 7.000 Bedarfsgemeinschaften einen Brief bekommen mit der Mitteilung, dass ihre Miete die „Obergrenze“ übersteige und dass sie sechs Monate Zeit hätten, sie abzusenken. Danach werde die Bagis die Zahlung für die Miete auf die „Obergrenze“ reduzieren: für einen Alleinstehenden auf 265 Euro für Kaltmiete plus Nebenkosten.

Deswegen betont der neugebackene Staatsrat Joachim Schuster auch: „Es hat bisher keine Zwangsumzüge gegeben, und es *wird* keine geben“ (Pressemitteilung des Senats vom 9. Februar 2007). Also: Niemand wird gezwungen, nein, es wird keine Räumkommandos geben, keine Zwangsumzüge wie in den zwanziger Jahren, es wird einfach der Geldhahn zugedreht! Und wer kann es sich schon leisten, über eine längere Zeit die nicht von der Bagis übernommenen Mietkosten aus dem Regelsatz von 345 Euro zu bezahlen?

„Hungere und wohne!“, heißt die Devise, müssen doch alle ALG-II-Empfänger schon die Kosten für Warmwasser und Strom aus der Regelleistung tragen. Auch bei den Heizkosten müssen viele daraus drauflegen: Die Bagis übernimmt maximal 1,10 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Von den 345 Euro, die zum Leben gedacht sind, bleiben bei den meisten keine 300 Euro, die sie wirklich zum Leben haben. Wenn davon noch Kosten für die nicht übenommene Miete bezahlt werden müssen, ist das Ende der Fahnenstange erreicht!

Die Mietstufe 3, für einen Alleinstehenden wären das maximal 325 Euro, die für Neubauten nach 1992 oder entsprechend modernisierte Wohnungen gilt, wird in Bremen für Arbeitslose nicht gezahlt. Dies hat die Bremer Sozialdeputation im Dezember 2005 entschieden und hält bis heute daran fest. Wir waren deswegen schon mehrfach bei den Sitzungen der Sozialdeputation, denn was Mietobergrenzen sowie Heizkosten angeht, gibt es keine bundesweiten Vorschriften: Die Entscheidung darüber liegt bei der jeweiligen Kommune, in diesem Falle bei der Sozialdeputation.

Obwohl mehr als die Hälfte aller Gebäude in Bremen nach 1991 modernisiert oder gebaut wurden und obwohl in vergleichbaren Städten im Lande Niedersachsen vom Landessozialgericht Niedersachsen/Bremen die Mietstufe 3 grundsätzlich als angemessen anerkannt wird, einschließlich älterem Baujahr ohne Modernisierung, wird in Bremen von der Sozialdeputation ein anderer Weg beschritten –

ein Weg, der Tausende und Abertausende noch tiefer in Elend und Ausweglosigkeit stürzen wird, nicht zu sprechen von den Hunderten Menschen, die bereits ohne Obdach auf der Straße leben müssen und so immer weniger Aussicht haben, dass sich das jemals ändert.

Bei unseren Besuchen bei den Sitzungen der Sozialdeputation bekamen wir zur Antwort, es handle sich lediglich um „Einzelfälle“; man werde jeden „Einzelfall“, den wir vorlegen, nachprüfen. Bei über 7.000 inzwischen angeschriebenen Bedarfsgemeinschaften von „Einzellfällen“ zu sprechen, ist aus Sicht der Betroffenen nur noch als kaltschnäuzig zu bezeichnen. Man darf auch getrost daran zweifeln, dass die Mitglieder der Sozialdeputation sich vorstellen können, was in einem Menschen vorgeht, der den Brief der Bagis erhält, die Mietkosten zu senken oder auszuziehen.

Auch der Hinweis im Brief der Bagis, „dass die Anerkennung höherer Kosten der Unterkunft möglich ist, wenn besondere Gründe vorliegen“, ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben steht. So bekam jetzt ein Betroffener, nachdem er bei der Bagis gesundheitliche Gründe und eine Wohndauer von mehr als zehn Jahren als besondere Gründe geltend machen wollte, zur Antwort: „Die aufgeführten Punkte können (nicht müssen) zu einer Anerkennung höherer Unterkunftskosten führen“.

Deshalb fordert der Erwerbslosenausschuss Verdi Bremen die Anerkennung der tatsächlichen Mieten durch die Bagis und die Anhebung der Heizkostenpauschale auf 1,40 Euro pro Quadratmeter! Wir besuchen die **Sitzung** der **Sozialdeputation** am **15. März 2007**! Sie beginnt um 10 Uhr; Treffpunkt für al-

le, die mitkommen wollen, ist um **9 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**! Gewerkschafter raus auf die Straße! Kämpfen wir für unsere Rechte! Die Hartz-Gesetze müssen wieder weg! Jetzt erst recht Gewerkschaftsmitglied werden!

Der Verdi-Erwerbslosenausschuss ist jeden Montag von 9 bis 12 Uhr im DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22-28, Zimmer 1.17 in der ersten Etage im Neubau oder telefonisch unter 0421-3301 139 zu erreichen. An jedem ersten und dritten Dienstag im Monat treffen wir uns zwischen 14 und 16 Uhr zum „Erwerbslosencafé“ im Foyer des DGB-Hauses. Das nächste Treffen ist am 20. März. Unsere regelmäßige Sitzung findet jeden vierten Donnerstag im Monat ab 17 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Diese Sitzung ist öffentlich für alle Verdi-Mitglieder.

Flugblatt von Klaus Neumann (Verdi-Erwerbslosenausschuss Bremen)

Protest sprengt Sitzung: Große Koalition verweigert Aussprache mit Demonstranten über die Tausende von Zwangsumzugs-„Einzelfällen“ *(„Weser-Kurier“)*

Wenn die Wut nicht verrauchen kann

Heute bin ich beim Amt gewesen, etwas nachfragen, bei mir ist die Kürzung um fünf Euro bei der Heizung auch Fakt, da kommt es zu Tumult, wie jeden Tag! Ein junger Mann, 27, und seine Mutter schildern, weshalb sie so protestieren und Widerspruch einlegen werden:

Er zog kürzlich zu seiner Mutter ins Haus, die arbeitet und ein Kleinkind eigenständig versorgt. Er wurde dazu gedrängt, den Mietvertrag mit ihr zu unterschreiben, mit dem Kompliment, dass die neue Wohnung nun billiger sei als die alte. Die Ummeldung beim Ortsamt erfolgte, der Mietvertrag wurde weitergereicht – um heute zu erfahren, dass *nichts* anerkannt, sie drei als *eine* Bedarfsgemeinschaft eingestuft und alles angerechnet werde. Also erfolgt eine Kürzung um über die Hälfte des Netto-Lebensbedarfs, und seine Mutter würde kaum was von der Miete sehen. Die Begründung lautete, er sei ohne Erlaubnis der Bagis umgezogen!

Securities und Angestellte standen vor der Tür: Wegen Androhung von Gewalt könne er jetzt Hausverbot kriegen. „Das is mir egal! Denen werd ich’s zeigen! Wenn ich den außerhalb seiner Bude erwische!“ Wir sollten uns versammeln, auch um die Kriminalisierung einzelner zu vermeiden durch Kollektivierung!

E-Mail-Zuschrift von Bernd Krause

Hartz-IV-Leute unerwünscht: Hessische Kommune ködert lieber jahrelang Besserverdiener mit 1.000 Euro pro Kind *(„Erwerbslosenforum“)*

Hartz-IV-Irrsinn: Arbeitsloser schlägt zurück *(„Chaos Radio“)*

Zehntausende Demonstranten: In keinem Airbus-Werk wurde noch regulär gearbeitet *(„Spiegel-Online“)*

Volksverblödung: Hartz-IV-Kinder kompensieren Armut durch Angeberei, und die Eltern der Klassenkameraden kriegen Sozialneid *(„Rheinischer Merkur“)*

Übergeschnappt: „Fallmanager“ fordert 5.000 Bewerbungen pro Jahr *(„Allgemeine Zeitung Uelzen“)*

Arge verweigert Mietzahlung: Wer bei Bekannten auf dem Sofa schläft, ist doch nicht obdachlos *(„ZDF“)*

Neue Masche: Betrüger geben sich als Hartz-IV-Detektive aus *(„Erwerbslosenforum“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

126. Bremer Montagsdemo am 19. 03. 2007

Endlich kommen die Wahlplakate auf die Straßen

1. Herr **Böhrnsen** lächelt uns ja schon seit einigen Wochen auf Plakaten im Innenstadtbereich jovial an. Sein Großbild enthält sonst keinerlei Wahlaussage oder Stellungnahme zur politischen Zukunft der Freien Hansestadt. Muss es auch nicht: Die verfehlte Politik lässt sich täglich vor Ort besichtigen.

Herr **Röwekamp** hat für seine Plakatkampagne diese Strategie der Leere einfach übernommen. Er hat auch nichts mitzuteilen, außer der Botschaft, dass er ein „Starker“ sei. Darauf legt er anscheinend großen Wert und führt uns seine „Stärke“ auch immer wieder gern vor. Wir erinnern uns an seine überaus niederträchtige Rolle gegenüber Murat Kurnaz. Uns fallen die von ihm „in Auftrag“ gegebenen Todesfälle von zwei Afrikanern ein. Wir denken an sein unrühmliches, überaus kostspieliges und unnützes Polizeiaufgebot am 4. November letzten Jahres in Gröpelingen.

Bei so viel unangebrachter „Stärke“ kann einem angst und bange werden! Überall Fehlentscheidungen, die leider auch Menschenleben gekostet haben. Wir denken auch an die leerstehenden, über das Stadtgebiet verteilten Gebäude, für die horrende Jahresmieten in langfristigen Mietverträgen anfallen.

Alles in allem kein Aushängeschild für einen Bürgermeister der Freien Hansestadt! Wir haben es am 13. Mai 2007 in der Hand: Wir wählen ihn einfach nicht! Die hohe Pro-Kopf-Verschuldung haben nicht wir, die Bremerinnen und Bremer, sondern einige – zu viele – Politiker(innen) unserer Freien Hansestadt.

2. Wir hatten am 8. März 2007 den Internationalen Tag der Frauen und stellten betrübt fest, dass in unserer Freien Hansestadt Politikerinnen und Frauen in führenden staatlichen Positionen keine bessere Politik, sprich: Arbeit, machen als ihre männlichen Kollegen.

Nehmen wir zum Beipiel unsere christliche Frau **Motschmann**. Sie hat ohne moralische Bedenken und gegen geltendes Recht ihre Freundin unter Umgehung aller gesetzlichen Bestimmungen in einen leitenden Posten in ihrem Ressort gehoben. Dieses Unrecht verteidigt sie anschließend auch noch vehement mit sehr (un)durchsichtigen Argumenten.

Ihr Tun ist allerdings auch kein Wunder, denn ihr Chef, der kulturresistente Herr **Kastendiek**, hat ihr mit Bravour vorgemacht, wie man gute Freunde auf Kosten der Steuerzahler versorgt: Er hat gleich seine ganze *Clique* in den staatlichen Dienst gehoben.

Was man(n) also kann, kann frau schon lange, hat sich Frau Motschmann da wohl gedacht und in die Tat umgesetzt. Schlimm an der Sache ist aber auch, dass der Personalrat stillhält und sich nicht durchsetzt, damit diese ungesetzlich zustande gekommenen Arbeitsverhältnisse wieder gelöst werden. Wovor hat er Angst? Was geht in diesem Ressort vor?

Dann haben wir da Frau **Rosenkötter**, frisch im Amt und untätig. Frau Rosenkötter war in ihrer früheren Tätigkeit beim Landessportbund auch keine Person mit Durchsetzungsvermögen, denn da ließ sie es als Vorsitzende widerspruchslos zu, dass der Etat der Bremer Sportvereine mal eben um 500.000 Euro jährlich gekürzt wurde.

Sie war auch beim Deutschen Roten Kreuz im Vorstand tätig. Dort wurden während ihrer Beschäftigungszeit fleißig Arbeitsplätze vernichtet, Änderungskündigungen ausgesprochen und Arbeitnehmer extern wieder billig eingekauft. Kein Wunder, dass Frau Rosenkötter die Wunschkandidatin von Herrn Böhrnsen für das beliebteste Sparressort in der Freien Hansestadt war. Sie erfüllt alle Bedingungen: Stillhalten, Aussitzen und Unwissen!

Bei dieser Strategie steht ihr hilfreich der unfähige und ebenfalls überforderte Herr **Schuster** zur Seite, der aus der neu eingerichteten und schnell wieder aufgelösten – weil völlig überflüssigen – „Statistik GmbH“ der Freien Hansestadt zum Staatsrat befördert wurde.

Dann gibt es Frau **Barloschky** bei der „Bremer Arbeit GmbH“. Das ist wieder eine städtische Gesellschaft mehr, die von der armen Freien Hansestadt finanziert werden muss und die völlig überflüssig ist. Für Frau Barloschky wurde das in Deutschland einmalige „Amt zur Prüfung und Freigabe von Ein-Euro-Jobs“ erfunden. Einmalig auch die sagenhafte Verschwendung von Steuergeldern. Dies sind zusätzliche unnötige Kosten und Ausgaben, die sich die Freie Hansestadt überhaupt nicht leisten kann.

Frau Barloschky und ihre Mitarbeiter(innen) sind dafür zuständig und verantwortlich, dass die Bedingungen zur Bewilligung eines Ein-Euro-Jobs erfüllt werden, nämlich dass er „zusätzlich“ und „gemeinnützig“ ist. Sie hat es nicht leicht,

die staatlichen Vorgaben zu erfüllen, denn monatlich müssen 4.500 „Ein-Euro-Job-taugliche“ Arbeitsplätze gefunden werden.

Aber sie macht ihre Arbeit „ordentlich“ und ohne schlechtes Gewissen, denn sie bestätigt durchaus bereitwillig, dass die von ihrem Amt als Ein-Euro-Job freigegebenen Arbeitsstellen mit Abstand nicht die vorgegebenen Kriterien erfüllen – ganz im Gegenteil!

Bei pflichtbewusster Arbeit könnte sie die vorgegebene Zielzahl nicht erfüllen. Es werden also fleißig billige Arbeitsplätze gesucht, gefunden und „vermittelt“! Vielleicht hat sie ja auch das Glück, dass die überflüssige GmbH wieder aufgelöst wird und sie wie der Helfer von Sozialsenatorin Rosenkötter einen Staatsratsposten zuge„schuster“t bekommt.

An diesen Beispielen lässt sich wieder leicht beweisen, dass Wissen, Können und Verantwortungsgefühl zur Ausübung einer verantwortungsvollen Position im Staatsdienst der Freien Hansestadt nicht dringend erforderlich sind.

Gudrun Binder (WASG)

Senat kürzt Zuschuss: Weil die Hallenbäder zu teuer sind, können zwei Drittel der Bremer Grundschüler nicht schwimmen *(„Tageszeitung“)*

Der Makel, ein Gewissen zu haben

Es gibt eine erfreuliche Entwicklung um den Kriegsdienstverweigerer Agustin Aguayo: Er kommt schon Ende April frei! Andererseits muss er weiterhin um seine offizielle Anerkennung als Kriegsverweigerer kämpfen. Das US-Militärgericht in Würzburg verurteilte den US-Soldaten mexikanischer Abstammung zu acht Monaten Haft – die er zum größten Teil bereits in einem Militärknast verbringen musste –, zu „unehrenhafter Entlassung“ aus der Armee und zum Verlust seiner Bezüge.

Damit blieb das Gericht zwar weit unter der Höchststrafe von sieben Jahren, dennoch ist das Urteil trotz seiner scheinbaren Milde ein weiteres Beispiel dafür, dass Menschen anderer Hautfarbe und ethnischer Herkunft in den Streitkräften (und nicht nur dort) immer noch schwer benachteiligt und diskriminiert werden.

„Unehrenhafte Entlassung“ bedeutet für den betroffenen Menschen einen Makel, der tief in sein Privatleben eingreift und sich extrem negativ auf alle Lebensbereiche auswirkt. Die Familie Aguayo will gegen das Urteil mit allen zivilrechtlichen Mitteln vorgehen. Hier braucht sie auch weiterhin unsere Unterstützung und

Solidarität. Es geht um Aguayos Rehabilitierung und Anerkennung als Kriegsverweigerer, und es geht um die Unterstützung aller Deserteure!

Auch in der Bundeswehr regt sich Widerstand gegen die geplanten Kriegseinsätze. Oberstleutnant Jürgen Rose lehnte die weitere Mitarbeit am Tornado-Einsatzprogramm aus Gewissensgründen ab und ließ sich von seinen Aufgaben entbinden. Hohe Dienstgrade haben es da leichter – ihnen droht kein Militärtribunal und keine Demütigung in Form von „unehrenhafter Entlassung". Dennoch finde ich ihre Haltung verdienstvoll und anerkennenswert.

Auch Hauptfeldwebel Christiane Ernst-Zettl und Oberstleutnant Helmut Prieß protestierten in Briefen an die Bundestagsabgeordneten gegen die Tornado-Einsätze. Die Bundeswehrsoldaten gehören alle der Initiative „Darmstädter Signal" an, die es seit 1983 gibt und die sich damals schon der Stationierung von US-Raketen und den geheimen Angriffsplänen der Nato gegen Osteuropa widersetzte. Für ihre lobenswerte Zivilcourage brauchen die Soldaten jetzt unsere volle Unterstützung und Solidarität!

Doch es gibt nach wie vor auch die höchst unerquicklichen Seiten der Bundeswehr. Der Prozess vor dem Landgericht Münster gegen Ausbilder wegen Misshandlung Untergebener macht derzeit deutlich, dass die Streitkräfte ihre Kriegstauglichkeit und -fähigkeit auf diese Weise perfektionieren wollen. Dazu gehört eben auch das Foltern.

Staatsanwaltschaft und hohe Militärs versuchen die Affäre herunterzuspielen und sprechen von „Einzelfällen". Das kennen wir doch! Auch bei den unzähligen menschlichen Tragödien, die sich aus den Bremer Zwangsumzügen von Hartz-IV-Betroffenen ergeben werden, handelt es sich laut Staatsrat Schuster um „bedauerliche Einzelfälle". Die Forderung des Friedensforums nach einem sofortigen Ende der Auslandseinsätze sowie nach Auflösung der Bundeswehr in einem längerfristigen Stufenplan bleibt also weiterhin aktuell.

Hier noch ein paar Termine: In Zusammenhang mit den Protesten gegen das **Außenministertreffen** am 30. und 31. März 2007 in Bremen steht die Veranstaltung „Weltmacht EU?" mit Inge Höger, Claudia Haydt und Tobias Pflüger am Freitag, dem 30. März um 19:30 Uhr im DGB-Haus. Am Samstag, dem **31. März**, beginnt um **11 Uhr** am **Goetheplatz** eine **Demonstration** unter dem Motto: „Zäune einreißen – Gegen die EU der Konzerne und für eine EU der Menschen!"

Der Bremer **Ostermarsch** 2007 am Samstag, dem **7. April**, führt um **11 Uhr** vom Treffpunkt **Ziegenmarkt** zur **Kundgebung** auf dem **Marktplatz**. Dort spricht ab **12 Uhr** unter anderem Major Florian Pfaff vom „Darmstädter Signal", der auch Träger der Carl-von-Ossietzky-Medaille ist. Am **Sonntag**, dem **8. April**, fahren Bremer zum **Ostermarsch** in die „**Freie Heide**" nach Fretzdorf in Brandenburg.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

„Wirtschaftsforscher“ verviel-fachen die Zahl der offenen Stellen

1. Es ist schon kurios: Ausgerechnet Hartz IV macht billiges Wohnen teurer! Letzten Dienstag präsentierte der „Immobilienverband West“ den aktuellen Preisspiegel für Dortmund. Demnach wird günstiges Wohnen teurer, weil die Nachfrage nach einfachem Wohnraum gestiegen ist. So funktioniert Kapitalismus eben!

Einer der Gründe besteht darin, dass Tausende von Hartz-IV-Empfänger aufgefordert wurden, sich eine preiswertere beziehungsweise kleinere Wohnung zu suchen. Dabei war bisher von allen Seiten eher das Argument zu hören, die **Mietobergrenzen** dürften auf keinen Fall angehoben werden, weil sonst die Vermieter ihre Mieten ebenfalls kräftig erhöhen würden!

Die sich jetzt abzeichnende Entwicklung ist nicht erwartet worden. Dumm gelaufen – aber leider für uns Erwerbslose, Rentner, Studenten, Geringverdiener, Alleinerziehende. Wenn ich daran denke, dass sicherlich nicht nur in Bremerhaven auch noch Häuser abgerissen werden, um die Mieten konstant – also auf teurem Niveau – zu halten, na dann „Gute Nacht!“. Im Grunde gibt es doch überhaupt keine Alternative dazu, die Mietobergrenzen an die Realität anzupassen!

2. Das Wohnen wird uns ohnehin ziemlich schwer gemacht. Dabei ist es eigentlich ein Grundrecht, selbst darüber entscheiden zu können, wo wir wohnen wollen! Wir sind ja Kummer gewohnt, aber es kommt immer unglaublicher: Im hessischen Ort Wetter sorgte der Stadtverordnete Karl Zissel (FDP) für einen Skandal, als er sich gegen den **Zuzug von Hartz-IV-Beziehern** wehrte.

Ebenso wie der Staat sich nur die erwünschten Zuwanderer aussuche, habe die Stadt Wetter das Recht, „Personen anzusiedeln, die zur Entwicklung der Stadt beitragen“. Auch habe man „nicht vor, den massenhaften Zuzug von Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfängern zu fördern“. Diese asoziale Haltung wurde mit dem Argument verteidigt, dass man „dem Bevölkerungsrückgang entgegentreten“ wolle. Sind Hartz-IV-Empfänger neuerdings nicht mehr Bestandteil der Bevölkerung?

Das Stadtparlament beschloss mit einer Mehrheit aus CDU, FDP und den Grünen, dass in Wetter zukünftig besserverdienende Eltern mit 1.000 Euro pro

Kind und Jahr gefördert werden, wenn sie ein Haus bauen oder kaufen! Bei der ziemlich kontroversen Debatte wurden SPD und Linkspartei überstimmt. Diese hatten sich dafür eingesetzt, dass der in Wetter dringend benötigte Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben wird, die für Alleinerziehende nicht ausreicht.

Die FDP zeigt unumwunden ihre wahren Interessen, nämlich den ausschließlichen Einsatz für Besserverdienende. Statt Steuern für alle auszugeben, wurden Steuergeschenke für wenige beschlossen, die es am wenigsten nötig haben! So wird uns immer deutlicher gezeigt, dass wir Erwerbslosen als Ausgegrenzte unerwünscht sind.

Vielleicht haben diese Damen und Herren Politiker hinten auf der Heckscheibe ihres Autos einen Aufkleber mit der Aufschrift: „Eure Armut kotzt mich an!“ Möglicherweise sollen wir auch noch unsichtbar gemacht, in Gettos gepfercht werden, wo man uns ein Hartz-IV-Reservat einrichten könnte. Auch ließe sich die Mauer wieder hochziehen und alle ALG-II-Empfänger auf das immer unbewohntere Gebiet der ehemaligen DDR zwangsweise umsiedeln.

Ein großes Schild vor dem schmiedeeisernen Tor, mit roter Aufschrift auf weißem Grund: „Füttern verboten“, würde die neue „Wohnanlage“ als Sammelunterkunft abrunden. Aber vielleicht werden wir zunächst mal in eine Art Provisorium, nämlich in verelendete Stadtteile abgeschoben, was sich wie von selbst durch die natürliche Selektion in Form der Mietkostenhöhe vollziehen wird. Manche Dinge geschehen wie von Geisterhand.

3. Die Kette der schwachsinnigen Ideen, auf welch vielfältige Weise Hartz-IV-Empfängern das Leben schwergemacht werden könnte, reißt einfach nicht ab! In der „Märkischen Allgemeinen“ wird das Anliegen eines Kita-Betreibers vorgestellt, der Ein-Euro-Jobber auf allen 47 öffentlichen Spielplätzen „patrouillieren“ lassen will. Er möchte den freundlichen Damen und Herren eine einheitliche Kleidung mit Aufnähern verpassen und sie mit der Aufgabe losschicken, Vandalismus und Vernachlässigung auf Spielplätzen Einhalt zu gebieten.

Die **Spielplatz-Streife** soll Hundehalter ansprechen, die ihre Vierbeiner in die Sandkästen hineinlassen, und Jugendliche vergrämen, wenn diese sich an den Spielgeräten vergreifen, Flaschen zerdeppern und Zigarettenkippen in die Gegend schnippen. Super, dann bekommen gelangweilte Teenager gleich ihre Objekte zum Auslachen frei Haus geliefert! Na, die werden sich über diese Lachnummern freuen!

Die Ein-Euro-Jobber sollen aber vor allem helfen, bei betroffenen Kindern Symptome einer Vernachlässigung oder Misshandlung frühzeitig zu erkennen. Einerseits bekommen als unnütz angesehene Menschen diese in meinen Augen sittenwidrigen Ein-Euro-Jobs, an denen sich andere bereichern – aber dann sollen die darauf nicht Vorbereiteten Fachwissen aufbringen, um vernachlässigte oder verwahrloste Kinder zu erkennen. Das passt alles gar nicht zusammen.

4. Gestern meldete das „Nord-West-Radio“, dass es in Deutschland laut „Instítut der Deutschen Wirtschaft“ **1,6 Millionen freie Arbeitsplätze** gebe. Als Grund für das Auseinanderklaffen zwischen den Arbeitslosen und den unbesetzten Stellen wurde die „unzureichende Qualifikation“ der Erwerbslosen angegeben. 1,6 Millionen freie Arbeitsplätze, dass ich nicht lache! Natürlich sagt niemand, dass dabei auch jeder 400-Euro-Job mitgezählt wird. Mein Misstrauen gegenüber solchen „Hochrechnungen“ ist ebenfalls hoch gerechnet!

Wie sie auf ihre jonglierten Zahlen kommen, belegen sie uns nicht. Vor allem bei den tollen Schätzungen, wie viele Stellen da sind, die oft auch doppelt aufgeführt werden. Wenn man sich mal bei der Arbeitsagentur die Stellenangebote ansieht, sind sie oft nicht mehr aktuell. Laut folgender Statistik der Europäischen Kommission hat sich die Summe der offenen Stellen glatt verachtfacht, sonst kämen diese Zahlen nicht dabei heraus! Hier die freien Stellen pro Land am 18. März 2007:

Belgien: 41.545, Deutschland: 220.184, Dänemark: 18.592, Estland: 54, Finnland: 49.626, Frankreich: 64.891, Griechenland: 15.741, Großbritannien: 277.075, Irland: 17.474, Island: 674, Italien: 7.897, Lettland: 2.954, Liechtenstein: 320, Litauen: 9.508, Luxemburg: 442, Malta: 205, Niederlande: 1.320, Norwegen: 11.856, Österreich: 36.841, Polen: 11.613, Portugal: 2.833, Schweden: 16.278, Schweiz: 724, Slowakei: 457, Slowenien: 3.767, Spanien: 4.141, Tschechien: 76.702, Ungarn: 5.042, Zypern: 8.426.

Natürlich werden die Ursachen wieder uns Arbeitslosen in die Schuhe geschoben! Der Prozentsatz von Überfünfzigjährigen bei den Langzeitarbeitslosen ist gestiegen. Außerdem reicht dieser Befund allein bereits zur Nichteinstellung! Hier wird mit einem Propagandaschachzug eine Situation geschaffen, in der Millionen Erwerbslose als arbeitsunwillig erscheinen.

Eigentlich müssten wir jetzt alle an die entsprechenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Wirtschaftsinstitute schreiben, dass wir einen entsprechenden Arbeitsplatz suchen, aber trotz der vielen freien Stellen keinen bekommen können. Unsere Qualifikationen müssten wir gleich mit beilegen und um eine schnelle Rückmeldung bitten.

5. Wegen des Streits über die Gesundheitsreform und die Rente mit 67 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund in Bayern SPD-Politiker für die Mai-Kundgebungen ausgeladen. Die Gewerkschaft Verdi warnte davor, dass Deutschland zum „Motor für **Sozialabbau** in Europa“ wird.

DGB-Landeschef Fritz Schösser sagte bei einer Konferenz für regionale Mandats- und Funktionsträger in Nürnberg, dass bei den Kundgebungen am 1. Mai keine Politiker als Hauptredner mehr zulassen würden, die nicht gewerkschaftliche Positionen verträten. Verschiedene SPD-Abgeordnete hätten vom mittelfränkischen DGB-Vorsitzenden Stephan Doll bereits Schreiben erhalten, dass sie als Hauptredner nicht mehr erwünscht seien.

Auch Verdi bemängelte die sogenannte Reformpolitik und verwies auf die viel sozialeren Franzosen. Hier ist das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre festgelegt, und eine gesetzliche Höchstarbeitszeit von 35 Wochenstunden garantiert einen Mindestlohn von 7,69 Euro. Davon könnten Hunderttausende Arbeitnehmer in Deutschland nur träumen, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Frank Bsirske.

Erstaunlicherweise fällt ihm jetzt auch auf, dass Gewerkschaften mit ihrer Tarifpolitik dazu beitragen müssten, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Außerdem findet er es erfreulich, dass der „wirtschaftliche Aufschwung“ endlich nun auch auf den Arbeitsmarkt durchschlage: „Das ist aber nicht so *wegen,* sondern *trotz* der Politik der vergangenen Jahre“. Irre ich mich, oder war die Gewerkschaft nicht auch mitverantwortlich für die Hartz-IV-Schweinereien oder hat zumindest die Klappe gehalten?

Elisabeth Graf (parteilos)

„Konservativer Feminismus“: Tagesmuttis sollen Kitaplätze ersetzen *(„Tageszeitung“)*

In abgespacete Spaß-Projekte investiert: Zwölf Jahre Große Koalition haben Bremen handlungsunfähig gemacht *(„Tageszeitung“)*

Anwesende fassen sich an den Kopf: Sozialsenatorin verspricht auf Deputationssitzung, sich um Tausende Einzelfälle zu kümmern *(„Sozialer Lebensbund“)*

Verwaltung nach Gutsherrenart

1. Letzten Donnerstag haben wir uns mit 100 Menschen auf dem Bahnhofsvorplatz versammelt und sind zur **Sitzung der Sozialdeputation** gegangen. Wir wurden erwartet: Die Türen waren geschlossen, die Deputierten ausgesperrt wie wir. Mit den restlichen Deputierten sind wir ebenfalls in den Sitzungsraum gelangt.

Herr Schuster und Frau Rosenkötter kamen zu spät. Sie waren genervt: Statt Begrüßungsworte zu sprechen, wurden die Demonstranten aufgefordert, diesen Raum zu verlassen. Frau Rosenkötter hat die Antwort nicht verstanden. Sie hat sich Einzelfälle anhören müssen! Wir hatten genug „Einzelfälle“ dabei. Herrn Schuster habe ich gefragt, warum er in der neuen „Verwaltungsanweisung Wohnen“ für die Härtefälle eine Obergrenze von 50 Prozent eingezogen hat.

Sie, Herr Schuster, haben sich öffentlich darüber mokiert, dass die Bagis nur wenige Härtefälle anerkannt hat. Sie wollten dies ändern! Aber warum in diese Richtung? Sie, Herr Schuster, haben in dieser Verwaltungsanweisung zum Beispiel die Versicherungspauschale für zu Hause lebende Student(inn)en nicht abgesetzt – warum? Dies ist sachlich falsch!

Herr Schuster hat derweil starr geradeaus geschaut, ich stand schräg hinter ihm. Die Betroffenen habe vieles vorgetragen! Von Frau Rosenkötter kam nur die wiederholte Aufforderung, bitte den Raum zu verlassen. Anhören wollten die beiden nur eine Delegation von bis zu fünf Menschen. Dazu waren wir nicht bereit: Wir hatten alle im Raum Platz, und überhaupt! Daraufhin haben Frau Rosenkötter und Herr Schuster gemeinsam den Raum verlassen. Die zurückgebliebenen Deputierten waren etwas ratlos.

Wir sind nicht sofort gegangen, sondern haben uns weiterhin im Gebäude aufgehalten. Auf Nachfrage wurde den Deputierten mitgeteilt, dass diese Sitzung ersatzlos gestrichen sei, ohne Ersatztermin! Die **nächste Sitzung** ist wie geplant am **Donnerstag**, dem **19. April 2007**, um **15 Uhr**! Als Demonstrant rechnet mensch mit der Arroganz der Macht – aber als Mitglied dieser Deputation? Ich glaube, wir haben viel Verständnis bei diesen Deputierten erreicht!

Frau Rosenkötter, Herr Schuster, wir wollten Ihre Argumente hören! Ihre Ausführungen auf der letzten Sitzung waren nicht wasserfest! Wir sind Ihnen entgegengekommen und haben Sie im Sitzungssaal besucht – nicht einmal Rede und Antwort wollten Sie stehen, aus meiner Sicht eine Bestätigung! Sie haben überhaupt keine gesicherte Rechtsgrundlage für Ihre Handlungsanweisung! Tausenden von ALG-II-Betroffenen wird mit dem Verlust ihrer Wohnung gedroht, ohne gerichtsfeste Begründung! Einfach so, „nach Gutsherrenart“!

Das alte „Gewos“-Gutachten ist, wie auch Sie festgestellt haben, daneben, sachlich unrichtig, nicht zu gebrauchen! Sie haben im November ein neues Gutachten in Auftrag gegeben, wieder bei der „Gewos“, Lieferung Ende Mai, und zur Auswertung die Monate Juni und Juli vorgesehen! Fair wäre eine entsprechende Aussetzung oder Aufhebung der Kostensenkungsaufforderungen bis zur Auswertung! *Das* wäre eines Rechtsstaates würdig!

Sie spielen mit den Bürgern dieser Stadt ein falsches Spiel, mit gezinkten Karten! Die Bürgerschaftswahl bringt die Quittung! Bis dahin kann jeder Widerspruch erheben, die aufschiebende Wirkung beantragen und, falls dies abgelehnt wird, Klage erheben. Wie bei der Wahl wird jeder Widerspruch gezählt und als Widerstand gewertet! Jede Stimme zählt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. „Arbeit macht frei“ – ein alter, überholter und verpönter Spruch! Trotzdem git: Gut bezahlte Arbeit macht finanziell frei, schlecht bezahlte schafft dies nicht. Zwar schafft auch schlecht bezahlte Arbeit für manchen ein gutes Gefühl, doch diese Menschen müssen durch einen Mindestlohn Unterstützung erfahren! Arbeit für

alle ist ein unerfüllbarer Wunsch, doch nun hat Bremen unerwartet Geld von der EU erhalten, zur **Beschäftigungsförderung**.

Bremen hat bereits am Jahresanfang beschlossen, 500 Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse weniger anzubieten und dafür 500 bis zu 100 Prozent geförderte „50-plus“-Arbeitsverhältnisse anzubieten. Diese werden nach dem Tarifvertrag der Länder bezahlt und sind vollwertige Arbeitsverhältnisse, allerdings auf längstens zwölf Monate befristet. Mit dem Geld der EU könnten alle Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse entsprechend umgewandelt werden! Bremen bietet dies nicht an, aber der Ein-Euro-Mitarbeiter kann es fordern!

Bremen stockt die Angebote analog zu „50 plus“ auf, aber zu schlechteren Bedingungen: Die Tarifbindung sollte fallen. Dagegen standen die Gewerkschaften! Jetzt soll Teilzeitbeschäftigung den gleichen Erfolg bringen, außerdem sollen diese Arbeitsplätze auf neun Monate befristet und mit höchstens 1.200 Euro brutto (plus 20 Prozent Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung) gefördert werden. Ein ALG-I-Anspruch entsteht aber erst nach zwölf Monaten Beitrag in den letzten zwei Jahren und soll durch diese Tätigkeit also nicht erreicht werden!

Was fehlt ist das Arbeitsplatzangebot. Wer möchte, sollte bei seinem „persönlichen Ansprechpartner“ nachfragen und sich notfalls selbst gemäß der Rahmenbedingungen den entsprechenden Arbeitsplatz suchen oder schaffen. Allerdings ist eine solche Förderung für arme Vereine uninteressant. In jedem Fall sollte jeder, der einen Ein-Euro-Job „verordnet“ bekommt, diesen als sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz mit tariflicher Bezahlung einfordern und notfalls der Rechtsweg beschreiten.

Auch ein zu niedriger Lohn sollte von der sozialversicherungspflichtigen Variante, also dem normalen Arbeitsverhältnis, nicht ablenken! Es gibt die Möglichkeit, ergänzendes ALG II zu beantragen, laufend oder einmalig! Die Förderbedingungen sind verhandelbar, weil Bremen möglichst viele Menschen aus der Arbeitsmarktstatistik entfernen möchte. Vor dem Wahltermin kann der Senat so mit einem Erfolg prahlen, und es merkt ja keiner, wie viel Geld verbraucht wurde!

Die Förderbedingungen sind verhandelbar, weil dieses Programm hinter jeglicher Erwartung zurückbleibt und die „Bremer Arbeit GmbH“ somit nicht genug Arbeitsplätze finden wird. Trotzdem wird es für Arbeitnehmer *ohne* Förderanspruch immer schwieriger, bei einem freien Arbeitsplatz berücksichtigt zu werden! Dass kein Verdrängungswettbewerb stattfinden solle, ist ein oftmals gehörter Wunsch, und jedes Mal hat es nicht geklappt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. ALG II, das unbekannte Wesen! Wer im **Krankenhaus** liegt oder anderweitig stationär behandelt wird, erhält dort auch Essen und Trinken. Die Argen kürzen dafür die Regelleistung, teilweise recht drastisch, was bereits die Gerichte kassiert haben. Zur Bemessung herangezogen wurden die vorher auf ALG-II-Höhe heruntergerechneten Pauschalen für Unterkunft und Verpflegung. Das Sozialgericht Mannheim (Az. S4 AS 3966/06 vom 5. März 2007) hat nun jedwede Kürzung

abgelehnt, weil mit dem Krankenhausaufenthalt auch anderweitige Mehrkosten verbunden sind und eine Kürzung dem Pauschalgedanken entgegensteht. –

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hatte über die Angemessenheit eines Autos zu entscheiden (Az. L8 AS 357/05 ER): 15.000 Euro sind zu viel, 10.000 wurden als angemessen zugestanden. Der Freibetrag für ein angemessenes Auto beträgt 5.000 Euro, der übersteigende Vermögenswert ist auf den allgemeinen Freibetrag anzurechnen. Bei der vorhandenen **Lebensversicherung** war keine Sondervereinbarung mit der Versicherungsgesellschaft getroffen worden, daher ist diese Lebensversicherung nicht als Altersvorsorge zu werten und auch beim Grundfreibetrag mitzurechnen.

Fazit: Der Antragssteller erhält kein ALG II, weil er zu viel Vermögen hat. Die Richter machen aber in der Schlussanmerkung ein breites Scheunentor auf: Wenn diese Sondervereinbarung mit der Versicherungsgesellschaft geschlossen wurde, so ist diese Lebensversicherung als Altersvorsorge zu bewerten. Damit bliebe sie erhalten! Bisher wurde nur eine Änderung vor Antragsstellung akzeptiert. Die neue Möglichkeit ist eine Möglichkeit für alle bis dahin Unwissenden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Ich habe vor der Bagis Flugblätter verteilt und gefragt, was am meisten stört bei dieser Behörde. Die einhellige Antwort: Wie wir behandelt werden! Die Frage, warum geht ihr dann allein zur Bagis, hat viele nachdenklich gemacht, und spontan wurden Verabredungen getroffen. Dann kamen Bedenken.

Um diese Bedenken und die Vorbereitung auf einen gemeinsamen **Bagis-Besuch** geht es ab sofort im Projekt „Begleitung“ des Vereins „**Sozialer Lebensbund**“ an jedem **ersten Dienstag im Monat** ab **19 Uhr** im **Hibiduri**, Ecke Thedinghauser/Friedrich-Ebert-Straße. Wir reden über die Erlebnisse bei der Bagis und eine erfolgsorientierte Vorbereitung.

Willkommen ist jede(r), der oder die zu einer Behörde soll, will oder muss oder sich einfach als Unterstützer(in) und Begleiter(in) zum Mitgehen einbringen will. Der Schwerpunkt einer Begleitung ist die moralische Unterstützung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. In Bremen geht die Zeit der Ein-Euro-Jobs zu Ende! Sie werden abgelöst durch die neue **Beschäftigungsförderung**. Zwar sind 1.200 Euro brutto wenig, aber immer noch mehr als ein Euro pro Arbeitsstunde! Wer damit zurechtkommt, sollte sich einen Arbeitsplatz suchen und die Förderung beantragen. Wer damit *nicht* zurechtkommt, kann ergänzendes ALG II beziehen und vielleicht mit dieser Aussicht den Förderbetrag nach oben verhandeln. Wer Hilfe dazu braucht: Es gibt sie auf der Montagsdemo!

Wer bereits ein Ein-Euro-Arbeitsverhältnis begonnen hat, kann die Umwandlung beantragen. Bremen hat 73 Millionen Euro von der EU erhalten, zweckge-

bunden für die Beschäftigung! Außer der Entgeltvariante läuft das neue ABM-Programm, insbesondere auch für ALG-I-Bezieher, und weiterhin das Programm „50 plus“. Bei der „Bremer Arbeit GmbH“ gibt es zwei Merkblätter für Arbeitgeber und „Träger“ über „Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante“ und die Förderkonditionen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Mehr Informationen hierzu auf der nächsten Montagsdemo! –

Im Stadtteil Tenever – laut „Spiegel“ dieser Woche (Heft 12/2007) ein „Sozialstaatsparadies“, wo sogar ein Murat Kurnaz für sechs Monate einen geförderten Job bekommt, sodass er nicht mehr so viel Zeit zum Bücherschreiben hat – gibt es beim **Arbeitslosenzentrum** eine Gruppe „**Monopoly**“. Der Name sagt alles! Diese Menschen wollen sich gemeinsam gegen die Ansinnen der Bagis wehren und sich gegenseitig unterstützen. Das nächste **Treffen** ist am **Dienstag**, dem **27. März 2007**. Folgetermine werden vereinbart!

Hans-Dieter Binder (WASG)

„Braune Köpfchen“: Wegen des Spardrucks wird in Bremen weniger Geld für soziale Projekte zur Verfügung stehen *(„Tageszeitung“)*

Profit zum Quadrat, Entlassung hoch acht

Morgen jährt sich zum vierten Mal der Beginn des Irakkriegs. Es gibt weltweit Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Krieg, denn die Menschen wollen sich nicht für die Profitinteressen multinationaler Öl- und anderer Monopole missbrauchen oder umbringen lassen. Nie war Bush so verhasst in aller Welt, und das Vertrauen in die Regierungen ist insgesamt geringer geworden.

Letzten Freitag demonstrierten in ganz Europa die Airbus-Kollegen gegen das „Power-8“-Entlassungsprogramm. Es wird immer deutlicher, dass sich Airbus keineswegs in der Krise befindet, im Gegenteil, die Auftragslage ist günstiger denn je, die Produktion auf Jahre ausgelastet. Aber das reicht den Kapitalanlegern nicht! Durch Vernichtung von 22.000 Arbeitsplätzen und Verlagerung von Produktionsteilen in Niedriglohnsektoren soll Maximalprofit erreicht und Boeing abgehängt werden.

So ist auch Siemens berühmt und berüchtigt durch massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen. Vor wenigen Monaten erst erfolgte die Benq-Pleite, von langer Hand von Siemens eingefädelt, um Tausende Kollegen billig loszuwerden. Noch gar nicht lange her ist die Verlagerung der Hausgeräteproduktion. Jetzt wird geplant, die Computerproduktion in ein Billiglohnland zu verlagern!

Hat das etwas mit den Hartz-Gesetzen zu tun? Sehr viel! Die Regierung unterstützt das Vorgehen der großen Konzerne in allen Belangen: Sie sorgt mit Hartz IV und Ein-Euro-Jobs für Billigstlohnsektoren, sie drückt damit auf Löhne und Arbeitsbedingungen, sie diffamiert alle Arbeitslosen als Faulenzer und Drückeberger, sie kürzt mit dem Renteneintrittsalter von 67 Jahren die Löhne, und mit der Gesundheitsreform greift sie die breite Mehrheit der Bevölkerung an.

Auf der anderen Seite macht die Regierung Steuergesetze zugunsten der Monopole: Letzten Mittwoch brachte Finanzminister Steinbrück die „Unternehmenssteuerreform“ als Gesetz ein. Ihr Kern ist die Senkung der Unternehmersteuern von 25 auf 15 Prozent und die Kürzung der Gewerbesteuer auf 3,5 Prozent. Das Gesamtvolumen der Entlastung beträgt acht Milliarden Euro. Dies werde durch die gute Konjunktur wieder hereingeholt, beteuert Steinbrück. Tatsächlich holt die Regierung das aber ganz woanders, durch Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung der Pendlerpauschale oder Rente mit 67!

Muss das alles so bleiben? Die Airbus-Kollegen haben am Freitag ein Zeichen gesetzt; in Varel, Toulouse und Méaulte gibt es schon wieder Streikposten. Die Große Koalition regiert gegen die große Mehrheit des Volkes! Deswegen muss die große Mehrheit des Volkes zu den Waffen greifen, die es besitzt: dem Streik, auch dem politischen, bis hin zum Generalstreik, begleitet von großen Demonstrationen und Kundgebungen! Um eine Regierung zum Rücktritt bewegen zu können, brauchen wir das Recht auf Generalstreik!

Wolfgang Lange (MLPD)

In Hannover wird freie Meinungsäußerung unter Strafe gestellt!

Am 22. Januar und 5. Februar 2007 wurden die Montagskundgebungen in Hannover gegen die Hartz-Gesetze und den Sozialabbau mit offenem Mikrofon durch die Polizei willkürlich und mit unverhältnismäßigen Mitteln behindert und gestört. Einzelne Teilnehmer wurden sogar zeitweilig festgenommen, wobei ihnen mündlich vorgeworfen wurde, sie hätten sich der Staatsgewalt widersetzt.

Am Freitag, dem 16. März 2007, sind nun schriftliche Vorladungen des „Zentralen Kriminaldienstes Hannover“ an die Beschuldigten ergangen. Darin wird ih-

nen der Vorwurf des „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ gemacht, in drei Fällen sogar der des „Landfriedensbruchs“. Des Weiteren läuft in diesem Zusammenhang ein Verfahren wegen „Beamtenbeleidigung“.

Mit diesen Ermittlungsverfahren erfährt die Montagskundgebung eine neue Qualität der Kriminalisierung, nachdem sich bisher der Vorwurf auf den „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ bezog. Im Interesse der Erhaltung der Bürgerrechte und des Rechts auf freie Meinungsäußerung gehört dieser Vorgang ebenfalls an die Öffentlichkeit!

Presseerklärung von Andreas Kiehn, Montagsdemo Hannover

Scharia in Deutschland: Amtsrichterin gibt muslimische Frauen zur Züchtigung frei *(„Spiegel-Online“)*

Selektion: Nur Arbeitslose der Kasten C und D sind geeignet für Ein-Euro-Zwangsarbeit *(„Märkische Oderzeitung“)*

Sozialsenatorin verschließt ihre Ohren

An der 126. Montagsdemo in Bremen am 19. März 2007 ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz und später auf dem Hanseatenhof nahmen etwa 30 Menschen teil. In den Redebeiträgen wurde die „Politik“ des Senats und seiner Repräsentanten kritisiert. Bis zu den Wahlen Mitte Mai tut sich gar nichts mehr. Auf den ersten Wahlplakaten verkünden Böhrnsen oder Röwekamp nichts als Grinsen und leere Luftblasen. Wirkliche Arbeit an den unendlichen Problemen der Stadt wird nicht mehr geleistet.

Vor vier Jahren war der Beginn des Irak-Krieges. Schröders „Anti-Haltung“ hat sich weitgehend als leeres Geschwätz entpuppt. Frau Merkel weitet die deutsche Kriegsbeteiligung immer weiter aus, obwohl eine große Mehrheit der Bevölkerung alle diese Kriegseinsätze ablehnt.

Die Gemeinde Wetter in Hessen will nur noch wohlhabende Mitbürger in ihren Grenzen haben, andere blasen wie aus einer Flasche immer neue offene Stellen, um den Aufschwung zu begründen, derweil ganz real immer neue Stellenabbau-Pläne zugunsten der „Cash-Maximierung“ öffentlich werden.

Am Donnerstag der letzten Woche war erneut Sitzung der Sozialdeputation. Über 100 Mitbürger wollten Antwort auf die Umzugsbedrohungen. Senatorin Rosenkötter knöpft einfach von innen das Ohr zu, wettert ab, geht und lässt die Sitzung platzen. Das sind die Methoden, wie die Herrschenden mit den Nöten der Menschen umgehen! Sofort abtreten, kann man da nur fordern!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

UN-Bildungskritik: Dreigliedriges Schulsystem benachteiligt Kinder sozial schwacher und Migrantenfamilien *(„Junge Welt“)*

Gewerkschaft in der Pflicht: Bundesverwaltungsgericht räumt Personalräten Mitbestimmungsrecht zu Ein-Euro-Jobs ein *(„Erwerbslosenforum“)*

Lafontaine fordert Massenstreiks: Bundestagsmehrheit entscheidet gegen die übergroße Mehrheit des Volkes *(„Spiegel-Online“)*

Niedlich: Umweltschutz-Vorreiter tapst durch das Bärengehege *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

127. Bremer Montagsdemo am 26. 03. 2007

Die wichtige Untersuchung muss warten

Wir leben in Deutschland und schreiben das Jahr 2007: Jeden Tag wird eine neue Sau durch diesen Staat getrieben! Ein neues Ferkel habe ich kürzlich in Bremen entdeckt, es hatte sich freundlich bei meiner Augenärztin versteckt.

Mein Termin stand fest, und ich stand nervös vor dem Tresen: Ich dachte, ich sei im Januar schon dort gewesen. Nein, im Dezember ging ich das letzte Mal durch diese Tür und stehe nun verdutzt ohne Überweisung hier!

„Das kostet zehn Euro“, hörte ich eine freundliche Stimme sagen. „Kriege ich die wieder?“, musste ich darauf neugierig fragen. „Nein, die zehn Euro gibt es nicht zurück!“ Staunend sagte ich: „Das ist doch ein starkes Stück!“

Fahr ich heim und hole den Überweisungsschein, steckt trotzdem die Ärztin meine zehn Euro ein! Auch eine Bestätigung, dass ich schon beim Hausarzt gelöhnt, reicht nicht aus, wie es mit Bedauern zu mir herübertönt!

Die wichtige Untersuchung für grauen und grünen Star muss warten! Ich bin bei der AOK und werde im April zum nächsten Besuch starten. Doch die Tropfen sind schon knapp, und der Bus ist teuer! Mir stinkt die Sache nach Abzocke, ungeheuer!

Wo sind die Ferkel noch zu hören? Wir müssen sie beizeiten stören! Wir sind von Entsetzen gepackt! Was wird aus uns Alten, wenn man Gesundheitsreformer lässt schalten und walten?

Ursula Gatzke (parteilos)

800 Euro Grundeinkommen sind finanzierbar: Ohne neue Staatsschulden mit einem Einheitssteuersatz von 61 Prozent *(„Bild“, „Spiegel-Online“)*

Regieren Sie nicht gegen das Volk!

In was für einer Welt leben wir eigentlich? Das habe ich mich schon immer gefragt. Sind wir schizophren, oder geht es hier wirklich nur noch ums Raffen? Da schreibt der „Weser-Kurier“, der untreue Betrüger Peter Hartz übe „harte Kritik“ an dem nach ihm benannten Arbeitsmarktgesetz, besonders an der Regelung, wonach ein Arbeitsloser nur noch zwölf Monate lang das an seinem früheren Einkommen bemessene Arbeitslosengeld I erhält. Dies sei „ein großer Fehler, ein Betrug, wenn Sie so wollen, an denen, die jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben“, sagte er der „Bild am Sonntag“.

Der „Weser-Kurier“ meldet auch, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit um 800.000 binnen zwölf Monaten, das gegenwärtige „Jobwunder“, einen sozialen Preis hat: Etwa 50 Prozent dieses Beschäftigungsaufbaus ist auf Leiharbeit zurückzuführen, wie Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand, meint. Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ beobachtet zudem eine Zunahme der Teilzeitarbeit, wobei hier das Risiko, in Arbeitslosigkeit zu geraten, sechsmal größer ist als in der Wirtschaft insgesamt.

„Es darf nicht sein, dass Menschen entlassen werden, um sie anschließend gegen Fördergelder wieder einzustellen“, sagt Michael Fuchs, Wirtschaftspolitiker der CDU. Warum stehen wir eigentlich hier? Seit Anfang der Montagsdemo machen wir jede Woche auf diese Probleme aufmerksam, aber der „deutsche Michel“ will es wohl einfach nicht wahrhaben: Es ist alles in Ordnung, wir müssen konkurrenzfähig werden, indem wir die Kosten auf die Bürger verteilen!

Wir müssen effektiver werden durch *mehr* Bürokratie statt Abbau! Konkurrenz belebt das Geschäft, gemäß Aussage der Wirtschaft. In Wirklichkeit herrscht Angst vor Konkurrenz, sonst wären solche Forderungen gar nicht nötig. Unsere lieben Mitmenschen merken es einfach nicht, oder wollen sie nicht? Man zerstört die Harmonie der Menschen, setzt sie immer mehr unter Druck und wundert sich, dass alles nicht mehr tragbar ist. Aber vielleicht macht es jetzt doch einmal klick bei den etablierten Parteien?

Lesen wir die nächste Zeilen: „Die historische Gründung einer neuen Partei links von der SPD ist so gut wie perfekt“. Haben Sie das gehört? Links von der ehemaligen Arbeiterpartei SPD. Das ist Ihr Zutun, meine Herren und Damen Politiker! Sie wollten es verhindern und fördern es. Aber auch das möchte ich noch loswerden: Sie machen von allem, was Sie verhindern wollen, sowieso das Gegenteil!

Sie wollten doch Arbeitsplätze schaffen und haben es zugelassen, dass immer mehr Stellen vernichtet werden. Sie wollten doch Gettos und Armut bekämpfen, sind mit Ihrer Politik aber auf dem besten Wege, sie zu schaffen. Was wollten Sie nicht noch alles! Wann tun Sie endlich das Richtige? Reden Sie nicht so viel, sondern handeln Sie endlich, und vor allem, regieren Sie nicht gegen das Volk! Weg mit Hungerlöhnen, weg mit sozialer Kälte, weg mit Kinderarmut, weg mit einer Gesundheitsreform, die uns krank macht, und weg mit den Hartz-Gesetzen!

Udo Riedel (parteilos)

Fastentag: GEZ-Befreiungsantrag kostet 5,50 Euro *(„Sozialticker“)*

Amtsinfarkt: Jeder achte Bagis-Mitarbeiter wird gefeuert *(„Weser-Kurier“)*

Mit einem Lächeln: Arge verweigert trotz Gerichtsbeschlusses die Zahlungen *(„Erwerbslosenforum“)*

Das neoliberale Bremen stellt sich zur Wahl

Kurz vor der Bürgerschaftswahl wird man mit dem Desaster der Schuldenkrise erschlagen. Im „Weser-Kurier“ vom 17. März 2007 stand im Bremen-Teil, gleich auf der ersten Seite: Der Verkauf der Gewoba löst nicht die Schuldenkrise, selbst das Drehen an der Steuerschraube ist sinnlos. Dies meint Prozessführer Hellermann, der die Klageschrift begutachtet und formuliert. Die Klage, die zum Bundesverfassungsgericht geht, fordert weitere Strukturgelder vom Bund. Bremens Haushalt, also die Aufrechterhaltung des Stadtlebens, ist nicht weiterzuführen ohne jährliche Finanzspritzen in Millionenhöhe. Doch wie kam es zum Status quo? Welche Fehler sind begangen worden, damit es soweit kam? Sind weitere Strukturhilfen das Allheilmittel, um den Bremer Haushalt zu sanieren?

Seit Beginn der Großen Koalition flossen Sanierungsgelder nach Bremen. Das ist nun zwölf Jahre her, aber weder das Einnahme- noch das Ausgabenproblem wurde in dieser Zeit gelöst. Man hat sogar den Schuldenstand auf 14 Milliarden erhöht. Die Sanierungsgelder vom Bund fließen nicht mehr, weil Bremen versprach, in zehn Jahren den Haushalt zu konsolidieren, und weil der Bund selbst

sparen muss, da er ebenfalls hoch verschuldet ist. Seit 2005 hat Bremen einen verfassungswidrigen Haushalt, der jedes Jahr aufs Neue durch Finanzjonglage durch die Bürgerschaft gedrückt wird. Solide Finanzpolitik ist in Bremen schon lange nicht mehr möglich. Man verbuchte den „Kanzlerbrief“ über 500 Millionen Euro, der ein Schüttelscheck war, als Einnahme im Haushalt. Als dieser von Schröder nicht eingelöst wurde, erstellte man einen doppelten Haushalt, der gespeist war mit Krediten und Zinsen. Konsumistische Ausgaben wurden weniger, wobei die Investitionen stiegen.

Im Jahre 2007 versucht man noch kurz vor der Wahl, durch eine Klage in Karlsruhe neue Gelder zu kriegen. Das anvisierte Ziel ist 2008. Auch Berlin versuchte im letzten Jahr aus Gründen der Haushaltsnotlage, Gelder durch eine Klage zu erlangen. Dies sollte auch für Bremen beispielhaft sein: Die Klage wurde abgewiesen, obwohl Berlin mit 40 Milliarden Euro weitaus höher verschuldet ist als Bremen. Man gewährte Berlin keine Hilfe, da die Stadt noch viel an städtischen Vermögen habe; dies müsse zuerst verkauft werden. Besonders wurden die städtischen Wohnungen genannt. Aber der Spruch kann auch so gedeutet werden: Karlruhe hat ein Generalurteil gefällt. Die Städte und Kommunen sind haftbar und eigenverantwortlich. Der Bund hilft nicht mehr, wenn die Löcher im Haushalt verfassungswidrig aufgefangen werden müssen.

Das hat nun der Gutachter bei der Bremer Klage berücksichtigt. Er sagt: Würde die Gewoba oder der Flughafen verkauft, kämen wohl mehrere Millionen dabei heraus, die Verschuldungskrise würde aber nur abgemildert. Die Strategie ist, den sozialen Notstand auszurufen. Bedeutet das einen Freibrief, jetzt alles kaputtzusparen? Es sieht danach aus. Nach der Jugend- und Kinderarbeit ist die Kultur dran: Statt 50.000 Euro für die „Breminale“ locker zu machen, gibt der Senat seiner Marketing-Gesellschaft 500.000 Euro. Damit wird der Billigflieger Ryanair beworben. Nun heißt es, man spare nicht aus der Not heraus, sondern weil es rechtens sei. Man möchte die Klage in Karlsruhe beschleunigen, so ehrlich muss der Senat und sein Gutachter schon sein!

Man hat das Thema Haushaltsnotstand jahrelang auf die lange Bank geschoben. Dieses Verhalten muss nun gut begründet werden. Letzten Endes hat der Senat die Bürgerschaft und die Öffentlichkeit getäuscht. Das wird sicherlich schlecht angesehen beim Bundesverfassungsgericht! Außerdem kann die Klage scheitern. Das alles wird den Bremern jetzt knallhart ins Gesicht gehauen, anscheinend konnte man den wahren Stand nicht mehr länger unterdrücken. Nun versucht sich der Bremer Senat als Büßer, besser noch als Retter. Kurz vor dem Urnengang zeigt man geschlossene Stärke und macht dem Wähler klar: Die jetzige Situation ist eine Misere, aber ohne die Strippenzieher aus den Senat geht alles den Bach hinunter! Also braucht der alte Senat noch eine weitere Legislaturperiode, um Stabilität zu erreichen.

Ist man als Wähler naiv, glaubt man an das Szenario. Ist man aber kritisch, besitzt einiges an Hintergrundwissen über die Bremer Finanzpolitik, traut man diesem faulen Zauber nicht. Sosehr es auch dem Senat und Bremen zu wünschen

ist, Erfolg vor Karlsruhe zu haben, darf man aber die Realität nicht vergessen: Der Grund für das Verheizen der Sanierungsgelder in Höhe von zehn Milliarden Euro ist eine verdeckte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Großzügig flossen Millionen Euro in Projekte ohne Gegenrechnung. Man verließ sich nicht nur beim „Space-Park“ auf falsche Statistiken, auch Projekte wie „Technologiepark“, „Gewerbepark“ Oberneuland, Hemelinger Tunnel, Galopprennbahn, „Kulturhauptstadt 2010“ und Stadtautobahn ragen hinaus. Gelder wurden also zweckentfremdet: Dieses Verhalten des Senates ist hochkriminell!

Wären sie keine Politiker und genössen Immunität, säßen einige im Gefängnis. Wirtschaftskriminalität nennt die Justiz das in der freien Wirtschaft. Dem Wähler muss klar sein: Kommt der jetzige Senat erneut in Amt und Würden, werden auch die vielleicht kommenden Gelder vom Bund weiter veruntreut. Eine Politik außerhalb der Banken- und Wirtschaftshörigkeit muss in Bremen endlich Fuß fassen! Der Kern der neoliberalen Ausrichtung, die Umverteilung von unten nach oben, wird vom Senat als „alternativlos“ verkauft. Dass dies nicht stimmt, sondern gewollt ist, machen jüngste Beispiele deutlich: die kommenden Zwangsumzüge von ALG-II-Empfängern. Die Sozialdeputation kann die Sätze zur Kaltmiete erhöhen, aber sie weigert sich und versteckt sich hinter der „Haushaltssperre“.

Auf der anderen Seite gibt es Bebauungspläne für die Feldmark; in dem Naturschutzgebiet sollen Einfamilienhäuser entstehen. Gedacht ist diese neue Siedlung für Pendler, die in Bremen arbeiten, aber in Niedersachsen wohnen, also die Gutverdiener. Man hofft, sie dort ansiedeln zu können, um ihre Steuergelder zu kriegen. Ob die Sache so aufgeht, wie sie ausgedacht ist, bleibt ungewiss. Hauptsache, man versucht es und legt kurzfristige Arbeitsprogramme auf: Das ist der Grundtenor von zwölf Jahren Großer Koalition. Eine weitere Zwangsehe ließe alles beim alten. Eine bessere Politik ist möglich! Anfangen kann man mit einem Antrag, der fordert, dass alle Investitionen über 20 Millionen Euro erst nach Bürgerbefragung getätigt werden. Die Idee eines Bürgerhaushaltes würde mehr Transparenz bringen. Die Einwohner dieser Stadt würden wissen, wohin und wie viel Geld fließt. Das weckt auch mehr Interesse und bewirkt wachsenden Spaß an der Politik!

Jens Schnitker (parteilos)

Verzeihung, Herr Thumann: Welche „800.000 neuen Arbeitsplätze“ hat die Wirtschaft im letzten Jahr geschaffen? *(„Yahoo“)*

Manipulation oder Fälschung: Ein-Euro-Jobs beeinflussen Arbeitslosenstatistik *(„Erwerbslosenforum“)*

Schaumschlägerei: Beck’s Angebot für Diplompsychologen ist der Ein-Euro-Job zur Betreuung Obdachloser *(„Erwerbslosenforum“)*

Ich verlange einen fairen Arbeitsmarkt

1. Ihr habt sicher im Mediengetümmel mitbekommen, dass Wirtschaftsminister Michael Glos 1,4 Millionen neue Stellen erzwingen will. Das wären zehnmal so viele Arbeitsplätze wie das Konzept von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) verspricht. Von Gutachtern erhält der Minister viel Lob und Rückenwind für seine perfiden Reformpläne: Glos will eine strenge **Arbeitspflicht** für Hartz-IV-Empfänger einführen!

Angeblich kann ein wahres Jobwunder entstehen, wenn Glos sich mit seinen Reformvorschlägen in der Großen Koalition durchsetzt. Zugleich könnten die öffentlichen Haushalte bis zu 25 Milliarden Euro pro Jahr sparen. Das Glos'sche Arbeitsmarktkonzept sieht vor, dass jeder Erwerbslose einer regulären Beschäftigung oder einer öffentlich bereitgestellten Arbeit – in Art der Ein-Euro-Jobs – nachgehen müsste, da ihm andernfalls die staatliche Unterstützung gestrichen würde. Wer einen normalen Job hat, damit aber zu wenig zum Leben verdient, bekäme einen öffentlichen Zuschuss.

Arbeitsminister Müntefering ist dagegen. Er bevorzugt ein Fördermodell für Geringverdiener, das die Ökonomen Peter Bofinger und Ulrich Walwei entwickelt haben. Sie hatten vorgeschlagen, dass der Staat Geringverdienern die Sozialversicherungsbeiträge völlig oder teilweise erstattet. Es bleibt die Frage im Raum stehen, warum nur von irgendwelchen Arbeitsplätzen gesprochen wird und nicht von Arbeitsstellen, von denen man leben kann. Diese Frage scheint nur die Betroffenen selbst zu interessieren, wohingegen Unternehmer und Politiker ausschließlich möglichst billigen Arbeitnehmern Beachtung schenken!

Michael Glos muss sich die Frage gefallen lassen, ob er mit seiner Forderung nach „gesetzlicher Zwangsarbeit" für einen Rechts- und Sozialstaat, in dem die Verfassung noch den Maßstab eines Rechtssystem bildet, weiterhin tragbar ist. Irgendwie scheint das Grundgesetz vollkommen in Vergessenheit geraten zu sein. Um die neoliberale Ausbeutung voranzutreiben, kennt man in diesem Land keine Skrupel mehr. Sind unsere Politiker insgesamt überhaupt noch zu verantworten? Sie sind mitten dabei, das Grundgesetz auf Grund zu setzen!

Wieso eigentlich nur 1,4 Millionen Stellen? Nach den offiziellen Zahlen müssten doch mindestens vier Millionen Zwangsarbeit-Jobs geschaffen werden! Die Unternehmen, die auf Hartz IV bauen und davon profitieren, scheinen ja wie Pilze aus dem Boden zu schießen. Diesem Treiben muss doch mal ein Riegel vorgeschoben werden! Das kann doch nicht ewig so weitergehen, in dieser Abwärtsspi-

rale mit Ein-Euro-Jobs, Kombilohn, Bürgerarbeit, Niedriglohn und was noch für'n Mist!

Irgendwann bleiben dann alle auf der Strecke! Ich verlange einen fairen Arbeitsmarkt: gleiche Chancen für alle. Und nicht, dass die einen verdonnert werden und die anderen keine Stelle mehr finden können, weil alle Jobs für ALG-II-Empfänger freigehalten werden, da der Arbeitgeber seinen Nutzen daraus ziehen könnte.

2. Hartz-IV-Armut soll Standard werden! Das Bundesarbeitsministerium hat ein neues Konzept für einen gesetzlichen **Mindestlohn** auf Hartz-IV-Niveau in die Große Koalition eingebracht. Laut „Focus" soll eine Regelung geschaffen werden, nach der die Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber einen Lohnanspruch mindestens in Höhe des auf den Bruttobetrag hochgerechneten Arbeitslosengeld-II-Anspruchs haben. Das entspreche einem Bruttoverdienst von 1.100 Euro.

Aber im gleichen Atemzug will Müntefering Mini-Löhne verbieten! Leidet der gute Mann unter Schizophrenie? Ist Hartz-IV-Niveau etwa kein mickriger Minilohn? Bei Steuerklasse I ergibt ein Bruttolohn von 1.100 Euro 836 Euro netto! Das ist zum Sterben zuviel, zum Leben zu wenig, aber *über* Hartz IV! Offenbar versucht er sehr geschickt, beide Klientelen, Unternehmer und Wähler, die er den Linken abzutrotzen sucht, zu bedienen und hofft darauf, dass bloß niemand diesen Widerspruch bemerkt!

Müntefering sagte der „Blöd am Sonntag": „Ich will sittenwidrige Löhne gesetzlich verbieten. Es verstößt gegen die Menschenwürde, wenn Menschen, die voll arbeiten, mit ihrem Einkommen unter dem Existenzminimum liegen." Erstaunlicherweise hält er Hartz IV für menschenwürdig. Für ihn ist scheinbar erst dann die Sittenwidrigkeit erreicht, wenn der Lohn 30 Prozent unter dem in der Branche oder vor Ort üblichen Tarif liegt.

3. Gegen sittenwidrige Löhne müsste man auch mal in der entgegengesetzten Richtung vorgehen! Das ist doch wirklich unanständig, was sich hier ganz ungeniert entwickelt, wenn die **Vorstandsvergütungen** der Manager mal eben um durchschnittlich 18,33 Prozent kräftig ansteigen dürfen! Am stärksten kletterten die Einkommen beim Nutzfahrzeughersteller MAN nach oben: Die Manager erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr durchschnittliche Pro-Kopf-Bezüge von 1,89 Millionen Euro – 76,64 Prozent mehr als 2005!

Dazu heißt es ganz lapidar, dass sich die Bezüge proportional zu den operativen Ergebnissen der Unternehmen entwickelten. Einfach mal eben so! Wenn *wir* mit der größten Selbstverständlichkeit unsere Regelsätze von 345 Euro proportional zu unserem Ausgrenzungsfrust um 76 Prozent, also 264,41 Euro erhöhten, dann landeten wir bei insgesamt 609,40 Euro. Na, da kommt doch Freude auf!

4. Die **Bremer Wirtschaftspolitik** ist ebenso wirkungslos wie die auf Bundesebene! Die Arbeitnehmerkammer verlangt ein Umdenken, denn Bremer Investitions-

förderung hat Arbeitslosigkeit nicht abgebaut. Was tun? Nach Meinung der Kammer muss Wirtschaftsförderung viel gezielter eingreifen und mehr die kleineren Betriebe im Auge haben als die großen Projekte. Vor allem aber müssten die Beschäftigungseffekte ernsthaft zum Kriterium gemacht und im Nachhinein geprüft werden.

„Wir brauchen mehr politische Kreativität und Ideen, wie man etwa eine lokale Stadtteilökonomie mit kluger Arbeitsmarktpolitik verknüpfen kann“, so der Geschäftsführer der Arbeitnehmerkammer, Hans Endl. Auch die Qualifizierung sei ein wichtiges Kriterium. Öffentlich geförderte Beschäftigung dürfe nicht einseitig auf Ein-Euro-Jobs ausgerichtet sein. Merken die eigentlich gar nicht, was sie für ein Blubb-Blubb ablassen, total inhaltslos? Sie wollen es einfach nicht wahrhaben, dass wir niemals mehr Vollzeitbeschäftigung haben werden!

5. Merkel küsst sich durch Europa! Formvollendet der Handkuss des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac. Angie revanchiert sich mit Küsschen auf beide Wangen. Fast *innig* die Umarmung von Luxemburgs Premier Juncker für die Kanzlerin – schmatzzz – Merkel strahlt. Eben allerliebst!

Gut, dass sich neben dem öffentlichen Geküsse (nichts gegen Küsse, wenn sie echt sind!) und der Lobhudelei auch noch ein paar Köpfe, die kritisch denken können, zu Wort meldeten, auch wenn sie ihre Demo nicht bis vor den Ort des Geschehens lenken durften: „Wir fordern einen neuen Konvent über die **Zukunft Europas**, der tatsächlich die Interessen der Bürger vertritt!“

Elisabeth Graf (parteilos)

Grausam: Kranke Hortkinder, die auf Betreuung angewiesen sind, haben in Bremen schlechte Karten *(„Tageszeitung“)*

Kandidatenwatch: Der betrübte Problemverteiler schweigt, wenn Kandidaten rechtsextremer Parteien antworten dürfen *(„Tageszeitung“)*

Brauchen wir einen starken Segelohrmeister?

Bereits in der Antike, zur Zeit der altgriechischen Stadtstaaten, wurde mit Bildung der Demokratie festgestellt, dass niemand in Sklaverei oder Schuldknechtschaft gehalten werden darf. Von Geburt sind alle Bürger gleich! Aber damals stellte sich schon heraus, dass diese Gleichheit der Bürger abhängig war von ihrem Reichtum und Besitzstand. Dementsprechend besaßen Wohlhabende auch mehr Rechte als ärmere Bürger in Lohnabhängigkeit, die ergo in erbärmlichsten Ab-

hängigkeitsverhältnissen der reichen Unternehmer und Besitzenden lebten. Dies ist auch bis in die jüngste Zeit unserer Industrialisierung so geblieben.

Schon beim Spartacus-Aufstand im römischen Weltreich zeigte sich der andauernde Kampf des Kapitals gegen den abhängigen Arbeitnehmer. In der Neuzeit endet dieses System in seiner schlimmsten Form wie in den USA, wo inzwischen etwa 3,5 Millionen Bürger in Gefängnissen sitzen und zu Löhnen, die einer modernen Arbeitsversklavung gleichkommen, für Großunternehmen beispielsweise Jeanskleidung für etwa 30 Cent die Stunde fertigen müssen. 90 Prozent der Inhaftierten gehören der Latino- oder farbigen „Volksgruppe“ an, nur etwa zehn Prozent der Inhaftierten sind weißer Hautfarbe – wobei das Strafmaß für Farbige und Latinos oder sogenannte soziale Störenfriede zehnmal so hoch ist.

In der EU sind Bestrebungen des Kapitals am Werk, nach dem Vorbild der USA das Gefängniswesen wie eine Aktiengesellschaft der Börsenspekulation zu überlassen, was auch hier dazu führen wird, dass man „soziale Störenfriede“ und Bürger, die einfach Opfer unseres Raubtierkapitalismus geworden sind, als billige Sklaven ohne jedwede Arbeits-, Sozial- und Altersversorgungsrechte so lange wie möglich wegschließt. Auch aus eigener Erfahrung kann ich über den Irrsinn unserer willkürlichen Urteilsfindungen und die fragwürdige soziale Überzeugung und Gesinnung unserer Gerichtsbarkeit sprechen.

90 Prozent unserer Urteile werden an der Sache, der Schuld und der Vorgeschichte eines Täters vorbei gefällt. Viele vor Gericht stehende Bürger sind sozial oder psychisch schwer erkrankt, sei es durch ihr Familienvorleben, durch Schulterror oder einfach Mobbing am Arbeitsplatz bis hin zu der allgemein bekannten Behördenwillkür. Weil aber viel zu wenige der so kostspieligen Behandlungsmöglichkeiten vorhanden sind, bleibt unserer Justiz nur die Universallösung des Wegschließens, so billig wie möglich, in übervollen Gefängniszellen, wie Sardinen in der Dose! Die Folgen hiervon führen vom Züchten von unvorstellbaren Rachewünschen und Hass auf diese Gesellschaft über weitere schwere Verasozialisierung bis hin zum Selbstmord.

Unsere Justiz lässt nichts aus, um Menschen systematisch zugrunde zu richten, und unsere Gefängnisse sind bestenfalls Universitäten des Verbrechens! Etwa zehn bis zwölf Prozent aller Verurteilten wurden Opfer vorsätzlich begangenen Rechtsbetruges und damit von Fehlurteilen. Ein „Ausnahmefall“ wie der des deutsch-türkischen Mitbürgers Murat Kurnaz ist gar kein Einzelfall, nur eben „bedauerlicherweise“ bekannt geworden. Dass es hier von Seiten der Verantwortlichen keine Schuldeinsicht gibt, zeigt die ganze asoziale und bürgerfeindliche Gesinnung unserer Parteienpolitiker, die nur an ihrem Karriere-Ringelpiez mit Ämterbingo interessiert sind!

Schon die Hinweise in England vor über 200 Jahren auf die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems haben sich bisher immer wieder bewahrheitet. Mir wurden sie 1968 bewusst, als unsere Politiker mit Hilfe einer Polizei aus organisierten Prügelbanden Krieg gegen das eigene aufmüpfige Volk zu führen begannen. Hier hatten wir noch Glück! In Paris ist die Polizei mit äußerster Bru-

talität gegen die Demonstranten vorgegangen; es gab hunderte Verletzte und willkürliche Verhaftungen. Dort war der Verantwortliche ein Kriegsverbrecher der NS-Besatzung, in Bremen hetzte Polizeipräsident von Bock und Polach bei den Straßenbahn-Unruhen seine Prügelbande auf die Bürger los wie aus der braunen Zeit bekannt.

Wir müssen uns als Bürger endlich besinnen, dass wir in einem Rechtsstaat leben, in dem ein Bürgerparlament mit aus der Bevölkerung gewählten Vertretern zusammentritt. Wir brauchen den Parteienadel nicht mehr, die Monarchie ist abgeschafft, und Politveranstaltungen, die mit Popkonzerten zu vergleichen sind, brauchen wir auch nicht mehr! Uns hier weismachen zu wollen, es ginge nicht ohne diese karrieregeilen Parteien-Rattenfänger, ist als wolle man mir erklären, ich könne besser mit einem Raucherbein leben!

Wir arbeiten Leuten in die Hände, die nun wieder die Stadt, das ganze Land mit dem gefährlichen Gedankengut Hitlers bis hin zu Brandstiftung und Totschlag überschwemmen. Diese Leute haben auch noch ein Stück weit Recht, wenn sie für politische Narreteien wie Hartz IV angesichts von Millionen Arbeitslosen die eingewanderten Polit-, Elends-, „Wirtschafts“- und Kriegsflüchtlinge als „verantwortlich“ herausstellen, doch wer würde nicht vor Hunger, Elend und politischem Terror auf die Flucht gehen? Ich möchte nur an die eigene Geschichte erinnern, die Millionen „Volksgenossen“ in alle Länder weltweit vertrieben hat, die Besten noch dazu, Erfinder und Vordenker, zu denen wir nur mit großen Respekt aufsehen können, hierbei viele jüdische Mitbürger!

Es mag zwar richtig sein, Arbeitslose zu sozialer Tätigkeit heranzuziehen, sofern diese vorhanden und der Erwerbslose hierzu geeignet ist. Das setzt aber voraus, dass mit dieser Tätigkeit kein Arbeitsplatz vernichtet wird, der von einem tarifgeschützten Arbeitnehmer ausgefüllt werden könnte. Sonst kann sogar noch die Spekulation von Unternehmen oder Kommunen zum Erfolg führen, die nur im Sinn haben, ihre Produkte oder Dienstleistungen im Ein-Euro-Lohnverhältnis erledigen lassen zu können, um einem „zu teuren“ Arbeitnehmer zu kündigen.

Die Politik muss gezwungen werden zu begreifen, dass der Arbeitnehmer für seine Tätigkeit einen tarifgeschützten Lohn erhalten muss, der es ermöglicht, in unserer Gesellschaft ein sozial gesichertes und würdiges Leben führen zu konnen. Auch dass derjenige, der unter die Regie von Hartz IV fällt, weiter Rentenanspruch erwirbt und Krankengeld beziehen kann, um einen sozial würdigen Lebensstandard zu halten, ohne Angst, mit der Arbeitslosigkeit zu verelenden und nicht nur sein durch Arbeit und Sparsamkeit aufgebautes Wohneigentum, sondern auch sein Spargeld, seine Freunde und am Ende noch seine Wohnung zu verlieren. Hierbei meine ich kein Anrecht, auf Kosten von Harz IV im Luxus nicht endender Saufpartys leben zu können!

Wenn unsere Politik behauptet, dieses Geld sei nicht da, so ist dies Lügerei und Verdrehung der Tatsachen. Ich verweise nur auf die asoziale Überversorgung, Verschwendung und Korruption unserer Politiker, von der Misswirtschaft im eigenen Lande bis zur Verschwendung unserer Steuergelder bei irrsinnigen poli-

tischen oder militärischen Unternehmungen weltweit. Wo es vielleicht notwendig wäre, unverzüglich und „wirksam“ militärisch „einzugreifen“, wird es wegen politischer Eiertänze sowieso nicht getan, zum Beispiel bei den seit Jahren andauernden Völkermorden im Sudan.

Die „Wiederbewaffnung“ ist ein Irrsinn unserer Nachkriegsregierungen. Das Ahlener Programm der CDU von 1947, das in seiner sozialistischen Auffassung dem kommunistischen Parteiprogramm nahekam, war bereits nach den ersten Regierungsjahren spurlos in den Parteischubladen vergessen worden. Die damalige Adenauer-Regierung hat uns ständig eingeredet, es gebe ein endloses Perpetuum mobile des „Monopoly“-Spiels! Doch statt vorsorgende soziale Rücklagen und Sicherheiten zu schaffen, wurden Milliarden an Steuergeldern veraast, bis hin zur Unterstützung von Diktaturen und edler Freundschaft zu korrupten Politikern weltweit.

Bis dato werden Millionen verschwendet, zur Selbstdarstellungsschau fragwürdiger Zusammentreffen, zu Fressgelagen und Dummschwätzereien, die es am Ende nicht wert sind, noch zu Papier gebracht zu werden! Bleiben noch die Parteilügen eines CDU-Fürsten namens Norbert Blüm über seine eigene „gewachsene Altersversorgung“ von gut 10.500 Euro im Monat, wofür ein Arbeiter mindestens 300 Jahre hätte an der Werkbank stehen müssen. Keine TV-Talk-Show lässt er aus, um uns mit seinem dummen Geschwätz vollzulügen. Ein verhängnisvoller Irrtum ist der Glaube an ein endloses Wohlstandswachstum! Im Gegenteil besitzen beim „Monopoly“ am Ende wenige alles an Reichtum, und der Rest hat verloren.

Ich glaube nicht, dass ein Arbeitnehmer mit seiner bereits erreichten oder noch zu erreichenden Altersversorgung am Rande des Elends und der Armut sich derart von solchen politischen Nieten und Gauklern verarschen lassen muss; ich verweise auf die Auslassungen des Herrn Napoleon! Es hat nichts mit sozialer Weltordnung zu tun, wenn – wie im calvinistischen System zum Beispiel der holländischen Kolonialzeit – der Satz gilt: „Gott belohnt die Erfolgreichen, egal wie der Erfolg erreicht wurde!“

Ein Politiker sagt im geschlossenen Kreis der siegreichen Parteigenossen: „Was wollen die Idioten denn? Die haben uns doch gewählt! Was interessiert uns unser Geschwätz von gestern?“ Ein anderer bezeichnet es öffentlich als „unfair“, dass die Regierungsparteien an ihren Aussagen aus dem Wahlkampf gemessen werden. Der Philosoph Jaspers hat die These aufgestellt, dass jeder Bürger für seine Gesellschaft und seinen Staat, in dem er lebt, Mitverantwortung trägt. Demzufolge hätte man 1945, nach der Kapitulation des „Dritten Reiches“, alle erwachsenen deutschen Bürger vor ein Kriegsgericht stellen und aburteilen müssen!

Wir leben in einem Volk von etwa 80 Millionen Menschen, wo jeder ein Recht auf seine eigene politische Meinung oder Weltanschauung haben will. Viele verweigern sich sogar ihrem Wahlrecht oder sagen einfach: „Die da oben machen sowieso, was sie wollen!“ Ich warne jeden Bürger vor solch einem Denken oder der Feigheit, sich dieser Staatsbürgerpflicht zu entziehen! Wir sitzen alle in einem

Boot, und wenn wir untergehen, saufen wir zusammen ab wie die Menschen auf der „Titanic“. Die sogenannten Heuschrecken da oben versuchen, unter Mitnahme ihrer zusammengeraubten Vermögen abzuhauen; wir aber können nirgendwo hin. Wir bezahlen die Zeche unseres ruinierten Staates!

Gerade steht nun wieder hier im Bundesland Bremen die Wahl an, ein irrsinniger Wanderzirkus unserer Polithasardeure. Wir werden vollgestopft mit leeren Versprechen und Lügen. Wie Hausierer ziehen sie mit einem millionenteuren Reklamerummel über das Land! Kein Baum, kein Lichtmast ohne Pamphlet. Weder ich noch zahlreiche andere Bürger sind bereit, diese Politik der 16 Landesfürsten oder gar „Landesväter“, wie sie sich selbst nennen, hinzunehmen. Wir brauchen diesen Aufwand nicht! Wir müssen für etwa 130 Ministerien und Senate sowie deren Personal mitsamt Altersversorgung jeden Monat mehr als 1,6 Milliarden Euro bezahlen, die Kosten des Wahlzirkus nicht mitgerechnet.

Weder brauchen wir in unseren 16 Bundesländern eigene Ministerien und Senate, noch alle paar Monate eine Wahl, bei der die Politiker auf unsere Kosten unterwegs sind. Unlängst ist mir bei einer nicht unwichtigen Bundestagssitzung aufgefallen, wie wenige der Politherrschaften überhaupt nur anwesend waren! Unsere Parlamentarier sind vermutlich derart mit ihren umfangreichen Nebentätigkeiten beschäftigt, dass sie weder der Wählerwille noch die parlamentarische Verantwortung etwas anzugehen scheint. Aber ihre Einkünfte versäumen sie nicht pünktlich und vollzählig anzufordern!

Nehme ich es als Bürger nicht hin und werfe dieses Versäumnis allen meinen „Volksgenossen“ vor: Milliardenschäden werden Jahr für Jahr angerichtet durch Querelen, Neid und politische Machtstreitereien sogenannter Landesfürsten und ihrer Klüngel untereinander. Dabei haben die Versäumnisse in der Infrastruktur zahllose Arbeitsplätze gekostet, und bei der Flutkatastrophe von 1962 wurden nur durch das eigenmächtige und starrsinnige Handeln des Innensenators Schmidt und den erstmaligen Einsatz der Bundeswehr im Innern Tausende Menschenleben gerettet.

Wird hier in Norddeutschland nicht unverzüglich gehandelt, ist es bloß eine Frage der Zeit bis zu einer sicheren Katastrophe, über deren Ausmaße wir noch keine Vorstellung haben. Wir haben es nicht mit einem überlaufenden Bach zu tun, vor dem man noch wegrennen kann, sondern mit der Nordsee! Wir werden in Zukunft nicht umhin kommen, nach holländischem Vorbild ein Sperrwerk durch die Weser- und Elbmündung zu bauen. Doch diese Politik der Dummheiten und Unfähigkeiten ist nicht einmal in der Lage, eine Straßenbahn von Bremen nach Delmenhorst zu bauen, denn an der Varreler Bäke beginnt für sie das „feindliche Ausland“!

Peter Kubiak (parteilos)

Armutslöhne bleiben: Statt eines Mindestlohns beschließen Union und SPD Zuschüsse für Unternehmer *(„Junge Welt“)*

Die Spiele derer, die uns den Gürtel enger schnallen

Die Leipziger Buchmesse ist vorbei, und heute erscheint ein Buch. Genau genommen viele Bücher, aber nur zwei sind wichtig, und zwar nicht das von Günter Graaass, der in den Medien jetzt immer mit langem A vorgestellt wird, nicht mehr mit kurzem, denn er kann das mit SS seit einiger Zeit nicht mehr recht hören. Günter Graaass ist sozusagen beleidigt, aber sein Gedichtband hat ihm geholfen, die erlittenen Anfeindungen zu verarbeiten.

Heute Morgen war ich sehr traurig: Ich sah in der Zeitung vom Wochenende ein Foto, das mich bis ins Mark erschüttert hat. Unser aller Freund Peter Hartz hat sich noch mal ablichten lassen, und man sieht: Es geht ihm richtig schlecht, jetzt, da er rechtskräftig verurteilt ist und eine angeblich saftige Strafe zahlen muss. Weil es ihm so schlecht geht, hat er ein Buch, nein, nicht geschrieben, sondern schreiben lassen, und das erscheint ebenfalls.

In einem Radiobericht dazu hieß es, Freund Peter sei an eine Wirtschaftsjournalistin „herangetreten“, also passt gut auf, wer das demnächst tut! Die hat es dann für ihn geschrieben. Sie erklärte, wie spannend es war, Peter zuzuhören, und warum es ihm jetzt so schlecht geht. Er habe sich auch nicht selbst bereichert (und die Erde ist eine Scheibe), und dennoch sei er in 44 Fällen der Untreue verurteilt worden.

Derweil ist Frau Mohnhaupt wieder freigekommen, nach 24 Jahren. Was sie zu verantworten hat, ist enorm, Mord immerhin. Aber ich frage mich: Wie viele Mitbürger(innen) hat Peter Hartz in den Selbstmord getrieben? Bei einer Viertelmillion Euro Strafe! Lassen wir auch sein Buch also einfach dort liegen, wo es hingehört: Unter dem Ladentisch soll es verstauben, basta!

Gestern wurde in Berlin gefeiert, es war der „EU-Feiertag“. Die Staatschefs genossen Sekt und Kaviar, den wir ihnen bezahlen. Gianna Nannini hat abgesagt wegen „zu viel Blabla“. Für uns gab es also Spiele bei enger geschnalltem Gürtel. Sagt daher weiterhin Nein zu Europa in dieser Form! Aber es gab gestern auch etwas Gutes, in Dortmund: Plus und minus ist eben doch nicht immer Null! Es kommt darauf an, was wir wählen! Jetzt gibt es eine Linke, eine Alternative. Lassen wir sie also feiern, was interessiert es uns! Wir arbeiten weiter dafür, ganz demokratisch versteht sich, dass sie morgen von Peters Geld leben müssen.

Noch etwas stinkt mir mächtig: Sie können ja feiern, so lange sie wollen, und wenn sie dabei die fünfzigjährige Friedensperiode in Europa betonen, ist das gut und richtig, aber ich finde es unerträglich, dass unsere Obervorturnerin nichts anderes fordert als eine europäische Armee! Wir müssen uns einmischen, damit wir und unsere Kinder mindestens noch einmal 50 Jahre Frieden haben!

Roland Springborn (parteilos)

„Freie Fahrt für alle“: „Überflüssige“ Münchener dringen sanft in U- und S-Bahnen ein *(„Indymedia“)*

Das Europa der Werktätigen muss und wird anders aussehen

Zur 127. Montagsdemo in Bremen am 26. März 2007 ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz kamen etwa 30 Menschen. Wir hörten wieder vielfältige Redebeiträge, die sich thematisch zwischen der Abzocke bei der Gesundheitsreform und der immer wieder verwunderlichen und zu kritisierenden „Politik“ des Bremer Senats und seiner Repräsentanten bewegten. Im Mittelpunkt stand der „50. Geburtstag Europas“. Die Beiträge stellten heraus, was aus dem Europa, das die geschundenen Menschen nach 1945 erträumt hatten, geworden ist: Immer mehr werden diejenigen, die Europa aufgebaut haben, zum Opfer der herrschenden Politik.

Frau Merkel will den Weg der Monopole zu einem aggressiven Europa auf neuer Grundlage vorantreiben: Europa soll wie die USA auf jedem Punkt der Erde seine Interessen verteidigen können. Das aber wollen die Menschen nicht! Hinter einem zwölf Millionen Euro – wenn diese Summe reicht – teuren Metallgitterzaun wollen sich die G8-Gewaltigen in Heiligendamm „in Ruhe beraten“. Davor Tausende von Militärs und Polizei und protestierende Menschen! Ein System, das sich nur noch verschanzt der Öffentlichkeit stellen kann, gewinnt kein Vertrauen in seine Politik.

In sieben Wochen ist Bürgerschaftswahl. Die Wahlplakate stehen, bekleistert mit vollmundigen Behauptungen, die jeder nur als Verarschung ansehen kann. Die Unzufriedenheit der Menschen lässt sich nicht wegwerben: SPD und CDU haben die Mehrheit längst verloren, auch „Rot-Grün“ wird äußerst kritisch betrachtet. Mancher setzt auf die Linkspartei, von der man in Bremen eigentlich nichts sieht und hört. Die Nichtwähler werden sicher wieder die größte Partei darstellen! Die Ablehnung ist aber nicht alles, das Selberaktivwerden gehört dazu, zum Beispiel in der Montagsdemobewegung oder in ähnlichen aktiven Bündnissen, wo man eigene demokratische Prinzipien aufstellt und praktiziert.

Die Minierhöhung der Renten um sage und schreibe 0,54 Prozent und der ALG-II-Bezüge um 1,86 Euro im Monat bei 1,7 Prozent Inflation alleine 2006 ist nichts anderes als Raub am geringen Lebensstandart von Millionen von Menschen. Herr Ackermann und andere Manager steigern ihr Einkommen um min-

destens 17 bis 20 Prozent. Wer immer noch nicht genug kriegen kann, wird bei Siemens immer frecher korrupt. Man weiß ja, was kann da schon passieren, ein bisschen Geldstrafe aus der Portokasse und „Freigang auf Bewährung“, um neue Pläne zu schmieden. Aber wenn sie glauben, dass wir Vertrauen in solch eine Justiz hätten, dann irren sie sich!

Am Airbus-Aktionstag am 16. März 2007 in Hamburg nahmen über 20.000 Menschen teil, aus fast allen Standorten, nur einer fehlte fast ganz, und zwar Hamburg. Die Werksleitung hatte den Betriebsrat unter Druck gesetzt und sozusagen gezwungen, eine sogenannte Regelabsprache zu unterschreiben, wodurch „der Produktionsbetrieb und alle wichtigen Dienstleistungen, insbesondere gegenüber unseren Kunden, während der Veranstaltung aufrecht zu erhalten sind“. Trotz Protestes machten die Meister und Antreiber Druck. So mussten viele, die zur Kundgebung wollten, „bei Strafe“ in der Produktion bleiben. Unmut und Verwirrung entstanden. Das sind keine guten Vorzeichen für die Verhandlungen mit den Konzernmanagern. Aber noch ist nicht aller Tage Abend, und die Kollegen werden begreifen, dass sie ihre Sache knallhart in die eigene Hand nehmen müssen!

Die **Montagsdemo Hannover** bedankt sich auch für unsere Unterstützungsspenden für die Prozesskosten zur Abwehr der Kriminalisierung der freien Meinungsäußerung durch die niedersächsische Landespolizei und die Staatsanwaltschaft. Wir haben von der **Prozessverschiebung** berichtet, nun hat das **Amtsgericht** einen neuen Termin bekanntgegeben: Es ist natürlich ein **Montag**, und zwar der **11. Juni 2007**, Beginn **12 Uhr**. Wir sind herzlich eingeladen, eine Öffentlichkeit zu bilden! Die Staatsorgane wollen hoch hinaus, es soll jetzt um „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und um „Landfriedensbruch“ gehen. Da fragt sich nur, wer hier eigentlich im Land den Frieden bricht, in wessen Auftrag und zu wessen Nutzen, man denke nur an Hartz und VW!

In Bremen hat die Staatsgewalt bereits das **Parkhotel** weiträumig abgesperrt, die Enten auf dem Hollersee eingekesselt, den Panzer ins Gebüsch geschoben und die Naturwiese zwischen Marcusbrunnen, Hollerbank, Miesegaeshain, der Spenderskulptur und dem Schüttedenkmal, wo kürzlich der Krokus aus dem Boden schoss und derzeit der schönste Blütenpollenterror droht, mit mannshohem Sperrgitter und einer Hundelaufstaffel gesichert, sodass man auch von „Klein-Heiligendamm“ sprechen kann. Dort werden an diesem **Samstag**, dem **31. März 2007**, die **EU-Außenminister** tagen. Die **Gegendemonstration** wollte Herr Röwekamp, der laut Wahlwerbung ein „starker Bürgermeister“ werden möchte, verbieten lassen, weil das Motto „Zäune angreifen! Gegen die Festung Europa“ ein „Gewaltaufruf“ sei, aber es hat wieder mal nichts genützt, denn für Stadtamtslei-

ter Wilkens „fällt das unter Versammlungsfreiheit“. Die Demo beginnt also wie geplant um **11 Uhr** am **Goetheplatz**!

Kommt dann am Montag, dem 2. April 2007, wieder um 17:30 auf den Marktplatz! Am Ostermontag, dem 9. April, findet keine Montagsdemo in Bremen statt.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Trotz ferner Demonstrantenrufe: Götterfunkenfreude, die einem zu den Ohren herauskommt *(„Weser-Kurier“)*

Richterspruch zu Hartz IV

In bestimmten Fällen steht den Betroffenen mehr Arbeitslosengeld II zu als von der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (Bagis) bewilligt. Darauf weist die „Solidarische Hilfe“ hin. Das betreffe die Miete in Wohngemeinschaften und die in Mietverträgen festgelegten Abschlussrenovierungen beim Auszug. Laut „Solidarischer Hilfe“ werden Wohngemeinschaften von bis zu drei Menschen derzeit von der Bagis wie Familien (Erwachsene mit Kindern) behandelt. Das lasse aber außer Acht, dass Erwachsene, die in einer Wohnung zusammenleben, einen höheren Platz- und Finanzbedarf haben.

Die Rechtsprechung habe darauf reagiert und billige erwachsenen Mitgliedern einer Wohngemeinschaft in der Regel den üblichen Mietkostensatz für Einzelpersonen von 265 Euro zu. Auch bei den Kosten für Abschlussrenovierungen können Hilfeempfänger auf eine neue Rechtsprechung verweisen, betont die „Solidarische Hilfe“. Das Landessozialgericht Niedersachsen/Bremen habe entschieden, dass solche Auszugsrenovierungen ebenso wie Renovierungsarbeiten, die beim Einzug nötig werden, direkt zum Unterkunftsbedarf – laut „Solidarischer Hilfe“ sind das Miete und Nebenkosten – gehören (Az: L9 AS 409/06 ER).

„Weser-Kurier“ vom 29. März 2007

Im Namen des Volkes

Am 21. Februar 2006 begann eine Gesprächsrunde zum Thema „Unser Konflikt mit dem Ein-Euro-Job“. Nach vielen Gesprächen und Auseinandersetzungen mit der Problematik haben wir uns entschlossen, diesen Konflikt in einer öffentlichen „Verhandlung“ aufzugreifen und zu thematisieren. Hierzu kamen am 16. Februar 2007 über 130 Menschen. Die große Mehrheit war sich einig darin, dass statt der Ein-Euro-Jobs sozialversicherungspflichtige und armutsfeste Arbeitsplätze einzu-

richten sind. Die Teilnehmenden forderten an diesem Abend auch nachdrücklich die sofortige Abschaffung des Zwangs zu einem Ein-Euro-Job: Die absolute Freiwilligkeit nach Artikel 12 Grundgesetz ist zu gewährleisten!
Die Beklagten und Kläger sind:

1. Die politischen Entscheidungsträger und die Regierung. Sie haben die Hartz-Gesetze beschlossen und den Ein-Euro-Job zum maßgeblichen Instrument der Arbeitsmarktpolitik werden lassen. Sie fördern damit die Vertiefung der Spaltung in der Gesellschaft. Durch Liberalisierung der Wirtschaft und Veränderung der Steuergesetze wird der Staat unfähig, die Grundversorgung für die Menschen des Gemeinwesens zu gewährleisten.
2. Wirtschaftsführer, Wirtschaftswissenschaftler und Medien. Sie haben ein politisches Klima geschaffen, mit dem sie den Vorrang einer liberalisierten Wirtschaftspolitik vor der Bindung der Wirtschaft an das Gemeinwohl durchsetzten. Dadurch sind sie maßgeblicher Verursacher für die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich.
3. Der Bremer Senat. Er hat potentielle Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes mit Ein-Euro-Job-Beschäftigten besetzen lassen. Er fördert damit die Tendenz einer abwärtsführenden Lohnskala.
4. Die „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“. Sie wendet das Instrument Ein-Euro-Job an. Bei der Durchführung ihrer Aufgabe wird sie dem mit ihrem Namen verbundenen Anspruch des Forderns und Förderns nicht gerecht. Sie ist Vollstrecker disziplinierender, entwürdigender Verfahrens- und Behandlungsweisen.
5. Die Sozialverbände und Einrichtungen, Beschäftigungsträger, Netzwerk-Koordinator(inn)en und die „Bremer Arbeit GmbH“. Viele von ihnen haben anfänglich das Instrument Ein-Euro-Job abgelehnt, und einige übten im Vollzug der Organisation Kritik am Instrument wie am Verfahren. Dennoch haben sie das Instrument genutzt und organisiert. Damit haben sie der Akzeptanz des Instrumentes Vorschub geleistet und sind beteiligt an dessen gesellschaftlichen Folgewirkungen.
6. Die Ein-Euro-Jobber(innen) sind das letzte Glied in der Hierarchie zur Realisierung dieses Instrumentes, also auch eingebunden in das Gesamtgefüge. Die „Öffentliche Verhandlung“ wird zeigen, welche Rollen sie in Bezug auf das Instrument einnehmen und wie sie dagegen vorgehen können oder müssten.

Der Urteilsspruch der öffentlichen Verhandlung lautet:

1. Die beklagten politischen Entscheidungsträger und Regierungen sind aufgefordert, der Arbeitsmarktpolitik eine andere gesetzliche Basis zu geben. Die Existenzsicherung, Selbst- und Mitbestimmung sowie Freiwilligkeit müssen Grundlage sein für die verantwortliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Arbeitszwang steht in völligem Gegensatz zu Artikel 12 Grundgesetz. In Anbetracht der sich vertiefenden Spaltung der Gesellschaft werden die Beklagten verpflichtet, die für die Organisation und Einrichtung der Ein-Euro-Jobs

eingesetzten Gelder für die Bildung sozialversicherter, vor Armut schützender und für langzeitig ausgerichtete Arbeitsplätze zu verwenden, im Sinne des Vorschlages „drei statt vier“.

2. Die Wirtschaft wird aufgefordert, existenzsichernde Arbeitsplätze einzurichten und zu erhalten. Alle Menschen haben ein Recht darauf, in Würde und Freiheit zu leben und zu arbeiten. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Einhaltung der Menschenrechte auch für die deutsche Wirtschaft gilt. Nach Artikel 23 Absatz 3 der Menschenrechtserklärung hat jeder Mensch, der arbeitet, das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert. Wir fordern Sie außerdem auf, endlich den Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz einzuhalten, wonach Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
   Die Verantwortlichen in den Medien werden nachdrücklich auf den eigenen Pressekodex verwiesen und aufgefordert, sorgfältig, selbstkritisch und auch verantwortlich mit publizistisch-ethischen Grundsätzen umzugehen. Bezugnehmend auf die Themen Arbeitsmarktpolitik und Erwerbslosigkeit werden sie angewiesen, nicht weiter einseitig zu berichten. Positive und negative Seiten der Arbeitsmarktpolitik sind im Sinne einer differenzierten Berichterstattung korrekt zu beleuchten und darzustellen. Darstellungen, in denen die erwerbslosen Menschen in ihrer Würde verletzt werden, verstoßen gegen den Pressekodex. Nicht individuelles Versagen und mangelndes Interesse, sondern fehlende Arbeitsplätze sind Ursache der Erwerbslosigkeit. Jede Form von Berichterstattung, die eine individuelle Schuldzuweisungen und damit Diskriminierung in den Mittelpunkt stellt, ist zu unterlassen, da sie den berufsethischen Prinzipien der Medien widerspricht.
3. Der Bremer Senat wird aufgefordert, gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten in den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales und Gesundheit, die von Ein-Euro-Beschäftigten ausgeübt werden, in tariflich angemessene Arbeitsverträge umzuwandeln und Schritte einzuleiten, die dem Vorschlag „drei versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse statt vier Ein-Euro-Jobs“ entsprechen. Der Tendenz einer immer weiter abwärts führenden Lohnskala ist entgegenzuwirken.
4. Die Geschäftsführung der Bagis wird in Anerkennung der Tatsachen, dass der Arbeitsmarkt nur in unzureichendem Maße Arbeitsplätze anbietet, dass die Bagis in gesetzlichen Bindungen steht und dass bei der Bagis „Kunden“ zu oft in ihrer Persönlichkeit und Würde verletzt und abgefertigt werden, verpflichtet, die Anweisungen zur Handhabung der Beratungen so zu fassen, dass die Mitarbeiter(innen) eine fördernde, dem Menschen gerecht werdende Haltung einnehmen können.
5. Die Sozialverbände, Beschäftigungsträger, Vereine, Netzwerk-Koordinatoren und die „Bremer Arbeit GmbH“ sind in Anerkennung der Einbindung der Beklagten in gesetzliche festgelegte Bedingungen, ihrer finanziellen Abhängig-

keit und der Tatsache, dass einige Träger und Organisator(inn)en das Instrument Ein-Euro-Job so gestalten, dass die Beschäftigten einen Gewinn an Lebensqualität erfahren, gefordert, die Ablehnung des Instrumentes Ein-Euro-Job öffentlich zu bekunden, das Umschwenken in der Arbeitsmarktpolitik aktiv zu fördern sowie versicherungspflichtige, existenzsichernde Arbeitsplätze einzufordern und anzubieten.

6. Die Ein-Euro-Jobber(innen) sind nicht von den eingereichten Klagen angesprochen worden. Dennoch fühlen sich die Richter veranlasst, eine Empfehlung oder Ermunterung zu äußern: Trennen Sie in Ihrer Betrachtung die zwei Seiten der Medaille, die aktuellen, positiven Wirkungen der Maßnahme Ein-Euro-Job für sich selbst und die langzeitigen, gesellschaftlichen Folgewirkungen, die auch Sie treffen. Die Konsequenz aus dieser Betrachtungsweise soll dazu führen, das Instrument persönlich zu nutzen, aber den Ein-Euro-Job als arbeitsmarktpolitisches Instrument öffentlich abzulehnen.

Flugblatt der „Ein-Euro-Job-Initiative“ in der „Blauen Karawane“

Zum Durchschütteln: Starker Segelohrmeister will in der nächsten Großen Koalition das Sozialressort übernehmen *(„Tageszeitung“)*

„Informatiker händeringend gesucht“: Tatsächlich streichen deutsche Konzerne 120.000 IT-Arbeitsplätze *(„Computerwoche“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

128. Bremer Montagsdemo am 02. 04. 2007

Hurra, der Aufschwung ist da!

Oder ist doch nur alles Blabla? Sagen wir mal so: Die einen haben Zuwächse noch und noch – die anderen schauen in die Röhre, ich gehöre leider auch dazu. Ich hab in meinem Portemonnaie bis jetzt noch nichts davon gemerkt, und ihr? Die Hälfte des Wirtschaftsaufschwungs ist Psychologie, heißt es. Ebenso ist wohl auch die Hälfte meiner Rentenerhöhung Psychologie, denn eine Rentenerhöhung entspricht doch einem Rentenaufschwung, oder? Das wäre toll, wenn es klappen würde! Natürlich gehört zum Wirtschaftsaufschwung auch eine gehobene Stimmung. Es ist gar nicht so lange her, da wurde alles schwarz gemalt. War hier Psychologie im Spiel? Was für die eine Seite gilt, das gilt auch für die andere!

Woraus besteht nun die andere Hälfte des Wirtschaftsaufschwungs? Aus dem Handeln und Investieren. Wenn niemand handelt, kann nichts geschehen, doch was ist mit denen, die Handeln wollen, aber nicht über das Geld zum Investieren verfügen? Die bleiben auf der Strecke und sind auf das Wohlwollen der anderen angewiesen! Wenn ich nicht investiere, kann ich keine Arbeitsplätze schaffen. Wenn ich keine Arbeitsplätze schaffen *will,* ist das eine bewusste Entscheidung zum Nichthandeln, aber wenn ich nicht *kann,* müssen andere Gründe vorliegen. Prost Mahlzeit beim nächsten Wirtschafts*abschwung!* Wenn *jetzt* keine neuen gut bezahlten Arbeitsplätze entstehen, wie dann in der Wirtschaftsflaute? Da finden wir schon neue Gründe, und für die Rentenerhöhung, Entschuldigung: den Rentenabschwung auch!

Udo Riedel (parteilos)

Senatorin genervt: Seit Wochen protestieren Erwerbslose bei den Sitzungen des Sozialausschusses *(„Junge Welt“)*

Hubschrauber gegen Redefreiheit

Am vergangenen Wochenende fand in Bremen das informelle **Treffen der EU-Außenminister** statt. Da die vornehmen Damen- und Herrschaften im edlen Parkhotel einquartiert wurden, war die Nobeladresse schon einen Tag zuvor mit gigantischem Aufwand und drei Kilometern Zaun weiträumig abgesperrt worden. Wegen der angemeldeten Demonstration am Samstagmittag wurden zusätzlich 2.500 Polizisten aus anderen Bundesländern herangekarrt. Die Organisatoren der Demo, das Bündnis der Antifaschisten, Linken und Friedensgruppen, rechneten mit etwa 500 Teilnehmern, und es sind noch hundert mehr dazugekommen.

Der Aufwand seitens der Polizei erschien mir gewaltig übertrieben. Halten die politisch Verantwortlichen uns Kritiker, die wir unsere Meinung kundtun, allen Ernstes für derart gefährlich, dass auf jeden Demonstranten fünf Polizisten „aufpassen“ mussten? Welches Demokratieverständnis hier vorzuliegen scheint, zeigte sich auch in der taktischen Vorgehensweise der Polizei. Unsere Demo verzögerte sich, da einige Demonstranten wohl „konspirative“ Sonnenbrillen gegen das gleißende Sonnenlicht aufgesetzt hatten und angeblich ihre Transparente „zu niedrig“ hielten, sodass uns die Polizei wegen des „nicht befolgten Vermummungsverbotes“ nicht losgehen lassen wollte. Übrigens habe ich unterwegs viele Polizisten mit Sonnenbrillen gesehen, aber es wird immer gerne mit zweierlei Maß gemessen!

Von den martialisch aufgemachten Polizisten, mit Schutzgamaschen, Schlagstöcken, angeklemmten Kabelbindern als Handschellenersatz, Helmen auf dem Kopf oder mit Stofftarnbezug unterm Arm, in olivgrünen oder schwarzen Overalls, ging auch ein Eindruck wie von gleichgeschalteten Schwadronen auf mich aus. Einige trugen auf dem Rücken sogar Spritzflaschen, in denen vermutlich Tränengas enthalten war. Außerdem flog die ganze Zeit ein Hubschrauber über uns, der mit seinem Krach etliche Redebeiträge störte und auch nur als rotierende Übertreibung fungierte. Dabei bekamen sie eine durch und durch friedliche Demo präsentiert. Sogar unsere heimische Gazette, der „Weser-Kurier“, berichtete freundlich über den „bunten Protest gegen EU-Politik“ und brachte ein entsprechendes Foto mit fröhlich tanzenden, clownesk verkleideten Menschen.

Wir müssen sehr telegen gewesen sein, da wir unablässig von allen Seiten gefilmt wurden. Was waren sie doch auf unsere „Gewalttaten“ vorbereitet! Ich fragte mich natürlich immer wieder, ob ich aus diesem Verhalten nicht auf eine Projektion schließen muss, was sie am liebsten alles mit uns machen würden,

wenn sie nur könnten. Unterwegs wurden wir nicht nur begleitet, sondern eskortiert: Die Polizisten standen, wann immer es möglich war, Spalier für oder gegen uns. Es war schon ziemlich albern!

Aber wir waren ja nicht nur zur Demo gekommen, um zu tanzen, sondern hatten Einwände gegen diese Treffen vorzubringen! Unser Protest richtete sich gegen die Abschiebe- und Asylpolitik der EU. Wir bezeichneten zu Recht die EU als größten Waffenexporteur der Welt und forderten offene Außengrenzen für die Menschen und nicht bloß für die Moneten. Wir wollen nicht nur betuchte Touristen über die Grenzen lassen oder Dumpinglohnarbeiter, die hier abgezockt werden, sondern offenen Grenzen für alle Menschen auf dieser einen Welt. Das ist die Globalisierung, wie ich sie verstehe.

Mit uns agierte eine Gruppe von betroffenen Lagerinsassen, die mit uns für die Aufhebung aller dieser Lager und gegen die menschenunwürdigen Bedingungen dort demonstrierte. Die Lagerhaltung von Asylbewerbern ist ökonomisch viel teurer, als sie selbstbestimmt essen, wohnen und leben zu lassen! Aber es geht hier ausnahmsweise mal nicht nur um das Ökonomische, sondern um Abschreckung. Globale Barbarei hat viele Gesichter, etwa den Krieg in Tschetschenien. Die reichen Industrieländer wollen davon nichts wissen, zu sehr stehen eigene Interessen auf dem Spiel.

Anlässlich des G8-Gipfels im Juni 2007 werden antirassistische Netzwerke nicht nur rassistische Grenzziehungen weltweit, sondern auch gewaltförmige Ursachen von Flucht und Migration offensiv zum Thema machen. Auch die jetzige Zaunumfriedung des Tagungsortes bezeugt das Klima der Politiker gegen Andersdenkende und ihr Demokratieverständnis. Wenn immer mehr Standpunkte gegen Volkes Meinung mit Gewalt durchgesetzt werden, können sie sich kaum noch als Volks*ver*treter bezeichnen lassen, sondern müssen sich die Bezeichnung Volks*zer*treter gefallen lassen! Ich möchte auch gar nicht wissen, wie viele Millionen Euro an Steuergeldern für diesen vermaledeiten G8-Gipfel – und vor allem für seinen Schutz vor den „bösen“ Demonstranten und Andersdenkenden – aufgebracht werden „müssen“!

Die Industrienationen verbrauchen die meisten Ressourcen und sorgen damit ausgerechnet bei den Allerärmsten für Umweltkatastrophen schlimmsten Ausmaßes. Wenn diese Menschen dann bei uns Schutz suchen, werden sie als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abgewiesen oder in Lagern gefangen gehalten, obwohl der Wohlstand unserer Industriestaaten zu ihren persönlichen Lasten geht. Das kann kaum noch als gerecht bezeichnet werden! Damit wir heizen und Auto fahren können, geht durch die Klimakatastrophe in anderen Ländern das Licht aus und das Land unter!

Elisabeth Graf (parteilos)

Erfolgreiche Gegenwehr: Weiterleitung von Werbepost an die Beschwerdestellen halbiert das Müllaufkommen *(„Spam Cop“)*

Goldene Besucher

Letzte Woche noch wurden 50 Jahre Europa gefeiert, an diesem Wochenende tagten die EU-Außenminister ganz real schwer bewacht im Parkhotel. Mehrfach war die Stadt in Sperrzonen eingeteilt. Bremen sollte sich geehrt fühlen: 27 Unterschriften im Goldenen Buch der Stadt an einem Tag, wann kommt das schon mal vor! Wie viel jede Unterschrift tatsächlich gekostet hat, werden wir im Haushaltsnotlagenland nicht so schnell erfahren. Es wurden kilometerlange Zäune aufgebaut und bewacht, Quartiere hergerichtet für die Hohen und die Niederen, Sprengstoffhundestaffeln und Fahrzeuge herbeordert und was nicht alles so dazu gehört!

Herr Weise von der „täglich glücklichen Zeitung“ urteilt richtig, wenn er kommentiert, dass der Graben zwischen den Regierenden und dem Volk breiter geworden sei. Wenn dann eine Demo gegen die geplante EU-Verfassung und die reale Politik, zum Beispiel die Grenzprovokation seitens der Briten gegen den Iran im persischen Golf, durchgeführt werden soll, will Senator Röwekamp sie gleich verbieten. Ganz gleich welche taktischen Spielchen da hinter den Kulissen laufen, es war richtig, dass das Stadtamt die Demo erlaubt hat. Über alledem knatterte der Hubschrauber. Wenn man am Sonnabend Mittag mit Menschen ins Gespräch kam, so war man sich schnell einig, dass diese Art der Hofhaltung und aggressiven Politik abgelehnt werden muss! –

Siemens, das Aushängeschild der deutschen Technologiekonzerne, kann sich nur noch mit Schmiergeldaffären seinen Weg bahnen. Die Gerichte kommen gar nicht mehr hinterher, aber das ist nicht so schlimm: Die Steuerung wird schon dafür sorgen, das vieles im Sande verläuft oder mit Bewährungsstrafen sein harmloses Ende findet. Im Shanghai der 20er und 30er Jahre war Menschenkidnapping und Erpressung an der Tagesordnung, man sprach vom „shanghaien“ für solche Machenschaften, in die auch alle möglichen Oberen und Unteren verwickelt waren. Auf Deutschland angewendet, wäre „siemensen“ ein passender Begriff für das, was Pierer und seine Freunde so anstellen!

Die Aufsichtsräte der Deutschen Bank wollen gleichziehen: Sie brauchen die „besten Köpfe“, und das kostet eben etwas. Die abhängig Beschäftigten dagegen sind abgehängt von der allgemeinen Einkommenssteigerung. Beides war heute im „Weser-Kurier“ zu lesen. Wer profitiert wohl von wem?

Jobst Roselius

Beschämend: Schlange stehen für altes Brot *(„Erwerbslosenforum“)*

„Restriktive Antragsbearbeitung“: Landkreis vertreibt Arbeitslose in die nächste Großstadt *(„Stuttgarter Zeitung“)*

Hartz-IV-Kinder unwillkommen: Arge bereichert sich an kommunaler Elternförderung *(„Lübecker Nachrichten“)*

Selektion statt Integration

1. Dass unser **Schulsystem** eine Katastrophe ist, hat kürzlich sogar der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen festgestellt. In seiner Studie nannte UN-Berichterstatter Professor Vernor Muñoz aus Costa Rica das gegliederte System mit Recht selektiv und diskriminierend. Dies hebt er auch besonders hervor. Unsere preußisch-bürgerlichen Bildungsgurus bestrafen sozial benachteiligte und behinderte Kinder schon seit ewigen Zeiten, und seit Deutschland ein Einwanderungsland ist, auch besonders viele Familien mit Migrationshintergrund.

Besonders schlimm trifft es bekanntlich asylsuchende Flüchtlinge. Ihnen werden in diesem Land bewusst alle Bildungschancen verbaut. Die „Tageszeitung“ vom 22. März 2007 stellt hier gravierende Rechtsverstöße fest und schreibt: „Jungen Menschen wird das Recht zu lernen verweigert, nur weil sie aus einem anderen Land stammen; Menschen mit und ohne besondere Lernnöte werden in Sonderschulen kaserniert; die spät startende, früh selektierende Schulstruktur behindert Zuwanderer so krass, dass ihre erfolgreiche Integration misslingt. Keine Kinkerlitzchen sind das.“

Deutlicher lässt es sich wohl nicht ausdrücken. Muñoz verweist in seinem Bericht ausdrücklich auf die Pisa-Studie, wonach Deutschland unter den Industrienationen den stärksten Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und schulischen Leistungen aufweist. Reformbemühungen müssten gerechte und gleiche Lernbedingungen garantieren. Er empfiehlt, das ganze System gründlich zu überdenken und fordert eine ausführliche Debatte über den Zusammenhang zwischen gegenwärtigem Bildungssystem und sozialer Auslese.

Was Muñoz fordert, ist nichts weniger als die Einhaltung des Menschenrechts auf gerechte Bildungschancen. Und die hysterischen, zum Teil dummdreisten Reaktionen unserer Bildungsgurus sind bezeichnend. „Einseitig und anmaßend“ findet zum Beispiel der Deutsche Lehrerverband das Papier. Der Philologenverband, dessen Sprachkultur auch nicht gerade zu neuer Hochblüte zu streben scheint, diffamiert den Bericht ohne das geringste Anzeichen von Selbstkritik als „dünnen

kalten Kaffee“. Eine ach so „seriöse“ Zeitung aus Frankfurt, hinter der sich angeblich immer ein kluger Kopf verbirgt, versteigt sich sogar zu einer Hasstirade mit offen rassistischem Unterton: In herablassender und unverschämter Manier schreibt sie über Muñoz unter anderem, er sei „ein Professor aus Costa Rica, der kaum des Deutschen mächtig ist, aber uns die Leviten lesen will“.

Anstatt sich mit chauvinistischer Besserwisserei aufzuplustern, könnten sich diese Herrschaften endlich einmal ernsthaft mit dem Bildungssystem in den skandinavischen Ländern auseinandersetzen! Da dies jedoch vorläufig nicht zu befürchten steht, sollte es eigentlich eine Pisa-Studie über ignorante Kultusbürokraten, ewiggestrige Verbandfunktionäre aus der Lehrerschaft und deren willige Propagandisten in der Medienlandschaft geben. Da würde wohl das Fazit lauten: Extrem lernunfähig! Fünf! Sitzengeblieben!

2. Für **Spitzenmanager** gibt es immer mehr Geld! Das ist nicht vermittelbar und auch für kaum jemanden nachvollziehbar, doch von großen Protesten in den Betrieben und bei den Gewerkschaften ist leider kaum etwas zu bemerken. Es gibt höchstens geballte Fäuste in den Hosentaschen und manchmal ohnmächtige Wut vor dem heimischen Fernseher oder in der Kneipe um die Ecke. Doch es gibt erfreulicherweise auch den Redebeitrag auf der Montagsdemo, der das unglaublich Skandalöse dieses Bestechungs- und Selbstbedienungssystems aufgreift und die schamlose Raffgier von Managern wie Herrn Ackermann öffentlich anprangert.

In welcher Höhe übrigens Herr Karl-Gerhard Eick von der Deutschen Telekom sein Gehalt zum letzten Mal aufgebessert hat, ist wohl nur wenigen Eingeweihten bekannt. Jedenfalls verbreitet jetzt die Nachrichtenagentur AP die Meldung, dass das Management selbigen Konzerns die Einstiegsgehälter für Servicemitarbeiter um bis zu 42 Prozent kürzen will. Gleichzeitig soll die Wochenarbeitszeit von 34 auf mindestens 38 Stunden verlängert werden. Dabei reden die Manager in ihrer menschenverachtenden Sprache beständig von „Kostenfaktoren“, die es in den Griff zu bekommen gelte, um angeblich „wettbewerbsfähig“ zu bleiben.

Bei dieser Totalausbeutung von Menschen, die erst die Werte schufen, die diese Herren reich gemacht haben, ergreift Massenarmut trotz Erwerbstätigkeit immer breitere Kreise der Bevölkerung. Dabei werden Beschäftigte und Erwerbslose schamlos gegeneinander ausgespielt. Auf diese Weise wird die Arbeitskraft des Menschen zur bloßen ökonomischen Manövriermasse, mit der anscheinend nach Belieben umgesprungen werden darf. Hauptsache, die Profite stimmen! Nach statistischen Erhebungen gab es im Jahr 2002 im späteren Lande von Hartz IV 43 Milliardäre und 1,1 Millionen Kinder in Armut; 2006 waren es bereits 100 Milliardäre und 2,5 Millionen arme Kinder. Beim Betrachten der üppig blühenden Ausbeutergehälter stellt sich allmählich auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten die Frage: Wo beziehungsweise wer sind nun die wirklichen Kostenfaktoren? –

Noch ein aktueller Termin: Der Bremer **Ostermarsch** 2007 am Samstag, dem **7. April**, führt um **11 Uhr** vom Treffpunkt **Ziegenmarkt** zur **Kundgebung** auf dem

Marktplatz. Dort spricht ab **12 Uhr** unter anderem Major Florian Pfaff vom „Darmstädter Signal“, der auch Träger der Carl-von-Ossietzky-Medaille ist. Am **Sonntag**, dem **8. April**, fahren Bremer zum **Ostermarsch** in die „**Freie Heide**“ nach Fretzdorf in Brandenburg.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Kriegsrecht: „Den Knecht legten sie gebunden auf die Erde, steckten ihm ein Sperrholz ins Maul und schütteten ihm einen Melkkübel voll garstigen Mistlachenwassers in den Leib, das nannten sie den Schwedischen Trunk“ *(„Abenteuerlicher Simplicissimus Teutsch“)*

Das war Mord, Herr Röwekamp!

1. Auf seinem neuesten Wahlplakat posiert Innen-Senator Röwekamp gemeinsam mit einem Segelohrkameraden: Er macht „Hoppe-Hoppe-Reiter“ auf dem Kopf eines hölzernen Spielplatzelefanten und zeigt einen gewaltigen Rüssel zwischen den Beinen. Herr Röwekamp ist also ein „**starker Bürgermeister**“ – dank Angela Merkel?

Circa 14 Tage ehe er vor den Untersuchungsausschuss geladen war, sind beide gemeinsam von Berlin nach Bremen geflogen. Frau Merkel wollte hier zur Aids-Veranstaltung. Auf dem Flughafen wurde Herr Röwekamp von Reportern der Sendung „buten & binnen“ gefragt: „Was haben Sie denn mit Frau Merkel besprochen?“ Herr Röwekamp mochte wohl nicht antworten und ging einfach weiter.

Frau Merkel hatte die an sie gerichtete Frage „Was haben Sie mit Herrn Röwekamp besprochen?“ nicht verstanden. Mit freundlicher Miene fragte sie nach – aber als sie die Frage verstanden hatte, machte Frau Merkel eine unwirsche Handbewegung und ging davon, sichtlich verärgert! Herrn Röwekamp wird klar sein: Seine „Stärke“ ist nur geliehen, und wenn die Bremer Wahl vergeigt ist, wird er fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel!

Jetzt durfte er nach Berlin reisen, er sollte vom Untersuchungsausschuss **Murat Kurnaz** gehört werden. Die CDU-Politiker haben jedoch einen anderen Zeugen intensiv befragt, und Herr Röwekamp musste unverrichteter Dinge abreisen. In den Medien wurde berichtet, Frau Merkel habe der Rückkehr von Herrn Kurnaz – die Röwekamp trickreich verhindern wollte – „nur aus humanitären Gründen“ zugestimmt. Woher diese Meinung kam, war nicht zu erfahren. Weder Frau Merkel noch irgend jemand sonst hat dies bezeugt oder auch nur begründet.

Herr Röwekamp hat Glück gehabt: Erst nach der Wahl erfolgt die „Geschichtsneuschreibung“, wenn die anderen Merkwürdigkeiten des Innensenators vor den Untersuchungsausschuss kommen! Frau Merkel ging es natürlich um die Stär-

kung des CDU-Spitzenkandidaten. Mit einer Klarstellung wäre Herr Röwekamp aus dem Kandidatenrennen und wohl auch aus seinem jetzigem Amt geflogen. Er hat die Verschiebung auf einen Termin nach der Wahl „bedauert“. Ist das glaubwürdig?

Herr Röwekamp, erstellen Sie eine Selbstverpflichtungserklärung und kündigen Sie den Rücktritt von allen eventuellen Ämtern und den Verzicht auf jeglichen Übergangsbezug an, wenn der Ausschuss oder andere Ermittlungen ergeben, dass Sie zielgerichtet „geschummelt“ haben! Eine entsprechende Formulierung wird Ihnen sicherlich nicht schwerfallen.

In dem ganzen Verschleierungsdrama hat Herr Schily strahlend versucht, den Schatten von unserem Außenminister zu nehmen, einfach so, ohne nähere Sachverhalte zu bemühen: „Ihr habt recht, und ich bin dafür verantwortlich!“ Sehr edel, oder? Vor gar nicht langer Zeit ging es um eine Entführung und Folterung durch die amerikanischen Dienste und eine Aktion des deutschen Dienstes. Sie betraf Herrn Al-Masri. Damals ging es um den Kopf von Schily – und wer hat Schily geholfen?

Noch eins, Herr Röwekamp: Üble Nachrede, insbesondere durch einen Innensenator, ist strafbar. Auch hier gilt: „Im Zweifel für den Verdächtigen!“ Herr Innensenator, Sie haben es bisher versäumt, sich für die beiden ertrunkenen Menschen zumindest zu entschuldigen! Sie haben – mit Vorsatz? – für den zweiten Todesfall den gleichen Gutachter beauftragt, der sein erstes Gutachten nicht einmal begründen konnte! Dem zweitem Gutachter konnte er nur mitteilen, dass er selbst nicht mehr nachvollziehen könne, wie er zu der Feststellung „kein Tod durch Ertrinken“ gekommen sei!

Der Lohn für diese Unfähigkeit ist ein erneuter Auftrag, und prompt lautet das vorläufige Gutachten: „kein Tod durch Ertrinken“! Selbst die EU hat betont, dass dieses Vorgehen, die **Brechmittelvergabe**, vorsätzlicher Mord ist. Auch dazu haben Sie keine Stellung genommen – ein nachgeordneter Beamter hat abgewiegelt! Ein starker Bürgermeister? Ein starker Tobak, sehr klebrig! Sicher dürfen wir auch aus diesem Grund bei der Wahl den Kandidaten nicht frei wählen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Am Mittwoch nach Ostern tagt der Untersuchungsausschuss „Kindeswohl“, um die bisherigen Falschaussagen der Sozialamtsleiterin unter die Lupe zu nehmen: Doktor Heidemarie Rose hat abgestritten, dass Kinderheime in Bremen „ Erfolgsprämien“ bekommen, wenn sie Kinder – wie es mit **Kevin** geschehen ist – vorzeitig aus ihrer Obhut entlassen, obwohl aus den Verträgen das Gegenteil folgt, wenn die Einhaltung der darin vereinbarten Auflagen ungeprüft bleibt.

Eine weitere Unklarheit besteht aus meiner Sicht hinsichtlich der **Zahlungseinstellung** durch Bagis und Sozialamt, denn vom 1. April bis zum 11. Mai 2006 wurde kein Geld an Kevin und seinen Ziehvater ausgezahlt! Keines der beiden Ämter fühlte sich für Leistungen zuständig! Der Ziehvater hatte rechtzeitig gegen den Bescheid der Bagis über die Zahlungseinstellung Widerspruch eingelegt, der vom Amt aber ignoriert wurde.

Vielleicht ging der Widerspruch dort „verloren“, wie so viele andere Antragsunterlagen auch? Am 28. April ordnete das Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid der Bagis an. Doch abgesehen von einem Abschlag fürs bevorstehende Wochenende hat die Behörde die weitere Zahlung „ein bisschen verzögert“ und auch nicht gleich in voller Höhe geleistet. Erst am 11. Mai erhielt er von der Bagis eine Barauszahlung von 1.100 Euro, auch die Juni-Zahlung in Höhe von 960 Euro erfolgte mit Verspätung!

Doch diese Zahlungen kamen zu spät: Die pathologischen Gutachten waren übereinstimmend der Meinung, dass Kevin zwischen Ende April und Anfang Mai qualvoll starb, nachdem sein Ziehvater einen Monat lang ohne Geld geblieben war. In dieser Situation, in dieser amtlich herbeigeführten Notlage, ist der Süchtige durchgedreht. Auch das steht so nicht im Bericht von Herrn Mäurer.

Genauer dargelegt hat Professor Heinz-Jochen Zenker vom Gesundheitsamt Bremen diese Versäumnisse und Fehlentscheidungen in seinem Festvortrag „Kindeswohl – zur Dialektik von professionellen Selbstverständnissen, Elterninteressen und Kindesrechten“, den er an der „Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf“ hielt. Zenker stellte klar, dass für Kevin, der an den Folgen der Misshandlungen durch seinen drogenabhängigen Stiefvater starb, die Hilfe durch das eigentlich zuständige Jugendamt zu spät kam.

Auch für die Aufarbeitung *dieses* Behördenmordes wird dann Herr Röwekamp zuständig sein, falls er in der nächsten Großen Koalition das Sozialressort übernehmen darf. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

Neue Plakate: Röwekamp reitet jetzt nur noch
ein Holzpferdchen *(„Tageszeitung“)*

3. Das Förderprogramm „**50 plus**“ endet *nicht* am 31. Dezember 2007: Es gibt weiterhin Bewilligungen über zwölf Monate, somit bis Mai 2008! Nach wie vor gilt „50 plus“ auch für Unterfünfzigjährige in Teilzeit (bis zu 80 Prozent der Regelarbeitszeit) und somit für *alle* Altersgruppen in Teilzeit, außerdem für Unterfünfundzwanzigjährige und für Schwerbehinderte jeden Alters! Die Bezahlung erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder, Verlängerung bis zu 24 Monaten ist möglich!

Ein anderes Beschäftigungsprogramm *ohne* Zusatzvoraussetzung wird mit bis zu 1.200 Euro brutto entlohnt und ist auf neun Monate befristet, aus heutiger Sicht ohne Verlängerungsmöglichkeit, um einen Anspruch auf ALG I zu verhindern. (Wie es trotzdem geht, besprechen wir auf der Montagsdemo oder dienstags beim „Sozialen Lebensbund“, der sich übrigens seit einiger Zeit auch kurz „so:leb“ nennt.) Dieses Programm ist wesentlich schlechter, aber dafür mit jedem Arbeitgeber machbar. Nur einen Arbeitsplatz suchen muss jede(r) selber!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Erfolgsprämie: Das durch vorzeitige Entlassung aus der Pflege eingesparte Geld hätten Amt und Träger für Nachsorge ausgeben müssen *(„Weser-Kurier“)*

Sternzeichen wichtiger als Lebenslauf: 90 Prozent aller Bewerberauswahlverfahren sind unsinnig *(„Spiegel-Online“)*

Überrumpelung: Wer nachdenkt, gilt als Betrüger *(„Heise“)*

„Siemensen“ steht für die neue „Geschäftskultur“ der Monopole

Nur etwas über 20 Teilnehmer gab es bei der 128. Montagsdemo in Bremen am 2. April 2007 ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Fortbildungen, Erkrankungen, ein paar Tage „frei“ sein: Das kürzte auch unsere Rednerliste und die Beiträge. Trotzdem war die Stimmung gut.

Im Mittelpunkt stand die EU-Außenministerkonferenz, die am vergangenen Wochenende in Bremen stattgefunden hatte. Straßensperrungen mit nachfolgenden Staus – besonders betroffen war der LKW-Verkehr von und zum Güterverkehrszentrum oder in der Innenstadt – sorgten für reichlich Unmut. Knatternde Hubschrauber, unendliche Polizei im ganzen Stadtgebiet und um die Demo herum sorgten für das so „friedliche Ambiente“.

Von dem, was hinter den umzäunten und bewachten Tagungsräumen verhandelt wurde, kommt wenig zutage. Klar ist nur, dass immer weiter an einer aggressiven EU-Politik gegen die kleinen Mitglieder und gegen die Volker der Welt gearbeitet wird. An erster Stelle steht dafür die sogenannte EU-Verfassung, die – weil Niederländer und Franzosen ihr bereits den Todesstoß versetzt hatten – nicht mehr so heißen darf. Die neue „Grundlage“ wird aber noch verschärfter den aggressiven militaristischen Kurs mit Weltherrschaftsanspruch zum Inhalt haben. Wir werden uns mit all denen zusammenschließen, die auch gegen eine solche reaktionäre kapitalistische Politik sind!

Wir freuten uns mit Monika Kuske und der Haldenslebener Montagsdemo über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen sie. Das Ausspionieren der Montagsdemobewegung und der aktiven demokratischen Kräfte durch „Zivilbeamte“ ist die eine Seite der Medaille; deren andere ist hinter den Kulissen das Hofieren und Fördern von allen möglichen reaktionären und faschistischen Grüppchen und Organisationen durch die reaktionären Staatsorgane.

Die hannoversche Montagsdemo teilt uns mit, dass der Prozess gegen die Mitstreiter vor dem dortigen Amtsgericht auf Montag, den 1. Juni 2007, 12 Uhr festgesetzt ist. Wir wollen in großer Breite die Hannoveraner unterstützen!

Am Ostermontag, dem 9. April, findet keine Montagsdemo in Bremen statt. Kommt wieder am **Montag**, dem **16. April 2007**, um **17:30 Uhr** auf den **Marktplatz**!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Mehr Arbeit, halber Lohn: Telekom senkt Kosten durch Auslagerung von 50.000 Arbeitsplätzen *(„Tageszeitung“)*

Niedlich : „Knut“ Beck’s rundes Tischlein zur „Tornado“-Befriedung Afghanistans *(„Spiegel-Online“)*

Einsperren statt Ausbilden: Rüttgers will frustrierte Hauptschüler in geschlossene Heime stecken *(„Spiegel-Online“)*

Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt: Für Ein-Euro-Jobber wird nur selten ein „berufspraktischer Einsatz“ dokumentiert *(„Weser-Kurier“)*

Rundfunkgebühr in Gefahr: Bundesagentur beauftragt Langzeitarbeitslose, Fernsehsendungen auf Ein-Euro-Basis zu produzieren *(„Digitalfernsehen“)*

Sozialabbau: Flammen die Montagsdemos wieder auf? *(„Radio Utopie“)*

Wir kommen wieder und sind gesprächsbereit!

Zum wiederholten Male besuchten am 15. März 2007 circa 100 Erwerbslose die Sitzung der Sozialdeputation. Nachdem zuerst der Sitzungssaal verschlossen war, wurde nach einer Viertelstunde doch die Tür geöffnet. Wir verteilten an die Deputierten und Senatorin Rosenkötter einen Vorschlag für eine Garantieerklärung, in der Arbeitslosen zugesichert wird, dass ihre Miete in der real anfallenden

Höhe übernommen wird und für Heizkosten bis zu 1,40 Euro pro Quadratmeter übernommen werden.

Einzelne Betroffene trugen den Deputierten „Einzelfälle“ vor, da wir bei vorherigen Besuchen bei der Sozialdeputation immer zu hören bekamen, es handele sich lediglich um „Einzellfälle“. Auch nach ausdrücklicher Nachfrage an Frau Rosenkötter und die Deputierten, wie sie zur vorgelegten Garantieerklärung stehen, gab es keine Antwort. Dagegen erhoben sich kurze Zeit später die Deputierten von SPD und CDU sowie Frau Rosenkötter und Herr Staatsrat Schuster. Sie verließen mit dem Ausruf „Jetzt reicht’s!“ den Sitzungssaal.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von Ende 2006 werden bundesweit bei 22,7 Prozent der Betroffenen die Kosten der Unterkunft nicht in voller Höhe übernommen, ebenso werden bei 54,7 Prozent nicht die vollen Heizkosten übernommen. Angesichts solcher Zahlen und circa 7.000 verschickten Umzugsaufforderungen allein in Bremen von „Einzelfällen“ zu sprechen, halten wir für mehr als zynisch.

Erschwerend kommt in Bremen hinzu, dass für Arbeitslose nicht die Mietstufe III – die für Neubauten nach 1992 oder entsprechend modernisierte Wohnungen gilt – übernommen wird; für einen Alleinstehenden wären das maximal 325 Euro. In Bremen liegt die Obergrenze bei der Mietstufe II mit maximal 265 Euro für einen Alleinstehenden. Damit hat Bremen bundesweit die schlechteste Regelung bei den Mietobergrenzen.

Auch bei den zugesagten „Ausnahmetatbeständen“ – wie Wohndauer von zehn und mehr Jahren oder Verlust sozialer Bezüge – hat sich herausgestellt, dass

diese Zusage keinerlei Wert hat, sondern von der Bagis als „Kann“-Regelung gehandhabt wird. Wir halten es für die Bankrotterklärung der Sozialpolitik in Bremen, wenn mit solchen sozialen Problemen in der Art und Weise umgegangen wird wie auf der letzten Sozialdeputationssitzung: Man löst die Sitzung auf, und damit ist das Problem für die Deputierten erst mal vom Tisch.

Für die Betroffenen laufen die Kosten für Miete und Heizung aber weiter. Dabei liegt die Festlegung, was an Miet- und Heizkosten übernommen wird, entgegen vielen anderen Regelungen, die mit Hartz IV eingeführt wurden, in der Hand der Kommunen. Die im § 27 Sozialgesetzbuch II vorgesehene bundesweite Verordnung über die angemessene Höhe von Miet- und Heizkosten ist bis heute nicht vom Bundesministerium erlassen worden. Die Sozialdeputation kann und muss also festsetzen, was als „angemessene Kosten“ angesehen wird.

Deshalb fordert der Erwerbslosenausschuss Verdi Bremen die Anerkennung der tatsächlichen Mieten durch die Bagis und die Anhebung der Heizkostenpauschale auf 1,40 Euro pro Quadratmeter! Wir besuchen die **Sitzung** der **Sozialdeputation** am **19. April 2007**, Beginn 15 Uhr im Siemenshochhaus. Treffpunkt für alle, die mitkommen wollen, ist um **14 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**. „Öffentlichkeit ist der Raum der Politik eines freien Volkes“, sagt Karl Jaspers (1883–1969), und: „Das Maß der Öffentlichkeit ist Kriterium der Freiheit“!

Der Verdi-Erwerbslosenausschuss ist jeden Montag von 9 bis 12 Uhr im DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22-28, Zimmer 1.17 in der ersten Etage im Neubau oder telefonisch unter 0421-3301 139 zu erreichen. An jedem ersten und dritten Dienstag im Monat treffen wir uns zwischen 14 und 16 Uhr zum „Erwerbslosencafé“ im Foyer des DGB-Hauses. Das nächste Treffen ist am 17. April. Unsere regelmäßige Sitzung findet jeden vierten Donnerstag im Monat ab 17 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Diese Sitzung ist öffentlich für alle Verdi-Mitglieder.

Flugblatt von Klaus Neumann (Verdi-Erwerbslosenausschuss Bremen)

Ausgetrickst von der Arge: „Ich werde nie wieder an einen Hartz-IV-Empfänger vermieten“ *(„Westdeutsche Zeitung“)*

Willkür: Hartz-IV-Amtsleiter ignoriert gerichtlichen Zahlungsbefehl und weist seinem Altenheim Ein-Euro-Jobber zu *(„Erwerbslosenforum“)*

Verschuldung: Im Gegensatz zu Bremen sind Hartz-IV-Betroffene meist unverschuldet in die Haushaltsnotlage gekommen *(„Stadtthemen“)*

Statt Mindestlohn: Konservative sind fasziniert vom Bürgergeld, aber es darf nicht zum Leben reichen *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Arge nutzt Notlage aus: Arbeitslose unter 25 zur Teilnahme an Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr verpflichtet *(„Erwerbslosenforum“)*

Zwangsarbeit: Bundesagentur hat ein grundsätzliches Problem mit Menschenrechten *(„Stern“)*

„Rassisch wertvoll“: CDU-Ministerpräsident Oettinger trauert um Nazi-Scharfrichter Filbinger *(„Spiegel-Online“)*

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“: NDP liefert mit rassistischer Parteirichtline weitere Grundlage für Verbotsverfahren *(„Junge Welt“)*

Zur Wahl zugelassen: Rechtsextremisten gelingt es, rassistische Ideologie so zu verbrämen, dass sie formal nicht angreifbar ist *(„Spiegel-Online“)*

Teddybär mit zwei Kröten: Bremer Grüne wollen nicht bei den Kindern sparen *(„Grüne Fraktion Bremen“)*

Kurzprogramm statt Sprechblasen: Linkspartei zeigt die einzige intelligente Plakatserie im Bremer Wahlkampf *(„Hier ist die Linke“)*

„Wahl-O-Mat“ beweist: Inhaltlich wäre fast jede Koalition sinnvoller als die Große *(„Tageszeitung“)*

Kindesunwohl in Bremen: Böhrnsen kann nicht mal ein Notruftelefon einrichten *(„Tageszeitung“)*

Drei Euro sind noch zu viel: „Wirtschaftsweiser“ will Niedriglöhne weiter senken *(„Tagesschau“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

129. Bremer Montagsdemo am 16. 04. 2007

Wer profitiert vom Aufschwung?

Wo zieht er denn, wo zieht er denn, wo zieht denn der Aufschwung an uns vorbei? Ich gebe mir Mühe, aber ich kann ihn nicht einmal mit dem Fernrohr draußen sehen! Bei mir zu Hause hat er sich auch nicht versteckt, und die Konsumfreude hat sich schon lange bei mir verabschiedet!

Wer hat wohl so viel Freude daran, die Unterschicht, die stetig weiterwächst, zu schocken und sie ständig zu belügen? Gerade hat man mir wieder einen Euro von meiner Minirente genommen, doch es wird von einer „Rentenerhöhung“ gesprochen!

Bei der Unterschicht wird grenzenlos abgezockt, bei der Oberschicht wird grenzenlos aufgestockt! 36.000 Euro Gehalt pro Tag, auch das gibt es schon, doch unten leben arme Menschen von Hungerlohn!

Bei der Altersversorgung sieht es genauso aus, Deutschland bleibt ein Armenhaus! Große Firmenbosse regieren und ziehen die Strippen, dazu geben die hohen Politiker den „Eid“ von den Lippen!

Aha! Nun hab ich den Aufschwung vernommen: Er ist bei der Aufrüstung angekommen!

Ursula Gatzke (parteilos)

Zahlungseinstellung: Arge Speyer treibt 20-jährigen Arbeitslosen in den Hungertod *(„Südwestrundfunk“)*

Farce: Niedriglohn-Absegnungsbehörde schickt Frisörin mit 2,45 Euro pro Stunde nach Hause *(„Linke Zeitung“)*

Entschuldigen Sie: Ist das der Notausgang? *(„Spiegel-Online“)*

Ischa Wahlkrampf

1. Wer die Wahl hat, hat die Qual, aber wählen werde ich trotzdem! Ja, aber wen? Nie war ich so unentschlossen und unsicher, und so wie mir geht es vielen. Jetzt ist erst mal der Urnengang hier in Bremen, aber nach dem, was ich gehört habe, geht es auch danach so weiter: mit den beiden **großen Parteien**!

Also weiter mit Verarmung, weiter mit Ungerechtigkeiten, weiter mit dem Regieren gegen das Volk, weiter mit Versprechen, die nicht eingehalten werden, weiter mit einem Personal, dem keiner mehr traut, weiter ohne Schaffung von neuen echten Arbeitsplätzen! Nein und nochmals nein, sage ich dazu, das wollen wir nicht. Doch es bleibt dabei, ich muss wählen, muss mich weiter quälen, denn die anderen sind wohl auch nicht besser!

Ihr Politiker, so viel steht fest, habt mir viel in meinem Leben verdorben! Ich habe mich immer bemüht, gerecht durch das Leben zu gehen, doch manchmal habe ich Zweifel daran. Darum, liebe Leute, stehe ich hier und versuche, mich zu orientieren, die Meinung anderer zu hören und Argumente zu finden gegen das, was mir täglich vorgesülzt wird. Was mich am meisten frustriert, ist die Tatsache, dass die Menschen sich alles gefallen lassen!

Ich zitiere nur eine Woche Horrornachrichten, anders kann ich es nicht mehr bezeichnen, aus dem „Weser-Kurier“: Axa baut 1.200 Jobs ab, Seat streicht 1.600 Arbeitsplätze, 4.000 Tankstellen mit Personal schließen, 50.000 Stellen bei der Telekom werden „outgesourct“, auch von Opel ist natürlich wieder die Rede. Alle diese Stellen werden in Zukunft nicht mehr besetzt, oder glaubt jemand im Ernst, dass die Technik haltmacht?

Auch ich bin für den technischen Fortschritt, und wenn die Wirtschaft wollte, hätte sie einen riesigen Markt, nämlich die Alten! Aber davon sollte endlich einmal das Personal profitieren, das all diese Werte erwirtschaftet hat! Wenn unsere Politiker die Wirtschaft nicht endlich in die Pflicht nehmen, bleibt mir nur eins: die Qual der Wahl.

2. Die niedrigste **Durchschnittsrente** bekommt man in Bitburg-Prüm: ganze 495 Euro. Das ist extrem niedrig und liegt weit unter Hartz IV. Auch anderswo werden die meisten Rentner schon bald dieses Niveau erreicht haben, wohlgemerkt nach 40 Jahren Arbeit, und Hausbesitzer sind wohl die wenigsten!

Ich bewundere diese Menschen, doch bin ich ein wenig erstaunt, wenn die Zahlen wirklich so aussehen: Warum geht ihr eurem Recht auf Protest nicht nach? Ich hatte mal geglaubt, für uns Menschen gäbe es eine bestimmte Belastungsgrenze, aber scheinbar ist diese noch nicht erreicht! Ich jedenfalls nehme mir mein demokratisches Recht und sage: Ich bin damit nicht einverstanden, dass ich nach so langer Zeit in Hartz IV fallen soll!

Den Jugendlichen sage ich: Was diese Menschen erleiden, werdet auch ihr erleiden, und den Traum vom Erben könnt ihr euch sowieso abschminken, denn das Gesparte geht jetzt für uns selber drauf. Solltet ihr dennoch einmal etwas erben, wart ihr hoffentlich nie ALG-II-Empfänger, sonst kommt Vater Staat und greift zu. Das alles zu verhindern, geht nur gemeinsam, nicht gegeneinander!

Nach neuesten Feststellungen sollen Jung und Alt wieder „zusammengeführt" werden. Was für ein trauriges Beispiel für verfehlte Politik! Wer hat denn zugelassenen, dass die Generationen gegeneinander arbeiteten? So einen Quatsch hat es in meiner Familie und Verwandtschaft nie gegeben. Ich finde richtig, dass man darüber sprechen darf, wenn die andere Seite nicht vor den Kopf gestoßen wird; betroffen macht mich aber, dass die Menschen zugelassen haben, dass sie entzweit worden sind.

Hier habt ihr endlich wieder eine Plattform, wo Jung und Alt zusammenstehen können, gegen Arbeitsplatzabbau und Altersarmut! Was wollt ihr mehr? Sagt eure Meinung, jede Montag ab 17:30 Uhr hier bei den unabhängigen Bürgern der Montagskundgebung! Ihr seid uns alle herzlich willkommen!

Udo Riedel (parteilos)

Wir haben keine Schuld, dass uns die Arbeit genommen wurde

1. Am 5. April 2007 habe ich die Stellungnahme einer freiwilligen Teilnehmerin am „Feldversuch" der niedersächsischen Diakonie, während der österlichen Fastenzeit mit **345 Euro monatlich** als Single durchzukommen, im Radio gehört. Für diese junge Frau war nicht das Schlimmste, dass ihr Kühlschrank magerer bestückt war als sonst – obwohl auch das ein neues Erlebnis war –, sie empfand es als einschneidend und bedrückend, dass es ihr während der fünf Wochen „mit ALG II" nicht möglich war, ein „normales" Leben zu führen.

Sie konnte es sich nicht leisten, einfach unterwegs ein Eis zu essen oder eine Tasse Cappuccino zu trinken, wenn ihr danach war. Sie konnte nicht einfach mal einen Fahrschein lösen und musste ihre Wege möglichst zu Fuß erledigen. Sie konnte nicht spontan Geld für Kino oder andere Aktivitäten ausgeben, weil sie Lust hatte, etwas zu unternehmen. Sie war von allem gesellschaftlichen Leben

ausgeschlossen und verbrachte die meiste Zeit der fünf Wochen allein in den eigenen vier Wänden.

Sie traf sich nicht mehr mit Freunden, weil es ihr finanziell nicht möglich war, wenn sie mit den zugestandenen 345 Euro die Zeit überstehen wollte. Sie *wollte,* sie musste zum Glück nicht! Für sie war es ein Spiel auf Zeit, sie konnte jederzeit wieder aussteigen. Genauso formulierte sie es: Sie war froh, dass es sich um eine begrenzte, absehbare Zeit handelte, die sich nun dem ersehnten Ende näherte.

Diese junge Frau meinte, dass sie Respekt vor Menschen bekommen hat, die solch ein Leben unbegrenzt führen (sollen), ohne eine Veränderung ihrer Situation zu sehen, und dass sie es bis dahin nicht für möglich hielt, dass solch ein „Leben“ von ALG-II-Empfänger(inne)n erwartet und verlangt wird. Wir wissen, wovon diese Frau spricht, denn das ist unser Alltag!

Aber es ist wichtig, so viele Menschen wie möglich mit diesen Fakten zu konfrontieren. Der großangelegte Versuch der Diakonie in Niedersachsen mit über 500 Teilnehmer(inne)n öffnet durch Selbstversuch den bisher nicht mit ALG II in Berührung gekommenen Mitmenschen die Augen und regt sie zum Nachdenken an. Ich bin beeindruckt, dass es so viele Menschen freiwillig versucht haben!

Wir als „Auserwählte“ dieses Hartz-IV-Wahnsinns sollten uns auch Gedanken darüber machen, wie wir die tatsächlichen Lebensbedingungen und die damit verbundenen Beeinträchtigungen der ALG-II-Bezieher(innen) den Mitmenschen nahebringen können. Wir müssen uns selbst helfen! Wir dürfen uns nicht länger verstecken und so unauffällig wie möglich verhalten! Wir haben keinen Grund, uns zu schämen oder minderwertig zu fühlen!

Wir haben keine Schuld daran, dass uns die Arbeit und damit unsere Lebensgrundlage weggenommen wurde! Wir sind dadurch nicht schlechter als andere geworden – nur verdammt arm! Wir müssen dazu stehen, dass wir durch Willkür, durch unmoralische und unsoziale Arbeitgeber, durch skrupellose Manager und ihre zahlreichen Fehlentscheidungen, durch unfähige und korrupte Politiker und Regierungen und durch zeitweilig feige Gewerkschaftsführungen in diese finanzielle Notlage und an den Rand der Gesellschaft gezwungen wurden und werden!

Gegen diese ständige, allgegenwärtige Bedrohung müssen wir uns gemeinsam wehren: Die *Arbeitenden* müssen dafür kämpfen, dass sie einen sicheren Arbeitplatz ohne finanzielle Kürzungen und Arbeitszeitverlängerungen behalten. Die *Nichtarbeitenden* müssen dafür kämpfen, dass sie wieder versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu sozial gerechten Bedingungen erhalten. Arbeit ist genug vorhanden, Arbeit kann geschaffen werden, für alle, sie muss nur sinnvoll und gerecht verteilt werden!

Dazu müssen sich alle Betroffenen einig sein, doch betroffen sind alle arbeitswilligen Menschen! Dieser Kampf gegen die Konzerne und die Regierung muss

miteinander und darf nicht gegeneinander geführt werden. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen und aufwiegeln lassen! Stellt euch vor: Alle Menschen sind sich einig, alle demonstrieren gemeinsam auf der Straße! Dann können die Konzerne und die Regierung einpacken! Die Kraft zur Veränderung liegt in jeder einzelnen Hand! Gemeinsam sind wir stark – und wie!

2. Am 13. Mai 2007 wählen die Bremerinnen und Bremer. Das ist gut so, denn nun haben wir die Möglichkeit, all die politischen Wichtigtuer, Betrüger und Steuergeldverschwender auf einen Schlag abzuwählen! Diese Chance werden wir nutzen – und all den Politikern, die aus Angst vor ihrer eigenen **Abwahl** keine erweiterte Personenwahl zugelassen haben, zeigen, dass wir ihre Partei nicht wiederwählen, und dann sind sie weg vom Fenster!

Es gibt ja noch andere Parteien in der schönen Freien Hansestadt, und die sind garantiert und zum Glück nicht rechts. Es gibt grüne, gelbe, links-rote, rotrote, links-links-rote Parteiangebote: Lassen wir sie mal ran, damit sie halten können, was sie versprechen! Auf keinen Fall dürfen wir rechts wählen, unter dem Vorwand, den unfähigen großen Parteien „eins auszuwischen“. Rechts wählen ist wie „ein bisschen tot“ wählen! Denken wir also gut nach, wem wir für die Zukunft unsere Stimme und unser Vertrauen geben, denn von uns hängt alles ab! –

Derweil dringt die Kunde von den unrühmlichen Taten des Herrn **Röwekamp** selbst bis nach Niedersachsen: Er macht immer mehr, immer wieder und immer negativ von sich reden! Diese Präsenz ist allerdings nicht dazu geeignet, ihn als wünschenswerten Bürgermeister der Freien Hansestadt erscheinen zu lassen, ganz im Gegenteil: Wir sollten uns vor ihm hüten! Fast ist es schon verständlich, dass er seine miese Arbeit so arrogant verteidigt, schließlich wurde er von Herrn Perschau angelernt, dem es rechtzeitig die Sprache verschlug, der aber trotzdem einfach weiter dummes Zeug verbreitet.

Diesmal ist die ganze schöngeredete **Polizeireform** ins Wanken und ins Zwielicht geraten. Ich bin gespannt, ob wir nach langer Zeit mal wieder ein Wort dazu von Polizeipräsident Mordhorst hören, ein ernstzunehmendes! Irgendwie besteht in der Darstellung des Erfolgs der Reform zwischen ihm und den ausführenden Polizist(inn)en eine erhebliche Diskrepanz. Vielleicht hätte Herr Röwekamp nicht so schnell und voreilig das Geld in die hässlichen blauen Uniformen stecken, sondern damit die Aufstockung des dringend benötigten Personals finanzieren sollen! Aber bis vor kurzer Zeit war ihm gar nicht bekannt, dass bei der Polizei akuter Personalmangel herrscht, wenigstens hat er das behauptet. –

Ich bin auf die Aussage von Herrn Steinbrück vor dem Kurnaz-Untersuchungsausschuss gespannt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Herrn Röwekamps Verstrickungen in diesen Fall dann als aufgelöst angesehen werden können, ganz im Gegenteil! Wir werden uns wundern, wenn wir erfahren, mit welcher Akribie Herr Röwekamp das Einreiseverbot und die Kriminalisierung von Murat **Kurnaz** betrieben hat.

In der Abteilung zur Aufklärung der Zusammenhänge herrscht jedoch eine Undurchsichtigkeit größeren Ausmaßes: Es verschwinden relevante Akten und tauchen dann geändert wieder auf. Beim Verfassungsschutz der Freien Hansestadt Bremen besteht übrigens eine gut besetzte Abteilung „gegen linke Agitation“. Eine Abteilung „gegen rechts“ gibt es angeblich nicht, weil sie nicht nötig erscheint. Ich vermute, die Kollegen sind außerhalb ihrer Arbeitsstelle „aktiv“ im Einsatz!

Wenn ich davon ausgehe, dass Herr Röwekamp das alles so meint, wie er es ausspricht, dann ist dieser „starke“ Mann untauglich und gefährlich für eine gute, soziale und ausgewogene Politik. Wir sollten ihn uns auf keinen Fall zumuten! Wir können ihm höchstens den Gefallen tun und recht oft sein „Wahlbüro“ im Schüsselkorb besuchen, um bis zum 13. Mai seinen kostenlosen Kaffee zu trinken! –

Gut, dass der Kevin-Ausschuss noch nicht die Akten geschlossen hat! Das geht auch gar nicht, wenn alles mit rechten Dingen zugehen soll. Es fehlt uns noch das Untersuchungsergebnis zu der besorgniserregenden Tatsache, dass sich die Bagis fünf Wochen lang geziert hat, Kevins Ziehvater Geld auszuzahlen, das ihm und dem kleinen Jungen zustand, bis sie mit einem richterlichen Eilverfahren dazu gezwungen wurde – um dann die nächste Auszahlung auch wieder wochenlang zu verschleppen! Ausgerechnet in diesen hoffnungslosen Zeitraum fällt der schreckliche Tod von **Kevin**! Wenn jetzt Schuldige gesucht und gefunden werden, sollte dieser Aspekt unbedingt berücksichtigt werden.

Wir wissen zur Genüge, dass diese Arbeitsweise bei der Bagis kein Einzelfall und schon gar keine Seltenheit ist. Da die Bagis keine ausreichend ausgebildeten, kompetenten Mitarbeiter besitzt, sollte uns das zu denken geben. Es wäre wichtig zu wissen, ob ähnliche falsche Entscheidungen der Bagis zu weiteren Todesfällen beigetragen haben!

Was ist eigentlich in Sachen Kevins Grabpflege passiert? Inzwischen steht der Untersuchungsbericht im Netz, aber die Seite der Sozialsenatorin ist nicht mehr zu erreichen, bloß die Titelseite. Auf einer anderen Homepage fehlen die Einzelheiten zur senatorischen Dienststelle. Ein Omen?

Gudrun Binder (WASG)

Volksverhetzung: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ *(„Sozialbetrug“)*

„Unterdessen wurde bekannt, dass die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales Bernd K. vom 1. bis 28. April 2006 kein Arbeitslosengeld II mehr überwies.“ *(„Weser-Kurier“, 28. Oktober 2006)*

„Nach vier Wochen ohne Geld zog der 41-Jährige vors Verwaltungsgericht. Das gab ihm noch am selben Tag recht (Az.: S2V 1071/06). Wie ein Justizsprecher auf ‚Tagesspiegel‘-Anfrage bestätigte, musste die Bagis daraufhin eigentlich wieder ALG II zahlen. Doch abgese-

hen von einem Abschlag fürs bevorstehende Wochenende habe die Behörde die weitere Zahlung ‚ein bisschen verzögert' und auch nicht gleich in voller Höhe geleistet." *(„Tagesspiegel", 21. Oktober 2006)*

„Kevin war im Oktober 2006 tot im Kühlschrank seines drogenabhängigen Ziehvaters gefunden worden. Der Junge war vermutlich schon Ende April oder Anfang Mai an den Folgen schwerster Misshandlungen gestorben, obwohl er unter der Obhut des Bremer Jugendamtes stand." *(„Spiegel-Online", 17. Januar 2007)*

Zu den Wurzeln, ihr Grünen!

Die Tornado-Einsätze zeigen, dass Deutschland immer stärker zu einer führenden Kriegsmacht in Europa im Kampf um die Ressourcen wird. Bremen spielt mit seiner Rüstungsindustrie eine besonders verhängnisvolle Rolle für die Aufrüstung der Bundeswehr und im weltweiten Rüstungsexport. Besonders hier muss der Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialkahlschlag immer wieder deutlich gemacht werden.

Bremen ist eine Hochburg der Rüstungsindustrie! Weit über 40.000 Hartz-IV-Betroffene, die Bildungskatastrophe und sprunghaft steigende Obdachlosenzahlen beweisen, dass diese Koalition völlig unwillig ist, auch nur das Geringste daran zu ändern. Sie hat auf der ganzen Linie versagt und gehört mitsamt der unfähigen Senatoren Rosenkötter, Lemke und Röwekamp am 13. Mai abgewählt!

Im Zusammenhang mit der Oettinger-Filbinger-Affäre hat sich sogar die gesamte CDU ins braune Abseits gestellt. Keine Stimme den Sympathisanten der alten und neuen Nazis! Denn alles ist schon mal da gewesen, auch Schäubles geplanter totaler Überwachungsstaat!

Es gibt zu Sozialkahlschlag, Demokratiezerstörung und Hochrüstung von Polizei und Armee kein irgendwie geartetes Recht, schon gar nicht ein grundgesetzliches. Aber es gibt Alternativen, zum Beispiel in der Umsteuerung von Hightech-Rüstungsproduktion auf Umwelt- und Klimaschutztechnologie. Dies politisch umzusetzen, wäre auch zukunftsweisende Umweltschutz- und Arbeitsmarktpolitik. Das müsste eine der dringendsten Forderungen an einen neuen Senat sein!

Wie ich kürzlich schon sagte, entsteht immer mehr Widerstand in den Streitkräften gegen den bundesdeutschen Kriegskurs, was ich erfreulich und besonders unterstützenswert finde. Dies gilt besonders für die Soldaten der Initiative „Darmstädter Signal", die immer wieder Zivilcourage zeigen und nun auch den

Tornadoeinsatz in Afghanistan ablehnen. Ich solidarisiere mich mit den kritischen Soldaten, die sich weigern, bei Kriegseinsätzen der Bundeswehr mitzumachen!

Vor allem solidarisiere ich mich mit den Deserteuren, zum Beispiel im Irakkrieg, und wünsche mir, dass Bremen unter einer anderen Regierung endlich nach dem Vorbild von Münster, Osnabrück und Freiburg sogenannte „Fahnenflüchtige“ aufnimmt, um sie zu schützen – ganz gleich aus welcher Armee!

Major Florian Pfaff vom „Darmstädter Signal“ hielt am Ostersamstag auf dem Marktplatz eine stark beachtete Rede. Er hatte seinerzeit aus Gewissensgründen eine Beteiligung am Irakkrieg verweigert und musste sich daraufhin einer psychiatrischen Untersuchung unterziehen. Als sich kein „krankhafter Befund“ ergab, befahlen ihm seine Vorgesetzten, Aufträge in Richtung Kriegsbeteiligung nicht länger kritisch zu prüfen. Diesem Befehl widersetzte er sich und bekam jede Menge Ärger, doch das oberste Bundesgericht gab ihm schließlich Recht.

Daraufhin behauptete Berlin, Pfaff habe keine „zulässige Gewissensentscheidung“ getroffen, und somit seien Soldaten wie er gezwungen, weiterhin bei Angriffskriegen mitzumachen. Pfaffs Wunsch an seine Kameraden: „Wenn sich die Soldaten weigern, an Eroberungszügen mitzuwirken, und die breite Bevölkerung ihnen dabei den Rücken stärkt, wird sich die Pflicht zur Mitwirkung an der Welteroberung nicht festschreiben lassen, und es wird eines Tages auch in der Praxis kommen, was wir auf dem Papier durch die letzten Kriege schon haben: die Pflicht zur Friedenswahrung“.

Wir vom Bremer Friedensforum gehen noch einen Schritt weiter und fordern den Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, auch aus den sogenannten „Friedenseinsätzen“ im früheren Jugoslawien und an den Küsten des Libanon. Wir missbilligen die Äußerungen der grünen Parteispitze, die das Engagement der Ostermarschteilnehmer(innen) als „nicht mehr zeitgemäß“ und als „Armutszeugnis“ diffamieren. Wir rufen den Grünen an dieser Stelle zu: Kehrt endlich zu euren Wurzeln zurück!

Wenn Al Gore ein Deutscher wäre, würde er vielleicht auch die grünen Spitzenpolitiker mahnen, den oliv-grünen Kampfanzug in den Schrank zu befördern, die spritfressende Abgeordneten-Limousine zu verschrotten, sich wie in früheren Zeiten aufs fröhlich bewimpelte Fahrrad zu schwingen und zu den Wurzeln ihrer einst fortschrittlichen Politik zurückzuradeln. Diese heißen nun mal „Einsatz für Frieden und Abrüstung, soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen“.

Jedenfalls spricht sich Al Gore recht deutlich gegen die imperialistischen Kriege der westlichen Großmächte und vor allem gegen die Klimazerstörung aus, wo sein Land eine traurige Spitzenposition einnimmt. Dieser Tage lief Al Gores Film „Eine unbequeme Wahrheit“, basierend auf seinem gleichnamigen Buch, recht erfolgreich in den Kinos unserer Nachbarstadt Osterholz-Scharmbeck an. Mehrere tausend Menschen aus der Umgebung sahen den Film bereits und waren stark beeindruckt.

Ein Worpsweder Rechtsanwalt hatte die Idee, 5.000 Aufkleber im Auftrag von „BioS“, „BUND“ und „NABU“ Osterholz zum Aufkleben ans Auto drucken zu lassen und im Zusammenhang mit der Filmvorstellung unter die Leute zu bringen. Sie wurden ihm förmlich aus den Händen gerissen, sodass er jetzt mehrere tausend Exemplare nachdrucken lässt. Der Aufkleber zeigt einen mit einem grünen Balken durchgestrichenen PKW, und der Text dazu lautet „Mach mit beim Klimaschutz: Ein Tag pro Woche autofrei!“ Eine sehr gute Idee. Sie sei uns Bremer(inne)n – sofern wir uns überhaupt noch ein Auto leisten können – dringend zur Nachahmung empfohlen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Schuldengettos: In den Brennpunkten leben nur ein Viertel aller Bremer, aber über 43 Prozent aller Hartz-IV-Familien *(„Weser-Kurier“)*

Verfolgungsbetreuung: Hamburger Arbeitslosen wird der Ein-Euro-Zwangsjob künftig auch daheim schöngeredet *(„Die Welt“)*

„Solidarität statt Kapitalismus“: CDU-Geißler fordert Mindestlohn gegen Pfusch durch Lohndumping *(„Erwerbslosenforum“)*

Missbrauch einer Monopolstellung: Stadt Bremen betreibt illegalen Billiglehrerverleih *(„Tageszeitung“)*

Zügellosigkeiten zur Fastenzeit

1. Gut 450 Menschen beteiligten sich an der **Solidaritätsaktion** der Diakonie und übten in der Fastenzeit Verzicht. In Niedersachsen vegetieren im Moment fast 700.000 Mitbürger regelmäßig von Hartz IV. Nun wollten 450 Menschen im Lande wissen, was das im Alltag konkret bedeutet. Die Teilnehmer haben am eigenen Leib erfahren, was es heißt, mit nur 345 Euro auskommen zu müssen: Weder fürs Kino noch fürs Konzert war Geld vorhanden, man konnte nicht mal die Fahrtkosten zu seinen Freunden aufbringen.

Wir alle wissen, dass Hartz IV nicht nur einen kulturellen Verzicht bedeutet, sondern auch allzu leicht den auf soziale Kontakte. Mehrere Teilnehmerinnen berichteten, dass man als Hartz-IV-Empfänger keine Geburtstagsgeschenke kaufen oder gar eigene Einladungen aussprechen kann. Auch die Gesundheit muss un-

ter Hartz IV darben, weil die Zuzahlungen beim Arzt und in der Apotheke nicht mehr drin sind. Zu Brillen und Zahnersatz gibt es inzwischen ebenfalls keinerlei Bezuschussung mehr.

Am meisten müssen die Kinder unter Hartz IV leiden, denn das Extrageld für die Schule, für Kopien oder Tagesausflüge, für Sportvereine, Musik- oder Nachhilfeunterricht oder Schwimmbadbesuche passt einfach nicht ins viel zu knapp bemessene Budget hinein. Auch ist es völlig unmöglich, Rücklagen zu bilden, um Kleidung zu kaufen, gar eine kaputte Waschmaschine reparieren zu lassen, geschweige denn eine neue gebrauchte zu erwerben.

In diesem anerkennenswerten Selbstversuch fehlte natürlich die Realität der ALG-II-Empfänger, wie dass wir der Verfolgungsbetreuung ausgeliefert sind und die meisten von uns viele sinnlose Blindbewerbungen im Monat schreiben müssen, ebenso wie die permanente Angst, vom Zwangsumzug betroffen zu sein oder durch fehlerhafte Bescheide sich erst vor Gericht existenzielle Gelder erstreiten zu können. Was verkörpern da schon sieben Wochen? Die lassen sich ja noch irgendwie überbrücken! Aber wenn es Jahre bedeutet und die Zukunft keinen Job verspricht, was dann? Die Mehrheit der Langzeitarbeitslosen ist über 50 Jahre alt und ziemlich perspektivlos!

2. Hartz IV gefährdet sogar **Geschenke**: Die Freude über einen reich gedeckten Gabentisch zur Kommunion oder Konfirmation könnte für die Kinder von Hartz-IV-Empfängern leicht nur von kurzer Dauer sein. Im letzen Jahr wurden Zwillingsmädchen im Kreis Rothenburg konfirmiert und haben zur Aufnahme in die Gemeinde zusammen 1.700 Euro geschenkt bekommen. Die Eltern sind Hartz-IV-Empfänger und gaben die Summe als ehrliche Menschen beim Amt an.

Die dortige Arge kannte kein Erbarmen und verrechnete das Konfirmationsgeld kurzerhand mit dem Einkommen der Hartz-IV-Familie. Die Eltern legten dagegen Widerspruch ein. Auch die niedersächsische Landesbischöfin Margot Käßmann reagierte mit großer Empörung und beklagte, dass die Reichen alles behalten dürfen und den Armen alles genommen wird. Dies widerspricht der Botschaft Jesu total! So leitete sie einen anderen Umgang mit dieser Problematik in die Wege.

Die Verwaltung des Kreises Rotenburg kam in Bewegung. Künftig sollten Geldgeschenke zur Konfirmation mit Rückendeckung der niedersächsischen Landesregierung nicht mehr angerechnet werden, falls sie die Vermögensfreigrenze nicht überschritten, sagt Sozialdezernentin Heike Körner. „Wir haben das Konfirmationsgeld zurückgezahlt und behandeln es wie Vermögen, für das ein Freibetrag von insgesamt 3.850 Euro gilt“, erläutert Körner. Allerdings sei die Sache „risikobehaftet“.

Eine weitere Möglichkeit ist es, die Geldgeschenke zweckgebunden zu vergeben, für Bereiche, die nicht durch ALG II abgedeckt werden, wie zum Beispiel für einen Computer oder auch einen Sprachkurs. Es gibt noch Hoffnung, dass sich

einzelne kleine Details ändern. Das ist immerhin schon besser als nichts. Aber dennoch: Weg mit Hartz IV!

Die evangelische Innere Mission München warnte vor drohenden Leistungskürzungen, wenn Bezieher von Arbeitslosengeld II Geschenke empfangen. Missionsgeschäftsführer Günther Bauer forderte mit Blick auf die nahenden Kommunions-, Firmungs- und Konfirmationsfeiern einen großzügigen Freibetrag für Geschenke an Hartz-IV-Empfänger. Er sprach sich für einen festen Freibetrag in Höhe von monatlich 100 Euro pro Person aus. Eine vierköpfige Familie etwa könne so im Jahr das „Recht" ansparen, einen günstigen Gebrauchtwagen geschenkt zu bekommen. Das wäre doch mal eine gute Idee – aber wehe dem, der keine begüterten Verwandte oder spendierfreudigen Freunde hat!

3. Zur Lösung der Probleme, die heute viele Jugendliche haben, fällt den meisten Politikern nur ein, wie noch mehr verboten und sanktioniert werden kann. „Gegen die zunehmende Gewalt unter Jugendlichen müssen wir härter durchgreifen, nach der Maßgabe: **null Toleranz**", schrieb der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Vize Jürgen Rüttgers in einem Gastbeitrag für die „Bild am Sonntag".

Dies gelte auch für Wiederholungstäter, die noch nicht strafmündig seien. „Wenn Weisungen und alle Erziehungshilfen nicht mehr wirken, ist als letztes Mittel eine Unterbringung in geschlossenen Einrichtungen erforderlich", schrieb Rüttgers. Nach seinen Vorstellungen soll das auch bei Kindern unter 14 Jahren in ganz Deutschland möglich sein.

Nach Plänen des Bundesjustizministeriums sollen jugendliche Schwerstkriminelle in Zukunft wie Erwachsene mit Hilfe der Sicherungsverwahrung lebenslänglich eingesperrt werden können. Bislang dürfen sie maximal zehn Jahre eingesperrt werden.

Rüttgers fordert verpflichtende Erziehungskurse für „schlechte Eltern". Er spricht immer nur von Druck und erkennt offensichtlich gar nicht, wie sehr auch die Verhältnisse der näheren Umgebung drücken können und dass vor allem dort die Bedingungen optimiert werden müssten, wo es an allen Ecken und Enden natürlich immer am Geld fehlt! Im Knast dürfen die Jugendlichen dann von den anderen lernen, welche Kniffe es noch so gibt, und sich der rauen Hierarchie unterwerfen.

Er hat wohl noch nicht begriffen, dass sich nur mit Menschenliebe etwas verändern lässt, wie auch die Veränderungswilligkeit bestimmter Menschen. Aber vor allem müssen dringend die Verhältnisse geändert werden, in denen sich diese Delinquenten bewegen müssen! Mit weiterem Draufhauen verschärft sich nur alles und kann sich gar nichts bessern!

4. Ich fordere verpflichtende Geschichtskurse für Politiker, damit sich nicht allzu viele von ihnen mit den nachträglichen Verdrehungen der Vergangenheit verheddern müssen, worunter die gepeinigten Seelen der Medienkonsumenten verstärkt

zu leiden haben! Jeder weiß, dass ich hiermit auf die verantwortungslos verlogene Trauerrede von Günther Oettinger zum Tode Filbingers anspiele.

Danach sei der bedauernswerte ehemalige Ministerpräsident zu seinen Zeiten als Marinerichter, wie viele andere im dritten Reich, „schicksalhaft in Situationen hineingeraten, die den Menschen heute zum Glück erspart bleiben“. Nach einem Bericht des Magazins „Focus“ beharrt Günther Oettinger weiterhin darauf, dass Filbinger ein „Gegner“ des Nationalsozialismus gewesen sei. Nur habe Filbinger nicht die Kraft gehabt, „offen“ gegen das NS-System anzugehen. Er habe sich hier „wie Millionen andere“ verhalten.

Mitnichten! 1978 hatte Filbinger trotz einschlägiger Beweise seine Mitwirkung an den **Todesurteilen** in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges bestritten und dann heruntergespielt. Aber die ist historisch solide belegt! Nach den Protesten des Zentralrates der Juden meldete sich nun auch die Schwester eines Filbinger-Opfers zu Wort. Ihr damals 22-jähriger Bruder war am 16. März 1945 wegen „Fahnenflucht“ erschossen worden. Weil das Urteil Filbingers Namen trägt, betrachtet sie ihn als „Mörder meines Bruders“.

Nach dem jetzigen Versuch, Filbinger als Opfer der Nazis hinzustellen, ist Oettinger kaum noch in seinem Amt tragbar. Es wird eine Frage der Zeit sein, bis er seinen Rücktritt einreichen wird. Er leidet an einem ebenso pathologisch gutem Gewissen wie der Verstorbene!

Elisabeth Graf (parteilos)

Für einen Zusammenschluss der Linken auf neuer Grundlage

1. In weniger als vier Wochen ist Bürgerschaftswahl. Es trommelt aus allen Medien: „Zur Wahl gehen, zur Wahl gehen!“, doch die notwendige und von vielen ersehnte Wahlrechtsreform haben die Herrn Weber, Perschau und wie sie alle heißen nicht umgesetzt. Wir haben keine Lust mehr, diese alten verbrauchten Gesichter zu sehen!

Die Große Koalition hat kein Vertrauen bei den Menschen mehr, zwölf Jahre sind mehr als genug. SPD und CDU haben die Karre vor die Wand gefahren. Vom „Spacepark“ bis zum toten Kevin, das ist die Bilanz der Großen Koalition. Auch an „Rot-Grün“ haben die meisten keine guten Erinnerungen. Andere Konstellationen haben gar keine Aussicht oder sind auch völlig verquer. Warum also wählen gehen?

Viele haben Angst vor rechten Parteien, wirklich nicht ohne Grund. An den Ausfallstraßen hängen zuhauf ihre Plakate mit ausländerfeindlichen Parolen. Die offizielle Politik macht nichts für ein Verbot aller faschistischer Organisationen.

Man sehe sich nur den 4. November 2006 in Gröpelingen an! Ein Teil der Staatsorgane ist durchsetzt mit faschistischen Antreibern und Ausbildern, man denke nur an den Verfassungsschutz, andere Nachrichtendienste und den gesamten militärischen Gewaltapparat.

Hoffen wir nun auf „Hier ist die Linke“? Hier bei uns ist sie leider nicht zu sehen. Ihre programmatischen Aussagen sind auch noch eher dürftig und kaum verbreitet. Viele in der WASG sind unsicher und skeptisch, ob diese neue Partei etwas bringt.

Kurzum, Bürgerschaftswahl hin oder her: Am Selberaktivwerden führt kein Weg vorbei! Menschen aufklären und auffordern, sich selbst Mut machen, in kleinen Dingen gemeinsam anfangen, für eine andere Politik streiten, sich gemeinsam einsetzen: Das ist der einzig wirklich Veränderungen schaffende Weg. Die Montagsdemo und ihre Beteiligten werden weiter daran arbeiten.

2. Herr Röwekamp von der CDU will ein „starker Bürgermeister“ sein. Er hat in Bremen ja auch schon einige Beispiele „starker“ Politik geboten, ich erinnere nur an den „Ertrinkensversuch“ bei einem afrikanischen Asylbewerber oder die „Aktenumschreibungen“ im Fall von Murat Kurnaz. Alles rechtsstaatlich, alles im „deutschen Interesse“?

Im „deutschen Interesse“ handelte auch der „Marinerichter“ Filbinger, als er noch kurz vor der Kapitulation einen, der genug hatte vom Krieg, bei einem Kriegsgerichtsprozess wegen „Fahnenflucht“ dem Tode überantwortete. So wird aus einem bekannten NS-Parteimitglied, das sich als opportunistischer Mitläufer tarnte, ein „Gegner des NS-Regimes“ gemacht. Solche Geschichtsfälschungen liegen im Interesse des deutschen Kapitals!

Als Widerstandskämpfer werden heute nur noch die „Weiße Rose“ oder die „Männer des 20. Juli“ angesehen. Tausende und Abertausende von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten oder Kommunisten zählen natürlich nicht dazu, weil viele von ihnen ein ganz anderes, ein neues Deutschland wollten, ein sozialistisches Deutschland.

Darum möchte ich an dieser Stelle auch bewusst eines Vorkämpfers der deutschen Arbeiterbewegung gedenken: Ernst Thälmann, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, wurde heute vor 121 Jahren geboren. Er musste die Zeit von 1933 bis zu seiner Ermordung 1944 im KZ zubringen. Politische Fehler, die die gesamte Linke in der Weimarer Zeit ohne Frage beging, da sie den Faschismus nicht verhinderte, müssen wir restlos aufarbeiten und nutzen, um uns auf neuer Grundlage wieder zusammenzuschließen.

Jobst Roselius

Schuldvermutung: Anschlagsopfer Schäuble will auch Leute, die vielleicht *keinen* Anschlag planen, daran zu hindern versuchen *(„Stern“)*

Mit knirschenden Zähnen: Rosenkötterin will jeden der vielen Tausend „Einzelfälle“ unter vier Augen prüfen *(Video von „Radio Bremen“)*

Am Donnerstag besuchen wir wieder die Sozialdeputation!

1. Wir werden uns am Donnerstag um **14 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof** versammeln und ab 15 Uhr an der Sitzung der Sozialdeputation der Freien Hansestadt Bremen teilnehmen. Wir gehen dorthin, um eine gerechte Behandlung durch die Bagis zu erreichen, denn das Sozialressort ist für die Handlungen und Unterlassungen der Bagis verantwortlich!

Die Hartz-IV-Gesetze wurden zwar nicht in Bremen verabschiedet, aber die Umsetzung liegt in Bremer Hand. So entscheidet Bremen uneingeschränkt über die „angemessenen“ Mietobergrenzen. Dies wurde bei den vorherigen Besuchen immer wieder von den Mitgliedern der Parteien und des Sozialressorts bestritten. Hier nun der Gegenbeweis!

Die Bagis hat zwei Geschäftsführer; diese berichten dem Trägerverein. Der Trägerverein ist von der Freien Hansestadt Bremen und der Bundesagentur für Arbeit gegründet wurden. Der Geschäftsführer dieses Trägervereins ist Mitarbeiter von Frau Rosenkötter. Bei der Bagis handelt es sich um einen „zugelassenen kommunalen Träger“, eine „Arbeitsgemeinschaft“ im Sinne des SGB II.

In § 6b Absatz 1 SGB II heißt es zu deren Rechtsstellung: „Die zugelassenen kommunalen Träger sind an Stelle der Bundesagentur im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit Träger der Aufgaben nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 mit Ausnahme der sich aus den §§ 44b, 50, 51a, 51b, 53, 55 und 65d ergebenden Aufgaben. Sie haben insoweit die Rechte und Pflichten der Agentur für Arbeit.“

§44 b Absatz 3 Satz 4 lautet: „Die Aufsicht über die Arbeitsgemeinschaft führt die zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle im Benehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales.“ Somit ist dies die Aufgabe und auch die Verantwortung von Senatorin Ingelore Rosenkötter!

Der Umgang mit den Mietobergrenzen durch die Freie Hansestadt ist sehr unfair! Bremen hat keinen Mietspiegel. Bremen hat die Mietobergrenzen *ohne* entsprechende Unterlagen festgelegt und ist dabei geblieben. Bremen hat Kostensenkungsaufforderung am mehr als 9.000 Haushalte verschickt, obwohl bereits

feststand: Das Gewos-Gutachten ist falsch! Es gibt eine Fehleinschätzung um das Vierfache, gemäß Vorlage zur Deputationssitzung!

Weil das Oberverwaltungsgericht Bremen vom Senat eine Begründung der Mietobergrenzen gefordert hat, wurde ein neues Gutachten bestellt, wieder bei Gewos, Lieferung circa Ende Mai, Auswertung in den folgenden zwei Monaten. Somit hat Bremen *keine* Rechtsbasis für diese Kostensenkungsaufforderungen! Widerspruch und notfalls Klage werden dies offenbaren! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

(Nachtrag: Ein von Frau Rosenkötter einberaumtes Gespräch ist am Dienstag Nachmittag in großer Runde ergebnislos verlaufen. Die Demo am Donnerstag dieser Woche um 14 Uhr vom Hauptbahnhof zur Sozialdeputation findet daher auf jeden Fall statt!)

2. Ich habe soeben in den „Stadtthemen“ den Beitrag von Herrn Teichfischer über die Kosten der Informationstechnik in Bremen gelesen. Senator Nussbaum will für den Haushalt 2008/2009 in diesem Bereich nur Mittel für Hardware bereitstellen. Grund: Die **Lizenzen** für Software sind bereits bezahlt! Die IT-Umstellung sollte längst erledigt sein, aber an den Personalkosten wurde gespart. Jetzt gerät Bremen unter Zugzwang, weil die Windows-NT-Betriebssysteme nicht mehr vom Hersteller unterstützt werden.

Dies wurde bereits vor Jahren angekündigt, daher hat Bremen Millionen für Lizenzen ausgegeben, die aber nicht genutzt wurden: Es fehlte das notwendige Personal, oder? Mit Linux wären sicher die Personalkosten gestiegen, aber kein müder Euro für Lizenzen ausgegeben worden, zumal diese, wie sich nun zeigt, nur eine begrenzte Nutzungszeit haben.

Unfähigkeit wird auch hier den eigenen Leuten unterstellt, und Externe sollen es richten! Da kann der reichste Mann der Welt sich ganz zufrieden zurücklehnen: Augenscheinlich fehlt auch der Bremer Verwaltung das entsprechende Know-how. Die Geschichte mit den Lizenzen habe ich bisher nur ungläubig zur Kenntnis genommen: bezahlt und nicht genutzt! Aber nur so ergeben die Ausführungen des Finanzsenators einen Sinn.

Hans-Dieter Binder (WASG)

Protest gegen die sogenannten Zwangsumzüge

Knapp 100 Betroffene und Unterstützer protestierten heute gegen angedrohte Umzüge von Hartz-IV-Empfängern. Etwa 7.000 wohnen laut Behörde zu teuer und sollen aufgefordert werden, sich eine billigere Wohnung zu suchen. Eine De-

monstrantin: „Es gibt diese billigen Wohnungen nicht in Bremen!“ Herbert Thomsen, „Solidarische Hilfe“: „Es wird in den meisten Fällen auch so sein, dass die Leute gar nicht umziehen, weil sie keine neue Wohnung finden, sondern sie bleiben in der alten Wohnung und kriegen die Mietzahlungen gekürzt!“

Verdi - Erwerbslosenausschuss und verschiedene Arbeitsloseninitiativen hatten sich vorgenommen, die Sitzung der Sozialdeputation zu stören. Rein kamen sie nicht, dafür kamen die Politiker raus. Die Demonstranten fordern die Übernahme der realen Kosten und das Recht, in ihrer alten Wohnung zu bleiben. Eine Demonstrantin: „Wissen Sie, wie sich das anfühlt, wenn man zwei Jahre lang in der Wohnung lebt mit dem Gefühl, dass man ausziehen muss? Das ist ein Scheißgefühl!“

Ingelore Rosenkötter, SPD, Senatorin für Soziales: „Derzeit ist es so, dass wir ganz besonders Rücksicht nehmen bei Menschen mit kleinen Kindern, bei Menschen mit Behinderungen, bei älteren Menschen, bei pflegebedürftigen Menschen. Es gibt eine ganze Reihe von Ausnahmen.“ Das Sozialressort hat angekündigt, jeden Einzelfall im sogenannten Vier-Augen-Prinzip zu prüfen.

Video von Marianne Strauch („Radio Bremen“)

Mit guter Erfolgsaussicht: Zahl der Widersprüche und Klagen gegen Hartz IV nimmt rasant zu *(„Erwerbslosenforum“)*

Was hat die „wirtschaftliche Belebung“ gebracht?

Die Zahl der Hartz-IV-Betroffenen ging jedenfalls nicht zurück, im Gegenteil: Heute gibt es bereits 5,4 Millionen ALG-II-Empfänger, 2005 war es eine Million weniger! Gleichzeitig wächst die Zahl derer, die voll arbeiten, aber nicht davon leben können: Waren Anfang 2005 von den damals 661.000 „Aufstockern“ 200.000 in Vollzeit beschäftigt, sind es heute schon mehr als doppelt so viele, nämlich 420.000! Dem „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ zufolge arbeiten in Deutschland 170.000 Menschen Vollzeit unter 4,50 Euro pro Stunde, 600.000 unter sechs Euro und 1,3 Millionen unter 7,50 Euro.

Mit den Hartz-Gesetzen wurde eine Reservearmee von Arbeitslosen und Niedriglöhnern geschaffen, um das allgemeine Lohnniveau zu senken. Deswegen sind alle Beschäftigten genauso davon betroffen wie alle Arbeitslosen. Wir fordern: Hartz IV muss weg! Gegen die allgemeine Verarmung! Abschaffung der Ein-Euro-Jobs! Höhere Löhne und Gehälter für alle! Erhöhung des Arbeitslosengeldes und unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Mindest-

lohn von zehn Euro pro Stunde! Aufhebung der Zeit- und Leiharbeitsverhältnisse! Feste und unbefristete Arbeitsverträge für alle!

Peter Hartz und Josef Ackermann bleiben straffrei, trotz erwiesener Korruption in Millionenhöhe – und jetzt will man den Leuten, die nur ALG II haben, auch noch die Leistung kürzen, wenn sie zu Weihnachten, Ostern oder sonstwann Geschenke bekommen. Das ist dann laut Behörde eine „bedürftigkeitsmindernde Einnahme“!

Die Bundesregierung will nun biometrische Daten von allen Bürgern zentral erfassen. Schäubles Pläne sehen den vollständigen Überwachungsstaat vor – mit Videokameras, Computerausspähung, Fingerabdruckerfassung und Ausschnüffeln von ALG-II-Beziehern. Am Samstag gab es in Frankfurt eine Demo mit 2.000 Teilnehmern gegen diese Pläne. Auch in einer „globalisierten Welt“ gibt es Alternativen: So schafft Venezuela bis 2009 schrittweise die Mehrwertsteuer ab!

In Sachen Oettinger blieben bisher die Aktivitäten des Nazi-Verbrechers Filbinger *nach* seiner Zeit als Ministerpräsident wenig beachtet: Die Gründung und Leitung des „Weikersheimer Kreises“, einer Schnittstelle von bürgerlichen Parteien und offenen Faschisten. Dort traten zum Beispiel NPD-Größen wie Horst Mahler auf.

Wolfgang Lange (MLPD)

Rechtsextremer Ministerpräsident: Oettinger sitzt nicht mehr im Kuratorium des „Studienzentrums Weikersheim“ *(„Spiegel-Online“)*

Versödert: CSU-Generalsekretär wettert gegen „unüberschaubare Hartz-IV-Zusatzleistungen“, die es gar nicht gibt *(„Erwerbslosenforum“)*

Selber aktiv werden und sich zusammenschließen, das ist der Weg

Mit circa 30 Teilnehmern standen wir bei der 129. Montagsdemo in Bremen am 16. April 2007 wieder ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatzrund inmitten der Touristen. Die Lügen vom „Aufschwung“ in der Wirtschaft waren ein Thema, denn manche meinen nur die Steigerung der Gewinne, wenn sie vom „Aufschwung“ reden.

Die 56.000 Telekom-Kollegen können das nicht! Frau Merkel hat mitgeholfen, ihre Ausgliederung so mir nichts, dir nichts umzusetzen. Es soll nur keiner merken, solange sie die „Europa-Kanzlerin“ ist. Aber die Kollegen werden sich schon zur Wehr zu setzen wissen!

Weitere Themen waren Gedanken zu den Tornados in Afghanistan und den Geschichtverfälschungen im Falle Filbinger/Oettinger, die Bremer Bürgerschaftswahl am 13. Mai und zunächst der erneute gemeinsame Besuch der Sozialdeputation in dieser Woche, zu dem wir mit mehreren anderen linken Gruppen aufrufen, um gegen die Zwangsumzüge zu protestieren.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

130. Bremer Montagsdemo am 23. 04. 2007

Die Plünderung der Rentenkasse

Heuchlerische Steuer-Wohltäter brauchen wir nicht, Herr Glos! Wir brauchen dringend aufrichtige, ehrliche und gerechtere Politiker! Ich sehe keinen, der sich da hervorhebt: Alle schweigen zu oft, vertuschen zu häufig oder reden vieles schöner, als es in Wahrheit ist. Ich werde nicht müde, meine Damen und Herren, euch immer wieder darauf hinzuweisen, dass ihr noch eine riesengroße Rechnung gegenüber den Rentnern offenhabt!

Vertrag ist beim Volk Vertrag, nicht so bei euch Politikern: Ihr habt riesige D-Mark-Summen aus der Rentenkasse genommen, um die Bundeswehr aufzubauen! Im Vertrag, den ihr besser kennt als das Volk, steht ganz klar, dass ihr das Geld wieder in die Rentenkasse zurückgeben sollt, nach und nach!

Doch ihr muckst nicht einmal, wenn man euch immer wieder darauf hinweist. Jetzt habt ihr Geld, über 38 Milliarden Euro. Es gibt über 20 Millionen Rentner, viele Bestohlene leben noch. Auch ihre Kinder und Kindeskinder fordern Gerechtigkeit von den Spitzenpolitikern ein. Stattdessen werden die Rentner immer noch mehr abkassiert! Mir wurde durch die letzte „Rentenerhöhung“ wieder ein Euro von meiner Minirente genommen.

Wir Senioren fordern: Schluss mit den Rentensenkungen! Ein gutes Mittel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wäre es auch, den Rentnern mehr Kohle zu geben, zum Ausgeben. Herr Wirtschaftsminister Glos, Sie haben recht, und ich finde es wunderbar, wenn Sie sich „energisch dafür einsetzen“ wollen, dass den Bürgern mehr Geld in die Taschen fließen soll!

Nur, bitte schön, sind Rentner denn keine Bürger mehr? Holt endlich mal den verschollenen Rentenkassen-Ausplünderungsvertrag hervor und fangt an, das Geld an die Rentner zurückzuzahlen, noch *vor* der nächsten Wahl, denn Vertrag ist Vertrag!

Wenn aber Behörden sogar auf unsere Passbilder und Fingerabdrücke zugreifen können, dann nehmt euch sehr in Acht, ihr Bürger, denn da bekommen wir einen Überwachungsstaat wie die DDR, nur perfekter! Wer dann noch zur Wahl

geht, sollte seine Handschuhe nicht vergessen, damit sie auch geheim bleibt. Aber wer geht dann noch hin?

Wozu brauchen wir noch Politiker, wenn die sowieso gleich nach dem lieben Gott kommen? Sie biegen sich ihre Gesetze so hin, bis es für sie angenehm ist. Den Bürger brauchen sie nur noch zum Zahlen und zum Kreuzchenmachen! Mich bewegt schon lange die Frage: Ab wann sind Politiker kriminell? Jeder Politiker sollte wissen, dass die Rentenkasse geplündert wurde und dass die entnommenen Gelder dorthin zurückzuführen sind!

Bis heute sind die Politiker taub und blind, wenn es um den „Renten-Rausholl-Vertrag“ geht. Der Bürger muss seine Verträge einhalten, ein Politiker kann sie unter den Teppich kehren! Jetzt sind 38 Milliarden Euro da, um die man sich dreist streitet, als gäbe es diese Verträge nicht. Die Rentner schütteln den Kopf und warten auf die nächste Wahl!

Ursula Gatzke (parteilos)

Im Schlafwagen an die Macht: Die Medien lassen der Großen Koalition in Bremen alles durchgehen *(„Tageszeitung“)*

Wir setzen uns mit allen demokratischen Mitteln zur Wehr

Seit mehr als zwei Jahren stehen wir hier auf dem Marktplatz und demonstrieren gegen die Hartz-IV-Gesetze. Dabei habe ich festgestellt, dass immer zwei Punkte auftauchen, wenn wir mit unseren Mitmenschen ins Gespräch kommen, nämlich: „Warum macht ihr das? Das hat doch keinen Zweck!“ und: „Warum seid ihr nur so wenige? Es sind doch viel mehr Menschen betroffen!“

Der erste Punkt ist schnell beantwortet: Wir machen es, weil wir nicht damit einverstanden sind, dass wir Menschen zu Nummern degradiert und als Kostenfaktor angesehen werden. Wir kämpfen auch für euch, selbst wenn ihr vielleicht jetzt nicht betroffen seid. Diese meine Mitmenschen sind es. Was ist falsch dabei, für diejenigen einzutreten, die betroffen sind? Morgen könntet ihr die nächsten sein!

Aber warum sind wir nur so wenige? Darüber haben wir auch schon lange nachgedacht. Ein Teil der Menschen, die hier früher standen, ist „in der Fläche“

verschwunden, hat sich Vereinen angeschlossen und kämpft auf diese Weise weiter. Ein Teil von ihnen ist in Arbeit gekommen, dazu gehört auch Schichtarbeit, sodass für sie die Belastung zu groß ist. Für andere spielen die Finanzen eine Rolle: 43 Prozent der bremischen Hartz-IV-Betroffenen wohnen weit außerhalb des Stadtzentrums, zum Beispiel in Tenever. Ein Teil möchte andere Wege gehen, aber alle haben ein gemeinsames Ziel: Schluss mit der menschenverachtenden Politik!

Wenn jeder, der uns hier diese Fragen stellt, nur eine halbe Stunde stehenbliebe, wären wir optisch mehr Menschen. Wenn jeder, der selbst betroffenen ist, hier erschiene, würde der Marktplatz nicht ausreichen! Wer es nicht glauben will, komme doch mal am 1. Mai vorbei. Natürlich haben viele Menschen Angst davor, sich zu outen. Dafür haben wir Verständnis; doch wir wollen ihnen nicht schaden, sondern ihnen helfen. Die Gewerkschaften haben das wohl auch endlich zur Kenntnis genommen und stellen sich immer mehr mit Forderungen auf die Seite der Arbeitnehmer. Warum erst jetzt?

Wir von der Montagsdemo haben leider nicht die finanziellen Mittel, alle Betroffenen zu aktivieren, aber dazu könntet ihr ja beitragen. Ihr tut es nicht nur für uns, sondern auch für euch. Jeden Montag machen wir hier auf die Probleme der Gesellschaft aufmerksam. Wir klären auf, wir helfen, Probleme zu bewältigen, und wir haben erreicht, dass man uns ernst nimmt und die Medien öfter über unsere Anliegen berichten.

Wir haben erreicht, dass ältere Arbeitslose anders behandelt und die Renten nicht so drastisch gekürzt werden. Wir haben erreicht, dass die Gewerkschaften sich endlich wieder verstärkt für die Arbeitnehmer einsetzen und die Politik vorsichtiger wird und sich ihre Schritte zweimal überlegt. Wir haben erreicht, dass immer mehr Menschen nachfragen und die zunehmende Armut nicht mehr auf die leichte Schulter genommen, dass Kinderarmut verstärkt bekämpft wird. Dass es mehr Chancengleichheit geben wird. Dass Hungerlöhne abgeschafft werden, Behörden menschlicher handeln und Gesetze eingehalten werden müssen. Auch dazu, dass unser Bremer Theater nicht geschlossen wird, haben wir mit beigetragen.

Alles das wurde durch Protest erreicht, durch unseren und den aller anderen Menschen, die auf die Straße gehen oder sich vor Gericht wehren. Was hätten wir noch mehr erreichen sollen? Dass bestimmte Politiker nicht mehr regieren dürfen, dass die Renten erhöht werden müssen, dass bei der Gesundheitsreform mehr rausspringen sollte und alle Armen mehr Geld zur Verfügung haben müssen? Kommt doch, teilt es mit, sprecht mit uns, gemeinsam sind wir stark! Und bitte sagt nicht, wir haben nichts erreicht, sonst müsstet ihr euch selbst bezichtigen. Nur wer sich wehrt, kann etwas ausrichten. Wenn wir mehr erreichen wollen, müsst ihr euch schon mitbemühen.

Das ist übrigens Demokratie: Die Bevölkerung sagt, wo es langgeht, die Politiker sind nur unsere Vertreter, und wenn ihr mit der Politik nicht einverstanden seid, dann wählt sie ab, das ist unser demokratisches Recht! Dafür müsstet ihr aber auch wissen, was ihr möchtet und nicht schimpfen, sondern auch handeln.

Wenn euch unsere Ansicht nicht passt, stellt euch hier hin, sagt es, aber bleibt so fair wie wir. Wir schaden niemandem und setzen uns nur mit allen demokratischen Mitteln zur Wehr. Das ist unser aller Recht!

Udo Riedel (parteilos)

So sieht der Aufschwung wirklich aus

1. Letzten Donnerstag trafen wir uns am Hauptbahnhof, um eine Demo zur Sitzung der **Sozialdeputation** im Siemenshochhaus zu veranstalten und dort Einlass zu begehren. Zwei Male wurde die Sitzung in den vergangenen Monaten schon von den betroffenen Politikern abgeblasen, weil wir uns geweigert hatten, den Raum zu verlassen. Wir wollten diskutieren, die vielen „Einzelfälle“ schildern und uns nicht durch aneinandergereihte Worthülsen abspeisen lassen!

Wir, das sind zumeist betroffene Arbeitslose, die aus den Reihen von Verdi, Montagsdemo, „Solidarischer Hilfe“, WASG und „Sozialem Lebensbund“ kommen. Der kleine Zug, wohl an die hundert Personen, wurde vom „Buten-&-Binnen“-Fernsehteam von „Radio Bremen“ begleitet.

Unsere Empörung richtet sich gegen 7.000 versandte Briefe mit der lachhaft-unmöglichen Aufforderung, unsere Mieten zu senken. Immer wieder wird ignoriert, dass über 20 Prozent der ALG-II-Empfänger nur deswegen „über der Mietobergrenze“ liegen, weil es für sie einfach keine weiteren kostengünstigen Wohnungen gibt! Hahaha, diese Realität wird geleugnet: Man werde sich um „Einzelfälle“ separat kümmern und sie „prüfen“, blubb-blubb-blubb...

Bremen hat im bundesweiten Vergleich die schlechtesten Regelungen bei den Mietobergrenzen! Es ist sicher auch kein Zufall, dass es für eine Großstadt wie Bremen keinen offiziellen Mietspiegel gibt. Für Bremen soll nicht die Mietstufe III gelten, die einem Alleinstehenden bis zu 325 Euro bewilligt, sondern bloß die Stufe II mit maximal 265 Euro. Wir wollen keine Einzelfallregelung, die sich jeder ganz allein erstreiten muss, sondern die Erhöhung der **Mietobergrenzen**!

Als wir beim Siemenshochhaus ankamen, konnten wir es nicht wie sonst betreten: Vor den Eingangstüren verwehrten uns Türsteher in dunklen Anzügen und mit düsteren Mienen den Weg. Ich fragte mich, ob es sich bei diesen finsteren Herren um besagte Türsteher handelte, wegen deren Brutalität kürzlich das „Stubu“ geschlossen worden ist. Wer weiß das schon so genau? Man machte uns

darauf aufmerksam, dass die Sozialdeputation keine öffentliche Sitzung abhalten werde.

Wegen bereits erlebter Sinnlosigkeit vor anderthalb Jahren wollten wir nicht wieder eine Delegation heraufschicken. Außerdem betrachteten wir uns alle zusammen selbst als Delegation der Tausenden von Betroffenen, die nicht wissen wohin, jedoch umziehen beziehungsweise von den mageren 345 Euro auch noch 100 Euro für Miete abzweigen sollen!

So erschien die farblose Sozialsenatorin Rosenkötter mitsamt weiterer Deputierter bei uns vor der Tür. Sie fungierte wie ein aalglatter Sprechblasenautomat und bügelte emotionslos alle Vorwürfe ab. Zeitweise sprach sie nur ins Mikrofon von „Radio Bremen“ und war bloß für nah Stehende zu hören. Sie schien ein Privatinterview zu geben und redete nicht mehr mit uns allen! Es war sehr unbefriedigend. Die Bremer Tageszeitungen erwähnten uns an den folgenden Tagen mit keiner Silbe. Das ist eben die Macht der Medien.

2. Der CSU-Generalsekretär musste bereits *vor* dem Sommerloch herumsödern. Ich weiß nicht, in der wievielten Auflage er fordert, dass die **Hartz-IV-Leistungen** reformiert werden müssten. Diesmal sollen besonders die „Zusatzleistungen“ gekürzt werden, um den Abstand zwischen Hartz IV und Berufstätigen zu vergrößern. Für ihn sei nicht der Regelsatz das Problem, sondern die „unüberschaubare“ Fülle der „Zusatzleistungen“. Dabei existieren so gut wie gar keine!

Weiterhin kritisierte er, dass Berliner Hauptschüler als Berufswunsch Nummer eins angeblich Hartz IV nennen. Klar, das ist ja auch derart verlockend! Ebenso sprach er sich gegen **Mindestlöhne** aus. Diese hält er für ökonomischen Unsinn. Ich halte eher sein Gesöder für menschenverachtenden Unsinn, und oft fragte ich mich bereits, ob der Mann eigentlich weiß, wovon er spricht!

Auch Hamburgs Wirtschaftssenator Uldall hat deutliche Verschärfungen bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Ein-Euro-Jobs angekündigt, mit Hausbesuchen gegen „unwillige“ Arbeitslose. Wer zum Vermittlungsgespräch nicht erscheine, müsse mit Kontrolle durch einen Mitarbeiter rechnen. „Aufsuchende Beratung“ wird das Verfahren beschönigend genannt. Widersetze sich ein ALG-II-Empfänger der Vermittlung, könnten ihm zwischen 30 und 50 Prozent der Leistung gekürzt werden. Sogar eine vollständige Streichung sei möglich.

Vielleicht müssen AG-II-Empfänger demnächst ihren Schlüssel 24 Stunden von außen stecken lassen, damit die Sozialschnüffler nicht mehr umsonst kommen. Oder man hat gleich bei der Antragstellung alle erforderlichen Zweitschlüssel abzugeben. Seit wann ist denn diese **Zwangsvermittlung** in totale Ausbeuterjobs, die nur sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichten, gar ein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit? Deswegen vermied Gunnar Uldall in seinen Ausführungen wohl die Bezeichnung Ein-Euro-Jobs und sprach stattdessen lieber von „Aktivjobs“. Ein „netter“ Euphemismus!

Nach einer britischen Studie haben Friseure die größte Freude bei der Arbeit. Demnach sind Manager oder Banker trotz hoher Gehälter und Luxus-

Dienstwagen keineswegs die Glücklichsten im Job. Der Untersuchung zufolge kommen in punkto Spaß und **Zufriedenheit** am Arbeitsplatz gleich nach den Friseuren Mitarbeiter im Wellnessbereich, Kinderbetreuer und Klempner. Dabei scheinen allerdings Beschäftigte, die vergleichsweise geringe Einkommen haben, eher in der Lage zu sein, sich mit ihren Arbeitsbedingungen anzufreunden. Unter den Hochbezahlten sei der Anteil der Job-Glücklichen deutlich geringer als in den niedrigen Einkommensgruppen.

Sollen wir jetzt darauf eingeschworen werden, dass gerade die Menschen mit den niedrigsten Löhnen am glücklichsten sind? Also bloß nicht weiter die wolkenkratzerhohen Gehälter der Manager anprangern, schließlich sind diese bedauernswerten Personen nicht unbedingt als glücklich zu bezeichnen! Also immer weiter runter mit den Löhnen! Weil die Friseure ja schon mit Freude an der Arbeit bezahlt werden, müssen sie dann auf den finanziellen Anteil der Entlohnung weitgehend verzichten. Geringe Entlohnung macht grundsätzlich anpassungsfähiger und glücklicher! Wieso besteht dann die Therapie für die bedauernswerten Manager in einem mindestens sechsstelligen Jahreseinkommen? Eigentlich müssten sie doch viel glücklicher werden können, wenn ihnen die Gehälter ganz massiv gekürzt würden!

3. Wohin der immer größer werdende Druck auf Arbeitslose führen kann, wenn Ämter mit unnachgiebiger Härte oder Ignoranz und Desinteresse an der Klientel handeln, zeigt der **Hungertod** eines 20-jährigen Arbeitslosen in Speyer. Es klingt unfassbar, dass im reichen Deutschland überhaupt jemand verhungern kann!

Als der Arbeitslose am vorletzten Sonntag in seiner Wohnung gefunden wurde, war er bereits vier Tage tot. Er lebte mit seiner 48-jährigen Mutter zusammen, die ebenfalls stark mangelernährt war und nun in ein Krankenhaus gebracht wurde. Der junge Mann und seine Mutter waren seit Jahren von Sozialleistungen abhängig gewesen. Im Oktober 2006 haben sie keinen weiteren Antrag mehr gestellt und auf Anschreiben nicht reagiert. Deswegen seien Ende 2006 die Zahlungen ganz gestrichen worden.

Die Wohlfahrtsverbände in der Pfalz kritisieren dieses Vorgehen und forderten, dass man sich erst ein Bild von der Lebenssituation des Menschen machen muss, bevor die komplette Streichung von Leistungen erfolgt. Auch führe die Abwertung und permanente Ausgrenzung, die Betroffene im Umgang mit den Behörden erlebten, immer häufiger zu einem Rückzug. So verwundert es nicht, wenn psychische Erkrankungen bei Langzeitarbeitslosen zwei- bis dreimal häufiger auftreten. Je länger die Situation andauert, umso gravierender sind die Folgen.

Auch in Speyer wird jetzt vermutet, dass der junge Mann psychisch erkrankt war. Seine Mutter äußerte gegenüber der Polizei, dass er sehr deprimiert gewesen sei und auch gesagt habe, er wolle nicht mehr leben. Um sie kümmert sich nun das Sozialamt, es sorgt dafür, dass sie wieder Leistungen nach Hartz IV erhält. Das „Diakonische Werk“ plant, die Arbeit mit der „Gesellschaft für Arbeitsmarktintegration“ zu intensivieren: „Wenn wir wissen, wer Hilfe braucht, kön-

nen wir sofort aktiv werden“, erklärte eine Sprecherin. Sie will erreichen, dass die Arbeitsagenturen frühzeitig auf die Hilfsangebote der freien Wohlfahrtsverbände hinweisen: „Niemand darf einfach durchs soziale Netz fallen.“

Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“ fordert die Einführung eines professionellen Fallmanagements, wie es ursprünglich in der Diskussion war. „Mitarbeiter der Arbeitsagenturen müssen unbedingt Qualifikationen im psychosozialen Bereich haben, damit die individuellen Folgen bei Sanktionen abgeschätzt werden können.“ Gerade bei psychisch kranken Menschen sei eine Leistungseinstellung kein geeignetes Mittel.

4. Im „Nordwestradio“ hörte ich, dass die **Kinderarmut** weiter zunimmt. Fast 1,9 Millionen Kinder unter 15 Jahren waren im vergangenen Jahr abhängig von Sozialleistungen. Das entspricht einem Anstieg von zehn Prozent. In einer Studie des „Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ kommen die Forscher zu dem Schluss, dass vor allem ärmere Familien nicht vom Wirtschaftsaufschwung profitieren. Den größten Armutszuwachs gab es laut Studie in den wirtschaftlich starken Ländern Baden-Württemberg und Bayern.

In Bremen lebt jedes dritte Kind von Hartz-IV-Leistungen. Arme Familien mit Kindern profitieren de facto nicht vom Wirtschaftsaufschwung. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern ist ihr Anteil aber nicht gewachsen. Ei, wo ist er denn, der so viel beschworene Wirtschaftsaufschwung?

Ich stelle mir noch eine ganz andere Frage, wie die Statistiker es hingemogelt haben könnten, dass der Anteil armer Kinder in Bremen nicht angestiegen sein soll. Welche Kinder wurden denn da gezählt: die von den Arbeitslosen zu Hause oder die von den Hartz-IV-Beziehern, die wegen einer Maßnahme oder Krankheit nicht mehr bei den Erwerbslosen mitgerechnet werden? Diese Zahlen sind zwecks Aufhübschung der Statistik nicht identisch! So sieht der Aufschwung also tatsächlich aus.

Elisabeth Graf (parteilos)

Brutaler Übergriff: Bremer Polizisten stoßen schwangere Frau grundlos zu Boden *(„Tageszeitung“)*

Gigantische Umverteilung: Telekom fordert für Beschäftigte Einkommensverluste von bis zu 47 Prozent *(„Junge Welt“)*

„Wirtschaftswunder 2.0“: „Spiegel“-Leser bezahlen eigene Gehirnwäsche mit 171,60 Euro im Jahr *(„Nachdenkseiten“)*

Einfach nur schrecklich: Kevins kurzes Leben *(„Radio Bremen“, PDF)*

An Kevins Tod ist auch die Bagis schuld

1. In Speyer ist ein zwanzigjähriger Arbeitsloser verhungert, nachdem ihm vom Amt aufgrund formaler Versäumnisse die soziale Unterstützung, das Arbeitslosengeld II, gestrichen wurde. Auch im Bericht des Untersuchungsausschusses zur „Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste“ in Bremen, der bedrückende 389 Seiten stark ist, stößt man mit den Suchworten „**Zahlungen eingestellt**“ gleich auf die Seite nach der Mitteilung von einem zu vermutenden Todeszeitraum – dem des kleinen Kevin. Nun können wir diesen schockierenden Zusammenhang, den wir auf der Montagsdemo schon mehrmals aufgezeigt haben, mit Zitaten aus dem Untersuchungsbericht belegen.

Seite 81: „Nachdem der Ziehvater zu einem ersten Termin nicht erschienen war, fand am 20. April 2006 eine weitere Fallkonferenz statt. An dieser nahmen neben dem Casemanager, dem Ziehvater und Kevin die Stadtteilleiterin und der Amtsvormund teil. Der Casemanager hielt in einem Gesprächsvermerk fest, dass der Ziehvater Kevin ab dem 18. April 2006 in einem sozialpädagogischen Spielkreis der Lebenshilfe angemeldet habe, in dem Kevin dreimal wöchentlich betreut werde.“

Seite 82: „Zum Schluss notierte der Casemanager, dass hinsichtlich des Rechtsstreits mit der Bagis nun ein Rechtsanwalt eingeschaltet worden sei. Nach dem rechtsmedizinischen Zusammenhangsgutachten vom 21. Dezember 2006 ist davon auszugehen, dass Kevin nach dieser Besprechung nur noch kurze Zeit gelebt hat. Der **Todeszeitpunkt** wird in dem Gutachten in dem Zeitraum **zwischen Ende März und April/Mai 2006** vermutet.“

Seite 83: „Der Casemanager informierte den Amtsvormund darüber, dass der Ziehvater ihm in einem Telefonat mitgeteilt habe, dass er immer noch Probleme mit der Bagis habe und deswegen Kevin auch nicht in den Spielkreis schicke. Er könne den Eigenanteil nicht aufbringen. **Zum 1. April 2006** sollte der Ziehvater, der bislang Arbeitslosengeld II bezogen hatte, in die Sozialhilfe umgesteuert werden. Nachdem die **Bagis** die **Zahlungen eingestellt** hatte, beantragte er beim Verwaltungsgericht Bremen die Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes. Im Zusammenhang mit diesem Rechtsstreit schrieb der methadonvergebende Arzt mit Datum vom 15. Juni 2006 den Sozialzentrumsleiter an. Seiner Auffassung nach sei es notwendig, die Angelegenheit kurzfristig zu klären, da der **Ziehvater** sonst zur ‚**tickenden Zeitbombe**‘ werde.“

Seite 159: „Nachdem der Ziehvater für den Monat April 2006 keine Leistungen mehr von der Bagis erhalten hatte (letzte Zahlung erfolgte im 19. Februar 2006 in Höhe von 940,04 Euro), wandte er sich am 28. April 2006 (Freitag) an das Verwaltungsgericht Bremen. Bei der dortigen Geschäftsstelle beantragte er die Anordnung der aufschiebenden Wirkung seines Widerspruchs gegen den Bescheid vom 28. Februar 2006. In der Antragsbegründung wies er darauf hin, man habe ihm tags zuvor im zuständigen Sozialzentrum geraten, diesen Eilantrag zu stellen. Bis jetzt habe er seinen Lebensunterhalt in diesem Monat von einer Kindergeld-Nachzahlung bestritten, sei nun aber absolut mittellos. Für den Monat April habe er bereits weder Miete noch Strom zahlen können. Gleiches werde auch für den Monat Mai gelten."

Seite 160: „Das Verwaltungsgericht Bremen gab dem Antrag durch Beschluss statt und ordnete die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid der Bagis vom 28. Februar 2006 an. Zur Begründung führte es aus, **an der Rechtmäßigkeit des Bescheids bestünden Zweifel**. Der Antragsteller habe jedenfalls Anspruch auf Leistungen nach § 44 a Satz 3 SGB II. Es bestehe Streit über die Frage der Erwerbsfähigkeit des Antragstellers, über den die Einigungsstelle noch nicht entschieden habe." – „Der Ziehvater hat am 28. April 2006 und am 11. Mai 2006 Barzahlungen in Höhe von 200 Euro beziehungsweise von 1.100 Euro erhalten sowie am 16. Mai 2006 eine Überweisung in Höhe von 920,56 Euro."

Seite 161: „Die Bagis versuchte weiterhin, den Ziehvater aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende in die Sozialhilfe umzusteuern und forderte ihn in den folgenden Monaten mehrfach auf, sich beim ärztlichen Dienst vorzustellen. Zeitweilig wurde versucht, **verzögerte Überweisungen als Druckmittel** zu benutzen, um den Ziehvater zu einer solchen ärztlichen Untersuchung zu bewegen." – „Entscheidend für den Ausschuss ist die Frage, ob Kevin und seinem Ziehvater auch nach Einstellung der Leistungen durch die Bagis zum 1. April 2006 hinreichend finanzielle Mittel zur Verfügung standen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern beziehungsweise ob die Bagis dafür Sorge getragen hat, dass nach Einstellung ihrer Leistungen die bruchlose Gewährung von Sozialhilfe gesichert war."

Seite 162: „Es ist **fraglich, ob die Bagis berechtigt war, ohne Vorliegen eines ärztlichen Gutachtens** zum 1. April 2006 die **Leistungen an den Ziehvater einzustellen**. Auf der anderen Seite konnte sich die Bagis auf die Vereinbarung mit dem Amt für Soziale Dienste berufen, an der sogar der Staatsrat mitgewirkt hatte und die nach Auffassung der Bagis für beide Seiten bindende Wirkungen haben sollte."

Seite 163: „Die Tatsache, dass er sich erst zu einem Zeitpunkt an die Wirtschaftlichen Hilfen wandte, als alles Geld restlos aufgebraucht war und sich nicht schon früher um einen Fortgang der Zahlungen kümmerte, lässt den Schluss zu, dass er aufgrund seiner Drogenabhängigkeit mit nicht alltäglichen Vorkommnissen (zum Beispiel Weigerung des Amtes, eine Leistung weiter zu gewähren) über-

fordert und nicht in der Lage war, in derartigen Situationen strukturiert vorzugehen, also rechtzeitig zu handeln."

Seite 164: „Der Ausschuss ist sich bewusst, dass der Streit mit der Bagis und **das fehlende Geld den Ziehvater den ganzen April über in eine angespannte Lage versetzten** und dies zusammen mit seinen Drogenproblemen dazu geführt haben mag, dass er zeitweise oder auch überhaupt nicht mehr in der Lage war, sich um Kevins Wohlergehen zu kümmern. Inwieweit die Verweigerung der SGB-II-Leistungen zur Eskalation und Dramatisierung der Situation im Frühjahr 2006 beigetragen hat, und ob es einen **Zusammenhang zwischen der Leistungsverweigerung und dem Tod des Kindes** gab, konnte der Ausschuss nicht klären. Die Unfähigkeit des Ziehvaters, Probleme dieser Art angemessen zu bewältigen, lässt jedoch den Schluss zu, dass eine Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen durch eine engmaschigere Begleitung und Kontrolle möglich gewesen wäre. Hier könnte zukünftig in entsprechenden Problemfällen eine andere Form der Begleitung sinnvoll sein, um Kindeswohlgefährdungen in extremen Belastungssituationen, wie beispielsweise Streitigkeiten mit den Ämtern, zu verhindern."

Seite 117: „Die **Stadtteilleiterin** ‚Junge Menschen' für den Stadtteil Gröpelingen **hat eine Mitverantwortung für den Tod von Kevin**. Sie hat nach ihren eigenen Angaben erstmals im Laufe des Jahres 2004 von dem Fall Kevin K. erfahren." – Seite 118: „Sie ist in mehrfacher Weise mit dem Fall von Kevin K. in Berührung gekommen. Ihre Verantwortlichkeit für den Tod des Jungen kann deshalb zum einen an eigene Mitwirkung an dem Fall anknüpfen. Zum anderen kann sie sich auch aus dem Umstand ergeben, dass sie als Vorgesetzte den ambulanten Sozialdienst für den Stadtteil zu organisieren und beaufsichtigen hatte."

Warum lesen wir in der Presse nichts über dieses extrem wichtige zeitliche Zusammenspiel? Was befürchtet man, wenn man darauf eingeht? Hat die Bagis so viel Dreck am Stecken, dass dann noch weitere so oder ähnlich „bearbeitete" Fälle ans Licht kämen? Das unmenschliche Fehlverhalten der Bagis entschuldigt natürlich nicht die Misshandlungen und den Mord an einem kleinen Menschen. Aber es besteht die berechtigte Vermutung, dass die Bagis indirekt mit schuld ist an dieser Tragödie, und damit müssen Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Fall muss eindeutig und transparent aufgeklärt werden. Hoffentlich werden diese Fakten im Mordprozess gegen den Ziehvater zur Sprache kommen, denn amtliche „Sanktionierungen" mit Todesfolge durch unerbittliches wochen- und monatelanges Aushungern sogar labiler und gefährdeter Menschen darf es in einem sozialen Rechtsstaat nicht geben!

2. Im **Sozialressort** sind seit Oktober 2006 Veränderungen vorgesehen – seit der kleine Kevin ermordet aufgefunden wurde, dessen Todestag sich wohl in den Vorwahlwochen jährt. Seit Oktober ist über ein halbes Jahr vergangen, eine lange Zeit, die nicht genutzt wurde. Die vollmundig versprochenen – befristeten – Ein-

stellungen zur dringend nötigen Entlastung der Mitarbeiter(innen) in den entsprechenden Abteilungen hat es nicht gegeben!

Nach einem langen Vierteljahr wurde ein Nottelefon eingerichtet – mit einer endlosen Nummer. Wenn es ernst gemeint ist, dass es hauptsächlich ein Nottelefon für Kinder sein soll, wäre es sinnvoll, auch eine typische Notrufnummer mit nur drei Stellen zu benutzen. Solch eine Nummer könnten auch kleinere Kinder ohne Weiteres schnell und unkompliziert im Notfall wählen. Politiker(innen) sind offenbar selbst bei hilfreichen „Kleinigkeiten“ nicht in der Lage, kindgerecht zu denken!

Wie geht es zurzeit beim **Ausländeramt** zu? Auch dort wurde großartig von zusätzlichen – befristeten – Arbeitsstellen gesprochen, aber bis heute wurden keine geschaffen. Ich habe lange nichts mehr über die Ausländerbehörde gehört und gelesen. Das bedeutet in Bremen nicht unbedingt, dass alles glattläuft – oft ganz im Gegenteil. Es würde mich sehr freuen, wenn die hiesigen Medien und die Presse bei diesem brisanten Thema mal nachfragten – vor Ort natürlich – und nicht beim „starken“ Herrn Röwekamp!

Es würde mich „täglich gücklich“ machen, wenn diese und ähnliche Berichterstattungen in den Fokus gerückt würden. Sollte alles vernünftig und gerecht zugehen, umso besser für alle Beteiligten! Dann wäre es auch eine positive Meldung wert, zwischen dem ganzen Müll, den wir täglich lesen und hören.

Wie es bei der **Polizei** zugeht, erfahren wir gerade. Wenn sich dort nicht sofort etwas ändert, sind katastrophale Zustände vorprogrammiert, Herr Mordhorst! Sie sitzen auf einer Zeitbombe! Möchten Sie dafür weiter Ihren Kopf hinhalten, den Sie ja wohl in den Sand gesteckt haben? Oder gehen Sie, nachdem Sie die Verantwortung für dieses Desaster übernommen haben, in den „wohlverdienten“ Ruhestand?

Wie lange soll noch die falsche Richtung eingehalten werden, bis Sie sich vor beziehungsweise hinter Ihre Leute stellen? Sie sollten sich hin und wieder mit den Bremer Polizistinnen und Polizisten über die aktuelle Situation vor Ort unterhalten und nicht mit Herrn Röwekamp, der sich an seine – für jeden erkennbar – gescheiterte „Reform“ klammert, entgegen allen erdrückenden Tatsachen!

Herr **Röwekamp** hat so viele „Baustellen“ in seinen Ressorts – um es mal freundlich auszudrücken –, dass er den Überblick verloren hat. Der Wahlkampf ist in seiner heißen Phase, und Herr Röwekamp muss sich um sein neu eröffnetes „Wahllokal“ kümmern. Wir sollten die kostenlosen Getränke dort genießen, wenn es jetzt wieder wärmer wird! Wir können dort sicherlich mit dem „starken“ Kandidaten über die ausufernde Arbeitslosenzahl und Kinderarmut in Bremen und den gleichzeitigen enormen Wirtschaftsaufschwung der Freien Hansestadt diskutieren.

Zu diesen brisanten Themen und Zusammenhängen hat er in seinen Wahlkampfparolen nichts gesagt; vielleicht ist er nicht informiert – wie augenscheinlich so oft. Wir sind gespannt, seine „starken“ Lösungen zu diesen aktuell bestehenden Problemen zu hören!

Denken wir an das tragische Schicksal Kevins und an den zweiten Klinikskandal während einer rot-schwarzen Koalition – aus dem ersten wurde also nichts gelernt –, wenn wir am 13. Mai wählen! Denken wir an die vielen ungesetzlich gegründeten GmbHs der vorherigen **Großen Koalition**, die die „schlauen“ Politiker in den finanziellen Offenbarungseid manövriert haben! Denken wir an die vielen „neu“ geschaffenen und „neu“ gestalteten Arbeitsplätze innerhalb ihrer Abteilungen!

Diese Politiker wollen wir uns nicht wieder antun! Im Gegenteil: Wir werden sie wegen so vieler Ungerechtigkeiten und ihrer unsozialen Politik, wegen ihrer hervorstechenden Inkompetenz und ganz offensichtlichen Korruptheit abwählen! Wir können das am 13. Mai – ganz einfach! Wir haben sie alle zur Genüge kennengelernt und erduldet – am 13. Mai ist Schluss mit lustig!

Vorher noch etwas Erfreuliches: Generalintendant Klaus Pierwoß vom Bremer Theater bekommt eine Auszeichnung, um die ihn sicher auch so mancher Politiker beneidet, das Bundesverdienstkreuz am Bande! Dazu möchte ich die verlogene Stellungnahme der Senatskanzlei vorlesen und dem nichts mehr hinzufügen.

Gudrun Binder (WASG)

Faschisierung auf neuem Niveau

Die Wirtschaftsinstitute verkündeten Mitte April die wundersame Vermehrung des „verfügbaren Einkommens“ bei den Bürgern. Die Rentner mit 0,54 Prozent „Rentensteigerung“ oder die Arbeitslosen und Hartz-IV-Betroffenen, die gar nichts bekommen haben, konnten es ja kaum sein, die mehr Geld in der Tasche haben. Nein, erst die gründliche Analyse brachte es ans Licht: die Betriebsüberschüsse der Firmen und die Einkommen der Selbständigen sind es! Da wurde es gleich wieder still, denn das darf ja nicht an die große Glocke.

Der Herr von Pierer tritt als Aufsichtsratschef bei Siemens zurück, fühlt sich aber keiner Schuld bewusst. Solche Leute haben ein System aufgebaut, das mit Schmiergeld, Intrigen, Betrug und schwarzen Kassen arbeitet, aber seine Drahtzieher aus allem raushält. Dieses „Siemensen“ – wie ich es kürzlich genannt habe, gemäß der verbrecherischen Menschenhandelsmethoden im alten China vor dem Zweiten Weltkrieg – betrieb er bis zur Aufdeckung mit Meisterschaft. Für den Kauf von „unabhängigen Betriebsräten“ sollen in den letzten Jahren 58 Millionen Euro geflossen sein, das gehörte dazu.

Also nicht nur Herr Hartz, sondern auch andere haben sich um des Superprofits willen in diesem ekelhaften Sumpf gegen die Lebensinteressen der Beschäftigten des Siemens-Konzerns betätigt. Von Pierer will aber als staatstragender Merkel-Berater seine Pfründen behalten und seine Aufgaben für das große Kapital durchsetzen. Mal sehen, wie lange Frau Merkel diesen Mann halten kann! Meiner Meinung nach muss er sofort weg und zur Verantwortung gezogen werden. Neue Verfahren gegen Hartz und von Pierer müssen her. Aber die Justiz selber wird gelenkt, um kein Licht ins Dunkel zu bringen. Ackermann und Hartz sind die beredten Beispiele!

16.000 Polizisten sollen vor dem Betongitterzaun den G8-Gipfel schützen. Die intensive Ausbildung läuft bereits bundesweit. Zur Gegendemo in Rostock am 2. Juni werden um die 100.000 Protestierende erwartetet. Eine Politik, die sich weltweit hinter Zäunen und Armeen verstecken muss, kann sich nicht wundern, wenn der Protest ebenso zunimmt. Innenminister Schäuble fordert jetzt Online-Durchsuchungen von Computern über das Internet, mindestens ein halbes Jahr Speicherung aller Telefondaten durch die Anbieter. Wenn der Staat nur das kleine Häuflein Monopolkapitalisten schützen soll, wird jeder Normalsterbliche zum potentiellen Terroristen, der ständig beobachtet und dessen jeder Schritt kontrolliert werden muss. Ich nenne das eine Faschisierung des Staatsapparates auf neuem Niveau!

Wie Bremens Bürgermeister Böhrnsen hat jetzt auch der SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident Beck „seinen Kevin“: Der 20-jährige Hartz-IV-Betroffene Sascha K. aus Speyer, psychisch krank und behindert, wurde am 15. April tot in der Wohnung seiner Mutter aufgefunden. Die Mutter selbst musste mit großen Mangelerscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sie besaßen nicht mehr genug Geld, um Lebensmittel kaufen zu können. Die soziale Lage war den Behörden seit langem bekannt. Das erinnert stark an den Fall des kleinen Kevin und die immer gleichen Methoden der asozialen Staatsmacht!

Die Mietobergrenzenpraxis wird in Bremen nicht geändert. Senatorin Rosenkötter gibt Interviews, die vor Nichtssagen strotzen und in ihrer Hölzernheit das beste Beispiel einer leblosen Politik abgeben. Die einen hungern, während die Ex-Senatoren Eckhoff und Röpke ihre Übergangsgelder mit wohliger Zustimmung der hohen Politik verprassen!

Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ hat eine Unterschriftenaktion für einen neuen Verbotsantrag aller faschistischer Organisationen eingeleitet, der breit unterstützt wird. Wir sollten uns daran beteiligen, aber bei der Unterschrift kann es nicht bleiben: Wir müssen aktiver werden, weil die offizielle Politik nichts machen wird. Besonders das reaktionäre deutsche Finanzkapital will sich die Möglichkeit offenhalten, auch eine neue faschistische Diktatur durchsetzen zu können. Dafür, wie man beim NPD-durchsetzten Verfassungsschutz sieht, sind Organe der Staatsgewalt, die schon „ausgerichtet“ sind und „Erfahrung“ haben, eine wichtige Voraussetzung. So wird jeder antifaschistische Protest der Men-

schen sofort zu einer Bürgerkriegsübung, wo die „andere Seite“ nur lernt, wie sie es noch besser machen kann. Wir lassen uns aber davon nicht provozieren und setzen auf immer breitere antifaschistische Verbindung über Parteigrenzen hinweg!

Am kommenden Montag, dem 30. April 2007, findet die Montagsdemo wieder um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt. Später veranstaltet der DGB auf dem Domshof wieder seinen „Tanz in den Mai“. Da werden manche Kolleginnen und Kollegen vielleicht früher in die Stadt kommen. Grund genug, sie mit unseren Beiträgen auf den kommenden Tag einzustimmen! Am **1. Mai** beginnt ab **10 Uhr** wieder die **Demo** vom **Osterdeich** am Sielwall zum Domshof, wo ab 12 Uhr die Kollegin Ziegert sprechen wird.

Jobst Roselius

Stoppt Schäuble!

Der Demokratieabbau hat in der Bundesrepublik spätestens seit der Regierungszeit Helmut Kohls Tradition, doch eigentlich war er schon weit vor 1968 längst im Gange. 1968 gab es erstmalig eine Zäsur, als Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit die „Notstandsgesetze“ beschlossen. Sie waren ein Höhepunkt des damaligen Demokratieabbaus. Ähnliche Einschränkungen der demokratischen Grundrechte gab es zum Beispiel auch in Frankreich und Italien, und in der Bundesrepublik wurde die schrittweise Demontage wichtiger Grundrechte munter fortgesetzt.

Konrad Adenauer, der in den 1950-er Jahren die KPD verbot, und Altnazi Kurt-Georg Kiesinger waren als Bundeskanzler nämlich alles andere als demokratische Musterknaben. Die SPD trug schon damals alles mit! Später verhängte die Regierung Willy Brandt unter anderem über Lehrer(innen) und sogar über Lokomotivführer die berüchtigten „Berufsverbote“, die bis heute offiziell nicht zurückgenommen wurden. Obwohl nie ein Zug der Bundesbahn in die DDR entführt wurde! Der nächste große Schlag war 1994 die faktische Abschaffung des Asylrechts. Dies verschaffte Bremer Innensenatoren wie Thomas Röwekamp sowie Länder-Innenministern wie Günther Beckstein die höchst willkommene Handhabe, mit extremer Unmenschlichkeit gegen verfolgte und verzweifelte Asylsuchende vor allem aus Afrika vorzugehen!

Der sogenannte Deutsche Herbst war eine Wortschöpfung der Herrschenden, nicht der Linken, und bot erneut eine „hervorragende“ Gelegenheit, die Grundrechte weiter drastisch einzuschränken. Der einstige Verteidiger von RAF-

Mitgliedern, Otto Schily, wendete schon bald seinen Hals um mindestens 180 Grad und tat sich als Innenminister unter „Rot-Grün“ mit besonders bösartigem Eifer hervor. Unter der Kanzlerschaft Schröders wurden auch die Asylgesetze mit maßgeblicher Mitwirkung Schilys deutlich verschärft. Soweit der kleine historische Rückblick!

Wolfgang Schäuble, der schnell auf diese Schiene hüpfte, dürften die „Terrorismusdiskussion“ und die neuesten Vorgänge um das Attentat gegen Buback höchst gelegen kommen, um zum vorläufig letzten großen Schlag auszuholen. Übrigens ist das Hin und Her um den angeblich Hauptverantwortlichen absolut unerträglich. Lasst Christian Klar endlich frei! Der geplante Aufbau einer bundesweiten Fingerabdruck-Datei und die bundesweite Speicherung aller Fingerabdrücke, die fast völlige Freigabe der Rasterfahndung, das willkürliche Abhören von Telefonaten, die Verwanzung von Wohnungen auch durch das BKA, die Verschärfung des Paragraphen 129a („Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“) sowie der heimliche Zugriff auf private Computer würden wohl keinen einzigen Bombenanschlag verhindern können.

Eine Innenministerkonferenz soll in Kürze beschließen, im Vorfeld des G8-Gipfels Polizei und Bundesgrenzschutz zu einer schlagkräftigen Spezialtruppe zusammenzuschließen. Außerdem ist eine stärkere Zusammenarbeit, wenn nicht gar die Zusammenlegung der Geheimdienste geplant. Unter dem Deckmantel der „Terrorismusbekämpfung“ soll zudem das Demonstrations- und Versammlungsrecht außer Kraft gesetzt werden. Was Schäuble damit erreichen will, ist klar: den totalen Überwachungsstaat. Es ist über kurz oder lang damit zu rechnen, dass auch bei uns ein „Guantánamo“ möglich wird.

All dies ist auf jeden Fall ein schwerer terroristischer Akt gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung! Die geplanten Gesetze richten sich nämlich vor allem gegen außerparlamentarische Bewegungen wie die gegen den G8-Gipfel, gegen die Friedensbewegung, gegen die Montagsdemonstrationen und anderen sozialen Bewegungen sowie gegen sogenannte Randgruppen wie beispielsweise alle Hartz-IV-Betroffenen. Damit würde eine längst praktizierte Ämterschnüffelei bei Erwerbslosen und Schlimmeres gesetzlich legitimiert. Hier kann die Forderung nur lauten: Stoppt die Koalition der Demokratie- und Sozialstaatszerstörer! Stoppt endlich Wolfgang Schäuble!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Kindeswohl“ kann nicht garantiert werden: Untersuchsausschuss erhielt immer wieder Hinweise auf Geld-, Struktur- und Zeitmangel *(„Stadtthemen“)*

Letzte Bürgerschaftsdebatte vor der Wahl: Politik und Presse schweigen zu Kevin-Untersuchungsbericht *(„Tageszeitung“)*

Der Untersuchungsbericht ist unvollständig

1. Der Untersuchungsbericht zum Tode des kleinen **Kevin** ist veröffentlicht. Die Formulierung hat etwas mehr Zeit gekostet als geplant, denn es waren Änderungen und Ergänzungen nötig. Auch heute noch werden **Zahlungseinstellungen** durch die Bagis als Druckmittel benutzt, um eine Mitwirkung herbeizuführen! Teilweise werden die Zahlungen gekürzt, teils eben auch ganz eingestellt.

Entsprechend kann der Betroffene reagieren, abgestuft hinsichtlich der Not. Ein Eilverfahren dauert in der Regel leider circa drei Wochen. Wer von der Bagis mittellos gemacht wird, hat ein besonders dringendes Anliegen – in diesem Fall werden die Richter am gleichen Tag entscheiden, wie zu Zeiten des alten Sozialhilferechts! Der Betroffene sollte dazu im Gerichtsflur bleiben, um für Rückfragen zur Verfügung zu stehen!

Ein Rechtsanspruch auf eine so schnelle Entscheidung besteht aber nicht. Der Gerichtsmitarbeiter wird den Richter fragen, ob es ihm möglich ist. Vorher aber bei der Bagis vorsprechen und Mittellosigkeit geltend machen! Auch an einem Mittwoch! Wir helfen dabei! Wir gehen mit! Ein Verhalten der Bagis wie gegenüber Kevin und seinem Ziehvater ist nicht in Ordnung!

Die Darstellung im Untersuchungsbericht ist in diesem Punkt leider weiterhin unvollständig, denn die Bagis ist eine den Weisungen der senatorischen Dienststelle unterstelltes Amt. Die Verantwortlichkeit für das Verhalten der Bagis liegt also bei der Senatorin für Soziales und damit bei der Freien Hansestadt Bremen!

Die Debatte in der Bürgerschaft zum Kevin-Untersuchungsbericht ist am Mittwoch und Donnerstag. 389 Seiten wurden außerhalb der Tagesordnung zur Behandlung angesetzt! Ich bin gespannt auf die weiteren Kommentare und Auswertungen dieses Berichts. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Was die **Wohnung** betrifft, gilt nach wie vor: Wer eine **Kostensenkungsaufforderung** erhalten hat, muss sich wehren! Er kann das auch tun! Frau Rosenkötter möchte diese Gegenwehr kontrollieren, daher das Angebot der Einzelfallüberprüfung. Das ist scheinheilig, denn so bleibt alles unter der Decke! Ich habe einen Briefwechsel über eine solche Einzelfallprüfung vorliegen.

Der Betroffene schreibt: „Sehr geehrter Herr Schuster, zur Klärung meiner Mietsenkungs-Angelegenheit war ich heute morgen bei Frau Mehlgarten von der Leistungsabteilung in der Bagis Süd. Diese widersprach vehement Ihren Aus-

sagen bei der Sozialdeputationssitzung vorletzte Woche und in einigen ‚Weser-Kurier'-Artikeln: Der inkriminierte Formbrief stammt nicht von der Bagis, sondern aus Ihrem Haus. Aus der Ausnahmetatbestandsliste Ihrer Verwaltungsanweisung im letzten Jahr reicht ein Tatbestand (mindestens zehn Jahre Wohndauer in meinem Fall) im Widerspruch zum Text nicht aus. Aufgrund der Weisungen von oben – auch aus Ihrem Haus – hat sie keinerlei Spielraum und wartet dringend auf neue Anweisungen entsprechend Ihren in der Presse kolportierten Äußerungen. Das erwarte ich auch; außerdem Antwort auf die Frage ‚Wer lügt?'"

Die Antwort von Staatsrat Schuster zeigt die Sinnlosigkeit einer Einzelfallprüfung, und die Antwortzeit liegt oberhalb der Widerspruchsfrist. Widerspruch ist darum das einzig Fühlbare! Herr Schuster hat also abgelehnt, obwohl dieser Mensch über zehn Jahre in der jetzigen Wohnung lebt, weil die Bruttokaltmiete 51 Prozent über der „angemessenen" Miete liege. Die Verwaltungsanweisung Wohnen sagt dazu in Punkt 3.3.1, Absatz 5: „Überschreiten die tatsächlichen Kosten der Unterkunft die für den Einzelfall maßgebliche Angemessenheitsgrenze um 50 Prozent und mehr, sind außer in besonders begründeten Härtefällen keine Ausnahmen gerechtfertigt." Stand 8. Februar 2007!

Dieser Passus der „fachlichen Anweisung Wohnen" wurde in der Verantwortungszeit von Frau Rosenkötter geändert: In der Fassung vom 24. November 2005 sind die gleichen Härtefälle aufgeführt! Dort heißt es als Schlussfolgerung, dass „Miete und Nebenkosten der bisherigen Wohnung in der tatsächlichen Höhe anzuerkennen" sind.

Somit ist klar: Frau Rosenkötter bewegt sich nicht auf die Betroffenen zu! Sie bleibt nicht nur bewusst bei diesen ungerechtfertigten Mietobergrenzen, sondern verschärft diese Verwaltungsanweisung noch! Während wir um ein Gespräch bemüht waren, hat Frau Rosenkötter die Ausnahmeregelungen ausgehöhlt, denn sie sind nur „abgemagerte" Zugeständnisse aufgrund von Gerichtsentscheidungen in anderen Bundesländern. Die 50-Prozent-Regelung steht in keinem dieser Urteile!

Frau Rosenkötter und Herr Grotheer haben jeder für sich das Gespräch außerhalb der Deputationssitzungen mit uns gesucht, Frau Rosenkötter über die „Solidarische Hilfe", davor Herr Grotheer über Verdi! Für ihn waren unsere Argumente nachdenkenswert, die Senatorin jedoch ist nicht zum Einlenken bereit. Jede(r) in der Deputation weiß, dass die Mietobergrenzen einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten, daher wurde im November ein weiteres Gewos-Gutachten in Auftrag gegeben, das nun Ende Mai (bisher Anfang Mai) geliefert werden soll!

Bis dahin hofft Frau Rosenkötter auf Ruhe. Jede Klage wird diese Stille stören! In dieser Verwaltungsanweisung steht auch die Bremer Regelung für Wohngemeinschaften, die ebenfalls von allen anderen bundesweiten Gerichtsurteilen abweicht. Die Bremer Richter haben sich der Auffassung der anderen Gerichte angeschlossen, die schlechtere Regelung der Bremer Verwaltungsanweisung ist damit hinfällig – aber nur für den Menschen, der sich wehrt!

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass diese Verwaltungsanweisung zu Berechnungsfehlern führt, weil das Beispiel für Studenten falsch ist: Der Freibetrag für Versicherungen bei Einkommen ist immer abzusetzen! Hierdurch werden 30 Euro monatlich weniger an diese Student(inn)en ausgezahlt, aber nur, wenn sie sich nicht wehren!

Dies sind anschließend Fehler der Bagis, es liegt an unzureichend ausgebildeten Mitarbeiter(inne)n – so wird es dargestellt. Verantwortliche für diese „Bagis-Fehler“ und auch deren Verursacherin ist die oberste Landesbehörde mit Senatorin Ingelore Rosenkötter an der Spitze! Und für deren Handlungen und Unterlassungen ist der Bürgermeister Jens Böhrnsen zuständig!

Deshalb noch eine Zusatzbemerkung für Marianne Strauch von „Radio Bremen“: Wir wollen mit unseren Demonstrationen einerseits unsere Argumente und die Fakten sowie die Sorgen und Ängste der Betroffenen vermitteln, aber andererseits auch die Begründung für das Verhalten dieser Verwaltung erkunden! Wir werden weiter aktiv sein! Wir unterstützen jeden, der sich wehren will!

3. Auf der Diskussionsveranstaltung „**Gewalt auf Demonstrationen** – Ursachen der Eskalation“ hat am Freitag Rolf Gössner über „Zu viel Macht – zu wenig Kontrolle?“ referiert. Es war eine Veranstaltung im Rahmen der „Georg-Elser-Initiative Bremen“ mit dem Titel „Erinnerungen an einen Unbekannten – 13 Minuten, die die Welt verändert hätten“. Rolf Gössner ist Verfasser des Buches „Menschenrechte in Zeiten des Terrors – Kollateralschäden an der ‚Heimatfront‘“.

Eine Nachlese und Auswertung dieser Veranstaltung findet am Donnerstag um 19:30 Uhr im „Nachbarschaftshaus Helene Kaisen“, Beim Ohlenhof 10, im Rahmen des Treffens des „Bremer Bündnisses gegen Rechts“ statt. Mit großer Mehrheit wurde am Freitag die folgende Abschlusserklärung verabschiedet:

„Die Teilnehmer(innen) der Veranstaltung ‚Gewalt auf Demonstrationen – Ursachen von Eskalation‘ appellieren an Innensenator Thomas Röwekamp und Polizeipräsident Eckart Mordhorst, zu einem Klima beizutragen, in dem Demonstrationsteilnehmer(innen) nicht von vornherein als Gegner der Polizei betrachtet werden. Demonstrationen gegen Neofaschisten richten sich nicht gegen die Polizei, sondern gegen eine rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Politik. Auch Friedens-, sozial- und globalisierungskritische Gruppen, die sich für Abrüstung, Gerechtigkeit, Solidarität, Armutsbekämpfung und nachhaltigen Umgang mit der Natur einsetzen, sehen nicht in der Polizei ihren Gegner. Sinnvoll wäre eine politische Vorabinformation an die für den Einsatz vorgesehenen Polizeieinheiten über die Anliegen der jeweiligen Demonstration durch umfangreiche Fortbildungsangebote. Zu prüfen wäre die Einbeziehung der Demonstrationsverantwortlichen in die polizeilichen Vorbereitungsveranstaltungen.“ –

Noch ein Veranstaltungshinweis: Am **Freitag**, dem **4. Mai 2007** beginnt um **9:30 Uhr** der **Ein-Euro-Job-Tag** in der **Zionsgemeinde**, Kornstraße 31. Kommen kann jede(r)! Um 13:45 Uhr startet der Zug zum Marktplatz, dort gibt es Aktionen bis circa 16 Uhr. Innerhalb dieser Veranstaltung leiten Frank und ich ab 11:30 Uhr

den Gesprächskreis „**Umgang der Bagis mit ihren Kunden und umgekehrt**“. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen! Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Die Sozialleistungen müssen erhöht werden!

Der „Kurier am Sonntag“ brachte am 22. April 2007 eine Besprechung von Götz W. Werners Buch „Einkommen für alle“. Der Chef der Drogeriemarktkette „dm“ geißelt darin die unsoziale Politik der Bundesregierung und ihrer Vorgängerregierung („Hartz IV ist offener Strafvollzug“) und tritt für ein „bedingungsloses **Grundeinkommen** für alle“ ein.

Das hört sich sehr sozial an. Doch ist das die Lösung? Arbeit für alle werde es nie wieder geben, folgert Werner aus der immer schneller steigenden Produktivität. Damit aber erklärt er die Massenarbeitslosigkeit und die Tatsache, dass Millionen Menschen das Recht auf Arbeit und damit auch ein Stück ihrer Würde genommen wird, als unveränderlich. Das unmenschliche System der kapitalistischen Monopolherrschaft über die ganze Gesellschaft, in der nur der Profit zählt und immer größere Teile der Menschheit für überflüssig erklärt werden, bleibt unangetastet.

Die Beseitigung dieses Systems wird es ermöglichen, dass alle Menschen entsprechend ihren Fähigkeiten am Produktionsprozess teilnehmen und sich darin verwirklichen können. Der Produktivitätsfortschritt kann dann dazu genutzt werden, sich zu bilden, kulturell zu betätigen und am gesamten politischen und gesellschaftlichen Leben aktiv teilzunehmen. Bis dahin bleibt der Kampf für **Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Lohnausgleich, die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Schultern, die beste Maßnahme, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Finanzieren will der „dm“-Chef das „Grundeinkommen für alle“ durch eine Abschaffung sämtlicher Steuern bis auf die Mehrwertsteuer und deren extreme Erhöhung. Ist das sozial? Für die Unternehmer ist sicher nicht schlecht, wenn auch noch die letzten Unternehmersteuern wegfallen. Auf diesem Weg ist die Bundesregierung ja schon weit vorangekommen. Bezahlen sollen also die „Verbraucher“,

das heißt alle Arbeiter und Angestellten. Die sollen die Arbeitslosigkeit finanzieren – der Staat ist fein raus!

So steht die Kritik von Herrn Werner an „Hartz IV“ plötzlich in einem ganz anderen Licht. Die Hartz-Gesetze müssen weg, und die Sozialleistungen müssen erhöht werden – aber nicht durch eine Verschiebung auf eine 50-prozentige Mehrwertsteuer, sondern indem ein Steuersystem errichtet wird, wo der Umsatz der Unternehmen besteuert wird und nicht die Löhne oder der Verbrauch!

Wolfgang Lange (MLPD)

Kleine Demo, große Beiträge

Wir hatten mit Lautsprecherproblemen zu kämpfen und mussten unsere Stimmen ordentlich anstrengen, bis endlich das Megafon zum Einsatz kam. Bei unserer 130. Montagsdemo in Bremen am 23. April 2007 um 17:30 Uhr auf den Marktplatz waren zahlreiche Bremer und Touristen unterwegs, aber der Kreis der Mitstreiter blieb mit 16 sehr klein.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Treten Sie zurück, Frau Rosenkötter!

Sehr geehrte Frau Rosenkötter, gleich gegenüber des Hotels „Deutsche Eiche“, in dem Sie Ihren Wahlkampfauftritt am 17. April 2007 in Horn-Lehe hatten, wohne ich. Im mittleren der drei Blocks an der rechten Seite der Kopernikusstraße. In diesen drei Blocks gibt es viele ältere Leute, die schon seit Jahrzehnten hier wohnen. Viele von diesen „Alten“ brauchen jetzt einen Stock oder Rollator. Trotz dieser Gehbehinderungen ist ihnen von einem Tag auf den anderen der direkte Zugang zum Park hinter den Häusern mit einem hohen Drahtzaun (Bremens neustes Getto?) verwehrt worden.

Ich erwähne diese alten Menschen, weil Sie, Frau Rosenkötter, in Ihrem Vortrag das stärkere Engagement der jüngeren Generationen bei der Betreuung und Pflege der älteren Generation angefordert haben: „Nur wenn es nicht mehr anders geht“, sagten Sie, „dann die externe Pflege“. Sehr sozial, fast revolutionär, Frau Rosenkötter! Derartige Anregungen aus dem Munde einer Senatorin „auch“ für Soziales werden sicherlich überregionale Schlagzeilen in allen Printmedien machen.

Ja, die älteren Menschen! Für die müsse stärker gesorgt werden, auch und vor allen Dingen mit neuen Ideen. Bei diesem Gedanken fiel Ihnen Herr A. Künzel ein, der Vorstand der „Bremer Heimstiftung“. Der sei doch *so* innovativ. In der City habe er eine Pflegeeinrichtung mit „neuen Ideen“ eröffnet, in Huchting sei er aktiv und auch in Oberneuland.

Klar, Herr Künzel ist bekannt. Auch der „Weser-Kurier“ hat ihm neulich fast eine ganze Seite im Wirtschaftsteil gewidmet. Er ist ja Banker. Auch Sie, Frau Rosenkötter, sind voll ausgebildete Bankkauffrau, wie Sie Ihren wenigen Zuhörer im Hotel „Deutsche Eiche“ stolz berichteten. Einst ausgebildete Bankkauffrau und jetzt verantwortlich für Bremens Soziales! Muss ich das verstehen, Frau Rosenkötter? Hm, warum soll denn eine Bankkauffrau das Herz nicht auf dem rechten Fleck haben?

Zwischen dem Herrn Künzel und Ihnen beiden gibt es sicherlich nicht nur wegen der gemeinsamen Vergangenheit im Bankgewerbe Gemeinsamkeiten. Das ist sicherlich einigen deutlich geworden, als Sie sehr oft von der Notwendigkeit wirtschaftlichen Handelns, von Ergebnissen, von Kostenreduktion und von Betriebswirtschaft im Allgemeinen sprachen. Fast so, als ob Sie den Bericht im „Weser-Kurier“ über und von Herrn Künzel auswendig gelernt hätten.

Dessen Auslassungen lasen sich wie die Reportage zur Bilanz-Pressekonferenz eines Unternehmens der New Economy, dessen Aktienkurs steil nach oben führt. Aber kein Wort über die sensiblen Aufgaben im Bereich der Betreuung und Pflege älterer Menschen; nichts über das ansteigende Pensum an Arbeit, das von Herrn Künzels Personal zu bewältigen ist; nichts darüber, dass die alten Menschen fast nur noch verwaltet werden: Waschen, Essen, Drehen, Toilette. Waschen, Essen, Drehen, Toilette – und irgendwann der Tod im Zweibettzimmer!

Na, Frau Rosenkötter, vielleicht wollen Sie derartige Berichte auch gar nicht hören. An solche Dossiers kommen Sie auch kaum ran. Denn wenn Sie wider Erwarten nicht nur mit Herrn Künzel reden wollten, sondern auch einmal mit den Pflegekräften in den Pflegeheimen, würde Ihnen bestimmt nichts über die Wahrheit in diesen Einrichtungen berichtet. Warum nicht? Angst, Frau Rosenkötter, Angst. Die Pflegekräfte haben Angst um ihren Job, sie haben Angst, ihre Arbeit zu verlieren, wenn sie über die unwürdigen Zustände in diesen Einrichtungen sprechen würden. Sie haben auch Angst, dass Ein-Euro-Jobber ihre Arbeit übernehmen könnten. Diese armen Menschen sind nämlich auch in den Einrichtungen von Herrn Künzel und machen da Vollzeitjobs.

Die Menschen werden Ihnen nicht die Wahrheit berichten, Frau Rosenkötter. Ich aber, ich weiß sehr genau, wie es dort aussieht. Ich habe es gesehen und erlebt, und ich habe mit Pflegern sprechen können, die ob des unwürdigen Umganges mit alten Menschen selbst schwer krank geworden sind. Frau Rosenkötter, Sie argumentieren sehr oft mit Einzelfällen – seien Sie versichert, es handelt sich beim Arbeiten und Leben in den Pflegeheimen nicht um Einzelfälle! Nur da, wo die betuchten alten Menschen betreut werden, gibt es ein bisschen Licht.

Und dann Ihre Krankenhäuser! Ja, es sind schon tolle Einrichtungen. Fachlich ganz oben, und so soll es auch bleiben. Deshalb würden auch kranke Menschen aus allen Himmelsrichtungen und weiter Entfernung in Bremens Kliniken kommen. Diese brüsten sich teilweise mit ihren Siegeln zum Qualitätsmanagement, zur Ablaufmaximierung, mit neuesten technischen Geräten, mit Zertifikaten zur Weiterbildung und zu XYZ. Das wichtigste aber, das Zertifikat für menschlichen und fürsorglichen Umgang mit Patienten ist in Bremen wohl noch nicht eingeführt, oder?

Als witzig empfinde ich es, Frau Rosenkötter, dass die so oft von Ihnen beschworene Prävention (zumindest Kindesbetreuung betreffend) in den Klinken ad absurdum geführt wird. Seien Sie am Wochenende doch mal in so einem Bremer Krankenhaus. Ein Arzt ist zum Beispiel allein zuständig für zwei Stationen, und er macht zusätzlich noch die Aufnahme. Stellen Sie sich nun einfach mal vor: Auf zwei Stationen gleichzeitig brechen Wunden von Patienten auf, und in die Aufnahme kommt ein Patient mit starken Schmerzen und unklarer Diagnose...

Ein Beispiel zur Angst in Krankenhäusern kann ich Ihnen auch noch geben: Mein Schwager und ich haben unsere Mutter in ein Krankenhaus begleitet. Ich beschwerte mich bei einem der anwesenden Ärzte wegen des extrem langen Zwangsaufenthaltes der alten Frau in der Aufnahme: Er möge doch bitte bei seinen Vorgesetzen wegen dieses miserablen Verfahrens vorstellig werden. Angst, Frau Rosenkötter, wieder Angst! Denn die Antwort des Doktors war: Wissen Sie, wenn ich mich dort beschwere, verliere ich meinen Job, beschweren müssen sich die Patienten oder deren Angehörigen. Daraufhin schrieb ich. Mein Protokoll über den menschunwürdigen Umgang mit einem alten, hilflosen Patienten im Krankenhaus ist sieben Seiten lang geworden, Frau Rosenkötter! Wollen Sie diese Dokumentation einmal lesen?

Zu Beginn Ihrer Vorstellung haben Sie sich zu hinreichend bekannten und neuen Wortschöpfungen ausgelassen. Sie wollten sich wohl als eine moralische Instanz darstellen, die zu Recht den Posten der „auch“ Sozialsenatorin innehat: Die Bagis habe jetzt nicht Arbeitssuchende zu betreuen, sondern „Kunden“. Denen stehen jetzt sogenannte Case- oder Fallmanager zur Verfügung.

Diese Wort-Kreationen, die punktgenau ein perfides System kennzeichnen, haben Sie geäußert, aber nichts zu deren „Qualität“ gesagt. Nein, noch nicht einmal, dass es sich um Menschen handelt, nicht um Fälle. Auch zu den „Kunden“ und zum überwiegend unwürdigen Umgang der Bagis mit den arbeitssuchenden Menschen haben Sie sich nicht empört. Wie sollten Sie auch? Ihr Versuch, sich gleich zu Beginn Ihres Horn-Lehe-Vortrags als jemand mit sozialer Integrität darzustellen, ist schon nach fünf Minuten heftigst gescheitert!

Und selbstverständlich haben Sie Stellung bezogen, Stellung zur Ursache für Ihren derzeitigen Posten: das Versagen bei der Betreuung von Kindern. Doch Sie würden mit der neuen Art der Betreuung von Kindern und Jugendlichen schon die richtigen Wege beschreiten. Mehr Geld, mehr Prävention, Super-Kontrollen, die nicht als Kontrollen bewertet werden sollten, und natürlich taffe Manager wie

Ihren Herrn Schuster, der auch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten im klaren, stahlblauen Blick behält. Wenn Probleme sichtbar werden, müssten die durch schnellste Unterstützung zumindest gemildert werden. Und mit der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche, wird so manches Übel aus der Welt verbannt.

Ja, Sie hatten an diesem Abend schon so einiges zu berichten: 7,50 Euro Mindestlohn sind zwingend notwendig. Die Menschen müssen von dem leben können, was sie verdienen. Kommen Sie, Frau Rosenkötter, allmählich auch zu der Einsicht, die Verdi und Linke seit langem hegen? Oder ist es gar nicht Ihre eigene Überzeugung, sondern vielmehr die Aufforderung Ihres Chefs Jens Böhrnsen, sich mit auf seinem verbalen Wahlkampf-Linksrutsch zu bewegen?

Dann gab es eine Frage aus dem SPD-Publikum zu den circa 5.000 Bremern und Bremerinnen (vorwiegend ALG-II-Empfänger), die kein Bankkonto haben. Ob Sie, Frau Rosenkötter, sich dafür engagieren könnten, dass für diese Menschen ein Konto eingerichtet wird. Das sei doch notwendig, wurde erklärt, weil jede von diesen Menschen vorzunehmende Überweisung viel Geld (fünf bis acht Euro) kostet. Beträge, die bei den insgesamt zur Verfügung stehenden Minimalfinanzen besser für Lebensmittel ausgegeben werden könnten.

Ihre Antwort war spektakulär, und jeder der Anwesenden staunte ehrfurchtsvoll über Ihr Insider-Wissen: Dieses Thema behandelten die Banken sehr sensibel. Das Guthabenkonto sei nicht so ganz einfach zu realisieren. Hier solle man nicht auf schnelle Lösungen hoffen. Aber bei der Bagis stünden ja für diese „Fälle“ Automaten. Die werfen nach Einführung der amtlichen Scheckkarte den Hartz-IV-Betrag für den Bedürftigen aus.

Irgendwie verstehe ich da etwas nicht, Frau Rosenkötter: Sind Sie immer noch Bankerin und haben deshalb in Ihrem neuen Betätigungsfeld als Soziasenatorin mehr Verständnis für die „kapitalen“ Interessen von Banken als für die desolate Situation von bedürftigen Menschen? Ihr Amt sollte sich doch eigentlich für die sozial Schwachen engagieren. Na, irgend jemand wird mir diese „sensiblen“ Zusammenhänge sicherlich einmal erklären!

Zuletzt haben Sie auch noch ein bisschen über Hartz IV gesprochen. Da habe es einen unangenehmen Zwischenfall anlässlich der Deputationssitzung am 8. Februar 2007 gegeben. 150 Demonstranten – man könne sich ja vorstellen, aus welcher Ecke die kämen – hätten doch die Sitzung massiv gestört. Damals ging es um Mietzuschüsse für Bedürftige, und heute Nachmittag habe es erneut einen Termin zu diesem Thema gegeben. Am Donnerstag werde es eine weitere Deputationssitzung zu den Mietzuschüssen geben. Für eventuelle Störungen seien Sie aber besser vorbereitet. Fest stehe, dass die verfügbaren Mittel gleichmäßig verteilt werden müssten. Das betreffe natürlich auch die Mietzuschüsse.

Auch diesmal habe ich nur wenig verstanden, Frau Rosenkötter, Sie waren äußerst schwammig, sehr nebulös! So habe ich mir dann angehört, was zur nächsten Deputationssitzung am 19. April 2007 zum Thema „Zwangsumzüge“ an Argumenten vorgetragen worden ist. Sie hatten ja vorgebeugt, Frau Rosenkötter:

Die Demonstranten durften das Siemens-Haus nicht betreten. Sie zumindest haben sich vor dem Haus mit Ihrem Staatsrat Schuster eingefunden (der war wieder blendend eingekleidet, die Krawatte passte auch diesmal zum Anzug, und so knackig wie sein Haarschnitt war auch sein Auftreten. Sein kleiner Sprachfehler fällt da gar nicht mehr auf).

Auf meinem billigen Platz in den hinteren Reihen konnte ich leider nicht das letzte Detail Ihrer Ausführungen hören. Was ich aber hörte, waren bekannte Statements: keine Zwangsumzüge, Einzelfallprüfung, keine Gettoisierung, vertrauensvoller Umgang seitens der Bagis, jede nur denkbare Unterstützung für schwierige „Fälle“ und so weiter. Alles Lügen?

Engagierte Menschen von der „Initiative Bremer Montagsdemo“ und der „Solidarischen Hilfe“ trugen beispielhaft Einzelschicksale vor. Jedem der Zuhörer sind die extremen Belastungen der Betroffenen, die sich der Einzelfallprüfung zu unterziehen haben, schnell klar geworden. Sie konnten sofort nachempfinden, was eine alleinerziehende Mutter auszustehen hat, wenn ihr Drohbriefe der Bagis ins Haus geflattert kommen; diese Zuhörer konnten nachempfinden, was es für Betroffene bedeutet, mit Bagis-Repressionen konfrontiert zu werden, die ihr gewohntes Umfeld wegen zu hoher Miete verlassen zu müssen. Bei der verbalen Dokumentation weiterer Einzelfälle das gleiche Bild: Zutiefst betroffene Demonstranten, aber Ihr Gesicht, Frau Rosenkötter, und das Ihres Dressman Schuster, blieben ohne irgendeinen Funken der Anteilnahme. Ja, Sie ziehen Ihren Plan durch, mit fatalen Folgen!

Mein Entsetzen kann ich nur in einer Forderung an Sie zum Ausdruck bringen: Treten Sie zurück, Frau Rosenkötter, und nehmen Sie Ihren Staatsrat Schuster gleich und noch schneller mit. Dieses Amt sollte nicht mit Apparatschiks und Technokraten besetzt werden. Die denken ausschließlich in betriebswirtschaftlichen Strukturen, wie Controlling-Manager in DAX-Unternehmen. Das schließt jegliches politisches Denken und Handeln aus!

Mir scheint, Sie verschaffen mehr und mehr Menschen den Zugang zu Suppenküchen und der „Bremer Tafel“, vielleicht sogar den Weg in die Obdachlosigkeit – und das „soziale Gesicht“, Frau Rosenkötter, mit dem Bremen in Zeiten des Wahlkampfes wirbt, kann mit Sicherheit nicht Ihres sein. Nochmal, Frau Rosenkötter: Treten Sie zurück!

Offener Brief von Alexander Strübing (WASG)

„Preislich angemessen“: Alleinerziehender Bremer muss mit entwicklungsgestörtem Sohn auf 16 Quadratmetern leben *(„Tageszeitung“)*

„Bagis, das heißt auf deutsch: ‚Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales‘. Der Name ist grob irreführend. Ein dramatisches Beispiel für die unsoziale Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft ist der Fall Kevin gewesen – die Bagis hatte dem Ziehvater des Kindes komplett die Hartz-IV-Bezüge

gestrichen. Das war eine Katastrophe für den Ziehvater, der plötzlich ohne Geld dastand. Der Ziehvater musste vor Gericht um seinen Lebensunterhalt streiten – das war im Frühsommer 2006, also die Zeit, die Kevin nicht überleben sollte. Die Bagis hat aus dem Fall nicht gelernt.“ *(„Tageszeitung“)*

„Hauptverantwortlicher bleibt der Täter, und dann kommt erst der Staat, aber die Frage sei erlaubt, was der Staat für Rahmenbedingungen schafft, die aus einem Vater einen Mörder machen.“ *(„Stadtthemen“)*

Sozialarbeiterin betreut „14 Kevins“: Die Darstellung der Großen Koalition, Kevins Tod sei *keine* Folge des Spardrucks, ist falsch *(„Tageszeitung“)*

„Kindeswohlgesetz“: Bremische Bürgerschaft beschließt Kontrollen und Sanktionen, aber keine Hilfen *(„Frankfurter Rundschau“)*

Schwere Vorwürfe gegen Bremer Hartz-IV-Behörde: Bagis trägt indirekte Mitschuld an Kevins Tod *(„Erwerbslosenforum“)*

Rangelei: Telekom-Mitarbeiter stürmen Versammlungsgebäude, um gegen Verlagerung von 50.000 Stellen zu protestieren *(„Spiegel-Online“)*

Schock in der Morgenstunde: Ermittlungsdienst Erwerbsloser macht Hausbesuch bei Kölner Sozialschnüffler *(„Erwerbslosenforum“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

131. Bremer Montagsdemo am 30. 04. 2007

Mehr Sicherheit durch Schnüffelei?

Früher wurde bessere Politik gemacht als heute! Jetzt spielt man oben „Mensch ärgere dich nicht“: ein paar Schritte vor, ein paar Schritte zurück, und ab und zu fliegt ein Bösewicht raus! Doch auf Dauer ist auch das zu langweilig für so gebildete Leute.

Es muss mal Abwechslung her! Ein neues Spiel bringt neuen Schwung in die Politik und hält das Volk munter: „Schnüffeln wir – oder schnüffeln wir nicht?“ Das ist doch auch so schön aufregend! Aber ganz neu ist es nicht, man weitet es nur wieder ein bisschen aus.

Als Frau Merkel in Bremen Wahlkampf machte, musste ich als Oma sogar meinen Stoffbeutel öffnen, um meine Regenjacke zu zeigen! Gefilmt wurde auch ich fleißig, aus dem Parlamentsfenster heraus. Sicher gibt es bessere Passfotos von mir, die ich gar nicht kenne! Und wo sind meine Fingerabdrücke wohl schon überall gelandet?

Ich bin nicht kriminell, nein, nur eine Oma, die nicht mit den Wölfen heult. Wer heute in Deutschland anders denkt, redet oder schreibt als unsere hohen Volksvertreter es gerne hätten, der hat schon jetzt schlechte Karten! Der wird durchleuchtet, gemieden und der Öffentlichkeit verschwiegen, so gut es geht!

So laut wie unsere Politiker auf den freien Plätzen draußen darf ein Kritiker eben nicht sein. Ich hoffe nur, dass sich das totale Schnüffelspiel nicht durchsetzen lässt! Wo sind die Leute, die da nicht mitspielen wollen? Ihr seid noch zu leise! Mehr Sicherheit gibt es nicht durch gefährliche Spielchen! „Mensch ärgere dich nicht“ bis in die Schnüffelzeit zurück? Nein und nochmals nein!

Ursula Gatzke (parteilos)

Schwere Vorwürfe gegen Bremer Hartz-IV-Behörde: Bagis trägt indirekte Mitschuld an Kevins Tod *(„Erwerbslosenforum“)*

Verhungern in Deutschland: Montagsdemo Köln verabschiedet offenen Brief an „soll-nicht-essen“-Münte *(„Linkszeitung“)*

Bagis verweigert Siebenjährigem eigenes Kinderzimmer

1. Bremens „inoffizielle Kinderbeauftragte“ Ilse Wehrmann ist auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand gegangen. Der „Tageszeitung“ erzählte sie in einem Interview, dass Bremen bundesweit ein Vorreiter gewesen ist, als sie vor 31 Jahren mit ihrer Arbeit angefangen hat. Bremen war das erste Bundesland mit einem beitragsfreien **Kindergarten** und hatte eine flächendeckende und integrative Erziehung von Behinderten und Nicht-Behinderten aufgebaut.

In den letzten drei Jahren jedoch ist der Abbau von Ganztagesplätzen in sozialen Brennpunkten und die Zusammenfassung von behinderten Kindern in wohnortsfernen „Schwerpunkthäusern“ vorangetrieben worden. Auch die Debatte um die Laienerzieher(innen) empfindet sie als traumatisch. Jetzt will sie für all das keine Verantwortung mehr tragen müssen. Der Stadt Bremen verzeiht sie nicht, dass diese die integrative Erziehung „rückbaut“.

Ihr Abschied kommt zu einem Zeitpunkt, wo Bremen vor allem durch den Fall Kevin und Kinderarmut auffällt. Frau Wehrmann fühlt sich von der Stadt Bremen fachlich nicht mehr gefragt und wird nun Daimler-Chrysler beim Aufbau von Kinderbetreuung in Deutschland beraten. Sie hofft, dass sie dort eine fortschrittliche Kleinkinderbetreuung aufbauen kann, die auch Vorbildfunktion bekommen kann. Im momentanen Wahlkampfgetöse habe auch die CDU das Thema Kinder entdeckt. Bundesweit sei die CDU mit einer modernen Familienpolitik gut aufgestellt, auch wenn das für diese Partei vielleicht noch neu ist.

Frau Wehrmann sieht, „dass wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem haben. Wir brauchen eine bessere Infrastruktur, andere Rahmenbedingungen. Sie fordert den Kindergarten für alle, nicht nur für die Berufstätigen, auch in den sozialen Brennpunkten. Bremen muss alle Kraft auf die zweite Erzieherin legen; das ist seit 20 Jahren ein Thema. Und wir brauchen mehr Ganztagesplät-

ze, kleinere Gruppen. Mit der Personalausstattung, die wir jetzt haben, machen wir uns schuldig."

2. Die FDP-Fraktion im Schweriner Landtag will jungen Hartz-IV-Empfängerinnen einen Zuschuss für die Anti-Baby-Pille zahlen. Damit solle die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gesenkt werden, die in dieser Altersgruppe besonders hoch sei, sagte FDP-Sozialexperte Ralf Grabow am Donnerstag in Schwerin. Frauen, die auf Sozialhilfe angewiesen seien, könnten sich Verhütungsmittel oft nicht leisten. Das habe zur Folge, dass sie ungewollt schwanger werden und deshalb häufiger abtrieben.

Sie sollten lieber die ganzen Kosten für Frauen jedes Alters übernehmen! Aber sterben die Deutschen nicht aus? Sollte der **Geburtenrückgang** nicht gerade durch das Elterngeld gestoppt werden? Oder will die FDP gar auf ungewöhnlichem Wege Kinderarmut bekämpfen, das Übel also schon an seiner Entstehung hindern? Soll man die Pest ausrotten, indem man sie erst gar nicht zulässt?

Wer weiß, wie lange es noch dauert, bis jede potenziell durch Schwangerschaft gefährdete Hartz-IV-Empfängerin prophylaktisch sterilisiert wird, damit die Armut nicht noch weitere Nachkommen bekommt und dem Staat somit auf der Tasche hängt! Kommen euch diese Überlegungen nicht bekannt vor? Irgendwie hatten wir das alles doch schon vor 70 Jahren einmal!

3. Ein Fall von der Bagis: Der alleinerziehende Vater M. und sein Sohn können nicht länger auf 16 Quadratmetern leben, sagt das Jugendamt. Die Bagis lehnt die neue Wohnung ab – die derzeitige sei „preislich angemessen". In dem kleinen Raum steht eine Küchenecke, ein Kühlschrank, Fernsehen, zwei Betten – denn M. lebt da mit seinem inzwischen siebenjährigen Kind. Es gibt einen winzigen Vorraum mit Tür zum Bad, keinen Keller. Alles muss also auf den 16 Quadratmetern verstaut werden – Küchenvorräte, Spielzeug, schmutzige und saubere Wäsche.

Das ist eine unglaubliche Zumutung, zumal der Junge eine „tiefgreifende Entwicklungsstörung" hat. Für die Entwicklung des Kindes ist ein eigenes **Kinderzimmer** dringend erforderlich, zumal sein Autismus so stark ausgeprägt ist, dass im Grunde eine Betreuung rund um die Uhr erforderlich ist. Nun hat M. eine neue Wohnung; die „Wohnungshilfe" hat sie ihm angeboten, für 290 Euro Kaltmiete. Aber die Bagis lehnt ab. Begründung: „Die jetzige Wohnung ist preislich angemessen."

Das Jugendamt interveniert, schreibt an die Bagis. Diese bittet den Vater, „umgehend" bei der „Zentralen Fachstelle Wohnen" vorzusprechen, eine Behörde, wo M. ein paar Adressen in die Hand gedrückt bekommt und auf den freien Wohnungsmarkt zurückgeschickt wird, auf dem er seit Jahren vergeblich sucht. So kümmert sich die Bagis um ihre Klientel! Von Kevin will ich jetzt gar nicht sprechen, an dessen Tod die Bagis mitbeteiligt ist.

4. Glücklicherweise gibt es nicht nur Negatives zu berichten, weil manche Mitmenschen ganz besonders reizende Ideen haben: Ein Hartz-IV-Ermittler bekam unangekündigten Hausbesuch! Einen Besuch der besonderen Art erlebte im Morgengrauen der Chef des Sozialermittlungsdienstes der Kölner Arge an seinem Wohnort in Köln-Porz: Ungefähr 20 rot verkleidete „Überflüssige“ erschienen gegen 6:45 Uhr überraschend zu einem „**Hausbesuch**“, wie Herr G. sie sonst bei Hartz-IV-Betroffenen durchführt. Sie hängten „Fahndungsplakate“ auf und informierten die Anwohner mit dem Megafon.

Grund für diese Aktion waren öffentliche Äußerungen, die der Besuchte im vergangenen Jahr gegenüber dem „WDR“ im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit gemacht hatte. So zeigte er keinerlei Empörung, dass anonyme Denunzianten Sozialgeldbezieher des Betruges bezichtigten. Nach seinen Worten bleibe es nicht aus, dass „Neider“ ein „Augenmerk“ auf diese Menschen hätten. Die Teilnehmer der Aktion waren über die bereitwillig erteilte Auskunft überrascht, mit der die Anwohner über die Lebensverhältnisse und den PKW des Ermittlers berichteten, der seine Wohnungstür nicht öffnete.

In einem zweiten Schritt setzten die Teilnehmer ihre Aktion in der Arge Köln-Mülheim fort, wo der Ermittlungsdienst seine Räumlichkeiten hat. In der Arge trafen sie jedoch keine Ermittler an, daher wurden die wartenden Hartz-IV-Betroffenen und andere Mitarbeiter über die fragwürdigen Methoden des Ermittlungsdienstes informiert. So werden Menschen, die nach mehrmaligen unangekündigten Hausbesuchen nicht angetroffen wurden, unter einem Vorwand in die Behörde bestellt. Dort wartet dann der Ermittlungsdienst, der die Menschen nötigt, sofort mit ihm zu den Wohnungen zu fahren, die dann auf diese Art kontrolliert werden.

Als „Überflüssige“ bezeichnen sich Menschen aus verschiedenen Orten, die unter einem gleichen Namen Aktionsformen des sozialen beziehungsweise zivilen Ungehorsams praktizieren.

5. Die „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände“ hat vor einer Borkenkäferplage in diesem Sommer gewarnt: Wegen des Orkans „Kyrill“ verrotteten in den Wäldern bis zu 40 Millionen Festmeter Holz, das dem Schädling ideale Bedingungen zur Massenvermehrung biete.

Der „forstpolitische Sprecher“ der SPD-Fraktion im Bundestag, Gerhard Botz, fordert in „Blöd am Sonntag“ den **Einsatz von Arbeitslosen im Wald**. Um das Holz mit großer Anstrengung aus dem Wald heraus zu bekommen, ist der Einsatz von „Technischem Hilfswerk“ und Arbeitslosen zwingend erforderlich! Vielleicht werden demnächst Arbeitslose mit Borkenkäfern verwechselt?

Elisabeth Graf (parteilos)

Bundesagentur warnt vor Euphorie: Ganze Gruppen von Arbeitslosen tauchen in der Statistik gar nicht erst auf *(„Spiegel-Online“)*

Missbrauch gibt es kaum: Aber kontrolliert
wird trotzdem *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Bagis, Jugend- oder Sozialamt: Welche Behörde trägt
mehr Mitschuld an Kevins Tod? *(„Erwerbslosenforum“)*

Wer sind die verantwortungslosen Mitarbeiter der Bagis?

1. Der Untersuchungsausschuss hat die Verantwortlichen für den grausigen Tod des kleinen **Kevin** gesucht und gefunden, wie er auf über 300 Seiten darlegt. Mir fehlen noch ein paar wichtige Akteure in dieser Zusammenstellung: die verantwortungslosen Mitarbeiter der Bagis, durch deren rechtswidriges Verhalten es zu dieser Tragödie kommen konnte.

Es ist schon schlimm und unverständlich genug, dass ein Kind bei einem drogenabhängigen Mann bleiben muss, der nicht sein leiblicher Vater ist. Eine Tatsache, der im Bericht des Untersuchungsausschusses nicht das nötige Gewicht beigemessen wurde. Für mich eine unvorstellbarer Vorgang und Zustand, und das Wort „Kindeswohl“ bekommt einen zynischen Klang.

Dass aber eine Arge – die es ihren Kundinnen und Kunden gegenüber sehr genau nimmt mit echten und angeblichen Paragraphen, Bestimmungen, Gesetzen und ihren Auslegungen und sich völlig überfordert dahinter versteckt – damit durchkommen soll, dass sie selbst genau diese Gesetze und Bestimmungen brutal und rücksichtslos bricht, darf nicht unerwähnt und auf keinen Fall unberücksichtigt bleiben! Diese Erfahrung der Rechtsbrechung brauchen wir nicht! Diese Rechtsbrechung muss mit Rechtsmitteln bestraft werden!

Der Ziehvater, der den kleinen Kevin unregelmäßig misshandelte, hat ausgerechnet in dem Zeitraum, als er überhaupt kein Geld bekam und in Zukunft auch keines bekommen sollte, diese „Verzweiflungstat“ begangen. Diese Tatsache entschuldigt nicht den Mord am kleinen Kevin, aber sie regt mindestens zum Nachdenken an!

Die Bagis ist zu einem Schreckgespenst für alle Menschen geworden, die mit ihr in Kontakt kommen (müssen). Sie hat unqualifizierte, schlecht ausgebildete und kaum eingearbeitete Mitarbeiter(innen), von denen die meisten in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Diesen Angestellten droht nach Ablauf ih-

rer befristeten Tätigkeit ein ähnliches Schicksal, wie das der Menschen, die sie in verantwortungsloser Art und Weise demütigen, sanktionieren und menschenverachtend behandeln! Aber sie wissen dann schon mal, was sie erwartet.

Die menschenunwürdigen Entscheidungen, die in Kevins Fall getroffen wurden, sind kein trauriger Einzelfall, ganz im Gegenteil. Wir wissen heute nicht, wie viele Menschen inzwischen vor Verzweiflung an der ihnen zugefügten Ungerechtigkeit und Aussichtslosigkeit an „gebrochenem Herzen“ gestorben sind! Welchen Volksvertreter interessiert das?

2. Wenn ihr nach dem Ende der Bremer Montagsdemo nach Hause fahrt und eine auf Bremer Gebiet stehende Mautbrücke passiert, wird das Kennzeichen des Pkw erfasst. Dies passiert euch erst wieder in Bayern. Vergessen wir daher auch heute nicht unseren „starken“ Herrn **Röwekamp** – gönnen wir ihm ein paar „starke“ Worte! Er ist im Grunde ein armes „Würstchen“, das nicht erst Bürgermeister werden muss, um zu zeigen, was für ein mieser Volksvertreter er ist. Herrn Röwekamps „Stärke“ ist seine ungeheure Unmenschlichkeit: Er ist dann stark, wenn sein Gegenüber schwach ist!

Wir haben das hinreichend erfahren: bei seinem „starken“ Befehl zum Brechmitteleinsatz mit Todesfolge; bei seinem „starken“ inhumanen Verhalten in allen Facetten gegenüber Murat Kurnaz; bei seiner „starken“ Verschwendung von Steuergeldern bei der Anti-NPD-Demo in Gröpelingen, als die Polizisten auch noch die falschen „starken“ Befehle bekamen; bei der unzureichenden, menschenverachtenden Arbeit der Ausländerbehörde, für die er verantwortlich ist.

Und dann seine „starke“ Reform der Polizeistruktur, die ganz klar erkennbar für alle Bürgerinnen und Bürger der Freien Hansestadt „stark“ danebengegangen ist! Wir fühlen uns nicht sicherer, wie er uns wider besseres Wissen weismachen will – wir fühlen uns verlassener! Ich bin auch gespannt auf seine „starke“ Aussage, wenn er vor dem Kurnaz-Ausschuss zu seinem Fehlverhalten befragt wird.

Von der Innenministerkonferenz, die am Wochenende in Bremen stattfand, war die erste Bemerkung, die ich von Herrn Röwekamp über die Zunahme der Jugendkriminalität hörte, dass es sich dabei vermehrt um ausländische Jugendliche handele. Das ist sicher richtig und auch leider verständlich, wenn man sich mit ihrer Situation in Deutschland auseinander setzt. Herr Röwekamp hat auch gleich ein Rezept, wie dem entgegenzutreten sei: Es werden Daten über die sozialen Hintergründe der ausländischen jungen Menschen gesammelt, um besser auf deren Straftaten reagieren zu können.

Was bedeutet dieser Satz? Daten sammeln wie verrückt – was rechtswidrig ist –, und dann auf eine Straftat warten, um „stark“ zu bestrafen! Es wird von ihm mit keinem Gedanken an Prävention gedacht. Das aber wäre einfach, richtig und dringend nötig, das wäre für die Allgemeinheit billiger und vor allem sinnvoll für die jungen Menschen!

Aber so etwas kann frau von Herrn Röwekamp nun wirklich nicht erwarten, damit ist er völlig überfordert. Dazu müsste er sich erst einmal eine völlig ande-

re Perspektive aneignen. Stattdessen gibt er wieder mal einen „starken“ und erschreckenden Satz von sich, mit dem er bei Herrn Schäuble sicher auf offene Ohren stößt – zwei „starke“ Männer unter sich. Auf diesen „starken“ Bürgermeister können wir sehr gut verzichten!

Gudrun Binder (WASG)

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich überhaupt nicht verbessert

Das „Aufschwung“-Gerede der Regierung und ihrer „Gutachter“ hat den Zweck: Die Arbeitslosen sollen meinen, der Aufschwung bringe für sie Arbeitsplätze – und die Arbeiter und Angestellten sollen meinen, durch den Aufschwung komme irgendwann auch eine Verbesserung der Löhne. Das soll sie vom Kampf um dieses Ziel abhalten!

Und es hat Methode: Heute endet die Friedenspflicht in der Metallindustrie. Der „Weser-Kurier“ titelt – entsprechend der Ausrichtung von Regierung und Gutachtern – „Metaller rechnen mit schneller Einigung“. Die Monopole haben Angst vor einem Arbeitskampf!

Die Telekom steht vor einem Streik, denn beim „Umbau“ des Konzerns sollen 50.000 Arbeitsplätze „ausgegliedert“ werden – die Siemens-Kollegen, die zur nunmehr insolventen Benq „ausgegliedert“ wurden, wissen, was das heißt! Der Rest soll zwölf Prozent billiger arbeiten. Bei Airbus sollen allein in Hamburg über 4.000 Stellen gestrichen werden, trotz allen Geredes, dieser „Standort“ sei „nicht so betroffen“.

Und wir Montagsdemonstranten sollen denken, zu kämpfen sei unnötig, denn in einem Jahr sinke die Arbeitslosigkeit auf unter drei Millionen, so jedenfalls die „fünf Weisen“ – in Wahrheit fünf Rabenschwarze! Immerhin gibt es auch andere Gutachter, gleich hier in Bremen.

Die Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftpolitik“ um Professor Rudolf Hickel meint: „Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich überhaupt nicht verbessert, der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist in einem Jahr sogar von 61 auf 64 Prozent gestiegen. Die Abnahme der Gesamtzahl der Empfängerinnen und Empfänger von ALG II ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Arbeitssuchende durch die Re-

gelungen zur Zumutbarkeit und zur verschärften Anrechnung von Partnereinkommen in die ‚Stille Reserve' gedrängt wurden."

Eine 33-prozentige Teilzeitquote unter Erwerbstätigen verdeckt zusätzlich das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Eine Erhöhung der Arbeitszeit, wie es Regierung, Unternehmer und „Weise" wollen, führt zu weiter steigender Arbeitslosigkeit! Die Dreißig-Stunden-Woche wird deshalb nicht nur von immer mehr Kollegen gefordert, sondern auch von Professor Hickel und Partnern in ihrem „Memorandum 2007"

Deshalb gehen wir raus auf die Straße, am 1. Mai auf den Demos; vors Tor, am 3. Mai beim europäischen Aktionstag von GM/Opel; und auf den Marktplatz, wenn hier in Bremen unter anderem die DC-Kollegen die heiße Phase der Tarifrunde einläuten! Wir lassen uns nicht einlullen! Der Aufschwung findet nur im Geldbeutel der Konzernchefs statt – wenn *wir* etwas erreichen wollen, müssen wir darum kämpfen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das verleugnete Druckmittel der illegalen Zahlungseinstellung

1. In der letzen Woche ich auf die Möglichkeiten der Gegenwehr bei einem Aufhebungsbescheid hingewiesen. Oftmals werden aber Zahlungen *ohne* ein solches Schriftstück eingestellt oder verzögert. Hier gilt das Gleiche, es gibt nur keinen Bescheid. Als Ersatz den letzten Bescheid mitnehmen und eventuell den Folgeantrag.

Im Untersuchungsbericht „Kindeswohl" steht auf Seite 161: „Zeitweise wurde versucht, verzögerte Zahlungen als Druckmittel einzusetzen". Damit ist eine lange geleugnete Praxis der Bagis aktenkundig geworden! Es handelt sich hierbei um eine grobe Rechtsverletzung.

Was **Kevins Ziehvater** betrifft, so sieht das SGB II im § 5 Absatz 3 bereits ab seit 1. Januar 2005 Folgendes vor: „Stellen Hilfebedürftige trotz Aufforderung einen erforderlichen Antrag auf Leistungen eines anderen Trägers nicht, können die Leistungsträger nach diesem Buch den Antrag stellen". Danach ist die Bagis gehalten, solche Unklarheiten direkt mit dem anderen Leistungsträger (Amt für Soziale Dienste) zu regeln: Der Hilfebedürftige erhält Zahlungen vom neuen Leistungsträger, und erst jetzt stellt die Bagis ihre Zahlungen ein.

Eventuelle Überzahlungen der Bagis werden durch das Amt für Soziale Dienste erstattet. Der Gesetzgeber hat diese Konflikte vorhergesehen und wollte eine Lösung auf dem Rücken der Betroffenen verhindern. In anderen Fällen hätte dies viele Tränen und Sorgen verhindert, im Fall von Kevins Ziehvater womöglich die Tragödie. Doch die Ämter haben keinen guten Umgang miteinander.

Der Gesetzgeber hat diese Bestimmungen um die Klagebefugnis der Ämter gegeneinander erweitert. Aber die Hilfebedürftigen sollten nicht die Verlierer sein! Dies hat die Bagis nicht richtig gemacht, und sie macht es immer noch nicht richtig, obwohl Bagis und Amt für Soziale Dienste die gleiche Chefin haben – Frau Ingelore Rosenkötter!

Die Bagis begeht diesen Rechtsbruch auch heute noch! Es obliegt der senatorischen Dienststelle, Rechtssicherheit für die Betroffenen herzustellen! „Echt Bremen“ – pfui, Senat! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Was die **Wohnung** betrifft, gilt nach wie vor: Wer eine **Kostensenkungsaufforderung** erhalten hat, muss sich wehren! Er kann das auch tun, siehe 130. Bremer Montagsdemo. Bremen hat an die Zwangsumzüge gedacht, schließlich nennt die Senatsvorlage eine durchschnittliche Überschreitung von 130 Euro pro Monat bei über 10.000 Haushalten. Dies bedeutet eine Kürzung des Regelsatzes um diesen Betrag, von 345 auf 205 Euro. Das hält kein Haushalt auf Dauer aus!

In der Verwaltungsanweisung von Herrn Schuster steht die Anleitung für die Bagis: Wenn die Miete über den Obergrenzen liegt, muss die Bagis den Betroffenen *nicht* helfen! Dies bedeutet Wohnungs- und somit Obdachlosigkeit, oftmals einhergehend mit dem Verlust von Wohnungseinrichtung und jeglichem verwertbaren Hab und Gut!

Die Folgekosten einer Notunterkunft sind aber wesentlich höher als eine Abwendung der Zwangsräumung, vorhersehbar höher! Dies muss die Bagis nicht berücksichtigen! Somit ist ein kleinliches Verhalten der Bagis zu befürchten. Daher nochmals die Aufforderung an Senatorin Ingelore Rosenkötter: Ändern Sie Ihre Verwaltungsanweisung Wohnen! Erlauben Sie Ihrer Bagis, gesetzeskonform zu verfahren!

Der Gesetzgeber hat die Mietschulden vorhergesehen. Die Amtsgerichte sind jetzt verpflichtet, jede Klage auf Zwangsräumung umgehend der Bagis mitzuteilen, damit diese die Möglichkeit hat, einzugreifen und die Zwangsräumung abzuwenden! Dies steht ausdrücklich in der Begründung. Was die senatorische Dienststelle davon gemacht hat, steht in der Verwaltungsanweisung Wohnen. „Echt Bremen“ – pfui, Senat!

So will Frau Rosenkötter 20 bis 30 Millionen Euro zusätzlich beim ALG II einsparen. Die Mehraufwendungen wegen Obdachlosigkeit werden diese Zahl *rot* werden lassen! Diese Bankkauffrau erzeugt so viel Leid, Tränen und auch Wut, oftmals hilflose Wut! Aber auch hier erfolgt ein Echo! Wir unterstützen jeden, der

sich wehren will! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Der Bremer **Senat** ist auseinander! Zumindest im Internet wird es schon so dokumentiert. Dort habe ich bereits länger nach dem Verbleib von Frau Rosenkötter nebst Anhang gesucht. Nun gibt es neue Adressen. Bis vor kurzem waren alle Senator(inn)en über eine gemeinsame Anschrift zu erreichen, jetzt hat jede(r) eine eigene Anschrift – *ohne* Querverbindung! Bisher konnte der Nutzer von einer senatorischen Dienststelle zur anderen wandern. Dies geht jetzt nicht mehr: kein Link, kein Hinweis auf die Kollegen!

Die neuen Anschriften sind unlogisch und gut versteckt. Alle anderen Hinweise sind im Netz verblieben, aber es gibt keinen Hinweis auf der dann geöffneten Seite. „Echt Bremen“? Nein, sehr stümperhaft und überhaupt nicht auf der Höhe der Zeit, eben echt Bremer Politiker! Nicht einmal der Bürgermeister ist zu finden!

4. Habt ihr über diese Ungeheuerlichkeit schon etwas gelesen? Ich habe meinen Augen nicht getraut, es geht um „**Rücknahme des Verwaltungsaktes** für die Zeit nach Entstehen der ständigen Rechtsprechung, Antrag im Zugunstenverfahren vor diesem Zeitpunkt, Arbeitslosenhilfe, Bedürftigkeitsprüfung, Einkommensanrechnung, Absetzung Privatversicherungsbeiträge, Pauschalierung, Verfassungswidrigkeit“.

Also Achtung: Wer einen neuen Bescheid von Arbeitsagentur, Bagis, Arge, Sozial- oder Wohngeldamt oder einem anderen Leistungsträger vorliegen hat, bei dem die Frist hierfür noch nicht abgelaufen ist, sollte unbedingt Widerspruch einlegen! Zwei Zeilen genügen: „Hiermit erhebe ich Widerspruch gegen den Bescheid vom... Begründung folgt.“ Datum und Unterschrift nicht vergessen. An welche Behörde der Widerspruch zu richten ist, steht im Bescheid, und erst nachdem dieser Widerspruch abgegeben wurde, weiterlesen! Widerspruch auch einlegen bei einem normalen Fortsetzungsbescheid, selbst wenn es keine Änderungen gibt!

In der letzten Woche waren wir bei Gericht. Wir sind vom eigentlichen Thema abgekommen und haben allgemein die gesetzlichen Rahmenbedingungen besprochen. Von dem nachstehenden Urteil des Bundessozialgerichtes vom 8. Februar 2007 (Az. B7a AL 2/06R) liegt nach wie vor keine Begründung vor. Es wird unter Umständen tiefgreifende Auswirkungen haben! Weiteres folgt! Also bitte zur Montagsdemo kommen, diese Homepage lesen – und die eigenen Anmerkungen schicken!

5. Der Bundesregierung gefallen die Wirtschaftsgutachten nicht: Anregungen oder Hinweise von Regierungsmitgliedern würden nur zögerlich aufgegriffen und nicht richtig umgesetzt. Künftige Gutachten werden daher EU-weit ausgeschrieben. Teilweise sind die Institute (Firmen) personellen Anregungen gefolgt und haben Mitarbeiter versetzt oder abberufen! Dabei waren mir die jetzigen schon sehr kopflastig.

„Die Steuereinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen“, lacht es uns aus der Zeitung entgegen. Eventuell steht im Kleingedruckten noch: „Insbesondere die Mehrwertsteuereinnahmen sind gestiegen“. Angestiegen sind auch die veranlagten Einkommensteuern, weil die Vorteile wie Sonderabschreibungen der letzten Unternehmensteuerreform nunmehr aufgezehrt sind. Diese Meldung wird monatlich im gesamtem Jahr 2007 platziert, als ob jemand nicht wüsste, dass die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht wurde.

Die Meldung „Die Einnahmen der Sozialversicherungsträger sind in diesem Jahr gegenüber den Vorjahresmonaten angestiegen“ wird uns bis zur Jahresmitte 2007 begleiten. 2006 wurde die Beitragsfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge vorgezogen. Als Abfederung gab es die Möglichkeit, den Beitrag für Januar auf die folgenden Monate anteilig umzulegen. Von dieser Möglichkeit haben viele Unternehmen Gebrauch gemacht.

„Die Arbeitslosigkeit ist auf unter vier Millionen gesunken!“ Wenn diese Statistik stimmt, bedeutet dies: Es verschwinden Menschen, mitten in Deutschland! Der Anstieg der Beschäftigten hält nämlich mit dem Abschwung der Arbeitslosen nicht mit, auch nicht durch die Zählung jeglicher Tätigkeit als „sozialversicherungspflichtige“ Beschäftigung! Jede noch so kleine Mini-, Midi- oder Ein-Euro-Stelle wird seit kurzem als „sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz“ in die Statistik übernommen, was die Vergleiche mit den Vorjahren erschwert. Zum Glück verschwinden die Menschen nur aus der Statistik! Zu diesen Änderungen und zum neuen Datenverarbeitungsprogramm siehe 113. Bremer Montagsdemo.

Ein **Aufschwung** ist schön, er beseitigt viele Ängste! Nur leider gelten als Grundlage für den Aufschwung die Steuermehreinnahmen, die gesunkene Arbeitslosenzahl, die gestiegene Beschäftigung und die positiven Unternehmenszahlen, die sich leider um Wörter wie Sanierungserfolg, schlanke Abläufe, Modernisierung, Ausgliederung und Personalabbau ranken. Positive Unternehmenszahlen sind *keine* positiven Arbeitsmarktzahlen!

Eine zusätzliche Beschäftigung hat Bremen durch die voll geförderten Ein-Euro-Jobs in der „Entgeltvariante“ erzielen wollen, siehe 126. Bremer Montagsdemo. Auch dies dient nur der Abfederung des Arbeitsplatzverlustes! Um überhaupt Arbeitsplätze zu finden, wurde die Gemeinnützigkeit als Voraussetzung für die Förderung aufgegeben! Jeder Arbeitgeber kann diese Förderung für jede Neueinstellung eines Arbeitslosen erhalten, wenn dies eine Personalaufstockung ist! Diese Aufgabe der Gemeinnützigkeit erschwert es anderen Arbeitssuchenden erheblich, eine neue Stelle zu finden.

Die 4.500 Ein-Euro-Arbeitsstellen und 500 „50-plus“-Stellen haben den Bremer Arbeitsmarkt ohnehin durcheinandergebracht! Diese Arbeitsverhältnisse sollten „zusätzlich“ und „ohne Auswirkung auf den normalen Arbeitsmarkt“ sein! Dies wird nicht erfüllt. Insofern war die Erweiterung die einige Möglichkeit, überhaupt noch Fördermöglichkeiten zu finden! Die reguläre Entlohnung aller Ein-Euro-Arbeitnehmer wäre die bessere Variante gewesen!

In der Arbeitsmarktstatistik stehen die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse, die „50-plus“-Stellen (die besser vergütete Ein-Euro-Entgeltvariante) und die Ein-Euro-Entgeltvariante als „Arbeitsplätze“, ohne besondere Anmerkung. Freie Ein-Euro-Stellen stehen unter „Stellenangebote“! So wird bundesweit „Beschäftigung“ erzeugt. Natürlich zahlen die Ein-Euro-Arbeitnehmer in der Entgeltvariante auch Lohnsteuern und Sozialversicherung, aber einen Aufschwung können daraus nur nicht im Detail Informierte ableiten!

Arbeitslosigkeit wird nicht mehr als erdrückendes Problem wahrgenommen, aber Vollbeschäftigung ist nicht in Sicht! Vollbeschäftigung wird es nicht mehr geben! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Bei der **Kita-Betreuung** für Unterdreijährige ist Streit um die Finanzierung ausgebrochen. Das Gesetz zur Verbesserung der Betreuung für Unterdreijährige wurde vom Basta-Kanzler auf den Weg gebracht. Riesengroße Plakate haben mit SPD-Logo auf diese Errungenschaft hingewiesen! Das Gesetz wurde jedoch *ohne* Mittelzuweisung verabschiedet, die Gemeinden sollten einen Teil der Einsparungen aus ALG II für diesen Zweck verwenden!

Diese Einsparungen waren aber längst anderweitig verplant. Allein Bremen hat zugegeben, im Jahr 2005 60 Millionen Euro durch die Einführung von ALG II gespart zu haben. Insofern könnten die Kitas längst eingerichtet sein! Irgendwann wird die Bundesministerin vielleicht den Mut haben, auf diese Vorgeschichte zu verweisen. Damit wäre zwar die Finanzierung klargestellt, aber die Idee wieder beim Basta-Kanzler Schröder gelandet!

7. Das vorzeitige Kündigen oder Auflösen von **Lebensversicherungen** hat nochmals zugenommen. Gerichtsurteile und jetzt auch ein Gesetzentwurf nehmen sich der Rechte der Versicherungsnehmer an, weil oftmals die Rückzahlungssumme der Versicherungsgesellschaften kleingerechnet wurde.

Wer seine Lebensversicherung vorzeitig aufgelöst hat, sollte seine Versicherungsgesellschaft bitten, diesen Auszahlungsbetrag zu überprüfen. Falls eine Ablehnung kommt, nochmals mit Fristsetzung die Korrektur verlangen und notfalls klagen. Den Auszahlungsbetrag auch bei einer Nachzahlung überprüfen. Im Netz stehen entsprechende Erfahrungen, ansonsten Herrn Gottschalk von der „Verbraucherzentrale Bremen“ fragen – aber auch die Kosten vorher abklären!

Wer eine Lebensversicherung hat und ALG II beantragen muss, sollte vorher den Wert seiner Lebensversicherung ansehen. Dies kann durch die regelmäßige Info der Versicherungsgesellschaft als ersten Anhaltspunkt geschehen. Man sollte sich seine Freibeträge ausrechnen und die anderen Vermögenswerte in die Prüfung einbeziehen. Wichtig ist: Eine Lebensversicherung zählt nur als Altersvorsorge, wenn die **vorzeitige Verwendung ausgeschlossen** wurde. Dies ist mit der Versicherungsgesellschaft schriftlich zu vereinbaren!

Wer von der Bagis aufgefordert wird, seine Lebensversicherung zu verwerten oder anderes Vermögen zu verbrauchen, sollte dies eingehend prüfen. Die Anrechnung von Vermögen durch die Bagis war in allen Fällen fehlerhaft, wie bei der letzten stichprobenhaften Prüfung festgestellt wurde. Leider geben sich viele mit der mündlichen Abweisung zufrieden, weil gesagt wird: „Wenn wir Ihnen darüber einen Bescheid erstellen, rechnen wir auch aus, wie lange der Gegenwert Ihres Vermögens reicht. Erst danach können Sie wieder einen Antrag auf ALG II stellen!“

Wer sein Vermögen „Hartz-IV-fest“ machen will, kann dies bis zum Tag vor der Antragsstellung tun. Dieser Mensch nutzt den Gestaltungsfreiraum, ähnlich wie beim Steuerrecht. Wer übersteigendes Vermögen verwertet hat, sollte sich trotzdem Rat holen, denn eventuell ist eine Schadenersatzforderung gegen die Bagis möglich, weil die Auskunft falsch war! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

8. Noch ein Veranstaltungshinweis: Am **Freitag**, dem **4. Mai 2007**, beginnt um **9:30 Uhr** der „**Ein-Euro-Job-Tag**“ mit Getränken und Kaffee in der **Zionsgemeinde**, Kornstraße 31. Kommen kann jede(r)! Um 10 Uhr ist Begrüßung mit Kurzreferaten und Diskussion (Inhaltliche Einführung in das Thema, Alternativen zu Ein-Euro-Jobs und Gemeinwesenarbeit). Nach einer Pause werden um 11:20 Uhr Themengruppen und Beratungseinrichtungen vorgestellt.

Ab **11:30 Uhr** folgen Gespräche in Kleingruppen (Zukunftswerkstatt „Wo will ich hin?“, Alternative: drei versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse statt vier Ein-Euro-Jobs, Kleingruppen zu den Eingangsreferaten). Frank Kleinschmidt und ich leiten hier den Gesprächskreis „**Umgang der Bagis mit ihren Kunden und umgekehrt**“.

Parallel dazu laufen Beratung und Infos von „AGAB“, „Arbeitslosenzentrum Tenever“ „Solidarischer Hilfe“, „Beratung für Migranten“, „Schuldnerberatung“. Um 13 Uhr gibt es einen Imbiss. Um 13:45 Uhr startet der Zug mit dem „Blauen Kamel“ zum Marktplatz. Dort gibt es von 14:45 Uhr bis gegen 16 Uhr weitere Aktionen.

Hans-Dieter Binder (WASG)

„Aus meiner Sicht hat im speziellen Fall kein Spardruck auf die Sozialbehörde zur Katastrophe geführt.“ (Ausschuss-Vorsitzender Helmut Pflugradt, CDU)

Der Vertuschungsausschuss des Herrn Pflugradt

Am 26. April 2007 soll der „Bericht des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste“ in der letzten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vor der Bürgerschaftswahl am 13. Mai 2007 beraten werden. Die folgenden Anmerkungen beziehen sich ausschließlich auf die Seiten 157 bis 164, also den Abschnitt über die „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (Bagis)“, die Arge gemäß § 44b SGB II zwischen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsagentur Bremen) und der Stadtgemeinde Bremen (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales), kurz: die stadtbremische „Hartz-IV“-Behörde.

Anstelle eines Vorwortes sei hier ein Fall geschildert, der auch in der kurzgefassten Version verdeutlicht: Die Diskussion über Kinder in Familien, die auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Hartz IV) angewiesen sind, ist an der Bagis offensichtlich spurlos vorübergegangen.

Frau Y. (ein beliebiges Kürzel), alleinerziehende Mutter eines kleinen Jungen, musste am Donnerstag von Ostern (5. April 2007) an „ihrem“ Bankautomaten feststellen, dass die Bagis das Arbeitslosengeld II und Sozialgeld für April nicht überwiesen hatte. Frau Y. wandte sich an die für sie seit Dezember 2006 zuständige Geschäftsstelle A. der Bagis. Dort teilte man ihr an diesem Gründonnerstag mit, ihre Akte sei in der Geschäftsstelle B. Geld könne man ihr ohne Akte nicht auszahlen. Die Geschäftsstelle B. war vor Geschäftsschluss nicht mehr zu erreichen: kein Geld für die Osterfeiertage.

Am Dienstag nach Ostern (10. April 2007) erfuhr Frau Y. in der Geschäftsstelle B. nach mehr als vierstündiger Wartezeit: Man habe versucht, sie schriftlich zu erreichen. Sie habe sich nicht gemeldet. Man habe daraufhin die Zahlung von Leistungen zum Lebensunterhalt für sie und ihr Kind und die Zahlung der Miete an ihren Vermieter eingestellt. Nach dem Verbleib der Mutter und des Kindes wurde nicht gefragt (es sind ja schließlich Zielzahlen zu erfüllen).

Frau Y. hat jedoch dieses Schreiben der Bagis nicht erhalten. Der Grund: Es wurde an eine Wohnung im Bezirk B. geschickt, obwohl sie bereits Ende Dezember 2006 mit ausdrücklicher Genehmigung der Bagis in den Bezirk A. umgezogen war. Die Bagis zahlte seitdem die Miete an ihren neuen Vermieter. Die Unterlagen lagen der Bagis vollständig vor. Auf die Frage, warum ihre Akte ohne Änderungsantrag von der Geschäftsstelle A. an die Geschäftsstelle B. übertragen wurde, hieß es, dies sei in der Akte nicht mehr nachzuvollziehen. Aber: Man hätte die korrekte Adresse der Akte entnehmen können.

Die Chance, im Rahmen der Arbeit des Untersuchungsausschusses, die „Spuren von Hartz IV“ im kurzen Leben des armen Kevin K. zu untersuchen, um damit anderen armen Kindern zu helfen, wurde vertan. Es ist zu hoffen, dass dies noch korrigiert wird.

1. Richtig ist: Die Bagis hat generell große Probleme, erwerbsfähige Hilfebedürftige in den Arbeitsmarkt zu vermitteln und von Leistungen unabhängig zu

machen. Ein hinlänglicher Grund, Leistungen nach dem SGB II wegen „gefühlter Nichterwerbsfähigkeit“ zu verweigern, ist dies jedoch nicht.

2. Gründe für die im folgenden dargestellte, an keiner Stelle der Untersuchung dokumentierte, gegen die Handlungsempfehlungen der Bundesagentur zu § 44a SGB II und sehr wahrscheinlich gegen Recht und Gesetz verstoßende Vereinbarung zwischen Krankenkassen, Bundesagentur/Bagis und Amt für soziale Dienste (AfSD) ist nicht die Sorge um die erwerbs- oder nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, sondern es sind vorrangig finanzielle Gründe.
   Die Verteilung der Kosten der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (einschließlich Krankenversicherung bzw. Krankenkosten) auf die Kostenträger (Bund, Land und, indirekt, die Krankenkassen) stellt sich im SGB II („Hartz IV“) und SGB XII (Sozialhilfe) grundsätzlich anders dar. Die Verschiebung von Hilfebedürftigen vom SGB II in das SGB XII ist aus finanzieller Sicht im Interesse des Bundes und der Krankenkassen (wegen der geringen KV-Beiträge für Alg II-Empfänger(innen) einerseits und der Kostenerstattung im Rahmen des SGB XII andererseits).
   Die Kommune (hier: Stadt Bremen) kann auch deshalb an einer solchen, offensichtlich unbefristeten Vereinbarung, die die Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit alleine der BA oder gar den Krankenkassen überlässt, kein (finanzielles) Interesse haben. Insofern leuchtet die unvermittelt mit „Vielmehr sollten die Wirtschaftliche Hilfe...“ (siehe Bericht oben) beginnende Erläuterung zum Verfahren bei einem Dissens über die Einschätzung der Erwerbsfähigkeit ein.
3. Die Untersuchung bleibt die Antworten auf die folgenden Fragen schuldig: Bestand ein Dissens und, wenn ja, wie und wann begann das dann gesetzlich vorgeschriebene Einigungsstellenverfahren, und wie wurde entschieden? Statt Beantwortung dieser Frage wird hier, wie an diversen anderen Stellen auch, auf die Möglichkeiten des Ziehvaters hingewiesen, auf sein Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren zur Feststellung, ob Erwerbsfähigkeit weiterhin vorliegt, zu verzichten (IKEA-Prinzip statt rechtsstaatliches Verfahren).
4. Unglaublich: Dem Untersuchungsausschuss ist es im Rahmen der mehrmonatigen Untersuchung offenbar nicht gelungen, einen vollständigen Bagis-Bescheid über die Einstellung der Zahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts von Kevin (Sozialgeld) und seinem Ziehvater (Arbeitslosengeld II) zu bekommen.
5. Wann, wie und mit welchem Ergebnis wurde der Widerspruch vom 16. März 2006 gegen den Bagis-Bescheid vom 28. Februar 2006 bearbeitet? Der Bericht gibt keine Auskunft.
6. Warum erfolgte die letzte Überweisung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes für Kevin und seinen Ziehvater am 19. Februar 2006? Da diese Leistungen monatlich im Voraus zu zahlen sind, verwundert es, dass sie an zwei seit dem 1. Januar 2005 im Sinne des SGB II Hilfebedürftige mitten im Monat überwiesen wurden. Und: Für welchen Zeitraum wurden die

940,04 Euro (siehe unten) überwiesen? Die Unterstellung in diesem Bericht, am 19. Februar 2006 seien Leistungen für den Zeitraum bis zum 31. März 2006 (40 Tage) überwiesen worden, dürfte nicht korrekt sein (siehe unten). Die Bestreitung des Lebensunterhalts aus Kindergeld-Nachzahlungen zeigen, dass auch dieses Geld für den Lebensunterhalt von Kevin, das auf das von der Bagis ausgezahlte Sozialgeld angerechnet wird (und vermutlich auch während der Nicht-Auszahlung angerechnet wurde), nicht regelmäßig gezahlt wurde. Nach den Gründen wurde nicht gefragt. Das Wort Sozialgeld (die Leistung für Kevin) taucht im gesamten Bericht nicht einmal auf.

7. Wie wurden diese „Zweifel“ des Verwaltungsgerichtes von der Bagis bewertet, und ist sie gegen diesen Beschluss rechtlich vorgegangen? Welchen Einfluss hatte dieser Beschluss auf die offensichtlich bis dahin nicht abgeschlossene Bearbeitung des Widerspruchs von 16. März 2006?
8. Welches Datum geht aus dem Computerausdruck für die angebliche Auszahlung hervor, und welche Hinweise erhält der Computerausdruck zu der dann offensichtlich nicht erfolgten Überweisung?
9. Die Zusammenfassung – sie erinnert sehr an entsprechende Berichte in der „Bild“-Zeitung – enthält keine Auskunft darüber, auf welche Bewilligungszeiträume sich die Zahlungen beziehen. Insbesondere für die womöglich letzte Auszahlung von dem Tod Kevins am 19. Februar fehlt eine Begründung für den erstaunlichen Zeitpunkt und den Zeitraum (40 Tage vom 20. Februar bis 31. März 2006?).
10. Wurde das „Druckmittel“ (verzögerte Überweisung) von der Bagis auch schon vor dem Einstellungsbescheid vom 28. Februar 2006 eingesetzt und erklärt sich daraus der Zeitpunkt der Überweisung am 19. Februar 2006 (siehe auch Anmerkung 6)?
11. Sogar mit dieser zentralen Aussage zur unakzeptablen Einschränkung des Untersuchungsauftrages (unter anderem „Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden...“) wird indirekt unterstellt, am 19. Februar 2006 erfolgte eine Überweisung des Arbeitslosengeldes II für den Ziehvater und des Sozialgeldes für Kevin für den Zeitraum bis Ende März 2006. Erschreckend an dieser unakzeptablen Selbsteinschränkung: Für den Ausschuss „Kindeswohl“ scheint die Beziehung von „Kindeswohl“ und „Elternwohl“ nur unzureichend bewusst gewesen zu sein. Die Frage nach rechnerisch „hinreichenden finanziellen Mitteln“ – vom Ausschuss nicht einmal genau untersucht (vergleiche unter anderem Anmerkung 6) – greift viel zu kurz.
12. Vorab wäre darauf hinzuweisen, dass der Ausschuss nicht einen einzigen Zeugen der Bagis gehört hat. Der von der Bundesagentur gestellte Geschäftsführer und der vom Amt für soziale Dienste (AfSD) gestellte stellvertretende Geschäftsführer und auch keine anderen, insbesondere von der BA und dem AfSD gestellten Mitarbeiter wurden vom Ausschuss gehört. Im Bericht entsteht an mehreren Stellen der Eindruck, es seien Zeugen der Bagis

gehört worden. Ein einziger Bagis-Zeuge war geladen. Er erschien angeblich wegen Krankheit nicht.

13. Der ausführliche Hinweis auf die „Möglichkeit“ des Ziehvaters und die „genügend(e) Zeit“, Widerspruch einzulegen und der an Berichte in der „Bild“-Zeitung erinnernde Hinweis auf den regelmäßigen Drogenkonsum mit einem Bekannten verdrängt die Frage nach dem rechtsstaatlichen Handeln der Bagis und der die Bagis tragenden Institutionen, die BA und die Stadt Bremen. Es geht aber hier nicht um IKEA („nutze die Möglichkeiten“) sondern um die Arbeit, die Zusammenarbeit beziehungsweise Nichtzusammenarbeit von Behörden.
    Wenn also, wie es hier heißt „genügend Zeit blieb, Widerspruch einzulegen“, dann sollte doch die Frage geklärt werden, wie denn der Widerspruch, eingelegt am 16. März 2006, etwa zwei Wochen nach Erhalt des Bescheides und zwei Wochen vor dem 1. April 2006 bearbeitet wurde. Und es sollte untersucht werden, ob der Eindruck trügt, Ziel der Bagis sei eine Unterwerfung des Ziehvaters unter die Geschäftspolitik der Bagis und die gegen die Handlungsempfehlungen BA zu § 44a SGB II und sehr wahrscheinlich gegen Recht und Gesetz verstoßende Vereinbarung (vergleiche Anmerkung 2).
    Die Handlungsempfehlungen der BA zum „Beschäftigungsorientierten Fallmanagement“ (4/2005), auf die der Ausschuss am 11. Januar 2007 vom „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“ (BIAJ) hingewiesen wurde, sind im Handeln der Bagis (und deren Träger) nicht zu erkennen. In der Anlage 1 heißt es dort unter anderm wohlklingend: „Leistungssteuerung ... bedeutet den Rückgriff auf und die Weiterentwicklung von kommunaler sozialer Infrastruktur.“ Und: „Es empfiehlt sich ... etwa für bestimmte Fallkonstellationen (zum Beispiel arbeitslose überschuldete alleinerziehende Mütter mit Suchtproblemen) – idealtypische ‚Leistungspakete‘ (Handlungsprogramme) zu entwerfen.“
14. Auch hier sei noch einmal an den Widerspruch vom 16. März 2006 erinnert. Und: Das „strukturierte Vorgehen“ der Bagis mit dem Widerspruch und das „versierte Umgehen der Bagis mit anderen Ämtern“ blieb leider unbeleuchtet. Damit bleibt auch rätselhaft, warum der Ausschuss zur Feststellung gelangt, es scheine „vertretbar, wenn die Bagis es sich nicht zur Aufgabe macht, sich bei jedem ihrer Klienten, dem eine Leistungseinstellung oder -einschränkung bevorsteht, davon zu überzeugen, ob dieser in der Lage ist, die finanziellen Auswirkungen zutreffend einzuschätzen und rechtzeitig für Abhilfe zu sorgen.“
    Es ging hier – zur Erinnerung – um einen alleinerziehenden, drogenabhängigen Hilfebedürftigen und dessen Ziehsohn (der von der Bagis als „nicht erwerbsfähiger Hilfebedürftiger“ auch zu ihren „Kunden“ gezählt wurde).
15. Der erste Satz der Zusammenfassung ist ein Armutszeugnis – in doppeltem Sinne. Zusammenfassend wäre hier doch festzustellen: Der Untersuchungsausschuss hat die gründliche Untersuchung des „vorliegenden Sachverhaltes“ unterlassen – aus nicht nachvollziehbaren Gründen (siehe unter ande-

rem Anmerkung 11). Da verwundert es (um nicht zu sagen: es ist unerträglich), dass der Ausschuss dann „aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes“ zu seiner Einschätzung im ersten Satz gelangt.
Der zweite Satz dieser Zusammenfassung ändert nur wenig an dieser Bewertung – auch wenn ein Bemühen um Relativierung erkannt wird. Es fehlt die auch von Zeugen vorgetragene Feststellung: Die Verweigerung der SGB-II-Leistungen gegen den dokumentierten Willen des Ziehvaters hat zur Eskalation und Dramatisierung beigetragen. Es widerspricht jeglicher Erfahrung, wenn es nicht so gewesen wäre. Es ist inakzeptabel, dass der Ausschuss auf die Anhörung der Bagis-Geschäftsführung im Rahmen seines Untersuchungsauftrages verzichtet hat.

16. In den „Mindeststandards der Bundesagentur für Arbeit bei der Erbringung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch Arbeitsgemeinschaften“ (Stand: 16. Dezember 2005“ heißt es in Abschnitt „I. Mindeststandards zur Kundenfreundlichkeit der Leistungserbringung“ zur Zusammenarbeit: „Dieser Mindeststandard gilt als erfüllt, wenn die Arge [in der Stadt Bremen: Bagis] die Verfahren an den Schnittstellen mit folgenden Dritten geregelt hat: Agenturen für Arbeit, Kommunen, kommunale Gebietskörperschaften, andere Sozialleistungsträger.“

Kritik von Paul M. Schröder („Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“) am Kevin-Untersuchungsbericht (Seiten 157 bis 164)

„Hauptverantwortlicher bleibt der Täter, und dann kommt erst der Staat, aber die Frage sei erlaubt, was der Staat für Rahmenbedingungen schafft, die aus einem Vater einen Mörder machen.“ *(„Stadtthemen“)*

Frühsommerlicher Trubel

Mitten im frühsommerlichen Trubel, zur besten Kaffee- oder Bierchenzeit fand unsere 131. Montagsdemo in Bremen am 30. April 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt. Am Vorabend des 1. Mai waren viele Bremer und Touristen unterwegs, und es kamen auch einige Mitstreiter mehr als sonst, sodass die Zahl der Zuhörer wieder die 40 erreichte.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Mit Speed in die Armut“: 5.000 Bremer demonstrieren
für Mindestlohn von 7,50 Euro *(„Weser-Kurier“)*

Fortschritt: Chavez kündigt Mindestlohnanhebung um 20 Prozent und

Arbeitszeitverkürzung auf sechs Stunden an *(„Kölner Stadt-Anzeiger“)*

Rechtsruck: Hochdruck-Sarkotzy wird französischer Präsident *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

132. Bremer Montagsdemo am 07. 05. 2007

Reißt das bürgerliche Brett vom Kopf!

Derzeit ist der Senat noch bürgerlich. Und es wird nicht nur von Seiten des Senats darum geworben, dass dies auch nach der Wahl so bleibt. Auffällig ist, dass die Anzeigenblätter „Weser-Report“ und „Bremer Anzeiger“ sowie der „Weser-Kurier“ sich für stabile bürgerliche Mehrheiten im Senat stark machen. Der Bremer Parteienforscher Probst sagte im „Bremer Anzeiger“: „Es wird keinen Machtwechsel geben.“

Zur gleichen Zeit werden Umfragewerte veröffentlich, die die SPD bei 40 Prozent sehen und die CDU bei 25. Als kritischer Wähler fragt man sich, ob die Medien gleichgeschaltet sind und ihre Überparteilichkeit außen vor lassen. Eines steht schon jetzt fest: Die Wahlbeteiligung von vor vier Jahren (60 Prozent) wird nicht getoppt, denn die Zahl der Nichtwähler und der Unentschlossenen nimmt zu.

Also wird vor allem um deren Stimme gebuhlt – gern auch mit den Mitteln der Manipulation und Lüge. Nicht anders ist es zu nennen, wenn sich die einflussreichsten und auflagenstärksten Printmedien für den bürgerlichen Senat in die Bresche schlagen. Sie belegen das mit „seriösem“ Zahlenwerk und breitgewälzten Argumenten. Gerade die Zweifler sollen dadurch ermuntert werden, sich auf die Seite der nominierten Sieger zu schlagen. Ob diese Rechnung aufgeht, erfahren wir am Wahlabend.

Ein noch leichter zu durchschauender Trick, um die Meinungshoheit zu erlangen, wurde von der SPD inszeniert. Bevor der Wahlkampf in Bremen an Fahrt aufnahm, wurde eine Internetseite zur Bürgerschaftswahl freigeschaltet. Diese Plattform gibt allen Parteien mit ihren Kandidaten Gelegenheit, auf per E-Mail gestellte Fragen ihre Position zu äußern – auch rechtsradikalen Parteien. Aus diesem Grund nehmen SPD und Linkspartei daran nicht teil.

Grüne und FDP machen mit und nennen die Verweigerung ein Demokratiedefizit, denn zur Bundestagswahl 2006 diskutierten alle Parteien auf solch ei-

ner Plattform, ohne Verweis auf die Teilnahme rechtsradikaler Parteien. Also ist das Meiden von Faschisten nur vorgeschoben. Weil dies kritisiert wurde, stellte die SPD ein eigenes Forum ins Netz, leider mit mangelndem Erfolg. Man muss eindeutig sagen, dass die SPD Meinungen unterdrücken wollte: Sie hat dadurch Andersdenkenden einen Maulkorb verpasst. Eine neutrale Internetplattform darf auch nicht den Faschisten überlassen werden, das ist gefährlich und nicht zu verzeihen.

Gerade in der Wahlkampfzeit kochten mehrere brisante Themen hoch. Das „Pisa“-Schlusslicht Bremen will bis 2010 die Hochschulen und die Universität kaputtsparen. Das trifft nicht nur das Personal, sondern vor allem Studenten, die aus einfachen Verhältnissen kommen. Dieses Sparpaket ist schon vom Senat beschlossen wurden. Der Senator für Bildung, Willi Lemke von der SPD, ignoriert dabei den Grundsatz auch seiner Kollegin, Bundesbildungsministerin Schavan, die meint, Bildung müsse allen frei und umsonst zustehen. Eine Demonstration am 8. Mai 2007 brachte mehr als 8.000 Bremer auf die Straße. Selbst die vier Rektoren der Hochschulen in Bremen waren mit dabei. Das soll schon etwas heißen, wenn die Rektoren aus ihren Büros kommen und sich unter die Demonstranten mischen: Ihr Arsch geht auf Grundeis!

Dann gab es noch den Ausschuss über den Tod eines Kleinkindes, Kevin. Dort traten unappetitliche Fakten zutage. Es war zu erheblichem Fehlverhalten der Kinder- und Jugendbehörde gekommen, da diese chronisch unterfinanziert ist und es auf absehbare Zeit bleiben wird. Es ist nur als blanker Zynismus zu werten, wenn das Ressort für Soziales von Fehlern des Personals spricht und die Unterversorgung leugnet.

Es kam auch heraus, dass es in Bremen einen Bonus gab für Kinder, die verhaltensgestört sind oder aus schwierigen Haushalten stammen: Werden diese Kinder im Heim gepflegt und vor der bewilligten Frist den Eltern zurückgegeben, erhält das Heim einen Bonus. Das passiert aber nicht zum Nutzen des Kindes. Dies wird von Sozialsenatorin Rosenkötter ebenfalls geleugnet. Man muss nur die 600 Millionen Euro betrachten, die während der zwölf Jahre der Großen Koalition allein im Sozialetat gekürzt wurden! Das straft alles Schönreden Lügen.

Eine weitere dicke Lüge ist die Klage wegen der Haushaltsnotlage. Sie wurde bewusst kurz vor der Wahl nach Karlsruhe geschickt. Man versucht dadurch, die fatale Haushaltspolitik zu kaschieren. Des weiteren will der Senat Solidität vortäuschen, auch für die Zeit nach der Wahl. Dass die Rechnung nicht aufgeht, zeigt deutlich das Urteil zu Berlin im letzten Jahr: Die Hauptstadt erhält keine weiteren Geldmittel vom Bund!

Eine Menge Stoff, der kurz vor der Wahl auf den Bremern lastet. Es gibt nur eine Möglichkeit, das abzumildern: Der Senat muss gekippt werden! Der Wähler muss nun mit dem bürgerlichen Versprechen nach Sicherheit und Ordnung brechen. Er muss sich das bürgerliche Brett vorm Kopf wegreißen!

Jens Schnitker (parteilos)

Kleine Konfrontation ohne Gefährdung der Großen Koalition

1. Am nächsten Sonntag ist **Bürgerschaftswahl**. Das Begehren von über 60.000 Bürgern auf Änderung des Wahlrechts, es demokratischer zu gestalten, wurde nicht umgesetzt. Die Oberen in SPD und CDU wollten nicht ihre Pfründen verlieren. Man verschob es auf später, vielleicht haben die Bürger es bis 2011 ja vergessen, oder es fällt den Parteien noch ein Trick ein, wie man die Bürger und ihre Begehren aushebeln kann.

Wir haben alle die Plakate gesehen, die Politiker gehört, die Wahlprogramme gelesen. Die Politik selbst erklärt die Wahl und die Ziele zur Nebensache. Es soll alles so bleiben, wie es ist. Die sogenannten Prognosen von „Infratest-Dimap“ oder dem ZDF sind bereits Teil der großen Beeinflussungsmaschinerie. Die ganze Medienwelt ist darum bemüht, den bürgerlichen Parteien und ihrer Wahlfassade alles zuzutreiben.

Wahlbeteiligungen wie zuletzt in Thüringen bei der Kommunalwahl, wo keine 37 Prozent mehr an die Urne gingen, wären eine zu große Blamage. Also muss ein bisschen Konfrontation her, ohne die Große Koalition in Gefahr zu bringen. Der „Sanierungskurs“ müsse fortgesetzt werden, tönt es von SPD und CDU.

So wird weiter Wolkenkuckucksheimen nachgejagt, wie der Steuerklage in Karlsruhe, aber den wirklichen Problemen – dem Abbau von Arbeitsplätzen und der Umwandlung in Leiharbeit und Minilohn, der wachsenden Verarmung von breiten Kreisen der Bevölkerung und dabei besonders der Kinder und Jugendlichen, der wachsenden Verwahrlosung der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse – wird nicht nachgegangen.

Die Finanzierung von Musical-Theater und „Spacepark“ oder auch die ach so berechtigten Versorgungsansprüche der ehemaligen Senatoren Gloystein, Röpke und Eckhoff sowie anderer Politiker und hoher Staatsbediensteter sind da Wahrzeichen auf dem Wege, Bremen „vor die Wand“ zu fahren.

Viele wollen nicht zur Wahl gehen oder ungültig wählen. Andere vertrauen wieder den Grünen oder zum ersten Mal der Linken. Jeder wird gute Gründe für sein Anliegen vorbringen. Es wird aber kein Weg daran vorbei führen, unseren Protest fortzusetzen. Hartz IV muss weg, ohne Wenn und Aber! Das ist unsere Forderung. Am **Freitag** dieser Woche treffen wir uns daher um **16:30 Uhr** am **Dom** zur **Demo** gegen **Merkel** und die neoliberale Politik in Berlin und Bremen.

Die bundesweite Montagsdemobewegung, seit bald drei Jahren aktiv, ist das Markenzeichen für diesen Kurs des Widerstandes. Zusammen mit vielen Kräften

haben wir in kleinen Fragen manches erreicht. Dieses Einsetzen für eine andere Politik muss uns alle noch weiter und breiter verbinden und zusammenschließen. Darum ringen wir weiter mit allen Beteiligten, mit der Bagis, dem Senat und mit der Bundesregierung in Berlin.

Am kommenden Montag, dem 14. Mai, ist hier wieder Demo um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Für den **13. Oktober 2007** rufen wir wieder auf zu einem **Sternmarsch** gegen die Politik der Merkel/Müntefering-Regierung in **Berlin**!

2. Am letzten Sonnabend gab es ein **regionales Treffen** der norddeutschen **Montagsdemos** in Hannover. Mitstreiter aus Hamburg, Bremen, Oldenburg und Hannover waren anwesend. Im Mittelpunkt standen die Behinderung der Aktionen der Montagsdemos in Hannover und Hamburg und die versuchte Kriminalisierung am 5. Februar in Hannover durch die niedersächsische Landespolizei; wir haben darüber berichtet.

Am **11. Juni 2007** wird nun das erste Verfahren vor dem **Amtsgericht** in **Hannover** gegen Kurt Kleffel, den Anmelder und Leiter der dortigen Montagsdemos, und vier weitere Mitstreiter angesetzt. Wir rufen auf, uns breit am Protest zu beteiligen und der Gerichtssitzung beizuwohnen. Es geht dabei um so schwere Beschuldigungen wie Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt wie auch damit verbundene Körperverletzung.

In Hamburg geht es um die willkürliche Regulierung der Lautstärke der Lautsprecheranlagen. In beiden Fällen sehen wir dahinter bewusste Maßnahmen der Drangsalierung der Montagsdemobewegung. In fast drei Jahren hat man sie mit Spaltungsversuchen, Unterwanderung, Einschleusung von Nazis, Verleumdung und Totschweigen nicht kaputtkriegen können. Nun versucht man dort durch direkte Kriminalisierung einen neuen Schlag.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass auch im „liberalen“ Bremen so etwas möglich werden kann, wenn es „oben“ so gewollt wird. Aber gegen solche politischen Angriffe werden wir angehen und eine große breite Öffentlichkeit herstellen. Wir provozieren nicht und lassen uns auch nicht provozieren! Die Hannoveraner haben einen „Appell an die demokratische Öffentlichkeit“ ins Leben gerufen, für den auch wir Erstunterzeichner und Unterschriften sammeln.

3. Am letzten Donnerstag fand auf dem Bahnhofsplatz der erste und gleichzeitig letzte **Warnstreik** der IG Metall in dieser Tarifrunde statt. Aus allen Himmelsrichtungen waren die Kollegen zusammengeströmt, von Daimler-Chrysler, Atlas-Elektronik, Airbus, Gestra und vielen anderen Betrieben. Es gab eine Beteiligung wie schon lange nicht mehr und eine kämpferische Stimmung.

Vor dem Kampfeswillen haben die Arbeitgeber auch schnell kapituliert. Die 4,1 Prozent Lohnsteigerung sind zwar keine 6,5 Prozent, aber mehr als das bisherige Angebot der Arbeitgeber. Wie die Kollegen das Ergebnis bewerten, ist noch in Diskussion. Für mich gab es aber zwei bedeutsame Erscheinungen:

Erstens: Es beteiligten sich 500 Telekom-Kollegen von Verdi an diesem Warnstreik und zeigten, dass nur gemeinsamer Kampf etwas bewirken kann. Wünschen wir den Telekom-Kollegen, dass sie sich mutig für Streik bei ihrer Urabstimmung aussprechen, im Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Zweitens: Es gab keine langen Reden, wo schließlich keiner mehr zuhört, sondern es wurden wie beim Offenen Mikrofon von jeden Betrieb und auch vom Verdi-Kollege kurze Beiträge von circa drei Minuten Länge gehalten, sodass die Kundgebung lebendiger war und auch mehr vom einzelnen Betrieb „rüberkam“. Das war ein Zeichen, dass das Offene Mikrofon immer mehr zur Diskussionsform wird bei großen Veranstaltungen. Das finden auch andere gut, weil es lebendig ist.

4. Manchmal wie zum Beispiel heute sind unsere Kräfte geringer. Arbeit, Krankheit oder andere Hinderungen verkleinern die Teilnehmerzahl. Aber trotzdem ist es notwendig, allen, die hier auf dem Platz Interesse haben, unsere Flyer und Infos zu geben und mit ihnen zu sprechen. Ich möchte euch deshalb bitten, die Mitstreiter zu unterstützen, die unsere Flugblätter verteilen, oder unser Transparent festzuhalten oder zu tragen. Das muss nicht die ganze Zeit sein, aber eben mal eine Zeit lang.

Weiter wünsche ich mir mehr und kürzere Redebeiträge. Jeder soll sich ein Thema, das ihn bedrückt oder ärgert, in ein paar Sätzen für andere hörbar und lebendig machen. Das stärkt unsere gemeinsame Sache. Mit dem Frühjahr und Sommer können wir unsere Tätigkeiten in unterschiedlicher Weise verstärken, vielleicht wieder durch ein Frühlingsfest oder durch Auftreten an anderen Orten.

Wir möchten das im größeren oder **großen Kreis** beraten und schlagen vor, dass wir uns nach der nächsten Montagsdemo am **14. Mai 2007** ab etwa **19 Uhr** im **Seemannsheim** treffen. Bitte verbreitet das unter allen Mitstreiter, die ihr seht, sprecht oder informieren könnt!

Jobst Roselius

Die Löhne sind im freien Fall, die Preise steigen überall

1. Welche Zeitung ich auch aufschlage, von überall her springen mir ganze Jubelexzesse über den unaufhaltsamen Aufschwung entgegen. Da sind sich die Wirtschaftsexperten mit der Arbeitsagentur einig. Einer Gruppe aber nützt das bislang wenig: Immer mehr Kinder in Deutschland wachsen in bedürftigen Familien auf. „Der Aufschwung geht an den Hartz-IV-Familien vorbei“, sagt Paul Schröder vom „Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe“. Laut Schröder

lebten 2006 in Deutschland **1,89 Millionen Kinder** unter **15 Jahren** auf **Hartz-IV-Niveau**. Das sind zehn Prozent – über 173.000 Kinder – mehr als im Jahr zuvor.

Sechs Prozent der Ehepaare mit Kind haben weniger als 1.300 Euro im Monat zur Verfügung. Jede zehnte Familie verfügt sogar über mindestens 4.500 Euro. Solange die Eltern zusammenbleiben, haben sie also, statistisch gesehen, nur selten Finanznöte. Alleinerziehende aber sind relativ oft von Armut bedroht. Natürlich zeichnet sich auf diese Weise das Indiz für eine breite soziale Schere innerhalb der Gruppe der Kinder und Jugendlichen ebenso ab wie beim Rest der Bevölkerung: Die einen Kinder werden zwischen Ballett- und Klavierstunde hin- und hergefahren, während die anderen kaum Geld für eine Kinokarte oder das Hallenbad, geschweige denn für Nachhilfelehrer oder gar Sprachreisen haben.

2. Aber wie gut es uns angeblich geht, ließ sich letzte Woche einem unglaublich beschönigenden Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ entnehmen. In „Onkel Sven Lörzers Märchenstunde“ überprüfen in München vier Teams Hinweise auf Leistungsmissbrauch. Sie helfen aber auch, Not zu lindern. Das Team startet nur dann zum Hausbesuch, wenn ein Auftrag von einem Sachbearbeiter erteilt ist, weil irgendein Verdacht auf Leistungsmissbrauch vorliege. **Verfolgungsbesuch** heißt also Hausbesuch! Den macht sonst nur ein persönlich herbeigerufener und *erwünschter* Hausarzt.

In letzter Zeit schaut der Hausbesuchsdienst auch dort vorbei, wo der Verdacht besteht, dass beantragte Einrichtungsgegenstände für die neue Wohnung wie Herd, Spüle und Waschmaschine zwar geliefert worden sind, aber tatsächlich gar nicht benötigt werden. In der Hälfte der acht Fälle standen die Geräte entweder im Keller oder waren weiterverkauft worden. Es sei traurig, so etwas feststellen zu müssen, denn es gebe „wirklich Leute, die so etwas dringend brauchen, aber es sich gar nicht trauen, einen Antrag zu stellen“. Der Autor kann nicht im kalten Hartz-IV-Deutschland leben, denn die Zeiten, als noch gebrauchte Haushaltsgeräte beantragt und auch angeliefert werden konnten, sind „seit Hartz IV“ absolut vorbei!

Angeblich haben viele Leute nur eine Briefkastenadresse. Denn nicht wenige Betroffene leben im Ausland und kommen deshalb mitunter zu Vorladungen mit vorgeschobenen, fadenscheinigen Begründungen zu spät. Wahrscheinlich bevorzugen ALG-II-Empfänger ohnehin im Allgemeinen das Wohnen auf Hawaii. Von welchem Jahrhundert mag wohl bei diesem „Reporter“ die Rede sein? Lebt der schon oder kopiert er noch? Entweder lügt der Autor so offensichtlich, dass sich die Balken biegen, leidet unter Wahnvorstellungen oder ist nicht dazu in der Lage, seine möglicherweise in gönnerhafter Absicht vorgetragenen Wünsche für Erwerbslose als solche zu kennzeichnen, sie also von der Realität zu unterscheiden.

3. Auch die „Tageszeitung“ fragt, ob die rot-grünen Reformen mit Hartz IV den Aufschwung begünstigt haben. Für Klaus Zimmermann, Chef des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“, zeigen einige der Reformen jetzt eine positive Wirkung. Hier wird die verbrecherische und menschenverachtende Hartz-IV-Reform hochgelobhudelt, was das Zeug hält! Es wird so getan, als ob es die vielen Stellen alle gäbe und wir faulen Arbeitslosen nur strengere Gesetze brauchten, um uns endlich rülpsend und furzend aus unseren gut gepolsterten Liegesesseln zu erheben. Die Hartz-Reformen hätten auch der Arbeitsverwaltung „Beine gemacht“, Menschen fänden jetzt kurzfristig wieder eine Stelle.

Der Chef des „Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung“ ist da ganz anderer Meinung. Er behauptet, dass die Hartz-Reformen den Aufschwung verzögert haben: Ohne die **Schwächung** der **Binnennachfrage** 2003 bis 2005 hätte sich die Wirtschaft schon früher erholt. Der Druck, der durch Hartz IV auf die Arbeitslosen entstanden sei, führe zu sinkenden Löhnen. Dadurch hätten die Menschen letztlich weniger Geld in der Tasche. Das bremse den Konsum. Allerdings glaubt er, wenn der Aufschwung erst einmal da sei, könnten die Hartz-Reformen die Beschäftigung beschleunigen, weil die Vermittlung von Arbeitslosen besser funktioniere.

Auch unser allseits geschätzter Arbeitsminister Müntefering möchte sich und die seinen mit einer schmeichelnden Kette aus Aufschwungs-Lorbeeren schmücken. Er hofft, dass nun die Akzeptanz der Hartz-Reformen in der Bevölkerung steigen möge. Denn seit Verabschiedung der Reformen leidet die SPD an einem Mitglieder- und Wählerabfluss zur Linkspartei. Auch die Grünen, die als Regierungspartei die Reformen mitgetragen und es sich dadurch ebenfalls mit vielen Wählern verscherzt haben, freuen sich. Sollen sie ruhig! Jeder, der noch einigermaßen klar denken kann, dürfte mittlerweile bemerkt haben, dass der „Aufschwung“ an den meisten Hartz-IV-Betroffenen völlig vorbeigeht.

Wenn überhaupt hat Hartz IV höchstens einen indirekten Einfluss gehabt, weil die Beschäftigten aus Angst vor sozialem Abstieg und Hartz IV mehr hinnehmen als früher. Hartz IV hat den menschenverachtenden, neoliberalen Aufschwung auf Kosten der Arbeitslosen und Noch-Arbeitsplatz-Besitzer begünstigt: Die Löhne sind im freien Fall, die Preise steigen überall, die Arbeitsbedingungen werden immer schlechter, die Binnennachfrage wird immer geringer, die paar Pseudoarbeitslose weniger sind im Endeffekt nur Verschiebungen. Außer Managern und Großkonzernen hat keine Sau was vom Export.

4. Der SPD-Linke Ottmar Schreiner hat eine deutliche **Anhebung** des **Hartz-IV-Regelsatzes** gefordert, um drohende Preisanstiege für Lebensmittel wegen der starken Trockenheit aufzufangen. „Hartz-VI-Leute können einen solchen Anstieg der Lebensmittelpreise nicht verkraften“, sagte Schreiner, Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“, der „Welt am Sonntag“. Die Bezieher des Arbeitslosengeldes II hätten beim Regelsatz von derzeit 345 Euro monatlich ohnehin nur fünf bis sieben Euro pro Tag für Lebensmittel zur Verfügung. Es sei

daher absolut überfällig, die Regelsätze zu erhöhen, „damit die Leute nicht auf einem Stück Holz rumbeißen müssen“, sagte Schreiner weiter.

Wegen der anhaltenden Dürre rechnen Experten mit einem deutlichen Preisanstieg für Lebensmittel in den kommenden Monaten. „Besonders betroffen sind Produkte wie Kartoffeln, Gemüse und Getreide, denen die Dürre extrem zu schaffen macht“, sagte Claudia Kemfert vom „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ der Zeitung. Sie rechne kurzfristig mit um 20 Prozent erhöhten Preisen. Ein noch stärkerer Anstieg hänge davon ab, ob der Sommer so trocken werde, wie Meteorologen befürchten.

Der Preisanstieg in den letzten zwölf Monaten ist auch ohne starke Trockenheit ziemlich heftig gewesen: bei Obst und Gemüse plus 52,4 Prozent, bei Brot und anderen Backwaren 21,4, bei Fleisch und Wurst 18,3, bei Eiern 13,7, bei Feinkost und Gewürzen 14,5, bei Konserven und Babynahrung 7,7 Prozent!

5. In dem Zusammenhang möchte ich an die klammheimliche Senkung der Sozialhilfe mit Hartz IV erinnern. Mit der Einführung des ALG II auf dem Niveau der Sozialhilfe in 2005 wurde auch dessen **Regelsatz** still und heimlich gekürzt. Statt 345 Euro wären bei der Neuberechnung 448 Euro herausgekommen, der Regelsatz hätte eigentlich 30 Prozent höher sein müssen, aber niemand hat’s bemerkt. Alle fünf Jahre wird der Regelsatz der Sozialhilfe an die Lebensverhältnisse angepasst, doch bei der letzten Anpassung wurde plötzlich nach ganz neuen fragwürdigen Regeln verfahren.

Das Ergebnis war, dass nicht wie nach alter Berechnung 448 Euro herausgekommen sind, sondern die inzwischen bekannten 345 Euro. Das hört sich für einen Normalbürger nicht dramatisch an, doch bei einem Empfänger von Sozialhilfe beziehungsweise dann ALG II sind diese 103 Euro immerhin 30 Prozent des jetzt aktuellen Versorgungssatzes.

Zunächst wurde die zugrunde liegende Personengruppe gewechselt. Statt wie gesetzlich gefordert die Konsumausgaben der 20 Prozent bundesdeutscher Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen als Maßstab zu nehmen, wurden nur die Einpersonenhaushalte zur Berechnung herangezogen – mit gravierenden Folgen, denn die Ausgaben pro Kopf der Einpersonenhaushalte sind deutlich niedriger als die der Haushalte mit geringem Einkommen insgesamt. Bei Bekleidung und Schuhen beispielsweise beträgt die Differenz rund 57 Prozent, bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren immerhin noch 28 Prozent. Haben Geringverdiener Maßanzüge und Pelzmäntel?

Aber es wurde weiter kräftig gestutzt, und zwar bei den einzelnen Posten des sich ergebenen Satzes. Der Posten Bekleidung wurde nur zu 89 Prozent als regelsatzrelevant anerkannt mit der Begründung, dass in dem Posten ja auch Maßbekleidung und Pelzmäntel enthalten seien. Im Klartext wird da behauptet, dass Geringverdiener nennenswerte Ausgaben für Maßanzüge und Pelze hätten! Oder vielleicht Sportboote und Segelflugzeuge? Der Posten für Freizeit, Unterhaltung und Kultur wurde von 86 auf 36 Euro verringert mit der Begründung, dass die

oben genannten Geringverdiener Ausgaben für Sportboote und Segelflugzeuge hätten.

6. Familienministerin Ursula von der Leyen konkretisiert ihr Finanzierungskonzept zum Ausbau der **Kinderbetreuung**: Zwei Drittel der insgesamt benötigten zwölf Milliarden Euro sollen der Bund auf der einen sowie die Länder und Gemeinden auf der anderen Seite aufbringen. Dass von der Leyen lieber die Kinderbetreuung als die Autobahnen ausbauen will, spricht für sie, auch wenn es ihren Parteigenossen sicher nicht schmecken wird.

Dennoch scheint auch sie den Größenfantasien des Aufschwungs erlegen zu sein, nimmt sie doch die Fantastereien über den Rückgang der Erwerbslosen offenkundig für bare Münze. „Wenn ein Drittel der alleinerziehenden Mütter eigenes Geld verdienten“, statt Hartz IV zu bekommen, „spart der Staat 900 Millionen, die er in gute Kinderbetreuung stecken kann“, schrieb von der Leyen. In welchen Jobs sollen diese Mütter denn arbeiten? Aus manchen Träumen gibt es ein böses Erwachen!

Elisabeth Graf (parteilos)

Schwere Vorwürfe gegen Bremer Hartz-IV-Behörde: Bagis trägt indirekte Mitschuld an Kevins Tod *(„Erwerbslosenforum“)*

Bremer Versäumnisse

1. Oft wird von den SPD-Politikern der Freien Hansestadt Bremen die Unfähigkeit der **Bagis** beklagt: „Leider sind unsere Einflussmöglichkeiten sehr begrenzt“, heißt es dann. Sind diese Politiker unehrlich oder unwissend? In jedem Fall sind sie unfähig, denn die Bagis ist eine *Bremer* Behörde, nachzulesen unter dem Internetauftritt der Sozialsenatorin.

Dort steht: „Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales als oberste Landesbehörde ist verantwortlich für die Aufsicht über die Arbeitsgemeinschaften nach SGB II im Land Bremen. Gleichzeitig ist er als kommunaler Träger zuständig für die fachliche Steuerung der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (Bagis).“ Damit ist jegliches Täuschungs- und Ablenkungsmanöver beendet!

Der unredliche Umgang mit den ALG-II-Betroffenen ist hausgemacht. „Bremen hat bezahlbare **Wohnungen**“, so die Wahlaussage des Noch-Bürgermeisters; gleichzeitig werden aber die Mietobergrenzen für ALG-II-Betroffene so

niedrig angesetzt, dass diese Wohnungen nicht bezahlbar sind! Dieser Senat macht sich nicht einmal die Mühe, solche Mietobergrenzen zu begründen.

Diese zusätzliche Einsparung von 20 bis 30 Millionen Euro wird den Bremer Einzelhändlern in der Kasse fehlen! Herauskommen wird letztlich eine zusätzliche Belastung des Steuerzahlers. Dieses Geld fließt aber in „wohlhabende“ Taschen und kommt somit nicht beim Einzelhändler an!

Bei den Betroffenen wird blankes Elend hervorgerufen: Die Senatsvorlage geht von einer durchschnittlichen Kürzung von 130 Euro monatlich aus. Mit dem Restbetrag ist kein Auskommen möglich. An die Folgen mag ich gar nicht denken!

2. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Mittel für **Arbeitsmarktförderung** in Bremen gekürzt, so eine Pressemeldung. Wir erinnern uns: Zum Jahreswechsel 2006/2007 hat die Bremer Niederlassung der Bundesagentur für Arbeit so viel Geld für 2007 zugewiesen bekommen, dass dringend neue Maßnahmen gefunden werden mussten, um dieses Geld auszugeben. Dann kam die Anweisung, alles einzufrieren.

Die Zahlen der Statistik neuer Art zeigten Wirkung, siehe vorherige Montagsdemos! Die Arbeitslosenzahlen entwickelten sich in der Statistik prächtig! Außerdem hat das Land Bremen zusätzliche Mittel für die Ein-Euro-Jobs auch als sozialversicherungspflichtige Entgeltvariante bereitgestellt. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesagentur war somit kein Raum mehr, zumindest aus *deren* Sicht!

Natürlich wäre eine Mittelverwendung zur Weiterbildung und Qualifizierung wünschenswert gewesen, aber diese Maßnahmen dürfen gemäß Hausvorschrift der Bundesagentur nur noch bundesweit ausgeschrieben werden, und das dauert! Um den Bremern die erneute Mittelrückgabe wegen nicht erfolgter Verwendung zu ersparen, wurde zur Mittelkürzung gegriffen. Dies ist allseits akzeptiert, die Hintergründe bleiben unerforscht! Bremen gibt also erneut Fördergelder ungenutzt an Nürnberg zurück, still und leise.

Die Bundesagentur für Arbeit hat die Erfolge in Bremen hervorgehoben, insbesondere die Vermittlung der Überfünfzigjährigen! Von dem Programm „50 plus“ hat er nichts gesagt. Dieses Beschäftigungsförderungsprogramm läuft in Bremen als Ein-Euro-Entgeltvariante mit bis zu 100 Prozent Förderung! Ein gutes Programm, aber kein Vermittlungserfolg. Von den 4.500 Ein-Euro-Arbeitsverhältnissen sind circa 700 nicht besetzt. Dies bedeutet 700 offene Stellenangebote! Ist Statistik nicht herrlich?

In Frankreich haben Statistiker der dortigen Arbeitsverwaltung Rückgrad bewiesen und gestreikt, einen Tag lang. Sie wollten darauf aufmerksam machen, dass die Rahmenbedingungen für die Erstellung der **Arbeitsmarktstatistik** dieselbe verfälschen. Es ging ihnen um ihre Berufsehre! Diese Rahmenbedingungen stimmen europaweit überein: Durch sie soll eine EU-Gesamtstatistik ermöglicht und davor die Vergleichbarkeit erreicht werden.

Mit der Statistik hat scheinbar auch Frau Rosenkötter Probleme. Ihre senatorische Dienststelle veröffentlicht monatlich den ALG-II-Bericht für Bremen. Am 6. Mai 2007 stand nachmittags als neuester ALG-II-Bericht der für Januar 2007 zur Verfügung. Der Arbeitsmarktbericht ist mit April 2007 aktuell. Es ist scheinbar nicht so einfach, die „verschwundenen Menschen“ in den Zahlen unterzubringen.

3. Was haben Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse mit Rentner(inne)n zu tun? Nichts? Doch! Die **Renten** folgen den Entwicklungen der Löhne und Gehälter. Bei einer Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsverdienste werden die Renten ebenfalls erhöht. Seit Oktober 2004 werden die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse in diese Rechnung einbezogen. Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt: Es gibt keine Rentenerhöhung, denn mit circa 120 Euro Monatseinkommen geht jede Vergleichsrechnung bergab!

Die Minuszahlen der Vorjahre werden bei zukünftigen Erhöhungen gekürzt. Somit kommt auch künftig kaum eine Bruttorentenerhöhung! Netto gibt’s sowieso weniger, und die Steuerpflicht der Renten wird erhöht! Was haben die Bremer Politiker damit zu tun? Bremen ist bei den Ein-Euro-Arbeitsverhältnissen Spitzenreiter! Dabei kann Bremen alle Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse in reguläre Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umwandeln. Dies kann Bremen allein, und es hätte bundesweite Signalwirkung zugunsten der Rentner.

Überhaupt, die Scheinheiligkeit der Bremer SPD: **Mindestlohn** forden und Arbeitssuchende drücken! Die Bagis verlangt eine Arbeitsaufnahme sogar, wenn der Tariflohn um 30 Prozent unterschritten wird! Auch der ortsübliche Lohn darf vom Arbeitgeber um bis zu 30 Prozent unterschritten werden! Der Arbeitssuchende muss diese Angebote annehmen. Somit ist die Bagis der größte Lohndrücker in Bremen! Die Bagis wird von der Sozialsenatorin gesteuert und kontrolliert. Wenn Herr Böhrnsen es ernst meinte – er hat es in der Hand, diese Lohndrückerei abzustellen! Dies kann Bremen allein!

Bremen hat 73 Millionen Euro für die Arbeitsmarktpolitik und 110 Millionen für die Wirtschaftpolitik erhalten, unerwartet und zusätzlich, weil Brüssel, von Bremen unbemerkt, die Förderrichtlinien geändert hat. Wo ist dieses Geld geblieben? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Ich wähle andere Politiker!

4. Ich habe leider keinen Mangel an Vorlagen des Senats gehabt. Hier einige Themen aus dem Gedächtnis, die genauen und weiteren Einzelheiten ergeben sich aus den bisherigen Reden.

- Bei der Erwachsenenschule werden die Mittel drastisch gekürzt. Dazu Senator Lemke: „Wer es im ersten Anlauf nicht schafft, soll es bleiben lassen!“
- Bei der Bildungs-GmbH ist Eigenkapital „verschwunden“. Der Geschäftsführer sagt: „Ich war es nicht!“
- Für das Gewerbegebiet Hemelingen wird die Tilgung der Kredite bis in das Jahr 2038 verschoben.

- Bürgermeister Böhrnsen lässt hellsichtig die Türschilder und den Eintrag in das Behördentelefonbuch bereits völlig richtig vornehmen, bevor die Personalentscheidungen überhaupt rechtsgültig getroffen wurden.
- Abgeordnete im Aufsichtsrat der Klinik müssen vor der Ernennung unterschreiben, dass sie wie von der Senatorin gewünscht abstimmen beziehungsweise 14 Tage vorher schriftlich mitteilen müssen, wenn sie anders abstimmen wollen. Rechtzeitig für Abberufung und Neubesetzung!
- Die Freundin von Frau Motschmann wird falsch behandelt: Sie erhält dadurch einen festen Anstellungsvertrag in gut dotierter Position.
- Senator Kastendiek holte sich alte Vertraute an die Seite. Es gab Personalentscheidungen *ohne* Mitwirkungsrecht des Personalrats. So Berufene erhielten ein neues Aufgabengebiet, und der nächste „Sandkastenfreund“ wurde eingestellt. Diese fünf Wackeren sollen den Beinahmen „Kastendieks Musketiere“ erhalten haben. Es gibt viele Ungereimtheiten im Kulturressort.
- Das Bremer Theater wurde mit Insolvenz bedroht: Es gab unklare Bilanzpositionen. Die Freie Hansestadt Bremen hat Schuldversprechen ausgestellt mit dem Vermerk „Es wird nicht gezahlt“. Der Kultursenator hat Kreditlinien einfach nicht mehr eingeräumt und den Verzicht der Theatermitarbeiter(innen) auf das Weihnachtgeld durch die Kürzung des Spielzuschusses ausgeglichen.
- Der Studiengang Elektrotechnik wurde eingestellt, die Ausbildung der meistgesuchten Ingenieure in Bremen beendet. Erste Überlegungen von Herrn Lemke über eine Kürzung an der Uni werden bekannt, es geht um 100 Millionen Euro. Als erstes erlässt Herr Lemke eine Besetzungssperre: Berufen werden darf ab sofort nur mit seinem vorherigem Einverständnis, und Herr Lemke hat eine lange Leitung. Erst jetzt geht die Unileitung öffentlich dagegen an, vorher hat sie auf Verhandlung gesetzt.
- Die private Uni kann kurz davor die Spende vom Energieriesen einsacken, obwohl das Geld für eine Gegenleistung der Freien Hansestadt Bremen gezahlt wurde. Günter Grass erhält ebenfalls Geld aus diesem Geschäft, 500.000 Euro für „seine“ Stiftung in Bremen. Meine diesbezügliche Nachfrage hat er bisher nicht beantwortet.
- Herr Weber hat diese Mittelverwendung als „entgegen der Haushaltsordnung“ reklamiert. Das Parlament hat die Angelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt. Herr Weber war an der Sitzungsteilnahme geschäftlich verhindert. Er freut sich noch heute über den seit über zehn Jahren gewünschten Skulpturengarten am Parlament.
- Die integrierte Behindertenbetreuung an den Schulen und anderswo wird eingeschränkt. Wie heißt es doch so schön: „Wir haben Sorge um unsere Behinderten! Wir haben noch die Auswirkungen des Wegschließens von Behinderten gespürt!“
- Die Polizeireform sorgt für geschlossene Reviere. Die Polizeischüler sollten nicht übernommen werden. Gegenwehr ist nachlesbar.

- Das Deutsche Rote Kreuz meldet Insolvenz an, um Personal zu reduzieren. Es soll auf Bremen-Nord begrenzt sein. Gegenwehr ist nachlesbar.
- Die Bootswerft in Vegesack wird in Insolvenz geschickt. Anscheinend ist hier viel Geld umgesetzt worden, und nebenbei sind schöne Schiffe entstanden. Diese Millionenwerte standen aber nur mit einem Euro in der Bilanz, wobei teilweise auch dieser Ein-Euro-Wert zu hoch angesetzt ist, weil die Schiffe weder auf die Bootswerft Vegesack noch auf die Freie Hansestadt Bremen im Schiffsregister eingetragen sind!
- Die Bagis wird gegründet. Bundesweit wird Vermögen vom Staat einkassiert. Die Lebensgrundlagen werden durch Hartz IV minimiert, in Bremen besonders harsch und straff organisiert. Diese Bagis ist trotz aller Vernebelungsmanöver eine Bremer Behörde! Die Umsetzung von Hartz IV war für Bremen lohnend. 60 Millionen Euro hat Bremen im Jahr 2005 durch Hartz IV eingespart, *zugegebene* 60 Millionen plus weitere 60 Millionen, die dem Einzelhandel in der Kasse fehlen!
- Der größte Wohnungsvermieter gehört dem Bremer Senat. Die Gewoba hat jedoch kaum Wohnungen für Hartz-IV-Betroffene. Dieser Senat kassiert doppelt: von der Gewoba die Gewinne und von den Betroffenen die Überschreitung der angemessenen Mietobergrenzen, im Schnitt 130 Euro pro Monat!
- Der Finanzsenator hat gesagt, die tatsächliche Lage sei wesentlich schlechter als die gefühlte! Zu dieser Zeit sollte er sich eigentlich schon länger eingearbeitet haben.
- Bremen gehen die Betriebsprüfer aus. Wurden die Planstellen anderweitig gebraucht?
- Bremen kauft Programmlizenzen, stellt die Datenverarbeitung aber nicht um. Ein Millionengrab!
- Die Steuergerechtigkeit ist in Bremen in Gefahr. Die Vermögens- und auch die Einkommensmillionäre werden zu wenig geprüft.
- Bremen legt Rechenschaft über die Verwendung der zusätzlichen Millionen gegenüber den anderen Ländern ab. Der Bericht des Finanzsenators ist dem Senat zu detailliert: Ganze Erläuterungen werden gestrichen. Es merkt keiner!
- Der Kanzlerbrief wird wertlos. Henning Scherf hat dies schon immer gewusst, aber trotzdem den Haushaltsansatz gebilligt. Eine Klage tritt an die Stelle des Kanzlerbriefes. Ohne diese müsste die Freie Hansestadt Bremen längst Insolvenz anmelden und den Haushaltskommissar anfordern.
- Die Überschreitung von Plansummen im Pflasterbereich wird durch die Wachtmannstraße getoppt. Geplastert wird um fast jeden Preis, eingepresst aus dem Sozialbereich!
- Bremen hat über 250 GmbHs. Deren Geschäftsführer sollen ihre Gehälter offenlegen, wollen aber nicht. Bremen kennt seine eigenen GmbHs nicht! Der Senator für Finanzen soll die Ergebnisse und Bilanzen der Gesellschaften

prüfen. Die Theater-GmbH hat seit gut zehn Jahren die Bilanz nicht dort vorgelegt. Es ist erst dem Bremer Rechnungshof aufgefallen.

- Staatsrat Hoffmann hat bisher nur befristete Arbeitsverträge mit Bremen. Sein letzter Arbeitsvertrag war unbefristet, obwohl Herr Hoffmann inzwischen wesentlich älter geworden und wegen der Mittelverteilung zugunsten der „Günter-Grass-Stiftung“ in Erklärungsnot geraten war. Der Vertrag wurde später aufgelöst. Kostenpunkt?
- Überraschend viele Kindergartenplätze sind freigeworden, so der Senat. ALG-II-Betroffene können aber keinen Hortplatz bezahlen. Die Mitarbeiter(innen) wurden daher entlassen. Gleichzeitig lief und läuft eine Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahme zur Kindergärtnerin und Erzieherin, finanziert aus EU-Mitteln. Diesen Ausgebildeten muss Bremen eine Arbeitsstelle garantieren oder die Fördermittel zurückzahlen.
- Die Ausländerbehörde in Bremen ist weiterhin nicht arbeitsfähig, eine Änderung nicht in Sicht!
- Der Bremer Verfassungsschutz und der Innensenator haben scheinbar etwas gegen Murat Kunaz, aber nichts in der Hand. Üble Nachrede gehört sich nicht!
- Brechmitteleinsatz gab es in Bremen immer noch, als europaweit bereits die Ächtung lief! Beim zweiten Todesfall wurde der gleiche Gutachter wie beim ersten bestellt, obwohl dieser sein erstes Gutachten überhaupt nicht begründen konnte: „Ich weiß auch nicht, wie ich darauf gekommen bin“, so die Erklärung dieses Gutachters auf fachliche Nachfrage.
- Die große Schande für die Freie Hansestadt Bremen sind der Fall Kevin – und als Steigerung jetzt die Reaktionen darauf. Die Sozialbehörde hat für die beschlossenen und ausgeschriebenen Personalstellen noch keine Mitarbeiter(inne)n eingestellt. Das Notfalltelefon wird nicht einmal auf der Internetseite veröffentlicht. Die Nummer kann sich sowieso keiner merken!
- Die Haushaltsdecke bleibt so, und die Bagis wird ebenso zahlengeführt wie das Sozialamt. Mit den Zwangsumzügen droht Bremen die nächste soziale Katastrophe!

Dies entspricht nicht der Reihenfolge der Ereignisse. Ich habe es aus dem Gedächtnis aufgeschrieben und nicht nachgelesen – das könnt ihr tun. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Und andere Politiker wählen!

Ein-Euro-Jobs darf es, falls überhaupt, nur freiwillig geben. Zu fordern ist gleiche Gültigkeit statt Gleichgültigkeit! Wer zur Bagis geht, sollte den Besuch vorbereiten und sich von der Bagis etwas wünschen. Bereits ein Besuch zu zweit sorgt für viel Sachlichkeit! Über den Umgang der **Bagis** mit ihren Kund(inn)en und umgekehrt reden wir **jeden ersten Dienstag im Monat** ab **19 Uhr** im „Hibiduri“, Thedinghauser Straße 2.

4. Erst in Verbindung mit § 5 Absatz 3 SGB II („Stellen Hilfebedürftige trotz Aufforderung einen erforderlichen Antrag auf Leistungen eines anderen Trägers nicht, können die Leistungsträger nach diesem Buch den Antrag stellen“) wird die zwischen Bagis und Sozialamt geschlossene Schnellaussteuerungs-Vereinbarung, von der wir aus dem **Kevin-Untersuchungsbericht** erfahren haben, überhaupt ansatzweise akzeptabel.

Wenn die Bagis von der Krankenkasse eine Liste von Personen mit hohen Krankheitsausgaben erhält und eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Vermutung beansprucht, diese Personen seien erwerbsunfähig, dann hätte die Bagis gemäß § 5 Absatz 3 SGB II versuchen *können,* diese Kostgänger loszuwerden, indem für sie ein Antrag auf Sozialhilfe gestellt wird. Der Paragraf stellt aber keine Ermächtigung dar, einfach die Leistungen einzustellen!

Auch die Vereinbarung selbst verlangt laut Seite 158 des Untersuchungsberichtes: „Bis zur Entscheidung der Einigungsstelle hatten die Agentur für Arbeit und der kommunale Träger die Grundsicherung für Arbeitssuchende weiter zu erbringen.“ Vor einer **Leistungseinstellung** hätte die Bagis also für Kevins Ziehvater, der sich auf der Krankenkassenliste befand, einen Sozialhilfeantrag stellen und dessen Bewilligung abwarten *müssen.*

In den Ergänzungen zum SGB II wurde auch die Klagebefugnis der Behörden gegeneinander eingearbeitet. Und nicht vergessen: Warum wurden fast alle Sozialhilfeempfänger zur Bagis geschoben? Damit Bremen Geld spart! Die Krankenkassen haben sich gewehrt, weil die Kosten der Krankenversorgung durch den ALG-II-Beitrag nicht gedeckt sind. Die Bagis hat die Mitteleinstellung und Verweisung an das Sozialamt auch bei akuten Erkrankungen mit einer voraussichtlichen Dauer von über sechs Monaten praktiziert! Ich bin von der Akzeptanz der menschenverachtenden Praxis der Bagis sehr überrascht. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Ich wähle andere Politiker!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Bagis, Jugend- oder Sozialamt: Welche Behörde trägt *mehr* Mitschuld an Kevins Tod? *(„Erwerbslosenforum“)*

Bremen entgeistert: Sozialsenatorin lässt sich vor den Belangen ihrer Wähler(innen) durch gedungene Leibwächter schützen *(„Sozialer Lebensbund“)*

Nicht über 20 Stunden: Ulmer Sozialgericht hält Ein-Euro-Jobs teilweise für rechtswidrig *(„Gegen Hartz“)*

„Zu langsam“: Bundestag speist Putzkräfte mit Dumpinglöhnen ab *(„Spiegel-Online“)*

Linke hat noch Fragen zu Kevin

Kevins mutmaßlicher Mörder hatte einen Monat lang kein ALG II bekommen. Dazu soll Bundesregierung etwas sagen

Drei Tage vor der Bremer Bürgerschaftswahl greift die Fraktion der Linken im Bundestag das Thema „Kevin“ auf. In einer kleinen Anfrage an die Regierung möchte die Linke Genaueres über die Umstände wissen, unter denen es möglich ist, ALG-II-Empfänger als „erwerbsunfähig“ zu deklarieren und ihnen damit Zahlungen zu verweigern. Dieses war Kevins Ziehvater Bernd K. widerfahren, der den Zweijährigen zu Tode geprügelt haben soll.

Der genaue Zeitpunkt des Todes ist bisher nicht geklärt, er könnte aber in den Monat datieren, in dem Bernd K. kein Arbeitslosengeld II erhalten hatte. Dieses war ihm erst wieder ausgezahlt worden, nachdem er erfolgreich gegen die Zahlungseinstellung geklagt hatte. Die ihm als Erwerbsunfähigen zustehende Sozialhilfe – für die nicht die Bundesagentur für Arbeit, sondern die Kommune zuständig ist – hatte er offenbar nicht beantragt.

Die Linke begehrt jetzt von der Bundesregierung Aufklärung darüber, seit wann ihr die „Überleitung von Personen in die Sozialhilfe ohne gesondertes Verfahren bekannt“ ist und ob es weitere Kommunen gibt, in denen diese Praxis üblich ist. Insbesondere interessiert die Fraktion dabei, in wie vielen Fällen dabei Leistungen zur Sicherheit des Lebensunterhaltes – Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe – verzögert ausgezahlt wurden und ob Familien mit Kindern betroffen waren.

„Welche Maßnahmen wären nötig, um den Schutz des Kindeswohls in solchen Fällen zu verbessern“, heißt es in der Anfrage. Außerdem wird die Bundesregierung gefragt, „welche Konsequenzen“ sie aus „der **zeitlichen Parallelität** zwischen der **Verweigerung von Leistungen zum Lebensunterhalt** durch die Bagis und dem **Tod von Kevin**“ zieht.

Kevin war im Oktober 2006 tot im Kühlschrank von Bernd K. gefunden worden. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen Mordes und Misshandlung Schutzbefohlener gestellt.

„Tageszeitung Nord“, 11. Mai 2007

Donnerschlag: Umweltschutz-Vorreiter lässt Klimagipfel platzen *(„Spiegel-Online“)*

Überwiegend amüsiert: Junge Arbeitslose brauchen keine Propaganda anzuhören für das Töten auf Befehl als Beruf *(„Erwerbslosenforum“)*

Entzug von Leistungen nach SGB II und Wahrung des Kindeswohls

Schlussfolgerungen aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses der Bremischen Bürgerschaft zum „Fall Kevin“

Der Tod des kleinen Jungen Kevin K. erschütterte im Jahre 2006 die deutsche Öffentlichkeit. Zur umfassenden Aufklärung der Verantwortung staatlicher Stellen für den Tod des Kindes wurde von der Bremischen Bürgerschaft ein Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von mutmaßlichen Vernachlässigungen der Amtsvormundschaft und Kindeswohlsicherung durch das Amt für Soziale Dienste eingesetzt, der im April 2007 einen Abschlussbericht vorlegte (Bremische Bürgerschaft Landtag, Drs. 16/1381). Der Abschlussbericht geht im Abschnitt 3.2.1.10 auf die Bremer Praxis der „Umsteuerung“ von Menschen „vom Arbeitslosengeld II in die Sozialhilfe“ (Seite 158) ein, von der auch der Ziehvater von Kevin betroffen war.

In diesem Zusammenhang referiert der Bericht das Vorgehen der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (Bagis) im Vorfeld des Todes von Kevin K. Insbesondere die Analyse des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (Schreiben an das BMAS und die Bundestagsfraktionen vom 30. April 2007) stellt die Frage nach der Rolle der Sozialbehörden und der Sozialgesetzgebung im „Fall Kevin“ und gibt Anlass zu weiterführenden Fragestellungen, die im Rahmen des Berichts nicht behandelt wurden. Aus dem Bericht der Bremischen Bürgerschaft ergibt sich folgendes Bild:

- Im Laufe des Jahres 2005 wurde zwischen Bundesagentur für Arbeit/Bagis, Krankenkassen und dem Bremer Amt für Soziale Dienste eine Vereinbarung getroffen, nach der die Krankenkassen Personen ohne besonderes Verfahren (ärztliche Gutachten, Anhörung der Betroffenen etc.) für eine Überleitung aus dem Arbeitslosengeld II in die Sozialhilfe vorsehen sollten. Im Rahmen der Vereinbarung wurde davon ausgegangen, dass bei Personen, die aufgrund ihrer Krankengeschichte hohe Krankenkassenkosten verursachten, ein gewichtiges Indiz dafür vorlag, dass sie nicht erwerbsfähig seien. Des Weiteren wurde vereinbart, dass diese Personen ohne besonderes Verfahren in die Sozialhilfe überzuleiten seien.
- Im Fall des von diesem Verfahren betroffenen Ziehvaters von Kevin spielte sich die „Umsteuerung“ in die Sozialhilfe so ab, dass er mit Bescheid vom 28. Februar 2006 schriftlich und ohne vorherige Anhörung oder amtsärztliche Untersuchung vom Wegfall seiner Erwerbsfähigkeit und der Einstellung der Zahlung von Arbeitslosengeld II ab dem 1. April 2006 unterrichtet wurde. Trotz eines vorliegenden Widerspruchs, den der Ziehvater gegen den Bescheid am 16. März 2006 eingelegt hatte, und ohne Vorliegen einer Entschei-

dung der Einigungsstelle wurde zum April 2006 die Zahlung von Arbeitslosengeld II eingestellt.

- Nach dem zeitweiligen Erfolg des Widerspruchs wurde von der Bagis weiterhin daran festgehalten, den Ziehvater von Kevin in die Sozialhilfe überzuleiten. Die mehrfache Aufforderung zur Vorstellung beim ärztlichen Dienst wurde von diesem nicht befolgt, woraufhin die Bagis die verzögerte Zahlung von Leistungen als Druckmittel anwandte.
- Aus der Tatsache, dass der Ziehvater von Kevin über einen ganzen Monat die laufenden Ausgaben aus einer Kindergeldnachzahlung bestritt, ergibt sich, dass auch die von der Familienkasse der Arbeitsagentur zu verantwortende Zahlung des Kindergelds mit erheblichen Zeitverzögerungen erfolgte.
- Im Bericht finden sich keine genauen Angaben darüber, ob und inwieweit vor oder während des Verfahrens, das zur Einstellung und Verzögerung der Leistungsgewährung an den Ziehvater von Kevin durch die Bagis oder die Familienkasse der Arbeitsagentur führte, hinreichend genau überprüft wurde, ob die Verweigerung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht nur den betroffenen Elternteil („Elternwohl“), sondern auch das Kindeswohl beeinträchtigen kann.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Seit wann ist der Bundesregierung die oben genannte Vereinbarung über die Überleitung von Personen in die Sozialhilfe ohne besonderes Verfahren bekannt?
2. Sind der Bundesregierung weitere derartige Vereinbarungen bekannt, die seit 2005 in der Bundesrepublik geschlossen wurden? Wenn ja, bitten wir um eine detaillierte Auflistung der Vereinbarungen unter Nennung der am Abschluss beteiligten Partner, des Zeitpunkts des Abschlusses sowie der wichtigsten Vereinbarungsinhalte.
3. Steht die Praxis, Personen ohne vorherige Anhörung und ohne amtsärztliche Untersuchung in die Sozialhilfe überzuleiten, im Einklang mit den Vorschriften in § 44a SGB II und mit der dazu gehörigen Weisung der Bundesagentur für Arbeit? Wir bitten jeweils um eine Begründung der Einschätzung der Bundesregierung. Wenn nein, bitten wir um Auskunft darüber, welche Anstrengungen die Bundesregierung unternommen hat, um diese Praxis zu unterbinden.
4. Wie viele Personen wurden seit dem 1. Januar 2005 ohne besonderes Verfahren, insbesondere ohne vorherige Anhörung und ärztliche Untersuchung, in die Sozialhilfe übergeleitet (bitte nach Bundesländern differenzieren)?
5. **Wie garantiert die Bundesregierung die Erfüllung des Verfassungsauftrags zur Sicherung des Existenzminimums aller Bürger vor dem Hintergrund der Verzögerung der Auszahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Mittel zur Erzwingung von bestimmten Erledigungen oder Verhaltensweisen bei den betreffenden Personen?**

6. In wie vielen Fällen wurden in diesem Zusammenhang bundesweit seit dem 1. Januar 2005 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts verzögert ausgezahlt? In wie vielen Fällen waren Kinder von solchen Vorgängen direkt oder indirekt betroffen (bitte nach Bundesländern differenzieren)?
7. Welche zentralen oder regional gültige Anweisungen oder Handlungsempfehlungen des BMAS oder der aufsichtführenden Stellen existieren, die eine Verzögerung der Leistungsauszahlung an Personen zur Sicherung des Lebensunterhalts im oben genannten Zusammenhang regeln? Wenn ja, bitten wir um eine detaillierte Auflistung der Anweisungen sowie der wichtigsten Regelungen.
8. In wie vielen Fällen kam es seit dem 1. Januar 2005 zu einer Verzögerung der Auszahlung des Kindergeldes an Personen, die gleichzeitig Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen (bitte nach Bundesländern differenzieren)?
9. Wie gewährleistet die Bundesregierung, dass im Falle der Verweigerung, Verzögerung, Reduzierung oder Kürzung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II auch für die direkt oder indirekt betroffenen Kinder in jedem Fall das Existenzminimum als zentrale Voraussetzung für die Sicherung des Kindeswohls abgesichert bleibt?
10. Welche Maßnahmen wären nötig, um den Schutz des Kindeswohls in solchen Fällen zu verbessern?
11. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu den vom Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe im Schreiben an das BMAS vom 30. April 2007 und den beigefügten Anlagen vorgetragene Analysen ein?
12. **Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der zeitlichen Parallelität zwischen der Verweigerung von Leistungen zum Lebensunterhalt durch die Bagis und dem Tod von Kevin K.?**

Gregor Gysi und Oskar Lafontaine
(Kleine Anfrage der Abgeordneten Klaus Ernst, Karin Binder, Lothar Bisky, Diana Golze, Katja Kipping, Elke Reinke, Volker Schneider, Axel Troost und der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag)

Der Wahlzirkus ist bald vorbei – unser Engagement geht weiter!

Nach langer Frühsommerperiode kam heute der Regen, dann fiel auch noch der Lautsprecherwagen aus. So flüchteten wir unter die Rathausarkaden und benutzten unser Megafon. Etwa 18 Mitstreiter waren gekommen zur 132. Montagsdemo

in Bremen am 7. Mai 2007 um 17:30 Uhr auf den Marktplatz. Vor der Nase hatten wir den Aufzug des Wahlzirkus: Um Rathaus und Bürgerschaft drängten sich die Medien-LKWs. Alles muss fertig sein, wenn am Mittwoch erst Gysi und am Freitag noch „Angie“ kommt!

Obwohl wir uns für unsere Wahl-Beiträge schöneres Wetter und mehr Zuhörer gewünscht hätten, gab es doch allerlei über den Bremer Senat und seine Politik gegen Stadt und Bevölkerung zu berichten, von den Zwangsumzügen über die Zustände im Sozialressort oder den Skulpturengarten bis zum sagenumwobenen Kanzlerbrief. Wie viele Skandale haben sich doch in den letzten vier bis zwölf Jahren hier ereignet!

Wir berichteten vom Regionaltreffen der norddeutschen Montagsdemos in Hannover und wie wir die Mitstreiter aus Hannover und Hamburg in ihrem Kampf gegen Drangsalierung und Kriminalisierung der Montagsdemobewegung stärken können. Unterstützt breit den „Appell an die demokratische Öffentlichkeit“! Wir wollen die Hannoveraner Mitstreiter am 11. Juni 2007 bei ihrem Protest und der ersten Verhandlung aktiv unterstützen!

Zum Positiven der letzten Woche gehörte die kämpferische Warnstreikaktion der Bremer Metaller von Daimler-Chrysler bis Airbus und auch der Telekom-Kollegen von Verdi, die in einer Art „Offenem Mikrofon“ von der Stimmung in ihren Betrieben berichteten. Der schnelle Abschluss von 4,1 Prozent spiegelt die Angst der Metallunternehmer vor kampfbereiten Arbeitern und Angestellten wider.

Am 14. Mai ist das Wahlgetöse zum Glück vorbei, denn an der neoliberalen volksfeindlichen Politik der Monopole und ihrer Regierungsvertreter in Bremen und Berlin, welcher Couleur auch immer, wird sich nichts ändern. Aber *wir* wollen einiges ändern, nach wie vor! Dazu gehört auch, dass wir uns selber verändern und noch breiter werden in unserem Protest, in den Ideen unserer Aktionen und im Erreichen der Menschen, sich selber Mut zu machen und aktiv zu werden. Also auf ein Neues am 14. Mai 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Minus zehn Prozent: Bremer Wähler erteilen der Großen Koalition eine deutliche Absage *(„Tagesschau“)*

„Historischer Sieg“: Linkspartei zieht erstmals in westdeutsches Parlament ein, Grüne mit Rekordergebnis *(„Spiegel-Online“)*

Spart endlich an der Rüstung!

Die Welt steht am Abgrund eskalierender Kriege und Kriegsvorbereitungen. Seit der US-Invasion in den Irak wurden Zigtausend Menschen getötet, Millionen sind auf der Flucht, das Land versinkt im Chaos. In Afghanistan entwickelt sich unter US-Führung wieder ein offener Krieg – und die Bundeswehr ist dabei. Ein Krieg gegen den Iran wird von der US-Regierung vorbereitet, sogar der Einsatz atomarer Waffen wird dabei nicht ausgeschlossen.

„Antiterrorkrieg“ und „humanitäre“ Intervention dienen vor allem als Vorwand zur Sicherung von Rohstoffen und Energieressourcen. Ein verfassungswidriger Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee wird per „Weißbuch“ festgeschrieben.

Anlässlich des G8-Gipfels fordern wir: Sofortige Beendigung des US-geführten Krieges im Irak! Keine logistische Unterstützung für den Krieg von deutschem Boden! Abzug aller deutschen Truppen aus Auslandseinsätzen – keine Tornados für Kriegseinsätze in Afghanistan! Unterstützung für einen lebensfähigen palästinensischen Staat, der ebenso wie Israel nur in gesicherten Grenzen existieren kann! Keine Kriegsdrohungen gegen den Iran! Stopp aller neuen Rüstungsprogramme und Kriegsplanungen in Deutschland!

Wir fordern von der Bundesregierung entschiedene Schritte zur Abrüstung, friedlichen Lösung politischer Krisen und zum Aufbau einer gerechten und solidarischen Welt. Spart endlich an der Rüstung! Die Friedensbewegung ruft auf zur **Demonstration** am **2. Juni 2007** in **Rostock** gegen den **G8-Gipfel** in **Heiligendamm**. Kriege beenden statt Kriege vorbereiten! Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!

Willi van Ooyen („Bundesausschuss Friedensratschlag“)

Vollkommen überrascht: Karo Linnert hüllt sich zum Wahlsieg
in Sack und Asche *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Busse nach Heiligendamm

Zur **Großdemo** am **2. Juni 2007** in **Rostock** werden aus Bremen Busse fahren. Ab jetzt kann mensch Tickets kaufen. Der Spaß kostet acht Euro für die Hinfahrt; 14 Euro hin und zurück (zehn Euro ermäßigt). Die Busse fahren am 2. Juni morgens hin und abends wieder zurück. Auf dem Rückweg gibt es Zwischenstopps bei den Protestcamps, sodass Leute, die dableiben wollen, aussteigen können.

Erhältlich sind die Tickets im „AStA“-Büro an der Uni, im „Bremer Infoladen“, im „Buchladen Ostertor“, im „Kafé Kurschluss“ in der Neustadt und bald wahr-

scheinlich auch im DGB-Haus. Die Ticketpreise sind nicht kostendeckend! Wenn Leute mehr zahlen können, freuen wir uns. Außerdem wäre es gut, wenn alle, die schon wissen, dass sie fahren wollen, sich ihr Ticket möglichst bald kaufen, damit wir besser planen können.

Zuschrift von Lea Voigt

Sollbruchstelle der Großen Koalition in Bremen: Merkel bekräftigt Nein zu gesetzlichem Mindestlohn *(„Spiegel-Online“)*

SPD geschockt: In Bremen liegt ab heute der Fixpunkt linker deutscher Politik *(„Spiegel-Online“)*

„Sieht schlecht aus“: Starker Segelohrmeister weg vom Fenster *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

133. Bremer Montagsdemo am 14. 05. 2007

Klare Absage an die Große Koalition

1. Schamlos wird sich unserer Demokratie bedient oder dessen, was davon noch übrig ist. Ich bekomme täglich mehr Angst, dass wir unserer Grundrechte Stück für Stück beraubt werden!

Die deutschen Sicherheitskräfte wollen Ausschreitungen am Rande des **G8-Gipfels** in Heiligendamm mit allen „rechtsstaatlichen“ Mitteln verhindern. Dazu sollen auch 1.100 Soldaten eingesetzt werden. Zudem bereitet Mecklenburg-Vorpommern im großen Stil **Massengefängnisse** für Globalisierungsgegner vor. Inzwischen besteht für die Einrichtung solcher Sammelstellen bei Großveranstaltungen sogar eine gesetzliche Pflicht. Außerdem will das Land die gesetzlichen Möglichkeiten zur vorbeugenden Haft für mutmaßliche Gewalttäter voll ausschöpfen.

Schäuble drohte gewaltbereiten Störern des Gipfels mit vorbeugender Haft. Er sagte der „Blöd“-Zeitung: „Die Polizeigesetze der Länder sehen den sogenannten Unterbindungsgewahrsam vor.“ Danach können Störer je nach Bundesland bis zu 14 Tage in Polizeigewahrsam genommen werden, wenn es tatsächliche Anhaltspunkte für geplante Straftaten gibt. Die entscheidende Frage ist also: Wann steht eine Straftat „unmittelbar“ bevor? Das Polizeigesetz von Mecklenburg-Vorpommern nennt hier mehrere mögliche Indizien, zum Beispiel dass jemand die Begehung von Straftaten ankündigt oder entsprechende Flugblätter und Transparente mit sich führt. Auch wer Waffen und Werkzeuge, die zur Tatbegehung bestimmt sind, bei sich trägt, kann in Gewahrsam kommen.

Laut Gesetz genügt es schon, sich in einer Gruppe aufzuhalten, bei der Einzelne entsprechend ausgerüstet sind und die anderen „den Umständen nach hiervon Kenntnis haben“ müssen. Über den Gewahrsam entscheidet dann aber nicht der Bundesminister Schäuble, sondern die Landespolizei vor Ort. Sie muss allerdings „unverzüglich“ eine richterliche Entscheidung herbeiführen. Der Gewahrsam muss beendet werden, wenn die Gefahr vorbei ist, etwa weil die Demonstration zu Ende ist.

Den heftig umstrittenen Einsatz der Bundeswehr zur Terrorabwehr im Innern bezeichnete Schäuble in einem weiteren Interview als alternativlos. „Wir brauchen eine Verfassungsänderung, damit wir die Fähigkeiten der Bundeswehr gegen diese Gefahren nutzen können“, sagte der Innenminister den Dortmunder „Ruhr-Nachrichten“. Die Gefahr von Terroranschlägen sei nicht nur abstrakt, sondern auch schon sehr konkret gewesen. „Das haben wir bei den Kofferbomben erfahren, die glücklicherweise nicht funktionierten.“

Hat dieser Innenminister eine Phobie? Der Begriff „gewaltbereite Störer“ ist doch dehnbar wie Kaugummi! Kommen dann Tausende Menschen in Haft? Dieser Schäuble ist eine Gefahr für unsere Verfassung! Wenn es ihm erst mal gelungen sein sollte, die Soldaten auch im Innern des Landes einsetzen zu dürfen, wissen wir ja, mit welchen Repressalien wir störenden Demonstranten zu rechnen haben werden!

2. Zunächst konnten wir in der Zeitung von einem Einsatz der etwas anderen Art lesen: Ein Bundeswehrwerbeoffizier wurde in der Wuppertaler Arbeitsagentur „ getortet“. Letzten Donnerstag sollte im dortigen „Berufsinformationszentrum“ eine **Propagandaveranstaltung** für Berufsanfänger stattfinden, um für das **Töten auf Befehl als Beruf** zu werben. Der Stabsoberbootsmann H. konnte seinen Vortrag jedoch nicht halten, da er zuvor gezielt eine Torte ins Gesicht bekommen hat.

So weich, so süß und lecker käme er bei einem militärischen Einsatz nicht davon! Damit setzt sich die Reihe der Störungen von Bundeswehrveranstaltungen in Arbeitsämtern fort, nachdem schon in Köln und Bielefeld antimilitaristische Aktionen stattgefunden haben. Die Bundeswehr wirbt oft damit, größter Arbeitgeber zu sein und sichere Arbeitsplätze mit sicherem Gehalt zu schaffen. Womit sie nicht werben ist, dass ein Rekrut auf Befehl töten muss!

Egal ob in Auslandseinsätzen oder im Bereich der Logistik in Deutschland, das Ziel bleibt weiterhin Krieg. Und Krieg heißt Menschen töten, nicht etwa Frieden schaffen! Wir wollen hier keine Verhältnisse wie in Amerika, wo die Ärmsten der Armen oft nur deshalb zur Armee gehen, weil sie sonst keine Ausbildung bekommen können!

3. Ob **Dickleibigkeit** bei Kindern oder wachsende **Kriminalität** bei Jugendlichen – der Psychologe, Jugendforscher an der Universität Bielefeld und Leiter der Shell-Jugendstudie 2006, Professor Klaus Hurrelmann sagt, dass „viele ohne Chance“ sind. Er weist den Familien und den Schulen die Hauptverantwortung für diese Phänomene zu. Zwei Millionen Kinder in Deutschland gelten als zu dick.

Ein strukturierter Tagesrhythmus mit gemeinsamen Mahlzeiten und festen Umgangsregeln, die eine angenehme Atmosphäre herstellen, sind für ein gesundes Essverhalten ebenso wichtig wie die Frage, was gegessen wird. Schlecht ist es, wenn jeder getrennt vor seinem Fernseher oder Computer sitzt und dort alleine isst. Wenn Fernsehen und Computerspiele den Sport und Bewegung überhaupt ersetzen, ist das ein Grund für Übergewicht bei Kindern.

Der übermäßige Medienkonsum hindert das Kind an einer selbstgestalteten Lebensführung: Entfaltet es einen eigenen Plan, ist es aktiv und will sich etwas Neues erschließen, oder sieht es keine Perspektive und lässt sich träge in den Tag hineinfallen? Viele erliegen der Attraktivität eines Computers: Das Kind kann hier alles tun, was in der realen Welt nicht funktioniert. In der faszinierenden Ersatzwelt des virtuellen Raumes braucht sich das Kind nicht selbst zu bewegen.

Aufklärende Appelle der Bundesregierung werden wohl kaum ausreichen, um gegen das Übergewicht anzukämpfen. Der Vorschlag, ein interdisziplinäres Fach einzuführen, das nicht nur die Zusammensetzung von Nahrungsmitteln behandelt, sondern auch Spaß bei der Zubereitung von Essen vermittelt und lehrt, dass Nahrungsaufnahme ein gesellschaftliches und soziales Ritual ist, ergäbe nur dann Sinn, wenn allen die finanziellen Möglichkeiten gegeben sind, sich gesund zu ernähren.

Nach der vergangene Woche vorgestellten Polizeistatistik nahm 2006 die Kriminalität in Deutschland zwar ab, doch stieg die Zahl der Gewalttaten von Jugendlichen an. Laut Hurrelmann führen auch hier alle Spuren in die Familie. Eltern, die selbst mit ihrer Lebensgestaltung überfordert sind, können ihren Kindern nicht den Halt und einen Tages- und Lebensrhythmus geben, den diese dringend brauchen. Die Kinder verlieren darüber das Vertrauen nicht nur in Vater und Mutter, sondern auch in sich selbst.

Wenn sie dann auch noch in der Schule und bei Gleichaltrigen nicht die Anerkennung und Aufmerksamkeit finden, nach der sie verlangen, rasten sie aus. Sie suchen über Aggressionen und Gewalt nach dem Kick, der ihnen sonst im Leben fehlt. Diese Gruppe wird leider immer größer. Etwa zehn bis 15 Prozent der Jugendlichen, darunter vor allem junge Männer, kommen mit den Anforderungen in der Schule, in der Familie und in gleichaltrigen Gruppen nicht zurecht. Sie reagieren darauf mit Ohnmacht, und einige wandeln diese in Aggression um. Drogen und Alkohol werden zwar insgesamt weniger von Jugendlichen konsumiert, von einigen wenigen dafür aber um so exzessiver. Ebenso ist es mit der Gewalt.

Dieser kleine, extreme Teil der Jugendlichen zeigt drei Reaktionsformen auf unbewältigten Anforderungsdruck: Aggression, Konsum legaler oder illegaler Drogen und eine nach innen gerichtete psychosomatische Belastung bis hin zur **Depression**. Alle drei Reaktionen haben unter diesen zehn bis 15 Prozent der Jugendlichen zugenommen. Etwa ein Viertel der Jugendlichen ist ohne Chancen in Ausbildung oder Beruf. Es ist sehr schade, dass Professor Hurrelmann sich gar nicht über die Ursachen auslässt, wie zum Beispiel gesellschaftliche Ausgrenzung durch mangelnde Bildung und Hartz IV. Es ist immer leichter, individuelle Gründe vorzuführen, deren Ursache in den Familien liege!

4. Etwa 40 Prozent aller Beschäftigten haben „**extrem flexible**“ **Arbeitszeiten**. Nur noch für knapp 13 Prozent der Beschäftigten in Deutschland gilt die klassische „Normalarbeitszeit“, das heißt, sie arbeiten zwischen 35 und 42 Stunden, von montags bis freitags ohne Schichtdienst, Überstunden oder Gleitzeit. Seit

1989 hat sich diese Quote halbiert. Das zeigt eine Analyse der Arbeitszeitforscher Hartmut Seifert, Hermann Groß und Georg Sieglen.

„Flexible Arbeitszeitmuster haben die Oberhand gewonnen“, resümieren die drei Experten aus dem „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut“ (WSI) in der „Hans-Böckler-Stiftung“, von der „Sozialforschungsstelle Dortmund“ und aus dem „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) in der aktuellen Ausgabe der „WSI-Mitteilungen“. Die Forscher unterscheiden nach „moderaten“ und „extremen“ Formen der Flexibilisierung. Als „moderat“ definieren sie beispielsweise Teilzeitarbeit und Arbeit in Zwei-Schicht-Systemen.

Als „extrem flexibel“ qualifizieren die Wissenschaftler drei Arbeitszeitmuster: Überlange Wochenarbeitszeiten von mehr als 42 Stunden, die im Jahr 2003 rund 29 Prozent aller Beschäftigten zu bewältigen hatten; bei 15 Prozent schwankte die Arbeitszeit um mindestens 20 Stunden in der Woche; knapp sechs Prozent der Beschäftigten mussten sich mit Mehrschicht- und Nachtarbeit arrangieren. Dabei gibt es Überschneidungen, etwa Arbeitszeiten, die sowohl sehr lang sind als auch stark schwanken.

Insgesamt sehen die Forscher 40 Prozent aller Beschäftigten von „extremer Flexibilisierung“ betroffen. Extreme Formen von Schichtarbeit sind aber auch in Betrieben verbreitet, die rund um die Uhr soziale Dienstleistungen erbringen und überwiegend Frauen beschäftigen, etwa im Gesundheits- und Pflegebereich. Für sie dürfte sich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie kaum erzielen lassen“, warnen die Forscher.

5. Das „**Aktionsbündnis Sozialproteste**“ (ABSP), ein bundesweites Netzwerk von Erwerbslosen- und Sozialprotestinitiativen, beschloss bei seinem bundesweiten Treffen am 12. Mai 2007 in Peine, im Herbst 2007 eine Kampagne gegen prekäre Beschäftigung durchzuführen.

Die „Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik“ der Bundesregierung hat am 9. Mai ihren Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Edgar Schu, Sprecher des ABSP, lehnt im Namen des Aktionsbündnisses die dort gemachten Empfehlungen ab. „Das Ziel von Arbeits- und Sozialpolitik muss darin bestehen, die Aushöhlung des Sozialversicherungssystems rückgängig zu machen und ein **menschenwürdiges Leben für alle** zu ermöglichen. Durch Zwang zur Arbeit oder zunehmende materielle Bedrängnis, wie die von der Bundesregierung empfohlene ‚Bürgerarbeit‘ und die Reduzierung der Zuverdienstmöglichkeiten für ALG-II-Empfänger, entstehen aber keine neuen, existenzsichernden, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.“

Im Gegenteil würden die Menschen gezwungen, aus der immer größeren Repression als Erwerbslose in Niedriglohnverhältnisse, wie zum Beispiel einen immer weiter ausufernden Leiharbeitssektor, zu flüchten. Die Bürgerarbeit wäre eine weitere Verschärfung des sanktionierten Zwanges zu Niedriglohn. Aus Niedrig- und Armutslöhnen würden aber keine soliden finanziellen Grundlagen für die Sozialversicherungen aufgebaut.

„Die Zeit ist reif für einen kürzeren, voll bezahlten Normalarbeitstag. Um den Weg dafür frei zu machen, muss in dieser Gesellschaft ein menschenwürdiges Einkommen sowohl mit als auch ohne Arbeit ausgezahlt werden können“, so Schu. „Die Unternehmen lassen aber keine Arbeitszeitverkürzung bei Lohn- und Personalausgleich zu, und die Belegschaften in den Betrieben stehen unter der zunehmenden Angst vor Drangsalierung, die mit drohender Arbeitslosigkeit verbunden ist“, gab Schu zu bedenken.

6. Die **Wähler in Bremen** haben der Großen Koalition in ihrem Bundesland eine deutliche Absage erteilt. Die „Linke“ ist in Bremen mit 8,4 Prozent (einem Plus von 6,7 Punkten) und sieben Sitzen das erste Mal in einem Landesparlament der alten Bundesrepublik. Aber ob die Große Koalition wirklich abgewählt ist, sei dahingestellt!

Bei einem Regierungswechsel zu Rot-Grün in Bremen würden CDU und SPD ihre Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat verlieren. Damit hätten sie es schwerer, die Verfassung zu ändern. Bremen mit seinen drei Stimmen in der Länderkammer würde dann dem sogenannten „neutralen Block“ zugerechnet. Die schwarz-rote Mehrheit im Bundesrat von derzeit 47 der 69 Stimmen läge aber immer noch bei komfortablen 44 Stimmen.

Die SPD hat ihre Hochburg Bremen trotz Verlusten verteidigt. Sie kann damit die seit zwölf Jahren bestehende Große Koalition mit einer geschwächten CDU fortsetzen oder sich für ein Bündnis mit den Grünen entscheiden. Dabei gibt es gar keine Frage: Die Weisung aus Berlin wird sein (und befolgt werden), die Große Koalition fortsetzen! Ich hoffe inständig, Unrecht zu haben! Im Hinblick auf 2009 wäre das andere vielleicht cleverer – wie man es nimmt.

Die CDU würde das Nichtzustandekommen dieser Koalition natürlich sofort ausschlachten und der SPD die Schuld für den Mehrheitsverlust in Berlin nebst den dazugedichteten Folgen geben. Die SPD ist so oder so der Buhmann. Im Moment hat die SPD nur eine Chance: die Flucht nach vorne anzutreten und die Koalition auch in Berlin aufzulösen. Die Begründung „wegen Nichtzustandekommens einer sinnvollen Lösung des Mindestlohnproblems, wegen der Auslandseinsätze, des debilen Herumgesöders am Bundespräsidenten und des falschen Willens der CDU in Energie- und Arbeitsmarktpolitik“ würde Millionen Wähler zurück zur SPD bringen!

Elisabeth Graf (parteilos)

Spaltung der Gesellschaft: Die Unterschicht
hat nichts vom Aufschwung *(„Netzeitung“)*

Fahr zur Hölle: Daimler verschenkt Chrysler *(„Spiegel-Online“)*

Fracksausen: Schäuble dämpft Warnung vor „Links-Terror“ *(„Spiegel-Online“)*

Linke mobilisiert Nichtwähler

Nur 21,5 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung haben der SPD als stärkster Partei ihre Stimme gegeben. 42 Prozent haben nicht gewählt. Dann gab es auch noch ein Gutteil, das bewusst ungültig gewählt hat. Gestern Abend schon und heute erst recht zeigt sich die Arroganz der Macht: Die einen sprechen davon, dass die „Sanierungspolitik ohne Wenn und Aber durchgesetzt“ werden muss (CDU), während etwa Hubertus Heil (SPD) erklärt, dass Bremen ein Sonderfall sei, der nicht auf andere Länder übertragen werden könne. Also weiter so!

Dass keine 60 Prozent mehr zur Wahl gehen, interessiert die da oben ja gar nicht. Sie setzen die Politik fürs Kapital durch: Hartz IV für ganz Europa, EU-Verfassung für eine Monopol-Diktatur in Europa auf militärischer Grundlage und Regieren hinter Mauern und Zäunen, von staatlichen und privaten Sicherheitsdiensten bewacht, wie beim G8-Gipfel, das soll die Zukunft sein. Nein danke!

8,4 Prozent haben die Linke gewählt, ich auch. Manche, wie auch ich, mit großen Zweifeln; aber jetzt sind die sieben Abgeordneten gefordert, „Unruhe und Transparenz“ herzustellen und aktive Opposition zu machen, wie sie es proklamiert haben. Nach ersten Wahlanalysen war die Linke die einzige Kraft, die Wähler aus dem Bereich der Nichtwähler mobilisieren konnte. Das sind alles Menschen, die Hoffnungen haben und Vertrauensvorschuss gegeben haben, den die Linke jetzt einlösen muss! Wir von der Montagsdemo-Bewegung werden das kritisch begleiten und jede Anbiederung an irgendwelche Regierungspolitik offen zur Sprache bringen.

Die Grünen als Oppositionspartei haben mit 16,4 Prozent ebenfalls einen großen Erfolg erzielt. Sie schielen jetzt aber zu sehr auf die Neuauflage einer rotgrünen Koalition. Bei einer so volksfeindlichen SPD werden sie wie unter Schröder nur diejenigen sein, die nicht viel ändern können und dann auf die offizielle Regierungspolitik einschwenken müssen, Klimaschutz hin oder her.

Den Wahlabend habe ich am Radio verfolgt. Interessant war, wie lange man den Erfolg der Linken auszublenden, kleinzureden oder abzuqualifizieren suchte. Immer wieder wurde über das Abschneiden der „Liberalen“ oder der DVU gelabert, aber die Linke kam nicht zu Wort. Wir kennen das: „abgestufte Chancengleichheit“, Nichtberücksichtigung bei Wahlinfos und Sprüche wie „Demokratie zerfasert an den Rändern“. Genau derselbe Ton heute im „glücklichen“ „Weser-Kurier“.

Wenn Bremen auch klein ist und vielleicht das Wahlergebnis schnell in die Schubladen des Vergessens gepackt wird, eines kann uns aufmuntern: Selber

aktiv werden, uns noch breiter miteinander verbinden und neue Möglichkeiten der Einflussnahme und Öffentlichkeit herstellen. Wir rufen die Linke auf, wieder zur Montagsdemo zu kommen und den parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf zu verbinden!

Ich finde es gut, wenn Herr Böhrnsen für eine Koalition mit der Linken, die zwar knapp aber auch möglich wäre, nicht zur Verfügung steht. Meinetwegen hätte er wie die ganzen SPD-Oberen gleich ihren Hut nehmen sollen. Arbeiten wir weiter daran, dass das passiert!

Jobst Roselius

Panik: SPD kommt an Linkspartei nicht mehr vorbei *(„Spiegel-Online“)*

Wo liegt Böhrnsens Verantwortung im Fall Kevin?

1. Bremen hat gewählt? Nein – eine geringe Mehrheit der hiesigen Wahlberechtigten hat gewählt, denn die Bremer Politiker haben durch Missachtung der Bürgermeinung und der Aktion „Mehr Demokratie“ die bisher schlechteste Wahlbeteiligung verursacht! Bei der sofortigen Umsetzung des Volksbegehrens hätten zwar viele Politiker ihren Posten verloren, aber die Demokratie wäre gestärkt aus dieser Wahl hervorgegangen. So behalten diese Politiker ihre Pfründen, aber die Demokratie liegt darnieder! Das jetzige Alltagsgeschäft heißt, Mehrheiten zu finden. Das ist kein Problem, aber unbelastete Politiker sind eine Seltenheit! Wer wird sich etwa einen Röwekamp ans Bein binden, auf den ein Untersuchungsausschuss in Berlin wartet und dessen Polizeireform Nachwehen hat?

Wer sucht, sollte Klarschiff machen! Zu klären wäre auch, wo Böhrnsens persönliche Mitwirkung oder Unterlassung im Fall **Kevin** wirklich liegt. Die Darstellung im Untersuchungsbericht (Seite 75) ist lückenhaft oder sogar falsch: Sie offenbart nicht mehr als das, was schon ein halbes Jahr zuvor im „Spiegel“ stand! Zweckmäßig wäre diese Klarheit für die SPD – also einmal eine Schilderung aus der Erinnerung des Noch-Bürgermeisters, vollständig, ohne Zwischenfragen und Ablenkungen, ohne Weglassen oder Hinzufügen! Er kann sich aber auch einfach still und leise sich in sein Privatleben zurückziehen.

Parlamentspräsident Weber hat am Wahlabend die geringe Wahlbeteiligung beklagt, allerdings *ohne* auf das Volksbegehren einzugehen. Er hat auch Lobens-

wertes gesagt, aber nicht getan: Er möchte künftig nicht erst kurz vor der Wahl etwas gegen die Politikverdrossenheit tun, sondern täglich und laufend! Ist ihm dabei nicht auch die letzte Extrawurst der rauchenden Politiker unangenehm aufgestoßen? Wenn die Politiker solche Fettnäpfchen auslassen könnten, wäre viel positives Ansehen gewonnen! Fragen wir doch einmal nach ihren bestehenden Sondervorteilen! Herr Weber wollte das Sterbegeld für die Hinterbliebenen von Bremer Politikern abschaffen; damit sollte die Auswirkung der vergangenen Gesundheitsreformen auch für sie gelten. Lasst uns mit dieser Frage anfangen! Gleichzeitig mag Herr Weber erläutern, welche Abweichungen ihm sonst noch bekannt sind.

2. Gleichzeitig sollten wir die **Pressemitteilung** der Freien und Hansestadt Hamburg über die Aussetzung aller Kostensenkungs- und Umzugsaufforderungen bis zur Überprüfung der **Mietobergrenzen** zur Kenntnis nehmen, denn in Bremen wird ein sehr unredlicher Umgang mit den Betroffenen betrieben! Auch in Bremen sind diese Obergrenzen nicht zu begründen, auch hier ist ein neues Gutachten bestellt worden, aber in Bremen sind die Verfahren *nicht* ausgesetzt worden! Hier werden Bescheide ohne Rechtsgrundlage erlassen!

Wahlsiegerin Karoline Linnert hat alle Betroffenen aufgefordert, gegen diese Bescheide zu klagen! Dies ist identisch mit meinen bisherigen Ratschlägen. Bereits der Brief mit der Behauptung „Ihre Kosten der Unterkunft sind zu hoch“ ist ein Einschnitt in den Leistungsanspruch und insofern als Bescheid zu werten, auch wenn die Bagis anders argumentieren muss!

Was tun? Gegen den Brief (das Wort Bescheid steht dort nicht) Widerspruch einlegen und gegen die Ablehnung des Widerspruchs Klage erheben! Einfach hierher zur Montagsdemo kommen oder dienstags zwischen 16 und 19 Uhr ins „Hibiduri“, Thedinghauser Straße 2. Wir geben Unterstützung und gehen mit!

„Radio Bremen“ hat ein **Urteil** des Landessozialgerichtes Niedersachsen-Bremen zu den Kosten der Unterkunft (Az. L7 AS 494/05) mehrfach in den Nachrichten angekündigt und dann doch keine Meldung dazu gebracht. Dieses Urteil passt nicht in das Bremer Wunschdenken nach Rosenkötterart!

Der 7. Senat des Landessozialgerichtes Niedersachsen-Bremen hat sowohl die von der Arbeitsgemeinschaft „Job-Center in der Region Hannover“ für einen Ein-Personen-Haushalt zunächst festgesetzte Mietobergrenze einschließlich Nebenkosten (ohne Heizung) von 300 Euro monatlich als auch die im Verhandlungstermin von der Arbeitsgemeinschaft angebotene Mietobergrenze von 350 Euro monatlich als zu niedrig angesehen. Entsprechende Wohnangebote seien in der Stadt Hannover nicht in ausreichender Zahl vorhanden.

Das Landessozialgericht hat die Beklagte deshalb verurteilt, an die klagende Arbeitslosengeld-II-Bezieherin Unterkunftskosten von 385 Euro monatlich zu zahlen. In seiner mündlichen Urteilsbegründung hat der Vorsitzende des 7. Senats unter anderem ausgeführt, es sei Aufgabe der Behörde, wenn sie eine vertraglich vereinbarte Miete als zu hoch ansehe, durch die Vorlage von Mietspie-

geln oder anderen qualifizierten Mietdatenbanken nachzuweisen, dass genügend günstigerer Wohnraum vorhanden ist. Derartige Daten lägen für die Stadt Hannover jedoch nicht vor.

3. Wir gehen auch zur Demo am 2. Juni 2007 in **Heiligendamm**. Die Politik hat Wohnungen und Büros durchsuchen lassen, will aber für diese Aktion keine Verantwortung übernehmen! Gezielt wurde auf „militante Linksradikale“. Wer ist militant? Wer ist linksradikal? Am einfachsten ist „links“ zu bestimmen: alles, was links neben Schäuble ist! Aber militant und radikal, wo liegt der Unterschied? Scheinbar sollen sich diese beiden Begriffe gegenseitig verstärken!

Militante und Radikale, das sind Leute, die Polizeiabsperrungen durchbrechen oder auch nur listig umgehen! Polizeilich bekannt wurden viele Militante und Radikale in Bremen erstmals auf den beiden Demos gegen Rechts, gegen die Nazis. So einfach ist das in diesem Rechtsstaat: Die Polizei sperrt ab, auch wenn die Nazis längst über alle Berge sind, und wer die Absperrung überwindet, wird gejagt und festgenommen, und schon wieder hat man einen linken militanten Radikalen!

Eines ist wohl jedem Polizisten klar: Diese Demos waren und sind nicht gegen die Polizei gerichtet. Allerdings ist das Verhalten der meistens unerkannten Polizist(inn)en dem Ansehen der Polizei nicht förderlich! Ich verweise auf die Veranstaltung „Verhalten der Polizei auf Demonstrationen“ am 20. April 2007 und den verabschiedeten Appell an die Politiker und die Polizeiführung. Dieses Thema wird fortgesetzt!

Meldungen finden nicht unbedingt den Weg in die Medien: In Frankreich werden Autos angesteckt, immer noch, auch lange nach den bekannt gewordenen Unruhen in den Vorstädten. Doch Gewalt ist keine Lösung, sie trifft immer den Falschen! Die brennenden Autos gehören Arbeitern und Angestellten. Teilweise sind diese Autos schon älter, und Ärger mit der Versicherung ist vorhersehbar. Jetzt war in Frankreich Wahl. Im Zuge der Berichterstattung wurde auf einen Anstieg der Gewalttaten als Ausdruck des Protestes hingewiesen. Es brannten in den letzten Nächten wesentlich mehr Autos als in der Vorwoche! Im Durchschnitt wurden monatlich über 3.000 Autos in Brand gesteckt, diese Zahl wird im laufenden Monat wesentlich höher ausfallen! Die Brandserie reißt auch nicht ab, obwohl jede Nacht mehr als 100 Jugendliche verhaftet werden.

So sind wir Europäer dabei, die Zukunft unserer Jugend trostlos zu gestalten beziehungsweise noch zukunftsärmer! Im „Weser-Kurier“ ging es am Anfang eines Artikels um das *Körpergewicht,* zum Schluss wurde lapidar festgestellt: 25 Prozent aller unserer Jugendlichen sind chancenlos! Und wir lassen die weitere Demontage der Chancen zu! Auf allen Gebieten der Bildung und Ausbildung wird gespart, vernichtet, zurückgebaut. Die Gesellschaft schafft damit ein hochexplosives Pulverfass!

4. Mit der „Blauen Karawane“ sind wir zum Marktplatz gezogen, es ging um die Ein-Euro-Arbeitnehmer. Unterwegs mussten wir uns anhören: „Demonstrie-

ren und Krach machen, das könnt ihr! Geht lieber arbeiten!“ Doch unsere Gesellschaft kann genau dies nicht gewährleisten. Eine Vollbeschäftigung wird es nicht wieder geben, daher brauchen wir die **Akzeptanz der Erwerbslosigkeit**, ohne Ausreden, ohne Begründung! Bisher wird Erwerbslosigkeit nur bei Rentenbezug, Krankheit und Hausarbeit akzeptiert. Als „versöhnende Hand zur Gesellschaft“ entwickelt sich bei vielen Erwerbslosen eine gesundheitliche Beeinträchtigung zur Akzeptanz ihrer aussichtslosen Lage. Die Bagis sieht dies allerdings ganz anders, hierauf komme ich zurück!

Wie kann gegengesteuert werden? Durch einen Wiederaufbau des Bildungssystems in allen Ebenen; durch Abschaffung der Hauptschule, weil deren Schüler *keine* Berufschance haben; durch Erweiterung der Unis und Wiedererweckung der Erwachsenenschule. Vor allen Dingen muss die Gesellschaft Arbeitslosigkeit akzeptieren! Dazu müsste den Politikern abgewöhnt werden, Erwerbslose zwecks Stimmenfang zu verunglimpfen!

Die Erwerbslosenzahl in der Arbeitsmarktstatistik stimmt nicht mit der Wirklichkeit überein, darüber habe ich mehrfach berichtet. Nun ein weiterer Gesichtspunkt: Geduldete **Ausländer** müssen einen Arbeitsplatz finden, um nicht aus Deutschland abgeschoben zu werden. Der Arbeitsvertrag muss unbefristet und armutsfest sein, sie dürfen zum Beispiel keinen Antrag auf ergänzendes ALG II, Kinderzuschlag oder Wohngeld stellen. Wer einen Arbeitsplatz gefunden hat, muss bei der Ausländerbehörde vorsprechen und seinen Arbeitsvertrag genehmigen lassen; nur dann darf er in Kraft gesetzt werden.

Der Arbeitgeber ist mit Strafe bedroht, falls er diese Genehmigung nicht abwartet. So geht manches Arbeitsverhältnis zu Bruch, bevor es begonnen hat! Warum gibt diese überlastete Behörde den hoffenden Ausländern nicht die notwendigen Papiere im Voraus? Eine Ablehnung des Antrags ist auch bei einem Hungerlohn nicht möglich, schließlich kann keine ergänzende Sozialleistung beantragt werden! Warum also solch eine Praxis? Wenn diese ausländischen Mitbürger ihre Papiere hätten, wären sie auch arbeitssuchend und arbeitslos, müssten in der Arbeitsmarktstatistik mitgezählt werden, und Schluss wäre es mit den (ge)schön(t)en Erfolgsmeldungen!

Alle Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung gelten *nicht* für diesen Personenkreis! Es wird sehr deutlich, dass die Geschichte mit dem Arbeitsplatz vorgeschoben ist, um für die folgenden Maßnahmen eine Akzeptanz in Deutschland zu erreichen, aber international das Gesicht zu wahren. „Die Statistik zeigt doch: Es gibt genügend Arbeitsplätze!“ Wir können gegen diese Lügen etwas dagegen tun, jetzt und jeden Montag!

Wir laden jede Initiative zur Unterstützung von Menschen in Not und Bedrängnis herzlich zur Teilnahme an der Bremer Montagsdemo ein. Wir haben ein Offenes Mikrofon, da kann jede(r) kundtun, was sie oder ihn bedrückt und wie die persönliche Erfahrung aussieht. Mensch kann das auch aufschreiben und von jemandem vorlesen lassen. Aber Rechts hat bei uns kein Rederecht! Beiträge, die schriftlich abgegeben werden, veröffentlichen wir auch auf unserer Internetseite.

Lasst euch nicht vereinzeln! Gemeinsam können wir die Probleme lösen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Frust: SPD-Mitglieder fühlen sich in Großer Koalition verraten *(„Spiegel-Online“)*

Glückwunsch an die Linke!

Vorhergesagt wurden über 40 Prozent für die SPD und ein Scheitern der Linken an der Sperrklausel, doch das Bremer Wahlergebnis hat alle Prognosen Lügen gestraft. Es ist eine scharfe Absage an die gegen das Volk gerichtete Große Koalition, denn SPD und CDU verloren fast zehn Prozentpunkte und über 37.000 Stimmen! Für die SPD ist es das zweitschlechteste Ergebnis seit dem Krieg.

Die Wahlbeteiligung lag nur noch bei 58 Prozent. Das heißt: Nur jeder fünfte Wahlberechtigte hat SPD gewählt, nur jeder siebte die CDU! Diese Große Koalition hat keine Mehrheit hinter sich. Es ist eine Lachnummer, dass Böhrnsen gestern Abend die SPD zum Wahlsieger erklärt hat!

Die Linkspartei mit ihrem großartigen Erfolg wollen wir daran messen, ob sie wirklich eine Opposition in der Bürgerschaft bildet, die die Interessen der Arbeiter, Arbeitslosen und Hartz-IV-Geschädigten vertritt und dabei nicht vergisst, dass die entscheidende, die wichtigste Opposition nicht die im Parlament ist, sondern die auf der Straße und in den Betrieben! Das sieht man gerade beim Streik bei der Telekom gegen Ausgliederung, Lohnsenkung und Arbeitsplatzvernichtung. Deshalb, liebe Linke: Kommt mit auf den Marktplatz, unterstützt die Montagsdemo!

Derweil hat das Ulmer Sozialgericht Ein-Euro-Jobs für teilweise rechtswidrig erklärt, wenn sie mehr als 15 Stunden pro Woche dauern. Seit fast drei Jahren demonstrieren wir auch gegen diese Ein-Euro-Jobs! Am **Samstag**, dem **26. Mai 2007**, gibt es als Auftakt zum **Pfingstjugendtreffen** wieder eine richtig große **Demo**, die „Zukunftsdemo“, und am Sonntag einen **Erfahrungsaustausch** von Montagsdemos und Erwerbslosenvereinen. Alle Mitstreiter sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen!

In der letzten Woche gab es eine Großrazzia gegen G8-Gegner. Schäubles Ankündigung, die Unschuldsvermutung gelte nicht mehr bei „Terrorismus“, macht alle Bürger zu „Terroristen“. Nun soll der Vorbeugegewahrsam (früher hieß das Schutzhaft) offensiv angewandt werden. Im Internet wird massenhaft vor Erschießungen gewarnt: Die Leute sollen Angst bekommen, gegen die „Herren der Welt“ zu demonstrieren. Deshalb gilt es, jetzt erst recht nach Heiligendamm zu fahren!

Wolfgang Lange (MLPD)

Zoff: Bremer CDU kritisiert Parteichef „Brontosaurus“ Neumann *(„Spiegel-Online“)*

Abgestraft ist abgestraft!

1. Die Bremer **CDU/SPD-Koalition** wurde am 13. Mai klar abgewählt! Die politischen Gewichte haben sich zugunsten von Grünen und Linkspartei so gravierend verschoben, dass eine Neuauflage der alten Koalition nicht mehr möglich sein dürfte und auch nicht mehr angesagt ist. Abgestraft ist abgestraft! Hier ist überdeutlich geworden, dass eine Mehrheit der Bevölkerung einschließlich der „Nichtwähler“ die antidemokratischen und antisozialen Umverteiler im Rathaus nicht mehr sehen will.

Sie hat die Nase voll von Sozialkahlschlag, Bildungskatastrophe, Ausgrenzung und Entrechtung. Sie hat die Nase voll vom Krankenhausskandal, dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums und anderen Auswüchsen hemmungsloser Privatisierungswut. Sie will zum Beispiel auch nicht länger die geplante Zerschlagung der Universität zugunsten der Grohner Elite-Uni dulden. Sie will nicht noch mehr Spaceparks und ähnlichen kostspieligen Größenwahn! Kurzum: Sie hat die Nase voll von der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in Privilegierte und Unterprivilegierte, was den Zwei-Städte-Staat in den letzten Jahren besonders kennzeichnet.

Das private Geldvermögen der oberen Schichten ist seit Beginn der 1990-er Jahre allein hier in Bremen von fünf auf heute 20 Milliarden Euro angestiegen. Andererseits haben Ämterwillkür und Ämterversagen wie bei der Bagis (siehe Kevin) so rapide zugenommen, dass besonders für Hartz-IV-Betroffene das Leben unerträglich geworden ist. Die Frauen- und Kinderarmut hat ein vorher nie gekanntes Ausmaß erreicht. Das alles markiert eine wahrhaft verheerende Bilanz der zwölf Jahre regierenden Vernichter-Koalition.

Macht endlich Schluss mit der menschenverachtenden Politik! CDU 25,7 Prozent, SPD 36,8 Prozent, Grüne 16,4 Prozent und Linkspartei sogar 8,4 Prozent – die Zahlen haben die Parteienlandschaft erheblich durcheinandergewirbelt. Sie sollten einen grundsätzlichen Politikwandel für Bremen und Bremerhaven bewirken, was natürlich nicht von selbst geschieht. Eine Koalition, die all die Schandtaten der letzten zwölf Jahre auf einem nicht mehr vorhandenen Gewissen hat, darf nicht weitermachen, als sei nichts geschehen. Sie hat ausgespielt, und daran kommt auch Innensenator Röwekamp nicht vorbei, dessen politische Karriere jetzt ebenfalls zur Disposition stehen müsste.

Zu Recht, wie ich meine, denn schon allein sein Verhalten gegenüber Murat Kurnaz und erst recht seine bösartigen Verleumdungsattacken gegen die Lehrerin Susanne Albrecht erfordern seinen sofortigen Rücktritt. Statt dessen kanzelt er mit spätpubertär-schnoddriger Arroganz und Großschnäuzigkeit Bürgermeister Böhrnsen vor versammelten Kameras herunter, indem er ihn für die eigene Niederlage verantwortlich macht. Solche Entgleisungen gegenüber dem noch existierenden Koalitionspartner sollten den Bremer Unionschristen, die selbst so viele Leichen im Keller haben, dass schon der liebe Gott die Nase rümpft, eigentlich mehr als peinlich sein. Halten Sie sich mal den Spiegel vors Gesicht, Herr Röwekamp, und nehmen Sie die verdiente Niederlage sportlich!

Es ist ein erfreuliches Ergebnis dieser Wahl, dass die Linkspartei zum ersten Mal seit ihrem Bestehen gleich mit einem solch guten Ergebnis in ein westdeutsches Landesparlament einzieht. Herzlichen Glückwunsch dazu! Doch die neuen politischen Kräfteverhältnisse bedeuten nicht automatisch eine bessere, gerechtere Politik. Auch im Falle einer Koalition aus SPD und Grünen mit einer starken Linkspartei als Opposition regelt sich nichts von selbst. Daher wollen und müssen wir weiterkämpfen und Druck ausüben – zum Beispiel in Sachen Mietobergrenzen! Wie wir aus leidvoller Erfahrung wissen, bedeuten „Rot/Grün“ und wie in Berlin „Rot/Rot“ – also die Regierungsbeteiligung der Linkspartei – durchaus nicht explizit das Ende einer neoliberalen Schreckensherrschaft.

2. Zu dieser Schreckensherrschaft passen auch die polizeistaatlichen Repressalien gegen G8-Widerständler. Mit einer Großaktion in sechs Bundesländern wurden am 9. Mai 2007 auf Anordnung der Generalbundesanwaltschaft 40 „Objekte“ durchsucht, die in einem Zusammenhang mit den geplanten Protesten gegen den **G8-Gipfel** in Heiligendamm stehen. In Bremen waren das die Stadtkommune „Alla Hopp“ in der Neustadt und die „Messstelle Arbeits- und Umweltschutz“ in Schwachhausen. Am gleichen Tages gab es in Bremen eine Spontandemonstration, an der mehrere hundert Bürger ihren Widerstand gegen diese Polizeiaktion zum Ausdruck brachten. Dabei gab Hartmut Drewes für das Bremer Friedensforum folgende Solidaritätserklärung ab:

„Die augenblickliche politische und gesellschaftliche Landschaft zeichnet sich mehr und mehr dadurch aus, dass eine Minderheit von Reichen reicher und die Mehrheit der Bevölkerung ärmer wird. Einschneidende Kürzungen im sozialen

Bereich, im Renten- und Bildungsbereich, im Gesundheitswesen, die Abnahme der realen Löhne und die Vernichtung von Arbeitsplätzen tragen seit Jahren zu dieser Entwicklung ihren Teil bei.

Diejenigen, die über Macht, Einfluss und Reichtum in unserer Gesellschaft verfügen, wissen, dass bei dieser Entwicklung mit zunehmender Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung auch mit zunehmendem Widerstand zu rechnen ist. Deswegen werden parallel zu dieser Entwicklung auch die demokratischen Rechte abgebaut. In diesem Sinne verfolgt wie bereits Innenminister Schily auch sein Nachfolger Schäuble eine ständig verstärkte Einschränkung der Bürgerrechte. Kleinste Ansätze von Initiativen gegen diese Entwicklung des Unrechts sollen im Keim erstickt werden. In diesem Zusammenhang sind die Hausdurchsuchungen des BKA in sechs Bundesländern am heutigen Tage zu sehen.

Der Begriff der Demokratie wird neu definiert. Das wurde bei der Entrüstung über einen Satz von Christian Klar deutlich. Demokratie heißt nicht mehr Herrschaft des Volkes, sondern Bekenntnis zur Herrschaft des Kapitals. Wer sich dem entgegenstellt, gegen den wird wie heute wegen Verstoßes gegen Artikel 129a („Bildung einer terroristischen Vereinigung“) ermittelt. Die für eine gerechtere Welt eintreten, sollen als Terroristen gebrandmarkt werden, die man wie Freiwild jagen darf.

Wir vom „Bremer Friedensforum“ solidarisieren uns mit euch Betroffenen! Wir sind wie ihr an der Vorbereitung von Aktionen zum G8-Gipfel in Heiligendamm beteiligt. Wir wie ihr werden uns die demokratischen Rechte nicht nehmen lassen, dürfen uns den Terror der Hausdurchsuchungen nicht bieten lassen, sondern müssen weiter auf dem Weg bleiben, auf dem wir das weltweite Unrecht wie auch das in unserem Lande benennen und uns für eine bessere Welt mit mehr Frieden und mehr Gerechtigkeit einsetzen.“

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Kriecherei: Für eine Regierungsbeteiligung erklärt die Bremer CDU ihr „völliges Einverständnis“ mit SPD-Standpunkten *(„Spiegel-Online“)*

Bremer Wahlergebnis bietet neue Möglichkeiten

SPD und CDU verlieren massiv, Linke und Grüne sind Gewinner – von der Bürgerschafts-Wahl noch ganz erschlagen, kamen nur etwa 16 Teilnehmer zur 133. Montagsdemo in Bremen am 14. Mai 2007 um 17:30 Uhr auf den Marktplatz. Der überdimensionale Wahlzirkus wurde noch abgebaut und weggerollt, die

großen Trucks bliesen ihren Dreck in die Luft. So waren auch nur wenige Touristen unterwegs.

Eine Gratulation war fällig an die Linkspartei! Um 6,7 Punkte steigerte sie ihr Wahlergebnis auf 8,4 Prozent. Auch die Grünen erreichten mit 16,4 Prozent ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Die SPD mit über 5,5 und die CDU mit 4,1 Punkten minus waren die grandiosen Verlierer bei der Wahl. Die Montagsdemo bietet der Linken in der Bürgerschaft und außerhalb des Parlaments ihre Zusammenarbeit an. „Unruhe und Transparenz“ hat die Linke als Motto ihrer Arbeit im Parlament proklamiert. Wir finden das gut und wollen sie unterstützen, aber auch daran messen!

Im Vorfeld der Wahl, besonders bei den Besuchen der Sozialdeputationssitzungen des Senats durch eine breite Betroffenen-Bewegung, hat sich schon eine neue erweiterte Zusammenarbeit unterschiedlicher Organisationen und Kräfte herausgebildet. Nutzen wir das, um die gemeinsamen Aktivitäten zu steigern und auch eine größere Einheit herzustellen! Dazu wäre es schön, wenn die Linke auch wieder zur Montagsdemo mobilisieren würde. Das könnte viele Menschen aus ihrer Vereinzelung und Betroffenheit herausholen und ihnen Mut machen! Kommt am 21. Mai 2007 um 17:30 Uhr auf den Marktplatz!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Kommentatoren einig: Wähler sind die Große Koalition leid *(„Financial Times Deutschland“)*

Widerspruchsgeist: CDU-„Linksterrorist“ Geißler wird Mitglied bei „Attac“ *(„Spiegel-Online“)*

Fette Gewinne für Unternehmer: Einmal Zeitarbeit, immer Zeitarbeit *(„ZDF“)*

Dank Billigjob-Boom: In Bayern können Hartz-IV-Betroffene leichter sanktioniert werden *(„Freenet“)*

Vom Rechtsstaat zum Rechtsmittelstaat: Wer nach der Leistungskürzung noch 75 Euro hat, darf dagegen klagen *(„Junge Welt“)*

100.000 Klagen gegen Hartz IV: Um Sparauflagen zu erfüllen, wird von deutschen Behörden systematisch das Recht gebrochen *(„Gegen Hartz“)*

Brutal zusammengeschlagen: Ein-Euro-Fahrbegleiter werden Zielscheibe jugendlicher Verachtung *(„Bild“-Zeitung)*

„Völlig zusammengebrochen“: US-Folteropfer el-Masri muss Straftäter werden, um die Therapie zu bekommen, die ihm seit Jahren zusteht *(„Spiegel-Online“)*

Nur zwei Senatorenpöstchen: Grüne Linnert verkauft sich noch billiger als CDU-Röwekamp *(„Tageszeitung“)*

Große Koalition abgewählt: Nach einer Woche schleimerischer Alibigespräche müssen CDU und SPD den Wählerwillen hinnehmen *(„Spiegel-Online“)*

Bremen wird rot-grün: Und auch bei den nächsten Wahlen ist ein Linksruck zu erwarten *(„Stern“)*

Sei wachsam: „Ein Wahlplakat, zerrissen auf dem nassen Rasen, es grinst mich an mit alten, aufgeweichten Phrasen“ *(Reinhard Mey)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

134. Bremer Montagsdemo am 21. 05. 2007

Jetzt kommt die Wende, hoffen wir!

Seit der Bremen-Wahl vom 13. Mai 2007 ist die Große Koalition „out“. Ob das gut oder schlecht ist, wird sich erweisen. Jedenfalls wurde es Zeit, einen Wechsel zum Sozialen durchzuführen. Auch hier hat sich die CDU wieder als schlechter Verlierer erwiesen. Wie hörte ich doch gestern im Radio: „Von jetzt an geht es mit Bremen wieder bergab, dabei hat es doch mit uns so gut geklappt!“ Eben nicht, sonst hätten sie so weitermachen können.

Was in den vergangenen Jahren falsch gelaufen ist, haben wir auf der Montagsdemo schon oft gesagt. Habt ihr nicht zugehört, auch nicht nachgelesen? Jetzt ist Rot-Grün dran. Ob die es besser machen, wird sich bald zeigen. Doch warum sollte es schlechter werden? Die CDU redet sich heraus, „die Wirtschaft“ werde es zeigen. Die ist zwar ein großer Machtfaktor, wie sie durch Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zugunsten von Ein-Euro-Jobs bewisen hat, aber so sollte es nicht weitergehen!

Das würde bedeuten, die Allgemeinheit noch mehr zu belasten. Wollten die Damen und Herren das nicht verhindern? Jetzt kommt die Wende, so hoffen wir, Herr Bürgermeister! Erst einmal herzlichen Glückwunsch zu dieser Entscheidung. Ich nehme Sie nun beim Wort, enttäuschen Sie mich bitte nicht! Den Gegenparteien rate ich: Seid gute Verlierer, ohne Groll, und malt nicht schon wieder alles düster! Redet nicht vom Untergang der Wirtschaft, sondern helft der neuen Regierung, und denkt vor allem an die Menschen!

Noch ein Rat an Berlin: Es zahlt sich nicht aus, gegen die Menschen zu regieren! Demokratie heißt, die Bürger entscheiden! Bitte nehmt dies zur Kenntnis und kommt jetzt nicht auf den Dreh, Bremen die Hilfe des Bundes zu verweigern. Das würde nur beweisen, dass ihr schlechte Verlierer seid! Vergesst auch nicht die 20 Millionen Rentner! Wir erinnern euch daran, im Sinne der Demokratie. Ich wünsche der neuen Regierung eine glückliche Hand!

Udo Riedel (parteilos)

Wir brauchen eine Politik, die *alle* Kinder fördert

1. Sechzehn deutsche Verbände wollen sich nicht mehr abfinden mit dem familienpolitischen Durcheinander. In einem Appell an die Bundesregierung bündeln sie ihre Forderungen. Die Pläne innerhalb der Regierung zu einem **Familiensplitting** drohen sonst Geld zugunsten einiger weniger Familien zu verschleudern, während über zwei Millionen Kinder und Jugendliche heute von Hartz IV leben müssen – nicht selten trotz Erwerbstätigkeit der Eltern.

Die europäischen Nachbarn zeigen uns jedoch, dass erst eine abgestimmte Kombination von Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien erfolgreich ist zur Bekämpfung von Armut und zur Gleichstellung der Geschlechter. Das skandinavische Modell belegt, dass ein ausgebauter Sozialstaat mit integrativem Bildungssystem trotz seiner hohen Kosten mehrheitsfähig sein kann sowie Wachstum und Beschäftigung fördert statt behindert. Nicht ohne Grund kennt in der EU neben Deutschland nur Luxemburg ein Ehegattensplitting; allein Frankreich geht mit einem Familiensplitting sogar hierüber hinaus. Alle anderen Nachbarn besteuern auch Ehepartner individuell oder sehen begrenzte Steuerermäßigungen vor, zum Teil auch für unverheiratete Paare und Alleinerziehende.

Im französischen Familiensplitting werden neben Ehepartnern auch Kinder berücksichtigt. Das Einkommen bei Ledigen mit einem Kind wird durch den Faktor 2 geteilt, bei Ehepaaren mit Kind durch 2,5; weitere Kinder steigern den Faktor. Auch würden mehr Investitionen in die Qualität und Quantität von Bildungsangeboten für Kinder das Grundrecht aller Kinder auf Förderung ihrer Entwicklung verwirklichen helfen und es Eltern besser ermöglichen, Familien- und Erwerbsarbeit so zu kombinieren, dass eine eigenständige Existenzsicherung erreicht werden kann.

Neben Umverteilungsmöglichkeiten im familienpolitischen Budget brauchen wir mehr Mittel für ein Bildungssystem und einen Sozialstaat, der allen Kindern gute Bedingungen des Aufwachsens ermöglicht. Nicht demografische Entwicklung und Globalisierung wirken in Deutschland heute als Sachzwänge, sondern die Annahme, man könne ein ausgebautes Bildungs- und Sozialwesen mit immer geringerem Budget finanzieren. Einen am Ende dürren Staat können sich jedoch

die wenigsten Familien leisten. Der Vergleich mit europäischen Nachbarn macht deutlich, dass Deutschland auf diesem Weg Systeme teils unterfinanziert (Bildung), teils falsch justiert (Ehegattensplitting), teils nicht flankiert (Armutslöhne).

2. „Satte 600 Euro“ wollen sich hingegen die Abgeordneten in Zukunft mehr gönnen. Sie fordern von der Bevölkerung Sparsamkeit, um sich dann mit vollen Händen das Geld selbst in die Taschen zu schieben. 600 Euro – das ist der monatliche Hartz-IV-Regelsatz für insgesamt drei Kinder unter 14 Jahren, ausgedacht von vorbildlichen Parlamentariern, die sich selbst jedoch 7.100 Euro Diät plus 3.720 Euro steuerfreie Kostenpauschale je Monat gestatten. Nach einem Vorschlag von Fraktionsgeschäftsführer Olaf Scholz könnten die **Diäten** von derzeit 7.009 Euro schrittweise sogar noch auf etwa 7.600 Euro angehoben werden. 11.320 Euro je Monat und weitere Vergünstigungen, die noch nebenbei abfallen, entsprechen dem „Essen“ von 33 ALG-II-Empfängern, welche durch diese verfehlte Politik zu Bettlern der Gesellschaft geworden sind!

Unmut macht sich bei den Wählern breit, die sich nur noch aufregen können über solch unverschämte Dreistigkeit mancher Politiker und deren geleisteten Eid als Hohn gegenüber der Bevölkerung bezeichnen. So darf mensch sich auch nicht über die stetig sinkende Wahlbeteiligung wundern. Herr Lammert hatte kürzlich sogar noch vorgeschlagen, dass die Abgeordneten-Einkommen künftig regelmäßig, wie die Löhne in der Wirtschaft, steigen sollen. Die Diäten sollten eher an die Löhne der am geringsten in Deutschland Verdienenden angepasst werden, damit die Politiker nicht vergessen, für wen sie eigentlich eingesetzt wurden, wen sie ver- und nicht zertreten sollen! Gemessen am Friseurhandwerk, dürften demnach nur Diäten um die 300 Euro je Monat in Frage kommen – oder weniger.

3. „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen“, heißt es im Grundgesetz. Doch spätestens mit „Hartz IV“ hätte man hinzufügen müssen: „sofern er das nötige Kleingeld aufbringen kann“. Die Präsidenten der Landessozialgerichte haben nach Informationen des Sozialverbandes Deutschland die probeweise, zeitlich befristete Einführung von **Gebühren** bei **Sozialgerichtsverfahren** vorgeschlagen.

An Plänen, die Sozialgerichte durch finanzielle Hürden vor Recht suchenden Hartz-IV-Opfern abzuschirmen, wird seit längerem gearbeitet. Danach sollen in der ersten Instanz grundsätzlich 75 Euro, 150 in der zweiten und 225 Euro in der dritten fällig werden. Momentan wartet die Koalition ein Gutachten zu den Auswirkungen solcher Gebühren ab, das für Oktober angekündigt ist. Man muss nicht unbedingt neue Gesetze schaffen, um finanziell schlecht ausgestattete Menschen an der Wahrnehmung ihrer Rechte zu hindern: Seit 2006 hat sich die Praxis vieler Amtsgerichte dahingehend verschärft, rechtliche Beratungshilfe nur noch widerwillig zu genehmigen.

So hat zum Beispiel ein Arbeitslosengeld-II-Bezieher Anspruch auf juristische Beratung, wenn er den Anwalt nicht „mutwillig“ in Anspruch nimmt und ihm keine

anderen Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Über die Bewilligung entscheidet sinnigerweise das örtliche Amtsgericht. Besonders in unionsregierten Ländern fahren die Gerichte seit Monaten eine restriktive Linie, die Beratungsbeihilfe mit den unmöglichsten Begründungen abzulehnen. Es ist unglaublich, wie ALG-II-Empfänger hier wieder zu Menschen zweiter Klasse degradiert werden, was dem Gleichbehandlungsgrundsatz völlig widerspricht!

Erst wird so ein unmenschliches, verbrecherisches Gesetzespaket wie Hartz IV auf den Weg gebracht, und dann ist es auch noch derart schwammig formuliert, dass bereits dem Laien eklatante Widersprüche zum SGB II ins Gesicht springen. Wen verwundert es noch, dass ALG-II-Empfänger versuchen *müssen,* sich ihr Recht einzuklagen, um überhaupt existenziell über die Runden kommen zu können, und dass die Sozialgerichte von Klagen überschwemmt werden? Uns diese finanzielle Hürde aufbürden zu wollen, ist doch verfassungswidrig! Das katastrophale und schlampig ausgeworfene Hartz IV haben nicht wir zu verantworten!

4. Endlich raus aus der Arbeitslosigkeit: So denken immer mehr Erwerbslose und heuern bei Zeitarbeitsfirmen an. Die Branche boomt wie keine andere. Doch das erhoffte Sprungbrett in einen festen Job ist **Zeitarbeit** selten. Zudem müssen viele Leiharbeitnehmer erhebliche Einbußen beim Gehalt und bei den Arbeitnehmerrechten hinnehmen. Dagegen explodieren die Gewinne der großen Zeitarbeitsfirmen.

Deutschland entwickelt sich zunehmend zu einer Zweiklassengesellschaft, in der Menschen sich von ihrer Hände Arbeit nicht mehr ernähren können und den kargen „Lohn“ teilweise noch mit dem schmalen Hartz IV aufstocken müssen. Die Zeitarbeitsfirmen bezahlen ihren Mitarbeitern häufig nur die Hälfte von dem, was sie von ihren Kunden, den Unternehmen, kassieren. Die kostet deshalb ein Leiharbeiter durchaus mehr als die eigenen festen Mitarbeiter.

Trotzdem bleibt das Modell Zeitarbeit für sie interessant: Sie ersparen sich Ärger beim Kündigungsschutz, können flexibel auf Auftragsschwankungen reagieren und Krankheits- sowie Urlaubsvertretungen organisieren. Nicht selten werden bestehende Jobs gleich ganz durch Leiharbeiter ersetzt. Im Leipziger BMW-Werk zum Beispiel sind mehr als ein Drittel der Belegschaft Zeitarbeiter. Wenn die sich um eine feste Anstellung bemühen, winkt BMW ab: Wer hier als Leiharbeiter tätig ist, hat niemals die Chance, gleichzeitig bei BMW reinzukommen. Denn sie haben ihn ja schon: Einmal Zeitarbeit, immer Zeitarbeit!

5. So verwundert es auch nicht, dass statt der im Bundeshaushalt 2007 eingeplanten 21,4 Milliarden Euro sich die Kosten für das Arbeitslosengeld II voraussichtlich auf etwa 24 Milliarden Euro belaufen. Nicht die Millionen von Erwerbslosen sind an den Mehrausgaben schuld, sondern ganz allein die Große Koalition selbst: Mehr als 2,5 Millionen Menschen müssen in diesem Land trotz einer Vollzeitbeschäftigung ergänzende Leistungen zum Unterhalt beantragen, also **Hartz**

IV, und die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten ist dabei noch nicht einmal annähernd berücksichtigt.

Wenn sich die Regierung, wie es in den übrigen Nachbarstaaten der EU schon lange üblich ist, endlich dazu durchringen könnte, ein Mindesteinkommen für Vollzeitbeschäftigte einzuführen – keinen Mindeststundenlohn – dann würden sich die Ausgaben für Hartz IV auf die wirklich Bedürftigen in diesem Land beschränken, die durch eine Arbeitslosigkeit eben nicht in der Lage sind, sich zu ernähren.

Das mangelnde Rückgrat der Regierung, sich gegen die Lobby der Arbeitgeber durchzusetzen, kostet jeden Bundesbürger täglich schwer erarbeitete Euros, deren Nutznießer nicht der Erwerbslose und Leistungsempfänger ergänzender Hilfe ist, sondern einzig und allein der Arbeitgeber, der zu Dumpinglöhnen kostengünstig arbeiten lässt, ohne ein schlechtes Gewissen dabei zu haben, dass seine Mitarbeiter vom Lohn nicht existieren können.

Die Kosten für Hartz IV werden weiter steigen, auch wenn es keinen einzigen Erwerbslosen mehr gibt. 20 Millionen Bundesbürger und mehr zu Hungerlöhnen arbeiten zu lassen, führt dabei zu weiteren Ausgaben. Ein dreifaches Pfui auf diese Regierung!

6. Mit einer positiven Nachricht möchte ich schließen: Der frühere Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, wird Mitglied des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac. Während einer Talkshow des Senders N24 nahm er einen Aufnahmeantrag von Attac-Sprecher Pedram Shahyar an. „Ich trete bei Attac ein, weil ich das Recht auf **gewaltfreie Demonstration**, für das Attac eintritt, nachdrücklich unterstütze“, bekräftigte der Christdemokrat am Mittwochvormittag seinen Entschluss.

Auch inhaltlich unterstütze er die Anliegen des Netzwerkes. Attac trete für eine soziale und ökologische Globalisierung ein. „Und genau das, die humane Gestaltung der Globalisierung, ist aus meiner Sicht eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit – wenn nicht sogar die wichtigste“, sagte Geißler. Mir ist es ein völliges Rätsel, was dieser Politiker mit Rückgrat und eigenem Denkvermögen noch immer in der CDU zu suchen hat. Diese Frage habe ich mir in den letzten Jahren schon häufiger gestellt!

Elisabeth Graf (parteilos)

Ein Gruß an die Gipfelstürmer

Wir Deutsche und Europäer haben viele Gründe, gegen den G8-Gipfel zu demonstrieren. „Was sind das für Vögel, die sich freiwillig in einen Draht- und Betonkäfig begeben?“, fragte kürzlich Peter Sodann. Die Antwort ist klar: Die herr-

schende Politik der G8-Regierungen ist so, dass sie sich vor den Völkern verstecken müssen!

Die dort Versammelten sind verantwortlich für Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Klimakatastrophe, Überwachungsstaat und Kriminalisierung von globalisierungskritischen Menschen. Sie organisieren den sogenannten Freihandel, der in den Ländern des Südens zu Plünderungen, Ausbeutung und Krieg führt. Sie wollen sich Koltan, Kaffee, Öl und Gas unter den Nagel reißen, aber die Flüchtlinge aus diesen Ländern sollen nicht reindürfen in die Festung Europa!

Die Herrschenden lassen die Aktien steigen und die Menschen fallen. Für die Rüstung zögern sie nicht, Unsummen zu verschleudern. Dieses Geld fehlt für zivile, nachhaltige Projekte. Wie sehr sie dabei gegen den Willen der Menschen handeln, beweisen sie stets aufs Neue.

Beispiel „Tornado"-Einsatz: 77 Prozent der Bürger und Bürgerinnen sind *gegen* den Einsatz dieser Kampfflugzeuge, aber im Bundestag stimmten drei Viertel *dafür*. Nun kreisen sie über dem Hindukusch, wo laut Peter Struck Deutschland verteidigt wird. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Deutschlands größtes Bergmassiv heißt Hindukusch!

In unserer schönen Stadt Bremen werden Teile für den „Tornado" bei Deutschlands größtem Rüstungskonzern EADS produziert. Aber auch andere Rüstungsbetriebe haben ihren Sitz hier.

Ich nenne die Orbitale Hochtechnologie Bremen: OHB stellt die „SAR-Lupe" her, keine Lupe für Briefmarkenkundler, sondern ein Spionageprojekt, das jeden Ort auf der Erde ab 50 Zentimeter Größe bei jedem Wetter in Echtzeit registriert und weiterleitet. Mit diesem System wird der Einstieg in die militärische Nutzung des Weltraums vollzogen.

Rheinmetall Defence Electronics baut die Bordkanonen für „Tornados" und „Eurofighter". Atlas Elektronik gilt als Weltmarktführer für die Elektronik bei U- und Minenjagd-Systemen. Die Lürssen-Werft fertigt Korvetten für den weltweiten kriegerischen Einsatz; ihre Raketen fliegen bis zu 200 Kilometer weit und treffen dann metergenau ins Ziel.

Es sind nicht nur die Wirtschaftsbosse: Mit der „Bremer Lagerhaus-Gesellschaft" steht auch ein Bundesland als Miteigner in der Verantwortung für die Rüstungsexporte. Bremen ist eine schöne Stadt, aber wir haben noch viel zu tun, damit von hier nicht Rüstung, sondern Frieden ausgeht!

Ernst Busche („Bremer Friedensforum")

Lächerlich: Staatsschutz stellt Studenten in Globalisierungsseminar unter Terrorverdacht *(„Tageszeitung")*

Systemwechsel: Vom demokratischen Rechtsstaat zum präventiven Sicherheitsstaat *(„Spiegel-Online")*

Erste Enttäuschung: Böhrnsen hofft auf „neuen Schwung“ mit alter Sozialsenatorin *(„Weser-Kurier“)*

Fast einstimmig: Parteitage von SPD und Grünen billigen neue Koalition in Bremen *(„Spiegel-Online“)*

Wir wollen eine gänzlich andere Politik

1. Nun ist es endlich soweit: Anscheinend geht in Kürze die lähmende Epoche zwölfjähriger CDU/SPD-Herrschaft zu Ende. Eine Epoche, die gekennzeichnet war von Großmannssucht und unvorstellbarer Geldverschwendung für Wahnsinnsprojekte wie den Space-Park – bei gleichzeitiger Zerschlagung der soziokulturellen Infrastruktur. Die Armut, besonders die Kinderarmut bei Hartz-IV-Betroffenen nahm erschreckende Ausmaße an, sie liegt über dem Durchschnitt der „alten“ Bundesländer, und es entwickelte sich ein wahres Krebsgeschwür an prekären Arbeitsverhältnissen.

Ein Großteil davon ist allein bremischer Kahlschlagspolitik geschuldet! Fast alle öffentlichen Einrichtungen beschäftigen inzwischen Ein-Euro-Jobber(innen), wofür sie heftigst kassierten: mehrere Millionen Euro Staatsknete. Die Willkür eines unter „Schwarz-Rosa“ zustande gekommenen, undurchschaubaren Behördenapparates aus Bundesagentur, Sozialämtern und halbprivaten Verteilern von **Zwangsarbeit** ist völlig unerträglich geworden. Damit muss jetzt endlich Schluss sein!

Bürgermeister Jens Böhrnsen hat versprochen und verkündet, dass er künftig mehr soziale Gerechtigkeit walten lassen will. Das hat er schon öfter gesagt, und dies zu einem Zeitpunkt, als die beleidigte Leberwurst CDU noch führend mitregierte. Viel gemerkt haben wir davon nicht. Nehmen wir ihn jetzt beim Wort und erinnern wir ihn ständig daran! Erinnern wir die Grünen und besonders Karoline Linnert daran, dass sie sich in Bürgerschaft und Sozialdeputation stets für die Rechte der Armen und Schwachen eingesetzt hat, und fordern wir, dass sie in der Regierungsverantwortung Ernst damit macht!

Fordern wir nicht zuletzt die Linkspartei auf, dass sie ihre sozialpolitischen Konzepte im Parlament offensiv und mit allem Nachdruck vertritt! Die Montagsdemo wird auch in Zukunft hier stehen, sie unterstützen, wo es erforderlich ist, und vor allem auf SPD und Grüne Druck ausüben. Wir wollen keinen Neuaufguss der

alten Politik, und einen „abgeschwächten“ neoliberalen Kurs unter Rot-Grün wollen wir ebenfalls nicht. Eine solche Politik würden wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen! Wir wollen eine gänzlich andere Politik! Die Karten werden in Bremen neu gemischt, und wir mischen kräftig mit!

2. Zum Umgang mit den sich auf wundersame Weise vermehrenden **Steuereinnahmen** des Bundes gibt es eine hübsche Glosse, die ich am 15. Mai 2007 im „Neuen Deutschland“ fand. Hier der Wortlaut:

„Seit letzter Woche treibt Finanzminister Steinbrück die Frage um: Wie versteckt man 87 Milliarden Euro vor Freunden? Seine erste Idee, sie in Löcher zu stopfen, hat nicht so recht gezündet: Die Freunde haben ihm ihre Löcher hingehalten, damit er da auch was reinstopft. Da hatte Steinbrück eine zweite Idee: Es ist nicht Weihnachten, hat er gesagt. Das war richtig, das ist erst in sieben Monaten. Aber damit hat er ein neues Problem provoziert: Nun freuen sich alle auf Weihnachten. Und Steinbrück muss sich bis dahin wieder was überlegen.

Emsig arbeiten seine 2.200 Mitarbeiter an einem rhetorischen Fluchtplan für ihren Chef. Davon hat Schäuble Wind bekommen. Wo Fluchtpläne geschmiedet werden, schloss er gewohnt messerscharf, besteht Fluchtgefahr. Und wo Fluchtgefahr besteht, ist U-Haft angesagt. So hilft wohl nur eines: Steinbrück rückt die Knete doch raus. Aber nicht an seine Freunde, sondern ans Volk. Von dem holt er sie sich ja immer wieder.“

Ich hätte da auch eine Idee, wenn nun der Finanzminister partout nicht weiß, wo er die viele Kohle verstecken soll. Verehrter Herr Steinbrück, geben Sie Ihrem Herzen einen Ruck und schieben Sie zumindest einen Teil davon nach Bremen! Verbunden mit der strengen Auflage, Privatisierungen und sonstige Kahlschläge rückgängig zu machen, um in der Stadt wieder menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Dann hätte das Geld doch ein hervorragendes „Versteck“!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Rot-Grün hat uns die Hartz-Gesetze eingebrockt

1. Nun bekommen wir wohl eine **rot-grüne Koalition** in Bremen. Die „Sondierungen“ der SPD sind vorbei. Die CDU mit ihrer Politik des „starken Tobaks“ muss wieder in die Opposition. Beim „Sozialen“ seien sich SPD und Grüne näher, was das wohl heißen mag? Die Grünen, die uns in bestimmter Weise bisher unterstützt haben, werden sich doch nicht über den Tisch ziehen lassen? Wir werden sehen, denn das rot-grüne Berlin war es, das den Menschen die volksfeindlichen Hartz-Gesetze eingebrockt hat.

Bisher haben weder Müntefering noch Böhrnsen anklingen lassen, dass sie von dieser unsozialen Politik ablassen wollen. Auch in Fragen der Ausländergesetze, besonders wenn es um den „Terrorismus“-Geruch geht oder den Bundeswehr-Einsatz in aller Welt, hat die Schröder/Fischer-Regierung eine Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung gemacht, von der sich die Grünen bis heute nicht distanziert hat. Dass Murat Kurnaz so lange in Guantánamo bleiben musste, ist eine Konsequenz des Zusammenspiels der Politik von Berlin und Bremen. Es gilt, nüchtern und wachsam zu bleiben!

2. Bei der Urabstimmung haben sich 96 Prozent der Telekom-Mitarbeiter für **Streik** ausgesprochen. Sie wollen nicht die Zeche zahlen für die Weltmachtpläne von Management und Bundesregierung, die immer noch der Hauptaktionär im Hintergrund ist. Telekom-Chef Obermann will eventuell den ganzen Service-Bereich mit allen Mitarbeitern verkaufen, wenn die Mitarbeiter nicht so wollen wie er und die Regierung.

Eine noch laufende „Tagesschau“-Umfrage zeigt, dass 76 Prozent der Teilnehmer den Streik und den Kurs von Verdi richtig finden und ihren Kampf unterstützen wollen. Nur 22 Prozent sind dagegen. Ansonsten haben die Medien diesen Streik und auch die Entlassungspläne bei der Post aus den Schlagzeilen genommen. Die Telekom selbst setzt Beamte ein – sie erpresst, droht und bricht tarifliche Regelungen. Das wird ein harter Kampf!

Wo wir nur können, müssen wir die Telekom-Kollegen unterstützen und für den gemeinsamen Kampf werben, denn auch bei Arcor stehen Verhandlungen um höhere Löhne an. Wenn die Kollegen das Heft in der Hand behalten, können sie die Richtung bestimmen, in die der Kampf geht. Dass es ein Streik mit politischen Auswirkungen wird, steht außer Zweifel.

3. In 14 Tagen soll Heiligendamm zur Festung Europas werden. Dort versammeln sich die acht wichtigsten Kriegstreiber und Ausplünderer der Welt zum gemütlichen Stelldichein. Dass es auch zwischenimperialistische Widersprüche gibt, hat das Treffen zwischen Putin und Merkel in Samara erst kürzlich bewiesen. Herr Bush, der ansonsten etwas im Abseits steht, aber umso aggressiver seinen Kriegskurs verfolgt, wird versuchen, seine letzte Karte auszuspielen.

Es ist daher richtig, in einer mächtigen **Demonstration** den „Damen und Herren“ am **2. Juni 2007** in **Rostock** unseren Unwillen kundzutun. Der Polizeiwillkür und Amtsanmaßung von Herrn Schäuble widersprechen wir auf das Entschiedenste. Sie sind Ausdruck der Angst der Regierenden davor, dass sich großer Widerstand gegen ihre Weltherrschaft und verschärfte Unterdrückung entwickelt.

Jobst Roselius

Demokratur in Fishtown: Missbraucht SPD die FDP als Buhmann, um ungestört die Große Koalition weiterzuführen? *(„Weser-Kurier“)*

Das soll uns keine Lehre sein: Ex-Amtsleiter Hartwig erforscht Auswirkungen von Hartz IV auf die Kinderbetreuung *(„Tageszeitung“)*

Wer mittellos ist, kann auch mittwochs zur Bagis

1. Es ist allseits bekannt und akzeptiert: ALG-II-Betroffene sind auf die pünktliche Auszahlung der Leistung angewiesen! Sie benötigen dieses Geld zum Brotkaufen!

Im Untersuchungsbericht über den Tod von **Kevin** steht, dass die Bagis **Zahlungseinstellungen** und verzögerte Zahlungen der Regelleistung als Druckmittel gegen den Ziehvater benutzt hat (Seite 161). Seither haben Zahlungsverzögerungen der Bagis für mich ein anderes Gewicht!

Für jeden Betroffenen ist auch schon die Verzögerung um einen Tag ein Problem! Hinzu kommt die Ungewissheit und die Sorge bei jedem Zahlungstermin. Wenn die Zahlung an Vermieter oder Energieversorger durch die Bagis erfolgt, werden auch diese Verträge dadurch überschattet! Die Standarderklärung der Bagis – „Das war unsere EDV!“ – ist damit widerlegt.

Nun zu den Bearbeitungszeiten: Eine Überweisung dauert circa 14 Tage, eine Erklärung dafür wird nicht abgegeben. Auf Nachfrage erfährt man, eine Eilüberweisung dauere drei Tage. Auf hartnäckige Nachfrage heißt es: „Einen Scheck können wir Ihnen sofort ausstellen, allerdings muss er noch freigegeben werden!“ Nach 13 Uhr geht das erst für den Folgetag. Eine Auszahlung ist bei der Postbank möglich, gegen Gebühr. Ein Automat für die Barauszahlung steht in jeder Bagis. Die Freigabe hierfür bedeutet circa zwei bis drei Stunden Wartezeit.

Fazit: Wer mittellos ist, sollte die **Barauszahlung** einfordern. Mittellosigkeit kann durch den aktuellen Kontostand nachgewiesen werden. Gegen eine angemessene Aufsplittung der Zahlung ist nichts einzuwenden, aber vertrösten lassen – „Schauen Sie doch morgen nochmals auf Ihr Konto!“ – muss sich niemand. Der Bar-Abschlag muss wenigstens den Tages- oder Wochenendbedarf decken! Wenn diese Barauszahlung zu einer Überzahlung führt, wird sie mit der nächsten Zahlung verrechnet.

Zweckmäßig ist es, nicht allein zur Bagis zu gehen! Zurzeit läuft bei der Bagis eine Umstellung bezüglich des Kundenumgangs. Dass man hingeht, eine Nummer zieht und nach teilweise dreistündiger Wartezeit drankommt, soll der Vergangenheit angehören, indem die Arbeitsabläufe für die Sachbearbeiter gebündelt und Wartezeiten für die Kunden vermieden werden. Der Kunde muss vorher telefonisch mit seinem Sachbearbeiter einen **Termin** vereinbaren, an dem sein Anliegen bearbeitet wird.

Die Anlaufprobleme – schlechte telefonische Erreichbarkeit und ein Terminvorlauf von über einer Woche – sollen beseitigt werden. Wer mittellos ist, sollte wie bisher einfach hingehen, auch am Mittwoch! Wer seinen Folgebescheid am 20. des Vormonats nicht erhalten hat, sollte vorsorglich bei seinem Sachbearbeiter telefonisch nachfragen und sich für den 1. einen Termin geben lassen.

Mittellos – wie passiert das? Mensch hat Geld verloren, ist überfallen worden, hat die Überweisung nicht rechtzeitig erhalten, ist mit einer Sanktion von 100 Prozent Kürzung der Regelleistung belegt worden, hat das letzte Geld zur Abwendung einer Stromsperre ausgegeben – kurz: Es gibt viele mögliche Gründe, weil jegliche Reserve fehlt! Auch wenn eventuell der Folgeantrag zu spät gestellt wurde, muss die Bagis eine sofortige Überbrückungszahlung leisten.

Bei einer „hundertprozentigen“ Kürzung der Regelleistung besteht immer noch Anspruch auf 39 Prozent der Regelleistung, für Essen und Körperpflege. Erst bei wiederholter Kürzung entfällt dieser Anspruch, eventuell werden auch Miete und Heizung nicht mehr gezahlt. Diese Menschen werden hungernd in die Obdachlosigkeit abgedrängt! Aus der Statistik sind sie damit verschwunden.

Mit einer „Unterwerfungserklärung“ können Miete und Heizung weitergezahlt werden und Geld auf Darlehnsbasis gezahlt werden. Wer eine solche Androhung erhält, muss umgehend handeln – und weil diese Menschen selbst gar nicht mehr die Kraft dazu haben, helft ihnen! Kommt zur Demo oder zur nächsten Arbeitslosenberatung, wir gehen mit!

Warum die Bagis 14 Tage als normal für eine Überweisung betrachtet, mag ihr Geheimnis bleiben. Eine Überweisung erreicht heute innerhalb von 24 Stunden des Empfängerkonto!

2. Die Bagis hat inzwischen über 700 Mitarbeiter(innen), davon 28 Prozent mit befristeten Arbeitsverträgen, so der „Weser-Kurier“ am 9. Mai 2007. Für 76 Mitarbeiter(innen) laufen diese befristeten Arbeitsverträge nun aus, aber die Bagis will sie nicht verlieren. Ein Dauerarbeitsverhältnis sollen sie aber auch nicht erhalten, daher ist keine Vertragsverlängerung möglich!

Die Lösung: Die Freie Hansestadt Bremen stellt diese Mitarbeiter(innen) ein, aber wiederum nur befristet. Sie bleiben somit am bisherigen Arbeitsplatz, nur der Arbeitgeber hat gewechselt. Dies ist ein klassischer Fall von Gesetzesumgehung, den auch die Wirtschaft schon ausprobiert hat. Innerhalb eines Konzerns wurde genauso verfahren: Der Arbeitgeber hat gewechselt, Aufgabenbereich und Arbeitsplatz sind geblieben. Die Klage vor dem Arbeitsgericht war für diese Mitar-

beiter ein Spaziergang! Ihr Erfolg war so überzeugend, dass der Arbeitgeberverband dringend von dieser Gestaltung abgeraten hat.

Also, liebe **Bagis-Mitarbeiter(innen)**, klagt euch ein! Es muss nicht heute sein, es reicht vor dem Auslaufen des neuen befristeten Arbeitsvertrages. Auch eure Kolleg(inn)en in Bremerhaven werden das machen! Wie wertvoll ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist, noch dazu im öffentlichen Dienst, wisst ihr besser als jede(r) andere. Sogar ein schriftlicher Verzicht auf solch eine Klage bei Unterzeichnung des neuen Arbeitsvertrages ist nicht gültig, nicht bindend!

In gewisser Weise erwartet die Freie Hansestadt diese Klagen, denn nur bei einer „freiwilligen" Vertragsverlängerung ist das Haushaltsrecht zu beachten, während Gerichtsentscheidungen außerhalb der finanziellen Spielräume liegen. „Fehler" haben in Bremen schon so manchem zu einen guten Arbeitsplatz verholfen, auch gegen alle Haushalts- und Mitbestimmungsrechte.

Bleiben wir bei der Bagis! Diese Menschen müssen weisungsgebunden arbeiten. Die Ergebnisse werden als „Fehler der Mitarbeiter(innen)" verkauft. Wie sagte doch der Staatsrat, der Aufsicht und Anweiser für diese Bagis ist: „Diese Mitarbeiter können es nicht besser!" Herr Schuster, der Fisch stinkt vom Kopf her! Ihre „Verwaltungsanweisung Wohnen" ist ein typisches Beispiel für fehlerhafte Verwaltungsanweisungen!

Die Bagis ist eine straff geführte Behörde, aber die Ausrichtung stimmt nicht! Es sind Fehler, die letztlich Senatorin Ingelore Rosenkötter zu verantworten hat! Meine Hochachtung gilt umso mehr den Bagis-Mitarbeitern, die eine einwandfreie Behandlung der Kunden hinkriegen!

3. Wer von der Bagis in seinen Rechten eingeschränkt wurde, kann **Schadenersatz** verlangen. Wenn ein Bescheid zurückgenommen wird, weil dieser falsch war oder eine Klage gewonnen wurde, kann der Mensch Schadenersatz fordern. Wie dies geht, sollten wir besprechen. Wer von unerklärlichen Zahlungseinstellungen oder -verzögerungen betroffen ist, sollte dies dokumentieren und die Bagis schriftlich um Prüfung und Erläuterung bitten. Die Auskunft kann der Mensch mit einer Feststellungsklage überprüfen lassen und Schadenersatz verlangen!

Wer einen Brief wegen seiner „zu hohen" Miete erhalten hat, sollte unbedingt **Widerspruch** einlegen: „Hiermit erhebe ich Widerspruch gegen den Bescheid vom ... und bitte um Prüfung und Erläuterung." Datum und Unterschrift nicht vergessen! Das Schreiben bei der Bagis abgeben und eine abgestempelte Kopie mitnehmen! Auch hier ist die Bagis wegen der verursachten Sorgen und Nöte schadenersatzpflichtig. Mit der Antwort oder auch dem Brief zur Montagsdemo kommen – wir gehen mit!

Bagis-Chef Thomas Schneider wurde vom Bund der Steuerzahler mit dem „Spitzen Bleistift" ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch! Was solch ein harter Sparkurs bewirkt, lässt sich in England studieren: Dort haben sich viele der Betroffenen aus dem „sozialen System" verabschiedet. Ursache sind die rigrorosen

Zuweisungen in Arbeitsverhältnisse mit Hungerlöhnen, auch für Rentner mit kleiner Rente! Diese Menschen leben im „**Untergrund**“. Ihre Zahl ist viel größer als bei uns, aber Schröder wollte ja von den Engländern lernen. Die Weichen sind gestellt!

Um noch einmal auf **Kevin** zurückzukommen, der die Zahlungseinstellung der Bagis an seinen Ziehvater nicht überlebt hat: Wie „Radio Bremen“ meldet, hat das Bremer Sozialressort das Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen Leiter des Jugendamtes, Jürgen Hartwig, eingestellt. Die juristische Prüfung habe ergeben, dass es gegen ihn keinerlei Gründe für arbeitsrechtliche Maßnahmen gibt.

Herr Hartwig hat demnach nichts falsch gemacht, weil er weisungsgebunden gearbeitet und die Vorgaben und Rahmenbedingungen seines Arbeitgebers beachtet hat! Wofür sollte dieser ihn bestrafen? Aber wie sieht dies der Staatsanwalt? Das eingeleitete Strafverfahren richtet sich ausschließlich gegen den gewalttätigen Ziehvater. Wir sollten darüber nachdenken!

4. Der „Weser-Kurier“ hat auch über die Bildungs-GmbH berichtet. Das Kapital dieser Gesellschaft wurde durch den Verkauf der letzten Stadtwerke-Anteile finanziert. 24 Millionen Euro flossen einfach am Haushalt vorbei! Diese GmbH sollte Einsparungsmöglichkeiten beim Senator für Bildung aufspüren und auf diese Weise acht Millionen Euro pro Jahr erwirtschaften.

Warum Herr Lemke dies zuließ, bleibt sein Geheimnis. Ist er unfähig oder nur gerade richtig, um den Kopf hinzuhalten? Fälschlicherweise stellte der „Weser-Kurier“ fest, dies sei *kein* Verstoß gegen das Haushaltsrecht. Tatsächlich *ist* es Rechtsbruch, aber die Parlamentarier haben ihre Mitsprache nicht eingefordert!

Bei der Verteilung des Erlöses aus dem Rechtsverzicht der Freien Hansestadt Bremen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Stadtwerke-Anteile in den Vorjahren haben die Parlamentarier teilweise mitbestimmt, allerdings nur für einen Bruchteil der Summe. Ein Teil des Erlöses wurde als zweckbestimmte Spende deklariert und floss in Herrn Webers Skulpturengarten und die Günter-Grass-Stiftung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Ich wähle andere Politiker!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Korruption: Direkter Draht vom Unternehmer zum Finanzamtsvorsteher schützt vor Steuerprüfung *(Anonymus)*

„Unterschichten-Debatte“: Um die Zukunft des Wohlfahrtsstaates zu gestalten, bedarf es revolutionärer Energie *(„Deutschlandfunk“)*

Volksverarschung: Nur jeder zweite Bezieher von Arbeitslosengeld wird in der Statistik als arbeitslos gezählt *(„Junge Welt“)*

Mündliche Verhandlung: Elf Landkreise klagen gegen organisatorische Umsetzung von Hartz IV *(Bundesverfassungsgericht)*

Wachsam bleiben und aktiv werden gegen alle Weltherrschaftspläne

Zur 134. Montagsdemo in Bremen am 21. Mai 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz kamen etwa 22 Teilnehmer. Mit dabei war auch ein mit dem Fahrrad durchreisender Hartz-IV-Betroffener aus Münster auf dem Wege nach Heiligendamm. Wir veranstalteten nur eine Kundgebung.

Im Mittelpunkt stand noch einmal die Bürgerschaftswahl. Ein Zusammengehen der Grünen mit der SPD scheint sich anzubahnen. Das hatten wir schon in Berlin, damals kam nichts Gutes raus! Die Vorschusslorbeeren werden schnell verbraucht sein. Wenn schon wieder Parteigrößen wie Trittin und Sager, nur weil sie früher mal aus Bremen kamen, „versorgt“ werden müssen, ist das kein guter Anfang!

Weitere Schwerpunkte waren der G8-Gipfel in Heiligendamm und immer wieder die Bagis, unsere Bremer Arbeitsgemeinschaft. Senatorin Rosenkötter scheint ihr Amt behalten zu „dürfen“, aber sie ist sicher gut beraten, wenn sie die Amtsführung ihres Hauses mal von den Willkürlichkeiten ihrer Geschäftsführung befreit. „Sozial säuseln“ und knallhart Handlungsanweisungen herausgeben, die den Gesetzen widersprechen, das passt nicht zusammen! Frau Rosenkötter kennt ja „ihre“ Wähler und weiß deren Besuche auch zu schätzen. Freuen wir uns auf ein Wiedersehen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

30 Prozent Kürzung: Ein-Euro-Jobberin wird sanktioniert, weil sie sich weigert, „freiwilligen Wochenenddienst“ zu leisten *(„Indymedia“)*

Tagsüber in die Bewerbungsanstalt: Arbeitslose Jugendliche sollen kaserniert werden *(„Linke Zeitung“)*

Tod durch Hartz IV: Linkspartei stellt Kleine Anfragen zu Kevin und einem 20-jährigen Arbeitslosen aus Speyer *(Deutscher Bundestag)*

Vorgetäuschtes Versammlungsrecht: 6.000 Globalisierungskritiker sollen stundenlang im Polizeikessel herumwandern *(„Tageszeitung“)*

Wir werden den neuen Senat mit Protest begleiten!

1. Bis zum März diesen Jahres rollte die Kürzungswelle bei den Mieten ungehindert weiter. Tausende Androhungen von **Mietkürzungen** wurden verschickt. Die sozialen Ausnahmegründe, wie sie in der Verwaltungsanweisung der Behörde vorgesehen sind, hatten nicht den Wert des Papiers, auf dem sie stehen. In den ersten Monaten des Jahres hätten nach den eigenen Ankündigungen der Behörde circa 2.000 Kürzungen vollzogen werden sollen. Dies waren Zwei- und Mehrpersonenhaushalt mit einer Überschreitung von mehr als 30 Prozent der offiziellen Mietobergrenze.

Seit April ist diese Kürzungswelle ins Stottern geraten. Termine für Kürzungen wurden überschritten, und nicht wenige Haushalte konnte sich über die Anerkennung sozialer Gründe freuen. In zahlreichen Fällen passierte gar nichts, die bisherigen Mieten wurden weiterhin gezahlt. Dies ist auf den Protest vieler Leistungsbezieher(innen) und der Erwerbslosengruppen zurückzuführen. Bei vier Sitzungen der Sozialdeputation, die über die Obergrenzen entscheidet, waren jeweils mehr als hundert Protestierende anwesend und zwangen die Politiker zur Stellungnahme. Eine Deputationssitzung wurde gesprengt, bei der letzten ließen sich die Politiker von einem privaten Sicherheitsdienst bewachen.

Angesichts dieses Protestes, über den auch die örtliche Presse ausführlich berichtete, sah sich die Politik gezwungen zu handeln und die Behörden anzuweisen, die Praxis der Mietkürzungen zu ändern. Ob dies nur bis zur Wahl oder bis zum neuen „Gewos“-Gutachten ausgesetzt wurde, wird die Zukunft zeigen. Aber noch immer ist das Problem nicht gelöst, deshalb werden wir den neuen Senat mit Protest begleiten! Die Ursachen für hohe Mieten sind von der Politik in Bremen gemacht worden!

Die „Bremische Gesellschaft“ mit einem Wohnungsbestand von 7.000 Wohnungen und die „Beamtenbau“ mit 4.000 Wohnungen wurden in den neunziger Jahren an WCM verkauft. Die „Gewoba“ ist mit 31.000 Wohnungen in Bremen die größte Gesellschaft, sie gehört noch mehrheitlich (zu 75 Prozent) der Stadt. Sie sollte allerdings an die Börse gehen, daher wurde modernisiert, und die Mieten wurden angehoben. Die „Gewoba“ ist im Verhältnis zu den anderen Gesellschaften der Vermieter mit den teuersten Mieten! Nur noch 20 Prozent der „Gewoba“-Mieten entsprechen den jetzigen Obergrenzen.

Damit hat sich die Stadt Bremen die Möglichkeiten genommen, mit ihren eigenen Wohnungsgesellschaft die Mietpreise in Bremen mitzubestimmen und sie

niedrig zu halten. Wer kommunale Wohnungen an Spekulanten verkauft oder an die Börse bringen will, muss sich nicht wundern, wenn die Mieten steigen, denn Aktienbesitzer interessieren sich nur für den Profit und ihre Dividende! Deshalb kommen wir wieder, bis die tatsächlichen Mieten und Heizkosten bezahlt werden!

2. In einem Beschluss hat das Oberverwaltungsgericht Bremen die Praxis der Bagis gekippt, das **Einkommen von Stiefeltern** auf das der Kinder anzurechnen. Diese Regelung war bereits 2005 an den Gerichten gescheitert, wurde jedoch ab August 2006 durch eine Gesetzesänderung der Bundesregierung wieder eingeführt. Auch in Bezug auf die Neuregelung gab es bereits mehrere Entscheidungen von Gerichten in anderen Bundesländern, die diese Regelung als verfassungswidrig ansehen.

In einem Fall war die Leistung der Bagis in Höhe von circa 600 Euro eingestellt worden, da das Einkommen des Stiefvaters auf die Leistungen der drei Kinder angerechnet wurde. Vor dem Verwaltungsgericht bekam die Bagis recht. Diese Entscheidung wurde jedoch jetzt vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben. Damit ist die Bagis weiterhin zur Zahlung von ALG-II-Leistungen verpflichtet worden.

Außerdem hat das Oberverwaltungsgericht die Bremer Obergrenze bei den **Heizkosten** von 1,10 Euro pro Quadratmeter als unzureichend gekippt. Mit Beschluss vom 26. April 2006 (Az. S3V 755/06) wurde die Bagis verpflichtet, die höheren tatsächlichen Kosten zu zahlen. In der Begründung heißt es: „Soweit nicht konkrete Anhaltspunkte für ein unwirtschaftliches und damit unangemessenes, verschwenderisches Heizverhalten (zum Beispiel Heizen bei geöffnetem Fenster) vorliegen, folgt jedenfalls im Eilverfahren eine Vermutung der Angemessenheit aus den Abschlagsbeträgen des Wärmeversorgungsunternehmens."

Die Revision der Bagis wurde vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen. Damit sollten sich betroffene Leistungsbezieher(innen), denen die tatsächlichen Heizkosten nicht übernommen werden, gegen die Bagis durchsetzen können. Allen betroffenen Haushalten ist anzuraten, den nächsten Bescheid innerhalb der Widerspruchsfrist anzugreifen und den Weg zum Gericht nicht zu scheuen!

Eine **Abschlussrenovierung** muss von der Bagis gezahlt werden. Auch in diesem Fall scheint die von der Bremer Verwaltung und der Bagis vertretene Linie, Renovierungen zum Abschluss eines Wohnverhältnisses nicht zu übernehmen, vor den Gerichten zu scheitern. Die Sozialdeputation hatte diese Richtlinie beschlossen. Die Rechtsvertreter der Bagis ziehen aber vor einer Gerichtsentscheidung regelmäßig zurück: Die Bagis zahlt, und somit kommt es zu keiner Entscheidung, da die Sache für erledigt erklärt wird. Offensichtlich scheint die Bagis eine Entscheidung in der Sache zu scheuen, da diese dann unter Umständen auch für andere Antragsteller(innen) positive Auswirkungen hätte!

Allerdings sind zwei einschränkende Voraussetzungen für die Kostenübernahme der Abschlussrenovierung notwendig: Es muss ein plausibler Grund für den Umzug vorliegen, und aus dem Mietvertrag muss die Verpflichtung zur Abschlussrenovierung hervorgehen. Zudem muss ein(e) Antragsteller(in) Nerven

und Geduld mitbringen, denn ein Widerspruch gegen einen abgelehnten Antrag auf Abschlussrenovierungskosten wird ebenso abgebügelt. Ohne den Weg zum Gericht besteht keine Chance auf Kostenübernahme!

Die Praxis der Anerkennung von Mietkosten bei **Wohngemeinschaften** mit zwei bis drei Personen durch Bagis und Amt für Soziale Dienste ist, diese zu behandeln wie ein Ehepaar oder Erwachsene mit Kindern. Dies führt regelmäßig zu Kostensenkungsbegehren oder Ablehnung von Mietangeboten. Die Bagis erkennt für eine Dreier-Wohngemeinschaft nur 420 Euro Bruttokaltmiete an. Die bundesweite Rechtsprechung der Gerichte geht jedoch fast einheitlich in eine andere Richtung: Jedes Mitglied einer Wohngemeinschaft hat den Anspruch auf die Übernahme der Mietkosten in Höhe einer Einzelperson. Dies wird damit begründet, dass in Wohngemeinschaften jedes Mitglied einen „privaten" Teil der Wohnung nur für sich selbst nutzt. Daraus entsteht notwendigerweise eine höherer Raum- und Kostenbedarf. Auch in Bremen scheint sich diese Tendenz fortzusetzen.

Allerdings zieht die Bagis bei anstehenden Klagen zurück. Wer mit dieser Begründung in die Klage geht, bekommt von der Bagis sein Geld, schon vor dem Richterspruch. Panische Angst scheint die dort verantwortlichen Herren umzutreiben, da sie sofort klein beigeben! Ein Richterspruch der Bremer Verwaltungsgerichte würde die Verwaltungsanweisung der Sozialbehörde zum Zusammenbruch bringen. Dies soll mit allen Mitteln verhindert werden! Also verfährt die Bagis nach dem Prinzip: Wir enthalten zehn Menschen die Leistung vor, und wenn einer es merkt und vor Gericht zieht, hat die Bagis immer noch für neun das Geld gespart. Dabei hat nach SGB I die Bagis eine Informationspflicht über Leistungen, die den Menschen zustehen! Für jedes Mitglied einer Wohngemeinschaft sind 265 Euro Bruttokaltmiete möglich.

3. Die „Solidarische Hilfe" wird 20 Jahre alt! Sie wurde 1987 mit dem satzungsgemäßen Zweck gegründet, „den Ursachen und Auswirkungen der neuen Armut durch solidarische Hilfe der Betroffenen entgegenzuwirken". Wir verstehen uns als Interessenverband von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und Niedriglöhner(inne)n und nutzen unsere Ressourcen, um mit diesen Menschen durch unabhängige Einzelfallberatung, Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation von Widerstand deren Lebenssituation zu verbessern und gegen Verarmung und Entrechtung zu kämpfen.

Wir laden euch hiermit herzlich ein, das **20-jährige Bestehen** der „Solidarischen Hilfe" gemeinsam mit uns zu **feiern**, und zwar am **Freitag**, dem **1. Juni 2007**, ab **15 Uhr** in unserer Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle in der Landwehrstraße 117 in Bremen. Es gibt ein Kabarettprogramm, und für Getränke ist gesorgt. Wir wollen im Hof feiern und grillen!

Zuschrift von Herbert Thomsen („Solidarische Hilfe")

Reißender Absatz: Tickets für Fahrten zur Großdemo gegen G8-Gipfel am Samstag in Rostock dank Zusatzbussen weiterhin erhältlich *(„Tageszeitung“)*

Offener Brief an die Linke

Liebe Freunde und Mitstreiter, die „Initiative Bremer Montagsdemo“ gratuliert euch sehr herzlich zu eurem Wahlerfolg und dem Einzug in die bremische Bürgerschaft. Der Anstieg eures Stimmenanteils um 6,7 Prozentpunkte zeigt, dass viele Menschen große Hoffnungen auf eure Politik und Einflussnahme setzen. Diese Menschen und auch noch andere, die zum Teil nicht gewählt haben, wollen sich nicht mit der Politik aus Berlin und auch vom Bremer Senat abfinden. Sie wollen, dass vieles anders wird.

Eure politischen Aussagen vor der Wahl, sich besonders dafür einzusetzen, dass die volksfeindliche Hartz-IV-Gesetzgebung mit allen ihren Bestandteilen vollständig zurückgenommen wird, sind der Maßstab, an dem ihr unter anderem gemessen werdet. Auch finden wir es richtig, dass ihr die Politik im Parlament mit dem außerparlamentarischen Kampf verbinden wollt. Beides gehört zusammen.

Wir möchten euch deshalb unsere Unterstützung anbieten und euch auffordern, dass ihr die Mitglieder der Linkspartei aufruft, wieder an der Montagsdemo teilzunehmen und so den Kampf gegen die neoliberale Politik der Bundesregierung und des Bremer Senats zu einer breiten gemeinsamen Sache zu machen. Gemeinsam möchten wir mit euch und anderen neue Formen und Ziele auf antifaschistischer Grundlage entwickeln. Die praktischen Erfahrungen der Montagsdemo mit dem Offenen Mikrofon zeigen die demokratische und bewusste Aktion vieler Menschen, die noch mehr Anziehungskraft finden kann. Wir freuen uns auf euer Kommen und die regelmäßige Teilnahme!

i. A. Jobst Roselius

Zu Pfingsten findet in Bremen keine Montagsdemo statt.

Aussperrung auf BKA-Empfehlung: Grundrechte wie Gleichbehandlungsgrundsatz, Presse- und Berufsausübungsfreiheit ausgehebelt *(„Spiegel-Online“)*

Anfangs friedlich: Wer trägt den „Krieg“ in den Anti-G8-Protest? *(„Spiegel-Online“)*

Was die Presse nicht meldet: Gardemaß-Provokateure in Edel-Kluft bleiben trotz Steinewerfens von Polizei-Kollegen unbehelligt *(„Indymedia“)*

Protest auch in Bremen: Am Mittwoch, dem 6. Juni 2007, gibt es um 17 Uhr an der Domsheide eine Kundgebung gegen den G8-Gipfel

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

135. Bremer Montagsdemo am 04. 06. 2007

Die Wünsche der Wirtschaft sind unantastbar

1. Letzten Samstag brachte der „Weser-Kurier“ erstaunlicherweise ein sehr aufschlussreiches Interview mit dem Philosophen Professor Oskar Negt. Dieser bemängelte, dass immer mehr Menschen in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt werden, während gleichzeitig die „Armee der Überflüssigen“ wächst, die in der durchrationalisierten Produktion gar nicht mehr benötigt werden. Herr Negt sieht das Gerechtigkeitsgefälle, dass es immer mehr Menschen aufstößt, zwar in einer der reichsten Gesellschaften der Welt zu leben, in der trotzdem jedes fünfte Kind in Armut aufwachsen muss. Wir erleben tagtäglich, dass Lohn und Leistung völlig voneinander abgekoppelt worden sind.

So kann heute ein Spitzenmanager das Hundertfünfzigfache dessen verdienen, was ein normaler Arbeiter bekommt, ohne dass gefragt wird, was für eine Leistung denn eigentlich dahinter steckt, die das rechtfertigen würde. Gleichzeitig wächst der Flexibilisierungs- und Lohndruck auf die abhängig Beschäftigten – und deren Angst um den Arbeitsplatz. Selbst diejenigen, die noch eine feste Stelle haben, leiden unter berechtigter Existenzangst, wenn sie sich vergegenwärtigen, dass ein Arbeitsplatz nicht einmal mehr dann sicher ist, wenn das Unternehmen hohe Gewinne erzielt. Da darf sich ein Deutsche-Bank-Chef Ackermann hinstellen und mit sechs Milliarden Euro den höchsten Gewinn in der Unternehmensgeschichte verkünden und gleichzeitig zutiefst unmoralisch den Abbau von 6.000 Stellen vorbereiten!

Früher sprach man von einer Zweidrittelgesellschaft, in der sich nun nach Herrn Negt aber eine Dreiteilung vollzogen hat. Nur noch ein Drittel der Bevölkerung ist integriert, hat einen festen Arbeitsplatz und fühlt sich sicher. Für das zweite Drittel steht das Stichwort **Prekarisierung** der Lebensverhältnisse. Diese Menschen müssen von Vertrag zu Vertrag, von Job zu Job hoppeln und dabei um ihre Existenz kämpfen. Am schlimmsten jedoch trifft es die Arbeitslosen als wachsende Armee der dauerhaft Überflüssigen. Im Grunde werden sie in der heutigen

modernen Warenproduktion nicht mehr gebraucht und für immer aussortiert, weil sie dem Produktionsprozess nicht mehr nützlich sind.

Der Verlust des Arbeitsplatzes wird als Gewaltakt empfunden, als ein Anschlag auf Integrität, Person und Würde des Menschen. In dieser Arbeitsgesellschaft ist Arbeit nun mal ein wichtiger Bestandteil der menschlichen Identität. Sie ist ein wesentliches Mittel der Anerkennung, des sozialen Status und des Selbstwertgefühls. In der öffentlichen Diskussion jedoch wird die Arbeitsmarktproblematik nur als technisches Problem gesehen. Der moralische Aspekt, dass es hier immer auch um die Zerstörung von Lebensperspektiven geht, wird dagegen unterschlagen, ja überhaupt nicht ernst genommen.

Quer durch alle Parteien haben die Politiker aufgrund ihrer eigenen abgesicherten Lebenssituation gar kein Empfinden für die Krisen außerhalb ihres persönlichen Umfeldes. Es gibt da eine Art Leerstelle in ihrer Realitätswahrnehmung. Sie suchen lieber die Nähe zur Wirtschaft, und die meisten kommen nach ihrem Ausscheiden aus der Politik in irgendeinem Unternehmen unter. Statt zu schauen, wo die Probleme in der Gesellschaft liegen und wie sie sich lösen lassen, macht sich die politische Klasse heute die Probleme der Wirtschaft zu eigen.

Ich schlage eine Grundgesetzänderung für Artikel 1 vor, damit unsere Politiker kein schlechtes Gewissen mehr haben müssen – so sie überhaupt eines besitzen: „Die Wünsche der Wirtschaft sind unantastbar, sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Dabei sind Gutwillige der Auffassung, dass es, wenn es der Wirtschaft gut geht, auch der Gesamtwirtschaft gut gehen müsse. Aber dies ist ein Trugschluss geworden, denn die Arbeitsgesellschaft befindet sich nach wie vor in einer tiefen Krise. Für diejenigen, die für den Warenmarkt produzieren, also Gebrauchsgüter wie Autos oder Maschinen, wird der Rationalisierungsdruck immer stärker. Mit der Folge, dass immer mehr Menschen aus dieser Form der Produktion ausscheiden.

Im Sozialstaat der Nachkriegszeit waren sich parteiübergreifend alle darüber einig, dass es nie wieder passieren darf, dass die wirtschaftlich Mächtigen ohne demokratische Kontrollen ihre Macht ausüben. Tatsächlich aber fallen die wichtigen Entscheidungen heute in den Konzernzentralen. Und statt die staatlichen Eingriffe zu verstärken, stiehlt sich der Staat heute immer weiter aus der sozialen Verantwortung. Es werden Krankenhäuser privatisiert, Privatschulen und -universitäten gegründet. Sogar Kirchen werden inzwischen verkauft. Es findet eine Verschleuderung und Versteigerung der öffentlichen Substanz auf allen Ebenen statt.

Dieser Privatisierungswahn enthält die Mentalität, dass die Summe der betriebswirtschaftlich rationalisierten Betriebe das Gemeinwohl ausmacht. Volkswirtschaftlich betrachtet ist das aber eben ein großer Irrtum, denn letztlich geht es immer nur um Kostenverschiebungen: Wer heute an der Bildung spart, wird in zehn Jahren mehr für Polizei und Gefängnisse ausgeben müssen, wie etwa die Entwicklung in den USA zeigt. Der Staat müsste selbst Arbeitsplätze schaffen, denn Arbeit gibt es reichlich, ob im Bereich Bildung, Alten- und Jugendpflege

oder auch im Natur- und Umweltschutz. Dieses gemeinwesenbezogene Arbeitspotenzial wird heute noch weitgehend ehrenamtlich, also unbezahlt geleistet.

Die Aufgabe des Staates wäre es, solche ehrenamtlichen Tätigkeiten in Erwerbsarbeit umzuwandeln. Geld dafür ist genügend da, man muss es sich nur holen. Etwa durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, neue Erbschaftsgesetze oder auch den Verzicht auf Milliardensteuergeschenke für die Unternehmen. Wenn die Politik hier nicht umsteuert, wird es irgendwann auch bei uns solche Aufstände wie in den französischen Vorstädten geben. Dort hat die Regierung Milliarden in die Sanierung dieser Gebiete gesteckt. Doch das nützt alles nichts, wenn man den Menschen keine Lebensperspektive bietet.

2. Kann sich jemand vorstellen, wie es sich für Langzeitarbeitslose anfühlt, wenn sie lesen müssen, dass Peter Oberender, Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Bayreuth, Menschen, die von Armut betroffen sind, dazu animieren will, ihre Organe zu verkaufen? Unglaublich menschenverachtend meint Oberender in einem Interview mit dem Sender „Deutschlandradio Kultur“: „Wenn jemand existenziell bedroht ist, weil er nicht genug Geld hat, um den Lebensunterhalt seiner Familie zu finanzieren, muss er meiner Meinung nach die Möglichkeit zu einem geregelten **Verkauf von Organen** haben.“

Dabei scheint völlig außer Acht gelassen zu werden, dass wir hier von Menschen sprechen und nicht von Ersatzteillagern! Schlimmer kann eine Ökonomisierung von menschlichem Ethos kaum aussehen und schreit geradezu nach einem menschlichen Maß, nach Mitgefühl und der Wiedereinführung eines Gewissens – sogar gegenüber uns Erwerbslosen!

3. Mit uns kann man es ja machen! So wird frei nach amerikanischem Vorbild der **Sozialabbau als Rekrutierungshilfe** für die Bundeswehr genutzt. Gerade für Menschen aus ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten ist die Bundeswehr attraktiv, wie „Y – Das Magazin der Bundeswehr“ offen einräumt: „In Zeiten zunehmender Zukunftsängste hat ein praktisch unkündbarer Arbeitsplatz mit Ausbildungsbedingungen große Anziehungskraft.“

Der Zusammenhang zwischen ökonomischer Perspektivlosigkeit und der Bereitschaft, sich beim Bund zu verpflichten, ist eindeutig und wird teils auch in Studien der Bundeswehr offen eingeräumt. So kommentiert die „Tageszeitung“ die Ergebnisse einer Studie des „Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr“ folgendermaßen: „Vom Spiegelbild der Gesellschaft zur Armee der Arbeitslosen: Je höher die Arbeitslosigkeit in einer Region, desto leichter fällt der Bundeswehr die Rekrutierung. Das erklärt auch den hohen Anteil von Soldaten aus Ostdeutschland.“ Die nochmalige Absenkung des Hartz-IV-Satzes für Jugendliche kommt dabei einer Zwangsverpflichtung schon relativ nahe.

4. Ob wir nun als Ersatzteillager für Organe oder der Armee bis in den Tod dienen oder als gesellschaftlich Ausgegrenzte unser Dasein fristen – als Empfänger von

Arbeitslosengeld II sind wir viermal höher der Gefahr ausgesetzt, früher zu sterben als Erwerbstätige. Auch die Gefahr, an Süchten und Depressionen zu erkranken, ist laut der „Leipziger Studie“ von Soziologen dreimal so hoch. Neu sind diese Erkenntnisse allerdings nicht: Zehn Jahre weniger leben heißt es für Männer mit keinem oder wenig Einkommen. Frauen, die von Armut betroffen sind, sterben in der Regel fünf Jahre eher als Frauen, die aus der Mittleren oder aus der Oberschicht entstammen. Arme Menschen in Deutschland sind zudem häufiger von schweren **Erkrankungen** betroffen, die häufigsten sind Diabetes und Herzinfarkt.

Die Studie der Universität Leipzig wies darauf hin, dass viele Menschen durch die Erwerbslosigkeit apathisch werden und ihre Situation oft „nur noch hinnehmen“. Wichtig sei es, sich zu Hause nicht „einzumauern“, sondern aktiv zu werden. Ein wichtiger Aspekt ist, sich ausreichend über seine eigenen Rechte und Ansprüche zu informieren. Auch das Mitmachen in Selbsthilfe- bzw. Arbeitslosengruppen mag ein Anfang sein, sich aus der Apathie zu befreien. Der Kontakt mit anderen Betroffenen könnte helfen, nicht in Depression zu verfallen. In den neuen Bundesländern leiden 29, in den alten rund 26 Prozent der ALG-II-Empfänger an psychischen Erkrankungen. Eine Studie, die aufschrecken lassen sollte!

5. Abschließend möchte ich davon berichten, dass nicht alle so menschenverachtend mit Erwerbslosen umspringen: Der Bundessozialrichter Peter Udsching hat entschieden, dass Hartz-IV-Betroffene Anspruch auf **angemessenes Wohngeld** haben! Der Richter betont, was ALG-II-Empfänger für ihre Wohnung ausgeben dürften, müsse den aktuellen Mieten an ihrem Wohnort entsprechen. Gegenwärtig übernehmen viele Kommunen nur einen Teil der Mietkosten und fordern die Menschen auf, sich eine billigere Bleibe zu suchen.

„Die Leute haben einen Anspruch darauf, in ihrer Gemeinde mit den Kosten für angemessenes Wohnen versorgt zu werden“, so Udsching. „Alle Gemeinden sind jetzt gezwungen zu erheben, welchen Wohnraum es bei ihnen zu welchem Preis gibt.“ Selbst ein örtlicher Mietspiegel könne nicht als Maßstab dienen, wenn darin auch günstige Preise aus alten Mietverträgen einfließen. „Ein Mietspiegel, der die letzten Jahrzehnte erfasst, ist nicht maßgeblich“, sagt Udsching. „Es muss aktuell ermittelt werden, was neu vermietete Wohnungen kosten.“ Zudem dürften die Menschen nicht aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und zum Umzug in einen weit entfernten Stadtteil oder gar in eine andere Gemeinde gedrängt werden, kommentiert Udsching sein Bundessozialgerichtsurteil. Ziel sei es auch gewesen, eine Gettobildung verhindern.

Elisabeth Graf (parteilos)

Alljährliche Spargel-Hetze: „Sind die Sozialleistungen zu hoch, oder machen die Arbeitslosen mit Schwarzarbeit Kohle nebenbei?“ *(„Nachdenkseiten“)*

Protest auch in Bremen: Am Mittwoch, dem 6. Juni 2007, gibt es um 17 Uhr an der Domsheide eine Kundgebung gegen den G8-Gipfel

Nehmen Sie die Ängste und Sorgen der Menschen wieder ernst!

Es ist einfach nur traurig und war nicht vorhersehbar, was sich da in Rostock abgespielt hat. Doch jahrelang eine Politik gegen den Willen der Bevölkerung zu machen und sich jetzt zu beschweren, das gilt nicht! Schon gar nicht, wenn Sie, meine Damen und Herren Politiker, die jedem Menschen zugängliche Kritik nicht für voll nehmen. Wir von der Montagsdemo sagen Ihnen ständig, was nicht mehr stimmt, glauben Sie es doch endlich!

Bald hat Bremen eine neue Regierung und damit auch mal die Möglichkeit, den Vorreiter zu spielen. Also weg mit unsozialen Verhältnissen! Das wäre ein Unruheherd weniger. Weg mit der Gängelung der Bürger durch die Behörden, weg mit Umzugsaufforderungen, stopp mit Geldverschwendung! Das wären drei weitere Unruheherde weniger. Ein-Euro-Jobs nur freiwillig, her mit Bürgerbeteiligung und Chancengleichheit, weg mit unnützen Belastungen der Bürger durch ungerechtfertigte Ausgaben, her mit gerecht bezahlten Arbeitsplätzen, her mit der Inpflichtnahme der Wirtschaft!

Das und vieles mehr ist nachzulesen auf unserer Homepage oder hier zu hören und lernen. Wir sagen es ständig, und das gewaltfrei, friedlich und unparteiisch, was wollt ihr mehr! Nun zeigt doch mal, dass wir Menschen mehr sind als eine Nummer! Zeigt es auch der übrigen Welt, dass wir Bremer mehr können als nur klagen. Wissen Sie noch, Herr Bürgermeister, was ich Ihnen einst bei unserem Gespräch gesagt habe: Warum ist Bremen einst zu Wohlstand gekommen?

Die Lösung sieht man am Rathaus, vorgeführt von den Bremer Stadtmusikanten: Die haben durch ihren Zusammenhalt die Räuber verjagt und somit ein Problem bewältigt, obwohl sie alt und schwach waren. Sie gaben mir sogar Recht, Herr Bürgermeister, nun handeln Sie auch danach! Meine Damen und Herren, gehen Sie endlich ran und lösen Sie mit uns Bürgern die Probleme! Nehmen Sie einfach die Ängste und Sorgen der Menschen wieder ernst und handeln Sie, schließlich sind Sie jetzt in der Verantwortung!

Wie lange soll denn noch über die Probleme in der Bildung diskutiert werden? Wie lange sollen die Menschen denn noch auf gerecht bezahlte Arbeit warten?

Sie kennen doch die Gefahren. Investieren Sie endlich in Bildung und Arbeitsplätze, und die Probleme lösen sich von selbst! Überzeugen Sie durch Leistung, genauso wie Sie es von uns Bürgern verlangen! Lassen Sie Bremen wieder aufblühen und geben Sie anderen ein Beispiel, zum Wohle aller Menschen!

Udo Riedel (parteilos)

Das Faule im Staate Tyskland

Ich laufe mal wieder über, ich hab es richtig satt! Es gibt Orte auf der Welt, die tauchen immer wieder im Gespräch, in Büchern oder anders auf: Auschwitz, Jerusalem, Bayreuth, Neu-York, viele andere mehr und eben auch Manchester. K. M. und F. E. haben ja wohl auch darüber gearbeitet.

Dann gibt es noch Orte, in denen man fast unbehelligt leben kann, zum Beispiel München. Nicht die Region Meck-Pom. Dort in München lebt ein Psychologe, der bei der Polizei arbeitet, was erst mal nicht schlecht ist. Aber wenn dieser Mitarbeiter im öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Bundesrepublik Deutschland laut und deutlich sagt, dass die Polizei im Vorfeld der Großdemo, die wir gerade erleben mussten, lehrbuchartig alles falsch gemacht hat, was falsch zu machen möglich ist, und er sagt, die Eskalation ging von der Polizei aus, sic! dann ist sicher etwas faul im Staate Tyskland.

Also war alles eine große Inszenierung und somit richtige Provokation. Dann sollten doch dem größten deutschen Demonstranten, wenn er das hört, dem Herrn Innenminister, ordentlich die Ohren klingeln. Schäuble stellt nicht nur für mich die größte Gefahr für Deutschland dar. Demonstriert er doch, wie man ein Gemeinwesen systematisch zerstört.

Es ist eben eine große Sauerei, wenn dieser Demokrat mir vorschreibt, dass ich demonstrieren darf, ach nee! aber dazu sagt, wann, wo, wie, mit wem, wie lange und auch noch wogegen. Natürlich erst, wenn ich meinen Pass und eine Geruchsprobe abgegeben und in Post- und Telefoniekontrolle eingewilligt habe. Freiwillig natürlich! Diese Bagage gehört weggefegt. Wasserwerfer gibt es doch wahrlich genug! Und unsere ach so freien Medien tun nichts anderes, als uns die Chaotenbilder vorzuführen und falsche Zahlen zu nennen, auf dass wir es irgendwann auch wirklich glauben, dass uns die Polizei bedroht und die Chaoten beschützen.

Die Chaoten wollen eben bloß Demo und nicht arbeiten, wie die meisten Deutschen sich nur in der Hängematte ausruhen. Deutsche sind eben faul! Daher wandern auch zur Zeit so viele aus und arbeiten lieber im Ausland. Die anderen streiken lieber das Land kaputt. In den letzten neun Jahren gingen durchschnittlich 2,4 Tage durch Streiks flöten, eine Schweinerei! In Spanien war es nur das

60-fache, in Italien das 36-fache und in Frankreich das 30-fache. Deutsche sind eben faul. Ich hoffe, ihr glaubt es jetzt auch!

Hab ich vorhin etwas Falsches über die Polizei gesagt? Ich meine es natürlich andersrum: dass uns die Chaoten beschützen und die Polizei bedroht. Aber vielleicht gibt es auch dafür einen Lösungsansatz: Die bundesdeutschen Zaunbauer sollten vorschlagen, den Zaun so weit zu versetzen, dass er mit der Staatsgrenze identisch ist. Damit würden sie noch mal so richtig Geld verdienen, denn nur darauf kommt es ja wohl einzig an. Das Schengener Abkommen gilt sowieso nicht.

Sie könnten alle gewaltbereiten Bürger(innen) dabei aussperren, und das sind ja alle, wenn sie nur lange genug provoziert werden. Das würde dann das Münte, den Westerwähh, das Ferkel und alle anderen Staatserhalter und -schützer freuen. Ich ziehe dann unter Umständen in die Gegend südlich von Manchester, weil man dort durchschnittlich sechs (!) Jahre früher stirbt als im Landesmittel. Dann muss ich dieses Elend nicht länger mit ansehen!

Für alle, die es noch nicht kennen: Es gibt ein kleines schmales Bändchen, bei „Diogenes“ erschienen, daher ein gefährlicher Verlag, von H. D. Thoreau: „ Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“. Vielleicht wird es aber in Kürze öffentlich verbrannt. Ich hoffe, jeder von euch hat es nächste Woche in der Tasche beziehungsweise nach dem Lesen weitergegeben!

Roland Springborn (parteilos)

Mich hat ein Stein getroffen

1. Auf der Montagsdemo provozieren wir nicht, und wir lassen uns nicht provozieren – aber wir lassen uns das Recht nicht nehmen, unsere Meinung kundzutun und Staat und Gesellschaft zu kritisieren!

Am Sonnabend haben in Rostock 80.000 Menschen gegen den **G8-Gipfel** und die darin verkörperte Politik demonstriert. Es war ein breiter und bunter Protest mit verschiedenen Sichtweisen und Perspektiven. Man konnte daran auch sehen, dass der Kampf gegen eine Politik der Weltbeherrschung und weltweiten Aggression auf immer breitere Ablehnung stößt.

Am Ende der friedlichen Demonstration ist es zu sehr bedauerlichen „Krawallen“ gekommen, zum Glück noch nicht zu Toten. Wir können nur hoffen und dafür arbeiten, dass es dazu auch nicht kommt. Ich selbst habe, ohne den Beginn einer Verschärfung zu erahnen, noch in den letzten Minuten meines Aufenthaltes einen Stein abbekom-

men, der mich an Kinn und Kehle traf, zum Glück jedoch nur eine Schürfwunde hinterließ. Woher der Stein kam, kann ich überhaupt nicht sagen.

Aber durch diese „Krawalle“ ausgelöst, wird in den öffentlichen und gleichgeschalteten Medien nur noch darüber und nicht mehr über den Inhalt der Proteste berichtet. Die gesamten Proteste sollen damit kriminalisiert und der Zaun sowie die martialische Ausrüstung der Polizei und Staatsschutzorgane gerechtfertigt werden. Durch friedliche Proteste wäre dieser Aufwand für den G8-Gipfel zum Absurden erklärt worden, und das durfte nicht sein.

Ein Mittel zum Anheizen sind die kleinen Provokationen der Polizei, sozusagen die Sticheleien: Aufnahmen fast jeder Person durch Videokameras am Hauptbahnhof in Rostock, das gewappnete Herumstehen mit heruntergezogenem Visier und Schilden an harmlosesten Ecken sowie das willkürliche Herausgreifen Einzelner durch Eingreiftrupps, die mit grober Gewalt in die Menge brechen.

Den Auslöser der nachfolgenden Gewalt bildete wohl ein „geopferter“ Polizeiwagen, den man auf dem Platz stehen ließ. Als Demonstration kamen wir an einer Grundstückseinfahrt vorbei, wo der ganze Straßenbelag aufgebröselt und weit verteilt herumlag. Das konnte nur mit schwererem Gerät gemacht worden sein. Das war die dargebotene Munition. Hier war kein einziger Polizist zu sehen, keine Absperrung, also die Aufforderung: „bedient euch!“ Von so einem Stein bin ich vielleicht getroffen worden.

Noch ein Wort zum sogenannten „schwarzen Block“. Ich bin der Auffassung, dass dieser vom „Verfassungsschutz“ genauso infiltriert ist und benutzt wird wie die Neonazi-Szene auch, auf entsprechende Weise. In diese kleinbürgerlichen Chaoten-Gruppen werden Scharfmacher eingestreut, die anheizen und sich dann, um selber nicht zu Schaden zu kommen, sanft und unsichtbar zurückziehen. Von den Demonstrationen gegen das KKW Brockdorf Mitte der achtziger Jahre ist so etwas breit bekannt geworden. Ich sah selber damals in Stuttgart die Rückkehr von „Chaoten“-Polizisten, die per Handschlag vor dem LKA in Stuttgart wieder begrüßt wurden.

Die ersten Erklärungen von Attac, die den Demonstranten die Schuld gibt und die Polizei für ihr „deeskalierendes“ Auftreten lobt, kann nur verwundern. Dagegen wurden viele Fragen zu Politik und Polizei und zur Medienberichterstattung aufgeworfen. Als Einzelne, als Gruppe oder als Montagsdemo können wir da nur die lückenlose Aufklärung fordern. In den nächsten Wochen und Monaten wird es noch viel zu diskutieren geben, um aus den Ereignissen Lehren zu ziehen.

2. Hinter den Themen Heiligendamm und Rostock ist es etwas still geworden um die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen für einen neuen **Senat**. Wenn die Grünen die abgewählten Trittin und Sager in Bremen mit „Pöstchen“ hätten versorgen wollen, wären sie sicher bei vielen gleich untendurch gewesen. Warten wir also das Ergebnis ab. Für uns stellt sich die Frage, wie sozial und wie gerecht die neue Politik für die Bremer wird.

Der Streik der **Telekom**-Mitarbeiter geht in die sechste Woche. Wir unterstützen Verdi und die Kollegen mit vollem Herzen! Der Kampf um den Erhalt jedes Arbeitsplatzes ist ein Teil des Kampfes gegen die Weltherrschaftspläne, wie sie die „Großen“ in Heiligendamm durchsetzen wollen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass bei „Verschärfung“ des Arbeitskampfes Polizeigewalt eingesetzt wird, wie bei Infineon in München im letzten Jahr oder jetzt in Rostock.

Weltbankpräsident Paul **Wolfowitz**, ein neokonservativer Scharfmacher von George W. Bushs Gnaden, musste jetzt zurücktreten: Er hatte etwas zuviel gewollt beim Raffen für sich und seine Lebensgefährtin. Wolfowitz ist ein besonders doppelzüngiger Vertreter seiner Weltherrschaftsklasse: beim Selbstbedienen keine Skrupel kennen, aber einen rein reaktionären Sauberkeits-„Thinktank“ oder auch „Gedankenpanzer“ der weißen Herren-Ideologie vor sich hertragen. Aber auch sein Nachfolger wird keine Politik für die Menschen und Völker dieser Welt machen, solange noch Bush regiert.

Am kommenden **Montag**, dem **11. Juni 2007**, findet der erste **Prozess** gegen die uneingeschränkte **Lautsprecherbenutzung** der **Montagsdemo** in **Hannover** statt. Ich möchte euch auffordern, unseren gemeinsamen Protest durch Teilnahme an der Gerichtssitzung um 12 Uhr und der **Demonstration** vorher zu unterstützen. Wir wollen mit dem Niedersachsen-Ticket fahren. Wer kann, soll dabei sein! Unsere Montagsdemokasse wird uns unterstützen. Wir treffen uns um **9 Uhr** im Eingang des Hauptbahnhofes bei der Blindentafel. Abfahrt ist um 9:18 Uhr. Voraussichtliche Rückkehr wird gegen 15 Uhr sein, rechtzeitig zur Montagsdemo in Bremen.

Jobst Roselius

Clownesk: Deutsche „Bullenschweine“ erleiden „schmerzhafte Hautreizung“ bei Berührung mit Wasser und Seife *(„Spiegel-Online“)*

Der Betrug wird fortgesetzt

1. Wenn ich Besuchern der Bagis die Frage stelle: „Was möchtet ihr anders haben? Was stört euch?“, so überwiegen die Klagen über den Umgang der Bagis-Mitarbeiter(innen) mit ihren Kunden. Dies kann der Kunde sehr einfach ändern: durch Begleitung! Einfach zu zweit hingehen! Es wirkt!

An jedem ersten **Dienstag** im Monat haben wir ab **19 Uhr** im „Sozialen Lebensbund – so:leb e.V“ den Gesprächskreis „**Begleitung**“. Es geht um den „Umgang der Bagis mit dem Kunden und umgekehrt“. Die Begleitung soll nicht dazu dienen, die Schreibtische zu richten, sondern es wird ganz nebenbei damit eine Versachlichung erreicht.

Gewalt ist auch hier keine Lösung, und sie ist auch nicht notwendig, denn es gibt wirksame Gegenwehr! Kein Angestellter geht allein in eine für sein Unternehmen wichtige Verhandlung. Jeder Besuch bei der Bagis ist für den Erwerbslosen eine wichtige Verhandlung – warum also allein hingehen? Egal, wie der Ärger mit der Bagis aussieht – er lässt sich beheben, durch einfache Schritte! Wir gehen diese Schritte mit!

Also hin am Dienstag zum „**Hibiduri**“ in der Thedinghauser Straße 2, Ecke Friedrich-Ebert-Straße, ab 16 Uhr! Alle Sorgen mitnehmen! Um 19 Uhr beginnt dann der Gesprächskreis „Begleitung“. Sich wehren kostet Kraft, schafft aber Zufriedenheit. Sich nicht zu wehren, kostet das Selbstwertgefühl! „Humor hat, wer trotzdem lebt“, schreibt der „Strassenfeger“ zum ALG II. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden!

2. Die neue **Arbeitsmarktstatistik** wurde veröffentlicht, mit den Zahlen per 15. Mai 2007, und mit ihr wird der Betrug am Leser fortgesetzt! Die Erhebungsweise der Statistik unterfüttert die Zielrichtung „runterspielen und schönreden“. Leider wollen diese Politiker die Wirklichkeit nicht sehen! Eine aktuelle Aufarbeitung dieser Statistik hat die Montagsdemo Dortmund erstellt. Ihr Fazit lautet: Auch im Mai 2007 sank die Arbeitslosenzahl in Deutschland nicht unter vier Millionen, wenn man die Ein-Euro-Jobber mitzählt.

Im Deutschlandfunk war am 31. Mai 2007 um 13 Uhr in den Nachrichten zu hören, dass die Bundesagentur monatelang zu niedrige Arbeitslosenzahlen gemeldet hat. Dies liegt an einem nicht verarbeiteten Datensatz vom Dezember 2006. In den nachfolgenden Nachrichtensendungen wurde auf diesen Fehler nicht mehr hingewiesen.

Per 15. Januar 2007 wurden somit selbst nach dieser sparsamen Zählart 40.000 Arbeitslose in dieser Statistik nicht berücksichtigt! Nun sind 40.000 statistisch gesehen nicht überwältigend viel, aber erinnern wir uns doch an die Begleitmusik: „46.000 Arbeitslose weniger! Das ist die Trendwende!“ Und dann muss die BA eingestehen: „Wir haben da einen Fehler.“ Und dies, nachdem Herr Müntefering höchstpersönlich die Zahlen verkündet hat, medienwirksam noch vor der Pressekonferenz der Bundesagentur!

Die BA hat jetzt Glück, dass der Fehler sich im aktuellen Monat nicht mehr auswirkt. Die Bremer Sozioalsenatorin Rosenkötter dagegen hängt mit ihrem „aktuellen SGB-II-Bericht“ immer noch im Januar 2007! Klemmt auch hier etwas?

3. Betrüblich ist, dass viele Erwerbslose nach dem Auslaufen des ALG-I-Anspruchs nicht in der SGB-II-Statistik auftauchen. Vor dem Arbeitslosengeld II steht die Verwertung von **Vermögen** und der Verweis auf Unterhalt durch den

Partner oder andere Mitglieder der „Bedarfsgemeinschaft“. Diese Menschen sollten in jedem Fall einen Antrag auf ALG II stellen, weil der Vermögensverzehr und die Unterhaltspflicht sehr umstritten sind.

„Wenn Sie jetzt einen Antrag auf ALG II stellen, rechnen wir Ihnen vor, wie lange Ihr Vermögen reichen muss!“, lautet der Abwehrsatz der Bagis oder Arge! Es geht trotzdem. Kommt her, wir gehen mit! Die Vermögensanrechnung im SGB II wurde aus der bisherigen Arbeitslosenhilfe übernommen, deren Bestimmungen von den Gerichten für ungültig erklärt wurden, weil diese keine Härtefallklausel enthielten. Eine solche Klausel ist auch im SGB II nicht enthalten.

Die Bagis hat bestimmt noch keinen einzigen Vorgang mit Vermögensanrechnung richtig bearbeitet. Außerdem sollte der Mensch sich arbeitssuchend melden. Diese Meldung muss alle drei Monate erneuert werden, ohne Aufforderung! Dies ist nötig, um diesen Zeitraum zumindest für die Rentenversicherung zu retten. Beides nebeneinander ist am vorteilhaftesten!

In der Sendung „Lebenszeit“ im Deutschlandfunk ging es am 1. Juni 2007 ums **Erbe**. Dabei wurde angemerkt, dass die Erbmasse insgesamt schrumpfen wird, weil die Pflege das Vermögen abschmilzt. Von ALG II war nicht die Rede, aber gerade ALG II mit den niedrigen Vermögensfreibeträgen sorgt für Altersarmut bei den Betroffenen, schließlich fällt auch die Rente wesentlich niedriger aus! Auch auf den Miterben Arge wurde in dieser Sendung nicht hingewiesen.

Wenn ein Hartz-IV-Betroffener stirbt, kann die Bagis die ALG-II-Zahlungen für bis zu zehn Jahren von den Erben zurückfordern, allerdings auf die Höhe der Erbschaft begrenzt. Ob diese Begrenzung auch die Berücksichtigung von Schulden umfasst, ist umstritten. Nach dem Verhalten der Argen bei der Vermögensanrechnung zu schließen, bekommen auch hier die Gerichte reichlich Arbeit!

Anfechtbar geht die Bagis auch mit Erben um, die ALG II erhalten. Ab dem nächsten Antragszeitraum gilt das Ererbte als Vermögen. Es gilt der Zufluss, das heißt die effektive Verfügungsgewalt, nicht der Todestag. Wenn nach dem Todestag und vor der Verfügungsgewalt ein neuer Bewilligungszeitraum beginnt, sollte man das voraussichtliche Erbe als Vermögen angeben. Wenn das Verhalten der Bagis sich nicht ändert, so bekommt nur Recht, wer sich die Unterstützung des Gerichtes sichert, also Klage erhebt!

4. Eine „großzügige Bilanzierung“, früher schlicht Bilanzfälschung genannt, hat dazu geführt, dass Daimler 370 Millionen Euro an MAN zahlen muss. Gefälscht hat der britische LKW-Hersteller ERF, ein Tochterunternehmen von Daimler! Wenn die Bundesrepublik Deutschland ein Wirtschaftsunternehmen wäre, hätte eine Klage wegen **Bilanzfälschung** Aussicht auf Erfolg! Die Zahlen der Arbeitsmarktstatistik geben auch für Politiker ersichtlich nicht die Wirklichkeit wieder. Sie geben ein geschöntes Bild ab!

Die Meldungen zur Steigerung des Steueraufkommens resultieren überwiegend aus der Mehrwertsteuererhöhung. Die Meldungen über die Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge basieren im Wesentlichen auf der Umstellung der

Fälligkeit. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist angestiegen, weil bundesweit Förderprogramme, teils mit 100 Prozent Förderung, für mehr Beschäftigung sorgen. Darüber hinaus wird jetzt auch jede Teilzeitstelle mitgerechnet! Somit ist jede geringfügige Tätigkeit „sozialversicherungspflichtig“!

„Die Leute geben wieder mehr Geld aus“, heißt es alle paar Monate über das Kaufverhalten. Welcher Geschäftsmann wird bei der Frage, ob sein Umsatz gestiegen sei, nein sagen? Die Antwort wird ausweichend sein, denn ein Nein würde seine Wettbewerbsfähigkeit in Frage stellen, wie man im „Weser-Kurier“ nachlesen kann.

„Es gibt wieder mehr Babys in Deutschland, weil die Menschen Vertrauen zum Aufschwung haben!“ Doch nicht einmal die Steigerung der Geburtenrate stimmte, wie der „Weser-Kurier“ hinterfragt hat. Trotzdem wurde diese Glücksbotschaft auch noch im Fernsehen vertieft rübergebracht. Nur hatten die Macher übersehen: Ein Baby braucht neun Monate!

Wenn so viele vom **Aufschwung** reden, ist es auch für Wissenschaftler einfacher, dies zu unterstellen, ohne eigene Nachforschungen anzustellen. Insgesamt bläst man einen riesigen Ballon mit heißer Luft auf. Was bleiben wird, ist die Entlastung der Konzerne durch das Weiterreichen der Mehrwertsteuererhöhung an sie! Wäre die Bundesrepublik Deutschland ein bilanzierendes Unternehmen, müsste diese Bilanzfälschung mit Gefängnisstrafe geahndet werden! Leider bleiben die Politiker ungeschoren, und die Konzentration der Konzerne geht unter Personalabbau weiter.

5. Die Freie Hansestadt muss unbedingt ihr Oberverwaltungsgericht behalten, weil viele für Bremen wichtige Entscheidungen der Bremer Sichtweise bedürfen, so ein Politiker. Ist das eine positive Aussage? Für viele **Sozialgerichtsverfahren** laufen in Bremen die Uhren anders als im übrigen Bundesgebiet, leider oftmals zum Nachteil der Betroffenen. In den Sozialberatungsstellen wird der Mensch darauf vorbereitet, dass in Bremen alles anders ist!

In Hamburg haben die Politiker ein Gutachten für die Lage auf dem Wohnungsmarkt bestellt, wie in Bremen, dann jedoch in einer Pressemitteilung alle Kostensenkungsaufforderungen für ungültig erklärt. Darauf warten wir in Bremen noch! Die weitere Reaktion ist von der Auswertung des Gutachtens abhängig. Dies gilt auch für Bremen. Die Freie Hansestadt hat in vielen oder sogar allen Fällen die **Mietkürzung** nicht durchgeführt. Eine Erklärung enthält der Bescheid über die Fortgewährung aber nicht! Dafür ist jetzt die Erhöhung des Regelsatzes um zwei Euro in den Bescheiden angekommen.

In Bremen ist eben alles anders. Es kostet etwas mehr Kraft, sich zu wehren, aber es lohnt sich! Wer bisher noch keinen Widerspruch gegen den Brief mit der angekündigten Kostensenkungsaufforderung („Sie wohnen zu teuer, Ihre Miete ist unangemessen hoch“) eingelegt hat, sollte dies tun, auch damit die Politiker merken: Wir werden uns wehren! Wer eine Kürzung der Miete in dem Leistungsbescheid stehen hat, sollte sofort Widerspruch einlegen und Klage einrei-

chen. Darüber hinaus besteht Eilbedürftigkeit, wenn die verminderte Zahlung für den nächsten Monat ansteht. Herkommen – wir gehen mit!

In Hannover hat das Landessozialgericht 385 Euro plus Heizung für einen Einpersonenhaushalt als angemessen erklärt (Az. L7 AS494/04 vom 24. April 2007). Bundesweit und auch in Bremen wird inzwischen von den Sozialgerichten über die angemessenen Wohnungsgröße nachgedacht. Damit wird dem Mietwucher bei Kleinstwohnungen ein Riegel vorgeschoben. Angemessen sind circa 45, eventuell auch noch 30 Quadratmeter, aber nicht Wohnungen mit 20 Quadratmetern. Die ehemaligen Polizeiwohnungen bleiben wegen ihres Zustandes und ihrer Ausstattung außen vor, denn sie waren Notwohnungen für Zwangsräumungen, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Diese kleinen und schlecht ausgestatteten Wohnungen waren überwiegend die „freien Wohnungen für Alleinstehende“ gemäß „Gewos“-Gutachten!

Auch sind nur die aktuellen Mietpreise für die Angemessenheit maßgebend, nicht die Mieten bereits vor langer Zeit vermieteter Wohnungen, die sogenannten Bestandsmieten! Inzwischen ist der Abgabetermin für das zweite „Gewos“-Gutachten verstrichen. Ob „Gewos“ wohl die Gerichtsentscheidungen berücksichtigt hat? Wahrscheinlich nicht – wieder wird nicht einmal die Datenbasis, geliefert von der Bundesagentur, sauber sein! Außerdem hat „Gewos“ bei den Hochrechnungen im kritischen Marktanteil um das Vierfache danebengegriffen!

Fazit: Legt bitte gegen jede Mietkürzung Widerspruch ein! Wahrscheinlich ist dieses „Gewos“-Gutachten wiederum zu geschätzten 90 Prozent falsch, weil von den Gerichtsentscheidungen überrollt. Wir fordern hiermit die Sozialsenatorin zur umgehenden Veröffentlichung auf, wenn dieses Gutachten denn vorliegt! Oder besser Geld sparen, Zufriedenheit schaffen und die Menschen wohnen lassen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Bremen hatte zwei Polizeibataillone und bis circa 1952 einen Polizeipräsidenten – einen Massenmörder? Er ist als Angehöriger dieses Polizeibataillons an den Massenmorden beteiligt gewesen – oder? Wen wundert es, wenn in Bremen die entsprechenden Akten verschwunden waren? Leider kann erst jetzt ermittelt werden, seit ein Teil zufällig im Keller der JVA wiedergefunden wurde.

Die Taten dieser Polizeieinheit wurden von Karl Schneider in dem Buch „ Zwischen allen Stühlen – Der Kaufmann Hans Hespe im Reserve-Polizeibataillon 105“ festgehalten. Vorgestellt wurde dieses Buch in der Stadtbibliothek, und bei der Diskussion waren wir schnell bei der **Polizei** heute, ihrem Verhalten auf Demonstrationen und dem Einsatz von Polizisten im aktuellen Dienstablauf.

Die heutige Polizei ist zu empfehlen, außer auf Demonstrationen! Es ist unwirklich, wie der gute Ruf der Polizei durch diese Einsätze ruiniert wird. Genauso könnten alle Autofahrer ihre Nummernschilder abschrauben! Zu fordern ist ein fairer Einsatz: Namen an den Uniformen schaffen Vertrauen und beseitigen Frust!

Die Aufbereitung dieser Geschichte mitsamt den Verstrickungen der Klinik und der Gerichte war damals nicht erwünscht. Nur damals? Adenauer hat die meisten Kriegsverbrecher aus den Gefängnissen der Verbündeten dadurch befreit, dass er der Wiederbewaffnung Deutschlands und dem Nato-Beitritt zustimmte, aber nur bei Entlassung dieser Kriegsverbrecher!

Hans Hespe saß zwischen allen Stühlen, seinen korrupten Vorgesetzten ging es wesentlich besser. Wenn wir uns jetzt noch die Unterstützung der Nazis durch die Wirtschaft und die Kriegsgewinne ansehen, so scheint trotz der vielen Verlierer die Rechnung des Großkapitals aufgegangen zu sein. Nur darum gibt es heute diese umfassende staatliche Unterstützung für die Nazis!

7. Die GEZ benötigt jetzt nicht mehr den ALG-II-Leistungsbescheid zur **Rundfunkgebührenbefreiung**. Die Bagis bescheinigt auf einen Extraformblatt den Zeitraum des ALG-II-Bezugs und ob Zuschläge nach § 24 SGB II gezahlt werden. Das reicht für die GEZ-Befreiung aus, aber man sollte trotzdem den Bescheid zur Bagis mitnehmen, falls die Mitarbeiter gerade wieder einmal nicht in den Computer schauen können. Für die Zukunft wäre es wünschenswert und einfacher, wenn die Bagis diese Bestätigung gleich mit dem Bescheid erstellen und zusenden würde, so wie es die Rentenversicherung mit dem Rentnerausweis bereits seit Jahren praktiziert! –

Jede **Nebenkostenabrechnung**, die Arbeitslohn von anderen Unternehmen enthält, ist wahrscheinlich falsch. Wer haushaltsnahe Dienstleistungen bestellt, kann 20 Prozent des ausgewiesenen Arbeitslohnes von seiner Steuerschuld absetzen. Notwendig ist die Handwerkerrechnung mit dem ausgewiesenen Arbeitslohn und die Überweisungskopie für den Rechnungsausgleich (keine Barzahlung). Also den Hauswirt fragen und nachbessern lassen! Wer ALG II bezieht, sollte eine Nebenkostenabrechnung erst nach dem Zahlungseingang der Arge bezahlen, auch wegen der anderen Unwägbarkeiten.

Wer selbst Besitzer einer Wohnung ist, kann diesen Steuervorteil auch für die selbstgenutzte Wohnung geltend machen. Das gleiche gilt für den Mieter für von ihm beauftragte und bezahlte Handwerker. Bei einer vermieteten Wohnung rechnet der Vermieter die Steuererstattungsansprüche einfach gegen die Aufwendungen und nimmt nur den verbleibenden Restbetrag für die Nebenkostenabrechnung. So ist für den Mieter ersichtlich: Sein Hauswirt hat es richtig gemacht!

8. „Das fiskalische Bermudadreieck Länderfinanzausgleich – Lobbyismus – Finanzverwaltung“, so ist der Aufsatz eines Finanzbeamten aus Niedersachsen betitelt, der sich mit dem Pseudonym Hans Berg schützen muss. Dieser Text ist geeignet, jeden Steuerzahler an der **Steuergerechtigkeit** zweifeln zu lassen. Sehr detailliert werden die Fakten und Wechselwirkungen zusammengetragen und untermauert.

Leider stimmen die Ausführungen mit meinen beruflichen Erfahrungen überein! Dieser Aufsatz zeigt, wie eine großzügige Steuerprüfung oder gar eine Nicht-

prüfung als Instrument für eine Ansiedelungspolitik oder Wirtschaftsförderung versprochen wird. Hier die Schlussfolgerungen:

„Die Professoren Ulrich von Weizsäcker und Arnulf Baring haben zweifellos recht, wenn sie sagen, es habe eine Dominanzumkehr zum Vorteil der Wirtschaftsinteressen stattgefunden. Könnte es sein, dass wir heute keine funktionierende Demokratie mehr haben, sondern einen neoliberalen politischen Einheitsblock, der den schönen Schein der Demokratie nur noch unter massivem Propagandaeinsatz aufrechtzuerhalten in der Lage ist? Haben wir es gar mit einem wirtschaftstotalitärem Regime hinter demokratischer Fassade zu tun? ‚Wo nicht der Mensch, sondern das zinstragende Kapital der Gegenstand ist, dessen Erhaltung und Mehrung der Sinn und das Ziel der politischen Ordnung ist, da ist der Automatismus schon im Gang, der eines Tages die Menschen zum Töten und Getötetwerden auf die Jagd schicken wird' (Professor Karl Barth).

Fazit: Die Arbeitnehmerhaushalte haben mit ihren Lohnsteuerkarten ihre Steuern vollständig bezahlt, und auch die Rentner und Sozialhilfeempfänger haben an den Ladenkassen und Tankstellen ihr Soll erfüllt. Sie alle sind für die gigantische Staatsverschuldung nicht verantwortlich. Anstatt die ärmeren Bevölkerungsschichten mit Hartz IV zu schröpfen und das Blindengeld zu streichen, wäre es nur recht und billig, die fehlenden Milliarden dort einzufordern, wo massenhaft Steuerhinterziehung stattfindet und wo der Reichtum vorhanden ist. Doch Gerechtigkeit ist nicht gewollt. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Polarisierung der Einkommen und Vermögen bewusst verheimlicht wird. Man kann eben besser Wasser predigen, wenn man verschweigt, dass es Weinkeller gibt und wo sie sich befinden."

9. In der Halbzeitpause hat die ARD einen Bericht von den Demonstrationen in **Heiligendamm** gezeigt. Ein Polizeisprecher in Sommerkleidung sagte: „Wir haben alle friedlichen Demonstranten aufgefordert, diesen Ort zu verlassen. Dann haben wir mit der Räumung begonnen." Diese wurde gezeigt. Die Polizei war in Kampfausrüstung, die Demonstranten saßen auf der Straße.

Eine junge Frau wurde mit dem Halwirbelgriff hochgezogen. Dieser Griff ist verboten, weil er zur Lähmung führen kann! Ein junger Mann wurde mit einem Griff an die Kapuze am Haarschopf weggezogen. Die anderen Demonstranten saßen! Zwei gingen auf die Polizisten zu und riefen friedlich.

Das ist ein unglaubliches Vorgehen gegen die offensichtlich friedlichen Demonstranten, die nicht allein dadurch „unfriedlich" werden, indem die Polizei alle auffordert zu gehen! Diese Menschen haben viel Mühe investiert, um hierher zu gelangen, und sie waren friedlich. Die Gewalt wurde herbeigeredet!

Hans-Dieter Binder (WASG)

Illegale Haushaltssanierung: Arge Wuppertal erklärt notwendige Bauarbeiten zum „Integrationsprojekt" *(„Tacheles-Sozialhilfe")*

Volksdroge Seifenoper: Massen demonstrieren
gegen Schundfunk-Sozialisierung *(„Spiegel-Online“)*

Wir lassen uns weder in Rostock noch anderswo kriminalisieren

Die 135. Montagsdemo in Bremen am 4. Juni 2007 um 17:30 Uhr auf den Marktplatz wuchs von zuerst 12 schließlich auf über 30 Teilnehmer. Wir bemerkten großes Interesse bei den Passanten, unser neues Flugblatt war sehr begehrt.

Die Großdemonstration gegen den G8-Gipfel in Rostock und die skandalösen Provokationen der Polizei bildeten den Mittelpunkt der Beiträge. Ein Teilnehmer schilderte die erlebten Vorgänge bis zur erlittenen Verletzung durch einen Steinwurf. Es gab viele Anzeichen für Provokationen durch die Polizei und für die bewusste Einschleusung von Scharfmachern im Dienste der Staatsorgane.

Die ganze Taktik der inneren Aufrüstung mit gigantischen Kosten für Zaun und Polizei und die Kriminalisierung der G8-Gegner und -Kritiker muss ja gerechtfertigt werden. Und da ist den Staatsterroristen jedes Mittel recht. Zum Glück nehmen immer mehr Journalisten und Schriftsteller ihr Recht wahr, die verschiedenen Seiten dieses Systems aufzudecken und zu beschreiben.

Natürlich standen aber auch Bremer Themen zum Bericht, zur Kommentierung an: wie immer die Bagis und das schnelle Vergessen der Wahlpositionen bei den Grünen, wenn sie denn nur die Koalition mit der SPD hinkriegen. Auf unsere Gratulation an die Bürgerschaftsfraktion der Linkspartei haben wir auch noch nichts gehört, geschweige denn, dass sie schon mal gekommen wären. Warten wir ab, wie sich eine Zusammenarbeit entwickeln kann.

Am **Montag**, dem **11. Juni 2007** treffen wir uns um **9 Uhr** am **Eingang des Hauptbahnhofs**, um nach **Hannover** zum **Prozess** zu fahren. Um 10 Uhr beginnt dort eine Demo, um 12 Uhr im Amtsgericht die Verhandlung. Wir unterstützen die Hannoveraner in ihrem Kampf um die volle Durchsetzung der Meinungsfreiheit mit offenem Mikrofon und Lautsprecher. Wer uns unterstützen will, finde sich am Montag früh am Hauptbahnhof ein!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Polizeidebakel“: 10.000 Menschen demonstrieren friedlich am Sperrzaun und blockieren Zugänge nach Heiligendamm *(„Spiegel-Online“)*

Medienhetze: Von angeblich 433 „verletzten“ Polizisten mussten nur zwei stationär behandelt werden *(„Spiegel-Online“)*

Aufklärung unerwünscht: Weder werden Steinewerfer festgenommen, noch sollen sie wegen Mordversuchs angeklagt werden *(„Spiegel-Online“)*

Jetzt kommt’s raus: „Möglicherweise handelte es sich um einen Polizisten, der in Autonomen-Kleidung unter den Blockierern war“ *(„Spiegel-Online“)*

„Absolute Sauerei“: Polizei räumt Einsatz verdeckter „Ermittler“ unter den Demonstranten ein *(„Spiegel-Online“)*

„Klein-Guantánamo“: 1.000 Bindfaden- und Taschenmesser-Besitzer in Käfige gesperrt und am Toilettengang gehindert *(„Stern“)*

Weltpresse ausgesperrt: Nicht einmal bürgerliche Medien bekommen die Gipfelpolitiker zu sehen *(„Tagesschau“)*

Sarkotzy übergeschnappt: „Ich habe mit Tony Blair Übereinkunft erzielt, wie eine EU-Verfassung ohne Volksabstimmung aussehen könnte“ *(„Spiegel“)*

Faschistischer Terror: Erneut Brandanschlag auf Wolfener MLPD-Stadträtin verübt *(„Rote Fahne News“)*

Zweiwochenfrist abgelaufen: Kleine Anfrage der Linkspartei zum Kindestod bei Leistungsentzug weiter unbeantwortet *(Deutscher Bundestag)*

Das geschah in Rostock wirklich: Vermummte Polizisten lieferten die von der politischen Führung benötigten Gewaltszenen *(„World Socialist“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

136. Bremer Montagsdemo am 11. 06. 2007

Wollen Sie jetzt noch zwei Jahre über Mindestlöhne reden?

Na bravo: Die Bürger reichen jede Menge Vorschläge ein, die Professoren loben die Bremer Bürgerbeteiligung – und was ist mit Ihnen, meine Damen und Herren Politiker? Wann können wir mit Ihnen rechnen, oder sind wir für Sie nicht kompetent genug? Dazu sei gesagt, auf der Montagsdemo sind wir nicht nur als Mahner, sondern auch als Sprachrohr der Leute zu verstehen, für die Sie angeblich immer da sein wollen!

Wir machen auf die Probleme seit Jahren aufmerksam, und nun erwarten wir eine wirkliche Wende in der unsozialen, menschenverachtenden Politik. Nach der Wahl in Bremen können Sie gleich den Anfang machen! Ich möchte die Politiker mit im Boot haben, denn nur mit ihnen zusammen können wir die Probleme gemeinsam lösen. Also kommen Sie bitte her! Hier sind die wirklichen Ansprechpartner, die Betroffenen, denen es zu helfen gilt.

Wenn die anderen nicht möchten, sollen diejenigen kommen, die sich für eine soziale Politik haben wählen lassen. Jeder kann hier Rede und Antwort stehen. Keine Angst, wir beißen nicht, wir sind nur die friedlichen Montagsdemonstranten, die Unparteiischen und die Aufklärer, aber eben auch die Unbequemen, denn wir wollen nicht nur reden, sondern auch Taten sehen. Das ist unser gutes Recht!

Wovon schon lange keine Rede mehr sein kann, das sind faire Löhne. Wie lange, meine Damen und Herren, wollen Sie noch über Mindestlöhne debattieren? Zahlen Sie doch endlich, reden Sie nicht nur, handeln Sie! Dann lösen sich viele Probleme wie von selbst. Neulich ging ich mit meiner Frau einkaufen und wurde im Penny-Laden wie immer freundlich bedient. Ich bedankte mich dafür und fragte bei dieser Gelegenheit nach der Bezahlung.

Ich erfuhr zu meinem Erstaunen, das Personal habe schon zehn Jahre lang keine Lohnerhöhung mehr bekommen! Nach diesem Schreck versprach ich, mit Einverständnis der Betroffenen, diese beschämende Tatsache auf der Montags-

demo bekanntzugeben. Vielleicht denkt ihr Arbeitgeber, wenn er im Internet diese Rede liest, einmal über faire Löhne nach!

Udo Riedel (parteilos)

Zehn Prozent Anhebung wären angemessen: Sozialgericht Oldenburg entspricht Klage auf höhere Wohngeldzahlung *(„Delmenhorster Kreisblatt“)*

Gegen rot-grüne Kostensenkungsaufforderungen: Am Freitag um 9:45 Uhr Kundgebung vor der SPD-Bürgerschaftsfraktion in der Wachtstraße 27/29 *(„Verdi-Erwerbslosenausschuss“)*

Das beste aller Verhütungsmittel

1. Als ob Frau Merkel den **G8-Gipfel** *doch* richtig einzuschätzen wüsste, wird sie im „Weser-Kurier“ zitiert, dass er „nicht folgenlos“ bleiben solle. Aber das wird er müssen, weil bloße Lippenbekenntnisse nun einmal nicht zu verbindlichen Beschlüssen führen können! Der G8-Gipfel ist keine Weltregierung und kann keine Gesetze erlassen, bloß schwammige Appelle. Heiligendamm sei ein Schritt „unter ganz, ganz vielen auf der Welt“ – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Als könne dieser vermeintliche „Super-Erfolg“ etwas anderes darstellen als ein inhaltloses, völlig unverbindliches Worthülsen-Geblubber!

Mit Blick auf Afrika sagte die Kanzlerin allen Ernstes, es seien geeignete Institutionen nötig, damit das Geld für die Entwicklungshilfe auch dort ankommt, wo es wirklich wichtig ist. Die afrikanischen Staaten müssten ermutigt werden, „fair, nicht korrupt zu sein und keine Kriege zu führen“. Will sie demnächst gar die Unternehmer beschwören, bitte ein bisschen sozialer zu sein und netterweise auf ein klein wenig Profit zu verzichten? Das ist, als ob in China der berühmte Sack Reis umfällt oder eben in Heiligendamm der G8-Gipfel etwas beschließt.

Nur stehen Ausgaben von 120 Millionen Euro, die im sozialen Bereich natürlich nie zur Verfügung gestellt würden, und die Aushöhlung des Grundgesetzes in keinem Verhältnis zu diesem Gipfel-Geschwafel! Allein der hohe, zwölf Kilometerlange Zaun hat gut zwölf Millionen Euro gekostet. Dann der Einsatz von 16.000 Polizisten aus allen Bundesländern! Diese Millionenausgaben stehen für Geldverschwendung und Machtmissbrauch.

„Deeskalation ist ein paradox gebildetes Neuwort“, sagte der Münchner Polizeipsychologe Georg Sieber in einem Interview, eine „Herunterstufung des Her-

aufgestuften“. In Rostock ging es dem Bundesminister des Inneren vor allem darum, die „Deutungshoheit“ über den G8-Gipfel gegen „Attac“ und andere zu verteidigen. Dazu hatte man die Teilnehmer bereits im Vorfeld unter Generalverdacht gestellt und als von gewaltbereiten Gruppen zumindest unterwandert bezeichnet. So wurde die Demonstration dann auch begleitet.

Die Bilder aus Rostock liefern Anschauungsunterricht, wie so etwas zu machen ist. Die Demonstranten wurden von dem gedrängten Polizeiaufgebot in Kampfmontur nicht nur psychisch eingeengt. Die Leute schienen den martialischen Auftritt der Einsatzkräfte hinzunehmen. Dann stand da ein Polizeifahrzeug am Kundgebungsplatz, das empfanden einige Teilnehmer offensichtlich als Herausforderung. Das Fahrzeug wurde attackiert, eine Gruppe von Polizeibeamten versuchte einzugreifen, und danach überstürzten sich die Ereignisse.

Herr Sieber kann sich den Einsatz so genannter „Agents provocateurs“ vorstellen. Der Vorwurf wiegt schwer, denn bei den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm soll ein getarnter Bremer Polizist zu Gewalttaten aufgerufen haben. Die Polizei bestreitet natürlich die Vorwürfe. Allerdings musste sie nach anfänglichem Dementi zugeben, dass der Mann, der bei den Demonstrationen enttarnt wurde, tatsächlich Polizeibeamter ist. Das ist doch zum Kotzen! In was für einer Welt leben wir eigentlich?

Da schickt die Polizei – als „dein Freund und Helfer“ – Beamte in eine Demo, um dort zur Gewalt aufzustacheln, welche dann in den Medien *hochgehyped* wird, um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu legitimieren. Es wurden auch Rechtsanwälte an ihrer Arbeit behindert. Das bedeutete Verfolgung, erzwungenes Anhalten, Beschlagnahme des Handys, brutal aus dem eigenen Auto gerissen und auf die Straße geworfen werden, Androhungen, „entfernt“ zu werden oder Hausverbot und so weiter.

Solche Gewalttaten durch linientreue Staatsdiener werfen die Frage nach einer Bankrotterklärung des deutschen Rechtsstaates auf. Driften wir in eine Staatsdiktatur ab? Oder sind wir dort bereits angekommen? Wer jetzt nicht merkt, wie sich „unsere“ Regierung dadurch als autoritär und repressiv enttarnt, hat nichts verstanden. Da kann Frau Merkel als „Miss World“ noch so lieb und pastoral in die Kamera schauen, wir sind nicht ihre Schäfchen.

Die Anzahl der verletzen Polizist(inn)en und Demonstrant(inn)en wurde nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Focus“ nun stark nach unten korrigiert. Die Zahl von über 1.000 Verletzen war vollkommen falsch. Verschiedene Kliniken haben übereinstimmend berichtet, dass es überhaupt keine Schwerverletzen gab. Der Großteil der Patient(inn)en konnte sofort nach Diagnose und Behandlung wieder entlassen werden. Es ist niemand mehr in Behandlung. Seltsamerweise wurde aber von fast allen Nachrichtenagenturen, Zeitungen und auch im Fernsehen von über 1.000 Verletzten gesprochen.

Was überhaupt nicht erwähnt wird, ist die Tatsache, dass viele Polizisten von ihrer Einsatzleitung in den eigenen Tränengasnebel geschickt und sozusagen durch “friendly fire” verletzt wurden. Dies ist auf fast allen Videos, die von den Aus-

einandersetzungen gemacht wurden, zu sehen. Offensichtlich versucht die Polizeiführung durch gezielte Falschmeldungen (der „Spiegel“ berichtet auch davon, dass die Polizei von der „Clownsarmee“ mit „Gift“ angegriffen wurde) die Protestbewegung in ein besonders schlechtes Licht zu rücken, und diverse Nichtregierungsorganisationen wie Attac oder andere Gruppen fallen auf diese Polizeitaktik herein.

Ich störe mich persönlich an der völligen Unverhältnismäßigkeit der Berichterstattung und dem Umgang mit den Festgenommenen in Käfighaltung, bei permanenter Beleuchtung und Videoaufzeichnung. Mich erinnert dies stark an die Misshandlungen in der rechtsfreien Zone Guantánamo! Wir müssen den Amerikanern doch nicht jede Scheiße nachmachen! Sosehr ich die Steine werfende Gewalt ablehne, gegen wen auch immer, muss ich doch feststellen, dass Polizisten in ihren martialischen Ritterrüstungen nicht annähernd solchen Risiken ausgesetzt sind wie die Demonstranten in leichter Baumwollbekleidung.

2. Einem Bericht der „Berliner Zeitung“ zufolge hat die Zahl der Klagen gegen ALG-II-Bescheide deutlich zugenommen. Unter Berufung auf Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes berichtete die Zeitung, dass im vergangenen Jahr 1,066 Millionen Betroffene Widerspruch gegen ihre Leistungsbescheide von Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften eingelegt haben. Das waren 5,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten Widersprüche bezogen sich demnach auf Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, die Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie die Anrechnung von Einkommen.

Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Katja Kipping, sagte dazu: „Das beste Verhütungsmittel gegen **Hartz-IV-Klagen** ist die Abschaffung von Hartz IV. Die Betroffenen können und wollen sich zu Recht nicht mit diesem Verarmungs- und Repressionsgesetz oder der Verfolgungsbetreuung abfinden. Hartz IV ist durch eine bedarfsorientierte und repressionsfreie soziale Grundsicherung zu ersetzen! Zudem verdeutlichen die Klagen die Notwendigkeit einer unabhängigen Beratung von Erwerbslosen, wie sie die Linksfraktion schon seit langem fordert. Die Betroffenen müssen ihre Rechte umfassend geltend machen können. Die Zahl der Klagen ist nur die Spitze eines Eisbergs von Unrecht“, so Katja Kipping.

3. Was kaum einer weiß: Hartz-IV-Betroffene müssen **Leistungskürzungen** nur dann hinnehmen, wenn sie vorher schriftlich über die Kürzung informiert wurden. Dabei muss die zuständige Behörde belegen können, dass sie den Sanktionsbescheid abgeschickt hat. Das entschied das Sozialgericht Berlin in einem Eilverfahren des einstweiligen Rechtschutzes. Im vorliegenden Fall hatte das „Job-Center“ eine Leistungskürzung ausgesprochen, das Schreiben hatte jedoch den Empfänger nicht erreicht.

Das Sozialgericht Berlin entschied nun, dass die Behauptung des Hartz-IV-Betroffenen, er habe kein Schreiben bekommen, nicht zu widerlegen sei, weil

die Durchschrift des Schreibens in der Akte keinen Absendervermerk enthalte. Dem Antragsteller wurde somit weiterhin das volle Arbeitslosengeld II zugesprochen (Beschluss vom 10. Mai 2007, Az. S34 AS 8303/07 ER). Solche Entscheide lassen hoffen, dass manche Richter auch uns Erwerbslose noch als Menschen behandeln!

4. SPD-Chef Beck wendet sich gegen den **Neoliberalismus** der Union und gegen Privatisierung. Jetzt seien praktische Konsequenzen gefragt. Er warnt davor, sich vor den sozialen Herausforderungen unserer Zeit wegzuducken. Die politische Freiheit werde mit Privatisierung verwechselt und der solidarische Bürger zum egoistischen Bourgeois zurückentwickelt.

Das klingt nicht übel. Aber wo sind die Konsequenzen für die praktische Politik, wo bleibt das offene und ehrliche Bekenntnis zur Korrektur des bisherigen Kurses? Schließlich hat die SPD mit ihrem Bundeskanzler Gerhard Schröder und ihrem damaligen Parteivorsitzenden Franz Müntefering den neoliberalen Kurs ganz wesentlich mitgeprägt: Wende von Lafontaine als Finanzminister zu Eichel, Subvention von Minijobs, Kanzleramtspapier vom Dezember 2002, Agenda 2010, Fortsetzung der von Kohl begonnenen Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und öffentlicher Unternehmen, Hartz IV, Erhöhung des Renteneintrittsalters und so weiter.

Diese sogenannten Reformen waren ganz wesentlich geprägt von *Spezialdemokraten.* Außerdem rühmt sich Beck noch sich der angeblichen Wirkung der Gesetzesänderungen: „Wir haben durch nötige Reformen in den letzten Jahren die Weichen für einen neuen Aufschwung gestellt.“ Das ist der übliche Blödsinn. Er wird uns aufgetischt, ohne dass die Kellner sich die Mühe machen, auch nur einen Hinweis auf den Wirkungszusammenhang zu geben. Die Praxis müsste ganz anders aussehen!

Elisabeth Graf (parteilos)

Hungertod in Speyer: Bundesregierung bestätigt, dass die Hartz-IV-Streichung rechtswidrig war *(„Erwerbslosenforum“)*

Ergänzendes ALG II: Arge kann Beendung einer unrentablen Selbständigkeit zugunsten einer Festanstellung verlangen *(„Stern“)*

NRW-Grüne rücken von Hartz IV ab: Gefordert werden 900 Euro Existenzminimum im Monat, 3.000 Schonvermögen pro Lebensjahr und eine Einschränkung des Vermittlungszwanges *(„Kölnische Rundschau“)*

„Ein-Euro-Job“: Bayerischer Polizist hält auf seiner Erdbeerplantage 118 Rumänen wie Sklaven *(„Spiegel-Online“)*

Größte unfreiwillige Polizistendemo

Außer einer gewaltigen Spesensumme und inhaltsleeren Sprechblasen ist im luxuriösen Hochsicherheitstrakt von Heiligendamm absolut nichts gewesen. Die Armen dieser Welt bleiben arm, und die 27 Milliarden Dollar für die Aids-Bekämpfung sind nur ein warmer Regen in die Kassen der Pharmaindustrie! In Sachen Klimaschutz ist auch nichts passiert. Hier bewegten sich die Teilnehmer(innen) auf der Beschlusslage der UNO von 1992. Es gibt weder eine Aussage zur Begrenzung des Temperaturanstiegs, noch eine Verständigung über eine deutliche Verringerung des Treibhausgases Kohlendioxid. Es gibt erst recht keine Entscheidung zum Stopp der Urwaldabholzung.

Vielleicht sollten für künftige G8-Zusammenkünfte vorsorglich Schwimmwesten vorgehalten werden, oder besser wäre noch, sie gleich auf einem Kriegsschiff stattfinden zu lassen. Dies wäre angemessen und bezeichnend, und es hätte außerdem den Vorteil, dass die Scharen von lästigen Demonstranten mitsamt der Polizei-Armada weitgehend ferngehalten würden.

Als die „größte unfreiwillige Polizistendemo in der Geschichte der Bundesrepublik“ bezeichneten denn auch Spötter das Riesenaufgebot der geballten Staatsmacht rund um Rostock und Heiligendamm. Bekanntlich demonstrierte gerade sie *nicht* friedlich, was auch nicht die Absicht ihrer Befehlsgeber Schäuble & Co. war. Im Gegenteil: Sie provozierten die Randale mit eingeschleusten Zivilpolizisten und wahrscheinlich auch „Verfassungsschützern“, um die Demonstrationen heftigst zu kriminalisieren. Die Bundeswehr leistete „Aufklärung“ über die angeblichen Machenschaften gewaltbereiter „Schwarzblöckler“. Und dies alles, um die Schaffung eines neuen Polizeistaates zu rechtfertigen. Mit Käfigen für Gefangene wie in Heiligendamm – wahrscheinlich eine gewollte Assoziation an Guantánamo.

Peter Strutynski vom „Kasseler Friedensratschlag“ schrieb dieser Tage in einer Erklärung zu den Ereignissen von Heiligendamm: „Innenminister Schäuble gebührt das zweifelhafte Verdienst, Gewalt herbeigeredet zu haben, die dann tatsächlich auch stattfand. Es gibt mindestens zwei Gründe dafür, dass die Gewalt in Rostock nach dem Muster einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung eintrat.

Erstens musste der gigantische Polizeieinsatz – 30.000 Sicherheitskräfte, die einen vielfachen Millionenbetrag verschlangen – gegenüber der steuerzahlenden Öffentlichkeit legitimiert werden. Wäre nichts passiert, hätte man sich den ganzen Aufwand sparen können. Da man sich den Aufwand aber leistete – weil der Sicherheitsstaat für „alle Fälle“ gerüstet sein müsse – musste auch etwas passieren. Zweitens sollte mit allen Mitteln die inhaltliche Auseinandersetzung um die Agenda des G8-Gipfels vermieden werden, weil die Gipfelverantwortlichen da-

bei keine gute Figur machen würden. Unnötig zu sagen, dass eine an politischer Aufklärung interessierte globalisierungskritische und Friedensbewegung jegliche Gewalt bei Demonstrationen strikt ablehnen muss. Sie ist darauf nicht angewiesen, weil sie die besseren Argumente hat.

Wir wollen aber darüber nicht den Maßstab aus den Augen verlieren, der etwa so lauten könnte: Was sind ein paar Dutzend Steinewerfer gegen die militärische Gewalt, die täglich im Irak oder Afghanistan, in Palästina oder in Somalia, in Kolumbien oder in Sri Lanka, in Tschetschenien oder in Pakistan angewandt wird? Was ist die ohnmächtige und hilflose Gewalt der Pflastersteine gegen die strukturelle Ungerechtigkeit und Gewalt, an der täglich Tausende Menschen in der Dritten Welt krepieren? Diese bittere Wahrheit des täglichen Massenmordes an unschuldigen Kindern, Jugendlichen, Frauen, Kranken, Arbeitslosen und anderen Opfern der neoliberalen Globalisierung sollten die Proteste zum G8-Gipfel zum Ausdruck bringen.

Berlin betreibt mit Nachdruck sowohl die Transformation der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in eine Interventionsarmee als auch die Militarisierung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Und wir können sicher sein, dass die Befürworter eines strammen Rechtskurses Rostock zum Anlass nehmen werden, via Grundgesetzänderung den Einsatz der Bundeswehr auch im Innern möglich zu machen. Den eifernden Ordnungspolitikern aller Couleur, die jetzt auf der Woge der Gewaltverurteilung daherkommen, muss der Spiegel vorgehalten werden, der die wahren Gewaltverhältnisse wieder ins richtige Licht rückt. Die Demonstration in Rostock hat das zunächst vorbildlich getan. An diesem Erfolg gilt es anzuknüpfen.“ Soweit Peter Strutynski.

Der Satiriker Ernst Röhl greift die Ereignisse um den G8-Gipfel auf seine Weise auf („Neues Deutschland“ vom 5. Juni 2007): „Eines, Herrschaften, muss man unbedingt wissen: Die Großen Acht sind nicht irgendwer. Sie sind die größten gewaltbereiten Waffenhändler der Welt. Psychiater aber wissen: Der eine hält sich für Napoleon, der andere für den Zarewitsch, der Dritte für den Pudel des US-Präsidenten, und der US-Präsident selbst hält sich für einen Duzfreund des Herrgotts.

Wolfgang Schäuble wiederum hält sich für den Terminator auf Rädern, und das ist auch gut so. Seines Amtes ist es, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, darum lässt er Ausbruchsversuche aus der geschlossenen Anstalt schon im Keim ersticken und verhindert Amokläufe und Übergriffe der wildgewordenen G8 auf die friedliebende Bevölkerung von McPomm. No chance for George Dabbeljuh Bush! Ein zwölf Kilometer langer, stacheldrahtbewehrter antiterroristischer Schutzzaun hält die Staatsterroristen in Schach. Eine Schutztruppe von 16.000 Polizisten und mehr als 1.000 Soldaten beschützt 280 Eingeborene zu Lande, zu Wasser und in der Luft – macht 60 Bodyguards pro Nase. Ein bunter Strauß vertrauenbildender Maßnahmen, den der deutsche Steuerzahler sich zur Freude der Dritten Welt mehr als 100 Millionen Euro kosten lässt!

Mein Onkel Paul in Heiligendamm, den der Hexenschuss plagt, war dieses Jahr mit der Frühjahrsbestellung im Verzug. Ich sandte ihm eine E-Mail: ‚Lieber Onkel Paul, grab um Himmelswillen den Garten nicht um! Du weißt, in 30 Zentimeter Tiefe hab ich die Sachen verbuddelt!‘ Schon im nächsten Augenblick wimmelte sein Garten von vermummten Schwergewichtsboxern in der schwarzen Kluft der Sondereinsatzkommandos. Sie waren mit Spaten bewaffnet und brauchten keine fünf Minuten, erstens eine verrostete Luftpumpe zu erbeuten und zweitens den Garten erstklassig zu bestellen. So wurde Heiligendamm zum ersten G8-Gipfel, bei dem für den kleinen Mann mal was Vernünftiges rausgekommen ist.“

Bleibt noch nachzutragen, dass am 6. Juni auch hier in Bremen eine **Aktion gegen den G8-Gipfel** stattgefunden hat. Anfangs waren es etwa 150 überwiegend junge Menschen, die sich an der Domsheide zu einer Kundgebung versammelt hatten und über einen Lautsprecher die Aktionen am Zaun von Heiligendamm verfolgten. Die Meldungen über die geglückte Blockade der Zufahrtswege löste schließlich große Begeisterung aus. Daraufhin gab es eine spontane Demonstration durch das Steintorviertel zum Ziegenmarkt, wobei der Demozug auf fast 300 Menschen anwuchs und so ganz nebenbei den Verkehr für einige Zeit zum Stillstand brachte. Die uniformierte Staatsmacht beschränkte sich diesmal auf eine diskrete Begleitung im normalen sommerlichen Polizisten-Outfit. Eine kurze Kundgebung auf dem Ziegenmarkt beendete die erfolgreiche Aktion. Diesmal berichtete der „Weser-Kurier“ in seinem Lokalteil zwar knapp, aber erfreulich objektiv, was ja keineswegs selbstverständlich ist.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Picheln mit Putin: Hochdruck-Sarkotzy grimassiert vor der Kamera *(„Spiegel-Online“)*

Bericht von der Anti-G8-Demo in Rostock am 2. Juni 2007

Die Demo war recht groß und vielfältig. Wir sind mit dem Zug vom Bahnhof aus losgegangen, was bestimmt um die 30.000 Leute waren, wenn nicht mehr. Aber das ist schwer zu schätzen gewesen. Vorne lief ein eher bunter Bündnisblock, danach kam der sogenannte antikapitalistische Block. Der war recht geschlossen, mit Seitentransparenten und schwarz. Das waren bestimmt um die 4–5000 Leute. Danach öffnete sich das wieder etwas, wurde bunter, auch wenn dann der „revolutionäre Block“ kam.

Diese Blöcke hatten zu meiner Überraschung kein Spalier. Auch sonst war während der Demo wenig Polizei zu sehen. Vor dem Hotel der amerikanischen

Delegation standen vielleicht zehn Beamte. An einzelnen Punkten – von einem Hotel, einer Bank und einem „Netto“-Markt habe ich gehört – wurden Scheiben eingeschlagen. Das war aber nicht durchgängig, sondern eher selten der Fall. Polizei war dabei kaum zu sehen.

Dann ging die Demo auf den Abschlussplatz, welcher an einer Straße entlang des Hafens lag. Der Platz und die Straße waren bestimmt 5–800 Meter lang an der Stelle. Als es auf den Platz ging, passierten – das ist bisher schwer nachzuvollziehen, was zuerst war – folgende Dinge: Ein einzelnes verlassenes Polizeiauto, das direkt an der Demo geparkt war, wurde angegriffen, und die Scheiben wurden eingeschlagen. Einige von uns haben gesehen, dass die Polizei sich, als der „schwarze Block“ auf den Platz einbog, schon in Formationen am Rande positioniert hatte. Das ging dort sehr gut.

Darauf gab es ein Gerangel am Rande des Blocks zwischen Menschen in Zivil. Es kann sein, dass dort Zivis versucht haben, Leute herauszugreifen, oder dass ein Vorwand gesucht wurde. Daraufhin ist eine ganze Hundertschaft auf den Block losgestürmt und hat recht breit auf alle Personen dort eingeknüppelt. Dies hatte zur Folge, dass aus diesem recht großen Block Steine, Flaschen und eigentlich alles, was wohl gerade zur Hand war, geworfen wurde. Ein Eindruck war, dass der Block so groß war, dass es ein Selbstverständnis gab, sich solch einen Angriff der Polizei nicht bieten zu lassen.

Letzteres war aber für die Polizei sehr berechenbar. Die hat daraufhin immer wieder entsprechende Situationen herbeigeführt. Zum Teil wurde kleine Trupps gezielt in die Demo geschickt, um dann dort genau in Wurfweite stehenzubleiben. Wenn etwas flog, kamen von hinten die Hundertschaften reingestürmt. Dieses „Spiel“ wurde oft beobachtet. Von Seiten der Demo gab es dagegen kein Konzept: Der Platz war so weitläufig, dass es eine große organisierte Gruppe gebraucht hätte, um die Lage dauerhaft zu beruhigen. Auf Seiten der Demo gab es einige, die das „Spiel“ wohl auch ganz lustig fanden, aber sonst mit den Zielen der Demo nichts am Hut hatten.

Wir haben unter anderem betrunkene Hooligans von „Hansa Rostock“ gesehen, die Flaschen schmissen. Gleichzeitig waren viele zivile Beamte unterwegs. Einige wollen sogar gesehen haben, wie ein Auto von Leuten angezündet wurde, die anschließend in den Reihen der Polizei verschwanden. Dazu gibt es aber bisher keine Belege. Offensichtlich war, dass die Polizei es voll auf diese Eskalation angelegt hatte. Immer wenn die Polizei sich zurückzog, beruhigte sich die Lage wieder. Auf dem Platz war auch sonst nicht viel, was hätte kaputtgehen können.

Irgendwann hatte die Demoleitung mit der Polizei einen Rückzug ausgehandelt, worauf es eine Weile ruhig blieb. Das hielt so lange, bis die Polizei mal wieder so einen kleinen Trupp hineinschickte, der direkt an der Demo entlanglief und sie direkt abfilmte, obwohl von den Hubschraubern vermutlich genug Bilder vorhanden waren. Es war allzu offensichtlich, dass hier versucht wurde, wieder eine Auseinandersetzung zu provozieren. Erst nach 4–500 Metern flog dann die erste

Flasche in deren Richtung, und prompt ging es wieder los. Der Tränengaseinsatz wurde genauso herbeigeführt.

Insgesamt lässt sich das aus unserer Sicht wie folgt zusammenfassen: Die Polizei hat gezielt die Auseinandersetzungen an diesem Platz gewollt und immer wieder provokativ darauf hingewirkt, immer wieder die Auseinandersetzung gesucht und eskaliert. Auf unserer Seite gab es zu viele Spinner – und das waren gar nicht so sehr diejenigen, die organisiert in dem Block gelaufen waren –, die das Ganze lustig fanden und darauf eingestiegen sind. Von unserer Seite gab es keine Zusammenhänge, die groß und organisiert genug waren, um das Ganze zu unterbinden, zum Beispiel sich mit organisierten Ketten dazwischenstellen. Das hätte aufgrund der Größe des Platzes viele Leute gebraucht.

Die Polizei hat die Stein- und Flaschenwürfe scheinbar bewusst in Kauf genommen, wohlwissend, dass ihnen dabei nicht mehr so viel passiert. Sie hatten noch nicht einmal mehr Schilde dabei. Dafür sind viele Demonstrant(inn)en zum Teil schwer verletzt worden, durch die Polizei, aber auch durch Stein- und Flaschenwürfe. Eine Frau aus Bremen liegt noch immer in Rostock im Krankenhaus. Was also tun? Vermutlich täte eine Diskussion darüber gut, wie sich mit solchen Situationen umgehen lässt. Eine breitere Palette an Handlungsmöglichkeiten gegenüber knüppelschwingenden Polizeihorden wäre schön!

Zuschrift von Felizitas („Anti-G8-Bündnis Bremen“)

Glauben die Damen und Herren, sie könnten ungestraft alles machen?

In Rostock und Heiligendamm haben auch ungefähr 800 Bremer demonstriert, gegen „G8“, die selbsternannten Herren der Welt. Dieselben Regierungen, die hierzulande mit Hartz-Gesetzen, Gesundheits- oder Renten„reformen“ die Menschen in die Armut treiben, sind verantwortlich für die Ausplünderung ganzer Völker!

Jetzt kam heraus: Es waren noch mehr Bremer dort, und zwar Undercover-Polizisten, die sich als Provokateure betätigten und Vorwände schafften, um friedliche Demonstranten in Käfige sperren zu können, die man den US-Folterern in Guantánamo abgeguckt hat.

Letzte Woche legte Sonderermittler Dick Marty dem Europarat seinen Bericht vor. Darin wird nachgewiesen, dass die Schröder/Fischer-Regierung sehr genau von der Existenz der CIA-Foltergefängnisse in Europa Bescheid wusste und tatkräftig mithalf, nicht nur deren Existenz als „Staatsgeheimnis“ zu verschleiern, sondern auch, sie mit Menschen zu füllen! Merkel und Schäuble wollten eben nicht zurückstehen.

Das offizielle Ergebnis des G8-Gipfels lautet: „Es wird ernsthaft in Betracht gezogen, die Kohlendioxid-Emmissionen zu senken.“ Wow! Außerdem soll Afrika geholfen werden, doch auf die Einhaltung der Zusagen vom letzten Gipfel warten die Menschen dort immer noch vergebens. Hier wie dort wird es Zeit, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen!

Heute Vormittag zogen Mitarbeiter der Telekom, die schon seit Wochen streiken, mit ihrer Demo durch die Stadt. Jetzt wurde bekannt, dass Kollegen über Leihfirmen wie „Manpower“ zu Streikbrecherarbeiten gezwungen werden sollten. Sie weigerten sich! Viele wurden deshalb entlassen. Doch wenn dieser Gedanke der Solidarität untereinander um sich greift und Praxis wird, können wir alles erreichen! Auch die Rücknahme der Hartz-Gesetze und der Renten„reform“!

Letzte Woche stand im „Weser-Kurier“, die Rentenhöhe solle künftig nur noch 39 Prozent vom letzten Brutto nach 45 Beitragsjahren betragen. In anderen Ländern sind es 60 Prozent! Glauben die Damen und Herren, sie könnten ungestraft alles machen? In Deutschland braucht es manchmal ein bisschen länger als anderswo, zum Beispiel in Frankreich, bis die Menschen in Bewegung kommen. Aber wenn sie erstmal in Bewegung sind – wer soll uns dann noch aufhalten?

Wolfgang Lange (MLPD)

Der neue Senat lügt sich in die Regierung

Die Wahl liegt nun einen Monat zurück. Der Senat in seiner vorherigen Zusammensetzung wurde abgewählt. Aber weil jetzt anscheinend neu gewürfelt wird, muss das noch lange nicht heißen, dass man ab heute eine bessere Politik für Bremen macht. Wer dies glaubt, ist schrecklich naiv. Der 13. Mai, das Datum der Bürgerschaftswahl, steht als Wegstein. Das Ergebnis war nach dem Feiern und Klagen eine demokratische Katastrophe. Erst einmal interpretierte jede Partei nach ihrer Art und Weise. Noch am Wahlabend stand fest: Die CDU ist raus aus dem Senat, und Rot-Grün stellt den neuen.

Erschütternd war, was beim Deuten des Wahlergebnisses unter den Tisch fiel. Die in die Bürgerschaft gewählten Parteien rechneten ihr Endergebnis schön, obwohl 48 Prozent der Wahlberechtigten zu Hause blieben. Auf deren Gesamt-

zahl bezogen, bekam die SPD keine 34 Prozent der Stimmen, sondern nur die Hälfte, also 17 Prozent. Die Grünen bekamen somit keine 18, sondern nur 9 Prozent aller Stimmen der Bremer Wahlberechtigen. Beide Parteien, die den künftigen Senat stellen, vertreten zusammen also nicht 50, sondern nur 26 Prozent aller Wahlberechtigen.

Nicht nur das Ergebnis ist ruinös. Ein Skandal ist es, dass sich beide nun berufen fühlen, den neuen Senat zu bilden. Sie haben ja „den Auftrag vom Wähler erhalten“. Das lässt einen taumeln wie die zahlreichen Versprechen, die vor der Wahl von der SPD wie den Grünen gemacht wurden. Jetzt, einen Monat danach, sieht man alles viel nüchterner – auch wenn manches schon durchsickerte, das als sozialer und unweltschützender Wendepunkt zu bezeichnen wäre. Einige Male trafen sich beide Parteien zwischenzeitlich zu Sondierungsgesprächen.

Ein paar Punkte, die im Koalitionsvertrag stehen: Keine Zwangsumzüge von ALG-II-Empfängern, Sozialticket für die BSAG, Volksreferendum, Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse, Finanzreferendum, eine zweite Kraft für Kindergartengruppen, ein Mittagessen für jedes Kind einer Kita, kein Kohlekraftwerk, kein Ausbau der Außenweser. Das liest sich zunächst ganz hervorragend. Doch ist dies alles so umsetzbar? Hat man sich da nicht zu weit aus dem Fenster gelehnt?

Auffallend schnell und konform einigten sich beide auf ein Zusammengehen. Die Parteitage beider Parteien stimmten mit 99-prozentiger Mehrheit für Koalitonsverhandlungen. Es gab kaum Kritik an dem anderen Partner. Sind die vielen Wahlversprechen ein neuer Anfang? Sind sie etwa nur vorgeschoben, um möglichst gemütlich in den Senat zu kommen? So viel zu den in den Himmel ragenden Versprechen.

Einiges holt die Luftschlösser wieder auf den Boden. Bei den Themen Kohlekraftwerk und Weservertiefung orientieren sich die Grünen an der SPD: Verträge des vorherigen Senats könne man nicht mehr rückgängig machen. Verstehen sich denn die Grünen als Leisetreter, die nicht den Mut haben, etwas zu kippen? Sind die sogenannten Sachzwänge für sie unverrückbar?

Weiter ist bei den Gesprächen, die schon liefen, rausgekommen, dass Frau Linnert Senatorin für Finanzen wird. Sie gab bekannt: Die Grünen stehen hinter der Finanzklage nach Karlsruhe. Das heißt, Frau Linnert muss jeden zusätzlichen Euro in den Schuldenabbau stecken. Das ist eine von mehreren Vorgaben aus Karlsruhe, um überhaupt Erfolg zu haben mit der Bremer Klage. Die kommenden Steuermehreinnahmen gehen somit in den Schuldenabbau.

Der Spielraum für den neuen Senat ist sehr eng. Karoline Linnert hat bereits eingestanden, dass man eine soziale Balance nur hinkriegt, indem Vermögen umverteilt wird. Im Wahlkampf 2007 machte sie sich stark für diese Idee. Es gibt

reichlich Millionäre in Bremen. Diesen Herrschaften tut es nicht weh – wenn sie es überhaupt bemerken –, eine Steuer auf ihr Vermögen zu zahlen.

Die Grünen haben im Wahlkampf auch für das Finanzreferendum geworben. Dieses ist nun gekippt worden. Die Begründung lautete: Um ein Finanzreferendum zuzulassen, braucht man zuerst die Zweidrittelmehrheit im Parlament, denn die Bremer Verfassung muss dafür verändert werden. Über diese Mehrheit verfügt der Senat nicht, also verschiebt man alles auf den Sankt-Nimmerlands-Tag. Warum war das ein wichtiges Anliegen bei den Grünen, obwohl man doch weiß, dass es nicht umgesetzt werden kann?

In Berlin fand im Sommer 2006, zeitgleich mit der Landtagswahl, ein Referendum statt. Es endete erfolgreich: Die Hürde für den Volksentscheid wurde gesenkt, die Themenauswahl erweitert. Die Themen dürfen politisch und wirtschaftlich sein. In dieser Hinsicht ist uns Berlin voraus. Mit der demokratischen Macht des Volkes steht es in Bremen nicht zum Besten. Die Hürde für das Referendum soll nun auf fünf Prozent gesenkt werden. Ob dies aber auch passiert, ist fraglich.

Es sei hier an das erste Referendum in Bremen erinnert, das erfolgreich abschloss. Die Wahlrechtsreform kam aber nicht, wie von den meisten Unterzeichnern gefordert, schon bei der jetzigen Bürgerschaftswahl zur Anwendung. Sie wird erst 2008 umgesetzt. Darum muss man befürchten, dass die Idee zum Referendum auf halben Weg verreckt. Das ist die verordnete Demokratie der Bremer Politik. Es gilt, dem Senat etwas Zeit zu geben. Kommt er aber nach dem Sommer nicht in Fahrt, müssen die Politiker daran erinnert werden, dass sie doch einen Politikwechsel haben wollten. Ohne böse zu werden: Dieser Tag ist näher, als wir glauben!

Das geplante Kohlekraftwerk der SWB ist jedenfalls nur ein Versuch, die Monopolstellung des Konzerns auszubauen. Als feststand, dass der neue Senat rotgrün sein wird, schoss die SWB gezielte Kugeln ab, um ihr Projekt durchzukriegen. Sie hat neuerdings einen Energie- und Umweltbeauftragten, der aber nicht unabhängig ist: Er kommt von einem Schwesterunternehmen aus Bremerhaven. Weiter hat die SWB ein Gutachten erstellt, das in den Zeitungen veröffentlicht wurde, um die Bevölkerung für die Planungen einzunehmen.

Es folgte, angeblich spontan, eine Demonstration von Beschäftigten, die sagten, sie müssten um ihre Arbeitsplätze fürchten, falls das Kraftwerk nicht gebaut werde. Diese Taktik der SWB entblößt sich bei genauerem Hinsehen als Bluff, denn im geplanten hochmodernen Kraftwerk entstehen gerade einmal 100 Arbeitsplätze, während die bestehenden gar nicht gefährdet sind. Außerdem kam heraus, dass die SWB den Strom exportieren möchte; er ist also nicht unbedingt für Bremen erforderlich. Eine radikale Lösung wäre, mehrere kleinere, dezentrale Kraftwerke zu bauen, die Stromnetze zu öffnen und die Macht der vier großen deutschen Stromkonzerne zu zerschlagen!

Herr Loske von den Grünen, der neue Senator für Umwelt, wird in seiner Amtszeit vor einem Problem stehen: Will er der erste grüne Politiker sein, der ein Kohlekraftwerk genehmigt? Ein weiterer Vorschlag der Grünen, um der SWB

mehr Druck zu machen, besteht darin, den gesamten Strombedarf der bremischen Behörden auf einen alternativen Stromerzeuger umzustellen. Es bleibt also ungewiss, wie dieser Konflikt ausgeht.

Jens Schnitker (parteilos)

Kröten geschluckt statt geschützt: Kohlekraftwerk wird vor dem Bau „prüfmoderiert“, Außenweser nach der Vertiefung „ökokompensiert“ *(„Spiegel-Online“)*

Die Kostensenkungsaufforderungen sind ausgesetzt

Wir haben heute bei der Koalitionssitzung in der Wachtstraße eine zuversichtliche Frau Linnert gehört. Sie sieht sich in der Pflicht und glaubt, eine gute Lösung gefunden zu haben. Anzumerken ist allerdings, dass die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ nicht in dieser Runde erstellt wird! Daher gilt weiterhin: Jeder, der dennoch einen Brief der Bagis mit der Aussage „Sie wohnen zu teuer!“ erhält, sollte Widerspruch einlegen, desgleichen, wenn die Bagis weniger Miete bewilligt.

Die Kostensenkungsaufforderungen sind ausgesetzt, doch wir wollen Rechtssicherheit für den Verbleib in der eigenen Wohnung. Dies sieht Frau Linnert auch so, wenn es „keine Villa“ ist! Herr Sieling huschte vorher vorbei, denn das Fernsehen war da, „RTL“ und „Radio Bremen“. Das Thema Mieten wurde behandelt, ein „weiter so“ wird es nicht geben! Wir bleiben dran! Jeden Montag um 17:30 Uhr auf der Bremer Montagsdemo!

Noch ein interessanter Termin: Am **Mittwoch**, dem **20. Juni 2007**, wollen Richter des Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Sozialgerichtes, Herr Lange von der Bagis und Rechtsanwalt Detlef Driever in der **Stadtbibliothek** über die **Erfahrungen aus zweieinhalb Jahren mit Arbeitslosengeld II** diskutieren. Alle sollen zu Wort kommen! Beginn ist um **17 Uhr**.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Fusion vollzogen: Deutschland hat wieder eine echte sozialdemokratische Partei *(„Spiegel-Online“)*

Mit neuer Power gegen jede reaktionäre und kriminelle Staatspolitik

Die 136. Montagsdemo in Bremen am 11. Juni 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz führte zwischen den Touristen wieder fast 30 Teilnehmer zusammen. Die Nachlese zum G8-Gipfel in Heiligendamm stand im Mittelpunkt der Meinungsbekundungen und Kommentare. Dass ausgerechnet die Bremer Polizei Undercover-Agenten nach Rostock schickte, um zu provozieren und Gewalt anzuzetteln, zeigt, welch Geistes Kind der „Herr“ Innensenator Röwekamp ist.

Sein Dienstweg ist gepflastert mit brutalen Aktionen: Er lässt einen Afrikaner bei der „Überprüfung wegen Drogendealens“ mal eben ertrinken, er provoziert die antifaschistische Bevölkerung Bremens am 4. November 2006, und jetzt lässt er „Agents provocateurs“ auf friedliche Demonstranten los! Er ist der typische Vertreter einer Politik der fortschreitenden Faschisierung des Staatsapparats. Es ist gut, dass solche Leute abgewählt worden sind! Wenn er meint, als CDU-Fraktionsvorsitzender an anderer Stelle weiter draufhauen zu können, wird er sich bei den Bremern noch „viele Freunde“ machen.

Und die Ergebnisse des Gipfeltreffens: Absichtserklärungen! Leere Luftblasen! Die Bush, Blair, Putin und auch Frau Merkel wollen ja gar keine Änderung an den Wirtschaftserfolgen auf Kosten des Klimas. So lange sie leben und Gewinn haben am Gewinn der 500 größten Übermonopole, wollen sie die Welt genießen und eventuell noch profitieren an verschärfter Ausbeutung, Menschenschinderei und Völkermord. Wir setzen uns aber dafür ein, dass immer mehr Menschen erkennen, dass dieses System keinen Wert mehr hat, und lernen Schritt für Schritt, Konsequenzen zu ziehen.

Eine kleine Delegation war nach Hannover gefahren, um Kurt Kleffel und der hannoverschen Montagsdemo den Rücken zu stärken beim Prozess wegen des „Straftatbestandes“ der dreimaligen unerlaubten Benutzung der Lautsprecheranlage bei weniger als 50 Teilnehmern. Erst wurde demonstriert, und dann konnte eine kleine Gruppe mit in den Gerichtsaal des Amtsgerichts kommen. Eine joviale Richterin, die mehrmals ihre Unabhängigkeit und Polizeiungläubigkeit bekundete, führte die Verhandlung. Ergebnis: Die Verfahren gegen Kurt Kleffel werden auf Kosten der Staatskasse eingestellt, aber der beschlagnahmte Lautsprecherwagen bleibt eingezogen, „damit Herr Kleffel keinen Unsinn macht“, so der Staatsanwalt.

Und auch die 50er-Regelung bleibt in Kraft! Für die war die Richterin nicht zuständig. Dagegen ist beim Verwaltungsgericht in Hannover ein Verfahren anhängig. Ein Eilantrag auf Entscheidung ist aber erst einmal abgelehnt worden. Trotzdem wurde die 50er-Regelung diskutiert. Es konnten aber vom Staatsanwalt keinerlei Beschwerden wegen Lärmbelästigung vorgebracht werden. Auch die Richterin konnte beim Betrieb einer elektroakustischen Lautsprecheranlage nach 18 Uhr keinen Grund für eine Störung erkennen.

Also ist dies eine einschränkende, willkürliche Regelung der Staatsbürokratie! Wir müssen abwarten, leider, wer weiß wie lange. Klar ist nur eins: Die niedersächsische Landesregierung und ihr ganzer Staatapparat, die alles dafür tun, dass solche „Ehrenmänner“ wie Herr Peter Hartz unbeschadet ihre „Pein“ hinter sich bringen können, sollen nicht durch das Getöse der Hartz-IV-Betroffenen und anderer Kritiker der herrschenden Vorteilsnahme-Politik belästigt werden.

Sehr positiv war die Unterstützung durch Rats- und Beiratsvertreter der Linkspartei. Wenn wir gemeinsam die reaktionäre Politik der Bundes- und Länderregierungen bekämpfen, können wir neue Initiative und Power gewinnen, und die braucht das Land. Auch in Bremen deutet sich an, dass wir mit der Bürgerschaftsfraktion der Linken etwas entwickeln können.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Kevin-Diskussion reißt nicht ab: Wegen Versagens des Jugendamtes starb in Bremen ein Kind nach einer Zahlungseinstellung der Bagis *(„Erwerbslosenforum“)*

Spargelbauern fordern Drittstaatenabkommen mit China: Deutsche und Polen wollen nicht mehr aufs Feld *(„Stern“)*

Obdachlosigkeit in Japan: Tagelöhner übernachten im Internet-Café *(„Spiegel-Online“)*

Auch in Freiburg: Montagsdemo dokumentiert Redebeiträge *(„Montagsdemo Freiburg“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

137. Bremer Montagsdemo am 18. 06. 2007

Der Umzugs-Spuk der Bagis wird in drei Monaten vorbei sein

Ziel unserer Politik ist es, soziale Ausgrenzung zu verhindern und abzubauen. Wir werden jeder Form von Diskriminierung und Ausgrenzung entgegentreten und uns für ein gemeinsames Leben in unseren Städten einsetzen. Unabhängig vom Alter, der sozialen Herkunft oder einer etwaigen Behinderung wollen wir allen Menschen in Bremen und Bremerhaven die umfassende Teilhabe an der Gesellschaft sowie ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Besondere Hilfe des Staates benötigen alle diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind. Dazu zählen unter anderem Kinder, alte, kranke, arbeitslose und behinderte Menschen. Generell gilt, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen unsere besondere Unterstützung verdienen und bekommen sollen. Die zunehmende Armut in vielen unserer Stadtteile bedroht das soziale Gefüge. Hier werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Wir wollen die Umzugsaufforderungen drastisch reduzieren. Die Mietgrenzen in Bremen sollen sich an den Regelungen vergleichbarer Großstädte orientieren. Umzugsaufforderungen sollen nur erfolgen, wenn annehmbarer Ersatzwohnraum tatsächlich vorhanden ist. Dabei soll sichergestellt werden, dass möglichst eine räumliche Nähe zum bisherigen Wohnort gewahrt bleibt und soziale Härten verhindert werden. Wir werden außerdem unsere Einwirkungsmöglichkeiten auf die „Gewoba“ nutzen, damit sie in ausreichendem Maße preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellt.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche sowie eine Prüfung von Maßnahmen ein, wie bestimmte Leistungen gezielter bei den Kindern ankommen. Außerdem sollen die Berechnungsgrundlagen der Regelsätze überprüft werden. Wir wollen auch Wege prüfen, wie die Wiedereinführung von Einmalleistungen gelingen kann, ohne die Kommunen zu belasten.

Wir werden mit allen Mitteln und unter Bündelung aller Ressortaktivitäten gezielt gegen die Kinderarmut vorgehen. Die Zukunfts- und Entwicklungschancen der Kinder dürfen nicht von der sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Gemeinsam mit den Sportvereinen, Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen werden wir in eine Diskussion eintreten, wie durch eine gemeinsame Anstrengung und die Einbeziehung von Sponsoring die Eintrittspreise in städtische Einrichtungen und die Mitgliedsbeiträge von Sportvereinen für Kinder sozial gestaffelt werden können.

Die Organisation der Gewährung von Hilfen für Arbeitslose und andere Leistungsberechtigte im Rahmen des SGB II muss verbessert werden. Es soll geprüft werden, ob die begleitenden sozialen Hilfen wie Schuldner- und Suchtberatung analog zur Regelungen in der Stadtgemeinde Bremerhaven durch Bremen bewilligt und in kommunaler Bremer Verantwortung organisiert werden können. Wir wollen mit der BSAG Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, analog zum Angebot von Job-Tickets ein ermäßigtes Sozialticket einzuführen.

Für Langzeitarbeitslose mit personenbezogenen erheblichen Problemen, gesundheitlichen Einschränkungen und dadurch verursachten gravierenden Vermittlungshemmnissen sollen circa 600 Maßnahmeangebote als Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung und mit freiwilliger Verlängerungsoption bis zu fünf Jahren geschaffen werden. Marktferne Langzeitarbeitslose, die unter den gegenwärtigen Arbeitsmarktbedingungen mit Arbeitsförderungsmaßnahmen absehbar nicht in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden können, sollen in längerfristigen sozialversicherungspflichtigen gemeinwohlorientierten Beschäftigungsverhältnissen eingesetzt werden.

Zusätzliche, aber für das Zusammenleben in unseren Quartieren wichtige Aufgaben sollen durch diese Beschäftigungsprojekte ausgefüllt werden. Im Jahr 2008 werden wir mit 400 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen mit einer Beschäftigungsdauer von bis zu drei Jahren beginnen. Diese Zahl wollen wir kontinuierlich steigern. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass der Bund die Möglichkeit schafft, eingesparte passive Leistungen für langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten einzusetzen.

Rot-grüner Koalitionsvertrag (Auszüge), vorgetragen und erläutert von Karoline Linnert („Die Grünen“)

„Einsicht in das Notwendige“: Warum SPD-Politik so deprimierend ist *(„Spiegel-Online“)*

Parteiloser Nußbaum weggemobbt: Bremer SPD-Chef Beckmeyer wollte selbst neuer Wirtschaftssenator werden *(„Weser-Kurier“)*

Über den Tisch gezogen: Verdi erkämpft 6,5 Prozent Lohnsenkung bei vier Stunden Arbeitszeitverlängerung *(„Spiegel-Online“)*

Das haben wir lange gefordert

Gut, Bremen hat eine neue Regierung, und was wir da von den Koalitionsverhandlungen gehört und gelesen haben, soll der neue Anfang sein. Die Ansätze sind in unser aller Interesse: Einstellung von Personal, Streichung von Subventionen, Schaffung eines Sozial- und Kulturtickets, Einsatz gegen Kinderarmut. Gut, sage ich!

Das alles kommt mir bekannt vor, es sind unsere Forderungen seit langem. Doch bei aller Freude frage ich mich: Wo sind die Aussagen zu den Mietobergrenzen? Was ist mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zu fairen Löhnen? Meine Damen und Herren, haben Sie nicht noch etwas vergessen? Was glauben Sie denn, weshalb wir hier stehen? Seit fast drei Jahren mahnen wir an, dass wir von unseren Löhnen leben können und nicht auf die Almosen des Staates angewiesen sind. Wir wollen keine Demütigungen, wir wollen mehr bezahlte Arbeitsplätze!

Und was wird für die Rentner getan? In den Koalitionsverhandlungen gab es keine Aussage dazu. Meine Damen und Herren Politiker, *Sie* sind doch diejenigen, die uns immer Angst vor Altersarmut machen! Wissen Sie denn nicht, dass wir die schon längst haben? Auch hier steht eine Generation vor Ihnen, die nicht bereit ist, beim Staat zu betteln oder sich von ihm demütigen zu lassen! Diese Generation hat Deutschland aufgebaut, 45 Jahre gearbeitet und alles für das Wohlergehen der Bevölkerung getan. Der Dank ist nun Altersarmut!

Was ist nun der Unterschied zu einem ALG-II-Empfänger? Die meisten Hartz-IV-Betroffenen sind noch jung und haben – wenn auch schlechte – Chancen, aus ihrem Leben noch was zu machen. Die Rentner können das nicht mehr, darum: nicht nur ein Sozial- und Kulturticket für ALG-II-Bezieher, sondern auch für alle Rentner! Bitte lassen Sie es nicht zu, dass durch unterlassenes politisches Handeln die heutigen Rentner gedemütigt werden, denn auch bei denen steigen die Kosten. Wenn Sie mir nicht glauben, überprüfen Sie doch mal die Durchschnittsrente!

Udo Riedel (parteilos)

„Auswanderungsland“: Die Bundesrepublik hat sich innerhalb weniger Jahre mutwillig zum Armenhaus gemacht *(„Sonntagsblick“)*

Der Teufelspakt von Kirche und Wirtschaft

1. Bekloppte Ideen kann es am Rande des Sommerlochs gar nicht genug geben: Das Diakonische Werk Bremen unterstützt die bundesweite und von der Diakonie der Evangelischen Kirche Deutschland getragene Initiative „Arbeit durch Management/Patenmodell“, die mit einer gezielten Begleitung arbeitsuchenden Menschen wieder den Weg in eine neue Beschäftigung weisen soll. Das Patenschaftsmodell, das von der Deutschen Telekom mit Personal und Büroinfrastruktur unterstützt wird, sieht vor, einem arbeitslosen Menschen einen ehrenamtlichen „Paten“ an die Seite zu stellen, der aus der Wirtschaft kommt und womöglich gerade in einer Personalabteilung oder als selbstständiger Personalcoach tätig ist.

Der Landespfarrer Michael Schmidt frohlockt dazu, dass jeder Arbeitslose, der nach einer neuen Perspektive sucht und mit dieser Hilfe einen Zugang zum Arbeitsmarkt findet, ein Gewinn und Grund genug sei, sich für dieses **Patenmodell** zu engagieren. Bis jetzt sind bundesweit 400 solcher Paten im Einsatz. Sie sollen die Arbeitssuchenden umfangreich beraten, ihre vorhandenen Stärken und aufgedeckten Schwächen analysieren, die bisherigen Bewerbungen überprüfen und die Selbsthilfe fördern. Zielsetzung in Bremen ist es, in diesem Jahr 15 Jobpaten zu gewinnen, die drei bis fünf Patenschaften im Jahr übernehmen.

Dank der eigenen Kontaktnetze zu Arbeitgebern und der Einbindung von Wirtschaftspartnern sei bisher eine Vermittlungsquote von knapp 30 Prozent erreicht worden. Interessierte Arbeitsuchende können sich im Internet für eine Teilnahme anmelden. Allerdings wird es dem Diakonischen Werk mit bundesweit aufzustockenden 400 „Paten“ kaum gelingen, die Mitarbeiter der Argen durch Paten zu ersetzen, und selbst Paten schaffen keine Arbeitsplätze. Bei der Bremer Bagis sind auch schon viele Ex-Mitarbeiter der Telekom untergekommen, die „Betreuung“ durch Paten kann also kaum unqualifizierter werden.

Soll uns hier wieder suggeriert werden, dass jeder, der wirklich Arbeit sucht, mittels eines Paten tatsächlich welche findet? So viele können es demnach gar nicht sein, die wirklich Arbeit wollen, sonst würde niemand auf die Idee kommen, eine Vermittlung mit so unglaublich wenigen Ex-Mitarbeitern der Telefongesellschaft zu probieren. Es ist schwer vorstellbar, dass dieses Modell ernsthaft diskutiert wird. Wo sollen denn die Millionen Paten herkommen, für jeden der vielen Millionen Arbeitslosen? Hartz IV soll nämlich nicht nur fördern, sondern auch fordern: nämlich für jeden Arbeitslosen seinen persönlichen Sklavenhändler!

Schließlich sind wir zu dämlich, eine Bewerbung zu schreiben, zu unterbelichtet, um zu einem Vorstellungsgespräch zu gehen. Womöglich wird auch mal wieder in Anlehnung an Henrico Frank behauptet, wir würden uns nicht pflegen und bekämen deshalb keinen Job. So langsam reicht es mit der Einprügelei auf uns Erwerbslose! Wir könnten uns die Frage stellen, ob solche Paten theoretisch die Arge-Mitarbeiter überflüssig machen. Dabei sind sie es doch schon längst. Denn wer hat schon mal davon gehört, dass Fallmanager uns in Arbeit brächten? Das taten früher die Arbeitsvermittler. Aber seit es keine Arbeit mehr zu vermitteln gibt, werden wir eben als Fall gemanaged, bis wir aus der Statistik verschwinden und in Zwangsarbeit, Weiterbildung oder Krankheit abtauchen.

2. „Spiegel-Online“ berichtet von einem Landwirt im bayerischen Donauwörth, der 118 Rumänen wie **Sklaven** gehalten haben soll. Augenzeugen sprechen von Zuständen wie in einem afrikanischen Flüchtlingslager, bei Hunger, Hitze und einem Stundenlohn von nur einem Euro! Beim Begutachten der rumänischen Erntehelfer fanden die Beamten der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ menschenunwürdige Zustände vor: „Die Rumänen wurden quasi zur Nachlese auf die Felder geschickt, wenn zuvor die polnischen Erntehelfer schon beim Pflücken draußen waren“, sagt ein Sprecher des Hauptzollamts. So hätten die Rumänen nur wenige Erdbeeren pflücken können, obwohl sie täglich bis zu dreizehn Stunden arbeiten mussten.

Die Beamten durchsuchten auch die Privaträume des Erdbeerplantagen-Besitzers, der bis zu seinem Erziehungsurlaub 2003 selbst Polizist gewesen ist. Seither ist der Polizist zwar ohne Bezüge, aber immer noch Beamter, und daher werden gegen ihn disziplinarrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Meiner Meinung nach müsste dieser beurlaubte Polizist Berufsverbot bekommen, weil es ihm gravierend an der sittlichen Reife und ethischen Verantwortung mangelt, die ein Mensch in seinem Tätigkeitsfeld mitbringen müsste! Aus Profitgier hat er die Menschenwürde mit Füßen getreten. Wann wird der „Spiegel“ darüber informieren, dass Arbeitsminister Müntefering Millionen von Arbeitslosen durch Verfolgungsbetreuung fast unter ähnlichen Bedingungen hält: Stallpflicht, Sanktionen, „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ und vieles mehr?

3. Der angebliche Aufschwung zeigt seine hässliche Fratze: 1,2 Millionen Menschen in Deutschland verdienen mit ihrer Arbeit so wenig, dass sie zusätzlich ALG II beziehen müssen. Sie sind vorrangig bei Zeitarbeitsfirmen, im Gastgewerbe und in Friseursalons beschäftigt. Ihr Lohn, der in manchem Hamburger-Restaurant nur bei 4,60 Euro pro Stunde liegt, reicht nicht zum Leben. Die Zahl derjenigen, die trotz eines Jobs zu den ärmeren Deutschen zählen, hat sich in den vergangenen beiden Jahren verdoppelt. Diese sogenannten **Aufstocker** bereiten den Arbeitsmarktexperten des Deutschen Gewerkschaftsbundes große Sorge. Da entsteht neuer sozialer Sprengstoff.

Obwohl angeblich die Zahl der Arbeitslosen und die der ALG-II-Empfänger sinkt, wächst das Heer der Aufstocker, die zu ihrem Lohn Hartz-Geld erhalten, unaufhörlich steil nach oben. Dabei wird es aus Scham noch nicht mal von allen beantragt, die es tun könnten. Allerdings hätten die Politiker und die mit ihnen unter einer Decke steckenden Unternehmer erheblich mehr Anlass, sich in Grund und Boden zu schämen: Ein akzeptabler Mindestlohn, der ein auskömmliches Leben garantierte, ist mehr als überfällig!

4. So ist es kein Wunder, dass die **Überschuldung** sprunghaft ansteigt. Die Verantwortung dafür liegt nicht zuletzt bei Hartz IV. Nach aktuellem Stand ist jeder zehnte Haushalt in Deutschland überschuldet. Glaubhaften Schätzungen zufoge wissen zwischen 20 und 30 Prozent der Betroffenen nichts von ihrem Anspruch auf kostenlose Beratung. Viele wenden sich in ihrer Not an kommerzielle Finanzsanierer, die in den meisten Fällen unseriös sind und die Lage ihrer Kunden durch hohe, mitunter rechtswidrige Gebühren noch verschärfen. Von den drei Millionen überschuldeten Haushalten können zur Zeit nur rund zehn bis 15 Prozent seriös betreut werden, weil es bundesweit gerade einmal 1.100 gemeinnützige Beratungsstellen gibt.

Für professionelle Hilfe müssen oft wochen- und monatelange Wartezeiten in Kauf genommen werden – Zeit, in der sich die Lage der Ratsuchenden weiter verschlimmert. Hier besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Die häufigsten Auslöser von Überschuldung sind Arbeitslosigkeit, Krankheit und Scheidung. Allerdings ist die Zahl der Überschuldeten in Folge der sogenannten Sozialreformen sprunghaft gestiegen. Den Leuten fehlen heute einfach die Mittel, kleinere Notlagen im Haushalt zu bewältigen. War früher eine Waschmaschine defekt, bekamen Sozialhilfeempfänger die Kosten für eine Reparatur oder Neuanschaffung erstattet. Dazu erhielten sie zweimal im Jahr eine nicht unerhebliche Bekleidungsbeihilfe.

Heute soll all das aus dem ALG-II-Regelsatz beglichen werden, der aber nur unwesentlich über dem einstigen Sozialhilfesatz liegt. Wie sollen da Rücklagen für Notsituationen angespart werden können? Bei einer seriösen Beratung stehen die Chancen erfahrungsgemäß sehr gut, dass bereits während des Verfahrens eine Entspannung erfolgt und die Leute nicht nur die finanzielle, sondern auch die mentale Freiheit wiedererlangen, um ihr Leben in den Griff zu bekommen. Wissenschaftliche Studien haben nachgewiesen, dass überschuldete Haushalte durchschnittlich schon nach zwölfmonatiger Beratung stabilisiert sind.

5. Das alles hindert den Chef des Wirtschaftssachverständigenrates der Bundesregierung, Bernd Rürup, aber nicht daran, schamlos herumzusödern, dass ausgerechnet das menschenverachtende **Hartz IV** der Grund für den angeblichen Beschäftigungsboom sei. Die Einstellungsschwelle des Wirtschaftswachstums scheine gesunken zu sein, und das habe etwas mit den Hartz-Reformen zu tun. Er behauptet, dass nun besser vermittelt und intensiver nach Arbeit gesucht

werde. Viele Arbeitslose hätten schließlich auch Angst, mit ihrem Einkommen auf „Hartz-IV-Niveau“ zu gelangen.

Eine Lüge jagt die andere, wenn er fortfährt, hiermit scheine das Konzept „Fördern und Fordern“ aufzugehen, welches ein großes Anliegen der Reformen gewesen sei. Auch die Zeitarbeit habe stark zugenommen. Rürup merkte hierzu an, dass die Bundesregierung darüber nachdenken solle, den Kündigungsschutz zu lockern. Dies liege vor allem im Interesse der Langzeitarbeitslosen. Ja, es wird geradezu zwingend Zeit, dass Langzeitarbeitslose noch mehr zum Spielball von Politik und Wirtschaftsinteresse gemacht werden! Die Behauptungen von Herrn Rürup zeugen von anscheinend absoluter Inkompetenz.

Hartz IV vermag zwar Geldmangel, aber bestimmt keine Arbeitsplätze zu schaffen. Diese stellt ausschließlich die Wirtschaft bereit. Hartz IV wirkt durch die verminderte Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten hemmend auf einen Wirtschafts- und damit Beschäftigungsboom. Wenn dem so wäre, wie Herr Rürup behauptet, müsste vor der Hartz-IV-Reform ein Überschuss an unbesetzten Arbeitsplätzen vorgeherrscht haben! Oder wird der Wirtschaftsboom durch das Aussterben des Mittelstandes gefördert? Wie kann ein Mensch, der sich so inkompetent äußert, nicht nur in einem Sachverständigenrat der Bundesregierung sitzen, sondern auch noch dessen Chef sein?

6. Die Gründung der neuen Partei „**Die Linke**“ hat heftige Reaktionen ausgelöst. Der designierte SPD-Vize, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, sagte der „Blöd am Sonntag“, das Programm der „Linken“ sei der „sichere Weg in die Armut, besonders auch für die sozial Schwachen“. Das schlägt doch dem Fass den Boden aus: Er tut so, als ob die sozial Schwachen den Weg in die Armut erst noch gehen müssten!

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) warnte die SPD vor einer Zusammenarbeit mit der „Linken“: „Mit Kommunisten kann man keine Politik machen.“ Klar, die „Linke“ hat inzwischen heimlich eine Scharia ausgearbeit, nach der Dieben die rechte Hand abgehackt wird! CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla sagte: „Postkommunisten haben in Deutschland nichts zu suchen.“ Genau, in Deutschland sind Postfaschisten eher willkommen!

7. „Sie haben Hartz IV eingeführt und Hungerlöhne zugelassen, wollen den Kündigungsschutz abschaffen und können sich nicht zu einem gesetzlichen Mindestlohn entschließen, aber vor und am Gedenktag stehen sie alle fest an der Seite der Bauarbeiter von der Stalinallee: Ausgerechnet Franz Müntefering bricht dem freiheitlichen Sozialismus eine Lanze, und Guido Westerwelle inszeniert beim FDP-Parteitag eine anti-linke Gedenkfeier. Noch nie klangen Sonntagsreden so heuchlerisch wie am 17. Juni 2007.

Ob die alte Masche ‚Freiheit statt Sozialismus‘ wieder zieht, angesichts von Arbeitskonflikten, bei denen aus ganzen Konzernbelegschaften mehr Produktivität und weniger Lohn gepresst werden sollen? Wie lange es wohl dauert, bis die

Hartz-IV-Opfer und alle, die in der Armutsfalle sitzen, die dafür Verantwortlichen zum Teufel jagen, wie es die Aufständischen des 17. Juni 1953 mit dem SED-Regime vorhatten? Damals wie heute die gleichen Konflikte. Gibt es neue Lösungen? Wohl kaum.

Es wird auch in der Gegenwart nicht ohne **Volksaufstand** gehen. Nicht wie damals, mit so vielen Toten. Aber dafür hartnäckig und unaufhaltsam, jeden Tag. Die Freiheit zurückerobern, die uns genommen wurde. Die bürgerlichen Rechte dem Überwachungsstaat wieder abtrotzen. Am Arbeitsplatz wieder den Mund aufmachen. Auch weiter gegen Hartz IV kämpfen. Für mehr Lohn streiken. Den Klimaschutz und Afrika nicht der G8 überlassen. Das bessere Leben nicht aus den Augen verlieren.

Freiheit ohne soziale Gerechtigkeit ist das Joch für alle, die ausgenutzt werden. Es ist nur die Freiheit der Reichen, noch reicher zu werden. Eine Chronik des 17. Juni zitiert einen Arbeiter mit den Worten: ‚Den Kapitalisten macht ihr Geschenke, uns beutet ihr aus.‘ Wie wenig sich geändert hat“, schreibt Wolfgang Sass in der „Linkszeitung“.

Elisabeth Graf (parteilos)

Kohle verbrennen statt Kröten schützen

1. SWB soll wohl bedeuten: Spaß wird bezahlt! Auch diesmal hat die SWB mit Sponsoring-Einstellung gedroht. Arbeitsplätze sind sehr wichtig, doch reine Luft ebenso! Ich sehe darin keinen Widerspruch, denn hier in Bremen sind Wasser, Wind und Gezeiten nutzbar, Kohle jedoch vertreibt die Touristen! Passend zum Thema hat die „Tageszeitung“ am Freitag die Überflüssigkeit eines neuen Kraftwerks in Norddeutschland dargelegt. Warum jedoch möchte die SWB ein Kohle- und kein Gaskraftwerk?

Sie hat weder Kohle noch Gas, aber ein **Kohlekraftwerk** lässt sich auch mit anderen Feststoffen befeuern. Es sind nur geringe Anpassungen nötig! Aufgrund einer Gesetzesänderung muss jeglicher Müll erst den Verbrennungsofen durchlaufen, bevor eine Deponielagerung erfolgen darf. **Müllverbrennung** ist somit der Markt der Zukunft! Strom und Wärme sind da nur noch Nebeneffekte. – Übrigens darf der Giftmüll aus Australien nun doch nicht in Deutschland verbrannt werden. Für solch ein Verbot hatte ich auf der Montagsdemo Unterschriften gesammelt.

Die SWB ist eine Tochter von EON und keinesfalls ein auf Bremen bezogenes Unternehmen wie einst die Stadtwerke. Diese Energieversorger sind vielfältig aufgesplittet. Die SWB könnte viel Strom sparen, allein durch andere Ausführung der Neubauvorhaben. Die Überlandleitungen werden weiterhin oberirdisch verlegt, obwohl eine Verlegung als Erdkabel die Leitungsverluste stark reduzieren und dazu noch die Umgebung schonen würde, wobei der Elektrosmog erheblich zurückginge. Unterirdische Kabel könnten durch gesenkte Stromabnahme einige der jetzigen Kraftwerke überflüssig machen, aber will die SWB das? –

Was den **Gaspreis** betrifft, sollte mensch, wenn die Jahresrechnung vorliegt, Widerspruch gegen die Änderungen im Preis und bei der Aufteilung in Netzentgelte einlegen, den Rechnungsbetrag neu ermitteln und nur den verminderten Betrag überweisen. Diesen Widerspruch bitte auch vornehmen, wenn schon der letzten Rechnung widersprochen oder zwischendurch Widerspruch eingelegt wurde. Das muss möglichst umgehend erfolgen, die Ausrechnung kann nachgereicht werden.

Bei Strom ist ein Anbieterwechsel möglich. Vielleicht hat die SWB einen Sonderpreis für Wechselwillige? Nachfragen und Handeln lohnt sich! Trotzdem würde ich die Gesamtrechnung mit Widerspruch belegen, weil in der Vergangenheit der **Strompreis** unsauber gebildet wurde. Auch hier gilt: neu ausrechnen und den Zahlbetrag kürzen, denn von der SWB gibt es kein Geld zurück! Im Folgejahr aufpassen, weil die SWB den gekürzten Betrag eventuell gegen die geleisteten Vorauszahlungen gerechnet hat.

2. Zum ergänzenden Arbeitslosengeld II bei **Selbständigkeit** stand neulich ein Urteil im „Stern“. Bemerkenswert an diesem Urteil ist, dass das Gericht die Regeln zur Erstellung der Steuerbilanz über die Regeln im ALG II stellte. Dieser Selbständige konnte seine Ansparabschreibungen geltend machen, also die Vorsorge für Anschaffungen, die künftig getätigt werden. Sie sind nicht mit einer aktuellen Geldausgabe verbunden! Bisher wurden nur die Geldbewegungen berücksichtigt, und zwar zum Zeitpunkt ihres Stattfindens. Abschreibungen blieben unberücksichtigt.

Es wurde auch auf das Recht der Arge oder Bagis verwiesen, eine unrentable Selbständigkeit zu beenden. Dies ist aber nur sehr eingeschränkt möglich. Die Unrentabilität muss auf Dauer ausgelegt sein und im Gegenzug eine Arbeitsstelle zur Verfügung stehen! Wer selbständig ist und nicht genug Geld verdient, weil ein Auftrag platzt oder der Kunde nicht zahlt, sollte nicht warten, bis er kein Geld mehr hat. Der Antrag auf ALG II sollte möglichst früh gestellt werden, damit noch Reaktionen möglich sind.

Einen Verkauf der Geschäftsausstattung, Schlussverkauf oder ähnliches kann die Arge nicht verlangen, wenn die Selbständigkeit fortgesetzt werden soll. Ebenso kann keine Zuweisung zu Arbeitserprobung, Bewerbungstraining oder zu Bewerbung erfolgen. Falls doch, kann mensch nachfragen und Widerspruch einlegen. Wir gehen mit!

Oftmals kommen Selbständige erst zur Bagis oder Arge, wenn das Geld alle ist, Telefon- und Stromrechnung unbezahlt sind und somit der Geschäftsbetrieb unmöglich wurde, von der nächsten Mahlzeit ganz abgesehen. Bei der Antragstellung – dies ist die Abholung des Antragsformulars – kann sofort ein Abschlag beantragt und bar ausgezahlt werden. Leider dauert auch ein Eilverfahren zur Durchsetzung dieses Anspruchs länger als die Einreichung der geforderten Unterlagen, doch mit Verhandlungsgeschick und Nachweis der Mittellosigkeit klappt es! Wie gesagt: Wir gehen mit!

3. Am **Mittwoch**, dem **20. Juni 2007**, wollen Richter des Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Sozialgerichtes, Herr Lange von der Bagis und Rechtsanwalt Detlef Driever in der **Stadtbibliothek** über die **Erfahrungen aus zweieinhalb Jahren mit Arbeitslosengeld II** diskutieren. Beginn ist um **17 Uhr** im Wallsaal, Am Wall 201. Alle sollen zu Wort kommen, bei Themen wie etwa Kosten der Unterkunft, Eingliederungsvereinbarungen, Leistungskürzungen, Bedarfsgemeinschaften, eheähnliche Gemeinschaften und Höhe der Regelleistungen. Augenblicklich ist die Bagis in Bremen empfänglich für Anregungen, weil kein Politiker mehr an eine gute Sachbearbeitung durch sie glaubt!

Frau Rosenkötter hat weiterhin Weisungsberechtigung, aber auch Dienstaufsicht über die Bagis. Die vielen faulen Eier, die Frau Rosenkötter übernommen hat, wollte niemand haben! Dabei hat sie jedoch einen eigenen Fehlgriff hinzugefügt. Die Ernennung von Herrn Hilker („einer wurde gerufen – fünf sind gekommen“) geht zu Ende. Leider verliert Bremen einen weiteren Klinikgeschäftsführer, weil dieser einfach kein Vertrauen mehr hat!

Die Mitarbeiter in den **Kliniken** brauchen Sicherheit und eine Zukunft! Wir erinnern uns: Alle waren höchst verunsichert, nur die Politik nicht. Die Planung stand: Die Klinik in Osterholz-Tenever wird geschlossen, das Klinikum Mitte abgerissen und auf weniger Platz neu gebaut. Auch die Chefarzt-Besetzung in Mitte war geregelt und jeder Chefarzt aus Ost versorgt. Ja, damals! Dann kamen die Demos in Osterholz, ein Personalrat entlarvte die Luftschlösser, und ein Geschäftsführer gab sehr viel Geld aus, das eigentlich überhaupt nicht vorhanden sein konnte, bei der schlechten Lage!

Wieder ging der Personalrat in Tenever an die Öffentlichkeit, doch der Plan wurde stur weiterverfolgt. Die Küche, das erste Gebäude im Klinikum Mitte, wie geplant errichtet, wurde doppelt so teuer wie veranschlagt. Jeder kann sehen, welche Qualität dieser Plan hat! So können weder Zukunft noch Vertrauen gewonnen werden. Der Grund für diese umfassende Neuordnung mit sehr starkem Personalabbau und sehr starker Versorgungsschwächung sind die Leistungsvorgaben der Europäischen Union. Ihretwegen wurde in die vorige Gesundheitsreform die Abrechnung nach Fallpauschalen aufgenommen, doch Vorgaben sind änderbar!

4. Die Vorgabe für die Polizei in **Heiligendamm** stammte von der Politik. Eventuell ist die Polizei über das Ziel hinausgeschlagen! Die Gewerkschaft der Polizei will jetzt eine Nachbereitung der Ereignisse vornehmen und dazu Polizisten aus ganz Deutschland nach Berlin einladen. Eigentlich sind diese Dienstreisen unnötig, stammen doch die schlagkräftigsten Züge der Bereitschaftspolizei aus Berlin! Sie sind seit Jahren unter den bewährten Zugführen, für jeden Einsatz gut und vielen Gerichten bestens bekannt.

Ich habe am 6. Juni 2007 das Fußballspiel und in der Halbzeitpause die Nachrichten auf der ARD gesehen. Ich habe mir diese Nachrichten nochmals im Internet angeschaut: Sie haben sich verändert! Die Orginalfassung zeigt ganz klar den Aufruf zur Körperverletzung und deren Umsetzung! Sitzende Demonstranten werden zu unfriedlichen Demonstranten erklärt und weggeräumt. Man sieht den Griff an den Halswirbel, den Griff in die Haare, alles in Nahaufnahe. Wie kann solche Brutalität angemessen sein?

Durch die Helme waren schemenhaft die Gesichter der Polizisten zu erkennen. Wer diese Sendung aufgezeichnet hat, melde sich bitte bei mir, ich bin sehr an der Originalfassung interessiert! Auch „Amnesty International“ sammelt Unterlagen und Augenzeugenberichte über die Fehlgriffe der Polizei. Bundesweiter Ansprechpartner ist Herr Falk Menzer, menzer(at)freenet.de. Diese Gruppe will auch zum „Neunstaatenbericht Rassendiskriminierung 2006“ eine Gegenaussage als „Schattenbericht“ vorlegen. Jeder kann sich in den Verteiler aufnehmen lassen und wird laufend kostenlos informiert!

5. Gewerkschaften sind Papiertiger, sie bewegen nichts, ist oftmals zu vernehmen. Das kann nicht sein, denn wieso kauft sich Siemens sonst eine eigene **Gewerkschaft**? Anders kann mensch die Unterstützung dieser aus heutiger Sicht sonderbaren Arbeitnehmervertretung kaum verstehen: Siemens waren diese scheinbaren Arbeitnehmervertreter viel Geld wert!

Im Betrieb profitieren alle von einer guten Gewerkschaftsarbeit. Lohnerhöhungen werden gerne genommen! Aber die Mitgliedschaft und der Organisationsgrad entscheiden über die Schlagkraft der Gewerkschaft. Es gibt also viele Gründe, Mitglied zu werden. Die Mitarbeit in der Gewerkschaft verhindert auch einen neuen „Peter Hartz“. Erwerbslose zahlen einen geringen Beitrag und haben durch die Mitgliedschaft Vergünstigungen. Nachfragen lohnt sich!

6. Es stand in der „Tageszeitung“ vom Freitag: Die Deutsche Rentenversicherung wirbt für eine zusätzliche **Altersversorgung** bei einer privaten Versicherung. Sie selbst darf diese Zusatzvorsorge nicht anbieten. Die Variante mit der Entgeltumwandlung hat sie genau untersucht. Bei dieser Gehaltsumwandlung wird der sozialversicherungspflichtige Arbeitslohn geringer, weil ein Lohnanteil in eine Zusatzversorgung investiert wird.

Dadurch werden weniger Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt und vermindern diese Rentenansprüche, aber über die Bruttolohnentwick-

lung auch die Rentenansprüche aller Beschäftigten. Besonders negativ ist es, wenn das Berufsleben durch Unfall oder Arbeitslosigkeit überschattet wird. Erst mit Abschaffung dieser beitragsfreien Umwandlung sind solche negativen Auswirkungen beseitigt! Der zusätzliche Verwaltungsaufwand für den privaten Versicherungsträger bleibt. Dies und die Gewinnabsicht zahlt der Versicherte.

Mit wesentlich weniger Verwaltungsaufwand wäre eine Zusatzversorgung direkt bei der Deutschen Rentenversicherung verbunden. Politisch ist dies nicht gewollt: Der Kunde zahlt, und der Staat stiehlt sich aus der Verantwortung. Trotz solcher Erkenntnisse muss die Deutsche Rentenversicherung Werbung für die Zusatzverträge bei den privaten Versicherungen machen. Nicht einmal Provision erhält sie! Versicherungsvertreter und deren Vorgesetzte erhalten insgesamt circa zwei Jahresprämien, und das Geld des Kunden fließt in den Kapitalmarkt!

Wer einen solchen Vortrag gehört hat und nicht auf die Nachteile hingewiesen wurde, auch nicht durch die vertragsschließende Versicherungsgesellschaft, kann die Rückabwicklung verlangen. Wer eine Zusatzversorgung abschließt, sollte unbedingt darauf achten, dass er als Erwerbsloser keine Beiträge zahlen muss, aber auch keine Nachteile erleidet. Ist das Wunschdenken? Nachfrage bestimmt den Markt! Wer erwerbslos wird, muss vor dem ALG-II-Antrag die Zusatzversorgung „Hartz-IV-fest“ machen. Nur Riesterverträge sind dies ohne Ergänzung.

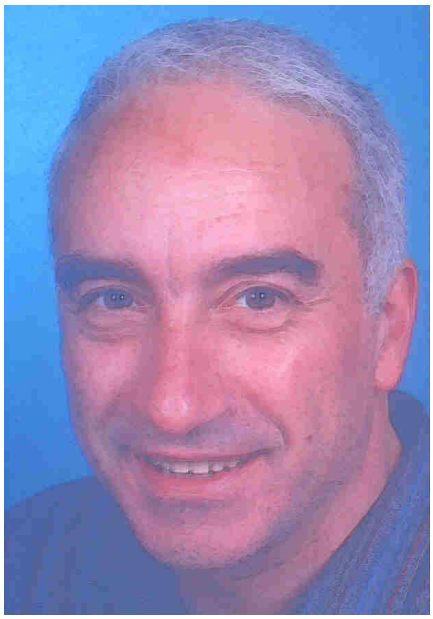
Hartz-IV-Betroffene haben meistens gar keine Versicherungen mehr. Im Regelsatz sind die Prämien nicht berücksichtigt und aus diesem auch nicht zu leisten. Selbst für Kinder ist kein Versicherungsschutz vorhanden. Das Kindergeld wird zu 100 Prozent auf das Sozialgeld angerechnet. Ein Freibetrag für die Haftpflichtversicherung wird erst bei Jugendlichen über 18 Jahren eingeräumt.

Die Privathaftpflichtversicherungen haben darauf reagiert: Sie bieten eine Zusatzklausel an und zahlen den eigenen Schaden, wenn der Schädiger nicht zahlen kann. Dies kostet bei der HUK 15 Euro, ist für alle zu empfehlen, aber für ALG-II- oder Sozialhilfeempfänger, Rentner mit Grundversorgung und alle Menschen mit wenig Geld nicht bezahlbar! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Termine: Das „**Anti-G8-Bündnis Bremen**“ trifft sich am *21. Juni 2007* um *20 Uhr* im „*Kurzschluss*“, Lahnstraße 16, zwecks Nachbereitung der Ereignisse in Rostock und Heiligendamm. Das „**Bremer Friedensforum**“ tagt am *5. Juli 2007* um *18:30 Uhr* in der „*Villa Ichon*“. Die „**Lateinamerika-Gruppe**“ trifft sich am *22. Juni 2007* um *19 Uhr* im „*Info-Laden*“, Sankt-Pauli-Straße 10–12. Der neugegründete „Sozialistische **Studierendenverband**“ trifft sich am *26. Juni 2007* um *12 Uhr* in der *Glashalle* der Uni Bremen. Die zweite Sitzung der **Bremer Bürgerschaft** ist am *29. Juni 2007* um *12 Uhr* – wir wollen uns diese Leute ansehen! Das **Sommerfest** der Bremer Montagsdemo steigt am **Samstag**, dem **21. Juli 2007**, von **12** bis **22 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen**.

Der neue Senat müsste Millionen von den Konzernen einfordern



Ich überbringe euch herzliche Grüße von der Montagsdemonstration in Gelsenkirchen. Vor einigen Wochen bin ich aus Gelsenkirchen nach Bremen gezogen. In der kurzen Zeit habe ich bereits verschiedene Parallelen beider Städte kennengelernt: Sie haben eine hohe, wachsende Kinderarmut. Sie sind pleite, obwohl der Reichtum in Deutschland immer größer wird.

Davon profitieren aber nur die großen Konzerne und Aktionäre – die breite Masse der Bevölkerung wird immer mehr ausgesaugt. Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass wir alle Steuerlasten tragen, die Großkonzerne aber ständig Steuergeschenke erhalten. Bei EON bezahlt eine Putzfrau mehr Steuern als der Energiekonzern selbst. Wie sieht es hier in Bremen mit Daimler-Chrysler, Airbus und anderen aus?

Wenn der neue Senat es ernst meint mit der Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung, müsste er als Erstes Millionen von diesen Konzernen einfordern! Ich freue mich, dass es hier in Bremen, wie in hundert anderen Städten, die Montagsdemonstration gibt. Wir sind das soziale Gewissen, und wir haben schon einiges bewegt. Ich werde mich an eurer Seite engagieren, damit unsere Bewegung noch stärker wird!

Harald Braun

Das reicht nicht, Herr Böhrnsen!

Um es gleich vorwegzunehmen: In helles Entzücken versetzt hat mich der Koalitionsvertrag nicht, denn der weitaus überwiegende Teil besteht leider nur aus unverbindlichen Absichtserklärungen. In Sachen Umwelt- und Klimaschutz sind die Grünen vor der SPD eingeknickt, weil sie der Vertiefung der Unter- und Außenweser zugestimmt haben. Dabei war der Schutz der Umwelt einmal eines der Hauptziele der Grünen! Die Folgen für das ökologische Gleichgewicht von Flora und Fauna im Fluss und dessen Umgebung werden so gravierend sein, dass der Grundwasserspiegel stark absinken wird und die natürlichen Feuchträume austrocknen. Das hat negative Auswirkungen auf die Natur und damit letztlich auch

aufs Klima. In der Präambel steht zu den zu erwartenden Auswirkungen einer Weservertiefung: „Ziel muss es sein, die *Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes* auch an der Unter- und Außenweser unabhängig von der Tiefe des Flusses und im Gleichklang mit den Anforderungen der Schifffahrt soweit zu verbessern, dass gemäß der Verpflichtung der FFH-Richtlinen ein günstiger Erhaltungszustand gewährleistet wird.“ Diesen Widerspruch muss mir erst mal jemand verklickern!

Beim Thema Kohlekraftwerk einigten sich SPD und Grüne auf ein „ergebnisoffenes Moderationsverfahren“, wie sie diesen äußerst faulen Kompromiss nennen. Wie heißt es doch so schön im Vertragstext: „Deshalb wird der Senat die Ziele und Strategien der bremischen CO_2-Minderungspolitik für den Zeitraum bis 2020 – im Einklang mit den Klimaschutzzielen auf nationaler und europäischer Ebene – in der Vierten Fortschreibung des Landesenergieprogramms konkretisieren. In diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob durch eine Novellierung des Bremischen Energiegesetzes zusätzliche Beiträge zur Minderung der CO_2-Emissionen erzielt werden können... Erneuerbare Energien müssen einen wachsenden Anteil der Energieversorgung übernehmen.“ Dazu passt natürlich eine CO_2-Schleuder wie das geplante Kohlekraftwerk so treffsicher wie die berühmtberüchtigte Faust aufs Auge! Auch hier habe ich den Eindruck, dass sich die Grünen im Rathaus von Beckmeyer und Böhrnsen genüsslich über den schweren Edelholztisch ziehen ließen. Zudem vermisse ich eine Aussage dazu, ob nun der vierspurige Ausbau der Schwachhauser Heerstraße gestoppt wird oder nicht – und ob der Lebensqualität zuliebe endlich eine weitergehende Innenstadtsperrung für den Autoverkehr zugunsten größerer Fahrradfreundlichkeit geplant ist.

Dem Thema Wirtschaftspolitik wird breiter Raum gegeben, wobei sehr viel von arbeitsplatzfördernden Innovationen die Rede ist. Aktive Friedenspolitik, die Bremen einmal in den 1980-er Jahren auszeichnete, ist völlig hinten runtergefallen. Die Tätigkeit der BLG wird gewürdigt und dabei leider unerwähnt gelassen, dass gerade die Bremer Lagerhausgesellschaft einen schwunghaften Güterumschlag auch mit Schießwerkzeugen aller Art betreibt! Bremer Rüstungsgüter, die seit Kaiser Willems Zeiten in Bremer Betrieben produziert und seit Jahrzehnten in alle Welt exportiert werden, heizen die Kriege in aller Welt an! Die Hansestadt, die hier bundesweit eine traurige Spitzenstellung innehat, muss wieder, wie Ex-Senator Horst-Werner Franke es einmal ausdrückte, „Friedenshauptstadt der Bundesrepublik“ werden! Das „Bremer Friedensforum“ fordert seit langem Rüstungskonversion statt Kriegsgüterproduktion und -Export. Außerdem wurde die ständig erneuerte Forderung nach Aufnahme von Deserteuren in der Stadt völlig außer Acht gelassen, und im Vertrag ist davon auch keine Rede. Die neue Koalition lässt leider, genau wie ihre Vorgängerin, mit keiner Silbe erkennen, ob sie in diesem Sinne Initiativen zu ergreifen gedenkt.

Zum Thema Sozialpolitik gibt es außer wohlklingender Absichtserklärungen auch nicht allzu viel Konkretes. Im Koalitionspapier heißt es dazu: „Ziel unserer Politik ist es, soziale Ausgrenzung zu verhindern und abzubauen... Wir wollen die Umzugsaufforderungen drastisch reduzieren. Die Mietgrenzen in Bremen sollen sich an den Regelungen vergleichbarer Großstädte orientieren. Umzugsaufforderungen sollen nur erfolgen, wenn annehmbarer Ersatzwohnraum tatsächlich vorhanden ist... Wir werden außerdem unsere Einwirkungsmöglichkeiten auf die ‚Gewoba' nutzen, damit sie in ausreichendem Maße preiswerten Wohnraum zu Verfügung stellt. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche ein. Außerdem sollen die Berechnungsgrundlagen der Regelsätze überprüft werden... Wir wollen auch Wege prüfen, wie die Wiedereinführung von Einmalleistungen gelingen kann, ohne die Kommunen zu belasten... Es soll geprüft werden, ob die begleitenden sozialen Hilfen wie Schuldner- und Suchtberatung analog zu Regelungen in der Stadtgemeinde Bremerhaven durch Bremen bewilligt und in kommunaler Bremer Verantwortung organisiert werden können. Wir wollen mit der BSAG Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, analog zum Angebot von Job-Tickets ein ermäßigtes Sozialticket einzuführen."

Die Einführung eines Sozialtickets würden wir selbstverständlich lebhaft begrüßen! Ansonsten prüfen, prüfen und nochmals prüfen – das scheint mir das dominierende Credo in dem Papier zu sein. In Sachen Mietobergrenzen drängt sich zum Beispiel zwingend die Frage auf: Warum wollt ihr eigentlich die Umzugsaufforderungen nur „drastisch reduzieren"? Jede Aufforderung ist eine zuviel, und deshalb meine ich, weg damit! Es reicht auch nicht, die „Gewoba" nur aufzufordern, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die „Gewoba", die ja noch teilweise im Besitz des Landes Bremen ist, muss die Mieten ganz allgemein deutlich senken, was sie aufgrund ihrer Ertragslage auch ohne Weiteres könnte. Keine weiteren Anteilsverkäufe an Kapitalhaie und auch keine das Gesundheitssystem zusätzlich ruinierenden Privatisierungen mehr bei den Bremer Krankenhäusern! Es reicht im Übrigen nicht, die Regelsätze für ALG-II-Betroffene wieder mal nur zu „überprüfen", sondern sie müssten deutlich erhöht werden, und darüber hinaus wäre eine Initiative zur gänzlichen Abschaffung der Hartz-Gesetze notwendig!

An anderer Stelle ist in dem Papier davon die Rede, dass sich die künftige Koalition verstärkt um die „Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze" kümmern wolle. Ein solches Vorhaben würden wir natürlich ebenfalls begrüßen. Leider gibt es nur wenige Anhaltspunkte dafür, dass SPD und Grüne in Sachen Ein-Euro-Jobs und andere prekäre Arbeitsverhältnisse wirklich an die völlige Abschaffung derselben zugunsten eines armutsfesten Mindestlohns und tariflich abgesicherter Arbeitsplätze denken. Diese Forderung bleibt also weiterhin aktuell.

Es konnten hier jetzt längst nicht alle Themenbereiche abgehandelt werden. Aber auch in Sachen Kinder- und Jugendpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, Arbeitsmarkt, Beruf und Weiterbildung, Emanzipation der Geschlechter sowie in der

allgemeinen Gesundheitspolitik bleiben unsere berechtigten Forderungen auf der Tagesordnung. Wir werden sie montags immer wieder aufgreifen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Viele Absichtserklärungen, wenig Konkretes

Rot-Grün hat in den Koalitionsberatungen alles beredet, aber wenig geklärt. In fast allen wichtigen Fragen stehen die Ergebnisse unter Finanzierungsvorbehalt, sind unkonkret oder bislang nicht abschließend geklärt. Es sieht so aus, als ob wir jetzt vier Jahre Koalitionsverhandlungen bekommen.

Rot-Grün wird daran gemessen werden, ob die neue Koalition das Kaputtsparen auf den Gebieten Soziales, Bildung und Kultur beendet und ob sich die Regierung endlich wieder politische Gestaltung zutraut. Nach den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen sind hier Zweifel angebracht. Zwangsumzüge für Hartz-IV-Bezieher sollen erschwert werden, aber es wird sie weiterhin geben.

Ein-Euro-Jobs sollen verringert werden, aber welche aktive Beschäftigungspolitik kommt stattdessen? Sind die Privatisierungsmodelle im Klinikbereich nun vom Tisch oder nicht? Wird das 93-Millionen-Sparprogramm für die Hochschulen, an dem sich die Proteste entzündet hatten, gekippt oder nicht?

Die Liste der offenen Fragen ist lang. Vom „Mediationsprozess“ in Sachen Kohlekraftwerk ist nur sicher, dass die SWB daran beteiligt sein wird. Hier haben die Grünen offenbar bereits kapituliert. Ebenso beim Thema Vertiefung von Außenweser und Unterweser. Hier zieht sich Rot-Grün auf das Planfeststellungsverfahren des Bundes zurück, obwohl der BUND zu Recht ausgeführt hat, dass Alternativen dabei nicht berücksichtigt werden.

Dass Rot-Grün ein Sozialticket für den ÖPNV einführen will, ist zu begrüßen, ebenso die Ankündigung, in den Kitas werde endlich die zweite Kraft für jede Gruppe eingeführt. Es bleibt abzuwarten, ob dies weiterhin mit Geld zweiter Klasse versucht wird, das heißt mit temporären Mitteln aus Beschäftigungs- oder Qualifizierungsprogrammen, oder ob die Zweitkraft erstmals mit Geld erster Klasse abgesichert wird.

Pressemitteilung von Klaus-Rainer Rupp („Die Linke“)

Prominente Bremer Politiker sprechen auf der Montagsdemo

Noch am Tage der Unterschrift unter den Koalitionsvertrag mit der SPD für den neuen Senat kam die Spitzenkandidatin von „Bündnis 90/Die Grünen“, Karoline Linnert, am 18. Juni 2007 um 17:30 Uhr auf den Marktplatz zur 137. Bremer Montagsdemo, um uns über die erreichten Ergebnisse auf dem Gebiet des Sozialen zu informieren.

Ihr Auftritt und auch das Statement des Bürgerschaftsabgeordneten Klaus-Rainer Rupp von der Fraktion „Die Linke“ zog natürlich viele Umstehende und Vorbeikommende an, sodass mal wieder über 50 Teilnehmer gezählt werden konnten. Es zeigt, dass die Bremer Montagsdemo eine Institution geworden ist, die nicht so einfach außer Acht gelassen werden kann. Das wird von den Bremern und auch außerhalb beachtet: Auf unserer Homepage hatten wir am letzten Sonnabend 735 Besuche.

Natürlich hat Frau Linnert uns nicht das Blaue vom Himmel versprochen: Es werde im Alltag sicher noch manchen Kampf um die Umsetzung der Ziele geben. An erster Stelle der praktischen Auswirkungen nannte sie den sofortigen Stopp der Verwaltungsanweisung zu den Zwangsumzügen. Senatsressort und Bagis sollen ihre Arbeitsweise ändern und die Mietobergrenzen vergleichbarer Großstädte anwenden. Es soll nur noch wenige Umzugsaufforderungen geben, und dies auch nur dann, wenn entsprechender Wohnraum tatsächlich zur Verfügung steht und das soziale Umfeld gewahrt bleibt.

Mit der „Bremer Straßenbahn AG“ soll über die Einführung eines Sozialtickets für die Hartz-IV-Betroffenen gesprochen werden, um es nach Möglichkeit zu realisieren. Frau Linnert forderte die Teilnehmer auf, an die Grünen heranzutreten, wenn etwas zu kritisieren oder eine konkrete Forderung anzumelden sei. Etwas später kam Klaus-Rainer Rupp zur Montagsdemo, um über die Konstituierung der Fraktion „Die Linke“ und die ersten Schritte der Arbeit zu berichten. Der Auftritt beider Parlamentsvertreter wurde von der Montagsdemo positiv gewürdigt.

Die Montagsdemo ist immer mit konkreten sachlichen, aber auch grundsätzlichen Forderungen an die Politik herangetreten und hat ein breites Bündnis gefordert für den Kampf gegen eine Regierungspolitik, die sich in erster Linie für die Interessen des Großkapitals einsetzt und sozusagen Krieg führt gegen Arbeitende und Arbeitslose. Wir haben die Aussagen zu den sozialen „Brandthemen“ zur Kenntnis genommen und werden sie kritisch begleiten. Wir hoffen, dass das auch in der nächsten Zeit praktisch umgesetzt wird, aber wir werden auch sofort unse-

ren Widerspruch erheben, wenn etwas „in Vergessenheit gerät“ oder „Sachzwängen“ untergeordnet wird.

Es gab natürlich auch noch andere Themen. Angesprochen wurde die Asbestose, eine aktuelle und brutale Gefahr. Ehemalige Entsorger und Verwerter, die zum Teil als Firmen gar nicht mehr existieren, haben in Bremen und anderswo riesige Asbestmengen vergraben oder weggekarrt, ohne dass diese Vorgänge aufgedeckt werden können. Eine riesige Welle an Asbestose-Fällen wird in den kommenden Jahren über alle Länder hereinbrechen, wenn die Krankheit im fortgeschrittenen Lebensalter zum Ausbruch kommt.

Warum will die SWB nun ausgerechnet ein Kohlekraftwerk bauen? Die Verbindung zur Verbrennung von „Gelbem Sack“ und speziellem Sondermüll soll erhalten bleiben! Eine andere Ressourcenpolitik würde auch größere Kreisläufe möglich machen, aber das liegt nicht im Interesse der Energiemonopole. Weiter standen auch Heiligendamm, das Zerrinnen der Absichtserklärungen der G8-Mächtigen zum Klimawandel, die widerrechtliche „Amtshilfe“ durch Tornado-Einsätze über den Demonstranten und viele andere Themen auf der Tagesordnung.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“, auch Pressemitteilung

Quadratwurzel-Modell: Ein Gegenvorschlag zeigt, dass der Verfassungsentwurf Deutschland zum Führer Europas machen sollte *(„Spiegel-Online“)*

Den Polizeistaatstendenzen entgegentreten!

G8 ist jeden Tag! Es gibt Militäreinsätze gegen Demonstrant(inn)en, Terrorismusdurchsuchungen zur Einschüchterung von politischen Dissidenten, Käfighaltung für Gefangene, massenhaftes Datensammeln durch die Polizei, Ingewahrsamnahmen aufgrund solcher Datensammlungen, Masseneinsperrungen von Menschen, weil sie Halstücher, Handschuhe, Sonnenbrillen oder sonstige Bekleidungstücke bei sich führen, Demonstrationsverbote durch die Polizei wegen „zu vieler“ Teilnehmer(innen), versuchte Identitätsfeststellungen anderthalbjähriger Kinder, erzwungene Entkleidungen von Frauen vor männlichen Polizeibeamten, Aussperrung von Anwält(inn)en aus Gefangenensammelstellen, kurz: eine nicht abreißenwollende Verschärfung von Überwachungsgesetzen durch die Politik!

Rund um den G8-Gipfel wird deutlich, wohin die Republik im Moment treibt: Es geht den Verantwortlichen offensichtlich darum, präventiv einen Polizei- und Überwachungsstaat einzuführen. Ziel ist es, Menschen, die sich gegen die Zustände wehren, wie sie in dieser Welt herrschen, von vornherein durch Einschüch-

terung und Überwachung mundtot zu machen. Denn in Anbetracht der unter anderem von den G8 weltweit vorangetriebenen sozialen Verschärfungen ist damit zu rechnen, dass sich Menschen nicht mehr an vorgegebene Regeln halten. Politische Auseinandersetzungen, die diese Entwicklung grundsätzlich in Frage stellen, können die Folge sein. Dem will die Bundesregierung, wie auch die Regierungen der EU und der anderen G8-Staaten, schon jetzt vorbeugen: durch massiven Ausbau von Überwachung und Abbau von grundsätzlichen Rechten aller.

Ziel ist es, die sogenannten „Reformen“ der neoliberalen Globalisierung weiter voranzutreiben. Wer dies grundsätzlich ablehnt und sich dagegen wehrt, bewegt sich außerhalb des Konsenses der politisch Mächtigen und wird zum Terroristen gestempelt. So ist es kein Wunder, dass Hausdurchsuchungen unter fadenscheinigen Vorwürfen mit dem Terrorismusvorwurf versehen werden konnten. Wie so oft ist die gesetzliche Grundlage durch Polizei oder Justiz bei diesem G8-Gipfel ein wenig überspannt worden. Jetzt werden neue Gesetze eingefordert, damit in Zukunft das polizeistaatliche Vorgehen legalisiert wird. Unter dem Deckmantel der polizeilichen Prävention verbirgt sich oft nichts weiter als eine polizeistaatliche Ideologie, die alle Menschen unter Generalverdacht stellt. Nur wenn du deine „Unschuld“ beweist, hast du nichts mehr zu befürchten!

Doch was ist das für eine „Unschuld“, wenn sie am Ende bedeutet, vor dem Elend der Welt, dem Hunger, der Ausbeutung, dem Auseinanderklaffen von Arm und Reich, den Kriegen und dem Waffenhandel die Augen, die Ohren und den Mund zu verschließen? Wir sind nicht dazu bereit! Wir stehen auf gegen die G8 und alle, die ihre Politik verfolgen. Diese Polizeimaßnahmen richten sich gegen uns! Polizeistaatliche Überwachung geht gegen alle, die gegen das Unrecht in der Welt aufstehen und sich wehren. All dem gilt es entgegenzutreten, jetzt, heute, jeden Tag. Deshalb rufen wir auf zu einer **Demonstration** am **Samstag**, dem **23. Juni 2007**, um **11 Uhr** ab **Ziegenmarkt**. Sagt es weiter, wo ihr könnt, und kommt alle, so ihr könnt! Ein Vorbereitungstreffen soll es am Freitag um 20 Uhr im „Sielwallhaus“ geben.

Zuschrift von Felizitas („Anti-G8-Bündnis Bremen“)

Bundeswehr vernichtet Geheimpapiere: Daten zum Folter-Fall Kurnaz für immer verloren *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

138. Bremer Montagsdemo am 25. 06. 2007

Der vergessene Mensch

1. Mensch, wer bist du? Du störst doch nur, was willst du überhaupt? So und nicht anders wird man eines Tages fragen. Mann, wer hätte es je geglaubt! Ja, so ist es, wir haben ihnen vertraut und sie selbst aufgebaut.

Nun sind sie stärker und schneller als wir, sie schaffen hundertmal mehr, sind jetzt hier. Sie sollten nur zur Hilfe werden, hier auf Erden, doch nun treiben sie mit uns ihr böses Spiel, denn sie haben kein Gefühl: Sie gehen nach Zahlen und Daten vor!

Was übrig bleibt, wird weggeschmissen und vernichtet ohne Gnade. Schade! Eigentlich war es ja nie so gedacht, denn jeder wollte nur ein Stück vom Glück. So blieben nur noch ein paar Ewiggestrige als Rest zurück.

Die allerdings haben es in der Hand und nutzen hoffentlich den Verstand, denken auch an ihr Geschick! Da, plötzlich, macht es klick! Denn da hat doch jemand den Schalter gefunden und ihn gedrückt. Das Licht geht aus, alles steht still, und ein Mensch steht da und lacht: „Mein Gott! Das hätte ich nie gedacht.“

2. Nun weiß ich Bescheid! Das ist ein wenig ironisch gemeint, denn wir wissen es ja schon lange, aber die Zeitungen bringen es erst jetzt, ich zitiere den „Weser-Kurier“: „Stammbelegschaften werden immer öfter durch Leiharbeiter ersetzt“. Was mich dabei besonders empört, ist die Tatsache, dass sich die Firmen nun erdreisten, die Arbeitsplätze grundsätzlich nur noch mit Leiharbeitern zu besetzen.

Und was tun wir dagegen? Die Montagsdemo wehrt sich zumindest und sagt nein, Schluss mit solch einer Ausbeutung! Eigentlich habe ich etwas gegen dieses Wort, aber hier fehlt mir jeglicher Vergleich. Das ist schlichtweg eine menschenverachtete Strategie, darum dürfen solche Firmen von mir aus gern Pleite gehen. Solche Firmen wollen wir nicht! Wer solche Strategien fördert, macht sich schuldig am Zerbrechen unserer Solidargemeinschaft.

Diesen Fall klagt auch die IG Metall an. Ich bin immer noch Mitglied der Gewerkschaften, doch mein Glaube an sie schwindet von Tag zu Tag. Ich erwarte mehr, ich erwarte ein sofortiges Handeln gegen solche unverschämten Praktiken! Liebe Mitmenschen, wehrt euch mit uns, lasst es euch nicht gefallen! Wer weiß, was sonst noch kommt. Vielleicht müsst ihr eines Tages noch Geld mitbringen, dass ihr überhaupt noch arbeiten dürft!

Schon jetzt wird mit 147 Euro bestraft, wer bei Erkrankung die Meldepflicht nicht einhält, was bereits dazu geführt hat, dass Arbeitnehmer Geld an den Verleiher zahlen mussten. Pfui, was ist bloß aus unserer Gesellschaft geworden! Kein Wunder, wenn wir so etwas zulassen. Darum, kommt zu uns, wir wehren uns gemeinsam, und solche Firmen graben sich ihr eigenes Grab!

Es ist höchste Zeit für ein Gesetz gegen solche Praktiken. Schluss mit dem Gerede, handeln ist dringend angesagt, sonst endet alles irgendwann im Chaos! Davon sind wir bei solchen Methoden nicht mehr weit entfernt. Ihr Politiker habt noch die Möglichkeit, etwas dagegen zu tun. Tut es endlich!

Udo Riedel (parteilos)

Arge Tricksereien lähmen die Gerichte

1. Das Gefälle zwischen Arm und Reich wird in Deutschland immer steiler. Nach einer letzte Woche veröffentlichten OECD-Studie ist in kaum einem anderen Industrieland die Einkommensschere deutlicher auseinandergegangen! Die höchstbezahlten zehn Prozent der Arbeitnehmer erhielten demnach im Schnitt 3,1 Mal so viel Lohn oder Gehalt wie die zehn Prozent mit den niedrigsten Einkommen.

Die Spitzenverdiener, die gerne das 150-fache des Durchschnittslohns erhielten, konnten im vergangenen Jahr um satte 15,5 Prozent zulegen! Gleichzeitig wird das Heer der Billiglöhner immer größer. Seit Mitte der 90er Jahre ist der **Niedriglohnsektor** nach Angaben der gewerkschaftsnahen „Hans-Böckler-Stiftung“ kontinuierlich gewachsen. Je nach Definition gibt es heute in Deutschland zwischen acht und neun Millionen Arbeitnehmer in diesem Bereich. Etwa die Hälfte davon arbeitet Vollzeit. Mehr als eine Million Beschäftigte haben inzwischen ein so geringes Einkommen, dass sie zusätzlich Arbeitslosengeld II brauchen, um überhaupt „über die Runden“ zu kommen.

In zahlreichen Branchen sind inzwischen Stundenlöhne zwischen drei und fünf Euro anzutreffen. Die Erwartung, dass die Unternehmen angesichts des niedrigen Lohnniveaus vermehrt Mitarbeiter einstellen, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Arbeitslosenquote ist höher als in anderen Ländern, in denen es Mindestlöhne gibt. Großbritannien gilt als Modellfall dafür, dass eine Lohnuntergrenze, anders als von Wirtschaftsverbänden und CDU-Politikern immer wieder behauptet, keine Vernichtung von Arbeitsplätzen bewirkt. Seit der Einführung des Mindestlohns vor acht Jahren ist die Arbeitslosigkeit dort deutlich zurückgegangen.

2. Der Ansturm der deutschen Arbeitskräfte in die Schweiz hat vor allem einen Grund: Deutschland hat sich innerhalb weniger Jahre mutwillig zum **Billiglohnland** und zum Armenhaus gemacht. Selbst im „Boomjahr“ 2006 gingen die Löhne weiter zurück. Bei einem Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent sind 2006 nur die Gewinne um 30 Milliarden Euro gestiegen. Die Summe aller Löhne hingegen ist trotz leicht zunehmender Beschäftigung erneut gesunken.

Seit inzwischen zehn Jahren tut sich in Deutschland in puncto Reallohn gar nichts mehr. Die Kaufkraft der Löhne ist in dieser Zeit um 5,1 Prozent gesunken. Das ist einmalig in der Nachkriegsgeschichte. Deutschlands Misere ist das Ergebnis einer bewussten Politik. Das Stichwort heißt „Lohnzurückhaltung“. Deutschland war Mitte der neunziger Jahre mit einem hohen DM-Kurs in den Euro eingestiegen und hat versucht, seine Konkurrenzfähigkeit zu verbessern. Das ist geglückt: Deutschlands Lohnkosten sind im Vergleich zur Konkurrenz um 15 bis 30 Prozent gesunken.

2006 wurde ein Exportüberschuss von 162 Milliarden Euro erzielt. China, das andere große Billiglohnland, brachte es bloß auf 135 Milliarden Euro Überschuss. Symbol und Kernstück der Politik der Lohnzurückhaltung ist die drastische Kürzung des Arbeitslosengeldes. Das eigentliche Drama spielt sich deshalb am unteren Ende der Lohnskala ab. Dort sind die Löhne regelrecht eingebrochen. Das betrifft nicht nur die Krisenbranchen, sondern generell die Leute, die aus der Ausbildung oder aus der Arbeitslosigkeit in das Berufsleben einsteigen.

Für diese rund zehn Millionen Arbeitssuchenden sind die Lohnaussichten inzwischen so mies, dass die Schweiz geradezu als Paradies erscheint. Im Vergleich mit anderen Ländern haben sich die Löhne in Deutschland abartig entwickelt, denn überall sonst sind die Löhne gestiegen! Aber Deutschland wird seine Billiglohnpolitik weiterführen. Es gibt es kaum Anzeichen dafür, dass sich der exportgetriebene Aufschwung in Deutschland zu einem selbsttragenden Boom ausweitet. Dazu sind die privaten Konsumausgaben viel zu schwach.

Das „Institut für Weltwirtschaft“ in Kiel hat diese Woche dringend für eine erneute Nullrunde bei den Löhnen und somit einen Rückgang der Reallöhne um rund zwei Prozent plädiert. Dass die Renten nicht erhöht, also real um zwei Prozent gesenkt werden, ist bereits beschlossene Sache. Schließlich bremst auch

die Europäische Zentralbank: Ihr Präsident Jean-Claude Trichet hat kürzlich offen mit einer Zinserhöhung gedroht, falls Deutschlands Löhne zu stark steigen.

3. Welche Folgen es hat, wenn ein immer größerer Anteil der Menschen vom Wohlstand abgekoppelt wird, zeigt eine kleine Meldung aus dieser Woche, die auf den ersten Blick gar nichts mit Arm und Reich zu tun hat. Danach kürzen die Gerichte ab Juli das Geld für **unterhaltsberechtigte Kinder**. Die Beiträge richten sich nämlich nach der Nettolohnentwicklung. Es ist das erste Mal seit Einführung der „Düsseldorfer Tabelle“ vor 45 Jahren, dass die Ansprüche für Trennungskinder gesenkt werden – und das mitten im sogenannten Aufschwung!

Für unterhaltsberechtigte Kinder gibt es nun erstmals weniger Geld. Grund seien die gesunkenen Nettolöhne, auf deren Grundlage die Unterhaltssätze berechnet werden, teilte das Düsseldorfer Oberlandesgericht am Mittwoch mit. Der Rückgang der Unterhaltssätze liege bei rund einem Prozent.

4. Am Samstag hörte ich im „Nordwestradio“, dass überlegt wird, die „Gebühren“ für das **Schwarzfahren** um 50 Prozent zu erhöhen. Beim ersten Mal soll die „erhöhte Beförderungsgebühr“ von 40 auf 60 Euro ansteigen und bei Wiederholungstätern innerhalb von zwei Jahren sogar auf 150 Euro. Im Zuge der permanenten Fahrpreiserhöhung bei gleichzeitiger chronischer Verarmung weiter Bevölkerungsschichten ist dieses Vorhaben als weitere Ausgrenzung aus der Gesellschaft und der individuellen Mobilität zu sehen!

Nach statistischen Berechnungen gehen den Beförderungsbetrieben jährlich angeblich 250 Millionen Euro durch Schwarzfahren verloren. Leider lässt sich diese Hochrechnung nicht in „Frustrationseinheiten“ für Arme und Ausgegrenzte übertragen, die immer nur zu Hause sitzen müssen, weil für sie eine normale gesellschaftliche Teilhabe nicht finanzierbar ist. Geiz ist eben zumeist alles andere als geil, sondern besteht im nackten Kampf, um mit dem Existenzminimum wirtschaften zu können. Ich bin keine Befürworterin des Schwarzfahrens, aber bleibt den mittellosen Bevölkerungsschichten denn noch etwas anders übrig, wenn sie mobil sein wollen oder müssen?

5. Im mit 150 bis 200 Zuhörern überfüllten „Wallsaal“ der Stadtbibliothek hatten sich am vergangenen Mittwochabend überwiegend Betroffene und Vertreter von Beratungsstellen auf Einladung des Oberverwaltungs- und des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen versammelt. Denn **Hartz IV** bewegt nicht nur die Menschen, es beschäftigt auch die Justiz: Anstelle der erwarteten 800 Klagen pro Jahr gab es bis zu 1.800.

Das liegt sicherlich daran, dass SGB II und auch Teile des SGB III absichtlich so formuliert sind, dass diese Gesetze in vielen Fällen sehr weit ausgelegt und fast frei interpretiert werden können. Jeden Arbeitstag klagen etwa neun Menschen gegen eine Entscheidung der Bremer Bagis. Dies sind fast alles Eilverfahren. Meist geht es um existenzielle Probleme, häufig um die Übernahme von

Schulden, in 80 bis 90 Prozent aller Streitfälle jedoch um die „angemessenen Mietkosten“.

Nach einem Gutachten aus dem Jahr 2005 leben in Bremen 10.000 von damals 35.000 Hartz-IV-Familien in „unangemessen teuren“ Wohnungen. Etliche von ihnen hätten inzwischen von der Bagis die Aufforderung bekommen, ihre Mietkosten zu „senken“. In der Regel bleibt ihnen nur der Umzug, doch offenbar fangen manchmal die Probleme dann erst richtig an: Der Umzug wird nicht bezahlt, die tatsächlichen Mietkosten für die neue Wohnung wie die Kosten für die Renovierung ebenfalls nicht.

Auch Maklerkosten würden nicht übernommen, und es habe schon Fälle gegeben, in denen eine „angemessene“ Wohnung nicht angemietet werden konnte, weil die Bagis kein Deponat übernehmen wollte. Der Hartz-IV-Empfänger sei auf die Suche nach einer Wohnung ohne Deponat geschickt worden. Mit dem Umzug werden Menschen dann erst recht in die Verschuldung getrieben. Mein Fazit: mit Hartz IV wird uns endlich die Abgrund-Sicherung als Garantie für ein Leben am ewigen Abgrund ermöglicht! Welch ein Armutszeugnis für Deutschland.

6. Nur allzu oft nutzt die Arge die unsichere Rechtslage und die unsichere Situation der ALG-II-Empfänger aus und setzt auf **Klagen**. Das Landessozialgericht Düsseldorf hat erneut eine Arge dazu verurteilt, Heizkosten nicht nach Pauschalierungsmodellen, sondern nach den real angefallenen Kosten zu übernehmen. Auch in Bochum werden Heizkosten nach solchen Modellen berechnet. Wen das stört, könne ja klagen, ist dazu die Position der örtlichen Arge.

Dazu erklärt Ernst Lange, Vorsitzender der Linksfraktion: „Es ist schon ein starkes Stück, wenn die Ärmsten der Armen klagen müssen, um Recht zu erhalten. Aber dies scheint bundesweit Politik der Argen zu sein. Es ist ein Skandal, dass die Hartz-IV-Betroffenen die Folgen eines nicht nur politisch falschen, sondern auch handwerklich schlechten Gesetzes ausbaden müssen. Dass aber die Bochumer Arge offensichtlich ihren Handlungsspielraum häufig zu Ungunsten der Betroffenen ausnutzt und auf die juristische Karte setzt, ist unerträglich!“

Elisabeth Graf (parteilos)

Mit Frau Linnert ist das nicht mehr zu machen

1. Zur „Weiterentwicklung der **Bagis**“ heißt es auf Seite 45 des rot-grünen Koalitionsvertrags: „Nach den ersten beiden Aufbaujahren stehen die Stärkung der Handlungsfähigkeit und die Verbesserung der Dienstleistungsqualität der Bagis im Vordergrund. Fallmanagement und zielgenaue Beratung werden in gemein-

samer Verantwortung von Kommune und Bundesagentur optimiert. Dazu gehören die Verbesserung der Personalsituation und die noch stärkere Verzahnung der flankierenden kommunalen Leistungen mit den Integrationsleistungen. Bremen setzt sich dafür ein, dass die spezifischen Interessen der Stadtgemeinde in die Ausgestaltung des Arbeitsmarktprogramms der Bagis einfließen."

Bedeutet das, Bremen hat sich in der Vergangenheit unterbuttern lassen? Die Bagis hat einen Trägerverein, der zu 50 Prozent der Freien Hansestadt Bremen „gehört"! Gerade diese Konstruktion soll gewährleisten, dass die Interessen Bremens im Vordergrund stehen. Die vorstehende Aussage bedeutet: Bremen hat seine Möglichkeiten nicht genutzt! Schade um die verpassten Möglichkeiten.

Weiter auf Seite 46 der Koalitionsvereinbarung: „2009 ist zu überprüfen, ob sich das Modell der Arbeitsgemeinschaften bewährt hat und welche Konsequenzen es für die 2010 anstehende Vertragsverlängerung und -gestaltung über die Bagis hat."

Bremen ist gegenüber seiner Arge, der Bagis, nicht nur weisungsberechtigt, sondern auch zur Dienstaufsicht verpflichtet! Was die „Aufbaujahre" betrifft, wurde das Jahr 2004 nicht zur Vorbereitung der Mitarbeiter genutzt, denn Hartz IV wurde im Dezember 2003 beschlossen und verabschiedet.

Alles, was die Bagis so anrichtet, liegt im Verantwortungsbereich von Senatorin Ingelore Rosenkötter.Wie heißt es doch auf ihrer Website „Soziales Bremen": „Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales als oberste Landesbehörde ist verantwortlich für die Aufsicht über die Arbeitsgemeinschaften nach SGB II im Land Bremen. Gleichzeitig ist er als kommunaler Träger zuständig für die fachliche Steuerung der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (Bagis)." Dem ist nichts hinzuzufügen! Ingelore Rosenkötter hat das schlechteste Ergebnis bei der Senatorenwahl erzielt.

2. Der bisherige Finanzsenator Ulrich Nußbaum ist auf eigenem Wunsch nicht im neuen Senat vertreten. Doktor Nußbaum hat festgestellt, dass die tatsächliche **Finanzlage** Bremens wesentlich schlechter ist als die gefühlte Finanzlage! Damals war Herr Nußbaum bereits längere Zeit im Amt. Jetzt wird Karoline Linnert seinen Schreibtisch übernehmen, aber sicher nicht die *gefühlten* Finanzen regeln!

Den Senator für Finanzen hat der Bremer Rechnungshof darauf hingewiesen, das Bremer Theater habe seit über zehn Jahren keine Bilanz oder Ergebnisrechnung mehr vorgelegt. Ein Senatskollege hat über 30 Millionen Euro einbehalten? Dieses Geld wurde auf einem extra angelegtem Konto verwahrt, ohne den Finanzsenator zu informieren. Der Senator für Finanzen kam durch Zufall darauf, der Zinsverlust bleibt beim Steuerzahler hängen!

Dann kommen 70 Millionen Euro per annum von der EU, und keiner weiß es! Also einfach mal eine Forderung über mehrere Tausend Euro ausbuchen, weil sie

bisher nicht mit der SWB besprochen werden konnte, gemäß Jahresabschluss der VVG, oder einfach Beiträge an die Handelskammer abführen, ohne die Befreiungsvorschriften zu prüfen? Mit Karoline Linnert ist dies sicherlich nicht mehr zu machen!

Die GmbHs der Freien Hansestadt Bremen sind verpflichtet, Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz prompt dem Finanzsenator vorzulegen. Aber auch ein Senator muss es merken, wenn er etwas nicht erhält, und diese Unterlagen einfordern, ansehen und prüfen! Die Wirtschaftsprüfer testieren zwar den Jahresabschluss, aber sie vertreten nicht die Interessen der Freien Hansestadt Bremen!

3. Am letzten Mittwoch, haben Richter des Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Sozialgerichtes, Herr Lange von der Bagis und Rechtsanwalt Detlef Driever in der Stadtbibliothek über die „Erfahrungen aus zweieinhalb Jahren mit Arbeitslosengeld II“ diskutiert, und viele sind gekommen.

In 80 bis 90 Prozent aller Klagen geht es um die angemessen **Mietkosten**, so Dietmar Christians, Rechtsanwalt der DGB-Beratungsgesellschaft. Die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ wird neugefasst, so Eckhard Lange, der stellvertretende Geschäftsführer der Bagis. Er wies darauf hin, dass die Bagis nur Vorschläge machen kann, aber die Entscheidung durch die Politik getroffen werden, und seufzte dabei. Scheinbar hatte er gerade eine entsprechende Erinnerung! Für mich war klar: Der Koalitionsvertrag (Seite 48) wirkt!

Denn dort heißt es: „Wir wollen die Umzugsaufforderungen drastisch reduzieren. Die Mietgrenzen in Bremen sollen sich an den Regelungen vergleichbarer Großstädte orientieren. Umzugsaufforderungen sollen nur erfolgen, wenn annehmbarer Ersatzwohnraum tatsächlich vorhanden ist. Dabei soll sichergestellt werden, dass möglichst eine räumliche Nähe zum bisherigen Wohnort gewahrt bleibt und soziale Härten verhindert werden. Wir werden außerdem unsere Einwirkungsmöglichkeiten auf die ‚Gewoba‘ nutzen, damit sie in ausreichendem Maße preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellt.“

Darum Montagsdemo, Kopf zeigen! Stillschweigend hat die Bagis bei einem neuen Antragszeitraum die bisherigen Mieten weiterbezahlt – ohne Begründung! Verantwortlich für die Bagis ist Senatorin Ingelore Rosenkötter. Die Bremer können entspannt wohnen bleiben. Trotzdem wollen wir am **Freitag**, dem **29. Juni 2007**, noch einmal Flagge zeigen! Wir treffen uns um **11 Uhr** im „**Kapitel 8**“ an der Domsheide (neben der „Glocke“), und um 12 Uhr sind wir vor dem Parlament!

4. Die Richter wird’s ebenfalls freuen, denn leider wird die freiwerdende Gerichtszeit wahrscheinlich für die Verfahren zum **Elterngeld** benötigt! Ein neues Gesetz, das so gar nicht hält, was die Politik verspricht. Zwölf beziehungsweise 14 Monate Elterngeld: Für ALG-II-Betroffene stimmt diese Aussage. Sie erhalten 300 Euro pro Monat, die nicht auf das ALG II angerechnet werden. Bei vorher berufstätigen Müttern werden die Mutterschutzleistungen auf das Elterngeld angerechnet,

auch wenn es für diese Zeit überhaupt nicht beantragt wurde. Somit erhalten sie effektiv für circa zwei Monate *kein* Elterngeld!

Das Elterngeld richtet sich nach dem Nettolohn der letzten zwölf Monate. Er wird zusätzlich um den Werbungskostenfreibetrag gekürzt, und dieses verminderte Einkommen wird zur Berechnung herangezogen, auch wenn überhaupt keine Werbungskosten angefallen sind. Außerdem haben die Steuerfreibeträge bereits die Höhe der Lohnsteuer vermindert. Von diesem fiktivem Netto werden 67 Prozent ermittelt.

Jede Mutter kann während des Elterngeldbezugs eine Teilzeitbeschäftigung bis zu 30 Wochenstunden im Durchschnitt ausüben. Der Arbeitslohn wird angerechnet. Nur 33 Prozent verbleiben dem Elternteil von diesem Nettolohn! Bearbeitet werden die Anträge von einer bereits mehr als ausgelasteten Dienststelle. Ob das alles Bestand hat? Die Richter werden es klären. Im Zweifelsfall Widerspruch einlegen! Es ist wichtig, die Informationen auch aus anderen Quellen zu beachten und genau hinzusehen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Für eine freie soziale Gesellschaft!

Erstmals seit 45 Jahren wird der gesetzliche Unterhalt für Kinder gekürzt – weil die Nettoeinkommen allgemein gesunken seien, so die Begründung von Justizministerin Zynisch, Verzeihung: Zypries. Es ist doch die Verarmungspolitik der letzten und der jetzigen Bundesregierung, die genau dazu geführt hat: Zehn Millionen Menschen in Deutschland arbeiten inzwischen zu absoluten Niedrigstlöhnen, und nach wie vor sind circa acht Millionen arbeitslos, unterbeschäftigt oder in „Maßnahmen“ versteckt!

Die relative Senkung der Arbeitslosenquote ist vor allem den Minijobs und der Zeitarbeit geschuldet. Die Hartz-Gesetze haben daran wichtigen Anteil, deshalb: Weg mit den Hartz-Gesetzen! Letztes Jahr hat die Bundesagentur 5,5 Milliarden Euro Überschuss gemacht hat. Das ist die Frucht der immer rigoroseren Kürzungen von Arbeitslosengeld I und II.

Die neue Bremer Landesregierung feiert den Erhalt von 500 Arbeitsplätzen bei Lürssen und Atlas-Elektronik durch den Milliarden-Auftrag für neue Fregatten.

Diese werden mit der Begründung gebaut, sie seien „besser geeignet für neue Bundeswehr-Aufgaben fern der Heimat“. Sie können zwei Jahre ohne Heimkehr im Einsatz sein und sind mit Raketen bewaffnet, die sogenannte Clusterbomben 70 Kilometer weit ins Landinnere zu tragen vermögen.

Statt für Fregatten sollten diese Milliarden für den Ausbau von erneuerbarer Energie durch Wind-, Solar- oder Gezeitenkraftwerke ausgegeben werden, doch es wird ein Kohlekraftwerk nach dem anderen genehmigt. Offenbar tanzt auch die neue Landesregierung nur nach der Pfeife der großen Rüstungs- und Energiekonzerne! Das ist keine Politik für die Bürger.

Airbus hat letzte Woche auf Luftfahrtmesse Aufträge für über 60 Milliarden Euro erhalten! Auf fünf Jahre ist die Produktion bereits ausgelastet. Trotzdem sollen 10.000 Arbeitsplätze abgebaut und weitere 10.000 „verkauft“ werden, indem durch Senkung der Fertigungstiefe von 80 auf 53 Prozent das Geschäftsrisiko auf „Partner“ übertragen wird.

Beim EU-Gipfel zeigte sich letzte Woche, dass durch die kalte Küche jetzt doch noch die in Volksabstimmungen bereits gescheiterte EU-Verfassung verwirklicht werden soll. Deren Kern lautet: Vormacht für Deutschland und Frankreich, Abbau demokratischer Rechte, Ausbau des Überwachungs- und Polizeistaats. Einen Vorgeschmack davon, was das bedeutet, haben wir kurz davor schon beim G8-Gipfel erhalten.

Immer direkter wird die Unterstützung der Polizei für Faschisten: Vor zwei Wochen schaute sie in Halberstadt weg, als Theaterleute von Faschisten schwer verletzt wurden, und letztes Wochenende blieb eine Nazi-Sonnwendfeier im Kreis Celle von ihr „unbehelligt“. Die Montagsdemo kämpft daher nicht nur gegen den Sozialkahlschlag wie durch Hartz IV, sondern auch gegen den Polizeistaat und für eine freie Gesellschaft!

Wolfgang Lange (MLPD)

Troll enttarnt: Bundesagentur hetzt im Internet gegen Arbeitslose *(„Indymedia“)*

Märchen vom Fachkräftemangel: Immer noch 30.000 Ingenieure arbeitslos *(„Focus“)*

Neoliberalismus: Vattenfall sponsort Agenda-Lobpreisung für Altkanzler Schröder *(„Kölner Stadt-Anzeiger“)*

Neue Privilegien: SPD und Union planen Steuerfreiheit für „Heuschrecken“ *(„NGO-Online“)*

Termine: Das „**Anti-G8-Bündnis Bremen**“ berät am *28. Juni 2007* im „*Paradox*“ in kritischer Reflexion, wie es mit dem Bündnis weitergehen

soll. – Der neugegründete „**Sozialistische Studierendenverband**“ trifft sich am *26. Juni 2007* um *12 Uhr* in der *Glashalle* der Uni Bremen. – Das „**Arbeitslosenzentrum Tenever**“ lädt ein zur Eröffnung der Ausstellung „Gesichter der Armut“ am *Dienstag*, dem *3. Juli 2007*, um *11 Uhr* im *Einkaufszentrum Tenever*. – Das „**Bremer Friedensforum**“ tagt am *5. Juli 2007* um *18:30 Uhr* in der „*Villa Ichon*“. – Das **Sommerfest** der Bremer Montagsdemo steigt am *Samstag*, dem *21. Juli 2007*, von *12* bis *22 Uhr* in den *Neustadtswallanlagen*.

Wir wollen uns die neuen Leute in der **Bremer Bürgerschaft** anschauen! Deshalb treffen wir uns am **Freitag**, dem **29. Juni 2007**, um **11 Uhr** im „*Kapitel 8*“ an der Domsheide, um uns zur rot-grünen „Vermählung“ passend einzukleiden und bei der anschließenden *zweiten Bürgerschaftssitzung* unsere Glückwünsche und Dankesworte für die holden Versprechungen vorzubringen:

Wir gratulieren dem glücklichen Paar!

Wir sind heute und hier erschienen, um dem glücklichen Paar (Rot/Grün) zu gratulieren. Gleichzeitig wollen wir uns für die gemachten Versprechen vor der Wahl und in der Koalitionsvereinbarung bedanken. Das Paar hat uns sozusagen als Hochzeitsgaben ganz ordentlich beschenkt! Wir nehmen diese Geschenke an und fordern sie heute und die nächsten vier Jahre von euch ein. Wie heißt es doch so schön: „Geschenkt ist geschenkt und weggenommen in die Hölle gekommen!“

Für folgende Geschenke bedanken wir uns heute:

1. Dass ab sofort die Ein-Euro-Jobs in Lande Bremen auf der Basis *absoluter Freiwilligkeit* vergeben werden und es außerdem nur noch wenige Ein-Euro-Jobs gibt, denn
2. es gibt ausreichend sozialversicherte Arbeitsplätze, und die Menschen können von dieser ihrer Arbeit auch leben, weil unter anderem
3. der Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro durchgesetzt wird.
4. Wir freuen uns darüber, dass die Bagis künftig nach dem Motto „Auch hier ist der Kunde/die Kundin König“ arbeiten wird, denn wer zwingt schon Könige zum Umziehen!
5. Deshalb sind wir glücklich, dass Menschen künftig nicht mehr zwangsweise umziehen müssen und dass ihnen ein menschenwürdiger Wohnraum zugestanden wird.
6. Wir freuen uns über uneingeschränkte Teilhabe am Arbeitsleben und am sonstigen gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderungen.

7. Wir freuen uns, dass Brennpunktschulen besser versorgt werden sollen und bedanken uns dafür, dass wir die Stunden für die Ganztagsschule in Tenever behalten können. Für gute Ausbildung und mehr Chancen für die Kinder!
8. Juhu, endlich bekommen die Kitagruppen alle eine zweite Erzieherin, Kinder aus armen Familien kostenlos Mittagessen, und die Kita Andernacher Straße erhält ein neues Haus!

Sollten Sie merken, dass die Versprechen nicht eingehalten werden – oder falls es irgendwelche Ungereimtheiten gibt –, wenden Sie sich bitte an die Grünen oder an die SPD.

Flugblatt von Gabi-Grete Kellerhoff („Initiative Wahlversprechen“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

139. Bremer Montagsdemo am 02. 07. 2007

Die Teilhabe am Aufschwung beim Lohndumping

1. Je näher das Sommerloch rückt, desto mehr darf *gesödert* werden. Oder warum sonst muss sich der frühere Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement darüber auslassen, dass er die in seiner Amtszeit eingeführten Hartz-Reformen auch heute wieder genauso anwenden würde? Vor allem das Zusammenlegen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei richtig gewesen, weil es Arbeitsfähigen ermöglichen soll, Arbeit aufzunehmen. Ha, ha!

Natürlich werde damit „auch der Druck erhöht“, sagte Clement im Gespräch mit der „Thüringer Allgemeinen Zeitung“. Das sei richtig, denn er halte bei den Sozialleistungen eine **Missbrauchsrate** von 20 Prozent für wahrscheinlich. Ursachen für sein Geunke meint er unter anderem in einer „erstaunlich niedrigen“ Sanktionsquote erkennen zu können, da die Behörden nicht alle Möglichkeiten ausschöpften. Insbesondere in größeren Städten würden „die Instrumente sehr zurückhaltend angewandt“, kritisierte Clement.

Laut Bundesagentur für Arbeit waren im Februar zwei Prozent der erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger mit einer Sanktion belegt. Clement muss die Sanktionierungsquote, die er mit Missbrauch gleichsetzt, also mit zehn multiplizieren, um endlich auf seine 20 Prozent angeblichen Missbrauchs zu gelangen. Herr Clement kann die vermeintlichen Missbrauchsfälle seines Feindbildes vom „faulen Arbeitslosen“ noch so hochrechnen, es entstehen dadurch keine Arbeitsplätze, die abgelehnt werden könnten. Das ist so, wenn Herr Clement den Druck weiter erhöht, indem er gerade Langzeitarbeitslose in Drückerkolonnen Klinken putzen lässt. Wo liegt der tiefere Sinn?

2. Entgegen der Aussagen von Herrn Clement stimmt es gar nicht, dass alle **Hartz-IV-Kürzungen** rechtmäßig sind! Wider ihre Gewohnheiten darf die Arge Bochum Überzahlungen nicht einfach mit zukünftigen Leistungen aufrechnen. Das Gesetz schreibt vor, dass diese Praxis nur zulässig ist, wenn die Überzahlung

durch „vorsätzliche oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben“ der Betroffenen verursacht worden ist. In allen anderen Fällen ist eine einvernehmliche Vereinbarung zu suchen.

Wenn hingegen die Arge den Fehler selbst verursacht hat, scheidet in vielen Fällen eine Rückzahlung sogar gänzlich aus. Ist für notwendige Reparaturen an Haushaltsgeräten oder zur Ersatzbeschaffung ein Darlehen gewährt worden, so kann es monatlich in Höhe von bis zu zehn Prozent der Regelleistung getilgt werden. In der Regel dürfte aber nur ein geringerer Satz angemessen sein. Der Regelsatz-Anteil für Kinder sollte sogar gar nicht angetastet werden, da gerade hier die Bedarfsunterdeckung zu offensichtlich ist.

Allzu schnell werden auch Sanktionen bis auf „Null-Leistung“ verhängt mit dem Hinweis, dass damit die Krankenversicherung hinfällig sei. Das ist aber unrichtig. Es besteht gesetzlich immer eine automatische „Schonfrist“ von vier Wochen, um alles regeln zu können. Ist der Partner oder die Partnerin weiterhin im Bezug von Hartz IV-Leistungen, so besteht weiterhin Krankenversicherungsschutz durch das Prinzip der Familienversicherung. Seit der letzten Gesundheitsreform vom Frühjahr soll in Deutschland ohnehin niemand mehr ohne Versicherung für den Krankheitsfall sei. Widerspruch gegen Sanktionen ist in vielen Fällen angebracht. Kürzungen „bis auf null“ sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Aber das ist bei Hartz IV ja in einigen Punkten so!

3. Jetzt schlägt es nicht 13, sondern unser Bundesarbeitsminister Franz Müntefering zum drillionsten Mal einen attraktiven „neuen“ Kombilohn vor, mit dem 100.000 Langzeitarbeitslose in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit eine gemeinnützige Arbeit finden sollen. Eckpunkte des Konzepts für einen staatlich bezuschussten „**Kommunal-Kombi**“ legte der SPD-Politiker am Mittwoch in Berlin vor.

Das Programm soll sich auf 85 Regionen mit einer Arbeitslosenquote von über 15 Prozent beschränken. Gefördert werden sollen gemeinnützige, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bei Kommunen oder Wohlfahrtsunternehmen für die Dauer von drei Jahren. Mit seinem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn will Herr Müntefering der Tendenz entgegenwirken, dass Regionen mit besonders hoher Langzeitarbeitslosigkeit weniger als andere Gebiete am derzeitigen Aufschwung beim Lohndumping, äh, Rückgang der Arbeitslosenzahl teilhaben.

Den Eckpunkten zufolge sollen durch das Programm in den Jahren 2008 und 2009 jeweils 50.000 Langzeitarbeitslose einen Job für die Dauer von drei Jahren finden, der gemeinnützig ist und reguläre Arbeitsplätze nicht gefährden darf. Diese Zusagen wird er sicherlich ebenso schnell und ungeprüft verteilen, wie es bei den jetzigen Ein-Euro-Jobs der Fall ist. Ob man das Instrument, mit dem ehemalige Arbeitslose als neue Arbeitnehmer um ein anständiges Gehalt gebracht werden, „Ein-Euro-Job“, „Bürgerarbeit“, „Kommunal-Kombi“ oder wie auch immer nennt, ist völlig schnurz, solange die Wirtschaft brummt und sich allein die Unternehmer im Aufschwung sonnen können. Wir müssen mal wieder draußen bleiben!

4. Statt indirekt immerzu den Arbeitslosen vorzuwerfen, sie würden der Allgemeinheit auf der Tasche liegen, sollte sich der Staat vermehrt um seine Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern kümmern. Denn seit dem 1. Juli 2007 können die Stromanbieter ihre Preise erhöhen, ohne sich das wie bisher vom zuständigen Landeswirtschaftsministerium genehmigen zu lassen. Von den neuen Möglichkeiten wird natürlich so mancher Konzern pünktlich zum großen Tag Gebrauch machen.

Die Verbraucher in Deutschland mussten in den vergangenen Jahren immer mehr für ihren Strom ausgeben. Bezahlte ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt mit 3.500 Kilowattstunden Jahresverbrauch 2002 noch 46,99 Euro im Monat, waren es im laufenden Jahr monatlich 59,38 Euro, also rund 26 Prozent mehr. Die Industrie betont, dass dafür auch die gestiegenen Steuern und Abgaben verantwortlich sind. Neben der Mehrwertsteuer sind dies etwa die Ökosteuer sowie Abgaben für umweltschonendere Energieerzeugung. Der Staatsanteil macht mittlerweile rund 40 Prozent vom **Strompreis** aus.

Laut „Verband der Elektrizitätswirtschaft“ haben die meisten Stromanbieter ihre Preise 2007 bereits zum Jahresbeginn im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung angehoben. Mit einem unaufhörlich weiter kletternden Stromkostenanstieg ist leider zu rechnen. Noch immer ist kein Mindestlohn in Sicht, von dem nicht nur die steigenden Lebenshaltungskosten finanziert werden könnten, sondern der außerdem ausreichend Geld für die gesellschaftliche Teilhabe übrig ließe!

5. Arbeitsmarktforscher halten Klagen über einen akuten „**Fachkräftemangel**“ von Unternehmen für übertrieben. Schließlich gibt es noch immer 30.000 arbeitslose Ingenieure in Deutschland! Allerdings sind viele der arbeitslosen Ingenieure schon älter. Die Unternehmen von heute wollen junge, erfahrene und dynamische Kräfte, natürlich mit dreißigjähriger Berufserfahrung. Diesem Bild entsprechen naturgemäß Ingenieure on 50 Jahren und älter nicht mehr.

Weil immer noch männliche Ingenieure bevorzugt werden, ist im vergangenen Jahr die Arbeitslosigkeit von Maschinenbau-Ingenieur*innen* mit 13,9 Prozent mehr als doppelt so hoch gewesen wie die ihrer männlichen Kollegen. Das Gleiche gilt für weibliche Elektro-Ingenieure. Aus diesem Kreis lässt sich noch Personal rekrutieren. Aber die Arbeitgeber scheinen es vorzuziehen, die Kriterien bei der Stellensuche so eng zu fassen, dass der Eindruck erweckt wird, es gebe einen Fachkräftemangel.

Neben der kurzfristig stärkeren Mobilisierung von Arbeitskraftreserven aus dem Kreis älterer Ingenieure und des weiblichen Ingenieur-Nachwuchses ist eine Bildungsoffensive überfällig, um dem zu erwartenden Fachkräftemangel begegnen zu können, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen werden.

6. Es ging der Kölner Arge zu weit, als am 27. April in den frühen Morgenstunden eine größere Gruppe der „**Überflüssigen**“ einem Kölner „Sozialschnüffler“ einen unangekündigten Hausbesuch abstattete und gleichzeitig sogenannte Steckbriefe von ihm verteilte, als Warnung an Hartz-IV-Betroffene. Deshalb wurden letzte Wo-

che Vertreter vom „Erwerbslosen-Forum Deutschland“ und des „Kölner Erwerbslosenrates“ zu einem klärenden Gespräch in die zweitgrößte Hartz-IV-Behörde Deutschlands geladen.

Die Leitung des Kölner Sozialamtes bat darum, dass man in Zukunft nicht die Mitarbeiter als Zielscheibe aussucht, sondern ihre Vorgesetzten. Ob dies tatsächlich als Aufforderung gemeint war, blieb unklar. Möglicherweise gab es auch Druck von der Mitarbeitervertretung, sich schützend vor die eigenen Mitarbeiter(innen) zu stellen. Der „Kölner Erwerbslosenrat“ und das „Erwerbslosen-Forum Deutschland“ machten deutlich, dass beide Initiativen keinen Einfluss auf Aktionen der „Überflüssigen“ hätten.

Hierbei handele es sich um eine eigenständige politische Widerstandsaktion gegen Hartz IV. Ihre Aktivitäten des zivilen Ungehorsams betrachte man mit einer gewissen Sympathie; wichtiger sei es jedoch, die Anlässe zu solchen Aktionen zu thematisieren. Wenn Hartz IV abgeschafft würde, zumindest aber alles korrekt ablaufen könnte, bräuchte es derartige Aktivitäten kaum zu geben. Inzwischen betrachteten zahlreiche Menschen die Hartz-IV-Behörden als wahres „Feindbild“ und hätten kaum das Gefühl, dass es um ihre Belange geht. Repressionen und Nichtbeachtung von Rechten seien keine Einzelfälle mehr.

In diesem Zusammenhang sehe man auch den „Bedarfsermittlungsdienst“, dessen Aufgaben man sowohl rechtlich als auch von der Verhältnismäßigkeit der Mittel grundsätzlich in Frage stelle. Als Ergebnis der Unterredung einigte man sich darauf, dass die Kölner Arge mit den Erwerbsloseninitiativen im Herbst eine größere Podiumsdiskussion mit Experten durchführen wolle. Dabei soll es sowohl um Sinn, Zweck und Aufgaben als auch um die politische Bewertung von „Sozialfahndern“ des „Bedarfsermittlungsdienstes“ gehen. Ziel muss es sein, dass zumindest Betroffene eine größtmögliche Transparenz haben, was sie erdulden müssen und welche Rechte sie haben. Es könne nicht angehen, dass Antragssteller im Sozialamt von Mitarbeitern gesagt bekommen, dass Sozialfahnder grundsätzlich nach ihren Verhältnissen zu schauen hätten.

Mich persönlich hat die Aktion der „Überflüssigen“ im April begeistert. Wenn Arge-Mitarbeiter wissentlich gegen das Recht verstoßen, reicht es einfach nicht, anschließend drüber zu reden und eine Lösung zu finden. Ich erwarte, dass die Mitarbeiter so geschult sind, dass sie sich sofort korrekt verhalten und bei abweichendem Gebaren eben selbst die Konsequenzen tragen müssen! Wenn wir Erwerbslosen Fehler machen, wird dies ja auch von uns erwartet, andernfalls hagelt es Sanktionen. Gleiches Recht für alle! Das schließt natürlich die Leitung mit ein, die auch nicht einfach Weisungen an ihre Untergebenden erteilen darf, die dem SGB II widersprechen!

7. Mit Beginn des Monats Juli wurden auch die **Regelleistungen** von Hartz IV geringfügig erhöht, und die Betroffenen bekamen Änderungs- beziehungsweise Folgebescheide. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ machte jetzt darauf aufmerksam, dass zahlreiche Bescheide allerdings falsch datiert seien und die Be-

troffenen rechtlich nur wenige Tage zum Widerspruch hätten. So hätten sich bei der Initiative zahlreiche Menschen gemeldet, deren Bescheide, die sie erst am Wochenende erhalten hätten, auf den 2. Juni 2007 zurückdatiert seien.

Die Bescheide, die aus Nürnberg versand wurden, trugen jedoch kein Poststempel. Ein Beweis des Empfangs sei so nicht möglich. Das „Erwerbslosen-Forum“ Deutschland fordert deshalb von der Bundesagentur für Arbeit eine Erklärung zu dieser Praxis und eine öffentliche Zusicherung, dass die Widerspruchsfrist erst mit Beginn des Monats Juli beginnt.

„Wir können uns nicht des Eindrucks erwehren, dass durch diese Praxis die Flut der Widersprüche eingedämmt werden soll. Wir fordern die Bundesagentur erneut auf, ihre Post mit einem Datumsstempel auf den Briefumschlägen zu versenden. Viel zu oft bekommen Menschen Post, die anscheinend wochenlang unterwegs war. Damit nimmt man den Menschen ihre Rechtsansprüche, und diese riskieren unverschuldet eventuelle Rechtsnachteile“, so Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“.

Elisabeth Graf (parteilos)

Nach der „Liebesheirat“ erwarten wir das Worthalten

1. Und wieder haben sie es gecheckt, mit den hohen Steuern und den mäßigen Löhnen. Was soll ich dazu sagen: „Was lange währt, wird endlich gut“? Nein, es ist ein Trauerspiel, dass es so lange gedauert hat, es zu begreifen!

Wir von der Montagsdemo haben schon oft gemahnt, dass die Abgabenlast der Bürger zu groß ist, zumal die Löhne nicht steigen. Ältere Arbeitnehmer bekommen kaum eine Chance. Jetzt bitten sogar einige: „Lasst uns den **Ein-Euro-Job**!“ Was für ein Trauerspiel: Menschen betteln um eine Maßnahme, die eigentlich auf den Müll gehört.

Wir von der Montagsdemo wehren uns schon lange gegen die Ein-Euro-Jobs, weil sie dazu führen, dass sozialversicherte Arbeitsplätze abgebaut werden. Womöglich stellt man entlassene Arbeitnehmer als Ein-Euro-Jobber wieder ein, oder schlimmer noch: Sie müssen abwägen zwischen Ein-Euro-Job und Schwarzarbeit. Ich verurteile nicht die, die um einen Ein-Euro-Job bitten, sondern jene, die diesen Menschen keine faire Chance mehr geben!

Nun, meine lieben Politiker, sollte euch ein Kronleuchter aufgehen: Diese Bettelei ist ein Zeichen dafür, dass das Geld von Hartz IV nicht ausreicht! Den Regelsatz zu erhöhen, ist als Sofortmaßnahme notwendig, doch diese Forderung allein würde das Problem nur verschieben. Darum: Weg mit Hartz IV, weg mit so einem Mist! Her mit vernünftig bezahlten sozialversicherten Arbeitsplätzen!

2. Der neue **rot-grüne Senat** ist noch nicht mal im Amt, da kritisiert die Opposition seine Bildung bereits als „Liebeshochzeit“. Na bravo, sage ich, das ist doch toll, denn Verliebte vertrauen einander, und deshalb werden sie Wort halten, wie es im Vertrag steht! Wenn ich bei einer „Liebeshochzeit“ an die Menschen denke, kann nur Gutes herauskommen.

Da finde ich es umso schäbiger, dass ausgerechnet eine Partei, die sich christlich nennt, das „Liebesglück“ zerstören möchte. Zu viel Liebe kann zwar blind machen, und die Verliebten merken es immer erst zuletzt, wenn sich die Nachbarn das Maul zerreißen – aber wir fühlen uns wie *gute* Nachbarn und wollen es dem Paar daher offen sagen, wenn etwas nicht stimmt, auf dass diese Liebe lange halte und für die Bürger nur Gutes hervorbringe!

Udo Riedel (parteilos)

Rot-rot-grüne Kooperation: Berlin und Bremen beantragen Mindestlohn im Bundesrat *(„Tageszeitung“)*

Trinkt den Wein und lasst uns verdursten!

Am letzen Freitag war ich um zwölf Uhr bei den „ Hochzeitsfeierlichkeiten“ der rot-grünen Regierung in Bremen mit dabei. Leider konnte ich meine Lobesrede dort nicht halten, deshalb folgt sie hier: Wir lobpreisen, dass Beschäftigungsträger wie die „Arbeiterwohlfahrt“ 600 Ein-Euro-Jobber ausbeuten wollen! Sie erhalten 500 Euro im Monat für jede(n) von ihnen. Diese bekommen mit Fahrkarte nur 200 Euro, den Rest behalten die Beschäftigungsträger. Davon bezahlen einige wenige ihre guten Gehälter! Wir sind ja so froh darüber, dass die rot-grüne Regierung in Bremen 400 Ein-Euro-Jobber fünf Jahre lang ohne Sozialversicherung entrechtet und ausbeutet, und dass Sklavenhalter wie das „Mütterzentrum“

sich von der „Bras“ trennen wollen, um *allein* an die Gelder für Ein-Euro-Jobber zu gelangen. Die Beschäftigungsträger wünschen sich *noch* 2.000 Ein-Euro-Jobs dazu!

Wir Ein-Euro-Jobber sind allen Beschäftigungsträgern außerordentlich dankbar, dass sie uns versklaven und entrechten, dass wir keine Arbeit haben ohne Armut! Gehorchen wir nicht, wird uns das Recht genommen zu existieren. Verweigern wir die Arbeit, dürfen wir auf der Straße leben, von Luft und Liebe. Die Sklaventreiber und Ausbeuter lieben uns ja so sehr, dass sie uns noch das Brot aus dem Munde nehmen! Wir sind ihnen ja so dankbar für ihre Wohltaten, die sie uns angedeihen lassen, und können nur sagen: Nehmt uns das Leben, damit es uns gut geht! Lebt auf unsere Kosten und erfreut euch eures Leben! Macht nur weiter so mit der Ausplünderung und Ermordung der Armen, liebes rot-grünes Hochzeitspaar, zusammen mit den Beschäftigungsträgern! Trinkt den Wein und lasst uns verdursten!

Die Beschäftigungsträger wie zum Beispiel die „Arbeiterwohlfahrt“ haben 2004 im Bundesgebiet 400.000 feste Arbeitsplätze vernichtet, davon 6.000 in Bremen. Die Ein-Euro-Jobber ersetzen feste Arbeitsplätze, die zuvor wegfielen. Erhalten die Beschäftigungsträger zu wenig Geld, um ihre Einrichtungen zu finanzieren, ist es an der Zeit, gemeinsam Konzepte für eine finanzielle Grundlage zu erarbeiten, damit die Arbeitsplätze es ermöglichen zu arbeiten, ohne in Armut zu leben! Beschäftigen die staatlichen Institutionen, Wohlfahrtsverbände und kirchlichen Einrichtungen Ein-Euro-Jobber, bereichern sie sich auf Kosten der Menschen, die gezwungen sind, für einen Euro zu arbeiten! Alle Ein-Euro-Jobs gehören in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt. Die Ein-Euro-Jobs als Instrument des Arbeitsmarktes gehören abgeschafft!

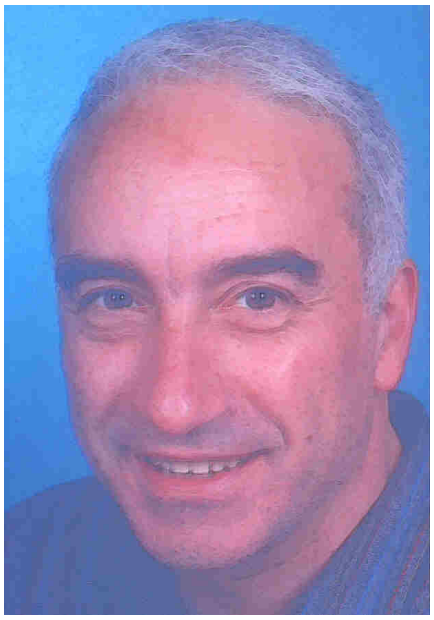
Es ist geradezu lächerlich, dass eine Tagesmutter in der Stunde nur 1,70 Euro erhält. An diesem unwürdigen Lohn wird das Patriarchat, die Herrschaft des Mannes sichtbar. Frauen erhalten zu wenig Geld für ihre gesellschaftlich notwendige Arbeit. Sie werden in finanzieller Abhängigkeit von ihren Mann gehalten. Der „Runde Tisch der Erwerblosen“ fordert zurecht die Einführung der gesetzlichen 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und zwölf Euro Mindestlohn in der Stunde. Dies würde verhindern, dass Frauen als Tagesmütter für 1,70 Euro in der Stunde ausgebeutet und in finanzieller Abhängigkeit von Männern gehalten werden. Sie erhalten dann unabhängig vom Mann ihr eigenes Einkommen!

In Deutschland sind über 200.000 Arbeitsplätze bei der deutschen Bann vernichtet worden, europaweit 750.000, und der geplante Börsengang der Bahn wird dafür sorgen, dass wir „englische Verhältnisse“ mit noch mehr Arbeitslosen bekommen, dass die Fahrkarten noch teurer werden und noch mehr Umfälle geschehen. In Bremen soll ein Kohlekraftwerk gebaut werden, doch laut Zahlen des „Bundes für Naturschutz“ bringt das nur 100 Arbeitsplätze. Die Natur wird zerstört, und Arbeitsplätze, die ökologisch sinnvoll sind, werden vernichtet! Zur Privatisierung der Bahn ist aus ökologischen Gründen Nein zu sagen! Nein ist zu

Ein-Euro-Jobs zu sagen! Ja ist zu ökologisch-sozialtariflichen Arbeitsplätzen zu sagen, die Armut verhindern!

Bettina Fenzel (parteilos)

Aufschwung an Arbeitsplätzen? Ein modernes Sommermärchen!



In den Medien wird die Bundeskanzlerin als „Frau des Jahres“ bejubelt. Aber was hat diese „Gipfel“-Ikone wirklich geschaffen? Es wird tonnenweise „heiße Luft“ produziert, um uns ruhig und still zu halten. Auch mit der „Aufschwungs“-Lüge wollen sie uns Sand in die Augen streuen. Es gibt zwar eine wirtschaftliche Belebung – aber wir müssen genau hinschauen: Zugenommen hat die Produktion von Maschinen und Anlagen, die dazu da sind, im Ausland neue Fabriken aufzubauen.

Die Herstellung von Verbrauchsgütern für den Konsum ist aber nicht gestiegen, und der Einzelhandel ist trotz Fußball-WM und vorgezogener Käufe wegen der Mehrwertsteuer-Erhöhung 2006 sogar rückläufig. Die Masse der Leute kann sich heute weniger kaufen. Und daran ändert auch der tolle Beschluss der Regierung nichts, den Regelsatz von Hartz IV seit gestern um zwei Euro zu erhöhen. Kinder von ALG-II-Empfängern haben dann täglich einen Cent mehr für ihre Ernährung – nämlich ganze 2,28 Euro. Was für ein Hohn!

Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, das stimmt. Aber sind wirklich neue Arbeitsplätze entstanden, von denen man leben kann? Professor Spitzley vom „Institut für Arbeit und Wissenschaft“ der Uni Bremen erklärt dazu: „Ein großer Teil der Jobs, die in den vergangenen zwei Jahren geschaffen wurden, ist im Bereich der ‚prekären Arbeit‘ entstanden – also Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs.“ In Bremen gibt es nach wie vor mehr als 25.000 Langzeitarbeitslose. Und die Konzerne in Deutschland haben Entlassungen im großen Stil angekündigt: Daimler will 13.000 Arbeitsplätze abbauen, Airbus sechs Werke in Europa auslagern und insgesamt 22.000 Kollegen entlassen.

Wir dürfen uns vom „Aufschwungs“-Gerede nicht einlullen lassen. Wir müssen unsere eigene Rechnung aufmachen und gemeinsam kämpfen! Was wir nicht brauchen, sind Hartz IV, Billigjobs, Leiharbeit und Sozialabbau. Wir brauchen neue Arbeits- und Ausbildungsplätze durch Verkürzung der Arbeitszeit. Die 30-

Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist durch die Gewinne der Unternehmer längst finanzierbar. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, von dem man leben kann. Und wir brauchen noch viel mehr Leute, die mit uns gemeinsam ihre Stimme erheben! Machen Sie die Montagsdemo zu Ihrer Sache!

Harald Braun

Termine: Der „**Soziale Lebensbund**“ berät am Dienstag dieser Woche um 19 Uhr im „Hibiduri“, Thedinghauser Straße 2, zum „Umgang der Bagis mit ihren Kunden und umgekehrt“. – Das „**Bremer Friedensforum**“ tagt am 5. Juli 2007 um 18:30 Uhr in der „Villa Ichon“. – Das „**Offene Plenum**“ lädt zu einem außerordentlichen Termin am Sonntag, dem 8. Juli 2007, um 19 Uhr in den „Weserterrassen“, Osterdeich 70b. – Das **Sommerfest** der Bremer Montagsdemo steigt am Samstag, dem 21. Juli 2007, von 12 bis 22 Uhr in den Neustadtswallanlagen.

Vorgetäuschter Aufschwung dank Statistik-Manipulation

1. Arbeitslosenschwund gleich Aufschwung, diese Formel ist falsch – weil die **Statistik** falsch ist! Zwar hätte sogar eine falsche Statistik bei Fortführung unter unveränderten Bedingungen noch ein wenig Aussagekraft. Da jedoch die „Handhabung“ der Arbeitslosen geändert wurde, ist die Statistik auch in dieser Hinsicht falsch, also *ohne* Aussagekraft!

Im Land Bremen wurden im Zeitraum vom 15. Mai bis zum 14. Juni 2007 laut „Arbeitsmarktbericht“ „2.422 Menschen in Erwerbstätigkeit integriert“ (Seite 4). Dazu gehören auch die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse. Doch wohin sind die anderen 4.490 Menschen gegangen, die „im Juni ihre Arbeitslosigkeit beenden konnten“?

Mögliche Ursachen: Wenn sie nicht gestorben sind, haben sie vielleicht den Rentenantrag gestellt, eine Weiterbildung begonnen, die „Achtundfünfziger-Regelung“ unterschrieben, sind schwanger oder arbeitsunfähig geworden (es reicht der Stichtag), wurden mit einer Sanktion beziehungsweise Mittelkürzung von 100 Prozent belegt, erhielten eine stillschweigende Leistungsstreichung (weil Einkommen oder Vermögen unterstellt wird), oder der Partner hat Arbeit gefunden und deckt den Regelsatz der Bedarfsgemeinschaft.

Oder sie haben keinen Folgebescheid erhalten; er wird am Stichtag noch gesucht. Oder sie haben Arbeitslohn für eine Tätigkeit erhalten, die bereits beendet wurde, und liegen damit über dem Regelsatz. Dazu kommt der eventuelle Bearbeitungsrückstand bei beendeten Ein-Euro-Jobs und nach Weiterbildung sowie die Arbeitserprobung beim ALG-II-Erstantrag, wenn kein ALG-I-Bezug vorangegangen ist („Null-Euro-Job“).

Auch Ausländer, die zum Verbleib in Deutschland einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit auskömmlichem Entgelt benötigen, sind nicht in der Statistik als Arbeitslose enthalten. So vermindert man den Zugang in Arbeitslosigkeit und damit den Bestand gemäß Statistik! Für die Aussortierung der arbeitsunfähig Erkrankten wurde das EDV-Programm grundlegend geändert, mit gewünschtem Erfolg! All dies führt zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit gemäß Statistik, aber mit Aufschwung hat dies nichts zu tun.

Hinzu kommt die gezielte Vermittlung: Arbeitssuchende in Bedarfsgemeinschaften werden vorrangig mit Arbeitsangeboten bedacht. Wenn die Arbeitsaufnahme klappt und der Verdienst stimmt, fällt auch der Partner aus dem Leistungsbezug. So erntfernt ein Arbeitsplatz zwei Arbeitslose und eine Bedarfsgemeinschaft aus der Statistik!

Arbeitssuchende mit eingeschränktem Leistungsvermögen werden in die Rente oder das Sozialgeld gedrängt. Auch dies hat mit Aufschwung nichts zu tun, aber genau solche Trickserei wird von der Politik gewünscht! Da sind auch „vergessene“ Dateien willkommen, wenn das Ergebnis „stimmt“. Allerdings ist es in Bremen scheinbar nicht so einfach, die Erfolgsmeldungen der Bagis und die Statistik auf einen Nenner zu bringen: Der monatliche Bericht zum ALG II klemmt! Die letzte Veröffentlichung betrifft den Januar 2007.

2. Der Aufschwung ist ein scheues Reh! Im „Weser-Kurier“ stand am 23. Juni 2007: „‚Ifo-Index‘ sinkt stärker als erwartet“. Dennoch erwarteten die Forscher des „Ifo-Instituts“ eine Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs in Deutschland. Drei Tage später heißt es unter dem Titel „Weiter auf Wachstumskurs“, das Münchener „Ifo-Institut“ gehe von einem weiter anhaltenden Aufschwung in Deutschland aus und habe laut Sprecher Werner Sinn seine Wachstumsprognosen angehoben. In Deutschland habe sich der Aufschwung nach der Jahreswende trotz Erhöhung der Mehrwertsteuer fortgesetzt. Ein Grund dafür sei die gute **Konsumstimmung** der Verbraucher. Als wesentlichen Faktor hierfür sehen die Marktforscher die „Erholung“ auf dem Arbeitsmarkt.

Doch am 29. Juni 2007 lautet die Überschrift: „Kaufparty nicht in Sicht“. Der Handel hinke der Konjunktur hinterher und erwirtschafte nur 0,5 Prozent Umsatzplus. Der deutsche Einzelhandel finde weiterhin keinen Anschluss an die gute Konjunkturentwicklung. Ein anderer Titel heißt: „Übergangsmode bleibt im Regal“. Der Modehandel habe bisher kaum von der allgemein verbesserten Wirtschaftslage profitiert. Die Botschaft des Konjunkturaufschwungs sei in der Realität des Handels noch nicht angekommen. Man habe ein schwaches Umsatz-

plus von zwei Prozent erreicht, doch tatsächlich sei der Umsatz sogar zurückgegangen, denn allein um die Mehrwertsteuererhöhung auszugleichen, sei ein Umsatzzuwachs von 2,6 Prozent erforderlich. In der Modeindustrie dagegen habe es dank des Exportgeschäftes ein Plus von 8,6 Prozent gegeben. Vom 22. bis 24. Juli 2007 ist Modemesse in Düsseldorf.

Soweit diese Artikel im „Weser-Kurier“. Schön wär’s! Die „Erholung“ auf dem Arbeitsmarkt ist die passend gemachte Statistik der Bundesagentur für Arbeit! Eine gute Konsumstimmung der Verbraucher hätte der Handel bestimmt bemerkt. Die Steuermehreinnahmen bestehen aus der höheren Mehrwertsteuer und den gestiegenen Unternehmenssteuern, denn die Nebenwirkungen der letzten Körperschaftsteuerreform in Form von Verlustvorträgen sind aufgebraucht. Die geförderten Arbeitsverhältnisse beeinflussen aber das Lohnsteueraufkommen. Die erhöhten Sozialversicherungseinnahmen sind noch Folgewirkungen der Fälligkeitsverlegung. Auch wirken sich die Arbeitsmaßnahmen für Ältere und andere öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse aus.

Mit Aufschwung hat dies leider nichts zu tun, aber vielleicht mit dem Wettbewerb der Institute um öffentliche Aufträge? Oder bestehen Informationsdefizite – gibt die Bundesagentur für Arbeit diese Informationen nicht weiter? Der Beginn der Ein-Euro-Jobs im Oktober 2005 wurde auch so in den Zahlen versteckt, dass nicht einmal das hauseigene Forschungsinstitut IAB diese Information herausfiltern konnte.

3. Der „Weser-Kurier“ vom 2. Juli 2007 und zuvor die „Tageszeitung“ haben gemeldet, die „Arbeiterwohlfahrt“ mache sich Sorgen. Es werden Mitarbeiter vorgestellt und die „Möglichkeiten“ des Ein-Euro-Arbeitsverhältnisses aufgezeigt. Aber es wird nicht gesagt, warum diese Arbeit nur einen Euro wert sei, warum sie nicht regulär sozialversicherungspflichtig sein und armutsfest entlohnt werden kann.

War für ein Glücksgefühl, endlich nicht mehr auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein und nicht mehr um den Erhalt der Wohnung bangen zu müssen! Doch das Ein-Euro-Arbeitsverhältnis bedeutet keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auch nicht bei einem Arbeitsunfall (dies ist aber einklagbar). Ist mensch glücklich mit selbstgesuchter Arbeit, sei sie „normal“ oder mit einem Euro entlohnt? Leider gibt es diese Alternative (noch) nicht.

Die „Arbeiterwohlfahrt“ sorgt sich vielleicht auch finanziell! Bremen hat circa 4.000 Menschen in Ein-Euro-Arbeitsverhältnissen. Für jeden dieser Arbeitnehmer zahlt Bremen 500 Euro pro Monat an den **Beschäftigungsträger**. Davon erhält der Ein-Euro-Arbeitnehmer nur circa 200 Euro pro Monat, die Differenz verbleibt dem Träger. Bremen wendet somit für die 4.000 Menschen in Ein-Euro-Arbeitsverhältnissen allmonatlich zwei Millionen Euro auf – plus die Verwaltung der „Bag“. Für die Träger verbleiben davon 1,2 Millionen Euro monatlich. Grund genug etwa für die „Arbeiterwohlfahrt“, um sich Sorgen zu machen?

Die Umwandlung der Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse gegen Mehraufwandsentschädigung in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ist versprochen

und zugesagt! Außerdem soll es keine zwangsweise Arbeitszuweisung mehr geben. Doch die unsoziale Nebenwirkung der Ein-Euro-„Mehraufwandsentschädigung“ bekommt jeder Mensch in Deutschland zu spüren, weil diese Arbeitslöhne bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltsentwicklung in Deutschland mitgerechnet werden. Somit sinkt dieser Wert. Betroffen sind die Renten, der Regelsatz für ALG II oder auch die Unterhaltszahlungen nach der Düsseldorfer Tabelle – alles hängt an dieser Formel. Rentenkürzungen wurden bisher per Gesetz verhindert, aber nur für 2006! Die gegenwärtige minimale Renten- und Regelsatzerhöhung ist eine Folge davon.

4. Die Sorge um die eigene Wohnung ist unangebracht, denn Artikel 14 der Bremer Landesverfassung legt den besonderen Schutz der eigenen Wohnung fest! Wer eine Aufforderung erhalten hat, seine **Mietkosten** zu senken, bekommt nun einen Fortsetzungsbescheid in der bisherigen Leistungshöhe, leider *ohne* Erklärung zum Entspannen. SPD-Bürgerschaftsmitglied Wolfgang Grotheer hat nun auch zugestanden, dass die Mietobergrenzen in Bremen zu niedrig sind. Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts macht eine Prüfung in jedem Einzelfall nötig, so der „Weser-Kurier“ vom 27. Juli 2007.

Die Expertise von „Gewos“ liegt immer noch nicht vor und ist damit überfällig! Wir haben seit Ende 2004 um die Erhöhung der Heizkosten- und Mietobergrenzen gekämpft und darum, dass jeder, der in gutem Glauben gemietet hat, wohnen bleiben kann. Gemeinsam mit allen Beteiligten haben wir die Sozialdeputationssitzungen aufgesucht und uns Gehör verschafft. Wir haben das erste „Gewos“-Gutachten zerlegt, und sogar die senatorische Dienststelle ist spätestens im November 2006 von Annahmefehlern im Gutachten ausgegangen: Man hat sich um das Vierfache verschätzt!

Wir vermuten, dass auch das neue Gutachten die Ausführungen der Gerichte nicht abdecken wird und somit Umzüge in Bremen oder Kürzungen der Unterkunftskosten nur in Extremfällen durchsetzbar sind. Dies entspricht auch der Absichtserklärung von Grün und Rot. Wer umgezogen ist oder aus anderen Gründen eine Kürzung der Unterkunftskosten – beziehungsweise eine nur teilweise Übernahme der Miete durch die Bagis – akzeptiert hat, sollte beim nächsten Folgebescheid Widerspruch einlegen und die Mietdifferenz rückwirkend nachfordern, wegen der geänderten Rechtslage. Kommt her, wir gehen mit!

Wer ein entsprechendes Gerichtsverfahren verloren hat, kann über den Widerspruch auch dies erneut prüfen lassen. Wenn das Verfahren noch schwebt, aber die Miete bereits gekürzt wurde, kann mensch einen Eilantrag stellen. Kommt her, wir gehen mit! Volle Miete bedeutet auch volle Heizungskosten: Im nächsten Winter ist unsere Wohnung auch von innen warm! Damit sind eigentlich alle Streitpunkte rund um das Thema Miete erledigt, aber die Bagis lässt nicht locker. Darum einfach wehren, Widerspruch einlegen und eventuell klagen! Das gilt auch für „Nebenwirkungen“ wie Renovierung, Mietdeponat oder Umzugskosten.

Die Bundesagentur für Arbeit und die Argen haben für alle Leistungsempfänger, deren ALG-II-Folgezeitraum am 1. Juli 2007 beginnt, keinen Bescheid erstellt, kein Geld überwiesen und auch keinen Scheck erstellt. Die Vermieter werden die Zahlungen anmahnen! Wer durch diese Panne Auslagen oder Aufwendungen hat, sollte diese einfordern! Wer Stress mit dem Vermieter bekommt, kann sich vom Leistungsträger die Verspätung schriftlich erklären lassen und diese Erklärung selbst an den Vermieter weiterleiten. Bitte auch alles andere genau prüfen.

5. In der EU wurde ein neuer Fonds aufgelegt mit einem Volumen von 500 Millionen Euro. Anspruchsberechtigt sind Arbeitnehmer, die durch Produktions- oder **Betriebsverlagerungen** in ein anderes Land ihren Arbeitsplatz verlieren. Leider ist es bestimmt ein viel zu niedriger Fonds! Die ersten Begünstigten sind Arbeitnehmer von Renault: Die Produktion wird Richtung Osten verlagert. Dies ist sicher kein wirklicher Ausgleich für den Verlust des Arbeitsplatzes. Die 500 Millionen Euro sind auch wesentlich weniger als die Leistungen an die verlagernden Unternehmen!

Eine Sendung hierzu gab es am 28. Juni 2007 im „Deutschlandfunk“ in der Reihe „Europa heute“ ab 9:10 Uhr. Gerade in Bremen verlagern allerdings auch kleinere Betriebe. Die Mitarbeiter sollten sich schlaumachen, auch damit diese Zusatzleistung weder angerechnet noch beim Unternehmer oder Insolvenzverwalter hängenbleibt! Dies ist kein wirklicher Ausgleich, sondern ein Trostpflaster, denn ALG II droht bereits nach zwölf beziehungsweise 18 Monaten!

In der gleichen Sendung war von Selbstmorden bei Peugeot zu hören. Ein Mitarbeiter – Ingenieur, 39 Jahre jung, verheiratet, ein Kind – ist im Verwaltungsgebäude aus dem 5. Stock in den Tod gesprungen. Ein anderer Mitarbeiter dieses Werkes hat sich in einem Zierteich auf dem Werksgelände ertränkt. Ein dritter hat sich zu Hause erhängt und einen Abschiedsbrief hinterlassen. Der erste Selbstmord war im April 2007.

Aktueller Anlass für diesen Bericht war, dass die Firma Peugeot den Selbstmord des 39-jährigen Ingenieurs als Arbeitsunfall akzeptiert hat! Seine Frau hat den Kräfteverschleiß ihres Mannes wahrgenommen und konnte dem nicht entgegenwirken. Immer neue Anforderung hat der Vorgesetzte gestellt. Ihr Mann sei immer erst spät nach Hause gekommen und habe auch am Wochenende gearbeitet. Erläutert wurde dazu, dass in Frankreich Meinungsverschiedenheiten mit dem Vorgesetzten einem Kündigungswunsch gleichkommen. Auch die Anwältin war wortgewandt zu hören, es klang nicht einfach.

Nachträglich habe ich gelesen, dass diese Selbstmorde keine Einzelfälle sind. Es ist ein großer Erfolg, dass der Zusammenhang akzeptiert wurde und die Hinterbliebenen dadurch besser abgesichert sind. Die Vorgesetzten müssen nun eine Weiterbildung durchlaufen, und alles soll besser werden! Selbstmord – wie aussichtslos muss die Lage für die Betroffenen gewesen sein? Selbstmord ist keine gute Lösung und nicht zu empfehlen. Schon Krankheit durch Umgang im Amt

reicht mir als Erfahrung! Dazu habe ich bereits früher Stellung genommen. Gegenwehr ist auch hier möglich.

6. Wie viel Rente erhalte ich für vier Tage Arbeit? Diese Frage stellt man sich nach einem Bericht des „Weser-Reports“ vom 27. Juni 2007. Für die Herren Röwekamp und Nußbaum war die Amtszeit um vier Tage zu kurz. Sie erhalten als Ex-Senatoren mit 63 Jahren Rente, doch wegen dieser vier Tage fällt die Rente um circa 900 Euro niedriger aus. Der Anspruch beträgt 19 Prozent vom Senatorengehalt (jetzt 10.602 Euro), also 2.028 Euro pro Monat, für drei Jahre Amtszeit als Senator. Bei vollen vier Jahren sind dagegen 27,74 Prozent zu veranschlagen, das ergibt 2.940 Euro pro Monat.

Nicht nur die ungekürzte Rente mit 63 Jahren ist für den Wähler ein unerfüllbarer Traum – traumhaft sind auch die Gehalts- und Rentenhöhe mit Koppelung an das aktuelle Senatorengehalt! Wenn der Ex-Senator 63 Jahre alt wird, bekommt er 19 Prozent vom aktuellen Satz! Politiker, diese und die andere Kleinigkeiten solltet ihr ändern, und bitte *ohne* erneute Trickserei!

Wie viel Strafe muss eigentlich ein **Senator** zahlen, wenn er zu spät aufwacht? Mir ist noch im Ohr, ein „Werder“-Spieler musste für seine ungefähr halbtägige Verspätung zum Trainingscamp 10.000 D-Mark Strafe zahlen. Senator Lemke hat schon sechs Wochen Verspätung, und nicht zum ersten Mal! Die Folgen muss der Nachfolger richten, ausbaden werden es die Schüler! Herr Lemke, haben Sie wenigstens ein schlechtes Gewissen? Wie wäre es mit einer öffentlichen Abbitte und einer großzügigen Spende? Aber nicht an Ihre Ehefrau!

Entweder haben es die anderen nicht gewusst, oder die Arbeitsleistung eines Senators hat einen sehr geringen Stellenwert. Wie sonst ist Ihr Wahlergebnis zu erklären, Frau Rosenkötter? Sie hätten die Wahl ja beinahe nicht geschafft! Wegen des Liegenlassens? Jetzt wird es Zeit mit der Aufarbeitung. Nicht nur der SGB-II-Monatsbericht hängt! Auch das Bauernopfer Staatsrätin bringt keine Entlastung, denn es bleibt noch immer die Frage der Vorgabe und Verantwortung. Vorher, bei Frau Röpke, gab es das Bauernopfer Knigge. Frau Ingelore Rosenkötter, ändern Sie den Leistungsvergleich und die Leitzahlen zum Teamvergleich, bevor die leidvolle Erfahrung mit dem Sozialamt Sie einholt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Sonderbehandlung“ von „Menschen vierter Klasse“: „Solidarische Hilfe“ informiert über Bagis-Sanktionen gegen Jugendliche *(„Tageszeitung“)*

Strafvereitelung: Dessauer Polizeivize weist „Staatsschützer“ an, bei Ermittlungen gegen Rechts „nicht alles zu sehen“ *(„Mitteldeutsche Zeitung“)*

Wir alle sind bei jedem Wetter von Hartz IV betroffen

Am Montag, dem 2. Juli 2007, regnete es auf dem Bremer Marktplatz in Strömen, doch wir fanden Schutz unter den Rathaus-Arkaden, begannen pünktlich mit dem Offenen Mikrofon und erreichten von den ersten Minuten an die Passanten. Wir wurden unsere Flugblätter los, und lesend sammelten sich weitere Zuhörer im Bogengang.

Dieser Standort garantiert uns die Aufmerksamkeit der Politiker genauso wie unser Platz am Roland, zehn Meter davor! Montags werden die Sitzungen der Bürgerschaft vorbereitet, und wir sind gut zu hören, wir haben etwas zu sagen! Die Teilnehmer bringen es auf den Punkt: Hartz IV ist nicht nur ein Gesetz für Erwerbslose – betroffen ist jeder, der in Deutschland lebt!

Der Regen ließ nach, und immer wieder blieben die Vorbeieilenden stehen und hörten zu. Wir ließen den Lautsprecherwagen unter den Arkaden und stellten uns vor die Längsseite des Rathauses. So nutzten wir trotz des schlechten Wetters die Möglichkeit, Öffentlichkeit herzustellen. Zeitweilig waren bis zu dreißig Personen an der Kundgebungsstelle versammelt.

Wir stießen mit unserem informativen Flugblatt auf breites Interesse und stellten immer wieder fest, dass viele Menschen gar nicht die Probleme der Erwerbslosen kennen, geschweige denn von den Nebenwirkungen der Hartz-Gesetze wissen. Diese Öffentlichkeit lässt sich nicht mit einer Saalveranstaltung herstellen! Darum wird auch die nächste Bremer Montagsdemo am 9. Juli 2007 auf dem Marktplatz stattfinden, egal wie das Wetter ist!

Hans-Dieter Binder für die „Bundesweite Montagsdemo“

Rekord: Im Juni durchschnittlich 483 Besuche am Tag
auf unserer Homepage *(„Bremer Montagsdemo“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

140. Bremer Montagsdemo am 09. 07. 2007

Für unsere Rechte eintreten statt Nichtstun und Schweigen!

Gestern bin ich zum Grillen eingeladen worden. Es war sehr schön, und wie es üblich ist, kamen wir ins Gespräch, unterhielten uns über dies und das und diskutierten schließlich über Politik. Es wurde kritisiert und geschimpft, und mit der Zeit waren wir an jenem Punkt angekommen, da ich die Frage stellte: „Und was tun wir dagegen?“

Zu hören bekam ich: „Was sollen wir schon ausrichten, die machen sowieso, was sie wollen!“ Kommt uns das nicht bekannt vor? „Damit findet ihr euch also ab“, sagte ich. Prompt kam die Frage: „Und du?“ – „Ich bin bei der Montagsdemo!“

Dass man mich erst mal fragte, was die Montagsdemo denn sei, ist schon übel für uns, aber nicht neu. Es sind immer noch Vorurteile im Umlauf. Die meisten wissen aber überhaupt nicht, wovon die Rede ist oder ignorieren unser Anliegen. Doch es wurde auch nachgefragt. Ich klärte auf, dass wir keine Partei sind, sondern unabhängige Bürger, die sich für unser aller Rechte einsetzen, und erntete plötzlich Lob und Dank dafür.

Diese Leute habe ich vielleicht überzeugt, dachte ich, das müssten wir eigentlich alle tun. Ich fragte nach: „Und wann können wir mit euch rechnen?“ Stille und Schweigen war die Antwort. „Dann habt ihr es auch nicht besser verdient“, sagte ich. „Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut!“ Darum tun wir von der Montagsdemo etwas, jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Und was macht ihr?

Udo Riedel (parteilos)

Haushaltsbuch führen: „Hartz-IV-Plattform“ erwartet Erfolg für Klagen gegen unzureichenden Regelsatz *(„Linke Zeitung“)*

Druck aufbauen gegen Ausbeutung und Arbeitsplatzabbau!

In den **Airbus**-Werken Varel und Nordenham waren letzte Woche interessierte Käufer. Die ganze Belegschaft ist einhellig gegen diese Verkaufspläne! Die Vareler hätten, als die Käufer kamen, das Werk am liebsten dichtgemacht und sie nicht reingelassen. In den letzten Wochen hat dort, wie auch in Nordenham, immer wieder tageweise die Arbeit geruht!

Im Kapitalismus dürfen die Eigentümer mit ihren Werken grundsätzlich machen, was sie wollen. Natürlich könnte man das mit Streiks und politischem Druck durch die Belegschaften verhindern, doch bleibt die kapitalistische Funktionsweise bestehen. Man darf sich keine Illusionen machen, nach einem Verkauf ändere sich weiter nichts: Das Ausbeutungsprogramm „Power 8“ soll gerade die Zulieferer schröpfen!

Auch in den erhaltenen Standorten ist ein massiver Arbeitsplatzabbau geplant, wie hier in Bremen. Darum stehen ganze Städte hinter den Belegschaften! Um den nötigen Druck aufzubauen, wird es zahlreiche Aktionen geben. Am **Donnerstag**, dem **12. Juli 2007**, gehen um **10 Uhr** zwei **Demonstrationen** von den Werken in **Varel** und **Nordenham** los und kommen um fünf vor zwölf in den jeweiligen Innenstädten an. Bremer Kollegen fahren als Delegation mit Bussen dorthin.

Außerdem ist ein europäischer Aktionstag geplant. Unser Motto ist: Wer uns angreift, greift alle an! Nicht nur jeden Standort, sondern auch die Montagsdemo und jede(n) Arbeitslose(n), alle Jugendlichen, die eine Zukunft brauchen, jede Familie, einfach alle!

Redebeitrag einer Airbus-Mitarbeiterin auf der Bremer Montagsdemo

Solidarität mit den Airbus-Kollegen

Die Bremer Montagsdemo steht solidarisch an der Seite der Airbus-Kolleg(inn)en in Varel, Nordenham und Bremen und sendet herzliche Grüße zu ihren Demonstrationen am 12. Juli 2007! Die Montagsdemonstration ist eine bundesweite Solidaritätsbewegung, die seit fast drei Jahren gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau auf die Straße geht und ihre Stimme erhebt.

Die Konzernspitze von Airbus betreibt den Ausverkauf von sechs Werken und die Vernichtung von über 10.000 Arbeitsplätzen in Europa. Das führt zu Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zu noch mehr Arbeitslosen und Hartz-IV-Betroffenen!

Wir finden es genau richtig, dass die Airbus-Kolleg(inn)en mit den Demonstrationen und der Vorbereitung eines weiteren europäischen Aktionstages ein Zeichen setzen. Wir lassen uns nicht spalten! Wer einen von uns angreift, der greift alle an! Wir kämpfen um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz! Weg mit Leiharbeit, Billigjobs und Hartz IV!

Resolution der „Initiative Bremer Montagsdemo“

Abgeordnete tarnen Spitzenverdienste als „kleine Nebeneinkunft“

Das Verfassungsgericht hat entschieden, dass die Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte offenlegen müssen! Kommt nach dem „gläsernen“ Hartz-IV-Betroffenen jetzt endlich der „gläserne“ Abgeordnete? Von wegen! Das neue Gesetz kennt nur ein grobes Raster mit drei Stufen: Nebeneinkünfte von 1.000 bis 3.500 Euro, bis 7.000 Euro und über 7.000 Euro.

So werden die acht Aufsichtsratsmandate über 7.000 Euro, die Friedrich Merz von der CDU innehat, als achtmal 7.000 gleich 56.000 Euro pro Jahr veröffentlicht. In Wirklichkeit erhält er jedoch bereits für sein Mandat bei der Deutschen Börse, das nicht unbedingt das höchste ist, 100.000 Euro pro Jahr. Das ergibt insgesamt also circa 800.000 Euro zusätzlich zur Abgeordnetendiät!

Ganz anders bei den Hartz-IV-Betroffenen: Da wird bis ins Schlafzimmer rumgeschnüffelt, wie hoch das Einkommen oder irgendwelche „versteckten“ Werte sind. Seit Jahresanfang laufen auch die „befristeten Zuschläge“ für ehemalige ALG-I-Empfänger aus. Bei einer Familie mit zwei Kindern ist das eine weitere Kürzung um 134 Euro im Monat! Zusätzlich steigen die Preise durch die Mehrwertsteuererhöhung.

Die Konzerne verdienen sich dumm und dämlich, der Bundeshaushalt ist so gut bestückt, dass trotz ständig steigender Rüstungsausgaben Schulden abgebaut werden könnten. Die Parlamentarier stopfen sich die Taschen voll, doch für das Volk gilt das Hartz-Gesetz, das Arbeitslose zu jedem Lohn in Arbeit zwingt. So wird eine flexible Reservearmee von Arbeitslosen und Niedrigstlöhnern geschaffen, um das allgemeine Lohnniveau zu senken!

Gleichzeitig treiben die Politiker den Abbau demokratischer Rechte und den Ausbau des Überwachungsstaates voran. Jetzt will Schäuble den Todesschuss gegen „Terroristen“ einführen, wohlgemerkt: zusätzlich zur jetzt schon möglichen Tötung in Notwehr. Welche Angst treibt diesen Menschen eigentlich um? So ist die Montagsdemo aktueller denn je! Und die Hartz-Gesetze müssen weg!

Wolfgang Lange (MLPD)

Strommanager tarnen Beinahe-GAU als „kleinen Störfall“

Wenn Informationen von Umweltschützern zu den AKW-Unfällen von Brunsbüttel und Krümmel zutreffen, wovon auszugehen ist, dann sind wir alle am 28. Juni haarscharf an einem atomaren GAU vorbeigeschlittert. Aber die ganze Wahrheit kommt, auch dank einer gleichgeschalteten Presse, nur sehr bruchstückhaft ans Licht. Der Transformatorbrand in Krümmel betraf nämlich auch den eigentlichen Reaktor, weil die Brennstäbe durch die Schnellabschaltung und dem Ausfall einer Wasserpumpe plötzlich nicht mehr genug Kühlwasser bekamen.

Außerdem war das Bedienungspersonal durch eindringendes Rauchgas in eine sehr gefährliche Situation geraten und dadurch nicht mehr in der Lage, den Reaktor vorschriftsmäßig zu bedienen. Folglich war dort der Druck von 65 auf 20 bar abgestürzt, und der Wasserfüllstand sank unter 11,6 Meter und musste dann um mehr als drei Meter angehoben werden, so die „Tageszeitung“ vom 6. Juli 2007. Wenn dies nicht gelungen wäre, hätte in dem AKW an der Elbe die vermutlich einsetzende Kernschmelze eine atomare Katastrophe mit unvorstellbaren Folgen ausgelöst.

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, mit welcher Dreistigkeit hier verharmlost, verschwiegen und gelogen wird. Die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel sind uralt, es gab in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder von der Firma Vattenfall verschwiegene kleinere und größere Unfälle. Die Leukämierate und die entsprechenden Todesfälle sind in der Elbmarsch unter Kindern schon lange besonders hoch, doch die bezahlten Wissenschaftler auf Vattenfalls Gehaltsliste haben den Zusammenhang von Verstrahlung und Erkrankung stets hartnäckig geleugnet. Das Sozialministerium in Kiel, das vorgeblich die Oberaufsicht über die Atomkraftwerke hat und auch nur verlogene Statements von sich gibt, hat sich anscheinend längst zum Büttel dieser Mafia machen lassen.

Das alles zeigt: Eine Katastrophe wie die von Tschernobyl, die damals mehreren hunderttausend Menschen das Leben kostete und an deren Spätfolgen noch heute Tausende sterben, ist auch bei uns jederzeit möglich. Es gibt keine „sicheren“ Kernkraftwerke, wie uns die Atomverbrecher immer weismachen wollen. Das Problem der sicheren Endlagerung atomarer Abfälle ist völlig ungelöst, die Betreiber lagern die abgebrannten Brennstäbe, die sie verharmlosend „schwachradioaktives Material“ nennen, zum Teil einfach irgendwo auf dem Reaktorgelände. Die Fässer sind oft noch nicht einmal in feuerfesten Gebäuden untergebracht, sondern lediglich in Holzbaracken gestapelt, die selbst einfachsten Sicherheitsstandards nicht entsprechen. Nicht auszudenken, wenn beispielsweise ein Flugzeug auf diese Anlagen stürzt!

Eine Wiederaufarbeitung, die lange Reisewege zum Beispiel nach Frankreich und zurück erfordert und damit auch ein ständiges Gefahrenpotential für die Bevölkerung darstellt, ist eine genauso unsichere Angelegenheit. Die sogenannte „Endlagerung“ im Salzstock von Gorleben ist eine tickende Zeitbombe: Das Material strahlt jahrtausendelang, und niemand weiß, ob und wie sich die Bodenverhältnisse in großer Tiefe im Laufe der Zeit verändern und damit Strahlung bis an die Oberfläche durchlassen können. Es dürfte also klar sein, dass diese Technologie absolut unbeherrschbar ist.

Seriöse Berechnungen zeigen, dass keineswegs die Lichter ausgehen, wenn es keine Atommeiler mehr gibt. Auch das Argument der Betreiber, Kernkraftwerke seien besonders kostengünstig und umweltverträglich, ist längst widerlegt. Das genaue Gegenteil ist der Fall! Wie zynisch und verbrecherisch die Firma Vattenfall handelt, zeigt auch die von „Greenpeace“ erstellte Berechnung, wonach der Konzern von 1996 bis 2005 das Personal in Krümmel um zwölf Prozent reduziert und gleichzeitig die Leistung des Kraftwerks um sieben Prozent gesteigert hat. Aus alldem ergibt sich nur eine Schlussfolgerung: Sämtliche Atomkraftwerke gehören sofort abgeschaltet! Und dies nicht nur bei uns, sondern möglichst überall auf der Welt!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Termine: Die **Universität Bremen** lädt am Donnerstag, dem 12. Juli 2007, anlässlich des „Umwelttages“ zur AKW-Propagandashow. Die Begrüßung durch den Umweltbeauftragten der Uni erfolgt um 14 Uhr in der Mensa. Vattenfall-Geschäftsführer Thomauske hat seine Teilnahme allerdings kurzfristig abgesagt. – Das **Sommerfest** der Bremer Montagsdemo steigt am Samstag, dem 21. Juli 2007, von 15 bis 22 Uhr in den Neustadtswallanlagen zwischen Delmestraße und Hallenbad Süd. Es gibt Live-Musik, Essen und Trinken und Zeit für Gespräche. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! Wir freuen uns auch über Aufbauhelfer, die schon um 12 Uhr kommen.

Aus der Armut in den Tod?

1. Während die Medien in den Zeiten des „Wirtschaftsbooms“ Armut meist nur noch als Randthema wahrnehmen, wächst bei den Abgehängten der Gesellschaft die Verzweiflung, denn der sogenannte Aufschwung durch die angeblich stabile Konjunktur geht an den Langzeitarbeitslosen vollkommen vorüber.

Nicht immer kann die Ratlosigkeit und Verzweiflung der Betroffenen von Beratungsangeboten wie der „Berliner Kampagne gegen Zwangsumzüge“ aufgefangen werden. Doch Meldungen, dass Erwerbslose, die keinen Ausweg mehr sehen, **Selbstmord** verübten, finden selten den Weg von den Internetseiten der Betroffenengruppen in eine größere Öffentlichkeit.

Mittlerweile ist der Zusammenhang von Selbstmord und sozialer Lage auch in die Statistiken der Behörden eingegangen. Während in Berlin das Suizidrisiko in den höheren Altersgruppen keinen besonderen Zusammenhang zur sozialen Lage innerhalb der Berliner Bezirke zu haben scheint, trifft das auf die 20- bis 40-Jährigen nicht zu. In dieser Altersgruppe ist sowohl bei Frauen als auch Männern ein Zusammenhang von Suizidrate und den jeweiligen sozialen Bedingungen erkennbar.

Im Beobachtungszeitraum von 1996 bis 2005 hatten 20- bis 40-jährige Frauen und Männer aus den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte die mit Abstand höchste Sterberate. Die genannten Bezirke sind zudem diejenigen mit den berlinweit ungünstigsten Sozialindizes. Demgegenüber verzeichnen die Bezirke Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick das niedrigste Suizidrisiko. Gleichzeitig haben diese Bezirke von allen Berliner Bezirken die günstigsten sozialen Bedingungen.

Professor Armin Schmidtke von der „Initiativgruppe Nationales Suizidpräventionsprogramm“ spricht davon, dass von den Millionen Hartz-IV-Betroffenen nur ein sehr kleiner Teil den Ausweg im Suizid sehe. Zudem kämen in solchen Fällen neben der Armut in der Regel auch andere Faktoren wie Vereinsamung oder Krankheiten hinzu. Selbstmord stehe am Ende eines langen Prozesses, und das Abrutschen in Armut könne ein Auslöser sein, selten aber die Ursache.

Für Erwerbslosengruppen, die tagtäglich mit den Betroffenen zu tun haben, ist eine solche Aussage kein Grund zur Entwarnung. Sie führen an, dass Armut zur gesellschaftlichen Ausgrenzung führt und so die benannten Suizid-Faktoren verstärkt. Das fällt dann wohl unter die Rubrik „sozialverträgliches Ableben“.

2. Am 10. Juli 2007 findet um 19:30 Uhr in Frankfurt am Main im „Stadteiltreff Rödelheim“ eine Veranstaltung vom „Rhein-Main Bündnis gegen Sozialabbau und Niedriglöhne“ zum Thema „**Kinderarmut**: Weniger Essen durch Hartz IV“ statt. Es spricht Professor Rainer Roth von der Fachhochschule Frankfurt. Er hält einen Vortrag über die Senkung der Kinderregelsätze bei Arbeitslosengeld-II-Empfängern.

Der Kinderregelsatz wurde gegenüber der Sozialhilfe deutlich gekürzt, außerdem wurden die meisten einmaligen Beihilfen ohne Ersatz abgeschafft. Das Bündnis startete die Kampagne „Ein Hartz für Kinder“, um auf die schwierige Situation von Kindern in Ganztagsschulen aufmerksam zu machen. Oberbürgermeisterin Petra Roth wurde befragt, wie Kinder, deren Familien ALG II erhalten, das Schulessen an Ganztagsschulen in Frankfurt bezahlen sollen. Für ein Mittagessen einschließlich Getränk steht einem Kind nach Hartz IV ein Betrag von 89 Cent zur Verfügung.

Im April versicherte Frau Roth, dass in Frankfurt am Main kein Kind wegen des geringen Einkommens seiner Eltern von dem in Schulen angebotenen Mittagessen ausgeschlossen wird. Doch bis jetzt hat sich gar nichts bewegt! Das bedeutet, dass die Kinder entweder nicht am Schulessen teilnehmen können oder andere Bedürfnisse des täglichen Lebens nicht mehr abdecken können. Im Regelsatz für Hartz IV sind alle Ausgaben hierfür genau festgelegt. Gibt ein Kind einen höheren Betrag für Essen aus, fehlt dieses Geld an anderer Stelle wie Kleidung, Fahrtkosten oder Sportverein.

3. Vor dem Sozialgericht hat eine 54 Jahre alte Frau aus Rudelzhausen einen wichtigen Sieg errungen: Die **Kürzung** ihrer Hartz-IV-Bezüge war nicht rechtens. Im Krankenhaus hat die Patientin zwar ihr chronisches Rückenleiden verloren, aber leider aber auch einen Teil ihrer ohnehin kargen Hartz-Bezüge, die von der Arge in Freising um 100 Euro gekürzt wurden.

Begründung: Im Krankenhaus bekomme die Frau kostenloses Essen und könne auch sonst kaum Geld ausgeben. Die Frau klagte und bekam Recht. Bei Hartz IV handle es sich um eine Pauschale, die nicht gekürzt werden dürfe, urteilte das Sozialgericht in München. Die Arge will nun in Berufung gehen. Schweinebande!

4. Die GEW forderte auf einer Tagung die Rücknahme von Hartz IV und einen Mindestlohn von 10 Euro. Am Beispiel der Schulen der Bergstraße und der Stadt Frankfurt wurde deutlich, dass **Ein-Euro-Jobs** vielfach gegen ihre gesetzliche Definition verstoßen. Diese Arbeitsgelegenheiten sind sehr oft weder im öffentlichen Interesse, noch zusätzlich, noch wettbewerbsneutral.

In großem Umfang werden Normalarbeitsverhältnisse durch diese „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ verdrängt. Für die sogenannten Ein-Euro-Jobs gelten kein Arbeitsrecht und keine Tarifbindung. Sie wirken als Rammbock gegen die Stammbelegschaften und dienen zu ihrer Disziplinierung bei Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber, denn Lohnverzicht und Mehrar-

beit erscheinen allemal attraktiver als Arbeitslosigkeit mit Bedürftigkeitsprüfung nach einem Jahr und der Aussicht, dann in einen Ein-Euro-Job gedrängt zu werden.

Einige Beiträge befassten sich mit der Rolle der Verleiher und Beschäftiger sowie mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebs- und Personalräte. Deutlich wurde das große wirtschaftliche Interesse der sogenannten gemeinnützigen Träger, die mit den Arbeitsgelegenheiten ihr Geld verdienen. Nach lebhafter und kontroverser Debatte verabschiedete die Versammlung eine Resolution gegen Ein-Euro-Jobs und Hartz IV. Die Arbeitsgelegenheiten sollen durch tariflich gesicherte Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden. Der Eckregelsatz soll auf mindestens 500 Euro angehoben werden, um vor allem bei Jugendlichen das Existenzminimum zu sichern.

Ein gesetzlicher **Mindestlohn** muss deutlich über der Armutsgrenze liegen und mindestens zehn Euro betragen, denn die Grenze zwischen „regulären“ Arbeitsplätzen und Ein-Euro-Jobs verschwimmt immer mehr. Wenn nicht bald ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird, gibt es tatsächlich bald Stellen mit einem Euro Bruttoentgelt, und da spielt dann Gemeinnützigkeit oder Zusätzlichkeit keinerlei Rolle mehr! Die Gewerkschaften werden aufgefordert, eine Kampagne gegen Ein-Euro-Jobs und Hartz IV zu beginnen. Diese Einsicht hat lange auf sich warten lassen, aber für den Beginn und die Umsetzung eines neuen Lernprozesses ist es bekanntlich nie zu spät!

5. Die Sozialverbände und Gewerkschaften wollen weiter Widerstand gegen die **Rente mit 67** leisten und Alternativen einfordern. Sie sind nicht gegen eine Beschäftigung von Bürgern bis zum 67. Lebensjahr, wenn diese auf der eigenen Entscheidung und frei wählbaren Bedingungen über einen vorzeitigen Renteneintritt beruht. Aber dazu seien deutlich bessere Perspektiven für Ältere auf dem Arbeitsmarkt, beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente und in der Alterssicherung notwendig. Durch die anhaltenden Langzeitarbeitslosigkeit, den Ausbau des Niedriglohnsektors und den Abbau des Rentenniveaus infolge von Hartz IV wächst im Moment vor allem die Gefahr der Altersarmut bedrohlich an.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Andreas Steppuhn, Mitglied des Bundesvorstandes der IG Bau, hatte gegen das Gesetz zur Rente mit 67 gestimmt. In einem reichen Land wie der Bundesrepublik müsse ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglicht werden. Steppuhn schlug wie die Vertreter der Sozialverbände und der anderen Gewerkschaften eine Erwerbstätigenversicherung vor, um die Finanzierung der gesetzlichen Rente zu verbessern.

Die Bundesvorsitzende der „Katholischen Arbeitnehmerbewegung“, Birgit Zenker, ging noch weiter: Eine gesetzliche und steuerfinanzierte Sockelrente für alle sei der einzige Weg, gerade angesichts der Veränderungen in der Arbeitswelt. Zenker verwies dabei vor allem auf die Situation von Frauen. Die Rente muss unbedingt armutsfest sein! Dafür muss das Leistungsniveau der gesetzli-

chen Rente wieder auf ein Maß gehoben werden, das ein angemessenes Leben im Alter ermöglicht.

Seit 2003 verzeichnet die Rente einen Kaufkraftverlust von zehn Prozent. Es geht um eine Umverteilung von oben nach unten! Joachim Rock vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ kritisierte die wachsende soziale Unsicherheit, die dazu führt, dass die Akzeptanz der gesetzlichen Rente sinkt. Gleichzeitig ist die private Vorsorge aufgrund niedriger Einkommen für viele zum unerreichbaren Luxus geworden.

6. Kirchhof wurde im Hinterzimmer ausgekungelt, kritisiert „Die Linke“! In Deutschland ist eine grundsätzliche Neuregelung der Verfahren notwendig, nach denen **Verfassungsrichter** gewählt werden. Richter sprechen „im Namen des Volkes“; da aber CDU und SPD die Posten für das Bundesverfassungsgericht unter sich auskungeln, bleiben die Wertungen der Bevölkerungsteile völlig unberücksichtigt, die von der Opposition repräsentiert werden.

Das ist zutiefst undemokratisch und muss geändert werden, denn gegenwärtig können sich die Politiker auch ihre undemokratischen Gesetze nachträglich für verfassungskonform erklären lassen, sollten Bürger klagen, zum Beispiel gegen das menschenverachtende, verfassungsfeindliche Hartz IV. Das ist doch wirklich abartig genial!

Nachfolger des Sozialrechtlers Udo Steiner soll der Finanz- und Steuerexperte Ferdinand Kirchhof werden, der sich insbesondere mit Fragen der Staatsverschuldung auseinandergesetzt hat. Damit dürfte er für die sensiblen Wertungsfragen des Sozialrechts ungeeignet sein. Es ist unverständlich, dass ausgerechnet die SPD für einen solchen Kandidaten ihre Zustimmung gegeben hat. Damit besteht die Gefahr, dass der Bock zum Gärtner gemacht wird.

Während in den USA die Kandidaten einer mehrtägigen Anhörung unterliegen, werden ihre deutschen Kollegen in einem beliebigen Hinterzimmer zwischen Tür und Angel durchgewunken. Dieses Verfahren ist unwürdig und der Bedeutung des Amtes unangemessen!

7. Schäuble macht ernst: Für den „**Anti-Terror-Kampf**“ fordert der Innenminister im Gespräch mit dem „Spiegel“ eine deutliche Ausweitung der staatlichen Befugnisse. Seine Liste reicht von Handy- und Internetverboten für „Terrorverdächtige“ bis zur vorsorglichen Internierung von „Gefährdern“. Man könnte beispielsweise einen Straftatbestand der „Verschwörung“ einführen wie in Amerika, sagte Schäuble. Zudem denke er darüber nach, ob es Möglichkeiten gebe, „solche Gefährder zu behandeln wie Kombattanten und zu internieren“.

Als „rechtliches Problem“ bezeichnete der Innenminister auch die gezielte Tötung von Verdächtigen durch den Staat. Würde etwa Osama bin Laden aufgespürt und stünde eine derartige Entscheidung an, wären die Rechtsfragen in Deutschland „völlig ungeklärt“, so der Innenminister. „Wir sollten versuchen, solche Fragen möglichst präzise verfassungsrechtlich zu klären und Rechtsgrund-

lagen schaffen, die uns die nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus bieten."

Schon seit Ende Juni hatte Schäuble immer wieder vor Anschlägen in Deutschland gewarnt und die Situation als ernst bezeichnet. Deutschland sei, wie andere Staaten auch, seit geraumer Zeit „im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus". Er fühle sich an die Zeit vor dem 11. September erinnert, sagte Schäuble damals. Offenbar glaubt er, dass sich der Terrorismus um ihn drehe, stellvertretend für Deutschland!

Es sei wichtig, so viele Informationen wie möglich zu erhalten, deshalb will Schäuble unter anderem eine schnelle gesetzliche Grundlage für Online-Durchsuchungen von Computern schaffen. Die Überwachung der Kommunikation sei lebensnotwendig. Dies erfordere allerdings eine Grundgesetzänderung. Klar, das geht mal eben mit links – nee, eher rechts! Wenigstens stößt das bei Bundesjustizministerin Brigitte Zypries auf Kritik. Sie zweifelt die Notwendigkeit von Online-Durchsuchungen von Privatrechnern durch das BKA an.

„Deutschland darf sich im Kampf gegen den Terror nicht von bewährten Verfassungsgrundsätzen verabschieden, sonst hätten die Terroristen gewonnen", sagte sie jüngst. Ich fordere ein Verbot von Dosenmilch für Terrorverdächtige! Oder wie wäre es mit einem Verbot, Kühe zu halten, um die Produktion von Methangas zu verhindern?

Elisabeth Graf (parteilos)

Lebenselixier: Wer arbeitslos ist, stirbt im Schnitt sieben Jahre früher *(„Verdi")*

Konsumdelle nicht nur beim Autoabsatz

1. Wo ist der **Aufschwung**? Der „Automarkt schwächelt" jedenfalls, so die Überschrift in der „ADAC-Motorwelt", Heft 7, Seite 6. „Die boomende Wirtschaft ist in einer Schlüsselbranche noch nicht angekommen", heißt es da. „Der deutsche Automarkt bleibt auch im Mai stark rückläufig: Es gibt 11,1 Prozent weniger Absatz als im Vorjahresmonat. Während die Monatszahlen im Dezember 2006 noch einmal anzogen, bleiben sie seit Jahresbeginn hinter den Vorjahren zurück. Insgesamt gab es von Januar bis Mai 2007 ein Minus von knapp zehn Pro-

zent im Vergleich zu 2006. Experten machen neben der Mehrwertsteuererhöhung auch die Kohlendioxid-Diskussion hierfür verantwortlich."

Auch diese Meldung steht im Widerspruch zu den Sommermärchen von der boomenden Wirtschaft. Konsequent beeinflusst diese Bundesregierung die Meinungen. „DIW von Konjunkturprognose ausgeschlossen", meldet „Spiegel-Online": „DIW-Präsident Klaus Zimmermann kündigte Widerstand gegen die Entscheidung an: ‚Wir werden uns wehren', sagte er dem ‚Handelsblatt'. Die Absage bedeutet für das DIW nicht nur einen gehörigen Imageverlust, Zimmermann rechnet außerdem mit finanziellen Einbußen in Höhe von 200.000 Euro jährlich. ‚Auch organisatorische Veränderungen schließe ich nicht aus', sagte der DIW-Präsident." So zeigt sich die Wirkung dieser Androhung der Bundesregierung! Hoffentlich werden wir nicht auch vom DIW nur Sommermärchen hören oder lesen.

Im „Weser-Kurier" vom 10. Juli 2007 steht, dass der Export boomt. Bemerkenswert ist die Aussage von Commerzbank-Ökonom Matthias Rubisch: „Nach der Delle durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Jahresbeginn hatten Experten für das Frühjahr eine deutliche Belebung des Konsums erwartet, der jedoch weitestgehend ausblieb." Dies ist die Wirklichkeit – und ganz anders als die Meinung von Herrn Sinn. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Das Bundesinnenministerium lehnt eine Statistik zur **Körperverletzung im Amt** ab, weil es sich um „Ausnahmetatbestände" handle; der Aufwand für eine solche Datensammlung sei „ungerechtfertigt". Welch eine weltfremde Antwort! Leider sind Körperverletzungen im Amt auf Demonstrationen die Regel.

Ursachen und Wirkungen haben die Referate auf einer Veranstaltung der „Georg-Elser-Initiative Bremen" mit dem Titel „13 Minuten, die die Welt verändert hätten" aufgezeigt. Mitgewirkt hat das „Bremer Bündnis gegen Rechts". Die Bremer Polizeiführung war nicht zur Teilnahme bereit. Die Veranstalter wollen dieses Thema entsprechend der Abschlusserklärung weiter verfolgen.

Im Zuge dieser Aktivitäten haben wir erfahren, wer die Polizeiübergriffe registriert, nämlich Falk Menzner, Am Teich 14c, 23689 Pansdorf, Telefon: 04504-67183, Handy: 0162-525 6538, E-Mail: Menzner(at)Freenet.de, und „Amnesty International", Anschrift: Info(at)Amnesty-Polizei.de. Somit klärt sich, was „gespielt" wird! Wer sich in den Verteiler aufnehmen lässt, erhält aktuelle Infos. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Der **Bremer Haushalt** hat ein Loch! Er birgt Risiken in Höhe von 100 Millionen Euro, so der „Weser-Kurier" vom 9. Juli 2007. In den Nachrichten am Sonntag waren es nur 50 Millionen Euro, plus die Überlegung, eine Haushaltssperre zu verhängen. Diese wird nun am Mittwoch folgen. Ich kann mich noch gut an die in

den Nachrichten kommentierten Rechenkunststücke zur Angleichung des Bremer Haushalts erinnern.

Frau Linnert macht die Finanzen aus Überzeugung, nicht nach Gefühl! Für sie ist dies nicht nur eine Aufgabe nebenbei. Wenn die Bremer GmbHs Flagge zeigen müssen, wird sich das Haushaltsloch vergrößern. Und dann noch die „Sondervermögen“ mit den besonderen Schulden! Man denke an das Gewerbegebiet Hemelingen, Zinsen und Rückzahlung erst ab 2038, das „Sondervermögen Zollboote“ et cetera.

Herr Böhrnsen kann sich nur noch durch sofortigen Verzicht in den Ansätzen vor dieser Haushaltssperre retten! Wobei eine solche nichts anderes ist als ein Innehalten, um die Bestandsaufnahme zu machen und neue Entscheidungen zu fällen. Oder hat heute bereits das Ausgabenwettrennen der Amtsstuben begonnen? Umso wichtiger ist der Mut zur Wahrheit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Herr **Röwekamp**, Bürgermeister a.D., bietet seine Dienste an: „Rufen Sie mich an! Ich bin für Sie da!“ Vor dem Erscheinen dieser Anzeige war er bei einem Termin in Berlin und ließ verlauten, er sei nicht von der Bundesregierung gebeten und auch nie persönlich darauf angesprochen worden. Ging es bei dieser Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss nur noch darum, warum Herr Röwekamp diese unerklärlichen Handlungen und Darstellungen vorgenommen hat?

Herr Murat **Kurnaz** braucht unsere Unterstützung! Erst wird der Untersuchungsausschuss zum Verteidigungsausschuss – mit absoluter Geheimhaltung! Dann werden die Sondereinsatzkommandos in Afghanistan gefunden oder zugestanden. Nun sind die Unterlagen gelöscht und nicht wiedergefunden? Und eigentlich weiß noch immer keiner, wie Herr Röwekamp zu seiner Meinung gekommen ist – nur die Berliner haben ihn nicht beeinflusst, jedenfalls nicht persönlich angesprochen. Nie!

Frau Merkel, Herr Schäuble, nach dieser Reinwaschung sollten Sie Herrn Murat Kurnaz eine angemessene Abschlagszahlung für seine verlorenen Jahre auszahlen! Alles andere wäre schändlich! Ach ja, Herr Röwekamp ist wieder zu haben. Sicher auch stundenweise! Einfach anrufen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Die befristet eingestellten **Bagis-Mitarbeiter** befürchten erhebliche Einbußen, so der „Weser-Kurier“ vom 4. Juli 2007. Die 80 Betroffenen haben die gleichen Probleme wie Arbeitnehmer mit „**50 Plus**“ bei der Vertragsverlängerung. Der „Tarifvertrag öffentlicher Dienst“ wurde durch den „Tarifvertrag der Länder“ abgelöst. Der Überleitungstarifvertrag von TVöD auf TVL hat keine Regelungen für diese Verlängerungen. Bis zu 900 Euro weniger bedeutet bisher BAT IV – und jetzt? Einfach 900 Euro weniger. Nach dem TVL mag dies stimmen!

Bagis-Mitarbeiter können den Einkommensverlust wieder wettmachen: Einfach einen unbefristeten Vertrag geltend machen. Daher bin ich sicher, dass Bre-

men für sie eine Sonderregelung schaffen wird, aber wohl nicht für die „50-Plus“-Arbeitnehmer, oder? Die Bagis-Mitarbeiter sollten trotzdem ihren unbefristeten Arbeitsplatz sichern, und die „50-Plus“-Arbeitnehmer sollten Gleichbehandlung einfordern! Petra Kodre, Sprecherin der Sozialbehörde, sieht dafür Möglichkeiten. Wir sollten darüber reden! Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten"

6. Karin **Röpke** ist wegen eines unverzeihlichen Ereignisses aus dem Amt zurückgetreten. Sie hätte wahrscheinlich auch so den Hut nehmen müssen, aber auf diese Weise hat sie Herrn Böhrnsen den Rücken freigehalten. Eine verdientstvolle Handlung? Frau Röpke soll jetzt zu neuen Aufgaben berufen werden!

Einfach nur rumsitzen und trotzdem Gehalt beziehen, das würde Frau Linnert sicher nicht akzeptieren, doch Qualifizierung oder besondere Eignung waren auch bei den Klinikgeschäftsführern nicht gefragt. Frau Röpke wird der Bürgermeister kaum an ein anderes Bundesland los, deshalb könnte sie der Ersatzbegriff für „Bremer Filz“ werden! Können und wollen wir uns eine solche Personalpolitik leisten?

Die Bürgerschaft wird hoffentlich klug entscheiden. Doch Herr Böhrnsen, Sie haben bereits bei Amtsantritt die Spielregeln der Personalauswahl verletzt: Es fehlt immer noch die Eigendarstellung Ihres Verhaltens und Ihrer Unterlassungen im Zusammenhang mit dem unglücklichem Kindestod von **Kevin**! Dem Untersuchungsausschuss Kindeswohl haben Sie dies auch nicht erklärt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Kevin 2.0: Kleinkind verhungert unter Aufsicht
des Jugendamtes *(„Spiegel-Online“)*

Ehrlichkeit, die ich meine

Als der neue Senat vereidigt wurde, glaubten viele Bremer, nun werde endlich eine anständige Politik gemacht. Doch darf man in der Politik nicht naiv sein. Bereits im Vorfeld, in den Sondierungsgesprächen zwischen Rot-Grün, trafen Schatten und Licht aufeinander. Man einigte sich schon vor der Senatszeit auf einen faulen Kompromiss, und nach nur wenigen Tagen im Amt kommt weiterer Murks hinzu.

Die erste Pressekonferenz betraf die Themen Mindestlohn und Unternehmenssteuerreform. Beides wurde von Bremen im Bundesrat vorgebracht. Der Mindestlohn soll in Bremen durchgesetzt werden und darüber hinaus. Die Unter-

nehmenssteuerreform wurde vom Land Bremen im Bundesrat abgelehnt. Beides ist aber im Bundesrat gegen Bremen entschieden worden. Jetzt versucht der Senat, den Mindestlohn in Bremen umzusetzen. Das heißt, Firmen, die mit der Stadt zusammenarbeiten und nicht den Mindestlohn an ihre Beschäftigten zahlen, bekommen keine Aufträge mehr von der Stadt. Das betritt vor allem die Beschäftigten in der Gebäudereinigung und Postzustellung.

Der Präsident der Handelskammer, Peper, warnte die Bremer Politik vor der Schaffung des Mindestlohnes. Dies wirke sich negativ auf die Arbeit aus. Nun ist der Ball zum Senat zurückgeschossen worden: Wie ernst ist es der Bremer Politik, Menschen aus der Armut zu holen? Trotz geltender Haushaltssperre bekommt das Sozialressort 33 Millionen Euro mehr. Diese sind für mehr Personal in der Kita gedacht und für die Unterkunft von Hartz-IV-Empfängern. Aber die Menschen dieser Stadt wollen lieber in Würde arbeiten, als in Armut zu verrecken!

Das Versprechen, Ein-Euro-Jobs in richtige Arbeit umzuwandeln, wurde bereits gebrochen. Laut Frau Rosenkötter soll die Zahl der Ein-Euro-Jobs „auf 4.000 begrenzt“ werden. Der Zwang, diese Arbeit anzunehmen, soll entfallen. Doch was wie eine Wohltat klingt, ist in Wahrheit nur ein Verschiebebahnhof. Den Menschen, die „Hartz IV“ bekommen, ist dadurch nicht geholfen. Richtig wäre es, die Regelsätze zu erhöhen. Gegen die zu niedrigen Sätze klagen viele ALG-II-Empfänger, auch in Bremen. Das Sozialgericht ist mit Anfragen dazu mehr als ausgelastet; allein in Niedersachsen und Bremen sind noch 40.000 Klagen offen. Die im Sommer erfolgte Erhöhung um zwei Euro kann man nur als Farce bezeichnen. Tatsächlich treiben die zu niedrigen Sätze die Bezieher sogar in die Kriminalität oder in den Tod!

Die Unternehmenssteuerreform wurde abgelehnt, da sie Einnahmeverluste bedeutet: Karoline Linnert sprach von 30 Millionen Euro, die der Stadt fehlen. Im Kern wurde diese Umverteilung zugunsten des großen Kapitals aber nicht kritisiert. Frau Linnert sagte sogar weiter: „Wir würden für diese Reform stimmen, wenn es einen Ausgleich gäbe.“ Frau Linnert und mit ihr der Bremer Senat zeigen ihr wahres Gesicht auch durch eine Absage: Das Finanzreferendum wird erst einmal gestoppt. Es ist also auch weiter nicht möglich, Investitionen in spekulative Projekte aufzuhalten und diese Gelder sinnvoller auszugeben.

Auch ein Informationsfreiheitsgesetz, das es in Bremen seit August 2006 gibt, ist keine Lösung, um Filz zu zerschneiden. Sieht man sich den Gesetzestext dazu an, zweifelt man, ob die Behörden überhaupt gewillt sind, Informationen über ihre Arbeit preiszugeben. Das Gesetz baut mehr Hürden auf und erstickt das Recht auf Information darüber, in welche Hände die Steuergelder fließen. Es wird erklärt, dass jeder das Recht hat, unverbindlich und möglichst schnell interne In-

formationen über die Vorgänge und Entscheidungen der kommunalen Ämter zu erhalten.

Weiter heißt es: „Diese werden vorenthalten aus Datenschutzgründen, wenn Personen, die namentlich genannt werden, zu Schaden kommen können, wenn es um Firmen- und Behördengeheimnisse geht.“ Wem wird durch die Auflistung solcher Gründe nun geholfen? Dem Bürger, die Presse, der Wirtschaft, den Behörden oder der Politik? „Transparenz mangelhaft!“ lautet das Urteil.

Der Etat allein für Investitionen für 2007 ist 400 Millionen Euro hoch. Davon fließt ein Viertel in den Hafen. Was passiert mit den verbleibenden 300 Millionen Euro? Da Finanzreferendum und Informationsfreiheitsgesetz nicht bringen, was sie versprechen, bleibt die Bürgerbefragung. Es gab sie im letzten Jahr, sie wurde erfolgreich abgeschlossen. Nun soll die erste Hürde für das Referendum von zehn auf fünf Prozent gesenkt werden. Das Zustimmungsquorum, die zweite Hürde, soll von 25 auf 20 Prozent gesenkt werden.

Aber so schön es auch klingt, es gibt einen gewaltigen Haken dabei. Zunächst ist die Auswahl der Themen beschränkt: Sie dürfen nicht Finanz- und Wirtschaftsfragen beinhalten. Die Zeit zum Sammeln der nötigen Stimmen ist von drei Monaten auf zwei Monate gekürzt worden. Für ein Finanzreferendum, das es sonst nirgendwo in Deutschland gibt, muss die Verfassung geändert werden. Dazu bedarf es der Zustimmung von 50 Prozent aller Bremer Wahlberechtigten. Die Wahrscheinlichkeit eines Finanzreferendums ist somit gleich null. Die Möglichkeit wurde vom Senat versprochen. Noch in dieser Legislaturperiode soll es kommen, aber ohne die CDU in der Bürgerschaft lässt es sich nicht umsetzen. Und die CDU blockt bei diesem Thema. Ist es dem Senat eigentlich Ernst damit, oder werden Showpunkte gesammelt?

So etwas nennt man Obrigkeitsstaat und Behördendiktatur! Mit Freiheit und Demokratie hat das nichts zu tun. Aber man darf sich nicht davon niedermachen lassen. Man muss selber Verantwortung übernehmen und sich beteiligen an Ideen und Projekten, an die man glaubt. Das führt einen zwangsläufig in die Politik. Politik geht nämlich auch anders!

Jens Schnitker (parteilos)

Landkreistag widerspricht: Hartz-IV-Ausgaben liegen in diesem Jahr noch immer über dem Haushaltsansatz *(„Erwerbslosenforum“)*

Gejammer um Ein-Euro-Jobs: Beschäftigungsträger fürchten um ihre Pfründen *(„Solidarische Hilfe“)*

Solidarisch mit Airbus-Kollegen in Varel und Nordenham

Viel Zuspruch und viele Zuhörer fand die 140. Montagsdemo in Bremen am 9. Juli 2007 um 17:30 Uhr auf den Marktplatz. Etwa 50 Menschen gruppierten sich um das Offene Mikrofon. Touristen, betroffene und nicht direkt betroffene Bremer nahmen teil, und auch die Gäste in den Cafés hörten zu.

Welch ein Gegensatz: Die Abgeordneten des Bundestages, angeblich ihrem „Gewissen“ verantwortlich, müssen nur in drei groben Stufen ihre „Nebeneinkünfte“ pauschal offenlegen, während bei den Hartz-IV-Betroffenen bis ins Schlafzimmer hinein geschnüffelt wird. Das ist der Charakter des bürgerlichen Staates: Betrug und Repression! Wir sagen Nein zu den Gesetzen der Regierungen Schröder/Fischer und Merkel/Müntefering! Hartz IV und die ganzen Gesetze drumherum müssen weg, ohne Wenn und Aber! Sie sind Ausdruck eines subtilen bis brutalen Krieges, der zugunsten der Monopole gegen die Bevölkerung geführt wird. Die Montagsdemo wird nicht nachlassen im Kampf, die Menschen gegen diese Politik über alle Grenzen und Parteien hinweg zusammenzuschließen!

Eine Kollegin von Airbus Bremen berichtete über die Lage in den norddeutschen Betrieben. In Varel und Nordenham wurden die ersten potentiellen Käufer gesichtet. Die dortigen Kollegen sind aufgebracht, am 12. Juli wollen sie Protestdemonstrationen durchführen. Die Montagsdemo bekundete mit einer Solidaritätsresolution ihre Unterstützung.

Die Pläne von Innenminister Schäuble, den Staat vor „Terroristen“ zu schützen, gehen immer weiter und stellen die Freiheit der Menschen bewusst zur Disposition. In mehreren Beiträgen wurden Pläne, Hintergründe und Denkweise der Imperialisten dargelegt und breit kommentiert. Für uns kann es nur eine aktive Ablehnung aller dieser Pläne geben. Wir werden immer intensiver daran arbeiten, eine breite Widerstandsfront gegen den Imperialismus weltweit, aber besonders gegen den aggressiven deutschen Imperialismus und seine heuchlerische Verlogenheit zusammenzuschließen!

In Bremen kommen schon die ersten Skandale der SPD hoch. Die geschasste Ex-Senatorin Röpke soll Bürgerschaftsdirektorin werden, obwohl sie keine fachlichen Voraussetzungen dafür mitbringt. Gemessen an ihren Leistungen würde Frau Röpke keine Arbeit mehr finden und schnell bei Hartz IV landen, aber die SPD hilft ihr natürlich aus der Patsche. Die neue Finanzsenatorin, Frau Linnert von den Grünen, findet „ungeklärte Fälle“ oder besser „Leichen“ im Finanzwe-

sen vor, die Senator Nußbaum und Bürgermeister Böhrnsen in trauter Eintracht für bessere Zeiten hinterlassen haben. Vielleicht hat Herr Nußbaum ja deswegen seinen Hut genommen? Weitere Skandale der SPD deuten sich schon an. Hoffen wir nur, dass die Grünen sich nicht zu „Kumpelaktionen“ hinreißen lassen, sondern die kriminellen Machenschaften der „Filz-Partei“ klar offenlegen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Der längste Protest in Deutschland

In vielen Städten Deutschlands gehen nun seit drei Jahren jeden Montag Menschen auf die Straße, um gegen unsoziale Reformen zu demonstrieren. Auch ihr, die Montagsdemonstranten aus Bremen, habt bald euer Jubiläum. Wir, die Greizer Montagsdemonstranten, sind stolz auf alle Montagsdemonstranten, die trotz abnehmender Teilnehmerzahlen durchgehalten haben. Die nicht aufgegeben haben, weiter für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Und die nicht aufgegeben haben, auch für die zu kämpfen, die den Mut verloren haben.

Es ist wichtig, dass wir weitermachen und auf der Straße bleiben, um anderen Menschen Mut zu geben, für ihre Sache zu kämpfen. Außerdem muss weiterhin Armut und Arbeitslosigkeit sichtbar gemacht werden. Zu eurem dreijährigen Jubiläum senden wir euch die besten Glückwünsche. Wir sind froh, dass ihr so viel Ausdauer und Kraft bewiesen habt. Ihr könnt stolz auf euch sein, denn dieser Protest ist der längste in eurer Stadt und in ganz Deutschland. Somit habt ihr alle ein Teil Geschichte geschrieben!

Unser eigenes **dreijähriges Jubiläum** begehen wir, die **Greizer Montagsdemonstranten**, am **21. August 2007**. Wir würden uns über eine Grußbotschaft oder sogar über eine Abordnung von eurer Montagsdemo freuen. Für eine Unterkunft unserer Gäste, die von sehr weit weg kommen, wäre natürlich gesorgt. Ihr müsst euch nur telefonisch bei uns melden, damit wir wissen, wie viele Unterkünfte wir zur Verfügung stellen müssen (03661/452 733 oder H-Madsen(at)t-online.de).

Jede Grußbotschaft wird an diesem Tag verlesen und in unser Montagsdemobuch geklebt. Unser Jubiläum findet ausnahmsweise am **Dienstag** statt, damit die Gäste der anderen Montagsdemos bei uns bis zur großen Kundgebung bleiben können. Denn hätten wir diese nicht um einen Tag verlegt, würden viele Gäste nicht bleiben können, weil sie zur eigenen Demo in ihre Stadt müssten. Am Tag unseres Jubiläums fangen wir schon um 10 Uhr an. Bis 17 Uhr wird es viele Aktionen geben. Zahlreiche Infostände aller Einzelgewerkschaften und der Greizer Montagsdemo werden an diesem Tag die Bürger über Sozialabbau informieren. Es wird Foto- und Filmmaterial von drei Jahren Greizer Montagsdemo gezeigt.

Der Bundestagsabgeordnete der neuen „Linken“, Bodo Ramelow, wird an diesem Tag zugegen sein. Als Gäste erwarten wir auch unzählige Landtagsabgeordnete und Landesvorstandsmitglieder der neuen „Linken Thüringen“. Um 17 Uhr findet dann die Kundgebung statt, auf der viele Gastredner zu erwarten sind. Die Jubiläumsveranstaltung wird also ab **10 Uhr** auf dem **Kirchplatz** in **Greiz** stattfinden. Wir freuen uns über jeden Gast, denn nur gemeinsam sind wir stark!

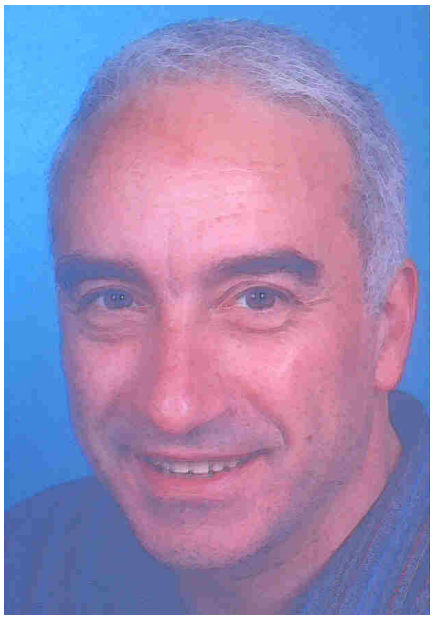
Zuschrift von Heinz Madsen (Montagsdemo Greiz)

„Alkohol im Spiel“: 25 Vattenfaller feiern heiße Party
im AKW-Leitstand *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

141. Bremer Montagsdemo
am 16. 07. 2007

Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze in der Großindustrie!



Die Handelskammer Bremen meldet einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen für 2007 um 4,9 Prozent. Es handelt sich dabei in erster Linie um kaufmännische und handwerkliche Berufe. Das ist sicherlich positiv, aber auch in diesem Fall muss man kritisch hinter die Kulissen der Erfolgsmeldungen schauen. Denn erstens ist dieser Zuwachs nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Nach wie vor gibt es 1.000 Jugendliche in Bremen, die sechs Wochen vor Lehrjahresbeginn immer noch ohne Ausbildungsplatz dastehen.

Zweitens ist die Zahl von 1.000 unversorgten Jugendlichen sogar geschönt: Der DGB beklagt einen „Schwund“ von 20 Prozent der Schulabgänger. Diese Jugendlichen tauchen als Ausbildungsplatzsuchende offiziell gar nicht mehr auf. Sie werden in irgendwelche Maßnahmen abgeschoben und drehen eine „Ehrenrunde“, um nächstes Jahr noch einmal ihr Glück zu versuchen. Viele haben resigniert und sind verzweifelt, weil sie keine Zukunftsperspektive sehen.

Drittens geht die Zahl der Ausbildungsplätze in der Großindustrie immer weiter zurück. Der Anteil der Lehrstellen an der Gesamtbeschäftigtenzahl ist bei den Konzernen verschwindend gering: Er ist inzwischen auf zwei bis vier Prozent gesunken. Einerseits wird geklagt über fehlende Fachkräfte, andererseits aber nichts für deren Ausbildung getan! Stattdessen wird eine Hetze gegen Jugendliche losgetreten: „Die sind faul und können nichts.“ Aber die Jugend will lernen und beginnt, für ihre Zukunft zu kämpfen!

Jung und alt müssen gemeinsam dafür eintreten, dass es hier zu einer Wende kommt: Milliarden aus dem Rüstungshaushalt müssen in ein Bildungssystem fließen, das die breite Masse der Kinder und Jugendlichen optimal fördert und herausfordert. Die Großindustrie muss dazu verpflichtet werden, ihre Ausbildungsquote auf zehn Prozent der Beschäftigten zu erhöhen und alle Lehrlinge entspre-

chend ihrer Ausbildung zu übernehmen. Wir müssen sie dazu zwingen, einen Bruchteil ihrer Milliardenprofite in die Zukunft der Jugend zu investieren!

Harald Braun

Ändert, was den Menschen schadet!

Einen Grund zum Kritisieren findet man immer! Wie steht es doch in der Bibel geschrieben: Wer suchet, der findet. Da fällt mir gleich noch ein anderer Spruch ein: Wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert umkommen. Aber das haben die meisten Politiker wohl nie gelesen. Ich habe immer angenommen, dass wir Bürger uns diejenigen Volksvertreter wählen, die am meisten Ahnung haben, weil sie durch ihre Kompetenz und ihr Wissen Schaden von uns Bürgern fernhalten können.

Mir ist klar, dass auch in der Politik gepokert werden muss. Politik ist ja die Kunst des Möglichen, und alles kann man nun mal nicht machen. Aber wenn es um das Wohl der Menschen geht, sollte man es zumindest ehrlich sagen, und wenn die Menschen unter der Politik sogar leiden müssen, stimmt mit Sicherheit etwas nicht. Dann muss man auch mal zur Not Fehler eingestehen und, was noch wichtiger ist, sie auch wieder ändern.

Davon sind viele Politiker leider weit entfernt. Warum wohl? Die gegnerische Partei hat dann leicht einen Grund zum Kritisieren, und sie braucht sich nicht mal anzustrengen, der Gegner liefert den Grund ja frei Haus. Aber wenn es um das Wohl der Menschen und um die Wahrheitsfindung geht, muss man auch einen Fehler eingestehen (dürfen). Die Meinung der Menschen einfach zu ignorieren, ist wohl falsch.

Wir von der Montagsdemo wollen keine Politik, die die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Wir wollen eine soziale Politik. Wir wollen keine Kinderarmut zulassen. Wir wollen ein Gesundheitswesen, das allen Menschen gleichermaßen dient. Wir wollen Arbeit, von der man auch leben kann, und wir wollen, dass die Gesetze für alle gelten, ob Arm oder Reich. Kurzum, wir wollen, dass es möglichst gerecht zugeht. Um solche Forderungen in einer Demokratie zu erfüllen, haben wir euch Politiker gewählt, und nicht dafür, dass nur wenige davon profitieren!

„Ich hab recht! Deine Meinung, die ist schlecht. Nein, das kann nicht sein, mit deiner Meinung stehst du allein!“ Wer das so einfach behauptet, der denkt

nicht richtig nach und verschenkt manch schönen Tag, an dem er glücklich mit anderen zusammenleben kann, sei's nun Frau oder Mann. Doch wie sieht die Lösung aus? Wofür bekommt man den Applaus? Wer die Meinung des anderen zumindest akzeptiert, sagen wir mal so, der hat kapiert.

Udo Riedel (parteilos)

Lohndrückerei stoppen, Kernkraftwerke abschalten!

1. Sarkozy und Merkel sind sich einig im Umbau ihres stolzesten Adlers, der EADS. Deren Tochter **Airbus** hat Boeing schon wieder überholt bei den Aufträgen, aber nicht bei den Gewinnen. Die sogenannte Fertigungstiefe ist noch zu hoch und soll gesenkt werden, durch Verkauf von Werken und Beteiligung immer mehr kleiner Zuarbeiter an Entwicklung und Produktion. Die Beteiligung aller dieser Unternehmen besteht aber nicht im Gewinnmachen für sich selbst, sondern im Gewinnabgeben an Airbus, durch Risikoteilhabe und unendliche Preisdrückerei, die an die Mitarbeiter weiter durchgereicht werden soll, bis dann der Ein-Euro-Lohn zum „natürlichen" Gehalt geworden ist. Aber soweit ist es noch nicht, denn die Kollegen intensivieren ihren Kampf!

Am letzten Donnerstag fanden in Varel und Nordenham kämpferische Demonstrationen statt, an denen auch Familien, Bürger und Schulklassen teilnahmen. Die örtliche Politik blieb blass bei ihren hilflosen Appellen an Merkel und Müntefering. In ihrem Antwortbrief an die Airbus-Kollegen konnte und wollte sich Merkel auch nicht weiter hervorwagen, als die Entwicklung „genau zu beobachten". Das war den Kollegen dann doch zuviel. Einige ergriffen mutig das Mikrofon. Die Delegation aus dem Bremer Werk berichtete von der Diskussion unter den Kollegen, in allen Werken einen siebentägigen Solidaritätsstreik zu entwickeln, um das „Sanierungsprogramm Power 8" vom Tisch zu kriegen. Wünschen wir den Kollegen Kraft und Einheit dabei, einen Schritt weiterzukommen! Die Solidaritätserklärung der Bremer Montagsdemo wurde dem Betriebsrat in Varel übergeben.

2. In Brunsbüttel sind wir knapp am Super-GAU vorbeigegangen, darüber hat Wieland beim letzten Mal berichtet. Der Energieriese Vattenfall aus Schweden ist

tief verstickt in allerlei Verheimlichungen, die es notwendig machen, dem Konzern als ersten Schritt die Betrieberlaubnis zu entziehen. Die Hauptforderung muss jedoch heißen: Abschaltung aller **Atomkraftwerke** sofort! Das Gerede von den „sichersten Atomkraftwerken der Welt“ erweist sich bei näherer Betrachtung als völlig haltlos, wenn man sich den Betrieb ansieht. Die Fehler, die 1986 zum GAU in Tschernobyl führten, sind auf bestem Wege, sich auch sonst zu wiederholen: Die „Alkohol-Unfälle“ bei den AKWs in Schweden und jetzt die „Missverständnisse“ beim Bedienungspersonal in Krümmel und Brunsbüttel sind nur die ans Licht gekommenen Vorfälle!

Die Bremer Professorin Inge Schmitz-Feuerhake hat schon in den 90-er Jahren Leukämie-Fälle im Raum Geesthacht untersucht. Sie wurde von der Kohl-Regierung und der Atom-Lobby verlacht und der Unwissenschaftlichkeit geziehen. Auch jetzt muss sie feststellen, dass sich nichts an der staatstragenden Vertuschungspolitik geändert hat. Die sofortige Abschaltung steht darum ganz oben auf der Tagesordnung. Es ist an der Zeit, dass die Grünen ihren Schröder-Schmusekurs aufgeben und die Fehler, die sie in der Konzessionspolitik an die Atomindustrie betrieben haben, nüchtern aufarbeiten!

3. Die neue BND-Zentrale in Berlin für die **Auslandsspionage** wird mit allem Drum und Dran eine Milliarde Euro kosten. Dies alles für die „Sicherheit“ und die Weltgeltung Deutschlands! Jedes Handy kann heute zur Wanze zum Ausspionieren umfunktioniert werden, ohne dass es sichtbar manipuliert werden muss, einfach durch Umprogrammieren bestimmter Funktionen. Dann hören wir noch Schäubles Pläne zum vorsorglichen Abschuss von „Terroristen“ und all die anderen Gedankenspiele der weltverbessernden „Angsthasen“. Das soll auch uns Angst machen und die „Herren der Welt“ mit ihren Interessen als übermächtig erscheinen lassen. Doch Osama bin Laden ist nur ein Papiertiger, und al-Qaida auch.

Aber die weltweiten Imperialisten, die die Massen der Menschen entwurzelt haben, denen sie die Möglichkeit zu arbeiten und zu leben genommen haben und in jeder Minute nehmen, haben Angst vor ihnen: Dafür rüsten sie mit Raketenschilden und Faschisierung ihres Apparates auf. Aber gegen alle diese Weltherren, ob in Washington oder Deutschland, konnten die Massen immer Siege erringen, wenn sie sich zusammengeschlossen haben. Um diesen Zusammenschluss kämpfen wir auch in und mit der Montagsdemobewegung und mit vielen anderen Bewegungen, Organisationen und einzelnen Menschen.

Wer kämpft, soll auch feiern und sich stärken! Ich möchte euch alle und Sie, liebe Bremerinnen und Bremer, zum **Sommerfest** der Bremer Montagsdemo einladen, das am **Samstag** dieser Woche nachmittags ab **15 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen** zwischen Delmestraße und Hallenbad Süd steigen wird. Wir liefern preisgünstige Getränke, Leckereien, Live-Musik, gute Unterhaltung und Gespräche. Kommt zahlreich, wir freuen uns!

Jobst Roselius

Für eine armutsfeste Grundsicherung ohne Diskriminierung!

1. Die „**Solidarische Hilfe**“ wurde 1987 als Erwerbslosenprojekt mit dem Anspruch gegründet, Sozialberatung und Einfluss auf politische Verhältnisse zu vereinen. Heute verfügt die Solidarische Hilfe über 300 Mitglieder und organisiert in fünf Beratungsstellen im Lande Bremen eine Erwerbslosenberatung mit Schwerpunkt SGB II. Darüber hinaus ist die „Solidarische Hilfe“ anerkannte Stelle der Insolvenzberatung und bietet an vier Orten eine Schuldner(innen)beratung an.

„Verbindung von Selbsthilfe in allen Lebensbereichen mit gemeinsamen Vorstellungen und Alternativen zur gesellschaftlichen Veränderung der Lebenslage“ – so steht es in der Satzung des eingetragenen Vereins, der auf zwei Säulen stehen will. Die eine ist: Wir beraten zu uns kommende Menschen in einer sozialen beziehungsweise finanziellen Not- oder Problemlage über die nächsten Schritte, wieder auf die Beine zu kommen und sich möglichst selbst weiterhelfen zu können. Das ist die „Hilfe-Seite“ der „Solidarischen Hilfe“.

Die andere Säule ist, dass wir diesen und anderen Menschen verdeutlichen, dass es das gesellschaftliche System ist, das ihre Not- und Problemlage erst erzeugt hat und wohl auch nach einer Besserung erneut erzeugen wird. Abhilfe kann nur bringen, zusammenzuhalten und gemeinsam gegen die gesellschaftlichen und politischen Ursachen von Verarmung und Entwürdigung vorzugehen. Und zwar so praktisch und konkret, dass jede und jeder sich beteiligen kann. Das ist die „solidarische Seite“ der „Solidarischen Hilfe“.

Die „Solidarische Hilfe“ setzt sich das Ziel, gesellschaftliche Bedingungen zu verändern. Dazu zählt sowohl die Verbesserung der Lebenssituation hier und heute als auch die Veränderung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse. Zu den dringendsten Aufgaben gehört die Organisation von Widerstand gegen die repressiven Auswirkungen von Hartz IV, verbunden mit der Zielstellung, dieses Gesetz abzuschaffen.

Die „Solidarische Hilfe“ setzt sich für eine Grundsicherung oberhalb der Armutsgrenze ohne diskriminierende Zugangsbedingungen und für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ein. Dieser sollte mindestens zehn Euro brutto pro Stunde betragen. Der Zugang zur Grundsicherung darf nicht an Unterhaltsansprüche von Angehörigen oder den Zwang zur Arbeit gekoppelt sein.

Dies bedeutet auch die Abschaffung aller Formen des Arbeitszwangs, wie er jetzt zum Beispiel in Form der Ein-Euro-Jobs praktiziert wird. Die „Solidarische Hilfe“ nutzt ihre Ressourcen, gemeinsam mit den Menschen durch Öffentlichkeitsar-

beit und Organisation von Widerstand deren Lebenssituation zu verbessern. Zur Erreichung dieser Ziele bietet sie den Mitgliedern und Betroffenen Arbeitskreise und Mitgliedertreffen an, in denen der Widerstand organisiert werden kann.

Sozial- und Schuldnerberatung sind unverzichtbare Bestandteile der Tätigkeit „Solidarischen Hilfe“. Die Beratungstätigkeit ist jedoch kein Selbstzweck – eine ausschließlich auf die individuelle Beratung beschränkte Tätigkeit ist nicht Ziel des Vereins. Sozial- und Schuldnerberatung zielen auf die Durchsetzung individueller Rechtsansprüche und sind Teil der auf gesellschaftliche Veränderung zielenden Tätigkeit des Vereins. Zur Durchsetzung ihrer Ziele arbeitet die „Solidarische Hilfe“ mit Verbänden und Organisationen zusammen, die gleiche oder ähnliche Zielstellungen haben.

Die „Solidarische Hilfe“ will nicht Teil der Wohlfahrtsverbändestruktur der Bundesrepublik sein, die auf die bloße Verwaltung und Betreuung der Armut abzielt, um damit ihre eigene Existenz zu rechtfertigen. Zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit setzt die „Solidarische Hilfe“ auf die Einwerbung der notwendigen Mittel aus eigener Kraft. Dazu zählt unter anderem die Werbung von Mitgliedern, Förderern und Spendern, denn staatliche Zuschüsse für Erwerbsloseninitiativen sind direkt oder indirekt mit einer Einflussnahme auf die Inhalte der Träger verbunden.

Ein repressiver Staat fördert keine Organisationen, die seine Zielstellungen bekämpfen. Die „Solidarische Hilfe“ lehnt daher Bewerbungen um Projektförderungen ab, die an politische Bedingungen geknüpft sind. Ziel ist die Erringung einer finanziellen Unabhängigkeit, die eine Interessenvertretung ohne jegliche Bevormundung und Einschränkung zulässt. Eine selbständige „Solidarische Hilfe“ mit einem großen und aktiven Mitgliederstamm, die sich als Teil einer systemverändernden und außerparlamentarischen Bewegung versteht, ist Voraussetzung für einen breiten Widerstand und erfolgreiche Kampagnen gegen Verarmung und Entrechtung!

Positionspapier der „Solidarischen Hilfe“ (Auszüge)

2. Ein bundesweit einmaliger Kulturskandal könnte sich noch in dieser Woche anbahnen. Der „Kurier am Sonntag“ berichtete am 15. Juli, dass sich das Schicksal des 55 Jahre alten Sendesaals von „**Radio Bremen**“ in dieser Woche zwischen Erhalt oder Abrissbirne entscheidet. Dabei ist dieser **Sendesaal** ein absolut unverzichtbarer Bestandteil der Bremer Musikkultur. Es wäre empörend, wenn die „Stradivari unter den Konzertsälen“ (Architekt Wilfried Turk) doch noch nach jahrelangem Kampf der Profitgier von zwei Immobilienhaien zum Opfer fallen sollte, die das Gelände an der Bürgermeister-Spitta-Allee zum bloßen Wohnprojekt für betuchte Mieter degradieren wollen!

Dass selbst „Radio Bremen“ den Sendesaal plattgemacht sehen will, ist auch ein beispielloser medienpolitischer Skandal. Ist so etwas überhaupt mit dem öffentlich-rechtlichen Programmauftrag vereinbar? Intendant Glässgen, der „Ra-

dio Bremen“ zu einem Anhängsel des NDR machen will und den Umzug des Senders ins Faulenquartier erzwungen hat, macht jedenfalls in diesem Zusammenhang eine ziemlich miese Figur. Vermutlich würden sich die Bremer Stadtmusikanten – denen in diesen Tagen so viel Aufmerksamkeit zuteil wurde – angesichts des würdelosen Umgangs mit einem unwiederbringlichen Kulturgut entsetzt im Grabe herumdrehen.

Bereits im Jahre 2003 gab es ein Marathon-Solidaritätskonzert in dieser schönen „Schachtel in der Schachtel“, wie der Saal auch liebevoll genannt wird. Die Hansestadt erhebt immer noch den Anspruch, Kulturhauptstadt werden zu wollen und richtet alljährlich ihre sehr erfolgreichen „Bremer Musiktage“ aus. Dazu würde der geplante Konzerthaus-Abriss in diametralem Widerspruch stehen.

Der Sendesaal stellt ein Stück Bremer Musikhistorie dar und genießt auch international einen ausgezeichneten Ruf. Eine Zerstörung des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes wäre ein verheerendes Signal. Der Pianist Alfred Brendel nannte den eventuellen Abriss sogar völlig zu Recht „einen barbarischen Akt“. An den neuen Bremer Kultursenator und Bürgermeister, der hier das letzte Wort hat, sei der dringende Appell gerichtet: Herr Böhrnsen, denken Sie an den zu erwartenden Image-Schaden für die Stadt, und tun Sie alles, um den Sendesaal zu retten!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Verheerendes Signal“: Bayern-Chavez fordert Lizenzprüfung für Privatsender, die kein Gesöder mehr senden *(„Spiegel-Online“)*

Obrigkeitsstaat: Hartz-IV-Regelsätze entsprechen nicht der Lebenswirklichkeit *(„PR-sozial“)*

Verhütung unmöglich: Hartz IV unterbindet selbstbestimmte Sexualität *(„Erwerbslosenforum“)*

Schon wieder ist ein Kind unter Amtsaufsicht gestorben

1. In einem Leserbrief an „PR-sozial“ fand ich einen Aufruf: „Liebe Freunde, es ist schon ein Skandal mit der Reisefreiheit: Da beginnen in ein paar Tagen die großen Ferien, und jetzt kommen die Herren des Geldes und wollen uns jede Reise verbieten. Keiner hat es bisher gemerkt!

Das Gesetz peinigt uns schon zwei Jahre. Allen von Harz IV Betroffenen ist jede Reise unmöglich, weil dafür kein Geld eingeplant ist! Das soll jetzt durchge-

setzt werden. Die Arge darf die Betroffenen fragen, woher sie das Geld für einen **Urlaub** haben. Es wird automatisch davon ausgegangen, dass man zuviel Zuverdienst oder gar Geschenke in Anspruch genommen habe."

Unbestritten ist, dass Arbeitslose ebenso wie ihre Familienangehörigen Urlaub brauchen. Wir müssen unseren Urlaub natürlich beantragen und genehmigen lassen, aber meiner Meinung nach geht es den Fallmanager überhaupt nichts an, was ich wo in dieser Zeit zu tun gedenke! Bloß nicht bange machen lassen, egal was die „Blöd"-Zeitung da wieder von sich geben mag! Für eine Reise in die Karibik wird es ohnehin nicht reichen. Wir müssen unbedingt für Urlaubsgeld kämpfen!

2. Hessen treibt mit arbeitslosen Lehrern ein seltsames Spiel: Das Land stellt sie als Vertretungen an, aber nur während der Unterrichtsmonate. In den Ferien werden sie wieder arbeitslos. Der Trick spart Kosten, die Sozialkassen zahlen – die Zwangs-Saisonarbeiter sind wehrlos. Das Land Hessen spart eineinhalb Monatsgehälter und finanziert so einen Teil seiner Bildungsausgaben über die Sozialkassen. Das Schulamt achtet darauf, dass der rechtliche Rahmen nicht verletzt wird.

Wenn die Kollegin Müller für zwei Jahre in Elternzeit geht, springt die **Ersatzlehrkraft** nicht etwa für die volle Zeit ein, sondern nur für ein Jahr. Im nächsten Jahr wird ihr Vertrag dann als Ersatz für die Kollegin Schmidt abgewickelt. Das muss so sein, andernfalls hätte die Springerin das Recht auf eine reguläre Festanstellung. Sich offen darüber zu beschweren, getrauen sich die meisten Pädagogen nicht, weil sie dadurch Nachteile befürchten, zum Beispiel einen Eintrag in ihre Akte.

Befristete BAT-Verträge im Schuldienst sind nichts Neues. Ursprünglich waren sie als Notlösung bei Krankheitsfällen konzipiert. Im Sparjahr 2004 wurden dann 1.000 Beamtenstellen gestrichen, und seitdem knirscht es gehörig im Räderwerk. Doch wegen der demografischen Entwicklung will sich das Land nicht mit Neueinstellungen binden. In Hessen ist man sogar dazu übergegangen, mit Fristverträgen auch den regulären Unterricht abzudecken – besonders häufig an Grundschulen. Hier ist der demografische Effekt zuerst zu spüren: Für weniger Kinder werden auch weniger Lehrer gebraucht. Gleichzeitig arbeiten in der Primarstufe meist junge Frauen, die irgendwann eine Familienauszeit nehmen. Dadurch ergibt sich erhöhter Vertretungsbedarf.

3. Trotz „Pisa" wird an unseren Schulen gespart, was das Zeug hält! Der Einsatz von Ein-Euro-Jobbern an den Schulen nimmt immer größere Ausmaße an. Den Hausmeister unterstützen? In der Schulbibliothek mit anpacken? **Ein-Euro-Kräfte** an Schulen leisten längst viel mehr. Allein in Berlin erfüllen rund 1.500 Ein-Euro-

Jobber pädagogische Aufgaben, schätzen Personalräte. Diese Tätigkeiten bewegen sich zwar rechtlich auf dünnem Eis, doch Gewerkschafter fürchten, dass der Einstieg hin zum Billig-Lehrer politisch gewollt ist.

Sie warten nicht nur Computer und schnippeln Möhren und Kartoffeln in der schuleigenen Mensa, nein, längst übernehmen sie auch pädagogische Aufgaben. Billiglöhner arbeiten im Selbstlernzentrum, wo sie Schülern beim Lösen einfacher Aufgaben helfen. Andere unterstützen die Schulsozialarbeiterin, wenn diese Schulschwänzer und deren Eltern aufsuchen: Sie unterrichten für einen Euro pro Stunde. Sie haben zum Beispiel einen Magisterabschluss in Anglistik, Amerikanistik und Spanisch und bringen als Ein-Euro-Kraft Migrantenkindern Deutsch bei. Einige Ein-Euro-Jobber gehen mit dem Lehrer in die Klasse und unterstützen ihn.

Dass die Eltern darüber beglückt sind, ist nicht weiter verwunderlich und aus ihrer Sicht auch verständlich. Denn in deutschen Schulen fehlt eine pädagogische Zweitkraft, wie sie in Skandinavien längst zur Regel geworden ist. Natürlich müsste dieser bei gleicher Qualifikation bitte genauso bezahlt werden wie die Erstkraft! Der Berliner Landesverband der GEW ist grundsätzlich dagegen, Ein-Euro-Kräfte an Bildungseinrichtungen einzusetzen, denn bereits jetzt hätten Ein-Euro-Jobber sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst von Berlin verdrängt.

Allerdings muss der Kampf gegen Hartz IV auf „politischer Ebene“ geführt werden. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind hier in der Pflicht. Doch die Berliner GEW sieht auch Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden. Leider ziehen nicht alle Schulleiter an einem Strang, und es gibt widersprüchliche Gerichtsurteile. Eine Unverschämtheit ist das neue Berufsbild vom Lehrerassistenten, wenn zum Beispiel ein Doktor der Geologie, ein Diplom-Kaufmann, ein Systeminformatiker, ein Kaufmann und eine Bürofachkraft als Ein-Euro-Jobber missbraucht werden!

4. Lebenselixier Arbeit: Wer arbeitslos ist, stirbt im Schnitt sieben Jahre früher als jemand, der beschäftigt ist. Der Herzinfarkt droht nicht vor allem Managern, sondern arbeitslosen Männern. Für viele Menschen ist es ein Teufelskreis: **Krankheit** erhöht das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren. Arbeitslosigkeit macht aber auch krank.

Alarmierend ist die erhöhte Sterberate von Arbeitslosen. Bei Personen mit mindestens zwei Jahren Arbeitslosigkeit in den vorangegangenen Jahren sei im Folgezeitraum das Risiko zu sterben 3,4 Mal größer als bei durchgängig Beschäftigten, stellte das „Robert-Koch-Institut“ in seinem Bericht „Arbeitslosigkeit und Gesundheit“ fest. Für die Krankenkassen sind die hohen Arbeitslosenzahlen und die damit vermehrt auftretenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen ein enormer Kostenfaktor.

Niemand schreibt mal darüber, wie es sich für die Betroffenen anfühlt, auf so viel Lebensqualität und -zeit verzichten zu sollen! Nicht der Verlust der Menschen-

würde, sondern der Kostenfaktor hat die Betriebskrankenkasen dazu veranlasst, sich in gesundheitlichen Präventionsprogrammen für Arbeitslose zu engagieren. Ich will als Angehörige einer benachteiligten Gesellschaftsgruppe keine präventiven Maßnahmen für mich eingerichtet bekommen, sondern die finanziellen Mittel erhalten, die ein Leben in Menschenwürde benötigt!

5. Mensch muss nicht selbst arbeitslos sein – manchmal reicht es, wenn die eigenen Eltern gesellschaftlich ausgegrenzt sind. Manche Kinder müssen ihren Status, so sie denn nicht geliebt und umsorgt werden, mit dem Leben bezahlen. Beziehungsschwache Eltern mit Geld können sich den Ausgleich ihres Fürsorgemangels mittels Personal erkaufen. Arme Kinder hingegen sind ihren Eltern und dem Jugendamt auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Diese Mischung kann immer öfter tödlich sein!

In der nordrhein-westfälischen Stadt Iserlohn ist der **drei Monate alte André** unter den Augen seiner 26-jährigen Mutter und ihres 25 Jahre alten Lebensgefährten **verhungert** und verdurstet. Neben dem drei Monate alten Jungen hat das Paar auch noch ein 16 Monate altes Kind und die elfjährige Tochter der Mutter in der Wohnung. Das Jugendamt war informiert und auch zu Besuch gewesen.

Kurz vor dem Tod des kleinen André war die Kriminalpolizei auf der Suche nach einer flüchtigen Person in der Wohnung gewesen. Den Gesuchten fanden die Beamten zwar nicht, dafür fiel ihnen der verwahrloste Zustand der Wohnung und der Kinder auf. Ein Polizist hat das Jugendamt danach in einem ausführlichen Bericht über die unhaltbaren hygienischen Zustände in der Wohnung informiert. Eine Sozialarbeiterin war nur Tage vor dem Tod des kleinen André als Familienbetreuerin im Auftrag des Amtes in der Wohnung.

Gegen städtische Mitarbeiter wird nun wegen fahrlässiger Tötung ermittelt. Das Jugendamt gerät auch in der Nachbarschaft in die Kritik: Als am 22. Juni der Säugling von einem Notarzt abgeholt wird und die Nachbarin auf Andrés Bruder und Halbschwester aufpasst, fällt ihr bei dem älteren Jungen auf, dass dieser völlig verdreckt war. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass es einige Monate dauern wird, bis die Verwahrlosungsvorwürfe gegen die Mutter und ihren Partner aufgeklärt sind: „Die können sich möglicherweise darauf berufen, dass auch die Behörde da war und keinen Anlass zur Beanstandung hatte“, unterstellt Oberstaatsanwalt Rahmer.

Die Staatsanwaltschaft untersucht allerdings, ob die Eltern das Kind nicht bewusst unterernährten. Das Jugendamt Iserlohn wusste Bescheid und tat das für Behörden Normale – nichts. Das wievielte Opfer ist André nun eigentlich? Ich kann nicht mehr zählen. Wie viele unbekannte Opfer gibt es? Denke ich an die anderen Behördenmordopfer, zum Beispiel in Speyer, dann ist für mich aus der Amtsmithilfepflicht über die Mittäterschaft eine aktive Täterschaft durch bewusstes Nichtstun, Weiterleiten und Wegsehen geworden!

Die Täter verstecken sich in der Anonymität des Amtes und hinter dem Rücken der noch unschuldigen Kollegen. Wer hat schon mal ein Amt oder seine Ver-

treter auf der Anklagebank oder im Gefängnis gesehen? Eine Behörde ist nicht greifbar, und die Täter haben die Gesetze und Vorschriften für diese Fälle auch gezielt lückenhaft gestaltet. Die Maximalstrafe ist die Beförderung in eine andere Position, der Bonus ist der Vorruhestand, sonst gibt es keine Konsequenzen.

Das Schema ist immer gleich: leugnen, nicht zuständig gewesen sein, „wir hatten unsere Befehle, äh, Dienstanweisungen“, „nein, es wurde kein Fehler gemacht“, Halbwahrheiten, Dementis, „ja, es gab eventuell doch einige Unklarheiten und Verbesserungsmöglichkeiten, aber inzwischen wurde umorganisiert und die Anweisung erweitert“, „ist schon so lange her“, „die Unterlagen sind leider verschwunden“, „alle damaligen Vorschriften wurden berücksichtigt“, „niemand kann verantwortlich gemacht werden“ – blablabla!

Diese „Masche“ scheint System zu haben und ist an Menschenverachtung kaum noch zu überbieten. Je weniger Arbeitsplätze vorhanden sind, umso rigider und perfider wird die Verfolgungsbetreuung! Um diese schändlichst zu gewährleisten, wird für die Fürsorgepflicht, die ein Staat, ein Jugendamt gerade gegenüber seinen jüngsten und wehrlosesten Mitgliedern hat, die gesamte Kraft abgezogen, und die Bedürftigsten gehen leer aus und müssen es allzu oft sogar mit dem Tode bezahlen! Aber Deutschland ist ja so kinderfreundlich – wenn es sich um die gewollten Kinder der Besserverdienenden handelt.

Die anderen sind, wie ihre Eltern auch schon, bloß Untermenschen, Parias im finanziellen Kastensystem Deutschlands! Das zeigt der „Pisa“-Test umso deutlicher. Erinnern wir uns an den Bericht, der den gewaltsamen Tod des kleinen Kevin aufklären sollte. Dort wird genau dargelegt, wie die Behörden geschlampt haben, alle in Kenntnis gesetzt waren, und doch wusste niemand wirklich etwas, und keiner hat sich etwa gebührend darum gekümmert. Jedes kleine Menschlein hat ein Recht auf ein Leben in Würde, auch wenn seine Eltern ALG II beziehen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Der Bremer Filz ist auf Wiedervorlage!

1. Wir wollen heute einem Ex-Senator danken! Er hat in seinen letzten Amtstagen dafür gesorgt, dass alle Aufträge zum Ausbau der Schwachhauser Heerstraße umgehend erteilt wurden. Diese entsprachen zwar der damaligen Planung, aber zum Zeitpunkt der Auftragserteilung war bereits klar: *So* wird nicht gebaut! Die Bauunternehmen freuen sich sicherlich über die zu erwartenden saftigen Mehreinnahmen, denn jede Auftragsänderung kostet extra.

Eine Auftragsstornierung kostet **Schadenersatz**! Das wäre eigentlich ein klarer Fall für Regressforderungen der Freien Hansestadt Bremen gegen Ex-Senator

Ronald-Mike Neumeyer – wenn's kein Politiker gewesen wäre! Aber vielleicht macht Karoline Linnert, die neue Finanzsenatorin, ja eine Schadenersatzforderung geltend. Der Bremer Haushalt könnte dieses Geld gut gebrauchen!

Der Bremer Filz ist auf Wiedervorlage! Bei den genannten gravierenden Versäumnissen von Karin Röpke fehlen mir die von der „Bremer Bootsbau Vegesack GmbH" gebauten Traditionsschiffe, die jetzt unter der Verfügungsgewalt des Insolvenzverwalters stehen. Aber auch dieser kann über einen Teil der großen Schiffe nicht so verfügen, weil weder die Freie Hansestadt Bremen noch die BBV als Eigentümer im Schiffsregister steht.

Die Kogge (Eigentümerin: FHB) wurde dem Verein „Hal Över" überlassen. Wie sieht es mit den anderen großen Schiffen aus? Warum ist überhaupt ein Eigentum der BBV an den Torfschiffen entstanden? Die Förderung erfolgte zu 100 Prozent aus öffentlichen Geldern, gesteuert über die damalige Senatorin Röpke! Bei einer sauberen Haushaltsführung hätte Bremen sein Eigentum mit der Eintragung im Schiffsregister geltend gemacht.

Der Bilanzwert von einem Euro je Schiff hat die Insolvenz der BBV nicht verhindern können. Die Deckungslücke von circa 150.000 Euro wäre die nächste Möglichkeit gewesen, dieses Eigentum der Freien Hansestadt Bremen zu sichern. Karin Röpke hat dies nicht sichergestellt. Leider sieht es so aus, als ob ihre Nachfolgerin Ingelore Rosenkötter auch die letzte Möglichkeit ungenutzt vorbeiziehen lässt. Auch hier wären normalerweise Schadenersatzforderungen angebracht!

„Karoline Linnert ist mit voller Kraft dabei", so stand es im „Weser-Kurier". Die Verwaltung soll in der Führung verschlankt werden. Die Gelegenheit ist günstig, weil einige aus dem Dienst ausscheiden. Allerdings stört die „Boygroup". Diese „Unterstützung" für oder von Herrn Ex-Senator Kastendiek – noch aus Sandkastenzeiten? – gehört auch zum Oberbau dieser Verwaltung.

Den Aufgabenbereich kann ich mir nicht vorstellen, doch vielleicht gehen diese Herren ja „freiwillig", denn bei einer Nachprüfung ihrer „Berufungen" würde Erhebliches aufgedeckt! Aber Herr Kastendiek kann ja die Schadenbegrenzung unterstützen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Arbeitsalltag? Ein Kleinbetrieb ohne Betriebsrat wird verkauft, der neue Chef stellt sich vor. Soweit scheint alles normal, doch hat er neue **Arbeitsverträge** beziehungsweise Vertragsänderungen mitgebracht: Der Lohn wird auf Monatslohn umgestellt. Die Pauschale hat der neue Chef auf Basis des Monats Februar ermittelt, *ohne* jegliche Zuschläge und Überstunden. Dieser Betrieb arbeitet sieben

Tage die Woche, in zwei Schichten. Überstunden werden auch künftig erwartet, aber weder bezahlt noch abgefeiert.

Der Chef hat volle Zustimmung eingefordert: Wer nicht einverstanden ist, kann gehen. Ausfälle sind von den Kolleg(inn)en untereinander auszugleichen. Eine Nachfrage seitens des Personals erfolgte nicht mehr. Dafür schob der Chef nach, dies gelte auch für Urlaub. Er unterstreicht, dass er dies unter „Einsatz und Flexibilität“ versteht. Anders sei der Betrieb nicht überlebensfähig. Er stieg wieder in sein Auto (neu und etwas größer) und fuhr davon.

Zurück bleibt eine Anzahl von Mitarbeiter(inne)n, die alle die Vertragsänderung akzeptiert haben. Ein Arbeitsrichter wird dies sicherlich anders entscheiden. Aber wo kein Kläger, da kein Richter! Die Mitarbeiter(innen) bekommen einen Bruttostundenlohn auf der alten Basis von fünf Euro. Der Betrieb befindet sich in einer kleineren Stadt. Mensch kennt sich, andere Arbeitsmöglichkeiten sind nur über Beziehungen zu ergattern.

Ein gewonnener Arbeitsgerichtsprozess würde eine Abfindung von einem halben Monatslohn pro Jahr der Betriebszugehörigkeit einbringen und den Verlust des Arbeitsplatzes. Danach zwölf beziehungsweise höchstens 18 Monate ALG I. ALG-II-Anspruch haben einige nicht, weil der Partner arbeitet. Sieht so die neue schöne Arbeitswelt aus?

Irgendwann platzt einem Mitarbeiter der Kragen, und das Arbeitsgericht hat die Möglichkeit einzugreifen. Zur Vorbereitung wird jeder seine besonderen Arbeitsleistungen festhalten, zusätzliche Stunden, Samstag, Sonntag, Nachtschicht. Dieser Chef ist zum Scheitern verurteilt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Während wir hier demonstrieren, fließt viel Wasser die Weser runter, die reinste Energieverschwendung! Ansonsten freue ich mich darüber, dass wir hier relativ unbelastet stehen können. Damit das so bleibt, müssen die Kernkraftwerke sofort vom Netz, und nicht nur die von Vattenfall! Wir wollen unseren Kindern eine lebenswerte Welt übergeben!

Einer Politikerin im Überwachungsausschuss liegt die „Gewährleistung der Versorgung“ am Herzen. Dies kommt mir sehr bekannt vor! Die Versorgung wird durch eine Abschaltung aber nicht gefährdet. Es könnten unterirdisch verlustärmere Fernleitungen verlegt werden. Weitere **Kraftwerke** sind entbehrlich bei Ausbau der erneuerbaren Energien. Zu den unsinnigen Planungen gehört leider auch die obligatorische Müllverbrennung! Das „Bremer Bündnis für Klimaschutz“ nennt weitere Argumente gegen dieses neue Kraftwerk.

Als Nebenschauplatz wird in den Bremer Medien der Bestand der SWB infrage gestellt. Diese SWB ist lebensfähig! 50 Millionen Jahresreingewinn, Tendenz steigend plus eine gesunde Mutter, die EON. SWB sind nicht mehr die „Stadtwerke Bremen“! Darüber hinaus ist SWB nur ein Oberbegriff, jede Sparte oder Dienstleistung hat eine abweichende Firmierung.

Eine bundesweite Neustrukturierung bei Erzeugung, Netzbetrieb und Lieferung vor Ort zeichnet sich ab: Warenübergabe und Preisgestaltung sollen wie bei Treibstoff erfolgen. Um dies zu erreichen, wird jeder Vorwand gelegen sein! Die Politiker sollten dies zum Anlass nehmen, die Preisgestaltungsmacht der Energieriesen wirksam einzuschränken! „Unsere SWB“ – ein teurer Trugschluss! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Der Regelsatz des ALG II wurde um zwei Euro auf 347 Euro erhöht. Die meisten Betroffenen haben dafür **Extrabescheide** erhalten, bei denen das Erstellungsdatum überwiegend falsch ist. Hiergegen ist der Widerspruch noch immer möglich. Dies sollte auch genutzt werden!

- Wer bisher einen Eigenanteil zu seinen Kosten der Unterkunft (Miete mit Nebenkosten und Heizung) getragen hat und somit diese nicht voll ersetzt bekommt, sollte gegen den neuen Bescheid Widerspruch einlegen und rückwirkend zum 1. Januar 2005 (oder bei einem späteren Einzug ab diesem Datum) die Übernahme der vollen Kosten der Unterkunft beantragen. Dies bitte auch, wer noch nach der alten Sozialhilfe einen Eigenanteil zahlt! Wenn die Kürzung eine vorherige Wohnung betraf, auch mit Hinweis auf diese!
  Wer wegen der Mietobergrenzen bisher seine Nachzahlung gemäß Nebenkostenabrechnung nicht beantragt hat, sollte dies nachholen. Die Mietobergrenzen sind in Bremen ersatzlos gestrichen. Eine neue Verwaltungsanweisung ist noch nicht fertig. Die von der Bagis veröffentlichte „VA Wohnen“ datiert vom 8. Februar 2007 und ist außer Kraft gesetzt! Dafür waren wir mit Verdi, IG Metall, „Solidarischer Hilfe“ und allen anderen in den Sitzungen der Sozialdeputation.
- Auch wer in anderem Zusammenhang Widerspruch gegen einen früheren Bescheid eingelegt hat, sollte dies gegen den neuen ebenfalls tun und auf den vorherigen Widerspruch beziehungsweise bei einer laufenden Klage auf deren Aktenzeichen verweisen. In diesem Fall kann alternativ auch eine Kopie des Bescheides ans Gericht gesandt werden, zur Information.
  Hintergrund ist ein Urteil des Bundessozialgerichts zur alten Arbeitslosenhilfe, worin der Klagezeitraum auf die Laufzeit des Bescheides begrenzt wurde. Scheinbar möchten einige Richter dies auf die ALG-II-Rechtsprechung übertragen. Eine entsprechende Reaktion der Betroffenen führt zu einem erheblichen Anstieg der Widersprüche und Klagen! Die Richter können den Aktenstapel wieder abbauen, wenn dieses Urteil *nicht* auf die Gegebenheiten des SGB II übertragen wird.
- Wenn der Bescheid für eine Bedarfgemeinschaft erteilt wurde, gehen die Richter davon aus, dass jeder zu ihr Gehörende Widerspruch einlegen und Klage führen muss. Dies ist aber auch durch Erteilung einer schriftlichen Vollmacht an den im Anschriftsfeld des Bescheides Genannten möglich. Wer „zwangsweise“ einer Bedarfsgemeinschaft zugeordnet wurde und damit nicht

einverstanden ist, sollte den Widerspruch oder die Klage mit unterschreiben. Die Vertretungsvollmacht des Erziehungsberechtigten für das minderjährige Kind bedarf keiner Bestätigung.

Bei laufenden Verfahren kann die erteilte Vollmacht einfach in der Verhandlung oder auf Nachfrage des Gerichts bestätigt werden. Sozialgerichtsverfahren sind gebührenfrei. Für die Einschaltung eines Anwalts kann Prozesskostenhilfe beantragt werden. Vor dem Auftrag an den Anwalt sollte aber bereits vor dem ersten Termin geklärt werden, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen. Wer eine Rechtschutzversicherung hat, sollte nachlesen, ob auch die zur Bedarfsgemeinschaft Gehörenden durch diese Versicherung abgedeckt sind. In vielen neuen Policen ist dies so.

Ansonsten die Deckungserweiterung anfragen und möglichst ohne Beitragsänderung vereinbaren. Vor einer Beitragserhöhung ist es eventuell günstiger, diese Deckungslücke wissend zu akzeptieren und für dieses Mitglied der Bedarfsgemeinschaft die Prozesskostenhilfe zu beantragen. Ohne Anwalt besteht bei der Klage vor dem Sozialgericht *kein* Kostenrisiko. Wer einen Anwalt beauftragt, sollte *vorher* die Kostenfrage klären!

Das Sozialgerichtsgesetz sieht eine Information des Gerichts über neue Bescheide vor. Verpflichtet zur Information des Gerichts ist die ausstellende Behörde. Wer die Kraft hat, Widerspruch und Klage zu führen, den unterstützen wir und gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Die **Bagis** hängt jetzt im Netz, Entschuldigung: Sie ist im Internet. Alles neu – aber nicht alles richtig! Die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ ist außer Kraft gesetzt, aber ein Hinweis darauf fehlt im Auftritt der Bagis. Der Link zum Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales führt nur zu einer Fehlermeldung, während auf der Seite von Senatorin Rosenkötter noch die aufgehobene „Verwaltungsanweisung Wohnen“ mit Stand vom 8. Februar 2007 zu finden ist, außerdem zum SGB XII noch die Fassung vom 1. Januar 2005.

Wir haben die Behinderten und Sozialgeldberechtigten *nicht* vergessen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten! Ansonsten haben die circa 80 Bagis-Mitarbeiter(innen) zur rechtlichen Möglichkeit der Klage zur Arbeitsplatzerhaltung und Gehaltsabsicherung gegriffen. Bremer Montagsdemo – immer ein Gewinn!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Arsch in der Hose: Lokführer-Gewerkschaftschef fordert nach monatelangen Verleumdungen tatsächlich 31 Prozent Lohnerhöhung *(„Spiegel-Online“)*

Aufschwung der Armut: Einem Drittel der Deutschen geht es finanziell schlechter als vor einem Jahr *(„Spiegel-Online“)*

Neoliberale Hetze: Nicht „Anspruchsdenken“, sondern niedriger Beschäftigungsstand schwächt die soziale Sicherung *(„Frankfurter Rundschau“)*

Feiern und Weiterkämpfen – Montagsdemo feiert Sommerfest

Es war so heiß, dass wir bei der 141. Montagsdemo in Bremen am 16. Juli 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz die Blickrichtung wechselten und im Schatten des „Schütting“, dem Sitz der Handelskammer, ein wenig Schutz suchten. So tönten unsere Reden mehr gegen das Rathaus. Über 40 Teilnehmer waren wieder gekommen, redeten und hörten zu.

Die großen Sommerferien beginnen, aber immer noch mehr als 1.000 junge Menschen suchen in Bremen einen Ausbildungsplatz. Es sind gerade die Großkonzerne, die einerseits über den Fachkräftemangel lamentieren und andererseits viel zu wenig ausbilden. Bei ihnen liegt die Ausbildungsrate nur zwischen zwei und vier Prozent.

Die Kollegen bei Airbus wissen jetzt, was die Stunde geschlagen hat. Sie haben in Varel und Nordenham gegen den Werksverkauf demonstriert. Da Frau Merkel die Entwicklung nur „beobachten“ will, werden die Airbus-Arbeiter die Sache in die eigenen Hände nehmen und nehmen müssen, weil viele von denen, die vorher ihre unverbrüchliche Unterstützung zugesagt hatten, jetzt in blasser Hilflosigkeit erstarren. Das gilt für die sogenannte „Politik“ bis hin zu manchem „Arbeitnehmer-Vertreter“.

Die Forderung nach Abschaltung aller Atomkraftwerke wird immer breiter. Viele Menschen auf der Straße sind erbost über die gemeinsame Verschleierung von Betreibern – nicht nur Vattenfall – und dem breiten „Politik-Verwaltungs-Sumpf“. Und die sich gegen all das wehren, will man gegebenenfalls zu „Terrorristen“ abstempeln, die man nach allen Regeln der Abhör-, Überwachungs- und Beeinflussungskunst gefügig machen kann.

Herr Schäuble hat sich ja Bushs „Heimat(front)schutz“-Minister zum Privatlehrer erkoren. So können sie sich denn in trauter „christlicher“ Eintracht erträumen, wie sie „das Böse“ dieser Welt, das ihnen den Profit nicht gönnen will, ausmerzen können. Aber sie wissen zum Glück nicht, dass ihnen das alles nichts nützt!

Große Ferien, Urlaubszeit, Reisezeit, aber nicht für jeden: Geschenkte Urlaube oder etwas Geld dafür von Freunden und Verwandten sollen die Hartz-IV-Betroffenen doch lieber abgeben, zum Abbau der Staatsschulden versteht sich. Denn nur wer richtig arbeitet, soll Anspruch auf so etwas wie Urlaub haben. Die „ehrbare“ Politik und die Wirtschaftsbosse haben da ganz andere Möglichkeiten: Sie brauchen Bildungs-, Untersuchungs- und Geschäftsreisen für die Vorbereitung ihrer politischen Entscheidungen. Für manchen muss dann für all die Plage auch noch ein kleiner netter „Bordellbesuch“ mit drin sein. In der Organisierung solcher Events haben sich besonders gewisse schleimige und speckige SPD-Größen einen Namen gemacht.

Unsere teure Bagis hat eine neue Homepage. Da kann man sich informieren und dieses und jenes herunterladen. Ein Haken nur: Die Daten, Gesetze oder Verordnungen sind nicht auf der Höhe der Zeit. Ein Versehen vom Amt? Sicher nicht. Man löst sich schwer von der gewohnten Praxis des alten Senats, der Meister war im Drangsalieren und Verhöhnen. Es ist leider auch nicht richtig, hinter der Homepage noch die kostenlose Ausgabe von Computern und Internetanschlüssen zu erwarten. Genug von solchem „Mist“?

Freuen wir uns lieber auf etwas Selbstgemachtes: Endlich steigt das **Sommerfest** der **Bremer Montagsdemo**, bei hoffentlich warmem Wetter am **Sonnabend**, dem **21. Juli 2007** ab **15 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen** zwischen Delmestraße und Hallenbad Süd mit Live-Musik, alten Platten, Essen und Trinken sowie Zeit für Spaß und gute Gespräche. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Anfrage noch immer unbeantwortet: Kevin starb, als seinem Ziehvater das ALG II gestrichen wurde *(„Tageszeitung“)*

Schon vergessen, Herr Böhrnsen?

„Der Rücktritt von Frau Röpke war richtig, nötig und unvermeidlich“, sagte Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) am 11. Oktober 2006. Jetzt tut er nichts gegen ihre Rückkehr, wollte gestern auch nicht darüber reden. Es gibt Riesen-Wirbel um den neuen Posten für Ex-Senatorin Karin Röpke! Viele Bürger wünschen sich, dass Böhrnsen den Fall zur Chefsache erklärt, ein Machtwort spricht.

„Bild“ hakte gestern bei ihm offiziell nach: Herr Bürgermeister, Sie haben den Rücktritt von Frau Röpke damals „richtig und unvermeidlich“ genannt. Jetzt hat sie wieder ein politisches Amt. Ist das nicht instinktlos? – Keine Antwort!

„Bild“: Gibt es noch eine Möglichkeit, diese Entscheidung zu verhindern? – Keine Antwort! – „Bild“: Haben Sie mit dem Bürgerschaftspräsidenten über das Thema geredet? – Keine Antwort!

Doch warum will der Bürgermeister nix sagen? Zu einem Thema, das die ganze Stadt empört? Sein Sprecher Hermann Kleen erklärt: „Das ist Sache des Parlaments. Da kann der Bürgermeister sich nicht einmischen.“ Politiker von CDU, SPD und sogar der Linkspartei zeigten sich enttäuscht über den wortkargen Böhrnsen.

Auch Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD) mag zum Thema Röpke nicht viel sagen. Er hat maßgeblichen Anteil daran, dass die Ex-Senatorin den Posten bekam. Der Präsident zu „Bild“: „Karin Röpke hat außerordentliche kommunikative Fähigkeiten. Sie passt gut in diese Aufgabe.“

Karin Röpke (SPD) gestern zu „Bild“: „Mit Posternschieberei hat das hier nichts zu tun. Wie man es macht, ist es eh verkehrt. Ich muss kein schlechtes Gewissen haben.“ Jetzt verdient sie 7.600 Euro im Monat.

Im März 2002 wurde Karin Röpke Sozialsenatorin. Sie und ihre Behörde waren immer wieder in Pannen und Skandale verstrickt. Die Liste ihres Versagens:

- Röpke wollte die vier kommunalen Kliniken fusionieren, privatisieren, stellte dafür Wolfgang Tissen und Andreas Lindner ein. Tissen ging im März. Der Betriebsrat hatte aufgedeckt, dass der Manager völlig unfähig war. Der wegen Steuerhinterziehung (600.000 Euro) vorbestrafte Lindner vergab sinnlos Gutachten, schloss Verträge mit seinen eigenen Siekertal-Kliniken ab. Schaden für Bremen: bis zu 15 Millionen Euro. Der Prozess läuft.
- Die Senatorin strich Zuschüsse für die Aidshilfe. Der Verein musste schließen. Bremen ist das einzige Bundesland ohne Aidshilfe. Um Geld zu sparen, ließ die Senatorin in Brennpunkt-Kindergärten ungelernte Hartz-IV-Kräfte auf die Kinder los.
- Im Oktober 2006 dann der Fall Kevin. Röpke trat zurück. Sie übernahm die Verantwortung für eine Behördenschlamperei, die das Kind das Leben kostete. Kevin wurde im Kühlschrank seines drogensüchtigen Ziehvaters (41) gefunden. Misshandelt, totgequält. Der kleine Junge könnte noch leben, wenn die Sozialbehörden Bremens nicht schwerste Versäumnisse begangen hätten, bestätigte der parlamentarische Untersuchungsausschuss in der Bürgerschaft.

Doch Frau Röpke hat schon wieder einen hoch dotierten Job: Sie wird ab 1. August neue Parlamentsdirektorin. Das beschloss der Bürgerschaftsvorstand gestern. Ihre Besoldungsstufe: B7 mit 7.600 Euro brutto! Sie wird dann die Verwaltung der Bremer Bürgerschaft koordinieren. Riesen-Empörung bei Bremens Politikern!

„Bild“-Zeitung Bremen (20. Juli 2007, Auszüge)

Fall Böhrnsen: Weil sie ihrem Bürgermeister im Kevin-Skandal den Rücken freigehalten hat, wird Karin Röpke mit einer goldenen Versorgungspfründe belohnt *(„Bild“-Zeitung)*

Lex Röpke: Böhrnsens Große Koalition gestattete dem Bürgerschafts-präsidenten in der vergangenen Legislaturperiode, vier Posten in seinem Umfeld freihändig zu besetzen *(„Weser-Kurier“)*

Verfilzung: Zehn Monate nach dem geplanten Misstrauensantrag sichern die Grünen Karin Röpkes Karriere ab *(„Radio Bremen“)*

Kra-Vattenfall: Thomauske weg, Rauscher weg, Krümmel und Brunsbüttel auch *(„Spiegel-Online“)*

Trickserei: Argen wollen Mini-Erhöhung des Regelsatzes im nächsten Februar wieder einkassieren *(„Erwerbslosenforum“)*

Leben in Gefahr: „Wir fordern Deutschland auf, die Sozialstaatsverpflichtung wiederherzustellen“ *(„Hungerstreik“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

142. Bremer Montagsdemo am 23. 07. 2007

Eine Personalie aus dem Tollhaus

Ich habe mich lange nicht mehr zu Wort gemeldet. Heute möchte ich es aus einem aktuellen und ungeheuerlichen Anlass tun. „In Bremen ist alles ganz anders“, wird gesagt, wenn es gilt, die Einmaligkeit Bremens zu unterstreichen. Leider ist dieser Satz immer öfter anwendbar, wenn es sich um Parteienfilz, Negativschlagzeilen und Geschmacklosigkeiten Bremer Politiker handelt.

Karin **Röpke** und kein Ende? oder: Eine Personalie aus dem Tollhaus! Sie hat vor gar nicht langer Zeit zur Genüge und vielseitig ihre Unfähigkeit in ihrer politischen Arbeit bewiesen – als unwürdige Nachfolgerin von Hilde Adolf. Jetzt soll sie auf Wunsch eines einzelnen Herrn weiteres Unheil anrichten.

Die Instinktlosigkeit des Herrn Weber, Frau Röpke wieder in ein lukratives politisches Amt zu heben, wird nur noch von der Instinktlosigkeit der Frau Röpke überboten, das angebotene Amt anzunehmen! Es toppt noch den „Freundschaftsdienst“ von Frau Motschmann und die „Boy Group“ um Herrn Kastendiek.

Wenn Herr Weber so an Frau Röpke hängt und sie als einziger immer noch für eine qualifizierte und tüchtige Politikerin hält, dann wird es Zeit, dass auch er zurücktritt und einem Politiker mit mehr Menschenkenntnis Platz macht. Nach diesem schweren Missgriff ist der Rücktritt von Christian Weber fällig!

Wenn es eine Besonderheit von Politikern ist, oft ein lückenhaftes Erinnerungsvermögen zu besitzen, müssen sie nicht davon ausgehen, dass das in der breiten Bevölkerung auch der Fall ist. Wir können uns sehr genau daran erinnern, warum Frau Röpke endlich und längst überfällig zurücktrat. Warum sie wirklich nicht mehr haltbar war – trotz ausgereizter Filzerei – und warum sie für ihr Versagen auf allen Gebieten endlich die lang vermisste „Verantwortung“ übernahm.

Das brachte sie in die Warteschleife, aus der Herr Weber sie nun hemmungslos befreite. Frau Röpke hat der Freien Hansestadt Bremen und den Steuerzahlern immensen Schaden zugefügt: materiell und in ihrem Ansehen. Sie sollte daher für immer ganz bescheiden von der politischen Bühne verschwunden bleiben!

Herr Weber hat es gerade bis nach der Bürgerschaftswahl ausgehalten, um dann seiner Parteifreundin einen lukrativen Job zuzuschanzen. Aus den eigenen Reihen kam wohl kein Widerstand gegen seinen unfassbaren Vorschlag. Warum auch immer – wir machen uns da so unsere eigenen Gedanken – zum Beispiel über die Verantwortung und Rolle des Herrn Böhrnsen in der Kevin-Tragödie.

Alles hat den unangenehmen Geruch des Vorsatzes. Hat Frau Röpke vielleicht gar nichts falsch gemacht? Hat sie nur stillgehalten? Könnte frau glauben, sie wird belohnt? Wurde Frau Röpke schon einmal am Grab des kleinen Kevin gesichtet?

Aber warum kommt von den Grünen nicht der Aufschrei und die Ablehnung? Wollen sie wegen solch einer „Lappalie“ nicht das gute Klima und die gerade aufkeimende Freundschaft mit dem Koalitionspartner aufs Spiel setzen? Wollen sie sich ein schlechtes Beispiel an ihren Berliner Kollegen während der rot-grünen Regierung nehmen?

Dann haben sie die Bremer Wählerinnen und Wähler getäuscht und betrogen! Dann sind sie unglaubwürdig. Welchen wahren Grund gibt es für ihre Zustimmung? Wenn sie verkünden, dass sie bei der Zustimmung „Magenschmerzen“ haben, dann hoffe ich, dass sie ihr Spiegelbild ausgiebig angekotzt haben!

Sie tun sich mit dieser Haltung keinen Gefallen, und Frau Linnert, die bislang gute Arbeit geleistet hat, schon gar nicht! Ich habe die Grünen nicht gewählt, aber ich hatte mir durch sie eine andere, neue Art der Politik gewünscht und vorgestellt. Mit dem, was jetzt passiert ist, sägen sie sich den Ast ab, auf den sie sich gerade gesetzt haben.

Welche Gegenleistung erbringt die SPD dafür? Wir werden es schon bald erfahren. Wollen die Grünen wirklich die gleichen miesen Geschäfte miteinander aushandeln, wie es SPD und CDU getan haben? Wollen sie die widerwärtige Politik der beiden großen Parteien nahtlos weiterführen?

Wenn es aufgrund eines vor kurzem geänderten Gesetzes nicht mehr nötig ist, diese verantwortungsvolle, gut dotierte Stelle öffentlich auszuschreiben, dann dürfen sie es trotzdem nicht zulassen, dass eine ehemalige Senatorin, die sich der grob fahrlässigen Tötung schuldig gemacht hat, wieder zu Amt und Ehren kommt!

Wann wurde dieses Gesetz eigentlich geändert, und welchen aktuellen, dringenden Anlass gab es dafür? War zu diesem Zeitpunkt die heutige Konstellation vielleicht schon geplant? Wenn wir wissen, dass dieses Gesetz vor gut einem Jahr geändert wurde, Kevin seit Anfang letzten Jahres nicht mehr gesehen wurde und er im Oktober offiziell gefunden wurde, kommen frau die abenteuerlichsten Ideen!

Der ausgetauschte Herr Oellerich leidet natürlich weiterhin keine finanzielle Not, aber es gehört schon einiges dazu, zuzustimmen, dass ein bewährter Mann gegen eine absolut inakzeptable Person ausgetauscht wird.

Gudrun Binder (wieder parteilos)

Massiver Protest zeigt Erfolg: Karin Röpke verzichtet auf neuen Versorgungsposten *(„Spiegel-Online“)*

Schamlose Verschwendung von Steuergeld: Um seine Parteifreundin zu versorgen, schickte Bürgerschaftspräsident Weber den bisherigen Verwaltungsdirektor in den vorzeitigen Ruhestand *(„Focus“)*

Bremer Grüne in Rekordzeit korrumpiert

1. Als vor einigen Tagen der Bürgerschaftspräsident Christian Weber mit der Sensibilität einer Dampfwalze ausgerechnet die Ex-Sozialsenatorin Karin **Röpke** zur neuen Direktorin der bremischen Bürgerschaft nominierte, da wurde ihm von vielen zu Recht politische Instinktlosigkeit vorgeworfen. Offenbar hat das Parteibuch bei der Postenschieberei, äh, Besetzung des Direktionspostens eine wichtigere Rolle gespielt als die Frage nach der fachlichen Qualifikation.

Nein, wir Bürger haben nicht vergessen, weswegen Frau Röpke zurückgetreten ist. Es geschah vor allem, weil ihre Sozialbehörde die aus Kostenersparnisgründen mangelhafte „Betreuung“ des chronisch misshandelten kleinen **Kevin** zu verantworten hat. In meinen Augen trägt Frau Röpke mit dem Geschlampe ihrer Behörde eine Mitschuld am gewaltsamen Tod des Kleinkindes.

Aber bei Politiker(inne)n herrschen bestechend klar andere Gesetze vor. Da brauchte Frau Röpke nur zurückzutreten – hops, ein Schrittchen nach hinten hüpfen –, sich für neun Monate bedeckt zu halten, um dann plötzlich aus der Versenkung auftauchen zu dürfen wie Phönix aus der Asche. Genau neun Monate hielt sie sich im politischen Abseits auf, so lange, wie eine Schwangerschaft dauert. Ob das wohl ausreichen kann?

Gerade weil sich Karoline Linnert im letzten Herbst so um die Aufklärung im Fall Kevin verdient gemacht hat, dachte ich, dass die Grünen dieses Mal ihrem Koalitionspartner nicht zustimmen, also nicht umfallen werden. Weit gefehlt! So glaubte ich meinen Ohren nicht trauen zu können, als ich im Radio vernehmen musste, der Parlamentsvorstand habe mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen, dass die ehemalige Sozialsenatorin Röpke Direktorin der bremischen Bürgerschaft wird. Dabei haben die Grünen im letzten Herbst fast täglich ihren Rücktritt gefordert!

Ich war enttäuscht und entsetzt. Tritt hier mal wieder die alte Volksweisheit zutage, dass Macht korrumpiert? Läuft es ganz frei nach dem Motto ab: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, wenn ich mir morgen mit lädiertem Rückgrat die Teilhabe an der Macht sichern kann?“ Was haben die Grünen im Gegenzug dafür offiziell bekommen? Dass alle Stellen im Umfeld von Bürgerschaftspräsident Christian Weber künftig ausgeschrieben werden sollen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit!

Zeigt der Bremer Senat nun, dass er auch im neuen rot-grünen Filz-Gewand ganz wunderbar in altbekannter Vetternwirtschaft zu funktionieren vermag? Geht es ausschließlich darum, sich die bewährten Pfründen in Reinkultur zu sichern? Oder soll ich davon ausgehen, dass wegen der Sommerferien diejenigen Grünen bei der Abstimmung fehlten oder in der Minderheit waren, die noch über ein intaktes Rückgrat und ein integeres Gewissen verfügen? Oder sind die Grünen vor Schock erblindet, da Karin Röpke so heftig erblondet ist?

Bisher habe ich gedacht, dass die Bremer Grünen – im Gegensatz zu den Bundesgrünen – wählbar geblieben sind. Wenn sich Politker(innen) zunehmend aus der „Gattung der Wirbellosen“ rekrutieren, verwundert es mich nicht, dass sich immer weniger Bürger überhaupt noch an Wahlen beteiligen. Die Entscheidung der Bremer Grünen, der Ex-Senatorin Röpke zu diesem lukrativen Posten zu verhelfen, geht auf Kosten ihrer politischen Glaubwürdigkeit. Als sie noch in der Opposition saßen, hätten sie niemals ihre Zustimmung gegeben. Es gehört nicht viel Weitsicht dazu, um für die nächste Landtagswahl in Bremen eine noch geringere Wahlbeteiligung vorauszusagen.

Meine Freude war groß, als ich heute um 14 Uhr Radio hörte und die Nachricht von Karin Röpkes Nicht-Antritt „ihres“ Postens gebracht wurde. Der Verzicht kam durch die anhaltende Kritik an ihrer Person zustande. „Die ablehnenden Reaktionen in der Öffentlichkeit haben mir deutlich gezeigt, dass ich in der neuen Position keine Chance hätte“, sagte Röpke zur Begründung. Ein Festhalten am Posten schade nicht nur ihr selbst, sondern auch dem Parlament, so Röpke weiter. Sie habe offenbar die Wucht der Empörung unterschätzt, ebenso die Aggressivität vieler Äußerungen.

Die Direktorenstelle soll jetzt öffentlich ausgeschrieben werden. Der Rücktritt von ihrem zugeschusterten Amt hat die Grünen gerettet. Denn jetzt sprechen alle über den Nicht-Antritt von Karin Röpke und nicht mehr darüber, wie es möglich sein konnte, dass die Grünen dieser Nominierung von Christian Weber überhaupt zustimmen konnten! Dass sie so umgefallen sind, wohl um sich mit lädiertem Rückgrat die Teilhabe an der Macht zu sichern.

2. Auf Bundesebene haben auch noch andere Grüne von sich hören lassen. So mahnte die Katrin Göhring-Eckardt ein Umdenken in der Sozialpolitik an. „Die **Hartz-IV-Sätze** entsprechen nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Sie gehören auf den Prüfstand, vor allem der Regelsatz für die Kinder“, sagte sie vergangene Woche der „Leipziger Volkszeitung“. Aus ihrer Sicht sollten Kinder eine eigenständi-

ge Existenzsicherung bekommen, dazu Gutscheine etwa für den Besuch von Musikschulen, Sportvereinen und so weiter. Es gehe sowohl um Selbstbestimmung als auch um Solidarität. Die Bürger, die arbeitslos und auf Hilfe angewiesen sind, dürften vom Staat nicht von oben herab behandelt werden, sondern dies müsse auf Augenhöhe passieren, fordert Göhring-Eckardt.

Niemand solle den Menschen vorschreiben, wie sie zu leben haben, wenn sie Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen. „Die Menschen sollen individuell gefördert werden. Der Einzelne muss selbst sagen, als was er gern arbeiten möchte, oder was er sonst leisten kann für die Gesellschaft“, so die Grüne. Die Grünen wollen im Herbst auf ihrem Parteitag ein neues Konzept zur sozialen Grundsicherung verabschieden. Die Grünen-Politikerin sieht derzeit keine Chance für Schwarz-Grün. „Die Inhalte gehen eher auseinander, wenn ich mir Schäubles Vorschläge zur inneren Sicherheit ansehe oder die mehrheitliche Befürwortung der Atomkraft in der Union. Das ist für uns eine Zumutung“, sagte die Bundestagsvizepräsidentin der „Leipziger Volkszeitung“.

Auch bei der Sozialpolitik sieht die Grünen-Politikerin kaum Schnittmengen mit der Union. „Der Unterschied ist, dass wir von Selbstbestimmung reden und die Union von Eigenverantwortung. Damit meint die Union aber leider, dass die Menschen sich selbst überlassen bleiben. Ich bin schon aufgrund meiner DDR-Biografie nicht dafür, dass der Staat sich überall einmischt. Aber er kann sich auch nicht seiner Verantwortung entziehen“, fordert Göhring-Eckardt. Schön, dass auch die Grünen, die das menschenverachtende und verbrecherische Hartz IV mit zu verantworten haben, nun ihren Irrtum begreifen. Oder in welchem Bundesland ist bald die nächste Wahl?

3. Die sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion „Die Linke“, Katja Kipping, hat die Hartz-IV-Regelsätze als „Liebestöter“ bezeichnet. Der nicht ausreichende Regelsatz lasse eine selbstbestimmte Sexualität nicht zu. Infolgedessen könne es zu ungewollter Schwangerschaft beziehungsweise Vaterschaft oder auch zu übertragbaren Krankheiten kommen.

„Im Regelsatz von Hartz IV sind lediglich rund fünf Euro pro Monat für den gesamten pharmazeutischen Bedarf vorgesehen. Damit ist sicherer Sex nicht möglich. Denn von den fünf Euro müssen auch Hustensaft, Salben, Pflaster und andere Arzneien bezahlt werden. Schon die Pille kostet zwischen fünf und 17 Euro monatlich“, so Katja Kipping. Das sei nur ein Beispiel von vielen, die verdeutlichen, dass der Hartz-IV-Regelsatz vorn und hinten nicht ausreicht. Vielmehr müsse Hartz IV durch eine bedarfsorientierte, repressionsfreie Grundsicherung ersetzt werden.

Die Forderung der Linksfraktion, die Regelsätze auf 420 Euro zu erhöhen, wäre ein erster Schritt dahin. „Selbstbestimmte Familienplanung und Schutz vor Aids darf nicht an niedrigen Regelsätzen scheitern.“ Als Übergangslösung müssten die Kosten für **Verhütungsmittel** als Mehrbedarf anerkannt werden, wie es in

der früheren Sozialhilfe üblich war. „Für jede Frau und jeden Mann soll selbstbestimmtes Leben und Lieben möglich sein“.

Hartz IV reicht für überhaupt gar nichts aus! Schon heute können ALG-II-Bezieher sich keine Medikamente und kaum eine Praxisgebühr leisten. Katja Kipping hat eine witzige Ader genutzt, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Offenbar ist es „der Politik“ lieber, dass ALG-II-Bezieherinnen ungewollte Babys abtreiben müssen, als sie gar nicht erst entstehen zu lassen! Mit der Steigerung auf immerhin 420 Euro monatlich wäre allerdings auch noch kein Staat zu machen. Das ist immer noch zu wenig, um selbstbestimmt leben zu können! Oder sollen wir unsere Fallmanager vielleicht fragen, ob wir uns nun ungehindert vermehren dürfen/sollen/müssen?

4. Lüge, Lüge über alles, für das deutsche Vaterland! Unsere Regierung behauptet allen Ernstes, dass Kinder von ALG-II-Beziehern gleiche **Bildungschancen** hätten! Die Bundesregierung widerspricht der Auffassung, dass Kindern von Arbeitslosengeld-II-Beziehern „nicht die gleichen Bildungschancen wie anderen Kindern offenstehen“. In ihrer Antwort (16/5870) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/5699) schreibt die Regierung, die Leistungen umfassten auch die Ausgaben für die Nutzung von Verkehrsmitteln, für Nahrungsmittel und für Schulmaterial.

Das Bundessozialgericht habe in seiner Entscheidung vom 23. November 2006 sowohl die Höhe als auch die Art der Bedarfsermittlung als verfassungsgemäß bestätigt. Zudem würden zusätzliche Mittel etwa für mehrtägige Klassenfahrten gewährt. Die Regierung verweist darüber hinaus auf die Schulgesetze der Länder. Diese ermächtigten die Kommunen als Schulträger, hilfebedürftige Familien beispielsweise von Kosten der Mittagessensteilnahme zu befreien.

Anmerkung: 207 Euro pro Monat Sozialgeld für Schulkinder reichen also für gleiche Bildungschancen aus. Wenn Kinder von Alg-II-Beziehern diese „Chancen“ nicht ergreifen, sind sie eben selber schuld. So stellt sich offenbar die Bundesregierung die Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit vor. Denn es kann einfach nicht sein, was nicht sein darf! Ich finde es gefährlich, wie mit der Macht der Medien die faktisch falsche Beurteilung des Bundessozialgerichtes verbreitet und ein seriöser Eindruck vorgetäuscht wird!

Was wollen denn die Hartz-IV-Empfänger noch – sie haben doch *alles!* Es darf nur nicht mehr genau hingeguckt werden. Alles wird pauschaliert. Wenn die Regelsätze pauschal für die körperlich wachsenden Kinder stimmen, dann ist das pauschal auch so in Ordnung. Aber bitte nicht genau hinsehen, etwa nachrechnen, was ein Kinderleben wirklich kostet, an Kleidung, Nahrung, Bildung! Das soll mit den lächerlichen 207 bis 276 Euros abgedeckt werden können? Dazu hätte ich mir ein praktisches Rechenbeispiel von der Regierung oder dem Bundessozialgericht gewünscht.

Außerdem hat bereits im letzten Jahr und auch in diesem der UNO-Beauftragte Vernor Muñoz angeprangert, dass die Bildungschancen in Deutschland von

der Vorbildung der Eltern *und* ihrem Geldbeutel so sehr abhängen wie in keiner anderen Industrienation auf der Welt. Egal welchen Blödsinn da ein Bundessozialgericht auf den Tisch legen mag, an diesen Richtern scheint die Realität vorbeigezogen zu sein! Oder wurde möglicherweise mit Spenden nachgeholfen? Wer kann das in heutigen Zeiten noch wissen?

5. Die „Mittelbadische Presse“ meldet einen „Tiefstand“ von ALG-II-Empfängern. Dabei wird mit allerlei statistischem Zahlenmaterial herumjongliert und beschönigt, was ich nicht wiedergeben möchte. Es wird erneut bemängelt, dass man bei der weiteren Senkung der Zahlen an natürliche Grenzen stoße. Höchste Priorität hierbei hat die Beratung und Betreuung für Jugendliche.

Besonders das Projekt „Qualifizierung junger Menschen für die **Landwirtschaft**“ wird hervorgehoben. Die Arbeitsförderungsbehörden und ihre Partner wollen dabei junge Menschen für landwirtschaftliche Tätigkeiten begeistern – mit einer Schnupperwoche, einem Praktikum und später mit einer Arbeit als Hilfskraft oder Auszubildender. Sollen hier Erntehelfer im neuen Gewand geschaffen werden?

Möglicherweise könnten schon im nächsten Frühjahr Briefe an Unterfünfundzwanzigjährige versendet werden, die etwa folgendermaßen lauten: „Sehr geehrte(r) Herr/Frau XY, hiermit laden wir Sie zu einem Qualifizierungslehrgang für die Tätigkeit als Spargelstecher ein. Bei entsprechender Eignung können Sie anschließend eine Zusatzausbildung als Erdbeerpflücker absolvieren. Sollten Sie auch diese Hürde gemeistert haben, bilden wir Sie selbstverständlich gerne zum Spezial-Obstpflücker aus, der vielseitig eingesetzt werden kann.

Inzwischen haben Sie sicherlich so viel Freude an der landwirtschaftlichen Arbeit entwickelt, dass Sie gegen diese körperlichen Strapazen und die Monotonie immun geworden sind und Ihre Arbeitskraft nicht mehr nur saisonal verausgaben möchten. Auch in diesem Fall können wir helfen und Sie zum Stallausmister fortbilden. Denn auf die Verdauungsendprodukte der Stalltiere ist das ganze Jahr über Verlass, und der Bedarf an Beseitigung garantiert! Mit freundlichen Grüßen, Ihre Arge.“

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Die hässliche Seite der schönen Statistik

1. In der „Tageszeitung“ vom 23. Juli 2007 fand ich eine Meldung, die ich nicht unkommentiert lassen möchte. Danach erwartet Wirtschaftsminister Glos, dass 2008 weniger als 3,5 Millionen Menschen ohne Job sein würden. Für 2009 rechne

er „mit einer weiteren Verbesserung“, verriet er der „Blöd am Sonntag“. Der Freiburger „Wirtschaftsweise“ Bert Rürup, der schon unter der Schröder-Regierung besonders unangenehm auffiel, stößt in das gleiche Horn und behauptet ebenfalls, dass im Sommer oder Herbst 2008 die Zahl „merklich unter 3,5 Millionen liegen“ würde.

Beim Wörtchen „würde“ wären wir bei der Würde, denn 3,5 Millionen unter der Knechtschaft der Hartz-Gesetze sind immer noch 3,5 Millionen zuviel! Glos und Rürup würden unter Realitätsverlust leiden, wenn sie selber glauben würden, dass sich Arbeitslose künftig in großer Zahl in Luft auflösen oder trotz weiter verschärfter Massenentlassungen unter menschenwürdigen Bedingungen wieder Arbeit finden werden. Deshalb wird verschwiegen, dass schon heute Millionen Menschen nur deshalb nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, weil die Arbeitsagenturen sie zwecks Schönung derselben gezwungen haben, bei Strafe von Kürzung oder Streichung des Arbeitslosengeldes jeden noch so miesen Job anzunehmen. Mehr als 1,3 Millionen Sanktionen wurden allein im Jahre 2006 verhängt, weil die Erwerbslosen die Annahme solcher Jobs verweigerten.

Die meisten betroffenen Menschen befinden sich in Ein-Euro-Jobs, sogenannten „Trainingsmaßnahmen“ und allen möglichen dubiosen Beschäftigungsverhältnissen weit unterhalb des Existenzminimums. Mit Ein-Euro-Jobs oder schikanösen „Eignungsfeststellungen“ werden Erwerbslose einer sinnlosen und menschenverachtenden Prozedur der Erniedrigung und Disziplinierung unterworfen. Wer dies leugnet oder nicht zur Kenntnis nehmen will, der macht sich – gewollt oder ungewollt – zum Komplizen der Ausbeuter und behördlichen Statistikfälscher.

Der Niedriglohnsektor boomt, und darauf stützt sich zum großen Teil der sogenannte Wirtschaftsaufschwung. Die Beschäftigungszuwächse 2006/2007 basieren vor allem auf Niedriglohn und Zeitarbeit. Etwas anderes zu behaupten wäre Selbstbetrug und bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Von der gesellschaftlichen Ausgrenzung durch Billigstlöhne sind Frauen und Kinder besonders stark betroffen. Ihnen wird die Menschenwürde und die Zukunft geraubt, und das ist ein riesengroßer Skandal, Herr Glos!

2. Atom-Glos wärmt kalten Kaffee auf! Im Februar tönte der CSU-Wirtschaftsminister schon einmal, dass dem „Klimawandel“ nur mit dem Ausbau der **Kernenergie** beizukommen sei. So als ob es die schweren Unfälle von Krümmel und Brunsbüttel nicht gegeben hätte, fordert Michael Glos erneut noch mehr Atomkraftwerke. Schützenhilfe erhält er jetzt von seinem Parteifreund und bayerischen Ministerpräsidenten Beckstein sowie von CDU-Fraktionschef Volker Kauder.

Unterdessen werden immer mehr schwerwiegende Mängel an diesen beiden Atommeilern bekannt. Nach den falschen Dübeln im Kraftwerk Krümmel kommen

jetzt Verankerungsmängel an den Rohrleitungshalterungen des Not- und Nachkühlsystems von Brunsbüttel ans Licht. Daraufhin wurde auch dieser Reaktor abgeschaltet. Zuvor hatte die Betreiberfirma Vattenfall dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben müssen und ihre „GAU-Leiter“ Thomauske und Rauscher rausgeschmissen. Dieser Schritt war allerdings längst überfällig. Doch mit dem bloßen Auswechseln von Köpfen ist es nicht getan. Der Firma gehört die Betriebserlaubnis für Atomkraftwerke entzogen. Unsere Forderung kann daher nur lauten: Keine neuen Atomanlagen! Sämtliche Kernkraftwerke sofort abschalten!

3. Unsere Zukunft – atomwaffenfrei! Am 6. August 1945 warf die US-Luftwaffe die erste **Atombombe** auf Hiroshima. Drei Tage später folgte die zweite auf Nagasaki. 200.000 Menschen starben sofort, über 100.000 erlitten grausame Verletzungen. Eine unbekannte Zahl von Menschen starben an den Folgen der radioaktiven Strahlung. Damit begann ein jahrzehntelanges atomares Wettrüsten. Insgesamt gibt es jetzt weltweit mehr als 40.000 Sprengköpfe – genug, um die gesamte Menschheit auszulöschen. Dem setzt die internationale Friedensbewegung die Forderung entgegen: Atomwaffen abschaffen!

Inzwischen haben neun Staaten Atomwaffen: USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Die fünf ersten Atommächte verstoßen laufend gegen den Atomwaffensperrvertrag von 1970, in dem sie sich zur vollständigen atomaren Abrüstung verpflichtet haben. Die USA, Russland, Großbritannien und Frankreich rüsten nuklear weiter auf und schließen nicht einmal den Ersteinsatz aus. Wie die Beispiele Indiens, Pakistans und Nordkoreas belegen, streben immer mehr Staaten nach Atomwaffen. Wir müssen bei uns anfangen!

480 Atombomben der USA lagern immer noch in Europa, 150 davon auf deutschem Boden, in Büchel und Ramstein. Von den US-Atombomben in Büchel haben 20 jeweils das 200-fache der Sprengkraft der Hiroshimabombe. Bundeswehrpiloten trainieren deren Einsatz mit Tornado-Jagdbombern, was völkerrechtswidrig ist. Wir fordern von der Bundesregierung: Keine deutschen Piloten für möglichen Atomwaffeneinsatz, keine Mitwirkung bei Atomwaffenplanungen der NATO, Abzug aller Atomwaffen aus Ramstein und Büchel, Eintreten für die Erhaltung des Atomwaffensperrvertrags und die vollständige atomare Abrüstung international!

Am **Montag**, dem **6. August 2007**, trifft sich die Friedensbewegung zur Mahnwache und **Kundgebung** um **12 Uhr** auf dem Marktplatz. Anlass ist das Gedenken an den Atombomben-Abwurf auf **Hiroshima** und **Nagasaki**. Es spricht Physiker Bernhard Stoevesandt, und es gibt Musik von der Gruppe Velvet aus Weyhe. Bitte bringt Blumen für das Peace-Zeichen mit! Veranstalter sind das „Bremer Friedensforum“, die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ und die Gruppe „Feliz“.

Am **15. September** gibt es in **Berlin** eine **Demonstration** unter dem Motto „**Bundeswehr raus aus Afghanistan!**“

4. Die Bezieher von ALG II haben Anspruch auf volle Erstattung ihrer **Heizkosten**, auch wenn sie ausnahmsweise in einer größeren Wohnung leben als eigentlich vorgesehen. Dies entschied jetzt das Sozialgericht Düsseldorf (Aktenzeichen S23 AS 119/06). Die Arge Krefeld dürfe nicht nur die Heizkosten für eine Regelwohnung anerkennen. Eine Trennung der Heiz- von den Unterkunftskosten sei nicht möglich. Zudem habe der Gesetzgeber bei unangemessenen Heizkosten keine Sanktionen vorgesehen.

Im vorliegenden Fall ging es um einen Alleinstehenden, der mit Zustimmung der Behörde in einer vergleichsweise billigen 55-Quadratmeter-Wohnung lebt. Eigentlich sind für Singles nur 45 Quadratmeter vorgesehen. Die Arge berücksichtigte nur die Heizkosten für eine 45 Quadratmeter große Wohnung, schreibt das „Neue Deutschland“ am 24. Juli 2007. –

In der gleichen Ausgabe steht noch eine weitere Meldung, die ich euch nicht vorenthalten möchte: Im Herbst kommt ein Knüller auf den Buchmarkt, das Hartmut-Mehdorn-Bekenntnis „Diplomat wollte ich nie werden“. Der Bahnchef, der uns auch mit der **Bahnaktie** beglücken will, hat ein schlaues Marketing-Konzept ausgetüftelt – ähnlich wie bei den teils unerforschlichen Tarifmodellen. Wie man hört, orientiert sich Mehdorn am Erfolg der Potter-Saga.

Da aber niemand die Harry-Mehdorn-Fantasy freiwillig kauft, wird sie Bestandteil des neuen „Harry-Surf-and-Rail-Service“: Wer die „Bahncard 50“ erhalten will, muss 50 Harry-Bücher nehmen, für die „Bahncard 100“ sind 100 Exemplare fällig. Den Sommer über sollen brisante Details lanciert werden, um die Spannung anzuheizen: von welchem Bahnhof bald die Fassade abfällt, oder warum Harry sich selbst toll findet. Einfach so gibt’s Bücher plus Bahncard nicht: Man muss am Erscheinungstag null Uhr mit Schaffnerkelle und -mütze vor Harrys Glaspalast stehen, Frauen müssen außerdem „Harry, lass mich in deinen Liegewagen“-Schreie ausstoßen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die Asbest-Opfer werden um eine Entschädigung betrogen

Die sogenannte Berufsgenossenschaft, das der Täterschaft beklagte Betrugsunternehmen, gefällt sich in Wortpirouetten und darin, mich noch zu verspotten! Nach Aussage eines Zeugen in der Funktion eines Rechtsanwaltes ist bekannt, dass die Berufsgenossenschaft von den Beiträgen der versicherten Arbeitnehmer existiert. Eine vorgesetzte Aufsicht gibt es nicht, nicht einmal eine Kontrolle ihrer Finanzen. Weil die Verwaltungsangehörigen aber mit sehr guten Gehäl-

tern in pompösen Gebäuden sitzen, muss natürlich das Geld hierfür aufgebracht werden.

Dadurch werden die Beitragszahler systematisch um ihre Rentenrechte betrogen! Wie bei den gesetzlichen Krankenkassen zahlen sich die Chefs Gehälter, die gegenüber den unteren Angestellten jedem Verhältnis zu ihrer Arbeitsleistung spotten. Nach weiteren Zeugenbefragungen ist immer wieder dasselbe Spiel beweisbar, besonders zum Nachteil von Asbestkranken: Die Betroffenen werden mit Verdrehungen, Lügen und unvorstellbarer *Verarsche* über Jahre hinweg belogen, betrogen und hingehalten!

Diese Menschenverachtung ist mit den Praktiken der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus zu vergleichen, welche noch von den Tätern wie einem gewissen Globke geregelt wurde, einem der Hauptschuldigen an den Verbrechen der NS-Diktatur: Entschädigungsleistungen werden behindert, bis die Opfer ihre Klagen aufgeben oder die sogenannte „biologische Endlösung“ eintritt, wodurch sich die Entschädigungsklage erledigt.

Dieses Verhalten hat dem Ansehen der Bundesrepublik bis auf den heutigen Tag schwer geschädigt, zumal die Täter Altersversorgungen bekamen, die diesem Staat die Fratze des asozialen Unrechtsstaates aufgesetzt haben. Es stellt sich hier die Frage: Hat der Staat, wovon ich ausgehe, von oben herab oder im Klüngel von Parteiinteressen eine Anweisung an seine Bediensteten zu dieser Betrügerei gegeben?

In meiner Invaliditätsrentenklage besteht derselbe Sachverhalt. Da aber die Berufsgenossenschaft, vergleichbar der AOK, eine soziale Dienstleistung des Staates an den Bürger ist, haben die Bediensteten nicht das Recht, die versicherten Beitragszahler mit System zu betrügen, um den eigenen Gewinn oder den der Versicherung oder Genossenschaft, gar noch den Unterhalt von Prachtbauten sowie die reich bemessenen Gehälter der eigenen Bosse zu sichern.

Besonders die pompösen Einkommen der Letztgenannten haben immer wieder zu erheblichen Ärger bei den Versicherten geführt. Solange diese Schreibtischverbrecher ungestraft ihre Betrügereien weiter betreiben können, wird weder die Einsicht kommen, Unrecht getan zu haben, noch wird diesem Unrecht überhaupt ein Riegel vorgeschoben! Es ist und bleibt ein bandenmäßiger Betrug, wenn Staatsbedienstete oder Personal von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften oder Rentenversicherungsanstalten – auch Ärzte – zu Schreibtischtätern gemacht werden und, vorsätzlich von oben angewiesen, Invaliden, Rentner und Kranke um ihre sozialen Rechte betrügen!

Wir Bürger zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge an den Staat oder seine Einrichtungen. Dafür hat der Staat uns Bürgern juristischen Schutz garantiert, er ist eine soziale Verpflichtung eingegangen und hat eine Aufsichts- und Fürsorgepflicht! Als geschädigter Bürger verlange ich die Einhaltung dieses sozialen Rechtes: Es muss, falls nötig, sogar mit dem Strafrecht erzwungen werden, und die Täter sind wirksam zu bestrafen!

Es ist unglaublich, wie Arbeitnehmer dazu gebracht werden können, an Straftaten wissentlich mitzutun, ohne über die möglichen strafrechtlichen Folgen ihres Tuns nachzudenken. Dies war nicht nur im „Dritten Reich“ so, wo selbst Mordverbrechen mitbegangen wurden. Heute scheinen, wie mehrfach von den Medien dargestellt wurde, die Arbeitgeber sogenannter Drückerkolonnen, Callcenter oder Kaffeefahrten bis hin zu Banken und Versicherungen zu glauben – wie bei unserer Justiz teilweise sichtbar wird –, dass der Tatbestand des gemeinschaftlich begangenen Betruges abgeschafft sei!

Ich lasse es als Bürger weder gelten, dass unsere Rechtsprechung derartige Verfahren bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag oder bis zu ihrer Verjährung verschleppt, noch dass derartige Verfahren, die Unsummen an Steuergeldern kosten, am Ende einfach im Sande verlaufen oder die Täter wie Kleinkriminelle mit dem drohenden Zeigefinger und einem „Du, Du!“ davonkommen und unserer Rechtskultur mit feixendem Lachen den sogenannten Stinkefinger zeigen! Wer glaubt da noch, dass Verbrechen sich nicht lohnen?

Eine Staatsanwältin erlaubte sich die Frechheit, mich auf eine „Laus“ ansprechen zu wollen, die mir „über die Leber gelaufen“ sei! Einige Staatsanwälte in unserem Faustrecht-Kapitalismus scheinen recht merkwürdige Ansichten über unser Recht zu haben und glauben sich auch verbal in ihren Angriffen – vor allem gegenüber sozial oder in ihrer Bildung schwachen Bürgern – in den Amtsstuben, besonders bei ihren Selbstdarstellungsorgien in den Gerichtssälen, „im Namen des Volkes“ so austoben zu dürfen!

Die Hauptschuld an diesen Sozialbetrügereien trägt der Staat selbst. In der Nachkriegszeit hat es sich die Bundesregierung sehr leicht gemacht mit der großen Volksverarschung: Die Nazis hätten ja für ihren Krieg die Rentenkassen geplündert. Tatsächlich wurde in den folgenden Jahrzehnten geraubt, was nicht niet- und nagelfest war und ein Kapital unvorstellbaren Ausmaßes verdient und angehäuft. Um nur eine Firma hier in Bremen beim Namen zu nennen: die Fischmehlhandlung „Kurt A. Becher GmbH & Co. KG“. Man ging in der eigenen Bereicherung über Unrecht und Leichen. Die Krüppel können dann sehen, wo sie bleiben!

Es war eine unfähige Politik, die Milliardensummen veraast hat, ein Steuer(un)recht, das unseren Staat in die Armut gebracht hat. Es waren die Politiker mit einer ins Unvorstellbare ausgewucherten Verwaltungsbürokratie und maßlosen Selbstversorgung. Letztlich versteckt sich dann die Justiz dahinter und verkündet, es bestehe kein öffentliches Interesse und kein Handlungsbedarf.

Mir sind genügend Fälle bekannt geworden, wo Bürger für lächerliche Lappalien willkürlich mit Urteilen abgestraft wurden, die jeder Rechtsprechung spotten. Bis hin zur Betrügerei bei der Hartz-IV-Versorgung beschwört der Staat oftmals selbst Prozesse herauf, die über Jahre durch die Instanzen laufen, um Geldbeträge, die einem Politiker nicht einmal für ein bescheidenes Ein-Personen-Essgelage ausreichen!

Selbst wenn ich mir meine Erkrankung und Asbestinvalidität in einer verseuchten Turnhalle, Schule oder „Gewoba“-Wohnung geholt hätte, wäre dieser Staat in seiner Sozialgesetzgebung verpflichtet, mir eine angemessene Rente oder soziale Versorgung zukommen zu lassen. Ich aber bin nachweisbar in der Hauptsache an meinem Arbeitsplatz geschädigt worden!

Eingabe von Peter Kubiak (parteilos) bei der Staatsanwaltschaft Bremen

Schluss mit lustig: Schikanöse Arbeitsmarktpolitik soll Erwerbslose zur „Vernunft“ bringen *(„Labournet“)*

Die Zynismen der Großen Koalition

Frau Merkel hat Halbzeitbilanz gezogen, eine positive natürlich. Doch der von ihr besungene „Rückgang der Arbeitslosigkeit“ besteht in Wahrheit nur aus einer extremen Zunahme befristeter Zeitarbeitsverhältnisse sowie von Leiharbeit, Mini-, Billigst- und Ein-Euro-Jobs. Das ist der Kern der Hartz-Gesetze, deshalb müssen sie weg! Besonders lobt sich die Kanzlerin für die Vorbereitung der Börsentauglichkeit von Deutscher Bahn und RAG, obwohl dadurch Hunderttausende von Stellen vernichtet werden!

Innenminister Schäubles faschistoide Vorschläge werden von Merkel gebilligt: „Ich erteile kein Denkverbot.“ Das große Vorbild sind die USA: Bush musste jetzt zugeben, dass unter anderem die CIA tatsächlich foltert. Das soll sie jetzt nicht mehr tun. Jemandem systematisch den Schlaf zu entziehen oder ihn so lange unter Wasser zu tauchen, bis er meint zu ersticken, fällt selbstverständlich nicht unter das Verbot, auch nicht die Folter in Guantánamo. Bei den jüngsten Entführungsfällen in Afghanistan sind den bürgerlichen, vom Bundespresseamt ausgerichteten Medien zufolge die Kräfte in unserem Land schuld, die den Afghanistan-Einsatz kritisieren. Das ermutige dann die Terroristen!

Zurück zur verhartzten Innenpolitik: Der Krankenstand ist auf 3,3 Prozent gesunken. Weil alle so gesund sind? Wohl kaum: Ursache ist die Angst vor dem Jobverlust! Um ein Drittel ist die Zahl der Leistungssperren für Arbeitslose gewachsen. Eine extreme Zunahme gibt es aber auch bei den Klagen gegen Hartz IV, von denen bis zu 45 Prozent erfolgreich sind. Was beweist, dass die Bagis und die anderen Argen gezielt und wissentlich Druck machen, zu Unrecht kürzen, das

ALG II senken und die Betroffenen in Niedrigstlohnjobs zu pressen versuchen. Gegenwehr ist erforderlich!

Wolfgang Lange (MLPD)

Warum will Christian Weber gleich vier Positionen besetzen?

1. Frau Röpke hat diesmal klug gehandelt. Aber wieso will Bürgerschaftspräsident **Weber** sogar vier Positionen besetzen? Die Stelle von Frau Röpke soll jetzt ausgeschrieben werden. Warum kann Herr Weber seinen langjährigen Mitarbeiter nicht arbeitsrechtlich korrekt behandeln? Ein klärendes Gespräch; falls keine Besserung eintritt, eine Abmahnung; falls keine Besserung eintritt, die zweite Abmahnung mit Aufzeigung der Folgen, und als letztes Mittel die Kündigung, sicherlich mit sozialverträglichem Enddatum, und erst jetzt die Neubesetzung! Davor auch keine üble Nachrede! So ein Vorgehen und Verhalten kann auch Herr Weber lernen!

Nun zu den anderen drei Positionen! Wer geht dafür? Warum werden diese Stellen nicht ausgeschrieben? Und nicht zuletzt: Handelt es sich um *notwendige* Stellen? Vor nicht einmal einem Jahr wünschte Herr Weber die Ausweitung seines Büros, verbunden mit weiteren Planstellen und einer Höherstufung seines Aufgabenbereichs. Seinerzeit stand im „Weser-Kurier“, dass dieses Ansinnen abgelehnt wurde. Wurde dessen Erfüllung nur vertagt?

Herr Weber kann diese Fragen beantworten! Der Hinweis auf einen politischen Beamten greift zu kurz, wenn gleichzeitig im sozialen Bereich massiv gespart und gekürzt wird. Diese Verschwendung nach Gutsherrenart ist unangemessen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Am 20. Juli 2007 stand im „Weser-Kurier“: „Bremen erhält weniger Fördergelder zum Abbau der Arbeitslosigkeit.“ Helga **Ziegert**, die zuständige Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, hat die Eckpunkte sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik unter diesem Sparzwang dargestellt. Dabei hat sie die Statistikzahl von plus 8.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen als Erfolg gewertet.

Als Vorsitzende des DGB Bremen wäre diese Betrachtung sicherlich differenzierter ausgefallen! Den Gabelstaplerschein oder eine andere Fortbildung gibt es

schon lange nur noch in Verbindung mit einer Einstellungszusage. Leider fehlt auch der Bezug zum Vertrag mit den Grünen. Ich gehe davon aus, dass dieser Vertrag uneingeschränkte Grundlage bleibt und Frau Ziegert es so gemeint hat! Ihre Ausführungen sind entsprechend allgemein.

Wenn Geld fehlt, sollte endlich die Bewilligungspraxis der Bundesagentur hinterfragt werden. Bremen musste einen Großteil der bereits erhaltenen **Fördermittel**, insbesondere für ABM, zurücküberweisen, ohne dass eine Gegenwehr der wahlkampfverzettelten Bremer Politiker erfolgte. Frau Ziegert, haben Sie dagegen Protest erhoben und Öffentlichkeit herbeigeführt?

Am 22. Juli 2007 meldete der „Weser-Kurier“: „Streit um wachsende Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit“. Als Grund wird die „gute Entwicklung“ am Arbeitsmarkt angeführt. Die gute Entwicklung der Bundesagentur für Arbeit ist allerdings losgelöst vom Arbeitsmarkt, weil die Ansprüche auf Arbeitslosengeld I massiv begrenzt wurden! Nicht nur die Bezugsdauer, sondern auch die Zugangsvoraussetzungen wurden stark eingeschränkt.

Darüber hinaus hat die Bundesagentur die Mittel zur Beschäftigungsförderung von den einzelnen Arbeitsämtern zurückgefordert, und sie hat durch die Vorverlegung der Beitragsfälligkeit einen Monatsbeitrag zusätzlich in der Kasse. Ausgegeben wird dieses Geld für eine weitere Beitragssenkung. Ausgerechnet der Chef der Bundesagentur verspricht sich 100.000 neue Arbeitsplätze je Prozent Beitragssenkung!

Herr **Weise**, gehen Sie zur Fortbildung! Nicht einmal Ihr eigenes Forschungsinstitut teilt diese Meinung! Das können Sie ändern. Eine weitere Verarmung der öffentlichen Hand schafft keine neuen Arbeitsplätze, sondern gefährdet die vorhandenen! Die Stärkung der Arbeitssuchenden ist der Weg!

Die Personalumschichtung von 4.000 Mitarbeiter(inne)n zu den Argen wird dort vorhandenes Personal verdrängen. Oder gehen Sie von einem noch größeren Verwaltungsaufwand bei den Argen aus? Soll diese Personalaussage bis 2012 ausdrücken, dass die Argen nicht mehr auf dem Prüfstand stehen? Ist die Befristung für den Bestand der Argen aufgehoben? Damit wäre auch der Befristungsgrund in den Arbeitsverträgen der Mitarbeiter(innen) nachträglich ungültig!

Die Arbeitsverträge mit diesem Befristungsgrund sind somit unbefristet! Sagen Sie es den Mitarbeiter(inne)n freiwillig. Jede noch so intensive Betreuung schafft keinen Arbeitsplatz! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Herbert Rische ist Präsident der Deutschen Rentenversicherung und als solcher den Rentnern besonders verpflichtet. Er sollte wissen, dass Hartz IV ein wesentlicher Faktor für die geringe Rentenerhöhung ist, denn der Verdienst der Ein-Euro-Arbeitnehmer wird in den Vergleich der Bruttolohn- und Gehaltsentwicklung einbezogen. Diese 120 Euro pro Monat ziehen das **Rentenniveau** nach unten!

Auch die viel gepriesene private Vorsorge durch Gehaltsumwandlung reduziert die Rentenansprüche allgemein und dadurch paradoxerweise auch die eige-

nen. Natürlich tragen die zusammengestrichen Löhne der Arbeitnehmer ebenfalls dazu bei. Herr Rische sollte wissen, dass die Rente vom Bruttoprinzip auf das Nettoprinzip umgestellt wurde. Dadurch wurden Neurentner wesentlich schlechter gestellt! Ein Hinweis auf die Rentenentwicklung der letzten 50 Jahre ist insofern irreführend!

Als Präsident der Deutschen Rentenversicherung müsste Herr Rische dies wissen und seine Rentner nicht für dumm verkaufen! Wieso lässt ein Journalist Herrn Rische damit durchkommen („Weser-Kurier“ vom 19. Juli 2007)? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die Europäische Union hat Europa neu aufgeteilt. Dabei ist Bremen mit Oldenburg und anderen Städten zur „**Metropolregion** Oldenburg-Bremen“ geworden. Außerdem hat die EU festgelegt, dass die Wirtschaft einen Vertreter in die Landesregierung entsenden darf. Wenn diese Metropolregion die bisherigen Landesregierungen komplett ablöst, bedeutet das, außer den gewählten Volksvertretern sitzt ein gleichberechtigter Wirtschaftsvertreter mit im Boot – in der Verwaltung der Metropolregion Oldenburg-Bremen ist dies ein Banker!

Für mich ist das eine Rückbesinnung auf die Zeiten des Lehnswesens: Der Lehnsherr forderte und bekam zusätzliches Stimmrecht zur Durchsetzung seiner Interessen. Insofern ist dies ein Satz rückwärts!

Die Freie Hansestadt hat die Handelskammer Bremen in die „Bremer Investitons-Gesellschaft mbH“ eingeladen. Sie erhält einen Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der BIG. Diese Stärkung des Kapitals ist auch in der „Lissabon-Agenda“ geregelt und soll in der EU-Verfassung festgeschrieben werden!

Die Handelskammer sagt dazu nicht einmal Danke. Wer diese Richtung nicht möchte, sollte dies in seiner Organisation thematisieren. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Abgetaucht: Wo ist Böhrnsen? *(„Tageszeitung“)*

Moralisches Empfinden verletzt: Bürgerschaftspräsident Weber bittet um Entschuldigung *(„Weser-Kurier“)*

Arbeitgeber missbrauchen Sozialsystem: Dank des Niedriglohnaufschwungs steigt die Zahl der ALG-II-Empfänger immer weiter an *(„Tageszeitung“)*

Schulrecht des 19. Jahrhunderts: Sonderschulen verletzen das Recht auf Bildung Behinderter *(„Tageszeitung“)*

Thank You For The Music

Für uns gibt es nicht nur Grund zu klagen, nein, man muss auch mal Danke sagen! Die Montagsdemo feierte am vergangenen Sonnabend zum dritten Male ihr Sommerfest. Es ist bestens verlaufen, darum ein Dank an alle, die zum Gelingen beigetragen haben, an die edlen Spender von Kuchen und Salaten und an jene, die sich aufopferungsvoll bereit erklärt haben, für das leibliche Wohl zu sorgen, an Dörte, Elisabeth, Hannelore, Peter und Wolfgang!

Danke an die Unterhaltungskünstler: Iris mit ihrem Tanz und Wanja mit seiner Jonglage. Besonderer Dank gilt all denen, die zur musikalischen Unterhaltung beigetragen haben: unserem Diskjockey Michael und seinem Vater, außerdem Andreas, der seine „Brotlose Kunst“ darbrachte, sowie Marion und Lutz, die durch ihr musikalisches Engagement unter dem Künstlernamen „Zartbitter“ zum Gelingen unseres Festes beigetragen haben, auch durch das unentgeltliche Bereitstellen der Verstärkeranlage, ohne die das Ganze nicht möglich gewesen wäre.

Danke aber auch an die Presse, die ihr Wort gehalten hatte und ihre Begeisterung selbst zum Ausdruck brachte, an alle, die mitgemacht haben, und an die Gäste, die sich zu uns gesellt haben. Ein Dank unseren beiden Nesthäkchen Gesa und Tessa, die mit Begeisterung dabei waren und uns aus freien Stücken tatkräftig unterstützt haben, und den vielen Kindern, die spontan mitmachten und die Lieder mit Begeisterung mitsangen. Gesa berührte besonders mit ihrer instrumentalen Einlage die Herzen der Menschen. Verzeihung, beinahe hätte ich es vergessen: Danke, lieber Gott, dass wir auch so schönes Wetter hatten!

Udo Riedel (parteilos)

Engagierte Öffentlichkeit stoppt Postenschieberei und Filz der SPD

Die Montagsdemo hatte noch nicht begonnen, da gab es schon den „Knaller“: Die ehemalige Sozialsenatorin Röpke verzichtet auf ihr neues Amt als Bürgerschaftsdirektorin. Da blieben viele stehen, Einheimische und Touristen, und hörten zu.

So konnten wir bei der 142. Montagsdemo in Bremen am 23. Juli 2007 um 17:30 Uhr auf den Marktplatz mal wieder über 70 Teilnehmer zählen.

Der „Filz-Tanz“ von Herrn Bürgerschaftspräsident Weber mit Frau Röpke war, obwohl wir zunächst noch gar nicht die neueste Wendung kannten, *das* Thema des Nachmittags. Die Arroganz der Macht oder besser die Frechheit bei Christian Weber wurden beleuchtet, wie auch die anscheinend „wohlige Kumpanei“ von „Bündnis 90/Die Grünen“. Die Redebeiträge gaben großer Verwunderung und Entrüstung Ausdruck. Dass die SPD so schnell vergessen kann, dass sie zehn Prozent der Stimmen bei der Bürgerschaftswahl im Mai eingebüßt hat, zeigt, dass mit diesen Politikern kein Staat mehr zu machen ist. Die Grünen können es als „Schuss vor den Bug“ betrachten, wie die Öffentlichkeit reagiert hat. Sie müssen schnell erklären, wie es zu dieser Kungelei mit der SPD kommen konnte.

Herr Weber selbst sollte schnellstens, und zwar gründlich, über sein Verhalten nachdenken. Um sich zu rehabilitieren, kann er eigentlich nur Frau Röpke folgen und ebenfalls zurücktreten. Am Abend in der Regionalsendung „buten un binnen“ war es nur peinlich, wie er beim Interview auf seinem Stühlchen zappelte und von der „wunderbaren Frau Röpke“ sprach. Wenn er auf neuen „Freiersfüßen“ wandeln möchte, sollte er das nicht in der Bürgerschaft versuchen, denn die „Bürgerschaft“ – oder besser die engagierte Öffentlichkeit – schaut zu den Fenstern hinein! Die Zeitungen waren voll von Leserbriefen und Kommentaren. Es ist gut, dass die Öffentlichkeit anfängt, sich solche „Klamotten“ nicht mehr gefallen zu lassen!

Aber die Öffentlichkeit ist leider noch viel zu wenig bewusst, wenn man sich andere aktuelle Themen ansieht, etwa das Aufschwung-Gerede der Merkel-Regierung, das sich nur in Gewinnen der großen Konzerne und einer Zunahme der „hire-and-fire“-Arbeitsverhältnisse bei den Teilzeitfirmen niederschlägt. Dass der Stundenlohn bei Leiharbeitskräften, die sich kaum wehren können, viel geringer ist als bei regulären Arbeitsverhältnissen, soll niemand so genau wissen. Darum schläft Herr Müntefering auch seinen „Sommerschlaf“ (oder ist er schon in Rente?) und hofft, dass er nichts mehr groß anpacken muss und niemand merkt, dass die SPD bald schon weniger als zehn Prozent Stimmen und Mitglieder hat.

Oder Afghanistan und „unsere Interessen am Hindukusch“: Es soll uns weisgemacht werden, dass unsere „Entwicklungshilfe“ das Land aufbauen könnte. Für wie blöd halten uns eigentlich diese Herren Jung, Struck und wie sie alle heißen? Solange die Imperialisten nur ihre Interessen sehen und vom „Rechtsstaat“ schwafeln, aber das Denken, Fühlen und Handeln der Völker mit Stiefeln und Gewehren bedrohen, wird kein Friede einkehren! Die bürgerliche Denkungsart ist nun einmal dumm und metaphysisch. Von „actio gleich reactio“ hat sie noch nie

etwas gehört, höchstens wenn man darin den „Leibhaftigen“ selbst sehen kann, wie Herr Schäuble in vielen Schulstunden bei seinem christlichen Lehrer, dem US-Heimatschutzminister, gelernt hat.

Um noch einmal auf Bremen zurückgekommen: Wir haben von der „Linken“ noch nicht so arg viel gesehen und gehört. Es ist vielleicht nicht sehr sinnvoll, die Fraktionssitzungen genau auf den Zeitraum der Montagsdemonstration zu legen. Vielleicht kann doch überlegt werden, ob sich das etwas anders organisieren lässt. Unsere Einladung zur Teilnahme gilt auch für die Mitglieder. Es sind schließlich nicht alles Bürgerschaftsabgeordnete, die am Montagnachmittag nicht erscheinen und lieber anderen Geschäften nachgehen. Unter Transparenz und der Verbindung mit dem außerparlamentarischen Kampf verstehen wir etwas anderes! Also, liebe „Linke“: Überlegt mal, was ihr anders machen könnt, und wie wir wirklich zusammenarbeiten können!

Übrigens hatten wir ein tolles Sommerfest. Das Wetter war gut, Live-Musik gab es von zwei Gruppen, dazu schöne alte Platten-Musik, Tanz- und Jonglage-Vorführungen, Kinderspiel und ein großes Angebot von Essen und Trinken. Es ist fast alles „alle“ geworden. Das stärkt uns unter anderem für die Fahrt zum Sternmarsch am 13. Oktober 2007 nach Berlin gegen die weiterhin absolut volksfeindliche Politik der Merkel-Regierung!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

143. Bremer Montagsdemo am 30. 07. 2007

Wer belügt hier wen?

Es ist eine große Kunst, zwischen den Zeilen zu lesen. Die Fakten sind: sinkende Reallöhne, höhere Kauflust. Toll! Trotz sinkender Löhne mehr Nachfrage. Wir haben also endlich das Perpetuum mobile erfunden, wenn man der Wirtschaft glaubt. Und nicht nur das: Wir holen sogar noch mehr raus, als wir reinstecken!

Stellen Sie sich mal vor, meine Damen und Herren, es gäbe Autos oder Maschinen, die so funktionieren würden – was für ein Segen für die Menschheit! Leider geht das gar nicht, denn es widerspricht allen Naturgesetzen. Solche Erkenntnisse wären zu bezweifeln, und die Wissenschaftler und Entdecker, die so etwas verkünden, müssten als Scharlatane entlarvt werden. Wenn jedoch diese Aussage nicht stimmt, dann stimmt auch etwas anderes nicht, denn eine größere Nachfrage kann nicht mit weniger Geld erfolgen.

Aber woher kommt dann die größere Nachfrage? Bei sinkenden Löhnen sowie höheren Preisen, Steuern und Energiekosten geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Renten werden nicht mehr erhöht, aber dafür sogar besteuert. Man schafft immer mehr Billigjobs, und zu guter Letzt werden jetzt noch die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben und auch die Mehrwertsteuer erhöht. Das alles spricht doch wohl dafür, das wir immer weniger Geld zur Verfügung haben. Und damit dürfte es auch weniger Kaufkraft geben!

Da wird immer von den sprudelnden Steuerquellen geredet – warum bloß haben wir nichts davon? Als Rentner und Großvater von fünf Enkelkindern habe ich zwar eine größere Nachfrage, aber das macht mich nicht reicher, jedenfalls nicht in meinem Portemonnaie! Natürlich sind die Kinder unser „Reichtum“, aber haben wir dadurch mehr Geld zur Verfügung? Woher kommen dann also die Kauflust und die Nachfrage?

Ich gebe zu, die Psychologie spielt in der Wirtschaft schon eine Rolle, aber mehr Geld als Nachfrage ist nicht vorhanden. Nur wer an unseren Einkäufen verdient, könnte tatsächlich eine größere Nachfrage auslösen, oder wer Geld mit

Geld verdient. Aber die Gutbetuchten geben es eher für Luxus aus, und den kann sich der „normale“ Bürger eben nicht leisten. Wenn mich der Aufschwung erreicht hat, teile ich es euch selbstverständlich mit! Doch ich fürchte, bis dahin müsst ihr euch noch ein paar Jahre gedulden.

Udo Riedel (parteilos)

Der „Soli“ muss weg!

„Die Soli-Sauerei!“ titelte „Bild“ am vergangenen Freitag. Der Inhalt des Berichtes: Wir zahlen 32 Milliarden Euro zu viel! Das Geld verschwindet in Haushaltslöchern. Kippt jetzt die Sondersteuer? Eigentlich sollten wir den „Solidaritätszuschlag“ ja nur vorübergehend bezahlen!

Jetzt stellt sich heraus: Wir zahlen viel mehr, als der Osten wirklich braucht. Jährlich kassiert der Bundesfinanzminister derzeit über elf Milliarden Euro „Soli“ – 2010 sollen es laut Steuerschätzung sogar 14,2 Milliarden sein. Nur zwei Drittel der „Soli“-Gelder wurden im Jahr 2005 laut Bundesfinanzministerium „zweckgerecht“ verwendet. Der „Soli“ könnte bereits zum 1. Januar 2008 um 0,5 Prozent gesenkt werden, ohne die bereits vereinbarten Leistungen für den „Aufbau Ost“ zu gefährden.

Was die „Bild“-Zeitung nicht schreibt: Der „Solidaritätszuschlag“ ist eine Extrasteuer, die von der arbeitenden Bevölkerung nicht nur im Westen, sondern auch im Osten kassiert wird. Mit solchen Meldungen wird versucht, uns zu spalten – dabei zahlen wir alle an den Staat! Der „Soli“ ist ein Betrug, der ganz vom Tisch muss!

Helmut Morstein (parteilos)

Die Konzerne schreiben sich ihre Gesetze selbst

In gut zwei Wochen jährt sich unser Protest gegen Hartz IV, Schröders Agenda 2010 und die aktuelle Politik zum dritten Mal – und die Regierung ist weitgehend im Urlaub. „Der Aufschwung läuft doch!“, so tönt es. Aber wie sieht die Realität aus?

Der „Deutsche Industrie- und Handelskammertag“ hat bei einer Umfrage ermittelt, dass sich 2007 das Exportwachstum von 14 auf acht Prozent verringern wird. Da sich diese acht Prozent mit dem Weltmarktwachstum decken, sind kei-

ne neuen Weltmarktanteile zu gewinnen. Die Firmen, voran die Monopole, setzen auf **Überstunden** und Leiharbeiter, um ihre Gewinne zu steigern, und so werden dann auch keine wirklich neuen Arbeitsplätze geschaffen. Die Ängste und Nöte von Leiharbeitern um eben ihre Arbeitsplätze, die selten genug an die Öffentlichkeit gelangen, sollen Privatsache bleiben. Die Zahl der Krankmeldungen ist so niedrig wie noch nie, aber die Gesundheit und die Hoffnung gehen den Bach runter, und das wird zugedeckt vom Regierungsgeschwafel.

Jetzt haben sogar die Konsumforscher herausgefunden, dass die Reallöhne laufend sinken, denn in vielen Branchen ist die Inflation stärker. Arbeitslose und Rentner merken gar nichts vom Aufschwung, oder nur das Negative. Bei den meisten Rentnern wurde die tolle 0,54-prozentige Renten„erhöhung“ zum Minusspiel: Gut ausgeklügelt, hatte die Regierung die Gesetze und Verordnungen so koordiniert, dass eine Verschlechterung herauskam. Und da glauben die Konsumforscher noch, dass nach der Urlaubszeit die **Nachfrage** gewaltig anziehen werde! Wo leben die eigentlich? Sie hoffen, dass auf die erwarteten Gehaltszuwächse, also die guten Prognosen, die Leute schon anfangen werden, das bisschen, was übrig bleibt, in neue Anschaffungen zu stecken.

Unternehmerverbände und Bundesregierung wollen als nächstes die **Unfallversicherung** verschlechtern: Die Leistungen bei Berufsunfällen sollen gekürzt werden. Die IG Metall hat schon dagegen protestiert und damit immerhin erreicht, dass die Gesetze dazu wenigstens nicht in der Sommerpause durchgezogen werden. Von einer Verschlechterung sind doch wieder nur die Werktätigen betroffen! Die besserverdienenden Unternehmer bezahlen ihre „Golfspiel- und Skilauf-Verletzungen“ sowieso privat aus den Gewinnen, die wir vorher für sie malocht haben.

Eine wichtige Informationsquelle ist die unabhängige Organisation „Lobby Control“, die herausgefunden hat, dass mehr als 100 Vertreter aus Unternehmerverbänden oder direkt aus den größten Monopolkonzernen als „**Leihbeamte**“ in den Ministerien tätig sind. Diese Leute arbeiten dort direkt Gesetzesinitiativen und Verordnungen aus, als „Projekte“ bezeichnet. Im Austausch gehen dafür die Beamten in die Konzerne, um solche „Arbeiten“ zu koordinieren und die erwünschten Auswirkungen zu studieren. Das funktioniert in allen für die Wirtschaft relevanten Ministerien. Die Bundesregierung hält sich bei diesbezüglichen Anfragen bedeckt, spielt herunter oder zieht Antworten in die Länge.

Erfreulich ist, dass die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ bisher über 100.000 Unterschriften für das Verbot der NPD gesammelt hat. Die Schröder/Schily-Regierung hatte doch alles getan, um ein **NPD-Verbot** per Durchsetzung mit dem Verfassungsschutz zu verhindern. Das neue Ziel ist deshalb, bis zum 9. November mindestens 150.000 Unterschriften zu sammeln für ein NPD-Verbot jetzt, um der Regierung klar zu zeigen, dass wir uns solche „Spielchen“ wie von Schily nicht noch einmal bieten lassen. In engem Zusammenhang damit steht der von Schäuble geplante **Überwachungsstaat**. Dagegen planen einige Organisationen am **22. September 2007** in **Berlin** eine große **Demonstration**.

In Bremen hat Frau Röpke auf den lukrativen Posten in der Bürgerschaft verzichtet. Ich denke, dass sie mit selbst aufgebauter Arbeit am ehesten den alten Ruf loswerden kann. Herr Weber hat sich für seine Fehleinschätzungen und **Selbstherrlichkeiten** entschuldigt – okay. Nur kann man jetzt schon erkennen, dass diese Art von Politikern eben keine „Bodenhaftung“ hat und durch oberflächliche Entschuldigungen auch nicht erwerben kann. Da muss man anders leben, anders seine Arbeit machen, sich wirklich selbstkritisch prüfen und gegebenenfalls auch politische Konsequenzen ziehen. An seiner Arbeit werden wir Herrn Weber messen!

In Berlin tagte der 5. Weltkongress der „Bildungsinternationale“, die aus 383 Organisationen mit 30 Millionen Mitgliedern aus dem Erziehungsbereich besteht. Der UN-Menschenrechtsbeauftragte Vernor Muñoz aus Costa Rica legte einen Zwischenbericht zu den UN-Zielen vor, bis 2015 allen Kindern auf der Welt eine gebührenfreie **Schule** zuzusichern. Nach seinen Schätzungen werden 27 Länder diese Ziel nicht erreichen und damit 80 bis 200 Millionen Kinder nach wie vor keine Schule besuchen können. Besonders betroffen werden davon Mädchen sein.

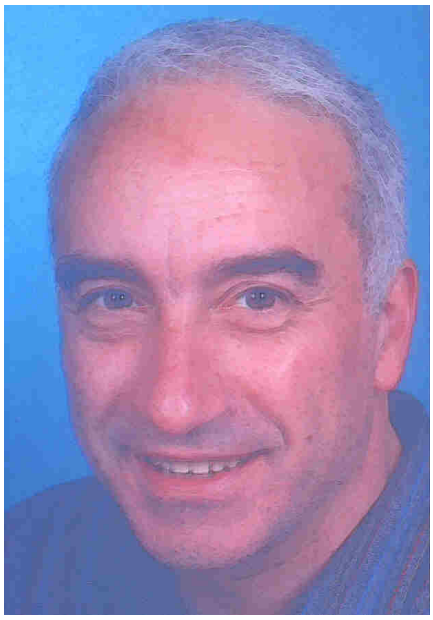
Umso wichtiger ist die Unterstützung von iranischen Frauenorganisationen, die eine Kampagne gestartet haben „Eine Million Unterschriften gegen die **Ungleichheit** von Männern und Frauen vor dem Gesetz“. Damit soll zum Beispiel durchgesetzt werden, dass solche Gesetze geändert werden, die dem Zeugnis einer Frau nur die Hälfte des Wertes gegenüber dem Zeugnis eines Mannes zumessen, oder dass ein Mann seiner Frau verbieten kann, zu arbeiten, zu studieren oder zu verreisen.

Wenn man sich anschaut, mit welch ungeheuren Mitteln die USA alle mögliche reaktionären Regimes auf der Welt finanziell und militärisch unterstützen, um solche Entwicklungen zu verhindern, um Kriege vom Zaun zu brechen und die Welt verwüstet zu hinterlassen, dann kann man nur das amerikanische Volk auffordern, so schnell wie möglich das **Amtsenthebungsverfahren** gegen Präsident Bush einzuleiten. Auch die Bundesregierung muss ihre Kriegsunterstützungspolitik beenden, denn die deutsche Bevölkerung hat keine Interessen am Hindukusch zu vertreten. Unsere Unterstützung gilt den Menschen und den Völkern, die sich für ihre Befreiung und Selbstorganisation einsetzen. Hoch die internationale Solidarität!

Jobst Roselius

„McPflege“: Ein Name ist Programm *(„Weser-Kurier“)*

Keine Streichung der Mittel für Kinder mit besonderem Förderbedarf!



Die Bildungsbehörde des Bremer Senats will die Ausgaben für Kinder mit „besonderem pädagogischen Förderbedarf“ massiv kürzen. In Blumenthal wehren sich betroffene Eltern, Lehrer und Schüler gegen die Streichung der dringend notwendigen Fördermittel.

An der Wigmodischule bekamen bisher 21 Kinder mit festgestelltem besonderem Bedarf 58,5 zusätzliche Förderstunden. Im neuen Schuljahr erhöht sich die Schülerzahl auf 29 – gleichzeitig will die Bildungsbehörde aber nur noch 40 Förderstunden genehmigen. Das ist eine Kürzung von 51 Prozent!

Es ist ein Skandal, dass gerade bei Kindern, die es sowieso sehr schwer haben, der Rotstift angesetzt wird. Gleichzeitig genehmigen sich die Fraktionsvorstände von SPD und CDU im neuen Senat fürstliche Gehälter aus unseren Steuergeldern. Das können die Bürger nicht hinnehmen!

Harald Braun

An den Bremer Senat, den Beirat in Blumenthal, die Lehrerkollegien und Elternbeiräte der Wigmodischule und des Schulzentrums Eggestedter Straße in Blumenthal! Wir unterstützen den Protest der betroffenen Eltern, Lehrer und Kinder gegen die Streichung von Fördermitteln an Schulen in Blumenthal. Es ist nicht zu akzeptieren, dass gerade bei Kindern mit besonderem pädagogischem Förderbedarf gekürzt wird!

Es wäre ein Leichtes, die dringend notwendigen Fördermittel zum Beispiel durch einen Teil der üppigen Gehälter der Fraktionsvorstände von CDU und SPD zu finanzieren. Die Bremer Montagsdemonstration wird ihre Möglichkeiten nutzen, diesen Skandal öffentlich bekannt zu machen und dafür zu streiten, dass diese Einsparungen vom Tisch kommen!

Resolution der „Initiative Bremer Montagsdemo“

„Höhenverstellbarer Rasenmäher“: Sparsenatorin Linnert lässt Haushalt um 27 Millionen Euro kürzen *(„Tageszeitung“)*

Rekommunalisierung gefordert: Die Privatisierung der Abwasser-Entsorgung hat Bremen in acht Jahren 200 Millionen Euro gekostet *(„Tageszeitung“)*

Wir halten zu jedem, der die Wahrheit sagt

Lieber Hermann Siemering! Wir kennen dich noch aus der Zeit, als du mit deinen Redebeiträgen auf der Montagsdemo Furore machtest. Deine Stimme ist jetzt weit und breit die einzige in den Bremer Medien (vom Internet einmal abgesehen), die noch unzensiert und ungeschminkt die Wahrheit verbreitet. Dies scheint einigen unbelehrbaren Zeitgenossen nicht zu gefallen. Seit einiger Zeit wirst du offensichtlich für deine Beiträge im „Bürgerrundfunk“ übel diffamiert und zumindest verbal bedroht.

Wir glauben, dass du jetzt Rückenstärkung gut gebrauchen kannst. Da wir ebenfalls noch aktiv sind, müssen auch wir uns zuweilen einiges an Unverschämtheiten anhören. Doch wir lassen uns nicht einschüchtern und sind wie du fest entschlossen, weiterhin gegen die neoliberale Politik in Berlin – und insbesondere gegen die sich abzeichnende rot-grüne Bremer Variante dieser Politik – anzukämpfen.

Einen kleinen Vorgeschmack davon, wie die neue Koalition in Zukunft zu agieren und ihren eigenen Koalitionsvertrag zu negieren gedenkt, lieferte bekanntlich Christian Weber mit seinem gescheiterten Versuch, die skandalumwitterte frühere Sozialsenatorin Röpke in das hohe Amt der Bürgerschaftspräsidentin zu hieven. Das war der erste dicke Skandal der neuen rot-grünen Regierung, und deshalb müssen wir wohl kaum befürchten, dass dies der letzte war, den wir hier öffentlich anprangern müssen.

Wir sind davon überzeugt, dass du dich weder einschüchtern, noch von irgendwem im „Offenen Kanal“ zensieren lässt. Wir wünschen dir, dass du so weitermachen kannst wie bisher und stehen solidarisch auf deiner Seite! Im Übrigen würden wir uns sehr freuen, wenn du auch wieder an einer Montagsdemo teilnehmen könntest, und sei es nur als Zuhörer. Herzliche Grüße, auch im Namen der Bremer Montagsdemonstranten!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Per Schikane in die Armut

1. Nach einer Umfrage der „Financial Times“ pfeift die Mehrheit in den Industrieländern auf die **Globalisierung**. Die Wut wächst über horrende Ungerechtigkeiten und steigende Einkommensunterschiede. Deswegen fordern viele Menschen gesetzliche Beschränkungen bei der Höhe des Gehaltes, weil einige ja nahezu die Schallgrenze durchstoßen haben. Politiker und Wirtschaftswissenschaftler hingegen predigen stur den ökonomischen Segen von fallenden Zollschranken und weltweiten Handelsströmen. Die Bürger empfinden die Globalisierung trotzdem als Bedrohung.

In allen Ländern mit Ausnahme von Spanien glauben mehr als drei Viertel der Menschen, dass die Einkommensunterschiede zwischen Armen und Reichen in ihren Ländern immer größer werden. Außer in den USA und in Deutschland war jedenfalls in allen Ländern eine Mehrheit von rund 60 Prozent dafür, gesetzliche Einkommensgrenzen für Manager festzuschreiben. Bei der Frage, ob alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Potentiale zu nutzen, zeigten sich starke länderspezifische Unterschiede.

Paradoxerweise empfanden die Menschen in den beiden Ländern, wo wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge die Chancengleichheit am geringsten ist, die Situation am gerechtesten. So glaubten in den USA über 40 Prozent, dass im Land jeder die gleichen Möglichkeiten zur Nutzung seiner Potentiale hat, in Großbritannien waren es fast 40 Prozent. In Frankreich, Italien und Spanien hingegen glaubten nicht einmal 20 Prozent an die Verwirklichung der Chancengleichheit, in Deutschland rund 30 Prozent. Könnte mir bitte jemand den Unterschied zwischen Globalisierung und „organisiertem Verbrechen“ erklären? Das wäre nett!

2. Angeblich ist die **Kaufkraft** der Deutschen um zwei Prozent gestiegen. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland verfügten im Jahr 2007 über ein Kaufkraft-Volumen von voraussichtlich 1,522 Billionen Euro. Für den privaten Konsum könne jede(r) Deutsche in diesem Jahr rund 18.500 Euro ausgeben und damit zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Meldung wurde völlig unhinterfragt von allen Medien verbreitet – im blinden Aktionismus, krampfhaft den „Aufschwung“ zu finden.

Sind ALG-II-Bezieher keine Deutschen? Solch einen Betrag haben wir nur für mehrere Jahre zum bloßen Existieren zur Verfügung, und Shoppen ist bei uns nur in der Kleiderkammer oder bei der „Tafel“ drin. Wenn der durchschnittliche Masseneinkommenshaushalt pro Haushaltsangehörigem eine freie Kaufkraft von 639,41 Euro übrig lässt, dann sollte erwähnt werden, dass der vergleichbare Regelsatz für ALG-II-Empfänger bei 347 Euro liegt! Nicht, dass der Sozialhilfesatz so wahnsinnig hoch ist und nur knapp 300 Euro unter dem durchschnittlichen Netto-Einkommen aller „Nicht-Reichen“ liegt, nein, der Hammer ist, dass das durchschnittliche Netto-Einkommen der Nicht-Reichen so beschissen niedrig liegt!

Von 2005 bis 2006 ist die „Gesamtkaufkraft“, auf die sich die Studie bezieht, schon einmal um knapp zwei Prozent gestiegen. Die Masseneinkommen stiegen dabei allerdings nur um 0,2 Prozent. Deutlicher lässt sich die Manipulierbarkeit der „Durchschnittswerte“ kaum zeigen! Und dann wird es noch munter von allen anderen ungeprüft nachgeplappert – Hauptsache, der vielgepriesene „Aufschwung“ kann „belegt“ werden! Solch eine gestiegene Kaufkraft, na, die hat doch was!

3. Ich möchte noch einmal auf die angebliche **Chancengleichheit** zurückkommen. In der letzten Woche meldete der „Weser-Kurier“, dass zum Ärger von Kultusministern und Bundesregierung der umtriebige UN-Menschenrechtsinspektor nicht locker lässt mit seiner harschen Kritik am deutschen Schulsystem. Beim Weltlehrerkongress in Berlin mahnte Rechtsprofessor Vernor Muñoz aus Costa Rica jetzt eine inhaltliche Stellungnahme Deutschlands auf seine Vorwürfe und Empfehlungen an, denn Bildung ist ein Menschenrecht und ausdrücklicher Bestandteil der UN-Charta.

Dieses Recht auf Bildung gilt nicht nur für die Kinder von Vermögenden oder Normalverdienern, sondern auch für die rund drei Millionen Schüler aus armen Familien in Deutschland, für Migrantenkinder und Behinderte sowie für jene Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, deren Eltern als Flüchtlinge, Asylbewerber oder gar als Illegale hier leben. In keinem anderen Industriestaat der Welt ist der Bildungserfolg eines Kindes so abhängig von seiner sozialen Herkunft wie in Deutschland. Deshalb hatte Muñoz ungeachtet heftiger deutscher Einwände der Bundesrepublik im März vor dem UN-Gremium schwere Vorhaltungen gemacht.

Die mehrgliedrige Struktur mit Haupt-, Real-, Sonderschulen und Gymnasien und die international „untypische“ frühe Aufteilung zehnjähriger Kinder auf verschiedene Schulformen diskriminiere de facto alle von ihrer Herkunft her benachteiligten Kinder. Die Soziologin und Präsidentin des „Wissenschaftszentrums Berlin“, Jutta Allmendinger, teilt zwar die methodische Kritik an dem Muñoz-Papier, im Fazit hingegen pflichtet sie ihm voll bei: „Auch wenn man hart empirisch vorgeht, kommt man zu den gleichen Ergebnissen“, sagt sie. Und: „Die Chancen-Ungleichheit in Deutschland hat zugenommen, nicht abgenommen.“

16 Prozent aller Schüler in Deutschland kommen nach Darstellung des Direktors am „Max-Planck-Institut für Bildungsforschung“ in Berlin, Wolfgang Edelstein, aus mehr oder minder armen Familien. In seinem Buchbeitrag zum Muñoz-

Besuch nennt er die Schulen im gegliederten Schulsystem „Armutsfallen, die zur Erhaltung der Armut“ beitragen. Wie Muñoz macht auch Edelstein dafür vor allem die meist nur vierjährige Grundschulzeit in Deutschland verantwortlich, die viel zu kurz sei, um herkunftsbedingte Nachteile auszugleichen.

4. In Berlin werden seit einiger Zeit Arbeitslose als **Ein-Euro-Jobber** zur „Erhöhung der Sicherheit“ im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es auch, friedliche Bettler zu verjagen, von denen sich die „Berliner Verkehrs-Gesellschaft“ (Werbespruch: „Es lebe Berlin“) in ihren Geschäftsinteressen gestört fühlt. Eine typische Szene:

Im Eingangsbereich eines Neuköllner U-Bahnhofes sitzt in einer Ecke, einige Meter von Fahrkartenautomaten und Kiosk entfernt, eine alte Frau mit einer Spendenschale und murmelt vor sich hin, man möge ihr doch bitte ein wenig Geld geben. Die Passanten strömen an ihr vorbei, ohne sie zu beachten; gestört fühlt sich niemand. Plötzlich eilen zwei Männer mit einem großen Hund herbei. Sie tragen als Einheitsdress hellblaue Hemden und dunkle Hosen, als wären sie uniformiert. Sie werfen der alten Frau vor, dass sie sie bereits zum zweiten Mal an diesem Ort anträfen, und fordern sie auf, den U-Bahnhof sofort zu verlassen. Gehe sie nicht unverzüglich, oder treffe man sie in nächster Zeit erneut dort an, würden sie sofort die Polizei holen.

Auf den Oberarmstücken ihrer Hemden tragen sie Abzeichen, auf denen „Arge Berlin“ steht. Sie sind demzufolge keine Angestellten der BVG, sondern gehören zu den Arbeitslosen, die seit letztem Jahr im Rahmen sogenannter „im öffentlichen Interesse liegender Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ eingestellt wurden. Interessant wäre allerdings zu erfahren, was das Bedrohen und Verjagen von friedlichen Bettler(inne)n, die niemanden in irgendeiner Weise belästigen, mit einer „Erhöhung der Sicherheit“ zu tun haben soll.

Zwar ist ein solches Vorgehen gängige Praxis diverser Firmen, die Teile des öffentlichen Raumes für ihre Geschäftsinteressen privatisiert haben. Diese engagieren dafür jedoch private Sicherheitsdienste, die sie selbst bezahlen müssen. Die BVG hingegen darf kostenlos auf „im öffentlichen Interesse liegende Arbeitsgelegenheiten“ zurückgreifen. Wer eine solche „Arbeitsgelegenheit“ ablehnt, wird von den „Jobcentern“ mit Kürzung des ALG II um 30 Prozent bedroht, beim zweiten Mal um 60 Prozent, beim dritten Mal um 100 Prozent, jeweils für drei Monate.

Wenn ihm oder ihr die verbleibende Summe dann nicht zum Leben reicht, darf er oder sie selbst betteln gehen – bis er oder sie von anderen „im öffentlichen Interesse“ tätigen Arbeitslosen verjagt wird. Vielleicht zeigt sich hier auch die steigende soziale Kälte im gesellschaftlichen Klimawandel. Möglicherweise sollen die noch nicht verarmten Bürger nicht mit dem „störenden“ Stadtbild von Bettlern behelligt werden, denn dieses Panorama passt so gar nicht zum Aufschwungspalaver und den Lobpreisungen der Globalisierung in diesem reichen Deutschland. Geschieht dies alles frei nach dem Motto: „Eure Armut kotzt mich an!“, und werden die Ein-Euro-Jobs auch gerade in diesem Interesse vergeben?

5. Sage keiner, die Bundesagentur für Arbeit verzeichne keine Erfolge! Im ersten Halbjahr 2007 strich sie, so eine Meldung vom Donnerstag, 307.000 Erwerbslosen zeitweilig die Stütze. Das sind 77.300 oder 34 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die meisten Betroffenen hatten sich zu spät arbeitslos gemeldet. Die Regelungen waren im vorigen Jahr verschärft worden. Wer sich nicht spätestens drei Monate vor dem Beginn seiner Arbeitslosigkeit bei der Agentur meldet, dem wird das Arbeitslosengeld I für eine Woche gestrichen. Das hat ausgezeichnet geklappt: Zumindest zeitweilig sank so die Arbeitslosenzahl um insgesamt 300.000 Personen.

Die Grotesken der Erwerbslosenstatistik gehören zur Medienfolklore, aber sie sind Nebensache. Die Hauptaufgabe der Arbeitsagentur ist – wie die Meldung belegt – die Abschreckung von Arbeitslosen mit allen Mitteln. Verwaltungschaos, inkompetente Sachbearbeiter, Verweigerung von Unterstützung bei Arbeitssuche und Qualifizierung sowie Streichen von Leistungen dienen dazu, auch den letzten Erwerbslosen von seiner Chancenlosigkeit zu überzeugen. Denn nur wenn sie die Willkür gegenüber den per Gesetz mehr und mehr ihrer Rechte beraubten Arbeitsuchenden stetig erhöht, hat die Anstalt eine Existenzberechtigung.

Per **Schikane** in die Armut, das ist das Resultat der Rückwende in die Armengesetzgebung vergangener Jahrhunderte, kombiniert mit der Degradierung des „mündigen Bürgers“ zum Untertanen. Exemplarisch ist dafür eine Nachricht, die von den „Stuttgarter Nachrichten“ ebenfalls am vergangenen Donnerstag verbreitet wurde: Durch die Unternehmenssteuerreform, sprich: das jüngste Milliardengeschenk an Industrie und Finanzwelt, werden „Jobcenter“ dazu ermächtigt, Kontendaten von Hartz-IV-Betroffenen ohne deren Wissen abzufragen. Das Gesetz sieht sogar vor, dass die Behörde vor der Kontenabfrage nicht zwingend bei den Betroffenen nachforschen muss, sondern sich auch darauf berufen kann, dass „ein vorheriges Auskunftsersuchen keinen Erfolg verspricht“.

Tucholskys Satz, deutsches Schicksal sei, vor einem Schalter zu stehen, deutsches Ideal, hinter einem zu sitzen, stammt aus üblen, aber mit heutigen verglichen harmlosen Zeiten: Im Zeitalter der Totaltransparenz bedürfen die Dunkelmänner der Exekutive keines Schalters. Der Zugang zu allen „Kundendaten“ ist barrierefrei. Die Art des Umgangs mit ihnen in der Arbeitsagentur und dem „Jobcenter“ steht stellvertretend für den Wandel im Verhältnis von Staat und Bürger.

Wo der Apparat auf Terroristenschnüffelei und -tötung konzentriert wird, sind weitergehende Ansinnen an Behörden sachfremd, per se unbotmäßig, entspringen dem „Anspruchsdenken“ oder dem „Glauben an den Staat“ oder was die Kapitalpropaganda sonst so bietet. Aus diesem Grund darf ALG-II-Empfängern seit Beginn dieses Jahres jede, selbst die geringste Leistung gestrichen werden. Irgendwo muss die Zivilisation aufhören! Sich dagegen vehement zu wehren, ist oberstes Menschenrecht, ja Bürgerpflicht!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Schlimmer kann man Zeit nicht totschlagen: Gerichte werden mit sozialem Elend konfrontiert, das durch die missglückte Arbeitsmarktreform entstanden ist *(„Spiegel-Online“)*

Die Mietkürzungen sind nicht gerichtsfest

1. Die Bagis ist angewiesen, alle **Kürzungen der Miete** nicht zu vollziehen – angewiesen durch Frau Rosenkötter, die Senatorin für Soziales, wie von Frau Linnert zugesagt. Nur die Betroffenen wurden davon nicht informiert!

Das „Gewos“-Gutachten als Ersatz für einen Mietspiegel sollte inzwischen vorliegen. Bis zur nächsten Sitzung der Sozialdeputation im September soll die neue „Verwaltungsanweisung Wohnen“ vorgelegt werden. Sie ist allerdings nur eine Anweisung für diese Verwaltung, die Bagis, und hat keine Außenwirkung. Deputationsmitglied Wolfgang Grotheer hat treffend festgestellt, dass die bisherige Verwaltungsanweisung nicht gerichtsfest ist!

Damit ist zugestanden, dass die bisherigen Kürzungen der Mieten und die Festlegung von Eigenanteilen ebenfalls nicht einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Bitte macht es, wie bei der 141. Bremer Montagsdemo beschrieben! Wer freiwillig umzieht, soll bis 120 Prozent über den bisherigen Mietobergrenzen mieten können.

Dies ist anfechtbar, wenn ansonsten Obdachlosigkeit droht. Die Ablehnung schriftlich geben lassen, Widerspruch einlegen und Eilantrag beim Verwaltungsgericht stellen. Wir gehen mit! Und bitte Zeit mitbringen, um die Entscheidung abzuwarten oder die Entscheidung am nächsten Tag abholen, wenn es ganz eilig ist. Wir gehen davon aus, dass jeder, der nicht in einer „Villa“ residiert, wohnen bleiben kann und die vollen Mietkosten ersetzt bekommt!

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wichtig, dass jeder gegen seine Kostensenkungsaufforderung Widerspruch einlegt, dass wir wieder gemeinsam auftauchen, wenn die Verwaltungsanweisung unserem Ziel nicht gerecht wird, und dass wir gemeinsam für die Aufhebung der bisherigen Mietkürzungen streiten, auch für die aus der Zeit der Sozialhilfe! Wer zum eigenem Widerspruch Unterstützung braucht: Wir gehen mit!

Das letzte „Gewos“-Gutachten war so falsch, wie von uns festgestellt. Der Senat hat fast zwei Jahre für diese Beurteilung gebraucht. Wir werden uns auch das neue Gutachten ansehen und notfalls den Senat auf die Fehler hinweisen!

Wir bleiben dran! Die Absichtserklärung von Rot-Grün ist auf der Homepage der SPD-Fraktion nachzulesen.

Ohne die Betroffenen zu informieren oder auch nur eine entsprechende Anweisung zu erteilen, sind alle in den Urlaub entschwunden. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen (das geht auch als Rentner): Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Wer eine Kostensenkungsaufforderung erhalten hat und sowieso umziehen wollte oder in einer **Bedarfsgemeinschaft** steckt und diese auflösen wollte, sollte dieses Vorhaben verwirklichen, um jeglichem Druck zu entfliehen.

Wenn eine Bedarfsgemeinschaft auseinanderzieht, um die Kosten zu senken, kann die Bagis die Zustimmung auch für einen jungen Erwachsenen unter 25 Jahren nicht verweigern. Einfach wird dies aber nicht! Wir sollten drüber reden!

Zum Umzug sind die entsprechenden Anträge auf Kosten des Umzugs, Renovierung, doppelte Miete, Deponat und so weiter zu stellen. Mit all diesen Posten wird die Vergleichsrechnung der Bagis vor der Kostensenkungsaufforderung durchgeführt. Wie dies alles geht? Siehe vorherige Bremer Montagsdemos! Wir gehen mit!

3. Ohne Energie läuft gar nichts – weltweit! Bremen steht vor der Entscheidung, ob die SWB ein neues **Müll-Kohle-Kraftwerk** bauen darf oder ein anderes Kraftwerk oder gar keines. Zu dieser Thematik habe ich am Sonntag den „Deutschlandfunk“ gehört.

Zu Gast in der lehrreichen Sendung war Doktor Hermann Scheer, ehemaliger Mitarbeiter in einem Versuchskraftwerk. Sein Fazit aus dieser Zeit lautete: Es gibt keinen Menschen, der keinen Fehler macht, es gibt keine fehlerfreie Technik, und bei Atomkraft reicht *ein* Fehler für eine ungeheuerliche Katastrophe!

Diskutiert wird nur über den Kohlendioxid-Ausstoß, aber wie sieht es mit dem Wasserverbrauch aus? Egal ob Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerk, es wird Kühlwasser gebraucht, von dem ein großer Teil verdampft. 70 Prozent des Wassers in Deutschland wird so verwendet! Die Auswirkungen der damit verbundenen Klimaveränderungen sehen wir gerade jetzt.

Dieses Wissen kann jeder Entscheidungsträger nachlesen. Hermann Scheer hat geforscht und Bücher geschrieben, bereits seine Internetseite ist sehr aufschlussreich: Hessen legt ein Kernkraftwerk still, die Umschichtung auf andere Energiegewinnung ist dort ebenfalls aufgelistet. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit Hermann Scheer und der SPD Hessen!

Seine Schlussfolgerung: Allein die Nutzung der natürlichen Energien kann aus der Energiekrise führen. Hierzu zählen Sonnen- und Windenergie, Wasserkraft (weil entsprechende Kraftwerke das Wasser nicht belasten oder erhitzen) sowie Erdwärme; diese Aufzählung ist nicht vollständig. Weltweit wird viel mehr Energie gebraucht, als Kühlwasser verfügbar wäre! Wasser ist sowieso weltweit Mangelware.

Warum nach alledem noch mehr Umweltvernichtung? Bremen kann hier ein Zeichen setzen: In unserer „Metropolregion“ haben wir Wasserkraft, Wind und Gezeiten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen (das geht auch als Rentner): Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die **Steuerreform** hat die Obergrenze für „geringwertige Wirtschaftsgüter“ mit Wirkung ab 1. Januar 2008 auf 150 Euro gesenkt; das gilt aber nur für Unternehmen. Privat oder dienstlich, jedoch *ohne* Unternehmen, können weiterhin 410 Euro ohne Mehrwertsteuer sofort abgeschieben werden.

Bei der Einkommensteuer hat sich vielleicht schon der eine oder andere Rentner gefreut, denn das Finanzamt hat keine Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung geschickt. Der Finanzminister hat dafür den Haushaltsansatz für Einnahmen aus Säumniszuschlägen erhöht. Die geplante neue Steuernummer ist noch nicht umgesetzt.

Es werden weiterhin alle Renten der Rentenversicherung, Betriebsrenten, Versicherungsleistungen und alle anderen Versorgungsbezüge an die zentrale Sammelstelle in Mecklenburg-Vorpommern übermittelt und dort personenbezogen gesammelt. Die Weitergabe an die Wohnortfinanzämter soll mit der neuen Steuernummer erfolgen. Daher unterbleiben diese Meldungen augenblicklich – und noch weitere Monate.

Die Steuerpflichtigen sollen dann außer der Einkommensteuer-Nachzahlung auch noch Säumniszuschläge zahlen, für eine Steuerschuld, mit der keiner gerechnet hat. In Fachkreisen wird gelästert, dass einzig die Sorge vor dem Volkszorn diese Verzögerung verursacht! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen (das geht auch als Rentner): Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Das Bildungsressort geht einer Klage aus dem Weg, so der „Weser-Kurier“ vom 27. Juli 2007: Die fünf betroffenen Lehrer werden angestellt oder haben die Einstellungszusage erhalten. Es gibt in Bremen einen Verein, der Lehrer zu niedrigen Gehältern einstellt und an die Bildungsbehörde verleiht, aber dieser Verein hat keine Genehmigung zur **Arbeitnehmerüberlassung**.

Somit haben diese verliehenen Arbeitnehmer einen unbefristeten Arbeitsvertrag mit der „Entleihfirma“ – der Bildungsbehörde! Der Verdienst richtet sich nach dem in der „Entleihfirma“ gültigen Richtlinien, somit nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Dies sind unabdingbare Bestimmungen für die Arbeitnehmerüberlassung!

Diese fünf Lehrer haben somit einen unbefristeten Arbeitsvertrag, egal welche Vereinbarungen getroffen wurden. Solche Arbeitnehmerrechte sind nur vor Gericht abdingbar. Dieser Verein ist schon länger tätig. Wenn die Erstüberlassung eines Lehrers zu Zeiten des TV-ÖD erfolgte, kann er seine Festeinstellung zu den besseren Bedingungen des Tarifvertrages verlangen.

Zu den jetzt gültigen schlechteren Bedingungen wird er übergeleitet, die Gehaltskürzung ist damit hinausgezögert. Wer näheres wissen will, spreche mich an: Wir gehen mit! Dies ist bestimmt auf viele Bereiche gerade im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen übertragbar. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Wie bereits in der letzten Woche erwähnt, trifft sich am **Montag**, dem **6. August 2007**, die Friedensbewegung zur Mahnwache und **Kundgebung** um **12 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Anlass ist das Gedenken an den Atombomben-Abwurf auf **Hiroshima** und **Nagasaki**. Es spricht Physiker Bernhard Stoevesandt, und es gibt Musik von der Gruppe Velvet aus Weyhe. Bitte bringt Blumen für das Peace-Zeichen mit! Veranstalter sind das „Bremer Friedensforum“, die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ und die Gruppe „Feliz“.

Am **Dienstag**, dem **7. August 2007**, findet um **19 Uhr** wieder der **Gesprächskreis „Begleitung“** des Vereins „Sozialer Lebensbund“ im „**Hibiduri**“ in der Thedinghauser Straße 2 statt. Es ist ratsam, nicht allein zu den Ämtern zu gehen! Der Verein „so:leb“ begleitet daher betroffene ALG-II-Bezieher(innen) zur Bagis. Wir möchten unsere Erfahrungen weitergeben und uns mit anderen austauschen. Dies ist also ein Workshop für Betroffene und Interessierte. Themen sind Vorbereitung und Ziele der Gespräche mit Fallmanager(inne)n, Kostensenkungsaufforderungen für die Wohnung und Eingliederungsvereinbarungen.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Vorbild neoliberal regierte Stadtstaaten: Bremen soll jährlich eine Milliarde Euro vor allem im Sozialbereich einsparen *(„Weser-Kurier“)*

Bremen und seine globalisierten Häfen

Bald sind die ersten hundert Tage des neuen Senates vorbei. Es schälen sich die Ziele von Rot-Grün heraus, also auch die Erwartungen daran. Doch was anfangs voller Hoffnung schien, hat sich schon kurz nach Bildung der neuen Regierung in bittere Ernüchterung gewendet. Hatte man zu Beginn Probleme mit den Personalien, sorgen jetzt die Sparquoten der Ressorts für Unmut.

Der damalige, parteilose Senator für Wirtschaft und Häfen, Ulrich Nußbaum, verschwand viel zu schnell in der Versenkung. Angeblich wollte er nicht mehr weitermachen, weil Uwe Beckmeyer von der SPD ihn aufforderte, endlich Parteimitglied zu werden. Doch das war bestimmt nicht der Grund für Nußbaums Rück-

tritt. Man gibt nicht solch einen guten Posten auf wegen so einer Nichtigkeit! Auf deutsch: Herr Nußbaum wurde gemobbt von der Altherrenriege der SPD.

Auffällig war, dass sein Nachfolger, Ralf Nagel, innerhalb einer Woche in Amt und Würden kam. Man hatte sich also schon lange auf ihn geeinigt, jetzt musste man nur noch Herrn Nußbaum kippen. Dem blieb nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Seinen ersten großen Auftritt hatte Herr Nagel, als er den erneuten Boom bei den Bremer Häfen bekanntgab. Somit wurde er schnell installiert und die Personalie Nußbaum abgelegt, obwohl der Vorgänger die Arbeit für den Boom getan hat.

Nagel pries den wachsenden Container- und Autoumschlag. Das klamme Bremen ist also noch abhängiger von steigenden Einnahmen aus der Hafenwirtschaft. Im ersten Halbjahr 2007 wurden 34 Millionen Tonnen Fracht umgesetzt, das entspricht einem Plus von 2,5 Prozent. Bremen fordert vom Bund mehr Geld für die Unterhaltung der Häfen: Derzeit bringt die Hansestadt jedes Jahr 100 Milionen Euro dafür auf, der Bund nur zehn. Nicht nur Bremen, auch das Binnenland profitiert, wenn die Hafenwirtschaft brummt. Deshalb hofft man auf eine bessere Finanzstrukturierung durch die Föderalismusreform, bisher jedoch ohne Erfolg.

Diese Woche ist nun eine Studie der reicheren Bundesländer, der Geberländer des Strukturausgleiches, zur Finanznotlage Bremens veröffentlicht worden. Darin heißt es, das kleinste Bundesland könne ihr aus eigenem Bemühen entkommen. Dafür müsse es jedes Jahr eine Milliarde Euro einsparen, ein Viertel der Gesamtausgaben. Das sei möglich durch Erhebung von Studiengebühren und Kürzungen im Haushalt für Soziales. Diesen Schritt will der Senat aber nicht machen. Veröffentlicht wurde die Studie aufgrund der Bremer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

Tatsächlich ist eine Sanierung ohne weitere Bundesmittel nicht möglich. Bremen kann nicht einfach beim Sozialetat kürzen, wie schon der verheerende Ausgang des Untersuchungsberichtes zum Kindeswohl und die abgewendeten Zwangsumzüge zeigen. Da in Bremen derzeit Haushaltssperre herrscht, muss jedes Ressort sparen – außer dem sozialen. Aus den Umschichtungen der Senatskollegen erhält Ingelore Rosenkötter 30 Millionen Euro mehr, um ein Gegengewicht zur menschlichen Verelendung zu schaffen. Thomas Röwekamp von der CDU kritisierte das heftig: Der Pfad der Sanierung werde dadurch verlassen. Soweit zur sozialen Kompetenz von Herrn Röwekamp.

Was bleibt: Die Häfen müssen noch mehr ranklotzen. Aus diesem Grund hat Herr Nagel beide Posten unter seiner Aufsicht, Wirtschaft und Häfen, die Bremer Geldmaschine überhaupt. Aber unter welchen Bedingungen ist ein weiterer Aufschwung zu meistern? Durch Ausbau der Häfen und Flüsse? Durch mehr Lohn-

dumping bei den Arbeitern im Hafen und auf den Schiffen? Durch weitere Billig-Ausflaggung der Schiffe nach Panama? Dies waren wohl eher die Gründe, warum Herr Nußbaum ohne viel Murren ging: Er wollte nicht verantwortlich sein für die folgenden Verschlechterungen im Sozialbereich und bei den Arbeitsbedingungen in den Häfen, auch nicht für die Naturzerstörung.

Deutschland ist einer der fünf größten Hafenbetreiber der Welt. Die wichtigsten deutschen Häfen sind die in Hamburg und Bremen, sie werden betrieben von „Eurogate“. Die Expansion der Häfen folgt aus der Globalisierung: Nicht nur der Finanzmarkt, auch das Transportwesen hebt ab. Globalisierung ist die Folge einer Beschleunigung aller Prozesse in der Zeit – in der Produktion wie im Transport – und der Expansion aller Räume mit Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen. Die wachsenden Häfen sind vermehrt auf Fremdkapital angewiesen, das heißt, sie müssen privatisieren. Hamburg will 30 Prozent seines Hafens an die Börse bringen.

Ein weiterer Bremer Neuzugang, von dem man leider noch nicht so viel sah und hörte, ist Reinhard Loske von den Grünen. Bisher zeichnet er sich aus als grünes Feigenblatt. Zu befürchten ist, dass unter ihm große Umweltsünden kaschiert werden. Man muss noch einmal an die Worte von Karoline Linnert erinnern, die sie zum Beginn der Koalition sagte: „Wir gehen nicht in den Senat, weil wir ‚machtgeil‘ sind, sondern um grüne Politik zu machen.“ Noch nicht einmal 100 Tage haben gereicht, um das Gesagte in eine Farce zu verkehren.

Jens Schnitker (parteilos)

Trugbild: Nur jede(r) dritte Hartz-IV-Betroffene
zählt als arbeitslos *(„Tagesschau“)*

Dank Niedriglohn-Aufschwung: Zahl der Arbeitslosengeld-II-Empfänger
erreicht neuen Höchststand von 7,4 Millionen *(„Ad-hoc-News“)*

Beim Hip-Hop machten einige ganz spontan mit

Normalerweise stehen die Mitstreiter der Montagsdemo auf dem Marktplatz und demonstrieren für mehr soziale Gerechtigkeit. Doch auf ihrem Sommerfest, das sie kürzlich in den Neustadtswallanlagen feierten, interessierte die Politik nur am Rande. In erster Linie wurde bei Musik und Tanz ausgelassen gefeiert. Einige Passanten blieben neugierig stehen und machten spontan mit.

Jedes Jahr im Juli trifft sich die Montagsdemo, ein Zusammenschluss unabhängiger Bürger, zu einem Sommerfest. „Wir wollen unsere Mitstreiter dafür be-

lohnen, dass sie durchhalten, und gleichzeitig den Leuten zeigen, dass auch wir etwas auf die Beine stellen können“, sagt Udo Riedel, einer der Montagsdemonstranten. Neben Kuchen, Salaten und anderen Leckereien bot das Sommerfest ein künstlerisches Programm mit viel Abwechslung.

Laien-Tänzerin Iris Piechaczek-Moustafa zeigte, wie viel Spaß es machen kann, zu Hip-Hop-Musik zu tanzen. Schon nach wenigen Minuten hatte sie einige Mittänzer um sich gesammelt. Hobby-Liedermacher Andreas Vogt tourt unter dem Namen „Brotlose Kunst“ durchs Land und unterstützt auch die Montagsdemo mit seinen sozialkritischen Liedern. Zum Sommerfest hatte er einige Songs mitgebracht, die mit ihren eingängigen Refrains zum Mitsingen einluden.

Seit drei Jahren kommen die Demonstranten jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz zusammen, um auf Missstände in der Sozialpolitik aufmerksam zu machen. „Bei der Bagis stimmt etwas nicht, da wird der einzelne Mensch gar nicht wahrgenommen“, sagt Riedel. Er würde sich wünschen, dass auch Menschen, die zur Zeit keine Arbeit haben, mit mehr Respekt behandelt werden. „In diesen Menschen steckt ein unglaubliches Potenzial, das in Deutschland verloren geht“, sagt Riedel.

Birgit Krieger im „Weser-Kurier“ vom 30. Juli 2007

Die Menschen finden es gut, dass wir etwas tun

Starker Wind blähte unser Transparent, so konnte man es gut sehen. Obwohl es kühl war und die Sonne sich verkrochen hatte, kamen wieder über 50 Teilnehmer zur 143. Montagsdemo in Bremen am 30. Juli 2007 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz vorbei. Bei den Redebeiträgen gab es erneut eine große Themenvielfalt.

Wir stellen aber immer wieder fest, dass viele Menschen die Montagsdemo in Bremen oder auch als Veranstaltung in zahlreichen anderen Städten gar nicht kennen. Unsere Info-Flugblätter kommen dann gut an. Auf Englisch wurden wir von chinesischen oder japanischen Touristen befragt, wogegen sich unser Protest richte. Als wir die Antwort gaben und auf die Politik der Regierungen verwiesen, die die Menschen arm macht und nur die Reichen unterstützt, ballten sie die Fäuste und gaben uns lächelnd die Hand: Sie hatten verstanden.

Am Ende kam dann noch eine feine Bremer Dame, die auch wissen wollte, was wir machten. Auf meinen Hinweis auf die Politik von Schröder und Merkel gab sie gleich unumwunden zu, dass sie „noch“ CDU-Mitglied sei, aber ihre Geste war wegwerfend. Sie habe kein Vertrauen mehr in die Führungsriege: „Was haben die denn in Berlin und Bremen bewegt?“ Der Bremer Montagsdemo wünschte sie weiterhin Erfolg und Glück.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Körperverletzung per Gesetz: Hartz IV reicht nicht für gesunde Ernährung *(„Erwerbslosenforum“)*

Preis-Schock bei Lebensmitteln: Politiker fordern Regelsatz-Erhöhung *(„Spiegel-Online“)*

Antikommunismus: Regelsatz-Debatte erfordert neue Hetze gegen Vertreter linker Werte wie sozialer Gerechtigkeit *(„Spiegel-Online“)*

Politologen aufgepasst: Wer von Brandstiftern zitiert wird, kann als „Terrorist“ verhaftet werden *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

144. Bremer Montagsdemo am 06. 08. 2007

Das verzweifelte Händeringen

Unser Mitstreiter Wieland hat kürzlich ein „Kleines Lexikon der Falschwörter“ zusammengestellt. Man kann es von der Homepage des „Bremer Friedensforums“ herunterladen. Wieland entlarvt darin die Banalisierung und Zerstörung, die dem Kulturgut Sprache durch die täglich wiederholte Verwendung verlogener Begriffe in den Medien droht. Zwei bekannte Beispiele, die wir auf der Montagsdemo schon oft aufgespießt haben, sind die „Reform“ als Beschönigung für das Kürzen sozialer Leistungen oder auch die „Interessenvertretung am Hindukusch“, bei der es in Wahrheit um die Beteiligung an einem Angriffskrieg geht. Letzten Mittwoch las ich nun im „Weser-Report“ die Schlagzeile „Lehrlinge verzweifelt gesucht“, die mir eine Ergänzung zu Wielands „Falschwörterlexikon“ nahelegt.

Das neue Stichwort lautet „händeringend“. Hiermit wie auch mit dem etwas weniger bildmächtigen Begriff „verzweifelt“ beschreibt man beispielsweise ein Verhältnis von – wie aktuell in Bremen – 1.352 unversorgten Jugendlichen zu 629 freien Ausbildungsplätzen. Die Presse schreibt allerdings nicht über die Verzweiflung der betroffenen Jugendlichen, sondern über die des „Bremer Ausbildungsbüros“, das für 184 Lehrstellen in der Kraftfahrt-Branche und im Einzelhandel trotz intensiver Werbung und Informationsbesuchen in Schulen die „händeringend“ gesuchten Azubis einfach nicht finden kann, weil es angeblich keine geeigneten oder auch nur interessierten Bewerber gibt.

Dieselbe „dramatische“ Lage besteht auch bei der weiterhin hohen Ingenieursarbeitslosigkeit, dem sogenannten „Fachkräftemangel“. Trotz noch so verzweifelten Händeringens und über Monate immer wieder neu geschalteter Annoncen in der „Jobbörse“ der „Arbeitsagentur“ ist es einfach nicht möglich, unter den Hunderten von Bewerbern den dringend benötigten Ingenieur mit mehrjähriger Erfahrung in den allerneuesten Programmiersprachen zu finden. Schließ-

lich gab es diese vor mehreren Jahren noch gar nicht. Kurzfristige Linderung kann möglicherweise das „Insourcen“ indischer Ein-Rupien-Mathematiker via „Green Card“ schaffen. Dauerhafte Abhilfe verspricht hingegen nur das „Outsourcen“ der gesamten Entwicklungsabteilung eines Konzerns auf den Subkontinent, wie von Siemens und SAP vorgemacht. Diese Entwicklung ist allerdings nicht zum Händeringen, sondern zum Haareraufen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Olivgrüner Opportunismus

1. Vor wenigen Stunden fand hier auf dem Marktplatz die alljährliche Mahnwache aus Anlass der **Atombombenabwürfe** auf Hiroshima und Nagasaki statt. Mit reger Beteiligung, denn immerhin nahmen fast 150 Menschen daran teil. Bürgermeister Jens Böhrnsen schickte eine Grußbotschaft, in der er schreibt: „Das ‚Bremer Friedensforum‘ hält die Erinnerung an diese Ereignisse wach. Dafür danke ich dem ‚Friedensforum‘ im Namen der Freien Hansestadt Bremen“. Weiter schreibt er, dass es zur Abschaffung aller Atomwaffen keine Alternative gebe und dass der Hiroshima-Tag mahne, im Streben für eine atomwaffenfreie Welt nicht nachzulassen. Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Böhrnsen, und werden Sie daran erinnern, wenn Sie mal hohe Staatsgäste aus Ländern empfangen, die neuerdings wieder kräftig atomar aufrüsten. Fordern Sie mit uns den Abzug der US-Sprengköpfe aus Büchel!

Im krassen Widerspruch dazu steht, was die frischgebackene grüne Bürgermeisterin Karoline Linnert kürzlich tat. Sie feierte am 28. Juli zusammen mit der Besatzung des Kriegsschiffs „Bremen“ **Fregatten-Geburtstag**. Mit Kriegsschiffen dieser Größenordnung lässt sich auch atomare Munition verschießen. In einem Interview der „Tageszeitung Bremen“ vom selben Tag sagte sie: „Ich bin Bürgermeisterin aller Bremerinnen und Bremer und vertrete den Präsidenten des Senats, Jens Böhrnsen. Da ist es selbstverständlich, dass ich den Termin wahrnehme. Ich mache meine Arbeit, über meine Gefühlslage sage ich nichts. Ich werde der Besatzung danken und ihr ein Geschirr überreichen.“

Auf die Feststellung der „Tageszeitung“, dass Animositäten zwischen Grünen und Bundeswehr wechselseitig seien, sagte sie: „Animositäten gibt es nicht. Die militärische Ausbildung beinhaltet Staatsbürgerkunde, davon können sich andere Institutionen etwas abgucken. Das sind Demokraten. Die Einsätze werden vom Bundestag legitimiert. Selbst wenn ich einen Einsatz persönlich für falsch hielte,

ändert das nichts an der Rechtsgrundlage. So etwas darf nicht zu persönlicher Feindseligkeit führen. Ich weiß natürlich, dass es einige Leute degoutant finden. Ich verstehe das schon, aber ich halte es für falsch."

Das sagt dieselbe Frau Linnert, die noch vor wenigen Wochen hier auf der Montagsdemo mit warmen Worten eine bessere Sozialpolitik versprach. Eine gute Sozialpolitik geht nicht ohne Friedenspolitik! Ihren olivgrünen Opportunismus gegenüber der Rüstungsindustrie finde ich enttäuschend und bestürzend, Frau Linnert! Sie sagten, die militärische Ausbildung beinhalte Staatsbürgerkunde. Seit wann gehört zur „Staatsbürgerkunde" das Töten auf Befehl? Für mich sind Soldaten in der Regel keine Demokraten, da halte ich es mit Tucholsky, der in den 1920-ger Jahren einmal sagte „Soldaten sind Mörder!" Bei so viel Doppelzüngigkeit fällt es mir extrem schwer, an die Friedfertigkeit des neuen rot-grünen Senats zu glauben!

2. Das „Friedensforum" ruft auf zum **Antikriegstag** in Bremen! „Der Krieg ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis menschlichen Handelns. Deshalb gilt es, diesem Handeln auf die Spur zu kommen. Wir müssen der Geißel neuer Kriege entschlossen begegnen", so Bundespräsident Gustav Heinemann in seiner Ansprache am 1. September 1969 zum 30. Jahrestag des Kriegsbeginns 1939 über alle Rundfunk- und Fernsehsender der ARD und des ZDF. Kriege beginnen mit der Vorstellung, dass Konflikte nicht zivil, sondern nur mit Gewalt und militärischen Mitteln lösbar sind.

Sie beginnen mit der Rüstungsproduktion und dem Einsatz kleiner und großer Waffensysteme. Sie werden angeheizt durch Rüstungsexport und immer mehr Ausgaben für den weltweiten Einsatz modernster Waffensysteme – auch bei der Bundeswehr. Hier in Bremen werden militärische Großsysteme im Schiffbau (Fregatten, Korvetten mit modernster Bestückung) und der Luftfahrt (Beteiligung an Kampf- und Transportflugzeugen, Logistik) produziert. Wir können in Bremen wahrlich nicht „stolz" darauf sein, den Kriegsideologen und Waffenproduzenten wegen weniger Arbeitsplätze bei der Kriegsproduktion und den militärischen Einsätzen behilflich zu sein!

Deshalb wenden wir uns heute mit aller Deutlichkeit gegen die Rüstungsproduktion, auch hier im Lande Bremen; gegen die Kriegsvorbereitungen und alle Versuche, Konflikte militärisch zu lösen; gegen den Rüstungsexport von Kleinwaffen, Minen, Großgerät bis hin zu U-Booten; gegen die Beteiligung an Bundeswehr- und Waffeneinsätzen weltweit; gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, denn unsere Freiheit wird nicht am Hindukusch verteidigt; gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren; gegen die Abschottungs- und Ausbeutungspolitik der EU. – Die **Kundgebung** beginnt am **Freitag**, dem **31. August 2007**, um **17 Uhr** am **Bahnhofsvorplatz** in Bremen.

3. Das „Bremer Friedensforum" ruft außerdem auf zur Demonstration **„Bundeswehr raus aus Afghanistan"** in Berlin! Wir fordern: Frieden für Afghanistan! Kei-

ne Verlängerung der Bundeswehreinsätze! „Dann gibt es nur eins: Sag nein!“, schrieb Wolfgang Borchert 1947.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den „Tornado“-Einsatz wurde die – seit Anbeginn betriebene – deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von „Operation Enduring Freedom“ und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Die Kriegsschäden müssen durch die kriegführenden Staaten beseitigt, alle Truppen abgezogen und die somit freiwerdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Milliarden Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

Die **Demonstration** am **15. September 2007** in **Berlin** beginnt um **12 Uhr** am **Roten Rathaus** und endet um 14:30 Uhr am Brandenburger Tor. Die **Busse** fahren in **Bremen** um **6 Uhr** ab. Karten gibt es bei Barbara Heller, Saarlauterner Straße 32, Telefon 434-1852, E-Mail Barbara.Heller(at)BremerFriedensforum.de.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Ein Glückwunsch den mutigen Streikwilligen!

1. Vor uns ist mit Blumen das „Peace“-Zeichen auf dem Pflaster ausgelegt. Heute Mittag fand hier auf dem Marktplatz eine Mahnwache der Friedensbewegung statt, aus Anlass es 62. Jahrestages des furchtbaren Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki. Dies soll uns daran erinnern, dass Krieg und Unterdrückung immer noch alltägliche Begleiter der Menschheit sind. Wir sind aufgefordert, den Kriegstreibern und Räubern immer wieder aufs Neue unseren Widerstand entgegenzuhalten und ihnen in den Arm zu fallen.

Es ist darum das Interview zu beachten, dass Bürgermeisterin Karoline Linnert der „Tageszeitung“ am 28. Juli 2007 zum Geburtstag der Fregatte „Bremen“ gewährte. Sie leugnete darin das Bestehen von „Animositäten“ zwischen Bundeswehr und Grünen. Die Bundeswehr sei in diesem Staat eine demokratisch legiti-

mierte Institution, und die Grünen legten Wert darauf, dass das Militär keine von der Gesellschaft getrennte Veranstaltung sei. „Davon können sich andere Institutionen etwas abgucken, das sind Demokraten“.

Nach Belobhudelung des „demokratischen“ Charakters der Bundeswehr und Hintanstellung ihrer persönlichen Auffassung bei Erfüllung der Amtsaufgabe, einer Fregatte zu gratulieren, möchte ich diese Haltung der Grünen kritisieren. Bei allem, was sie jetzt an guten Ansätzen in anderen Politikbereichen entwickelt haben mögen, ist ihr Festhalten an der offiziellen Außen- und **Kriegspolitik** seit der „rot-grünen“ Schröder-Regierung entschieden zu verurteilen. Die deutsche Bevölkerung hat keine Interessen am Hindukusch und lehnt die Auslandseinsätze mit großer Mehrheit ab!

2. Die Kollegen der **Lokführer-Gewerkschaft** GdL haben mit fast 96 Prozent für einen unbefristeten **Streik** gestimmt. Herzlichen Glückwunsch, liebe Kollegen, für euren Mut und euren Willen! Viele Teilnehmer der Montagsdemo erleben am eigenen Leib, was Verarmungspolitik und Ausplünderung für sie bedeuten: Auf dem Rücken der Arbeitenden und Arbeitslosen sollen die großen, ehemals staatlichen und kommunalen Unternehmen „fit gemacht“ werden für den Weltmarkt!

Es geht bei der Bahn nicht um den Aufbau eines optimalen Verkehrsinstrumentes, nein, es geht allein um die Herstellung eines Börsen- und Weltmarktobjekts, das sich die größten Monopolunternehmen der Erde unter den Nagel reißen möchten. Dabei unterstützt die deutsche Regierung besonders die *deutschen* Monopolunternehmen und Banken. Scheinheilig wird in den Medien auf die „armen Ferienreisenden“ abgehoben, die von dem Streik betroffen sein würden, um damit Unmut zu schüren!

Die Lokführer-Kollegen werden ihren Streik schon gegen die Richtigen zu führen wissen, zum Beispiel gegen Züge, in denen hochsensible, zeitlich terminierte Lieferungen des internationalen Produktionsverbundes gefahren werden. Das wird Wirkung zeigen. All denen, die Streikende als Rechtsbrecher hinstellen wollen, hat Eduard Picker, Professor für Arbeitsrecht an der Universität Tübingen, in einem Interview erklärt: „Die Lokführer haben generell das Recht zu streiken.“ Er kritisierte die Begründung des Arbeitsgerichts Düsseldorf als fehlerhaft: „Es ist die Freiheit der Leute, eine eigene Gewerkschaft zu gründen.“

In Deutschland wird das Streikrecht – im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen es in der Verfassung verankert ist – aus der „Koalitionsfreiheit“ abgeleitet und ist auf „Tariffragen“ beschränkt. Alle Schadensersatzdrohungen von Mehdorn sind zurückzuweisen! Die Dame und die Herren da oben wissen sowieso, dass die Sympathie der Bevölkerung auf Seiten der Streikenden ist. Wir sollten uns

überlegen, ob wir den Bahn-Kollegen zu gegebener Zeit als Montagsdemo mal einen Besuch machen können!

3. Die Bundesregierung genießt gerade ihren Sommerurlaub. Angela ist fast nur über SMS zu erreichen und probt schon die Arien aus Wagners „Walküre“: Sie will ab 2008 „ältere“ Empfänger von Arbeitslosengeld II zwangsweise in **Rente** schicken, mit dauerhaften hohen Abschlägen. Dies hat das von Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) „geleitete“ oder besser pervertierte Arbeitsministerium auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion „Die Linke“ bestätigt.

Die **Abschläge** betragen 3,6 Prozent pro Jahr vorgezogener Rente und können sich damit auf rund ein Drittel der Bruttorente summieren. Wenn die Regierung *das* unter „Maßnahmen gegen Übergewicht in der Bevölkerung“ versteht oder als „altersgerechte Produkte für die wohlhabenden Rentnergenerationen“, dann wird ihr Sarkasmus durch unsere sich Bahn brechende Antwort darauf übertrumpft werden!

4. Heute schreibt der „Weser-Kurier“, dass der Senat vorhat, die 100 Millionen Euro Deicherhöhungskosten auf die **Grundsteuer** umzulegen, was jede(r) einzelne dann als Mieterhöhungskosten für jede noch so kleine Butze wiederfinden wird. Das Radfahrerprinzip gilt auch hier: kein Protest bei der Berliner Regierung gegen die weltweite Kumpanei mit den multinationalen Monopolen, die die Klimaveränderung verursacht haben, aber die Massen verhungern lassen, knebeln und knechten!

Nein, Herr Loske! Wenn Sie mit Ihren halbgaren Vorschlägen so weitermachen, werden Sie und Ihre grüne Alibi-Politik bald am Ende sein. Alle Maßnahmen gegen die nahende Umweltkatastrophe sind von den Verursachern zu tragen! Das ist eine Forderung, die immer mehr Unterstützung findet, nicht nur bei uns. Das muss auch für Bangladesh und für Dürre-Gebiete in Afrika oder sonstwo gelten!

5. In Essen hat ein internationales Seminar über die Neuordnung der internationalen **Produktion** und die Vorbereitung zur Entwicklung eines neuen, anderen Gesellschaftssystems stattgefunden. Es kamen über 1.000 Teilnehmer. Rund 150 Vertreter aus fast 40 Ländern dieser Erde hörten Erfahrungsberichte und diskutierten miteinander. Wir erkannten, dass eine bessere Vereinheitlichung nur darin bestehen kann, dass wir bereit sind, voneinander zu lernen, unsere eigenen Erfahrungen immer besser auszuwerten, richtige Schlüsse daraus zu ziehen und sie anderen in noch engerer Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

So können die praktische wie auch die theoretische Zusammenarbeit der **Arbeiter- und Volksbewegungen** auf der ganzen Welt vorangebracht werden. Ich als Marxist-Leninist will dabei helfen, dass die Menschen und die Massen Kraft gewinnen, ihre Sache in die eigene Hand zu nehmen.

Ein besonderes Erlebnis beim Seminar und dem Geburtstagsfest der MLPD, das ich für die Montagsdemo-Bewegung erwähnen möchte, waren der Enthusiasmus und die Fähigkeit, über zweitausend Besucher mit Essen und Trinken ohne „Catering-Service“ selbst zu versorgen. Ich sehe noch die unendlichen Platten mit Salaten und selbstgebackenen Kuchen vor mir. Ich habe an einem Tage noch nie so viele Torten und Kuchen schneiden müssen! Aber alle Finger sind noch dran. Auch Handschuhe musste man tragen.

Ich habe dabei eine Organisation erlebt, wo jeder seine Aufgabe im großen Ganzen hatte, mit Menschen und nicht mit Maschinen zu tun hatte, und wo nicht kommandiert wurde. Natürlich gab es kleine Pannen und Fehler, aber die wurden mit Kritik und Verbesserungsvorschlägen und auch besonderem Einsatz ausgebügelt. Schon bei unserem Montagsdemofest gab es bei mir dieses Hochgefühl, jetzt war es fast überwältigend. Leider kann ich euch nur erzählen und nichts zum Abbeißen geben!

Jobst Roselius

Altenpflege für zwei Euro

Endlich ein Grund zu jubeln! Endlich können wir uns die Betreuung alter Menschen leisten: nur zwei Euro! Die Anbieter solcher Leistungen wurden mit Freude aufgenommen. Was will man mehr? Aber ich habe mich wohl verlesen, das rechnet sich doch gar nicht. Oder nur für die eine Seite?

Rechnen wir mal nach: Der Anbieter will zwei Euro. Wer ist der Kunde? Wenn es der Betroffene ist, der die Leistungen in Anspruch nehmen kann, ist es ja egal. In diesen zwei Euro ist alles enthalten, Lohn- und Allgemeinkosten. Natürlich sind die Mitarbeiter hoch motiviert: Sie warten geradezu darauf, für diesen Hungerlohn ihre Arbeit zu verrichten. Auch die Firma möchte noch verdienen, bloß wie?

Auf der anderen Seite gibt es Dumpinglöhne, mit denen wir gar nicht konkurrieren können. Der Wettbewerber wird vor Freude Luftsprünge machen. Aber was ist, wenn wir mit diesen Löhnen, also von unserer Arbeit nicht mehr leben können? Den Rest muss der Steuerzahler dazuzahlen. Wie gut, dass es Harz IV gibt! Damit rechnet es sich wieder, weil die Allgemeinheit zur Kasse gebeten wird. Sie muss zahlen, nicht der Arbeitgeber. Dem ist es sowieso egal.

Der Gesetzgeber schläft, die Allgemeinheit zahlt, die Patienten haben das Nachsehen, und das Ganze nennen wir „reformiertes“, also „verbilligtes“ Gesundheitssystem. Gute Nacht, ihr Lieben, die ihr mal älter und hilfsbedürftiger werdet! Wer so etwas zulässt, wird hoffentlich selbst mal betroffen sein. Er braucht überhaupt keine Angst davor zu haben, denn er wird für zwei Euro pro Stunde rund um die Uhr gepflegt, und das von hochmotivierten Kräften.

Udo Riedel (parteilos)

Die Diskussion um eine Hartz-IV-Erhöhung reißt nicht ab

1. Lebensmittel und Energie werden teurer, doch das Arbeitslosengeld II steigt nicht. Diese Tatsache kritisieren immer mehr Politiker und Verbände. Zugleich hat die Zahl der Menschen, die von Hartz-IV-Leistungen abhängig sind, nach Angaben des Deutschen Landkreistages einen neuen Höchststand erreicht.

Grünen-Fraktionsvize Thea Dückert sagte, die Berechnung des Regelsatzes müsse insgesamt zeitnaher erfolgen und die Lebenshaltungskosten realistisch widerspiegeln. Milch sei kein Luxusgut und dürfe auch keines werden. Auch die in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegenen Energiepreise seien nicht ausreichend berücksichtigt. Linksfraktionsvize Klaus Ernst erklärte, das bisherige Berechnungssystem bedeute Armut per Gesetz.

SPD-Fraktionsvize Ludwig Stiegler verwies darauf, dass sich die Grundsicherung aus einem großen Übersichtskorb errechne, in dem manche Preise fielen und andere stiegen. Wenn sich herausstellen sollte, dass der Lebensbedarf nicht mehr gedeckt ist, werde er der Erste sein, der eine Anpassung fordere. Der SPD-Sozialexperte Ottmar Schreiner sagte der „Blöd“-Zeitung, das Arbeitslosengeld II sei nicht mehr existenzsichernd, weil es keine Orientierung der Leistung an den Lebenshaltungskosten gebe.

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla jedoch wies die Forderungen als „absurd“ zurück. Das Arbeitslosengeld II könne sich nicht an „einzelnen Produkten“ orientieren, die gerade teurer würden. Er wies darauf hin, dass die Höhe der Hartz-IV-Leistungen ohnehin alle zwei Jahre überprüft werde. „Dabei wird auch die Marktentwicklung insgesamt berücksichtigt“, behauptete Pofalla.

Es gibt Leute, die wissen nicht, wovon sie reden, sonst würden sie nicht so unkontrolliert ins Sommerloch hineinblubbern! Herr Profalla södert auf eine Weise herum, die vermuten lässt, dass Hartz-IV-Leistungen üblicherweise überarbeitet und angepasst würden. Das menschenverachtende Hartz-IV-Gesetz ist aber erst zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Es löste den sogenannten Warenkorb ab. Bei dieser Umstellung hat man uns klammheimlich um 30 Prozent der uns zustehenden Leistungen bestohlen! Jetzt ist es ja nicht mehr möglich, bei der Bagis zum Beispiel die Reparatur einer Waschmaschine zu beantragen.

2. Die Zahl der **Hartz-IV-Empfänger** erreicht einen neuen **Höchststand**! Der Deutsche Landkreistag machte darauf aufmerksam, dass die Zahl der Hartz-IV-Empfänger die in der Arbeitslosenstatistik erfassten Langzeitarbeitslosen um ein Mehrfaches übersteigt und stetig wächst. Demnach waren im April dieses Jahres 7,4 Millionen Menschen auf Hartz IV angewiesen – der höchste Wert seit dessen Einführung.

DLT-Präsident Hans Jörg Duppré kritisierte, dass die Zahl der Hartz-IV-Bezieher bislang auf die Langzeitarbeitslosen verengt werde. Ein-Euro-Jobber mit mehr als 15 Wochenstunden, Kranke oder Ausbildungsplatzsuchende etwa fänden sich dagegen nicht in der Arbeitslosenstatistik wieder, obwohl deren Lage oft nicht besser sei. Gleiches gelte für Erwerbstätige im Niedriglohnbereich, die zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind. „Es wird endlich Zeit, dass wir uns den vielschichtigen Problemen offen stellen und uns eingestehen, dass die Zahl der Personen wächst, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind“, mahnte Duppré.

In der aktuellen Arbeitslosenstatistik seien von den 7,4 Millionen Hartz-IV-Sozialfällen lediglich rund 2,5 Millionen Menschen erfasst, betonte DLT-Sprecher Markus Mempel. Die von der Politik verkündete „positive, hoffnungsvolle Botschaft“ sei ein Trugbild. „Es geht nicht bergauf, ganz im Gegenteil.“ Das bedeutet, zwei Drittel der Hartz-IV-Bezieher werden schlicht ausgeblendet! Da wird der sogenannte Aufschwung glatt vom gelangweilt gähnenden Sommerloch verschluckt.

3. Lernen mit knurrendem Magen? Wenn die Schulkantine unerschwinglich wird, können sich Kinder von Hartz-IV-Empfängern das Essen nicht mehr leisten. „Haben Sie sich schon mal überlegt, warum McDonald’s Gerichte für einen Euro anbietet?“, fragt Wolfgang Büscher vom Kinderprojekt „Die Arche“ in Berlin. Vom **Schulessen** würden viele Kinder abgemeldet. Oft laute die Begründung, es sei zu teuer.

Dem Armutsbericht des Berliner Senats zufolge lebt fast jedes vierte Kind in der Hauptstadt in Armut. Vor allem Kinder von Arbeitslosen haben Probleme, das Essen in der Schulkantine zu bezahlen. Für die Mahlzeiten ihrer Kinder können Hartz-IV-Empfänger am Tag zwischen 2,57 und 3,43 Euro ausgeben, so sehen es jedenfalls die Regelsätze vor. Ein warmes Mittagessen in der Schule kostet im Schnitt aber schon zwei Euro fünfzig. Da bleibt für Frühstück und Abendessen nicht mehr viel übrig!

In der „Arche“ können Kinder kostenlos zu Mittag essen. 680 Mahlzeiten gibt das Haus in Berlin-Hellersdorf täglich aus. Der Verein hat sich darauf eingestellt, dass von Seiten der Kommune nicht viel Hilfe zu erwarten ist. Vom Bezirk bekommt die Arche 18.000 Euro pro Jahr, allein für Mittagessen verbraucht sie jedoch 250.000 Euro. Ohne Spenden wäre das nicht möglich.

Die Schulen lassen ihre Küchen oft von Firmen beliefern. Der Sprecher des bayerischen Kultusministeriums meint dazu nur lapidar, dass seine Behörde den Firmen ja nicht die Preise vorschreiben könnten. Dort weiß man zwar, dass sich manche Kinder das Schulessen nicht leisten können, sieht aber – mit dickfelliger Ignoranz – nicht unbedingt die Schulen in der Pflicht, das Problem zu lösen.

Vielerorts kümmern sich dennoch Schulen, Elternvereine und Sozialverbände darum, günstige Essen zu organisieren, ob nun die „Trierer Nothilfe“, der „Sozialdienst katholischer Frauen“ oder die „Arche“. Vieles, was Staat und Familien nicht leisten, kann durch gesellschaftliches Engagement aufgefangen werden – aber das Netz hat Löcher. Erstens gibt es nicht überall entsprechende Vereine, zweitens muss ein Notstand überhaupt erst einmal bekannt werden. Sich Hilfe von außen zu holen, kostet die Schulleiter und die Familien Überwindung!

In einigen Bundesländern gibt es das Modell des Ein-Euro-Essens: Kinder von Hartz-IV-Empfängern oder Asylbewerbern brauchen für ein warmes Mittagessen nur noch einen Anteil von einem Euro zu bezahlen. Ein ähnliches Programm soll nach den Sommerferien in Nordrhein-Westfalen anlaufen. Zehn Millionen Euro pro Schuljahr will die Landesregierung dem Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ zur Verfügung stellen. Auch hier trägt das Land zwei Drittel der Kosten, ein Drittel sollen die Kommunen beisteuern.

4. Obwohl die jüngste Debatte um **Preiserhöhungen** bei **Lebensmitteln** Forderungen nach einer Anpassung der Hartz-IV-Leistungen laut werden lassen, fordert der sogenannte Arbeitsmarktexperte Schneider – völlig an der Realität vorbei –, den Bezug von Hartz IV an eine „Gegenleistung“ zu koppeln. Der Neoliberale verlangt, dass jemand, der als Bedürftiger Geld bekomme, der Gesellschaft etwas „zurückgeben“ müsse, etwa in Form einer gemeinnützigen Arbeit. Schneider *södert* weiter, wer arbeiten müsse, um staatliche Unterstützung zu erhalten, habe plötzlich auch einen Anreiz, einen Job zu suchen, der ihm 100 Euro mehr im Monat bringe.

Heute dagegen laute die Alternative: Nichtstun oder 170 Stunden im Monat arbeiten, um 100 Euro mehr zu erhalten. Derzeit werde den Menschen signalisiert, dass sie mit Arbeit ohnehin nicht viel mehr verdienen könnten als mit Arbeitslosengeld II. Dann dürfe man sich nicht wundern, wenn die Menschen die Konsequenz zögen und auf Arbeit verzichteten, behauptet Schneider. Aha, ich schlussfolgere, dass Arbeitslose nicht mehr zur Gesellschaft dazugehören, wenn sie dieser etwas zurückgeben sollen! Abgesehen davon gibt es all die geforderten Arbeitsplätze überhaupt nicht.

Außerdem sind wir verpflichtet, uns sozialversicherungspflichtige Arbeit zu suchen. Diese Pflicht sollte als **Gegenleistung** genügen. Es entsteht nicht plötzlich ein „Anreiz“, sich Arbeit zu suchen, weil man in einem Ein-Euro-Job steckt, ganz im Gegenteil, dieser stiehlt uns die Zeit, die nötig wäre, „richtige“ Arbeit zu suchen! Heutzutage ist das ein Vollzeitjob. Vom Finden rede ich lieber gar nicht erst!

Vermutlich soll uns mit der Verpflichtung zu einem Ein-Euro-Job die Zeit zur Schwarzarbeit genommen werden. Das machen wir ja viel lieber als einen der unglaublich vielen Jobs annehmen zu wollen, die überall auf der Straße nur so herumliegen! Dass derartige Arbeit eher gemein als gemeinnützig ist, möchte ich an den folgenden Beispielen erläutern.

5. Im Kreis Recklinghausen gehen die Fallbearbeiter der Arbeitsagentur auf arbeitslose **Musiker** oder zumindest musizierende Arbeitslose zu. Wenn sie seit mehr als einem Jahr keine reguläre Arbeit mehr haben, können sie bei den „Awocados“ mitspielen. Der Ein-Euro-Job führt die arbeitslosen Musiker in Altersheime, Kindergärten oder Wohnheime für Behinderte. Sozialarbeiter Jürgen Schell leitet die Ein-Euro-Band „Awocados“. Das „Awo“ im Namen steht mal wieder für die „Arbeiterwohlfahrt“. Der frühere Musiker und heutige Sozialarbeiter entwickelte das Konzept auf Wunsch der Arge im Kreis Recklinghausen.

Das eigentliche Ziel, die Musiker in den normalen Arbeitsmarkt zu integrieren, ist schwer zu erreichen. Die Musiker spielen in Altersheimen oder vor geistig behinderten Menschen. Es ist natürlich absolut einleuchtend, dass das Musizieren in Bands für die Altenheimbewohner unbedingt zusätzlich und gemeinnützig ist. Deswegen werden die Stellen nur mit Ein-Euro-Jobbern besetzt. Schließlich würden normal bezahlte Musiker mehr kosten. Das macht das Ganze dann so ungemein gemeinnützig. Wenn ich als Ein-Euro-Job-Musikerin arbeiten müsste, würde ich aber nur ein sehr gekürztes Programm anbieten, adäquat für einen Euro!

Manche Stadtväter oder -mütter lassen sich noch allerhand mehr an eher gemeinem als nützlichem Unsinn einfallen: Strandvergnügen ohne störende Gänse garantiert seit kurzem ein Ein-Euro-Jobber am Chiemseeufer im bayerischen Rimsting. Die Idee zu dieser Arbeitsbeschaffungsmaßnahme hatte Bürgermeister Florian Hoffmann. Der Kot der Graugänse habe immer wieder den Strand verschmutzt. Daraufhin wandte sich Hoffmann an die Agentur für Arbeit mit dem Anliegen, einen „**Gänsevergrämer**“ einzustellen. Bis Mitte September soll der Ein-Euro-Jobber die Vögel am Strand behutsam verscheuchen. Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man sich schieflachen über diese Jobbezeichnungen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Neulich im Wald: Leben von Luft und Liebe *(„Bild“-Zeitung)*

Die Statistik verschweigt 4,9 Millionen Erwerbslose

1. Am 5. August 2007 stand im „Bremer Anzeiger“ ein Artikel über **Energiegewinnung** mit dem Titel „Brennstoffzelle ist in Fahrt“. Vorgestellt wurde ein Auto. Die Brennstoffzelle produziert Strom für den Elektromotor durch „kalte Verbrennung“ von Sauerstoff und Wasserstoff.

Aus dem Auspuff entweicht lediglich Wasserdampf. Verschiedene Entwickler wurden zitiert. Die Serienreife soll nach 2012 erreicht sein. Das jetzige Manko: Die Höchstgeschwindigkeit beträgt „nur“ 160 Stundenkilometer. Der Wagen ist auch zu schwer und zu groß!

In den neuen Bundesländern werden bereits dezentrale Heizwerke und Stromerzeuger erfolgreich mit dieser Technik betrieben, so eine Sendung des MDR vor einiger Zeit. Und wir in Bremen wollen ein Kohlekraftwerk? Allerdings ist mit einer Brennstoffzelle keine Müllverbrennung möglich! Für die Politiker, die trotzdem für ein Müll-Kohle-Kraftwerk sind, wird es immer enger! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die Medien haben bis vor einigen Wochen weit verkündet, das Elterngeld habe einen „Baby-Boom“ ausgelöst! Kritische Jouralisten haben die Meldung überprüft und widerlegt. Sie wollten keine Aussage zur Ursache machen! Jetzt ist eine weitere Kampagne zu Ende: die vom **Aufschwung**. Er war gar nicht da, leider!

Die „Kauflust“ sollte angeblich ab Januar 2007 ausgebrochen sein, hat jedoch den Einzelhandel bislang noch nicht erreicht. „Dies wird aber im zweiten Halbjahr nachgeholt“, haben sich die Medien überboten – leider auch die Wirtschaftsforscher, denn Gutachten werden jetzt europaweit ausgeschrieben. Institute, die negativ berichtet haben, geloben Besserung und kündigen personelle Konsequenzen an!

Ein kleiner Artikel im „Weser-Kurier“ vom 1. August 2007 meldet: „Einzelhandel steckt noch im Minus“, und am 3. August lautet eine Überschrift: „Die ‚Aufschwung-Party‘ wird gestört“. Was Verbraucher mehr ausgeben müssen, fehlt ihnen an anderer Stelle! Dies hat Udo bereits auf der 143. Bremer Montagsdemo festgestellt, und dem ist nichts hinzuzufügen.

Hoffentlich hinterfragen die Medien die vorbereiteten Pressemeldungen wieder. Wir als Verbraucher sollten ebenfalls hinterfragen und dies der Zeitung und dem Rundfunksender auch mitteilen! Jeder, der den Aufschwung betont oder an-

gekündigt hat, leitete diesen von der „guten Entwicklung“ des Arbeitsmarktes ab: Der Aufschwung geht aus der amtlichen Statistik hervor! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Rentner sind auch Menschen! Auch alte Menschen haben Anspruch auf Leistungen der Krankenkasse, wenn diese ihnen Linderung verschaffen, oder um eine Verschlechterung zu verhindern, selbst wenn eine Besserung nicht zu erwarten ist!

Eine 88-Jährige mit Gelenkfunktionsstörungen hat vom behandelnden Arzt Krankengymnastik verordnet bekommen. Die Krankenkasse hat abgelehnt: Die aktivierende Pflege, unter anderem die Begleitung zur Toilette, sei Bewegung genug, da sich der Zustand der Patientin ohnehin nicht mehr bessern werde (Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Aktenzeichen L16 B9/07 KR).

Dieses Urteil ist richtungweisend, weil oftmals Behandlungen wegen mangelnder Aussicht auf Besserung abgelehnt werden! Es kann auf viele Fragen und Probleme übertragen werden. So ist es üblich, Leistungen davon abhängig zu machen, ob der Patient arbeitet oder Rentner ist. Bestimmte Leistungen werden Rentnern vorenthalten! Allerdings fängt die Überzeugungsarbeit beim Arzt an. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, auch als Rentner: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Der Untersuchungsausschuss Murat **Kurnaz** wurde schon vor langer Zeit dem Verteidigungsministerium zugeordnet, was die Medien damals heftig kritisierten, weil damit jegliche Berichterstattung unmöglich wird. Alles, was diesen Ausschuss betrifft, ist automatisch geheim! Viele Medien haben trotzdem berichtet. Bundestagspräsident Lammert hat nun Anzeige wegen Geheimnisverrates erstattet.

Herr Kauder hat es gefördert, veranlasst oder auch nur begrüßt. Dies ist nicht mit dem Recht der Bürger auf Informationen vereinbar! Was müssen diese Politiker verstecken! Wann erhält Herr Kurnaz moralische Unterstützung von der Politik und eine angemessene Abschlagszahlung auf die Entschädigung? Diese Handlung wird vom politischen Mandat nicht gedeckt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Am **Dienstag**, dem **7. August 2007**, findet um **19 Uhr** wieder der **Gesprächskreis „Begleitung“** des Vereins „Sozialer Lebensbund“ im „**Hibiduri**“ in der Thedinghauser Straße 2 statt. Es ist ratsam, nicht allein zu den Ämtern zu gehen! Der Verein „so:leb“ begleitet daher betroffene ALG-II-Bezieher(innen) zur Bagis. Wir möchten unsere Erfahrungen weitergeben und uns mit anderen austauschen. Dies ist also ein Workshop für Betroffene und Interessierte. Themen sind Vorbereitung und Ziele der Gespräche mit Fallmanager(inne)n, Kostensenkungsaufforderungen für die Wohnung und Eingliederungsvereinbarungen.

5. Noch einmal: Jeder, der den Aufschwung betont oder angekündigt hat, leitete diesen von der „guten Entwicklung“ des Arbeitsmarktes ab: Der Aufschwung geht

aus der amtlichen Statistik hervor! Diese wurde allerdings Ende 2005 geändert, wir haben mehrfach darüber berichtet. Der „Deutsche Landkreistag“ hat uns bestätigt: In der aktuellen **Arbeitsmarktstatistik** seien von den 7,4 Millionen „Hartz-IV-Sozialfällen“ lediglich rund 2,5 Millionen Menschen erfasst. Die von der Politik verkündete „positive, hoffnungsvolle Botschaft“ sei daher ein Trugbild. Es gehe nicht bergauf, ganz im Gegenteil, betonte der Sprecher des „Landkreistages“ Markus Mempel.

Diese Pressemeldung stammt vom 31. Juli 2007. Die Aussage bezieht sich auf den April 2007 und somit auf die Statistik per 15. April 2007. Diese Statistik „verschweigt“ somit circa 4,9 Millionen Erwerbslose! Am 1. August 2007 erfolgte die Präsentation der neuen Zahlen von Herrn Weise, vermeldet im „Weser-Kurier“. Die amtlichen 3,175 Millionen Erwerbslosen bleiben weiterhin ohne die vorstehend erwähnten circa 4,9 Millionen. Erwerbslos sind somit über acht Millionen Menschen. Diese Zahl erhöht sich noch um die ALG-I-Betroffenen, die aus ähnlichen Gründen wie die ALG-II-Betroffenen nicht in dieser Zahl enthalten sind. Somit haben wir **über neun Millionen Erwerbslose**, plus die Mitmenschen mit geminderter Erwerbsfähigkeit, die vom Sozialamt betreut werden!

Herr Weise hat wohl die Pressemitteilung des DLT noch nicht gelesen, wenn er bei der Präsentation der aktuellen Arbeitsmarktzahlen nach alter Art und Weise herausstellt, gleichzeitig sei die Zahl der offenen Stellen auf fast eine Million angestiegen, 80 Prozent davon auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dies bestätigt, dass geförderte Stellen als offene mitgerechnet werden und circa 200.000 davon nicht besetzt wurden. Öffentlich geförderte Stellen sind unter anderem Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Herr Weise stellte heraus, die Zahl der Langzeitarbeitslosen sei um 8.000 gesunken.

In Bremen hat die Senatorin für Soziales die Arbeitslosenzahlen kommentiert: „Zu- und Abgänge von Arbeitslosen und Entwicklung der Stellenangebote: Insgesamt konnten im Juni 6.847 Menschen ihre Arbeitslosigkeit beenden, 65 beziehungsweise 0,9 Prozent weniger als im Vormonat. 2.683 Arbeitsuchende wurden in Erwerbstätigkeit integriert. Das waren 261 beziehungsweise 10,8 Prozent mehr als im Vormonat.“ 4.167 Menschen sind somit in Bremen „verschwunden“ – und da hebt Herr Weise 8.000 hervor, bundesweit! Bei den 2.683 Menschen, die Arbeit gefunden haben, wurden die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse und ABM-Stellen mitgezählt. Annelie Buntenbach liegt fast richtig mit ihrer Schätzung: „Nur jeder dritte Hartz-IV-Empfänger, der sich aus der Arbeitslosigkeit abmeldet, findet tatsächlich eine Beschäftigung.“

Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit schreibt die Senatorin für Soziales: „Auch im Land Bremen ist die Arbeitslosigkeit von Juni auf Juli saisonbedingt leicht angestiegen. Infolge des Ferienbeginns und durch das Auslaufen zahlreicher betrieblicher Ausbildungsverhältnisse meldeten sich im Juli vermehrt Jugendliche vorübergehend arbeitslos. Die Zunahme um insgesamt 579 Personen beziehungsweise 1,4 Prozent auf 41.553 beruht damit fast ausschließlich auf dem saisonüblichen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit.“ Laut „Glossar“, Stichwort „Bedingun-

gen für die Arbeitsmarktstatistik“ gelten „Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen“, nicht als arbeitslos! Diese Bewerber um einen Ausbildungsplatz sind somit nicht in den Zahlen dieser Statistik enthalten! Allerdings passt dies nicht zur vorstehenden Verlautbarung.

Zur Arbeitslosigkeit der Jüngeren unter 25 Jahren heißt es: „Die Jugendarbeitslosigkeit stieg, ebenso wie in Niedersachsen, aufgrund des Schuljahresendes und des Auslaufens zahlreicher Ausbildungsverträge auch im Land Bremen gegenüber dem Vormonat deutlich um 490 (+13,5 Prozent) auf 4.109 Personen an. Diese nicht ungewöhnliche Entwicklung wird sich jedoch wegen des Beginns des neuen Ausbildungsjahres und des Semesterbeginns vermutlich spätestens im Verlauf der nächsten beiden Monate relativieren. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Arbeitslosigkeit Jüngerer erheblich um 1.397 (-25,4 Prozent). Die Arbeitslosenquote, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen, lag mit 11,9 Prozent unterhalb der vergleichbaren allgemeinen Quote von 12,8 Prozent. Vor einem Jahr betrug die Quote der Jugendlichen noch 16,1 Prozent.“

„Unterschieden nach Rechtskreisen hat sich die Jugendarbeitslosigkeit folgendermaßen entwickelt: Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Bereich des SGB III stieg gegenüber dem Vormonat um 394 (+44,4 Prozent) auf 1.282 an. Grund für den starken Anstieg im SGB-III-Bereich ist im Wesentlichen, dass Auszubildende nach Abschluss der Ausbildung in der Regel einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben. Im Vergleich zum Vorjahr gab es im Juli im Rechtskreis SGB III jedoch 286 beziehungsweise 18,2 Prozent weniger Arbeitslose unter 25 Jahren. Im Bereich des SGB II nahm die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 96 (+3,5 Prozent) auf 2.827 zu. Gegenüber dem Vorjahr konnte allerdings ein beträchtlicher Rückgang um 1.111 Personen (-28,2 Prozent) verzeichnet werden. Dies ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass auch langzeitarbeitslose Jüngere vom Aufschwung profitieren.“

Anmerkung: Das SGB II wurde geändert! Jugendliche unter 25 Jahren gehören in der Regel zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern. Dadurch bleiben viele Jugendliche ohne Anspruch auf ALG II und sind somit nicht in dieser Statistik enthalten! Die Senatorin rechnet wohl damit, dass niemand von dieser Änderung weiß und feiert die falschen Zahlen auch noch als Erfolg! Die Verlautbarungen der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesregierung und nicht zuletzt unserer Senatorin für Soziales werden sich hoffentlich ändern! Nachfragen führt auch hier zu mehr Ehrlichkeit. Das „Glossar für Bedarfsgemeinschaften“ ist lesenswert! Es sind viele „Arten“ von Erwerbslosen aufgeführt, die nicht in der Statistik enthalten sind. Aber selbst diese Aufstellung ist nicht abschließend!

Die Zahl der Beschäftigten wird geschätzt, obwohl die Arbeitgeber inzwischen nur noch eine Frist von 14 Tagen für die Meldung des Beginns einer Beschäftigung haben. Das Beschäftigungsende muss innerhalb von sechs Wochen gemeldet werden. Das Arbeitsplatzwunder ist somit geschätzt! Mitgeschätzt wird jede noch so geringfügige Tätigkeit. Die Beschäftigungszahlen hinken mindestens drei Monate hinterher und sind dennoch nur geschätzt. Diese Zahlen werden mit

großem Abstand revidiert, was in der amtlichem Statistik nicht auffällt, weil diese Korrekturen nicht in der *aktuellen* Statistik ersichtlich sind. Dort lesen wir zur Entwicklung der Beschäftigung: „Nach den hochgerechneten Ergebnissen von Ende Mai 2007 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land Bremen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7.416 beziehungsweise 2,7 Prozent auf 278.800 (Westdeutschland: +431.000 beziehungsweise +2,0 Prozent). Die positive Entwicklung der vergangenen Monate hat sich damit fortgesetzt."

Die Bundesagentur für Arbeit weist die Zahl der Erwerbstätigen in der Statistik per 15. Juli 2007 für die Monate Juni und Juli *nicht* aus. Dort steht ein Strich. Für die Monate April und Mai sind die Zahlen als „geschätzt" gekennzeichnet! Die Bundesagentur schreibt selbst über die „richtige Statistik", in der sich so viele nicht wiederfinden – beziehungsweise nur als Arbeitssuchende und eventuell Leistungsempfänger, nicht als Arbeitslose –: „Die statistische Erfassung der Inanspruchnahme arbeitsmarktpolitischer Leistungen wird erst nach drei Monaten endgültig abgeschlossen. Damit wird die Qualität der Daten deutlich verbessert, weil Nacherfassungen und Datenkorrekturen bis zu drei Monaten nach dem Berichtsmonat noch berücksichtigt werden können. Um trotzdem monatlich aktuell berichten zu können, werden die Ergebnisse des Berichtsmonats hochgerechnet, und zwar nach dem Verhältnis von vorläufigen zu endgültigen Werten in den zurückliegenden Monaten. Die aktuellen Ergebnisse sind deshalb für drei Monate als vorläufig anzusehen."

Fazit: Alles was veröffentlicht wird, ist vorläufig! Die Statistik hat nur den aktuellen Monat und drei Vormonate. Somit ist aus der aktuellen Statistik nur der Monat April 2007 mit Stand 15. April 2007 aussagefähig! Aber Vorsicht, im Kleingedruckten stehen weitere Einschränkungen. Ein Beispiel: „Die Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquoten werden einmal jährlich aktualisiert, und zwar bis auf die Kreisebene. Dies geschieht üblicherweise ab Berichtsmonat April oder Mai; Rückrechnungen werden nicht vorgenommen. Die Bezugsgrößen sind zweckgebundene Berechnungsgrößen. Dabei wird auf verschiedene Statistiken (Beschäftigtenstatistik, Arbeitslosen- und Förderstatistik, Personalstandsstatistik und Mikrozensus) zugegriffen, deren Ergebnisse erst nach einer gewissen Zeitverzögerung zur Verfügung stehen. Deshalb beruht die Bezugsbasis zum Beispiel für 2007 überwiegend auf Daten aus dem Jahr 2006." Darum den gesunden Menschenverstand einschalten und die Politiker der Wahrheit näherbringen!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Haushaltssanierung mit Ein-Euro-Jobs: Stadt berechnet 20.000 Euro für 200 Stunden Müllsammeln *(„Eßlinger Zeitung")*

Hetze gegen Erwerbslose: Antriebsloses „Prekariat" schafft Arbeitsplätze für Sozialarbeiter *(„Spiegel-Online")*

Die Widersprüche wachsen in knapp 100 Tagen

Wir Bremer haben einen neuen Senat gewählt, weil wir eine andere und bessere Politik für diese Stadt wollen. In der alten Zusammensetzung ging es nicht weiter. Vor allem die CDU fiel unangenehm aus der Reihe. Nun hat Bremen einen rot-grünen Senat, und man hofft, dass die Schieflage, die sich in der vorherigen Großen Koalition zugespitzt hat, ausbalanciert wird. Der neue Senat fing vielversprechend an, doch schon innerhalb der ersten 100 Tage drückt ihn der politische Alltag, und die Aufbruchstimmung verfliegt.

Bei den neuesten Entwicklungen muss man den Senat beim Wort nehmen.Ein Vergleich lohnt sich bei Forderungen und Zielen, die vor der Wahl oder während der Sondierungsgespräche genannt wurden. Da schneiden beide Parteien bisweilen schlecht ab. Ein wichtiges Thema für beide war und ist sicherlich noch der Mindestlohn, den man, wenn schon nicht auf Bundesebene, so zumindest in Bremen durchsetzen will. Der Senat möchte 7,50 Euro, die „Linke“ 8,50 Euro pro Stunde im Niedriglohnsektor. Ihr Vorstoß im Bundesrat scheiterte an der CDU-Mehrheit.

Wirkliche Mühe, einen anständigen Mindestlohn durchzusetzen, gibt sich der Senat bisher nicht. Er ließ nun im Personennahverkehr neue Verträge ausschreiben. An diesem Verfahren können auch private Unternehmen teilnehmen. Die Stadt ist verpflichtet, eine öffentliche Ausschreibung für den Betrieb des Personennahverkehrs zu gewährleisten; eine EU-Verordnung muss bundesweit umgesetzt werden. Da Bremen sparen muss, wird das rationellste Unternehmen den Zuschlag bekommen. Im Klartext heißt das: Es wird an den Löhnen gespart. Derzeit treten die Lokomotivführer zum Streik an. Werden die Bus- und Straßenbahnfahrer folgen?

Nicht nur hier, auch in seiner Energiepolitik verhält sich der Senat widersprüchlich. Stellvertretend für die Grünen sagte Karoline Linnert: „Um das Kohlekraftwerk zu verhindern, kündigen wir als Stadt und Körperschaft die Verträge mit der SWB.“ Auch Reinhard Loske, Senator für Umwelt, hat kurz nach seiner Amtsübernahme wiederholt gesagt, unter ihm werde es kein Kohlekraftwerk geben. Er wurde deswegen schon öfters kritisiert, vor allem von SWB und Handelskammer. Seit er letzterer einen Besuch abstattete, ist Herr Loske verstummt.

Er wollte seinem Ressort auch das Wort „Klima“ hinzufügen, aber das durfte er nicht; die Altherrenriegen von SPD und Handelskammer verweigerten ihm diese Freiheit. Im Herbst soll die Entscheidung fallen, ob ein weiteres Kohlekraftwerk in Bremen gebaut wird. Kommt es zum Bau, schafft Bremen sein Klimaziel

nicht, die Verringerung von 20 Prozent Kohlendioxid bis 2020. Dass in Bremen auch anders Strom erzeugt wird, zeigt das von der SWB betriebene Gaskraftwerk in Hastedt.

Bei den Vertragsverhandlungen über den noch in diesem Jahr geplanten Baubeginn des Kohlekraftwerks gab die SWB bekannt, dass sie für ein französisches Unternehmen baut. Der hier erzeugte Strom ist für den Export gedacht, auch in andere EU-Länder. Blockt der Senat, geht der Auftrag verloren. Die SWB sprach sich in diesem Fall für einen anderen Standort in Norddeutschland aus. Der Senat muss zustimmen, weil er die Gewerbefläche zur Verfügung stellt. Diese Planungssicherheit gab man der SWB schon vor der Wahl.

Mehrere Millionen Euro hat die SWB bereits in Planung und Umsetzung des Projektes investiert. Die Stadt kann keinen Einfluss mehr auf die Energiepolitik der SWB ausüben, weil Bremen seine Anteile verkauft hat. Die SWB gehört jetzt unter anderem den Aktionären von EON und RWE. Diese Konzerne verfolgen eine aggressive Ausrichtung. Obwohl das Kohlekraftwerk nun doch nicht gebaut wird, ist noch lange keine Entwarnung zu geben: Die Energiekonzerne planen, in der ganzen Republik zehn Kohlekraftwerke sowie einige Müllverbrennungsanlagen zu bauen. Standorte im Norden sind Brunsbüttel, Hamburg, Stade und Wilhelmshaven.

Die Müllverbrennung ist ein lukratives Geschäft. Selbst Giftmüll aus den Entwicklungsländern verbrennt man in Deutschland, denn Transport und anschließende Verbrennung des Mülls sind billiger und sicherer als in afrikanischen Ländern. Der Druck muss weiter wachsen, damit die Energiepolitik sich ändert! Die Proteste der Grünen waren aber nur Windmühlenkämpfe, damit sie nicht als Umfaller erscheinen. In solchen Zwangsjacken steckt der Senat. Innerhalb von 100 Tagen hat der politische Alltag die Regierung im Griff. Alternative Politik ist mit dem neuen Senat nicht möglich.

Auch die Opposition lässt mit ihrer Arbeit zu wünschen übrig. Insbesondere die „Linke“ macht bisher eine zu schwache Figur. Sie müsste beim Thema Mindestlohn mehr Biss zeigen. Gemutmaßt wurde, dass sie in die Fänge der Macht gekommen ist: Sie kriegt für ihre parlamentarische Arbeit insgesamt 600.000 Euro. Bei dieser „Linken“ ist es ärgerlich, dass sie ein Hauptthema wie den Mindestlohn so wenig beachtet. Gerade bei der bevorstehenden Ausschreibung des Betriebes für den Nahverkehr müsste sie mehr Paroli bieten!

Dies gilt auch für die häusliche Krankenpflege. Ein Bremer Anbieter mit Namen McPflege wirbt mit einem Stundenlohn von zwei Euro. Die monatlichen Gesamtkosten belaufen sich auf insgesamt 2.000 Euro. Die Pflegekraft, die aus Osteuropa kommt, wohnt auch bei dem Patienten. Da muss die „Linke“ mehr reingrätschen und es nicht dabei belassen, Protest via Internet und Zeitung zu äußern! Schließlich hat die „Linke“ gesagt, sie möchte auch den außerparlamentarischen Widerstand stärken.

Jens Schnitker (parteilos)

Unterstützung für den Streik der Lokführer

Vor uns das „Peace-Zeichen“, mit Blumen gelegt aus Anlass des Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 62 Jahren, über uns die gleißende Sonne, suchten wir wieder den Schatten der Gebäude auf. Wir hatten Redebeiträge wie lange nicht mehr, sodass wir fast eineinhalb Stunden Kundgebung abhielten. Da gab es genügend Zuhörer, die mal enger, mal weiter standen und uns ihre Aufmerksamkeit widmeten. Wir waren wohl an die 60 Teilnehmer und Zuhörer bei der 144. Bremer Montagsdemo am 6. August 2007 ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz. Nicht nur Touristen, auch Bremer, mit dem Fahrrad unterwegs, Familien und einige wenige junge Leute waren dabei.

Großen Jubel rief die 96-prozentige Streikbereitschaft der Lokführer-Gewerkschafter hervor. Mit einiger Sympathie aus der Bevölkerung im Rücken erklären sie ihren Mut und ihren Willen, dem Bahndiktat und den Regierungsplänen nach profitablem Börsengang entgegenzutreten. Dem Kampf um höhere Löhne und der selbständigen Organisierung ihres Kampfes kommt große Bedeutung zu. Immer mehr Kollegen aus allen Bereichen der Großindustrie sind sauer auf die abgekartete Politik der SPD-hörigen Gewerkschaftsspitze mit den Konzernbossen und der Regierung, die allein die Interessen der Monopole vertritt und aus Deutschland ein „konkurrenzfähiges Billiglohnland“ machen will.

Die Verängstigung der Ferienreisenden verfängt nicht, aber die Monopole haben sehr wohl Angst, wenn ihre „just-in-time“-Züge ungewohnte Verzögerungen erleiden. Die Monopole werden Mehdorn und Merkel schon den Marsch blasen, wenn ihre Produktion ins Stocken gerät! Die Montagsdemo-Bewegung wird die Streikenden unterstützen und ihre Solidarität zeigen.

In Bremen fallen immer mehr die Hüllen der Grünen, mit denen sie sich vor der Wahl um neue Wählergunst verkleidet hatten. Die Bürgermeisterin Linnert belobhudelt die Bundeswehr und zeigt damit, dass die Grünen die aggressive Politik der Schröder-Fischer-Regierung gegen die Völker der Welt mit den Bundeswehreinsätzen fortsetzen wollen. Die Eiertänze um ein neues Kohlekraftwerk, die Außenweservertiefung oder den Straßenausbau in Bremen zeigen, dass Opportunismus und Wählertäuschung kurzfristig zum warmen Senatssessel führen können, aber schnell auch massive Proteste hervorrufen werden.

Und was ist mit der „anderen Sozialpolitik“? Es gibt schon erste Anzeichen, dass wir gut daran tun, hartnäckig die Zusagen einzufordern. Derweil das Ge-

schacher um die Hartz-IV-Höhe und neue „pfiffige Ideen“ des Betrugs an den Opfern dieser Politik das Sommerspielchen der gelangweilten Politik ausmachen, werden wir unsere Politik für den Herbst vorbereiten. Es passt gut, einmal die Unwörter der aktuellen Diskussion zu kommentieren, mit denen die Menschen abqualifiziert werden. Zu den „Untaten“ gehört aber auch die Verbreitung von Klischees, die „liberale Gralshüter“ der Karikatur so gerne benutzen.

Jetzt im Bremer „Sonntags-Kurier“ ist Herr Til Mette zu sehen, der sich nicht zu schade war, den Bettler unter dem „Bremer Loch“, in das der wohlsituierte Weltbürger einen Cent hineinschnipst, natürlich mit Bierbuddel als notorischen Alkoholiker darzustellen. Die darin enthaltene Gleichsetzung aller Bettler mit Alkoholikern zeigt, wie abgehoben solche „Weltbürger“ wie Mette sind, die mal in New York, mal in Berlin leben. Ihre Klischees gehören genauso zur Volksverhetzung wie manches gelangweilte Geseier der hohen Politik und ihrer Medienlakeien, voran „Bild“, „Spiegel“ und „Tageszeitung“.

Das „Bremer Loch“ ist übrigens der neueste Schrei und Renner. Kleine Roste im Straßenbelag des Marktplatzes mit Ritze, beim Einwurf einer Münze macht es „I-a“: die Bremer Stadtmusikanten aus dem Untergrund. Jetzt war die Sammeldose darunter bereits vorzeitig überfüllt und zudem noch völlig im Regenwasser abgesoffen. Ein Vorgeschmack auf die kommende Senatspolitik? Ob die Spenden bei der karitativen „Kaisen-Stiftung“ ankommen werden, muss sich noch zeigen. Im „Filz“ kann auch schon mal was steckenbleiben!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Aufruf zur 4. bundesweiten Demonstration gegen die Regierung am 13. Oktober 2007 in Berlin

Jubelmeldungen vom „Wirtschaftsaufschwung“ sollen die Menschen beruhigen. Aber in Wirklichkeit ist die Bilanz von zwei Jahren Merkel/Müntefering-Regierung ein Desaster: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind weiter gewachsen. Kinder- und Altersarmut hat mit Hartz IV Rekordhöhen erreicht. Bildung ist zum Luxusgut geworden. Wer sich wehrt, wird als „Terrorist“ beschimpft, bespitzelt und unterdrückt. Demokratische Rechte werden massiv abgebaut, Faschisten Spielraum für Hetze und Terror gegeben. Deshalb fordern wir: Schluss mit dem Raubbau an sozialen und demokratischen Rechten! Wir wollen menschenwürdig leben!

Wir wollen Arbeit, von der man leben kann. Wir lassen uns nicht in Arbeiter und Arbeitslose spalten. Wir wollen eine lebenswerte Zukunft! Wir rufen deshalb alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte, Arbeitende, Arbeitslose, Frau-

en, Jugendliche, auf: Beteiligt euch an der Demonstration gegen die Regierung in Berlin! Weg mit Hartz IV und der „Rente mit 67“! Für eine wirksame Arbeitszeitverkürzung auf Kosten der Profite! Für Mindestlöhne im Kampf gegen Lohndumping und Spaltung der Arbeiter! Für den Erhalt und den Ausbau demokratischer Rechte und Freiheiten! Für ein politisches Streikrecht!

Zuschrift von Fred Schirrmacher („Bundesweite Montagsdemo“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

145. Bremer Montagsdemo
am 13. 08. 2007

Das geht doch auf keine Kuhhaut mehr

Was Bauernpräsident Gerd Sonnleitner und seine Helfer uns da alles einbrocken wollen! Aber vielleicht zieht auch nicht er die Fäden, sondern muss sie ziehen, wer weiß das schon? Immer steigt mir die Wut in den Kopf, wenn ich höre: „Wir werden uns schon daran gewöhnen müssen.“ Es reicht! Stoppt den Wahnsinn!

Ulla Schmidts Gesundheitsreform: Gesundheitsabzocke passt besser! Der Euro, der unser Geld „nur“ halbiert hat! Kanzlerin Merkel: die Mehrwertsteuer auf 19 Prozent hochgeschraubt! Keine Rentenerhöhungen, seit Jahren nicht einmal den Inflationsausgleich für die Rentner! Kinder gehen hungrig zur Schule! Hartz-IV-Menschen leben mit den Fäusten in den Taschen! Aber wir hören und lesen immer wieder, „wir werden uns schon daran gewöhnen müssen!“ Auch dass die Armen- und Reichenschere immer weiter auseinandergehen wird! Wo soll das hin? Wo soll das enden?

An hohen Lebensmittelpreisen gehe ich schon lange vorbei. Früher hatte ich Hunger im Laden bekommen, heute gehe ich hungrig rein und werde vom Preise anschauen satt! Und übrigens, die Qualität von Milch oder Fleisch wird ja nicht besser. Ich zahle für die gleiche Ware vom gleichen Hersteller jede Menge mehr Euro, aber ich kriege nicht mehr Euro rein! Also lasse ich mehr Ware links liegen und kaufe demnächst noch kritischer ein!

Eine „Tsunami-Preiswelle“ wurde mit dem Euro ausgelöst und rollt gerade stärker über Deutschland, nur weil wir von zu vielen arroganten, dummen und rücksichtslosen Menschen regiert werden. So geht nicht nur Deutschland vor die Hunde, sondern auch die Welt bald zu Grunde!

Ursula Gatzke (parteilos)

Wir wollen den Mindestlohn nicht zum Wahlkampf, sondern jetzt!

Was ist der Unterschied zwischen Staat und Wirtschaft? Es gibt keinen: Beide denken nur an das Geld und nicht an die Menschen. Anders kann man das ganze Drama nicht mehr erklären! Die Wirtschaft schafft keine Arbeitsplätze mehr, zahlt schlechte Löhne, der Staat schaut tatenlos zu, muss aber zahlen, weil die Wirtschaft sich beklagt, das Sozialsystem sei zu teuer.

Ist es nicht so, dass wir uns einen Sozialstaat aufgebaut haben, damit wir Menschen einen Schutz haben? Dieser wird nun jedoch immer mehr demontiert, von denen, die sich aus der Solidargemeinschaft entfernen, statt Arbeitsplätze zu schaffen. Sie brauchen es auch nicht, denn das regelt ja der Markt, und die Politik sagt: Wir können nur die Rahmenbedingungen schaffen. Auch die Wirtschaft wartet und wartet. Nein, so geht es nicht!

Es grenzt an Unverschämtheit, was sie da mit uns Menschen anstellen! Hat denn die Wirtschaft nicht schon genug bekommen? Steuergeschenke, Kündigungsschutz zum größten Teil aufgehoben, Entlastung durch Subventionen, Massenentlassungen werden akzeptiert, die Bürger werden immer mehr belastet, etwa durch die Gesundheitsreform, und unverschämte Preissteigerungen werden zugelassen! Bessere Rahmenbedingungen kann es doch wohl nicht geben, oder?

Laut Regierung und Bundesagentur für Arbeit werden immer mehr Arbeitsplätze geschaffen. Wir können Ihnen aber da etwas anders sagen! Wenn tatsächlich Arbeitsplätze entstehen, kann in den meisten Fällen niemand davon leben, und der Staat zahlt drauf. Wann kommt endlich der Mindestlohn? Dann hört das Draufzahlen auf, meine Damen und Herren Politiker, ist Ihnen das nicht bewusst? Wir wollen den Mindestlohn nicht als Wahlkampfthema, sondern jetzt! Dann geht es uns allen wieder besser, und auch wir Rentner können davon profitieren.

Udo Riedel (parteilos)

Neulich im Wald: Angeln mit langer Rute *(„Spiegel-Online“)*

Kurze Geschichte der Montagsdemo

1. In dieser Woche findet die **Montagsdemo seit genau drei Jahren** statt. Als wir und mit uns viele andere – auch in zahlreichen weiteren Städten Deutschlands – auf die Straße gingen, war nur wenigen klar, was auf uns zukommen würde. Andere glaubten nicht, dass so eine volksfeindliche Politik möglich wäre, wie sie dann ins Werk gesetzt wurde.

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte sich die Idee der „Agenda 2010“ ausgedacht, die Deutschland „fit machen“ sollte für den „Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt“, wie das so schön hieß. Die Pisa-Studie war vernichtend gewesen, immer größer wurde die Zahl der Arbeitslosen und nicht mehr gebrauchten Menschen. Damit stiegen die Kosten für eine hilflose und perspektivlose Politik. Seit den achtziger Jahren waren die Arbeitslosenzahlen ständig gestiegen. Diese „Geldverschwendung“ passte den Großkonzernen und Monopolen nicht mehr.

Weltweit hatte die Neuorganisation der internationalen Produktion begonnen. Großfusionen, feindliche Übernahmen und die Entwicklung neuer Konzernstrategien zur Steigerung der Gewinne waren an der Tagesordnung und forderten immer größere Finanzmittel. Also mussten neue Konzepte und Gesetze her. Die deutschen Großkonzerne ließen ihre „Fachleute“ ran, die sowieso schon in den Ministerien saßen. Ein Gutachten folgte dem nächsten, und schon waren die „ Hartz-Gesetze“ da, um den „Arbeitsmarkt“ zu „reformieren“.

Der größte Umbau der Sozial- und Arbeitsmarktgesetzgebung wurde durchgezogen, die Rentenformel geändert, die Sozialhilfe sozusagen abgeschafft, kurz: die Lebensgrundlage von Millionen verändert und vernichtet, begleitet von einem Konzert aus verbalen Angriffen auf die Menschen, aus Zynismus und Demagogie. Aber die Menschen wehrten sich.

Die Regierung stürzte in eine tiefe politische Krise, aus der sie letztendlich nur durch Abwahl entlassen wurde. Nach „Kohl muss weg“ Ende der neunziger Jahre schallte es nun „Schröder muss weg“. Die Montagsdemo-Bewegung wuchs an, verband sich mit den Kämpfen der Kollegen in den Großkonzernen, wie bei Opel in Bochum. Mit allen möglichen Tricks, mit Betrug, Spaltung und Einsacken der SPD-hörigen Gewerkschaftsführung versuchte die Schröder-Regierung den breiten Widerstand in der Bevölkerung und die Montagsdemo-Bewegung kaputtzumachen.

Zwielichtige Gestalten im Internet wurden zur Zersetzung eingesetzt und finanziert sowie Medien-Lagezentren eingerichtet, um die Montagsdemo-Bewegung totzuschweigen. Alles ohne Erfolg. „Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir!“

wurde zur verbreiteten Parole der neuen Bewegung bis heute. Auch die jetzige Regierung aus CDU und SPD hat nichts von ihrem volksfeindlichen Charakter verloren. Sie hat nur momentan ihre Verschärfungspläne wieder in den Schubladen verschwinden lassen.

Die von den Hartz-Gesetzen betroffenen Menschen, die ALG-II-Bezieher, ließ man mit untauglichen EDV-Programmen und einer nicht gekannten zynischen und menschenverachtenden Abfertigungspraxis am langen Arm vertrocknen. Verzweiflungstaten, Depressionen und ernste Erkrankungen sind das Ergebnis dieser brutalen Politik, bis heute.

Neue Mittel und Methoden wurden ausgedacht, um die Massen zu neuem Glück im Billiglohn zu zwingen, voran der Ein-Euro-Job. Neben dieser Drangsalierung kam das Ausschnüffeln der gesamten Lebenssituation der Betroffenen, Stichwort Bedarfsgemeinschaft, die Drohung von Zwangsumzügen, das Zwangswohnen der noch nicht 25-jährigen erwachsenen Kinder bei ihren Eltern und vieles andere mehr.

Die Montagsdemo ist eine offene Gemeinschaft. Wir arbeiten nach beschlossenen Richtlinien, demokratischen überparteilichen Grundsätzen auf antifaschistischer Grundlage, wählen uns hier auf dem Marktplatz unsere Delegierten für die bundesweite Koordinierungsgruppe und nehmen an regionalen Arbeitstreffen der norddeutschen Montagsdemos teil. In Bremen sind wir jeden Montag um 17:30 Uhr hier. Aber wir feiern auch gerne: Vor drei Wochen fand das dritte Sommerfest in den Neustadtswallanlagen unter gutem Publikumszuspruch statt, und wir organisieren auch mal gemeinsame Theater-Besuche auf Grundlage der möglichen Ermäßigungsregelungen.

Den Besuchern und Bremern, die hier vorbeikommen und uns für einen Moment zuhören, wollen wir sagen: Dies ist die 145. Montagsdemo in Bremen. An jedem Montagnachmittag treffen sich in über 100 Städten Menschen, um gegen die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung in Berlin oder in Bremen zu demonstrieren. „Hartz IV muss weg“ heißt unsere Hauptforderung. Überall auf der Welt werden die Lebensbedingungen der Menschen, der Familien angegriffen. Aus Leiharbeit anstelle von regulären Arbeitsverhältnissen in einem immer breiteren Niedriglohnsektor ziehen die internationalen Monopole ihren Gewinn, während die Menschen in immer unwürdigere Lebensverhältnisse gedrängt werden.

Die Montagsdemo ist eine offene demokratische Veranstaltung, wo jeder seine Meinung sagen kann. Kommen Sie also ruhig her und diskutieren Sie mit uns! Wir nehmen gerne jeder Anregung auf. Sind Ein-Euro-Jobs gut; bringen die ganzen Maßnahmen, die da mit irrem Aufwand durchgezogen werden, den Betroffenen etwas; sind die Ausschnüffeleien der Lebensverhältnisse die Vorstufe des gläsernen Menschen; müssen wir uns das bieten lassen, und wie wehren wir uns ganz konkret? Das sind alles Fragen, die wir hier am Offenen Mikrofon erörtern. Bleiben Sie noch etwas, oder kommen Sie wieder, jeden Montag Nachmittag um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz!

2. Wieder haben Gerichte den Kollegen der **Lokführer-Gewerkschaft** GDL den **Streik verbieten** wollen. Ja, den Großkonzernen würde so ein Streik eventuell die Suppe der sogenannten „just-in-time“-Produktion kräftig versalzen! Das ist genau der Punkt: Ein Streik, der die Monopole nicht trifft, braucht eigentlich auch gar nicht erst durchgeführt zu werden. Viele Kollegen bei Daimler-Chrysler oder sonstwo sind oft sauer, weil noch ehe sie loslegen können, ein fauler Kompromiss vereinbart wird, der ihre berechtigten Forderungen nicht im Mindesten abdeckt.

Die GDL hat im Moment einen großen Mitgliederzuwachs. Aber der von ihr geforderte Einzeltarifvertrag ist nicht unproblematisch. Für alle gewerkschaftlich Aktiven und Interessierten muss eigentlich ein so breit wie möglich geführter Kampf für die Gesamtbranche die Richtschnur sein. Aber der Missbrauch der Gewerkschaften seitens einer verfilzten, faul und reaktionär und käuflich gewordenen SPD-Aristokratie hat dazu geführt, dass die Kollegen bei GDBA/Transnet nicht ihre volle Kampfkraft entwickeln durften.

Anstatt mit der GDL gemeinsam gegen die Bahn vorzugehen, verunglimpfen die rechten Gewerkschaftsführer in GDBA/Transnet die GDL als Spalter. Ich unterstütze jeden Gedanken der Einheitsgewerkschaft, warne aber scharf die Gewerkschaftsfunktionäre, die den faulen Frieden mit SPD und Regierung suchen, denn sie sind die wirklichen Spalter!

Auf alle diese Schikanen hin musste von der Montagsdemo-Bewegung auch das System des Sichwehrens neu entwickelt und erlernt werden. Aus der Mitte der Montagsdemo-Bewegung entstand so in Bremen der Verein „Sozialer Lebensbund“, der die Menschen nicht nur berät, sondern auch bei ihren Vorladungen zur Bagis begleitet, wie die „Arbeitsgemeinschaft“ in Bremen heißt. Diese solidarische, ehrenamtliche Tätigkeit verlangt viel Einsatz, großes Wissen und Beharrlichkeit.

Die Montagsdemo-Bewegung arbeitet auch ständig daran, mit anderen Initiativen und Gruppierungen, die auf diesem Feld ihre Kraft einsetzen, neue politische Strategien und Zusammenarbeit zu entwickeln, um diese aggressive und asoziale Politik wegzubekommen. Ich erinnere nur an unseren beharrlichen Kampf gegen die Machenschaften des letzten Senats und der Sozialbehörde.

Wir hören hier auf dem Marktplatz oft, „von der Montagsdemo habe ich noch nie etwas gehört“, oder „ich bin doch gar nicht betroffen“. Das hat direkt mit der aktuellen Politik zu tun. Dass noch immer in rund 100 Städten und Orten in Deutschland Menschen am Montag aktiv sind, soll nicht groß publik werden. Das Totschweigen, das Lächerlichmachen, das Kleinreden, das sind Methoden und „Argumente“, die Menschen abschrecken sollen, sich aktiv zu beteiligen. Einige sind sehr beeindruckt vom Mut und langem Atem, den wir aufbringen. Manche vergessen oder verdrängen auch die Begegnung mit uns, aber andere werden richtig aktiv.

Dass jemand nicht betroffen sei von der ganzen Sozialgesetzgebung, gehört zu den Ammenmärchen, die die Regierung so gerne verbreitet. Ob Rentner, Jugendlicher oder Säugling, alle sind betroffen! Die Grundlagen für die Rentenbe-

rechnung und -anpassung wurden geändert, die Rentenkassen geplündert, die Kranken- und Arbeitslosenversicherung an die Forderungen der Großkonzerne angepasst. Das Renteneinstiegsalter wurde auf 67 angehoben, das Arbeitslosengeld I auf ein Jahr gestutzt, der jahrelang eingezahlte Beitrag geraubt: Da kann man wohl kaum von Nichtbetroffenheit sprechen!

Nur merkt es mancher noch nicht, zum Beispiel wer noch von keiner Rationalisierung oder Stilllegung betroffen wurde. Mancher Selbständige, der sowieso hart kämpfen muss, schimpft auf die Arbeitslosen, ohne zu bedenken, dass sie dem gleichen Gegner gegenüberstehen, nämlich den weltweiten Übermonopolen, die Löhne und Honorare nach ihrem Gesetz diktieren.

Der zwischenzeitliche wirtschaftliche „Aufschwung“ oder, wie ich meine, die zwischenzeitliche Belebung wird kein Wachstumsniveau von etwa drei Prozent erreichen, auf dessen Grundlage es zu neuen Arbeitsplätzen kommen könnte. Wir erleben doch laufend das Gegenteil: Es gibt weiteren Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und ein Anwachsen der Leiharbeit, des Billiglohnsektors und des Lehrstellenmangels. Perspektivlosigkeit ist angesagt für Millionen besonders junger Menschen!

Die Montagsdemo ist nicht müde oder überflüssig. Nein, sie ist aktiv, in Bremen die aktuellste und regelmäßigste politische Veranstaltung mit einer großen Ausstrahlungskraft. Wir haben eine Homepage im Internet, die inzwischen im Durchschnitt von über 400 Interessierten täglich besucht wird. Die schriftlich vorliegenden Redebeiträge machen dort ein zeitgeschichtliches Dokument von bisher knapp 2.000 DIN-A4-Seiten aus.

Jobst Roselius

„Zusätzliche Arbeit“: Wurden die Diensträume der Kölner Arbeitsvermittlung *vor* dem Einsatz von Ein-Euro-Putzkräften *nicht* gereinigt? *(„Carmilo“)*

Touristen sollen kein Elend sehen

Am heutigen Nachmittag fand neben unserer traditionellen Montagskundgebung noch eine weitere Aktion statt, die auf die Not der von Armut und Ausgrenzung Betroffenen aufmerksam machen sollte. Es ging dabei um die Not derjenigen, die bereits ganz unten sind und kein Dach mehr über dem Kopf haben. Die Initiative „Bremer und Bremerinnen gegen Obdachlosigkeit“ wies auf dem Liebfrauenkirchhof mit der Aktion gegen die alltägliche Diskriminierung der betroffenen Menschen hin. Als Blickfang diente ein auf dem Boden ausgebreiteter zehn Meter langer Besen aus Papier. Er symbolisiert die Absicht des Senats, die Innenstadt von Obdachlosen „leerzufegen“. Hintergrund ist die im letzten Jahr erfolgte Änderung des sogenannten Ortsgesetzes, wonach die Vertreibung der Betroffe-

nen von öffentlichen Plätzen und Bänken erleichtert werden soll. „Sauber“ soll die Innenstadt werden, so wollen es die Verantwortlichen. Die letzte Stufe der Armut, das blanke Elend und die Verwahrlosung von Menschen unter Alkohol sollen zum Beispiel unter den Rathausarkaden oder auf den Domtreppen nicht mehr sichtbar sein nach dem Motto: Bloß nicht den vielen Touristen diesen Anblick zumuten, denn in Bremen gibt es ja keine Armut!

Mit dem symbolischen Besen und den darauf gemalten Aussagen wie „Wohnen ist ein Menschenrecht“ wiesen wir als Teilnehmer(innen) auf die Menschenverachtung hin, mit der die Behörden die Obdachlosen verfolgen. In dem Flugblatt zur Aktion sind die Forderungen an die Politik aufgelistet: „Kein Platzverweis für Obdachlose, sondern menschlicher Umgang mit ihnen. Mehr und bessere Wohnprojekte und aktive soziale Hilfe für von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen. Mehr kostenlose Toiletten und Waschgelegenheiten! Weitere Forderungen sind: Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Erhöhung der Mietobergrenzen der Bagis, Senkung der Mieten sowie eine menschenwürdige und bedingungslose Grundsicherung für alle, die sich am Existenzgeldmodell der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen“ (BAG-SHI) orientieren sollte. Großkonzerne inklusive Banken und Versicherungen müssen verstaatlicht werden – so eine weitere Forderung – wenn sie Menschen entlassen, obwohl sie Profite erwirtschaften. Und last but not least, ganz aktuell: Stoppt die Privatisierung staatlicher Unternehmen!

Dann möchte ich noch eine positive Nachricht mitteilen, die bestens zum Thema „menschenwürdiges Wohnen“ passt. Sie stammt aus dem Newsletter „Marktplatz Recht: Das juristische Portal“ und betrifft ein Urteil des Sozialgerichts Dresden. Dort heißt es wörtlich: „ALG-II-Empfänger haben Anspruch auf ein Zimmer pro Kopf“. Eine vierköpfige Familie, die von Arbeitslosengeld II lebt, hat Anspruch auf eine Vierraum-Wohnung. Der Leistungsträger muß daher einem Umzug aus einer Dreiraum-Wohnung zustimmen. Dies hat die 10. Kammer des Sozialgerichts Dresden am 2. August 2007 entschieden. Die unverheirateten Antragsteller bewohnen zusammen mit den beiden zwölf Jahre beziehungsweise 17 Monate alten Söhnen der Antragstellerin eine Dreiraum-Wohnung in Bischofswerda, die knapp 60 Quadratmeter groß ist. Sie möchten in eine nahe gelegene, zehn Quadratmeter größere Wohnung umziehen. Die Warmmiete wäre 80 Euro pro Monat teurer. Der Landkreis Bautzen lehnte die Zustimmung zum Umzug ab, weil der kleine Junge noch kein eigenes Zimmer brauche. Das Sozialgericht hat den Landkreis Bautzen mit einer einstweiligen Verfügung verpflichtet, dem Umzug zuzustimmen. Dr. Hans von Egidy, Vorsitzender der 10. Kammer: „Nachdem ein Kleinkind dem Säuglingsalter entwachsen ist, steht ihm in der Regel ein eigenes Zimmer zu. Insbesondere wenn ein erheblicher Altersunterschied zwischen den Geschwistern

besteht, muss der Leistungsträger einem Umzug in eine angemessene Wohnung zustimmen. Dann sollte pro Familienmitglied ein Zimmer vorhanden sein“ (Aktenzeichen S10 AS 1957/07 ER, noch nicht rechtskräftig). Na bitteschön – es geht doch!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Das Erlernen von Buckelfertigkeit ist nicht hoch genug zu bewerten

1. Man glaubt es ja nicht so ganz: Hartz-Reformen zeigen Erfolg! Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich in diesem Jahr bislang um 17 Prozent verringert. Experten zufolge trugen die viel kritisierten Hartz-IV-Reformen dazu bei. Durch die Reformen habe der Druck auf Erwerbslose zugenommen, sagte der Nürnberger Arbeitsmarktforscher Ulrich Walwei in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur DPA am letzten Freitag.

Die Agenda funktioniere nach dem Motto „Fördern und Fordern“, verlange den Arbeitslosen mehr ab und beschere ihnen „weniger großzügige Transferleistungen“. Die Betroffenen seien gezwungen, intensiver nach Arbeit zu suchen. Ja, heute suchen die Erwerbslosen intensiver, weil paradoxerweise der Druck durch die Verfolgungsbetreuung zugenommen hat, seit es die Arbeit nur noch zu suchen gibt, aber kaum noch zu finden! Der Direktor des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ ist davon überzeugt, dass es ohne die Hartz-Reformen schwieriger wäre, „den harten Kern der Arbeitslosigkeit – die Langzeitarbeitslosigkeit – aufzulösen“.

Ohne ein Mehr an Flexibilisierung, so seine These, hätte der Arbeitsmarkt „weniger stark auf den Aufschwung reagiert. Die Einstellungsbereitschaft der Wirtschaft wäre geringer“. Allerdings sei die Frage nicht präzise zu beantworten, welchen Anteil Konjunktur und Hartz-Reformen am Abbau der Arbeitslosigkeit hätten. Der deutsche Arbeitsmarkt sei durch Mini- und Midijobs sowie die zunehmende Verbreitung der Zeitarbeit insgesamt „flexibler“ geworden. „Dadurch verläuft der aktuelle Aufschwung relativ beschäftigungsintensiv. Die Beschäftigungsschwelle ist gesunken.“

Angeblich nimmt sogar die Vollbeschäftigung zu. Oh ja, die Arbeitslosen werden gezwungen, intensiv nach Arbeit zu suchen! Und siehe da, es findet sich keine! Es wäre mal angebracht, darüber zu schreiben, *wie* sich die Zahl verringert

hat. Eventuell durch Selbstmorde? Oder weil die Leute so krank wurden, dass sie in Rente oder Grundsicherung weggedrückt werden konnten? Wurden sie als Ausländer einfach abgeschoben? Dann wissen wir ja, was möglicherweise auch Inländern irgendwann geschehen kann. Leben viele Menschen lieber weit unter ALG-II-Niveau, nur um den Schikanen zu entgehen? Oder werden sie in sinnentleerte Maßnahmen gestopft, um aus der Statistik zu verschwinden?

Na, wenn das kein Erfolg ist! Die **Statistik** ist doch eindeutig: Jeder ALG-II-Bezieher, der nun einen kleinen Job hat, auf den er aufstocken muss, ist immer noch ALG-II-Bezieher. Dasselbe gilt für die Umschüler oder die ausgebeuteten Ein-Euro-Jobber. Sie sind aus der Statistik verschwunden und bleiben dennoch am Tropf des ALG II hängen! Hungerlohn für alle – ist das die neue Parole, Herr Müntefering? In Deutschland leben **7,4 Millionen** erwerbsfähige **Menschen** von Hartz IV, und ausschließlich *diese* Zahl befindet sich stetig im Aufschwung!

2. Die Stadtväter und -mütter lassen sich viel einfallen, um die Arbeitslosenstatistik aufzuhübschen! Die Möglichkeiten, Ein-Euro-Jobber auszunutzen, um das Stadtsäckel zu schonen, werden immer spezieller: In Braunschweig mussten Ein-Euro-Jobber 700 km Straße von Wildwuchs wie Distel oder Quecke befreien! Der Oberbürgermeister der Stadt zog letzte Woche eine positive Zwischenbilanz und feierte den Erfolg des „Wildkrautprojektes“. Demnach haben 236 Langzeitarbeitslose seit Mai einen wichtigen Beitrag zur Sauberkeit und Verkehrssicherheit in Braunschweig geleistet.

Die Hartz-IV-Betroffenen erhielten in sogenannten Arbeitsgelegenheiten die Chance, sich für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Der Verband „Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Niedersachsen-Bremen e.V.“ habe der Stadt bescheinigt, das Projekt gefährde keine Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dies sehen die gewerkschaftlich orientierten Arbeitslosen in Braunschweig ganz anders. Deren Sprecher kritisierte, dass im Grünflächenamt vorher die Zahl der Mitarbeiter runtergefahren wurde. Die neun bis zehn Prozent Vermittlung hält er für keinen Erfolg. Es werde nicht klar, wie viele dieser „Arbeitsgelegenheitskräfte“ sich selbst um Stellen gekümmert hätten.

Die Vermittlungszahl sei auch nicht gerade berauschend, wohl aber das Geschäft der Stadt Braunschweig. Immerhin erhalte diese pro Arbeitsgelegenheit eine monatliche Fallpauschale von 500 Euro, wovon die Ein-Euro-Jobber ein bis 1,50 Euro je Stunde erhalten, bei 30 Stunden Arbeitszeit in der Woche. Ein gutes Geschäft für Braunschweig! Die vier betreuenden Vorarbeiter sind über ABM-Maßnahmen beschäftigt, und drei Sozialpädagog(inn)en betreuen das Projekt fachlich. Es darf doch nicht sein, dass die Stadt sich mit billigen Arbeitskräften versorgt und 90 Prozent, der überwiegende Teil der so „billig“ Beschäftigten, keine Chance auf eine Integration in den Arbeitsmarkt haben! Das Argument des Oberbürgermeisters, diese Tätigkeiten seien zusätzlich, will er nicht gelten lassen.

Ähnlich sieht dies auch ein Verdi-Vertreter in Göttingen, der kritisiert, dass Städte beschließen, Radwege und Straßenränder zuwachsen zu lassen, weil an-

geblich kein Geld mehr da sei. Kurze Zeit später sind solche Tätigkeiten plötzlich „zusätzlich“ geworden, denn es sei politisch gewollt, dass die Kommune diese Aufgaben nicht mehr übernimmt. So könne man im Prinzip jede kommunale Aufgabe „zusätzlich“ machen und in Ein-Euro-Jobs umwandeln. „Wir halten das für rechtlich nicht sauber, aber der eigentliche Skandal besteht darin, dass diese Praxis juristisch nicht zu beanstanden ist.“ So viel zur „**Zusätzlichkeit**“! Wie fantasielos: immer die gleichen Lügen!

Mich würde interessieren, als was sich die ALG-II-Empfänger „qualifizieren“, vom Unter- zum Ober-Unkraut-Ausrupfer vielleicht? Sind sie anschließend möglicherweise für ein halbes Jahr „dauerhaft integriert“, oder weiß das auch wieder keiner, weil etwas behauptet wird, ohne dies zu überprüfen? Auf jeden Fall lernen sie sich zu beugen und machen mit dem Dreck auf unseren Straßen Bekanntschaft. Schließlich kommt es ganz entscheidend auf die Bereitschaft an, sich zu bücken und den Autofahrern zu dienen! Ich erachte diese Arbeit als mehr „gemein“ denn „nützig“ für die ALG-II-Empfänger, jedoch als sehr profitabel für die Städte.

Jetzt scheinen sich die Ein-Euro-Jobber doch selber zum „Straßenmeistergehilfen“ ausgebildet zu haben! Ganz so, wie sich Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen hat. Da es diesen Beruf meines Wissens bisher nicht gegeben hat, ist er sozusagen ganz zufällig dabei „abgefallen“, gemeinnützig und zusätzlich selbstverständlich. Aber in dieser neugeschaffenen Berufssparte werden sie sicher keinen Broterwerb finden, denn die Stadt Braunschweig will ihre lukrative Einkommensquelle bestimmt nicht versiegen lassen!

3. In Esslingen beseitigt ein **Putztrupp** auf dem Grillplatz am Jägerhaus Berge von Müll. Nach jedem Wochenende sind drei bis vier Ein-Euro-Jobber gut zwei Stunden damit beschäftigt, das eklige Ende einer Grillparty verschwinden zu lassen. Dabei müssen Unmengen von Flaschen, Scherben, Papptellern und Verpackungen sowie vergammelte Essensreste entsorgt werden. Im Gebüsch finden sie bisweilen benutzte Unterwäsche und die Hinterlassenschaften von Leuten, die den Wald als Toilette missbrauchen.

Der Putztrupp rekrutiert sich aus Langzeitarbeitslosen, die beim gemeinnützigen Sozialunternehmen „Neue Arbeit“ die wöchentliche Säuberungsaktion im Auftrag der Stadt durchführen. Im Schnitt fallen dabei jede Woche rund zwei Kubikmeter Abfall an. Besonders übel sieht der Grillplatz nach Feiertagen wie dem 1. Mai oder Himmelfahrt aus. Wenn es am Wochenende ein Gewitter gibt, ergreifen die Leute die Flucht und lassen alles stehen und liegen. Zu dem Müll, der beim Grillen anfällt, kommt noch solcher hinzu, den Leute offenbar extra mitbringen, um ihn am Jägerhaus zu entsorgen: Vom alten Kühlschrank bis zum ausrangierten Sofa haben die Reinigungskräfte im Wald schon fast alles gefunden.

Der stellvertretende Leiter des Forstreviers ist über das Verhalten einiger Grillplatznutzer verärgert. Deren Rücksichtslosigkeit koste die Allgemeinheit eine Menge Geld. Er behauptet, dies sei irgendwann nicht mehr finanzierbar und ver-

weist auf nahe gelegene Grillplätze, die aus ähnlichen Gründen bereits geschlossen wurden. Ob der gute Mann vergessen hat, wie üppig sich mittels Einstellung von Ein-Euro-Jobbern das städtische Salär aufbessern lässt? Daneben werden aber auch gesundheitliche Probleme bemängelt, denn die Essensreste ziehen Füchse und Ratten an. Durch deren Kot können wiederum Menschen krank werden und sich zum Beispiel mit dem gefährlichen Fuchsbandwurm anstecken.

Da können wir Erwerbslose uns glücklich schätzen, weil sich auf unserem Arbeitslosen-Gen im Nebeneffekt eine natürliche, körpereigene Resistenz gegen die Eier des Fuchsbandwurms herauskristallisiert hat. Andernfalls würden wir nicht so gerne für derartige Arbeiten eingesetzt. Immerhin gilt es, die Gesellschaft zu schonen, der wir als Ausgegrenzte ohnehin nicht mehr angehören dürfen. Bei dieser Drecksarbeit muss sich gleichermaßen viel gebückt werden. Das Erlernen solcherlei Buckelfertigkeiten lässt sich gar nicht hoch genug bewerten, denn hierbei findet eine erstklassige Vorbereitung auf den ersten Arbeitsmarkt statt! Es gilt die Kunst: Wer macht sich am kleinsten? Wer lässt sich am effizientesten ausbeuten und vermag dabei noch freundlich zu lächeln?

4. Alle meinen es gut mit uns Erwerbslosen! Da hat doch unser allseits über die Maßen hochgeschätzter Arbeitsminister Müntefering angekündigt, die Forderungen nach einem Inflationsausgleich zur **Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes** von derzeit 347 Euro zu „prüfen“. Eine Erhöhung des Satzes könne er aber nur unter der Voraussetzung, dass der Bund nicht weiter belastet werden dürfe, in Erwägung ziehen. Er forderte weiterhin, dass eine Anpassungsregelung auch nicht „beliebig“ sein dürfe. Kleiner Scherzkeks, als ob den Erwerbslosen jemals Gelder in beliebiger Höhe zugesprochen worden wären!

Die Union lehnt die Diskussion über den Hartz-IV-Regelsatz ab, zumindest solange Franz Müntefering das Thema an den **Mindestlohn** koppeln will. Da nach Münteferings Option das ALG II nur steigen kann, wenn dadurch keine weiteren Kosten für den Bund entstehen, ist ein Mindestlohn unumgänglich und abgesehen davon längst überfällig! Wenn hierdurch nicht endlich die Arbeitgeber in die Pflicht genommen würden, müsste den sogenannten Aufstockern mehr aufgestockt werden, zu ihrem kargen Gehalt hinzu.

Die Union blockt ab, weil sie das nicht einsehen und weiter nur die Gewinne der Unternehmen steigen sehen will, in deren Aufsichtsräten sie sich ihre Posten fürstlich bezahlen lassen! Oder zeigt sich hier möglicherweise eine ganz miese Taktik von Franz Müntefering, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag bezogen? Da er weiß, dass sich die Union nie freiwillig auf einen Mindestlohn einlassen wird, braucht er sich um eine Überprüfung oder gar Erhöhung von Hartz IV nicht wirklich Gedanken zu machen. Das alte Hütchenspiel mal wieder?

5. Eine erfreuliche Mitteilung? Die CDU/SPD-Bundesregierung tut etwas gegen Kinderarmut? Man höre und staune, horche genau auf, denn sonst verpasst man dieses winzige Detail: Mit der Anhebung des Regelsatzes ab 1. Juli 2007 um zwei

Euro monatlich stieg der im Regelsatz von Schulkindern bis 14 Jahren enthaltene Anteil für die **Ernährung** von 2,27 auf **2,28 Euro pro Tag**. Wow, um einen ganzen Cent! Was sich damit alles Tolles machen lässt?! Der Aufschwung ist auch bei Hartz-IV-Empfänger(inne)n angekommen!

Wer aber weiß schon, dass 1987 im Regelsatz eines zwölfjährigen Schulkindes noch 2,90 Euro für Essen und Trinken enthalten waren? Die jeweiligen Regierungen haben Kindern und ihren Eltern nach und nach in erheblichem Umfang Mittel für Essen und Trinken entzogen. Die Prozentsätze der **Kinderregelsätze** und die Einstufung in Altersklassen orientierten sich mit der Einführung von Warenkörben Anfang der 70er Jahre vor allem am Kalorienverbrauch. Sie betrugen zum Beispiel wegen des steigenden Energieverbrauchs für Acht- bis Elfjährige 65 Prozent, für Zwölf- bis Fünfzehnjährige 75 Prozent des Eckregelsatzes, für Sechzehn- bis Einundzwanzigjährige 90 Prozent. Das galt bis 1990.

Ein zwölfjähriges Schulkind hatte auf dieser Grundlage im Jahre 1987 noch 87 Euro monatlich oder 2,90 Euro täglich zur Verfügung, ein zehnjähriges Schulkind 75 beziehungsweise 2,51 Euro. Ab Juli 2007 sind davon noch 2,28 Euro übrig geblieben. Würden die damaligen Prozentsätze vom Eckregelsatzes heute noch bestehen und wäre die Steigerung der Lebensmittelpreise um 20 Prozent berücksichtigt worden, müsste der Ernährungsanteil eines zwölfjährigen Schulkindes heute nicht 2,28 Euro, sondern 3,48 Euro pro Tag betragen. Die zugestandenen Mittel für Essen und Trinken von Schulkindern aus Armutsfamilien sind also real um ein Drittel gekürzt worden!

Der Großteil der Kürzungen erfolgte mit Hartz IV. 2004 standen für Sieben- bis Vierzehnjährige noch 2,82 Euro pro Tag für Nahrungsmittel und nichtalkoholische Getränke zur Verfügung, ab 1. Juli 2007 nur noch 2,28 Euro. Gegenüber 2004 wurde Schulkindern unter 14 Jahren durch Hartz IV 20 Prozent des Geldes für Essen und Trinken entzogen. Vor Hartz IV waren die Regelsätze von Schulkindern von sieben bis 14 Jahren 30 Prozent höher als die von Säuglingen, bei Alleinerziehenden 20 Prozent.

Seit 2005 jedoch setzen SPD, Grüne, CDU und FDP den Bedarf von Schulkindern unter 15 mit dem von Säuglingen gleich. Das ist eigentlich auch völlig klar, denn heute müssen schon Säuglinge über Markenklamotten, Sprachreisen und Mobiltelefone verfügen. Der Zeitgeist hat sich eben verändert, und da passt sich Hartz IV doch gerne an! Dazu kommt, dass mit Einführung von Hartz IV auch die Schulkosten, die vorher über einmalige Beihilfen beantragt werden konnten, nicht mehr im Regelsatz enthalten sind.

Regelsatz plus einmalige Beihilfen beliefen sich für Sozialhilfe beziehende Schulkinder bis 14 Jahren im Jahr 2004 zusammen auf 232 Euro monatlich (193 Euro Regelsatz plus 20 Prozent des Regelsatzes für einmalige Beihilfen). Hartz IV bedeutet, dass der höhere Wachstumsbedarf von Kindern ab sechs Jahren seit Einführung des Gesetzes nicht mehr anerkannt wird. Hartz IV ist auch gleichbedeutend mit der Nichtanerkennung des Wachstumsbedarfs von Fünfzehn- bis

Achtzehnjährigen. Um gesund aufwachsen zu können, ist eine vernünftige Ernährung unabdingbar.

Mathilde Kersting vom „Forschungsinstitut für Kinderernährung“ erklärte in einer „Kontraste“-Sendung, dass es nach den heutigen Budgets für Hartz-IV-Familien nicht möglich ist, die Kinder gesund zu ernähren. Warum die Schüler-Regelsätze für Hartz IV-Kinder gekürzt wurden, obwohl Regierungsparteien und Arbeitgeberverbände seit der Pisa-Studie die Förderung der Bildung aller Kinder, besonders jener aus unteren Schichten propagieren, lässt sich wohl nur mit Willkür und eiskalter Berechnung „erklären“.

So könnte ich die unendliche Geschichte immer weiter fortsetzen, denn Hartz IV ist nach völlig utopischen Fantasiebedarfen festgelegt worden, die garantiert bar jeglicher Realität sind. Hartz IV reicht für absolut gar nichts, außer zur Ausgrenzung aus der Gesellschaft! Dann dürfen sich die Politiker aber auch nicht wundern, wenn diese perspektivlos gemachten Jugendlichen sich von der sie ausgrenzenden Gesellschaft abwenden und sie stattdessen bekämpfen. Volltreffer: dank Hartz IV auf der schiefen Bahn angekommen! Auch in Deutschland können mal die Vorstädte brennen. Dann braucht sich jedoch niemand mehr zu wundern, denn es wäre hausgemacht.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Tagesmutter tritt in Streik: Bagis zahlt monatelang kein Geld *(„Weser-Kurier“)*

Statt des Kohlekraftwerks eine Müllverbrennungsanlage?

1. Die SWB baut doch kein Kohlekraftwerk, so der „Weser-Kurier“ vom 9. und der „Bremer Anzeiger“ vom 12. Ausgust 2007. Die vorhandenen Kraftwerke werden ausgebaut. Dadurch werden 71 Arbeitsplätze nicht geschaffen. Die bisherige Aussage der SWB von 500 Arbeitsplätzen war demnach falsch, vorsätzlich falsch?

Dazu kommt, dass neue Anlagen immer mit weniger Personal laufen. Das neue Kraftwerk hätte zur Stilllegung des alten geführt und damit wahrscheinlich einen größeren Personalabbau verursacht! 71 Arbeitsplätze werden sich in der Tourismussparte schnell ausgleichen lassen, wenn Bremen weiterhin saubere Luft vorweisen kann.

Die SWB will im Jahr 2020 ein Fünftel der Stromerzeugung mit „Kraft der Natur“ bestreiten. Zurzeit liegt dieser Anteil bei 1,5 Prozent. Soweit ist das Vorhaben unterstützungswürdig, zurück bleibt aber der schale Geschmack hinsichtlich der Trickserei mit den Arbeitsplätzen. Dieses Unbehagen wird noch verstärkt durch die Zuordnung der Müllverbrennung zu den „erneuerbaren Energien“!

Die SWB sagt ja dazu: „Neue Möglichkeiten sieht die SWB aber auch bei der energetischen Verwertung vom Abfall“. Wird aus dem bestehenden Kohlekraftwerk durch die Modernisierung eine **Müllverbrennungsanlage**? Anwohner – dies sind alle Einwohner der Region – seid wachsam!

Dieses Thema wird auch auf dem „**Bremer Sozialforum**“ aufgegriffen, so beim **Vortrag** „Ökologie – Kohlekraftwerk in Bremen. Wird Norddeutschland zur Energieregion?“ von Peter Willers vom „Bremer Bündnis für Klimaschutz“ am **Samstag**, dem **16. September 2007**, um **15 Uhr**. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Elterngeld ist Gegenwart! Die Bearbeitung hat eine neue Abteilung übernommen, und zwar die Eltern- und Erziehungsgeldstelle im Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Mitte/Östliche Vorstadt, Rembertiring 39, 28203 Bremen, Telefon 0421-3610 (die Stadtvermittlung verbindet nach Buchstaben). Wer seinen Antrag auf Elterngeld am Rembertiring einwerfen will, steht vor einem zugeklebten Briefkasten: Man möge bitte den im Tivolihochhaus benutzen. Dies bedeutet zum Bahnhof laufen, dabei könnte ein Hinweis auf dem Briefbogen und in der Informationsbroschüre Abhilfe schaffen.

Die Sachbearbeiter(innen) werden als Nummer ausgewiesen, und die Briefe nicht nur nicht unterschrieben: Es fehlt auch jeglicher Gruß darunter. So möchten wir nicht verwaltet werden! Bitte ändern Sie dies, Frau Rosenkötter! Das Elterngeld hat schon genug Mängel und Unklarheiten: Wer Kinder erzieht, hat den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung. Das Elterngeld sieht auch gemeinsame Erziehungsmonate vor. Der Rentenversicherungsschutz ist jedoch nicht teilbar: Entweder die Mutter oder der Vater hat ihn!

Nun mag mancher denken, die Überschneidungszeit sei gering. Vorsicht, dies ist fahrlässig: In der Rentenversicherung kann von einem Monat der Leistungsanspruch abhängen! Hier hat der Gesetzgeber gepennt. Wurde die Nachbesserung bereits angeschoben? Wenn der Vater wie gewünscht Elternzeit nimmt, sollten die Eltern der Rentenversicherung mitteilen, wie die Anrechnungszeit für die Kindererziehung zuzuordnen ist. Diese Mitteilung kann im Voraus, aber nur zwei Kalendermonate rückwirkend abgegeben werden. Diese Lücke wird dadurch kleiner, dass Elternzeit von den Lebensmonaten ausgeht, die Rentenversicherung aber von Kalendermonaten. Ein Tag Beitragszeit in einem Monat zählt bereits als Monat. Trotzdem bleibt die Falle bestehen!

Ich würde bei gemeinsamer Elternzeit für diesen Zeitraum die Aufteilung des Rentenversicherungsschutzes beantragen, gegen eine Ablehnung Widerspruch einlegen und eventuell Klage führen. Mit der Rentenversicherung kann auch ein

Ruhen des Verfahrens vereinbart werden! Und den Politiker meines Vertrauens fragen, warum nicht besser gearbeitet wird! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Die Deutsche Rentenversicherung hat über die voraussichtliche Rentenhöhe informiert. Haben Sie sich auch darüber gefreut, dass dieser Betrag wesentlich höher ist, als Sie in Erinnerung hatten? Auf Seite drei steht die Lösung: Dies ist die voraussichtliche Rente ab 67 Jahren.

„Abschied vom alten Karton“, meldet der „Weser-Kurier“ vom 9. August 2007. Hört sich gut an: Weg mit dem Alten ist „in“! Aber die Aushändigung der **Lohnsteuerkarte** an den Arbeitgeber ist auch ein formeller Akt: Wenn mit dem Arbeitgeber eine geringfügige Beschäftigung mit Pauschalversteuerung vereinbart wurde, benötigt der Arbeitgeber die Lohnsteuerkarte nicht, und indem der Arbeitnehmer die Lohnsteuerkarte nicht aushändigt, wird diese Vereinbarung unterstrichen. Es gibt kein Missverständnis!

Wenn der Arbeitnehmer diese geringfügige Tätigkeit nicht pauschal versteuert haben möchte, gibt er die Lohnsteuerkarte seinem Arbeitgeber. Außerdem wird der Arbeitnehmer und auch dessen Ehepartner durch die Zentraldatei für seinen Arbeitgeber durchsichtiger. Von den Begehrlichkeiten, die eine solche Datei bildet, ganz zu schweigen! Im Sozialversicherungsrecht ist nachzuempfinden, wie sensibel diese Daten in Verbindung miteinander sind!

In der Sozialversicherung wurde das Versicherungsheft abgeschafft, und alles wird über die Sozialversicherungsnummer abgewickelt. Einsicht in die bisherigen Verdienste oder in die Situation des Ehepartners sind dem Arbeitgeber nicht möglich. Dies geht nur mit vorheriger Zustimmung der Beteiligten! Aber in der Praxis gibt es Lücken: Versehentlich gelangen Unterlagen mit weitgehenden Angaben in den Blick des Arbeitgebers. Eine so massive Datensammlung nach zwei Hauptordnungskriterien (Mensch/Arbeitgeber) führt zu Lücken.

Diese Zentraldatei ist aus der Sicht des Finanzamtes erstrebenswert – aber datenschutzmäßig ein Sündenfall! Die Meldungen zur Sozialversicherung wurden für die Kontrolle der Arbeitgeber herangezogen. So wird überwacht, ob der Arbeitgeber die Beiträge entsprechend den Sozialversicherungsmeldungen abgeführt hat. Der Änderung der Beitragsfälligkeit wurde diese Kontrolle geopfert, Arbeitgeber müssen sie nicht mehr befürchten.

Als Nebeneffekt wurden auch Meldefehler entdeckt! Die Einführung dieser Beitragsüberwachung und die Nutzung ihrer Möglichkeiten auch für den Bereich der Lohnsteuer ist erstrebenswert, wenn es denn eine Umstellung sein muss! Die Berufstätigkeit der Frau hängt gewiss nicht davon ab. Hier fehlen einfach die Arbeitsplätze, speziell für Berufsrückkehrerinnen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Verdi hat eine Kampagne für den **Mindestlohn** auf den Weg gebracht. Am 5. September 2007 ist ihr Tour-Truck auf dem Bremer Marktplatz. Einen Mindestlohn

fordert auch die SPD in Bremen, die Forderung danach wird aber nicht entsprechend der eigenen Möglichkeiten von der Bremer Regierung umgesetzt!

ALG-II-Betroffene müssen jede „zumutbare Tätigkeit“ aufnehmen. „Zumutbar“ ist eine Tätigkeit mit einem Entgelt bis 30 Prozent unter dem Tariflohn beziehungsweise dem ortsüblichem Lohn. Auch Arbeitslosengeld-I-Betroffene haben keinen Bestandsschutz, hier gilt die **Zumutbarkeit** der Tariflohnunterschreitung (in Abhängigkeit von der Dauer der Arbeitslosigkeit und dem vorherigem Verdienst).

Diese Zumutbarkeitsregelungen kann der Senat sofort ändern, hier für Bremen! Eine Forderung nach Mindestlohn zu erheben und nicht einmal die eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen, das macht die Bremer SPD und auch die anderen Regierungen mit SPD-Beteiligung unglaubwürdig. „Die Linke“ wird dies deutlich machen und einfordern!

Im ALG-II-Lexikon der Bagis lesen wir zur Zumutbarkeit: „Wenn Sie Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen, sind Sie zugleich verpflichtet, jede Arbeit anzunehmen, zu der Sie in der Lage sind. Gesetzlich vorgesehene Ausnahmen sind zum Beispiel, wenn die Ausübung einer Arbeit die Erziehung eines unter dreijährigen Kindes gefährden würde, nicht mit der Pflege eines Angehörigen vereinbar ist, die Pflege nicht auf andere Weise sichergestellt werden kann oder ein sonstiger wichtiger Grund entgegen steht. Eine Entlohnung unter Tarif oder unter dem ortsüblichen Entgelt ist nicht unzumutbar, solange die Entlohnung nicht gegen Gesetz oder die guten Sitten verstößt. Neben diesen Ausnahmen gilt: Ihre persönlichen Interessen müssen gegenüber den Interessen der Allgemeinheit zurückstehen.“

Zur Erläuterung: Sittenwidrig ist eine Unterschreitung des Tariflohns um mehr als dreißig Prozent. Eigentlich soll dieses Lexikon der Bagis Auskunft geben und damit Sicherheit für die Erwerbslosen schaffen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Eine Werbeagentur hat die Inserate von einer positiven **Berichterstattung** über die Veranstaltung abhängig gemacht, meldet der „Weser-Kurier“ am 13. August 2007. Das Bundeswirtschaftsministerium bestreitet seine Urheberschaft. Wir werden sehen, dies passt aber genau in mein „Vorurteil“. Der Vorschlag lautete: Schreibe einen positiven Artikel, platziere diesen, und du erhältst Geld für deine Mühe! So wurden positive Artikel über ALG II bis in Fachzeitungen für Tierfreunde platziert. –

Herr Weise war einmal kurz in den Rundfunknachrichten: Mit ALG II gehe es der Mehrzahl der Betroffenen besser als zuvor, hinzu komme noch die Betreuung der Erwerbslosen. Herr Wiese, es wäre schön, wenn Sie Recht hätten! Wie kommen Sie zu dieser Meinung? Bitte erläutern Sie Ihre Gedanken, und nennen Sie die Quellen und Ihre Schlussfolgerungen! –

Wer zur Arge oder Bagis geladen wird, muss hingehen! Auf der Einladung steht: **Fahrtkosten** unter sechs Euro werden nicht übernommen. Dies ist willkürlich und angesichts des geringen Tagessatzes unrechtmäßig! Entsprechende Ur-

teile geben den Antragsstellern Recht. Die Arge oder Bagis kann bei geringen Beträgen die Anträge sammeln. Insbesondere wer mehrmals erscheinen musste oder einen Fahrschein für die Langstrecke brauchte, sollte den Antrag stellen, bei einer Ablehnung Widerspruch einlegen und eventuell Klage führen. Wir gehen mit! –

Kosten für Strom und Warmwasseraufbereitung sind mit 20,74 Euro im Regelsatz enthalten. Wer höhere **Energiekosten** hat, kann deren Übernahme beantragen, rückwirkend ab 1. Januar 2005 beziehungsweise ab Beginn des ALG-II-Bezugs. Den Antrag schriftlich einreichen oder mündlich zur Niederschrift stellen! Wir gehen mit! Bei „Tacheles Sozialhilfe“ ist auf acht Seiten nachzulesen, mit wie viel List und Tücke dieser Posten von 20,74 Euro für Energiekosten so gering angesetzt wurde, daher die effektiven Aufwendungen einfordern! Die ersten positiven Urteile sind dort ebenfalls verzeichnet.

6. Die Banken geben sich untereinander keine Kredite mehr! Die Deutsche Bank ist der Dresdner Bank nicht mehr kreditwürdig, oder umgekehrt. Die Europäische Zentralbank springt als Kreditgeber ein, ebenso die anderen Notenbanken. Am 13. August 2007 waren mehr als 200 Milliarden Euro dazu nötig. Damit wird das von den Banken gescheute **Kreditrisiko** durch die Notenbanken übernommen und auf den Steuerzahler abgewälzt!

Für Deutschland war die IKB „führend“. Diese Mittelstandsbank konnte nur durch starke Transferleistungen des Hauptanteilseigners, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, bisher gerettet werden. Über eine Tochter der IKB wurden erheblich mehr Risikoanlagen getätigt, als bisher bekannt waren! Damit sind wir wieder beim Steuerzahler angelangt. Die KfW ist eigentlich für ganz andere Aufgaben zuständig, und dieses Ergebnis schlägt voll auf den Steuerzahler durch! Wo bleiben die Bankenaufsicht und die politischen Konsequenzen?

Viele Amerikaner haben Haus und Grundstück zu 100 Prozent fremdfinanziert. Haben sie ebenfalls einen Aufschwung gemäß Statistik vorgegaukelt bekommen? Jetzt zahlen wir die Rechnung für risikobereite Banker! War die progressive Erfolgsbeteiligung ausschlaggebend? Dies ist ein weiterer Grund, über Globalisierung nachzudenken und über die Bezahlung von angestellten Unternehmern! (Herr Kofer hat um seine Entlassung bei „Premiere“ gebeten. Vorher hat er seine Aktien verkauft und 23 Millionen Euro erlöst.)

Die Deutsche Bundesbank ist besonders gebefreundlich, aber es wird Zeit, von den Banken Sicherheiten durch Abtretung zu verlangen. Es wird auch Zeit für den Finanzminister, den Hut zu suchen und die Verantwortlichkeiten bei der Bundesaufsicht für das Finanzwesen, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und nicht zuletzt bei der IKB festzustellen und Regressansprüche abzusichern sowie personelle Konsequenzen zu ziehen!

Der Aufschwung in Deutschland ist leider ein Ammenmärchen. Die deutsche Wirtschaft schwächelt sogar leicht, musste nun auch das Statistische Bundesamt in Wiesbaden feststellen, so der „Weser-Kurier“ vom 9. August 2007. Der Motor ist

der Außenhandel, im Inland sieht es anders aus. Trotzdem wird „der Aufschwung“ als Grund für den Rückgang der Firmeninsolvenzen um 13 Prozent genannt. Welcher Aufschwung, das steht dort leider nicht! Übrigens wurde das Insolvenzrecht geändert, vielleicht wartet der eine oder andere etwas mit dem Insolvenzantrag! Der Eigenantrag steht am Anfang vieler Unternehmensinsolvenzen.

7. Das „Gewos“-Gutachten zur Miethöhe in Bremen, im November 2006 bestellt, ist am 13. August 2007 bei der Sozialsenatorin eingegangen. Es soll diese Woche vorgestellt werden! Die Verzögerung ist durch weitere Fragestellungen im Zusammenhang mit den Urteilen zu den Kosten der Unterkunft entstanden.

Für die Betroffenen ändert sich augenblicklich gar nichts. Alle Kostensenkungsaufforderungen sind außer Kraft, die Mieten werden ungekürzt übernommen. Widersprüche gegen die vollzogenen Kürzungen sind weiterhin möglich und sinnvoll, auch rückwirkend. Wer zur Zeit umzieht, bekommt die bisherigen Mietobergrenzen plus 20 Prozent zugestanden, der Rest ist Verhandlungssache. Wer Unterstützung braucht: wir gehen mit

Wenn dieser Senat sein Versprechen einhält und die **Kostensenkungsaufforderungen** auf „Villenbewohner“ beschränkt, ist die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ ein Kinderspiel! Wenn diese Zusage gebrochen wird, bleibt uns die gerichtliche Überprüfung der einzelnen Kostensenkungsaufforderungen. Dann wird es sehr schwer beziehungsweise unmöglich für Bremen, die neue „Verwaltungsanweisung Wohnen“ gerichtfest zu machen.

Noch aufwendiger wird für die Bagis jedoch die Umsetzung einer solchen „Verdrängungsanweisung“! Entscheidungen zur Mindestwohnfläche und dem „Produkt Wohnung“ wurden auch schon vom Verwaltungsgericht Bremen getroffen. Dies ist totales Neuland für die Bagis, wenn mensch sich das vorherige „Gewos“-Gutachten und die bisherige „Verwaltungsanweisung Wohnen“ anschaut.

Wie „Radio Bremen“ meldet, plant Sozialsenatorin Rosenkötter, die **Mietobergrenzen** für **Ein-Personen-Haushalte** zu erhöhen: „Nach dem vorgelegten Gutachten gibt es in Bremen nach wie vor zu wenige Wohnungen für Singles, die laut Hartz IV an eine Mietobergrenze gebunden sind. Bislang liegt sie bei 265 Euro, künftig sollen es **310 Euro** sein. Außerdem will die Sozialsenatorin in acht Bremer Stadtteilen die Mietobergrenze für alle Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe anheben. Das gilt für Stadtteile mit überdurchschnittlich hohem Mietniveau wie zum Beispiel Borgfeld, Schwachhausen, Findorff und Östliche Vorstadt.

Damit will Rosenkötter eine rot-grüne Koalitionsvereinbarung umsetzen. Zwangsumzüge, so argumentiert sie, würden das soziale Gefüge in den Stadtteilen zerstören. Profitieren würden von Rosenkötters Vorschlägen mehr als die Hälfte der rund 8.000 Haushalte, die nach den geltenden Bestimmungen zu hohe Mieten zahlen. Sie bekämen dann keine Aufforderung mehr, ihre Kosten zu senken, beziehungsweise umzuziehen. Insgesamt gibt Bremen für die sogenannten Kosten der Unterbringung jährlich rund 180 Millionen Euro aus. Die Anhebung der Obergrenzen würde laut Gutachten mit etwa 5,6 Millionen pro Jahr zu Buche

schlagen.“ – Was gilt nun für die zweite Hälte der Haushalte, deren Miete auch über den neuen Obergrenzen liegt? Diese Regelung ist erneut nicht gerichtsfest! Daher lasst uns darüber reden, auf der nächsten Montagsdemo!

Am **Dienstag**, dem **21. August 2007**, findet um **19 Uhr** der **Gesprächskreis „Vorbereitung auf ALG II“** des Vereins „Sozialer Lebensbund“ im „**Hibiduri**“ in der Thedinghauser Straße 2 statt. Was ist zu veranlassen, wenn ALG II droht? Wie gehe ich damit um? Sicherheit gegenüber dem unbekannten Wesen ALG II ist durch Wissen zu erlangen! Wie bereite ich meinen Besuch bei der Bagis vor, einer Behörde der besonderen Art? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Münte hat recht: Über das Lohnabstandsgebot ist der Mindestlohn mit dem Regelsatz verknüpft *(„Erwerbslosenforum“)*

„McPflege“ gibt auf: Alles nur ein Marketing-Gag? *(„Erwerbslosenforum“)*

Offener Brief an „Attac“

Am 6. August 2007 erschien in der „Tageszeitung“ ein Interview mit eurem neuen Mitglied Heiner Geißler. Darin setzt er sich für eine „ökosoziale internationale Marktwirtschaft“ ein. Oberflächlich betrachtet mag das erst mal positiv scheinen, doch bei näherem Hinsehen erweist sich, dass die Praktizierung von „Marktwirtschaft“, gleich unter welchem beschönigenden Etikett, letztlich die Beibehaltung des globalisierten Schreckens bedeutet. Geißler propagiert einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus, wobei es diesen „Mittelweg“ gar nicht geben kann, weil dies ein Widerspruch in sich ist. Auch ein „abgeschwächter“ Schrecken ist immer noch ein Schrecken, und niemand kann garantieren, ob eine ökosoziale Marktwirtschaft nicht doch eines Tages wieder vom globalen „Shareholder Value“ verdrängt wird.

Außerdem ist die Unmöglichkeit eines „Mittelweges“ historisch hinlänglich belegt. Solche Experimente scheiterten bereits im vergangenen Jahrhundert in Ungarn und Jugoslawien. In Ungarn brach der damals im Westen viel gepriesene „Gulaschkommunismus“ genauso zusammen wie das übrige Warschauer Paktsystem – mit den bekannten katastrophalen Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung. Als die EU und die NATO mit maßgeblicher deutscher Beteiligung das

einst von Tito begründete unabhängige Jugoslawien mittels Intrigen und Krieg zerschlugen, kehrten mit dem Kapitalismus Zwietracht, Spaltung und Bürgerkrieg in die Balkanregion zurück.

Geißler sprach sich gegenüber der „Tageszeitung“ gegen die Verstaatlichung der großen Energiekonzerne aus und behauptete, öffentliche Aufgaben wie Energie- oder medizinische Versorgung ließen sich auch von privaten Unternehmen wahrnehmen. Dabei liegt es auf der Hand, welche verheerenden Folgen gerade die Privatisierung des Energie- und Gesundheitssystems hat. Leider finden wir auch in eurer „Internet-Selbstdarstellung“ keine Hinweise auf einen antikapitalistischen Politikansatz. Diese Feststellung soll natürlich keineswegs eure großen Verdienste schmälern. Wir wollen auch nicht belehren, sondern unsere kritischen Anmerkungen lediglich als positive Anregung verstanden wissen.

Antikapitalismus ist nicht „zu ideologisch“ – wie Geißler meint –, sondern antikapitalistisch und solidarisch zu handeln sehen wir als einzig wirkungsvolle Alternative gegen die neoliberale Zerstörung unseres Planeten an. (Siehe auch Buchveröffentlichung der Autorengruppe Ulrich Duchrow, Reinhold Bianchi, René Krüger und Vincenzo Petracca: „Solidarisch Mensch werden. Psychologische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung“, VSA-Verlag).

Bettina Fenzel und Wieland von Hodenberg

Offener Brief an die „Linke“

Mir geht es um die Verteilung der über eine halbe Million Euro, die unsere Fraktion aus Steuertöpfen erhält (und natürlich um die Fixierung eines Politik-Konzeptes für die Fraktion). Nach Steglich und Spehr wird der größte Anteil dieses Geldes in den geplanten und wahrscheinlich schon beschlossenen Mitarbeiterstamm, die sogenannten Wimis, und die Ausstattung der Büros einfließen. Steglich spricht im Newsletter Nummer 1 vom Finanzrahmen und davon, dass bei der geplanten Personalsituation „rasch 70 bis 75 Prozent des Gesamtanteils“ erreicht sein werden und notiert lapidar: „Damit sind die finanziellen Möglichkeiten aber eigentlich auch bereits erschöpft“

Im gleichen Newsletter schreibt er: „Wie zweischneidig oppositionelle Arbeit letztlich ist, zeigte sich uns spätestens dort, wo wir – mit einer für die von Zwangsumzügen Betroffenen so wichtigen Initiative – zwar etwas bewegen konnten, aber von den Medien mehr oder weniger totgeschwiegen wurden“. Man könne etwas bewegen, steht hier, wird aber von den Medien mehr oder weniger tot geschwiegen: Sätze, die deutlich die Unterschrift von Monique Troedel, der Fraktionsvorsitzenden, tragen.

Deutlicher als in dieser Form und dann noch von Menschen aus der Fraktion kann kaum gesagt werden, welchen Wert ihre Arbeit in der Bürgerschaft haben

wird: Es gibt vielleicht hin und wieder einen Dreizeiler in den Printmedien. Dafür sollen der Fraktion fast 500.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Fein, nicht wahr? Dass es so sein müsse, dieser die größte Summe zu überlassen, wird C. Spehr nicht müde zu betonen: Die halbe Million Fraktionsgeld müsse für die Arbeit der Fraktion verwendet werden, basta. Schließlich kontrolliere der Rechnungshof.

Ich meine allerdings, dass selbstverständlich alles, was „draußen“ getan wird, für die Fraktion getan wird. Zweifelt jemand daran? In der Argumentation von Teilen der Fraktion und insbesondere von C. Spehr sehe ich vorgeschobene Argumente, um die eigenen Positionen innerhalb der Fraktion zu festigen und die Arbeit in der Bürgerschaft trotz der Dreizeiler im „Weser-Kurier“ und vielleicht hin und wieder einem kleinen 30-Sekunden-Interview mit einer Aura des besonders Wichtigen zu umgeben.

Vielleicht kommt wider Erwarten der Einspruch oder die Drohung von Gesetzgeber beziehungsweise Rechnungshof wegen der Verwendung der Gelder – oder sogar ein Gerichtsverfahren. Wäre das nicht wunderbar? Gäbe es eine bessere Werbung für die „Linke“? Dann stünde nämlich in der Presse: Die vielen Steuergelder werden nicht für anonyme parlamentarische Arbeit verschwendet, sondern hautnah für die Interessen der Bürger eingesetzt. Einen größeren Sieg für die „Linke“ und für ein Mehr an politischer Glaubwürdigkeit ist kaum vorzustellen!

Deshalb bitte ich alle Parteimitglieder, im nächsten offenen Plenum und bei jeder anderen Gelegenheit dafür zu plädieren, dass die Gelder zu einem Drittel für die Fraktion, zu einem Drittel für die Bürgerbüros und zu einem Drittel für Aktionen eingesetzt werden. Wenn die Bürgerbüros richtig funktionieren (hierzu Steglich/Troedel im Newsletter Nummer 1: „die Bürgerbüros mit Leben erfüllen, um sie im besten Sinne zu Zentren politischer Arbeit in den Quartieren zu machen“), dann benötigen wir nicht einmal einen Pressesprecher: Die Bürger werden für unsere Arbeit die beste Werbung machen, weil wir für sie in ihrer Nähe sind. Eine andere Politik ist nötig, eine andere Politik ist möglich!

Alexander Strübing („Die Linke“)

Drei Jahre Protest schaffen eine selbstbewusste Bewegung

Bei schönem Sommerwetter wie vor drei Jahren starteten wir um 17:30 Uhr in die 145. Montagsdemo auf dem Bremer Marktplatz. Unsere vielen Redebeiträge füllten den Zeitraum von anderthalb Stunden völlig aus. Unsere beliebte Ursula war wieder da. Wir hatten ihr gefehlt, und sie fehlte uns. Es kamen manche anderen Bekannten vorbei und viele Touristen. Sogar auf Fahrrädern wurde zugehört und

manches nebenbei gefragt und erörtert. Gut 60 Menschen konnten wir sicher in Bann schlagen und interessieren.

Vom Beginn der Montagsdemo in Bremen genau vor drei Jahren, am 16. August 2004, war die Rede. Was waren die Ursachen für diesen ungeheuren Massenprotest? Was versuchte die Schröder-Regierung nicht alles im Krieg gegen die Arbeitslosen?! Aber Spalten, Totschweigen und Zersetzen nutzten nichts. Das Beste bleibt der große Zusammenhalt in der bundesweiten Bewegung, die sich über einen regelrechten Massenprotest zu einer selbständigen Bewegung entwickelt hat, die sich nicht bevormunden lässt. Sie hat mit Offenem Mikrofon und demokratischen Prinzipien auf antifaschistischer Grundlage eine regelrechte neue Demokratiekultur entwickelt und ist offen für alle vorwärtsweisenden Initiativen.

In vielen Teilen Deutschlands gibt es keine aktuellere und politischere Veranstaltung als die Montagsdemo. Die bürgerlichen Parteien scheuen dieses Forum, weil sie da nicht mit Filz, Vetternwirtschaft und versteckten Absprachen landen können. Es ist aber zu bedauern, dass die Kräfte, die eigentlich ihre Verbundenheit mit dem außerparlamentarischen Kampf erklärt hatten, sich von der Montagsdemo doch lieber fernhalten. Niemand soll glauben, dass die Menschen Taten oder Tatenlosigkeit in den Fragen und Problemen, die die Massen haben, nicht registrieren!

Heute war der Start, aber den richtigen Höhepunkt des „dreijährigen Protestes“ wird es bei der **150. Montagsdemo** am **17. September 2007** geben. Wir wollen uns dazu etwas einfallen lassen, aber auch jede(r) Interessierte und Sympathisant(in) ist aufgerufen, einen Beitrag zu diesem besonderen Protest zu bringen: Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

SPD verliert soziale Kompetenz: Hartz IV beruht auf Irrtümern
und hat Deutschland negativ verändert *(„Linkszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

146. Bremer Montagsdemo am 20. 08. 2007

Mit Steuergeld auf Wählerfang

Politiker haben dumm regiert, doch jetzt regieren sie am dümmsten! Nach der grenzenlosen Abzockerei kommt nun die grenzenlose Selbstbedienung unserer Volksvertreter. Grenzenlos sind auch die Hilflosigkeit und das Versagen der meisten Politiker! Überbezahlt und überversorgt mit Nebenjobs machen sie eine Politik, die für viele arme Menschen zum Heulen ist!

Unvollständige Gesetze und halbherzige Reformen werden den Bürgern um die Ohren geschlagen, dass ihnen das Hören und Sehen vergeht! Und weil der Wähler wegen dieser Schlamperei den Parteien davonläuft, will man sich oben wieder mal aus dem Steuertopf selbstbedienen. 20 Millionen Euro will man als „Wahlkampfgeschenk“ abkassieren, um den Wähler wieder ködern zu können!

Ständig wird dem Volk nur Geld geklaut! Schluss, aus, es reicht, die Grenze ist schon längst überschritten! Im Steuertopf ist auch Geld von den Rentnern, Kranken, ach was, von der ganzen Unterschicht! Unten gibt es immer nur welche auf den Kopf! Die Rente wird immer weniger! Die letzte Erhöhung des Wohngeldes in Berlin war im Jahre 2001! Hier in Bremen wird es wohl nicht besser sein.

Menschen holen sich Essen von der „Tafel“, ihre Würde ist im Arsch! Aber man möchte dem Wähler Kugelschreiber, Luftballons oder Mützen als Werbegeschenk geben! Da reichen Union und SPD die 133 Millionen Euro im Jahr nicht mehr. Solche Politik soll zum Teufel fahren! Wer solche Dummheit wählt, ist dämlich – oder gut versorgt!

Ursula Gatzke (parteilos)

Sommerpause: In aller Stille wollen sich die großen Parteien den Geldhahn aufdrehen *(„Spiegel-Online“)*

„Linke“ muss Machtfrage stellen: Elf schlechte Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen *(Nele Hirsch)*

Eine Dreistigkeit?

Nein, ich nenne es schlicht eine Frechheit – die Diätenerhöhung, welche 2009 kommen soll. Ich habe natürlich nichts gegen eine Diätenerhöhung, aber sind die 9,4 Prozent angemessen, gegenüber einer minimalen Rentenerhöhung von 0,54 Prozent? Doch das spielt wohl bei unseren Politikern keine Rolle: Sie nehmen es sich einfach. Nein, das glaube ich nicht, denn die Rechnung sollte man nicht ohne den Wirt – den Wähler – machen!

Meine Damen und Herren Politiker, wie möchten Sie eigentlich diese Erhöhung begründen? Mit erhöhten Lebenshaltungskosten? Die haben wir alle. Mit mehr Verantwortung? Ich gebe zu, Sie tragen eine große Verantwortung – aber tun Sie das wirklich? Ein Teil von Ihnen ist durchaus für den normalen Bürger tätig, aber wem dieser Schuh passt, der ziehe ihn sich an!

Dann blieben da noch die Leistungen. Welche? Sie verarmen die Menschen immer mehr; lassen es zu, dass die Löhne immer weiter fallen; lassen Kinderarmut zu; belasten die Bürger durch unausgegorene Gesetze, durch eine schlechte Gesundheitsreform; lassen es zu, dass immer mehr Arbeitsplätze abgebaut werden und dass wir Bürger nicht mehr fair am erwirtschafteten Bruttosozialprodukt beteiligt werden. Wofür dann die Diätenerhöhung?

Schließlich haben wir noch die fehlende Parteifinanzierung. Nur, meine Damen und Herren, in diesem Falle will ich Ihnen gern einen Tipp geben: Machen Sie doch einfach mal wieder eine Politik für die große Masse der Bevölkerung! Dann hört die Politikverdrossenheit auf, und durch Eintritte in Parteien fließen die Gelder. Wenn Sie dann eine Diätenerhöhung haben wollen – nichts dagegen, denn Leistung soll ja bezahlt werden! Das gilt auch für Sie.

Udo Riedel (parteilos)

Selbstbedienungspolitiker oder neue Politiker?

Heute Morgen ist mir doch bei der Zeitungslektüre glatt der Kragen geplatzt! Die Selbstbedienungspolitiker von Union, Sozialdemokraten, Liberalen und wie sie sich alle zu nennen pflegen greifen uns nun nicht mehr nur in unverschämtester Weise durch ständige Erhöhung ihrer Abgeordnetendiäten in die Tasche: Jetzt plant die Große Koalition noch eine 15-prozentige Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung, von der ohnehin schon stattlichen Summe von derzeit 133 Millionen Euro auf satte 153 Millionen Euro im Jahr. Und das per Gesetz und über Steuern. Kommt jetzt ein Solidarzuschlag für notleidende Parteien?

Da wissen Hartz-IV-Betroffene nicht, wie sie mit 2,75 Euro ihre Kinder gesund ernähren können, wie sie sich Kleidung, Möbel und – auch das gehört zu einem menschenwürdigen Leben – auch mal ein Vergnügen wie einen Kinobesuch leisten können. Das alles durch die volksfeindliche Politik eben dieser Selbstbedienungspolitiker von Union und SPD! Aber die Forderung nach kostenloser oder zumindest bezuschusster Schulspeisung wird zum Beispiel vom parlamentarischen Geschäftsführer der FDP im Düsseldorfer Landtag, Ralf Witzel, mit der ekelhaften Erklärung abgelehnt, die Eltern würden das Geld nur für die neueste Satellitenschüssel oder große Mengen an Alkohol ausgeben.

Und auch das ist normal in dieser Republik: Sofort gibt es Schmierfinken, die den Kritikern dieser neuen Attacke auf unsere Steuergelder „popeligen Populismus“ vorwerfen, so wie ein Joerg Helge Wagner im Kommentar des heutigen „Weser-Kurier“. Er wirft den Kritikern von „Bild am Sonntag'“ über den „Bund der Steuerzahler“ bis hin zum „Erwerbslosen-Forum“ Hysterie, Verlogenheit und Populismus vor. Aber Herr Wagner, wir wollen die Kirche doch mal im Dorf lassen! Ihr Kommentar trieft geradezu von Verlogenheit, Hysterie und billiger antikommunistischer Effekthascherei, was man wohl landläufig auch Populismus nennt!

Noch etwas fällt auf: Die Beschwörung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und das Antibild dazu, der „real existierende Sozialismus“ in der untergegangenen DDR, dem die „Linke“ nach Lesart von Herrn Wagner immer noch gute Seiten abgewinnen kann, wie auch der Verweis darauf, dass nur „winzige und deshalb bedeutungslose Splittergrüppchen“ keine Staatsknete kriegen, all dies zeigt einiges über Herrn Wagners Innerstes. Der Mann hat Angst! Er hat Angst, dass dieses System aus den Fugen gerät und er seine Pfründe verliert.

Er hat Angst, dass die Massen immer schneller und immer besser durchblicken, welche Funktion die so „bedeutungsvollen“ Parteien für die allseitige Dik-

tatur der Monopole haben. Willi Dickhut, einer der Mitbegründer der MLPD, hat die bürgerlichen Parteien im parlamentarischen System mit einem Orchester verglichen. Da gibt es die leisen Flötentöne und strahlenden Geigen auf der Regierungsbank, da gibt es mal das Donnergrollen der Pauken von der Opposition, aber alles spielt doch nach dem Takt eines Dirigenten: dem Monopolkapital!

Und der kleine Seitenhieb auf die „winzigen und deshalb bedeutungslosen Splittergrüppchen“? Er hat zwar in der Mehrzahl gesprochen, aber ich weiß schon, dass er die MLPD meint. Nur darf er das gar nicht schreiben, weil er sonst vielleicht seinen Job verliert. Ehrliche Journalisten bürgerlicher Blätter haben in der Parteizentrale der MLPD in Gelsenkirchen mal ihre Arbeitsverträge gezeigt. Darin stand mehr als deutlich, dass sie über alles berichten dürfen und auch mal etwas kritischer werden können. Aber über die MLPD dürfen sie *nicht* schreiben, sonst gibt es Abmahnung und Kündigung.

So viel als kleiner Exkurs zur Pressefreiheit in der hochgelobten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“! Dieser Seitenhieb zeigt die Sorge von Herrn Wagner, dass sich immer weniger Leute von den bürgerlichen Parteien oder der „Linken“ in systemkonformen Bahnen halten lassen, sondern zusammen mit der MLPD den Weg der Selbstbefreiung gehen und diese ganze Mischpoke – ihn eingeschlossen – wegjagen und entmachten.

Meine Partei, die MLPD, fordert schon seit ihrer Gründung vor 25 Jahren die Abschaffung der staatlichen Parteienförderung. Wir sind der Meinung, dass sich jede Partei nur durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanzieren darf. Wir können stolz sagen, dass es bei der MLPD gut funktioniert. Wir mussten uns nie von irgendwem abhängig machen! Die bürgerlichen Parteien mit ihren aufgeblähten Funktionärsapparaten würden sich schön umgucken!

Aber es gibt ja großzügige Spender von den Großkonzernen. Dummerweise würden die Massen nur umso schneller durchschauen, in wessen Sold die Monopolpolitiker stehen und für welche Klasse sie eigentlich Politik auf dem Rücken des Volkes machen! Dieser Blick hinter die Kulissen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ soll die staatliche Parteienförderung erschweren. Neue Politiker braucht das Land! Nieder mit diesen Selbstbedienungspolitikern! Wir sind das Volk!

Matthias Feilke (MLPD)

Keiner will’s gewesen sein: Selbstbedienungs-Offensive stirbt schnellen Tod nach heftigen Protesten *(„Spiegel-Online“)*

Eine Bitte um Abfuhr

Warum hat Bremen beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf finanzielle Unterstützung durch die anderen Bundesländer gestellt? Damit sie dort mal richtig was zum Lachen haben! Und weil die Bremer Politiker es schriftlich haben wollen, dass sie unfähig sind.

Gerade hat Bürgermeister Böhrnsen das gesamte Personal im Rathaus gegen Parteigenossinnen und -genossen ausgewechselt, die noch nicht in den Genuss eines Daueranspruchs staatlicher Gelder gekommen sind. Damit hat er auf einen Streich erreicht, dass die jetzt tätigen und die früheren – nun untätigen – Mitarbeiter bezahlt werden müssen. Es muss also zweimal viel Geld ausgegeben werden! Natürlich aus Steuergeldern, wovon denn sonst?

Das macht sich richtig gut in Verbindung mit einer Verfassungsklage um einen finanziellen Ausgleich auf Kosten der Allgemeinheit und schafft Vertrauen in die weitere Ausgabenpolitik.

Als Entschädigung – damit sie nicht leer ausgehen – und als stillschweigende Zustimmung zu diesem Kabinettstück waren die Grünen „gezwungen“, einen neuen zusätzlichen Staatsrat aus ihren Reihen einzustellen. Dadurch werden sich die laufenden Kosten noch einmal deutlich erhöhen! Auch der wird selbstverständlich aus Steuergeldern finanziert, wovon denn sonst?

Frau könnte glauben, Herr Böhrnsen denkt, das Bundesverfassungsgericht lebt nicht auf diesem Stern und wird keine Zusammenhänge zu dieser offensichtlichen Misswirtschaft herstellen.

Das Bundesverfassungsgericht wird denken – hofft er wohl –, dass Bremen wirklich arm dran ist, wenn es hört, dass Bremen noch nicht einmal 200.000 Euro für die Erstausstattung der Schulanfänger(innen) aufbringen kann, die als „Kinder armer Eltern“ in der ehrwürdigen Freien Hansestadt und in Bremerhaven leben. Denn das würde Bürgermeister Böhrnsen ohne zu zögern veranlassen, hätte er nur das nötige Kleingeld.

Hat er doch selbst die Parole ausgegeben, dass den armen Kindern dieses Bundeslandes vorrangig und ohne Rücksicht auf andere Haushaltsausgaben geholfen werden muss. Selbst wenn dadurch zum Beispiel der unsinnige und überflüssige Umbau der Schwachhauser Heerstraße und die zweifelhafte Abholzung der Bäume unmöglich geworden wäre.

200.000 Euro jährlich kostet locker der Austausch der Rathausmitarbeiter(innen) – und Herr Böhrnsen kann das Geld nur einmal ausgeben. Also hat er sich für die finanzielle Sicherung dieser unterstützungswürdigen Gruppe entschieden.

Außerdem muss auch noch Geld übrig bleiben für unseren allseits unterschätzten Herrn Weber, der so gerne sein Büro personell aufstocken möchte. Und irgendwann, irgendwie, irgendwo wird er wieder versuchen, seine ehemalige Kollegin Röpke unterzubringen, damit auch sie finanziell abgesichert ist!

Da bleibt auch kein Geld mehr übrig für die seit Oktober letzten Jahres fest zugesicherten zusätzlichen und äußerst dringend benötigten Mitarbeiter(innen) im Sozialressort und im Ausländeramt.

Wenn frau also sieht, mit welchen zusätzlichen, gewollten und selbst konstruierten unverantwortlichen Ausgaben sich Herr Böhrnsen und seinesgleichen herumschlagen müssen, dann ist es doch leicht verständlich für alle, dass die Freie Hansestadt den Offenbarungseid leisten und betteln muss.

Herr Böhrnsen kann schließlich nichts dafür, dass vor etlichen Jahren der unverständlicherweise in weiten Kreisen immer noch beliebte Henning Scherf zusammen mit Herrn Perschau es fertig gebracht hat, statt einer zugesicherten Verschlankung des Parlaments und des damit verbundenen Stellenabbaues den Staatsapparat unnötig und unverantwortlich zu vergrößern.

Vielleicht meinten sie, dass sie zusätzlich nur noch *schlanke* Mitarbeiter(innen) einstellen wollten – und das gutgläubige, anscheinend lernresistente Wahlvolk hat sie mal wieder gründlich missverstanden!

Gudrun Binder (wieder parteilos)

„Sexy Damen treffen“ bei PDS Bremen: Weder Parteikasse noch fast 600.000 Euro Fraktionsgelder reichen zur Sicherung der Namensrechte *(„Web Archive“)*

Drei Viertel der Befragten verlangen eine Hartz-IV-Anpassung

Beim letzten Mal haben wir das dreijährige Jubiläum der Montagsdemo in Bremen erreicht. Da möchte ich mit einem Hinweis auf die **150. Montagsdemo** am **17. September 2007** um **17:30 Uhr** hier auf dem Marktplatz gleich ein **kleines Fest** mit Überraschungen ankündigen. Wenn Ihnen etwas einfällt, womit Sie diese 150 Male Montagsdemo anerkennen oder kommentieren wollen, dann kommen Sie her!

Nicht nur wir feiern unsere Aktivitäten, auch Medien und Politik ziehen Bilanz. So hat das am Freitag veröffentlichte ZDF-Politbarometer in einer repräsentativen Umfrage bei 1.267 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten ermittelt, dass 58 Prozent die Arbeitsmarktreformen nicht gut fänden. Nur 31 Prozent bezeichneten sie als gut. Drei Viertel der Befragten verlangen eine Anpassung der Hartz-IV-Bezüge, die sich an den Lebenshaltungskosten orientiert, 78 Prozent treten für einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen ein.

Nach offiziellen Angaben sind inzwischen 7,4 Millionen Menschen auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen – jeder neunte Bürger unter 65. Das sind rund 1,3 Millionen Hilfeempfänger mehr als beim Inkrafttreten von Hartz IV im Januar 2005. Zum Beginn des neuen Schuljahres fehlt in vielen von Hartz IV betroffenen Familien das Geld für notwendige Schulsachen. Die Ausgaben für Tornister, Turnbeutel, Füller, Hefte und Stifte zur Einschulung summieren sich schnell auf einen dreistelligen Betrag. In der amtlichen Bedarfsaufstellung, die den Hartz-IV-Regelleistungen zugrunde liegt, sind aber überhaupt keine Kosten für die Schule vorgesehen.

Mit der Einführung von Hartz IV ist der Regelsatz für Schulkinder auf den Betrag für Säuglinge und Kleinkinder abgesenkt worden, ein Verlust von 23 Euro monatlich gegenüber der alten Sozialhilfe. In einigen Städten konnten durch Aktionen von Erwerbsloseninitiativen Teilerfolge erzielt und zusätzliche Leistungen für Hartz-IV-Kinder zum Schuljahresbeginn durchgesetzt werden. So erstattet die Stadt Oldenburg Ausgaben für Schulsachen in Höhe von 50 Euro pro Kind und Schulhalbjahr. Die Stadt Göttingen gewährt Kindern, die im Sommer eingeschult werden, erstmals einen Zuschuss von maximal 80 Euro.

An der Einschätzung von „Hartz IV“ in der Bevölkerung hat die systematische Aufklärungsarbeit auf den Straßen in den Städten der bundesweiten Montagsdemonstrationen erheblichen Anteil. Was die Montagsdemos über die Folgen vorhergesagt und die Bundesregierungen immer bestritten haben, ist unübersehbar: Verarmung der Arbeitslosen und Lohndrückerei gegen die arbeitenden Menschen. Deshalb ist auch ihre Forderung „Weg mit Hartz IV!“ heute genauso richtig wie zu Anfang.

Abstimmungen und öffentliche Meinungsstatistiken werden an der Abwärtsspirale nach unten nichts ändern. Der Widerstand gegen die Hartz-Gesetze

und die menschenfeindliche Politik der Bundesregierung muss zur Tat und auch organisiert werden. Um die Kräfte dafür zu sammeln, ruft die **bundesweite Montagsdemo-Bewegung** wieder zur gemeinsamen **Demonstration** am **13. Oktober 2007** in **Berlin** auf.

Jobst Roselius

Fünf Jahre Hartz-Konzept

1. Wir haben fünf Jahre der Existenz des menschenverachtenden Hartz IV zu beklagen. Vor einer Woche hat der Chef der Bundesagentur, Frank-Jürgen Weise, allen Ernstes die Hartz-Gesetze als „erfolgreich“ gelobt. Am 16. August 2002 hatte die **Kommission** für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, die unter der Leitung von Peter **Hartz** tagte, ihren **Bericht** im Berliner Dom der Öffentlichkeit vorgestellt. Erklärtes Ziel der Hartz-Kommission waren Vorschläge für eine Reform der Arbeitsmarktpolitik. Im politischen Prozess wurden die Ergebnisse als Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit um bis zu zwei Millionen verkauft.

Schon aufgrund des sehr viel beschränkteren Auftrags an die Kommission waren die Vorschläge überhaupt nicht geeignet, ein derartig ehrgeiziges Ziel anzugehen. Die gesamtwirtschaftlichen Aspekte der Arbeitslosigkeit, etwa die Nachfrage nach Arbeitskräften oder wie das Wirtschaftswachstum gesteigert werden kann, hatte die Kommission überhaupt nicht bedacht. Frank-Jürgen Weise leidet offensichtlich an Realitätsverlust oder betrachtet die Folgen der sogenannten Hartz-Reformen durch eine neoliberal gefärbte Brille – ganz im Sinne der Arbeitgeberverbände.

Tatsächlich ist alles eingetreten, wovor Sozialverbände, Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen gewarnt haben: Zunahme der Zahl der Langzeitarbeitslosen, exorbitantes Auseinanderklaffen der sozialen Schere, jährliche Zunahme der Kinderarmut, sprunghafter Anstieg der Privatinsolvenzen, Abbau von Arbeitnehmerrechten, Angst um den Arbeitsplatz. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben, weil immer mehr Arbeitgeber nur noch Hungerlöhne zahlen. Die aktuelle Debatte um eine Regelsatzerhöhung und die Ernährungsstudie zeigen nur zu deutlich, welche Armut in unserem Land bei den Betroffenen herrscht.

Auf der anderen Seite wird für Hartz-IV-Empfänger nichts getan. Man sitzt das Problem aus, bis es der „demografische Faktor“ gerichtet hat. Aber es ging ja auch nie wirklich um Erwerbslose, sondern einzig darum, dass man die Löh-

ne absenkt und soziale Rechte abbaut. Gleichzeitig wurde eine Repressionsmaschine und Diffamierungskampagne gegen Erwerbslose losgetreten. Bestes Beispiel war der damalige Bundesarbeits- und Wirtschaftminister Wolfgang Clement mit seinen „Parasitenvorwürfen“. Es muss einen nicht wundern, wenn Clement heute im Aufsichtsrat einer der größten Leiharbeiterfirmen sitzt, die Hungerlöhne zahlen.

Die Instrumente von Hartz I bis IV – ob Minijobs, Job-Floater, Personal-Service-Agenturen, Ich-AGs, private Arbeitsvermittlungen, „Fördern und Fordern“ oder Arbeitsgemeinschaften – haben sich alle als Flops erwiesen. Somit gehören die Hartz-Gesetze ausnahmslos abgeschafft und müssen durch eine wirkliche soziale Reform ersetzt werden! Auch die Führungsetage der Bundesagentur für Arbeit muss zwingend ausgetauscht werden, um überhaupt mal wieder den sozialpolitischen Auftrag dieser Behörde umsetzen zu können und somit von der Verfolgungsbetreuung Abstand zu gewinnen!

2. Der **Deutsche Gewerkschaftsbund** fordert ebenfalls Korrekturen an den Hartz-Gesetzen. Die Regelungen führten zu erheblichen Verwerfungen am Arbeitsmarkt und erhöhten das Verarmungsrisiko Arbeitsloser. Von den Gesetzen profitierten vor allem Kurzzeitarbeitslose, Arbeitslosengeld-II-Empfänger dagegen viel zu wenig. Der DGB verlangte, ältere Arbeitslose müssten bis zu 24 Monate Arbeitslosengeld I bekommen, um deren Eingliederungschancen zu verbessern.

Bei den Hartz-IV-Regelsätzen sollten zudem kurzfristig Preissteigerungen seit 2005 berücksichtigt werden. Die Zumutbarkeitsregelung müsse entschärft werden, die Arbeitslose zwinge, bis zur Sittenwidrigkeitsgrenze jeden Lohn zu akzeptieren. Darüber hinaus seien eine Qualifizierungsoffensive sowie eine gemeinsame Anlaufstelle für alle Arbeitsuchenden notwendig. Mit Hartz IV und dem ALG II seien Arbeitslose erster und zweiter Klasse geschaffen worden.

Im ersten Halbjahr 2007 beendeten fast 1,9 Millionen Hartz-IV-Empfänger ihre Arbeitslosigkeit, doch fast ebenso viele seien neu zugegangen. Demnach könne eine große Gruppe der Betroffenen den Leistungsbezug immer nur kurzfristig überwinden. Erstaunlicherweise wird hier von einer „verbesserten Betreuung“ der Erwerbslosen gesprochen, die ich als nicht stichhaltiges Gerücht erachte.

3. Die anhaltende Kritik an den Hartz-Arbeitsmarktreformen lässt die **SPD** nicht zur Ruhe kommen. Prominente SPD-Politiker vom linken Flügel äußerten massive Einwände gegen Hartz IV. Es sei eine erschreckende Bilanz, die dieses Gesetz heute zeige, sagte der frühere SPD-Sozialpolitiker Rudolf Dreßler am vergangenen Donnerstag. „Hartz IV hat Deutschland verändert, und zwar negativ“. Die Arbeitsmarkt-Reformen – speziell Hartz IV – beruhten auf einer Reihe von Irrtümern. Die SPD habe ihre soziale Kompetenz verloren und sei nicht zur Korrektur der Irrtümer bereit.

Massive Kritik kam auch vom SPD-Linken Ottmar Schreiner. Er machte Bundesarbeitsminister Franz Müntefering für die Ausdehnung des Niedriglohnsektors

in Deutschland mitverantwortlich. Durch die neuen Zumutbarkeitsregeln könnten Arbeitgeber Löhne mit dem Hinweis auf das ergänzende Arbeitslosengeld II drücken. Dafür müsse auch Müntefering geradestehen. Für den Vorsitzenden der Partei „Die Linke“, Oskar Lafontaine, hat Hartz IV zu einer gewaltigen Ausweitung des Niedriglohnsektors in Deutschland geführt. Im „Westdeutschen Rundfunk“ beklagte er, dass dieser Niedriglohnsektor Armut für immer bedeute und dass die Betroffenen später auch keine armutsfeste Rente hätten.

Die Zahl der Kinder aus armen Familien, die vom Arbeitslosengeld II leben müssen, hat nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im März einen Höchststand erreicht. Insgesamt hätten 1,928 Millionen Kinder bis 15 Jahren Sozialgeld bezogen. Dies sind 44.000 mehr als noch im März vorigen Jahres. „Die versprochene Halbierung der Arbeitslosenzahlen hat Hartz IV nicht bewirkt, dafür erreicht die Kinderarmut neue Rekordwerte“, sagte Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion „Die Linke“. Für Kinder in Deutschland bedeute das weniger Gesundheit und Bildung, aber mehr Ausgrenzung und Armut. Sie prangerte an, dass für Kinder nur ungenügende Regelsatzleistungen für Gesundheit, Ernährung, Schulsachen und Bildung vorgesehen sind und für Sport- und Freizeitkosten nichts übrig sei. Es verwundere nicht, dass sogar UN-Sonderberichterstatter Vernor Muñoz die mangelhafte Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem kritisiert.

Auch der „Deutsche Kinderschutzbund“ wirft der Bundesregierung vor, zu wenig gegen **Kinderarmut** zu tun. Verbandspräsident Heinz Hilgers bemängelte am Freitag, die Große Koalition habe bisher nichts getan, um die Situation armer Kinder in Deutschland zu verbessern. Er sprach von einem „strukturellen Problem“, weshalb es für die Politik großen Handlungsbedarf gebe. So hätten sich Union und SPD in den Koalitionsvereinbarungen vor zwei Jahren darauf geeinigt, bis 2007 den Kinderzuschlag für Eltern mit geringem Einkommen zu erhöhen. Bisher sei jedoch noch nichts unternommen worden. Hilgers beklagte, dass gerade die Ärmsten der Armen von den Politikern „hinters Licht“ geführt würden.

4. Familienministerin Ursula von der Leyen will den Zuschlag für Geringverdiener mit Nachwuchs erweitern. Der sogenannte **Kinderzuschlag** für Familien mit sehr geringem Einkommen soll künftig viermal so vielen Kindern zugute kommen wie bisher. Der Empfängerkreis solle von jetzt 124.000 auf 530.000 Kinder erweitert werden. Mit dieser Reform, deren Details noch zwischen den Ressorts für Familie und Arbeit abgestimmt werden, will die Bundesregierung die Zahl jener Kinder senken, deren Familien Arbeitslosengeld II und Sozialgeld bekommen.

Den Kinderzuschlag gibt es zwar schon seit 2005, aber die meisten Anträge auf diese Leistung wurden bislang abgelehnt, weil die Voraussetzungen sehr eng gefasst sind. Der Kinderzuschlag in Höhe von maximal 140 Euro pro Kind und Monat wird an die Eltern gezahlt, die zwar ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, aber nicht den ihrer Kinder. Laut einer Beispielrechnung aus dem Merkblatt der Familienkasse bekommt ein Ehepaar mit zwei Kindern den Kinderzuschlag

nur dann, wenn das Erwerbseinkommen der Eltern über 1.051 Euro liegt, aber auch nicht höher ist als 1.331 Euro netto im Monat. Ist das Arbeitseinkommen geringer, haben die Eltern Anspruch auf **aufstockendes Arbeitslosengeld II**.

Sehr viel höher als die Zahl der Kinderzuschlagberechtigten ist daher die Zahl der Kinder, die von Sozialgeld leben. Das Sozialgeld wird dem Nachwuchs von Arbeitslosengeld-II-Empfängern gewährt. Dies betrifft auch gering verdienende Erwerbstätige, die ihr Jobeinkommen durch ALG II aufstocken. Derzeit bekommen zwei Millionen Kinder Sozialgeld. Die geplante Erweiterung des Berechtigtenkreises für den Kinderzuschlag würde nach Berechnungen des Bundesfamilieministeriums Gesamtkosten von 572 Millionen Euro im Jahr mit sich bringen. Das sind 572 Millionen, die die Unternehmer zu wenig an Lohn bezahlen.

Ich frage mich, wozu wir schon wieder ein neues Sozialgeld brauchen können sollen! Selbstredend soll dies ausschließlich den „wohlanständigen Armen“ gewährt werden, die einen Hungerlohn in der „richtigen“ Höhe mit nach Hause bringen. Die Mehrheit der armen Kinder geht mal wieder leer aus. Das ist auch eine Form von statistischer **Schönfärberei**, weil es somit wieder weniger ALG-II-Empfänger geben wird – obwohl man die betroffenen Familien weiterhin mit Steuergeldern unterstützt, die nur einem Topf mit anderem Etikett entnommen werden, aber ebenfalls zuvor vom Steuerzahler gefüllt worden sind!

5. SPD-Politiker und Gewerkschaften fordern von der Bundesregierung rasche Entscheidungen zur **Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**. Führende Spezialdemokraten aus den Ländern verlangen von den Koalitionären eine Überarbeitung der Hartz-Reformen. Der DGB drängt auf eine Lösung im Mindestlohnstreit.

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte derweil am Wochenende klar, dass bei der Kabinettsklausur in Meseberg nicht über eine mögliche Erhöhung der Hartz-IV-Leistungen entschieden werde. Merkel sagte, sie wolle das Thema erst Ende des Jahres klären. Sie unterstützt den Vorschlag des Arbeitsministers, diese Frage auf der Grundlage der dann vorliegenden Daten im November genau anzuschauen und räumte zugleich Meinungsverschiedenheiten mit Ressortchef Franz Müntefering ein, der eine Erhöhung der Regelsätze an die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes knüpft.

Volker Kauder söderte herum, er lehne eine Erhöhung der Regelsätze für Hartz IV ab. Die Summe der Leistungen für Alleinstehende belaufe sich einschließlich der Kosten für Wohnung und Heizung auf rund 840 Euro monatlich. Mancher Alleinstehende in einem „normalen Beruf“ habe auch kaum mehr. Merkt er denn nicht, wie die Reallöhne zu Hungerlöhnen verkommen sind und dass es deswegen zwingend einen Mindestlohn geben muss? Der ideologische Hickhack, ob nun Mindestlohn oder nicht, wird auf unserem Rücken ausgetragen. Wir müssen den Gürtel noch enger schnallen, wenn erst Ende des Jahres darüber entschieden wird. Bis dahin ist längst der nächste Kriegseinsatz am Hindukusch oder anderswo zu bezahlen, und das geht natürlich vor.

6. Mit dem Ende der Ferien musste eine Mutter mit Hartz-IV-Leistungen für ihre drei schulpflichtigen Kinder einen Betrag von 563,50 Euro aufbringen, obwohl der **Hartz-IV-Regelsatz** dafür überhaupt keinen Posten vorsieht. Ein entsprechender Antrag auf Übernahme der Kosten wurde von der zuständigen Arge in Asbach (bei Neuwied) abgelehnt. Der Regelsatz sei abschließend festgelegt und in ihm alle Kosten – auch die für die Schulen – enthalten.

Mündlich wurde der Mutter von einer Sachbearbeiterin der Arge vorgehalten, dass die Regelsatzverordnung monatlich einen Ansparbetrag für Bleistifte und Hefte in Höhe von 1,63 Euro vorsehe und sie diesen hätte ansparen müssen. Zur Verdeutlichung: 1,63 Euro jeweils für drei Kinder ein Jahr angespart ergibt einen Betrag von 58,68. Damit fehlen immer noch knapp 500 Euro.

Die Mutter hatte sich hilfesuchend an das „Erwerbslosenforum Deutschland“ gewandt, weil sie schon jetzt nicht mehr weiß, wie sie ihre Familie für den Rest des Monats überhaupt ernähren soll. Ein krasses Beispiel für die Willkür und völlige Unangemessenheit bei der Festlegung oder „Berechnung“ der Regelsätze! Dies trifft ganz besonders auf die Regelsätze für Kinder und Jugendliche zu. Soll die Mutter vielleicht zehn Jahre sparen, um die Rechnung von heute bezahlen zu können? Was wird aus den anlaufenden Rechnungen der Folgejahre?

Deutlicher kann sich kaum zeigen, wie sehr in Deutschland die Bildungschancen vom Portemonnaie und der Ausbildung der Eltern abhängen! Von wegen „abgehängtes Prekariat“, das ist so gewollt! Genau so werden Menschen in ihren Familien, mit ihren Kindern abgehängt. Empörend! Das „Erwerbslosenforum“ wird heute noch eine einstweilige Anordnung für das Sozialgericht formulieren. Dies hier ist wirklich ein Fall, in dem sofort gehandelt werden muss!

Ich denke an die in doppelter Hinsicht armen Kinder, wie sie in ihren Klassen sitzen und mal wieder damit auffallen, dass sie die Bücher und Materialien nicht haben oder verspätet bekommen werden. Es ist ein unwürdiges, beschämendes Gefühl, sich derart anders, „minderwertig“ fühlen zu müssen, ausgegrenzt eben! Dabei wollen Kinder dazugehören, so sein wie die anderen und nicht immerzu negativ auffallen. Wenn man diesen Einzelfall hochrechnet auf alle Schulanfänger, die Hartz IV beziehen, wird das Ausmaß des Unrechts noch deutlicher. Hartz IV bedeutet ein ständiges Vegetierenmüssen im Minusbereich!

7. Während den Erwerbslosen jeder zusätzliche Cent missgönnt wird, wollen die Parteien die Gunst der Großen Koalition nutzen, um ihre Finanzprobleme mit einer drastischen Erhöhung der staatlichen Zuschüsse zu lösen. In den vergangenen Jahren haben die Parteien Zehntausende Mitglieder verloren und gerieten deshalb finanziell immer stärker unter Druck. Wenn Politiker mit einer schreienden Ungerechtigkeit nach der anderen von einem Fettnäpfchen zum nächsten springen, dann dürfen sie sich nicht darüber wundern, dass die frustrierten Wähler reihenweise aus den großen Parteien austreten.

Wenn es beim Wundern bliebe, ginge es ja noch. Aber nein, sie werden doch glatt immer dreister und wollen nun einen finanziellen Ausgleich für den

Mitgliederschwund haben! Erst Mist bauen und sich dann beim Opfer bereichern, wo sind wir denn jetzt angekommen? SPD-Innenexperte Wiefelspütz verteidigte die Pläne und sagte, es gebe keinen Grund zur Aufregung, denn alles in allem handle es sich um eine Anpassung „mit Augenmaß“, und von „Selbstbedienung“ könne keine Rede sein. Schließlich hätten die Parteien eine wichtige Funktion im demokratischen Rechtsstaat. Wenn das *so* ist, bestehe ich darauf, dass wir uns den Regelsatz auch nach Augenmaß erhöhen dürfen! Aber dann würde uns natürlich vorgeworfen, wir besäßen keines.

8. Die Anekdote zum Schluss: Letzte Woche Donnerstag wurde in Köln-Mülheim der Parkplatz der Arge mit einer dicken Eisenkette abgesperrt, damit die **Sozialschnüffler** an diesem Tag keine Arbeitslosen bespitzeln konnten. Auf dem Schild an der Kette stand: „Arge-Außendienst: Wir müssen leider drinnen bleiben!“

Sie haben noch nie davon gehört, dass es Sozialschnüffler in Mülheim gibt? Es gibt sie – und sie haben ihre Büros im ersten Stockwerk der Arge bezogen. Sie nennen sich konspirativ „Bedarfsfeststellungs“- oder „Außendienst“. Sie wissen nicht, was ein Sozialschnüffler ist? Er und auch sie durchsuchen die Wohnungen von armen Leuten und Erwerbslosen. Sie schnüffeln durch Küche, Bad und Schlafzimmer. Sie klingeln bei den Nachbarn und forschen nach, ob ihr Opfer Freunde bei sich wohnen lässt oder heimlich ein paar Stunden putzen geht. Sozialschnüffler bespitzeln arme Leute und gucken, was bei ihnen noch zu holen ist. Vielleicht findet sich eine Mitbewohnerin, die dem arbeitslosen Freund künftig den Unterhalt zu zahlen hat, sodass die Arge Geld sparen kann. Vielleicht findet sich ein Nachbar, der verrät, wo die Arbeitslose für ein paar Euro putzen geht.

Markus Galle, Koordinator der Sozialschnüffler, hat vor ein paar Monaten von ein paar Dutzend Leuten in seinem Hause in Porz in der Rathausstraße 2a Besuch bekommen. Ganz unerwartet klingelte es morgens früh an seiner Tür. „Erwerbslosen-Ermittlungsdienst, Abteilung Notwehr“, rief der Besuch. Er wollte, dass Herr Galle die Tür aufmacht, und gucken, mit wem er unter einer Bettdecke liegt. Doch keinen Mucks hat Herr Galle von sich gegeben und die Tür erst geöffnet, als die Polizei da war.

Seitdem hat der Herr Galle Angst und traut sich nicht mehr, seinen hellblauen Toyota Corolla mit dem Kennzeichen K-HK 2146 vor der Haustür stehen zu lassen. Stattdessen parkt er ihn jetzt in der Tiefgarage des Porzer Rathauses, damit er keine Kratzer kriegt. Kratzer hat Herrn Galles Image bei Nachbarn und auch Freunden längst bekommen. Ob so ein Schnüffler nicht auch die kleinen Missetaten seiner Bekannten verrät?

Auch bei der Arge haben sich die Kollegen gefragt, ob Schnüffeldienste, die bei kleinen Leuten spitzeln gehen, wirklich rechtens sind. Leider sind sie das. Und da Gesetz und Justiz auf der Seite von Sozialschnüfflern und Sozialgeldräubern sind, bleibt nichts anderes übrig, als selbst aktiv zu werden. In Notwehr haben Leute um 9:30 Uhr den Parkplatz der Arge mit einer dicken Eisenkette abgesperrt,

damit die Sozialschnüffler nicht ausrücken können, um Arbeitslose zu bespitzeln. Eine nette Form von zivilem Ungehorsam, oder?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Drei Stelen aufgestellt: Die Bremer wollen nicht, dass Kevins Schicksal in Vergessenheit gerät *(„Weser-Kurier“)*

Schon wieder eine rot-grüne Enttäuschung

Die geringe Anhebung der Mietobergrenzen, die zwar viele Menschen vor den bösen Briefen der Bagis bewahren wird, ist im Grunde auch nur eine Mogelpackung. Sie deckt oft nicht einmal die gestiegenen Nebenkosten! Außerdem müssen dann immer noch – laut „Weser-Kurier“ vom 18. August – 4.600 „Bedarfsgemeinschaften“ zwangsumziehen. Das sind 4.600 zu viel! Die neue Koalition hat ihr Wahlversprechen gebrochen, eine Erfahrung, die bei „rot-grünen“ Regierungen leider nicht neu ist.

SPD-Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter zeigt ihren Familiensinn mit einem Paradebeispiel für besondere Kinderfreundlichkeit: Für knapp 2.000 größere „Bedarfsgemeinschaften“ – und hier klingt dieser Begriff besonders zynisch – werden die Obergrenzen sogar abgesenkt! Eigentlich kein Wunder bei dem Gespann Schuster-Rosenkötter, das ja den Wechsel aus alten Zeiten unbeschadet überstanden hat.

Laut neuestem „Gewos“-Gutachten (ein treffliches Falschwort!) gibt es in Bremen für Hartz-IV-Betroffene massenhaft preisgünstigen Wohnraum, also alles kein Problem. Sieh mal einer an: Jetzt will uns das Hamburger Institut, berüchtigt für obskure Zahlen, doch tatsächlich fast 100.000 Potemkinsche Wohneinheiten unterjubeln! Das ist reichlich dreist – für wie dämlich halten die uns eigentlich? Viele ahnen es schon und ich auch, dass wir demnächst wohl wieder die Deputationssitzungen im Siemenshochhaus „besuchen“ werden. Im September wäre die nächste Gelegenheit.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Was tun, wenn Hartz IV droht?

1. Inzwischen wurde das **„Gewos“-Gutachten** „Preisgünstiger Wohnraum in Bremen 2006/07“ vorgestellt (auch das alte ist noch bei „Soziales Bremen“ zu finden). „Nur“ noch 4.600 Haushalte sollen umziehen, so der „Weser-Kurier“, 3.200 laut Presseerklärung von Frau Rosenkötter. 4.500 Haushalte wohnen nicht „in einer Villa“! Und nur die überteuert Wohnenden sollten zum **Umzug** aufgefordert werden.

Dieses Gutachten wurde in der Urlaubszeit vorgestellt. Es ist erst am Montag, dem 13. August 2007, bei Frau Rosenkötter eingegangen. Freitags war die Presse geladen. War es so eilig, weil Karoline Linnert heute aus dem Urlaub zurückkehrt? Ist die Neuregelung daher als Vorschlag deklariert? Im September will Frau Rosenkötter die neue Regelung durch die Sozialdeputation bringen. Wir werden uns dazu einladen oder vorher erscheinen!

Wir kommen wieder und besuchen Sie, Frau Rosenkötter! Wir möchten gerne wissen, wie Sie diese Erkenntnisse umsetzen wollen! Mein Vorschlag lautet nach wie vor: Wer seine Wohnung in gutem Glauben gemietet hat, soll wohnen bleiben können! Sie übernehmen die tatsächlichen Mietkosten als angemessene Kosten der Unterkunft! Nur wenn jemand „in einer Villa“ wohnt, gilt diese Regelung nicht, also bei vielleicht 200 Haushalten! Bei der Neuanmietung wird sich schnell zeigen, ob die neuen Mietobergrenzen ausreichen. Und vor allen Dingen: Weisen Sie die Bagis zu einem fairen Umgang mit den Erwerbslosen an!

Nun zu dem Gutachten als solches. Die Schlussfolgerungen daraus entsprechen nicht den gerichtlich definierten Anforderungen! Entweder hat Frau Rosenkötter danebengegriffen (Doktor Karl Bronke ist in Urlaub), oder das Gutachten gibt diese Fakten nicht her. Eventuell ist auch schon die Aufgabenstellung für dieses Gutachten falsch gewesen. Im November 2006 waren diese Details noch nicht gerichtsrelevant.

Darum, Frau Rosenkötter: Die zwangsweise Durchsetzung von Kostensenkungen für die Unterkunft wird scheitern. Schauen Sie doch auf die Heizkosten! Die Pauschalregelung wird von keinem Gericht akzeptiert. Und die neuen Eckpunkte Ihres Entwurfs sind nicht gerichtsfest!

Die bisherigen Briefe sollen ruhen. Sie wurden nicht einmal zurückgenommen! Wer bisher keinen Widerspruch eingeleitet hat, kann dies nachholen. Die vorgeschlagenen Erhöhungen sind die Reaktion auf die falschen Schlussfolgerungen per 1. Januar 2005. Wer bisher einen Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft selbst bezahlt, kann Widerspruch einlegen und die Überprüfung verlangen. Dies gilt auch für Kürzungen aus der Sozialhilfezeit!

Wer aus Kostengründen in eine kleine Wohnung, womöglich ein Kellerloch gezogen ist, sollte den Umzug in eine größere Wohnung beantragen. Dies bedeutet für Alleinstehende über 35, höchstens 50 Quadratmeter Wohnfläche! Wir unterstützen! Wir gehen mit! Und wir sind mit dem Thema „**ALG II und Wohnung**“

auf dem „**Bremer Sozialforum**“ vertreten, am **15. September 2007**, voraussichtlich um 12 Uhr.

Wer bereits alles für den „freiwilligen Umzug“ geregelt hat, sollte die entsprechenden Anträge jetzt stellen, auch wenn die neue Wohnung noch nicht gefunden wurde. Dies betrifft Umzug, Renovierung, Mietsicherheit, Kosten der Wohnungssuche – insbesondere wenn dieser Umzug bei den neuen Mietobergrenzen gar nicht nötig gewesen wäre!

Wenn eine Bedarfsgemeinschaft mit einem jungen Erwachsenen unter 25 Jahren umziehen muss, kann dieser eine eigene Wohnung mieten, vor allem, wenn es mit den Erwachsenen Knatsch gegeben hat, doch auch so. Aber vorher beantragen und nicht abweisen lassen! Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Am **Dienstag**, dem **21. August 2007**, findet um **19 Uhr** der **Gesprächskreis „Vorbereitung auf ALG II“** des Vereins „Sozialer Lebensbund“ im „**Hibiduri**“ in der Thedinghauser Straße 2 statt. Was ist zu veranlassen, wenn ALG II droht? Wie gehe ich damit um? Sicherheit gegenüber dem unbekannten Wesen ALG II ist durch Wissen zu erlangen! Wie bereite ich meinen Besuch bei der Bagis vor, einer Behörde der besonderen Art?

2. Die **Sozialgerichtsbarkeit** soll gestutzt, das Klagen von Hartz-IV-Empfängern erschwert und die Klärung auf die Widerspruchsstellen der Argen verlagert werden. Dies ist wahrlich eines Rechtsstaates unwürdig! Ich gehe davon aus, dass diese Änderung keinen Erfolg hat: Wie soll dann Rechtszufriedenheit geschaffen werden? Gerade die Neuregelung bei den Widersprüchen schafft auch mehr Klageverfahren!

In Frankreich war und ist nachzuempfinden, wie sich Hoffnungslosigkeit auswirkt. In Berlin regiert ebenfalls der Frust! Doch Autos anzünden und Flusssäure verspritzen ist keine Lösung, es gefährdet die anderen Mitbürger! Die Argen dürfen nur auf Anordnung die Rechtsprechung bei den eigenen Entscheidungen berücksichtigen, jeder muss erneut sein Recht erstreiten. Ausgerechnet diese Argen sollen die richterliche Unterstützung ersetzen! Wir sind am **13. Oktober 2007** in **Berlin**, und dies ist ein Grund mehr für unsere **Demonstration**! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Mir fehlen die Zeitungsberichte von den Bertelsmann-Veranstaltungen. Alle Parteien sind vertreten, und es wird richtungweisend vorgetragen. **Bertelsmann** ist dabei, die politische Lufthoheit zu erlangen – und die wirtschaftliche dazu. Bertelsmann verteilt Zensuren, wie gerade heute im „Weser-Kurier". Die Stiftung verdient an dem Fragebogen zur Optimierung des Bearbeitungsablaufs im Finanzamt. Bertelsmann verwaltet in Großbritannien eine Kleinstadt und hat dort alle hoheitlichen Befugnisse!

Die AG „Du bist Bertelsmann Bremen/Hamburg" lädt ein zur Diskussionsveranstaltung „**Voraussetzungen und Möglichkeiten von sozialem Widerstand gegen die Bertelsmannisierung**" am **Donnerstag**, dem **23. August 2007**, um **20 Uhr** im „**Kurzschluss**", Lahnstraße 16.

In der Ankündigung heißt es: „Seit Jahren ist unsere Gesellschaft einem tiefgreifenden neoliberalen Umbau ausgesetzt, der eine erhebliche Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Menschen mit sich bringt. Dieser Prozess wird zwar nicht von einer „Machtzentrale" vorangetrieben, sondern entsteht im Zusammenspiel von vielen wirtschaftlichen und politischen Akteuren. Einige verfügen dabei über ein besonderes Maß an Einfluss auf alle Ebenen der Politik. Einer der bedeutendsten davon in Deutschland (und zunehmend auch international) ist die Bertelsmann-Stiftung.

Wie neoliberaler Umbau unter maßgeblicher Beteiligung der Bertelsmann-Stiftung vorangetrieben wird, wie hier politische Einflussnahme vorgenommen wird und wie dies zu einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Berufstätigen, Erwerbslosen, Schüler(inne)n, Studierenden und Kranken führt, soll an den Beispielen Schule, Universität und Gesundheitsbereich aufgezeigt werden. Daran anschließend sollen mögliche Widerstandsperspektiven diskutiert werden."

Bertelsmann hat festgestellt: Bremen ist bei den Einkommen im grünen Bereich! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Da nützt die Linkspartei nichts, das geht nur mit der SPD, so die Meinung von Ottmar Schreiner, Bundesvorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" der SPD. Herr Schreiner, ich wäre mir da nicht so sicher! Wenn die **SPD** sich solche Schweinereien wie die Bremer Zwangsumzüge leistet, ist diese SPD plötzlich überflüssig!

Wir haben mit dem Abgesandten der SPD und der Sozialsenatorin diskutiert und nur immer „kein Geld" als Gegenargument gehört. Die SPD hat bei diesem Gespräch ein langjähriges Mitglied verloren, es ist spontan nach über 40 Jahren

ausgetreten! Das hat diesen Politiker aber nicht interessiert. In Bremen ist das nicht der einzige Austritt aus diesem Grund!

Herr Böhrnsen hat die Selbständigkeit Bremens verteidigt: Hiervon profitiere jede Bürgerin und jeder Bürger dieses Bundeslandes, weil der Senat so direkt Einfluss auf die Bundesgesetzgebung nehmen könne, etwa wenn es um Verbesserungen bei Hartz IV gehe. Herr Böhrnsen! Die **Mietobergrenzen** können von Bremen festgelegt werden, ganz eigenverantwortlich! Und was ist passiert? Bremen wollte über 10.000 Haushalte umziehen lassen beziehungsweise Kürzungen von durchschnittlich rund 130 Euro pro Haushalt durchsetzen! Aktuell will Bremen noch 4.600 Haushalte entwurzeln oder abkassieren. Die wirkliche Zahl liegt noch höher! Hier entscheidet sich Bremen bewusst gegen die Erwerbslosen!

Die SPD in Bremen mit Böhrnsen an der Spitze hat im letztem Wahlkampf den **Mindestlohn** entdeckt. ALG-II-Betroffene müssen auch in Bremen Tariflohnunterschreitungen von bis zu 30 Prozent hinnehmen (siehe Vorwoche). Bremen kann der Bagis per Anweisung die Zumutbarkeitsregelung ändern und damit jede Tariflohnunterschreitung für Erwerbslose verhindern. Dies wären Bremer Entscheidungen zugunsten der Ärmsten!

So liegt der Vorteil der Eigenständigkeit Bremens bei den Pfeffersäcken. Die Krötenwanderung für die vielen Pflasterarbeiten hat deutliche Spuren hinterlassen! Herr Böhrnsen, bereits Ihre Vorgänger haben die Eigenständigkeit Bremens verzockt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Elterngeld, das bedeutet: eine neue Behörde. Dort gibt es jetzt auch Sachbearbeiter(innen) mit Namen, nicht nur Nummern. Außerhalb der Sprechzeiten ist diese Behörde jedoch nicht einmal per Fax zu erreichen (siehe Vorwoche). Ich hoffe ich auf die weitere Lernfähigkeit dieser neuen Behörde!

Im „Weser-Kurier“ stand am 16. August 2007: „Elterngeld-Nachfrage gestiegen“. Das ist logisch, denn das Erziehungsgeld wurde gestrichen, Elterngeld ist der abgemagerte Nachfolger. Nach den Zahlen aller Bundesländer wird in über 50 Prozent aller Fälle nur der Mindestbetrag vom 300 Euro pro Monat ausgezahlt. Dies bedeutet, der Antragsteller ist erwerbslos oder prekär beschäftigt – und somit eine weitere Zunahme der Kinderarmut! Ein schwacher Trost: auch das Elterngeld wird beim ALG II nicht angerechnet.

Aus leidvoller Erfahrung hier nochmals der Hinweis: Wer ein Kind erzieht, muss dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, bis das Kind drei Jahre alt ist! Welches Elternteil das Kind erzieht, entscheiden allein die Eltern. Eine Aufforderung der Bagis, den **Erziehungsurlaub** abzubrechen und dem erwerslsosen Vater die Erziehung zu übertragen, weil die Frau schließlich eine Arbeitsstelle habe, jedoch nicht hingehe, ist unrechtmäßig! Ein einfacher Widerspruch reicht. Wir gehen mit!

Jetzt gibt es einen Inflationsausgleich von 5,9 Prozent – nein, nicht für Hartz-IV-Betroffene, nur für die Parteien. Als Selbstläufer wurde eine entsprechende

gesetzliche Regelung geschaffen. Ich kann nur empfehlen, hiervon keinen Gebrauch zu machen oder den ALG-II-Regelsatz um mindestens 140 Euro in jeder Leistungsgruppe anzuheben, somit auch um 140 Euro je Kind und Monat! Damit ist der geplante Ausbau des Kinderzuschlags überflüssig, ganz ohne zusätzliche Behörde.

Doch wer einen Kinderzuschlag erhält, erscheint nicht in der Arbeitslosenstatistik. Dies ist der Regierung Mehrausgaben von ein paar Euro wert, aber mit Logik hat dies alles nichts zu tun, nur mit Verschleierung, wie die gesamte Statistik! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Solidarität mit der kurdischen Gemeinschaft

Wir verurteilen die Bombenattentate von Sengal und die Militäroperationen der iranischen und türkischen Regierungen in Südkurdistan und dem Nordirak. Wir fordern die Aufhebung der Todesurteile gegen die beiden kurdischen Journalisten im Iran und die Gewährung der demokratischen Rechte für die kurdische Gemeinschaft in Deutschland!

Im Namen der bundesweiten Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant(inn)en geben wir der kurdischen Gemeinschaft unsere tiefe Solidarität und den Familien der Opfer unser Mitgefühl. Wir verurteilen die terroristischen menschenverachtenden Bombenattentate in Sengal in Südkurdistan auf das Schärfste. Die blutrünstigen Anschläge auf die kurdische Gemeinschaft der Jesiden reihen sich ein in eine Politik der ethnischen Säuberung und Vernichtung, die von den reaktionären Regimes in der Region seit langer Zeit verfolgt wird und der unzählige Menschen zum Opfer gefallen sind. Diese Politik wird von den westlichen Regierungen unterstützt und die Informationen darüber in ihren Medien totgeschwiegen.

Unsere Solidarität ist mit der kurdischen Gemeinschaft, die in vier Länder gezwungen und von allen Seiten, auch in der Diaspora, Angriffen ausgesetzt ist. Jüngste Beispiele für die Vernichtungspolitik sind die türkisch-iranischen Militäroperationen und Luftangriffe gegen die kurdische Bevölkerung sowie die Todesurteile gegen zwei iranische Kurden. Die beiden Journalisten wurden wegen der Thematisierung der kurdischen Frage als „Gottesfeinde“ verurteilt. Wir rufen alle auf, die Initiativen für die Aufhebung der Urteile zu unterstützen!

Unsere Solidarität ist mit der kurdischen Gemeinschaft. Dies auch und gerade hier in Deutschland, wo der Staat offen seine Kollaboration mit der türkischen

Reaktion in der Unterdrückung der demokratischen kurdischen Bewegung zeigt. Mit antidemokratischen und rassistischen Sondergesetzen werden unzählige Angriffe auf die kurdische Gemeinschaft ausgeführt. Die Organisationsverbote sowie die Auslieferung und die Abschiebung von Kurdinnen und Kurden in die Hände ihrer Verfolger sind neben der militärischen und rüstungstechnischen Unterstützung die größte Hilfe des deutschen Staates für die Vernichtungspolitik gegen die kurdische Gemeinschaft.

Die westliche Unterstützung faschistischer und diktatorischer Regimes ist kein Phänomen im Mittleren Osten. In der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant(inn)en“ befinden sich zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten, die in ihren Heimatländern die gleichen Erfahrungen gemacht haben. Wir drücken dies in dem Slogan „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ aus und rufen zu internationaler Solidarität gegen Abschiebung auf.

Heute stehen wir an der Seite der angegriffenen kurdischen Gemeinschaft und rufen alle Flüchtlinge und Migrant(inn)en und alle, die ihr koloniales Erbe und das herrschende neokoloniale System tatsächlich überwinden wollen, zu Solidarität und zum kollektiven Kampf zur Verteidigung unserer Rechte auf. Wir rufen alle auf, die Kurdinnen und Kurden bei ihren Aktionen hier in Deutschland zu unterstützen und ihnen den notwendigen Rückhalt zu geben.

Wir verlangen von den deutschen Behörden die Einstellung der Verfolgung und Kriminalisierung der Kurdinnen und Kurden. Wir fordern alle auf, die Informationen über die Angriffe im Nahen Osten gegen die Kurdinnen und Kurden zu veröffentlichen und die Unterstützung für die diktatorischen Regimes in der Türkei, dem Iran, in Syrien und Irak zu beenden. Wir fordern alle auf, den Spaltungsversuchen der Herrschenden entlang ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit mit der Kraft der Einheit zu antworten!

„Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant(inn)en“

Nein zur Parteienfinanzierung der abgehobenen Berliner „Fettaugen“

Solidarität mit der Trauer der Jesiden nach dem Massaker im Irak

Die 146. Montagsdemo um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz in Bremen hatte einen anderen Verlauf als sonst. Eine Dreiviertelstunde konnten wir unsere Kundgebung, bei ungefähr 50 Zuhörern, mit einigen Redebeiträge besonders zur geplanten Parteifinanzierungserhöhung durch die abgewirtschafteten Berliner Großparteien durchführen, zum Schluss mit Liedern des Sängerduos „**Zartbitter**“ (Foto links: bei unserem Sommerfest). Dann kam ein Trauerprotestzug der Jesiden mit circa 600 Teilnehmern auf den Marktplatz.

Wir hatten kurz vorher von dieser Demonstration Nachricht erhalten und uns entschlossen, der Kundgebung beizuwohnen. Wir wollten unsere Solidarität mit den Opfern des Massakers unter den Jesiden im Irak bekunden. Begleitet war deren Demonstration von Vertretern der „Linken“ und Grünen. Es war uns aber nicht möglich, aktiver daran teilzunehmen. Als Zuhörer beendeten wir die Montagsdemo dann zeitgleich mit der Jesiden-Kundgebung. Ein Mangel war, dass wir keinen direkten Kontakt zu deren Leitung herstellen konnten.

Wir bedauerten auch, dass die überwiegende Zahl der Beiträge nur in kurdischer Sprache gehalten wurde. Beiträge auf Deutsch waren nur kurz und zu wenig, sodass es bei der oft kritisierten Abgrenzung der Demonstranten blieb. Die Beiträge der „Linken“ und Grünen forderten die Ächtung solcher grausamen Massaker und Anschläge, die Aufklärung der Hintergründe und Strafe für die Täter. Die USA als Verursacher des Krieges im Irak mit all seinen Folgen und dem Anstiften von neuem Hass unter den verschiedenen nationalen Minderheiten und Religionen wurden aber von beiden Parteien nicht kritisiert.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Heikel: Wie Machthaber Demonstranten kleinhalten *(„Spiegel-Online“)*

„Bundesweite Struktur unbedingt vermeiden“: Vor drei Jahren beschlossen PDS und „Attac“ das Ende der Montagsdemo *(„KoKreis“-Protokoll)*

Montagsdemo in Köln: Professorin Helga Spindler entlarvt Verarmung als politisches Ziel von Rot-Grün-Schwarz-Gelb *(„Neue Rheinische Zeitung“)*

Gesundschrumpfung: Große Koalition in Sachsen kommt bei „Sonntagsfrage“ nur noch auf 47 Prozent *(„Spiegel-Online“)*

Abgemahnt: Internet-Portal soll nicht mehr über „GEZ-Gebühren“ informieren dürfen *(„Spiegel-Online“)*

„Steht dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung“: Agentur Darmstadt stellt Zahlung an Schwangere ein *(„Frankfurter Rundschau“)*

Käfighaltung: Einer geht noch, einer passt noch rein *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

147. Bremer Montagsdemo am 27. 08. 2007

Raus aus den Kartoffeln!

Sind unsere Politiker Kartoffeldiebe? Sie stürzen sich rein in die Felder und versuchen, so viel es nur geht zu klauen! Aber halt, kaum sind die Diebe im Acker, da werden sie schon wieder gestört! Eine Meute von Aufpassern ist ihnen auf den Fersen und schaut ihnen auf die Finger. „Halt, stopp! Raus aus den Kartoffeln, die gehören euch nicht!“, rufen die mutigen Aufpasser.

„Aber wir wollten doch nur – uns selbst bedienen! Uns laufen die Mitglieder davon, und die Bürger haben keine Lust mehr, zur Wahl zu gehen! So wird unsere Ernte immer schlechter. Da müssen wir uns eben holen, was zu holen ist! Wir brauchen doch viele schöne Luftballons, Kugelschreiber, Mützen und Blümchen, damit wir vor der nächsten Wahl so richtig schön alles verteilen können wie der Weihnachtsmann! Ihr wisst doch alle, mit Speck fängt man Mäuse!“

„Nichts da mit Mäuse fangen, raus aus den Kartoffeln!“, rufen die Aufpasser. „Reichen eure 133 Millionen Euro nicht für Geschenke? Dann reichen euch auch keine 200 Millionen! Der Bürger will keine Wahlgeschenke, er will besseres Regieren von euch sehen! Er will euch wieder vom Acker haben!“

„Aber ein paar Kartoffeln mehr brauchen wir armen Politiker doch. Der Inflationsausgleich fehlt uns schon seit fünf Jahren!“

„Nichts da mit Inflationsausgleich, schaut euch doch mal die Unterschicht an, die nicht zum Acker laufen kann! Die kriegen auch keinen Ausgleich mehr und haben viel, viel weniger! Eure Kartoffelsäcke sind voll bis oben! Hört ihr nicht das Volk schon toben? Macht auf die Säcke, verteilt die Ernte schneller, aber nur nach unten, da warten schon die Teller!“

Ursula Gatzke (parteilos)

Neoliberalismus 2.0: SPD soll „nicht nur Gerechtigkeits-, sondern auch Wirtschaftspartei“ sein *(„Tageszeitung“)*

Irgendwann rächt sich alles

Bestimmte Gesetze darf man nicht ignorieren. Jetzt wird ein großes Gejammer veranstaltet: „Hilfe, uns fehlen die Fachkräfte!“ Recht so, sage ich, ihr habt es nicht besser verdient! Wer so mit seinen Mitmenschen umgeht wie ihr von der Wirtschaft, muss auch irgendwann dafür zahlen. Ich sage das nicht aus Schadenfreude, sondern möchte einfach, dass ihr mal anfangt umzudenken.

Eine Firma muss auch an die Zukunft denken, ist doch wohl euer Argument, oder? Deswegen müssten Kosten gespart werden, alles im Namen der Globalisierung und Zukunftschancen! Haben Sie da nicht etwas vergessen, meine Damen und Herren? Ganz recht: den Menschen. Bloß nicht aus- und weiterbilden, Arbeitskräfte kosten ja Geld! Jetzt ist das Gejammer groß, und wieder muss jemand die Zeche zahlen: der Steuerzahler natürlich.

Was ist eigentlich mit den sogenannten Managern, die ja die Firmen auf Kurs halten sollen? Wenn es nach mir geht, liebe Leute, haben die wohl ihr Klassenziel verfehlt. Mit ihren Maßnahmen fügen sie nun der Wirtschaft Schaden zu, denn wo die Fachkräfte fehlen, wird demnächst nichts mehr laufen. Wenn ich Boss einer Firma wäre, würde ich diese Manager sofort auf die Straße setzen, denn sie haben mit ihrer Kurzsichtigkeit nur bewiesen, dass sie nicht langfristig denken können. Das brauchten sie auch nicht zu tun, solange der Rubel rollte.

Was wird denn, wenn das nicht mehr der Fall ist? Ich bin gespannt. Aber eigentlich kennen wir schon die Antwort, sie lautet natürlich: Wir brauchen Zuwanderer! Ich habe nichts gegen Zuwanderer, doch was ist mit dem eigenen riesigen Potential an Kräften, den eigenen arbeitslosen Ingenieuren, den eigenen Fachkräften? Die bleiben bei Hartz IV und werden weiter kaltgestellt, denn die Zuwanderer sind billiger. Wieder sind die sogenannten Manager Sieger, jedenfalls für die eigene Firma, wenn sie eine billige Fachkraft bekommt.

Für den Staat allerdings wird das Ganze ein Verlustgeschäft, denn er muss den übrigen Hartz IV weiterzahlen. Meine Damen und Herren von der Regierung, so wird das gemacht! Wann macht ihr es endlich wahr, dass mal wieder die Wirt-

schaft in die Pflicht genommen und nicht auch noch die Weiterbildung von Steuergeldern bezahlt wird? Dann braucht sich die Wirtschaft nicht anzustrengen, der Staat wird's schon richten, die Gewinne behalten wir!

Ja, so lässt es sich doch gut leben. Aber irgendwann rächt sich alles, und wenn ihr nicht produzieren könnt, weil euch die Fachkräfte fehlen, tun es eben diejenigen, die weitsichtiger denken, und ihr, die es versäumt habt auszubilden, müsst mit der Lupe suchen und sehr viel zahlen, denn für einen Hungerlohn wird dann niemand mehr bei euch arbeiten wollen. Recht so! Wer nicht aus- und weiterbildet, muss eben zahlen!

Udo Riedel (parteilos)

Terror in der Familie: Hartz IV erschwert Ortswechsel gefährdeter Frauen *(„Junge Welt")*

Unbezahlt arbeiten, nur um der Strafe zu entgehen?

1. Im südbrandenburgischen Guben sollen 30 finanziell minderbemittelte Familien bis Ende September ihre Wohnungen in einem Plattenbau räumen und in ein heruntergekommenes ehemaliges Asylbewerberheim am Ortsrand umgesiedelt werden. In dem seit fünf Jahren leerstehenden Gebäude sind keine getrennten Wohneinheiten vorhanden, es gibt nur eine Küche, ein Bad und Gemeinschaftstoiletten.

Nach Angaben einer betroffenen alleinerziehenden Mutter gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg müsste sie sich ein einziges Zimmer mit ihren drei Kindern teilen. Die Stadtverwaltung versteht die zugewiesene Unterkunft als ein „Angebot" an Mietschuldner, kurzfristig ein „neues Dach" über dem Kopf zu bekommen. Bei den meisten Betroffenen handelt es sich um Familien mit Kindern, die Mietschulden zu begleichen haben. Sie alle hätten deshalb vor Jahren ihre Wohnungen verlassen müssen und Nutzungsverträge für Wohnraum in dem nun vor der Räumung stehenden unsanierten Plattenbau im Besitz der Gubener Wohnungsgesellschaft erhalten. Die 200 Euro Kaltmiete lassen sich die Mieter seither direkt von ihren Unterstützungsleistungen abziehen.

Diese Miethöhe kann für einen „**Zwangsumzug**" wegen „unangemessener" Wohnkosten kaum einen Anlass bieten. Die Familien sind zumeist ohne Eigen-

verschulden in ihre missliche Lage geraten, weil sie entweder behinderte Kinder großziehen oder durch Todesfälle und schwere Krankheit aus der Bahn geworfen wurden. Solche Schuldner landen in dieser zunehmenden gesellschaftlichen Kälte offenbar kaum noch auf eigenen Füßen. Sie sollen offenbar ins leerstehende Asylbewerberheim ziehen, damit neue Mieter in den bald sanierten Häusern höhere Mieten zahlen können.

Das ergibt Sinn, denn Stadtoberhaupt Hübner ist amtierender Aufsichtsratschef der Gubener Wohnungsgesellschaft. Es ist eine Schande, diese Menschen so im Stich zu lassen und in solche unwürdigen Behausungen versetzen zu wollen, bloß damit sich der Bürgermeister eine goldene Nase mit den Besserbetuchten verdienen kann! Diese Behandlung ist menschenverachtend, beschämend, entwürdigend!

2. Mit einem übelriechenden und möglicherweise gesundheitsschädlichen Stink-Gas wollte der Bürgermeister von Argenteuil **Obdachlose** aus dem Stadtzentrum verjagen – und hat damit in der Stadt nordwestlich von Paris einen Skandal ausgelöst. Städtische Beamte hätten sich geweigert, das Mittel einzusetzen, meldete der französische Rundfunk. „Wir wollen gern Jagd auf Ratten machen, aber nicht auf Wohnsitzlose“, sagte ein Beamter der Stadtverwaltung. „Auf dem Behälter steht, das Mittel soll nicht eingeatmet werden.“

Die Anweisung des konservativen Bürgermeisters Georges Mothron sei eine „skandalöse Hetzjagd auf arme Leute“, protestierte die sozialistische Opposition. Ein Sprecher der Herstellerfirma des Produkts namens Malodore („Schlechter Geruch“) nannte das Mittel ungefährlich. Der üble Geruch halte sich allerdings mehrere Wochen. Normalerweise werde das Mittel an Brücken oder gefährlichen Stellen versprüht, um Menschen von diesen Punkten fernzuhalten.

In Frankreich scheint es noch Menschen mit einem funktionierenden Gewissen zu geben. In Deutschland hingegen könnten sich die Initiatoren höchstwahrscheinlich nicht vor Freiwilligen retten, die eine solche Tat mit Vergnügen ausführen würden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, würde in einer gewissen Gazette eher noch die Forderung laut werden, bitte etwas „wirkungsvollere“ Mittel einzusetzen. Das gab es doch schon mal, nur kam das Gas damals nicht von unten hochgekrochen, sondern aus Duschköpfen von oben!

3. Hunderttausende Bedürftige in ganz Deutschland sind täglich auf **Lebensmittelspenden** angewiesen. Bundesweit sorgen viele ehrenamtliche Helfer in mittlerweile 725 sogenannten Tafeln dafür, die Waren in vereinseigenen Läden zu verteilen oder an soziale Einrichtungen weiterzugeben. Doch auch Kriminelle nutzen die kostenlosen Angebote von Supermärkten und bedienen sich gleich an der Laderampe. Es ist eine Riesensauerei, wenn Diebe sich als Tafel-Mitarbeiter ausgeben, Waren abholen und so selbst bei den Ärmsten noch Kasse machen!

Die Berliner Tafel hat auf diese Weise im Frühjahr innerhalb von drei Monaten 30 Tonnen Lebensmittel weniger bekommen. Die Diebe geben sich als Fah-

rer des gemeinnützigen Vereins aus und laden in dessen Namen Obst, Gemüse oder Brot auf. Diebstähle von Tafel-Lebensmitteln werden nicht nur in Berlin beklagt, sondern auch in anderen großen Städten. In kleineren Städten kennen die Supermarkt-Beschäftigten die Tafel-Fahrer persönlich, da ist diese unverschämte Abzocke kaum möglich.

Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Es gibt nur eine Anzeige gegen Unbekannt und die Vermutung, dass die Waren an Märkte oder Kioske weiterverkauft werden. Die Berliner Tafel reagierte trotz zurückgehender Diebstähle damit, dass die Fahrer seit gut einer Woche T-Shirts mit dem Logo der Tafel tragen. Die Spendengeber wurden ausdrücklich darauf hingewiesen, die Waren nur noch an diese Personen abzugeben. Für mich zeigt sich hier der Werteverfall der durch die Neoliberalisierung herbeigeführten Ökonomisierung der Gesellschaft.

4. Nach Recherchen der ARD-Magazins „Report Mainz“ werden ALG-II-Empfänger im Rahmen von Praktika **zu kostenloser Arbeit gezwungen**. Die Betroffenen müssen unter Androhung einer Kürzung oft monatelang auf regulären Arbeitsplätzen arbeiten, ohne dafür zusätzlich entlohnt zu werden.

Eigentlich schreiben die gesetzlichen Grundlagen vor, dass diese Praktika im Regelfall nur vier bis acht Wochen dauern dürfen, im Ausnahmefall bis zu zwölf Wochen. Dem Magazin liegen jedoch zahlreiche Praktikanten-Verträge vor, die deutliche Überschreitungen dieser Grenzen zeigen. Praktikanten wurden demnach zum Beispiel neun Monate als Autoputzer, sechs Monate als Lagerarbeiter oder vier Monate als Gärtner beschäftigt. Sind die Null-Euro-Jobber im Kommen? Hier muss wohl nicht mal mehr der Anschein erweckt werden, diese Arbeiten seien gemeinnützig und zusätzlich!

Rollt nun Hartz V bis VIII auf uns zu? Müssen wir uns deren Auswirkungen so vorstellen, dass der Staat seinen Bürgern künftig nur noch eine Grundsicherung zahlt, damit den Unternehmern zwecks ungebremster Gewinnmaximierung kostenlose Arbeiter zur Verfügung stehen? Wird sich entlohnte Arbeit zur exotischen, sozialromantischen Ausnahme entwickeln? Avanciert jetzt also die Arbeit ohne Entgelt zum Normalfall, und wer sich weigert, landet ohne viel Federlesens im Gefängnis? Soll es sich als Regelfall durchsetzen, dass künftig die einzige Motivation, eine Arbeit anzunehmen, nicht mehr die Aussicht auf Lohn sein wird, sondern schlicht die Angst vor Repressionen?

Das Problem der Massenarbeitslosigkeit wäre mit einem Schlag gelöst, und möglicherweise ließe sich auf diese Weise sogar wieder Vollbeschäftigung erreichen! Mit der Massensklaverei entpuppte sich Deutschland zum Großraumgefängnis für seine Bürger.

5. In der Hamburger Arbeitsagentur werden Hartz-IV-Betroffener mit einem bizarren **Fragebogen** konfrontiert: Essgewohnheiten, „Videogeschmack“, sogar „Einstellungen zur Liebe“ will die Behörde erkunden. Man wolle nur „passgenauer“ helfen, beteuert die Agentur.

Das Amt will dabei nicht nur wissen, ob die ALG-II-Empfänger ihren Speiseplan gern mit „exotischen Gerichten, zum Beispiel aus Indien, Japan und Mexiko“ aufpeppen. Von Interesse sind offenbar auch ihre Antworten auf die Frage, ob „das Leben in der DDR gar nicht so schlecht war“, ob „gern Filme angeschaut werden, in denen viel Gewalt vorkommt“ oder ob man es schön fände, wenn „eine Liebe ein ganzes Leben hält“. Schließlich taucht gar die Frage auf, ob „Dinge wie Tarot, Kristalle oder Mandalas“ dem Arbeitslosen helfen können, „in schwierigen Lebenssituationen die richtige Entscheidung zu treffen“, und ob „christliche Wertvorstellungen keine Rolle spielen“.

Hat sich die Hamburger Arbeitsagentur von den Arbeitgebern schmieren lassen und führt nun in deren Sinne gezielte Umfragen durch? Auf jeden Fall kommen immer mehr Fragen zu Sachverhalten dazu, die für eine Arbeitsaufnahme überhaupt nicht relevant sind und diese argen Argen einen feuchten Kehricht angehen!

Man könnte die Fragen auch folgendermaßen beantworten: Peppen Sie Ihren Speiseplan gern mit exotischen Gerichten auf? Antwort: Nein, das kann ich mir von meinem Regelsatz nicht leisten! – Schauen Sie sich gern Filme an, in denen viel Gewalt vorkommt? Finden Sie es schön, wenn eine Liebe ein ganzes Leben hält? Antwort: Für Filme und Liebe fehlt mir die Zeit, weil ich den ganzen Tag damit beschäftigt bin, Bewerbungen zu schreiben! – Können Dinge wie Tarot, Kristalle oder Mandalas Arbeitslosen helfen, in schwierigen Lebenssituationen die richtige Entscheidung zu treffen? Antwort: Ich glaube nur daran, dass man durch Fleiß im Leben weiterkommt, und dass jeder seines Glückes Schmied ist. – Spielen für Sie christliche Wertvorstellungen eine Rolle? Antwort: Natürlich! Ich bin genauso christlich eingestellt wie unsere Bundeskanzlerin, Herr Pofalla und Herr Söder!

Die Agentur beteuerte, dass man nur passgenauer helfen wolle. Nach dem Motto: Dir helfen wir schon auf die Sprünge, Freundchen!

6. Haben wir nicht eine tolle Bundesregierung? Lovely Angie verkündete letzen Freitag nach der Kabinettsklausur in Meseberg, die Koalition wolle die „Grundlagen des Aufschwungs stärken“ und ihn „dauerhaft“ machen. Alle Bürger sollten daran teilhaben. „Wir wollen niemanden zurücklassen“, betonte Merkel. Selbst die Arbeitslosen nicht! Wenn die Koalition dies schaffe, sei auch der Nachweis erbracht, dass die Globalisierung politisch gestaltbar ist.

Das Kabinett verständigte sich auf einen „Arbeitsfahrplan“ unter der Überschrift „**Aufschwung** – Teilhabe – Wohlstand“. Vizekanzler Franz Müntefering betonte: „Ich bin sicher, die Koalition wird ganz viel zu tun haben.“ Ja, das kann ich mir auch sehr gut vorstellen! Bestimmt werden Angela Merkel und Franz Müntefering bald überall bunte Schaukeln aufstellen: Dann können alle ganz hoch schaukeln und *selbst* mit den Beinen Auf-Schwung holen. Parallel dazu gestalten wir mit den Spielgeräten in allen öffentlichen Parkanlagen die Umwelt und die Globalisierung!

Das verabredete Energie- und Klimaprogramm mit 29 Einzelmaßnahmen soll die Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 weiter deutlich senken und zudem zum „Jobmotor“ in Deutschland werden. Dies vorrangig zu bedenken, ist besonders wichtig, weil beim Stahlkochen für die Herstellung der Schaukeln giftige Dämpfe entstehen, aber die Luftqualität darunter nicht leiden darf. Wir werden als Arbeitslose ins Boot geholt, das uns zum Luftschloss bringt! Wir sind geladen, am gigantischen Mega-Aufschwung mitzuwirken, indem wir der Gesellschaft endlich die ersehnten Geräte zum Hin- und Herschwingen, zum Wippen und Wogen, Rauf- und Runterpendeln zur Verfügung stellen werden! Hartz IV, das verschaukel ich mir!

Das Kabinett verständigte sich ferner auf einen Vorrang der Qualifizierung vor der Zuwanderung. Bevor ausländische Arbeiter wie Maler und Stahlkocher ins Land geholt werden, müssen Arbeitslose in speziellen Maßnahmeangeboten umgeschult und zum Hilfs-Schaukelbauer und Hilfs-Schaukel-Aufsteller qualifiziert werden! Lockerungen soll es nur für ausländische Studenten mit deutschem Abschluss sowie osteuropäische Elektro- und Maschinenbauingenieure geben, um akutem Fachkräftemangel bei dem Schaukel-Projekt entgegenzuwirken. So wie Holland als Land der Windmühlen gilt, werden die vielen farbenprächtigen Schaukeln zum Wahrzeichen Deutschlands avancieren! Auf dass wir alle verschaukelt werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

„Mein ALG-II-Tagebuch“: Erfahrungen mit einer Hartz-IV-Behörde *(Paul Schneider)*

Montagsreden auf 2.000 Seiten

1. Seit über drei Jahren sind wir aktiv gegen Hartz IV und die ganze menschenfeindliche Politik der Schröder, Hartz, Müntefering oder Merkel. Wir haben heute die höchste Kinderarmut in Deutschland nach dem Krieg. Die Regierung bekämpft nicht mehr halbherzig die Arbeitslosigkeit, nein, sie führt direkt Krieg gegen die Arbeitslosen und ihre Familien.

Dies alles immer wieder aufzudecken, anzuprangern und Menschen Mut zu machen, sich zu wehren und gemeinsam aktiv zu werden und etwas zu erreichen, dafür sind wir jeden Montag hier, aber auch jeden anderen Tag da. Unsere **150. Montagsdemo** am **17. September** um **17:30 Uhr** auf dem Marktplatz soll ein kleines Fest mit Überraschungen werden. Jeder, dem dazu etwas einfällt, kann diese 150 Mal Montagsdemo auf seine Weise anerkennen, kommentieren und mitmachen. Bei uns sind Sie richtig!

2. Die Ferien- und Urlaubszeit neigt sich dem Ende zu. Der politische und kulturelle Kalender wird wieder voller:

Am kommenden Freitag, dem 31. August 2007, beginnt um 17 Uhr eine Kundgebung am Hauptbahnhof anlässlich des Antikriegstages. In Anbetracht der Kriege im Irak und in Afghanistan und in anderen Teilen der Welt – sowie der anwachsenden Verwicklung des deutschen Militärs in die Machenschaften des internationalen Kapitals – ist es wichtig, nein zu sagen zu dieser Politik. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr finden keine Zustimmung in der Bevölkerung! Das muss immer wieder deutlich verkündet werden.

Am 15. September 2007 findet in Berlin eine Demonstration gegen den Afghanistan-Krieg statt. Das „Bremer Friedensforum“ bietet Mitfahrgelegenheiten im Bus zu 2O Euro (ermäßigt: 15 Euro) an.

Schließlich möchte ich an den 13. Oktober 2007 erinnern. An diesem Tag wird die bundesweite Montagsdemo-Bewegung wieder eine Herbstdemonstration gegen Hartz IV und die ganze volksfeindliche Politik der Regierung durchführen. Die Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo ruft dazu auf, Erstunterzeichner dafür zu werden und die Veranstaltung mit einer Spende zu unterstützen. Ich schlage vor, dass wir uns als Bremer Montagsdemo mit einem Beitrag von 30 Euro eintragen. Bei unserer Nachbereitung im Seemannsheim werden wir auch über das Werbematerial beraten.

3. Die Bremer Montagsdemo zechnet sich dadurch aus, dass sie ständig an einem Zeitdokument arbeitet, das seinesgleichen sucht: Es ist das „große Redebuch“. Unser Mitstreiter Gerolf leistet da Woche für Woche, oft nächtelang Arbeit, über deren Intensität und Ideenreichtum man nur staunen kann. Dieses große Werk umfasst mittlerweile vier Bände mit zusammen 2.117 DIN-A4-Seiten, wenn man es sich ausdrucken würde.

Wer soll das lesen? Das dachte ich auch, aber da trifft man Gerolf nicht auf dem falschen Fuß an. Er hat aus dem Ganzen ein Such- und Findemedium gemacht: Ich gebe einen Begriff oder Namen ein, und schon habe ich einen Redebeitrag, eine bestimmte Aussage. Das ist ganz toll und leicht zu nutzen. Wenn etwas leicht geht, dann ist das, was dahinter steckt, schwerste Arbeit gewesen. Gerolfs Leistung spricht für sich. Ich danke ihm, ich denke auch in euer aller Namen, für dieses Werk.

4. Liebe Besucher und Bremer, die Sie hier vorbeikommen und uns für einen Moment zuhören: Dies ist die 147. Montagsdemo in Bremen. An jedem Montagnachmittag treffen sich hier und in über 100 Städten Menschen, um gegen die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung in Berlin oder in den Ländern zu protestie-

ren. „Hartz IV muss weg“ heißt unsere Hauptforderung. Überall auf der Welt werden die Lebensbedingungen der Menschen, der Familien, der Kinder, Alten und Bedürftigen angegriffen. Aus Leiharbeit anstelle von regulären Arbeitsverhältnissen und immer breiterem Niedriglohnsektor ziehen die internationalen Monopole ihren Gewinn, während die Menschen in immer unwürdigere Lebensverhältnisse gedrängt werden.

Die Montagsdemo ist eine offene demokratische Veranstaltung, wo jeder seine Meinung sagen kann. Kommen Sie also ruhig her und diskutieren Sie mit uns: Sind Ein-Euro-Jobs gut? Bringen die ganzen Maßnahmen, die da mit irrem Aufwand durchgezogen werden, den Betroffenen etwas? Müssen wir uns die Schikanen auf der Bagis bieten lassen? Wie wehren wir uns ganz konkret? Das sind alles Fragen, die wir hier am **Offenen Mikrofon** erörtern können, jeden **Montag** ab **17:30 Uhr**.

Jobst Roselius

Ausgrenzung: Ein-Euro-Jobber dürfen nicht mit zum Betriebsausflug *(„Erwerbslosenforum“)*

Kein Soldatenstiefel mehr auf fremdem Boden!

In Kürze steht die Verstärkung der Bundeswehr in Afghanistan an. Jetzt hat auch eine heftige Diskussion um das Für und Wider der Wehrpflicht begonnen. Diese sollte abgeschafft werden, und das könnte die erste Stufe zur schrittweisen Auflösung der Bundeswehr sein. Wir brauchen keine Streitkräfte! Ihre Auslandseinsätze bringen weder Sicherheit noch Frieden in die entsprechende Region. Demokratische Verhältnisse bringen sie schon gar nicht, wie das Beispiel Afghanistan zeigt.

Es bleibt gleich, ob die Militärpräsenz im Interesse der Öl- und Rüstungskonzerne von Wehrpflichtigen oder Berufssoldaten ausgeübt wird. Über die Bevölkerung, von der die Streitkräfte wohl nicht zu Unrecht als Besatzungsmacht empfunden werden, bringen sie nur Elend und Leid. Soldaten sind Mörder, wie Kurt Tucholsky treffend feststellte, denn letztlich werden alle – ob freiwillig oder nicht – unterschiedslos zum Töten ausgebildet. Wenn es dann zu Anschlägen gegen die Bundeswehr kommt, hat niemand das Recht, hier von „feigem Terrorismus“ zu reden. Denn die Hauptverantwortlichen für das Ge-

schehen sitzen nicht in Kabul und nicht am Hindukusch – sie sitzen mitten in Berlin!

Die Bundesregierung und diejenigen Abgeordneten, die jetzt noch mehr Soldaten nach Afghanistan schicken wollen, tragen die volle Verantwortung für jede weitere Eskalation. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Bundeswehreinsätze ab, und die Friedensbewegung fordert schon lange einen sofortigen Truppenrückzug. Der sogenannte Zivildienst könnte übrigens viel besser von entsprechend qualifiziertem und gutbezahltem Fachpersonal ausgeübt werden, wenn das für Rüstung und Kriegseinsätze verpulverte Geld in die humanitäre Infrastruktur von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern fließen würde. Es kann übrigens nur dann wirkliche Sicherheit und Frieden geben, wenn der Reichtum dieser Welt gerecht verteilt ist und kein Soldatenstiefel mehr auf fremdem Boden steht.

Zum Schluss eine Montags-Fundsache aus dem „Neuen Deutschland“ von heute: Die durchschnittliche Lebenserwartung in China beträgt 72,5 Jahre. Nach einer Studie der Pekinger Akademie der Wissenschaften soll sie bis 2050 auf 85 Jahre steigen. Hebel dafür sind wirtschaftliches Wachstum sowie verbesserte Energieversorgung und Umweltstandards. Mobilisiert wird aber auch eine alte chinesische Weisheit: „Jede Minute, die man lacht, verlängert das Leben um eine Stunde.“ Für das Lachtraining hat die chinesische Regierung ein Pilotprojekt gestartet: Spezialisten durchstöbern das Internet nach lustigen Websites. Und sie sind fündig geworden. Wie der „Spiegel“ in seiner aktuellen Ausgabe enthüllt, haben die „gelben Spione“ Spähsoftware in deutsche Regierungscomputer eingeschleust. Sie saugen dort das Lustige ab. Den weitaus größten Lacherfolg in Peking erzielen deutsche Notizen zum Stichwort „Reformprojekte“. Weil manche in China an der Echtheit der Notizen zweifeln, wurde die Bundeskanzlerin jetzt zu Live-Auftritten ins Reich der Mitte eingeladen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Halbherzig: „Attac“-Postille meldet dreijähriges Jubiläum der Montagsdemo, ruft aber nicht zur Teilnahme auf *(„Neuland“)*

Wer schaut auf die Gabentische der Reichen?

Verlautbarungen der SPD/CDU-Bundesregierung ist zu entnehmen, die Kinderarmut solle bekämpft werden. Wie glaubhaft sind diese Aussagen? In der Zeitschrift „Quer“ der „Erwerbsloseninitiative Oldenburg“ steht, dass per Gesetz Kinder, die Hartz IV oder Sozialhilfe beziehen, kein Recht auf Geschenke haben. Be-

troffen sind aber nicht nur Kinder, sondern alle Menschen, die sich im Leistungsbezug befinden.

Bekommen Kinder und Erwachsene Geschenke wie ein Fahrrad, einen Computer oder ein Sparbuch für den Führerschein, müssen sie alles verkaufen und von diesem Geld leben. Mehr als 50 Euro im Jahr darf man nicht geschenkt bekommen. Wie glaubhaft ist eine Bundesregierung, wenn sie „die Kinderarmut bekämpfen“ will und solche Gesetze beschließt?

Die Grünen in Bremen forderten für jeden armen Menschen das Recht, von den Behörden einen Computer mit Internetanschluss finanziert zu bekommen, da jeder Mensch das Recht hat, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die Grünen treten für den Schutz der Natur ein. Es müsste ihr Anliegen sein, dass weniger Autos fahren, der Nah- und Fernverkehr per Schiene ausgebaut wird und Menschen mit dem Fahrrad fahren können. Die Gesetze nehmen ihnen das Recht, sich Fahrrad oder Computer schenken zu lassen!

Wer schaut auf die Gabentische der Reichen? Wer enteignet ihre Geschenke und stellt sie der Allgemeinheit zur Verfügung? Laut Grundgesetz hat das Privateigentum dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Brauchen wir nicht ein Grundgesetz, das Gebrauchseigentum derjenigen schützt, die nicht zu den Reichen gehören? Zum Beispiel auch dann, wenn Geräte kaputtgehen, verschleißen und ersetzt werden müssen? Schließlich können Firmen ihre Geräte steuerlich abschreiben. Sie müssen weniger Steuern zahlen und bekommen somit durch die Allgemeinheit ihre Produktionsanlagen mitfinanziert.

Bevor die Hartz-Gesetze in Kraft traten, durften Menschen beim Sozialamt Anträge auf Sachleistungen wie Möbel oder Küchengeräte stellen. Heute ist das abgeschafft. Es gilt die Regelung, von den 347 Euro Regelsatz sollten 45 Euro im Monat zurückgelegt werden, um zum Beispiel für einen Kühlschrank zu sparen. Die Realität sieht so aus, dass es sich kein Mensch leisten kann, 45 Euro im Monat zurückzulegen, um sich ein Gerät anzuschaffen. Laut Gesetz darf man es sich auch nicht schenken lassen, sondern muss es wieder verkaufen.

Es wird bei armen Menschen immer gleich „Sozialmissbrauch“ unterstellt. Wer spricht von denen, die sich das Eigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln aneignen, das dem „Wohle der Allgemeinheit“ zu dienen hat? Ist es nicht sozialer Missbrauch, wenn ein Herr Ackermann von der Deutschen Bank 13,21 Millionen Euro mehr erhält als im Vorjahr? Auch das „Forschungsinstitut für Kinderernährung“ stellte fest, die Hartz-Regelsätze reichten nicht aus, um sich gesund zu ernähren.

Es wird immer beklagt, Frauen seien schuld daran, dass „die Deutschen aussterben“, weil sie zu wenige Kinder in die Welt setzten. Eine 30-jährige Sozialpädagogik-Studentin, die schwanger wurde, erhielt keine Hilfe von der

Agentur für Arbeit. Das ungeborene Leben wäre wohl gestorben, hätte sie sich nicht gegen die Behörde gewehrt. In Bremen sind Familien mit Kindern bedroht, obdachlos zu werden, da für sie die Mietobergrenzen sinken, statt erhöht zu werden. Insgesamt sind 4.000 Menschen in Bremen bedroht, obdachlos zu werden.

Was ist das für eine Gesellschaft, die berufstätigen Frauen die Schuld an der niedrigen Geburtenzahl gibt und auf der anderen Seite nicht verhindert, dass zwei Millionen Kinder mit ihren Müttern und Vätern in Armut leben müssen? Auf der anderen Seite erhalten zwei Millionen Kinder über 30 Euro Taschengeld im Monat. Sie können ihre teuren Geschenke und auch das Kindergeld behalten, während armen Kindern das nicht erlaubt wird. Haben nicht alle Kinder, überhaupt alle Menschen das Recht, ein Leben in Würde zu führen?

Bettina Fenzel (parteilos)

Sittenwidrig: Bundesagentur offeriert Stellen zu 3,27 Euro pro Stunde in der Landwirtschaft, die in Frankreich mit mindestens 8,44 Euro entlohnt würden *(„Junge Welt“)*

Das klamme Bremen spendiert Umzugsgeld für Senatoren

510 Millionen Euro flossen letztes Jahr an Parteien im Bundestag – dazu noch Millionen an die Faschisten. Jetzt planen die Gierschlünde von SPD und CDU eine Erhöhung um 15 Prozent! Nach sofortigen Protesten wurde zwar abgewimmelt, es erfolge nur eine „Anpassung in Höhe der Inflationsrate“, aber warten wir’s ab! Die Pläne sind noch nicht vom Tisch.

Der Unterhalt für Kinder wurde sogar gesenkt, Rentner bekamen seit Jahren gar keine Erhöhung und jetzt lächerliche 0,2 Prozent. Die Löhne sind real drastisch gesunken. Auch in Bremen leben solche Gierschlünde! Unsere neue Bildungssenatorin Jürgen-Piepers, ja bei der piept’s wirklich! Generell gibt es in Bremen seit Jahren keine Kostenerstattung mehr für Umzüge von Landesbediensteten. Eigens für die drei neuen Senatoren wurde das vom Senat aufgehoben! Jürgen-Piepers dazu: „Es ist ein Unterschied, ob es sich um einen Lehrer oder eine Führungskraft handelt.“

Allerdings! Das Gehalt von Frau Jürgen-Piepers beträgt circa 10.000 Euro im Monat. Davon kann man ja seinen Umzu nicht selbst bezahlen! Aber was ist das schon gegen die Manager-Gehälter in der Großindustrie? 1,9 Millionen Euro betrug deren durchschnittliches Gehalt im Jahr 2006 – 450 Mal so viel, wie ein Hartz-IV-Betroffener zum Leben hat!

Die Armut in Deutschland steigt und steigt: Heute gibt es schon 7,4 Millionen ALG-II-Empfänger, eine Zunahme um 1,3 Millionen. Unter ihnen sind über eine Million „Aufstocker“. Dass an sie Niedrigstlöhne gezahlt werden, ist eine Folge von Hartz IV.

Drei Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Diese Woche beginnt die Schule wieder, doch viele Eltern wissen nicht, wovon sie Ranzen, Schreibsachen und Bücher kaufen sollen. Das ist in der amtlichen Bedarfsaufstellung nicht enthalten! Mit Hartz IV wurde der Regelsatz für Schulkinder auf den von Säuglingen zusammengestrichen, gegenüber der alten Sozialhilfe um 23 Euro im Monat. Hartz IV raubt somit auch die Bildungschancen.

Ein neues Privatinsolvenzrecht wurde verabschiedet und als „viel einfacher“ gepriesen. Der „Witz“ dabei: 13 Euro pro Monat sollen vom Schuldner für „Verwaltungskosten“ zusätzlich aufgebracht werden – das entspricht dem Betrag, der für Gesundheitsvorsorge vorgesehen ist.

Die Hartz-Gesetze müssen samt und sonders vom Tisch! Absahnern wie Frau Jürgen-Piepers muss gleich gezeigt werden, wo’s langgeht! In Bremen müssen wir auch durchsetzen, dass Hartz-IV-Familien genügend zusätzliches Geld zum Schulanfang erhalten, wie zum Beispiel in Oldenburg. Es wird Zeit, dass unser **Widerstand gegen sozialen Kahlschlag** wächst: Am **13. Oktober 2007** zur **Demonstration** nach **Berlin**! Zeigen wir’s der Regierung!

Ich denke, es ist nicht nur erlaubt, sondern auch dringend notwendig, sich über den Tellerrand des kapitalistischen Gesellschaftssystems hinaus Gedanken zu machen: Wir müssen dem Übel endlich an die Wurzel gehen! Das kann in meinen Augen nur bedeuten, dass wir ein System abschaffen, wo die Reichen immer reicher werden, es immer mehr Arme gibt und die auch noch immer ärmer werden! Das kann es nicht sein: ein so reiches Land wie Deutschland, und immer mehr im Elend? Deswegen bin ich für den Sozialismus – und zwar für den echten Sozialismus! Deswegen bin ich auch in der MLPD.

Wolfgang Lange (MLPD)

Freiheit für Jose Maria Sison: Gründer der Kommunistischen Partei der Philippinen in Utrecht verhaftet *(„Rote Fahne News“)*

Lassen Sie doch den Umzug bleiben!

1. Senatorin Rosenkötter lässt „**Elternbriefe**“ verschicken. Diese sind auch im Netz nachlesbar, beim „Arbeitskreis Neue Erziehung“. Im „Elternbrief“ 3 steht: „Wenn das Geld nicht reicht und Sie nicht wieder arbeiten gehen können oder möchten, können Sie zusätzlich zu Ihrem Erziehungsgeld (jetzt Elterngeld) in jedem Fall Sozialhilfe beantragen (jetzt ALG, eventuell aufstockendes ALG II).“

Viele Menschen zucken bei dieser Vorstellung zusammen. Für jemanden, der noch nie auf dem Sozialamt war, ist das schon ein Schlag, allein die Trostlosigkeit auf den Fluren. Genaue Informationen und eine ganze Portion Selbstbewusstsein sind für den Gang zum Sozialamt unerlässlich. Das Sozialamt ist verpflichtet, Sie über Ihre Rechte aufzuklären und Sie höflich zu behandeln. Wenn Sie sich allein zu unsicher fühlen, bitten Sie jemanden, Sie zu begleiten. Lassen Sie sich nicht einschüchtern, schreiben Sie mit und vergleichen Sie die Informationen mit denen aus der Sozialhilfebroschüre. Deren Text ist änderungsbedürftig, der Druck ist die 9. Auflage 2005, aber die Botschaft „Geh nicht allein hin und lies nach, was dir erzählt wurde“ ist so aktuell wie nie zuvor!

Daher wäre es schön, Sie oder dich am **Dienstag** zu sehen. An jedem ersten Dienstag im Monat, das nächste Mal also am **4. September 2007**, findet um **19 Uhr** der **Gesprächskreis „Begleitung“** des Vereins „Sozialer Lebensbund“ im „**Hibiduri**“ in der Thedinghauser Straße 2 statt. Es ist ratsam, nicht allein zu den Ämtern zu gehen! Der Verein „so:leb“ begleitet daher betroffene ALG-II-Bezieher(innen) zur Bagis. Wir möchten unsere Erfahrungen weitergeben und uns mit anderen austauschen. Dies ist also ein Workshop für Betroffene und Interessierte. Themen sind Vorbereitung und Ziele der Gespräche mit Fallmanager(inne)n, Kostensenkungsaufforderungen für die Wohnung („Gewos“) und Eingliederungsvereinbarungen.

2. Umzugskosten werden von der Bagis mit 60 Euro veranschlagt, wenn Hilfebedürftigkeit besteht, nicht beim Tragen, sondern im Geldbeutel! Sind Senator(inn)en hilfebedürftig? Egal – den Umzug sollen sie bezahlt bekommen, gemäß Vorlage des Senats, wie der „Weser-Kurier“ vom 24. August 2007 meldet.

Die Behördensprecherin sagt, Senatorin Jürgens-Pieper sehe es als ihr gutes Recht an, Umzugskostenhilfe zu beantragen. Sie ist Bildungssenatorin. Die neu eingestellten Lehrer erhalten keine Umzugskostenhilfe. Da gebe es zu Führungskräften eben einen Unterschied!

Der Wirtschaftsstaatsrat erklärt für Senator Nagel: „Wir sehen da kein Problem“. Er verteidigt die Sonderleistung Bremens für seine ranghohen Diener als „ganz selbstverständlich„: „Da muss man kein schlechtes Gewissen haben“.

Nur Senator Loske war persönlich zu erreichen: Er wird keine „Umzugskostenbeihilfe“ beantragen. Diese bedeutet *Übernahme* der Umzugskosten und nicht pauschal 60 Euro, wie von der Bagis „angedacht“. (Gegen den Denkansatz der Bagis kann der Mensch Widerspruch einlegen!)

Irmgard Gaertner hat seinerzeit Umzugskosten erhalten und auf öffentlichen Druck die 8.500 DM gespendet. Aber auch das ist keine gute Lösung: Verzicht beziehungsweise Rückzahlung ist angesagt! Die Senatorin und der Senator werden aufgefordert, öffentlich Verzicht zu üben – oder den Umzug sein zu lassen!

Treffend ist der Kommentar von Michael Brandt: „Nicht im selben Boot. Drastische Einsparungen haben die Koalitionspartner bei der Regierungsbildung versprochen. Schließlich geht es in den kommenden Jahren ums Überleben des Haushaltsnotlagelandes. Das ist nicht nur Ausdruck einer tief verankerten Selbstbedienungsmentalität. Es belegt auch, dass das Augenmaß verloren gegangen ist. Die Senatoren, die in ihren Ressorts und den dazugehörigen Einrichtungen schmerzhafte Kürzungen vertreten und durchsetzen sollen, werden vollends unglaubwürdig.“

Es sollte gespart werden, vor allen Dingen an der oberen Verwaltung. Der Bürger werde nicht unter diesen Einsparungen leiden, so die Ankündigung! Was hat diese Regierung geschafft? Den Wasserkopf erneut zu vergrößern und durch den Personalwechsel rund um den Bürgermeister erhebliche Folgekosten zu verursachen, für Jahre! Schämt euch, macht euch vom Acker! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Das **„Gewos“-Gutachten** „Preisgünstiger Wohnraum in Bremen 2006/07“ ist ein Bericht. Gerichtsfeste Entscheidungen können damit nicht begründet werden. Wer eine Wohnung hat, die voll bezahlt wird, kann in Ruhe abwarten. Wer eine neue Wohnung sucht, kann sich nach den neuen Mietobergrenzen richten.

Wer eine neue Wohnung mieten muss, sollte sich, wenn der vorgelegte Mietvertrag von der Bagis nicht akzeptiert wird, weil die Wohnung unangemessen sei, diesen mündlichen Bescheid schriftlich geben lassen und gleich mündlich dagegen Widerspruch einlegen. Anschließend vor dem Verwaltungsgericht einen Eilantrag stellen und mit viel Zeit die Entscheidung für den gleichen Tag erbitten. Wer am „letzten“ Tag vor der Räumung eine Wohnung findet, sollte dies unabhängig von der Miethöhe tun, denn bei drohender Obdachlosigkeit gelten andere Rahmenbedingungen!

Die neuen Mietobergrenzen – wie von Frau Rosenkötter vorgeschlagen – können sofort von der Bagis eingefordert werden. Die Erstellung der Verwaltungsanweisung ist nicht Voraussetzung dafür! Diese Grenze liegt für eine Person bei 310 Euro plus 60 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied. Darauf gibt es einen Zu-

schlag von zehn bis 20 Prozent für die Stadtteile Borgfeld, Findorff, Horn-Lehe, Huchting, Mitte, Oberneuland, Östliche Vorstadt und Schwachhausen. Anerkannt werden endlich die sozialen Besonderheiten. Die Bagis hat jetzt eine Nachweispflicht vor jeder Kostensenkungsaufforderung.

Wenn Bremen eine Wohnung zu angemessener Miete nicht nachweisen kann, so ist immer die tatsächliche Miete die angemessene! So wird die Vereinbarung der Koalitionspartner in jedem Fall eingehalten, weil keine Kostensenkungsaufforderung gerichtsfest ist, außer der Mensch wohnt in einer „Villa“!

Wir möchten es aber besser! Wir möchten die klare Zusage an die Betroffenen: „Sie können wohnen bleiben! Ihre Miete ist angemessen und wird voll übernommen!“ Wir möchten für die Neuanmietung akzeptable Mietvorgaben! Die sind ganz einfach – wie vom BSG vorgegeben – zu ermitteln. Die jetzt angedachten Mietobergrenzen sind zu niedrig! Über die weiteren Unzulänglichkeiten dieses „Gewos“-Berichtes werden wir Sie informieren. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Der „Gewos“-Bericht hat 46.700 Euro gekostet. Sie sind genauso wie die 30.000 Euro für den vorherigen Bericht vergeudet! Die nächste Besprechung der „**Aktionsgruppe gegen Zwangsumzüge**“ ist am **Dienstag**, dem **4. September 2007**, um **14 Uhr** im **DGB-Haus**. Am **Donnerstag**, dem **6. September**, beginnt dann um **15 Uhr** die nächste Sitzung der **Sozialdeputation** im **Siemenshochhaus**. Dort steht der Punkt „Gewos‘-Gutachten und neue Handlungsanweisung für Miet- und Heizkosten“ auf der Tagesordnung. An die Deputierten wurde die nachstehende Information verteilt:

Der „Gewos“-Bericht von August 2007 berücksichtigt nicht die Mindestwohnungsgröße gemäß Wohnungsbauförderungsbestimmungen im Land Bremen vom 31. März 1999. Die angemessene Größe für eine Person beträgt 44 bis 48 Quadratmeter. Auswirkung: Die Anzahl der verfügbaren Wohnungen ist unzutreffend, die der angemessen wohnenden Bedarfsgemeinschaften ebenfalls!

Der „Gewos“-Bericht von August 2007 trifft bei der Ermittlung der Miete pro Quadratmeter keine Aussage zu den berücksichtigten Wohneinheiten. Die angemessene Miete pro Quadratmeter ist nach den Vorgaben des Bundessozialgerichts nur nach den aktuellen Mietangeboten im Einzelfall zu ermitteln, ohne die Bestandsmieten! Die Ermittlung muss stadtteilbezogen erfolgen! Die von der „Gewos“ ermittelte Miete pro Quadratmeter ist somit wahrscheinlich unrichtig. Auswirkung: Die jetzt vorgeschlagenen Mietobergrenzen sind unangemessen niedrig!

Allein dies führt dazu, dass der „Gewos“-Bericht für gerichtsfeste Bescheide nicht herangezogen werden kann. Vor einer eventuellen Überarbeitung dieses Berichts sind auch diverse andere Ansätze zu revidieren. Die Schätzung insbesondere vorliegender Fakten ist sachfremd, zum Beispiel die Unterstellung auf Seite 63 des „Gewos“-Berichts, dass die Bedarfsgemeinschaften die maximalen Wohnflächengrößen ausnutzen. Die Wohnungsgröße ist der Bagis für jede Bedarfsge-

meinschaft bekannt. Auch der „Gewos“ dürfte bekannt sein, dass viele Menschen, um Kürzungen zu entgehen, in zu kleine Wohnungen gezogen sind.

Empfohlen wird der Aufsatz von Dr. Christian Link, Richter am Sozialgericht, zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundessozialgericht Stuttgart/Kassel: „Hartz IV vor dem BSG. Schutz von Eigentum und Mietwohnraum“, erschienen in der Zeitung „Sozialrecht aktuell“, Ausgabe 1/2007. Hier werden die Rahmenbedingungen für angemessene Kosten der Unterkunft verständlich dargelegt.

Die Ausführungen von „Gewos“, auf Seite 1 des Berichts „Angemessenheit der Wohnungsmiete“ sind insofern ebenfalls ergänzungsbedürftig. Die Kommunen dürfen nur den vom BSG gesetzten Rahmen ausfüllen beziehungsweise für die Hilfebedürftigen positiv überschreiten. Wir vertrauen auf den Sachverstand dieser Deputation und die Einhaltung der Zusagen! Wir kennen keinen Hilfeempfänger, der in einer „Villa“ wohnt. Daher fordern wir die Anerkennung der tatsächlichen Mieten und Heizungskosten durch die Bagis, auch für Neuanmietungen!

5. Die **Riester-Rente** ist eine feine Sache – aber mit Haken. Einen davon will ich heute ansprechen. Die Riester-Rente soll dem Sparer zugute kommen, nur er erhält die Leistung in Form einer Rentenzahlung. Bei „Riester“ gibt es keinen Witwen- oder Waisenrentenanspruch. Wenn der Riestersparer stirbt, verfällt auch der Anspruch und damit das eingezahlte Kapital. Diese Verfallklausel wurde von manchem Anbieter genutzt, um die Riester-Rente auf einen gewissen Zeitraum zu begrenzen. Kleingedrucktes lesen!

Diese Regelungen sind somit wesentlich schlechter als in der gesetzlichen Rentenversicherung. Daher ist „Riester“ auch nicht „gelaufen“. In manchen Verträgen werden diese Probleme gelöst, aber das Kleingedruckte muss gelesen werden. Alle vorgenannten Lücken können vertraglich ausgeschlossen werden!

Wer sich eine Riester-Rente zulegt, sollte das Kleingedruckte unbedingt mit seinen Lebenszielen abgleichen. Bei „Riester“ ist nur garantiert, dass das eingezahlte Kapital wieder ausgezahlt wird (an den Riester-Sparer). Nur dies wird zertifiziert. Daher sollte der Mensch sich auch die Ertragsaussicht dieser Anlage ansehen. Wer bereits einen Riester-Vertrag abgeschlossen hat, sollte das Kleingedruckte prüfen. Es kann nachgebessert oder auch umgeschichtet werden! Dabei sollte die Leistung nicht geschmälert werden.

Riester ist zwar „ALG-II-fest“ und staatlich gefördert, aber Geld zum Fenster rauswerfen geht trotzdem. Daher: Holzauge sei wachsam! Und mehr als eine Seite im Netz lesen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Die Bremer DGB-Vorsitzende Helga Ziegert, Vorsitzende auch des SPD-Sozialkreises, schaukelt ebenfalls: Eine volle Stelle bringe nicht genug Geld zum Leben ein, meldet der „Weser-Kurier“ am 25. August 2007. Frau Ziegert beklagt, dass im Land Bremen schon über 12.500 Arbeitnehmer(innen) trotz Vollzeittätigkeit nicht vom Lohn allein leben können. Diese Zahl ist von 2005 bis Anfang 2007

um elf Prozent gestiegen und umfasst knapp sieben Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Grund ist aus der Sicht von Frau Ziegert, dass viele Langzeitarbeitslose nur im Niedriglohnbereich Arbeit fänden. Das gelte besonders für Zeitarbeit.

Soweit die Schaukelei! Die Sache ist richtig dargestellt, und trotzdem fühle ich mich verschaukelt. Wer langzeitarbeitslos ist, erhält ALG II und muss jedes zumutbare Arbeitsangebot annehmen. Zumutbar sind Arbeitslöhne bis 30 Prozent unter Tarif oder ortsüblichem Lohn. Wer als ALG-II-Betroffene(r) eine solche Tätigkeit ablehnt, bekommt eine Sperrfrist oder gar keine keine Leistung mehr! Die Arbeitgeber wissen das. Insbesondere die Zeitarbeitsfirmen haben sich auf diesen Personenkreis spezialisiert. Obendrein erhalten sie noch eine Eingliederungsbeihilfe von sechs Monatslöhnen oder mehr!

Da werden wir verschaukelt, denn Frau Ziegert weiß dies alles! Sie hat mit Herrn Böhrnsen für den Mindestlohn plakatiert! Der Bremer Senat kann die Bagis anweisen, diese **Zumutbarkeitsregeln** nicht mehr anzuwenden! Auch ALG-II-Betroffene haben dann Anspruch auf eine tarifgerechte Entlohnung! Es eilt, damit der jetzige Hungerlohn nicht zum ortsüblichem Lohn wird! Bereits 2005 hat die Arbeitsagentur vier Euro Stundenlohn als zumutbar deklariert! Der Tarif wird durch die Austrittswelle der Arbeitgeber aus ihren Verbänden immer löchriger. Warum unterbleibt das Gegensteuern durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen?

Die Arbeitsmarktpolitik der Bagis wird von Bremen bestimmt. Dies ergibt sich auch aus der Zuständigkeit. Somit kann der Bremer Senat diese Zumutbarkeitsregeln für Bremen neu gestalten! Dies eilt, auch weil Bremen selbst mit dem Arbeitsmarktprogramm von 1.200 Euro brutto zwar sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze fördert, aber damit ebenfalls keine armutsfesten Arbeitsverhältnisse schafft! Bis 30 Prozent unter dem ortsüblichem Lohn, das ist eine Abwärtsspirale ohne Boden! Die 4.000 Ein-Euro-Beschäftigungsverhältnisse tragen auch zur Ausweitung des Niedriglohnbereichs bei!

Wer ergänzendes ALG II erhält, erhält meistens einen Zuschuss zu den Kosten der Unterkunft, weil das Einkommen zuerst gegen den Regelsatz gewertet wird. Die Kosten der Unterkunft werden durch Bremen getragen. Der Bund erstattet 32 Prozent dieser Aufwendungen und will künftig weniger zahlen. Vielleicht hilft dies bei der Anhebung der Zumutbarkeitsregeln.

Eines ist sicher: Auch Langzeitarbeitslose würden gern zum Tariflohn arbeiten, aber sie können sich gegen die bewusst niedrigen Offerten nicht wehren! Für den Fallmanager zählt der Abgang, und für die Langzeiterwerbslosen lockt die Droge Arbeit und die Hoffnung. Wer dieses Karussell der Niedergänge durchbrechen will, komme zur Bremer Montagsdemo! Wir besprechen die Angelegenheit, und wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Für gegen Tornados“: Grüne Roth weiß gar nicht, was sie ankreuzen soll *(„Spiegel-Online“)*

SPD-Kraft Hannelore gegen Regelsatz-Erhöhung: Nur in begründeten Einzelfällen sollen Notleidende Gutscheine für Einmalleistungen erhalten *(„Erwerbslosenforum“)*

Wer hat die dicksten Kartoffeln?

Die 147. Montagsdemo am 27. August 2007 um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz stand wieder im Mittelpunkt eines interessierten Publikums. Spanische Studentinnen, chinesische Familien, Kölner Jugendliche, Urlauber und viele, die bei einem Bummel die noch wärmenden Sonnenstrahlen genießen wollten, kamen und hörten eine ganze Weile zu. Da gab es schnell wieder zahlreiche Gespräche und Fragen und für sicher über 50 Menschen Erfahrungen zum Mitnehmen.

Wir hatten diesmal kein herausragendes Thema bei den Redebeiträgen, aber trotzdem gingen die Themen fast ganz um die Welt. Das bestellte Schriftstück zur Mietobergrenze, das die Senatorin Rosenkötter so gerne „Gutachten“ nennt, wurde vorgelegt von einer Institution namens „Gewos“, langjährig bekannt für Gefälligkeiten aus dem und für das „Filz-Milieu“ der SPD. Es gibt nach ersten Analysen keine Grundlage her, auf der man sachlich diskutieren kann.

Die SPD-Senatoren Jürgens-Pieper und Nagel beanspruchten Zuschüsse für ihre Umzüge und waren erst auf Druck bereit, die Gelder wieder zu spenden. Die SPD mausert sich immer mehr zum Sammelbecken gieriger Karrieristen und Opportunisten, „gut gelernt“ von den CDU-Freunden, nur meist etwas zu plump.

Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, der Antikriegstag, die „Raus-aus-Afghanistan“-Demo am 15.September in Berlin, das Gejammer um fehlende Facharbeiter, die man vorher auch nicht ausgebildet hat, der „Kartoffel-Acker“ und die Gabentische der Reichen waren weitere Themen. Und als Krönung die „kostenlose Arbeitsfreiheit nach Hartz V“.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Fünf Jahre Hartz sind genug: Peter gibt Bundesverdienstkreuz zurück *(„Spiegel-Online“)*

Obskure Zwergrepublik: Bremen fehlt unter 325 Städten mit Mietspiegel *(„Focus“)*

Amerikaner stützen Foltervorwurf: Murat Kurnaz wurde hinter einem Fäkalienlaster getreten und geschlagen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

148. Bremer Montagsdemo
am 03. 09. 2007

Armut lügt nicht

Eine neue abscheuliche Plage kommt auf uns zu: die Plage des Wegschauens und Leugnens. Wir müssen uns schon wieder mit miserablen Menschen plagen, die felsenfest behaupten, es gebe keine Armut in Deutschland, und uns das auch noch direkt ins Gesicht sagen!

Diese arroganten Menschen sollten auch hart bestraft werden! Ihre dummen Reden sind Absicht und Lügen! Wenn das einreißt, gibt es bald ein Hauen und Stechen im Land! Wegschauen und Leugnen hatten wir schon zur Genüge! Es reicht! Zeigen wir diese Leute wegen Verleumdung an! Legen wir den selbsternannten Göttern, die die Armut leugnen oder dulden, beizeiten das Handwerk!

Reden wir auch über die Ausbeuter! Zeigen wir ihnen jetzt die rote Karte, bevor es knallt, denn es wird knallen, wenn die Armutsschere ganz ungestraft immer rasanter – ohne Wenn und Aber – auseinanderkracht! Die Sklaverei muss ein Ende haben! Wenn ein Sklave von seiner Arbeit nicht mal leben kann, dann ist zu viel faul im Land!

Immer nur Opfer bringen und leiden, das gibt einen Aufstand irgendwann, das weiß jedes Kind! Deutschland, das Land der Rekorde: Negativrekord der Kinderarmut, Hartz-IV-Armut, Minijobber-Armut, Altersarmut, Pflegearmutszeugnisse, Erwerbstätigenarmut, Niedriglöhne und fast überall sehr hohe Preissteigerungen!

Da hört es sich doch gut an, bei dem Rekordzulauf bei den „Tafeln“: „Niemand muss verhungern!“ Wir brauchen immer mehr Diener, für unsere eigene Armut im Land!

Ursula Gatzke (parteilos)

SPD-Netzwerk will nachsorgenden Sozialstaat abschaffen: Es herrscht Zwang zur lebenslang fleißigen Eigenoptimierung durch Bildungsinvestitionen des Staates *(„Spiegel-Online“)*

Für das Volk Ekelfleisch und Matschtomaten

Manchmal frage ich mich wirklich, ist es Traum oder Wirklichkeit. In was für einer Welt leben wir eigentlich? Die Menschen bekommen Ekelfleisch zu essen, und das zum wiederholten Male. Man lernt nicht daraus. Einige machen weiter die Betrüger, und niemand unternimmt etwas dagegen. Warum lassen wir uns das eigentlich gefallen? Steuergelder werden verpulvert oder falsch eingesetzt. Der Staat lässt es zu, dass die Menschen nicht mehr ihr Recht bekommen, ohne erst zu klagen. Wer hilft dem Normalbürger noch?

Der Selbstbedienungsladen in der Politik ist immer noch offen. Gleichheit gibt schon lange nicht mehr. Man mischt sich in alles ein und vernachlässigt die eine eigene Bevölkerung; gestattet es, dass die älteren Mitbürger immer mehr vernachlässigt werden; kümmert sich nicht um die wirkliche Armut. Was für eine Welt ist das eigentlich, in der man nach Kindern geradezu schreit, es aber zulässt, dass immer mehr von ihnen verarmen und Lebensmittel, die gerade Kinder brauchen, um 50 Prozent teurer werden?

Leute, habt ihr denn aus der Geschichte nichts gelernt? Dann lasst doch den Geschichtsunterricht einfach weg, nutzt ihn für andere Fächer, macht es wie der Direktor einer Schule, unterrichtet das Fach „Zurechtkommen mit Hartz IV“! Wie lauteten doch die Worte einiger Politiker und auch Behörden? „Sie haben sich wohl mit Hartz IV eingerichtet!“ Von Weitsicht war bei denen sowieso nie die Rede. Jetzt lernt man das Auskommen mit Hartz IV sogar an der Schule, ist das nicht komisch? Schlaft ruhig alle weiter, die ihr guten Glaubens seid! Denkt hoffentlich daran: Der nächste Abschwung kommt bestimmt.

Armut ist keine Schande, aber eine Schande ist es, was ich neulich in der Zeitung las: 40.000 Menschen haben sich eine Tomatenschlacht geliefert, eine Schande in zweifacher Hinsicht. Erstens sind es Lebensmittel, die auf diese Weise vernichtet werden, und zweitens sind sie wahrscheinlich sogar subventioniert, mit unseren Steuergeldern natürlich. Wundert euch nicht, dass bei so einem Verhalten die Preise steigen!

Udo Riedel (parteilos)

Fluchen wie Völler: „Knut“ Beck’s Verbot des Scheiße-Anbietens *(„Spiegel-Online“)*

Integriert im Zwangsurlaub vom Betriebsausflug

1. Hartz-IV-Empfänger müssen bei Widersprüchen und Klagen gegen Bescheide der Sozialbehörden neue Regeln beachten. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts können seit dem 1. Juli 2007 Leistungen nicht mehr pauschal für die gesamte **Bedarfsgemeinschaft** eingefordert werden, sondern nur individuell für jedes ihrer Mitglieder.

Wollen Hilfebedürftige gegen einen Bescheid vorgehen, müssen sie zunächst klären, welche Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft von der Entscheidung betroffen sind. Kürzt die Arge beispielsweise die Leistungen für Unterkunft und Heizung um 100 Euro, weil sie die Miete für unangemessen hoch hält, sind alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft betroffen und müssen dem Bescheid widersprechen. Würde nur ein Betroffener widersprechen und schließlich vor Gericht klagen, könnten die Richter auch nur über den auf den Kläger entfallenden Mietanteil entscheiden.

Aus den Vorgaben des Bundessozialgerichts folgt allerdings nicht, dass im Streitfall jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft einen separaten Widerspruch einlegen und eine eigene Klage beim Sozialgericht anstrengen muss. Es reicht, wenn in einem Schreiben die Ansprüche aller Betroffenen aufgeführt sind. Dazu müssen alle volljährigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft im Briefkopf stehen und den Widerspruch unterschreiben. Sind auch Minderjährige betroffen, muss aus dem Widerspruch hervorgehen, dass die Absender als gesetzliche Vertreter deren Rechte wahrnehmen.

2. Immer mehr Amtsgerichte meinen, für Widerspruch gegen Hartz-IV-Bescheide brauche man keinen **Anwalt**. Schließlich könne man sich ja auch von Ein-Euro-Jobbern beraten lassen. Muss die Agentur Stromschulden übernehmen? Haben Allergiker Anspruch auf mehr Geld? Bei vielen Fragen sehen sich von Hartz IV Betroffene genötigt, eine Rechtsberatung aufzusuchen. Doch Anträge auf anwaltliche Beratungshilfe, etwa zur Anfechtung eines mutmaßlich falschen Jobcenter-Bescheids, werden immer seltener bewilligt.

Es erweckt den Anschein, als solle der anwaltliche Berufsstand aus der sozialrechtlichen Vertretung hinausgedrängt werden. Wenn der Anwalt nicht „mutwillig“ aufgesucht wird und keine kostenfreie Beratungsalternative zumutbar ist, haben nach dem Beratungshilfegesetz Bürger mit begrenzten wirtschaftlichen Mitteln das Recht auf ein Gespräch mit dem Anwalt. Im Höchstfalle dürfen noch zehn Euro dazugezahlt werden müssen. Letzterer Punkt wird nach Eindruck der Ber-

liner Anwältin für Sozialrecht Carmen Flecks von den Gerichten immer häufiger strapaziert.

Dabei sind dortige Rechtspfleger gerade in Sachen Sozialgesetzbuch II und XII in der Regel nicht ausgebildet. Dass sie dennoch dazu beraten oder mit falschen Begründungen Beratungshilfescheine verweigern, kommt vor. Man sollte bei mündlicher Ablehnung vom Amtsgericht eine schriftliche Begründung verlangen. Wo der Gesetzesdschungel SGB II für Unklarheiten sorgt, werden Leistungsbezieher auf Jobcenter-Rechtsstellen oder kostenlose Beratungen der Bezirksämter verwiesen.

Eine solche ist die neugegründete „Bürgerhilfe“ in Berlin-Steglitz-Zehlendorf. Sie bietet seit August Erwerbslosen mit Jobcenter-Problemen Rat „für alle Belange“. Die fünfzehn Teilnehmer des Projekts „Bürgerhilfe“ sind Ein-Euro-Jobber aus unterschiedlichen Berufsfeldern. Ob solche Einrichtungen grundsätzlich sinnvoll sind, sei dahingestellt, doch den rechtlichen Anspruch auf eine anwaltliche Beratung können und dürfen sie nicht ersetzen! Bei den schwierigeren Rechtsfragen, die Hartz IV aufwirft, dürfen Betroffene nicht nur von Laien behandelt werden, sonst werden wir mundtot gemacht! Da wird guter Rat teuer.

3. Das Jobcenter Neukölln schickt junge Arbeitslose zum Training nach Brandenburg. Dort sollen sich Hartz-IV-Empfänger an ein geregeltes Berufsleben gewöhnen. Ein **Drill-Camp** nach amerikanischen Vorbildern soll das Lager aber nicht sein. Direkt nach dem Aufstehen steht für die jungen Männer erst einmal Joggen auf dem Programm, noch vor dem Frühstück. Später jäten sie Unkraut und räumen einen Schuppen auf. Die jungen Männer kommen aus Neukölln, sind arbeitslos und gelten als schwierige Fälle.

Für schwer vermittelbare Arbeitslose, die angeblich oft in einem Sumpf aus Alkohol, Drogen und Kriminalität stecken und Tugenden wie Pünktlichkeit oder Arbeitswillen vermissen lassen, hat das Jobcenter das „Päd-Camp“ eingerichtet. Die jungen Arbeitslosen werden kontinuierlich betreut. Jeden Morgen erwarten die Betreuer sie im Schulungsgebäude. Dort sollen sie handwerkliche Arbeiten erledigen, Bewerbungen schreiben oder einen Staplerführerschein machen. Dafür erhalten sie 1,50 Euro die Stunde. Abgerechnet wird minütlich, damit das Schwänzen ins Geld geht.

Wenn das nicht fruchtet, geht es für eine Woche raus aus dem heimischen Umfeld nach Uckley, ins Drill-Camp. Das „Päd-Camp“ erhielt kurz nach seinem Start im vergangenen Jahr den von den Arbeitsministerien ausgelobten Landespreis „Jugend in Arbeit“. Von 317 Teilnehmern seien um die 30 der Arbeitslosigkeit entflohen. So viel Drill für nicht einmal zehn Prozent Erfolgsquote? Wie lange selbst diese überhaupt andauert, steht in den Sternen. Obwohl kaum einer gern hierher komme, gefalle es den meisten am Ende ganz gut. Wer glaubt es? Als ob durch solche Schikanen echte Arbeitsplätze entstehen würden!

Auf jeden Fall wird hier Propaganda gemacht, frei nach dem Motto: „Hey ihr, die ihr noch einen Job habt: Verzichtet auf Teile eures Gehalts und nehmt Ver-

längerungen eurer Arbeitszeit ohne Lohnausgleich hin, sonst geht's euch ganz schnell genauso!" Ich finde, dass es auch für Politiker Drill-Camps geben sollte. Dort könnten besonders verlogene Volksvertreter üben, auch abseits des Rampenlichts zu lächeln, und lernen, ihre Versprechungen in die Tat umzusetzen. Das Lager wird für dissoziale Politiker geeignet sein, die zwar behaupten, einer sozialen Partei anzugehören, aber dann eine Politik betreiben, die doch nur den oberen Zehntausend dient. Ebenso betrifft es natürlich all die unchristlichen Politiker, die zwar vorgeben, einer christlichen Partei anzugehören, jedoch permanent das genaue Gegenteil von Nächstenliebe propagieren!

4. Die „Essener Arbeit Beschäftigungs-Gesellschaft" hatte für den 30. August 2007 einen **Betriebsausflug** geplant. Dieser fand jedoch ohne die etwa 500 Hartz-IV-Betroffenen statt, die in sogenannten Arbeitsgelegenheiten als Ein-Euro-Jobber stecken. Diese Beschäftigten müssen für diesen Tag Zwangsurlaub nehmen oder die unfreiwillige Fehlzeit nacharbeiten. Der Geschäftsführer der EABG bestätigte dies gegenüber dem „Erwerbslosenforum" und führte logistische Probleme als Grund an.

Die Ein-Euro-Jobber hätten gleiche Arbeitsvertragspflichten wie die Stammbelegschaft, weshalb man ihnen nicht freigeben könne. In der Vergangenheit sei es bei Betriebsfesten zu „Problemen" gekommen, die angeblich mit der Anforderung von Krankenwagen endeten. Deshalb fahre man nur mit der Stammbelegschaft. Für diese gelte jedoch, dass ein Mitarbeiter, der nicht am Betriebsausflug teilnimmt, für den Tag Urlaub nehmen oder diese Zeit nacharbeiten muss.

Dazu sagte Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums": „Die Ein-Euro-Jobber haben gar nicht die Alternative, am Betriebsausflug teilzunehmen, und müssen deshalb Urlaub nehmen oder die unfreiwillige Freizeit nacharbeiten. Die EABG versteht es glänzend, den Hartz-IV-Betroffenen zu zeigen, dass sie Menschen zweiter Klasse sind und keinerlei Arbeitnehmerrechte haben. So geht man mit Sklaven um: Hauptsache, die Arbeitskraft ausbeuten und jeden Euro mitnehmen! Ohnehin erhalten die Beschäftigungsträger sämtliche Auslagen von den Arbeitsagenturen erstattet und werden obendrein auch noch fürstlich belohnt. Wir fordern die Arge, das Job-Center Essen und die Gewerkschaften auf, diese Praxis sofort zu stoppen!"

Mit Empörung hat die nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke", Inge Höger aus Herford, den Ausschluss der 500 Ein-Euro-Jobber vom Betriebsausflug der EABG kommentiert. „Wenn es Ziel solcher Beschäftigungsmaßnahmen sein soll, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, muss dies nicht nur mit allen Pflichten, sondern auch mit allen Rechten geschehen. Dazu gehört die Teilnahme an betrieblichen Veranstaltungen. Alles andere ist Diskriminierung der übelsten Art."

5. Der massenhafte Missbrauch mit den Ein-Euro-Jobs durch **Verdrängung regulärer Arbeit** soll nach Informationen der „Hannoverschen Allgemeinen" jetzt un-

terbunden werden. Nach dem Gesetz dürfen Ein-Euro-Jobs nur dann eingerichtet werden, wenn die Arbeit im öffentlichen Interesse liegt, zusätzlich ist und den Wettbewerb nicht stört. Der Bundesrechnungshof hatte im vergangenen Jahr ermittelt, dass „bei fast einem Viertel die Voraussetzungen nicht vorlagen“ und „bei weiteren knapp 50 Prozent“ die Arbeitsagenturen „keine verlässlichen Kenntnisse über die Maßnahmeinhalte“ hatten.

Die Bundesagentur für Arbeit will nun, in enger Abstimmung mit dem Bundesarbeitsministerium, Konsequenzen ziehen und den Arbeitsagenturen vor Ort verbindlich vorschreiben, unter welchen Voraussetzungen ALG-II-Empfänger zu Ein-Euro-Jobs verpflichtet werden können. Bislang hatte die Bundesagentur den Job-Centern lediglich Empfehlungen gegeben. Derzeit finanziert sie 282.000 sogenannte Arbeitsgelegenheiten für Bezieher von Arbeitslosengeld II, darunter 265.000 Euro-Jobs. Das sind Arbeiten, für die von der Arbeitsverwaltung pro Stunde ein Euro oder etwas mehr zusätzlich zum Arbeitslosengeld II gezahlt wird.

In der 28-seitigen neuen „Arbeitshilfe“ heißt es nunmehr, das „öffentliche Interesse“ an Zusatzjobs sei nur gegeben, wenn „das Arbeitsergebnis der Allgemeinheit dient“. Arbeiten, die „überwiegend erwerbswirtschaftlichen Interessen oder den Interessen eines begrenzten Personenkreises“ dienten, lägen „nicht im öffentlichen Interesse“. Die Arbeiten dürften „nicht zu einer Bereicherung Einzelner führen“.

Die „Zusätzlichkeit der Arbeiten“ soll dann vorliegen, „wenn sie ohne die Förderung nicht, nicht in diesem Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden“. Arbeiten aufgrund rechtlicher Verpflichtungen oder von juristischen Personen „sind nur förderungswürdig“, wenn sie ohne die Förderung „erst nach zwei Jahren durchgeführt“ würden. Bei der Prüfung beider Voraussetzungen müssen die Jobcenter künftig „strenge Maßstäbe“ anlegen.

Blablablubb, das ist doch nichts Neues! Alles wie gehabt: Dann beschließen zum Beispiel Kommunen, Radwege und Straßenränder zuwachsen zu lassen, weil angeblich kein Geld mehr da sei. Kurze Zeit später sind solche Tätigkeiten plötzlich „zusätzlich“ geworden, denn es ist politisch gewollt, dass die Kommune diese Aufgaben nicht mehr übernimmt. So kann man im Prinzip jede kommunale Aufgabe „zusätzlich“ machen und in Ein-Euro-Jobs umwandeln! Wo ist das Neuland?

6. Die 33-jährige Germanistin Angela Furtkamp hat einen abenteuerlichen Einsatz als **Aushilfslehrerin** an Kölner Schulen hinter sich. Sie hat lange als Journalistin gearbeitet, unter anderem für das Kinderfernsehen, aber wegen ihrer kleinen Tochter wünschte sie sich geregelte und überschaubare Arbeitszeiten. So fasste sie den Entschluss, Lehrerin zu werden. An der „Bewerbungshotline“ teilte man ihr mit, dass sie für eine Stelle als Vertretungslehrerin nur ein abgeschlossenes Hochschulstudium brauche. „Verena“ nennt sich die Jobbörse des Schulministeriums Nordrhein-Westfalen. Dort fände sie die zu besetzenden Vertretungsstellen. Man solle sich gleich an die ausschreibende Schule wenden.

Zwei Anrufe – eine katholische Schule in einem sozialschwachen Vorort von Köln war interessiert. Zwei Tage später stellte sie sich vor, hatte sich viele Gedanken gemacht, was sie sagen soll, warum sie den Job haben will, und vor allem, warum sie wohl dazu befähigt sei. Aber im Lehrerzimmer begrüßte man sie gleich mit „Ah, die Neue!“, und die einzige Frage lautete: „Wann können Sie anfangen?“ Die Not war groß in dem kleinen Kollegium, denn sollte die Stelle nicht besetzt werden, drohten Unterrichtsausfall für die Kinder oder unbezahlte Überstunden für die Lehrer. Es wurde verabredet, dass sie in zwei Wochen anfangen solle.

Ihre Aufgabe: Mutterschutzvertretung in einer vierten Klasse, vier Wochen à 20 Stunden. Fächer: Mathe, Deutsch, Sachkunde, Sport, Kunst – plus Betreuung einer Projektwochengruppe. Sie dachte, man würde sie einweisen, begleiten, ihr einen Arbeitsplan mit an die Hand geben. Stattdessen: Klassentür auf, sie rein, Klassentür zu. Allein mit 27 Kindern. Ihr erster Tag. Deutsch: Diktat. Mathe: Wiederholung der Grundrechenarten. Sachunterricht: Weiterführung der Arbeit zum Thema Römer. Sport: Völkerball. Ein Tag, vier Stunden, und sie ist fix und fertig: 27 zum Teil präpubertäre Jungen und Mädchen, darunter: 16 ausländische Kinder; ein leicht autistisches Kind, das bald auf eine integrative Schule gehen wird; ein Kind mit ADHS.

Die vier Wochen vergehen wie im Flug. Sie lernt viel. Zum Beispiel, dass sie keinen blassen Schimmer hatte, auf was sie sich da einlässt. Dass dieser Beruf ein hartes Brot ist. Und dass sich Schulverwaltung und Schulpraxis in zwei verschiedenen Galaxien bewegen. Absurd finden das Ganze viele ihrer Bekannten, denen sie von ihrem neuen Beruf erzählte: „Ohne Ausbildung? Ohne Anleitung? Ohne Kontrolle? Das geht doch nicht! Wenn mein Kind in einer solchen Klasse wäre, würde ich das nicht wollen.“ Die Absurdität steigert sich, als ihr angeboten wird, eine erste Klasse als Klassenlehrerin zu übernehmen, mit voller Stundenzahl. Was für ein Unterfangen, ohne ein einziges Stündchen pädagogischer Ausbildung! Dass sie deutlich weniger als ein verbeamteter Lehrer verdient, ist sicher auch ein Grund für so ein Angebot – denn es gibt in diesem Land durchaus ausgebildete Lehrer ohne Anstellung.

7. Die nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft fordert eine Aufstockung von Hartz IV durch **Sachleistungen**. Sie ist skeptisch, ob eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes von derzeit 347 Euro der richtige Weg sei. Frau Kraft überlegt, ob stattdessen besser ein altes Mittel der Sozialhilfe aufleben sollte: die einmaligen Beihilfen. Sie fügte hinzu, dass Zahlungen zur direkten Unterstützung der Kinder – etwa Beihilfen für Schulbücher zum Schulanfang – im Zuge der Hartz-Gesetzgebung leider abgeschafft wurden. Jetzt sei es an der Zeit, diese Zusatz-Leistungen wieder einzuführen.

Um „Missbrauch“ zu verhindern, solle man die Kinderhilfen nur in begründeten Einzelfällen als Geldzahlungen gewähren. Kraft fordert, dass in der Regel auf Antrag der Eltern entsprechende Gutscheine ausgegeben werden sollten. Die

SPD-Landesvorsitzende findet, dass bei einer Hartz-Inspektion die Politik die annähernd zwei Millionen Kinder, die von Arbeitslosengeld II leben, jetzt besonders in den Blick nehmen muss. Die Gesellschaft dürfe nicht zulassen, dass Kinder unter der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern leiden.

Die Dame verwechselt da etwas: Die Kinder leiden in erster Linie unter der durch Hartz IV verordneten dauerhaften staatlichen Verarmung und Ausgrenzung! Es empört mich, wie den Eltern immer wieder einfach so der Missbrauch mit dem Geld für ihre Kinder unterstellt wird. Ich kann es nicht mehr hören! Hier werden ganze Bevölkerungsschichten absichtlich unter Generalverdacht gestellt, wohingegen das Versagen von Politikern und Bürokratie selbstverständlich immer nur bedauerliche Einzelfälle sind. Viel sinnvoller wäre es, den Regelsatz um mindestens 150 Euro zu erhöhen und dabei auch Kindern und Jugendlichen die vollen 100 Prozent zu geben, weil diese – im Gegensatz zu den Erwachsenen – noch wachsen und deswegen einen erhöhten Bedarf an Kleidung und Nahrung haben.

Ich ertrage es auch nicht mehr, immer nur von *sozial* schwachen Menschen zu lesen, wenn doch *finanziell* schwach ausgestattete Menschen damit gemeint sind. Diese dauernde Diskriminierung ist unerträglich. Ich habe ganz sicher nicht viel Geld, doch verfüge ich über eine hohe Sozialkompetenz!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Auf der anderen Seite der „Tafel“ steht die Bundeswehr

1. In der Stresemannstraße gibt es die „Bremer Tafel“. Mensch muss sich da anmelden zu Büroöffnungszeiten, den Bescheid der Behörde vorlegen, einen Antrag ausfüllen und unterschreiben, um eine Karte zu bekommen, die dazu berechtigt, einmal in der Woche kostenlos Lebensmittel in Empfang zu nehmen. Mensch muss in einer langen Warteschlange stehen, bis er oder sie drankommt. Auch wenn es regnet und kalt ist, steht mensch im Freien. Manchmal kann das eine Stunde oder länger sein. Unter solch schlechten Bedingungen ist es kein Zuckerschlecken, auf die Lebensmittelausgabe zu warten. Oft sind die Lebensmittel auch ungenießbar, zum Beispiel schimmelig. An Vegetarier wird fast überhaupt nicht gedacht. Von gesunder Ernährung kann nicht die Rede sein. „Biologische“ Lebensmittel gehören ins Reich der Träume, in der Regel werden sie gar nicht verteilt!

Das besonders Traurige an den „Tafeln“ und anderswo ist, dass die Mitarbeiter(innen) ehrenamtlich arbeiten, also unentgeltlich, oder als Ein-Euro-Jobber dazu gezwungen werden. Den Menschen wird ihre Ausbeutung nicht bewusst. Sie leisten unentgeltliche, gering bezahlte, gesellschaftlich notwendige Arbeit. Das Kapital hat Interesse daran, sich die gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit, die oft von Frauen und wenigen Männern ausgeführt wird, meist unterbezahlt anzueignen, um die Reproduktionskosten so gering wie möglich zu halten, also der Profite wegen. Auch wenn ich für die Mitarbeiter(innen) als kleines Dankeschön einen „biologischen“ Kuchen backte, kann das nicht über ihre Ausbeutung hinwegtäuschen, selbst wenn ihnen das nicht bewusst ist und sie ihre Arbeit mit Freude verrichten!

Über elf Millionen Menschen sind arm, und die Hartz-Regelsätze reichen nicht aus, um sich gesund zu ernähren! Die 725 Filialen der „Tafel“, die es bundesweit gibt, sind nicht in der Lage, alle Menschen so zu versorgen, dass sie sich gesund ernähren können. Darum brauchen wir einen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und eine Arbeitszeitverkürzung auf 28 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich! Wir brauchen die Erhöhung der Hartz-Regelsätze mit Inflationsausgleich für die Erhöhung der Preise! Die Milchprodukte sind viel teuer geworden: Im Juli 2007 kosteten 250 Gramm Butter 79 Cent, jetzt sind es 1,19 Euro. Der Liter H-Milch verteuerte sich von 49 auf 55 Cent.

Die Discount-Supermärkte machen Profit bei den Preiserhöhungen, die kleinen Bauern erhalten kaum mehr Geld für ihre Produkte. Alle unteren Einkommen gehören angehoben und ein Inflations- oder Kaufkraftverlustausgleich eingeführt, damit der reale Kaufkraftverlust gestoppt wird! Wir benötigen einen politischen Generalstreik, der dafür sorgt, dass die Unverteilung von unten nach oben gestoppt wird und die Reichen zur Kasse gebeten werden! Für mich ist ein Generalstreik längst überfällig. Stellt sich die Frage: Wann erkennen dies die Gewerkschaftsführungen?

2. Die Medien haben den Auftrag, die Menschen falsch zu informieren über die tatsächlichen Ursachen von Kriegen. An den Schulen stellen sich Offiziere der Bundeswehr vor, die die Jungen und Mädchen für die Bundeswehr gewinnen wollen! Es wird behauptet, die Bundeswehr leiste humanitäre Einsätze. Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit! Es geht darum, die jungen Menschen für die Kriege zu gewinnen, die der globale Kapitalismus führt, um sich die Rohstoffquellen und Macht in der Welt zu sichern!

In dem Buch von Markus Euskirchen „Militärrituale – Die Ästhetik der Staatsgewalt. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments“ ist treffend zu lesen: „Gerade die Konsensherstellung in der Bundesrepublik zu militärischen Einsätzen und Nicht-Einsätzen, zum Umbau der Bundeswehr in eine Interventions- und damit Angriffsarmee und die Militarisierung der Europäischen Union fordert eine Überprüfung und Weiterentwicklung des Propagandamodells im deutschen und

europäischen Kontext als Baustein zur Analyse kultureller Gewalt. Allerdings stellen Analyse und Kritik des Propaganda-Modells nur einen Teil der notwendigen Kritik von kultureller Gewalt dar.

Für Chomsky heißt Ideologiekritik vor allem Kritik der dominanten Rede vom Terrorismus (früher Kommunismus) und der ‚fünf Filter', mit deren Hilfe innerhalb der Nachrichtenindustrie zensiert wird. In der heutigen Zeit des ‚modernisierten' beziehungsweise ‚reformierten' Patriarchats braucht es biologische Ausschlusskriterien dieser Form nicht mehr: Das heutige Militär ist der Anwesenheit von Frauen gewachsen. Die Erkennungsmuster Rosa und Blau – was ist sozial ein Mann, was sozial eine Frau – bleiben trotzdem erhalten und sind nach wie vor zwingend notwendig. Dortige Funktionen können von einer biologischen Frau ausgekleidet werden, wenn sie Mann genug ist, ihren Mann zu stehen.

Die vordergründige geschlechtergerechte Präsenz der Frauen verstärkt auf subtile Weise die Geschlechterkonkurrenz. Auch nach Eintritt von Frauen ins Militär liegt diesem eine sexistische Struktur zugrunde, welche die Grundlage zur Reproduktion patriarchalisch-männlicher Identität ist. Sexualisierte Angriffe gegen neue Soldatinnen sind dazu kein Widerspruch. Wenn weibliche Soldaten in Zukunft belästigt oder vergewaltigt werden, wird dies als ‚Defekt' von Einzelnen interpretiert und auch so geahndet werden – wie das Beispiel der US-Armee im Umgang mit den dort schon länger zum Alltag gehörenden ‚Einzelfällen' zeigt.

Die Funktion des Militärs wird durch Frauen in der Armee nicht in Frage gestellt. Das Militär ist eine ‚verdinglichte Erscheinungsform von Gewalt'. Die einzige Bedingung ist, auch die Frauen haben nach den militärischen – und damit urpatriarchalischen – Organisationsprinzipen zu funktionieren: Befehl und Gehorsam, hierarchische Vergesellschaftung. Akzeptanz von Gewalt und Mord als Mittel von Politik zur Konfliktbearbeitung beziehungsweise Durchsetzung von Machtinteressen. Frauen sind nicht mehr Opfer, deren Gleichstellung es zu erkämpfen gilt. Sie eröffnen sich den Zugang zu Machtpositionen und werden damit zu Nutznießerinnen und Teilhaberinnen patriarchalischer Herrschaft."

Das bedeutet, dass Frauen nicht befreit sind vom globalen neoliberal-patriarchalischen Kapitalismus, wenn sie in die Bundeswehr eintreten und in andere Machtpositionen hochsteigen. Sie werden somit zu Helferinnen der Männerherrschaft. Frauen sollen für das Kapital Kinder gebären, damit es billige Arbeitskräfte zum Ausbeuten hat. Sie sollen als Soldatinnen in die Kriege ziehen, um die Rohstoffquellen und Macht des globalen Kapitalismus zu sichern. Sie sollen in der Rüstungsindustrie arbeiten. Sie sollen unentgeltlich Kinder erziehen, alte Menschen pflegen, die Hausarbeit verrichten, sprich: gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten, um die Reproduktionskosten für das Kapital so gering wie möglich zu halten.

Frauen können dann auch von Männern vergewaltigt werden. Das gehört zum sexistischen System genauso wie die Prostitution, die Frauen zwingt, aus ökonomischer Not heraus ihre Körper zu verkaufen, was entwürdigend ist. Alice Schwarzer forderte 1979, dass Frauen in die Bundeswehr gehen können sollen. Dass be-

deutet aber nicht die Befreiung der Frauen von männlich-gesellschaftlicher Gewalt, sondern noch deren Verfestigung und Zementierung! Darum sagte die autonome Frauen- und Friedensbewegung zu Recht Nein zu Frauen in der Bundeswehr und forderte die Auflösung der Streitkräfte.

Geld, das nicht in die Bundeswehr und in Rüstung investiert wird, kann in Arbeitsplätze des Friedens fließen, in Arbeitsplätze, die dem Leben dienen und nicht zu dessen Vernichtung beitragen wie das globale neoliberale Kapital, das Mensch und Natur ausbeutet. Darum ist es richtig, für die Abschaffung der Bundeswehr einzutreten und dafür, dass der Reichtum auf der ganzen Welt gerecht verteilt wird, da jeder Mensch das Recht hat, ein Leben in Würde zu führen, befreit vom globalen neoliberal-patriarchalischen Kapitalismus!

Bettina Fenzel (parteilos)

Mügeln und die Diskussion um ein NPD-Verbot

Die rassistischen Übergriffe gegen acht Inder im sächsischen Mügeln und der skandalöse Umgang damit durch Politiker und einen Großteil der Medien zeigen erneut, wie notwendig ein NPD-Verbot ist. Zugleich gehören alle anderen Organisationen dieser Art ebenfalls verboten, wenngleich dies das Faschismusproblem keineswegs löst. Solche Verbote können als deutliches Signal bestenfalls ein Anfang sein. Der verbrecherischen Ideologie muss grundsätzlich der Nährboden entzogen werden. Dass es anderswo in Europa auch Faschismus gibt, worauf viele ignorante Mitmenschen gern verweisen, ist keine Entschuldigung und erst recht keine Rechtfertigung für Nichtstun.

Als das „Dritte Reich“ im Bombenhagel der Alliierten zusammenbrach, hatte die Nazi-Krake unter Bergen von Schutt und Trümmern überlebt. Damit fängt das Problem schon an: Eine nahezu perfekte faschistische Infrastruktur in Verwaltung, Justiz und vor allem in den Köpfen der Menschen hatte sich in den neuen Staat hinübergerettet. Konrad Adenauer, erster CDU-Bundeskanzler, holte sich Top-Nazis wie Globke, einst Kommentator der „Nürnberger Rassengesetze“, in seinen Regierungsapparat, und den Aufbau der Bundeswehr in den 1950er Jahren bewerkstelligten – ganz in der Tradition von Wehrmacht, SA und SS – die alten Nazi-Generäle Speidel und Heusinger.

NS-Schnellaufsteiger Kurt Georg Kiesinger, der später sogar Bundeskanzler wurde, und Blutrichter Filbinger, späteres CDU-Mitglied und baden-württembergischer Ministerpräsident, machten in der Bundesrepublik schon bald ihre Blitzkarrieren. Altnazi Heinrich Lübke, der als Architekt am Bau von Vernichtungslagern mitwirkte, und der Bremer Nazi-Jurist und hochrangige Wehrmachtsangehörige Karl Carstens, nach dem Krieg in diplomatischen Diensten unterwegs und unter anderem als Senatsberater tätig, wurden sogar Bundespräsidenten. Der Name Carstens verschandelt heute die gute alte Erdbeerbrücke, und einige Straßen in der Stadt sind noch immer nach namhaften nationalistischen Militärs benannt. Eine Straße im Kattenturmer Neubaugebiet wurde sogar „Kurt-Georg-Kiesinger-Allee“ getauft. Es wäre höchst Zeit, dafür zu sorgen, lieber Friedensbürgermeister Böhrnsen, dass sich das ändert! Es gibt noch sehr viele von den Nazis ermordete Widerstandskämpfer – vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten beiderlei Geschlechts –, die es mehr als verdient haben, dass Straßen und Plätze nach ihnen benannt werden. In Bremen-Nord wurde dieser Tage mit der Straßenbenennung nach einem hingerichteten polnischen Jungen ein Anfang gemacht, und so etwas könnte zumindest für die Hansestadt positive Signale setzen.

Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl besaß die unglaubliche Schamlosigkeit, in Bitburg zusammen mit dem damaligen US-Präsidenten die gefallenen SS-Mörder zu ehren. Sein Nachfolger Schröder führte unter Mithilfe der Grünen den ersten deutschen Krieg gegen Jugoslawien, und die Regierung Merkel/Schäuble/Müntefering tut wirklich alles, um mit ihrer Politik des Sozial- und Demokratiekahlschlags, der Militarisierung der Gesellschaft und ihres größenwahnsinnigen Kriegskurses den einmal eingeschlagenen Weg fortzusetzen, und damit den latent vorhandenen Faschismus weiter anzuheizen. Ich bin auch deswegen so angefasst und schamerfüllt, während ich dies schreibe, weil die meisten Mitglieder meiner Familie damals zumindest Mitläufer und daher auch Mittäter waren. Im Militärdienst und als Verwaltungsjuristen gehörten sie zur Stütze des Systems. Das betrübt mich heute noch.

Vor dem historischen und gegenwärtigen Hintergrund ist es kein Wunder, dass der Faschismus auch und gerade unter jungen Leuten in den Streitkräften immer giftigere Blüten treibt. Bundeswehrkasernen als Folterschulen, KSK-Soldaten als Foltertruppe, Flugzeugpiloten als Bombenzielsucher – das alles führt nicht nur die Betroffenen in Afghanistan ins Unglück, sondern irgendwann auch unsere eigene Gesellschaft. Nazi-Ideologen erhalten ständig Zulauf, und in Schulen preisen Jugendoffiziere bereits eifrig den Dienst in der Bundeswehr. Und noch etwas zum Thema Faschismus: Es wurde schon oft gesagt, und ich möchte es heute bekräftigen: Nazis, die unsere Montagsdemo unterwandern wollen und versuchen, in unserem Fahrwasser zu segeln, haben hier nichts zu suchen! So können wir vielleicht dazu beitragen, diesen Verbrechern das Handwerk zu legen.

Vor etwa zehn Jahren gab es einen Aufruf der Initiative „Menschen gegen rechts“ unter dem Titel „Wir schweigen nicht“. Die damalige Erklärung, die durch ihre eindringlich schöne Sprache auffällt und heute aktueller denn je ist, möch-

te ich euch nicht vorenthalten. Sie hatte folgenden Wortlaut: „Wir wollen es nicht hinnehmen, dass Flüchtlinge, Asylbewerber und einheimische Bürger(innen) mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Bürger(innen) jüdischen Glaubens, Sinti und Roma, Schwarze, Behinderte, Schwule und Lesben sowie andere Minderheiten und Andersdenkende in unserer Gesellschaft bedroht sind. Wir werden nicht zulassen, dass Minderheiten in unserem Land wieder schutzlos dem Fremdenhass, dem Rassismus und der Intoleranz ausgeliefert sind. Wir wollen in Bremen ein Netzwerk gegen die geistigen Wegbereiter und Mitläufer(innen) des Rassismus schaffen, Solidarität organisieren und Widerstand ermöglichen. Wir wollen ein öffentliches Klima schaffen, in dem Rassismus, Rechtsextremismus und Nationalismus keinen Boden finden. Wir wollen dem Rechtstrend in der Politik, der sozialen Spaltung und der Verkehrung der Ursachen wirtschaftlicher Probleme entgegenwirken, die für ihr Versagen Minderheiten zu Sündenböcken stempelt. Wir wollen Alternativen zur Ausländer und Flüchtlinge diskriminierenden Politik entwickeln. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass deutsche Waffen und deutsche Militärpolitik für Menschen eine Bedrohung sind und weiter werden.

Wir fordern alle Bremer(innen) auf, sich der rassistischen und neofaschistischen Gewalt auf unseren Straßen und in den Köpfen unserer Mitmenschen entgegenzustellen. Schweigt nicht, wenn in eurer Umgebung rassistische oder fremdenfeindliche Äußerungen fallen! Seht nicht weg, greift ein, wenn Menschen bedroht oder diskriminiert werden! Lasst euch nicht abstumpfen von den Meldungen über die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik, denn sie ist die Voraussetzung für die deutschen Waffen und Soldaten in aller Welt! Engagiert euch für eine Friedenspolitik ohne Waffen! Wehrt euch gegen die Gewöhnung an die alltägliche Gewalt in unseren Köpfen und Herzen! Wir bitten daher jede(n) Einzelne(n) in unserem Land, auf der Basis humanitärer und demokratischer Traditionen den gesellschaftlichen und politischen Brandstiftern aktiv zu widersprechen. Wir selbst werden mit der Kraft unserer Solidarität und der Kraft unserer Worte dazu beitragen.“

Dies alles behält uneingeschränkte Gültigkeit. Klaus-Rainer Rupp von der Linkspartei versprach am Freitag auf der Antikriegskundgebung des „Friedensforums“, dass sich seine Partei in der Bürgerschaft entschieden für eine antifaschistische und friedensfördernde Politik im Lande Bremen einsetzen wolle. Auf einer Montagsdemo sagte er vor einigen Wochen, dass die Linksfraktion im Parlament für eine soziale Politik kämpfen will. Das wollen wir genau beobachten, und wir werden ihn gegebenenfalls unterstützend daran erinnern!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Hartz IV legalisiert Schwarzarbeit: Niemand will die auf dem Bau arbeitenden Null-Euro-Zwangs-„Trainierten“ fest einstellen *(„Mitteldeutscher Rundfunk“)*

Sozialdeputation: Am **Donnerstag** um **14 Uhr Demo** vor dem **Bahnhof**
(Flugblatt von Klaus Neumann, Verdi-Erwerbslosenausschuss Bremen)

Wir wollen keine „Leistungen für Unterkunft“, sondern volle Erstattung der „Kosten der Unterkunft“!

1. Laut Doktor Karl Bronke soll der **„Gewos“-Bericht** nur einen „Überblick“ über die Wohnungslage in Bremen vermitteln. Er hat sich unser Flugblatt mailen lassen. Natürlich werde er die gesetzlichen Rahmenbedingungen einhalten, sagt er. Genau dies ist ihm allerdings bisher nicht gelungen: Bremen hat an allen Gerichtsentscheidungen der bundesweiten Rechtsprechung vorbei gehandelt!

Bremen hat jegliche Verantwortung für das bisherige Vorgehen weit von sich gewiesen: „Da die Kommunen Träger der Unterkunftskosten sind, entscheiden sie über die Festlegung der Angemessenheitskriterien.“ Dieser Satz kennzeichnet die Verantwortung Bremens für die Vergangenheit! Für die Zukunft hat er nur eingeschränkte Bedeutung, weil der Widerstand gegen die Zwangsumzüge Bremen zur Beachtung der Urteile des Bundessozialgerichts zwingen wird!

Noch ein Zitat aus dem „Gewos“-Bericht: „Ist der durch die Bedarfsgemeinschaft bewohnte Wohnraum unangemessen, ist eine Kürzung auf die angemessene Miete im Rahmen der Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes möglich“. Dies ist einfach, einfach falsch! Der Regelsatz darf nicht gekürzt, ein gewährtes Darlehn nur bis zu zehn Prozent des Regelsatzes angerechnet werden. Bei zwei erwachsenen Partnern in einer Bedarfsgemeinschaft sind verminderte Regelsätze von 312 Euro auszuzahlen. Weitere Kürzungen des Regelsatzes sind nicht vorgesehen!

Die Auswirkung von verminderten Erstattungen von Unterkunftskosten ist nicht gesetzlich geregelt! „Gewos“ schreibt: „Hierbei ist darauf zu achten, dass hierdurch kein Wohnungsverlust herbeigeführt wird“. Ein Witz! Der Bagis ist es sogar per Verwaltungsanweisung untersagt, Hilfebedürftigen in unangemessenen Wohnungen zu helfen, entgegen den Bestimmungen des SGB II.

Dieser „Gewos“-Bericht hat auch eine neue Bezeichnung und Abkürzung erfunden, die „Leistungen für Unterkunft (LfU)“. In den Gesetzen und Ausführungen dazu heißt es „Kosten der Unterkunft (KdU)“. Es geht aber nicht um Leistungen

für die Unterkunft, sondern um Übernahme der Kosten der Unterkunft, also nicht um einen Teilbetrag, sondern um 100 Prozent dieser Kosten der Unterkunft!

Soweit zum Blatt 1 dieses „Gewos“-Berichts. Welches Ziel hat der Besteller und Auftraggeber verfolgt? Sind diese Deputierten neu im Geschäft? Kennen sie die Vorgeschichte nicht oder nicht im Detail? Hier kommt ein Herr Schuster oder Bronke, der hat viel Sachverständigenrat dabei, über 70 Seiten, und gelobt werden ausdrücklich die klugen Entscheidungen und die Vorgehensweise der sozialen Dienststelle, doch selbst diese „Fakten“ stimmen so nicht. Lasst euch nicht einlullen!

Die Zahlen sind gewillkürt. Die Rechtslage ist bei der Ermittlung nicht berücksichtigt worden! Daher ist dieser gesamte Bericht nicht für gerichtsfeste Bescheide zu gebrauchen. Diese Kosten und Unannehmlichkeiten sollte Bremen sich ersparen! Wir werden jeden unterstützen, der sich wehrt! Wir gehen mit!

Übrigens ist nicht einmal die Vorgehensweise oder Berechnungsart bei den tollkühnen Annahmen und Schätzungen beschrieben. Auch jegliche Aussage zur Qualifikation der Sachverständigen fehlt! Schon das „Gewos“-„Gutachten“ 2005 war *falsch*, wie von uns bereits 2005 dargelegt und von dieser senatorischen Dienststelle im Januar 2007 zugestanden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, das geht auch als Rentner: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. „Nachrichten werden von unabhängigen Journalisten verfasst und vorher recherchiert! Jede Zeitung und jedes Medium prüft diese Nachricht sachverständig und kritisch, bevor sie verbreitet wird!“ So war einmal meine Meinung. Oftmals stimmt nichts davon!

Gerade hat Familienministerin Ursula von der Leyen viele Nachrichten und Beiträge rund um das Elterngeld verfassen lassen. Im eigenen Ministerium wurden Erfolgsgeschichten erdacht und bundesweit den Medien zur Verfügung gestellt. Circa 60 Millionen Euro war der Ministerin dieser Werbefeldzug wert. 60 Millionen aus Steuergeldern! Warum? Liegt es etwa daran, dass beim Elterngeld Ankündigung und gesetzliche Regelung nicht übereinstimmen? Hat die Ministerin Sorge, dass die tatsächlichen Unzulänglichkeiten offenbart werden – und der Rückschritt gegenüber der bisherigen Regelung?

Nicht nur der „Weser-Kurier“ hat zum Jahreswechsel die Meldung mit den stark angestiegenen Geburtenzahlen kritisch hinterfragt und in Zweifel gezogen. Trotzdem ist diese Geschichte weiterverbreitet worden: Ein Fernsehmagazin hat sie mit schönen Bildern erneut gebracht, ohne Kritik, dank der Frau Ministerin und den Steuermillionen!

Zum Monatsende wurden wieder die gesunkenen Arbeitslosenzahlen gelobt. Dabei wurde auch in einem Nebensatz gehauptet: Die Arbeitslosen bewerben sich weniger. Als ich beim Sender anrief, sagte mir bereits die Mitarbeiterin in der Telefonzentrale, diese Meldung werde geändert, der Satz zu den Bewerbungen komme raus. Leider war die Herkunft dieser Anmerkung nicht zu erfahren.

Daher mein Wunsch: Wer eine Meldung im Radio hört, die er für unrichtig oder unvollständig hält, rufe einfach an und frage nach! Dies gilt auch für das Fernsehen. Meistens lauten bereits die nächsten Nachrichten anders, entweder mit berichtigtem Text oder jetzt ohne Erwähnung des Beanstandeten. Das Weglassen kann daran liegen, dass der Verfasser erst mit Verzögerung zu erreichen ist. Dann taucht die Nachricht im weiteren Verlauf des Tages wieder auf, diesmal richtig!

In der Zeitung steht der Name des Mitarbeiters dabei. Auch dieser ist telefonisch erreichbar. Die Anregungen kann er im nächsten Beitrag berücksichtigen oder eventuell als Leserbrief weiterleiten. Bei einem solchen Anruf gehe ich davon aus, dass keine Absicht dahinter steckt. Damit habe ich eine Diskussionsgrundlage ohne Unterstellungen. Die Journalisten bei Funk und Fernsehen und auch bei den Zeitungen sind meistens freiberuflich tätig. Sie erhalten nur Geld, wenn sie einen Beitrag unterbringen. Daher herrscht Abgrenzung zu den anderen, damit bloß dieses Thema nicht vom Kollegen ebenfalls angeboten wird.

Dazu kommt die Überarbeitung des „Chefs“. Nur durch Nachfrage wird klar: „Wir akzeptieren nicht jede Meldung, wir gestalten die Informationen mit!“ Probiert es aus! Wir reden drüber. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, das geht auch als Rentner: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Verdi hat eine Kampagne für den **Mindestlohn** auf den Weg gebracht. Am **Mittwoch**, dem **5. September 2007**, kommt ihr Tour-Truck auf den Bremer **Marktplatz**. Ich wünsche dieser Veranstaltung gutes Gelingen!

Zum Mindestlohn ist es noch ein langer Weg – Tariflohn geht sofort! ALG-II-Betroffene müssen Arbeit annehmen, die bis zu 30 Prozent unter Tarif bezahlt ist, oder ihnen wird das Geld sofort gestrichen! Falls der Bürgermeister sich traut vorbeizukommen und nochmals betont, dass er sich für den Mindestlohn stark macht, sollten wir ihn darauf festnageln. Ihr werdet sehen: Es bleiben nichts als hohle Versprechungen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, das geht auch als Rentner: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Altersarmut als Lohn der Lebensarbeit

Es gibt extreme Preiserhöhungen für Milchprodukte und jetzt auch für Brot. Besonders diejenigen sind betroffen, die sowieso wenig haben. In ganzseitigen Anzeigen von Aldi ist von Ernteausfällen bei Getreide und Obst sowie Nachfragesteigerungen auf dem Milchmarkt die Rede: „Aldi verdient nicht an Preiserhöhun-

gen! Wir übernehmen die Mehrkosten so lange wie möglich und nehmen Preiserhöhungen schnellstmöglich wieder zurück!“

Da frage ich mich: Wie schafften es die Albrecht-Brüder bloß, bei solch einer sozialen Einstellung Platz 1 und 2 in der Skala der Multi-Milliardäre einzunehmen? Die zocken uns nicht nur ab – die lügen auch noch wie gedruckt! Aber das kennt man ja von anderen dieser Bande: Die Daimler-Bosse bauen Zehntausende Arbeitsplätze ab und jammern, wie schlecht es ihnen geht. Unterdessen kommt mal wieder heraus, dass der Reingewinn im ersten Halbjahr 2007 um mehr als das Doppelte, auf 5,426 Milliarden Euro, gestiegen ist. Nicht zuletzt mit Ein-Euro-Jobbern und bis zu zehn Prozent Null-Euro-Praktikanten lässt sich’s trefflich als Unternehmer leben!

Am Samstag machten wir von der MLPD einen Infostand in der Neustadt. Dort lernte ich eine ältere Frau kennen. Sie hat 620 Euro im Monat, davon muss sie alles bezahlen. Sie hat das ganze Leben gearbeitet und sagt: „Ich rauche nicht, ich trinke nicht, ich gehe nie Essen, und trotzdem reicht es nicht! Ich bin nicht neidisch, aber ich kriege so eine Wut, wenn ich lese, dass Senatoren, die ohne Nebeneinkünfte schon 10.000 Euro im Monat haben, sogar noch den Umzug bezahlt bekommen! Aber was kann man schon machen?“

Ich habe sie eingeladen, zu uns zur Montagsdemo zu kommen. Wenn alle zur Montagsdemo kommen, denen es so geht oder die unter der unsozialen Politik der Bundesregierung und der Raffgier der Unternehmer zu leiden haben, dann werden wir eine so ungeheure Zahl, dass wir weder übersehen noch überhört werden können! Und wenn noch die Beschäftigten dazukommen, die Kollegen aus den Betrieben und alle, die Schäubles Stasi-Methoden satthaben, dann werden wir Großes erreichen! Auf nach **Berlin** am **13. Oktober 2007** zur zentralen **Demonstration gegen die Regierung**!

Wolfgang Lange (MLPD)

Nein zu allen Zwangsumzügen!

Kalter Wind blies um uns rum. Zur 148. Montagsdemo am 3. September 2007 um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz kamen nicht ganz so viele Menschen wie bei den Malen zuvor, aber um die 40 waren es doch. Es gab auch kontroverse Meinungen, wie die Menschen vorgehen sollten: ob ganz leise oder doch mit

Aufmerksamkeit schaffendem Getöse. Da merkt man dann die tolle Wirkung eines Offenen Mikrofons und den gemeinsamen Beifall!

Die Verarmung von immer mehr Menschen und die breit steigenden Lebensmittelpreise für Milch, Käse und Brot, die gerade Familien treffen, waren ein Thema. Angesprochen wurde, wie man mit der Einschränkung anwaltlicher Beratung und Aufspaltung der Bedarfsgemeinschaften den Widerstand der Menschen und Familien brechen und mit „Drill-Camps“ besonders den jugendlichen Arbeitslosen das Genick brechen und sie „einnorden“ will. Weitere Themen waren die Aufwertung der Militäreinsätze, mit denen die „deutschen Interessen“, also diejenigen des Monopolkapitals und seiner Herrschaftsvertreter, „gesichert“ werden sollen.

Am **Donnerstag**, dem **6. September 2007**, gehen wir wieder zur **Sozialdeputation**. Das teure und vollkommen untaugliche „Gewos“-„Gutachten“, das die Mietobergrenzen-Taktik der Frau Rosenkötter bekräftigen soll, muss vom Tisch! Um **14 Uhr** ist Treffen vor dem **Hauptbahnhof**. Nein zu allen Zwangsumzügen!

Ein Nachtrag ist noch fällig zum Bericht über die 147. Montagsdemo. Die neuen SPD-Senatoren hatten sich einer zwar politisch genehmigten, aber total ungerechtfertigten „Umzugsbeihilfe“ bedient und waren in der Öffentlichkeit kritisiert und zum Verzicht aufgefordert worden. Frau Jürgens-Pieper und Herr Nagel wollten und haben nicht verzichtet, sondern abkassiert! Diese Korrektur und Kennzeichnung ist notwendig, weil zuvor ein viel zu freundliches und einsichtsvolles Bild dieser SPD-Vertreter gezeichnet wurde. Die Fehltritte, die sich die SPD nach der Wahl in Bremen schon geleistet hat, zeigen deutlich, dass die heutigen Kennzeichen dieser Partei Raffen, Heuchelei und plumpe Abgehobenheit heißen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Senatoren kippen 14 Tage alten Beschluss: Keiner mag noch „Umzugsbeihilfe“ abzocken *(„Tageszeitung“)*

Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Die „**Lateinamerika-Gruppe Bremen**“ trifft sich am **Donnerstag**, dem **6. September 2007**, um **20 Uhr** im „**Kurzschluss**“, Lahnstraße 16 in der Neustadt (Straßenbahnlinie 1 oder 8, Buslinie 26 oder 27, Ausstieg an der Haltestelle Fachhochschule oder Pappelstraße). Nach einem 20-minütigen Referat wird das erste Ka-

pitel des Buches von Heinz Dieterich „**Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts**. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus“ (Homilius Verlag 2006, Preis 9,90 Euro) als Grundlage zum Thema kontrovers diskutiert. Vor den Treffen bitte Seiten 9 bis 79 lesen! Interessierte Leute sind herzlich willkommen.

Die erste Hälfte des Kapitel 1 ist eine interessante Art der Dialektik-Schulung. Hier beweist Dieterich, dass er seine „68er-Idiotien“ hinter sich gelassen hat und beantwortet durch naturwissenschaftliche Axiome und Beispiele die Frage „Kann man beweisen, dass die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Endphase ist?“. In der zweiten Hälfte des Kapitel 1 zeigt er die letztendlich letalen Schwächen der bürgerlichen Gesellschaft auf und verknüpft diese immer wieder mit den zuvor erklärten naturwissenschaftlichen Gesetzen. Mit einer feurigen Rede gegen die bürgerliche Gesellschaft lässt Dieterich das erste Kapitel ausklingen. Wir wollen beim ersten Referat noch kurz einführen in sein „Historisches Projekt“, welches er vor allem am Anfang des zweiten Kapitels erklärt.

Zuschrift von Abidin Bozdag (parteilos)

SPD und Grüne brechen Wahlversprechen

Am kommenden **Donnerstag** wird die **Sozialdeputation** den Vorschlag der Sozialsenatorin Rosenkötter abnicken, die **Mietobergrenzen** minimal anzuheben. Nachdem bereits mehr als 9.000 Aufforderungen zur Senkung der Mietkosten bis Frühjahr 2007 unter Androhung einer Reduzierung der Zahlungen verschickt wurden, hat die neue Landesregierung minimale – aber völlig unzureichende – Veränderungen der Mietobergrenzen in Aussicht gestellt. Damit sind SPD und Grüne schon drei Monate nach der Wahl wortbrüchig geworden! – Die Vorschläge des Senats:

Mietobergrenze	*neu:*	*alt:*	*Veränderung:*
1 Person	310	265	+45
2 Personen	370	355	+15
3 Personen	430	420	+10
4 Personen	490	490	0
5 Personen	550	560	–10
6 Personen	610	630	–20
7 Personen	670	700	–30

Darüber hinaus sollen in acht Stadtteilen jeweils um zehn bis 20 Prozent höhere Obergrenzen gelten, da hier die Mietpreise höher als im Durchschnitt sind. Diese Obergrenzen für Schwachhausen, Findorff und andere Stadtteile betreffen aber nur knapp über 20 Prozent aller Leistungsbezieher(innen). Helfen vor Mietkürzungen und Zwangsumzügen wird diese Regelung nicht. Bei fast allen bisher angeschriebenen Haushalten – mit Ausnahme derer in Schwachhausen und Borgfeld – ergibt die Veränderung keinen größeren Spielraum für Neuanmietungen oder den Schutz der bisherigen Mietkosten.

Wir fordern daher die Anerkennung der tatsächlichen Miet- und Heizkosten durch die Bagis und rufen auf zur **Demonstration** anlässlich der nächsten Deputationssitzung am **6. September 2007** um 15 Uhr im Siemens-Hochhaus, Contrescarpe 72. Treffen ist bereits um **14 Uhr** auf dem **Bahnhofsvorplatz**. Wir kommen wieder!

Tatsächlich gibt es in Bremen nicht ausreichend billigen Wohnraum, dessen Miete vom Amt in voller Höhe anerkannt wird. Besonders perfide ist die Herangehensweise der Behörde bei kinderreichen Familien. Während es für Alleinstehende und Zweipersonenhaushalte geringe Erhöhungen geben soll, wird es bei Haushalten ab fünf Personen (in der Regel ab drei Kindern) zu realen Senkungen kommen!

Die Senatsvertreter sprechen von einer Halbierung der Fälle. Dies ist schlicht falsch. Sie beziehen sich auf eine neue Untersuchung der Firma „Gewos“, die den Wohnungsmarkt und die Mieten der Menschen mit Bagis-Leistungen untersucht hat. Dabei zeigte sich schon in der Vergangenheit, dass die „Gewos“-Zahlen falsch waren.

Die vorgelegten Zahlenwerke gehen davon aus, dass jede freiwerdende Wohnung von einem ALG-II-Empfänger bezogen werden kann. Dabei wird übersehen, dass negative Schufa-Auskünfte bei Schulden oder der bloße Wille privater Vermieter, keine Menschen mit ALG-II- oder Sozialhilfebezug einziehen zu lassen, eine schwere Hürde sind, die in vielen Fällen eine Anmietung scheitern lassen.

Die Sozialbehörde muss endlich die Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Zur Anhebung der Mietobergrenzen gibt es keine Alternative, es sei denn, die völlige Verarmung von Zehntausenden Menschen wird billigend in Kauf genommen! Noch im Wahlkampf hatten die Grünen um 20 Prozent höhere Mietobergrenzen gefordert. In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen sollte die Anpassung an das Niveau anderer Großstädte erfolgen. Davon ist nichts geblieben.

Flugblatt von Herbert Thomsen („Solidarische Hilfe“)

„Menschenwürde verletzt“: Hartz IV führt dazu, dass die Lebens- und Arbeitsleistung vieler nicht geachtet wird *(„Spiegel-Online“)*

Acht Prozent: Sachsen-SPD fällt hinter NPD zurück *(„Spiegel-Online“)*

Nächstes Mal bringen wir Hundekuchen mit, Frau Rosenkötter!

Nach dem Treffen um 14 Uhr vor dem Hauptbahnhof zieht die Demonstration durch die Sögestraße zum Bürgerschaftsgebäude. Dorthin ist die Sitzung der Sozialdeputation verlegt worden. Circa 80 Leute marschieren mit, vorweg das Transparent der „Solidarischen Hilfe“, hinterher die Polizeibegleitung. Wir sind nicht leise! Mit Flugblättern von Verdi und „Solidarischer Hilfe“, die auch von der Polizei gern gelesen werden, klären wir die Passanten über unser Anliegen auf.

Wir kommen also mit entsprechendem Tamtam über den Marktplatz – schließlich ist am Eingang keine Klingel! –, da sind rechts und links neben den Türen der Bürgerschaft – vom Lärm bereits reichlich genervte – Polizeihunde postiert. Diese Schäferhunde tragen keinen Maulkorb! Wir protestieren dagegen und sind dadurch noch lauter. Die Hunde werden zurückgenommen. Rechts und links vom Bürgerschaftsgebäude steht ein Polizeiwagen mit eingebautem Zwinger. Für die Hunde ist das wirklich kein Vergnügen – und so unnötig!

Herr Henschen unterbreitet das Angebot, es könnten 20 Vertreter an der Sitzung teilnehmen und auch Fragen stellen. Wir lehnen ab. Es gibt Reden von Klaus Neumann (Verdi), Herbert Thomsen („Solidarische Hilfe“), Herrn Grotheer und Frau Rosenkötter (SPD), Herrn Horst Frehe (Grüne) und von Betroffenen. Immer wenn Beifall kommt oder gebuht wird, schlagen die Hunde an!

„Gewos“ ist keine Diskussion wert, die Deputation wird heute erst in die Geheimnisse des Berichts eingeführt. Auf der Treppe ist nicht zu ergründen, warum „Gewos“ die beiden Urteile des Bundessozialgerichts nicht richtig einbeziehen sollte und wie mit diesem Torso gerichtsfeste Bescheide erteilt werden können. Die Bagis ist durch die Geschäftsführer Lange und Schneider vertreten. Die Botschaft von Sozialsenatorin Rosenkötter, die Umzüge müssten sein, wird auch von den Herren Frehe und Grotheer vertreten.

Dabei hat Berlin gerade die Mietobergrenzen teilweise aufgehoben, und Hamburg hat sie erhöht! Sowohl Berlin als auch Hamburg haben natürlich einen Mietspiegel. In Hamburg beträgt die oberste angemessene Nettokaltmiete für eine Person 423 Euro! Im DGB-Haus planen wir daher weitere Aktionen. Mehr am Montag!

Der „Verdi-Erwerbslosensausschuss“ lädt für **Dienstag**, den **25. September 2007**, ab **18 Uhr** zur **Diskussion** über die **Mietobergrenzen** in den Tivoli-Saal im **Gewerkschaftshaus**. Eingeladen sind auch Frau Rosenkötter, Herr Schuster und die übrigen Mitglieder der Sozialdeputation.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)
Foto: Ingelore Rosenkötter (SPD) im Interview mit „Radio Bremen“ vor der Sozialdeputationssitzung am 19. April 2007

Antisozial: Rosenkötter will Alleinstehende gegenüber Familien bevorzugen *(„Tageszeitung“)*

„Strikten Sparkurs“ gefordert: Bremer CDU gegen neue Mietobergrenzen für Hartz-IV-Betroffene *(„Radio Bremen“)*

Mit Abfall 200 Millionen gescheffelt: Gebühreneinnahmen privatisiert, Lohnausgaben sozialisiert *(„Weser-Kurier“)*

Volkseigentum veruntreut: Das in fünf Generationen geschaffene Bahnvermögen soll an Private verschenkt werden *(„Stern“)*

Drehbuch „Lambsdorff-Papier“: Die mit Hartz IV verwirklichten neoliberalen Ideen sind schon 25 Jahre alt *(„Tageszeitung“)*

Beschäftigungsabbau: Führungsnation treibt in die Rezession *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

149. Bremer Montagsdemo am 10. 09. 2007

„Ich kann den Botschaftern aus Afrika zeigen: Auch hier wird gekämpft!“

Grußwort des Bundespräsidenten an die Bremer Montagsdemonstranten

Elisabeth Graf (unterbricht ihre Rede): Da kommt ja schon unser Lottogewinner. Guten Tag, Herr Köhler!

Udo Riedel: Herr Köhler, haben Sie Geld für Bremen mitgebracht?

Horst Köhler: Nun schauen Sie doch nicht so böse! Ich finde das sehr gut, was Sie da machen. Das ist eben Demokratie!

Elisabeth Graf: Sie müssen waagerecht in das Mikrofon reinsprechen.

Horst Köhler: Wenn wir uns hier treffen, glaube ich, haben Sie das Recht zu demonstrieren. Insgesamt haben wir heute festgestellt, dass in Bremen schon Anstrengungen da sind, die meinen Respekt haben. Die Botschafter aus der ganzen Welt sehen das. Sie sehen aber auch, dass Deutschland, in diesem Fall Bremen und Bremerhaven, ebenfalls mit Problemen kämpft. Das ist wichtig, denn aus deren Sicht, aus der vieler Botschafter aus Afrika, geht’s uns in Deutschland riesig gut. Ich möchte ihnen eben dann zeigen: Auch hier wird gekämpft, ist nicht alles rosig. Deshalb müssen wir weiterarbeiten, und deshalb ist es gut, dass wir zur Kenntnis nehmen, was Sie sagen und was Sie beschwert!

Ursula Gatzke: Herr Köhler, Sie haben gesagt, Sie seien ein Mensch für das Volk, Sie wollten sich für jeden Einzelnen einsetzen! Ich finde, Sie setzen sich viel zu wenig für die Rentner ein! Mit 0,54 Prozent Rentenerhöhung wurden wir abgespeist, und von Ihnen habe ich kein Wort gehört!

Udo Riedel: Demnächst aber!

Elisabeth Graf: Bloß die Diäten steigen unaufhörlich, für die Politiker und Parlamentarier!

Horst Köhler: Ich nehme an, wir gehen? Gut, prima. Jetzt, meine Herren Botschafter! Also, schönen Dank, und bitte nicht stören lassen!

Ursula Gatzke: Schade, Herr Köhler!

Elisabeth Graf: Das hören jetzt ein paar Leute mehr, aber das fällt gar nicht weiter auf.

Hans-Dieter Binder: Sie können ruhig mitmachen! Wir bedanken uns bei Herrn Köhler für die freundlichen Worte. Wir sind aber nicht seinetwegen hier, sondern kommen jeden Montag her, zum 149. Mal heute, nächste Woche zum 150. Mal!

Horst Köhler (CDU) beim Überqueren des Bremer Marktplatzes – Tonaufnahme (WAV, 2.139 kB)

Ritterschlag: Bundespräsident spricht am Offenen Mikrofon zu den Montagsdemonstranten *(„Kreiszeitung Syke“)*

Neue Mietobergrenzen werden erst im Oktober beschlossen

Hans-Dieter Binder: Die Vorgänge hier in Bremen wollen wir noch ein bisschen erhellen. Bremen versucht gerade, die Arbeitslosengeld-II-Betroffenen aus ihren Wohnungen zu jagen! Frau Linnert schüttelt den Kopf?

Karoline Linnert: Das wissen Sie auch, das das nicht stimmt.

Hans-Dieter Binder: Der letzte Beschluss war wieder so, leider!

Karoline Linnert: Nein, Kenntnisnahme, nicht Beschluss!

Peter Kubiak: Wissen Sie, was Sie für ein Gehalt bekommen, und was Hartz-IV-Empfänger bekommen? Haben Sie da mal drüber nachgedacht?

Karoline Linnert: Manchmal denk ich dran. Ihr müsst aber trotzdem die Wahrheit sagen!

Peter Kubiak: Sie denken nicht nach! Sie können nicht denken!

Karoline Linnert: Es ist nicht beschlossen worden, sondern zur Kenntnis genommen, und das absichtlich, weil nämlich der Politik nicht gefallen hat, was da vorgelegt wurde, von „Gewos“.

Udo Riedel: Na, das sagen Sie noch mal laut!

Demonstrantin: Aber die Bagis zahlt nicht die vollen Mieten! Ich muss bei meiner Miete dazubezahlen! Von 347 Euro, super!

Karoline Linnert: Vielleicht weiß ich es besser, kann das sein, ausnahmsweise? In diesem Fall ist es so: Das Parlament hat überhaupt noch nichts beschlossen. Es gilt der Koalitionsvertrag, den Text habe ich hier auch mal vertreten, und dabei bleibe ich! Jetzt ist man dabei, das, was versprochen wurde, in eine Verwaltungsanweisung umzuwandeln.

Peter Kubiak: Darüber sterben Sie an Altersschwäche!

Karoline Linnert: Ich finde, ihr tut euch keinen Gefallen damit. Ich sterbe darüber nicht an Altersschwäche. Ich bin noch nicht mal 100 Tage im Amt, ich wurde am 29. Juni gewählt! Eins nach dem anderen. Diese Verwaltungsanweisung ist schlecht, und die muss geändert werden. Das Ressort von Frau Rosenkötter hat das gemacht, was es muss, nämlich eine Verwaltungsanweisung formulieren. Die ist nicht in Ordnung, ich finde die Mietgrenzen immer noch zu scharf. Jetzt geht es darum, eine Einigung zu erwirken zwischen dem Parlament – die müssen das nämlich beschließen – und dem Rosenkötter-Ressort, übrigens auch vor dem Hintergrund der Frage: Was kann man davon bezahlen – darum geht's leider auch, selbst wenn einem das nicht gefällt – und was nicht? Die Verabredung ist, dass im Oktober eine Verwaltungsanweisung beschlossen werden soll. Da hat erst mal noch niemand Verrat begangen, ist ein Schwein oder sonstwas.

Hans-Dieter Binder: Das haben wir auch nicht gesagt.

Karoline Linnert: Sondern das wird ganz normal abgeschlossen. Rot-Grün hat verabredet, dass die Sozialdeputation in Zukunft öffentlich tagen soll. Dann sind Sie die Öffentlichkeit und gehen da hin.

Udo Riedel: Jawohl, das machen wir auch!

Hans-Dieter Binder: 4. Oktober ist der nächste Termin.

Karoline Linnert: Wenn ich es schaffe, komme ich am nächsten Montag. Ich finde, es gibt unheimlich viel zu kritisieren an uns, aber Sie tun uns... sich selber einen Gefallen, wenn Sie bei der Wahrheit bleiben und alles gründlich und exakt machen und genau.

Udo Riedel: Alles klar.

Karoline Linnert: So, ich muss jetzt mal leider da hinterher.

Udo Riedel: Bravo! Tschüß!

Peter Kubiak: Seh'n Sie zu, dass Sie zu wenig Geld haben!

Hans-Dieter Binder: Danke für die offenen Worte!

Finanzsenatorin Karoline Linnert („Die Grünen") im Gefolge des Bundespräsidenten und des Diplomatischen Korps am Bremer Roland

„Die erste Partei, deren Politiker den Bürgern keine falsche Sicherheit mehr vorgaukeln und stattdessen ihre eigenen Unsicherheiten bei der Entscheidungsfindung gestehen, würde einen Riesenerfolg haben." – *Professor Gerd Gigerenzer im „Spiegel", Heft 37/2007*

Prekarisierung: Jeder Siebte war schon mal auf Hartz IV *(„Spiegel-Online")*

Fütterung in Deutschland

Immer mehr Kinder hungern in Deutschland. Die Schulspeisung ist manchen Eltern zu teuer. Bei Hartz-IV-Betroffenen ist zum Monatsende der Kühlschrank leer. Wer sich traut oder wessen Not zu groß ist, der holt sich sein Futter von der „Tafel“! Viele Menschen hungern aber lieber, statt sich als solch arme Schlucker zur Schau zu stellen!

Ein Skandal ist es, dass Menschen in Alten- und Pflegeheimen zu wenig zu trinken und zu essen bekommen! In Krankenhäusern kann das auch geschehen: Ich lag mal vier Tage im Krankenhaus und bekam nur Zwieback zu essen, obwohl das nicht nötig war! Wir Verbraucher werden seit Jahren mit Gammelfleisch gefüttert! Uns wird empfohlen, teuer zu kaufen oder essen zu gehen. Prompt wurden die Preise erhöht. Alles teuer, das soll heißen: Alles ist gut!

Rentner wurden nach den Nullrunden mit 0,54 Prozent Rentenerhöhung abgespeist! Ein-Euro-Jobbern wird Sklavenarbeit serviert! Aber dann kommt die Fütterung der Raubtiere: Bosse erhalten den Lohn für ihre Sklaven sogar schon vollständig vom Arbeitsamt überwiesen! Herr Lenz vom VW-Affären-Betriebsrat kriegt wieder einen neuen Posten im Unternehmen, damit er nicht verhungert!

Die Selbstbedienung am offenen Büfett der Diätenerhöhung für unsere Volksvertreter lässt nie lange auf sich warten. Sehr beliebt ist der Nachschlag fürs Reisen, Telefonieren und Nebenpostensammeln! Raubtiere müssen sich auch schützen vor der bösen Welt, und das kostet jedes Jahr eine gigantische Summe an Euros!

Flugzeuge und Boote werden mit der modernsten Technik gefüttert. Über die Aufrüstung rieseln die Euros wie Konfetti, Geld spielt hier keine Rolle! Andere Länder werden mit unseren jungen Frauen und Männern als Kanonenfutter versorgt! Kriege lösen immer nur die Machtbesessenen aus, die den Hals nie vollkriegen können!

Für uns alte Menschen wird schon fleißig geforscht, wie man uns am billigsten füttern kann. Die „Mampfmaschine“ steht bald für uns in den Pflegeheimen bereit! Wie ein Schaufelbagger wird sie uns das Essen in den Mund schaufeln! Ein Genuss, alt zu werden, oder? In der globalisierten Welt läuft viel verkehrt: Da werden statt der Alten die Waffen geehrt!

Ursula Gatzke (parteilos)

Vor allem Zeitarbeiter sind frustriert: Jeder dritte Beschäftigte ist mit seinen Arbeitsbedingungen extrem unzufrieden *(„Stern“)*

„Ausbeutung? Das gibt es doch heute nicht mehr!“

„Wo kommen wir denn da hin?“ Nach dem Bericht in der Sendung „Fakt“ muss ich leider das Gegenteil annehmen. Wie sagte doch mal ein berühmter Maler: Ich kann gar nicht so viel essen, wie ich kotzen möchte! Da wird ein Mann arbeitslos, der 40 Jahre auf dem Bau gearbeitet hat, kommt nach Arbeitslosengeld I in Hartz IV und kriegt von der Arge nach 14 Tagen eine Wiedereingliederungsmaßnahme verpasst, anders kann man es nicht nennen – nach 40 Jahren regelmäßiger Arbeit!

Wie sich dann herausstellt, arbeitet er bei dieser Maßnahme zum Nulltarif für eine Firma, und er ist nicht allein betroffen. Diese Firma spart, da sie keine „realen“ Arbeiter beschäftigt, 100.000 Euro, denn insgesamt wurden ihr von der Arge 15 Mitarbeiter zugeteilt, die auf der Baustelle zum Nulltarif arbeiten.

Ja, meine Herren Politiker, das hat man davon, wenn man es zulässt, dass die Gesetze so missbraucht werden! Was für eine Schweinerei – und in dreierlei Hinsicht schädlich: durch Ausbeutung, Lohndrückerei und Steuergelder, die flöten gehen. Wem soll man nun die Schuld geben? Eigentlich hat der Gesetzgeber festgelegt, unter welchen Bedingungen solche Maßnahmen angewendet werden dürfen, bloß richtet sich kaum einer danach. Armes Deutschland, was ist aus dir geworden! Wollen wir wirklich so weitermachen? Nein, das ist Ausbeutung und – wie gesagt – zum Kotzen!

Ich kann verstehen, dass man es nicht zulassen möchte, dass immer mehr Menschen in Arbeitslosigkeit fallen. Wenn aber jemand, der 40 Jahre Berufserfahrung hat, auf diese schamlose Art und Weise ausgenutzt wird, ist das doch wohl ein Grund, dass man aufschreit: Schluss mit dieser Ausbeutung! Zurückzahlung der eingesparten Gelder! Die kann man sinnvoller einsetzen, da es doch noch immer heißt, wir haben leider kein Geld. Her mit menschenwürdiger vernünftiger Ausbildung für alle, denn das hilft uns allen!

Ihr Politiker, wenn ihr jetzt nicht aufwacht, habt ihr es nicht besser verdient, als dass man euch nicht mehr ernst nimmt! Ihr Gewerkschaften, wenn ihr jetzt nicht aufschreit, habt ihr es nicht besser verdient, als dass die Leute bei euch weiterhin austreten! Ihr Mitmenschen, wenn ihr euch jetzt nicht wehrt, habt ihr euch die Folgen dieser Politik selber zuzuschreiben und könnt in Zukunft nur noch ver-

lieren! Wir von der Montagsdemo wehren uns, und das lautstark! Solche Schweinereien werden wir nicht zulassen!

Udo Riedel (parteilos)

Staatlich initiierter Verdrängungswettbewerb: Mittelständische Wirtschaft fordert Auslaufen des beschäftigungspolitischen Irrwegs Ein-Euro-Job *(„Presseportal“)*

Kriminalisierung: Immer mehr Ämter verklagen Hartz-IV-Empfänger wegen „ungerechtfertigten“ Leistungsbezuges *(„Mitteldeutscher Rundfunk“)*

Die SPD wird sich nicht scheuen, Hunde und vielleicht Waffen auf Menschen zu richten

Seit gut drei Jahren sind wir aktiv gegen Hartz IV und die ganze volksfeindliche Politik von Schröder bis Merkel! Trotz Aufschwungsgeredes stehen die Regierung und die sie tragenden Parteien CDU/CSU und SPD vor einem sozialen Scherbenhaufen: Immer mehr Menschen sind mit dieser Politik nicht einverstanden! Laut „ARD Deutschland-Trend“ von „Infratest Dimap“ sagen zum Beispiel 51 Prozent, dass sie die Zahlungen an Hartz-IV-Betroffene für zu niedrig halten, 29 Prozent für angemessen und nur sieben Prozent für zu hoch.

41 Prozent waren dafür, Hartz IV wieder durch das alte System der Sozialhilfe zu ersetzen, 38 Prozent dagegen. Man sieht, da ist etwas in Bewegung geraten! Schon wird im Forum der „Tagesschau“ diskutiert, ob Hartz IV weg muss. Das dämmert wohl auch so manchem in der SPD. Beck hat jetzt den Anfang gemacht mit zaghafter Selbstkritik, und der Abgeordnete Ottmar Schreiner hat offen ausgesprochen, dass Schluss sein müsse mit der schröderschen Agenda 2010, ehe alle Verbliebenen der SPD davonlaufen. Ja, immer mehr Menschen haben kein Vertrauen mehr in CDU und SPD!

Nur hier in Bremen ist bei der SPD noch nicht viel von selbstkritischer Aufarbeitung zu bemerken: Am letzten Donnerstag wollte ein großer Kreis von Betroffenen und Mitstreitern aus verschiedenen Initiativen die Sitzung der Sozialdeputation mit Frau Rosenkötter besuchen. Als wir vom Bahnhof her in unserer spon-

tanen Demonstration mit dem dazugehörigem Lärm vor der Bürgerschaft ankamen, schallte uns das wütende Gebell deutscher Schäferhunde entgegen. Es waren nur zwei Hunde, weitere waren vielleicht noch versteckt in den Hundeführerwagen. Die Hunde wurden auch gleich wieder verstaut, aber sie haben Zeichen gesetzt: Die SPD wird sich nicht scheuen, Hunde und vielleicht auch einmal Waffen auf Menschen zu richten oder richten zu lassen!

Ich möchte nur an das Beispiel 1929 erinnern, als das SPD-Mitglied Zörgiebel, damals Polizeipräsident in Berlin, am 1. Mai auf demonstrierende Arbeiter schießen ließ. Ihr Herren und Damen in der SPD, wir verstehen diese Ansage! Da tut es nichts mehr, dass Frau Rosenkötter Minuten später ganz friedlich vor die Demonstranten trat und ein Angebot machte, dass 20 Vertreter als Delegation in den Sitzungssaal kommen dürften. Zur inhaltlichen Seite wird es noch Redebeiträge geben, sodass ich mich auf diese politische Machtdarstellung beschränken kann.

Wo man hinkommt und Menschen auf die allgemeine Verarmung immer breiterer Schichten und die Forderungen der Montagsdemonstration oder anderer aktiver Gruppen in Sachen Hartz IV anspricht, da erhält man Zustimmung. So haben wir bei der Suche nach einem neuen Unterstellplatz für unseren Lautsprecherwagen durchweg positive Resonanz erhalten. Dessen neues Nachtquartier wird nun der Keller der Buchhandlung Geist Am Wall sein. Wer künftig ein Buch kaufen möchte, kann es vielleicht dort tun. Da der Laden um 19 Uhr schließt, sollten wir die Montagsdemo eine Viertelstunde zuvor beenden und daher pünktlich um 17:30 anfangen.

Nach Angaben der IG Metall Nordrhein-Westfalen gibt es in Deutschland etwa eine Million Leiharbeiter. Die Agentur für Arbeit hält ihre Zahlen unter Verschluss und nennt nur für Juni 2006 die Zahl von 600.000. Der Allianz-Konzern hat für 2006 das Bruttovermögen der privaten Haushalte ermittelt und kommt auf 10,3 Billionen Euro. Das entspricht nach Abzug der Verschuldung mit 8,7 Billionen Euro der Wirtschaftsleistung Deutschlands von vier Jahren. Wie sich aber dieses riesige Vermögen auf die relativ wenigen Milliardäre und Millionäre verteilt und warum es nicht angewendet wird, um auf der Welt neue soziale und ökologische Lebensverhältnisse zu schaffen, das bleibt wie immer ein Geheimnis.

Darum: Hartz IV muss weg, und die ganze volksfeindliche Regierungspolitik dazu! Dies alles immer wieder aufzudecken, anzuprangern und Menschen Mut zu machen, sich zu wehren und gemeinsam aktiv zu werden und etwas zu erreichen, dafür sind wir jeden Montag hier, aber auch jeden anderen Tag da. Unsere **150. Montagsdemo** in einer Woche, am **17. September 2007**, um **17:30 Uhr** hier auf dem **Marktplatz** soll eine Manifestation unseres Aktivseins mit einigen Überraschungen werden. Wem dazu etwas einfällt, der kann diese 150 Mal Montagsdemo auf seine Weise anerkennen, kommentieren und mitmachen! Bei uns sind Sie richtig!

Jobst Roselius

Die Festanstellung mit Tariflohn ist wie ein Lottogewinn

1. Dank Hartz IV können **Bauunternehmer** Arbeitslose ganz wunderbar ausnutzen. Der Trick: Arbeitslose werden über Trainingsmaßnahmen der Arbeitsagentur für 14 Tage auf Kosten der Agentur beschäftigt, aber nicht weiterbeschäftigt. Bauen und dabei noch Geld sparen, und zwar über 100.000 Euro: Das geht in Deutschland ganz einfach – wenn die Leute von der Arbeitsagentur geschickt werden, Arbeitskräfte wie Erich Eiben. Der gelernte Maurer hat 43 Jahre Berufserfahrung. Gerade mal zwei Monate ist er arbeitslos, da wird er zu einer Trainingsmaßnahme bei einer Baufirma eingeladen – zur „Eignungsfeststellung", wie es im Schreiben der Agentur heißt.

Es ist doch unglaublich, wenn zur Eignungsfeststellung eingeladen wird, als ob 43 Jahre Berufserfahrung und Arbeitsfähigkeit sich binnen zweier Wochen hätten in Luft auflösen können! In Aussicht gestellt wurde aber eine Festanstellung mit Tariflohn, für den 58-Jährigen wie ein Lottogewinn. Am Ende ist er aber wieder der Verlierer, wie die anderen Arbeitslosen, die das Amt 14 Tage lang zu den Trainingsmaßnahmen schickte. Obwohl immer wieder die Rede davon war, zwei oder drei Mitarbeiter zu übernehmen, wurde letztlich *niemand* genommen!

Zu den nicht Übernommenen gehört auch Frank Mühlberg. Der qualifizierte Polier war gerade mal 14 Tage arbeitslos, da sollte er seine „Eignung" nachweisen. Auf der Baustelle im brandenburgischen Cottbus war von Training dann allerdings keine Rede mehr, die Baufacharbeiter leisteten hier vollwertige Arbeit. Für die Baufirma ist die Trainingsmaßnahme auch ein lukratives Geschenk, spart sie doch zu 100 Prozent Lohn und Sozialabgaben, denn Arbeitslosengeld und sogar Fahrtkosten trägt ja die Arbeitsagentur. Einzige Gegenleistung der Firma ist die Absichtserklärung, Leute einzustellen, der sie dann nicht mal nachkommt!

Hier existiert eine Großbaustelle, auf der außer den drei, vier Leuten der Bauleitung nur nicht festangestellte Mitarbeiter tätig sind. Wenn die Lohnkosten gegen Null gerechnet werden, ist das natürlich konkurrenzlos, denn gerade im Baugewerbe liegt der Anteil der Lohnkosten bei 30 bis nahezu 40 Prozent. Zu allem Überfluss wird das dann auch noch staatlich subventioniert, mit Geldern des Steuerzahlers. Dennoch hat die Baufirma wenig zu befürchten: Diese Trainingsmaßnahmen sind im Sozialgesetzbuch verankert.

Probleme sieht die Agentur für Arbeit auch im konkreten Fall nicht. Sie habe ein ordentliches Stellenangebot oder mehrere Stellenangebote von dieser Fir-

ma bekommen, die sie bedienen wollten. Es gebe keinen Grund, da irgendetwas anzunehmen oder die Zusammenarbeit zu verweigern. Erstaunlicherweise sind die Sacharbeiter nicht verpflichtet, sich Auskünfte zur Firma einzuholen. So einfach kann man sich das machen und verantwortungslos handeln! Das Beispiel macht Schule. Kein Wunder, wenn durch solche Machenschaften mit den Hartz-IV-Arbeitssklaven auf dieser konkurrenzlos billigen „Schiene“ sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet werden!

2. Die steigende Kinderarmut in Deutschland hat nicht nur bei der Bildung verheerende Auswirkungen. Auch chronische **Krankheiten** treffen Kinder aus finanziell schwachen Familien besonders hart, weil sie oft kaum Unterstützung finden. Ihr Leidensweg ist dann oft vorbestimmt.

Der achtjährige Marcel leidet an Diabetes und ist Patient einer Kinderklinik in Hessen. Zweimal täglich muss er Insulin spritzen und Mahlzeiten mit festgelegtem Kohlenhydratanteil zu sich nehmen, damit sein Blutzuckerwert normal bleibt. Marcel muss außerdem mehrmals täglich prüfen, ob dieser im angestrebten Bereich liegt. Seine Blutwerte zeigen immer wieder, dass der Diabetes schlecht eingestellt ist. Das kann zu bedrohlichen Folgeerkrankungen und schon im jungen Erwachsenenalter zur Invalidität führen. Wiederholt angebotene und dringend angeratene Patienten- und Elternschulungen nimmt die Mutter nicht wahr. Marcel muss mehrmals im Jahr stationär aufgenommen werden, da die Blutzuckereinstellung zu schlecht ist. Von seiner Mutter bekommt er dann selten und nur kurz Besuch. Sie fühlt sich mit der alleinigen Betreuung der anderen Geschwister überfordert. Der Vater hat auch keinen Kontakt mehr zur Familie.

Ein anderer Patient ist der 38-jährige Herr F. Seit einem Jahr ist er an der Dialyse, weil seine Nieren nicht mehr arbeiten. Sein Leidensdruck ist so groß, dass er nierentransplantiert werden möchte. Dreimal in der Woche ist er für je vier bis fünf Stunden an ein Dialysegerät angeschlossen. Meist fühlt er sich danach kraftlos. Seit seiner Kindheit leidet Herr F. an insulinpflichtigem Diabetes mellitus. Diese frühe Form der Zuckerkrankheit ist auch Ursache seiner Nierenerkrankung. Der Zucker hat die Netzhaut seiner Augen geschädigt und seine Blutgefäße in Mitleidenschaft gezogen. Er lebt allein. Seit es mit der Dialyse losging, hat sich seine Frau von ihm getrennt.

Die Krankengeschichten von Marcel und Herrn F. lassen sich zu einem Lebensweg verknüpfen. Marcels Fall veranschaulicht, womit Kinderärzte zunehmend konfrontiert werden: mit der Hilflosigkeit und Unfähigkeit vieler Eltern, für ihre kranken Kinder angemessen zu sorgen. Die Krankengeschichte von Herrn F. steht exemplarisch für die physischen und sozialen Folgen, die Marcel nach 30 Jahren unzureichend behandelter chronischer Krankheit zu befürchten hat. Neben Depression bei kompletter Perspektivlosigkeit drohen ihm Blindheit, Invalidität und eine verkürzte Lebenserwartung. Mit einer Krankheit geboren zu werden oder während der Kindheit chronisch zu erkranken, ist schlimm genug. Noch schlimmer ist es, wenn Möglichkeiten zur Prävention und Therapie nicht oder nur unbe-

friedigend genutzt werden – wenn eine angemessene Betreuung und Begleitung kranker Kinder und Jugendlicher in der Familie schlicht nicht stattfindet.

Immer mehr Kinder erfahren keine ausreichende Unterstützung in ihrer Familie. Dies ist vor allem bei Kindern aus finanziell schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen zu beobachten. Diabetes ist ein typisches Beispiel für chronische Erkrankungen, deren Prognose wesentlich von der Kooperation der Betroffenen abhängt. In Deutschland sind Kinder aus finanziell schwächeren Familien kränker als Kinder aus Familien mit höherem sozioökonomischem Status. Der Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2005 zufolge weisen Kinder aus finanziell schwächeren Familien bereits vor der Einschulung deutlich häufiger Gesundheits- und Entwicklungsstörungen auf und sind häufiger von Unfallverletzungen betroffen.

In Deutschland leben 16,9 Prozent der Kinder in Armut. Unter Kindern Alleinerziehender ist die Armutsrate mit 38 Prozent sogar mehr als doppelt so hoch. Kinderarmut steigt in Deutschland schneller als die Armutsrate im Durchschnitt der Bevölkerung. Auch der internationale Vergleich ist nicht rühmlich. Kinderarmut in Deutschland ist seit 1990 stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrienationen. Finanzieller Mangel führt auch zu soziokultureller Verarmung, mittelfristige Folge ist oft der Verlust von Alltagskompetenzen. In den Diskussionen um das „abgehängte Prekariat“ kam bisher der medizinische Aspekt zu kurz. Der Lebensweg des achtjährigen Marcel ist nicht nur vorgezeichnet, sondern vorbestimmt. Dieses Kind wird vielleicht einen Schulabschluss machen, kaum aber wird es je eine Ausbildung abschließen. Das braucht es auch nicht, denn ins Berufsleben wird es aufgrund früh einsetzender Folgeschäden der Zuckerkrankheit nie einsteigen.

Gerne wird mit dem Finger auf die USA gezeigt, wo nur Bessergestellte Zugang zu umfassender Krankenversorgung haben – mit eklatanten Unterschieden in Therapie und Krankheitsverlauf. Es wäre töricht, weiterhin zu ignorieren, dass auch in Deutschland der sozioökonomische Hintergrund die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen maßgeblich bestimmt. Die „Süddeutsche“ behauptet, wir hätten einen unbeschränkten Zutritt zur Krankenversorgung, was leider nicht der Wahrheit entspricht. Für Kinder über zwölf Jahren müssen die Medikamente ebenso bezahlt werden wie für Erwachsene! Dabei sind nicht nur chronisch kranke Kinder Opfer einer immer weiter auseinanderklaffenden Gesellschaft. Ist es wirklich so, wie in der „Süddeutschen“ behauptet, dass es in Deutschland für einen großen Teil der Kinder längst nicht mehr um die Frage geht, ob sie Geige oder Ballett erlernen, sondern ob sie morgens hungrig in die Schule gehen oder als 14-Jährige nach der Schule mit dem Bier in der Hand in der U-Bahn sitzen? Woher sollen sie denn das Geld dafür haben? Arme Kinder und Jugendliche haben oft nicht ausreichend zu essen, weil die Hartz-IV-Sätze viel zu niedrig sind!

Ob Folgeerkrankungen auftreten, kann tatsächlich beeinflusst werden, wobei dies die Eigenverantwortung herausfordert. Erkrankungen hingegen, die bereits während der Kindheit auftreten, schaffen ungleiche Startbedingungen. Aber auch der Verlauf solcher Erkrankungen müsste keineswegs schicksalhaft unab-

wendbar sein, käme nicht bei einem Teil der Kinder der „Risikofaktor Eltern“ ins Spiel, schreibt die „Süddeutsche“. Der Risikofaktor durch eine ausgrenzende Gesellschaft ist da viel gravierender. Im reichen Deutschland wird nichts Grundsätzliches gegen Kinderarmut unternommen, nur hier und da ein wenig herumgedoktert. Solange weiterhin durch Hartz IV und den Neoliberalismus Armut staatlich verordnet wird, kann die Armut der Kinder und ihrer Familien nur kräftig ansteigen und immer weiter Körper und Seele schädigen. So wird ein gesundes Selbstwertgefühl systematisch zerstört oder eben gar nicht erst ausgebildet.

3. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla södert herum, dass **Kruzifixe** in allen Schulen anzubringen seien. Er hält es für unabdingbar, dass das Bekenntnis zum Christentum im öffentlichen Raum erhalten bleibt. Dazu gehören Schulen, auch Gerichte oder Behörden. Die CDU hat drei Wurzeln: die liberale, die christlichsoziale und die konservative. Alle drei finden sich auch ausführlich im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Die „Leitkultur“ in Deutschland beugt der Bildung von Parallelgesellschaften vor. Jede Nation braucht eine Grundlage für das Zusammenleben aller Menschen, egal ob In- oder Ausländer. Es geht um ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz, die Beherrschung der deutschen Sprache, das Bekenntnis zu den Werten, die unsere Geschichte und Kultur geprägt haben.

Die CDU möchte, dass wieder mehr Kinder geboren werden. In ihrem Programm steht, dass sie sich mit den viel zu hohen Abtreibungszahlen nicht mehr abfinden will. Ein Grundsatzprogramm gibt Leitlinien vor, aber keine genauen politischen Vorhaben. Der Lebensschutz am Anfang und am Ende des menschlichen Lebens sei für sie von höchster Bedeutung. Zur Umwelt heißt es im Grundsatzprogramm: „Wir wollen unseren Kindern und Enkeln eine Welt bewahren und hinterlassen, die auch morgen lebenswert ist.“

Das Original ist der Grünen-Spruch: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“ Und der wird ausgerechnet von der CDU missbraucht! Unseren Kindern wie auch unserer Gesellschaft fehlt es nicht an Symbolen, Leitsätzen und hohlen Bekenntnissen zum Christentum. Was wir brauchen, ist die gelebte Nächstenliebe des Christentums oder der Menschenliebe in Form von ausreichendem Geld, Eingliederungsmöglichkeiten in die Gesellschaft, Chancengleichheit. Das lässt sich nicht mit einem Kreuz an jeder Schulwand und Lippenbekenntnissen herstellen. Wir brauchen die Abschaffung von Hartz IV, einen Mindestlohn, von dem jeder auch mit Familie leben kann, und die Abschaffung des aussiebenden dreigliedrigen Schulsystems!

4. In unserer Bananen-, äh, Hartz-IV-Republik kassieren die Unternehmer und verlieren nur die Arbeitnehmer! Vier Jahre lang hat Frau A. als Reinigungskraft gearbeitet, drei Stunden putzen täglich für 349 Euro im Monat. Urlaub habe es keinen gegeben und Lohnfortzahlung bei Krankheit auch nicht. Bei einer westdeutschen Druckerei stehen solche Knebel-Konditionen sogar schwarz auf weiß im Vertrag für Aushilfskräfte. Bei einer Fischverarbeitung in Mecklenburg-Vorpommern be-

kommen die Arbeiter zwar noch ein Urlaubsgeld, aber die Löhne sind so niedrig, dass viele zusätzlich Hartz IV beantragen müssen.

So sieht sie aus, die Realität im **Niedriglohnsektor** Deutschlands: illegale Verträge und Löhne, die nicht zum Leben reichen. Doch niemand wehrt sich, die Angst vor der Arbeitslosigkeit ist zu groß. Die Unternehmer machen dagegen satte Gewinne und haben das politische Ziel vom „Fordern und Fördern“ für sich umgedeutet: In der Welt von Hartz IV ist alles zumutbar, auch der Gesetzesbruch. Diesen ausnahmsweise mal realitätsbezogenen, guten Beitrag gab es letzte Woche in „Panorama“ zu sehen, eben über die Macht von Unternehmern und die Not von Arbeitnehmern in Zeiten von Hartz IV.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Wer im Glauben, zahlen zu können, gemietet hat, soll wohnen bleiben!

1. In Bremen leben über 10.000 Bedarfsgemeinschaften in einer „zu teuren“ Unterkunft. Warum ist dies überhaupt ein so großes Problem? Vor Hartz IV gab es Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Bei Sozialhilfe-Empfängern wurden bereits vor 2005 die Mietkürzungen und Zwangsumzüge durchgesetzt. Viele Betroffene sind in zu kleine Wohnungen gezogen oder zahlen noch heute einen Teil der Miete selber.

Durch Hartz IV wurden Arbeitslosenhilfe-Beziehern erhebliche Einkommen weggenommen, bis über 1.000 Euro pro Nase und Monat! Bremen hat 2005 zugegebenermaßen durch die Einführung von ALG II 60 Millionen Euro gespart. Die Stadt wollte sogar doppelt so viel einsparen! Die Umzugsaufforderungen sollen durchschnittlich 125 Euro im Monat pro betroffener Bedarfsgemeinschaft einsparen, laut Frau Rosenkötter insgesamt circa 20 Millionen Euro.

Wie kommt es zu dieser Vielzahl „zu teuer“ wohnender Bedarfsgemeinschaften? Diese Menschen habe ihre Wohnung gemietet, als sie sich diese Wohnung leisten konnten! Sie haben jetzt weniger Geld zur Verfügung, weil sie, aus Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld I kommend, nunmehr ALG II beziehen. Nach der Arbeit soll ihnen jetzt auch die Wohnung genommen werden!

Warum steigen die Ausgaben für ALG II? Es werden immer mehr Menschen zu ALG-II-Empfängern, weil der Zugang zu ALG I erschwert und dessen Bezugsdauer verringert wurde und den Studenten endlich Leistungen für Kosten der

Unterkunft gewährt werden. Die Arbeitslosenstatistik spiegelt diese Entwicklung nicht wider, weil sie falsch ist, wie in den Vorwochen schon oft erwähnt!

Warum geht ALG II zu Lasten der Steuerzahler? Weil es nicht aus den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit bezahlt wird. Die Regelsätze werden vom Bund getragen, die Kosten der Unterkunft von den Gemeinden, welche einen Teil derselben vom Bund erstattet bekommen. Die Einsparungen der Bundesagentur für Arbeit wurden zur Beitragssenkung genutzt, einschließlich der Änderung beziehungsweise Vorverlegung der Beitragsfälligkeit. Außerdem wurde reichlich Geld für den Bundeshaushalt abgezweigt.

Unklar weil unveröffentlicht ist auch die derzeitige Einsparung Bremens durch ALG II im Vergleich zu der vorherigen Regelung. Darum fordern wir **Besitzstandswahrung**: Jeder, der seine Wohnung im guten Glauben gemietet hat, dass er sie bezahlen kann, soll wohnen bleiben, und die Kosten der Unterkunft sollen als angemessen akzeptiert und erstattet werden! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, das geht auch als Rentner: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Aufgrund der Äußerungen von Frau Linnert möchte ich diese Zeilen zwischenschieben: Zwangsumzug ist ein geächtetes Wort! Trotzdem trifft es den Kern der Sache. Die Presseerklärung der Sozialsenatorin ließ Schlimmstes befürchten. Zum Glück hat Frau Linnert ihre Zusage erneuert, allerdings mit der Einschränkung: Was kann man davon bezahlen? Es liegt uns nicht daran, den Wohnungsmarkt zu verteuern. Kein Betroffener hätte etwas dagegen, wenn die Miete seiner Wohnung reduziert würde. Nur dazu ist selbst die Gewoba nicht bereit!

Statt Anhebung der Mietobergrenzen geht dies auch durch Besitzstandswahrung: Jeder, der seine Wohnung im guten Glauben gemietet hat, dass er diese Wohnung bezahlen kann, soll wohnen bleiben, und die Kosten der Unterkunft sollen als angemessen akzeptiert und erstattet werden. Aber bitte jedem Betroffenen mitteilen: Sie können wohnen bleiben, die Erstattung der Unterkunftskosten erfolgt weiterhin ungekürzt!

Bei Neuanmietungen gibt es Hilfestellung von der Bagis. Diese Mietobergrenzen richten sich nach der aktuellen Rechtsprechung. Die Bagis hat mit vielen Tricks das Vertrauen der Vermieter und auch der Betroffenen verspielt. Daher ist es wichtig, auch hier ein Machtwort zu sprechen! Bereits heute bekommen viele Bedarfsgemeinschaften nicht die vollen Kosten der Unterkunft erstattet!

Ich vertraue auf die erhaltenen Zusagen. Trotzdem bin ich für eine **Demonstration** am **4. Oktober 2007**, wobei wir anschließend alle als Zuschauer an der dann **öffentlichen Sozialdeputationssitzung** teilnehmen. Ich gehe davon aus, dass es Herrn Henschen möglich ist, eine entsprechende Räumlichkeit zu reservieren. Der DGB hat einen solchen Raum – wir werden dort am **25. September 2007** mit den Verantwortlichen debattieren (die Beratung des „Sozialen Lebensbundes“ im „Hibiduri“ fällt dann aus). Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, das geht auch als Rentner: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Nach unserer Demo zur Sozialdeputation am vergangenen Donnerstag erfolgte die Vorstellung des „**Gewos**“-Berichts in der Deputationssitzung durch eine Mitarbeiterin des Instituts. Allerdings stimmten die Zahlen an der Wand nicht mit denen auf Papier überein. Differenzen waren nicht zu klären, Berechnungsformeln und Datenherkunft blieben unklar. Auch wegen der Zeitverzögerung durch die Demo wurde die Vorstellung des „Gewos“-Berichts abgebrochen.

Die Verwaltung wurde per Austauschvorlage beauftragt, eine Neufassung der Verwaltungsanweisung Wohnen vorzulegen. In dieser Vorlage geht auch das Sozialressort nur noch von einem „Gewos“-*Bericht* aus. In diesem Vorschlag nicht erwähnt sind die von Frau Rosenkötter genannten Obergrenzen, die bereits in der von Herr Grotheer als Flugblatt an die Umstehenden verteilten Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 6. September 2007 kritisch hinterfragt wurden: „Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Anzahl der Umzugsaufforderungen drastisch reduziert werden soll. Wir müssen genau prüfen, ob die vorgeschlagenen Obergrenzen diese Funktion auch tatsächlich erfüllen.“

Warum sollte es eine **Preistreiberei** durch angehobene Mietobergrenzen geben? Zur Vorgeschichte gehört, dass Bremen gut 80 Prozent des Mietwohnungsbestandes in öffentlicher Hand besaß. Gesellschaften und Anteile wurden verkauft, übrig blieb die „Gewoba“. Deren Hauptanteilseigner ist Bremen mit fast 75 Prozent, die allerdings von verschiedenen GmbHs gehalten werden. Bremen hat aus diesem Besitz ordentlich Dividende gezogen, denn die „Gewoba“ langt auf dem Wohnungsmarkt zu und bietet daher kaum „Hartz-IV-Wohnungen“ zu den in Bremen geltenden Mietobergrenzen an.

Bremen hat mit der „Gewoba“ eine Firma gegründet, deren Ziel in Wohnraumvernichtung besteht, wie man in Tenever sieht. Bremen hat gezahlt und sich aus der Firma wieder verabschiedet. Neun Millionen Euro hat dieser Abschied gekostet, und zwar extra, weil auch auf die bisherigen Werte verzichtet wurde! Bremer Politik hat gerade die kleinen Wohnungen sehr teuer gemacht: 265 Euro für 20 Quadratmeter werden gefordert.

Der Senat wollte auch mit der „Gewoba“ reden, denn sie kann mit Mietsenkungen einer allgemeinen Mieterhöhung entgegenwirken oder einfach jedem Betroffenen mitteilen: Sie können wohnen bleiben, die Erstattung der Unterkunftskosten erfolgt weiterhin ungekürzt! Hamburg akzeptiert bis 423 Euro plus Betriebskosten und Heizung für einen Einpersonen-Haushalt, zusätzlich sind noch zehn Prozent Toleranz zu gewähren. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, das geht auch als Rentner: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Eva Luise Köhler fordert bessere Startchancen: Kinderarmut steigt in Deutschland stärker als in anderen Industrienationen *(„Tagesschau“)*

Deutschlands Weg in den Militärstaat

Aus gegebenem Anlass möchte ich noch einmal auf den Antikriegstag zurückkommen. Schäubles Gesetzesvorstöße streben ja dieser Tage immer stärker in Richtung eines totalitären Überwachungsstaates. Die Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, Mitglied des „Republikanischen Anwaltsvereins“, hielt auf dem Bahnhofsvorplatz eine bemerkenswerte Rede, die ich als so wichtig erachte, dass ich kurz darauf eingehen möchte. Es geht mir in der Hauptsache um den Teil, der den Einsatz der Bundeswehr im Innern thematisiert. Die Rechtsanwältin befasst sich hier intensiv mit dem „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“. Daraus hat die Bundesregierung ein „Strategiepapier“ entwickelt, das alles über den Haufen wirft, was die Alliierten, was das Potsdamer Abkommen, was der Parlamentarische Rat bei der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 als Lehre aus dem Faschismus festgeschrieben haben. Trotz Verfassungsgerichtsurteils vom 15. Februar 2006 reklamiert die Merkel-Regierung weitestgehende Einsatzbefugnisse für Inlandseinsätze, und Schäuble setzt sogar noch eins drauf und fordert die Zulassung eines „Quasi-Verteidigungsfalles“ nach den Regeln des Kriegsvölkerrechts. Ein wesentlicher Punkt des forcierten Staatsumbaus ist die Integration der Zivilbevölkerung in das militärische System durch Errichtung von „Heimatschutzeinheiten“.

Die Regelung der Beziehungen zwischen den Dienststellen der Bundeswehr auf der einen und der Zivilbevölkerung auf der anderen Seite haben Geltung „sowohl innerhalb Deutschlands als auch bei Einsätzen der Bundeswehr im Ausland“. Was mit der Veröffentlichung des Weißbuchs noch Theorie schien, ist inzwischen Wirklichkeit. Lawinenartig werden Maßnahmen zur militärischen Durchdringung des Staates, zum Einsatz der Bundeswehr im Innern, zur Zentralisierung des Staatsapparates, zur Überwachung und Ausforschung und zur Zerschlagung des Grundgesetzes durchgesetzt. Dabei schreiten Polizei- und Schnüffelminister Schäuble und Kriegsminister Jung Hand in Hand munter vorneweg! Am 11. Januar 2007 wurde in Magdeburg das erste Landeskommando, bestehend aus Reservisten, in Dienst gestellt. Jung hatte 2006 seine Erkenntnis öffentlich gemacht, der „Schlüssel zum Erfolg“ von Militäreinsätzen liege in einer sehr viel engeren Zusammenarbeit mit zivilen Akteuren, also „Seite an Seite mit Polizei, Feuerwehr und technischem Hilfswerk“, unter anderem in Sachen „geplante oder bereits verübte Sprengstoffanschläge“.

Je 12 Reservisten besetzen ein Landratsamt, insgesamt in der Bundesrepublik 5.500 Reservisten. Jeder Trupp wird von einem Oberstleutnant der Reserve geführt und ist direkt der Bundeswehr unterstellt. 5.000 Reservisten werden für die 16 zivil-militärischen Stützpunkte in den 16 Bundesländern gesucht. Geht alles nach Plan, soll der Aufbau 2010 abgeschlossen sein. Mit den 5.500 Reservisten in den Kreis- und Landratsämtern sind dann 10.500 Reservisten zur „permanenten Belagerung“ vorgesehen. In Hamburg und Nordrhein-Westfalen wurden ebenfalls schon Landeskommandos eingerichtet. Diese üben bereits fleißig, unter anderem den Umgang mit Demonstrationen sowie den Kriegsgräbereinsatz und im Sauerland sogar einen Waldbrandeinsatz. Das größte zivil-militärische Manöver und Heerlager in der Geschichte der Bundesrepublik war der G8-Gipfel in Heiligendamm: Mindestens 16.000 Polizisten und 2.100 Soldaten mit Hubschraubern, Aufklärungspanzern und „Tornados“ waren im Einsatz. Die Marine war mit sechs Verkehrsbooten, drei Marinejagdbooten und einer Fregatte auf der Ostsee präsent. Vertreter der Bundeswehr saßen mit den Verbindungskommandos in sämtlichen zivilen Einsatzzentralen zusammen. Das Ganze war eine regelrechte Kriegsübung!

Ergänzt wird die Verwischung der Aufgaben von Militär und Polizei durch den Umbau der „Bundespolizei“, einer Institution, die es vorher nicht gab. 2005 wurde der Bundesgrenzschutz kurzerhand zur „Bundespolizei“ umbenannt. Im Grundgesetz gibt es diese von den Alliierten 1949 verbotene Institution nicht! Die „BuPo“ wird zentralisiert, sie erhält weitere Einheiten für operative Polizeieinsätze, und ihre Befugnisse werden erheblich ausgeweitet. Minister Schäuble hat bereits für den Herbst analog zu den berüchtigten „verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr die Vorlage von „sicherheitspolitischen Richtlinien“ angedroht, wohl eine Art „Weißbuch der Polizei“. Wohin diese Entwicklung führt, ist ein deutscher Militärstaat mit einer diktatorischen Verfassung. Dieser Militärstaat wäre dann bereit und gerüstet zu gewaltsamem Vorgehen gegen alle und alles, was sich seinen Interessen im In- und Ausland entgegenstellt. Es ist der Weg in den immerwährenden Krieg. Lasst uns jeden Tag dagegen kämpfen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Kruzifix no amoi: Pofalla weiß, woran es in deutschen Schulen *wirklich* mangelt *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Erschüttert im 20-Prozent-Milieu: Segelohrmeister geht in Klausur *(„Weser-Kurier“)*

Bundespräsident Köhler trifft auf die Bremer Montagsdemo

Zwischen wenig Sonne und einem Schauer kam es zur Begegnung der „besonderen Art“: Bundespräsident Köhler trifft auf die Bremer Montagsdemo. Zum 149. Mal hatten wir uns am 10. September 2007 um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz mit circa 40 aktiven Teilnehmern und Zuhörern versammelt, als – mit Blaulicht und „weißen Mäusen“ voran – der Werder-Bus und noch weitere Busse auf den Marktplatz rollten und anhielten.

Wie uns von der Polizei vorab angekündigt, entstiegen den Bussen der Bundespräsident und über 130 Botschafter aus allen Ländern der Welt, kurz das Diplomatische Korps. Es sollte ein Gruppenfoto auf dem Marktplatz beim Roland gemacht werden. Wir könnten ruhig an der Seite dabei unsere Kundgebung fortsetzen, sagte uns ein Polizeibeamter. Während gerade ein Redebeitrag vorgetragen wurde, kamen Köhler und sein Gefolge auf uns zu. Nach der Frage des Bundespräsidenten, warum die Rednerin denn so grimmig sei, begann gleich für wenige Minuten eine kleine Diskussion.

Köhler bekundete, er finde es gut, dass wir hier demonstrieren. Er ging dann auf seinen Besuch in Bremen und Bremerhaven ein und was er den Vertretern aus allen Kontinenten habe vermitteln wollen. Dazu gehöre die Erkenntnis: „Auch hier wird gekämpft, ist nicht alles rosig. Deshalb müssen wir weiterarbeiten, und deshalb ist es gut, dass wir zur Kenntnis nehmen, was Sie sagen und was Sie beschwert!“ Dann zog die Gruppe Richtung Rathaus. Es gab auch noch einen

kurzen Austausch mit der Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert. Wir haben sie zur **150. Montagsdemo** am **nächsten Montag** eingeladen.

Vorher und auch nachher stand die Begrüßung von Demonstranten am letzten Donnerstag zur Sozialdeputationssitzung im Mittelpunkt, wo Senatorin Ingelore Rosenkötter zwei heiß gemachte deutsche Polizei-Schäferhunde nebst Hundeführern seitlich der Eingangstüren des Parlamentsgebäudes postiert hatte. Nachdem die Demonstranten diese Art der Machtdemonstration scharf kritisiert hatten, wurden die Hunde zurückgezogen, und die Senatorin trat friedlich vor die Demonstranten. Nur eine Delegation von 20 Personen hätte in die Sitzung hineingedurft. Das lehnten wir ab, denn über 80 Menschen aus verschiedenen Initiativen standen vor der Tür!

Thema sollte die Vorstellung eines von der Sozialbehörde „bestellten" Gutachtens zur Mietsituation in Bremen und der Mietobergrenze sein, die Zwangsumzüge herausfordernt. Teilnehmer aus dem Demonstrantenkreis hatten schon vorher die Unkorrektheit dieses Papiers bekundet. So kam es denn auch: In der Sitzung wurde die Diskussion des Berichtes abgebrochen, weil die Fehler und Unzulänglichkeiten zu offensichtlich waren. Diese „Aktion" hatte zwei wichtige Ergebnisse: Die Sozialdeputationssitzungen sollen ab sofort öffentlich für jedermann sein, und die Mietobergrenze bleibt weiter in der Diskussion. Wir können weiter für eine notwendige Anhebung kämpfen, als Teil des Kampfes gegen Hartz IV.

Des Öfteren haben wir schon erlebt, dass die Montagsdemo genau richtig steht, in der richtigen Zeit am richtigen Ort. Der Kreis ist zwar nicht so groß, aber wir sind da. Die Bremer Tageszeitungen bringen zwar auch wieder nur Bilder von Horst Köhler, auf denen die Montagsdemo nicht drauf ist. Sie berichten auch nicht, dass der Bundespräsident auf uns zugegangen ist, aber vielleicht bemerken die Botschafter und Herr Köhler selbst, wie „eingeschränkt" die Berichterstattung ist.

Im Vorfeld unserer 150. Montagsdemo haben wir unsere Homepage und das „große Redebuch" zur besseren Benutzung aufgearbeitet. Schaut ruhig mal rein! Aus dem Sommer und Herbst 2004 werden manche erhellenden Details aus der Politik im Widerstand gegen Agenda 2010 und Hartz-IV-Gesetzgebung deutlich. Unsere Regelmäßigkeit und Zähigkeit und die Form, wie wir unseren Protest vortragen, finden trotz des „Totschweigens" Anerkennung und Resonanz in der Bevölkerung. Das haben wir gemerkt, als wir jetzt eine neue Unterstellmöglichkeit für unseren Lautsprecherwagen suchen mussten. Überall gab es freundliche Aufnahme, auch wenn kein Platz für uns zur Verfügung stand: Wir waren bekannt. Unser neuer „Schirmherr" sagte: „Mit der Montagsdemo habe ich kein Problem!"

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo"

Leitantrag durchgefallen: Grünen-Basis gegen Afghanistan-Einsatz *(„Spiegel-Online")*

„Ein schönes Stück Erde“

Bremen, 18:15 Uhr. Vier Polizei-Motorräder rauschen auf den Marktplatz. Die Schlussetappe des „Diplomatenausflugs“ beginnt. Aus vier großen Bussen krabbeln ganz viele Diplomaten. Bundespräsident Horst Köhler steigt derweil aus dem Werder-Bus. Vor dem Roland haben die Montagsdemonstranten brav Platz gemacht. Köhler geht auf sie zu, spricht ein paar Worte. Dann folgt das „Klassenfoto“ vor dem Roland.

„Weiter geht’s zum Empfang in die Obere Rathaushalle. Köhler strahlt Innensenator Willi Lemke (SPD) an: „Da ist ja Werder Bremen.“ Die Botschafter aus aller Herren Länder tröpfeln ein. Der Bundespräsident trägt sich ins Goldene Buch der Stadt ein.

Die Diplomaten bestaunen die altehrwürdige Rathaushalle. Welterbe live sozusagen. Fotohandys werden gezückt, die alten Segelschiffe abgelichtet. Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) skizziert Bremen als Raumfahrtstandort, als Kompetenzzentrum für Seeverkehr und Logistik, als Wissenschaftsstandort.

Bundespräsident Köhler sagt: „Der Ausflug hat sich gelohnt.“ Und weiter: „Bremen ist ein schönes Stück Erde in Deutschland.“ Die Hansestadt vertraue auf ihre Stärken, arbeite an ihren Schwächen und sei immer weltoffen. „Auch insofern ist Bremen ein Vorbild“, so Köhler. Und die Stadt und das Land verdienten es, Unterstützung aus ganz Deutschland zu erhalten.

Die bremische Kaufmannschaft mit ihrem Stolz auf Traditonen und Fähigkeiten sei ein „Begriff in ganz Deutschland“, fährt das Staatsoberhaupt fort. Und auch der Slogan der Kaufleute „Buten un binnen, wagen un winnen“* hat es Köhler angetan. „Das ist auch ein guter Wahlspruch für eine bessere Welt.“

Jörg Esser in der „Kreiszeitung Syke“ vom 11. September 2007

*„Draußen und drinnen, wagen und gewinnen“

Beim Bad in der Menge auf dem Bremer Marktplatz bewies der Bundespräsident Volksnähe. Die Teilnehmer der dort stattfindenden Montagskundgebung traten für das Foto mit dem Staatsoberhaupt bereitwillig beiseite. Köhler ließ es sich jedoch nicht nehmen, das Gespräch mit den Demonstranten zu suchen und sich kurz ihr Anliegen anzuhören.

„Bremer Anzeiger“ vom 12. September 2007 (mit Bildern)

Offener Brief an den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, anlässlich Ihres Besuchs mit den Botschaftern der Welt in Bremen und Bremerhaven sind Sie am Abend des 10. Septembers 2007 vor dem Gang ins Rathaus auf die 149. Montagsdemonstration in Bremen getroffen, und Sie sind auf uns zugegangen. Die Bremer Montagsdemo dankt Ihnen für diese Geste, mit der wir nicht gerechnet hatten. Wir wissen zwar, dass Sie oftmals unkonventionelle Ideen und Wege beschreiten, aber wir erleben auch, dass die politische und öffentliche Meinung kaum Notiz von uns nimmt.

Ihre Aussage, dass Sie es gut finden, dass wir hier auf dem Marktplatz demonstrieren und unsere Forderungen vortragen, weil es zur Demokratie dazugehöre, nehmen wir bewusst zur Kenntnis, und sie ermutigt uns. Sie haben es gewürdigt, dass das Land Bremen und seine Bevölkerung ihre Sache in die eigene Hand nehmen und zeigen, dass wir etwas bewegen wollen und können.

Mit anderen Menschen und Gruppierungen setzt sich die „Initiative Bremer Montagsdemo“ in Bremen – und als bundesweite Bewegung in vielen anderen Städten und Orten Deutschlands – dafür ein, dass eine Gesetzgebung mit weitreichenden Auswirkungen für fast alle Menschen, die unter den Namen „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ bekannt geworden ist, zurückgenommen wird und in eine andere Politik mündet, die die Menschen wirklich befähigt, die in allen steckenden Fähigkeiten zu entwickeln und in eine solidarische Gesellschaft einzubringen.

Über das, was möglich ist und das, was geschehen könnte und müsste, werden wir mit Ihnen vielleicht nicht in allen Fragen einer Meinung sein. Wir sehen es darum als besonders wichtig an, darüber zu sprechen und auch zu streiten. Und so verstehen wir auch Ihre Ansprache an uns auf dem Marktplatz.

Im Gegensatz zu Ihrer Offenheit steht aber die „öffentliche Verschlossenheit“. Die Berichterstattung in Wort und Bild nach Ihrem Zusammentreffen mit uns in den Bremer Zeitungen und im Fernsehen war gering bis ausschließend, dass wir es als bewusstes Verschweigen charakterisieren müssen. Selten gibt es Berichte oder Kommentare in den Medien über die Menschen, die mit „Hartz IV“ leben müssen, oder jene, die die Montagsdemos machen, sie organisieren und daran teilnehmen. Deren Ton ist dann meist verächtlich und hat wohl den Sinn, eine bestimmte Bevölkerungsschicht negativ darzustellen.

Wir dagegen erleben, dass die Menschen aus sich heraus mit gezielter gegenseitiger Unterstützung sich entwickeln und Aufgaben anpacken können. Das ermutigt uns, unseren Weg weiterzugehen. Die Organisierung und Entwicklung der Montagsdemobewegung ist eine ehrenamtliche und bewusste Tätigkeit, die nach demokratischen Prinzipien mit dem „Offenen Mikrofon“ – durch das Sie ja auch zu uns gesprochen haben – als neuer Form einer breiten Diskussion, an der jeder teilnehmen kann, der möchte, stattfindet.

Wir möchten Sie deshalb aufrufen, Ihren Beitrag dafür zu leisten, dass diese von wem auch immer gewollte „Medienverschlossenheit“ aufgebrochen wird. Obwohl wir selber gelernt haben, uns von dieser willkürlichen Medien- und Politikhandhabung nicht irritieren zu lassen, warten nicht nur in Bremen, sondern in ganz Deutschland viele Menschen darauf, ernstgenommen zu werden und einen richtigen Beitrag für die Entwicklung der ganzen Gesellschaft leisten zu können. Bei unseren Gesprächen mit den Menschen in den unterschiedlichsten Zusammenhängen stoßen wir auf die Offenheit und die Bereitschaft, die wir bei Teilen der politisch Verantwortlichen und der Medien vermissen.

Am **13. Oktober 2007** demonstrieren die **Montagsdemonstrationen** aus ganz Deutschland in **Berlin**. Wir laden Sie ein, auch dort zu uns zu sprechen. Mit freundlichen Grüßen

i.A. Jobst Roselius („Initiative Bremer Montagsdemo“)
Fotos: Frank Kleinschmidt („Sozialer Lebensbund“)
veröffentlicht bei „Erwerbslosenforum“ und „Rote Fahne News“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

150. Bremer Montagsdemo am 17. 09. 2007

Ein fragwürdiges Jubiläum

Noch immer sind fast 100.000 Menschen in Bremen von Arbeitslosengeld II beziehungsweise Sozialgeld abhängig, leben circa 300.000 am Existenzminimum. Noch immer wachsen rund 30.000 Kinder in Armut auf. Nirgendwo in Deutschland gibt es mehr arme Kinder als in Bremerhaven. Das ist die traurige Bilanz der von Rot-Grün eingeführten Hartz-IV-Gesetze und der unseligen Agenda 2010. Und während der neue Bremer Senat in wohlfeilen Worten Besserung verspricht und vom wirtschaftlichen Aufschwung redet, sieht die Wirklichkeit für die Betroffenen ganz anders aus.

Allenthalben gehen die Kürzungen weiter, werden lebensnotwendige Gelder für soziale und kulturelle Einrichtungen, Kitas, Schulen und Universität gestrichen. An der trostlosen Lage der armen Kinder hat sich nichts geändert. Viele Jugendliche finden weiterhin keine Ausbildungsstelle. Altersarmut greift um sich. Die Situation von Langzeitarbeitslosen wird immer aussichtsloser. Und obwohl kein entsprechender Wohnraum vorhanden ist, wird die empörende Politik der Zwangsumzüge weiter fortgesetzt. So sieht es die Empfehlung des aktuellen „Gewos“-Berichts vor.

Seit drei Jahren gehen Menschen dieser Stadt auf die Straße und leisten entschlossenen Widerstand. Seit drei Jahren demonstrieren sie unermüdlich gegen die Zerschlagung des Sozialstaats, für die Abschaffung von Hartz IV und für soziale Gerechtigkeit. Am heutigen Montag feiern sie ein fragwürdiges Jubiläum: Heute organisieren sie die 150. Bremer Montagsdemo. Die Partei „Die Linke“ und Vertreter(innen) ihrer Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft werden dabei sein.

Pressemitteilung der Fraktion „Die Linke“

Happy Birthday: Drei Jahre Montagsdemo
(Stefanie Röhlke – MP3, 212 kB)

If You’re Happy And You Know It: Clap Your Hands
(Hannelore Riedel – MP3, 558 kB)

„Die Linke“ ist quasi Sprachrohr der Montagsdemo im Parlament

Liebe Aktivistinnen und Aktivisten der Bremer Montagsdemonstration! Ganz kurz möchte ich vorstellen, wer zu Ihnen oder zu euch spricht. Mein Name ist Inga Nitz, ich bin Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und der Fraktion „Die Linke“. Wir, „Die Linke“, standen immer und stehen auch nach wie vor für die Ziele, die durch die Bremer Montagsdemo Woche für Woche auf dem Marktplatz aufgezeigt werden. Wir streiten nunmehr auch im Parlament für Änderungen. Dabei ist uns aber natürlich ganz wichtig, dass wir im wechselseitigen Austausch stehen, mit euch gemeinsam für die Menschen hier in Bremen und Bremerhaven. Das ist wichtig, weil genau ihr es seid, die ihr um die Situation der Betroffenen wisst. Ihr streitet für Alternativen zu Sozialabbau und Hartz IV. Gemeinsam, so ist meine Auffassung, sind wir stark! Wir als euer Sprachrohr quasi im Parlament, und ihr, die ihr den Druck von der Straße ausübt!

Mich macht es traurig, dass eurem Engagement auch dann nur wenig Medienbeachtung geschenkt wird, wenn selbst der Bundespräsident Horst Köhler auf eurer Kundgebung „vorbeischaut“. Wir stehen gegen derartige Kampagnen der Nichtöffentlichkeit! Im Parlament kämpfen wir erstens um die Verhinderung und Rücknahme von Zwangsumzügen, zweitens für die Einführung eines Sozialtickets. Drittens wollen wir, dass die Arbeitslosigkeit bekämpft wird und nicht arbeitslose Menschen! Darüber hinaus gibt es sicherlich noch weitere gemeinsame Ziele, die wir gern weiterhin mit euch diskutieren und dann natürlich ins Parlament tragen möchten.

Wie bereits angekündigt, treffen sich am **13. Oktober** alle **Montagsdemonstrationen** aus dem Bundesgebiet in **Berlin**, um zu zeigen, dass sie nach wie vor da sind, und um den Betroffenen eine gemeinsame, eine laute und öffentlichkeitswirksame Stimme zu verleihen! Mir ist natürlich bekannt, dass ihr ein parteiübergreifendes und unabhängiges Bündnis seid, aber ihr könnt euch bewusst und sicher und gewiss sein, dass „Die Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft an eurer Seite kämpft, sodass es hoffentlich keine weiteren 150 Demonstrationen und Kundgebungen mehr geben muss, bis es für die Menschen in Bremen und Bremerhaven und bundesweit endlich zu positiven Veränderungen kommt!

Einen Punkt habe ich noch vergessen: Am morgigen **Dienstag** in der **Sitzung der Stadtbürgerschaft** wird „Die Linke“ die Punkte **Zwangsumzüge** und

„Gewos“-Bericht thematisieren. Ich würde mich freuen, wenn sich eventuell einige von euch zu dieser Sitzung einfinden würden, einfach die Zuschauerreihen füllen und auch die Diskussion mitverfolgen! Beginn ist um **14 Uhr**.

Inga Nitz („Die Linke“) – Tonaufnahme (MP3, 716 kB)

„Da kommt ja unser Lottogewinner“: Bremer Montagsdemonstrantin hält für das Staatsoberhaupt das Offene Mikrofon bereit

Neoliberalismus trifft Prekariat

Bundespräsident Köhler hat also am 10. September 2007 auf dem Bremer Marktplatz unsere Anliegen „zur Kenntnis genommen“. Wie schön. Die demokratische Fassade wurde gewahrt, als er meinte, wir hätten „das Recht zu demonstrieren“. Als ob das nicht eine Selbstverständlichkeit wäre! Er fügte hinzu, auch hier werde gekämpft, es sei nicht alles rosig, und man müsse weiterarbeiten. Für mich ist

Horst Köhler trotz seiner gespielten Menschenfreundlichkeit alles andere als ein sozial gesonnener Mensch!

Als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium regelte er unter der Regierung Kohl 1991 für den damaligen Golfkrieg die Zahlung von 12 Milliarden DM an die USA. Ab dem Jahr 2000 war er fünf Jahre lang geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds. Dies dürfte keineswegs überall bekannt sein. Wie also dieses „Weiterarbeiten“ unter neoliberalen Bedingungen aussehen wird, beschreibt sehr treffend der Heidelberger Theologieprofessor Ulrich Duchrow in einem Redebeitrag zum Antikriegstag in Heilbronn. Der Befreiungstheologe zählt zu den renommiertesten Kritikern des globalen Kapitalismus und ist Mitbegründer von „Kairos Europa“, einem Netzwerk im ökumenischen Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, das sich unter anderem weltweit für gerechtere Wirtschaftsbeziehungen einsetzt.

Zitat Ulrich Duchrow: „Politisch wird der Staat wieder vom Sozial- zum Wettbewerbs- und Sicherheitsstaat zurückentwickelt. Hauptakteure sind die transnationalen Konzerne, Banken und Fonds, also die sogenannten Finanzmärkte, gestützt durch die westlich dominierten internationalen, undemokratischen Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO... Der Vertrag über eine Verfassung für Europa sollte die Entwicklung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten zum militärischen Neoliberalismus verfassungsmäßig festschreiben... Dabei geht es wirtschaftlich und sozial gesehen um die Abschaffung der Sozialstaatlichkeit, also verfassungsrechtlich um die Aushebelung unseres Grundgesetzes. Damit sollen die Errungenschaften der Kämpfe der Arbeiterbewegung endgültig rückgängig gemacht werden.“

So ist es. Dafür steht die Bundesregierung und damit auch das Staatsoberhaupt Horst Köhler. Dafür steht letztlich aber auch die Regierung des Landes Bremen, da dieses Bundesland schon unter Schröder zur Spielwiese für verschärften Sozial-, Bildungs- und Kulturkahlschlag und damit als neoliberales Experimentierfeld auserkoren wurde. Ein Grund mehr, ständig Druck auf die Verantwortlichen auszuüben und sehr wachsam und misstrauisch gegenüber allen rot-grünen Versprechungen zu bleiben. Dafür stehen wir hier!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Schräuble locker: „Neuer Nostradamus“ warnt vor Schmutzbomben und „Weltuntergangsstimmung“ *(„Focus“)*

Vom Sozialstaat zum Sanktionsstaat

1. Herr **Köhler** war im armen Lande Bremen unterwegs und fand die Zeit für ein paar freundliche Worte an die Bremer Montagsdemo. Da werden Esel, Hund, Katze und Hahn in der Pfanne verrückt! Damit hatte niemand gerechnet – weder die politische Riege noch die unermüdlichen Montagdemonstrantinnen und -demonstranten.

Die ranghöchste Politikerin war bis jetzt Finanzsenatorin Linnert, die uns freiwillig das Wort gönnte, was wir ihr auch hoch anrechnen. Dass aber der Weg des höchsten Mannes im Staate freiwillig zu der allseits geächteten Montagsdemo führte, war eine schöne Überraschung. Wir haben dies als Anerkennung und positives Signal für alle in Deutschland stattfindenden Montagsdemos aufgefasst.

Vielleicht kommt es dazu, dass Herr Köhler ein Grußwort an die am **13. Oktober 2007** in **Berlin** stattfindende **Großdemo** sendet. Wir haben ihm in einem Offenen Brief eine Einladung übermittelt, auf dieser Großdemo eine aufmunternde, kritische Rede zu halten. Es ist eine Überlegung wert, ob wir Herrn Köhler bitten, Schirmherr der Montagsdemobewegung zu werden!

Auch nach dieser überraschenden Aktion war es den Bremer Medien leider nicht möglich, darüber zu berichten oder das Ereignis beiläufig zu erwähnen. Der nächste **Internationale Tag der Pressefreiheit** ist am 3. Mai 2008. Ich hoffe, die Bremer Medien haben bis dahin bewiesen, dass sie davon auch reichlich Gebrauch machen (können dürfen)!

2. Apropos Gedenktage: Am 13. September war der **Tag der Wohnungslosen**. Habt ihr was davon gemerkt? Ob die Wohnungslosen etwas davon gemerkt haben? Ich bezweifle es. Das ist einer dieser hohlen Gedenktage, die einfach nur peinlich sind, wie zum Beispiel der Muttertag. Beide Tage sind im Ansatz sicher nett gemeint, aber nutzlos.

Beim **Muttertag** ist es ja meistens noch so, dass der Mutter stolz Pralinen, Blumen oder Eierlikör geschenkt werden. Was aber erinnert die Wohnungslosen daran, wann ihr „Ehrentag“ ist? Wer holt sie aus ihrer Versenkung heraus? Bekommen sie an diesem Tag eine warme Mahlzeit geschenkt oder eine warme Decke? Wer schenkt es ihnen? Hat überhaupt jemand Interesse an ihnen?

Der Staat jedenfalls erfüllt seine Fürsorgepflicht nicht – auch nicht an den anderen Tagen des Jahres. Die Zahl der Wohnungslosen steigt ständig, als Resultat der verfehlten Politik unserer Regierungen. Auch diese Menschen werden aus der Vorzeigestatistik gelöscht und abgeschrieben. Sie haben keine Lobby, und sie

haben auch kein Vertrauen mehr in unseren Staat, der sie im Stich lässt. Wie sollten sie auch, wenn sie wie der letzte Dreck behandelt werden?

Nächste Woche gibt es noch so einen lächerlichen Aktionstag: den **Weltkindertag**. Ich bin mal gespannt, was da wieder für Floskeln erfunden werden. Vor allem, was den Bremer und Bremerhavener Kindern versprochen und wieder nicht gehalten wird. Was ist aus den Versprechungen vom letzten Jahr geworden? Aber versprechen kann sich ja jede(r) mal – und ein Politiker eben öfter. Es sind ja nur Kinder – die lassen sich vertrösten!

3. Frau Merkel hat ihren Vorgänger, den Armani-Kanzler, für die Einführung der sogenannten Agenda 2010 gelobt, weil durch sie der „Aufschwung" erst möglich geworden sei. Welcher Aufschwung – und für wen? Leider hat sie nicht erwähnt, dass durch diese – einem gierigen, kranken Hirn entsprungene – Agenda in Deutschland die Verarmung der Masse der Bevölkerung wissentlich und gewollt vorprogrammiert und einkalkuliert worden war.

Aus staatlich verordneter **Verarmung** ohne Perspektive erwachsen Hoffnungslosigkeit, Mutlosigkeit und Angst vor der Zukunft. Daraus entstehen zwangsläufig die unterschiedlichsten Krankheiten. Diese Tatsache wird inzwischen „staatlich anerkannt". In dieser Phase geschieht es, dass Menschen, denen erst der Arbeitsplatz genommen wurde und dann die Wohnung genommen werden soll, eine Entscheidung treffen, von der es kein Zurück gibt: Sie sehen keinen Ausweg aus ihrer derzeitigen Lebenssituation und begehen **Selbstmord**!

Bei ihnen ist kein Aufschwung angekommen, im Gegenteil: Sie sind böswilligen Sanktionen des Staates – der sie normalerweise schützen soll – ausgesetzt. Es gibt in unserem Land über alles und jedes mehr oder weniger stimmende Statistiken, mit denen wir täglich vollgestopft werden, um unser Denken und Wissen zu manipulieren.

Leider habe ich keine Statistik über die Höhe dieser Suizidzahl im Lande Bremen als Folge der immer radikaleren Umsetzung von Hartz IV gefunden; über die Menschen, die in ihrer Verzweiflung keinen Ausweg und keine Zukunft mehr für sich gesehen haben in unserem Unsozialstaat. Wir dürfen nicht glauben, dass es diese Suizidopfer nicht gäbe, nur weil darüber nichts in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen berichtet wird!

Frau Merkel, Herr Böhrnsen, warum werden wir unwissend gehalten? Die genaue Zahl der Toten in Tenever müsste der neu ernannte Quartierleiter kennen. Für das Land Bremen sind zum Beispiel „Radio Bremen" mit „Buten un binnen" und das „täglich glücklich" machende Blatt dringend gefordert zu recherchieren, wenn sie wirklich ernst zu nehmenden Journalismus machen wollen!

Weil es keine Suizidtoten geben darf, werden sie im wahrsten Sinne des Wortes totgeschwiegen. Wie werden diese Menschen beerdigt? Werden sie in Sammelgräbern anonym eingeäschert? Eine Beerdigung im herkömmlichen Sinn ist aus Geldmangel ja nicht möglich. Wie viel wird für ein „Armengrab" von der Bagis bewilligt?

Makabrer Nebeneffekt: Auch die Suizidopfer tragen dazu bei, dass sich der Anteil der arbeitsuchenden Bevölkerung vermindert und die Arbeitslosenstatistik geschönt wird. Vielleicht, weil diese Menschen keine Ansprüche mehr stellen? Makaber und widerlich! Der kleine **Kevin** ist ein indirektes Opfer und sein Fall ein übles Beispiel dieser fehlgeleiteten Politik durch das vollstreckende Organ Bagis geworden!

Frau Merkel, Herr Böhrnsen, die Frage lautet also: Wie viele Todesopfer gibt es in Bremen und Bremerhaven und in der Bundesrepublik? Wie viele Menschen sind seit der Einführung der gelobten Agenda und den immer skrupelloseren, willkürlichen Unrechtsmaßnahmen gegen diese abhängig gemachten Menschen aus Angst aus dem Leben geschieden?

In einem echten Rechtsstaat würden Schröder, Clement und Konsorten zur Rechenschaft gezogen und bestraft – statt von einer nicht minder kriminell agierenden Nachfolgerin gelobt!

4. Es gibt ein von der Regierung in Auftrag gegebenes **Gutachten**, das den diversen Politikern der Freien Hansestadt Bremen bestätigt, sie könnten bis heute nicht wirtschaftlich wirtschaften – egal wie viel Geld ihnen zur Verfügung stand. Es werden auch gleich Empfehlungen mitgeliefert, wo und wie im Lande Bremen noch **gespart** werden könne: nämlich im sozialen Bereich und in der Kultur.

Der Gutachter ist von keiner Sachkenntnis getrübt. Hat er noch nicht mitbekommen, dass das Land Bremen Spitzenreiter bei der Kinderarmut ist? Weiß er nicht, dass ausgerechnet die Kultureinrichtungen im Lande Bremen kaputtgespart wurden? Ich denke da ganz besonders an unseren letzten Kultursenator „Kassendieb“, der auch der denkwürdigen Meinung war, Kultur sei überflüssiger Luxus.

Geld lässt sich im Lande Bremen allerdings mannigfaltig einsparen, da hat der Gutachter schon recht. Als erstes bei der dringend notwendigen und überfälligen Verkleinerung der Bremer Regierung. Auch da belegen wir ungeschlagen und mit Abstand die Spitzenposition: Auf die Bevölkerungsdichte gesehen, haben wir die meisten Politiker pro Einwohner. Als Ausgleich dafür gibt es bei uns die wenigsten Polizisten pro Einwohner – das ist ebenfalls die Spitzenposition im Vergleich aller Länder.

Ernsthafte Einsparungen können auch bei den unübersichtlich angelegten und merkwürdig funktionierenden sowie überbesetzten städtischen GmbHs sofort und ohne Vorlauf vorgenommen werden – bei manchen würden wir gar nicht den Wegfall bemerken. Unsinnige und nie enden wollende Subventionen und Zuschüsse müssen sofort gestrichen werden – und davon gibt es reichlich im Lande Bremen.

Überflüssige Behörden wie zum Beispiel die seinerzeit extra neu erfundene „bag“ – ein Novum in Deutschland –, der im Zuge der Erfindung der Ein-Euro-Jobs die wichtige Aufgabe auf Prüfung der Rechtmäßigkeit übertragen wurde, können ersatzlos aufgelöst werden. Dieses Amt sollte speziell und nach strengen

Kriterien die Bewilligung der mehr als umstrittenen Arbeitsangebote auf Ein-Euro-Basis kontrollieren und gegebenenfalls erlauben.

Das Land Bremen ist mit der Genehmigung dieser zweifelhaften Ein-Euro-Jobs mit Abstand in Deutschland ungeschlagen – wieder eine negative Spitzenposition mehr! Nun haben wir eine neue Regierung und eine neue Finanzsenatorin. Neue Besen kehren gut, heißt es im Volksmund. Wir hoffen es sehr.

Gudrun Binder (wieder parteilos)

„Entschuldigen Sie, dass ich hier so hineinschneie“

Sie werden mich nicht erkennen, hier auf Ihrer... was?... 150. Montagsdemo, ich reise heute inkognito. Der Hochnebel heute morgen in Wolfratshausen ließ mich Kurs über Bremen nehmen. Und ehe ich bei meinem Freund Henning Scherf kurz vorbeischaue und wir uns umarmen, wollte ich eben noch ein Bad in der Menge nehmen.

Auch Sie haben mich ja nicht verstanden! Seit zwei Jahren bin ich nun kein Kanzler mehr, obwohl es keinen Besseren gegeben hat. Was habe ich nicht alles auf den Weg gebracht! Ich habe die Agenda 2010 aus der Taufe gehoben, damit Deutschland ganz modern... wieder wer ist auf der Welt. Fit wollte ich das Land und die Menschen machen, damit wir wieder an der Spitze stehen!

Sehen Sie sich nur einmal diese Übergewichtigkeit an bei den Leuten im Land! Mein Vorgänger Helmut Saumagen ließ es noch bei der Charakterisierung der sozialen Hängematte bewenden, ich aber schritt zur Tat: Mein alter Freund und Weggefährte Peter Hartz, ein ausgewiesener Fachmann in Menschenführung und begeistert für meine Ideen, machte mir Vorlagen für die Gesetze – wohlgemerkt, alles abgestimmt mit meinen Freunden bei VW und Daimler-Chrysler. Zwar gab es anfangs Probleme bei der Umsetzung, die für etwas Unmut sorgten, aber da haben wir – mit Lagezentren in Berlin und den Ländern – die Sache schon in den Griff bekommen.

Warum Sie hier stehen, kann ich nicht nachvollziehen. Haben Sie denn gar nicht mitbekommen, dass Sie gar keine Montagsdemo machen dürfen, dass ich Sie totschweigen lasse? Meine – leider – Nachfolgerin Frau Schnörkel fährt ja nun die Ernte meiner zukunftsweisenden Politik ein. Und mein lieber Parteifreund Müllefaring ist ihr dabei behilflich, trotz aller sauerländischen Sturheit recht konziliant.

Natürlich mussten die Hartz-Gesetze auf dem Amtsweg immer weiter verfeinert und wirkungsvoller gemacht werden. Wissen Sie, wie bekommt man denn Bewegung in ein Land? Da muss ein Antrieb her! Viel zu viele sitzen doch nur zu Hause herum und langweilen sich, weil sie allem Fleißigen und Ehrbaren entwöhnt

sind. Natürlich haben wir auch spezielle Verbil... Bildungsprogramme dafür entwickeln lassen, das private Fernsehen und den Spielemarkt aus den USA. Da sieht man doch gleich wieder, wie viel die Freundschaft mit einer Weltmacht Wert ist, trotz meiner angefeindeten Irak-Kriegspolitik – und im Vertrauen, das war alles sehr wohl mit George W. Bush abgestimmt, um die Menschen fröhlich und unpolitisch zu stimmen!

Deshalb musste die Politik des Fitmachens bei denen anfangen, die wir kriegen konnten. Ein wichtiger Schritt ist: weniger essen, nicht so viel wertvolles Fleisch oder Gemüse und teures Brot. Wir haben lange gestritten, bis wir bei 345 Euro für diese Klientel ein Maß gefunden haben, das sich sehen lassen kann. Ja, und das speckt ab. Das Gesamtgewicht aller Bundesbürger und unserer dauernd hier lebenden ausländischen Zuarbeiter hat doch schon gut abgenommen! Was, Verarmung breiter Schichten? Das ist ja nur ein Gespinst in Ihren Gehirnen. Leisten Sie endlich mal was!

Da fällt mir ein, ich habe noch gar nicht erzählt, was ich in Wolfratshausen gemacht habe. Ja, ich war bei meinem schärfsten Gegner aus Regierungstagen zu Gast, bei Edmund dem Stoiberigen. Das müssen Sie zugeben, mir und ihm hat man übel mitgespielt! Und da er sich nun aus dieser faden Schnörkel-Politik zurückziehen muss, haben wir endlich unsere echten herzlichen Gefühle füreinander bekundet. Der Stoiberige hat mich eingeladen. Wir waren zur Jagd, und dann hat die Stoiberige ein Jagdgericht gekocht – Brotzeit nennen die es wohl –, oder kochen lassen, sie hat ja jetzt sehr günstig viele Haushaltshilfen. Das könnten auch Sie sein! Für einen Euro beim Stoiber dazuverdienen oder bei mir – ach, entschuldigen Sie, wir bedienen uns immer direkt aus Weißrussland, kostet nur 25 Cent. Das wäre doch was!

Also, das feine Essen beim Stoiber – er kann ja so herzlich lachen, biegt sich immer ganz um, wenn ich einen meiner Bonmots lasse – das war erste Sahne, bayerischer Hirschrücken mit bayerischen Knödeln und einer Soooße, wunderbar! Den Leuten muss man ja erzählen, es sei nur Leberkäs gewesen, aber das ist nur a Schmarrn. Sie hätten das auch gern mal? Wollen Sie sich denn gar nicht meiner verordneten Rosskur beugen? Aber keine Sorge, es blieb nichts, aber gar nichts übrig! Fehlte nur noch, dass ich den Teller abgeleckt hätte. Das Hauspersonal hat den Duft genießen dürfen, aber vor dem Spülen war es schon nach Hause gegangen, die sind ja nach wie vor nicht flexibel.

So, ich muss fort, Henning wartet auf meinen Kanzlerbrief. Er konnte nicht zu mir kommen an den Flughafen, weil er Küchendienst hat in seiner Alters-WG. Ich sage nur, das muss man anders lösen! Ich bin jetzt schon vier- oder fünfmal verheiratet, und ob das so bleibt... Morgen bin ich dann wieder in Berlin und warte auf den Start beim Kriechen durch Putins neue Gasleitung. Grüßen Sie Ihren Bürgermeister, hatte heute keine Zeit für ihn, kann ihm ja der Alte erzählen, mit dem April, April... Tschüüs!

N.N. (Bremer Montagsdemo)

In zu großen Wohnungen leben die Reichen

Die im Mai dieses Jahres gewählte SPD/Grünen-Regierung in Bremen versprach uns, dass es keine Zwangsumzüge mehr geben werde. Die Grünen erklärten ihre Absicht, die Mietobergrenze um 20 Prozent zu erhöhen. Am 6. September 2007 sagte jedoch Horst Frehe, sozialpolitischer Sprecher der Grünen, es gebe Arbeitslose, die in „zu großen“ Wohnungen lebten. Es müsse an diejenigen gedacht werden, die niedrige Einkommen haben. Diese fänden keine billigen Wohnungen mehr, wenn die Mietobergrenze erhöht würde. Man müsse nach der „intelligentesten Lösung“ suchen.

Artikel 20 des Grundgesetzes besagt: „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Sind die Vermieter(innen) nicht gewillt, billigen Wohnraum anzubieten, sind sie zu enteignen, da sie nicht sozial handeln! Es sind Ausnahmen, dass Menschen in zu großen Wohnungen leben. Dies trifft auf die Reichen zu – doch darüber empörte sich der sozialpolitische Sprecher der Grünen nicht!

Die Hartz-Gesetze haben das Ziel, die Löhne permanent sinken zu lassen, den Niedriglohn einzuführen. Ein-Euro-Jobs sind da, um die abhängig Beschäftigten zu entrechten! In den Medien wird immer von „sinnvoller Beschäftigung“ bei Ein-Euro-Jobs gesprochen, aber darüber geschwiegen, dass die Menschen in Armut leben müssen. Die Hartz-Gesetze gehören abgeschafft! Kein Mensch darf gezwungen werden, zu Niedriglöhnen oder unentgeltlich zu arbeiten! Ein Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde muss eingeführt werden!

Rosa Luxemburg schreibt über die „sozialistische Krise in Frankreich“: „Auf der anderen Seite vereinfachte sich ebenso die Situation für den sozialistischen Flügel der Regierungsmajorität. In der früheren Phase bestand seine Rolle darin, die Scheinreformen der Regierung als wirkliche auszugeben, ihre Politik zu verteidigen. Seit diese aber den Schein selbst abgelegt hat, seit die Politik des Ministeriums durch die Reaktion unterstützt wird, bleibt den regierungstreuen Sozialisten nunmehr bloß übrig, die Existenz des Kabinetts *trotz* seiner Politik zu verteidigen.“

Das trifft ebenso auf die SPD/Grünen-Regierung zu. 4.660 Bedarfsgemeinschaften sollen ihre Miete nicht voll und ganz übernommen bekommen: Sie leben angeblich in „zu teuren“ Wohnungen. Sie erhalten auch nicht die Umzugskosten voll und ganz erstattet, während dies für neue Senatoren der Fall sein sollte. Eine Regierung, die ihre Wahlversprechen nicht einhält, gehört abgesetzt! Bisher ha-

ben wir nur „Scheinreformen“ erhalten, die nichts anderes bedeuten als massiven Sozialabbau. Dagegen gilt es sich zu wehren!

Diese Politik ist im Geiste von Rosa Luxemburg nicht zu verteidigen, sie muss bekämpft werden! Die Globalisierung, politisch gestaltet von den Konzernen, um ihre Ziele durchsetzen, ist Profitbereicherung auf Kosten der Menschheit. Dagegen gehört Widerstand organisiert! Über die Bedeutung von **Rosa Luxemburg** im Zeitalter der Globalisierung spricht heute Abend um **20 Uhr** die Politologin Trautlind Klara Schärr in der **Zentralbibliothek**.

Bettina Fenzel (parteilos)

Eine neue Sozialleistung zur Senkung der ALG-II-Empfängerzahl?

Seit über drei Jahren treffen wir uns nun jeden Montag auf dem Marktplatz, um gegen das menschenverachtende Unrechtsgesetz Hartz IV zu protestieren. Statt dieses Armut staatlich verordnende Gesetz endlich abzuschaffen, ist es noch weiter verschärft worden. Ein harter Kern von uns ist immer am Ball geblieben und kommt unermüdlich bei Wind und Wetter her. Uns eint die Empörung über die asozialen Gesetze der rot-grünen Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und der Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Seit kaum noch Arbeitsplätze zu vergeben sind, ist die Regierung dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen selbst mit ihrer Verfolgungsbetreuung zu bekämpfen!

Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit den ausbeuterischen Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose fabriziert! Jeder siebte Deutsche hat schon mal Hartz IV bekommen müssen! Leider haben noch immer nicht alle Menschen begriffen, dass absolut jeder davon betroffen ist, der in Deutschland lebt, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den chronischen Rentenkürzungen!

In Bremen lebt inzwischen jedes dritte Kind unter Hartz-IV-Bedingungen. Das sind etwa 24.000 Kinder und Jugendliche, die in Armut leben müssen. Entgegen aller vollmundigen Worthülsen der verantwortlichen Politiker bedeutet das in der Realität Ausgrenzung von klein auf, weil der Bedarfssatz für Kinder viel zu niedrig angesetzt ist und sie nur deswegen nicht hungern müssen, weil ihre Eltern sie mit

Geldmitteln durchbringen, die eigentlich für andere Bedarfe vorgesehen waren. Im Klartext bedeutet dies Folgendes: kein Kindergartenplatz mehr, dafür Kleidung aus der Kleiderkammer, Essen von der „Bremer Tafel“, keine Teilnahme an Klassenfahrten, kein Sportverein, kein Musik- oder Nachhilfeunterricht, kein Kino, keine Ferienfahrt – eben nichts von dem, was für andere Kinder zum normalen Alltag gehört.

Die Medien behaupten hingegen infamerweise, dass die Eltern das Geld für ihre Kinder verrauchen und versaufen würden. Da ein enger Zusammenhang zwischen Armut, schlechter Bildung und Perspektivlosigkeit besteht, darf es auch nicht weiter verwundern, wenn in Bremen jede(r) vierte Jugendliche keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat! Entgegen den permanenten Diffamierungen, auch gerade von Seiten der Regierung, sind 60 Prozent der ALG-II-Bezieher berufstätig und werden auf diese Weise zu sogenannten Aufstockern. Die Politik der Großen Koalition sorgte für einen sagenhaften Anstieg der Minijobs und führte umgekehrt zu einem historischen Tiefstand von sozialversicherungspflichtigen Stellen. Statt eine Grundsicherung oder einen Mindestlohn zu schaffen, hat Hartz IV einen zusätzlichen Teil der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gedrückt und im totalen sozialen Abgrund einbetoniert.

Die Bundesregierung hat schon wieder eine neue Mogelpackung in Aussicht gestellt, die angeblich gegen die Kinderarmut zu helfen vermag. Es soll eine neue Sozialleistung eingeführt werden, um Alleinstehende und Familien mit niedrigem Einkommen finanziell besser zu stellen. Wer als Alleinstehende(r) zwischen 800 und 1.300 Euro verdient, soll demnach einen gestaffelten Lohnzuschuss von maximal 20 Prozent des Bruttolohns erhalten. Für Paare liegen die Einkommensgrenzen entsprechend höher. Für Kinder kommt ein Zuschuss von maximal 140 Euro je Sprössling hinzu. So soll verhindert werden, dass Geringverdiener allein wegen ihrer Kinder oder geringer Arbeitseinkünfte Hartz IV beantragen müssen. Um förderwürdig zu sein, muss der Betreffende mindestens 30 Stunden pro Woche arbeiten und darf nicht zu hohe Zusatzeinkünfte aus Renten, Zinsen oder Unterhaltszahlungen haben.

Zugleich will die Regierung die Förderung für „Hartz-IV-Bezieher“ beschränken, die neben der Stütze eine gering entlohnte Teilzeitstelle oder einen Minijob haben. So soll der Freibetrag von 100 Euro, den heute jeder Arbeitslosengeld-II-Empfänger anrechnungsfrei hinzuverdienen darf, abgesenkt werden. Auf diese Weise will die Regierung den Anreiz zur Aufnahme einer Vollzeitstelle erhöhen. Ich frage mich, wozu wir schon wieder ein neues Sozialgeld brauchen können sollen! Selbstredend soll dies ausschließlich den „wohlanständigen Armen“ gewährt werden, die einen Hungerlohn in der „richtigen“ Höhe mit nach Hause bringen. Die Mehrheit der armen Kinder geht mal wieder leer aus. Das ist auch eine Form von statistischer Schönfärberei, weil es somit wieder weniger ALG-II-Empfänger geben wird – obwohl man die betroffenen Familien weiterhin mit Steuergeldern unterstützt, die nur einem Topf mit anderem Etikett entnommen werden, der aber ebenfalls zuvor vom Steuerzahler gefüllt worden ist!

Das Geld, was hier gezahlt wird, soll dann sicher bei den „Hinzuverdienern“ bis 100 Euro eingespart werden. Kranke Menschen, die nur wenige Stunden arbeiten können, werden gleich mit abgestraft. Es würde mich auch brennend interessieren, welche Vollzeitstellen hier denn gemeint sein könnten! Erst sorgen diese perfiden Politiker mit ihren asozialen Gesetzen dafür, dass Vollzeitstellen durch 400-Euro-Jobs oder Ein-Euro-Jobs ersetzt werden, und dann werfen sie den ALG-II-Beziehern vor, dass sie „nur“ dazuverdienen und keine Vollzeitstelle haben! Was ist mit denen, die sich sogar ihre supermies entlohnte Vollzeitstelle noch aufstocken lassen müssen? Für den Mist, den diese Damen und Herren in der Regierungsriege verbocken, werden wir bestraft – wir dürfen es ausbaden! Wenn es in Deutschland anständige Mindestlöhne gäbe, hätten wir diese Problematik nicht. Doch bei uns werden die Unternehmer nicht in die Pflicht genommen!

Ich hoffe, dass wir hier mit Karoline Linnert Glück haben und mit der Einhaltung ihres Wortes rechnen dürfen. Sie will sich dafür einsetzen, dass sich die Mietgrenzen in Bremen an den Regelungen vergleichbarer Großstädte orientieren. Außerdem sollen Umzugsaufforderungen nur dann erfolgen, wenn annehmbarer Wohnraum tatsächlich vorhanden ist. Bei „Buten & binnen“ verteidigte sie die Bremer Sozialpolitik mit stichhaltigen Argumenten. Sie belegte, wie hier die hohen Ausgaben zustande kommen, und erklärte, dass Bremen seine Universität und die Häfen schließen müsste, um das geforderte Sparvolumen erfüllen zu können. Sie setzte sich auch für ein kostenloses Mittagessen für Hartz-IV-Kinder in der Schule ein. Ich hoffe, dass sie mit ihrem löblichen Einsatz ebenso am Ball bleiben wird wie wir auch!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Die Bremer Finanznot treibt absurde Blüten

Jeder Bremer hat es inzwischen mitbekommen: Bremen ist pleite und die Zukunft ein dunkler Tunnel. Die Lage hat sich zugespitzt. Die Klage in Karlruhe wurde erst einmal ruhen gelassen. Man konzentriert sich jetzt auf die Föderalismusreform, bei der die Anteile der Steuereinnahmen zugunsten von Bremen neu geordnet werden sollen. Beides, so bitter es auch ist, ist zum Scheitern verurteilt. In der letzten Augustwoche gab es nun zwei entscheidende Veranstaltungen, die über das wahre Befinden Bremens Auskunft gaben und auch hier stattfanden.

Die eine war das Treffen der Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder aus Anlass der Föderalismusreform, die schon in die zweite Runde gegangen ist, nachdem man über Verantwortung und Eigenverschuldung der Länder entschieden hat. Es ging darum, eine gemeinsame Position zu finden – was allein schon

wegen der konkurrierenden und weiter wachsenden Häfen schwer fällt. Der Bund zieht sich aus Länderaufgaben immer weiter zurück, verlangt aber einen größeren Steueranteil. In der nächsten Runde, die von den Verlierern der ersten angeschoben wurde – also auch von Bremen – geht es im Grunde nur darum, Besitz zu verteidigen und das Verteilen an ärmere Länder zu vermeiden. Letztendlich droht der föderale Sozialpakt zu brechen, demzufolge Ländern, die in Not geraten sind, zu helfen ist. Das war auch die Idee des Länderfinanzausgleichs. Deswegen haben die Föderalismusreform und die Klage in Karlsruhe, die aus denselben Gründen scheitern wird, fatale Folgen für Bremen.

Die zweite Veranstaltung war eine gewerkschaftliche Demonstration für die Einführung des Mindestlohns, bei der selbst Jens Böhrnsen eine Rede hielt und sich mit dem DGB solidarisch erklärte. Der Bürgermeister fordert also den Mindestlohn von 7,50 Euro. Dass auch dieser Betrag ein Hungerlohn ist, wurde von ihm verschwiegen. Herr Böhrnsen, setzen Sie endlich die Forderung Ihres Senats um, den Mindestlohn in Bremen zum Standard zu machen, da es noch keine bundesweite Regelung hierfür gibt!

Zuvor sagte der SPD-Vize von Sachsen-Anhalt Bullerjahn, die Länder dürften keine neuen Schulden machen. Bei Verstoß drohen Sanktionen im Länderfinanzausgleich. Dies bedeutet einen radikalen Bruch mit der bisherigen Praxis. Die Föderalismusreform II findet Ende der Woche in Berlin statt. Alle Bundesländer sind dort vertreten. Aus dem Bremer Senat hieß es, man habe seine „Hausaufgaben“ gemacht: Der Haushalt weist für 2007 geringere Investitionsausgaben und weniger neue Kredite aus. Dafür wachsen die Zinsausgaben sowie das Haushaltsloch. Herr Böhrnsen fährt „gelassen“ nach Berlin, obwohl dort keine Nettigkeiten ausgetauscht werden. Wahrscheinlich schmiedet man in Berlin sogar schon den Sargnagel für Bremen.

Wenn also beide Möglichkeiten keinen Erfolg in Aussicht stellen, muss man einen anderen Weg gehen, um die Stadtfinanzen zu retten. Dieser Weg besteht darin, dass die Stadt Konkurs anmeldet und das Insolvenzverfahren einleitet: Bremen kann nicht mehr die Schulden der Gläubiger bezahlen und stellt ab sofort die Tilgung ein. Einige Milliarden Euro müssten zugunsten der Aufrechterhaltung des Stadtwesens für immer gelöscht werden. Dieser Weg ist gangbar, doch die Gläubiger sind sicherlich gegen diese Lösung: Die Banken sind es, die von der hohen Verschuldung profitieren, denn die Stadt ist abhängig von ständigen frischen Krediten. Dadurch können die Banken die Politik erpressen und Investitionen vom Fiskus direkt steuern.

Das ist eine unheilvolle Allianz, die die Stadt stetig fester knebelt und Politik ad absurdum führt! Eine wichtige Forderung dazu ist es, mehr Transparenz zu gewährleisten und dem Bürger Einblick zu geben in Haushaltslage, Geschäfte und Verträge des Senates – nicht nur mit den Banken. Der Bürger will und muss mit-

entscheiden über Finanztransfers. Die Idee des Bürgerhaushaltes gibt es schon, jedoch nicht in Bremen. Warum versuchen wir es nicht damit? Die Politiker sind anscheinend überfordert oder vereinnahmt! Fordern wir Souveränität zurück! In Deutschland wäre dies das erste Mal, dass Bürger mitentscheiden, wie Geld verteilt wird, abgesehen von mehreren Bürgerentscheiden zu Verkäufen öffentlichen Eigentums wie der Stadtwerke.

Bei der ganzen Diskussion um die Finanznotlage fehlt die Mitverantwortung der Banken hierfür. Der Haushaltsplan 2007 sieht eine Kreditaufnahme von 894 und Zinsausgaben von 602 Millionen Euro vor. Die Stadt ist also der beste Kunde der Banken. Die Gegenleistung für die neuen Kredite der Stadt gegenüber den Banken bleibt im Dunkeln. Wegen der engen Verzahnung der unheilbaren Zwillinge Staat und Bank sind Bund und Länder im Grunde immer kreditwürdig: Keines kann Pleite gehen, solange der Geldkreislauf anwächst.

Um die ökonomische Stellschraube zu verstehen, die die Politik niederdrückt, muss man nur einen Blick auf das Börsengeschehen werfen. Auch Staaten und Bundesländer werden von den Ratingagenturen gelistet. Die Schulden, die Bremen nie zurückzahlen kann, dienen den Kredithäusern als Werkzeug. So absurd es klingen mag: Die Verschuldungstitel der Stadt werden an der Börse gehandelt. Durch Erwerb derselben erlangt man Anteile und somit direkten Einfluss auf die Politik. Dass Frau Linnert davon spricht, die Finanznotlage Bremens sei nicht hausgemacht, ist eine Farce und verkennt die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten!

Jens Schnitker (parteilos)

Hoher Besuch

Auf welcher Veranstaltung war ich? Am 22. August 2007 war das Mitglied des Bundestages Rolf Kramer (SPD) bei den „Aktiven Arbeitslosen im Landkreis Diepholz“ im „VHS-Weiterbildungszentrum Bassum“ eingeladen. Hier nun einige Anmerkungen zu dem Artikel in der „Kreiszeitung“ von Freitag, dem 24. August 2007.

Ein Redakteur mit Initialen BBK schreibt: „Sowohl die Mitglieder des Stammtisches und Interessierte als auch ihr prominenter Gast zeigten sich gut vorbereitet. Was zunächst in ruhigen Bahnen verlief, steigerte sich im Verlauf des Abends zu teilweise lautstarken Frustentladungen Einzelner, die auch vor Beschimpfungen und und Verunglimpfungen ihres Gastes nicht Halt machten.“ Und weiter: „Kramer versuchte, auf alle gestellten Fragen moderat und sachlich einzugehen, Antworten oder differenzierte Hinweise zu geben. Der allgemeinen Meinung des Stammtisches aber, den Arbeitslosen sei es ‚vor Hartz IV‘ besser gegangen, trat er vehement entgegen.“

Es war eine komische Situation in der gut besuchten Veranstaltung, zu der sich etwa 20 Personen eingefunden hatten, nur dass keiner mal recht lachen woll-

te oder konnte. Zu der Zeitungsmeldung, die Anwesenden seien gut vorbereitet gewesen, haben wohl mehrere von ihnen eine ganz andere Meinung. Denn sobald konkrete Fragen zur Hartz-IV-Problematik gestellt wurden, war von Herrn Kramer meist zu hören, er habe dazu keine Informationen, wolle diese aber beschaffen, was ja wohl nur für die Zukunft gelten kann.

Er hatte keine Infos über das reale Leben und war somit eben nicht gut vorbereitet! Wer war hier also gut informiert? Dies führt direkt zu der Frage, warum Rolf Kramer nach mehreren Terminverschiebungen sich eben nicht besser vorbereitete oder einen kompetenten Kollegen empfahl beziehungsweise diesen mitbrachte, was durchaus als Kompetenz auszulegen gewesen wäre.

Kramers langatmige Beitrage ließen die Ansicht aufkommen, er wolle andere Diskutanten unter den Tisch sabbeln und so in einer Wahlkampfveranstaltung die meiste Zeit für sich nutzen. Er gab lediglich persönliche Statements ab. Ein richtiger Schlagabtausch, wie er nötig gewesen wäre, war bei dieser „Diskussionskultur“ leider nicht möglich. Seine Mitteilung, er sei im Verteidigungsausschuss tätig, erklärte dann auch vieles, zum Beispiel warum er so vehement die Hartz-IV-Gesetzgebung verteidigte!

Dies brachte verständlicherweise mehrere Anwesende in Rage, auch da Kramer sich nicht bereit zeigte, zu seinen eigenen Bezügen Stellung zu nehmen. Nur abzuwiegeln und zu behaupten, die genannten Beträge seien falsch, ist eben zu wenig, Herr Kramer! Mit Ihren wiederholten wegwerfenden Handbewegungen – zu Sachen und Personen! – machten Sie deutlich, dass Sie eben nicht zu wirklicher Diskussion bereit sind, sondern die Definitionshoheit haben wollen!

Wenn der Redakteur von persönlicher Verunglimpfung schreibt: Worin kann diese bestanden haben? Der Diskussionsleiter war leider nicht in der Lage, seiner selbstgewählten Aufgabe gerecht zu werden. Zu Kramers zitierter Aussage „Ich bin hier, um Hilfestellungen im Rahmen meiner Möglichkeiten anzubieten und nicht, um mich auslachen oder diffamieren zu lassen“ ist zu sagen, dass er selbst oft den Eindruck vermittelte, die Teilnehmerrunde zu veralbern oder zumindest nicht ernst zu nehmen. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass einige Teilnehmer vorzeitig gingen?

Auch hat Rolf Kramer, anders als im Zeitungsbericht dargestellt – „nach dem Geraderücken der Positionen hatte die Veranstaltung noch einen fast harmonischen Verlauf genommen“ –, die Diskussionsrunde nicht in seichteres Gewässer geführt und somit gerettet. Seine Absichtsverkündung, er wolle individuelle Hilfe leisten, mutet seltsam an. Wie könnte solche Hilfe aussehen? In unserem Rechtssystem ist der Weg vorgegeben. Über diesen will sich RK doch nicht etwa hinwegsetzen? Dass Herr BBK die Veranstaltung so einseitig schönfärbt, ist schade und der Sache nicht dienlich. Diese Darstellungsweise entspricht nicht der Erinnerung einiger Teilnehmer! Es war aber trotz allem eine lehrreiche Veranstaltung.

Roland Springborn (parteilos) für die „Aktiven Arbeitslosen Bassum“

Schade, Herr Köhler!

So manch ein armer Mensch wird im Winter zu Hause frieren, weil unsere Spitzenpolitiker so fürchterlich falsch regieren! Die vielen Rentner sind denen oben schon keinen Pfifferling mehr wert. Deswegen wird ihnen nach den Nullrunden nur eine Scheinerhöhung beschert!

Eine schallende Ohrfeige sind die 0,54 Prozent Erhöhung für die Alten durchaus. Oben leben die feinen Damen und Herren weiter wie Gott in Fankreich, in Saus und Braus!

Wer so viel Misstrauen sät, der wird auch Misstrauen ernten, schon bald. So eine unbarmherzige, unsoziale Politik lässt kaum einen Rentner kalt! Im Angstschüren und Angstverbreiten ist man oben Spitze! Die Unterschicht – ob jung, ob alt – kriegt ständig welche auf die Mütze!

Die mächtigen und gierigen „Heuschrecken“ sitzen nun schon überall im Land. Sie unterdrücken Gruppen, kleine Parteien und wurden beim bloßen Denken schon erkannt! Die Demokratie sieht man fast überall weichen! Die Macht, das Handeln und Denken bestimmen schon die Reichen!

Nur wer reich ist, groß und mächtig, der denkt und handelt „richtig“! Wer nicht in die gleiche Kerbe haut, der handelt und denkt nichtig! Lässt man all den Götter-„Heuschrecken“ zu viel freien Lauf, dann fressen sie das letzte bisschen Demokratie noch auf!

Wir stören sie, wenn wir handeln, und wir stören sie auch mit unserm Denken! Man möchte die ganze Unterschicht nur in eine Richtung lenken! Aber die „Heuschrecken“ können nicht alle Herzen schlucken. Wir werden ihnen auch weiter in die Suppe spucken!

Ursula Gatzke (parteilos) – Tonaufnahme (MP3, 710 kB)

„Das können wir uns nicht leisten“: „Rollstuhl-Horst“ hetzt gegen „Appartment-Helmut“ *(„Weser-Kurier“)*

Eine kurze Bilanz

Was haben wir bis jetzt erreicht? Jeden Montag machen wir auf die Probleme in der Gesellschaft aufmerksam. Wir klären auf, helfen Probleme zu bewältigen, und wir haben erreicht, dass man uns ernst nimmt und die Medien sich jetzt immer öfter mit „unseren“ Themen zu Wort melden. Wir haben erreicht, dass ältere Ar-

beitslose anders behandelt und die Renten jetzt doch ein wenig angehoben werden. Dass sich die Gewerkschaften endlich wieder verstärkt für die Arbeitnehmer einsetzen. Wir haben erreicht, dass die Politiker langsam begreifen und anfangen, sozialer zu denken. Wir haben erreicht, dass immer mehr Menschen nachdenken und die zunehmende Armut nicht mehr auf die leichte Schulter genommen wird. Dass die Kinderarmut verstärkt bekämpft und es mehr Chancengleichheit geben wird. Dass die Hungerlöhne abgeschafft werden und Ein-Euro-Jobs allmählich verschwinden. Dass die Behörden menschlicher handeln und die Gesetze einhalten müssen. Auch dazu, dass das Bremer Theater nicht geschlossen wird, haben wir mit beigetragen! Was wollt ihr mehr? Ja, all das ist unser Verdienst! Hätten wir nichts getan, gar nicht auszudenken, wo wir gelandet wären!

Das alles haben wir durch unseren friedlichen Protest, trotz Miesmacherei und Belächelns, übler Nachrede und Beleidigungen erreicht. Das war übrigens nur ein kleiner Auszug! Wenn ihr der Meinung seid, wir hätten noch mehr erreichen müssen, was denn? Dass bestimmte Politiker nicht mehr regieren sollen, dass bei der Gesundheitsreform mehr ausspringen sollte, dass alle mehr Geld zur Verfügung haben? Dann kommt doch, sagt es, sprecht mit uns, hier am Offenen Mikrofon! Aber bitte sagt nicht, wir können nichts bewirken, sonst müsstet ihr euch alle selbst bezichtigen. Nur wer sich wehrt, kann etwas erreichen! Wenn wir mehr erreichen wollen, müssen sich auch noch mehr Menschen bemühen, dann geht alles viel schneller. Das ist übrigens Demokratie: Die Bevölkerung sagt, wo es langgeht, die Politiker sind nur unsere Vertreter, und wenn ihr mit der Politik nicht einverstanden seid, dann wählt sie ab, das ist unser demokratisches Recht!

Dafür müsstet ihr aber auch wissen, was ihr möchtet, und nicht nur schimpfen, sondern auch handeln. Wir von den Montagsdemonstranten setzen uns nur mit allen demokratischen Mitteln zur Wehr. Das ist unser aller Recht! Wir Montagsdemonstranten haben uns mit unseren Aktionen einen Platz in der Geschichte erobert, als diejenigen, die das Recht und die Freiheit verteidigt und die Politik zum Umdenken bewegt, somit vielleicht sogar die Demokratie gerettet haben. Dies mit nur friedlichen Mitteln! Niemand sage mehr, es hat doch keinen Zweck, die Demokratie funktioniert noch, und das soll auch so bleiben! Der Protest geht weiter. Weg mit Hartz IV und Agenda 2010!

Udo Riedel (parteilos)

Die schlaflosen Nächte des Berthold Huber

Wir hatten ja letzte Woche großen Besuch. Es waren wichtige Leute in Bremen – auch einige, die sich für wichtig halten. Berthold Huber, einer von denen, die auf dem nächsten IG-Metall-Tag in den Vorstand gewählt werden sollen, will Vorsitzender werden. Der war bei uns in Bremen, um sich mit der „Basis“ zu unterhalten. Eigentlich wollte er uns was erzählen, doch dann hat man kurzfristig den Tagesordnungspunkt „Diskussion“ mit aufgenommen, weil sie Angst hatten, dass die Vertrauensleute von Daimler vielleicht ein bisschen beleidigt sind, wenn man ihnen nur was erzählt.

Gesprochen hat er über unsere „alternde Fabrik“. Ich bin ja ein „Jugendlicher“ mit meinen 35 Jahren, weil wir ein Durchschnittsalter von 46 in der Firma haben, das weiter hochgeht. Von meinem künftigen Gewerkschaftsvorsitzenden habe ich gedacht: Wird er uns erzählen, dass wir jetzt einen Kampf um die Senkung des Renteneintrittsalters führen, damit Jugendliche eingestellt werden? Dass wir uns darum kümmern, dass in der Industrie und überhaupt die Leute wieder eine Chance haben? Dass man auch für Arbeitszeitverkürzung eintritt, damit viele Menschen Arbeit kriegen?

Stattdessen musste ich mir anhören, dass die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden vor 20 Jahren Schuld daran sei, dass der Gewerkschaft die Mitglieder weglaufen und der Kampf um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland kein Erfolg gewesen sei! Auch den Einwand, dass die Gewerkschaft dort den Kampf einfach abgebrochen hat, statt ihn zu Ende zu führen, ließ er nicht gelten. Er sagte einfach, das war eine Niederlage, und deshalb hält er wohl von der 35-Stunden-Woche gar nichts, so habe ich das verstanden.

Immerhin gab er zu bedenken, dass ERA, das „Entgelt-Rahmen-Abkommen“, also dieses Lohnsenkungsprogramm der Unternehmen, eine gute Sache sei, ebenso der „Daimler-2012-Vertrag“, der bedeutet, dass wir zwei Stammbelegschaften haben, nämlich eine mit gutem und eine mit schlechterem Lohn. Aber wir konnten erfahren, er hat schlaflose Nächte! Er wollte uns nämlich erzählen, er hat auch mal Marx gelesen, in einer seiner schlaflosen Nächte. Also scheint ihm auch nicht so wohl dabei zu sein, mit den Unternehmerverbänden zusammenzuarbeiten. Ich denke, wir haben in der Gewerkschaft bessere Vorsitzende verdient als solche aalglatten Leute!

Übrigens treten wir nicht nur für unsere eigenen Interessen wie höhere Löhne ein. Es wird nämlich demnächst eine ganz interessante Frage geben: Eine Dreiviertelstunde lang hat er von der „alternden Fabrik“ erzählt und die Lösungsvorschläge dargelegt. Einer davon war, es solle mehr Altersteilzeit geben. Da die Bundesregierung und die internationalen Monopole nicht gewillt sind, das weiter aus dem Steueraufkommen zu bezahlen, müsse man darüber verhandeln, dass

die Jüngeren wieder 40 oder 45 Stunden arbeiten, damit die Ältern in Altersteilzeit gehen können!

So sind die Vorschläge, die da gemacht werden. Er sagte das natürlich nicht direkt, sondern dass wir die 35-Stunden-Woche verteidigen müssten, denn er wisse, die Gegenseite wolle die Arbeitszeit verlängern. Da habe ich schon rausgehört, man müsse wohl einen Kompromiss machen. Gesagt hat er das nicht, nur dass man darüber verhandeln müsse. Das wäre dann wohl nächstes Jahr in der Tarifrunde so weit.

Im Werk haben wir zurzeit eine total gesteigerte Ausbeutung. Man kann am Band kaum noch hochgucken, ist nur noch am Knüppeln. Da sehen viele Kollegen nur das eigene Problem – zu wenig Personal, zu viel zu tun. Unter den Vertrauensleuten gibt es schon die eine oder andere Diskussion, aber bei der Mehrheit der Kollegen stehen die Tagesfragen vorne: „Ich habe keine Zeit mehr für die Familie und werde ohne Ende ausgebeutet“. Man muss natürlich die Frage aufwerfen: Brauchen wir dann nicht eine Arbeitszeitverkürzung? Müssen wir über mehr Pausen reden?

Die großen Streitpunkte – die „alternde Fabrik“, die Finanzierung der Altersteilzeit – spreche ich in Pausendiskussionen an, aber von Seiten der Gewerkschaftsführung oder der Betriebsratsspitze werden sie ein bisschen rausgehalten und nicht unbedingt täglich zum Thema gemacht. Man merkt das auch daran, dass sich vom Betriebsrat niemand hier auf der Montagsdemo sehen lässt, obwohl ich das auf fast jeder Versammlung anspreche. Da wird eine eigenartige Politik gemacht! Aber uns wünsche ich jetzt eine wunderbare weitere Feier der 150. Montagsdemo!

Ein Montagearbeiter von Daimler-Chrysler

Wehren wir uns gegen die Politiker-Versorgungsbetriebe!

Meine Vorredner haben noch einen ganz Wichtigen hier in Deutschland vergessen zu erwähnen: unseren Lügenbaron. Der verdient im Moment wahrscheinlich politisch nicht mehr genug. Seine Altersversorgung ist mit 10.500 Euro zwar nicht gerade wenig, aber wohl doch nicht ausreichend. Jetzt tritt er in Bremen auf, der Norbert Blüm, als Kabarettist und macht Späße über seine Lügengeschichten! Wenn er hier in Bremen auftritt, sollten wir von der Montagsdemonstration ihm ein Ehrengeleit bieten, mit einem Lügen-Song oder ähnlichem! Vielleicht wird er uns dann noch verspotten und verhöhnen.

Ich wollte auch noch etwas anderes erwähnen: die Diskussion der Politiker über unsere ständig steigenden Stromkosten. Man hört von offiziell nicht exis-

tierenden, stillen Absprachen, dass man ihnen nach dem Ausscheiden aus dem Amt – damit ihnen keine Korruption nachgewiesen werden kann – eine entsprechende honorige Belohnung zukommen lässt, zum Beispiel eine Anstellung. So wandert ein Politiker nach dem anderen – man gibt sich gegenseitig die Klinke in die Hand – durch diese Versorgungsbetriebe! Auch ein ehemaliger Bremer Senator arbeitet jetzt bei der Müll-Mafia. Man hat sich gut abgesichert, auch die Leuten von der Stromversorgung. Wir bezahlen dafür, weil wir so dämlich sind und uns nicht gegen diese Leute wehren!

Peter Kubiak (parteilos)

Wenn es Unruhen gibt, ist die Grenze des Sparens überschritten

1. Ist die **Hypothekenkrise** in den USA weit weg? Nein! Jetzt hat es die britische Hypothekenbank Northern Rock erfasst: Die Kunden holen ihr Geld ab. Lange Schlangen und Wartezeiten werden dafür in Kauf genommen. Auch diese Bank hat die ausgelegten Hypotheken gebündelt und weiterverkauft. Bei den Auswirkungen auf Deutschland ist außer der IKB und der Sachsen-LB auch die West-LB zu nennen. Letzterer haben die Kapitaleigner einen Berater zur Seite gestellt. Doch Kapitaleigner der West-LB ist die öffentliche Hand, und der Berater ist ein Wettbewerber, die Citi-Group! Wie können Politiker nur so etwas tun?

Der Schaden durch diese Luftblase wird vom holländischen Notenbankgouverneur auf ein Volumen von 1,2 Billionen (1.200 Milliarden) Euro geschätzt, im schlimmsten Fall. Das private Geldvermögen in Deutschland beträgt etwa neun Billionen Euro. Die Deutsche Landeszentralbank hat mit den Veröffentlichungen aufgehört. Über 200 Millionen Euro beträgt das Zusatzvolumen ungesicherter Sofortkredite. Diese Meldung ist einige Zeit her, es wird weiteres Geld geflossen sein. Die Ergebnisvorausschau von LZB und Europäischer Zentralbank wurde nach unten korrigiert.

Wer trägt diesen Schaden? Es sind die Anleger für den Wertverlust der Aktien und Fondswerte. Es sind die Sparer, wenn ihre Bank pleite geht und diese nicht dem Sicherungsfonds angeschlossen war beziehungsweise der Einlagebetrag inklusive tagesaktueller Zinsen den garantierten Betrag überschreitet. Es ist die öffentliche Hand für IKB, Sachsen-LB und West-LB sowie für die eventuell notleidenden Kredite von LZB und EZB – weltweit!

Werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen? Werden uns die Statistiken künftig keine heile Welt mehr vorgaukeln? Die Arbeitslosenzahlen der USA stimmten genauso wenig wie unsere Statistik!

2. Am Donnerstag hat sich Karoline Linnert in der „Arbeitnehmerkammer“ wacker gegen die Vorwürfe des Gutachters verteidigt. Sie stellte klar, dass sie Rechtsnachfolgerin der vorhergehenden Senatoren für Finanzen ist. Professor Hickel erklärte, dass gerade die Grünen mit guten Argumenten gegen die heutigen Investitionsruinen agiert haben. Von den vielen Argumenten nur eines: Der Gutachter sieht noch „erhebliche Einsparmöglichkeiten im sozialen Bereich“.

Frau Linnert hat dem energisch widersprochen und die Frage gestellt: „Wann ist diese Grenze überschritten?“ Spontane Antwort des Gutachters: „Wenn es **Unruhen** gibt!“ Der Satz stand im Raum, der Gutachter hätte sich am liebsten auf die Unterlippe gebissen. Die Bemerkung „Das wollen wir alle nicht!“ löste die Anspannung! Herr Hickel und Herr Stauch, der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes Bremen, haben die eingeengte Sichtweise des Gutachtens herauskristallisiert. Es ist eben ein auftragsbezogenes Werk!

Wenn Unruhen ein Kriterium für die Hilfe von anderen Bundesländern sind, ist Berlin ein ganzes Stück weiter: Dort brennen Autos, allein in der letzten Woche waren es drei, und Anschläge mit Flusssäure gefährden auch Menschen. Sachbeschädigungen durch Flusssäure, die Glas stark angreift, werden von der Berliner Polizei den Graffiti-Sprühern zugeordnet. Ganze Flaschen Flusssäure zu verschütten, ist aber etwas anderes. Dies wollen wir nicht! Es trifft immer die Falschen!

Alle Problem sehen mit zeitlichem Abstand anders aus. Es gibt effiziente Möglichkeiten, sich gemeinsam zu wehren! Kommt zur Bremer Montagsdemo! Wir gehen mit aufs Amt! Beurteilt werden die Teilnehmerzahlen jedoch aufgrund der sichtbaren Köpfe, daher nicht nur im Netz lesen, sondern Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Mitte September fand das **3. Bremer Sozialforum** statt. Es gab dort viele anregende Beiträge. „Attac“ plant die nächste weltweite Aktion am 26. Januar 2008, Vorschläge und Aktivisten sind willkommen. Es wurde wieder klar: Viele Menschen sind interessiert und aktiv. Ausdauernd sind insbesondere die „Mahnwache für den Frieden“ und die „Nordbremer Bürger gegen den Krieg“: jeden Donnerstag beziehungsweise jeden Freitag, und zwar schon weitaus länger als drei Jahre.

„Attac“ führt aktuell eine Kampagne gegen die Bahnprivatisierung. Während der interessanten Ausführungen zu den Auswirkungen dieser Privatisierungen dachte ich auch an das Rostocker Wasser und die Bremer Energie. Genannt wurde auch die angeblich unrentable Deutsche Post. Die neuen privaten Unternehmen haben jetzt offenbart: Gespart wird an den Personalkosten, die Löhne sind niedrig, etwa durch „geringfügige Beschäftigung“.

Was haben all diese Aktionen gemeinsam? Es ist die Lissabon-Strategie! Dabei handelt es sich um ein auf dem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm, das zum Ziel hat, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Im Lissabonner Vertrag festgeschrieben steht die Grundlage für die Auf- und Umrüstung der Streitkräfte und der Auftrag, möglichst alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu privatisieren.

EU-weit haben sich die Länder zur Umsetzung verpflichtet. Somit steht auch die „Agenda 2010“ bereits im Lissabonner Vertrag! Für Deutschland hat Peter Hartz die Kriegserklärung an die sozial Schwachen, die „Arbeitsmarktreformen“ Hartz I bis IV, entsprechend der EU-Vorgaben ausgearbeitet. Um 19 Uhr ist all dies heute in der oberen Rathaushalle aus einer anderen Sicht zu hören, dort läuft „Mitreden in Europa“. Hinterfragen lohnt sich!

4. Herr Müntefering will einen **Zusatzlohn** für Geringverdiener schaffen. Warum werden nicht zuerst die Zumutbarkeitsregeln für Erwerbslose geändert? Mit einem Zusatzlohn zulasten der öffentlichen Hand wird die Lohnabwärtsspirale nicht gebremst, sondern beschleunigt! Damit wird erneut verschleierung betrieben: Der Hauptzweck scheint die Reduzierung der ALG-II-Zahl zu sein. Es gelangt kein Cent zusätzlich in die Tasche des Betroffenen, aber er ist aus der Statistik raus. Wenn die Zumutbarkeit auf Tariflohn oder ortsüblichen Lohn geändert würde, wäre die Lohnabwärtsspirale gebremst. Genau dies will Münte aber nicht: Im Lissabonner Vertrag ist die Schaffung einer Niedriglohnzone vereinbart, und scheinbar liegen die Löhne bei uns noch nicht tief genug!

Bremen will den **Ein-Euro-Job** ändern: Wer möchte und über 25 Jahre alt ist, kann jetzt freiwillig fünf Jahre lang den gleichen Ein-Euro-Job ausführen. Um diese Regelung zu begrüßen, muss der Mensch an die Freiwilligkeit glauben – meistens ist es der Zwang des Geldes! Bremen hat bereits die Befristung von neun Monaten für die 1.200-Euro-Beschäftigungsmöglichkeit aufgehoben. Aus meiner Sicht sind dies erneute Beiträge zum steuerfinanzierten Arbeitsverhältnis mit entsprechender Verdrängungswirkung!

Der Punkt, an dem eine bedingungslose **Grundsicherung** günstiger ist als die vielen Steuergeschenke an Unternehmer, rückt immer näher! Dies entspricht aber nicht dem Lissabonner Vertrag. Wenn viele Menschen absolut keine Chance auf eine reguläre Arbeit haben, entsteht Armut mit allen Begleiterscheinungen. Der Lissabonner Vertrag führt uns in eine Zukunft, die in Chile und Argentinien Gegenwart ist!

5. Die **Kosten der Unterkunft** werden wir am **Dienstag**, dem **25. September 2007**, um **18 Uhr** mit Frau Rosenkötter und Herrn Schuster sowie den Mitgliedern der Sozialdeputation im **Haus des DGB** ausdiskutieren. Am **4. Oktober 2007** ist die nächste **Demonstration** zur Sitzung der **Sozialdeputation**. Nach dem Ende

der Demo gehen wir alle als Zuschauer mit, denn diese Sitzungen sind künftig öffentlich!

Den Auszubildenden dieses Jahres wünsche ich viel Glück in der Probezeit! Allerdings haben Azubis mit vorherigem ALG-II-Bezug oftmals Sorgen: Sie bekommen kein Geld. Die Bagis verweist auf die **Ausbildungsvergütung** und stellt die Zahlung zum Monatsanfang ein. Ausbildungsvergütung gibt es erst am Monatsende, und sie muss bis zum nächsten Monatsende reichen! Das Verhalten der Bagis ist unrechtmäßig: Die Hilfebedürftigkeit endet erst mit dem Zahlungseingang der Ausbildungsvergütung!

Chefs, habt Verständnis und unterstützt die frischen Azubis bei der Einforderung ihres ALG-II-Anspruches gegenüber der Bagis! Ein Vorschuss erschlägt diesen. Oder schickt die Azubis zu uns, wir gehen mit! Auch die Gewährung von ALG II auf Darlehnsbasis ist unrechtmäßig. Eure Unterschrift auf der Vereinbarung ist ungültig! Ein Antrag auf Niederschlagung oder Ausbuchung des Darlehns erspart die Rückzahlung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, das geht auch als Rentner: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Die Rechtsgrundlage des Arbeitslosengeldes II ist das SGB II. Verwaltungsanweisungen haben keine Gesetzeskraft, es sind nur interne Regelungen für die Entscheidungen der Verwaltung. **Mietobergrenzen** gibt es zurzeit in Bremen nicht, die bisherigen wurden aufgehoben. Noch nicht gefällt wurde die Entscheidung über die neuen Mietobergrenzen. 310 Euro wurden angedacht, aber für zu niedrig befunden.

Das SGB II gilt bundesweit. Gerichte fällen Urteile und treffen Entscheidungen hierzu, doch der Bagis fällt es schwer, Gerichtsurteile zu ihren Ungunsten zu akzeptieren. Spätestens die Richter werden die positiven Entscheidungen der anderen Gerichte heranziehen und gleichlautend urteilen. So ist der **Regelsatz** unbestritten viel zu niedrig: Er ist das garantierte unterste Existenzminimum und muss auch so behandelt werden. Kürzungen des Regelsatzes sind nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen erlaubt, zum Beispiel für die Rückzahlung von Darlehn mit höchstens zehn Prozent vom Regelsatz.

Ein **Darlehn** für eine Mietkaution kann nicht verweigert werden. Dieses Darlehn ist jedoch zins- und tilgungsfrei zu gewähren, weil durch eine Tilgung der Regelsatz nicht mehr voll zu Verfügung steht. Die Urteilsbegründung des Hessischen Landessozialgerichtes steht noch aus (Az. L6 AS 145/07 ER). Eine Rückzahlung kann erst nach Überschreiten der Pfändungsfreigrenzen verlangt werden.

Wie wirkt sich eine nur teilweise Übernahme der Kosten der Unterkunft für die Betroffenen aus? Der Regelsatz steht nicht mehr voll zur Verfügung, oder die Wohnung ist durch die Zahlung der verminderten Miete gefährdet. Die Gefährdung der Wohnung ist durch die Bagis auszuschließen oder zu vermeiden, so geregelt im SGB II. Eine Kürzung der Regelleistung durch eine nur teilweise Übernahme der Unterkunftskosten ist im SGB II nicht vorgesehen.

Eine gesetzeskonforme Lösung kann somit nur wie folgt aussehen: Die nicht angemessenen Bestandteile der Kosten der Unterkunft werden als Darlehn gezahlt und auch so behandelt. Falls hier eine Darlehnstilgung zulässig ist, dann nur mit Begrenzung auf zehn Prozent der Regelleistung (insgesamt, wenn mehrere Darlehn bestehen). Rest-Darlehn sind nach einem Jahr auszubuchen. Allerdings halte ich eine Darlehnstilgung aus den vorstehenden Gründen für nicht verfassungsgemäß.

7. Ein Augenzeuge berichtete uns von einem **Selbstmordversuch** in der Arge Syke: Eine Afrikanerin wollte sich mit einem Gürtel an einem erhöht angebrachten Heizkörper erhängen. Anwesende Mitarbeiter(innen) der Arge sahen zu ohne einzugreifen. Der Zeuge bemühte sich, die Frau zu beruhigen. Da sie Französisch sprach, war eine Verständigung nur eingeschränkt möglich. Es war zu erfahren, dass ihr Mann am Morgen abgeschoben werden sollte. Seinen Pass hatte das Ausländeramt bereits einbehalten. Die Frau hatte vor ihrem Selbstmordversuch erfolglos versucht, seine Papiere einzufordern. Gegen die Arge-Mitarbeiter(innen) wird unser Zeuge eine Anzeige wegen unterlassener Hilfeleistung stellen.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das Land hat neue Politiker bekommen

Ich fand das ganz toll, das Ständchen vorhin, und möchte allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern zurufen: Herzlichen Glückwunsch zur 150. Montagsdemo! Als wir vor drei Jahren damit begonnen haben, zunächst in Ostdeutschland, sehr schnell aber auch im Westen, war das der Startschuss für eine neue soziale Bewegung, wie es sie in Deutschland in dieser Form bisher nicht gegeben hatte. Die Montagsdemos zeichnen sich aus durch eine neue Demonstrationskultur, mit eigenen Grundsätzen und Methoden, zum Beispiel das Offene Mikrofon.

Wie viele gab es nicht im Vorfeld, die gesagt haben: Oje, ein Offenes Mikrofon, da kommen nur die Ultrarechten, und Faschisten wollen dann reden, oder Spaßmacher und Leute, die nur schlimme Wörter gebrauchen. All das war letzten Endes Ausdruck von Ängstlichkeit und Kleinlichkeit – die Praxis hat diese Kritiker widerlegt. Die Offenen Mikrofone sind inzwischen ein unwegdenkbarer Bestandteil der Demonstrationskultur in Deutschland. Sie haben überall dazu geführt, dass Menschen ans Mikrofon gehen, die sich im Leben nicht vorstellen konnten, jemals vor einer größeren Menschenmenge zu sprechen!

Das hat aber noch eine ganz andere, viel weiter gehende Bedeutung: Es ist damit der Startschuss gegeben worden, dass Menschen anfangen, ihr Schicksal

in die eigene Hand zu nehmen, nicht nur darauf zu vertrauen, irgendein gewählter Politiker einer bürgerlichen Partei wird's für mich richten, sondern zu sagen: Nein, wir gehen jetzt selber ans Mikrofon! Viele von uns haben den Slogan „Neue Politiker braucht das Land!" benutzt. Ich denke, dass diese Montagsdemobewegung ständig neue Politiker hervorgebracht hat, die ihre Sache in die eigene Hand nehmen! Das geht bei weitem über den Tag und auch über den Kampf gegen die Hartz-Gesetze hinaus.

Es geht darum, selbständig zu sein, kein Anhängsel von irgendwelchen Parteien und Gewerkschaften. Die Montagsdemobewegung ist wirklich überparteilich! Dazu gehört auch, dass sie offen ist für eine sozialistische Alternative. Weiter zeichnet sich diese Bewegung dadurch aus, dass sie klare Zielvorstellungen hat. Wir geben uns nicht mit irgendwelchen kosmetischen, kleinen Verbesserungen oder leeren Versprechungen zufrieden, sondern von Anfang an stand die Forderung „Weg mit Hartz IV" im Raum. Dafür treten wir auch weiterhin ein!

Wir haben uns selbst eine demokratische Streitkultur und Struktur gegeben, ein Delegiertensystem eingeführt, und wir haben wirkliche, unmittelbar demokratische Abstimmungen hier auf dem Marktplatz durchgeführt. Es gibt eine bundesweite Vernetzung, für die Delegierte demokratisch gewählt werden. Das steht ganz im Gegensatz zu dem, was letzte Woche zu lesen war: Wer auf dem nächsten Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst in den Vorstand gewählt wird, steht schon längst fest! Die Wahlen, die dann stattfinden, dienen nur zum Absegnen der längst gefassten Beschlüsse. Das sind *keine* demokratischen Strukturen!

Heute, nach 150 Montagsdemos, könnnen wir feststellen: Was wir vor drei Jahren als Folge von Hartz IV vorausgesagt haben, ist alles eingetreten. Gestiegen ist die Armut, vor allem der Kinder. Geschaffen wurden Zwangsarbeit und Billigstlohnsektoren. Es drohen Zwangsumzüge in erheblichem Ausmaß, bis hin zur Obdachlosigkeit. Hartz IV ist der umfassendste Angriff auf die soziale Lage der Werktätigen seit dem Zweiten Weltkrieg! Hartz IV ist ein grandioses Umverteilungsprogramm von unten nach oben! Davon profitieren keinerlei Arbeitslose oder Menschen, die früher Sozialhilfe bekommen haben und jetzt von Arbeitslosengeld II leben müssen.

Dazu kommt die Schnüffelpraxis der Bagis beziehungsweise der Argen, angefangen damals mit dem 16-seitigen Erhebungsbogen, fortgesetzt mit immer neuen Angriffen seitens der Bundesregierung auf demokratische Rechte. Man denke nur an Schäubles Amoklauf mit Telefon- und Computerüberwachung! Deswegen

ist diese soziale Bewegung immer mehr auch eine für den Erhalt und die Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten geworden!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, drei Jahre kämpfen wir den Kampf schon – machen wir weiter! Die Montagsdemos fortzusetzen, ist unbedingt notwendig! Sie müssen die ganze kämpferische Opposition gegen die Regierung in sich aufnehmen, durch einen Zusammenschluss mit allen Kräften, die in den Betrieben und auf den Straßen, an den Unis, in den Schulen den Kampf gegen diesen sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte führen! Machen wir weiter, stärken wir uns und feiern wir, dass wir 150 Mal diese neue Form der sozialen Erhebung durchgeführt haben!

Wolfgang Lange (MLPD) – Tonaufnahme (MP3, 1.338 kB)

Keiner schiebt uns weg: Applaus auch für den Webmaster *(MP3, 1.501 kB)*

Willi Lemkes steuerfinanzierte Desinformation: Betreiber der Montagsdemo-Homepage ist *nicht* Mitglied der MLPD
(„Verfassungsschutzbericht Bremen 2006“, Seite 54)

Vom „Hochgefühl“ zum Nieselregen

Letzte Woche noch „hoher Besuch“ vom Bundespräsidenten Köhler, diese Woche Nieselregen. War das die „Taufe“ für die nächsten 150 Kundgebungen? Wir hoffen sehr, dass wir alle – Arbeitende und Arbeitslose zusammen – diese Hartz-Gesetze noch vorher kippen! Zur 150. Montagsdemo am 17. September 2007 um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz waren wir dann auch etwas mehr, so um die 50 aktive Teilnehmer und Zuhörer.

Die Fraktion der „Linken“ in der Bürgerschaft hatte Vertreter entsandt, die uns eine Grußbotschaft überbrachten. Es ist wichtig, dass wir die Zusammenarbeit verstärken und unsere Kraft erhöhen und Aktive dazugewinnen. Zu Köhlers Besuch und seiner konservativ-neoliberalen Vergangenheit und Ausrichtung waren noch wichtige Beiträge zu sagen, die seinen Besuch eben auch in ein sehr kritisches Licht stellen.

Es gab sehr viele Redebeiträge. Leider nicht ganz so zur Wirkung kommen konnte, was wir uns an optischen Darbietungen vorgenommen hatten. Ein Mitstreiter, der sich so seine kritisch-humorvollen Gedanken macht, hatte eine interessante Plakatkollektion mitgebracht, die wir vom Roland aus an einer Wäscheleine zur nächsten Laterne zur Schau stellen konnten, was auch einige Betrachter anzog. Unter dem Motto „Hartz IV greift – dem Kaffeesatz eine zweite Chance geben“ ist nun auch eine Postkarte als Montagsdemo-Werbung da, die unter Jobst.Roselius(at)nord-com.net bestellt werden kann. Kosten pro Stück ein Euro. Von jeder Karte gehen dabei 50 Cent an die Montagsdemo.

Kurz vor Kundgebungsbeginn mussten wir die Absage der Song-Gruppe „ Zartbitter“ zur Kenntnis nehmen. Die beiden Sänger hatten einen gesundheitlichen Zusammenbruch erlitten. Es zeigt, auf wie dünnem Eis viele Menschen unter Hartz IV leben müssen, wo es nicht reicht bei der Lebensversorgung und beim Aktivbleibenkönnen. Wir grüßen die beiden auch von hier aus sehr herzlich und wünschen euch Kraft!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Standhaft: Lokführer-Gewerkschaftschef droht
weiter mit Streik *(„Spiegel-Online“)*

„Nur“ noch 1.400 Zwangsumzüge: Bremer Senat will Mietobergrenze
auf 320 Euro heraufsetzen *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

151. Bremer Montagsdemo am 24. 09. 2007

Der Letzte macht das Licht aus

Mich hat der „Stromwutschlag“ getroffen! Die Strompreise steigen und steigen und werden im nächsten Jahr noch einmal kräftig steigen. Die ersten Straßenlaternen sollen in Deutschland zur Nacht jetzt schon komplett abgeschaltet werden! Einer macht immer den Anfang, so ist es überall: ob beim unendlichen Abzocken oder beim endgültigen Neinsagen.

Abzocken kann man nur, solange noch etwas zu holen ist. Nein sagen und handeln kann man aber zu jeder Zeit, dafür ist es nie zu spät! Wenn unsere „Sparbemühungen“ auch nie ausreichen, um einen Spareffekt zu sehen, weil die Stromkonzerne unsere ernsthafte Einsparmühe zunichte machen, so haben wir immer noch die Möglichkeit, raus auf die Straßen zu gehen und lauthals unseren Unmut den Herrschenden in die Ohren zu schreien!

„Vaterlandsliebe“ zahlt sich nicht aus, bei garantiert jedes Jahr steigenden Strompreisen! Sind wir denn schon ein Volk, das sich ständig nur von Monopolisten und Spitzenpolitikern *verarschen* lässt? Aus Liebe zu unserem Land und aus Verantwortung für unsere Mitmenschen und uns selbst sollte jeder, der kann, mehr Rechte und mehr Gerechtigkeit einfordern! Warte nicht, bis die anderen Menschen auf die Straßen gehen, du selber musst einen Anfang machen!

Wenn das sehr viele Menschen begriffen haben und auch handeln, sind wir bald unübersehbar bei der Montagsdemo um 17:30 Uhr beim Roland in Bremen oder auch anderswo! Die Steine auf dem Marktplatz müssen wackeln vor lauter Protestwut! Vor Wut, weil alles noch schlechter, aber teurer wird! Vor Wut auf die maßlose Arroganz der Herrschenden, die die Unterschicht immer nur verarscht! Dass nicht genug Geld da sei, stimmt nicht: Oben wird nur falsch gehandelt und regiert!

Ursula Gatzke (parteilos)

„Türen zu, Neger tot“: Syker Verwaltungsmitarbeiterin „hörte später laute Geräusche, lief hinaus und sah nur noch, wie Herr Springborn mit Frau B. auf einer Sitzgruppe landete“ *(„Tageszeitung“)*

Kein Risiko für Zeitarbeitsfirmen?

Die SPD macht einen großen Schritt nach links, wir aber sind die Querulanten – so hab ich manchmal den Eindruck. Besinnt sich die SPD? Sehr viele Menschen wollen eine sozialere Politik, das haben inzwischen immer mehr Parteien erkannt. Gut so, sage ich, und ein Lob für Frau Nahles! Wie waren doch ihre Worte? „Wir möchten den Menschen zeigen, dass wir immer noch wissen, wo wir herkommen“. Schön, dass ihr euch erinnert!

Wir von der Montagsdemo fordern das schon seit unserer Gründung: Der Mensch muss wieder im Vordergrund stehen und nicht der Mammon. Den brauchen wir zwar auch, aber in gerechterer Verteilung! Ihr Politiker, habt ihr das jetzt endlich auch begriffen?

In Bremen will die SPD kostenfreie Kitas und Bildung. Sollen wir immer noch darauf warten und reden? Setzen Sie es jetzt um, Sie haben doch die Mehrheit, worauf warten Sie? Halten Sie Wort und handeln Sie endlich! – Das macht euch dann auch glaubwürdiger, ihr Politiker, denn es wäre ein Schrift zu mehr Gerechtigkeit!

Gestern war ich auf der „Job-Messe“. Zur Gerechtigkeit gehört ja immer auch die andere Seite! Ich habe dort fruchtbare Gespräche geführt. Was mich erstaunt hat: Der größte Teil der Anbieter waren Zeitarbeitsfirmen, und die suchen angeblich händeringend nach Arbeitskräften. Moment mal! Wir haben doch angeblich so viele Arbeitslose – und nun sucht man „händeringend“ nach Arbeitskräften?

Ich wäre nicht Udo, wenn ich nicht nachgehakt hätte! Und richtig: Einige Haken hat die Sache. Erstens: Gesucht wird Personal für die hoch dotierten Posten in der Führung, Ingenieure und so weiter. Zweitens sollen deren Kenntnisse natürlich auf dem neuesten Stand sein, mit anderen Worten: Die Ausbildung sollen andere übernehmen. Und die Bezahlung? Alle zahlen Tarif. Kurzum: Sie fordern Qualifikation und Flexibilität und zahlen den „Mindestlohn“. Der ist bei diesen Firmen schon lange „kein Thema mehr“.

Für Hartz-IV-Empfänger wäre dies eine gute Chance für den sogenannten ersten Arbeitsmarkt. Die werden natürlich auch genommen, so die Aussagen der Unternehmen. Na, dann ist ja wohl alles in Butter! Für diese Firmen besteht jede Menge Bedarf an Personal, aber die Aus- und Weiterbildung muss der Steuerzahler übernehmen. Ist das gerecht? In der Wirtschaft sollte derjenige das Geld verdienen, der ein Risiko eingeht. Welches Risiko gehen diese Firmen ein?

Udo Riedel (parteilos)

Unternehmer richten sich auf Leben in Abhängigkeit von staatlichen Zuschüssen ein

1. Vor wenigen Tagen, am 20. September, wurde der **Weltkindertag** begangen. War das ein Tag zum Feiern? Wahrscheinlich wurden irgendwo lapidare Lippenbekenntnisse kundgetan, durften – wo auch immer – bunte Luftballons in den Himmel aufsteigen. Mehr scheint den selbsternannten Sozialpolitikern fast nie einzufallen. So kann man von sich und seiner jeweiligen politischen Partei Wohlmeinendes verlautbaren, ohne allerdings Kosten zu verursachen oder den hohlen Bekenntnissen gar Konsequenzen, Taten folgen zu lassen.

Noch immer verhungern jährlich drei Millionen Kinder auf der Welt, ist etwa ein Viertel der Unterfünfjährigen unternährt. Hunger und Unterernährung schwächen Kinder oft so stark, dass eigentlich harmlose Krankheiten zu einer lebensbedrohlichen Gefahr werden. Etwa alle drei Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen eigentlich vermeidbarer Krankheiten. Kinder in unterentwickelten Ländern sind gravierend benachteiligt. 30 Millionen Mädchen und Jungen kommen mit Unterernährung auf die Welt. Die größten Hindernisse auf dem Weg zu einer Welt ohne Hunger sind Kriege und innergesellschaftliche Konflikte. Die Armen müssten gezielt am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben und Zugang zu Arbeitsplätzen, Land, Krediten und Produktionsmitteln erhalten!

2. Trotz dieses Wissens drehen auch bei uns die verantwortlichen Politiker mittels neoliberaler Globalisierung das Rad zurück. Auch im reichen Deutschland entstehen immer mehr Gettos durch die staatlich verordnete Verarmung weiter Bevölkerungsteile. Rund **2,6 Millionen Kinder in Deutschland** sind laut Kinderschutz-

bund **von Armut bedroht**. Viele können deshalb nicht zur Klassenfahrt, anderen fehlt das Pausenbrot, und manche müssen auch im Winter Sandalen tragen. Für alle gilt: Im Bildungsprozess haben sie kaum Chancen. 700.000 Kinder leben in Familien, deren Eltern trotz Arbeit auf ALG II als ergänzende Hilfe angewiesen sind. Weitere 1,9 Millionen Kinder müssen von 208 Euro, also dem Kinderanteil bei den Hartz-IV-Berechnungen, existieren.

Heinz Hilgers, der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, kritisiert, dass die Bundesregierung 2005 die einmaligen Beihilfen für Kinderbekleidung und Schuhbedarf abgeschafft hat. Zu Recht beschreibt er, dass Erwachsene ihren Wintermantel fünf Jahre tragen können, ein Kind aber jedes Jahr einen neuen Winteranorak braucht. Es benötigt auch zwei oder drei Mal im Jahr neue Schuhe, weil die Füße gewachsen sind. Kinder haben, da sie zur Schule gehen, auch mehr Schreibbedarf als Erwachsene. Eine Einschulung kostet heutzutage 150 Euro. Wie soll man die von 208 Euro ansparen? Ein weiterer Punkt ist das Mittagessen. Im Regelsatz sind 2,57 Euro für Essen und Trinken am Tag eingerechnet. Wenn ein Kind in eine Ganztagsschule geht, kostet schon das Mittagessen 2,50 Euro. Vom Frühstück war bislang noch gar nicht die Rede!

Herr Hilgers hält bei Familien mit geringem Einkommen zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag von 225 Euro pro Kind für notwendig. Diesen Zuschlag würden die Kinder der ALG-II-Bezieher aber nicht erhalten. Selbst wenn ein Förderverein für sie die Kosten für eine Schullandheimfahrt übernähme, wird das Kind wahrscheinlich trotzdem vor der Klassenfahrt krank – es weiß nämlich ganz genau, dass es im Gegensatz zu den anderen kein Taschengeld mitbekommen wird. Herr Hilgers forderte außerdem mehr Ganztagskindergartenplätze, mehr Plätze für Unterdreijährige und mehr Ganztagsschulen. Er fordert, dass die Sportvereine und Musikschulen in diese Ganztagsbetreuung „mit hineingehen“, weil arme Eltern solche Zusatzkosten nicht tragen können!

3. Der „Weser-Kurier“ schrieb am Weltkindertag, dass **in Bremen 24.000 Hartz-IV-Kinder** von 2,62 Euro vegetieren müssen. So bekommt die elfjährige Lara am Ende des Monats meist nur Weißbrot mit Margarine mit in die Schule. Mehr kann sich ihre alleinerziehende Mutter nicht leisten. Heike Schmidt und ihre Tochter wohnen im Bremer Stadtteil Tenever. Dort lebt mehr als die Hälfte aller Kinder unter Armutsbedingungen. Joachim Barloschky von der Projektgruppe Tenever sieht in dieser Armut einen Skandal, denn in Tenever wächst die Zukunft auf: Dieser Stadtteil ist das kinderreichste Quartier in Bremen. Leider hat das Gros dieser jungen Bremer schlechte Zukunftschancen.

Inzwischen belegen genügend Studien einen deutlichen Zusammenhang zwischen Kinderarmut und gesundheitlicher Fehlentwicklung. Ein Großteil der Familien, die unter Armutsbedingungen leben, sind alleinerziehende Frauen und ihre Kinder. Die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf ist vor allem für Alleinerziehende problematisch. Um regelmäßig frisches Obst und Gemüse essen zu können, besuchen Lara und ihre Mutter die internationale Suppenküche des „Frauen-

gesundheitstreffs“ in Tenever. Dort kochen Mütter regelmäßig gesundes Essen, das kostenlos an bedürftige Familien ausgegeben wird. Inzwischen betreiben viele Schulen Mensen, und in manchen ist das Essen sogar kostenlos.

Doch um Kinderarmut zu bekämpfen, reichen Schulspeisungen allein nicht aus: Arme Familien benötigen mehr finanzielle und soziale Unterstützung. Außerdem müssen die Bedarfssätze dringend erhöht werden. Um aus der Armut herauszukommen, ist Bildung unerlässlich! Dazu erklärt Barloschky, wer aus einem armen Elternhaus stamme, habe schlechtere Bildungschancen. Das bedeutet schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und damit ein Leben in der Armutssackgasse. Aus der soll Lara einmal rauskommen, wünscht sich Heike Schmidt für ihr Kind. Sie weiß nur nicht, wie.

4. Union und SPD stoßen mit ihren Plänen für neue **Zuschüsse an Geringverdiener** auf massiven Widerspruch bei Arbeitsmarktexperten. Diese kritisieren, dass damit die Abhängigkeit von Sozialleistungen auf Dauer zementiert würde. Zudem sehen die Ökonomen Hartz IV in Gänze in Gefahr. Zwar sind die Pläne der Regierung noch im Entwurfsstadium, doch wollen Union und SPD erklärtermaßen bis zum Jahreswechsel einen Umbau der Regeln für sogenannte Aufstocker im Hartz-IV-System anpacken.

Ein zentrales Ziel dabei ist, Erwerbstätigen mit Einkommen von 800 bis 1.300 Euro neue Sozialleistungen anzubieten, die nicht Teil von Hartz IV sind. Nach ersten Skizzen sollen diese auch nicht über die Jobcenter ausgezahlt werden, die für das Arbeitslosengeld II zuständig sind. Dort haben Erwerbstätige mit geringem Arbeitslohn bereits heute Anspruch darauf, dass ihr Einkommen auf das je nach Familienstand variierende Niveau der Hartz-IV-Grundsicherung aufgestockt wird. Der neue Zuschuss soll Geringverdiener davor „schützen“, dass sie ergänzendes Arbeitslosengeld II beantragen müssen, weil sie Kinder haben und nur deswegen unter die Bedürftigkeitsgrenze rutschen würden.

Die Ökonomen halten indes den kompletten Ansatz für falsch, neben dem bestehenden ein weiteres Transfersystem einzuführen – zumal wenn dort eine gelockerte Bedürftigkeitsprüfung gelten solle. Hilmar Schneider, Direktor am Bonner „Institut zur Zukunft der Arbeit“, sagte dem „Handelsblatt“, wenn es das Ziel sei, Geringqualifizierten einen Weg in unsubventionierte Beschäftigung zu bahnen, dann laufe der Ansatz der Koalition dem diametral entgegen. Wie war das noch? „Wer solche Möglichkeiten schafft, darf sich nicht wundern, wenn immer mehr Menschen sich dauerhaft auf ein Leben in Abhängigkeit von staatlichen Zuschüssen einrichten.“ Es ist eine bodenlose Unverschämtheit, Bedürftigkeit in dieser Weise anzuprangern!

Nicht etwa der arme, ausgebeutete Niedriglöhner richtet sich hier auf ein Leben mit staatlichen Zuschüssen ein – denn er ist „zu alt“, zu lange arbeitslos gewesen, zu sehr durch Krankheit eingeschränkt, sodass er überhaupt keine andere, anständig bezahlte Arbeit mehr bekommen kann! – nein, es sind vielmehr die Unternehmer, die sich hier auf die Auszahlung von mickrigsten Löhnen einrichten

und auf ein Leben in Abhängigkeit von staatlichen Zuschüssen hoffen, für die sie *eigentlich* hätten aufkommen müssen!

5. Die rot-grüne Koalition will die **Mietobergrenzen** für ALG-II-Empfänger etwas erhöhen. Während der Entwurf der Sozialsenatorin 310 Euro als Höchstsatz für Alleinstehende vorsah, soll die Bagis künftig bis zu 320 Euro übernehmen. Die Mietobergrenze wird nach Stadtteilen noch weiter ausdifferenziert. In Alt-Osterholz oder der Vahr müsse sie beispielsweise um zehn, in den sehr teuren Bezirken sogar 20 Prozent höher liegen als im Regelfall. Zusätzlich ist ein sogenannter Wohnungssicherungszuschlag von zehn Prozent eingebaut worden. Ein Single-Haushalt in Schwachhausen darf unbeanstandet bis zu 422,40 Euro kosten. Doch was hier so fein ausdifferenziert errechnet wurde, betrifft nur ganz wenige.

Der „Tageszeitung“ sagte Wolfgang Grotheer (SPD), das sei nur eine Anpassung an die Realität. Die Unionsfraktion hält diese Anhebung für „überzogen“. Offensichtlich haben Häuslebauer oder Villenerben überhaupt gar keine Ahnung von realitätsbezogenen Mieten! Ursprünglich lag die Grenze bei 265 Euro und damit so niedrig, dass ein entsprechender Wohnraum unmöglich zu finden war. Als Folge verschickte die Bagis massenhaft Umzugsaufforderungen. Die Zahl der Betroffenen, die umziehen sollen, ist nun von 5.800 auf 1.400 gesunken. Es sind noch immer 1.400 zu viel! Inga Nitz von der „Linken“ bezeichnet es als einen Schritt in die richtige Richtung. Sie hält es zu Recht für äußerst problematisch, wenn Bremen zulasten der Ärmsten sparen will. Problematisch ist es außerdem, dass die Betriebskostensätze unverändert bleiben, denn diese Zusatzkosten sind geradezu explodiert!

Der „Weser-Kurier“ schreibt, für viele Hartz-IV-Empfänger habe jetzt die Unsicherheit ein Ende, ob sie umziehen müssen oder nicht. Diese Frage stellte sich in den seltensten Fällen, weil es überhaupt keine Wohnungen gab, in die die Betroffenen hätten ziehen können. Faktisch sah es immer so aus, dass der Anteil der Miete, den die Bagis für zu hoch befand, auch noch von den kargen 347 Euro abgezogen wurde. An die künftigen Einzelfallberechnungen, die die Bagis nun vornehmen will, vermag ich nicht hoffnungsvoll zu denken. Ich stelle mir die dort vorherrschenden gnadenlosen Sparvorgaben für jedes Team vor, das, um die Quoten zu erfüllen, echt „über Leichen“ geht!

Richter Horst Frehe von den Grünen träumt davon, dass mit den neuen Regeln angeblich 70 Prozent aller Mietwohnungen für Hartz-IV-Bezieher in Betracht kämen. Ob er wohl weiß, wovon er redet?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Fiskus lässt sich Milliarden entgehen: Finanzbehörden können Steuergeld oft nicht eintreiben *(„Handelsblatt“)*

Verwaltungsanweisung entbindet Bagis nicht von Einzelfallprüfung

Hinsichtlich der Problematik der **Angemessenheit der Unterkunftskosten** für Hilfesuchende im Sinne des SGB II oder SGB XII in der Freien Hansestadt Bremen ist aus der Politik häufig geäußert worden, dass es diesbezüglich neue „Mietobergrenzen-Regelungen“ in einer Verwaltungsanweisung geben soll. Unter anderem kündigte dies der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Grotheer, im „Weser-Kurier“-Artikel „Rot-Grün will höhere Grenzen bei der Miete“ vom 2. Juli 2007 an.

Im Anschluss an den kurzen Abstecher des Bundespräsidenten Horst Köhler bei der Bremer Montagsdemo am 10. September 2007 äußerte die Bremer Finanzsenatorin Karoline Linnert zu dem Vorwurf eines Demonstrationsteilnehmers, Bremen versuche gerade, die ALG-II-Betroffenen aus ihren Wohnungen zu jagen: „Jetzt ist man dabei, das was versprochen worden ist, in eine Verwaltungsanweisung umzuwandeln. Diese Verwaltungsanweisung ist schlecht, und sie muss geändert werden. Das Ressort von Frau Rosenkötter hat das gemacht, was es muss, nämlich eine Verwaltungsanweisung vorzulegen.“

In Bremen hat es Verwaltungsanweisungen zur Angemessenheit von Unterkunftskosten schon im vorhergegangenen Bezugssystem, dem seit 2005 außer Kraft getretenen BSHG gegeben, zum Beispiel zu § 12 (Kosten der Unterkunft). Diese Verwaltungspraxis, die Kosten der Unterkunft mittels fixer Höchstwerte in einer Anweisung festzulegen, wird seit Inkrafttreten des SGB II und des SGB XII mittels der „Fachlichen Weisung zu § 29 SGB XII (Kosten der Unterkunft)“ und der „Verwaltungsanweisung zu § 22 SGB II - Kosten der Unterkunft“ fortgesetzt.

Da der Stellenwert von Verwaltungsanweisungen seitens der bremischen Politik falsch eingeschätzt wird, sei auf die einschlägige Fachliteratur hingewiesen: „Verwaltungsvorschriften oder -anweisungen sind generell-abstrakte Regelungen oder Anordnungen einer Behörde gegenüber nachgeordneten Behörden oder eines Vorgesetzten gegenüber ihm unterstellten Verwaltungsbediensteten. Kennzeichnend für Verwaltungsvorschriften ist, dass sie sich auf den verwaltungsinternen Bereich beschränken. Man spricht deshalb auch von Innenrecht im Gegensatz zum Außenrecht.

Außenstehende Dritte – Bürger oder sonstige selbständige Rechtspersonen – sind, wenn überhaupt, dann nur mittelbar betroffen. Unmittelbar betroffen sind sie erst von der behördlichen Einzelfallentscheidung auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift. Dies hat zur Folge, dass verwaltungs- oder sozialgerichtlicher Rechtsschutz unmittelbar gegen die Verwaltungsvorschrift nicht zur Verfügung steht. Der Bürger kann sich aber gegen die ihn betreffende behördliche Einzelfallentscheidung (den Bescheid oder Verwaltungsakt, zum Beispiel eine Kostensenkungsauf-

forderung der Unterkunftskosten für Hilfesuchende im Sinne des SGB II) vor den Verwaltungs- oder Sozialgerichten wehren.

Eben wegen ihrer Beschränkung auf den verwaltungsinternen Bereich werden die Verwaltungsvorschriften von Teilen der Literatur nicht zu den Rechtsquellen gerechnet. Dem kann jedoch entgegengehalten werdet, dass Verwaltungsvorschriften für die Behörde und Amtswalter, an die sie sich richten, sehr wohl verbindlich sind. Insoweit sind sie auch Rechtsgrundlagen, die das Verwaltungshandeln bestimmen. Unmittelbar praktische Auswirkungen hat der Einordnungsstreit freilich nicht. Er kann deshalb auf sich beruhen.“ (Steffen Detterbeck: „Allgemeines Verwaltungsrecht“, 4. Auflage 2006, Randnummer 100 bis 104)

Das Verwaltungsgericht Bremen bestätigt dies: „Die Verwaltungsanweisung beinhaltet lediglich verwaltungsinterne Richtlinien, die in der ständigen Verwaltungspraxis der Bagis herangezogen werden. Der unbestimmte Rechtsbegriff der Angemessenheit (der Unterkunftskosten) unterliegt ohne Einschränkung der Auslegung durch die Gerichte.“ (Beschluss vom 7. September 2006, Az. S3V 1997/06)

Verwaltungsanweisungen sind demnach auf den verwaltungsinternen Bereich (hier die Bagis) beschränkt und haben keinerlei Auswirkung auf die Betroffenen. Es fehlt somit an einem nach außen gerichteten Regelungscharakter. Die Betroffenen könnten nicht einmal begünstigende „Ausnahmeregelungen“ geltend machen, die in einer Verwaltungsanweisung festgehalten sind. Rechtsverbindlich und anfechtbar ist hier immer nur der jeweilige auf den Einzelfall bezogene Verwaltungsakt der Behörde (Bagis).

Deshalb wird eine Verwaltungsanweisung nach Auffassung des „Sozialen Lebensbundes“ die Bagis nicht von der jeweiligen Einzelfallüberprüfung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft, bezogen auf das aktuelle Mietniveau der Stadtteile, befreien können. Aufgrund des verschränkten Systems der Gewaltenteilung ist die bremische Legislative (Bürgerschaft) nicht befugt, die im Ermessen der Exekutive (Bagis) liegende hoheitliche Entscheidung über einen Verwaltungsakt zu beeinflussen oder gar mittels in einer Verwaltungsanweisung festgelegter Fixwerte vorwegzunehmen.

Pressemitteilung des „Sozialen Lebensbundes“

Die **Bremische Bürgerschaft** debattiert am **Dienstag**, dem **25. September 2007**, ab **13 Uhr** über **prekäre Arbeitsverhältnisse**. Sie sollte das nicht ohne Publikum tun! – Der „Verdi-Erwerbslosensausschuss“ lädt ab **18 Uhr** zur **Diskussion** über die **Mietobergrenzen** in den Tivoli-Saal im **Gewerkschaftshaus**. Eingeladen sind auch Frau Rosenkötter, Herr Schuster und die übrigen Mitglieder der Sozialdeputation. Aufgrund dieser Veranstaltung fällt die Beratung des „Sozialen Lebensbundes“ im „Hibiduri“ aus.

Löhne wie vor 20 Jahren: Und die Statistik erfasst nicht einmal die 150.000-fache sittenwidrige Unterbezahlung im Baugewebe *(„Junge Welt“)*

In Deutschland wird Armut erblich

Nach 150 Montagsdemonstrationen, bei denen oft auch die unsichere Übernahme der Unterkunftskosten angeprangert wurde, können wir die geplante Erhöhung der Mietobergrenzen natürlich als Erfolg werten. Es sollen erheblich weniger Menschen umziehen müssen. Nun kommt aber die Frage der Umsetzung. Am **4. Oktober 2007** um **10 Uhr** ist die nächste **Sitzung** der **Sozialdeputation**. Sie wird erstmals öffentlich stattfinden, und zwar in der **Bürgerschaft**. Wir rufen zum breiten Besuch der Sitzung auf, weil noch vieles zu klären ist!

Bremen hat die meisten Minijobs, besonders in Privathaushalten. Die Zahl hat sich seit 2003 verfünffacht. Im gewerblichen Bereich ist die Zahl gegenüber dem Vorjahr fast gleich geblieben. Die immer wieder beschworene „Brückenfunktion zum ersten Arbeitsmarkt“ ist kaum festzustellen. 95 von 1.000 Bremern haben nur den Minijob als Einnahmequelle. Davon sind zwei Drittel Frauen.

2,6 Millionen Kinder, wenn nicht fünf Millionen sind in Deutschland von Armut bedroht. Jedes sechste, vielleicht jedes dritte Kind wird zum künftigen Leistungsempfänger werden, wie der „Kinderschutzbund“ hochgerechnet hat, weil Armut erblich wird. CDU und SPD wollen die Probleme gar nicht anpacken. Von der Leyen und Müntefering halten Trostpflästerchen bereit. Für das Monopolkapital ist die Masse der Jugendlichen Müll, sie werden nicht mehr gebraucht.

Wir aber – die Masse der Werktätigen, Eltern, Großeltern und Geschwister – wissen, was für Ideen, Kräfte und Fähigkeiten in all den jungen Menschen steckten Wir werden dafür kämpfen, dass sich diese Kraft für eine neue Zukunft der Menschen Bahn bricht! Am **13. Oktober 2007**, das ist ein **Sonnabend**, wollen wir wieder nach **Berlin** fahren. Die bundesweite Montagsdemo ruft zur vierten zentralen **Herbstdemonstration** gegen Hartz IV und die ganze volksfeindliche Politik der Regierung in Berlin auf.

Start ist um 11 Uhr am Alexanderplatz, Schlusskundgebung um 15:30 Uhr am Brandenburger Tor. Für Hartz-IV-Betroffene wird es einen ermäßigten Fahrpreis geben. Anmelden könnt ihr euch unter Jobst.Roselius(at)nord-com.net. Bei mir gibt es auch die Postkarte zu bestellen, die unser Mitstreiter Henk Dijkstra unter dem Motto „Hartz IV greift – dem Kaffeesatz eine zweite Chance geben“ als Montagsdemo-Werbung entworfen hat. Sie kostet einen Euro, von dem 50 Cent an die Montagsdemo gehen.

Jobst Roselius

Uns reicht's: Patienten liegen in Flurbetten *(„Unabhängige Betriebsgruppe der kommunalen Kliniken Bremen")*

Terroristische Vereinigung gebildet: Merkel-Jung-Bande plant Abschuss von Passagiermaschinen *(„Stattnetz")*

Milliarden für die Energiemonopole, Emissionssteuern für die Bürger

Ich möchte mich an unsere eingeschlafenen Mitbürger wenden, mit einem Thema, zu dem sich eine Vorrednerin schon ausgelassen hat: unserem Energiemonopol! Bei deren Infrastruktur handelt es sich um Volkseigentum, das von uns allen aufgebaut worden ist, über fast hundert Jahre! Es war ein langer technischer Kampf und hat viel Geld gekostet. Dann haben Politiker gegen einen guten Obolus unsere Stadtwerke, die Strom- und Gasversorger, meistbietend verschachert und sich dabei gesundgestoßen. Es sollte angeblich alles billiger werden, mit weniger Administration und Verwaltungsgebühren. Eingetreten ist das Gegenteil! Inzwischen ist es so schlimm geworden, dass wir es mit einem mafiösen Monopol zu tun haben!

Nach dem Grundgesetz ist es verboten, privatrechtlich ein Monopol aufzubauen und zu betreiben, wegen der Preistreiberei, auf die der Bürger keinen Einfluss mehr hat. Inzwischen gibt es die Einsicht, eventuell die Preise sozial anzupassen, denn man ist so weit gekommen, dass eine Energie-Einheit in der Erzeugung ungefähr 15 Euro kostet, aber für 45 bis 50 Euro unter die Bürger gebracht wird. Dazu kommt natürlich, daran ist die Politik sehr interessiert, noch unsere schöne Mehrwertsteuer. Dadurch werden Strom und Gas noch teurer. Hartz-IV-Betroffene, Sozialhilfeempfänger und andere an der Grundexistenz Nagende, in der Armut Dahinvegetierende, haben es besonders schwer, noch irgendwo das Licht einzuschalten, das Gas anzudrehen, eventuell eine warme Bude zu haben!

Die Monopole aber horten Milliarden, um – viel schlimmer – in anderen Ländern per Dumpingangebot die Energiepreise zu senken und dann feindliche Übernahmen durchzuziehen. Ich finde es kriminell, dass unsere Politiker solche Schweinereien mitmachen! Wir alle müssen dafür büßen! Wir hatten es mit Vattenfall in Schweden, wir haben es mit EON in Spanien, dass systematisch durch feindliche Übernahmeversuche angestrebt wird, am Existenzminimum dahinlebende Energieerzeuger kaputtzumachen!

Hierzulande werden kleine Gemeinden, die versuchen, sich beim Strom durchzusetzen und unabhängig zu machen – für die Bürger billiger –, behindert,

wo es nur geht. Teilweise müssen diese Gemeinden ein Stromnetz übernehmen, also freikaufen, das bereits vor den fünfziger Jahren gebaut worden, also total veraltet ist. Dann sagen die Monopolisten aber, sie hätten es ständig für Milliarden renoviert und erneuert. Das stimmt nicht! Es sind alles nur Lügen!

Jetzt ist mir zu Ohren gekommen: In den Hinterzimmern, bei geschlossenen Türen, sind unsere Parteipolitiker auf der Suche nach neuen Geldquellen. Jemand aus der Erzeugung von Gas- und Ölbrennern teilte mir vertraulich mit, die Schornsteinfegermeister sind angewiesen worden, eine Statistik zu erstellen, wie viele offene Feuerstellen es in diesem Land gibt. Irgendwelche Hinterbänkler beschäftigen sich schon damit, eine sogenannte Emissionssteuer auf jede Brennstelle in den Wohnungen zu entwerfen: Jeder, der einen Ofen oder Kamin betreibt, soll 150 Euro im Jahr plus Mehrwertsteuer dazubezahlen! Nochmal 180 Euro für jede Feuerstelle im Haus! Natürlich wird das bislang nicht publiziert, weil sonst der Kaminhandel zusammenbrechen würde und wir unmittelbar vor dem Winter stehen. Aber es wird wohl auf uns zukommen, dass wir in Zukunft zu den Wucherpreisen für Energie noch eine Umwelt-Emissionssteuer zu tragen haben. Wir müssen sehr gut darüber nachdenken, was unsere Politik mit uns tut!

Peter Kubiak (parteilos)

Teuerungsausgleich erforderlich: Inflation senkt Hartz-IV-Kaufkraft um fast fünf Prozent *(„Agence France-Presse“)*

„50 plus“ will man in Deutschland gar nicht haben

Hallo, ihr kennt mich ja von früher noch! Ich bin auch zur Abwechslung mal wieder arbeitslos. Da kommen wir auf den Punkt, was Arbeitslosigkeit und „50 plus“ anbelangt: Man bekommt Arbeit, natürlich, aber die Probezeit beträgt ja meist sechs Monate. Die waren bei mir fast um. Infolgedessen – man hat mir natürlich nicht gesagt: Sie sind zu alt! – kam bei mir eine Kündigung ins Haus geflattert, eben darum. In Wirklichkeit will man uns „50 plus“ in Deutschland nämlich gar nicht haben! Das ist für mich ein Armutszeugnis. Mir stehen jetzt schon die Haare zu Berge, zu wissen – bis zu meinem 67. Lebensjahr soll ich ja arbeiten! – dass dann immer kurz vor dem halben Jahr so eine Kündigung ins Haus flattert. Das ist ja nicht ge-

rade das Wahre! Aber so läuft das hier, von wegen „50 plus“! Das ist eine Mogelpackung bis zum Abwinken. Das ist eine reine Veraschung hoch drei! Furchtbar!

Und dann geht man wieder zum Arbeitsamt, hat so manches *Rendezvous* mit der Bagis. Ein *Date* hatte ich letzten Freitag. Ich wurde in meinem Leben noch nie so schäbig behandelt! Ich kam eigentlich mit der Bagis so weit recht klar, nur nicht mit diesem jungen Ding. Was mir aufgefallen ist: Immer mehr Jüngere sitzen hinter den Schreibtischen, kaum oder gar keine Praxis, schleudern einem eine Arroganz entgegen, das ist nicht mehr schön! Da sage ich mir: Mit welchem Grund – die sehen ja, dass wir Jahrzehnte gearbeitet haben! – kommen solche Pampers-Fritzen direkt auf den Bürostuhl und können uns diese Arroganz entgegenschleudern, obwohl die überhaupt keine Ahnung haben, wie es im Erwachsenenleben aussieht? Das ist Deutschland live!

Jeder weiß, was hier in Deutschland geschieht. Es ist für mich ein Armutszeugnis, dass die Bevölkerung, der es noch gut geht, wegguckt. Armut gibt es nur in der Dritten Welt? Das ist nicht wahr! Ein Viertel der Bevölkerung hier in Deutschland ist von Hartz IV abhängig, damit die ihre Kinder überhaupt ernähren können, obwohl viele – Millionen, Abermillionen – arbeiten! Man glaubt es kaum: Die Leute arbeiten und müssen trotzdem Hartz IV beantragen, damit ihre eigenen Kinder nicht verhungern. Ich denke, wir sind uns einig: Das ist ein Armutszeugnis für Deutschland! Darum sage ich mir: Courage sollte man langsam endlich wieder lernen! Man kann nicht immer wegschauen, sondern wir brauchen wieder Menschen hier in Deutschland mit Rückgrat! Darum sage ich: Steht auf!

Christine Wegener (Neumitglied der „Linken“) – Tonaufnahme (MP3, 980 kB)

Schikane: „Ziehen Sie Ihren Widerspruch zurück, dann gibt es auch wieder Geld“ *(„Junge Welt“)*

Salamitaktik bei Zwangsumzügen

Wir waren am Dienstag dieser Woche im DGB-Haus, um über die Angemessenheit unserer **Unterkunftskosten** zu diskutieren. Alle waren geladen, doch gekommen sind nur Herr Grotheer (SPD) und die Fraktion der „Linken“: Die Einladungen seien nicht angekommen. Die „Tageszeitung“ hat die Veranstaltung mit den Worten „Der Prophet ruft den Berg“ angekündigt und ein Gespräch mit Klaus Neumann vom Verdi-„Erwebslosenausschuss“ geführt. Aufgrund dieses Artikels hat das Sekretariat von Sozialsenatorin Rosenkötter angerufen und mitgeteilt, die Einladung sei nicht angekommen.

Die Veranstaltung war gut besucht. Klaus hat die Begrüßung gesprochen, und Herbert Thomsen von der „Solidarischen Hilfe“ hat die geplanten Änderungen aufgrund der neuen Verwaltungsanweisung vorgetragen. Sein Fazit: Ein echter Schuster – nur tarnen und täuschen. Herr Grotheer hat anschließend gesprochen und darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsanweisung noch nicht beschlossen wurde. Es wird Änderungen geben! Er hat „Gewos“ zitiert, obwohl Einigkeit darüber bestand, dass dieses Institut nur einen Bericht erstellt hat, kein Gutachten.

In vielen Redebeiträgen wurde auf die Salamitaktik des Senats verwiesen und als Grundübel Hartz IV gebrandmarkt: Weg mit den Hartz-Gesetzen! Wir bleiben dran – sowohl durch Widersprüche und Klagen der Betroffenen als auch durch die **Demonstration** am **4. Oktober 2007** um **9 Uhr** am **Bahnhofsvorplatz** mit anschließender Teilnahme an der Sitzung der **Sozialdeputation** in der **Bürgerschaft**! Der „Gewos“-Bericht taugt in keiner Weise zur Durchsetzung von Kostensenkungsaufforderungen! Näheres auf der nächsten Bremer Montagsdemo. Die **Besprechung** der Demo erfolgt am **2. Oktober** bei **Verdi**.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Hartz IV macht krank: 285 Betroffene beantworten Fragebogen zu Arbeitslosigkeit und ALG II *(Evangelische Kirche Hessen)*

In Ehrfurcht erstarrt: SPD wagt keine Kritik an den Fehlern des bisher reaktionärsten deutschen Kanzlers *(„Freitag“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

152. Bremer Montagsdemo am 01. 10. 2007

Schon wieder vernehmen wir die Wahlkampflügen

Bundeskanzlerin Merkel kommentierte zu den Arbeitslosenzahlen: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an!“ Ja, wo läuft er denn, der Aufschwung? Bei der Unterschicht ist der *Abschwung* angekommen! Es wird von oben geknebelt, vertuscht, kräftig abgezockt und gelogen. Der „Aufschwung“ läuft nachts wohl an der Unterschicht vorbei!

Auch wie die circa 20 Millionen Rentner ständig nur verarscht werden, mit Nullrunden und einer Schein-Rentenerhöhung von 0,54 Prozent obendrauf, das ist eine große Schande! Seit Jahren ist der *Abschwung* mit großer Wut im Bauch bei den Rentnern angekommen!

Merkel lässt sich feiern als Schirmherrin des Klimaschutzes und der Menschenrechte – und dann Merkel auf der Reklame für Billigflieger, das war der Hammer in der Zeitung! Menschenrechte, wo sind sie geblieben? Aus Deutschland sind sie ausgewandert! Das Volk wurde von den Spitzenpolitikern fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel! Helft euch selber, dann hilft euch auch Gott: Das ist die Devise!

Täglich erleben wir, dass die Menschen sich selber helfen müssen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen. Oben jedoch wird mit Unsummen geholfen: Zwei Milliarden Euro aufzutreiben für ganze 37 Kilometer Magnetbahntrasse, das ist kein Problem! Milliarden für die Rüstung zu kriegen und jedes Jahr Milliarden einfach zum Fenster hinauszuwerfen, ist auch kein Problem! Das Geld kommt ja vom Volk und nicht von den Machthabern und „politischen Kuhhändlern“!

Sogar der „Steuerzahlerbund“ rügt und rügt regelmäßig jedes Jahr die Verschwendung öffentlicher Mittel, ohne Erfolg! Gegen so viel Dummheit und Arroganz ist noch kein Kraut gewachsen! Dummheit muss bezahlt werden. Aber nehmt das Geld nicht immer von denen, die sich für euch oben Tag für Tag den Arsch aufreißen oder sich für das Alter etwas aufgebaut haben!

Die Anmaßung, so flott und frei über das Volkskapital zu entscheiden, erzeugt bei den abgezockten Menschen eine unendliche Wut! Aber die Damen und Herren der „Verschwendungskunst“ sind seit vielen Jahren blind und taub, wenn es um das Volk geht! Sie leben mit großen Worten, nichts dahinter, mit weiten Reisen auf Staatskosten, riesigen Palästen und gigantischen Hirngespinsten ganz gut und billig unter und über uns!

Ursula Gatzke (parteilos)

„Aufstieg der einen darf nicht Abstieg der andern sein“:
Bundespräsident hält erneut eine Montagsrede *(„Spiegel-Online“)*

Roland Berger „optimiert“ gesetzwidrige Armen-Schikanierung

1. In der Kölner Arge werden ALG-II-Bezieher schikaniert und aus dem Leistungsbezug gedrängt! Der Aktivist Lutz Camper vom „Agenturschluss“ berichtet, dass immer mehr Betroffene beim Blick auf ihr Konto feststellen müssen, dass ihnen entweder gar kein Geld oder nur ein Teil des ihnen zustehenden Betrags überwiesen wurde. Deshalb herrscht auf dem Amt am ersten eines Monats in der Regel der größte Andrang. Die Leute rennen dann in Scharen ihrem Geld hinterher, und die Stimmung ist erfahrungsgemäß sehr angespannt.

Die Arge Köln hat im Laufe der Zeit die Sanktionsmaßnahmen gegen Antragsteller immer weiter verschärft. Beim kleinsten Verdacht auf „mangelnde Kooperation“ mit der Arge drohen sofort härteste Strafen. **Leistungseinstellungen** ergehen oft völlig willkürlich, Anträge werden mit fadenscheinigen Begründungen gar nicht oder verzögert bearbeitet. Dazu werden die Leute gegängelt, bevormundet oder genötigt. Immer öfter wird den Betroffenen die „Pistole vor die Brust gehalten“, und es heißt dann: „Ziehen Sie Ihren Widerspruch zurück, dann gibt es auch wieder Geld!“

All diese Praktiken geschehen natürlich nicht zufällig, sondern haben System: Die Leute sollen solange schikaniert werden, bis sie aufgeben. Besonders augenfällig ist dies bei den Argen, die von der Unternehmensberatung Roland Berger betreut werden. Die Sachbearbeiter dort werden dazu aufgefordert, den Druck auf die Arbeitslosen gezielt zu erhöhen. Gerade in den über zehn von Roland Berger umstrukturierten Ämtern ist der planmäßige „Servicerückbau“ am stärksten ausgeprägt. Hier sind die Warteschlangen am längsten und die Zahlen der Wider- und Einsprüche gegen falsche Leistungsbescheide am höchsten. Der auf den Fallmanagern lastende erhöhte Arbeitsdruck wird eins zu eins an die „Kunden“ weitergegeben mit dem Ziel, sie möglichst rasch aus dem Leistungsbezug zu vertreiben.

Durch die Einrichtung sogenannter *Front Offices* sollen Leute ungeachtet ihrer Anliegen erst mal „geparkt“ werden mit dem Kalkül, dass sie irgendwann ganz wegbleiben. Offenbar mit Erfolg: Die Arge in Gelsenkirchen rühmt sich damit, dass unter Anleitung von Roland Berger der Bestand an jungen ALG-II-Beziehern um 36 Prozent in sieben Monaten zurückgegangen ist. Entsprechend ist die Wut unter den Betroffenen gewachsen. Inzwischen kommt es fast regelmäßig zu Unmutsäußerungen und kleinen Aktionen, die nicht mehr bloß individuell ablaufen. Im Februar wurde in Herne nördlich von Bochum etlichen „Hartz-IV-Empfängern“ aufgrund eines Computerfehlers kein ALG II ausgezahlt. Daraufhin haben über hundert Betroffene so lange randaliert, bis sie schließlich ihr Geld erhielten!

2. Angeblich soll die **Zahl der offenen Stellen 1,5 Millionen** betragen. Die deutsche Wirtschaft suche derzeit so viele neue Mitarbeiter wie seit sieben Jahren nicht mehr. In einigen Branchen stehe rein rechnerisch sogar jedem Arbeitslosen eine offene Stelle gegenüber. Die Arbeitslosigkeit sei auf ein neues „Zwölf-Jahres-Tief“ gesunken. Ei der Daus, das scheint doch die Kernaussage der Hetzkampagne zu sein, dass absolut jeder Erwerbslose einen Job finden könnte, wenn er denn bloß mal wollte!

Bei den gewerblichen Berufen der Metall- und Elektroindustrie gebe es nach Angaben der Metallarbeitgeber rund 224.000 nicht besetzte Jobs und rund 221.000 offiziell gemeldete Arbeitslose. In der Informationstechnik-Industrie stünden den 40.000 offenen Stellen laut Branchenverband „Bitkom“ rund 30.000 arbeitslose Datenverarbeitungsfachkräfte gegenüber. Haben wir denn tatsächlich 1,5 Millionen hoch dotierter Jobs mit prekärer Entlohnung? Das wäre ja ganz „wunderbar“! Denn nicht die Vollbeschäftigung ist in Aussicht, sondern das Maß ist jetzt voll!

3. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos fordert mehr „Einsatz“ von Arbeitslosen. Er rief die Arbeitsämter dazu auf, die **Zumutbarkeitskriterien** für Arbeitslose sehr strikt anzuwenden. „Arbeitslose müssen auch den Job in 100 Kilometer Entfernung annehmen, selbst wenn es nicht der hoch bezahlte Traumjob ist“, sagte der Minister der „Blöd“-Zeitung. An Menschenverachtung ist das kaum noch zu überbieten!

Wenn ich daran denke, dass es sich bei den freien Stellen um Teilzeitjobs handelt, frage ich mich, ob ich wohl für vier Stunden Arbeit die gleiche Zeitspanne täglich zurücklegen muss. Glos forderte gleichzeitig die Wirtschaft auf, sich um die Weiterbildung ihrer Beschäftigten zu kümmern: „Unternehmen können nicht für jeden einfachen Job Hochqualifizierte mit Auslandserfahrung und Kenntnissen in vier Fremdsprachen erwarten.“ Es kommt wirklich immer wieder nur das gleiche Gelaber von den Volkszertretern!

Herr Glos vergisst, dass es in 100 Kilometern Entfernung ebenfalls genug Arbeitslose gibt, also direkt vor Ort. Mich würde auch interessieren, wer die Fahrtkosten bezahlen soll! Für solch eine Strecke kostet die Monatskarte bei der Bahn bestimmt um die 300 Euro. Sollen wir damit Herrn Mehdorn unterstützen? Dabei will der sich möglicherweise darum bemühen, ausländische Lokführer ins Land zu holen, um die Auswirkungen eines neuen Streiks abzufedern. In Deutschland muss doch Armut wieder flächendeckend verbreitet werden können, um weiterer Profitmaximierung Tür und Tor zu öffnen!

4. Nicht nur in Berlin ist jedes dritte Kind von Armut betroffen, Tendenz steigend. Das „Netzwerk gegen Ausgrenzung“ fordert Kita-Plätze, Schulfonds und Erhöhung des ALG-II-Regelsatzes. Es verlangt vom Bund die Wiedereinführung der einmaligen Leistungen für Schulmaterialien und Lernmittel sowie für Konfirmation, Kommunion, Jugendweihe und Weihnachten. Das „Netzwerk“ geht davon aus, dass die „rot-rote“ Regierung gewillt ist, Veränderungen vorzunehmen. Der Sozialpass zum Beispiel ist im Koalitionsvertrag festgehalten.

Auch beim Thema Schulessen wurde signalisiert, den Preis an allen Ganztagsschulen auf 23 Euro festzusetzen. Dabei hat sich Regierungschef Klaus „Pobereit“ erst letzte Woche zynisch gegen eine Erhöhung der **Hartz-IV-Regelsätze** ausgesprochen – mit dem „Argument“, die Bedürftigen dürften sich nicht „vom Konsum berauschen“ lassen. Dies entspricht auch einem von den

Medien verbreiteten Zerrbild, wonach Eltern armer Kinder ihr Geld lieber in Zigaretten investieren als in Lebensmittel.

Laut „Forschungsinstitut für Kinderernährung“ der Uni Bonn ist mit der Regelleistung eine ausgewogene, gesunde Ernährung insbesondere von Kindern über 14 Jahren schlicht unmöglich. Doch seit die neoliberale Globalisierung Einzug in die Gesetzgebung genommen hat, wird auch der ehemalige Sozialstaat einer Profitmaximierung unterworfen und Zug um Zug ausgehöhlt! Die Ware Arbeitskraft wird nun mal nur begrenzt benötigt. Das sieht man daran, dass die Produktivität in den letzten 20 Jahren um 25 Prozent zugenommen hat.

Wozu soll dann noch in Bildung oder gesellschaftliche Integration investiert werden? Da reichen doch die „besonderen“ Schichten, denn jede andere Ware wird nicht mehr benötigt. Deshalb gibt es auch diese unsinnigen Forderungen von Dieter Althaus oder dem noch schlimmeren Götz Werner nach einem bedingungslosen Grundeinkommen: Unproduktive Kräfte sollen ruhig gestellt werden, aber bloß kein Anspruch auf Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur et cetera haben. So traurig sieht es leider aus!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

„Die Linke“ eröffnet Bürgerbüro in Bremen-Nord

Ich würde mich freuen, euch am Dienstag, dem **2. Oktober 2007**, um **15 Uhr** zur **Eröffnung** des Abgeordnetenbüros in der Alten Hafenstraße 39 in 28757 Bremen begrüßen zu dürfen! Erster **Tag der offenen Tür** ist am **Mittwoch**, dem **3. Oktober**, von **10 bis 18 Uhr**.

Mit unserem Konzept der bürgerorientierten Fraktionsarbeit wollen wir als „Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft eines unserer Wahlversprechen einlösen. Wichtig ist mir persönlich die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und besonders der Kontakt zu Initiativen und Verbänden. Nur so können wir die Probleme und Bedürfnisse der Menschen aufgreifen und für sie Politik machen.

„Die Linke“ wird mit diesem Abgeordnetenbüro im Sinn eines attraktiven Bürgerbüros im Norden Bremens Präsenz zeigen und für die hier lebenden Menschen aktiv werden – in der Bremischen Bürgerschaft und andernorts. Gäste sind Nele

Hirsch (MdB), bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion „Die Linke“, Mitglieder der Beiräte Blumenthal, Burglesum und Vegesack, der „Club der Roten Dichter“ und die Künstlerin Barbara Küster. Feiert mit mir gemeinsam, freut euch auf meine Gäste und genießt den Aufenthalt in der „Red Lounge“!

Zuschrift von Inga Nitz („Die Linke“)

„Linke“ muss Machtfrage stellen: Elf schlechte Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen *(Nele Hirsch)*

Lebensmittelkonzerne zocken die Hungerlöhner ab

Sehr geehrter Herr Seehofer! Es finden zurzeit durch nichts zu rechtfertigende Preiserhöhungen in den Bereichen des täglichen Bedarfs und auf dem Energiesektor statt. Diese Preiserhöhungen haben ein ungeheuerliches Ausmaß angenommen! Dem stehen nur minimale oder gar keine Lohn- und Rentenerhöhungen gegenüber. Es gibt einen Niedriglohnsektor – wir nennen ihn treffender Hungerlohnsektor –, der sich immer weiter ausbreitet und durch die Preiserhöhungen jetzt dramatisch verschärft. Wir sind nicht gewillt, dies länger ohne Protest hinzunehmen!

An Sie als zuständigen Bundesminister richten wir den dringenden Appell: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Preiserhöhungen zurückgenommen werden. Ein Liter H-Milch (1,55 Prozent Fett) kostete erst 49, dann 55, jetzt 66 Cent; ein Liter H-Vollmilch 55, später 62, nunmehr 73 Cent. 250 Gramm Butter kosteten 79 Cent, jetzt 1,19 Euro; 250 Gramm fettarmer Käseaufschnitt 99 Cent, jetzt 1,39 Euro. Der Preis für ein Kilogramm Pfirsiche stieg von 1,29 über 1,39 auf 1,69 Euro. Das sind unverschämte Preiserhöhungen, die sich die Lebensmittelkonzerne und der Zwischenhandel erlauben.

Das ist unsozial! Das Grundgesetz besagt in Artikel 20, dass die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist. Der Staat greift in das wirtschaftliche Geschehen ein, um soziale Härten des Marktes zu lindern. Der Staat greift durch Gesetze ein, um Arbeitnehmer, Mütter, Kranke, Rentner, Erwerbslo-

se und Kinder zu schützen. Die sogenannte soziale Marktwirtschaft soll also die Grundsätze des Marktes mit denen des sozialen Ausgleichs verbinden, doch dies geschieht offensichtlich schon lange nicht mehr!

Vor allem Menschen, die zu niedrige Einkommen und Regelsätze erhalten, sind besonders hart betroffen. Mütter, die Kinder zu versorgen haben, müssen unter den massiven Preiserhöhungen extrem leiden. Die Bundesregierung will bekanntlich die Kinderarmut bekämpfen. Dazu gehört, dass es gesunde Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen gibt. Die Hartz-IV-Regelsätze sind viel zu niedrig, um sich gesund ernähren zu können, und die Preissteigerungen verschlechtern die Situation zusätzlich. Hinzu kommt, dass die Energiekonzerne die Gas-, Strom- und Heizkosten explodieren lassen.

Herr Seehofer, starten Sie im Bundeskabinett eine Initiative, damit die Regelsätze erhöht werden, und wirken Sie auf die Konzerne ein, damit diese die Preiserhöhungen zurücknehmen!

Offener Brief von Bettina Fenzel und Wieland von Hodenberg an den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

„Vollidiot“: EU-Kommissar Frattini will das Googeln nach „bösen Wörtern“ verbieten *(„Spiegel-Online“)*

Die neuen Mietobergrenzen sind eine Mogelpackung

Es kreißte der Berg und gebar eine Maus! Nach mehr als zweijährigen Protesten der Bremer Erwerbslosengruppen und vieler hundert Teilnehmer(innen) an wiederholten Demonstrationen hat die neue Landesregierung aus SPD und Grünen in ihrer Koalitionsvereinbarung eine drastische Reduzierung der Zahl der Umzugsaufforderungen versprochen.

Nach internem Gerangel hat die Verwaltung einen Vorschlag für die neuen Mietobergrenzen für ALG II und Grundsicherung und die entsprechende **Verwaltungsanweisung** vorgelegt, die den Deputierten der Sozialdeputation am 27. September 2007 zugegangen ist. Diese sollen am 4. Oktober 2007 beschlossen werden und ab November 2007 gelten. Ein zwischenzeitlich aufgetauchter Entwurf scheint zurückgezogen worden zu sein.

Dieser Versuch der SPD/Grünen-Koalition, mit der vorgesehenen Anhebung der Mietobergrenzen in Bremen die Zahl der Zwangsumzüge und Mietzahlungssenkungen zu verringern, ist genauso realistisch wie der Versuch, mit einem Hubschrauber den Mond zu erreichen!

Beispiel 1: Es gibt keine höhere Mietanerkennung bei renoviertem Altbau. Frau Meier sucht mit ihren drei Kindern in Huchting eine Wohnung. Bisher galt für sie bei der Wohnungssuche eine Obergrenze von 490 Euro. Diese bezog sich auf die in diesem Ortsteil vorherrschenden Altbauten der fünfziger Jahre, die in den letzten 20 Jahren umfassend modernisiert wurden. Für Häuser, die vor 1966 gebaut wurden, soll es nach der neuen Verwaltungsanweisung künftig keine Modernisierungsaufwertung geben. Damit gilt für die vierköpfige Familie eine Obergrenze von 475 Euro bei der Wohnungssuche: **15 Euro weniger als heute**!

Beispiel 2: Es werden Wohnungsmindestgrößen eingeführt. Das geltende Wohnungsbauförderungsrecht sieht für einen allein lebenden Menschen als angemessene Lebensgrundlage eine Wohnungsgröße von 44 bis 48 Quadratmetern vor. Die SPD/Grünen-Koalition hält für eine Einzelperson eine **15-Quadratmeter-Wohnung** für **ausreichend**. Dies bedeutet, jede(r) kann gezwungen sein, ein Angebot für eine solche Wohnung zu akzeptieren, andernfalls kann die Mietzahlung für die bisherige Wohnung gekürzt werden.

Beispiel 3: Wohnungsangebote müssen nachgewiesen werden. Das Bundessozialgericht hat im November 2006 die Umzugsnotwendigkeit auf den engeren Lebensraum einer leistungsabhängigen Person oder Familie begrenzt. Das heißt, mensch kann in seinem Stadtteil bleiben. Die Verwaltungsanweisung sieht vor, dass niemand umziehen muss oder gekürzte Mietzahlungen erhält, wenn keine neue billigere Wohnung vorhanden ist.

Diese muss mensch sich suchen. Laut Verwaltungsanweisung soll verlangt werden, „eine Dokumentation von Bemühungen zu erstellen, bei privaten Vermietern angemessenen Wohnraum zu finden. In der Regel sollen vom Leistungsberechtigten **monatlich mindestens zehn entsprechende Nachweise** vorgelegt werden“.

Dies ist der blanke Hohn: Angesichts des enorm engen Wohnungsmarktes ist es geradezu unmöglich, so viele Angebote aus dem eigenen Stadtteil zu erbringen! Kann mensch diesen Nachweis nicht führen, ist eine Kürzung die unmittelbare Folge. Ganz abgesehen davon, dass diese Bemühungen Geld kosten, welches in den Regelleistungen nicht vorhanden ist!

Das Anhebungsversprechen von Rot/Grün ist somit eine Mogelpackung, die immer noch sieben- bis achttausend Bedarfsgemeinschaften zum Umzug zwingt oder – in den meisten Fällen – zur Senkung der Mietkostenerstattung führt. Viele Betroffene müssen dann große Anteile der nicht mehr von der Bagis oder dem Amt für Soziale Dienste gezahlten Mietkosten aus den ohnehin viel zu gering bemessenen Regelsätzen aufbringen.

Rot/Grün treibt in Bremen die Verarmung von Tausenden Menschen voran, während gleichzeitig in Berlin die Reichen mit neuen Steuergeschenken bedacht werden. Die Neuregelung bringt fast ausschließlich für Alleinstehende und für Bedarfsgemeinschaften in teuren Stadtvierteln wie Schwachhausen Vorteile. Dem stehen **reale Kürzungen für größere Bedarfsgemeinschaften** ab drei Personen in den anderen Stadtteilen in Häusern mit einem Baujahr vor 1966 gegenüber.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Vergleich der Obergrenzen bei jetzigen Leistungsbezieher(inne)n und Menschen, die aus einem bereits bestehenden Mietverhältnis künftige Leistungen beantragen. Für diese Personengruppen gilt eine generelle Erhöhung der Obergrenzen um zehn Prozent. Dies war auch in der alten Verwaltungsanweisung der Fall. Die Werte in Klammern gelten für Menschen, die bereits im Leistungsbezug stehen und umziehen müssen oder wollen.

Die alten Werte in der Tabelle sind jene, die für den überwiegenden Teil der Wohnungen gelten, da bis 1965 gebaute Häuser in der Regel bestimmte Modernisierungen aufweisen, die zu einer Anhebung des Baujahrs geführt haben. Diese Modernisierungsanhebung ist in der neuen Verwaltungsanweisung nicht vorgesehen.

Mietobergrenze:	*alt:*	*neu:*	*neu:*	*Vergleich:*
Baujahr	*ab 1966*	*bis 1965*	*ab 1966*	*bis 1965*
Anteil	*90 Prozent*	*70 Prozent*	*30 Prozent*	*70 Prozent*
1 Person	292 (265)	330 (300)	352 (320)	+38 (+35)
2 Personen	391 (355)	396 (360)	418 (380)	+5 (+5)
3 Personen	462 (420)	451 (410)	484 (440)	-11 (-10)
4 Personen	539 (490)	523 (475)	556 (505)	-16 (-15)
5 Personen	616 (560)	594 (540)	638 (580)	-22 (-20)

Bei der Neuregelung gibt es keine „Modernisierungsverjüngung“, es wird wie im jetzigen Wohngeldrecht vom tatsächlichen Baujahr ausgegangen. Circa 70 Prozent des Mietwohnungsbestandes in Bremen wurde vor 1965 erbaut. Der Anteil der Leistungsbezieher(innen) in diesen Wohnungen dürfte jedoch noch höher sein, da der vorherrschende Wohnungsbau der letzten zehn bis 20 Jahre sehr teure Neubaumietwohnungen und Einfamilienhäuser waren, die von diesem Personenkreis in der Regel nicht angemietet wurden. Somit fallen 70 bis 80 Prozent aller Leistungsbezieher(innen) in die Obergrenze der Altbauregelung vor 1965.

Die Vergleichsspalte nimmt eine Wertung der am häufigsten vorkommenden Wohnverhältnisse vor. Dies sind die modernisierten Altbauten mit einem Baujahr vor 1965 (circa 70 Prozent des Wohnungsbestandes) ohne „Modernisierungsaufwertung“ gemäß Neuregelung.

Fazit: Die bombastisch verkündete Neuregelung enthält für den größeren Teil der Leistungsbezieher(innen) keine relevanten Verbesserungen. Wie bereits beim Rosenkötter-Vorschlag vom August 2007 wird sich die Situation von Familien mit Kindern real verschlechtern. Für die Mehrheit der Bedarfsgemeinschaften ab drei Personen sinken die real anerkannten Obergrenzen!

Die Sonderregelungen für Stadtteile mit höherem Mietniveau sind zwar grundsätzlich zu begrüßen. Gemessen am Gesamtproblem in der ganzen Stadt sind sie jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ursache sind die geringen Zahlen von Leistungsbezieher(inne)n in diesen Stadtteilen. In den Vierteln Findorff,

Horn-Lehe, Östliche Vorstadt, Vahr, Alt-Osterholz und Grolland ergeben sich um zehn Prozent höhere Obergrenzen.

Um 20 Prozent höher liegen sie in Borgfeld, Oberneuland, Schwachhausen und Mitte. In den letztgenannten Stadtteilen leben allerdings nur fünf Prozent aller ALG-II-Haushalte. In den Vierteln mit zehn Prozent höheren Grenzwerten sind es noch einmal zwölf Prozent aller ALG-II-Haushalte der Stadt. Dies belegt, dass die unentwegte Nennung dieser Obergrenzen durch die Politik lediglich der Verschleierung dient, da sie nur eine Minderheit betrifft!

Der Neuvorschlag der Obergrenzenregelung stellt eine nur sehr geringe Anhebung der Mietobergrenzen dar, die keinesfalls ausreicht, das Missverhältnis zwischen den realen Mietkosten und den Obergrenzen des ALG II erheblich zu verringern.

Bis Herbst 2006 wurden durch die Bagis in Bremen etwa 6.500 Haushalte angeschrieben, deren Wohnungen um mindestens 20 Prozent über den alten Werten lagen. Bis auf die wenigen Einzelpersonen in den Stadtteilen Schwachhausen et cetera sind alle auch nach den jetzigen Obergrenzen von Mietzahlungssenkungen beziehungsweise Zwangsumzügen betroffen. Auch der größte Teil der im Januar und Februar angeschriebenen Haushalte mit zwei und mehr Personen wird durch die Neuregelung nicht vor Kürzung geschützt. Somit sind weiterhin sieben- bis achttausend Haushalte von Mietkürzung oder Zwangsumzug bedroht.

Bei den **Heizkosten** bleibt alles beim alten und wird damit schlimmer! Es soll zu keiner Veränderung kommen. Damit bleiben die Höchstgrenzen bei **1,10 Euro pro Quadratmeter**, in Ausnahmefällen bei 1,35 Euro. Diese Regelung bedeutet für mehrere Tausend Haushalte, dass sie aus den Regelleistungen zum Teil erhebliche Beträge für die Heizung aufwenden müssen. Der „von der Politik“ gegebene Hinweis, die durchschnittlichen Heizkosten lägen noch unter den Höchstwerten, trägt nicht, denn bei den Heizkosten ist eine erhebliche Spreizung festzustellen.

Dies betrifft zum einen die Fernwärme. Diese liegt deutlich über den Heizkosten bei Öl und Gas. Zum zweiten ist auch die Bausubstanz völlig unterschiedlich isoliert. Gerade in den Altbauten sind durchaus Heizkosten bis zu zwei Euro pro Quadratmeter vorzufinden. Diese können durch die ALG-II-Empfänger(innen), die in der Regel Mieter sind, nicht durch sparsames Heizverhalten ausgeglichen werden. Sie haben weder Einfluss auf die Isolierung „ihres“ Hauses, noch können sie neue, doppelt verglaste Fenster bestellen.

Zudem hinkt diese Begrenzung der Heizkosten der aktuellen Rechtsprechung – selbst in Bremen – hinterher. Diese geht davon aus, dass bis zum Beweis des Gegenteils (Heizen mit offenem Fenster) die vom Vermieter oder der SWB verlangten Heizkosten angemessen im Sinne des Gesetzes sind. In Bremen müssen – anders als in meisten übrigen Großstädten – alle von Heizkostenreduzierung betroffenen ALG-II-Haushalte den Weg zum Gericht einschlagen, um ihre Kosten vom Amt erstattet zu bekommen. Die vorgeschlagene Begrenzung der

Heizkosten auf in der Regel 1,10 Euro pro Qudratmeter ist schlicht rechtswidrig. Wir fordern die Übernahme der tatsächlichen Miet- und Heizkosten!

Flugblatt von Herbert Thomsen („Solidarische Hilfe“)

Neue „Verwaltungsanweisung Wohnen“ bricht bisherige Zusagen

1. Die neue „**Verwaltungsanweisung Wohnen**“ liegt vor! Ist ihr Inhalt das Aufbäumen einer störrischen Verwaltung oder politisches Kalkül? Jedenfalls werden mit dieser Verwaltungsanweisung weder die Zusagen eingehalten, noch sind damit gerichtsfeste Kostensenkungsaufforderungen begründbar.

Wir halten unser Versprechen: Wir kommen wieder! Am **Donnerstag**, dem **4. Oktober 2007**, wird der dann vorliegende Entwurf einer Verwaltungsanweisung ab 10 Uhr in der **Sozialdeputation** beraten. Wir treffen uns um **9 Uhr** zur **Demonstration** auf dem **Bahnhofsvorplatz** und gehen gemeinsam zur Bürgerschaft und in die erstmals öffentliche Sitzung als Zuschauer.

Wenn tatsächlich Tausende von Betroffenen einzeln ihre Wohnung verteidigen müssen, werden horrende Folgekosten auf Bremen zukommen. Nur weil wir in Bremen wohnen, dürfen wir nicht benachteiligt werden! Eines sei schon hier versprochen: Jeder, der sich wehrt, wird von uns unterstützt! Wir gehen mit! Es geht um die Wurst: die Wohnung! Keine Zwangsumzüge! Für die von der „Verwaltungsanweisung Wohnen“ betroffenen ALG-II-, Sozialgeld- und Grundsicherungsbezieher(innen) gibt es klare Gerichtsurteile und damit erfolgreiche Gegenwehr!

Herbert Thomsen übertreibt nicht. Zum Glück ist alles, was hier vorenthalten wird, mit Widerspruch und Klage einzufordern – für die Betroffenen kostenlos! Die Verschlechterungen, auch bei den Härteklauseln, entsprechen nicht der Rechtsprechung. Daher erst zur Demo! Wenn auch nur jeder, der so einen Brief erhält, Widerspruch einlegt und weiterhin an den Aktionen teilnimmt, ist der Spuk schnell vorbei!

2. Studenten haben Anspruch auf Erstattung der Kosten der Unterkunft gemäß SGB II. Sie werden dadurch aber nicht ALG-II-Empfänger. Das Hessische Landessozialgericht (Az. L9 AS 215/07 ER vom 18. September 2007) hat dazu einen Beschluss gefasst.

Eine Studentin wohnt bei ihren Eltern. Sie sind Hartz-IV-Betroffene, die Studentin erhält Bafög. Es besteht eine Bedarfsgemeinschaft. Die Studentin hat einen **Mietzuschuss** bei der Stadt beantragt. Ihr Antrag wurde abgelehnt. Die Wohnung kostet 600 Euro, aufgeteilt auf drei Personen ergeben sich 200 Euro pro Kopf. Diesen Betrag, vermindert um den im Bafög enthaltenen Mietzuschuss, somit 156 Euro monatlich, erhält die Studentin zugesprochen.

Das Kindergeld wird nicht als Einkommen angerechnet, weil es bei Bafög immer außerhalb des Ansatzes bleibt. Das Bafög ist nur mit dem enthaltenen Mietzuschuss von 44 Euro anzurechnen. Die Anrechnungsregeln des SGB II sind hier nicht anzuwenden. Dies ist ein positiver Beschluss, der durch die Nichtanrechnung von Kindergeld und das nur teilweise Anrechnen von Bafög Maßstäbe setzt! Die Rechnung müsste für allein wohnende Studenten und Auszubildende genauso aussehen.

Die Anrechnungsregeln des SGB II sind sehr umstritten. Auch in die Anrechnung von **Vermögen** kommt Bewegung. Selbstgenutztes Wohneigentum, Lebens- und Rentenversicherungen sollen den Betroffenen über das Bisherige hinaus erhalten bleiben. Die Vorschriften des SGB II wurden von den Richtlinien für die Vermögensanrechnung der Arbeitslosenhilfe unverändert übernommen. Diese wurden jedoch inzwischen vom Bundessozialgericht für ungültig erklärt, weil eine Härteklausel fehlt. Sie fehlt somit auch im ALG II.

Daher sollte jeder um sein Vermögen kämpfen! Wer bereits dem Rat und der Ablehnung der Bagis gefolgt ist, kann sein Vermögen wiedererlangen. Wer erbt, erbt Vermögen und hat kein anrechenbares Einkommen. Auch diese Gerichtsentscheidung kann rückwirkend eingefordert werden. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Und nun zum Thema **Eingliederungsvereinbarungen**: Es gibt in Bremen keine gültigen, weil die Richter die Anforderungen an sie sehr hoch gehängt haben! Wer aufgrund der Missachtung seiner Eingliederungsvereinbarung, wegen nicht geleisteter Unterschrift et cetera eine Sanktion hinnehmen musste, kann diese anfechten: wenn die Geldkürzung aktuell ist, als Eilverfahren, rückwirkend auf dem normalen Weg. Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. In **Burma** wird gekämpft: Mönche gehen auf die Straße, die anderen folgen ihnen. Unsere Medien sehen darin einen „Kampf für Demokratie“. Die Hintergrundberichte sind verstummt; es wird gleichlautend berichtet.

Am Anfang war die Not der Mönche: Sie werden traditionsgemäß von der restlichen Bevölkerung ernährt. Die Rahmenbedingungen für die Menschen wurden immer schlechter: Sie konnten immer weniger an die Mönche abgeben. Nachdem sich jetzt nochmals die sozialen Bedingungen durch angeordnete Preiserhöhungen verschlechtert haben, sind die Mönche auf die Straße gegangen.

Allerdings könnte ein **Aufstand gegen die sozialen Bedingungen** Nachahmer finden! Da berichten unsere Medien doch lieber über einen „Kampf um mehr Demokratie“. Ich drücke diesem Volk die Daumen. Auch dafür, dass der Diktator nicht durch eine nur vordergründige Demokratie abgelöst wird!

4. Am heutigen Montag war ich um 7 Uhr vor der **Ausländerbehörde**. Es standen circa 50 Menschen vor der verschlossenen Tür. Der Haupteingang des Gebäudes und andere Nebeneingänge waren bereits geöffnet. Andere Besucher der Ämter durften bereits die Flure betreten. Die Menschen vor dem Eingang der Ausländerbehörde wurden von Wachleuten nur abgezählt in das Gebäude gelassen: mal drei, mal sechs Personen.

Es war ungemütlich vor der Tür. Ich habe zusammen mit dem „Flüchtlingsrat Bremen“ deren Flugblätter verteilt. Wir wurden aus der oberen Etage beobachtet. Zurückgewunken haben die Beobachter nicht. Die Mitarbeiter(innen) wollten das Flugblatt überwiegend nicht annehmen. Sie wussten den Blickwinkel der Beobachter einzuschätzen.

Eine Stunde hat es gedauert, bis die Wartenden und die neu Hinzugekommenen eingelassen wurden. Um kurz nach 8 Uhr war die Schlange entschwunden. Auch die Leitung hat sich jetzt in der Tür sehen lassen – nicht gerade verbindlich und freundlich. Der Zugang zur Ausländerbehörde ist auch über den Haupteingang möglich. Dort im Flur stehen aber Wachleute. Zutritt wird nur über den Sondereingang gewährt.

Mit vielen Stühlen auf den breiten Fluren wäre die Schlange vor der Tür zu beseitigen – vor der Entstehung! Draußen gibt es weder Überdachung noch Sitzgelegenheiten. Dies waren die Äußerlicheiten. Vorgeworfen wird dem Amt das Nichtausnutzen von Ermessensspielräumen zugunsten der Betroffenen! „Radio Bremen“ hat dazu gefilmt.

Der „Flüchtlingsrat“ fordert einen Kurswechsel in der Ausländerbehörde. Seine Aktion wurde von den Grünen unterstützt. Rund 3.500 Menschen erhalten in Bremen kein dauerhaftes Bleiberecht, sondern nur sogenannte Kettenduldungen. Die Flüchtlinge haben nur „Kann-Bestimmungen“, um sich durchzusetzen. Auch hier wurden die Vorgaben des Koalitionsvertrages nicht umgesetzt! Selbst eine einfache Demo stellt für diese Flüchtlinge ein sehr großes Risiko dar.

Betroffene berichten am **Montag**, dem **8. Oktober 2007**, um **20 Uhr** im „**Paradox**“ mit Dolmetscher über ihre Erfahrungen. Der Afrikanerin, die im Amtshaus Syke Selbstmord begehen wollte, geht es mit Unterstützung des „Flüchtlingsrates“ wieder etwas besser.

5. Im „Weser-Kurier“ stand am 27. September 2007, die SWB habe weniger **Strom, Gas und Wasser abgestellt**. Sie suche vor der Abstellung das Gespräch mit dem Kunden und biete Teilzahlungen an. Das erklärte SWB-Sprecherin Odenbach. Diese Einstellung ist nicht nur mir neu: Wie wäre es sonst zu 4.200 Strom-, 882 Gas- und 1.100 Wasser-Versorgungssperren gekommen?

Die SWB betreibt auch den Ausbau der Zähler. Haben die Gerichte die üppigen Pauschalen für das Ab- und Anstellen beanstandet, oder sind die Wettbewerber schuld? Egal, wir nehmen die SWB beim Wort! Bei der Vergangenheitsbewältigung sind allerdings auch die anderen Faktoren zu klären. –

Im „Weser-Kurier“ erscheinen auch immer mal wieder Briefe von Lesern, die den Einsatz von ALG-II-Betroffenen als Ein-Euro-Mitarbeiter anregen. Zur Erinnerung: Jeder **Ein-Euro-Job** verringert die Rentenansprüche aller in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherten und auch die Rentenerhöhungen. Jeder Ein-Euro-Job mindert die Steigerung der Löhne und Gehälter!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Ist das Verwalten von Ein-Euro-Personal etwa „zusätzliche“ Arbeit?

Ich finde es nicht in Ordnung, dass es mittlerweile üblich ist, Arbeitslose als Ein-Euro-Jobber in Werkstätten zu stecken, und dass wiederum Ein-Euro-Jobber diese Leute beaufsichtigen müssen! Bei meinem Ein-Euro-Job in einer Tischlerei der „bras“ muss ich die ganzen arbeitslosen Ein-Euro-Jobber für einen Euro pro Stunde selber verwalten! Mich ärgert an der Sache, dass dies eigentlich professionelle Arbeit ist, die richtig entlohnt werden müsste!

In der Werkstatt, wo ich bin, sind auch zwei ABM-Kräfte, die so schlecht bezahlt werden, dass man davon gar nicht richtig leben kann. Das ist nur wenig mehr als Hartz IV, eine Familie ernähren kann man davon nicht. Aber das Schlimmste ist: Man wird auch noch auf Drei-Tages-Kurse geschickt, um den „Umgang mit wenig Einkommen“ zu lernen! Das ist doch wohl schizophren, der reine Zynismus! Ich muss den Leuten die Einladung zu solchen Kursen und „Fortbildungen“ aushändigen, zum Beispiel Anti-Aggressions-Training für Männer, damit sie sich nicht streiten am Arbeitsplatz, sondern ihren Berufsalltag bewältigen können. Was soll man dazu noch sagen? Das lähmt doch alle Gesichtszüge!

In dieser Werkstatt werden richtig professionell tolle Möbel und Spielgeräte hergestellt, für Kindertagesstätten, Horte oder das Kinderhospiz. Das ist alles vom Edelsten, keine Billigmöbel, sondern richtig fein hergestellt! Die müsste man sehr teuer bezahlen, wenn man die normal kaufen würde. Aber sie machen es eben billiger, für die öffentlichen Einrichtungen, um auf diese Weise Ein-Euro-Jobber beschäftigen zu können. Die ABM-Kräfte kriegen ’nen Appel und ’n Ei, kaum mehr als wir, eine Frechheit, denn das sind ausgebildete Tischlergesellen mit Berufserfahrung. Da ist einer, der muss mit 58 Jahren arbeiten für Hungerlohn! Das ist sowas von demütigend!

Das wird nur für öffentliche Einrichtungen gemacht, damit sie billig gute Möbel erwerben können. Wir sollen ohne Konkurrenz auf dem Markt sein! So etwas ist nur finanzierbar durch Ein-Euro-Jobber. Wie kann das sein: Da sind welche, die haben ausgelernt, sind fertig, und dann müssen sie hier richtig professionelle Arbeit leisten, für einen Euro die Stunde?! Ich selber mache nichts anderes als

Personalverwaltung, die ganzen Akten, Anwesenheits- und Urlaubslisten, die persönlichen Daten halte ich fest, alles was man üblicherweise in einer Personalabteilung macht, in jeder anderen Firma, und noch Buchhaltung dazu. Als normale Angestellte würde ich in diesem Job mindestens 2.500 Euro brutto verdienen!

An was ich da alles denken soll! Ich habe nicht mal richtig Pause. Heute war es wieder ein richtig strammer Arbeitstag! Doch das wird gar nicht honoriert, man kriegt keine Anerkennung. Man bekommt nach Ablauf der Maßnahme nicht einmal eine gute Beurteilung. Es gibt nur einen Zettel, auf dem steht, dass ich von dann bis dann die und die Tätigkeit ausgeübt habe. Ich weiß jetzt schon, wie das aussehen wird: Da steht nicht drin, ob ich gut oder schlecht gearbeitet habe, ob ich zuverlässig war und meine Arbeit sorgfältig ausgeführt habe. Das ist alles fürchterlich demotivierend! Deshalb fehlen auch so viele in diesem Job, oft unentschuldigt, sie kommen einfach nicht oder melden sich krank. Man sagt sich: Was soll's?

Anke Meyer (parteilos)

Ausbildungswilligen werden Steine in den Weg gelegt

Ich finde es ungerecht, dass Jugendliche Steine in den Weg gelegt bekommen, die wieder zur Schule zurückgefunden haben und eine Ausbildung machen wollen, damit ihre Kinder keine Hartz-IV-Empfänger werden! Ich bin heute morgen bei der Bagis in der Pfalzburger Straße gewesen, um für meine Tochter Geld zum Leben zu holen, doch ich musste wieder runter zum Doventorsteinweg und eine Vollmacht besorgen. Die Bürokratie ist unwahrscheinlich! Es ist fürchterlich, wie man hier behandelt wird! Kommt alle her und zeigt endlich Rückgrat, denn nur gemeinsam können wir etwas erreichen!

Astrid (parteilos)

Abzocke im Bus, im Job und selbst auf dem Flohmarkt

Ständig steigen die Kosten unserer öffentlichen Verkehrsmittel, mal ein Euro, mal 50 Cent, oder man muss für den Nachttarif mehr bezahlen. Ist das notwendig? Meine Freundin muss ab nächsten Monat erneut etwas mehr für die Straßen-

bahnkarten in Bremen bezahlen, doch auch sie hat nur Hartz IV zum Leben! Wir haben kein Auto, das können wir uns nicht leisten. Wir wollen aber bewegungsfähig bleiben! Irgendwann muss mal Schluss sein mit dieser Abzockerei! Andere Städte geben sozial schwachen Bürgern einen Teil der Kosten der öffentlichen Verkehrsmittel dazu. Hier in Bremen bekommen wir gar nichts!

Eine Bekannte von mir arbeitet im Altersheim, ein Full-Time-Job. Ich finde, es ist ein Unrecht ohnegleichen: Es wird ein fester Arbeitsplatz wegrationalisiert und eine Frau eingestellt, die Kinder hat, einen Haushalt führt und am Existenzminimum nagt. Diese Frau muss da für einen Euro arbeiten! Wenn der Monat zu Ende ist, hat sie wegen ihrer Unkosten kaum mehr Geld zur Verfügung. Außerdem kann sie ihre Kinder nicht mehr beaufsichtigen. Vor kurzen haben sie heimlich 150 Euro vertelefoniert, weil sie sich von einem Abzocker haben breitschlagen lassen mit dem Versprechen, sie könnten für ihre Mutter einen Gewinn machen. Ein großer Schwindel! Wie kann sie solche Katastrophen noch verhindern?

Oft gehe ich auf den Flohmarkt. Die Menschen, die sich vom Sperrmüll oder aus Haushaltsauflösungen Sachen zusammengesammelt haben, um sie dort zu verkaufen, müssen inzwischen 5,50 Euro pro Quadratmeter Stellfläche bezahlen! So verschwindet das Geld, und irgendwelche Abzocker wie hier die Hafenverwaltungsgesellschaft werden richtig reich dabei! Es müssen auch noch 19 Prozent Mehrwertsteuer gezahlt werden. Die Leute haben fast alle kein Gewerbe. Oft kriegen sie nicht einmal das Geld zusammen für die Zeit, die sie da gestanden haben, um ihre paar Sachen zu verkaufen. So schäbig werden arme Mernschen von unseren Politikern und raffgierigen Unternehmern abgezockt! Alle Leute, die dort versuchen, ihre Sachen zu verkaufen, sollten diesen Flohmarkt bestreiken! Dann wollen wir doch mal sehen, ob die Gebühren nicht abgesenkt werden können!

Peter Kubiak (parteilos)

In Hannover wird freie Meinungsäußerung weiter kriminalisiert

Wie wir beachtet werden, so beachten wir auch unsere Nachbarn! Darum möchte ich von dieser Stelle aus der Ratsapotheke zum 475-jährigen **Jubiläum** gratulieren. 475 Jahre bestehen, mal Erfolg haben, von der Obrigkeit abkassiert und auch mal zerstört werden bis zur Ruine, doch trotzdem immer dabei zu sein, das ist der Lebenskampf!

Die Bremer Montagsdemo möchte nicht unbedingt 475 Jahre alt werden. Auch dass wir noch 323 Mal demonstrieren müssen, um die 475 Mal zu erreichen, wenn Frau Merkel vielleicht schon weißhaarig den Stift kaum noch halten kann, möchten wir nicht. Dennoch kann die 475 ein Ansporn sein. Die Ratsapo-

theke hat Tradition, die Montagsdemo auch schon. Selbst der Bundespräsident war sich nicht zu schade, mit den Botschaftern der Welt auf uns zuzugehen.

Diese Anerkennung, die wir von zahlreichen Menschen, nicht aber bei vielen Institutionen erfahren, wird unseren Mitstreitern der Montagsdemo in Hannover verweigert. In einer Presseerklärung teilt das dortige Trägerbündnis mit, dass jetzt gegen drei Personen Strafbefehle rausgegangen sind. Am 5. Februar 2007 hatte die niedersächsische Landespolizei eine rüde Attacke gegen die hannoversche Montagsdemo geritten. Es ging wie schon zuvor um die Nutzung einer elektroakustischen Anlage. Obwohl mehr als 50 Personen anwesend waren, was die Polizei ja immer bestreitet, versuchten die „Ordnungshüter“, den Lautsprecher zu beschlagnahmen.

Dabei bekam ein Pressefotograf eine Anzeige wegen angeblicher Beamtenbeleidigung und nun einen Strafbefehl über 1.200 Euro. Auch zwei Mitstreiter der hannoverschen Montagsdemo haben Strafbefehle über je 900 Euro erhalten, wegen angeblicher Gewalttätigkeit und „Misshandlungen“ gegen Polizeibeamte. Die Staatsanwaltschaft ist sich wohl selbst sehr unsicher, denn sie ist schon zurückgerudert und hat den im Polizeiprotokoll noch verwendeten Begriff des Landfriedensbruchs gar nicht weiter verfolgt. Der Prozess gegen Kurt Kleffel, den Anmelder der Montagsdemo, wurde inzwischen unter reger öffentlicher Beteiligung eingestellt.

Unsere hannoverschen Mitstreiter(innen) rufen zu weiterer Solidarität und zur Unterstützung im Prozess auf. Sie fordern ein Offenes Mikrofon, öffentlich und elektrisch verstärkt und darum hörbar: „Wir wollen unseren sozialen Protest nicht mundtot machen lassen! Wir wollen uns das Recht auf freie Meinungsäußerung und die öffentliche Debatte über Sozialabbau nicht nehmen lassen! Wir wollen uns nicht kriminalisieren und zum bundesweiten Präzedenzfall für Behinderung anderer Montagsdemonstrationen machen lassen!“

Die Bremer Montagdemo – ich denke, ich spreche in euer aller Namen – unterstützt diese Forderungen unser hannoverschen Freunde und wird sie beim kommenden Prozess und auch materiell nicht alleinlassen!

Jobst Roselius

„183 = 13“ in die Tonne kloppen: An diesem Samstag ereignet sich zwischen 11:55 und 11:57 Uhr im Hauptbahnhof ein lärmender „Flashmob“ gegen die Privatisierung von 183 Milliarden Euro Volksvermögen zum Spottpreis von 13 Milliarden *(„Attac“)*

Bahn will Streikrecht per Gerichtsbeschluss kappen: Belegschaft solidarisiert sich mit Lokführer-Gewerkschaft *(„Spiegel-Online“)*

Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!

Die Preissteigerungsrate ist auf 2,5 Prozent geklettert, für Grundnahrungsmittel wie Milch, Brot und Butter sogar noch weit höher, auf bis zu 50 Prozent, desgleichen für Energie, denn „Strom ist zu billig“, wie der Chef von EON meint. Derweil hat die Bahn trotz Milliarden-Gewinnen bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr Preiserhöhungen angekündigt: 5,6 Prozent im Fern-, 3,9 im Nahverkehr!

Wird vor dem Börsengang noch schnell die Braut schön gemacht? Nein: Die bösen Lokführer sollen schuld sein! Schon wurde der Einsatz von Streikbrechern angekündigt. Darum: Solidarität mit den Lokführern! Solidarität auch mit den Real-Kassierer(inne)n, die letzte Woche streikten! Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!

Frau Merkel behauptet stolz: „Die Hartz-Gesetze greifen jetzt“. Tatsächlich findet jedoch eine massenhafte Vernichtung von Vollarbeitsplätzen durch Minijobs, Ein-Euro-Jobs und Leiharbeit statt! Im letzten Jahr wurden mehr als 150.000 Vollarbeitsplätze vernichtet. Das ist Ihre Bilanz, Frau Merkel: 20 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland sind inzwischen Minijobs! Es gibt 1,2 Millionen „Aufstocker“, die Vollzeit arbeiten, aber davon nicht leben können!

Deswegen beträgt das durchschnittliche Monatsgehalt eines Spitzenmanagers in der Großindustrie 160.000 Euro! Das sind nicht bedauerliche „irrtümliche Folgen“ der Hartz-Gesetze, wie Rudolf Dressler von der SPD sagte, nein, das war genau die Absicht, die hinter den Hartz-Gesetzen stand und steht: eine Verarmungs- und Verelendungspolitik gegenüber der Masse der Bevölkerung! Drastische Absenkung der Löhne bei gleichzeitiger Steigerung der Profite und Managergehälter ins Unermessliche!

Das ist kein Fehler im System – das System ist der Fehler! Es wundert mich nicht, dass laut Umfragen inzwischen über 70 Prozent der Bevölkerung den Sozialismus als „im Prinzip besseres System“ ansehen. Ich kann das nur begrüßen und uns dazu ermuntern, darüber zu sprechen, wie wir zum Sozialismus kommen

und dabei die früheren Fehler vermeiden können. Die MLPD hat dazu sehr viel an Analyse geleistet, über die sie gern mit möglichst vielen Menschen sprechen und sich austauschen will.

Am **13. Oktober 2007** fahren wir mit dem Bus nach **Berlin** zur **4. bundesweiten Demonstration gegen die Regierung**. Für Menschen mit schmalem Geldbeutel gibt es eine ermäßigte Fahrkarte, bitte meldet euch an bei Jobst.Roselius(at)nord-com.net! Wir kämpfen gegen Massenarbeitslosigkeit, Billigstlöhne und Minijobs und fordern weiterhin: Weg mit Hartz IV!

Wolfgang Lange (MLPD)

Warnstreik am Freitag von 8 bis 11 Uhr: Wenn die Aushilfslokführer einen Crash bauen, ist Mehdorn seinen Job los *(„Spiegel-Online“)*

Unverhältnismäßige Befangenheit: Unter Bahnstreiks dürfen nur Pendler leiden, keine Unternehmer *(„Spiegel-Online“)*

Unverhältnismäßige „Notfall“-Planung: Bahn bestreikt ihren Fernverkehr selbst *(„Spiegel-Online“)*

15 Züge vor den Toren der Stadt abgestellt: Bremer Lokführern mit Abmahnung gedroht *(„Spiegel-Online“)*

Keiner imponiert wie Schell: Warum sind die Bsirske-Sommer-Hubers nur solche Weicheier? *(„Spiegel-Online“)*

Desinformation oder Schlamperei?

Immer wieder stelle ich fest, dass Ihre Journalisten bei politischen Veranstaltungen nur kurz zu Beginn anwesend sind, eventuell ein kurzes Interview machen, dann aber über alles schreiben. Wir, die wir für unsere Wohnungen kämpfen, waren nicht circa 30, sondern circa 50 Demonstranten, wie die nicht ausreichenden 45 aufgestellten Stühle für Gäste im Sitzungsraum bewiesen.

Dieses Novum, dass die Sozialdeputation zum ersten Male öffentlich tagte, ist dem Journalisten offenbar genauso entgangen wie der Tatbestand, dass drei von uns zur Versammlung sprechen durften und unter anderem darlegten, dass die Deputation von falschen Voraussetzungen ausgeht, die **Zwangsumzüge** nicht wesentlich abnehmen und die Gerichte sie in die Schranken weisen werden.

Leserbrief von Hartmut Stinton zum Artikel
„Mehrheit für neue Mietgrenzen“ im „Weser-Kurier“

Klaus Neumann vom „Verdi“-Erwerbslosenausschuss lädt zu einem Treffen am **Dienstag**, dem **9. Oktober 2007**, um **14 Uhr** im Foyer des **Gewerkschaftshauses** ein, um zu beraten, was weiterhin gemacht werden kann, um die Übernahme der realen Miet- und Heizkosten durchzusetzen, nachdem auf der letzten Sozialdeputationssitzung alle Vorschläge von Rot-Grün so durchgewunken wurden.

Kollektive Gegenwehr: Hunderte Arbeitslose „besetzen“ Kölner Arge und erzwingen korrekte Leistungsauszahlung *(„Erwerbslosenforum“)*

Hartz IV wackelt unter Kritik- und Klageflut: Immer mehr Rote und Grüne fordern Regelsatzerhöhung und Schikanierungsabbau *(„Spiegel-Online“)*

Münte muss weg: So viel Widerrede darf sich ein SPD-Chef nicht bieten lassen *(„Spiegel-Online“)*

„Bomben sind die beste Medizin“: Folterpräsident Bush streicht Krankenversicherung für arme Kinder *(„Spiegel-Online“)*

Gerichtliche Verhältnismäßigkeitsbedenken unbegründet: Presse spottet über Geringfügigkeit der Folgen des Lokführer-Warnstreiks *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Lokführer streiken künftig ohne Vorankündigung: Die Bahn lehnt Zugeständnisse ab, der Bund eine Vermittlerrolle *(„Spiegel-Online“)*

Linker Hip-Hop: 150 Hobbykicker blockieren Sielwall-Kreuzung in Bremen *(„Focus“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

153. Bremer Montagsdemo am 08. 10. 2007

Irgendwann kommt alles an den Tag

Seit Längerem reden wir schon davon, dass wir nichts vom „Aufschwung“ merken, bis heute immer noch nicht viel. Jetzt sprechen sogar die Medien darüber: Der sogenannte Aufschwung kommt bei den Menschen nicht an. Vom Reden allein haben die Leute noch kein zusätzliches Geld, von dem sie sich etwas leisten könnten.

Dann wird es jetzt wohl höchste Zeit umzudenken, meine Herren Arbeitgeber! Wenn weniger Geld nachfragt und weniger gekauft wird, müssen wir wieder Ihre Klagen hören. Der traurige Witz ist doch: Sie zahlen nicht genug Lohn, um für eine erhöhte Nachfrage zu sorgen! Wo soll denn das Geld herkommen? Angeblich haben die Bürger noch hohe Ersparnisse – aber Sie meinen gar nicht die Leute mit Geld! Warum sollte, wer auch sonst alles hat, noch etwas kaufen?

Die große Masse aber hat dank der sogenannten Reformen immer weniger Geld und kann deshalb nichts kaufen. Geht das nicht in Ihren Kopf, meine Herren Arbeitgeber? Seit der Mehrwertsteuererhöhung wird alles teurer, Energie und Lebensmittel. Auch die Gesundheitsreform kostet uns Geld. Dazu kommen niedrigere Löhne, immer mehr Billigjobs und Zeitarbeit.

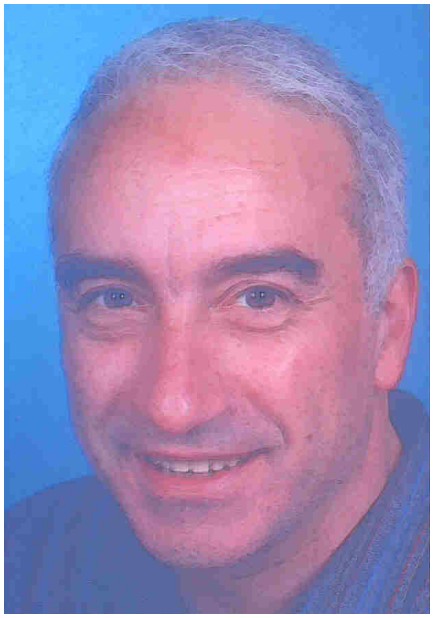
Woher soll nun die Nachfrage kommen? Meine Herren Arbeitgeber, zahlen Sie lieber höhere Löhne, dann kommt auch der Aufschwung, der uns allen fehlt, und auch Sie haben etwas davon! Oder wissen Sie immer noch nicht, wie die Wirtschaft funktioniert? Dann lesen Sie nach über Angebot und Nachfrage!

Udo Riedel (parteilos)

Arm durch Arbeit: Ausbeutung lässt Vertrauen in die „soziale Marktwirtschaft“ schwinden *(„Spiegel-Online“)*

Lokführer streiken vier volle Tage lang: Deutsche Bahn will nicht verhandeln, sondern die GDL eliminieren *(„Spiegel-Online“)*

Die Lokführer brauchen unsere volle Solidarität



Letzten Freitag streikten die Lokführer, um ihre berechtigten Forderungen gegen den Bahn-Vorstand durchzusetzen. Erneut wurde ein Streikverbot verhängt. Es richtet sich *wirtschaftlich* vor allem gegen die Behinderung des Güterverkehrs, der durch die „Just-in-Time“-Produktion eine sehr empfindliche Nahtstelle für die internationalen Konzerne darstellt. *Politisch* soll verhindert werden, dass die Lokführer ein Zeichen setzen: nach deutlichen Lohnerhöhungen und einer Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitslose und Arbeitende heute dringend brauchen.

96 Prozent der Lokführer und der Zugbegleiter haben sich in der Urabstimmung für 31 Prozent mehr Lohn und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 41 auf 40 Stunden ausgesprochen. „Völlig überzogen“, wettert Bahn-Chef Mehdorn und erhält dabei volle Rückendeckung der Bundesregierung. Derselbe Bahnchef, unter dessen Regie sich die Bezüge des Bahn-Vorstands seit 1999 von 3,5 auf 20,1 Millionen Euro verfünffacht haben!

Der Gewinn der Deutschen Bahn hat sich im ersten Halbjahr 2007 um 44 Prozent auf 1,35 Milliarden Euro erhöht. Die Kasse bezahlen wir als Kunden – durch ständige Fahrpreiserhöhungen und Verspätungen am Fließband – und die Beschäftigten der Deutschen Bahn, die seit der Teil-Privatisierung 1994 die Vernichtung von 150.000 Arbeitsplätzen und die Kürzung der Löhne um 30 Prozent erlebt haben. Deshalb ist es wirklich an der Zeit, in die Offensive zu gehen! Dafür brauchen die Lokführer die Solidarität der gesamten Bevölkerung.

Es ist notwendig, dass das Streikverbot zu Fall kommt und ein echtes Streikrecht in Deutschland erkämpft wird! Bisher haben wir hier nur ein sehr eingeschränktes gewerkschaftliches Streikrecht nach Ablauf der Friedenspflicht. Streiks für demokratische Rechte, für den Schutz der Umwelt oder ein Generalstreik zum

Rücktritt einer Regierung sind verboten. Wir brauchen ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht, wie es in Frankreich, Spanien, Italien und anderen Ländern in Europa längst existiert!

Harald Braun

„Keine Warnstreiks mehr“: Hacker der Lokführer-Homepage verkündet „Einigung“ im Tarifstreit *(„Spiegel-Online“)*

Keine Streiks am Donnerstag: „Geheimtreffen“ mit Mehdorn und Schell soll „großen Knall“ verhindern *(„Bild“-Zeitung)*

Arbeitsrechtler fordert Streiks auch im Fernverkehr: Chemnitzer Arbeitsgericht hat faktisch das Streikrecht ausgehöhlt *(„Spiegel-Online“)*

Freitag wird gestreikt: Spitzengespräch am Donnerstag hat nur aufschiebende Wirkung *(„Spiegel-Online“)*

Fordern Sie die Grundrechte ein, Herr Bundespräsident!

Heute möchte ich kurz auf die Montagsrede von Bundespräsident Köhler eingehen, die er am 1. Oktober 2007 in Berlin gehalten hat. Anlässlich seines Bremen-Besuches vor einigen Wochen hatte er ja zu unseren Forderungen beredt geschwiegen. In Berlin hat er außer ein paar wohlklingenden Worthülsen auch nur Unverbindliches gesagt. Schauen wir uns diese etwas genauer an!

Er sagte, die Ungleichheit der Einkommensverteilung habe zugenommen. Daraus folgerte er, „der Aufstieg der einen“ dürfe nicht „der Abstieg der anderen“ sein. Auch das ist eine Sprechblase. Was die von ihm festgestellte Zunahme der Ungleichheit bei der Einkommensverteilung angeht, ist zu sagen, dass vor ihm schon diverse Regierungsmitglieder ebenfalls davon redeten und nichts zu unseren Gunsten passiert ist. Im Gegenteil: Bekanntlich werden die Reichen immer reicher – das sagen sogar Regierungsstatistiker –, und die Armen werden völlig ungebremst in noch größeres Elend getrieben. Das sagen die Statistiker natürlich nicht!

Wenn er dann noch meint, die Arbeitnehmer sollten stärker als bisher an den Erträgen und am Kapital der Unternehmen beteiligt werden, kann ich nur wiederholen, was nicht nur Arbeitsmarktexperten längst festgestellt haben: Kapitalbeteiligung schützt überhaupt nicht vor Rausschmissen! Also auch dies ein Rohrkrepierer. Man verschone uns künftig mit solch neoliberalem Geschwätz! Dann sagte er, ganz auf positive Außenwirkung bedacht: „Wer unverschuldet in Not gerät, soll sich auch künftig auf das soziale Netz verlassen können und eine wirksame Starthilfe erhalten“ und so weiter.

Verehrter Herr Bundespräsident, wo ist es denn geblieben, das „soziale Netz“? Haben Sie es nicht davonfliegen sehen? In Wahrheit reden Sie den Hartz-Gesetzen das Wort, und wie sehr die täglich in die Hose gehen, müssten Sie doch auch längst wissen! Zur Bildungspolitik sagten Sie ebenfalls gewichtige Worte: „Es müssen alle wirklich gleiche Zugangschancen zu guter Bildung, wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Aufstieg haben. Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Gerechtigkeit.“ Das sind schöne Worte, aber auch hier schimmert die neoliberale Ideologie durch.

Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit der Bildungs- und Chancengerechtigkeit, dann sorgen Sie für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und verhindern Sie Elite-Schulen und Elite-Unis! Setzen Sie sich für ein Bildungssystem ein, wie es zum Beispiel Finnland längst erfolgreich praktiziert! Sie mischen sich doch immer gern in die Tagespolitik ein, und Sie wollen der Präsident aller Bürger sein.

Gustav Heinemann (SPD), der von 1969 bis 1974 Bundespräsident war und 1976 verstarb, galt zu seiner Zeit zu Recht als „Bürgerpräsident“. Er kritisierte heftig die CDU, die er vor seinem Austritt aus derselben mitbegründete und der auch Sie angehören. Diese habe ihre Politik nachgerade auf drei Punkte zusammengeschmolzen: Erstens Geld verdienen; zweitens Soldaten, die das Geld schützen; drittens Kirchen, die Soldaten und Geldsack segnen.

Aus heutiger Sicht würde der einstige Kirchenmann wahrscheinlich sarkastisch hinzufügen: „Der Neoliberalismus, dem Segnung zu wenig ist, wird dann auf Heiligsprechung des Geldsacks bestehen!“ – Ihnen, Herr Köhler, mache ich den Vorschlag: Handeln auch Sie wie ein Bürgerpräsident! Stellen Sie sich auf unsere Seite und fordern Sie wirkliche Bildungsgerechtigkeit, die Abschaffung der Hartz-Gesetze und die Wiederherstellung aller demokratischen Grundrechte!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Verraten und verkauft: Bezahlte Privatpost-Hungerknechte „demonstrieren“ gegen Mindestlohn *(„Tageszeitung“)*

Ich wünsche Ihnen eine kurze Amtszeit

Sehr geehrte Frau Linnert! Hinsichtlich der Problematik der **Unterkunftskosten** für ALG-II-Bezieher in Bremen lässt sich nunmehr feststellen, dass nach der neuen Regelung zwar nicht die Kostensenkungsaufforderungen drastisch gesenkt werden, wohl aber die Anzahl der Wähler(innen), die bei der nächsten Bürgerschaftswahl für „Bündnis 90/Die Grünen“ stimmen werden.

Nun wird der imaginäre „Appartement-Helmut“ wohl seine imaginären Unterkunftskosten nicht anerkannt kriegen und die imaginäre Differenz aus seinem imaginären Regelsatz begleichen müssen. Dies wird „Appartement-Helmut“ nicht sonderlich schwerfallen, denn er existiert lediglich in der Einbildung des sozialpolitischen Sprechers der Grünen, Herrn Horst Frehe.

Die realen ALG-II-Betroffenen in Bremen werden jedoch enorm zu leiden haben. Die erste öffentliche Sitzung der Sozialdeputation hätte besser in einer geschlossenen Abteilung mit gepolsterten Wänden stattgefunden. Doktor Karl Bronke hielt sich für Bismarck, indem er meinte, er habe lieber ein schlechtes Gesetz und eine gute Verwaltung. Der glaubt, wir seien noch Monarchie! Fehlte bloß, dass er mit „Eisen und Blut“ die ALG-II-Betroffenen aus ihren Wohnungen treibt.

Da Sie ja Psychologin sind, Frau Linnert, sollten Sie die Herren dringend therapeutisch behandeln. Am besten, bevor Herr Frehe die „Ferrarì-Jutta“ erfindet und Herr Bronke Österreich den Krieg erklärt. Dies wäre sicherlich vorteilhaft für Ihre Reputation als Psychologin sowie Ihre zukünftigen Berufsperspektiven spätestens nach der nächsten Bürgerschaftswahl. Ich wünsche Ihnen aufrichtig eine kurze Amtszeit als Finanzsenatorin!

Offener Brief eines ehemaligen Wählers der Grünen,
vorgetragen von Frank Kleinschmidt (parteilos)

Artikel 14 der Bremer Landesverfassung wurde wieder beschädigt

1. Wir haben uns vor dem Hauptbahnhof versammelt. Den Platz konnten wir nicht verfehlen: Die Polizei war vor uns da. Bei der Flugblattverteilung wurde ich gefragt: „Warum trefft ihr euch nicht gleich vor der Bürgerschaft?“ – „Weil wir unterwegs noch ordentlich Krach machen wollen!“ – Der Einsatzleiter kam zu Herbert und sagte: „Mir sind hundert Leute versprochen worden!“ – Wir haben geantwortet: „Wir zählen die Polizisten immer mit!“ – „Dann stimmt es“, war die gemeinsame Feststellung.

Für die Deputierten waren wir bereits vor dem Marktplatz zu hören. Wir sind in diese Sitzung hineingegangen. Das Thema **Zwangsumzüge** kam nach einigen anderen zur Sprache. Leider wird nur ein Ergebnis-, kein Redeprotokoll geführt. Mit letzterem wäre sicher manches so nicht gesagt worden. Die Hochstufung des Baujahres durch Renovierungen wird wieder in die Verwaltungsanweisung aufgenommen – das steht da nicht, ist aber logisch. Die Anweisung ist also unvollständig, Ergänzungen wird die Bagis selbst vornehmen. Die Veröffentlichung fordern wir ein!

Den Wert einer Verwaltungsanweisung haben wir bereits skizziert. Positiv bei der neuen Fassung ist: Die Wohngemeinschaften werden jetzt auch in Bremen wie Einzelpersonen behandelt, und die Eigentümer von selbst genutztem Wohnraum werden von der Bagis in Ruhe gelassen, müssen aber die entsprechenden Zahlungen einfordern. Negativ ist: Die Obergrenze für eine angemessene Miete und auch die angemessene Wohnungsgröße wurden nicht entsprechend der Vorgaben des Bundessozialgerichts ermittelt und berücksichtigt, die Ausnahmetatbestände sowie die Erhöhung der angemessenen Miete aufgrund von Ausnahmetatbeständen eingeschränkt, die Mietstaffelungen für größere Bedarfsgemeinschaften reduziert.

Dies alles erfolgt entgegen der bisherigen Rechtsprechung. Die wesentlichen Verschlechterungen gehen zulasten der Kinderreichen! Diese Verwaltungsanweisung ist insgesamt eine Schlechterstellung der Betroffenen! Sie verhindert keinen der geplanten Zwangsumzüge, wenn sie so angewendet wird und die Betroffenen sich nicht wehren – und wenn sie es tun, ist diese Verwaltungsanweisung eine Papierverschwendung!

Wie wehrt mensch sich? Zuerst wird die Bagis die Bedarfsgemeinschaften mit Überschreitung der neuen Mietobergrenzen von mehr als 50 Prozent anschreiben. Mit diesem Brief umgehend zur nächsten Beratungsstelle oder zur Montagsdemo gehen! Zu klären sind die Fragen: Wurden die Auflagen des BSG hinsichtlich dieses Bescheides erfüllt? Liegen ihm die Angaben zu angemessenen Wohnungsangeboten bei? Sind diese Wohnungen tatsächlich angemessen bezüglich Lage, Ausstattung und Mietpreis pro Quadratmeter? Liegen in der Bedarfsgemeinschaft Gründe vor, die einen Umzug unzumutbar machen? Hat die Bagis richtig gerechnet, und ist die angemessene Miete richtig ermittelt worden?

Nach Abklopfen dieser Fragen heißt es Widerspruch einlegen, die fehlenden Angaben nachfordern, auf die besonderen Hinderungsgründe hinweisen und alle in Zusammenhang mit einer Wohnungssuche und einem Wohnungswechsel anfallenden Aufwendungen beantragen. Wie das geht? Wir gehen mit!

Klaus Neumann vom „Verdi"-Erwerbslosenausschuss lädt zu einem Treffen am **Dienstag**, dem **9. Oktober 2007**, um **14 Uhr** im Foyer des **Gewerkschaftshauses** ein, um zu beraten, was weiterhin gemacht werden kann, um die Übernahme der realen Miet- und Heizkosten durchzusetzen, nachdem auf der letzten **Sozialdeputationssitzung** alle Vorschläge von Rot-Grün so durchgewunken wurden.

Frau Linnert hat im „Weser-Kurier" die bisherige Regelung als rechtswidrig bezeichnet. Sie hat Recht! Daher sind alle bisherigen Einschränkungen der vollen Übernahme der Unterkunftskosten rechtswidrig! Auch Erklärungen der Betroffenen, einen Teil der Miete selbst zu tragen, sind ungültig! Es ist Antrag auf Überprüfung zu stellen, die selbst gezahlten Anteile sind einzufordern. Wie das geht? Wir gehen mit!

Aber auch die neue Regelung ist rechtswidrig! Helfen wir daher Frau Linnert, ihr Wahlversprechen einzulösen: Erheben wir Widerspruch und notfalls Klage! Es war ein schwarzer Tag für Bremen: Artikel 14 der Bremer Landesverfassung wurde wieder beschädigt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Eine neue Verwaltungsanweisung, und die Bagis läuft wie geschmiert: Münchhausen lässt grüßen! Schon bisher müssen die Abteilungsleiter prüfen, bevor die Sachbearbeiter schreiben und die Miete gekürzt wird, nur geholfen hat es nichts: Umzüge sind genehmigt worden, bei der Mietkaution wurde vertröstet und anschließend die **Zahlung verweigert**. „Sie haben die Schlüssel", hieß es, „dann kann Sie der Vermieter wegen der nicht gezahlten Kaution nicht kündigen! Daher zahlen wir nicht." Dieser Vermieter wird nicht noch einmal an ALG-II-Betroffene vermieten!

Weiter schreibt die Bagis: „Eine Nachzahlung von Nebenkosten tragen wir nicht", „Ihre Quadratmeterzahl ist zu groß, daher zahlen wir nur für die angemessene Grundfläche", „Ihre Heizkosten sind unangemessen hoch, daher zahlen wir nur 1,10 Euro pro Quadratmeter", „eine doppelte Miete wegen des Umzuges tragen wir nicht", „Renovierungskosten werden nicht übernommen". All dies ist anfechtbar, doch leider nur durch Widerspruch und Klage erreichbar!

Bürgermeister Böhrnsen nennt im „Weser-Report" vom 3. Oktober 2007 als Fazit des neuen Senats: „Wir haben die Mietobergrenzen maßvoll erhöht, damit weniger Menschen in Angst und Schrecken vor einem Zwangsumzug versetzt werden." Im Wahlkampf hat die SPD getönt: „Bremen hat bezahlbare Wohnungen." Unser Fazit lautet: Einsparungen sind so nicht möglich! Es werden durch den Bearbeitungsaufwand sowie durch Widersprüche und Klagen erhebliche Mehrkosten auf Bremen zukommen, nicht mitgerechnet die Sorgen der Betroffenen.

Daher den Brief öffnen und Gegenwehr ergreifen! Nicht erst viele Sorgen machen, auch nicht im Voraus!

Wir haben in der Sozialdeputation die Inszenierung „**Gewos**“ erlebt. Immerhin 46.500 Euro hat sich Bremen diesen Bericht kosten lassen. Waren und sind die Deputierten überzeugt, die richtige Entscheidung getroffen zu haben? Ich habe nur Parteigehorsam wahrgenommen. Die sozial Erfahrenen und nicht parteilich Gebundenen haben ihre Hand auf die Schwachstellen gelegt. Es ist diesmal ganz einfach, die mangelnde Qualität des Berichts nachzuweisen. In der Sitzung vom 8. Februar 2007 wurden die damaligen Sozialdeputierten darüber informiert, dass am 28. November 2006 ein Gutachten bei der „Gewos“ bestellt wurde. In dieser Senatsvorlage wird auch auf die Urteile des Bundessozialgerichts vom 7. November 2007 Bezug genommen. Diese bleiben von „Gewos“ (auftragsgemäß?) total unbeachtet! In der Senatsvorlage steht auch: „Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die bisherige Rechtsprechung zum Bereich der Kosten der Unterkunft und Heizung keinen Anlass zur Korrektur der rechtlichen Auffassung oder Regelungen des Ressorts gibt.“

Wenn sich eine Regierung so beweihräuchern mag, kommt die Quittung auf dem Fuße: „Gewos“ hatte sich in dem alten Bericht, dem sogenannten Gutachten, um mehr als das Vierfache vertan, und zwar bei den Nachfragern. Natürlich war dies „nicht vorhersehbar“! „Gewos“ sollte Ende Mai 2007 liefern. Auf den weiteren Seiten wird die Änderung der damaligen „Verwaltungsanweisung Wohnen“ vorgeschlagen. Dies kann sich die Dienststelle künftig ersparen! Sie hat sich einen Persilschein mit Namen „ergänzende Hinweise“ erschummelt – wie lange noch?

Auch Deputierte können sich wehren und Anträge stellen! Für Frau Rosenkötter waren die Anträge der Linken wohl eine neue Erfahrung – so unprofessionell, wie sie damit umging. Die Inhalte sollten einfach Zeichen setzen, die Ablehnung war sowieso klar. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Es liegt eine weitere Gesetzesänderung unter der Lupe der Justiz! Münte will die **Bezugsdauer von ALG I** für Ältere nicht verlängern, weil der Arbeitsmarkt für Ältere wieder „aufnahmefähig“ sei. Münte weiß, dass Ältere mit erheblichen Fördergeldern wieder in Arbeit gebracht werden: In Bremen werden 500 Stellen als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit bis zu 100 Prozent aus dem Programm „50 plus“ gefördert.

Der ALG-I-Bezug soll auch deshalb nicht verlängert werden, weil weniger Ältere ihren Arbeitsplatz verlören. Münte weiß, dass der Arbeitgeber nur husten muss und sofort die Bundesagentur für Arbeit mit einem Lohnzuschuss oder einer Übernahme der Weiterbildungskosten zur Stelle ist, damit die Älteren im Betrieb verbleiben! Dies als Wende im Arbeitsmarkt zu betrachten, ist wohl sehr zynisch.

Münte weiß wahrscheinlich noch nicht, dass ein Sozialrichter die Kürzung des ALG-I-Bezugs für verfassungsrechtlich bedenklich ansieht und die Klage eines

Betroffenen dem Verfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt hat. Aus dem gleichen Grund kommt auch eine Kürzung der Bezugsdauer für junge Leute, wie sie von der CDU gefordert wird, nicht in Betracht.

Wer also von den Kürzungen im ALG-I-Bereich bei Bezugsdauer oder Zugangsvoraussetzungen betroffen ist, sollte umgehend Widerspruch einlegen, auch wenn der Bescheid bereits älter und die Widerspruchsfrist abgelaufen ist! Wie das geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Dieser Staat ist ein **Rechtsstaat**: Er macht die Gesetze zum Schutze seiner Bürger! Südafrika darf deshalb nicht mit Waffen beliefert werden. Die HDW Kiel liefert jedoch Blaupausen für den U-Boot-Bau. Ihr Anteilseigner ist das Land Schleswig-Holstein.

Der Staat fühlte sich durch die „Rote-Armee-Fraktion“ gefährdet. Es wurden neue scharfe Gesetze entworfen. Als sie fertig waren, blieb die „Rote-Armee-Fraktion“ ruhig – viel zu ruhig für so gravierende Einschnitte in die Rechtsstaatlichkeit. Der Staat handelte: In die Außenmauer des Celler Gefängnisses wurde ein Loch gesprengt. Täter waren die Staatsbediensteten!

Laut Polizeibericht war es jedoch ein Befreiungsversuch für die Inhaftieren Mitglieder der „Rote-Armee-Fraktion“, und die neuen Gesetze wurden ohne Änderung oder Hinterfragung verabschiedet. Das „Celler Loch“ steht inzwischen im Museum! Der Staatsdiener und Auftraggeber genießt ungetrübt seine Altersversorgung. Politische Verantwortung ist etwas Schönes!

Erst vor einigen Wochen wurde in Deutschland ein Anschlag vereitelt. Einer der Verhafteten wohnt im Saarland. Im regionalen Rundfunk kam folgende Meldung: „Der Verfassungsschutz hat bestätigt, dass er den Verdächtigen vor seiner Verhaftung um Zusammenarbeit gebeten hat, was dieser ablehnte.“ Kommt uns das nicht bekannt vor? Als die Menschen mit den auffälligen T-Shirts unter Terrorverdacht gerieten, standen da nicht auch einschneidende gesetzliche Einschränkungen auf dem Fahrplan? Unter Terrorvorwand werden Rechte abgebaut. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Hamburger Mieter müssen beim Auszug nicht renovieren. Die sogenannte Schönheitsreparaturklausel gilt dort nicht mehr. Das hat das Landgericht der Hansestadt entschieden. Ähnlich ist bereits vom Bundesgerichtshof geurteilt worden. Auch die Mietverträge in Bremen und anderswo haben selten eine gültige **Renovierungsklausel**. Nur Sachbeschädigungen sind zu beseitigen.

Was sich mit Spachtel, Farbe und Tapete beseitigen lässt, ist jedoch keine Sachbeschädigung, sondern eine Gebrauchsspur. Diese muss nur im Zuge einer Renovierung beseitigt werden (Az. VIII ZR 124/05 vom 28. Juni 2006). Die „Brebau“ in Bremen hat ihre Hausmeister angewiesen, möglichst alles als Sachschäden einzustufen und die Beseitigung einzufordern und darüber hinaus das Urteil

des BGH zu verschweigen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wir brauchen eine echte Sozialstaatsgesetzgebung

1. US-Präsident Bush hat eine höchst unpopuläre Entscheidung getroffen: Er hat ein Sozialprogramm auf Eis gelegt, das Millionen Kindern aus ärmeren Familien eine **Krankenversicherung** bezahlte. Es ist ein politisch höchst brisanter Schritt, den George W. Bush gegangen ist: Er setzte das ihm als Präsident zustehende Mittel des Vetos ein – und stoppte ein staatliches Sozialprogramm, das nicht versicherten Kindern aus ärmeren Familien Zugang zur Krankenversicherung verschaffte. Damit kippte Bush, der sich selbst zynischerweise als „mitfühlenden Konservativen“ bezeichnet, die zuvor vom Kongress gebilligte Verlängerung und Ausweitung des sogenannten Schip-Programms. Begründung: zu teuer!

Dabei ist die Gesundheitsversorgung eines der größten innenpolitischen Probleme in den USA. Eine gesetzliche Krankenversicherung gibt es hier bisher nicht, jeder sechste Amerikaner hat deshalb überhaupt keine Assekuranz. Hier zeigt der amerikanische Präsident sein wahres Gesicht: Was interessiert ihn das Schicksal von etlichen Tausend Kindern? Irgendwoher muss er schließlich die Kohle für seine Feldzüge nehmen. Wie sollte er sich sonst an den Bodenschätzen der anderen bereichern, wenn diese sie ihm nicht freiwillig zur Verfügung stellen?

Da auch Deutschland seine Grenzen bereits am Hindukusch verteidigt und die Amerikaner bei allen Sozialschweinereien als großes Vorbild hingestellt werden, sind bei uns Nachahmungen ähnlicher Art zu befürchten!

2. Es ist kaum zu glauben, aber wahr: Als herausragendes Ergebnis zum „SGB-II-Bundeskongress“ in Berlin ist zu hören, dass Hartz IV „keine Bedrohung, sondern eine große Chance“ sei. Sollte Hartz IV tatsächlich die große Chance bieten, für immer arbeitslos zu bleiben und damit stets von der Teilnahme an Kultur und Gesellschaft ausgeschlossen zu bleiben, im Ausgleich dazu jedoch die garantierte Verfolgungsbetreuung der argen Argen zu erhalten? Oder sind wir eventuell nur zu verblendet, unsere große Zukunft zu sehen? Wir

sind schließlich mit der Möglichkeit gesegnet, am eigenen Leibe zu erfahren, mit wie wenig man (über)leben kann!

Uns gelüstet nach der permanenten Herausforderung, unsere schriftliche Ausdrucksfähigkeit – insbesondere beim Umgang mit hilfreichen Behörden – immer wieder aufs Neue perfektionieren zu dürfen. Wir schätzen den Glücksfall, unsere Kinder vor übermäßigem Konsumterror bewahren zu können. Wir nutzen jedes Sprungbrett, unsere Kinder schnellstens zu einem Schulabschluss zu bringen. Wer braucht schon eine lange, gute Ausbildung? Unsere Kinder bestimmt nicht!

Wir lassen keine günstige Konstellation aus, unseren Kindern schon früh klar definierte Zukunftsaussichten im Dumpinglohnsektor verdeutlichen zu können. Dafür dürfen wir unseren Fernsehkonsum auf den privaten Verblödungssendern ungebremst befriedigen, ohne die lästigen GEZ-Gebühren zahlen zu müssen. Wir vermögen, Kleidung für uns und unsere Kinder unschlagbar günstig in Kleiderkammern zu beziehen. Wir verstehen uns darauf, abgelaufene Lebensmittelreste unübertroffen vorteilhaft bei der „Tafel“ zu beziehen.

Wir werden über **Ein-Euro Jobs** dazu in die Lage versetzt, uns auf vielfältigste Art den wachsenden Herausforderungen der Globalisierung zu stellen. Hierbei zeichnen wir uns durch die nicht zu unterschätzende Fähigkeit aus, uns schon heute – und damit früher als manch anderer – auf künftige Lohngefälle, äh Lohnniveaus einzustellen. Und was tun wir? Wir meckern und mäkeln herum, statt dankbar diese Fülle der uns weitgehend exklusiv gebotenen Chancen zu ergreifen und zu nutzen. Schämen sollten wir uns!

Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, hob zudem „erste Erfolge“ der „Grundsicherung“ hervor. Er behauptete, es gebe heute bereits 300.000 arbeitslose Menschen weniger im SGB II als noch vor einem Jahr. Ihm zeige dies, dass es gelinge, strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen. Wenn ich aber davon ausgehen muss, dass im gleichen Zeitraum keine 300.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden, stellt sich mir zwangsläufig die Frage, wo unsere Mitbürger geblieben sind!

Wurden sie etwa von Außerirdischen entführt, in Rente geschickt? Sind sie in Arbeitslagern umgekommen, durch Sanktionen, Ein-Euro- oder 400-Euro-Jobs aus der Statistik entfernt, mittels eines sinnlosen Seminars hieraus beseitigt worden? Wurde gar durch verschleppte (Folge-)Anträge oder aufgrund eines Software-Fehlers das gleiche Ergebnis erzielt? Wie viele wurden über die Regelung zum „unangemessen Vermögen“ gar nicht erst in die Statistik aufgenommen? So genau hab ich nicht mitgezählt, aber die Telekom hat 5.000 Mitarbeiter rausgeschmissen, Siemens, Daimler, Airbus und Allianz ebenso, BenQ 10.000. Sollte Herr Alt vielleicht nur Plus und Minus miteinander verwechselt haben?

3. Angesichts dieser brillanten Zukunftsaussichten ist es nicht wirklich verwunderlich, dass Angst vor Hartz IV die Bewerber „bescheiden“ macht. In einer IAB-Studie wird am laufenden Band von Betrieben berichtet, dass arbeitslose Job-

suchende immer häufiger für weniger Geld und zu schlechteren Bedingungen arbeiten „wollen“. Für schwer besetzbare Stellen konnten demnach leichter Mitarbeiter gefunden werden. Die Firmen hätten auch häufiger neue Arbeitsplätze für gering entlohnte Tätigkeiten geschaffen. Jeder dritte Betrieb mit Neueinstellungen sehe einen Zusammenhang zwischen Hartz IV und den Änderungen im Bewerberverhalten.

Die Autorinnen der Studie schreiben, die Hartz-IV-Reform habe damit Beschäftigungsaufbau „positiv flankiert“. Kehrseite aus Sicht der Betriebe sei aber, dass die **Qualifikation** der Bewerber seltener als früher der Stellenanforderung entspreche. Gut ein Fünftel der Betriebe schilderte, die Interessenten seien häufiger unterqualifiziert. Dies treffe besonders in den Bereichen Handel, Gastronomie und Verkehr sowie im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe zu. In acht Prozent der Betriebe würden die Bewerber häufiger als überqualifiziert eingeschätzt.

Die kriegen den Hals aber auch nicht voll! Reicht es nicht aus, dass immer mehr Menschen „bereit“ sind – aus Angst vor der Verfolgungsbetreuung der argen Argen –, zu Hungerlöhnen zu arbeiten und dafür weite Anfahrtswege und Schichtdienst in Kauf zu nehmen? Jetzt maulen die armen Unternehmer, die Bewerber seien „unterqualifiziert“. Was erwarten sie denn noch? Na was wohl? Niedrigsten Lohn zu bester Arbeit natürlich! Man könnte auch sagen, dass Angst vor Hartz IV die Bewerber willenlos oder unterwürfig macht.

4. Mit seinem Vorstoß, den **Bezug des ALG I zu verlängern**, hat SPD-Chef Kurt Beck inzwischen die Mehrheit der Partei hinter sich. Endlich kann sie in der „sozialen Frage“ gegenüber der Union wieder punkten. Selbst Fraktionschef Peter Struck bestätigte gegenüber der „Blöd“-Zeitung, der SPD-Parteitag werde die Verlängerung beschließen und Müntefering dann von Beck beauftragt, den Beschluss umzusetzen. Die SPD würde dafür viel Zuspruch ernten, vom linken SPD-Flügel bis hin zu CSU-Politiker Günther Beckstein.

Der SPD-Fraktionschef behauptet, seine Partei verschließe nicht die Augen vor der Realität. Er versucht zu rechtfertigen, dass Kanzler Schröder den Bürgern eine „verdammt bittere Medizin“ verabreichen musste. Bildreich lamentiert er, es sei nun an der Zeit, über die Dosis der Medizin nachzudenken und sie an der einen oder anderen Stelle anzupassen. Was ist das denn für ein Komiker?

Sollten die Möglichkeiten, überhaupt je wieder in den Genuss von ALG I kommen zu können, so drastisch vermindert worden sein, dass uns jetzt dessen Verlängerung in Aussicht gestellt wird? Wozu sollen diese paar Monate als Gnadenfrist angehängt werden, wenn der steile Fall ins soziale Abseits doch vorprogrammiert ist? Es wird lediglich eine Leiter dazwischengesetzt, um den dumpfen Aufprall nicht hören zu müssen. Dennoch wird weiterhin jeder ALG-II-Bezieher gnadenlos unten aufknallen. Weg mit dem Flickwerk an diesen perfiden Hartz-Gesetzen: Hier ein Mückenpups weniger und da noch einer, aber die Grundmau-

ern bleiben unverändert stehen! Hartz I bis IV gehört kompromisslos gestrichen und durch eine echte Sozialstaatsgesetzgebung ersetzt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Die SPD-verfilzte Gewerkschafts-führung will kein Streikrecht

1. Gerichte sollen den Lokführern das Streiken verbieten: So hätten es Mehdorn und die Herren aus den Konzernetagen gerne. Nein, sagen wir! Das war auch die Meinung der großen Mehrheit auf dem Verdi-Kongress in Leipzig. Dort haben die Delegierten den Vorstand beauftragt, sich für ein allumfassendes Streikrecht einzusetzen, für den politischen Streik und den Generalstreik, ein Streikrecht, das auch die Beamten mit einschließt.

Veränderungen müssen immer erkämpft werden. Die Medien haben längst begonnen, sich auf die „bösen“ **Lokführer** einzuschießen, die ihre Macht „missbrauchen“. Aber bisher ohne großen Erfolg: Wo man nur fragt, die Menschen finden den Streik der Lokführer berechtigt und bekunden ihre Sympathie. Denn ein Streik muss wehtun, in erster Linie dem Arbeitgeber, hier der Bahn.

Natürlich sind auch Pendler und Reisende betroffen, die den Zug benutzen müssen und für die Politik des Bahn-Vorstands nicht verantwortlich sind. Aber einen negativen Keil in die Gesellschaft treiben: Das wollen Politik, Kapital und Industrievereinigungen wie die Handelskammer hier am Marktplatz. Die Arbeitenden sollen zu immer schlechteren Bedingungen arbeiten. Hungerlöhne, das Leben gefährdende Arbeitszeiten und Zukunftslosigkeit sollen sie mürbe machen. Die Bahn an die Börse: Wem bringt das etwas, wer zahlt die Zeche?

Nach dem Weltherrschaftskonzept soll sich die Bahn nur für den Gewinn in den profitabelsten Geschäftsbereichen engagieren. Von den USA, England oder der abgewirtschafteten Telekom wissen wir, wie so etwas ausgeht. Uns interessiert nicht, ob dann die Deutsche Bahn vielleicht die Eisenbahn in Indien übernehmen kann, an der Börse oder so etwas. Nein, die Menschen wollen keine „Heuschrecken“ und kein Futter dafür werden: Sie brauchen ein verlässliches, pünktliches Eisenbahnsystem, in dem die Menschen, gerade auch Jugendliche und ältere Kollegen, sicher und verantwortlich arbeiten können!

Darum geht es in diesem Streik. Von einem Teilnehmer der Montagsdemo kam der Vorschlag, eine Solidaritätsbekundung für die Lokführer zu zeigen. Als ersten Schritt werden wir versuchen, mit den Kollegen Kontakt aufzunehmen. Der Lokführerstreik wird erweisen, wie ungemütlich Kapital und Politik werden können. Wir müssen feststellen: Es gibt kein Streikrecht!

Die Solidarität aller Gewerkschafter und demokratischen Menschen ist herausgefordert, Schritt um Schritt dieses allgemeine uneingeschränkte gesetzliche Streikrecht zu erkämpfen! Die SPD-verfilzte Gewerkschaftsführung will kein Streikrecht, aber die Masse der Kollegen will es. Darüber muss auch in der IG Metall und im DGB die Auseinandersetzung geführt werden!

Für die Arbeitslosen ist dies genauso wichtig, weil für politische Forderungen auch ein Machtmittel erforderlich ist, das alle Menschen zusammenführt. Mit einem politischen Streikrecht können wir – wie 1996 bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, als die Mercedes-Kollegen aus Bremen mutig mit vornedran waren – auch Versuche der Regierung, wie damals bei Kohl die Lebensbedingungen der Menschen zu verschlechtern, kippen. Das muss noch viel mehr geschehen!

2. Will die SPD aus Fehlern lernen? Gibt es Streit zwischen Beck und Müntefering über die **Agenda 2010**? In einem hat Münte recht: bei der Charakterisierung des Streits als Populismus. Beck will nicht ernstlich die Politik ändern, er will nur den Sturz der SPD ins Bodenlose durch neue Schaumschlägereien und Ammenmärchen verringern. Die SPD ist nämlich keine „Volkspartei“, sondern eine des Monopolkapitals.

Gerade Schröder, mit in- und ausländischem Kapital innigst verbunden, hat den „alten Zopf“ von der „Partei der kleinen Leute“ abgeschnitten. Er wollte die „neue Mitte“, die besser verdienende Klientel. Weil man Schröder nicht so Schlimmes zutraute und die Auswirkungen nicht so schnell erkennen konnte, sind ihm viele auf den Leim gegangen. Nun ist klar, wo die SPD steht und was für eine Politik sie macht, auch hier in Bremen. Massenweise sind ihr die Mitglieder davongelaufen, die Umfragwerte stecken im Keller.

Beck und Müntefering wissen aber – natürlich nur vom Hörensagen, denn **Volksnähe** ist gefährlich, man könnte sich ja beschmutzen –, wie die Stimmung im Land ist. Bis ins Lager des Mittelstandes und der Konservativen hinein ist klar, dass die schrödersche Politik das Land gespalten hat. Das könnte Zündstoff sein. Die Montagsdemo-Bewegung fordert: Weg mit Hartz IV und der Agenda 2010 ohne Wenn und Aber! Keine halbleeren Versprechungen, sondern volle Rücknahme und Änderung der Arbeitsmarktpolitik! Dieser Forderung muss mehr Dampf gemacht werden.

Darum ist der „Streit“ zwischen Beck und Müntefering, der sicher bis zum SPD-Parteitag andauern wird, gut: Er bringt eine öffentliche Diskussion wieder in Gang. Die zeitweilige Lähmung kann überwunden werden. Denn eines kann festgestellt werden: Der „Aufschwung“ oder besser das Gere-

de davon schafft keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im erforderlichen Umfang. Nur die Zahl der Minijobs und Leiharbeiter ist gestiegen. Für die Menschen sind Hartz IV und Agenda 2010 ein grausamer „Schuss in den Ofen“ gewesen. Schluss damit!

Anstelle von Überlegungen, wie man diesen Kapitalismus trotz aller „Globalisierung“ freundlicher und lebensleichter machen könnte, gehört eine Debatte her, wie eigentlich ein System aussehen muss, dass die Fähigkeiten und Kräfte der Menschen entwickelt und sie ernst nimmt. Für mich ist das der Sozialismus, der echte Sozialismus. Über 80 Prozent der Befragten äußerten kürzlich in Sachsen-Anhalt, sie fänden die Idee vom Sozialismus gut, nur sei sie in der DDR schlecht umgesetzt worden. Das ist richtig.

Es müssen Konsequenzen gezogen werden. Nichts geht gegen die Mehrheit der Menschen im Lande! Wir haben Zeit und Kraft, aus all den Lebenserfahrungen Lehren und Schlüsse zu ziehen. Nehmen wir teil an dieser Debatte, stellen wir Forderungen auf und kämpfen für deren Umsetzung. Jeder Tag ist ein neuer Tag für den Kampf um eine lebensfreundliche Gesellschaft!

Jobst Roselius

DGB fordert zu Massen-Widerspruch gegen ALG-II-Bescheide auf: Musterklage auf Regelsatz-Erhöhung beim Verfassungsgericht eingegangen *(„DGB“)*

Weltmeister im unfairen Abkassieren: Deutsche Sozialreformen benachteiligen die Arbeitnehmer *(„Spiegel-Online“)*

Prozess gegen Ziehvater eröffnet: Vor einem Jahr wurde der kleine Kevin tot im Kühlschrank gefunden *(„Bild“-Zeitung)*

Bremer Senat verkauft schlecht besohlte Schuhe

Bei unseren Parlamentariern wird geredet und gelogen, getäuscht und verdreht! Vor allem bei einem gewissen Bericht über unsere Mietwohnungen. Wenn unsere Parlamentarier wissen, dass sie ein Gutachten in Händen halten, nach dem sie sich sozial richten wollen, das aber in den Zahlen nicht stimmt, ist das doch ungefähr so, als hätte ich meine Schuhe zum Schuster gebracht, und sie sind schlecht besohlt worden. Dann kriegt der Schuster auch kein Geld! Man kann diese Schuhe, wenn sie schlecht gearbeitet sind, auch nicht verkaufen. Wie kommen unsere Politiker dazu, uns ein „Gutachten“ aufzuvergewohltätigen, das in Zahlen und

Tatsachen nicht stimmt? Es gibt ein soziales Problem: Wir müssen unsere Mieten bezahlen und versuchen zu überleben! Wie kommen unsere Politiker dazu, überhaupt in unserem Namen zu sprechen?

Derweil wird in Bremen drauflos gebaut! Vor wenigen Jahren wurden in der Nordstraße neue Schienen verlegt. Jetzt reißt man wieder alles auf, weil es neue, breitere Straßenbahnen geben soll – ein unvorstellbares Lärm-Desaster, für das sinnlos Millionen gezahlt werden! Dabei sind die Kassen leer, man kann nicht einmal die elementarsten sozialen Verpflichtungen erfüllen. Und mit welchem Recht bauen unsere Politiker in Berlin riesige Protz-Paläste? Der asbestverseuchte alte wird abgerissen, der neugebaute ist noch hässlicher. Das kostet alles Milliarden, unser Geld, aber wir werden nicht gefragt und kommen zu kurz!

Eine Bekannte von mir muss im Altersheim für einen Euro arbeiten. Angeblich dürfen Ein-Euro-Jobber den alten Leuten nur behilflich sein, etwa mit kleinen Botengängen, Unterhaltung oder durch Vorlesen. Tatsächlich werden sie eingestellt, um wegrationalisierte Stellen des Versorgungspersonals auszufüllen. Ungelernte Ein-Euro-Kräfte müssen ältere Menschen versorgen, ihnen genug zu essen und zu trinken geben. Wie kann das angehen, in einem sozialen Rechtsstaat, dass ungelerntes Personal auf alte Leute losgelassen wird, um ihnen fachgerecht und schnell in die Kiste zu helfen?

Unsere Politiker unterstellen uns „Sozialneid“. Wie kommen sie dazu, die am Existenzminimum Nagenden gegeneinander auszuspielen? Im Parlament wurde ständig das Wort „Mitnahmeeffekte“ wiederholt. Die gibt es vor allem bei Politikern! Da werden doppelte Wohnungen nicht abgerechnet, oder die Dienstreisen zum Bordell, wie bei der Verbindung Volkswagen-Schröder-Hartz. Eine seltsame Liaison zwischen Korruption, Kriminalität und unseren „frei gewählten“ Politikern!

Man sollte das alles parlamentarisch untersuchen. Mit welchem Recht verschwenden sie unsere Steuergelder für ein wertloses Gutachten? Wieso haben sie vor drei Jahren nicht gewusst, dass sie breitere Straßenbahnen kaufen werden? Wer soll das bezahlen? Ständig steigen die Fahrpreise, ich kann mir schon keine Monatskarte mehr leisten. Andere Städte geben einen Teil für Sozialhilfe- oder ALG-II-Empfänger dazu, Bremen keinen Cent! Wer soll das alles bezahlen? Wir!

Peter Kubiak (parteilos)

Leipziger „Linke“ fordern 150 Euro Beihilfe: Auch Arbeitslose dürfen Weihnachten feiern *(„Erwerbslosenforum“)*

SPD spielt soziale Karte

Nach 100 Tagen des neuen Bremer Senats kommt das politische Geschäft langsam in Fahrt. Es fällt auf, dass die SPD viele wichtige Punkte im Koalitionsvertrag mit den Grünen niedergeschrieben hat. Meilensteine sind Sozial- und Kulturticket, die es den ärmeren Schichten ermöglichen sollen, den öffentlichen Verkehr und die Bremer Kulturstätten umsonst oder stark ermäßigt zu nutzen. Wird beides umgesetzt, kann man von einem guten Stück sozialer Balance sprechen.

Ein Fortschritt ist das Mittagessen für Kinder und Jugendliche aus ärmeren Schichten, das es ab 2008 umsonst in Kindertagesstätten und Schulen geben soll. Leider wird das Essen vermehrt vom Cateringservice zubereitet, denn die Küchen in Kindergärten und Schulen werden geschlossen. Das Personal wird arbeitslos und findet so schnell keine neue Arbeit, auch nicht im Niedriglohnbereich. Ein neuer Verschiebebahnhof entsteht, der viele ins soziale Abseits stellt. Kann man die so gefundene Lösung als Erfolg bezeichnen? Es wurde dabei wohl zu stark auf die augenblicklichen Kosten gesehen. Weitere Rationalisierung zieht in den Städten ein!

Ferner steht im Koalitionsvertrag, dass die Hürde für einen Volksentscheid gesenkt wird. Das ist ein fortschrittlicher Punkt, der Gesellschaft und Demokratie stärkt. Aber bis jetzt mahlen die Mühlen der Gesetzgeber langsam. Das eigentliche Ziel ist die Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode. Beim Volksentscheid muss erst noch der Ausschuss dazu einberufen werden, weil sich die Politik wieder zu viel Zeit lässt. Nicht nur beim leichteren Volksentscheid muss der außerparlamentarische Druck diese Themen aufnehmen!

Dass politischer Protest – in der Bürgerschaft wie von der Straße – Erfolg bringen kann, zeigt das Beispiel der Mietobergrenzen. Die Sozialdeputation hat sich unter Leitung der zuständigen SPD-Senatorin Rosenkötter darauf geeinigt, die Mietzahlungen für ALG-II-Empfänger zu erhöhen. Es war bisher so, dass die Miete bei vielen „zu hoch“ ausfiel, sodass Geld vom Regelsatz zu deren Begleichung oder für die Nebenkosten draufging. Auch drängte man diese Mieter, sich schnell eine günstigere Wohnung zu suchen. Doch günstigeren Wohnraum gibt es nicht in der Größenordnung, wie von der Bagis Bescheide zum Wohnungswechsel oder zur Mietminderung verschickt wurden.

Mit den höheren Mietobergrenzen nimmt die Sozialdeputation eine Forderung auf, die schon seit mehreren Jahren von Arbeitsloseninitiativen gestellt wird. Mit

der jetzt gefundenen Lösung wird das Problem aber nicht entschärft. Die höheren Mietzahlungen sind zwar richtig, kommen den tatsächlich zu zahlenden Mieten aber nicht nahe genug. Es muss weiterhin der Regelsatz angegriffen werden. Damit verstößt der gefundene Kompromiss gegen ein Grundsatzurteil des Bundessozialgerichtes. Wenn es zur Kündigung kommen sollte, hat der Mieter gute Chancen, einen Prozess zu gewinnen. Im Urteil heißt es nämlich: Mietobergrenzen sind unzulässig, die Mietkosten müssen im ganzen Umfang gezahlt werden.

Die Deputation hat die soziale Karte also nicht gespielt, weil es ihr vorrangig um die von Repressionen betroffenen Menschen ging, sondern weil sie von der Justiz dazu verdonnert wurde. Damit die Deputation statt des halben Schrittes den ganzen macht, muss man zwangsläufig wieder die Gerichte anrufen. SPD-Sozialexperte Grotheer kündigte immerhin an, einen **Mietspiegel für Bremen** zu erstellen. Das hat schon vor zweieinhalb Jahren die Montagsdemo geleistet! Herrn Grotheers Einsicht kommt spät. Ergreifen die Sozialpolitiker der Bürgerschaft erst dann Eigeninitiative, wenn sie genügend kritisiert werden?

Die „Gewoba“ hat viele Wohnungen auch an ALG-II-Bezieher vermietet, aber die Mieten liegen häufig über den Sätzen. Die Stadt schleicht sich aus ihrer Verantwortung, für sozial Schwache ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dabei ist sie Haupteigner der „Gewoba“: Sie hält siebzig Prozent der Anteile. Diese werden aber verwaltet, sind also im Besitz von Gesellschaften. Da diese nicht im Sinne des sozialen Wohnungsbaus handeln, müsste der Senat ein Machtwort sprechen und endlich die Mieten einfrieren, wenn nicht sogar verringern. Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn, wenn von einem Verkauf der „Gewoba“ an private Investoren gesprochen wird, zum Beispiel an Blackstone aus den USA wie im letzten Jahr.

Die CDU hat den Antrag zur Mietobergrenze abgelehnt, weil man damit, wie Herr Röwekamp meint, ein Signal an die Vermieter gebe, dass sie die Mieten erhöhen könnten. Durch die neuen Mietobergrenzen würden 70 Prozent der Mietwohnungen „Hartz-IV-fest“ gemacht. Weiter schürte Röwekamp Sozialneid mit der Behauptung, es gebe Arbeiter, die in noch kleineren Wohnungen lebten als mancher Hartz-IV-Empfänger. Tatsächlich hat die Sozialdeputation mit den neuen Sätzen aber nur auf die Realität reagiert, also die zu hohen Mieten.

Ist es ein Gewinn, dass die Ausschüsse und Deputationen endlich für die Öffentlichkeit zugänglich sind? Reicht es den Bremer(inne)n, sich nur zu informieren? Als Zuschauer habe ich in der Deputation kein Rederecht wie ein gewähltes Mitglied. Man kann den Verlauf verfolgen, aber nicht mitbestimmen. Es ist dennoch wichtig, öfters zu einer Sitzung zu gehen. Man bekommt dadurch eine Meinung von den gewählten Vertretern des Volkes. Interessiert man sich für Politik, möchte man sie auch verändern. Dafür braucht man Argumente und Informationen, die man in diesen Sitzungen bekommen kann. Wenn auch vieles nur halbherzig und lieblos gestaltet ist, gibt es gute Anfänge beim neuen Senat nach den ersten 100 Tagen.

Jens Schnitker (parteilos)

Stoppt Sozialabbau und Billiglöhne: Hartz IV ist Mangelernährung und Isolation für Millionen *(Flugblatt von Rainer Roth)*

Bagis hält Zusagen nicht ein

Ich bin alleinerziehende Mutter, momentan ALG-II-Empfängerin und vor kurzem von Bad Homburg nach Bremen gezogen. In Bad Homburg läuft seit dem 21. August 2005 das Scheidungs-, Unterhalts- und Sorgerechtsverfahren. Am 9. Oktober 2007 habe ich dort einen kurzfristigen Gerichtstermin bekommen – am 11. Oktober um 8:30 Uhr. Aufgrund des angesagten Bahnstreiks bekam ich keine vergünstigten Tickets. Ich schilderte die Situation bei der Bagis Süd, und mir wurde telefonisch von Sachbearbeiter Butzke Hilfe versprochen. Daraufhin habe ich mir das Geld geliehen, die Betreuung fürs Kind organisiert und bin zum Termin gefahren.

Wie es abgesprochen war, bin ich am nächsten Morgen mit den Belegen bei der Bagis erschienen. Doch statt Hilfe zu bekommen, wurde mir zwischen den Türen gesagt, dass dies meine private Angelegenheit ist, und wie ich damit klar komme, sei allein mein Problem. Die Bagis wäre für mich gar nicht zuständig. Nun stehe ich Mitte des Monats ohne einen Cent in der Tasche da, habe Schulden und muss sehen, wovon ich mein Kind ernähren soll. Ich habe hier keine Bekannten oder Verwandten und weiß nicht mehr weiter!

Ich bin verzweifelt. Zuerst, als ich von meinem Mann weggezogen bin, im Frauenhaus gelandet, versucht hatte, mein Leben in einem neuen Ort aufzubauen, wurde mir vom Arbeitsamt die Ausbildung abgesagt – ich wäre zu alt. In meiner Heimat hatte ich acht Semester studiert. Ich habe gehofft, dass sie mir wenigstens eine Umschulung bewilligen. Es ist nicht geschehen. Ich hatte selbst eine Stelle im Sekretariat gefunden. Das Leben schien in Form zu kommen. Leider musste ich wieder fliehen. Ich möchte nicht betteln. Ich finde es einfach nicht gerecht.

Zuschrift von Alena Schäfer (parteilos)

Politik der zynischen „Anreize“: Der menschenverachtende Populismus der Hartz-IV-Hardliner *(„Nachdenkseiten“)*

Matzi-Platzi fordert „Änderung“ der Hartz-IV-Reform: Volksmehrheit will verlängerte Arbeitslosengeld-Zahlung *(„Focus“)*

Erster ganztägiger Lokführerstreik im Nahverkehr: Deutsche Bahn

spürt noch immer keinen Schmerz *(„Spiegel-Online“)*

Ablenkung: Statt des Lokführerstreiks bringen die Medien Mutter Hermanns Lobpreisung von Hitlers Autobahnen *(„Stern“)*

Mehdorn gibt Schell ein paar Buletten ab: Rückt er nun auch einen eigenen Lokführer-Tarifvertrag raus? *(„Spiegel-Online“)*

Goldene Zitrone für blaues Auge

Ein blaues Auge, eine Goldene Zitrone, ein entschiedenes Dementi: Das sind die Zutaten in einem Streit, der dieser Tage zwischen zwei Kunden der „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ (Bagis) einerseits und einem Mitarbeiter dieser Behörde andererseits hochgekocht ist. Selbst die Strafverfolgungsbehörden sind gefordert. Schließlich ist noch der Verein „Solidarische Hilfe“ mit von der Partie. Er ist Anlaufstelle für Beratungen auch in Sachen Hartz IV und ALG. Die „Solidarische Hilfe“ ist sauer auf die Bagis.

Herbert Thomsen, Mitarbeiter des Vereins in Vegesack: „Wir haben nach zweieinhalb Jahren Bagis in Bremen-Nord den Eindruck, dass sie beim Umgang mit jungen Menschen eine besondere Schärfe pflegt. Mehr als das Gesetz vorgibt.“ In mindestens zwei Fällen habe sich besonders ein Mitarbeiter „ausgesprochen repressiv“ verhalten. Dem hatte die „Solidarische Hilfe“ kürzlich dann auch „die ‚Goldene Zitrone‘ als Kenntnisnahme seiner außergewöhnlichen Schikaneleistungen überreicht“.

Über eben jene „Schikaneleistungen“ beklagten sich die Bagis-Kunden Nick Schreiber und Florian Rogalla gegenüber unserer Zeitung. Zuerst Nick Schreiber (24, arbeitslos): Nach der Gesetzeslage ist er gehalten, vermittelte Ein-Euro-Jobs plus Qualifizierung anzunehmen. Jetzt habe er aber, erzählt er, mehrere 400-Euro-Jobs angeboten bekommen. Einen sogar ganz konkret, mit zwei Monaten Probezeit und eventuell einer anschließenden Übernahme. Das habe er sogar schriftlich.

Nein, sprach die Bagis, für Unter-25-Jährige gibt es keine 400-Euro-Jobs, und besagter Mitarbeiter forderte Nick Schreiber am 4. September auf, eine „**Eingliederungsvereinbarung**“ zu unterschreiben. Solch eine Vereinbarung regelt, „welche Leistungen der Erwerbsfähige zur Eingliederung in Arbeit erhält, und welche Bemühungen er in welcher Häufigkeit zur Eingliederung in Arbeit mindestens unternehmen muss und in welcher Form er diese nachzuweisen hat“.

Nein, sagte jetzt Nick Schreiber, ohne Prüfung dieses Schriftstückes würde er nicht unterzeichnen. Er wolle es mit nach Hause nehmen und sich, falls nötig, mit einem Rechtsanwalt besprechen, weil nicht minder schwere Begleitumstände das Verhältnis zwischen Kunde und Bagis schon ziemlich vergiftet haben. Jetzt

kochte dieses Unverhältnis endgültig hoch: Der Bagis-Mitarbeiter bestand auf einer Unterschrift – Schreiber weigerte sich.

Im Laufe dieses Streites sei es dann gar zu einer Rangelei gekommen, bei der es – Absicht oder Versehen mal dahingestellt – ein blaues Auge gesetzt habe, das bei unserem Gespräch mit Nick Schreiber noch deutlich zu sehen war. Schreiber wandte sich daraufhin „wie unter Schock“ an die „Solidarische Hilfe“. Untersuchung durch einen Arzt und Anzeige wegen Körperverletzung bei der Polizei folgten. Erste erkennbare Reaktion seitens der Bagis: Man habe ihm am 11. September eröffnet, die Regelleistungen ab 1. Oktober bis Jahresende vollständig einzustellen.

Florian Rogalla (20, arbeitslos) hat sich in seinen Auseinandersetzungen mit der Bagis zwar körperlich schadlos halten können, trotzdem sei bei einem Termin Mitte August vom Bagis-Mitarbeiter die Polizei gerufen und ihm, Rogalla, anschließend Hausverbot erteilt worden. Vorgeschichte: Florian ist mit seinen Eltern überkreuz und wohnt seit Januar 2006 bei seiner Großmutter. April 2006 stellt er bei der Bagis einen Antrag auf Wohnkostenzuschuss.

Nein, sagt auch hier die Bagis, denn wer bei den Eltern auszieht, bezahlt seine Miete selber. So schreibe es das SGB vor. Stimmt, meint auch Thomsen von der „Solidarischen Hilfe“. Nur sei diese Vorschrift erst seit Februar 2006 in Kraft, einen Monat nach Florians Umzug. Was folgt, sind Ablehnung, Beschwerde und Widerspruchsbescheid sowie Prüfung auf Rechtswidrigkeit durch das Gericht, begleitet von Terminen bei der Bagis – bis hin zum besagten Polzeieinsatz.

Der Bitte der „Norddeutschen“, in beiden Angelegenheiten mit dem Sachbearbeiter zu sprechen, wurde seitens der Bagis nicht entsprochen. Volker Wöhlmann, Geschäftsführer in Bremen-Nord: „Wir weisen die Vorwürfe energisch zurück.“ Ja, er wisse, dass ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung laufe, und sein Mitarbeiter habe diesbezüglich auch eine Aussage gemacht. Die Bagis gehe allerdings davon aus, dass das Verfahren eingestellt wird. Darüber hinaus betonte Wöhlmann, dass sein Mitarbeiter als gewissenhaft bekannt sei. Ansonsten: „Kein weiterer Kommentar zu einem laufenden Verfahren.“

Artikel in der „Norddeutschen“ (Beilage zum „Weser-Kurier“)

Beeindruckender Schulterschluss: 7.000 Menschen demonstrieren in Berlin gegen Raubbau an sozialen und demokratischen Rechten *(„Berlin-Online“)*

Fahnen von IG Metall und Verdi geschwenkt: Demonstranten fordern Mindestlöhne und 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

154. Bremer Montagsdemo am 15. 10. 2007

Hartz IV kippt um drei Ecken

Mein Hut, der hat drei Ecken, und ich hab große Wut! Viel Geld wird heut' verschleudert – man nichts für Rentner tut!

Erst gab man uns Null-Runden und nahm uns noch was weg. Dann kam die Schein-Erhöhung, die war wie Fliegendreck!

Null Komma fünfundfünfzig, die hat man uns beschert – und redet von „Erhöhung", das ist total verkehrt!

Wir Rentner, wir sind sauer: Das ist ein Schlag ans Ohr! Drum seht ihr uns hier stehen, am Roland und davor!

Ursula Gatzke (parteilos)

Die 45. Untreue des Peter Hartz: Was man den Rentnern verweigert, wird auch allen Arbeitslosen vorenthalten *(G. D. Brettschneider)*

Ergänzung in Auftrag gegeben: „Hartz IV kippt um drei Ecken, da bin ich sicher mir! Denn kippt's nicht um drei Ecken, dann wär es nicht Hartz IV."

Na bitte, geht doch auch so: Wozu braucht der Prekarianer einen Zahnarzt? *(„Spiegel-Online")*

„Ich habe heute den ganzen Tag nur ein Würstchen gegessen": Bremer Finanzsenatorin Linnert stellt sich erneut den Montagsdemonstranten – und kündigt Bremer Initiative zur Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze an

Presse geschockt über Volksnähe: Umgibt sich Bundespräsident Köhler mit „verwirrten Menschen?" *(„Spiegel-Online")*

Die Bevölkerung will endlich Schluss mit der Agenda-Politik

Vergangenen Samstag gab es eine begeisternde Demonstration in Berlin gegen die Regierung! Den Herrschenden ist es nicht gelungen, der Bevölkerung die Hartz-Gesetze schmackhafter zu machen – und das ist ein Verdienst der Montagsdemo-Bewegung! Und nicht nur das: Die SPD zerfleischt sich über die Agenda 2010. Wobei auch eine Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I noch keine grundsätzliche Abkehr von der volksfeindlichen Politik ist.

Bei der Post wurden bereits Mindestlöhne durchgesetzt – wenngleich mit 9,50 beziehungsweise 9,80 Euro viel zu niedrig. Doch schon jaulen in riesigen Anzeigen die Drahtzieher der Privatpost auf, unterstützt von Verlagen wie Springer, aber auch Unternehmen wie SWB: Sie wollen keine Mindest-, sondern Dumpinglöhne! Die ganze Politik der Bundesregierung läuft auf Billigstlöhne, Minijobs und Armut hinaus. Deshalb müssen die Hartz-Gesetze samt und sonders vom Tisch! Das wird jetzt auch vom Verdi-Kongress gefordert.

2006 gibt es acht Prozent mehr Sozialhilfeempfänger als 2005 – und 56 Prozent mehr gegenüber 2003. Zwei Millionen Kinder leben in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Nur gut zwei Euro werden dabei pro Kind am Tag für Ernährung einkalkuliert. In deutlicher Sprache reden diese Zahlen von Armut und Hunger in Deutschland. Inzwischen gibt es über eine Millionen Leiharbeiter, und anderthalb Millionen Menschen können von ihrem Lohn nicht leben.

Derweil steigen die Managergehälter weiter: 16,6 Millionen Euro im Jahr gab es für RWE-Chef Roels, 13,2 für DB-Chef Ackermann. Das sind über eine Million Euro im Monat nur als Gehalt – nicht gerechnet, was an Vermögensgewinnen noch dazu kommt. Wenn die Lokführer 31 Prozent mehr Lohn fordern, ist das völlig richtig – haben sich doch Bahnchef Mehdorn und Konsorten letztes Jahr 62 Prozent Erhöhung gegönnt! Mehdorn spricht nun von „Krieg“ und nennt die Lokführer „Terroristen“ und „Geiselnehmer“.

Jetzt wird auch klar, gegen wen Schäuble in den Krieg zieht: gegen die kämpferische Arbeiter- und Volksbewegung, streikende Arbeiter – und natürlich die bösen Kommunisten. Hat Innensenator Lemke dafür neue Schlagstöcke geordert – Metallstöcke, ausziehbar, offiziell als gefährliche Waffe eingestuft? Will er vielleicht in *dieser* Disziplin groß rauskommen, nachdem er als Bildungssenator so

kläglich gescheitert ist? Mit Metallstöcken gegen Demonstranten? Vielleicht gegen demonstrierende Schüler?

Man sieht: Die da oben werden schon mächtig nervös, und dazu haben sie auch allen Grund. Die Demo am Samstag in Berlin hat gezeigt: Wir sind hier, wir sind laut, wenn man uns die Zukunft klaut! Und wir sind quicklebendig! Wir stehen in den Startlöchern, eine noch viel größere soziale Protestbewegung zu organisieren, die, mit den Kämpfen der Arbeiter aus den Betrieben zusammengeführt, so ziemlich alles erreichen kann!

Wolfgang Lange (MLPD)

Schuld sind neoliberale Eliten: Verfolgungsbetreuung nach Art der Hartz-Gesetze ist wichtiges Element beim Aufbau autoritärer Staaten *(„Junge Welt“)*

Zur Verleihung des Friedensnobelpreises an Al Gore und UN-Klimarat

Mit den solchermaßen Geehrten wie auch mit den Begründungen des Preiskomitees habe ich zuweilen erhebliche Probleme. Abgesehen davon, dass wir dieser Tage mit allen möglichen Friedenspreisen geradezu überschwemmt werden. Diese inflationäre Entwicklung hat wohl etwas damit zu tun, dass millonenschwere Sponsoren sich hier gern profilieren – siehe Frankfurter Buchmesse und der vermutlich dahinterstehende Bertelsmann-Konzern. Eine erfreuliche Ausnahme bildet der alternative „Aachener Friedenspreis“, der nur an Menschen oder Organisationen verliehen wird, die sich auch wirklich um Frieden und gewaltfreie Konfliktlösung verdient machen.

Nun zurück zum Nobelpreisträger. Mister Al Gore ist gewiss ein ehrenwerter Mensch. Mit seinem Buch und dem gleichnamigen Film „Eine unbequeme Wahrheit“ ist es ihm gelungen, eine breite Öffentlichkeit in Europa und den USA für das Thema Klimaschutz zu sensibilisieren. Das ist ein großes Verdienst – aber reicht das schon für den Friedensnobelpreis? Den Irak-Krieg nur verbal zu verurteilen, genügt wohl nicht ganz. Hat nicht der smarte Oberschichtenmensch Al Gore seinerzeit als Vizepräsident Bill Clintons dessen Kriegskurs und seine „lausige Umweltpolitik“ („Frankfurter Rundschau“ vom 13. Oktober 2007) mitgetragen?

Und ist das schwedische Nobelpreiskomitee wirklich ein neutrales, über alle globalkapitalistischen Dunstwolken erhabenes Organ? Wohl kaum, denn sein

Begründer Alfred Nobel, der erst in der Spätphase seines Lebens den Krieg ächtete, erfand zuvor das Dynamit und war einer der größten Waffenproduzenten seiner Zeit. Die heutige Nähe des Komitees zu den weltweit herrschenden Kreisen ist nicht ganz unbekannt. Allerdings ist die jetzige Preisvergabe an Al Gore ein Wink mit dem Zaunpfahl auch an Präsident Bush.

Die Begründung der Preis-Juroren lautete: Umfassende Klimaänderungen können die Lebensbedingungen für einen großen Teil der Menschheit bedrohen. Dies werde den Kampf um die Ressourcen verschärfen und vergrößere die Gefahr für gewaltsame Konflikte und Kriege. So leisteten Gore und der ebenfalls ausgezeichnete UN-Klimarat einen Beitrag zum Frieden. Die „Frankfurter Rundschau“ behauptete sogar, der Klimawandel sei ein „potenzieller Kriegtreiber“. Diese Feststellung greift viel zu kurz und ist außerdem völlig falsch, denn die Klimakatastrophe ist nicht Ursache, sondern Auswirkung.

Die wirklichen Verursacher und Kriegstreiber – Ölmultis, Autokonzerne, Flugzeug- und Rüstungsindustrie – lassen die Preisverleiher natürlich völlig außen vor. Daher zum Schluss eine Aussage aus Al Gores Buch: „Unbequeme Wahrheiten verschwinden nicht einfach, indem man die Augen vor ihnen verschließt. Im Gegenteil: Je länger wir sie ignorieren, umso schlimmere Konsequenzen drohen uns.“ So ist es, und dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Reformen der Agenda 2010 sind nicht die Zehn Gebote“: Wie kann das „Fordern und Fördern“ dann Gebot Nummer 11 sein? *(„Spiegel-Online“)*

Wer nichts hat, braucht auch kein Schonvermögen

1. Ergebnisse der Studie des „Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche“ bringen es an den Tag: **Ein-Euro-Jobs** erschweren die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Wer nur zeitlich begrenzt, etwa im Ein-Euro-Job für einige Monate tätig ist, hat zwar das Gefühl, kurzfristig „Glück gehabt“ zu haben, entwickelt aber keine neue Einstellung zu Erwerbstätigkeit und entsprechender Lebenssituation. Möglicherweise erschweren derartige Hilfen die Teilhabe sogar insofern, als sie die Sichtweise verfestigen, es gebe „in

Wirklichkeit keine angemessene Arbeit und darum keine echte Chance auf mehr Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen“.

Für diese Studie wurde die Situation von Menschen untersucht, die in die Hartz-IV-Armutsfalle geraten sind. Demnach sehen solche Menschen oft keine Möglichkeit mehr, aus der Armut herauszukommen. Eine Mitarbeiterin des Instituts schilderte, die Betroffenen gingen davon aus, auch künftig von staatlicher Unterstützung leben zu müssen. Sie hielten ihre momentane Bedürftigkeit für unüberwindbar, weshalb die Unterstützung als eine Art Abfindung fungiere. Die „Überflüssigen, Unbrauch- und Nichtintegrierbaren“ würden nach eigener Wahrnehmung „versorgt und *ent*sorgt“. Sie verlören ihren Anspruch, sich auch mit Kindern oder in einem Alter jenseits des „Verfallsdatums“ von 35 Jahren je wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Hier bestätige sich Armut in vorrangiger Bedeutung als Perspektivarmut. Wer fühle, dass ihm etwas offensteht, habe auch das Potential, sich Optionen vorzustellen und positive Veränderungen für möglich zu halten – und sei einer verstärkten Teilhabe und damit dem Weg aus der Armut deutlich näher. Die Dynamik der Ausgrenzung werde am ehesten dort durchbrochen, wo sich Menschen über einen Arbeitsplatz oder die Verantwortung für ihre Kinder neue Netzwerke und Perspektiven von Teilhabe erschließen. Offenbar wirke eine Mitarbeit dort für die Teilhabe förderlich, wo sie als ehrenamtliche Arbeit stattfindet und eine Einbindung in ein soziales Netzwerk der Aktiven bedeutet.

Diese Sichtweise ist leider allzu oft sehr realistisch, zumal die Ein-Euro-Jobs die sozialversicherungspflichtigen Stellen noch weiter begrenzen und minimieren! Diese Jobs dienen der Disziplinierung und Abschreckung, keinesfalls der Rückführung auf den ersten Arbeitsmarkt. Viele Betroffene sind zwar froh darüber, etwas mehr Geld im kargen Portemonnaie zu haben, aber es kann doch niemand ernsthaft glauben, damit wirklich weiterzukommen!

2. Der frühere Arbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement hat sich dafür ausgesprochen, an den Hartz-IV-Gesetzen „nichts zu ändern“. Der Vorschlag Becks solle sozial erscheinen, sei aber sachlich nicht nachvollziehbar. Angesichts des sich abzeichnenden konjunkturellen *Abschwungs* sei es wichtiger, „strukturelle Verbesserungen“ vorzunehmen.

Seiner Ansicht nach begönnen die sogenannten **Hartz-IV-Reformen** gerade zu wirken. Die Zahl der älteren Arbeitslosen sei in den letzten zwei Jahren um 250.000 zurückgegangen. Auch in der Frage des Schonvermögens bei Hartz IV sprach sich Clement gegen eine Erhöhung aus. Wenn man alle Regelungen zusammennehme, sei es vor allen Dingen für Familien mit Kindern ein Vermögen, „das die meisten nicht haben, das kaum jemand von denen hat, die davon betroffen sind“.

Mit solch einer perfiden Argumentation könnte man gleich dazu aufrufen, das Schonvermögen ganz zu streichen, weil die Obdachlosen auf der Strasse auch kein Vermögen haben. Sollte das sein Ziel sein? Warum fordert er keine derar-

tigen Einschränkungen bei seinen Kollegen, warum setzt er sich nicht für eine Tobin-Steuer ein oder für eine Begrenzung der Spekulationserträge, damit diese gigantische Schieflage zwischen Kapital und Arbeit wieder ins Lot kommen könnte? Herr Clement, dieser abgehalfterte Superminister, hat erst Nordrhein-Westfalen ruiniert, anschließend die erwerbslose Bevölkerung in ganz Deutschland! Jetzt macht er sich bei der Leiharbeit breit und fürchtet um sein Scherflein, ergo meldet sich der Super-GAU, äh -Minister a.D. zu Wort!

3. Gab es das schon einmal, dass in Deutschland für *weniger* Geld demonstriert worden wäre? Die Gewerkschaft Verdi kritisiert die geplante „Demonstration" der privaten Postdienstleister gegen die sofortige Einführung eines Mindestlohns in der Branche scharf: Die PIN AG fordere ihre Beschäftigten auf, am Dienstag in Berlin mit Behauptungen wie „**Mindestlohn** vernichtet Arbeitsplätze" gegen den Mindestlohntarifvertrag auf die Straße zu gehen.

Ein Verdi-Sprecher sagte der „Tagesszeitung", diese Vorgehensweise sei ein Akt des blanken Zynismus, denn die PIN AG Berlin speise ihre Beschäftigten mit Dumpinglöhnen ab. In einer internen E-Mail des Unternehmens, die dem Blatt vorliege, würden die Beschäftigten zur Teilnahme an der Demonstration mit den Worten aufgefordert, sie würden trotzdem als anwesend geführt und bekämen die Zeit voll bezahlt. Ob hier wohl ebenso Demonstranten angeheuert werden sollen wie letztens beim „Ärztestreik"?

4. Ältere Hartz-IV-Empfänger müssen ab 2008 damit rechnen, dass sie vorzeitig ihre Rente in Anspruch nehmen und dabei Abschläge bis zu 18 Prozent hinnehmen müssen. SPD und Union sehen darin selbstverständlich keine **Zwangsverrentung**, sondern begründen dies mit dem „Nachhaltigkeitsprinzip" von Hartz IV. Dies besagt, dass ALG-II-Leistungen immer nachrangig sind und vorher alles vorhandene Vermögen ausgeschöpft werden muss. Dazu zählen auch Rentenansprüche. Der Weg zur Alterarmut ist somit freigemacht.

Wer arbeitslos ist, darf heute mit 61 in Rente gehen, bekommt dann allerdings nicht das volle Ruhegeld: Die Abschläge betragen dabei knapp 15 Prozent. Viele Arbeitslose nehmen das freiwillig in Kauf. Vor allem bei Männern, die meist lange eingezahlt haben, ist selbst die reduzierte Rente oft höher als Hartz IV. Viele wollen lieber sofort mehr Geld als später eine höhere Rente. Anders ist die Situation der Frauen: Ihre durchschnittliche Rente ist nur etwa halb so hoch wie die der Männer. Sie können sich die Abschläge meist nicht leisten. Die Rente reicht dann nicht mehr zum Leben. Sie können ihr Alter nicht in Würde verbringen.

Die noch bis Ende 2007 geltende 58er-Regelung eröffnet Arbeitslosen, die mindestens 58 Jahre alt sind, bisher noch die Möglichkeit, weiterhin Arbeitslosengeld zu beziehen, ohne aber dem Arbeitsmarkt tatsächlich weiter zur Verfügung zu stehen. Danach ist es möglich, auch ohne Abschläge in Rente zu gehen. Die CDU sieht derzeit eine „deutlich verbesserte Arbeitsmarktsituation" für ältere Arbeitnehmer. Das sei immer ein Ziel des Zweiten Sozialgesetzbuches gewesen.

Darin sei allerdings auch das „Grundprinzip der Nachhaltigkeit“ enthalten. Demnach müsse vorhandenes Vermögen zur Sicherung des Lebensunterhalts eingesetzt werden. Dies könnten auch erworbene Rentenansprüche sein.

So wird schon jetzt zur Verarmung der künftigen Rentner beigetragen! Ein Beispiel: Jemand arbeitet 30 Jahre und hat gut eingezahlt. Die nächsten 20 Jahre bekommt er keinen Job, und die unter Hartz IV eingezahlen Beiträge sind ein Fliegenschiss! Folglich verringern sich auch die vorher gezahlten Beiträge. Der Betroffene bezieht so oder so eine lebensunwürdige Rente! Ab 2008 haben dann die Sozialgerichte auch noch mit den Zwangsrentnern zu tun, denn ich hoffe nicht, dass jemand mit 18 Prozent Abschlag in Rente geht, ohne zumindest den Versuch gemacht zu haben, sich dagegen zu wehren!

Nach Vorstellungen der Bundesregierung müssen auch Ehepartner von ALG-II-Beziehern notfalls früher in Rente gehen, wenn dadurch der Lebensunterhalt der Bedarfsgemeinschaft gesichert werden kann. Den Punkt halte ich für keinesfalls durchsetzbar. Auf der Basis welches Rechts will man jemanden, der keine ALG-II-Leistungen bezieht, in die Rente zwingen? Nur weil der Ehepartner Leistungsempfänger ist? Die Rechtsgrundlage dafür würde ich gerne sehen! Auf jeden Fall wissen wir jetzt endlich, wohin „die Älteren“ aus der Statistik verschwinden werden, die selbstverständlich alle „in Arbeit“ gebracht worden sind.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Streiks nur im Nahverkehr treffen die Bahn nicht: GDL will Streikrecht im Fern- und Güterverkehr erkämpfen *(„Spiegel-Online“)*

Bahn-Angebot unzureichend: Streiken am Donnerstag deutsche und französische Eisenbahner gemeinsam? *(„Spiegel-Online“)*

Beck’s K.o.-Sieg über Münte: SPD übernimmt DGB-Forderung nach ALG-I-Verlängerung *(„Spiegel-Online“)*

Sechsmonatsverträge gelten jetzt als „unbefristet“

1. Münte – der einer verlängerten Zahlung von Arbeitslosengeld I an Ältere nur zustimmen wollte, wenn diese eine Weiterbildung machen – weiß nicht, dass Weiterbildung für ältere Arbeitslose von der Agentur für Arbeit nur selten genehmigt wird. 17 Millionen Euro sind hier noch im Topf! Oder brauchte er nur erneut Argumente zur Untermauerung der Vorurteile? Es werden in Bremen und anderswo reihenweise Weiterbildungen abgelehnt.

Einerseits wird Weiterbildung nur noch aufgrund von bundesweiter Ausschreibung bewilligt – und dies auch nur, wenn dadurch konkret ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wird. Dies ist die offizielle Linie – sogar die Bremer DGB-Chefin Helga Ziegert hat die Einschränkungen verteidigt und zum Beispiel einen Gabelstaplerschein als „nicht förderungswürdig“ bezeichnet. Diese Verknüpfung ist eine erneute Verhöhnung der Erwerbslosen! Aber nehmen wir dies zum Anlass, endlich die gewünschte Weiterbildung einzufordern. Notfalls mit Widerspruch und Klage! Wir gehen mit!

Die Politiker werden sich auf eine längere Bezugsdauer einigen, um den Richtern zuvorzukommen. Die bisherigen Bescheide, auch für die weiteren Einschränkungen, kann und muss jeder, der diesen Nachteil vermeiden will, mit Widerspruch belegen! Wer dies tun sollte, wie dies geht: Wir gehen mit!

Auf der bundesweiten Montagsdemo in Berlin haben sich zwei Kinder über das Essen unterhalten. Zuerst sind sie zu der Familie ohne Transferleistungen gegangen und haben die Mutter gefragt: „Wie viel gibst du im Monat für mich für Essen aus?“ Der Junge hat eine sehr detaillierte Antwort erhalten. Damit sind sie zur Mutter des anderen gegangen. Diese Familie lebt von ALG II. Die Mutter erläuterte, was sie für die Ernährung zur Verfügung hat. Die nüchterne Erklärung des Sohnes lautete: „Dann darf ich nur die Hälfte essen!“

Sie können es selbst nachrechnen, die Regelsätze für Kinder stehen im Netz und die Auswirkungen fast jeden Tag in der Zeitung! Ein zuhörender Tourist sagte jedoch zu seiner Begleiterin: „Die haben ja noch das Kindergeld zur Verfügung“. Ich konnte dies richtigstellen: Das Kindergeld wird voll angerechnet, ohne jeglichem Freibetrag. Wer dies nachliest, stößt auch auf die anhängige Klage auf Ermöglichung einer Haftpflichtversicherung für die Kinder!

Nochmals zum **Arbeitsmarkt für Ältere**: Diese Bundesregierung muss Erfolge vorweisen! Nachhaltig wäre die Vermittlung in ein unbefristetes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Ein solches wird durch entsprechende Umstellung der Förderbedingungen erreicht. Das kostet zwar viel Geld, aber der Erfolg ist da. Doch mit den unbefristeten Verträgen wollte es nicht so recht klappen.

Die Förderprogramme in Bremen und anderswo sehen ausdrücklich eine Höchstförderungsdauer vor. Die Arbeitsverträge sind entsprechend befristet. Bei dem Förderprogramm für alle – mit 1.200 Euro Entgelt brutto, ohne Begrenzung auf Gemeinnützigkeit – wird sogar die Förderung von einem befristeten Arbeitsvertrag über längstens neun Monate abhängig gemacht: damit kein Anspruch auf ALG I entsteht, so die offizielle Begründung.

Die Bundesregierung hat nun eine „Lösung“ des Problems gefunden: Als „unbefristet“ gilt jeder Arbeitsvertrag, der für sechs Monate abgeschlossen wurde!

So lassen sich Erfolge herbeizaubern. Die Arbeitgeber können sich freuen, denn jede Förderzusage, die an einen „unbefristeten“ Arbeitsvertrag gebunden ist, bedeutet jetzt: sechs Monate genügen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Wer erinnert sich? Die „**Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur**“ sollte Einsparungsmöglichkeiten bei der Bildungsbehörde finden. Acht Millionen Euro pro Jahr sollten so eingespart werden. Mit Unternehmensberatung wurde ein Konzept erstellt – und mit Personalberatung ein Geschäftsführer gesucht. Eingestellt wurde Herr Jürgen Mumdey. Nun ist das Geld weg, 25 Millionen Euro. „Ich war es nicht“, sagt der Geschäftsführer, dessen Arbeitsvertrag mit der Probezeit ausgelaufen ist. „Nicht einmal mein Konzept hat sich die senatorische Dienststelle angesehen.“

Im „Weser-Kurier“ heißt es jetzt: Die Bildungs-GmbH war ein Haushaltstrick! Der ist auch gelungen, das Geld ist weg! Warum aber wurden für Konzept mit Unternehmensberatung, Personalsuche mit Personalberatung und Geschäftsführergehalt für sechs Monate über 200.000 Euro verplempert? Es wäre sicherlich billiger gewesen, diese Einnahmen und auch diese Ausgaben über das Parlament und den Haushalt laufen zu lassen!

Wer hat hier kein Vertrauen zur eigenen Mehrheit gehabt? Wer hat diesen Haushaltstrick zu vertreten? Wer hat letztlich diese Verschwendung von Steuergeldern zu verantworten? Wer hat die parlamentarischen Kontrollen unterlaufen? Wer hat dies gedeckt? Bürgerschaftspräsident Christian Weber hat seinen Skulpturengarten schließlich schon aufgrund der „Spende“ für Günther Grass und die Freie Universität erhalten! Pfui! Wenn Ex-Geschäftsführer Mumdey diesen Sachverhalt zum Anlass nimmt, auf Schadenersatz zu klagen, hat er sehr gute Aussichten auf Erfolg. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Die Bremer Kliniken sind mehrfach negativ aufgefallen. Nicht aufgrund der Arbeitsqualität der Mitarbeiter(innen), sondern wegen der Ressortleitung und der Art der Geschäftsführung. Bei uns nachzulesen war folgender Sachverhalt, der inzwischen auch im „Weser-Kurier“ angekommen ist: In den Aufsichtsrat der Kliniken wurden Abgeordnete der Bremer Bürgerschaft berufen. Diese Parlamentarier mussten sich vorher verpflichten, so abzustimmen, wie die senatorische Dienststelle es wünschte! Die Forderung im Wahlkampf lautete: Die Parlamentarier im Aufsichtsrat der Kliniken sollen nicht mehr an die Weisungen der senatorischen Dienststelle gebunden sein!

Jetzt wird ein Klinikausschuss gebildet, in den auch Abgeordnete der Bremer Bürgerschaft berufen werden. Wie viel Macht und Mitbestimmungsrechte dieser Ausschuss erhält, ist noch unklar! Die Aufsichtsratsmandate für die Bremer Bürgerschaftsabgeordneten wurden allerdings nicht besetzt, es gibt keine Abgeordneten mehr im Aufsichtsrat der Klinik. Damit wurde die Zusage „Wir schaffen die-

sen Maulkorb für Abgeordnete ab“ eingehalten! Oder? Nein, so ist Politik unglaubwürdig! Ein Aufsichtsrat hat viel Einfluss und auch Verantwortung! Genau dies ist der Gestaltungsraum eines Abgeordneten! Die Kliniken stehen vor enormen Veränderungen. Bisher haben sowohl die Politik als auch die Geschäftsführung versagt. Umso wichtiger ist die Stärkung unserer Volksvertreter!

Das Klinikum Mitte hat eine neue Küche erhalten. Die Baukostenüberschreitung und andere Details schaffen kein Vertrauen in den Gesamtplan! Der Investor soll eine „sicherungsfähige Zusage“ der Freien Hansestadt Bremen erhalten. Alle Risiken der Planung und Umsetzung trägt die öffentliche Hand, nur die Erträge sind privat? So nicht! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Wir sind uns darüber einig, dass die neue Regelung über angemessene Mieten für Hartz-IV-Betroffene ebenfalls nicht fair ist. Die **Mietobergrenzen** sind nicht entsprechend den Vorgaben des Bundessozialgerichts ermittelt worden! Dadurch ist es ist aber möglich, seine Wohnung zu verteidigen – und natürlich seinen Lebensunterhalt! Auch die bisherigen Eigenanteile an der Miete, die verweigerten Heizkosten, Deponate, Renovierungen oder Umzugskosten sind jetzt rückwirkend einzufordern! Wir wissen, wie dies geht. Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Konjunktur der Missbrauchsdebatten: Arbeitslose müssen als Sündenböcke für verfehlte Beschäftigungspolitik herhalten *(„Bundeszentrale für politische Bildung“)*

Scheinangebot vorgelegt: Bahn verweigert Lokführer-Gewerkschaft weiterhin tarifliche Verhandlungshoheit *(„Spiegel-Online“)*

„Ich habe heute den ganzen Tag nur ein Würstchen gegessen“

Finanzsenatorin Linnert kündigt Bremer Initiative zur Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze an

Hans-Dieter Binder: Wer unter der neuen Mietobergrenze leidet, soll wissen: Das ist nur eine neue Mogelei! Wer nicht damit einverstanden ist, weil sie zu niedrig ist, dem helfen wir! Aber da kommt unsere Finanzsenatorin ja gerade über den

Marktplatz! Frau Linnert, möchten Sie etwas zur neuen Mietobergrenze sagen? Und zu „Gewos“?

Frank Kleinschmidt: Vor allen Dingen sind wir neugierig auf ein Statement zu „Appartement-Horst“! Ich meine den sozialpolitischen Sprecher der Bremer Grünen, Herrn Horst Frehe, Erfinder des „Appartement-Helmut“.

Karoline Linnert: Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, ich weiß, was mit „Appartement-Horst“ gemeint ist. Herr Frehe hat in der Bremischen Bürgerschaft, in der Debatte über die Mietgrenzen, gesagt, er will nicht, dass nach „Florida-Rolf“ ein „Appartement-Horst“ – war das so? – durch die Presse geht. Ich finde, er hat da recht. Wenn sich jemand gekränkt fühlt, war das nicht die Absicht. Er wollte sagen, dass man es in wunderbarer Art und Weise zulasten sozial Benachteiligter skandalisieren kann, wenn wir keine Mietgrenze haben und der Staat verpflichtet ist, völlig unabhängig von der Miethöhe eine Wohnung zu finanzieren, und dass wir – es war ja zum Teil von der Linkspartei auch beantragt – das nicht machen können. Wir müssen eine Grenze einziehen. Man muss darüber reden, wie hoch sie ist, aber **es kann nicht sein, dass völlig unabhängig von der Höhe mit Staatsknete Mieten finanziert werden, für Menschen, die in Armut leben.** Das geht nicht. Das wollte er damit sagen, und ich finde, dass er recht hat.

Hans-Dieter Binder: Frau Linnert, vielen Dank für die Worte. Aber Sie wissen, dass „Gewos“ kein Gutachten ist, sondern nur ein Bericht?

Karoline Linnert: Ja, natürlich weiß ich das. **Niemand hat so sehr wie ich dafür gekämpft, dass man sich nicht die Aussagen des „Gewos-Gutachtens“ zu eigen macht.** Das hätte sonst dazu geführt, dass ich einem riesigen Druck ausgesetzt worden wäre, nein zu sagen, mit der Begründung: Es erzeugt zu hohe Schäden im Finanzhaushalt. Ich habe mich immer dagegen gewehrt, diese Expertise für bare Münze zu nehmen, sondern gesagt: Wir müssen unseren eigenen Kopf anstrengen. Was ist in Bremen vertretbar, was kann man machen, was sind die speziellen Bedingungen hier? Ich habe mich zum Beispiel auch überhaupt nicht den Zahlen angeschlossen, was das für meinen Haushalt bedeutet. In dem Punkt sitzen wir zusammen in einem Boot.

Hans-Dieter Binder: Aber „Gewos“ hat falsch gerechnet und tut es immer noch. Die festgestellten Mieten entsprechen nicht den Ausführungen des Bundessozialgerichts. Sie sind damit zu niedrig, denn „Gewos“ hat die Bestandsmieten mit reingenommen. Die sind aber nicht zu berücksichtigen, nur die Neuvermietungen.

Karoline Linnert: Ich bin nicht die absolute Fachfrau in **Mietgrenzen. Ich habe in der Opposition dafür gekämpft, dass sie deutlich erhöht werden. Das ist jetzt auch passiert. Rot-Grün hat das Versprechen eingehalten**. Ich kann verstehen, dass man es aus Ihrer Sicht noch besser machen kann, aber ich sage

Ihnen auch, wir stehen unter hoher Beobachtung: Was machen wir hier eigentlich finanziell? Bremen ist arm. **Wir müssen gucken, wie man allen Ecken – und auch bei Ihnen, das ist völlig klar – guckt: Was kann man vertreten?** Diese Mietgrenzen werden jetzt in Kraft gesetzt, die Sozialdeputation hat sie beschlossen. Wir versuchen jetzt, damit umzugehen. Wenn sich dann – wider Erwarten aus meiner Sicht, weil ich glaube, dass die Bremer Regelung nun ganz in Ordnung ist – rausstellt, es kommt immer noch dazu, dass Menschen in Angst und Schrecken versetzt werden oder – was ich viel wichtiger finde – keine Hilfe erhalten, wenn sie denn umziehen müssen – denn **ich möchte nicht, dass der Sozialstaat Ihnen einfach nur einen Bescheid schickt, und Sie können dann sehen, wie Sie damit zurecht kommen – wenn sich das rausstellt, komme ich wieder hierher, wir reden darüber, und dann ändern wir auch was!** Aber erst mal ist das so beschlossen, und ich finde: Wir versuchen, das jetzt auch umzusetzen.

Peter Kubiak: Ich hatte vor gut einem Jahr das Gespräch mit der damaligen Sozialsenatorin, Frau Röpke. Da habe ich dieselben Versprechungen gehört. Die werden nur nicht umgesetzt. Bei unseren Parlamentariern – auch hier, ich habe mir letztens die Dabatten angehört – gibt es Eiereien um irgendwelche Sprüche herum. Es wird an der Basis nicht umgesetzt. Uns laufen die Kosten davon! Es nützt nichts, wenn man sagt, wir hätten dieses Jahr angeblich zwei Euro mehr bekommen – aber im Grunde sind uns die Preise um etwa 16 Euro im Monat davongelaufen. Eines muss ich auch an Sie sagen, als Parlamentarierin: Wer hat uns das aufvergewohltätigt, den Verkauf unserer Energieversorger? Wir werden nach Strich und Faden ausgeraubt und ausgeplündert, mit ständig steigenden Energiekosten!

Karoline Linnert: Bei dem letzten Punkt gebe ich Ihnen völlig Recht. **Es war ein riesiger Fehler, die Energieversorger zu verkaufen. Im Moment geht es darum: Werden Krankenhäuser privatisiert? Vielleicht haben Sie dazu eine Meinung? Ich habe eine: Man darf das nicht wieder machen.** Und zu den „Sprüchen“: Ich weiß nicht, was Frau Röpke versprochen hat – jetzt hat die Sozialdeputation die Mietgrenzen erhöht. Das sind nicht nur Sprüche, sondern ist auch wirklich passiert. Und der Satz „Ihnen laufen die Kosten weg“: **Bremen wird zusammen mit Baden-Württemberg eine Initiative ergreifen – nicht erst 2009, sondern jetzt –, die Hartz-IV-Kosten neu zu berechnen.** Ich sehe das auch so wie Sie: **Die alten Erhebungsgrundlagen haben sich stark verändert, und man wird zu einer Erhöhung der Regelsätze, besonders für Kinder, kommen müssen, weil das Geld zu wenig ist.** Dafür setzt sich Bremen ein, obwohl wir unter besonderer Beachtung der Bundesländer stehen, die uns vorwerfen, dass wir nicht nett zu unseren Armen sein dürfen. Es gibt also nicht schwarz und weiß, sondern ich nehme für mich ein ganz kleines Dunkelgrau in Anspruch.

Peter Kubiak: Ich möchte noch einen Punkt ansprechen: unsere öffentlichen Verkehrsmittel, deren Preise ständig steigen. Es gibt Bundesländer, die den Sozialhilfeempfängern und Hartz-IV-Betroffenen Geld dazugeben, damit sie für den halben Preis oder jedenfalls etwas günstiger die Monatskarten erwerben können.

Wir haben aber auch in Bremen enorme Kosten und sind auf Arbeitssuche. Wir müssen uns bewegen, sind nicht auf einer Stelle festgenagelt. Autos können wir uns nicht mehr leisten, die Spritpreise steigen. Es wäre eine große Hilfe, wenn wir die Hälfte der Kosten für unsere Straßenbahnkarten dazubekommen würden.

Karoline Linnert: Völlig richtig, was Sie sagen. **Ich kämpfe seit 20 Jahren dafür, ein Sozialticket einzuführen.** Das ist ein total dickes Brett, weil die Bremer Straßenbahn AG in einem Verbund mit den Verkehrbetrieben in Niedersachsen steht, und deren Tarifgestaltung ist gemeinsam. Bremen ist nur ein Teil dieser Tarifgemeinschaft. Was glauben Sie, was die mir erzählen, wenn ich sage, ich will dieses Ticket haben? Dann sagen sie erstens nein, und zweitend sagen sie, dass sie unheimliche Mengen Geld aus dem Haushalt haben wollen. Dieses Gezerre hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass nichts passiert ist. **Wir machen einen neuen Anlauf, das verpreche ich, es steht im Koalitionsvertrag.** Ich finde, was Sie gesagt haben, völlig richtig. Wir müssen Interesse daran haben, dass arme Menschen mobil bleiben und sich in der Stadt bewegen können, sich nicht in ihren Wohnungen verkriechen, und dass sie die Angebote in dieser Stadt auch nutzen können. Wir werden uns dafür einsetzen, aber ich sage Ihnen: Das ist total hart und schwierig, weil die das einfach nicht wollen, und weil sie es verstanden haben, dass man auf diese Art und Weise Ansprüche gegen den Haushalt – wir haben aber nichts! – verkünden kann. **Wenn Sie sich zu diesem Gezerre laut und deutlich äußern, empfinde ich das als Unterstützung.** Dann machen Sie das mal.

Wolfgang Lange: Als Moderator möchte ich auch noch etwas sagen. Ich finde es ja ganz toll, dass Sie uns hier Rede und Antwort stehen. Nur in einem Punkt gab es doch eine Eierei. Es geht ja nicht nur darum, dass die Mietobergrenzen höhergesetzt werden, sondern dass wir verbindlich wissen wollen, dass es keine Zwangsumzüge geben wird. Wir kämpfen klar gegen jegliche Zwangsumzüge. Zweitens hatten Sie angesprochen, dass Sie sich auch bei Hartz IV ein bisschen für Verbesserungen einsetzen. Unser Standpunkt hier auf der Montagsdemo ist, dass die Hartz-Gesetze abgeschafft werden müssen und dorthin gehören, wo auch ihr Erschaffer, der Herr Peter Hartz, gelandet ist, nämlich letzten Endes auf dem Misthaufen!

Karoline Linnert: **Ich glaube, es gibt wenige, die so sehr gegen die Hartz-Gesetze gekämpft haben wie ich, jedenfalls nehme ich das für mich in Anspruch.** Sie sind jetzt aber da, und wir müssen damit umgehen. Dass da viele Fehler drin sind, teile ich. Ich finde, dass alle, die hier stehen, sich selber mal überlegen können, ob nicht ein unkritischer Umgang mit dem Bundessozialhilfegesetz, das ich für das viel bessere Gesetz empfunden habe, vielleicht mit dazu beigetragen hat, dass wir diese Misere jetzt haben. Aber das ist nun die Vergangenheit, das ist jetzt so. **Ihre Bitte, dass es keine Zwangsumzüge geben wird, kann ich nicht erfüllen. Nein, es muss eine Grenze geben. Wir können nicht von denjenigen, die erwerbstätig sind, verlangen, dass sie für Menschen, die von Hartz IV leben, Wohnungen finanzieren, die weit über dem Standard liegen.**

Zwischenruferin: Aber von den Leuten, die Geld haben, vielleicht von den Bankleuten und Wirtschaftslobbyisten!

Karoline Linnert: Ja, das finde ich auch. **Im Moment gibt es eine sehr interessante Debatte in Deutschland über die Erbschaftsteuer.** Aber hier war ja die Frage: **Kann man es verhindern, dass es überhaupt zu Zwangsumzügen kommt? Das kann man nicht, weil die Gesetze vorsehen, dass Menschen, die Transferleistungen erhalten, auf ein anderes Niveau gestellt werden als diejenigen, die arbeiten.** Da kann ich Ihnen auch nicht helfen. Die Frage, die die Dame hinter mir anspricht – Wie gerecht ist unser Steuersystem, und wie schaffen wir es eigentlich, der steigenden Spaltung unserer Gesellschaft in wenige immer Reichere und viele immer Ärmere entgegenzuwirken? –, ist ein tiefer Tanker. Allein mit der Steuer wird man das nicht schaffen.

Abidin Bozdag: Wir müssen doch auch mal darüber sprechen, dass wir Arbeitsplätze brauchen, um überhaupt mal zu arbeiten. Dafür brauchten wir doch angeblich diese Hartz-Gesetze und die ganzen Gelder. Was wir hier machen ist, dass andere arbeiten, und es werden überhaupt keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern wir sitzen nach einem Jahr wieder auf der Straße und müssen wieder Hartz IV bekommen. Welche Pläne gibt es da jetzt bei Rot-Grün?

Karoline Linnert: Ich komme gerade aus der Handelskammer, da wurde ich so etwas Ähnliches gefragt. Arbeitsplätze schafft im Kapitalismus die Wirtschaft. Einverstanden? Jetzt ist die Frage: **Kriegt Bremen es hin, für „die Wirtschaft“** – die ist ja auch unterschiedlich – **so gute Bedingungen zu schaffen, dass Unternehmen bereit sind, sich hier niederzulassen und Arbeitsplätze zu schaffen?** So funktioniert unser Wirtschaftssystem, das kann man gut finden oder nicht. Ich habe eine andere politische Vergangenheit, aber ich nehme zur Kenntnis, dass es so ist. Wir müssen versuchen, in Bremen die Balance zu halten, also gute Bedingungen für die Wirtschaft schaffen, damit sie Arbeitsplätze schafft, und gleichzeitig das tun, was wir tun wollen und müssen, nämlich für benachteiligte Menschen mehr machen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. **Ihre Kritik an den Hartz-Gesetzen und der Arbeitsförderung teile ich. Die Grünen haben in den letzten Jahren massiv Opposition betrieben gegen die Ein-Euro-Jobs. Ich finde es menschenverachtend, das so zu machen: Die Träger der Beschäftigung verdienen mehr als diejenigen, die da für einen Euro pro Stunde arbeiten. Man macht Menschen damit fertig, weil man ihnen zeigt, dass sie nichts wert sind.** So geht das nicht. Die Koalition hat sich fest vorgenommen, dieses Instrument nur noch in Ausnahmefällen zu benutzen. **Wir wollen stattdessen das Geld, das wir von der Bundesagentur für Arbeitsplätze bekommen, umwandeln in längerfristige und tarifgemäße Beschäftigung mit richtigen Verträgen, damit man zum Beispiel auch Geld bekommt, wenn man krank ist.** Das gehört ja mit zu den Absonderlichkeiten dieser Hartz-Gesetze. **Wir können dann weniger Menschen fördern, aber es verliert wenigstens zum Teil diesen entwürdigenden Zwangscharakter.** Ich möchte es gerne schaffen, auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, dass man Menschen über längere Zeiträume

Verträge gibt, auch in Firmen des sogenannten ersten Arbeitsmarktes, und die öffentliche Förderung dann degressiv, also abschmelzend gestaltet, damit sie über einen längeren Zeitraum in Beschäftigung sind. Das wird gerade „ausgebraten“. Wir sind 100 Tage im Amt, aber ich sage Ihnen: **Es ist meine feste Überzeugung, dass man mit den Ein Euro-Jobs mehr Schaden anrichtet als alles andere, und dass man da raus muss.**

Wolfgang Lange: Schönen Dank, das war jetzt eine klare Aussage, dass Ein-Euro-Jobs abgeschafft werden müssen. Nur eines, Frau Linnert: Sie sagen, „wir waren in der Opposition“. Aber Ihre grüne Partei war ja nur in der Bürgerschaft in der Opposition! Die Hartz-Gesetze sind von der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebracht worden, und die Grünen haben sie voll mit zu verantworten. Deshalb bin ich auch nicht damit einverstanden zu sagen: „das wird ein tiefer Tanker“, oder: „da muss man lange bohren“. Nein, setzen Sie sich dafür ein, dass die Hartz-Gesetze ersatzlos gestrichen werden beziehungsweise die alte Gesetzgebung erst mal wieder in Kraft gesetzt wird! Dadurch würden die Betroffenen sofort bessergestellt. Es ist doch so, dass gerade durch die Hartz-Gesetze nicht nur die Ein-Euro-Jobs, sondern überhaupt erst Niedrigstlohnsektoren geschaffen wurden und die Armut in Deutschland gesteigert worden ist, índem der Druck auf die Löhne ungeheuer erhöht wurde. Es sind keine wirklichen Arbeitsplätze geschaffen worden, sondern Minijobs und Leiharbeit. Sie haben eben gesagt: „Ich lehne das ab, und ich kämpfe mit allem, was ich habe, gegen die Hartz-Gesetze“!

Karoline Linnert: Sie haben völlig recht, die Grünen haben auf Bundesebene die Hartz-Gesetze mitbeschlossen, aus meiner Sicht: leider. Es gab eine politische Konstellation. **Es gibt übrigens auch richtige Bestandteile der Hartz-Gesetze: Es ist erstmalig in der Geschichte Deutschlands gelungen, dass der Bund einen Teil der Armutskosten mitfinanziert. Bremen verblutet daran.** Es kommt nicht in Ihrem Alltagserleben an, das weiß ich, aber es ist erstmals dazu gekommen, dass mit dem „reichen Süden“ – der sich auf Kosten des „armen Nordens“ einen lauen Lenz macht, wenn ich das mal standortpolitisch sagen darf – auf diese Art und Weise ein Ausgleich stattfindet. Das ist ein totaler Fortschritt, der sich auch in diesen ansonsten ziemlich brutalen Hartz-Gesetzen wiederfindet. Auch die Verschmelzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat meiner Meinung nach viele Vorteile, weil es überhaupt nicht mehr nachvollziehbar war, welcher Mensch in welchem Sicherungssystem landet. So einfach finde ich das nicht. **Trotzdem halte ich letztendlich die ganze Frage, dass man alle Menschen über einen Kamm schert und den Kommunen keine Möglichkeit mehr gibt, begleitende Hilfen zu leisten, für einen großen Fehler.** Das macht unsere kommunale Sozialpolitik kaputt. Deshalb ist das für mich differenzierter. **Es gibt aus meiner Sicht keine politische Chance in Deutschland, die Hartz-Gesetze jetzt wegzukriegen, aber man wird an ihnen rumreformieren müssen**, wie man sowieso in der Politik ständig an allem Möglichem rumreformiert. Dann ist die Frage, in welche Richtung das geht. Da sage ich Ihnen ganz klar: **Die Regelsätze sind zu niedrig, vor allem für Kinder. Was ich auch als völlig unbefriedigend**

empfinde, ist die Tatsache, dass wir als Kommune keine einmaligen Beihilfen mehr gewähren dürfen, um Leuten aus akuten Notlagen herauszuhelfen. **Das muss man ändern.** Dafür setzt sich Gott sei Dank in Deutschland wieder ein Bewusstsein durch, dass das ein großer Fehler gewesen ist. Helfen Sie, tragen Sie mit dazu bei! Was nun Ursache und Wirkung der Hartz-Gesetze war, das ist, glaube ich, schwer zu beantworten. Sicher ist aber, dass es auch im Rahmen der Sozialhilfe eine Riesenunzufriedenheit gegeben hat. Die Ein-Euro-Jobs sind keine Erfindung von Hartz IV. Neu ist, dass sie in so einer Massivität eingesetzt werden. Aber auch vorher – ich war ja Sozialpolitikerin – hat es natürlich solche Stellen gegen, die mit einem Euro pro Stunde finanziert wurden, nach § 19 BSHG. Das macht es nicht besser, aber ich glaube, man muss sich damit etwas differenzierter auseinandersetzen.

Helmut Gehlen: Ich sage mal Karo zu dir, weil wir uns ja lange kennen. Ich war auch bei den Grünen und habe bei ihnen mitgearbeitet, über die Bürgerinitiativen. Ich muss schlichtweg sagen, Karo: Ihr habt als Landesverband der Grünen jahrelang *keinen* Protest gemacht! Es gab *ein* Landesvorstandmitglied, von „Rat und Tat“, der ist zurückgetreten, weil die Bremer Grünen *keinen* Protest gegen diese Sauereien gemacht haben, die auf Bundesebene entwickelt wurden. Du hast da sehr spät reagiert! Du hast sicher *ehrenwert* reagiert, das wird auch überhaupt nicht unterdrückt, ich denke, da kann man dir sehr dankbar sein. Aber ich sage ganz klar: Es findet ein Verfolgungsdruck statt, eine Verbürokratisierung, und der Rechnungshof stellt fest, dass 60 Prozent falsche Bescheide ausgegeben werden, dass ein hoher Prozentsatz falscher Auskünfte erteilt wird! Die Bürger werden verscheißert, verarscht, belogen und betrogen! Es müssen wahnsinnig viele deswegen vor die Gerichte latschen! Jetzt kommt ihr mit einem neuen Regelungspapier, wo eine Verkomplizierung stattfindet, wo es unheimlich schwieriger wird, dass die Bürger noch kapieren, was überhaupt mit ihnen ist, wo ihre Rechte sind. Es droht wieder, dass die Bürger schlecht informiert werden, oder nur zum Teil oder sogar falsch. Siehst du den weiteren Verfolgungsdruck und die Resignation der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, Karo? Ich weiß, dass du in der Sache engagiert bist, das spreche ich dir überhaupt nicht ab. Aber sorge dafür, dass ihr *alle* bei den Grünen das Ding in die Tonne steckt! Das ist nicht ertragbar hier! Das ist die Herabwürdigung, die Geringschätzung von ganz vielen Menschen in Deutschland! Es ist unglaublich, wie gegen die Grundrechte verstoßen wird! Ihr Grünen wart eingetreten für die Bürgerrechte! Alle, die ihr hier steht: Differenziert bitte wirklich. Bei Karo differenziere ich, ich würde das nicht bei jedem Grünen sagen. Ich spreche dich an, Karo, weil ich die Hoffnung habe, dass du empfindlicher und sensibler bist, dass du dichter dran bist, auch an den Einzelschicksalen, dass du sie würdigst und dass du mithilfst, die Geschichte zu kippen!

Christine Wegener: Ich habe nur eine Frage! Ich muss wieder zum Arbeitsamt, weil ich arbeitslos geworden bin. Ich bin „50 plus“: Wir kriegen oft kurz bevor die sechs Monate um sind einen Laufpass! Dann heißt es immer „fördern und fordern“. Mir stehen jetzt schon die Haare zu Berge: Bis zum 67. Lebensjahr soll

ich nach Arbeit suchen, die gar nicht da ist, und werde im selben Atemzug unter Druck gesetzt, ich soll mich um Arbeit bemühen! Wo? Nach was soll ich suchen? In Deutschland nimmt keiner eine Frau über 50, im Kindergarten sowieso nicht. Wenn ich demnächst einen Termin habe, zu dieser hirnrissigen „Beratung“ – ich habe schon mal gefragt: Wie sieht es denn aus mit den „50-plus-Förderprogrammen“? –, dann heißt es wieder: „Das kommt für Sie nicht in Frage!“ – Ich sage: Wieso denn nicht? Ich werde 54! – „Nein, das kommt für Sie nicht in Frage.“ – Man kommt einem überhaupt nicht entgegen! – „Ja, Sie müssen sich um Arbeit bemühen.“ – Und dann bekomme ich Auflagen: Zehn Bewerbungen soll ich schreiben. Wohin? Ich weiß nicht mehr, wohin! Ich habe aber Jahrzehnte gearbeitet, wie die meisten, das darf man nicht vergessen! Wo bleibt die Würde des Menschen?

Karoline Linnert: Was Sie geschildert haben, finde ich nicht richtig, das habe ich auch deutlich gesagt. **Ich finde es nicht richtig, dass man Menschen mit Unsinn beschäftigt, ohne dass sie eine Perspektive haben. Richtig ist, dass Ihnen gegenüber ein gewisses Maß an Ehrlichkeit herrscht**: Habe ich etwas für Sie, oder habe ich nichts für Sie, so ist es nun mal? **Dann muss man Sie auch nicht ständig piesacken, sondern denen, für die man es schaffen kann, Förderketten zusammenstricken, die wenigstens noch für ein paar Jahre eine sinnvolle Beschäftigung nach sich ziehen.** Wenn man das nicht schafft für Sie, muss man Ihnen auch die Wahrheit sagen. Ich teile diese Praxis nicht. Sie hängt aber auch damit zusammen, dass man Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen möglichen Verwaltungen zusammengestopft hat, die dann völlig überfordert waren mit dieser Aufgabe. Es gehört mit zu den großen Fehlern, dass man es völlig geringgeschätzt hat, dass die Menschen, die vorher beim Arbeits- oder Sozialamt gearbeitet haben, sich eine Qualifikation erworben haben. Man dachte, jeder Eisenbahner kann das. Mit diesen Folgen müssen Sie sich jetzt in schlimmer Weise rumplagen, und das finde ich bestimmt nicht richtig.

Wolfgang Lange: Will noch jemand ganz kurz etwas sagen? Frau Linnert möchte wohl gerne nach Hause gehen. Oder haben Sie einen Termin?

Ursula Gatzke: Frau Linnert, ich schätze Sie wirklich! Ich war ja damals auch mit in Ihrem Büro, wir haben schon mal Kaffee getrunken. Aber die Grünen haben es genehmigt, dass wir die Hartz-Gesetze bekommen. Die Rentner werden durch diese Ein-Euro-Jobs mit in die Armut gerissen! Erst die Nullrunden, dann die Scheinerhöhung von 0,54 Prozent. Es ist grausam, vor allem für Frauen, die so eine kleine Rente haben! Aber man hört nichts, nur von allen möglichen anderen Sachen, aber nicht, dass sich irgend etwas für die Rentner tut oder sich irgend jemand für sie einsetzt!

Peter Kubiak: Ich möchte auch für unsere Parlamentarierin hier eines richtigstellen: Die Karre ist über Jahrzehnte festgefahren, und wir haben zwei elementare Punkte, die am Ende diese Katastrophe verursacht haben. Seit über vierzig Jahren weiß man, dass unser Steuerrecht nicht in Ordnung ist. Kein Politiker wagt es, sich direkt zu bewegen, auch nach den Worten des Herrn Stoiber. Der

sagte: „Es wird geredet, reden darf man ja, aber wenn man versucht zu handeln, trifft einen das Parteimobbing.“ Das ist das eine. Das zweite sind die uns nach dem Krieg aufvergewaltigten Länderregierungen. Sie kosten uns ein Heidengeld! Ungefähr 130 Ministerien müssen unterhalten werden. Wir bezahlen jeden Monat etwa 1,6 Milliarden sinnlose Gehälter. Wir unterhalten 16 Regierungen, die zu nichts nütze sind! Es reicht *eine* Regierung in Berlin!

Karoline Linnert: Oder vielleicht ’ne kleine Diktatur?

Peter Kubiak: Ich glaube, Sie verkehren hier die Tatsachen. Ich spreche davon, dass man einen Staat mit einer schlankeren Bürokratie verwalten kann. Der Staat hat sich verschuldet, mit diesen ganzen Länderregierungen, ihrem Wahlzirkus, politischen Affentanz, Karriere-Bingo und Ämter-Mobbing. Das kostet uns Milliarden, auch weiterhin. Also sind die Politiker drangegangen, sich zu retten, und haben Volkseigentum meistbietend verscheuert, zum Beispiel die Elektrizitäts- und Wasserversorgungsbetriebe, Müllabfuhr, Kanal und was es alles gibt. Jetzt werden wir von mafiösen Strukturen ausgebeutet. Ungefähr 1.600 Milliarden Euro Schulden hat der Staat angehäuft, das ist praktisch nicht mehr zu finanzieren. Wenn wir uns persönlich so verzetteln und verschulden würden, müssten wir sofort den Offenbarungseid leisten! Der Staat kann das nicht, es wird weitergemacht. 40 Prozent unserer gesamten Steuereinnahmen gehen dafür weg – an die Spekulanten, die dem Staat Geld geliehen haben –, um allein die Verzinsung zu bezahlen. Das ist doch ein Wahnsinn! So ein Staat ist normalerweise bankrott. Und wir müssen dafür büßen! Wir müssen das bezahlen, die Politiker nicht! Die erhöhen sich ihre Diäten, ihre Gehälter, die fahren zu ihren Edelhuren, die machen Fressgelage bis zum Gehtnichtmehr!

Karoline Linnert: Ich habe heute nur ein Bratwürstchen gekriegt, und ich kann jetzt nicht mehr, ich muss echt ins Rathaus gehen!

Wolfgang Lange: Frau Linnert, es ist sehr dankenswert, uns hier so lange Rede und Antwort zu stehen, auf dem Marktplatz! Sie sind natürlich auch weiterhin eingeladen, zur Montagsdemo zu kommen. Allerdings müssen wir noch lernen, dass jeder am Offenen Mikrofon zu Wort kommen kann, damit es viele Beiträge gibt und nicht so lange Zwiegespräche. Ich danke aber, man kann klar sagen: Wir lassen es nicht zu, dass man sich hier irgendwie rauswindet. Wir wollen die Hartz-Gesetze weghaben und nicht nur so ein bisschen kosmetische Schönheitsreparaturen!

Finanzsenatorin Karoline Linnert („Die Grünen“) – Tonaufnahme (MP3)

Lernen wie Harry Potter: Bremer Eltern aus links-alternativem Bildungs-Kleinbürgertum betreiben 28 Jahre lang eine „illegale Geisterschule“ mit hohem Niveau *(„Spiegel-Online“)*

Lemke schämt sich zu Recht: Als Bildungssenator wollte er den Vorfall vor der Wahl nicht bekanntmachen *(„Weser-Kurier“)*

Ungenießbare Buletten: Schell für drei Wochen zur Kur – Lokführer ab Donnerstag im Streik *(„Spiegel-Online“)*

GDL soll zerschlagen werden: Bahn will keine „Splittergewerkschaften“ *(„Die Welt“)*

Presse faselt von Machtkampf: Tatsächlich ziehen Schell und sein Vize Weselsky an einem Strang *(„Spiegel-Online“)*

Wenn Journalisten zu wenig wissen, um der Arge Paroli zu bieten

Der „Deutschlandfunk“ ist für mich eine gute Informationsquelle. Im „Journal am Vormittag“ hörte ich die Sendung „Länderzeit“ mit dem Thema „Druck machen mit Sanktionen – Wie erfolgreich ist die strengste Arbeitsagentur?“ Die Sendung kam live aus der Agentur für Arbeit in Donauwörth. Leider hatten diesmal die DLF-Mitarbeiter zu wenig Wissen, um der Arge Paroli bieten zu können. Oder wurde alles für den Schluss der Sendung aufgespart? Ich habe leider nicht alles hören können. Meine Wiedergabe erfolgt aus dem Gedächtnis und nach Stichworten.

Die Mitarbeiterin der Arge für junge Leute unter 25 Jahren hat die Sanktionen von bis zu 100 Prozent der Regelleistung geschildert: „Ich sage dann immer: Verhungern muss in Deutschland keiner! Gehen Sie doch zur ‚Tafel‘.“ – Ohne auf die Rechtmäßigkeit von Sanktionen einzugehen, ist folgendes unrichtig oder unvollständig: Ein Verweis auf die Tafel ist nicht statthaft, aber hilfreich. Zusätzlich sind für den Bedarf an Lebensmitteln und Körperpflegemitteln Gutscheine auszuhändigen. Diese müssen in verwendungsfähigen Stückelungen erstellt werden, zu fünf oder zehn Euro oder wunsch- beziehungsweise verwendungsgemäß, denn allein durch die ‚Tafel‘ kann der Lebensunterhalt nicht gesichert werden!

100 Prozent Sanktion bedeutet aber, die gesamte Leistung wird auf null Euro gekürzt, das heißt der Jugendliche kann auch seine Miete nicht mehr bezahlen. Damit wird er **in die Obdachlosigkeit gedrängt**! Nur die **Gutscheine** schützen ihn vor dem **Verhungern**. Mit diesem Jugendlichen ist eventuell auch die Wohnung für die Bedarfsgemeinschaft gefährdet! Darauf gehe ich weiter unten ein.

Jugendliche unter 25 Jahren dürfen nur mit Zustimmung der Arge von zu Hause ausziehen. Ob dies der „Eingliederung“ förderlich ist?

Zugeschaltet wurde ein aufgezeichnetes Gespräch mit einer sanktionierten Betroffenen. Bei dieser Frau hatte sich viel angesammelt: „Ich erhalte ALG II von Anfang an, seit 2003 bin ich arbeitslos. Ich wohne zur Untermiete. Diese Unterkunft muss ich bis zum 31. Dezember 2007 verlassen haben, sonst erhalte ich von der Arge kein Geld mehr.“ – Nachfrage der Reporterin: „Kein Geld mehr für die Wohnung, oder überhaupt kein Geld mehr?“ – „Überhaupt kein Geld mehr“, war die Antwort. „Ich wohne bei einem Mann, der arbeiten geht. Ich habe nach einer Wohnung gesucht und auch eine gefunden. Die Miete lag etwas über dem Satz. Die Arge hat mir schriftlich verboten, diese Wohnung zu mieten. Aber zu den Sätzen gibt es keine Wohnung, und ich muss zum Jahresende raus! Die Arge hat gesagt, dann gehen Sie eben ins Obdachlosenheim!

Ich stehe öfters ohne Geld da. Mal soll ich Kontoauszüge vorlegen, oder auch andere Unterlagen, die ich überhaupt nicht habe. Die Beschaffung dauert eventuell etwas länger. Schon erhalte ich kein Geld, und bis die Überweisungen wieder laufen, dauert es einige Zeit. Ich habe auch eine Sanktion erhalten, weil ich zu einen Termin nicht erschienen bin. Ich war auf dem Amt. Ich habe mich im Zimmer vertan und auf den falschen Sachbearbeiter gewartet. Es war der gleiche Flur, der richtige Sachbearbeiter ist vorbeigekommen. Er hat mich auch gesehen. Der Abzug erfolgte trotzdem: Ich sei zu spät gekommen, ohne Entschuldigung.“

Jetzt wurden die Vertreter der Arge um Antwort gebeten. Die Frau hat viel durcheinander gebracht. Eine Sanktion wegen verspätet vorgelegter Unterlagen gibt es überhaupt nicht im SGB II, dies muss zur Zeit des ALG I (SGB III) gewesen sein. Dadurch wurde ihr kein Geld abgezogen. Bis hierhin konnte ich die Sendung verfolgen. Im Folgenden meine Einschätzung zu den einzelnen Punkten:

„Ich wohne zur Untermiete. Diese Unterkunft muss sie bis zum 31. Dezember 2007 verlassen haben, sonst erhalte ich von der Arge kein Geld mehr.“ – Die Arge hat wahrscheinlich eine Einstandsgemeinschaft unterstellt und als Gegenbeweis den Auszug gefordert. Dies ist unzulässig!

„Ich habe nach einer Wohnung gesucht und auch eine Wohnung gefunden. Die Miete lag etwas über dem Satz. Die Arge hat mir schriftlich verboten, diese Wohnung zu mieten. Aber zu den Sätzen gibt es keine Wohnung, und ich muss bis zum Jahresende raus!“ – Eine Mietobergrenze ist unzulässig. Die angemessene Miete ist von der Arge zu ermitteln, in jedem Einzelfall und nach den Vorgaben des Bundessozialgerichts vom November 2006. Eine entsprechende Anleitung kann die Arge dem Aufsatz von Dr. Christian Link, Richter am Sozialgericht, zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundessozialgericht Stuttgart/Kassel, „Hartz IV vor dem BSG. Schutz von Eigentum und Mietwohnraum“, erschienen in der Zeitung „Sozialrecht aktuell“, Ausgabe 1/2007 entnehmen. Hier werden die Rahmenbedingungen für angemessene Kosten der Unterkunft verständlich dargelegt (siehe 147. Bremer Montagsdemo).

„Die Arge hat gesagt: Dann gehen Sie eben ins Obdachlosenheim.“ – Das SGB II verpflichtet die Argen, Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Darum sind unter anderem auch die Amtsgerichte verpflichtet, jede Räumungsklage sofort der zuständigen Arge mitzuteilen! Die Arge hat dann besondere Hilfen und Unterstützung zur Abwendung der Wohnungslosigkeit zu gewähren. Wobei hier die Arge einfach das eigene Ultimatum ändern und wie im Absatz zuvor die angemessene Miete ermitteln muss.

„Ich stehe öfters ohne Geld da.“ – Hier hat die Betroffene auch keine Mittelkürzung beklagt. Es wird bei diesen Aufforderungen, etwas vorzulegen, die Überweisung des Geldes als Druckmittel eingesetzt. Das Geld wird ungekürzt überwiesen. Aber bis zum Eingang der Zahlung hat dies verherende Auswirkungen. Der Einsatz der **verzögerten Geldzahlung als Druckmittel** durch die Bagis, die Arge in Bremen, wird auch im **Untersuchungsbericht zum Fall Kevin** dargestellt. Für eilige Zahlungen haben die Argen die Möglichkeit von „Blitzzahlungen“, das heißt den Geldeingang innerhalb von drei Tagen! Allein dies zeigt die Willkür der Arge. Überhaupt, die Aufforderung bestimmte Unterlagen wie Kontoauszüge für drei Monate bei laufendem ALG-II-Bezug ist bereits unrechtmäßig, wenn nicht ein begründeter Verdacht vorliegt.

„Ich habe auch eine Sanktion erhalten, weil ich zu einem Termin nicht erschienen bin. Ich war auf dem Amt. Ich habe mich im Zimmer vertan und auf den falschen Sachbearbeiter gewartet. Es war der gleiche Flur, der richtige Sachbearbeiter ist vorbeigekommen. Er hat mich auch gesehen. Der Abzug erfolgte trotzdem. Ich sei zu spät gekommen, ohne Entschuldigung.“ – Dass dies nicht richtig ist, weiß auch der Laie. Die Rücknahme dieser Sanktion kann unabhängig von der Widerspruchsfrist beantragt werden.

Zusammenfassung: Gerne würde ich all dieses mit den Machern der Sendung aufbröseln und dann die Arge nochmals um Stellungnahme bitten. Alle „Schicksalsschläge“ gegen die Betroffene Frau sind schlicht und einfach rechtswidrig! Die Sanktionen gegen die Jugendlichen müssten im Detail geprüft werden. Wenn dabei die Anforderungen an eine Eingliederungsvereinbarung berücksichtigt werden, so sind die meisten dieser Sanktionen aufzuheben! In Donauwörth wird die Rechtsberatung zu ALG II scheinbar von der Stadt und somit von der Arge durchgeführt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Lokführer lassen sich nicht einschüchtern: Presse ohne Verständnis für erneuten Streik *(„Spiegel-Online“)*

165 Kilometer Stau um Paris: Schwerste Bahnstreiks seit Jahren legen Verkehr in Frankreich lahm *(„Spiegel-Online“)*

Demo in Berlin macht den Menschen Mut

Gestärkt von der kämpferischen „Weg-mit-Hartz-IV-Demo“ am 13. Oktober 2007 in Berlin und dem erstmals zum Teil sachlichen Medienecho darauf, fand die 154. Montagsdemo in Bremen am 15. Oktober um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine aktive Beteiligung. Der Kreis von Menschen um das Offene Mikrofon war recht groß, insgesamt sicher an die 70 Teilnehmer. Mehrere Betroffene und andere Kollegen wollten und konnten sprechen.

Es gab eine klare Absage an die Regierung: Weg mit der Agenda 2010 und der ganzen Hartz-Gesetzgebung! Arbeitende und Arbeitslose haben genug von Leiharbeit, Minijobs und Hungerlöhnen. Das Herumgeeiere von SPD, Beck und der stockreaktionäre Widerstand von Müntefering gegen alle Forderungen, die Lebenslage der Menschen zu verbessern, kennzeichnen die Hilflosigkeit der Regierenden.

Da war es gut, etwas aus Frankreich zu hören. Ein Airbus-Kollege aus Toulouse, gerade in Bremen, berichtete, dass sich in Frankreich eine neue breite Bewegung zusammenschließt, um einen Generalstreik vorzubereiten. Auch in Deutschland müssen sich die Menschen – Arbeiter, Arbeitslose und alle, die etwas ändern wollen – über alle trennenden Positionen hinweg auf antifaschistischer Grundlage zusammenschließen.

Als wir dann mehr zu Bremer Themen kamen, dem Krankenhaus-Ausschuss und dem kriminellen Vorbeiregieren des alten SPD/CDU-Senats an der Bürgerschaft, da tauchte, von der Handelskammer kommend, die Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Frau Linnert auf. Wir sprachen sie an, und sie kam zu uns, nachdem zuvor Ex-Senator Perschau, einer der Hauptverursacher bei den Finanzkatastrophen Musical-Theater und Space-Park, weit entfernt an uns vorbeigeschlichen war. Wir diskutierten eine halbe Stunde lang mit ihr. Sie gab uns in vielen Punkten recht, aber lenkte auch ab auf Gesetze und Machtverhältnisse, die sie

beziehungsweise die Grünen nicht beeinflussen könnten, zum Beispiel bei den Mietobergrenzen.

Das ließen wir jedoch nicht gelten. Ihren persönlichen Mut und ihre Offenheit, mit uns zu diskutieren, erkennen wir sehr an, aber das Ableugnen der Verantwortung für den Beschluss und die Umsetzung der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze unter der Schröder/Fischer-Regierung mussten wir ebenfalls zurückweisen. Frau Linnert war bereits zum dritten Mal bereit, mit uns zu sprechen. Von Bürgermeister Böhrnsen oder Bürgerschaftspräsident Weber sieht man nichts. Sie trauen sich nicht vor die Menschen!

Nun kommt der Freimarkt, und wir müssen zweimal ausweichen. Am **22.** und **29. Oktober 2007** treffen wir uns dann um **17:30 Uhr** an der **Domtreppe** zur **Montagsdemo**, beim Reiterdenkmal des Erzreaktionärs Bismarck. Vielleicht hat ja Herr Böhrnsen noch Licht und Zeit und wagt es, uns etwas zuzuhören?

Nachzutragen bleiben noch drei Angaben zur Statistik. Es kamen etwa 40 Teilnehmer zur 153. Montagsdemo am 8. Oktober 2007 in Bremen um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz zusammen. Die 152. am 1. Oktober hatte ungefähr 50 Besucher. Zur 151. Montagsdemonstration am 24. September fanden sich etwa 60 Teilnehmer und Zuhörer ein.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Meinungsfreiheit beschnitten: Hartz-IV-Betroffene dürfen nicht über Verzweiflungstaten der Verfolgungsbetreuten diskutieren *(„Erwerbslosenforum“)*

Nachrichten unterdrückt: 200.000 Menschen demonstrieren in Lissabon gegen Einführung einer neoliberalen EU-„Verfassung“ *(„Politikblog“)*

Christlich-soziale Umverteilung: Huber will Verlängerung der ALG-I-Bezugsdauer aus Sanktionen für Arbeitslose finanzieren *(„Spiegel-Online“)*

Erwünschte Fehlentwicklung: Leiharbeit soll keine Produktionsspitzen abdecken, sondern reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzen *(„Berliner Zeitung“)*

Dreßler rügt Manipulation: SPD feiert Statistik,
die sie selbst bereinigt hat *(„Spiegel-Online“)*

Ypsilanti fordert Regelsatz-Erhöhung: Ältere Beschäftigte müssten Ersparnisse zur Altersvorsorge aufbrauchen, bevor sie ALG II bekämen *(„Spiegel-Online“)*

Bahn unter Hochspannung: Wird das Gericht den Lokführern erlauben, gegen die Arbeitgeber zu kämpfen statt gegen Pendler? *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

155. Bremer Montagsdemo am 22. 10. 2007

Strukturwandel mit Rentnergeld?

Weil das Geld gerade so sprudelt, zur Erinnerung: Schon zweimal haben die Spitzenpolitiker die Rentner dermaßen bestohlen und belogen, dass wir sie als Raubritter bezeichnen können!

1957 war die Rentenkasse sehr gut gefüllt – von den Arbeitern und Arbeiterinnen. Dies sollte ein Polster für die spätere Rente sein. Zu schön, um wahr zu sein: Es gibt ja Politiker! Erst einmal musste das Geld da raus aus der Kasse. Davon wurde der Aufbau der Bundeswehr bezahlt! Es wurde auch ein Vertrag geschlossen, wenn wieder Geld in der Staatskasse sei, solle das Entnommene nach und nach ersetzt werden.

Bis dahin wäre alles in Ordnung, nur danach wurde es kriminell: Der Vertrag verschwand auf Nimmerwiedersehen! Seit Jahren frage ich öffentlich: Wie viel Geld habt ihr Politiker in die Rentenkasse zurückgezahlt? Ich habe einmal gelesen: nichts, absolut nichts!

Dann kam die Wiedervereinigung, erneut war die Rentenkasse gut gefüllt, wieder stahlen unsere „Volksvertreter“ – diesmal für den Strukturwandel, den „Aufbau Ost“ – das Rentengeld. Erneut wurden Rentner bestohlen, um fremde Leistungen zu bezahlen!

Von einem Politiker hörte ich gerade am Samstag: „Das Geld in der Rentenkasse ist abgeschmolzen, da können wir nichts machen!“ – „Geschmolzen“ klingt gut, wenn da nur nicht immer die langen, heißen Finger in die Rentenkasse greifen würden!

Ich finde solche Taten absolut kriminell! Seit heute warte ich auf Post von einem Politiker, der sich erst schlau machen muss, wie das mit dem Rentenrausnahmevertrag gelaufen ist. Zurzeit geben sich fast alle Politiker große Mühe, dass es den Rentnern immer schlechter geht und die Rentenkasse gar nicht erst gefüllt wird!

Ursula Gatzke (parteilos)

Zum Kotzen, dieses Gerede!

Anders kann ich es nicht mehr ausdrücken, wenn es um die Abhängigkeit von den großen Energieunternehmen geht – oder besser: um das Diktat der Konzerne. Gestern drehte sich der „Talk“ in der neuen Show von Anne Will um die Energiepreise, die uns alle betreffen. Auch darum stehen wir hier! Wenn das so weitergeht, werden immer mehr Menschen in die Enge getrieben, in die Abhängigkeit von vier großen Unternehmen, die in ihrem jeweiligen Gebiet bereits das Monopol besitzen!

Auch die EU mahnt das Ganze an, doch es wird geredet und geredet und nicht gehandelt, obwohl jeder weiß, dass es so nicht weitergehen kann. Natürlich kann man in seine Überlegungen nur einbeziehen, was an Daten zugänglich gemacht wird, aber auch auf der Volksschule haben wir gelernt, eins und eins zusammenzurechnen! Nur die Unternehmer und Politiker können es nicht, oder wollen sie es nicht? Leute, lasst euch doch nichts vormachen: Wenn wir dem jetzt nicht Einhalt gebieten, dann gute Nacht!

Je mehr Geld die Menschen für Energie ausgeben müssen, desto weniger haben sie für andere Güter zur Verfügung. Umso mehr muss der Staat bei Hartz-IV-Betroffenen, Sozialhilfeempfängern und Rentnern mit Steuergeldern ausgleichen. Doch je mehr der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird, desto mehr verarmt er selber. Meine Damen und Herren Politiker, haben Sie daran auch schon mal gedacht? Darum: Jetzt nicht mehr reden, sondern weg mit dem Monopol, her mit dem fairen Wettbewerb! Handeln Sie, denken Sie an die Menschen, die Sie schließlich gewählt haben, damit es gerecht zugeht in unserem Lande!

Udo Riedel (parteilos)

Beck’s „Linkskurs“: „Reformieren heißt nicht Zwiebeln und Quälen“ *(„Spiegel-Online“)*

Hinhaltetaktik von Bahn und Gericht: Lokführer streiken ab Donnerstagfrüh 30 Stunden lang *(„Spiegel-Online“)*

Beck’s Hetze gegen Lokführer: Wohin soll das bloß führen, wenn sich die Streiklust nicht mehr von der SPD ersticken lässt? *(„Bild“-Zeitung)*

Sinnlose Strategien für den Umgang mit „Überflüssigen“

1. Mütter müssen damit rechnen, dass sie wesentlich weniger Arbeitslosengeld erhalten, wenn sie aus einer mehrjährigen **Erziehungszeit** zurückkehren und dann vom Arbeitgeber gekündigt werden. Dabei kann die Höhe der Leistungen um bis zu 40 Prozent niedriger ausfallen als das Arbeitslosengeld, das ohne Erziehungszeiten gezahlt worden wäre. Das ist die Konsequenz eines Urteils des Landessozialgerichtes Berlin-Brandenburg, das jetzt eine umstrittene Berechnungspraxis der Bundesagentur für Arbeit gebilligt hat.

Die Vorgehensweise der Behörde betrifft insbesondere hoch qualifizierte Frauen, die vor der Geburt ihrer Kinder gut bezahlte Stellen hatten. Diese hohen Gehälter werden nach der Erziehungszeit bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht mehr berücksichtigt. Stattdessen legt die Arbeitsagentur ein fiktives Gehalt zugrunde, das in diesen Fällen wesentlich niedriger ausfällt. So kann es geschehen, dass die Mütter plötzlich Hartz IV beanspruchen müssen! So viel zum Kinderkriegen in Deutschland.

Da wird den Akademikerinnen das Mutterwerden richtig „schmackhaft“ gemacht! Frauen bekommen weniger Gehalt, weniger Rente – dann macht es ihnen bestimmt auch nichts aus, wenn sie mal eben ein Drittel weniger ALG I erhalten, sollten sie gleich nach der Rückkehr aus der Babypause gekündigt werden. Wie deckt sich dieses Urteil bloß mit der Politik und den Forderungen unserer Familienministerin?

Im ach so kinderfreundlichen Deutschland sollen eben nur die „richtigen“ Eltern Kinder in die Welt setzen! Denn sie verfügen über das erforderliche Einkommen, werden – so Gott will – nicht arbeitslos und haben auch noch das Elterngeld erhalten, das den Besserverdienenden zu diesem Zeitpunkt weiterhin mehr Geld beschert. Hingegen müssen diejenigen, die wirklich Unterstützung gebrauchen könnten, sich mit lumpigen 300 Euro begnügen – und das auch nur noch für 12 bis 14 Monate. Sozial Benachteiligte haben gefälligst keine Kinder zu bekommen! Das könnte man dann schon fast als Auslese betrachten.

2. Ach Gottchen, die Wirtschaft fürchtet eine „Rolle rückwärts“ beim Arbeitslosengeld! Die SPD bemüht sich, nach Münteferings Niederlage den Streit ums ALG I als das „Normalste von der Welt“ darzustellen. Derweil warnen vier Spitzenverbände der Wirtschaft gemeinsam vor den Folgen – sie fürchten um den „Auf-

schwung“: Beck will die Zahlung des Arbeitslosengeldes I für Ältere im Gegensatz zu Müntefering verlängern.

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft warnten nach einem Bericht der „Blöd“-Zeitung in einem gemeinsamen Appell an Union und SPD eindringlich vor Korrekturen an der Agenda 2010. Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft warnen davor, einen Teil der Reformen zurückzudrehen. Sie behaupten, dass diejenigen, die in SPD und Union Kernpunkte der Agenda aufweichen oder zurücknehmen wollen, den Aufschwung und die gute wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land gefährdeten.

Der Koalitionspartner scheint einzulenken, weil CSU-Chef Huber den längeren ALG-I-Bezug durch **Sanktionen** finanzieren will. Diese sollen verstärkt verschärft werden, wenn Erwerbslose die Arbeitsangebote nicht annehmen wollen. Derer gibt es ja auch so immens viele, vor allem solche, von denen es sich gerade so leben lässt, ohne dennoch wieder mit ALG II aufstocken zu müssen und damit immer noch am Tropf von Hartz IV hängen zu bleiben. Wenn Herr Huber so weitermacht, wird es bald eine Unterstützung erst nach einer zweijährigen Bewährungsphase geben – und dann auch erst 50 Prozent unter Vorbehalt.

Mit der angestrebten kostenneutralen Finanzierung soll der längere ALG-I-Bezug durch die „Sanktionsvariable“ ersetzt werden. Soll dafür, dass ein paar ALG-I-Bezieher ihre Gnadenfrist verlängert bekommen, die Zahl der ALG-II-Empfänger durch Verhungern oder Gefängnis reduziert werden? Vielleicht wird demnächst die Abschaffung des Ruhestandes für die arbeitende Bevölkerung gefordert, oder hat jemand eventuell schon was von zukünftiger Kinderarbeit gehört? Aber seit heute ist ja die Verlängerung des ALG I für Ältere beschlossene Sache.

3. Wenn es nach der Staatsanwaltschaft Aachen geht, scheint das öffentliche Verständniszeigen schon eine schwere kriminelle Handlung zu sein. Mit diesem Vorwurf sehen sich jedenfalls zurzeit einige Nutzer des „Erwerbslosenforums Deutschland“ konfrontiert. Gegen sie ermittelt die Staatsanwaltschaft Aachen wegen des Verdachts der **Volksverhetzung**, weil sie nach einer glimpflich abgelaufenen Geiselnahme einer offensichtlich gestörten Person in der Aachener Arge im September 2006 im Online-Forum Verständnis zeigten, dass solche Sachen bei Hartz-IV-Empfänger-passieren können, die offensichtlich unter erheblichen Druck durch Behörden stehen.

Am Dienstag wandte sich der Staatsschutz an das „Erwerbslosenforum Deutschland“ und begehrte die Daten von einigen Nutzern des Online-Forums, die sich dazu öffentlich geäußert hatten. Der Betreiber hält diese Verdächtigungen für völlig absurd und überzogen und sieht in der Strafanzeige, die wohl von einer Behörde kommt, den Versuch, hier rigoros die Meinungsfreiheit einzuschränken beziehungsweise auch die sehr erfolgreiche Arbeit des „Erwerbslosenforums Deutschland“ durch derartige Angriffe zu beenden.

Die Trägerinitiative teilte jetzt mit, dass sie vorest nicht beabsichtigt, dem Staatsschutz die persönlichen Daten der Nutzer herauszugeben, da bisher keine rechtlichen Grundlagen zum Bruch des persönlichen Datenschutzes mitgeteilt worden sind. Dazu Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“: „Wir halten es für wichtig, dass die persönlichen Daten absoluten Vorrang vor derart ungeheuerlichen und übertriebenen Ermittlungen haben. Das Ganze ist für uns der massive Versuch der Einschränkung der Meinungsfreiheit. Wir müssen die Staatsanwaltschaft ernsthaft fragen, ob sie hier nicht weit über das Ziel hinausschießt. Dasselbe gilt für den oder die Anzeigenerstatter(innen).

Wenn es nicht mehr erlaubt sein soll, dass man öffentlich sagt, man wundere sich, dass solche Vorfälle – wie in Aachen – nicht schon viel früher passiert sind, ist unser Rechtsstaat ernsthaft in Gefahr. Ebenso müssen sich Hartz-IV-Behörden den Vorwurf gefallen lassen, dass ihre absolute Kontrolle und ihr oftmals sehr willkürliches Verhalten gegenüber ALG-II-Empfängern sicher mit dazu beiträgt, dass manche Menschen in derartige Ausnahmesituationen geraten können. Tolerabel ist so etwas nicht. Wir appellieren an die Staatsanwaltschaft, diese maßlos übertriebenen Ermittlungen einzustellen und auf den Boden der Realität zurückzukommen. Fast schon regelmäßig werden irgendwelche Anzeigen von Bürgern gegen Politiker sofort eingestellt. Genauso sollte es hier sein.“

4. Städte und Gemeinden schlagen wegen der geplanten **Bundeskürzungen bei Hartz IV** Alarm. Ihnen droht 2008 für die Finanzierung ihrer Hartz-IV-Kosten ein Fehlbetrag von 930 Millionen Euro. Die Kommunen fürchten eine große Finanzierungslücke. Die Summe setzt sich nach Angaben des „Deutschen Städte- und Gemeindebundes“ aus der geplanten Kürzung der Bundesbeteiligung von derzeit 4,3 auf 3,9 Milliarden Euro und den für 2008 errechneten Mehraufwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro zusammen.

Darin enthalten sind unter anderem die gestiegenen Lebenshaltungs- und Mietkosten. Nicht eingerechnet sind in diesen Fehlbetrag die durch die angekündigten Erhöhungen der Energiekosten zu erwartenden Heizkostensteigerungen. Die durchschnittlichen Mietzahlungen der zuständigen Arbeitsgemeinschaften an Hartz-IV-Empfänger stiegen dem Verband zufolge seit 2006 von 280 auf 320 Euro pro Leistungsempfänger.

Die Bundesregierung hatte die Kürzungen nach der neuen Formelberechnung für Bedarfsgemeinschaften beschlossen. Sorgen bereiten den Sozialexperten des Verbandes auch die „Unwägbarkeiten“ bei den Leistungen im Alter. Die Zahlungen der Städte- und Gemeinden zur Linderung der Altersarmut hat in den vergangenen drei Jahren dramatische Formen angenommen. Über eine geplante Anhebung zur Abdeckung der gestiegenen Lebenshaltungskosten will die Bundesregierung noch in diesem Herbst entscheiden.

5. Nach dem Abschlussbericht einer Forschergruppe der Wuppertaler „Stiftung W.“ tritt als wichtigste Erkenntnis zutage, dass es sich bei den sogenannten

Arbeitsgelegenheiten nicht um ein „arbeitsmarktpolitisches Instrument“ handelt, sondern um eine politisch gewollte Förderung des „Dritten“ oder „sozialen Arbeitsmarktes“. Dieser sei gar kein Markt, sondern beinhalte die unbezahlte Arbeitspflicht bei Bezug von Transferleistungen für erwerbsfähige Arbeitslose.

Allerdings sei es unübersehbar, dass immer mehr Versuche gemacht werden, eine private Ausnutzung zu ermöglichen, zum Beispiel über Praktika in Betrieben. Zudem werde deutlich, dass es gar keine „zusätzliche“ Arbeit gebe, sondern nur solche, die bezahlt wird, und eben solche, die unbezahlt bleibt. Die immer wieder aufgeführten Handlungsfelder und Tätigkeiten für „gemeinnützige“ Arbeit seien regelmäßig Aufgabenfelder de facto öffentlicher Dienstleistungen. Der Unterschied bestehe darin, dass mit dem Einsatz von Ein-Euro-Jobbern kein professionelles Leistungsniveau mehr erwartet wird.

Faktisch seien die betroffenen Ein-Euro-Jobber mit einem rechtsfreien Raum konfrontiert und müssten zu 90 Prozent damit rechnen, dass sie anschließend weiterhin erwerbslos sind. Denn die von ihnen ausgeführten Arbeiten werden am Markt gar nicht nachgefragt. Hier zeichneten sich Strategien ab, wie man in Zukunft mit den „Überflüssigen“ in der Gesellschaft umgehen wolle. Diese avancierten somit zu den „Ärschen der Nation“ und müssten sinnlose oder eben nicht zusätzliche Arbeiten für noch nicht mal ein Dankeschön zum mehr als kargen Lohn ableisten.

Davon kann man sich bei weiterer Perspektivlosigkeit aber auch nichts kaufen, nur ein Lied singen! Als Danksagung gilt dann wohl die verschärfte Verfolgungsbetreuung bei gleichzeitigem Arbeitszwang – ohne Aussicht auf echte Einstellung und ein Gehalt, das diesen Namen auch verdient! Prost Mahlzeit!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Die Würde des Menschen ist unantastbar!?

Ich bin 1961 in Bremen geboren und lebe seit März 2005 in Sulzbach an der Saar in einer Wohngemeinschaft. Mit meiner Übersiedlung beantragte ich bei der Arge die Übernahme der Mietkosten im Rahmen einer Wohngemeinschaft, was zunächst abgelehnt wurde. Der zuständige Mitarbeiter der Arge kommentierte seine Ablehnung mit der Bemerkung, **ich könne mir einen Anwalt eh nicht leisten und somit meine Forderungen auch nicht durchsetzen**. Mein Antrag auf einstweilige Verfügung beim Sozialgericht Saarbrücken hatte jedoch Erfolg, sodass mir die Mietkosten erstattet wurden.

Nachdem ich bei der Arge Sulzbach einen Antrag auf Erstattung der Bewerbungskosten gestellt hatte, erfuhr ich auf Anfrage, dass die zuständige Mitarbeite-

rin der Arge meine Bewerbungsnachweise nicht bearbeitet hatte. Auf meine persönliche Nachfrage, warum mir meine Ausgaben nicht erstattet worden sind, teilte sie mir, indem sie meine Nachweise aus einem großen Stapel von Akten herausgekramte, mit, dass noch Unterlagen fehlen würden. Ich sei eben verpflichtet, Anschreiben und Bewerbungen in zweifacher Ausfertigung vorzulegen. Meine Bitte, die Kostenerstattung baldigst zu klären, wurde offensichtlich ignoriert. Meine Beschwerde über Frau A. bei deren Vorgesetzten, Herrn K., war erfolglos, worauf ich wütend die Arge verließ.

Inzwischen wurde ich einem anderen Mitarbeiter zugewiesen. Eine Beratungsstelle für ALG-II-Empfänger bestätigte mir, dass die Unterlagen in zweifacher Ausfertigung vorzulegen sind. Bei einem weiteren Besuch der Arge führte der Sozialberater der „Gabb“ in meiner Anwesenheit mit dem Teamleiter K. ein Telefonat zum weiteren Vorgehen in der Sache. Daraufhin teilte mir der Berater mit, dass ich außer den bisherigen Beanstandungen auch noch die Telefonnummern der Firmen auf dem Bewerbungsnachweis angeben müsse.

Am 8. Juni 2006 habe ich zusammen mit meiner Mitbewohnerin erneut einen Bewerbungsnachweis bei der Arge vorgelegt. Der Sachbearbeiter teilte mir lapidar mit: „**Wir haben bei der Arge erhebliche Schwierigkeiten mit Ihnen.**“ Abermals fanden wir uns beim Teamleiter ein, um unsere Beschwerden über die Behandlung vorzutragen. Herr K. führte ein Telefonat mit seinem Kollegen und meinte dann, ich solle auch noch den Namen des Ansprechpartners der Firmen, bei denen ich mich beworben habe, auf dem Nachweis angeben. Jetzt war ich gänzlich davon überzeugt, dass es hier nicht mehr um die Sache ging, sondern um Schikane. Ich fügte hinzu, wenn meine Bewerbungsangaben angezweifelt würden, solle die Arge mir dies schriftlich mitteilen. Eine Antwort auf meine Einlassung erhielt ich nicht. Nun wurde ich mit der Bemerkung, es ginge jetzt alles in Ordnung, wieder an den Sachbearbeiter verwiesen.

Abermals wurden meine Bewerbungsnachweise von der zuständigen Sachbearbeiterin abgewiesen. Ich bat sie, von den vorgelegten Originalen Kopien für ihre Unterlagen anzufertigen. Ihre Bemerkung hierzu lautete: „**Wie stellen Sie sich das denn vor? Was soll ich noch alles machen? Wenn da jeder kommt!**“ Sie fertigte dennoch die Kopien mit der Bemerkung an, dies sei das letzte Mal. Daraufhin wurden mir nur die Kosten für Bewerbungen erstattet, auf die ich eine offizielle Antwort erhalten hatte. Wenn also eine Firma auf meine Bewerbung nicht antwortet, weigert sich die Arge, die Kosten zu übernehmen. Der Stadtverbandspräsident forderte mich im Rahmen eines kurzen Gespräches auf, ihm meine Beschwerde schriftlich vorzutragen. Einige Monate später erfuhr ich, dass dieser im Rahmen seiner Befugnisse Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Arge eingelegt habe.

Aus persönlichen Gründen haben meine Mitbewohnerin und ich uns dazu entschlossen, eine andere Wohnung zu suchen. Die Arge Sulzbach genehmigte unserer WG den Umzug. Zunächst fanden wir eine Wohnung in Dudweiler und erkundigten uns daraufhin zunächst bei der dortigen Arge, in welcher Höhe die Miet-

kosten übernommen würden. Zunächst wurden wir angehalten, ein Beratungsgespräch bei der Wohnungsvermittlung der Arge zu führen. Der zuständige Mitarbeiter teilte uns in diesem Gespräch mit, dass bei einer Wohnungsgröße von 85 Quadratmetern die Mietkosten in einer Höhe bis zu 345 Euro erstattet würden.

Da die Kosten der von uns zunächst in Erwägung gezogenen Wohnung den Regelsatz überschritten, haben wir von einer Anmietung abgesehen, auf Anraten des Sachbearbeiters jedoch die bisherige Wohnung fristgerecht zum 31. Dezember 2006 gekündigt. Wir fanden schließlich eine angemessene Wohnung in Saarbrücken-Burbach. Hier meldeten wir uns unverzüglich bei der Arge, wo wir allerdings erst nach circa 14 Tagen einen Termin erhalten sollten. Ohne eine Zusage der Arge Burbach abwarten zu können, sahen wir uns aufgrund des engen Zeitrahmens veranlasst, den Mietvertrag zu unterschreiben.

Am 30. November 2006 habe ich bei der Arge Burbach meinen Antrag auf ALG II vorgelegt. Ich beantragte zunächst die Übernahme der Mietkaution, die mir allerdings nur als Darlehen gewährt werden sollte. Im Rahmen eines zweiten Beratungsgespräches wurde mir vom zuständigen Sachbearbeiter im Beisein meiner Mitbewohnerin ein Schriftstück vorgelegt. In diesem sollte ich mit meiner Unterschrift erklären, dass ich die Mietkaution zurückzahlen würde, im Widerspruch zu § 43 SGB II, der eine Rückzahlung aus dem Regelsatz nicht vorsieht. Der Sachbearbeiter nötigte mich hierzu mit der sinngemäßen Bemerkung: „**Wenn Sie nicht unterschreiben, müssen Sie sehen, woher Sie das Geld für die Mietkaution bekommen!**“

Am 27. Dezember 2006 bezog ich mit meiner Mitbewohnerin die neue Wohnung. In dem zugestellten Bescheid wurden mir die tatsächlichen Kosten der neuen Unterkunft nicht gewährt. Daraufhin legte ich Widerspruch ein, dem mit einem Änderungsbescheid am 7. März 2007 stattgegeben wurde. Zum 14. März 2007 war ich in Sachen einer Leistungsangelegenheit, so der Wortlaut im Anschreiben, eingeladen. Meine Mitbewohnerin wurde zur gleichen Zeit und Sachbearbeiterin eingeladen. Als wir um 9 Uhr in deren Büro erschienen, empfing sie uns mit der Bemerkung: „Ach, ich habe Sie wohl beide zur gleichen Zeit bestellt?!“ Ich habe die gleichzeitige Einladung meiner Mitbewohnerin und mir bestätigt und der Sachbearbeiterin mitgeteilt, dass es mir außerdem unbenommen ist, zu den Beratungsgesprächen eine Person meines Vertrauens hinzuzuziehen.

Frau R. teilte uns mit, die Arge vermute, dass Frau N. und ich keine Wohngemeinschaft bildeten, sondern im Sinne der bestehenden Bestimmungen eine „Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaft“ begründeten. Wir wiesen darauf hin, dass wir bereits bei den Argen Sulzbach und Burbach eine einfache Erklärung hinterlegt haben, dass wir in einer Wohngemeinschaft leben und daher nicht finanziell füreinander aufkommen. Die Sachbearbeiterin bestätigte uns dies mit der Bemerkung, das genüge nicht. Allein die Tatsache, dass wir länger als ein Jahr zusammen wohnen und auch noch gemeinsam umgezogen sind, reiche aus, diese Vermutung zu äußern. Ich verwies Frau R. auf ein Urteil des Landessozialgerichtes Bremen/Niedersachsen in dieser Angelegenheit, woraufhin sie uns mit

den Worten verabschiedete: „**Damit ist das Gespräch für mich beendet. Sie hören von mir.**“

Am 20. März 2007 erhielt ich einen Änderungsbescheid, in dem mir mitgeteilt wurde, dass ich mit Frau N. im Sinne des Gesetzes eine Bedarfsgemeinschaft bilde und wir füreinander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen haben. Gegen diesen Bescheid legte ich Widerspruch ein. In der Folge erhielten sowohl Frau N. als auch ich eine Aufforderung der Arge, mit dreiwöchiger Frist die Mietkaution mit je 320 Euro zurückzuzahlen. Wir bekamen keine Gelegenheit, die Unterstellung der Arge zu widerlegen. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Arge Burbach habe ich den anwesenden Teamleiter der Leistungsabteilung mit der Zahlungsaufforderung der Regionaldirektion konfrontiert.

Am Morgen des folgenden Tages erhielt ich einen Anruf von Frau R., die mir mitteilte, ich hätte versehentlich eine Rückzahlungsaufforderung über die Gesamtsumme erhalten. Stattdessen müsse ich, ebenso wie Frau N., die Mietkaution in Raten von monatlich 30 Euro zurückzahlen. Am 3. April 2007 fand ich mich um 8 Uhr bei der Arbeitsvermittlerin Z. ein. Während eines kurzen Aufenthalts vor der Tür des Büros konnte ich einem Gespräch zwischen Frau Z., dem Teamleiter B. und einer mir unbekannten Sachbearbeiterin zuhören. Im Büro fiel mein Name im Zusammenhang mit folgenden Sätzen: „**Diese Typen kennen wir**“, „**dann soll er doch nach Frankreich gehen**“, “**für jeden Scheiß legt er Widerspruch ein**“. Nach dem Beratungsgespräch mit Frau Z. wies ich darauf hin, dass ich dem Gespräch zwischen ihr und den beiden Mitarbeitern der Arge zugehört habe. Außer der Geheimniskrämerei und den vielen Ungerechtigkeiten empfand ich es als kränkend, als „Typ“ bezeichnet zu werden. Ich habe gelernt, dass die Würde des Menschen antastbar ist.

Zuschrift von J. M. (parteilos)

Verfassungsfeinde machen mobil – wehren wir uns!

Finanzsenatorin Karoline Linnert hat uns auf der letzten Montagsdemo freimütig Rede und Antwort gestanden. Dafür sei ihr gedankt. Sie versprach, sich im Bundesrat *jetzt* für eine „deutliche Erhöhung“ der ALG-II-Regelsätze vor allem für Kinder einzusetzen – und nicht erst 2009. In diesem Zusammenhang sprach sie von einer „Bremer Initiative“ zusammen mit Baden-Württemberg. Auf das Ergebnis dürfen wir gespannt sein. Wir sind ja jeden Montag hier, wir werden die Zweite Bürgermeisterin nicht aus den Augen lassen und sie ständig daran erinnern!

Auf die anderen Punkte will ich hier nicht weiter eingehen, weil vieles von dem, was sie sagte, auch wieder nur im Unverbindlichen blieb. Mir kommt es auf etwas anderes an: Karoline Linnerts dreimaliges Auftreten, sogar als Finanzsenatorin, zeugt von einem Stück politischer Kultur, die es wohl außerhalb Bremens nirgendwo sonst gibt. Es zeigt, dass wir ernst genommen werden! Diese Kultur zu erhalten, ist unbedingt den Einsatz auf der Montagsdemo wert, denn damit könnte es bald vorbei sein, wenn Schäuble & Co. mit ihren Wahnideen durchkommen.

Die Koalition der Zerstörer ist dabei, die demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik zu zerschlagen. Wir sind bereits auf dem schlimmsten Weg dorthin, und es geht schneller, als wir denken. Der große „Feldversuch“ fand im Sommer beim G8-Gipfel in Heiligendamm statt, wo Polizei, Verfassungsschutz und Militär aufs Engste zusammengearbeitet haben. Aus der Erfahrung der Weimarer Republik und der faschistischen Geschichte wurde jedoch im sogenannten Polizeibrief von 1949 die strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten festgelegt. Die Unterordnung von Landes- und Ortspolizeien unter eine Bundespolizei und die Ausstattung des Verfassungsschutzes mit Polizeibefugnissen wurden damals kategorisch verboten.

Heute, im Jahr 2007, gibt es wieder eine Bundespolizei, die aus dem ehemaligen Bundesgrenzschutz hervorgegangen und mit gravierenden Sonderbefugnissen ausgestattet ist. So dürfen zum Beispiel „verdachtsunabhängige Kontrollen“ und Verhaftungen vorgenommen werden, was dann „Unterbringungsgewahrsam“ genannt wird und bis zu vier Tage andauern darf. Heute sind Geheimdienste, Militär und Polizei zusammengelegt wie einst zu faschistischen Zeiten. Dafür ist das sogenannte Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin aufgebaut worden.

Es ist geplant, eine einheitliche Steuernummer für alle einzuführen, und das Meldewesen wird zentralisiert. Von hier aus werden auch die Ausschnüffelung aller Lebensbereiche und eine totale staatliche Kontrolle organisiert. Eine Datei zur Erfassung aller zwölf Millionen Schüler soll laut Kultusministerkonferenz eingeführt werden. Im Zuge der Hartz-Gesetze ist eine „Jobcard“ installiert worden, in der 35 Millionen Beschäftigte und alle Erwerbslosen registriert werden. Mit der „Gesundheitscard“ werden über 70 Millionen Versicherte zentral erfasst. Die Regierung plant ein Melderegister für 80 Millionen Menschen und verletzt damit das informelle Trennungsgebot laut Bundesverfassungsgericht zum Volkszählungsurteil.

Damit ist der Horror noch längst nicht zu Ende, denn was Berlin mit den Streitkräften plant und zum Teil schon verwirklicht hat, ist ein düsteres Kapitel für sich, auf das ich beim nächsten Mal näher eingehen will. „Wir sind weit über Orwell hinaus“, meint sogar der ehemalige FDP-Innenminister Gerhard Baum und fährt fort: „Die Staatsorgane haben sich angewöhnt, bei der Bekämpfung des Terrorismus

über fundamentale Prinzipien der Verfassung hinwegzusehen. Noch schlimmer: Ein Teil der Staatsorgane hat die Absicht bekundet, Entscheidungen des Verfassungsgerichts nicht zu respektieren. Wünschen würde ich mir – ich sage es schon seit Jahren – eine bundesweite Bewegung ‚Rettet die Grundrechte'."

Lieber Herr Baum, dann werden Sie doch endlich aktiv! Wir in Bremen leisten unseren Beitrag dazu, weil wir nicht annehmen, dass der Polizeistaat um uns einen Bogen machen wird. Wir werden aktiv bleiben, denn auch unsere besondere demokratische Kultur, unser spezielles und oft sehr kritisches Verhältnis zu Senat und Bürgerschaft sowie unsere Montagsdemo als ständige Initiative gerieten in Gefahr! So findet auch am **Samstag**, dem **3. November 2007**, um **12 Uhr** eine **Demonstration** auf dem **Hillmannplatz** unter dem Motto „**Auf die Straße gegen den Notstand der Republik**" statt. Ungefähr zeitgleich gibt es Demos in Erfurt und Regensburg – und noch in zahlreichen anderen Städten, hoffe ich. Wir vom Bremer Friedensforum und der DFG-Gruppe Bremen werden auf jeden Fall dabei sein!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Das höchste Gut im Himmel und auf Erden

Als Innensenator Willi Lemke am Freitag den Freimarkt eröffnete, meinte er es einer etwas primitiven Sau-Werbung der Elektronikbranche gleichtun zu müssen, als er die Bremer anpflaumte: „Seid nicht geizig, habt Spaß und macht keinen Scheiß!" Dass sehr viele Bremer und auch Menschen aus dem Umland nicht geizig sind, sondern sehr sparsam leben müssen, kann ein Senator mit einem Monatsgehalt weit jenseits der 10.000-Euro-Grenze nicht nachvollziehen. Da wäre es doch ein gutes Zeichen von Geizlosigkeit, wenn die Herren Lemke und Böhrnsen und andere etwas von ihrem Freimarktsgeld, sprich Oktobergehalt für soziale Zwecke spenden würden! Über die Ziele lassen wir gerne mit uns reden. Also runter mit den Senatsgehältern und öffentliche Diskussion über die Zielsetzungen und Kontrolle der Umsetzungen!

Die Energiekonzerne wollen die Preise für Strom und Gas um circa zehn Prozent erhöhen. Vorsichtig versucht die Kartellbehörde, sich da einzumischen und die Preisberechnungsgrundlagen zu überprüfen. Wir wissen schon, wie das ausgeht: Hier und da winzige Korrekturen, aber ansonsten geht die Preiserhöhung durch. Wir können zahlen! Der Ölpreis steigt, die von den Weltimperialisten angezettelten Widersprüche und Kriege im Irak werden aufs Neue zur besten Profitquelle der internationalen Ölmultis. Und überall sind das deutsche Kapital und die deutsche Regierung dabei. Ich möchte wissen, mit wie vielen deutschen Panzern und Waffen, allesamt von der Bundesregierung geschenkt oder gesponsert, das türkische Militär in den Krieg gegen die Kurden zieht!

Nun kann sich Frau Merkel freuen, der neue EU-Grundlagenvertrag scheint in trockenen Tüchern. Lissabon – schon einmal Ausgangspunkt für die unglückseligen Lissabonner Verträge unter Schröder mit der massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen in Europa – ist erneut zum Fanal geworden für die Fortentwicklung eines Europas, das die Weltherrschaft anstrebt, mit massiver aggressiver Militärmacht und Gewaltandrohung nach außen und verschärftem antidemokratischen Kurs nach innen, mit weitergehender Faschisierung des Staatsapparates und mit einem Superüberwachungsstaat, in dem die Werktätigen entrechtet und ausplündert werden.

Ob die Menschen das wollen, wird gar nicht mehr abgefragt, höchstens als kleine Randerscheinung in Irland. Nach dem negativen Ausgang der Abstimmung in Frankreich und den Niederlanden wurden allerorts die Gesetze geändert, das Mitspracherecht der Bevölkerung gekappt und das Abnicken durch leutselige Regierungen und Parlamente dafür eingesetzt, alles hübsch demokratisch. Die scheinbaren Widersprüche vor Lissabon waren doch nur solche der verschiedenen Kapitalfraktionen in Europa. Die hat man jetzt vereinheitlicht, und damit ist es gut. Aber für uns nicht! Wir lehnen eine europäische Vereinigung nicht ab, aber wir setzen uns für die Solidarität der Werktätigen in Europa ein, zum Beispiel bei Airbus oder bei der Eisenbahn. Ein Europa auf Grundlage der Kämpfe der Werktätigen für demokratische und soziale Rechte: Für dieses Ziel können und werden wir uns einsetzen!

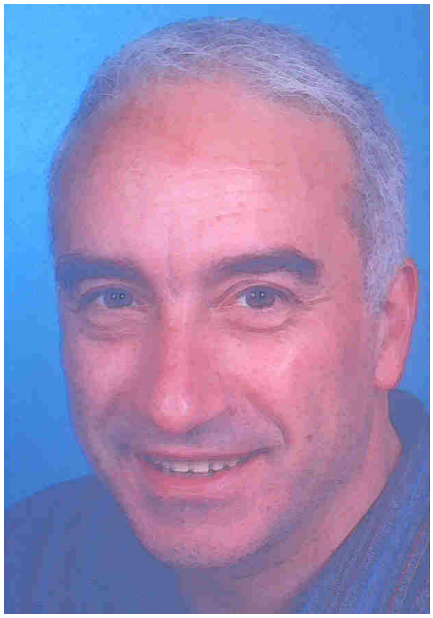
Immer mal wieder stolpere ich über zwei Sachverhalte, die nicht zusammenpassen. Weltweit werden 100 Billionen Dollar durch Vermögensverwaltungen betreut, deren Leute immer nur nach den profitabelsten Anlagemöglichkeiten suchen. Dahinter stecken also gar keine richtigen Unternehmer, die etwas reißen wollen, wie uns immer so schön vorgelogen wird. Das andere, sehr „Finanztechnische“ steht im Zusammenhang mit der VW-Aktie und dem Anteil, den das Land Niedersachsen hält. Der EU-Kommissar für den Bereich Aktien und Konzerne verlangt, dass kein Stimmrecht bei den Aktionärsversammlungen über 20 Prozent betragen dürfe, sonst – und nun kommt es – sei die „Freiheit des Kapitals“ in Gefahr.

Die Freiheit des Kapitals ist das höchste Gut im Himmel und auf Erden, Amen! – Nein, für mich nicht. Ich habe ein anderes Ziel: diese Tyrannei abzu-

schaffen und entgegen aller verlogenen Egoismus-Propaganda eine Gesellschaft aufzubauen und zu entwickeln, in der alle Menschen sich entwickeln und gemeinsam wirken können. Und das heißt für mich Sozialismus. Setzen wir uns darüber auseinander!

Jobst Roselius

Zwei Erzieherinnen pro Gruppe in den Kitas sind notwendig!



Letzte Woche haben Eltern und Erzieherinnen aus mehreren Kindertagesstätten gegen die unzumutbaren Betreuungszustände protestiert. In Bremer Kitas werden 20 Kinder von einer Erzieherin betreut. Die Erzieherinnen sind damit völlig überlastet, und die Betreuung leidet darunter.

Eine ganze Reihe von Kitas liegt in sogenannten sozialen Brennpunkten. Dort kommen Kinder zusammen, die teilweise kaum Deutsch sprechen und durch zerrüttete Familienverhältnisse oder erlebte Gewalt durch Kriege traumatisiert sind. Außerdem sind die Altersunterschiede sehr groß – die Kleinen müssen sich in der neuen Umgebung zurechtfinden, während die Großen auf die Schule vorbereitet werden.

Durch die Situation, dass die Erzieherinnen allein sind, finden Elternarbeit und Fortbildung abends statt, und es entstehen Berge von Überstunden, die nicht „genommen“ werden können. Dem Bremer Senat sind diese unhaltbaren Zustände bekannt, doch bisher will er daran nichts ändern. Argumentiert wird immer mit den „leeren Kassen“. Dabei werden die Konzerne bundesweit immer mehr entlastet. So zahlt zum Beispiel eine Putzfrau von EON mehr Steuern als der ganze Konzern!

Wir brauchen eine Wende in der Steuerpolitik. Die Gewinne der 30 größten DAX-Unternehmen in Deutschland explodierten 2006 um 39 Prozent auf 64 Milliarden Euro. Mit einer Sozialversicherungssteuer für die Unternehmen könnten die notwendigen Sozialausgaben finanziert werden. Und die Forderung, dass jede Gruppe in den Kitas eine zweite Erzieherin braucht, ist völlig berechtigt. Dies sollte von uns aktiv unterstützt werden!

Harald Braun

Eine 15-Quadratmeter-Wohnung ist nicht „angemessen“

1. Die neue Bremer „Verwaltungsanweisung Wohnen“ hat unter Punkt 6 folgende Regelung zur „Angemessenheit von Unterkunftskosten“ bei **selbstgenutztem Wohneigentum** vorgesehen: „Aktuell werden die Kosten der Unterkunft bei selbstbewohnten Eigenheimen und Eigentumswohnungen in tatsächlicher Höhe übernommen. Von der Übernahme grundsätzlich ausgenommen sind Tilgungsbeträge beziehungsweise Bausparraten oder Beiträge für Lebensversicherungen, über die eine Ablösung der Hypothek beziehungsweise Anschlussfinanzierung geplant ist.“

Damit dürfte die sofortige und nachträgliche Übernahme aller Unterkunftskosten möglich sein. Die Entscheidung zur Rechtsfrage, welche Aufwendungen bei einem selbstgenutzten Eigenheim zu den nach § 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II berücksichtigungsfähigen tatsächlichen Unterkunftskosten gehören, ist beim Bundessozialgericht anhängig (B7b AS 34/06 R). Bis zur Entscheidung des Gerichts und Beschlussfassung über entsprechende Regelungen bleiben die Verfahren zur Senkung der Unterkunftskosten für Eigenheimbesitzer ausgesetzt, um unbillige und unvertretbare Härten zu vermeiden.

Es gibt also keine Begrenzung der Kosten auf Quadratmeter oder Ähnliches! Zu den Tilgungsaufwendungen gibt es auch Urteile. So sind kurz vor der Rente oder dem Ausscheiden aus dem Hilfebezug auch die Tilgungen zu übernehmen. Eine weitere Möglichkeit ist die Gewährung dieser Tilgungen als Darlehn, um den Verlust der Unterkunft zu vermeiden. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Verwaltungsanweisung soll alles ab 1. November 2007 regeln. Weil sie aber keine Rechtsquelle, sondern nur eine Anweisung für die Verwaltung ist, lässt sich alles rückwirkend ab 1. Januar 2005 einfordern! In der Verwaltungsanweisung steht es nicht, aber in der Deputationsvorlage: Wer in einer zu kleinen Wohnung lebt, kann den Umzug beantragen. 15 Quadratmeter sind eben doch keine angemessene Wohnungsgröße! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Eine **Statistik** sagt viel aus! Darum muss, wer eine solche ersinnt, vorher überlegen, wozu er diese Information verwenden will. Über die Arbeitsmarktstatistik habe ich bereits viel gesagt. Sie ist inzwischen ruiniert und überhaupt nicht mehr aussagefähig, beziehungsweise es wird eine *erwünschte* Aussage erreicht! Die Wirklichkeit geht dabei verloren.

Eine andere Statistik wird bei der Bagis über die **Zahl der Widersprüche** geführt, auch um zu registrieren, ob den Widersprüchen stattgegeben wurde oder ob sie zurückgewiesen wurden. Nur ist diese Statistik ebenso dem Wunschdenken unterworfen! Der normale Ablauf sieht nämlich so aus: 1) Bescheid ist nicht richtig, 2) Widerspruch wird eingelegt, 3) es erfolgt ein Widerspruchsbescheid mit Ablehnung oder Bewilligung. Unterstellen wir hier einmal Letzteres. Dann wird in der Statistik ein Widerspruch gezählt, dem stattzugeben war.

Bei der Bagis erfolgt jedoch ein „statistikfreundlicher“ Ablauf: 1) Bescheid ist nicht richtig, 2) Widerspruch wird eingelegt, 3) es ergeht ein neuer Bescheid, der wie im Widerspruch gewünscht ausfällt, 4) es erfolgt eine Ablehnung des Widerspruchs, weil der neue Bescheid bereits richtig ist. Dann wird in der Statistik ein Widerspruch gezählt, der abgelehnt werden konnte. Die Auswirkungen für den Widerspruchsführer sind gleich, er bekommt die erstrittene Leistung. Aber für die Statistik sind sie verheerend – wie erwünscht?

An Widerspruch und Klage wird die Unzufriedenheit der Betroffenen gemessen! Dies hat nichts mit Streithanselei oder Ähnlichem zu tun. So akzeptiert die Pflegeversicherung jetzt auch Demenz als Pflegegrund, weil klar ist, dass die anhängigen Klagen erfolgreich sein werden. Aus dem gleichen Grund wird die Bezugsdauer für ALG I wieder verlängert. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. IG Metal und Airbus haben sich geeinigt. Doch sind 180.000 Euro viel Geld als Entschädigung für den Verlust des Arbeitsplatzes, wenn man 50 Jahre jung ist, nach 20 Jahre Betriebszugehörigkeit? Wie geht es dann weiter? Die Kündigungsfrist wird eventuell etwas verlängert, vielleicht folgt eine Auffanggesellschaft. Das macht circa 2,5 Jahre. Mit dem ALG-I-Bezug von 18 Monaten ergeben sich insgesamt circa vier Jahre.

Jetzt ist er oder sie 54 Jahre jung, und es folgt der Anspruch auf ALG II. Vorher muss jedoch das Vermögen, welches den Schonbetrag von 250 Euro je Lebensjahr übersteigt, verbraucht werden. Das Schonvermögen beträgt hier also 13.500 Euro. Mit einem Ehepartner gleichen Alters ergeben sich 27.000 Euro. Die **Abfindungssumme** von 180.000 Euro muss versteuert werden. Während der Auffanggesellschaft und des ALG-I-Bezuges beträgt das Einkommen höchstens 67 Prozent vom vorherigen durchschnittlichen Nettoeinkommen.

Das ALG II beträgt 347 Euro plus Miete, für zwei Menschen 624 Euro plus Miete. Für zwei Jahre gibt es noch einen Zuschlag von 80 Euro pro Person für zwölf Monate. Vielleicht gibt es aber auch gar nichts, weil der Ehepartner verdient. Dies gilt bis zum Alter von 67 Jahren. Vorher betrug das Einkommen 4.500 Euro brutto! Die Unmoral dieses Angebots wird bereits ohne die genauen Details sichtbar. Es ist bestimmt nicht im Sinne der Mitarbeiter(innen)!

Man könnte das Geld zur Schuldentilgung verwenden oder sich damit eine Selbständigkeit aufbauen, doch keinesfalls sollte das überschüssige Barvermögen der Arge oder Bagis überlassen werden. Selbstgenutztes Wohneigentum

kann angeschafft oder entschuldet werden. Eine Riesterrente, egal wie hoch, wird ebenfalls nicht angerechnet. Für Lebensversicherungen ist es zwingend notwendig, eine Zusatzvereinbarung abzuschließen, damit diese „Hartz-IV“-fest wird.

Ein Auto darf jedoch einen bestimmten Wert nicht überschreiten, beziehungsweise der überschüssige Wert wird als Vermögen gewertet. Darüber hinaus sind Gerichtsverfahren anhängig, ob diese Vermögensanrechnung überhaupt zulässig ist. Wer tatsächlich überlegt, gegen eine Abfindung zu gehen, sollte sich bereits vor dem Aufhebungsvertrag über ALG II informieren, zum Beispiel an jedem dritten Dienstag im Monat um 19 Uhr beim Gesprächskreis „Vorbereitung auf ALG II“ des Vereins „Sozialer Lebensbund“ im „Hibiduri“ in der Thedinghauser Straße 2.

Bei 4.500 Euro brutto im Monat ergeben sich 54.000 Euro per annum, macht allein in zehn Jahren 540.000 Euro plus Sonderzahlungen. Wie hoch wird die Rente sein? Folgende Beiträge werden entrichtet: während der Kurzarbeit aus 4.500 Euro, während des ALG-I-Bezuges aus 90 Prozent dieses Betrages, also 4.050 Euro, während der ALG-II-Zeit aber nur aus 205 Euro. Wer hält dies bis 67 Jahre aus? Für einen vorzeitigen Rentenbezug werden Abschläge vorgenommen, und die Rente ist geringer, weil die Beitragszahlungen früher enden.

Zwischendurch kann eine Beschäftigungsmaßnahme ergattert werden: 100 Cent je Stunde sind möglich, steuer- und abgabenfrei, eventuell auch eine geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Dies ist bestimmt kein Erfolg für die Arbeitnehmer(innen)! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. „Mehr Jobs, höhere Löhne und Renten“, versprechen die Wirtschaftsweisen laut „Weser-Kurier“ vom 19. Oktober 2007 – aber bei längerer ALG-I-Zahlung werde nichts daraus! Die Sozialkassen sollen einen Überschuss von 8,4 Milliarden Euro erzielen, der Solidarbeitrag könne abgeschafft werden, und es bestehe Spielraum für Steuersenkungen. Konkret könne der Staat nur die Abgabenlast vermindern, somit etwas für die Unternehmer tun – wieder ohne Gegenleistung!

Die Institute sagen, 2008 nehme der **Aufschwung** „eine Pause“. Wegen der Banken- und Finanzkrise könne dies aber auch anders sein. Aufschwung dürfe nicht am Nettoeinkommen des Einzelnen festgemacht werden. Mehr als eine Million Menschen hätten einen Job bekommen. Wieder alles ohne Quellenangabe! Herangezogen wurde wohl die Statistik über den Arbeitsmarkt. Dort ist die Zahl der Arbeitslosen nur nach den Regeln dieser Statistik gesunken und die Zahl der Arbeitsplätze wesentlich durch die Einbeziehung der geringfügigen Beschäftigungen gestiegen.

Was ist die Botschaft dieses Artikels? „Macht bloß weiter so, sonst geht’s abwärts!“? 2008 ist das risikoreiche Jahr, so Gustav Adolf Horn, der den Lohnanstieg im kommenden Jahr, ganz differenziert betrachtet, absolut gefährdet sieht, ebenso das Wirtschaftswachstum – aber 2009 werde es einen aufsteigenden Ast geben, diesmal ohne Wunschfärbung.

Der „Mittelstand trägt das Exportwachstum“, schreibt der „Weser-Kurier“ vom 22. Oktober 2007. Der Export stütze die Konjunktur, nicht der Binnenkonsum, sagt BDI-Präsident Thumann. Nur bei den DAX-Unternehmen wurden in Deutschland Arbeitsplätze vernichtet – natürlich nur, um die weltweite Beschäftigung zu halten. Der Mittelstand habe die Beschäftigung von 2003 bis 2005 um zehn Prozent auf 2,2 Millionen Mitarbeiter(innen) erhöht.

Allein mir fehlt der Glaube! Ich habe dies in Unternehmensberichten und Zeitungsartikeln anders gelesen. Was möchte Herr Thumann? Die bisherigen Rahmenbedingungen für die zweite Hälfte der Legislaturperiode zumindest festschreiben, möglichst für seine Klientel verbessern! Leider sehen die Fakten so aus: Die Personalkostenbelastung der Unternehmen ist rückläufig; die Sozialkassen sind insgesamt im Minus, insbesondere die Rentenversicherung; der Staat macht sich arm; er unterlässt die Umsatzsteuerreform, obwohl er die Serienbetrügereien dadurch stoppen könnte; er unterlässt Betriebsprüfungen; er hat keine funktionierenden Finanzämter mehr und unterlässt dadurch die Einforderung von Steuern.

Aus diesen Gründen sind die Kassen leer! Und wir müssen uns die bestellten Berichte der Wirtschaftsinstitute ansehen. 2007 ist ein Modelljahr für diese Berichterstattung. Wer Lust dazu hat, sollte Ende 2006 beginnen, die Reden der Montagsdemonstranten nachzulesen. Er wird sich wundern: Die Kauflust wird herbeigeredet und ist nicht angekommen, beim erhöhten Steueraufkommen lässt die 19-prozentige Umsatzsteuer grüßen, bei den gestiegenen Beitragseinnahmen der Sozialversicherung die Vorverlegung des Fälligkeitsdatums. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. EFRE heißt das EU-Geld, die 142 Millionen Euro, die Bremen und Bremerhaven zur **Unternehmensförderung** erhalten können, wenn sie weitere 100 Millionen dazu beisteuern und 80 Millionen private Gelder einwerben. Somit stehen 322 Millionen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Bremen und Bremerhaven im Zeitraum von 2007 bis 2013 zur Verfügung. Der Grundsatz der Grünen lautete: „Fördergelder für Unternehmen nur auf Darlehnsbasis!“ – Das klang sehr gut. Und nun? Die EU wird nichts gegen eine darlehnsweise Vergabe haben, doch werden die Grünen es überhaupt versuchen?

Es gibt noch einen EU-Topf: das BAP mit der Zielrichtung **Arbeitnehmerförderung**. Auch hierbei ist das Geld aus Brüssel von der Kofinanzierung abhängig. In den Plänen der BAG stehen 32 Millionen für diesen Zweck. Was steht im Haushalt für Bremen und Bremerhaven: 32 Millionen Arbeitnehmerförderung und 100 Millionen Unternehmerförderung? Die EU nimmt auf diese Weise Einfluss auf die Landespolitik, doch es sind Steuergelder, die über die EU laufen, keine Geschenke! Auch dieser Geldkreislauf sollte anders geregelt werden.

6. Zwischen 2000 und 2006 sind laut „Weser-Kurier“ vom 25. September 2007 die Entgelte für Arbeitnehmer um 4,5 Prozent gestiegen, die Einkommen aus Un-

ternehmertätigkeit und Vermögen dagegen um 42 Prozent. Hinzu kommt, dass innerhalb der Entgelte für Arbeitnehmer die Besserverdienenden – circa 15 Prozent – ihr Einkommen um rund zehn Prozent steigern konnten. Die anderen Arbeitnehmer, dazu gehören auch die Facharbeiter, haben fast zwölf Prozent *weniger* Lohn!

Im gleichen Artikel fordert der Arbeitgeberverband BDA erneut eine Senkung der Abgabenlast. Die Zahlen zeigten, dass die Sozialabgaben in Deutschland immer noch viel zu hoch sind. Ähnlich äußert sich Heinz Däke vom „Bund der Steuerzahler". Diese Forderungen kann ich nur als Forderungen zugunsten der Arbeitnehmer deuten, weil die Abgabenquote sich zu ihren Lasten erhöht hat. Bei einem Nettovergleich sieht es für sie noch ungünstiger aus. Wenn außerdem die Preissteigerung der Lebenshaltungskosten berücksichtigt wird, haben die Arbeitnehmer effektiv noch höhere **Einkommenskürzungen** verkraften müssen.

Die Fortschreibung dieser Zahlen in die aktuelle Zeit erhöht den effektiven Kaufkraftverlust der Arbeitnehmer. Entsprechend wurden auch die Transferleistungen entwertet! Die Schere hat sich noch weiter geöffnet! Aufschwung heißt: Es wird immer mehr produziert, mit immer weniger Personaleinsatz. Darum kommt der Aufschwung nicht bei den Menschen an, nicht einmal über Preissenkungen.

7. An sich finde ich eine europäische Union gut: Das Zusammenleben und Zusammenwirken vieler Völker ist einfach Klasse. Diese EU hingegen erfüllt meine Erwartungen weder für die Zukunft noch auch nur für die Gegenwart! Diese EU will die Ausrichtung aller Gesellschaften nach dem Gewinnstreben Einzelner, sie schafft uns die Einkommens- und Lebensunterschiede der USA, sie vergisst die Schwachen und Kranken, sie schafft gute Rahmenbedingungen nur für die Notwendigen.

Nun will die EU zu Tisch bitten. Vorbereitet ist ein Papier, „**Vertrag von Lissabon**" soll es heißen. Am 13. Dezember 2007 wird er dort unterschrieben und anschließend in Brüssel gefeiert. Es ist teilweise alter Wein in neuen Schläuchen, denn die Grundausrichtung der EU auf Privatisierung bleibt bestehen, zur Beschleunigung fallen einige Zuständigkeiten an die EU, und eine Mitbestimmung der Völker Europas ist nicht vorgesehen. Wollen wir mitbestimmen, müssen wir uns bemerkbar machen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

8. Es soll ein Milliardengeschäft abgesichert werden. Es bestehen Bedenken an der eigenen, weil geänderten Vorgehensweise. Nun zieht das politische Personal einen juristischen Fachmann zu Rate, einen zusätzlichen, einen Externen, dabei weiß doch jede(r): Wenn du zwei Juristen fragst, hörst du drei Meinungen.

Die einfachste Lösung wurde ebenfalls angedacht: noch mal von vorn anfangen. Dies verzögert zwar den Baubeginn, aber ein Verfahren wegen Benachteiligung im Ausschreibungsverfahren verzögert ihn nachhaltiger. Außerdem entsteht auch sofort ein Schadenersatzanspruch für den Bauunternehmer, der nicht an-

fangen darf. In Wilhelmshaven wird diese Auswirkung und die damit einhergehende Ratlosigkeit gerade präsentiert.

Ansonsten gilt: Hände weg von diesem Bauvorhaben, bevor nicht jede Rahmenbedingung nochmals geprüft und insbesondere aus den „Küchenfehlern“ gelernt wurde. Spätestens jetzt weiß jede(r), dass vom **Klinikum** die Rede ist! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

9. Der **Regelsatz bei ALG II und Sozialgeld** beträgt für Kinder bis 14 Jahre 208, darüber 278 Euro monatlich, jedoch abzüglich des vollen Kindergeldes von zum Beispiel 154 Euro. Kinder können vom ALG-II-Regelsatz nicht versorgt werden, daher geben die Eltern ihren Kindern ab. Dies ist nach vielen Untersuchungen und Erhebungen über das Leben mit ALG II eine unbestrittene Tatsache.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen unterstützt die rheinland-pfälzische Bundesratsinitiative zur Gewährung von Sonderleistungen für Schuljahrsbeginn, Nachhilfe, Schulausflüge und Veranstaltungen. Scheinbar geht es dabei jedoch nicht um eine Regelsatzerhöhung.

Frau Rosenkötter schlägt vor, die Sonderleistungen „per Gutschein“ auszuzahlen, „damit dieses Geld bei den Kindern ankommt“. Das ist eine Verhöhnung der Leistungsbezieher und außerdem sehr teuer: Schulessen verschlingt circa 30 Prozent der Förderungsgelder durch die Verwaltungskosten! Hier wird es ähnlich sein. Bei den „angedachten“ Beträgen gehen jedem Lehrer die Nackenhaare hoch: Dies ist nicht annähernd kostendeckend!

Ein Schuljahresbeginn kostet mehr als 83,20 beziehungsweise 111,20 Euro. Die Begrenzung auf ein Alter von 18 Jahren ist ebenfalls falsch, weil Ältere durchaus noch zur Schule gehen. Der Regelsatz „über 14 Jahre“ gilt bis zum 25. Lebensjahr, weil die Jugendlichen nicht ausziehen dürfen. Vernünftige Regelsätze gehören her! So bleiben weiterhin die Hauptprobleme ungelöst: Versorgung mit Nahrung, Zuzahlungen für Arzneimittel, Kaufpreise für verschreibungsfreie Medikamente, Beiträge zum Sportverein.

Es fehlt das Ventil für außergewöhnliche Ereignisse. Jede(r) Betroffene hat mehr als einmal nicht gewusst, wie es weitergehen soll – „Wovon sollen wir die restliche Zeit des Monats leben?“ – und sich in die Kissen geheult. Nun kommt Frau Rosenkötter und sagt: „Wir nehmen Gutscheine, damit das Geld bei den Kindern ankommt!“

Die Studie der „Arbeitnehmerkammer“ wird bei einer Umsetzung die Zahl der Kinder in ALG II verringern, aber die Kinderarmut ist so nicht zu beseitigen. In den bisherigen Argumenten fehlen mir die Kinder mit Kinderzuschlag und die Kinder von Eltern, die so eben die Schwelle unterschreiten. Nur bei einer Regelsatzerhöhung würden diese Kinder ebenfalls berücksichtigt.

Der markige Satz „Wer arbeitet, hat in ALG II nichts zu suchen“ ist richtig – und am einfachsten durch die Abschaffung von ALG II zu regeln. Bei jeder sonstigen Veränderung haben bisher die Betroffenen immer Federn lassen müssen. Die

Regelsätze insgesamt wurden zurechtgeschummelt, wie der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ dargelegt hat: Sie ermöglichen in keinem Fall eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben!

Die Höhe der Regelsätze muss fair ermittelt werden. Die Besonderheiten des Lebens müssen abzufedern sein, durch Soforthilfe bei Not und Mittellosigkeit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

10. In dem Artikel „Struck-Skandal – Deutsche Leihsoldaten als US-Söldner im **Irakkrieg** verstrahlt“ schreibt die „Linke Zeitung“ am 18. Oktober 2007: „In einem Krankenhaus in Deutschland liegt ein Bundeswehrsoldat (hoher Unteroffiziersrang) mit einer erstaunlichen militärischen Karriere: Im Frühjahr 2003 wurde ihm in Aussicht gestellt, er könne seine Beförderungschancen verbessern, indem er aus der Bundeswehr offiziell ausscheide, bei den US-Truppen anheuere, mit diesen in den Irakkrieg ziehe und später wieder zur Bundeswehr (Heer/Infanterie) zurückkehre.

Nach Aussagen des Unteroffiziers war es ein kompletter Zug von Soldaten der deutschen Bundeswehr (Zugstärke normalerweise zwischen 50 und 70 Mann), der im März 2003 loszog und im Irak-Krieg an der Seite von US-Truppen dort eingesetzt wurde, wo Strahlenschäden zu erwarten waren.“ Im aktuellen Krieg hat die US Armee 170.000 Schnellfeuerwaffen verloren. Diese Waffen sind unauffindbar. Sie sollten an die irakische Armee oder Polizei geliefert werden. Dort sind sie aber nicht angekommen.

Im aktuellen Krieg lässt die US-Armee sich von einer privaten Sicherheitsfirma schützen, gegen die verschiedene Anzeigen und Verfahren wegen Überschreitung der Befugnisse laufen. Hier und zu Friedenszeiten würde dies eine Anklage wegen Ermordung oder Tötung von unbeteiligten Menschen bedeuten. Die Regierung hat sich schon lange darüber beklagt, und die USA haben dies bestritten. Die irakische Regierung hat nun ein Video vorgelegt. Jetzt ist Funkstille eingetreten. Die privaten Söldner sind aber weiterhin im Einsatz. Durch wen werden sie kontrolliert? Ist das eine Werbung für Demokratie?

Letzten Endes beweist dies: Auch ein Krieg kann privatisiert werden, nicht nur die Deutsche Bahn! Im „Lissabonner Vertrag“ haben sich die Europäer dazu verpflichtet. Demokratie war dazu allerdings nicht notwendig. Ich will Frieden und echte Demokratie, dazu gehört auch öffentliche Verantwortung! Der Kriegseinsatz im Irak seit 2003 verdeutlicht noch mehr, dass Gerhard Schröder die Wahl 2002 nur durch Lug und Betrug gewonnen hat! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wir demonstrieren beim „Ahnherrn“ des deutschen „Sozialstaats“

Zum ersten Mal war es kalt. Zwischen kleinem Freimarkt und finsterem **Bismarck am Dom** ließen wir uns aber nicht unterkriegen bei der 155. Montagsdemo in Bremen am 22. Oktober 2007 um 17:30 Uhr. Wir waren mit etwa 35 Teilnehmern und Zuhörern weniger als bei den Malen zuvor, hörten jedoch interessante Beiträge, und es gab Diskussionen.

Themen waren der „Rentenklau“, der seit den 50-er Jahren herhalten muss, wenn die Politik versagt hat und nur sich selbst und dem Kapital die Taschen füllen will, außerdem die neue imperialistische „Lissabonner Verfassung“, die Energiepreiserhöhungen und vieles mehr.

Auch **in der kommenden Woche** werden wir uns noch einmal **beim Reiterdenkmal** des reaktionären Begründers der deutschen Sozialversicherungen **treffen**. Für **Samstag**, den **8. Dezember 2007**, laden wir zum **3. Norddeutschen Regionaltreffen der Montagsdemo-Bewegung** in Bremen ein.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Fall Kevin: Ziehvater schweigt zum Mordvorwurf,
Gericht zur Behördenmitschuld *(„Spiegel-Online“)*

Stillstand: Lokführer streiken wöchentlich im Nahverkehr, bis die Gerichte den Streik im Fern- und Güterverkehr erlauben *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

156. Bremer Montagsdemo am 29. 10. 2007

Nur noch ein Kopfschütteln

Unsere „Außenkanzlerin“ ist schon wieder im Ausland! Diesmal ging der Flieger mit über 30 Mitreisenden nach Indien. Und wieder muss der „Klimaschutz“ als Ausrede herhalten! Merkel und der „Klimaschutzwille“, das ist wie Merkel und das „Prekariat“: Sie und viele andere Herrschaften möchten ja ganz gerne den Unterschichtlern unter die Arme greifen, nur fehlt immer bei allem der Wille dazu!

Wo kein Wille ist, da ist auch kein Weg. Im eigenen Land gibt es genug Probleme, aber nein, bloß weg mit dem kostenlosen Flieger, solange es noch geht! „Zum Klimaschutz verdonnern wir von oben herab erst einmal die Autofahrer und die Hausbesitzer, das ist einfacher und billiger, es bringt sogar noch Geld!“

Mein neuer ungewollter Frühsport ist das Kopfschütteln beim morgendlichen Zeitunglesen oder Nachrichtenhören. Heute gibt es wieder viele Gründe, zum Beispiel: Taxifahren wird teurer. Zehn Kilometer Fahrt kosten dann über 17 Euro! Dagegen bietet Ryanair die neuen Flugstrecken ab 12,99 Euro inklusive Steuern und Gebühren ab Bremen an! Billiger ins Ausland düsen als mit dem Taxi zum Arzt: Das ist Aufschwung und Fortschritt!

Ja, und die SPD schreibt sich „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ auf ihre Fahnen. Liebe Damen und Herren, das ist total geheuchelt! Ebenso die gepriesene Pressfreiheit. Heute meldet die „Kreiszeitung“: „Arbeit behindert“. Pressefotografen waren beim Meat-Loaf-Konzert im „AWD-Dome“ nicht zugelassen. In der guten alten „Stadthalle“ wäre das sicher nicht passiert! Wo steuern wir hin?

Ursula Gatzke (parteilos)

Schelle für Bahn-Vorstand: Rumpelstilzchen und die Außerirdische betreiben Psychoterror mit Massenabmahnungen – und Volksverblödung mit Überstundenvergütung *(„Spiegel-Online“)*

Welcher Linksruck?

Der SPD-Parteitag geht zu Ende. Sein Ergebnis ist ein „Linksruck“, sagt die Gegenseite. Der Weltuntergang naht! Nein, das ist natürlich etwas übertrieben. Bedenklich ist aber die Tatsache, dass eine Partei, die es wagt, mehr für die Masse der Menschen zu fordern, gleich an den Pranger gestellt wird. Was fällt euch eigentlich ein, nennt ihr das Demokratie? Den Kritikern sei es unbenommen, ihre Meinung zu äußern. Aber damit sagt ihr gleichzeitig ganz offen, dass ihr für die Allgemeinheit nichts tun wollt, sondern nur für eine gewisse Minderheit. Dafür seid ihr aber nicht gewählt worden! *Uns alle* sollt ihr vertreten!

Nun gut, was wir von solchen Parteien zu halten haben, wissen wir schon lange, und ihr werdet nicht mehr gewählt. Jetzt aber zu dem sogenannten Linksruck. Eine Mehrheit von 70 Prozent der Bevölkerung lehnt die Gesundheitsreform ab. Die meisten Menschen lehnen soziale Kälte ab, entwürdigende Maßnahmen, Schnüffelpraxis, Hungerlöhne, Kinderarmut und Ungerechtigkeiten jeder Art. Und was macht ihr Politiker? Ihr beschließt gegen den Willen der Mehrheit. Hat das noch etwas mit Demokratie zu tun? Das macht euch nicht nur unglaubwürdig, sondern auch nicht mehr wählbar. Das hat die „Linke“ schon lange erkannt, jetzt endlich auch die SPD. Gut so! Wie lauteten doch die Worte von Herrn Beck: „Wir brauchen wieder Volksnähe“!

Haben Sie das gehört, meine Damen und Herren? Aber was sage ich, Sie haben ja die Volksnähe direkt vor Ihrem Haus, nun handeln Sie endlich danach! Wann kommt endlich das kostenfreie Essen für die Kinder? Darauf hätte ich jetzt gerne mal eine Antwort, Herr Bürgermeister! Handeln ist jetzt angesagt, sonst muss ich annehmen, dass Herr Beck uns Wählern wieder nur eine Beruhigungspille verpassen wollte. Doch die nächste Wahl kommt bestimmt. Wir werden euch an euren Taten messen und nicht an leeren Versprechungen!

Udo Riedel (parteilos)

Rumpelstilzchen geschockt: Platzt die Bahn-Privatisierung? *(„Spiegel-Online“)*

„Aufschwung kommt an“: 2008 liegt die Steigerung von Renten und Regelsätzen nur noch zwei Prozent unter der Inflationsrate *(„Stern“)*

Gerhard Schröder plant Montagsrede in Bremen

1. Die SPD will sich wieder als die linke soziale Partei verkaufen. Um den Sturz ins Bodenlose zu vermeiden, hat ihr Vorsitzender Kurt Beck einen sogenannten **Schwenk** vorgenommen: Müntefering musste eine Niederlage kassieren, und das **ALG I** soll länger an Ältere gezahlt werden – falls die CDU auch noch zustimmt. Diese Frage ist nur ein Teil der sich dann wieder verbreitenden alten Mär, dass man „wegen der CDU“ nichts machen könne. Müntefering wollte und will weiter am schröderschen Kurs festhalten: Die Reformen seien notwendig gewesen, und sie zahlten sich jetzt aus. Welch verlogenes Geschwätz! Der sogenannte Aufschwung baut sich doch nur auf den immer weiter verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Massen auf!

Die Leiharbeit nimmt zu, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse dagegen immer weiter ab. In manchen Betrieben in Nordrhein-Westfalen stehen die Leiharbeiter den Festbeschäftigten fast zwei zu eins gegenüber, so bei Nokia in Bochum oder bei Schmitz-Cargobull in Altenberg. Das SPD-Programm faselt wieder von traditionellen Werten, von „demokratischem Sozialismus“ und dergleichen, nimmt aber die Lage im Land nicht zur Kenntnis. Hartz IV war auf dem Parteitag kein offizielles Thema, da heißt es weiter: volle Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals. Ich kann immer wieder nur sagen: kein Vertrauen mehr in die SPD und ihre politischen Vertreter! Stärken wir eine breite aktive Opposition gegen die Herrschenden!

Der DGB-Vorsitzende Sommer wagt auch mal, den Mund aufzumachen und fordert vorsichtig die Rücknahme der Rente mit 67. Zu all den bekannten Problemen im Land haben der DGB und seine Tochtergewerkschaften weitgehend geschwiegen. Ihre Verfilzung mit der SPD ist zum größten Hemmschuh einer offensiven gewerkschaftlichen Arbeit für unsere Zukunft und die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Kinder geworden. Aber das Schimpfen darauf reicht nicht: Wir müssen versuchen, in immer neuen Schritten die Menschen aufzumuntern, selber aktiv zu werden. Man ändert nichts, außer man tut es solidarisch mit anderen zusammen!

Gegen alle politischen Phrasen und Heucheleien tut die volle Unterstützung der Streikaktionen der Gewerkschaft der **Lokführer** richtig gut. Der Bahnvorstand,

der in den letzten Jahren 150.000 Arbeitsplätze abgebaut und riesige Gewinne gemacht hat, aus denen er sich selbst Gehaltserhöhungen von 62 Prozent genehmigt, will mit Gerichten die Eisenbahner in Schach halten. Und wenn die sich weiter wehren, wird vielleicht Polizei oder Militär eingesetzt? Möglich ist alles in diesem faulen Staate, aber nur *gegen* die Menschen! Nach wie vor steht eine große Mehrheit der Bevölkerung auf Seiten der Eisenbahner. Dass die Stimmung kippen soll, ist der Wunsch von Kapital und Helfershelfern. Aber ihre Hetze verfängt nicht bei den Menschen. Auch der Schmusekurs rechter Gewerkschaftsführer hält die Kollegen nicht mehr ab: Massenweise verlassen Gewerkschafter aus Transnet und GDBA ihre Organisationen und schließen sich der GDL an.

Keinen einzigen Arbeitsplatz haben die SPD-hörigen Gewerkschaftsfürsten gesichert! Sie tragen auf ihre Art nur den Umbau der Bahn zu einem international operierenden Konzern mit. Für den Kampf um eine weltmarktbeherrschende Stellung braucht das Kapital den Börsengang und ruhiggestellte Mitarbeiter. Die SPD in ihrer Rolle als „Arzt am Krankenbett“ will eine stimmrechtslose „Volksaktie“ anpreisen. Das ist eine perfide Methode, den nichts Böses ahnenden Menschen das Geld aus der Tasche zu locken, um es den international agierenden Monopolen zur freien Verfügung auszuliefern. Die Politik macht den Betrug gerne mit. Alternative Verkehrskonzepte sind bei der Bahn Fehlanzeige. Schienen und Fahrzeuge verrotten, weil man nur noch die profitabelsten Strecken betreiben und immer weniger Mitarbeiter bezahlen will. Also weiterhin volle Unterstützung für die Eisenbahner!

2. Am Wochenende war zu lesen, dass sich das „Bremer Loch“ zur wahren „Goldgrube“ entwickelt hat. Das Ia und Kikeriki hat so viele Münzen angelockt, dass sie schon oft geleert werden musste, und nicht nur von Kippen und Regenwasser. Über 5.000 Euro sind seit dem Sommer daraus entnommen worden. Wo landen die ganzen Gelder? Es sind ja Dienstleistungsgelder fürs Ia. Wurde Hafer für notleidende Tiere gekauft? Nein, das Geld wanderte in die „**Wilhelm-Kaisen-Bürgerhilfe**“, früher Volkshilfe genannt. Diese Stiftung sei eine überparteiliche karitative Organisation, könnte man meinen. Wilhelm Kaisen, manchen Älteren noch als tatkräftiger Bürgermeister Bremens bekannt, der überparteilich zu wirken und zu gewinnen wusste, gab der Stiftung nach seinem Tode den Namen. Viele ehrenamtliche Helfer gehen für diese „Wilhelm-Kaisen-Bürgerhilfe“ sammeln.

Schirmherr und Vorsitzender dieser Stiftung ist Bürgerschaftspräsident Christian Weber. Nach meinem Verständnis hat er auch dieses Amt überparteilich auszuüben. Leider haben wir jedoch seit dem Sommer von Herrn Weher nur mehr gehört, dass er etwas für seine so schwer getroffenen „Filzfreunde“ tut: Zuerst die „ missverstandene Zugeneigtheit“ zur armen, aber sooo qualifizierten Ex-Senatorin Röpke – und nun der Ex-Kanzler! Man glaubt es nicht, aber es stand im „Weser-Report“: Herr Weber will vor den ehrenamtlichen Helfern, die viele Cent und Euro für notleidende Menschen – derer es ohne Hartz-IV-Sanktionen nicht so viele gäbe – gesammelt haben, bei einem feierlichen „Bürgermahl“ Gerhard Schröder

die Festrede halten lassen. Das wurde alles schon im letzten Jahr verabredet, als Schröder noch so schwer geknickt war. Weber hat doch so ein gutes Herz!

Es ist purer Zynismus, den „Fettnäpfchen-Weber“ da treibt. Ich glaube, viele Menschen würden ihre Spende zurückziehen, wenn sie wüssten, dass man dort einen Mann wie Schröder bewirtet, der hauptverantwortlich für die unsoziale, am Monopolkapital orientierte Regierungspolitik und die steigende Verarmung in diesem Land ist und der sich als Friedenskanzler brüstete, um versteckt deutsche Soldaten unter den Amerikanern im Irak ins Feld zu schicken. Er selbst hat mit Verträgen und Nebengeschäften – man könnte fast von verbotenen Insidergeschäften sprechen – sein Leben mehrfach abgesichert und spekuliert munter weiter um seine Macht.

Ich kann Herrn Weber nur raten, diesen Schröder schnellstens auszuladen. Für den Fall, dass der Bürgerschaftspräsident dabei kein so weiches Herz für uns hat, schlage ich der Montagsdemo und anderen Initiativen in Bremen vor, dass wir dem „Genosse der Bosse“ bei seinem Eintreffen am **Montag**, dem **26. November 2007**, einen entsprechenden Empfang bereiten. Schröder soll Bremen in Erinnerung behalten!

Jobst Roselius

„Der soziale Friede ist in Gefahr“

Vom Europäischen Gerichtshof wurde jetzt das VW-Gesetz gekippt. Porsche plant bereits die Übernahme. So gelangt der „Volkswagen“ in das Privateigentum der Familien Porsche und Piëch. Ihr Ziel ist es, Toyota als Weltmarktführer abzulösen. Dazu soll die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verlängert werden. Einen Vorgeschmack liefern die geplanten **Massenentlassungen** bei **Karmann** in **Osnabrück**. Am **Samstag** gibt es dort eine **Demonstration** für den Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Die Kollegen können sich ein Beispiel an den Lokführern nehmen, die einen konsequenten Kampf gegen die Verlängerung der jetzt schon 41-stündigen Wochenarbeitszeit um zwei Stunden (so das bislang unveränderte „Angebot“) und für eine echte Lohnerhöhung führen (heute bekommt ein Lokführer 2.000 Euro brutto). SPD-Chef Beck und DGB-Chef Sommer greifen die Lokführer an: Der „soziale Friede“ sei in Gefahr. Ja, wo gibt es denn hier sozialen Frieden? Die ganze

Agenda 2010, die betrieblichen Angriffe, die Vernichtung und Verlagerung von Arbeitsplätzen, das alles sind Angriffe auf die breiten Volksmassen! Von Frieden keine Spur!

Aber die SPD will unbedingt, dass das Volk stillhält. Die Beschlüsse ihres Hamburger Parteitags sind ein Witz! Durch die minimale Verlängerung des Bezugs von ALG I – bei gleichzeitiger Verschlechterung für Jugendliche – wird der Eintritt in die Armut maximal sechs Monate aufgeschoben! Die Rente mit 67 bleibt. Der Kampf gegen die „Arbeitsplatzreform“ der Schröder/Fischer-Regierung muss darum weitergehen, bis alle Hartz-Gesetze vom Tisch sind!

Die SPD hat den „demokratischen Sozialismus“ wieder ins Programm aufgenommen, nachdem er auf dem letztem Parteitag gestrichen wurde. Für wie blöd halten die uns? Den Sozialismus – und damit breiteste Demokratie – wird es geben. Aber nur, wenn wir selbst den Kampf darum führen! Dafür schafft der Kampf gegen Agenda und Hartz-Gesetze das nötige Selbstbewusstsein! Auch anderswo in der Welt erheben sich die Menschen: 25.000 arme indische Bauern marschierten 600 Kilometer weit, um gegen Armut und Enteignung durch Großgrundbesitzer zu protestieren, und 100.000 Amerikaner demonstrierten am Wochenende gegen den Irakkrieg!

Wolfgang Lange (MLPD)

Verfassungsfeinde machen mobil (Teil II)

Was die Medien am 27. Oktober als „sensationelle Neuigkeit“ verkündeten, nämlich die „Reform“ der deutschen Geheimdienste, war längst beschlossene Sache. Sie ist Teil des Plans der Bundesregierung, Deutschland endgültig zu entdemokratisieren und zu einem kriegsfähigen Polizei- und Militärstaat zu machen. Am letzten Montag habe ich dargelegt, wie sehr Verfassungsschutz und die in Berlin zentralisierte Polizei bereits im sogenannten „Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum“ zusammenarbeiten, wobei sie natürlich besonders linke Gruppierungen ins Visier genommen haben. Innenminister Schäuble will ohnehin die Unschuldsvermutung abschaffen. Das heißt, wir alle werden unter Generalverdacht gestellt!

Den Streitkräften ist dabei eine Sonderrolle zugedacht. Das „Weißbuch 2006 – zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ schreibt

in Fortsetzung der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992 und 2003 das Programm für den Umbau und die Militarisierung des Staates fest. Gabriele Heinecke, Hamburger Mitglied des „Republikanischen Anwaltsvereins“, sagte dazu kürzlich in einem Redebeitrag: „Es ist ein Instrument zur Verwischung von Militärischem und Zivilem, zur Verwischung von innerer und äußerer Sicherheit, zur Verwischung der Definition von Krieg und Frieden, ein Instrument zur Zerstörung des Bewusstseins über die Lehren aus dem deutschen Faschismus.“

Schäuble forderte nach Veröffentlichung des „Weißbuches“ die Zulassung eines offen verfassungswidrigen „Quasi-Verteidigungsfalles“ und den unbedingten Einsatz der Bundeswehr im Innern. Dazu gehört unter anderem die Ungeheuerlichkeit, Zivilflugzeuge bei „Terrorgefahr“ abschießen zu dürfen, was das Bundesverfassungsgericht am 15. Februar 2006 (AZ 1 BvR 357/05) ausdrücklich verboten hatte.

Ein wesentlicher Punkt des Staatsumbaus ist die Integration der Zivilbevölkerung in das militärische System durch die Errichtung von „Heimatschutzeinheiten“. Zurzeit werden 429 Verbindungskommandos in Landkreisen und kreisfreien Städten, 34 weitere auf Ebene der Bezirksregierung, 16 Landes- und vier Wehrbereichskommandos mit Reservisten der Bundeswehr eingerichtet. Jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt stehen – über die gesamte Bundesrepublik verteilt – 10.000 ausgebildete Soldaten zur Seite.

Dazu werden die Truppenteile „nicht in einer militärischen Liegenschaft untergebracht, sondern in einem Büro der zugeordneten Behörden, um bereits im Grundbetrieb in das kommunale Netzwerk Katastrophenhilfe eingebunden zu sein“, wie es in einem Basisinfo zur Neuordnung der zivil-militärischen Zusammenarbeit heißt. Diese sieht im Rahmen des „Heimatschutzes“ weiterhin vor, Feuerwehren, „Johanniter“, „Malteser“, „Rotes Kreuz“, DLRG und vieles mehr unter Streitkräftekommando zu stellen. Durch solch eine Zusammenarbeit werden zusätzlich sämtliche zivilen Mitarbeiter(innen) dieser Organisationen faktisch in den Dienst der Bundeswehr gestellt. Nicht mehr Lebensrettung ist dann angesagt, sondern Zuarbeit für den Dienst an der Waffe!

Übrigens werden in diesem Zusammenhang zivile Krankenhäuser schon lange militärisch verplant. Grundlage hierfür ist ein Kooperationsabkommen zwischen der „Deutschen Krankenhausgesellschaft“ und der Bundeswehr. Vor einigen Jahren stellte ich im Rotkreuz-Krankenhaus in Bremen, das hiervon auch betroffen ist, aufgrund von Pressemeldungen Recherchen an und fand heraus, dass der damalige Betriebsrat über den Vertrag zwischen einem Lazarettkrankenhaus bei Delmenhorst und der Klinik systematisch von der Leitung des Hauses im Unklaren gelassen wurde, obwohl sie mehrfach um Aufklärung gebeten wurde. Wahrscheinlich sollte eine Beunruhigung unter dem Personal vermieden werden.

Schon bis 2010 sollen sämtliche zivil-militärischen Stützpunkte aufgebaut sein. Es sind insgesamt 470 vorzugsweise aus Reservisten bestehende Kreis- und Bezirksverbindungskommandos vorgesehen. In Militärkreisen meint man, es sollten zusätzlich etwa 5.000 Reservisten für die Zusammenarbeit rekrutiert wer-

den, da diese über eine „besondere Mittlerfunktion“ zwischen Zivilgesellschaft und Bundeswehr verfügten.

Zum Staatsumbau gehört die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung. Die Hartz-Gesetze haben nicht nur zur Verarmung geführt, besonders bei Kindern, sondern die Betroffenen auch elementarer Grundrechte beraubt. Hier seien zwei Beispiele genannt: Die Freiheit der Berufswahl nach Artikel 12 Grundgesetz, die durch Verpflichtung der ALG-II-Empfänger, jegliche Arbeit anzunehmen, außer Kraft gesetzt ist, sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 Grundgesetz, die durch „Hausbesuche“ zur Überprüfung von Angaben – zum Beispiel ob eine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt – ebenfalls außer Kraft gesetzt ist.

Auch hat der Zoll – eigentlich ein Organ zur Kontrolle des Warenverkehrs an den Grenzen – die Aufgabe übertragen bekommen, zu kontrollieren, „ob Sozialleistungen nach SGB III zu Unrecht bezogen werden“. Es gibt also jede Menge Grund, am **Samstag**, dem **3. November 2007**, gegen die **Demokratiezerstörung** auf die Straße zu gehen! Kommt alle um **12 Uhr** zur **Demonstration** am **Hillmannplatz**! Außerdem findet am **Dienstag**, dem **6. November**, um **17 Uhr** auf dem **Marktplatz** eine **Kundgebung** unter anderem gegen die **Online-Schnüffelei** statt.

Das Abschussverbot von Zivilflugzeugen seitens des Bundesverfassungsgerichts gilt natürlich auch für Maschinen des Billigfliegers Ryanair. Für uns Bewohner in Flughafennähe ist es allerdings höchst ärgerlich, immer wieder Jubelnachrichten über neue „Fun“-Flüge der hochgradig asozialen irischen Fluggesellschaft lesen zu müssen („Weser-Kurier“ vom 31. Oktober 2007, Seite 15). Diese Airline mit ihren miesen Ausbeutermethoden verursacht zusätzlich zu den anderen Fluggesellschaften unerträglich dauerhaften Lärm durch immer kürzere Fluginterwalle, verpestet die Umwelt und schädigt das Klima noch weiter.

Durch die extrem hohe Start- und Landeverdichtung zu bestimmten Tageszeiten tragen ihre Flieger entscheidend dazu bei, Fenster, Dächer und Vegetation binnen kürzester Zeit mit einer dicken, giftigen Dreckschicht zu überziehen. Viele Menschen müssen darunter leiden, nur weil wenige meinen, „mal eben“ für ein paar Euro zum Beispiel nach Alicante fliegen zu müssen. Solche „Billigflüge“ kommen uns alle teuer zu stehen, denn die Folgekosten für Umweltvergiftung und Gesundheitsschäden zahlt nicht Ryanair, sondern wir!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Armutszeugnis: IG Metall erträgt keine kritische und kämpferische Arbeiterpresse auf ihrem Gewerkschaftstag *(„Rote Fahne“)*

Sorge um Rumpelstilzchen: Gericht kippt Streikverbot im Güter- und Fernverkehr *(„Spiegel-Online“)*

Kinder fühlen Existenzangst der Eltern und verlieren die Hoffnung

1. Kinder aus armen Familien fühlen sich abgeschrieben: von der Gesellschaft, häufig auch von ihren Eltern. Das zeigt eine neue Studie, die erstmals aktuell die Lage von Jungen und Mädchen in Deutschland untersucht – und deren Probleme offenbart. Ich finde es erschütternd, dass heutzutage bereits die Grundschulkinder über **Zukunftsängste** klagen. Aber eigentlich ist das gar kein Wunder, denn Kinder sind wie Seismografen, sie reagieren auf die erlebte Armut in ihrer Umwelt und die gefühlte Existenzangst ihrer Eltern.

Am schlechtesten geht es der Studie zufolge all jenen, die nur mit einem Elternteil aufwachsen. Mehr als ein Drittel aller Kinder von alleinerziehenden Elternteilen, die berufstätig sind, beklagt sich, dass Vater oder Mutter zu wenig Zeit haben. Einen direkten Zusammenhang zwischen Berufstätigkeit der Eltern und mangelnder Zuwendung gibt es der Befragung zufolge allerdings nicht. 17 Prozent aller Kinder von Eltern, die beide Vollzeit arbeiten, haben das Gefühl, zu wenig Aufmerksamkeit zu bekommen. Bei Kindern von arbeitslosen Eltern sind es dagegen 28 Prozent. Insgesamt 1.600 Kinder zwischen acht und elf hat „TNS Infratest Sozialforschung“ befragt. Kinder, die in einer armen Familie groß werden, sehen demnach für ihre Zukunft schlechte Chancen. An einen sozialen Aufstieg glauben diese befragten Acht- bis Elfjährigen in der Regel nicht. Was Wunder, Kinder sind doch nicht blöd!

In Bremen können die 24.000 Hartz-IV-Kinder gerade ganz aktuell erleben, was soziale Ausgrenzung bedeutet, wenn sie sich von den privilegierteren Klassenkameraden erzählen lassen müssen, auf welchen Karussells diese gefahren sind, wie toll das gewesen ist. Natürlich kamen pro Nase noch eine Bratwurst, Zuckerwatte, ein Paradiesapfel, ein Gasballon, diverse Lose und eine Tüte mit gebrannten Mandeln dazu. Arme Kinder dürfen in Bremen nur mit großen Augen über den Freimarkt gehen und müssen sich mit der Vorstellung begnügen, wie es sich wohl anfühlen könnte, mit so einem Gerät zu fahren und wie all die Leckereien wahrscheinlich schmecken würden. Wohl dem, der über eine ausschmückende Fantasie verfügt!

Welchen Schulabschluss sie anstreben, hängt maßgeblich davon ab, aus welcher Schicht ihre Eltern kommen. 82 Prozent aller Kinder aus der Oberschicht wollen das Abitur machen – in der Unterschicht sind es weniger als ein Drittel. Die Spanne zwischen sehr gut situierten Kindern und ihren Altersgenossen, die unter sehr schlechten Bedingungen aufwachsen, ist beängstigend. Viele Kinder ha-

ben Angst davor, dass ihre Eltern arbeitslos werden könnten und die Familie dadurch die Sicherheit verliert. Außerdem fürchten Kinder sich besonders vor Kriegen und Terroranschlägen. Der Alltag von Unterschichtskindern ist der Befragung zufolge oft eintönig. Mehr als die Hälfte der Jungen und Mädchen aus finanziell schwachen Familien nimmt nach eigener Aussage an keinerlei Freizeitaktivitäten teil. Freizeitgestaltung kostet nun mal Geld, das da ist oder eben nicht!

2. Deutschland verstößt gegen Völkerrecht! Der „**Schattenbericht** an die Vereinten Nationen“ beklagt eine Missachtung des Menschenrechts auf **Bildung** in Deutschland. Die Verfasser fordern eine UN-Rüge wegen der Studiengebühren. Mit der Ratifizierung des sogenannten Sozialpaktes der Vereinten Nationen im Jahr 1973 hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, regelmäßig über den Fortschritt bei der Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte Bericht zu erstatten. Dass der zuständige UN-Ausschuss inzwischen seit fast 16 Monaten vergebens auf Post aus Deutschland wartet, hat jetzt Studierendenvertreter und Gewerkschafter auf den Plan gerufen.

Am Montag stellten der „Freie Zusammenschluss von Student(inn)enschaften“ und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft einen „Schattenbericht an die UN“ vor, der die Bundesrepublik angesichts der in mehreren Bundesländern erhobenen Studiengebühren des Völkerrechtsbruchs bezichtigt. Durch die Einführung des Bezahlstudiums verstoßen die Länderregierungen gegen Geist und Buchstaben des durch den Sozialpakt gewährleisteten Rechts auf Bildung. Die Urheber der Untersuchung sehen das Recht auf Bildung nicht erst mit der Durchsetzung allgemeiner Studiengebühren in mittlerweile sieben Bundesländern verletzt. Internationale Vergleichsstudien hätten wiederholt belegt, wie sehr der Hochschulzugang schon heute in besonderem Maße von der sozialen Herkunft abhängig sei.

Studiengebühren verstärkten die soziale Auslese und hielten Schulabgänger vom Studium ab. Auch die Möglichkeit der Kreditfinanzierung verringere die Selektion nicht. 2005 und 2006, als noch nirgendwo eine Campusmaut fällig wurde, nahmen bundesweit 356.000 Menschen ein Studium auf. Nach deren Einführung in der Mehrzahl der unionsgeführten Länder sei die Zahl der Erstsemester-Studenten sofort um 17 Prozent auf noch knapp 300.000 eingebrochen. Die Kluft, die zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, macht sich in derselben Art und Weise auch bei der Bildung bemerkbar.

Die Oberschicht hat sich darauf eingerichtet, unter sich zu bleiben. Gemäß des grassierenden Wildkapitalismus und der falsch verstandenen Globalisierung hat man dort die Mittel- und Unterschicht „aufgegeben“, wohlwissend, dass nur noch so viele „Pöstchen“ zu besetzen sind, dass es für die eigenen Reihen reicht. Der Rest wird als „Humankapital“ verwertet, zum Beispiel beim Militär, wenn Deutschland seine Grenzen am Hindukusch verteidigt. Dazu braucht man keine „höhere Bildung“, zumal es förderlich ist, wenn das „Bewusstsein“ und die Erkenntnisfähigkeit für die realen Dinge mit abnehmender Bildung schwinden. Die

für die Unter- und Mittelschicht geltende „Wahrheit“ wird von oben diktiert und ist bei „Massen mit flachem Intellekt“ auch besser zu konditionieren.

3. Wer klug und fleißig ist, schafft es nach oben? Das ist ein Märchen. Es ist die **Gnade der richtigen Geburt**, die eine Spitzenposition garantiert. Wichtig ist, sagt der Elitenforscher Michael Hartmann, schon als Kind den souveränen Umgang mit Macht erlernt zu haben. Die Zahlen sind erschreckend: 80.000 Jugendliche verlassen jährlich die Schulen ohne Abschluss. Ein Viertel aller 15-Jährigen kann nicht richtig lesen oder schreiben. 15 Prozent eines Jahrgangs werden komplett abgehängt, sind ohne Perspektive. Keine Gesellschaft hält so etwas auf die Dauer aus. Aber diese Jugendlichen sind nicht einfach dumm. Nein, es sind die Strukturen, die sie aus der Gesellschaft katapultieren. Es stimmt nicht, dass nur der Wille bestimmt, wer nach oben kommt.

Zum Manager wird man geboren. Vier von fünf Managern der 100 größten Unternehmen stammen aus den oberen drei Prozent der Bevölkerung, dem Großbürgertum. Nur *ein* Chef aus den DAX-30-Unternehmen ist ein Arbeiterkind. Bei den meisten anderen Vorstandschefs waren die Eltern Unternehmer, Manager, hohe Beamte oder Adlige. Man kennt sich. Das ist eine wirklich geschlossene Gesellschaft. Der kürzlich verstorbene Gottfried Graf von Bismarck hatte mit schlechten Noten in Oxford studiert und sagte: „Wenn ich mich bewerbe, und auf der Liste steht Meier, Müller, Schmidt oder von Bismarck, dann bin ich ziemlich sicher, dass *ich* den Job bekomme.“

Natürlich. Denn jeder Chef denkt: Der tickt wie ich. Der ist dem gleichen Wertesystem verbunden. Der weiß, wie man sich bewegt, kann über Opern plaudern, kann Regeln bewusst oder ironisch verletzen, er hat den richtigen Habitus, die Aura: „Ich gehöre dazu“. Er strahlt Souveränität aus. Wie man sich oben bewegt, wie man mit Macht richtig umgeht, das lernt man nur, wenn man in diesem Milieu aufwächst. Das ist auch der Grund, weshalb persönliche Auswahlgespräche bei den Universitäten verstärkt in Mode kommen. So findet, unabhängig von den Noten, eine gezielte soziale Selektion statt. Dabei war es der sozialdemokratische Kanzler Schröder, Kind einer Putzfrau und eines Hilfsarbeiters, der nach Elite-Universitäten rief.

Es ist eine bittere Ironie: Ohne die Bildungsoffensive der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als der Staat wirklich mal Geld in die Ausbildung seiner Bürger steckte, hätte Schröder seinen Aufstieg nie geschafft. Aber es gibt immer wieder Aufsteiger, die vergessen, woher sie kommen, und sich dann nach unten abschotten. Das ist ein Grund, weshalb bei uns so hartnäckig und gegen besseres Wissen am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten wird. Dieses sorgt dafür, dass über die Hälfte der Kinder, fast 60 Prozent, aus dem Kampf um ein Studium und relativ gute Arbeitsplätze herausfällt. Da wird ganz früh, viel zu früh, sortiert.

4. Nach einer Studie nehmen Gutqualifizierte sogenannten Geringqualifizierten die Stellen zu unterbezahlten Löhnen weg! Die Ergebnisse der aktuellen Studie des „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die Hartz-IV-Reformen die **Arbeitsbedingungen** von neu eingestellten Arbeitnehmern enorm verschlechtern und Hartz-IV-Betroffenen *nicht* zu mehr Beschäftigung verhelfen. Endlich wird durch diese Studie bewiesen, was wir schon lange wissen und täglich vorgelebt bekommen, dass nämlich Hartz IV die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Erwerbslose nur noch mehr verschlechtert. Da liegt natürlich die Spekulation auf der Hand, dass mittels Hartz IV die noch Werktätigen drangsaliert und abgeschreckt werden sollen, damit sie sich mit leisem Knurren – aber letztlich ohne Widerstand – ihre Arbeitnehmerrechte brav weiter abbauen lassen.

5. Hat Kurt Beck sich aus Angst vor dem drohenden Parteisterben für einen **Kurswechsel** entschieden? Die Umfragen sind anhaltend schlecht, sie attestieren der Partei einen Ruf-Selbstmord. Seit der Agenda 2010 verliert die SPD ihren Existenzkern, ihre Seele. Es wird ihr nichts mehr zugetraut bei der Suche nach sozialer Gerechtigkeit, der Verteidigung des Sozialstaats, beim Abbau der Unterschiede zwischen Arm und Reich. Deswegen ist jetzt plötzlich Kapitalismuskritik wieder erlaubt. Das Nachdenken über neue Aufgaben für den Sozialstaat wird nun sozialdemokratische Pflicht. Das Hamburger Programm übernimmt das von Matthias Platzeck geprägte Wort vom „vorsorgenden Sozialstaat“, fügt ihm aber den „sorgenden Sozialstaat“ an.

Kurt Beck beteuert, dass es auf dem Parteitag keinen „Linksruck“ gegeben habe. Oder wird mit „links“ heute die Weigerung gleichgesetzt, die Frage nach der Gerechtigkeit einfach dem Markt zu überlassen? Der identitätsstiftende Begriff des „demokratischen Sozialismus“ ist wieder „in“. Zu hören gibt es viel Blabla um einen angeblich neuen Sozialstaat. Wird darunter vielleicht verstanden, dass das ALG I für Ältere um ein paar lächerliche Monate verlängert wird, bevor der unvermeidliche soziale Absturz in Harz IV droht? Neue Jobs, von denen es sich auskömmlich leben ließe, entstehen dadurch sicher nicht. Aus einem Parteitagsbeschluss wird nicht gleich automatisch Regierungshandeln!

6. Allein in Berlin werden monatlich rund 11.000 Hartz-IV-Empfänger mit **Sanktionen** der Arbeitsagentur belegt. Im August bekamen demnach 10.902 Berliner Einschränkungen und erhielten eine verringerte Zuwendung vom „Jobcenter“. Sanktioniert wird, wer etwa eine „zumutbare Arbeit“ oder sonstige „Eingliederungshilfe“ ablehnt. Dann können die Behörden auch die Kosten für die Unterkunft kürzen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Agentur zehn bis dreißig Prozent der Regelleistungen einbehalten, die finanzielle Unterstützung also kürzen darf. Bei Jugendlichen unter 25 Jahren können die Leistungen auch komplett gestrichen werden. Ausgesprochene Sanktionen gelten in der Regel für drei Monate.

Beim Sanktionieren liegt Berlin im bundesdeutschen Vergleich im Mittelfeld. Doch die Grünen befürchten, dass die Zahl künftig steigen wird. Denn die einzelnen Jobagenturen haben sich in Zielvereinbarungen zu einer Senkung der Ausgaben verpflichtet. Eigentlich sollte es das Ziel der Argen sein, die Senkung der Ausgaben durch Vermittlung in Arbeit zu verringern. Wenn dies aber nicht gelingt, bliebe als einziges Mittel die Verschärfung der Sanktionspraxis. Die Sanktionen betreffen auch die Kosten der Unterkunft, was viele Menschen in die Obdachlosigkeit treiben wird. Ob allerdings alle Sanktionen gegen Hilfebedürftige gerechtfertigt sind, ist fraglich.

Fast die Hälfte aller Verfahren am Sozialgericht, 11.892 Klagen oder Eilanträge, betraf im vergangenen Jahr die Regeln rund um Hartz IV. Zahlreiche Bürger versuchten, mit dem Gang vor Gericht die „Jobcenter“ zu zwingen, sich endlich zu ihren Widersprüchen gegen erteilte Bescheide zu äußern. In 40 Prozent der Fälle erzielten Kläger und Antragssteller zumindest einen Teilerfolg, teilt das Sozialgericht mit. Insbesondere rügt das Gericht eine „**rechtswidrige Untätigkeit der Behörden**“. In den vergangenen Monaten war es praktisch unmöglich, zeitnah aus einem „Jobcenter“ eine Reaktion auf einen Einspruch zu erhalten. Inzwischen liegen in den zwölf „Jobcentern“ 50.000 Widersprüche auf Halde.

Anfang des Jahres erstellte die Bundesagentur für Arbeit erstmals eine offizielle Statistik. Das Resultat war alarmierend. Zehn Monate, so kalkulierten die Statistiker der Regionaldirektion, dauere es, den Berg abzuarbeiten. Im „Jobcenter“ Mitte wurden sogar drei Jahre als Prognose ausgemacht, in Neukölln 19 Monate. Sollen sie drei Jahre unter einer Brücke schlafen müssen, bevor überhaupt mal auf ihren Widerspruch eingegangen wird? Aber vielleicht sind sie bis dahin bereits erfroren. Auch mit dieser Art des „sozialverträglichen Ablebens“ lässt sich die Arbeitslosenstatistik ganz wunderbar aufhübschen! Geld spart man dadurch auch noch!

7. „Streik war gestern“: Finnlands Pflegekräfte setzen auf eine radikale Methode im **Tarifstreit** um mehr Gehalt. 13.000 drohen damit, **alle am selben Tag** zu **kündigen**, sollten ihre Forderungen im kommenden Tarifvertrag nicht erfüllt werden. Schriftlich haben sie sich deshalb verpflichtet, in diesem Fall am 19. November gleichzeitig zu kündigen. Schwer war es für die Krankenpflegegewerkschaft Tehy nicht, unter ihren Mitgliedern Teilnehmer für eine Massenkündigung zu rekrutieren: Weil es in Finnland an Pflegepersonal fehlt, hat kaum eine Schwester Angst, die alte Stelle nach dem Tarifkonflikt nicht wiederzubekommen.

„Wer nicht wagt, der nicht gewinnt! Wir waren ausreichend lange die lieben Mädchen“, sagt die 54-jährige Chirurgiekrankenschwester Gun Ward der Zeitung „Huvudstadsbladet“ in Helsinki. Seit 20 Jahren arbeitet sie als Schwester. Ihr heutiger Nettomonatslohn liegt trotz großer beruflicher Verantwortung für Leben und Tod und langer Nachtschichten bei nur rund 1.400 Euro im Monat.

Kein Wunder also, dass die Krankenhausverwaltungen im ganzen Land Panik kriegen: Sie warnen vor chaotischen Zuständen in finnischen Spitälern. Der ge-

samte Krankenpflegebereich, bis auf die lebensrettenden und lebenserhaltenden Abteilungen, könne zum Erliegen kommen, warnen Krankenhausverwalter. Allein in der Hauptstadt Helsinki sollen laut Gewerkschaftsplan 25 Prozent der Krankenschwestern die Kündigung angedroht haben. In anderen Landesteilen soll der Anteil noch höher liegen.

Für die erst im März dieses Jahres neu gewählte Mitte-Rechts-Regierungskoalition unter dem liberalen Ministerpräsident Matti Vanhanen wird der Tarifkonflikt zur Feuerprobe, denn einer der Gründe für die Unnachgiebigkeit der Krankenschwestern ist ein Wahlversprechen von Vanhanens konservativem Koalitionspartner, der „Sammlungspartei“. Diese hatte versprochen, die Löhne bei einem Wahlsieg um stattliche 540 Euro im Monat zu erhöhen. Nun fordert die Gewerkschaft die Einlösung des Versprechens. Sie will 430 bis 650 Euro mehr pro Monat, zu realisieren innerhalb der kommenden zweieinhalb Jahre.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Neue „Verwaltungsanweisung Wohnen“ erlassen: Sie wird der Bagis keine Einzelfallprüfung ersparen *(„Soziales Bremen“)*

Kevins mutmaßlicher Mörder bekam einen Monat lang kein ALG II

1. Das Gerichtsverfahren zum „**Fall Kevin**“ vor dem Bremer Landgericht hat begonnen. Es war kalt – nicht nur äußerlich. Ein starkes Medienaufgebot und ein nur zögerlicher Einlass der anderen Besucher sorgten für einen verspäteten Beginn. Der Richter erklärte zunächst, wozu dieses Verfahren nicht dienlich ist, worüber er nicht zu urteilen hat. Der Staatsanwalt verlas die Anklage. Es war hart, wie er die Verursachung von Knochenbrüchen bei dem kleinen Jungen detailliert beschrieb.

Die Verteidigung erläuterte ausführlich, dass die Todesursache an den verordneten Tabletten liegen kann. Dieser Vortrag der Verteidigung war dem Gericht seit längerem bekannt. Es hat die Anklage daraufhin abgeändert. Die medizinischen Befunde hat der Staatsanwalt ebenfalls abgeändert vorgetragen, die Verursachung von Knochenbrüchen aber in ursprünglicher Form belassen. Die Tabletten, durch zwei Kinderärzte verschrieben, verursachen Osteoporose (Knochenerweichung). Der Ziehvater hat sich gegenüber

dem Gericht nur mit Namen sowie Geburtsdatum und -ort geäußert, ansonsten aber das Geschehen genau verfolgt und mit seinen Verteidigern besprochen.

Als Zeugen waren zwei Polizeibeamte geladen. Insgesamt fünf Beamte des Mobilen Einsatzkommandos hatten mit einer Ramme die Wohnungstür aufgebrochen und waren in die Wohnung gestürmt. Sie wollten einer Geiselnahme vorbeugen. Es war für mich erschreckend, wie wenig Erinnerung diese Zeugen an das Geschehen hatten und wie viele Widersprüche aufgetreten sind. Verständlich wäre dies eigentlich nur bei einem Routineeinsatz. Nun werden morgen die drei anderen Polizisten gehört, um Klarheit über diesen Einsatz zu erhalten.

Diese beiden Beamten haben den Kühlschrank geöffnet. Aufgrund des Geruchs und des Volumens eines darin enthaltenen Abfallsackes haben sie Kevin als tot vorgefunden gemeldet. Ein Beamter hat Maden in der Kühlschranktür in Erinnerung, der Vorsitzende Richter bezweifelt dies. Die andere Beamtin wird danach nicht noch einmal zu diesem Bild befragt. Sie war vorher vernommen worden. Dies ist für mich unverständlich.

Vielleicht bringen die anderen Beamten Licht in diese Frage. Wenn Maden vorgefunden wurden: Bedeutet dies, dass Kevin schon lange im Kühlschrank lag, insbesondere wenn der Kühlschrank eingeschaltet war? Einen Irrtum schloss dieser Polizeibeamte aus: „Ich kenne diese Maden. Ich habe schon eine Leiche und dazu die Maden gesehen“, sagte er. Der Vorsitzende ging darauf nicht ein. Die Leiche Kevins wurde im Dezember 2006 nach Hamburg gebracht, um den **Todeszeitpunkt** festzulegen. Wurden auch der Abfallsack und der Kühlschrank mitgeliefert beziehungsweise die darin enthaltenen Spuren?

Wenn die Verteidigung im Recht ist, hat der Ziehvater Kevin die verordneten Tabletten verabreicht, und diese haben zum Tode geführt. Die Knochenbrüche, zu denen es bei Osteoporose leicht kommt, sind dann eventuell durch den Druck im Kühlschrank entstanden. Ich hoffe, Kevins Ziehvater erhält einen fairen Prozess, denn es sind viele Interessen berührt. Der Vorsitzende Richter geht zurzeit nicht davon aus, dass weitere Gutachter nötig sind.

Ansonsten war die gestürmte Wohnung ordentlich, keine „Drogenhöhle“. Es gab eine Kinderjacke an der Flurgarderobe, ein Laufgitter in der Stube und Spielzeug in der Wohnung, eben die Spuren eines Kleinkindes. Es wurde kein Drogenbesteck, kein Einstich gesehen. Ich war im Gerichtssaal als Zuschauer. Mir war kalt. Ich gehe auch nicht zur nächsten Sitzung.

2. Euch brauche ich nicht zu überzeugen von der friedensbedrohenden Aufrüstung durch die „Lissabon-Agenda“ und ihren weiteren Folgen wie der Zerstörung von Grundrechten, der Privatisierung von Bahn, Krankenhäusern, Versorgungsbetrieben und Bildung, den Fallpauschalen im Krankenhaus bis hin zu den Hartz-Gesetzen. Am **Donnerstag**, dem **13. Dezember 2007**, soll nun der neue **Lissaboner Vertrag** unterzeichnet werden. Bereits die Verhandlungen dort wurden durch **Proteste** begleitet: Über 200.000 Köpfe blieben von den Korrespondenten unbemerkt.

Der „Reformvertrag“ ist teilweise alter Wein in neuen Schläuchen, denn die Grundausrichtung der EU auf Privatisierung bleibt bestehen, zur Beschleunigung fallen weitere Zuständigkeiten an die Union, und eine Mitbestimmung der Völker Europas ist nicht vorgesehen. Wir wollen aber mitbestimmen! Da nun die EU zu Tisch bittet und die Unterzeichnung am gleichen Tag in **Brüssel** feiert, lassen wir uns nicht lange bitten: Wir kommen, Kopf zeigen! Wir sind nicht einverstanden! Wir wollen die Zukunft positiv gestalten!

3. Der **Aufschwung** geht um! Gesehen wird er immer wieder von Regierungsverantwortlichen und ihren abhängig Beschäftigten. Doch der „Weser-Kurier“ schreibt am 26. Oktober 2007: „Die Konjunktursorgen wachsen“. Der „IFO-Geschäftsklimaindex“ sei gesunken: „Das Ergebnis spricht für eine Fortsetzung des Aufschwungs, allerdings mit nachlassender Dynamik“, sagte IFO-Chef Werner Sinn.

Wer die alten Vorhersagen nimmt und schaut, was davon geworden ist, dem fällt auf: Es sind immer die gleichen Argumente mit dem Hinweis auf viel Wenn und Aber wie Weltwirtschaft, Energiekosten, Hypothekenkrise. Die Stütze dieser „Weisen“ für den Aufschwung ist die Arbeitsmarktstatistik, wie das folgende Zitat von „Spiegel-Online“ belegt:

„Nur noch 3,5 Millionen Arbeitslose, das sei doch ein Erfolg für Hartz IV & Co. – über solche Argumente seiner Genossen regt sich Dreßler wirklich auf: ‚Die feiern ihre Statistik, die sie selbst bereinigt haben. Tatsache sind **6,1 Millionen Arbeitslose**, nur die Ein-Euro-Jobber, die Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die Geringbeschäftigten werden nicht mehr mitgezählt.‘ Und was sei bitteschön mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der Kinderarmut von 2,7 Millionen in Deutschland? Und was mit dem wachsenden Niedriglohnsektor in unserem Land – 25 Prozent der Menschen in den alten Bundesländern verdienten weniger als den Durchschnittslohn, in den neuen Ländern liege die Quote bei 60 Prozent? Gleichzeitig senke die SPD die Unternehmenssteuern erst um 40 Milliarden und jetzt noch mal um sechs Milliarden Euro.“

Naturgemäß sind diese Argumente nicht vollständig, aber es ist hilfreich zu lesen, dass auch andere das amtliche Zahlenwerk nicht mehr als aussagefähige Statistik ansehen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Auf der letzten Montagsdemo habe ich mich im vierten Beitrag mit der **Verteilung der Abgaben**, der Last der Steuer und Sozialversicherung beschäftigt. Übersehen hatte ich den Artikel im „Weser-Kurier“ vom 16. Oktober 2007 über das „Minus in den Sozialkassen“: Das Statistische Bundesamt hat veröffentlicht. „Die gesetzliche Sozialversicherung hat am Ende des ersten Halbjahres 2007 ein Defizit von 519 Millionen Euro ausgewiesen. Es reduzierten sich die Ausgaben aller Zweige der Sozialversicherung im Vergleich zu 2006 um 0,6 Prozent auf 232,6 Milliarden Euro. Die Einnahmen sanken um 4,3 Prozent auf 232,1

Milliarden Euro. Für das Gesamtdefizit war die gesetzliche Rentenversicherung hauptverantwortlich."

So weit der Artikel. *Dieser* Statistik glaube ich, weil es um die Bewegung von Geld geht. Anzumerken ist noch, dass der tatsächliche, bereinigte Beitragsrückgang noch höher ist, weil 2006 die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge vorgezogen wurde und gemäß Übergangsvorschrift Beiträge aus dem ersten Halbjahr ins zweite verlagert werden konnten. Wenn bisher den Sozialkassen ein Überschuss von 8,4 Milliarden Euro vorhergesagt wurde, ist das breits nach den vorstehenden Ausführungen total daneben.

Mit Abschaffung der 58er-Regelung müssen Hartz-IV-Betroffene vorgezogene Altersrente beantragen, sobald diese Möglichkeit besteht, auch wenn diese Rente unter den Leistungen des ALG II liegt! Allein dadurch kommen erhebliche Mehraufwendungen auf die Deutsche Rentenversicherung zu. Zudem ist die Nachfrage nach Erwerbsunfähigkeitsrenten bereits heute gestiegen. Die Unternehmen bauen weiterhin Personal ab und kürzen die Bezüge der Beschäftigten. Dadurch werden leider auch die Beitragseinnahmen weiter sinken.

Aber die Arbeitgebervertreter von DIHT, BDA und BDI sehen Senkungsbedarf für die Sozialversicherungsbeiträge! Senkungsbedarf besteht allerdings für die Belastung der Einnahmen aus abhängiger Beschäftigung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Der Präsident des Bundesrechnungshofes hat ein Gutachten vorgelegt. Demnach gibt es in Deutschland **keine funktionierende Steuerverwaltung** mehr. Der Umsatzsteuerbetrug war bereits 2003 Gegenstand einer Empfehlung. Die Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe sind immer noch nicht im Griff! 2006 hat der Rechnungshof erneut Steuergerechtigkeit angemahnt: Die Kassen sind leer, wenn auf Einnahmen verzichtet wird!

Arbeitnehmer sind von diesen Fehlern oder Unterlassungen nicht berührt: Ihne Einkommensteuer wird bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung einbehalten. Aber jeder Arbeitnehmer muss mit seinen Abgaben diese Steuerlöcher stopfen! Die Unterlassungen sind einzig zum Vorteil der Unternehmen – obwohl die meisten Unternehmer nichts gegen eine gerechte Steuerverteilung hätten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. In Sachen **Zumutbarkeit von Arbeit** bleibt festzuhalten, dass der Mensch sich wehren kann. Das bedeutet: Die Arbeit annehmen, die Stunden protokollieren und festhalten, was getan wurde, dann die Abrechnung abwarten und mit diesen Unterlagen zur Gewerkschaft gehen, um den Lohn prüfen lassen. Wenn eine tarifliche Unterzahlung vorliegt und der Arbeitgeber tarifgebunden ist, muss er den **Tariflohn** zahlen!

Wenn er nicht gebunden ist, kann das Arbeitsgericht die Angemessenheit des Lohnes prüfen. Das Arbeitsgericht Bremen hat dazu ausgeführt, dass gerade

bei den einfachen Tätigkeiten auch eine geringe Unterschreitung der vergleichbaren Tariflöhne **sittenwidrig** ist. Wie sich der Anspruch auf anständige Bezahlung durchsetzen lässt? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Unglaubwürdig: Statt die Zumutbarkeitsregelungen zu ändern, erhebt der SPD-Senat unverbindliche Forderungen nach einem Mindestlohn *(„Die Linke“)*

Die SPD brauchen nur noch die schmierigsten Gestalten im Land

Erst die Zeitumstellung und dann noch ein ganzer Tag Regen, so kamen wir nur auf gut 20 Teilnehmer bei der 156. Montagsdemo in Bremen am 29. Oktober 2007 um 17:30 Uhr vor dem Dom. Wir mussten Schutz suchen unter den Arkaden des Bürgerschaftsgebäudes.

Im Mittelpunkt der Beiträge stand der abgelaufene SPD-Parteitag. Die Widersprüche nehmen zu, Schröders Agenda 2010 bekommt gehörig Risse. Die ersten Rufe nach Neuwahlen kommen auf. Bohren, sägen und hämmern wir weiter, nicht mehr lang, nicht mehr lang, dann kommt auch Hartz IV zum Kippen!

Nur der Parlamentpräsident Weber scheint sich noch mit dem abgehalfterten Lügenkanzler Schröder „schmücken“ zu wollen und ist schon wieder in einem Fettnapf ausgerutscht.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Der Hartz-IV-Thriller

Nachdem ich kürzlich über eine Straßenzeitung auf eine Organisation für Montagsdemos in Karlsruhe gestoßen war, habe ich weiter recherchiert und bin auf Ihre Website gekommen. Ich bin Autor des Polit-Thrillers „**Das Odessa-Experiment**“, in dem es um das Problem Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Hoffnungslosigkeit der Armut durch Hartz IV geht. Verpackt in eine höchst brisan-

te Story, die Erinnerungen an die unrühmliche Geschichte dieses Landes weckt, wurde einmal in der Presse vom „gesellschaftlichen Dynamit“ gesprochen. Im nächsten Jahr wird der Stoff im TV-Format verfilmt.

Ich habe mich also mit der Problematik beschäftigt, die auch Schwerpunkt Ihrer Montagsdemos ist: Sozialabbau im Wesentlichen durch Armutspolitik zulasten Arbeitsloser und sozial schwacher Menschen. Die Schaffung einer Elitegesellschaft ist in vollem Gange. Den Mächtigen werden durch explodierende Preise immer mehr Milliarden in die ohnehin schon vollen Taschen gespült, während das Volk auf der Strecke bleibt. Wir zählen 7,5 Millionen „Hartz-IV-Empfänger“! Ich weiß nicht, wie viele Millionen dazuzurechnen sind, die kurz vor diesem Abgrund stehen. In meinem Thriller bin ich von insgesamt zehn Millionen ausgegangen.

Dass dieser Weg nicht der richtige sein kann, weiß jeder normal denkende Mensch. Da fragt man sich, was haben die Mächtigen eigentlich vor? Wo soll es enden? Beschäftigt man sich mit der langfristigen Entwicklung vor den Kriegen, stellt man erschreckende Parallelen fest. Um so mehr ist es wichtig, dass heute möglichst viele Menschen auf die Straße gehen und alle anderen wachrütteln. Wenn ich wüsste, wie man die 7,5 Millionen „Hartz-IV-Empfänger“ mobilisieren könnte, würde ich es tun. Wie hieß es doch schon einmal mit so viel Erfolg: Wir sind das Volk!

Und was ist mit dem sogenannten Aufschwung, von dem jeden Tag die Rede ist? Ich will es wohl glauben, dass es diesen Aufschwung gibt, aber eben nur für die Oberschicht. Das Volk nimmt nicht teil, an ihm schwingt er sozusagen vorbei. Die Menschen bemerken ihn nur durch die immer größer werdenden Belastungen. Das Volk finanziert in meinen Augen den Aufschwung für die Mächtigen. Und damit das Ganze funktioniert, hat man ja auch ein schillerndes Deckmäntelchen: die Globalisierung und den Klimaschutz. Ein schöner Teppich, unter den vieles andere gekehrt werden kann! In diesem Sinne wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg.

Zuschrift von Martin de Wolf, Autor, Bremen

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

157. Bremer Montagsdemo am 05. 11. 2007

Armutszeugnis Kinderarmut

„Ach, die armen Kinder! Sie sind doch die Leidtragenden“, so lautet immer öfter der Tenor in den Talkshows und Interviews. „Wir müssen unbedingt etwas für sie tun! Sie brauchen mehr Kleidung, mehr Essen, mehr Betreuung, bessere Bildung! Aber das kostet, und wie sollen wir es machen?“ Ich möchte an dieser Stelle wiederholen: Handeln ist jetzt angesagt! Seit Jahren redet ihr Politiker nur! Ich habe neulich einen Bericht über Willy Brandt gesehen, schon damals sprach er die Forderung nach mehr Bildung aus.

Zum Teufel, macht es endlich, oder könnt ihr es gar nicht? Gibt es denn keine Politiker mehr mit Rückgrat? Dann kann ich nur sagen: Wozu brauchen wir euch eigentlich noch? Ich finde, ihr habt nun lange genug diskutiert. Die Not ist groß, und das Lösen des Problems kann jetzt wirklich nicht mehr aufgeschoben werden! Die Armut wächst uns über den Kopf. Verdammt noch mal, was ist eigentlich so schwer daran zu sagen: Leute, die ihr gut verdient, kommt endlich eurer Pflicht nach. Es ist ein Armutszeugnis, das wir uns hier ausstellen: Kinderarmut in einem reichen Land!

Aber Kinderarmut heißt auch Elternarmut. Es fehlen Arbeitsplätze, die ausreichend entlohnt werden. An dieser Stelle möchte ich die neuen Bemühungen Bremens nicht unerwähnt lassen: Das Umsetzen der Ankündigung, nur noch Firmen, die Arbeitsplätze schaffen, in die Förderung einzubeziehen, ist genau, was wir brauchen. Auch dies fordern wir schon lange Zeit. Da sage einer, die Politiker sind nicht lernfähig! Nur schade, dass alles so lange dauert. Doch wir dürfen das ruhig als einen unserer Erfolge verbuchen. Wie gut, dass es die Montagsdemo gibt! Eines Tages wird unser Bremen noch ein „Vorzeigeland“, und dazu haben wir Protestler mit beigetragen. Wir dürfen ruhig stolz auf uns sein, auch wenn es andere nicht so sehen!

Udo Riedel (parteilos)

Zweiklassenstaat: Die Privilegierten ruinieren das Land, weil sie dafür sorgen, dass ihre Privilegien auf Kosten der breiten Bevölkerung erhalten bleiben *(„Neue Rheinische Zeitung“)*

Armutszeugnis Kulturbanausentum

Zum geplanten Abriss des „Radio-Bremen“-Sendesaals habe ich hier vor einiger Zeit schon einmal Stellung genommen. Das ist für mich auch deswegen ein Thema, weil dies ein Schlaglicht auf die verheerende bremische Kulturpolitik wirft, die alles dem sattsam bekannten kapitalistischen Verwertungsprinzip zur Erreichung möglichst hoher Profite unterordnet. Auch unter dem rot-grünen Senat ist hier keine grundsätzliche Wende zum Besseren auszumachen, wie Bürgermeister Böhrnsens Aufhebung des Denkmalschutzes für den Saal und damit sein Okay zum Abriss beweist. Vor drei Jahren hatte der damalige Kultursenator den Sendesaal noch unter Denkmalschutz gestellt. Es ist eine Schande, wie in Bremen mit unwiederbringlichen Kulturgütern umgegangen wird!

Dafür gibt es keine Entschuldigung, weder was das dubiose Verhalten der Immobilienkaufleute, die das Gelände jetzt besitzen, noch was das Handeln der vor drei Jahren oder heute verantwortlichen Politiker angeht. „Radio Bremen“ und insbesondere seinem Intendanten Heinz Glässgen ist der Vorwurf zu machen, dass ihm der schleichende Anschluss des Senders an den NDR wichtiger ist als dessen kulturelle Identität und damit das Schicksal des Sendesaals – rapider Niveauverlust inbegriffen. Auf das würdelose Gezerre zwischen Intendanz, Immobilienhaien und Senat will ich hier nicht weiter eingehen, weil es für die Hansestadt und ihr Image als Kultur- und Musikstadt zutiefst beschämend ist! Es darf sich jetzt niemand wundern, wenn Musiker und Ensembles von Weltruf, die den Sendesaal wegen seiner hervorragenden Akustik anderen Konzertsälen stets vorgezogen haben, in Zukunft die Hansestadt meiden werden.

Außerhalb Bremens versteht niemand, dass der Senat für hässliche Betonburgen Riesensummen ausgibt, aber nicht in der Lage ist, für ein einmaliges Kulturdenkmal die vergleichsweise läppische Restsumme von zwei Millionen Euro aufzubringen. Die Finanzierung für das Konzept eines Musikerdorfes – genannt „Music Village“ – rund um den Sendesaal war mit 30 Millionen Euro längst garantiert, denn dafür hatte ein Investor namens Ingo Damaschke aus Hamburg gesorgt, der so etwas in unserer Nachbarstadt mit großem Erfolg bereits praktiziert. Das war auch im Rathaus bekannt, denn dort hatte die Initiative „Freunde des Sendesaals“ das Konzept mitsamt dem Finanzierungsvorschlag vor eini-

gen Monaten vorgestellt. Bürgermeister Böhrnsen hätte es in der Hand gehabt, Sendesaal und Ruf zu retten. Übrig bleibt ein kulturpolitischer Scherbenhaufen, und das ist ein ungeheurer Skandal! Besonders traurig ist, dass sich viele Kulturschaffende aus anderen Bereichen kaum solidarisch verhalten haben und so gut wie nichts taten, um die Dinge noch zum Besseren zu wenden. Auch sie müssen endlich begreifen, dass nur politischer Widerstand Erfolg verspricht! Der Sendesaal muss bleiben!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die neuen Investoren bekommen keine Chance! Es liegt nicht nur am Geld, sondern das Projekt „Campus von Music Village“ wird ganz einfach boykottiert! Die Pläne werden geheimgehalten, sie bleiben außen vor, und *das* ist der Skandal! Kultursenator? Kulturvernichtungssenator!

Ergänzung einer Demonstrantin

Armutszeugnis Verarmungspolitik

Am letzten Freitag hat das Landesarbeitsgericht Sachsen in Chemnitz das Streikverbot im Güter- und Fernverkehr gegen die Lokführer endlich aufgehoben. Die GDL kann endlich da Druck machen, wo es die Kunden der Bahn, die großen Monopolunternehmen, am meisten drückt: im Güterverkehr. Nun werden wir sehen, ob sich die Bahn endlich bequemt, ein richtiges Angebot an die Bahn-Kollegen zu machen. Aber das Gängelband der lavierenden Gerichte ist keine Lösung für kämpfende Kollegen. Ein richtiges **Streikrecht** muss durchgesetzt werden, allseitig (weil es alle Probleme erfassen muss, also den unterstützenden Solidaritätsstreik und den Streik bei politischen Forderungen) und gesetzlich (weil die Werktätigen sich nicht gängeln lassen wollen von Gerichten oder politischer Willkür). Wenn die Werktätigen Politik machen könnten, würde sowieso vieles im Lande anders aussehen!

Am Sonntagabend tagte der Koalitionsausschuss, um „Kompromisslinien“ auszuloten. Die Regierenden loteten aber nicht, sondern vertagten sich und ihre Beschlüsse um mindestens eine Woche. Und auch dann wird nichts rauskom-

men. Die Steuern sprudeln zwar, aber sie sollen gleich wieder in die Taschen der Großkonzerne fließen. Also keine Wiederherstellung der Pendlerpauschale und anderer „Wohltaten“, kein Mindestlohn in zumindest einem Bereich. Man lässt die **Inflation** sprudeln und sorgt sich um die großen Konzerne, wie man deren Gewinnerwartungen bloß schützen könne. Adecco zum Beispiel, größte Leiharbeitsfirma der Welt mit Sitz in der Schweiz, steigert im dritten Quartal dieses Jahres seinen Reingewinn um 40 Prozent auf 230 Millionen Euro, den Umsatz dagegen nur um zwei Prozent. Weltweit sind 700.000 Arbeitskräfte in 60 Ländern für diesen Konzern tätig. Die Werktätigen, die Arbeitslosen, Rentner und Auszubildenden kommen mit dem wertloser werdenden Geld immer weniger zurecht. Der Umsatz im Einzelhandel sank im September um 2,2 Prozent. Mancher meint mit Auswandern der Misere zu entkommen: 155.000 Menschen aus Deutschland waren es 2006. Aber 122.000 kamen auch zurück, weil es kein Paradies auf der Welt gibt. Nur der gemeinsame Kampf weltweit führt weiter. Das werden die „Herren der Welt“ dann auch merken.

Jetzt wäre es gut, wenn die IG Metall auf ihrem Gewerkschaftstag in Leipzig mal ein paar Takte zur Situation im Land sagen würde. Aber der „neue Besen“ Berthold Huber ist abgewetzter und verformter als ein Stubenbesen bei nassem Wetter auf einem Kiesweg. Huber ist ein Vertreter der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Unternehmern seitab des Willens der Kollegen. Von ihm dürfen wir uns leider keine Unterstützung für den Kampf mit den Monopolen und der Politik erwarten. Unter ihm wird es auch keine breite überparteiliche **kämpferische Demokratie** und Gewerkschaftsarbeit geben, es sei denn, die Kollegen Delegierten setzen in Leipzig noch kämpferische Forderungen durch. Anträge gibt es genug dafür. Auch wenn nicht jede(r) in der IG Metall oder einer anderen Gewerkschaft ist, hält die Mehrheit der Bevölkerung die Gewerkschaften für eine notwendige Organisation: 80 Prozent waren es bei einer „Forsa“-Umfrage für den „Stern“ in der letzten Woche, unter der Jugend sogar 85 Prozent. Alle diese Menschen wollen eine Veränderung, denn die ist notwendiger denn je. 2005 waren in Deutschland nach Angaben der „Hans-Böckler-Stiftung“ über ein Drittel nicht mehr in einem normalen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis, 1993 hatte diese Zahl mit circa 20 Prozent noch relativ niedrig gelegen.

Leider hat der Bürgerschaftspräsident Weber, dessen Bürofenster hier oben links schon in feierabendlichem Dunkel erstrahlt, noch nicht zur Kenntnis genommen, dass viele Menschen in Bremen den Auftritt des Verarmungskanzlers **Schröder** beim sogenannten **Bürgermahl** der „Wilhelm-Kaisen-Bürgerhilfe“ nicht gerne sehen. Auch wenn dieser Herr Schröder einen kleinen Obolus springen lassen sollte, ist es ein Hohn auf die Spender – die oft nur mit kleinen Beträgen helfen können, weil sie selber, zum Beispiel als Rentner, von der Verarmungspolitik betroffen sind –, wenn so ein Mann wie Schröder, der seine Schäfchen millionenfach ins Trockene gebracht hat, hier noch seine gescheiterte SPD-Politik im Nachhinein rosig aussülzen kann. Herr Weber, zeigen Sie Courage und laden den Schröder aus, noch ist es Zeit! Sie können aber abends am **26. November 2007**

auch die vielen Bürger – wie die Arbeitslosen, Rentner und Hilfebedürftigen – einladen zu einem echten Bürgermahl, nicht da oben im Rathaus, sondern hier auf dem Marktplatz, zum Beispiel in das große „Bayernzelt“. Das hat jetzt nach dem Freimarkt erst einmal ausgedient und freut sich darauf, viele auswärtige und bremische Hungrige zu fassen. Wir helfen Ihnen gerne beim Einladen. Da kann der Herr Schröder mal versuchen, seine grandiose Politik zu verkaufen! Und Sie, Herr Weber, und ich, wir helfen beim Essenverteilen. Ich freue mich schon auf die nachfolgende Diskussion. Dazu soll Herr Schröder mal viel Zeit mitbringen!

Jobst Roselius

„Taufe“: So wird hund ein deutsches „Bullenschwein“ *(„Spiegel-Online“)*

„Mehr als die Hälfte der Familien ist *nicht* arm“

1. Auf einer Regionalkonferenz zum „Sozialbericht 2007 für Nordrhein-Westfalen“ entgegnete letzte Woche in Bonn der Landessozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) auf eine Frage zu den Regelsätzen für Hartz-IV-Kinder und den Lernmaterialien, dass „**für die Bemessung des Kinderregelsatzes nie wissenschaftliche Erkenntnisse**“ vorlagen. Es bleibt allerdings die Frage im Raum stehen, warum Laumann sein Wissen nicht schon von Anfang an deutlich kundgetan hat. Immerhin wurden uns mehrere Jahre lang pseudowissenschaftliche Erkenntnisse vorgegaukelt, die nie realistisch waren. Jetzt fällt plötzlich in der Öffentlichkeit auf, dass die Regelsätze endlich wissenschaftlichen Kriterien angepasst und deutlich erhöht werden müssen!

Bisher ist es leider so, dass bei den völlig unzureichenden Sätzen ein 13-jähriges Kind auf den Stand eines Säuglings reduziert wurde. Man wollte einfach nicht zugeben, dass man Lernmittel schlicht vergessen hatte. Stattdessen verwies man Eltern darauf, dass sie diese von einem nicht vorhandenen Posten hätten ansparen müssen. Es verwundert nicht, dass man Lernmittel anscheinend vergessen hatte, bestand doch die Referenzgruppe dafür zu 50 Prozent aus alleinstehenden Rentnern, die ja nun kaum Geld für Bildung ausgeben. Traurig ist auch, dass die anderen Referenzgruppen ebenfalls nur Singles waren.

Das Ausgabeverhalten für Familien mit Kindern wurde niemals in Erwägung gezogen. Dies ganz bewusst durchzuboxen, ist so schlimm wie Kindesmiss-

handlung! Wenn dann gleichzeitig über geringfügige finanzielle Verbesserungen für „Hartz-IV-Kinder“ nachgedacht wird, die aber natürlich nur in Form eines Gutscheins ausgeteilt werden sollen – „damit das Geld wirklich beim Kind ankommt, weil die Eltern es sonst verrauchen oder versaufen würden“ –, zeigt sich deutlich, mit welchen Projektionen hier gearbeitet wird. Es können Eltern kaum so hinterhältig und gemein sein wie viel zu viele aus der Politikerriege!

2. Mit Großplakaten vor dem „Willy-Brandt-Haus“ haben Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener Gruppen der Sozialprotestbewegung die SPD vor einer Woche für entbehrlich erklärt. Die Plakate mit dem Slogan „***So* ist die SPD überflüssig** – erklären sieben Millionen ausgegrenzte Hartz-IV-ler, Prekarisierte und von Alters- und Kinderarmut Betroffene“ wurden vor dem Haupteingang der SPD-Zentrale aufgestellt. Diese Aktion attackiert die jüngsten Parteitagsbeschlüsse zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik als „neoliberalen Sozialdemokratismus“, der „schröderisch-kaltschnäuzig“ geblieben sei.

Führende Sozialdemokraten haben erklärt, beim ALG I gebe es eine „gefühlte Gerechtigkeitslücke“ – ohne zu begreifen, dass es eine *reale* Gerechtigkeitslücke gibt: Die ALG I-Debatte lenkt davon ab, dass ALG II nicht für ein menschenwürdiges Leben ausreicht. Die Verlängerung des ALG I für Ältere kann deshalb den rapiden Glaubwürdigkeitsverlust der SPD nicht stoppen. Diese benimmt sich wie ein Quacksalber, der auf eine klaffende Wunde ein lächerliches Pflaster pappt.

Solange die SPD nicht selbst die Agenda-2010-Politik als gigantisches Täuschungsprojekt zurücknimmt, solange sie Menschen mit Hartz-IV-Regelsätzen, die zum Leben nicht reichen, stiefeltreterisch traktiert, solange sie mit Zwangsumzügen millionenfache Ängste schürt, solange sie 2,3 Millionen Kinder verarmen lässt, solange sie mit bürokratischen Kontrollen Menschen entwürdigt, solange für die SPD nur *der* Mensch ein Mensch ist, der sich arbeitsmarktpolitisch „rechnet“ – so lange bleibt die SPD überflüssig.

Dass man so etwas überhaupt noch plakatieren muss, ist verwunderlich. Diese Erkenntnis sollte doch mittlerweile bei jedem angekommen sein! Eine klasse Idee! Aber eben weil die SPD so überflüssig wie ein Kropf geworden ist, darf sie geschlossen Hartz IV beantragen – und zwar „Hilfeleistungen zum politischen Lebensunterhalt“!

3. Die Kriege von US-Präsident George W. Bush haben die Steuerzahler seines Landes bereits 600 Milliarden Dollar gekostet. Aber für die **Krankenversicherung** von Kindern bedürftiger Familien hat der Staatschef kein Geld: „Zu teuer“, so sein Verdikt, als er den ersten entsprechenden Gesetzesentwurf der Demokraten mit einem Veto belegte. Aber ermutigt durch Umfragen, wonach drei Viertel der US-Bürger lieber mehr Geld für die Gesundheit der Kinder als für die Kriege im Irak und in Afghanistan ausgeben, haben die Demokraten im Repräsentantenhaus nun angekündigt, dass sie einen neuen Gesetzesentwurf für die staatliche Krankenversicherung von Kindern, kurz „Schip“ genannt, einbringen werden.

Dabei ist diese Versicherung nicht einmal für die Ärmsten der Armen gedacht, sondern nur für die etwa zehn Millionen Kinder, deren Familien offiziell noch nicht als arm gelten, die sich aber trotzdem keine Krankenversicherung mehr leisten können. Insgesamt leben in den USA 74 Millionen Kinder, davon mit 36,5 Millionen fast die Hälfte unterhalb der Armutsgrenze. Allein in den letzten sieben Jahren der Bush-Regierung wurde das Heer der armen Minderjährigen um 12,8 Millionen vergrößert. Das Weiße Haus versucht, die „Schip"-Kampagne mit einem neuen "Fact Sheet", einem sogenannten Tatsachenblatt, zu stoppen. Darin wird beklagt, dass unter Zugrundelegung der Kriterien des Kongresses „57 Prozent der Kinder Amerikas und 53 Prozent der Familien mit Kindern" bedürftig sind und Anspruch auf staatliche Hilfe haben.

Aber – so hält das Weiße Haus bereits in der fettgedruckten Überschrift nach "Just the Facts" fest: "Over Half the Families in America Are Not Poor" – Mehr als die Hälfte der Familien in Amerika sind nicht arm. Nur der große Rest – wen kümmert's also? Bei uns sind „erst" durchschnittlich 20 Prozent der Kinder arm, nur in wenigen Regionen wird die 40-Prozent-Marke überschritten. Dann wissen wir ja, wo es hingehen „soll"! Aber die Privatwirtschaft in Amerika spendet 800 Millionen Dollar für Image-Verbesserung der USA im Ausland. Wie hieß das noch so schön? Außen „hui" und innen „pfui"! Und Deutschland ist auf dem „besten" Weg, mit den Amis Schritt zu halten. Glückwunsch!

4. Viele Menschen, die arbeitslos werden, bekommen nur deshalb eine **Sperrzeit** aufgebrummt, weil sie sich zu spät bei der Arbeitsagentur melden. Allein in der kurzen Zeit zwischen Januar und September 2007 waren es 174.000 Fälle! Sperrzeit heißt, dass es für eine gewisse Zeit kein Arbeitslosengeld gibt. Die Pflicht, sich frühzeitig arbeitssuchend zu melden, ist eine Falle, denn die Regel ist kaum bekannt, und auch die Arbeitgeber informieren zu wenig darüber.

Deshalb ist es ganz wichtig zu wissen: Man sollte sich zweimal bei der Arbeitsagentur melden, erst „arbeitssuchend" – und zwar schon lange, bevor man arbeitslos wird – und später noch einmal als „arbeitslos". Um Sperrzeiten zu vermeiden, ist es ebenfalls wichtig zu wissen, welche Arbeitsangebote zu Beginn der Arbeitslosigkeit als zumutbar gelten und akzeptiert werden müssen. Anders als beim Arbeitslosengeld II gibt es beim ALG I noch einige wenige Schutzrechte. Das heißt, unter bestimmten Bedingungen darf der Erwerbslose auch Nein zu einem Stellenangebot sagen.

Solche Schikanen werden bestimmt deswegen eingebaut, um die Arbeitslosenzahlen weiterhin nach unten zu korrigieren! Den „Aufschwung" gibt es vielleicht nur, weil jene Erwerbslose nicht in der Statistik auftauchen, die sich zu spät gemeldet haben: Sie dürfen direkt sanktioniert werden. Dann wissen sie gleich, auf welchem Status sie gelandet sind. Für Hartz-IV-ler wird sogar illegal das Grundgesetz ausgehebelt! Und kaum einen schert es.

5. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach belegt in Zahlen und Fakten, was der Bevölkerung in den letzten Jahren in vielen Bereichen als angebliche Reformen zugemutet worden ist. In seinem Buch „Der Zweiklassen-Staat“ mit den vier Komplexen Bildung, Medizin, Rentenversorgung und Pflege kommt er in allen Fällen zu dem nachvollziehbaren Ergebnis, dass in Deutschland die Privilegierten das Land ruinieren, weil sie dafür sorgen, dass ihre Sonderrechte auf Kosten der breiten Bevölkerung erhalten bleiben. Dabei sind ihnen nicht nur die zahlreichen Lobbyisten behilflich, sondern – und das ist der eigentliche ungeheuerliche Skandal – Regierung, Bundestag und Länderparlamente.

Lauterbach genießt als Mediziner und Direktor des „Instituts für Gesundheitsökonomie und Epidemiologie“ an der Universität Köln Einblick in die komplexen gesellschaftlichen Systeme, die für Außenstehende nur schwer durchschaubar sind. Beim weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung ist mehr oder weniger ausgeprägt dieses ungute Gefühl vom „**Zweiklassenstaat**“ längst vorhanden. Die anderen gehören sowieso zu denen, die in Bildung, medizinischer Versorgung, Altersabsicherung und Pflege nicht zu knapp profitieren, und zwar indem die nicht privilegierte Mehrheit zurückzustehen und außerdem noch den Hauptanteil für die Infrastruktur zu zahlen hat.

Im Gegensatz zu den Amerikanern sind die meisten Deutschen nach wie vor der Überzeugung, dass Bildung und Gesundheitsversorgung nicht vom Einkommen abhängen sollten. Alle Bereiche unserer sozialen Sicherung sind ungerecht, also neben dem Gesundheitswesen auch das Rentensystem und die Pflegeversicherung. Natürlich ist auch der deutsche Arbeitsmarkt nicht neutral, sondern schreibt systematisch die durch das ungerechte Schulsystem bedingten Nachteile fort. Von der Wiege bis zur Bahre wird in Deutschland die Chancengleichheit verwehrt. Nach Herrn Lauterbach fördert ein Zweiklassenstaat so die moralisch niedrigsten Verhaltensweisen in seiner Bevölkerung und hat gleichzeitig nicht die moralische Autorität, sich darüber zu erheben.

Daraus resultiert unter anderem die Forderung nach einem Zwang zur Sprachförderung für Migrantenkinder sowie zur verpflichtenden ganztägigen Vorschule für Drei- bis Sechsjährige bei gleichzeitiger Abschaffung der Hauptschule zugunsten einer ganztägigen Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild. Lauterbach hält die Hauptschule in ihrer heutigen Form für einen Ort „der Vernachlässigung, Verrohung und Stigmatisierung der Kinder der anderen“. Natürlich müssen wir bei den Kindern anfangen, wenn wir uns eine gerechte und soziale Gesellschaft wünschen, die wir in der Tat nicht haben.

Um jedoch einen Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein herbeizuführen, dürfte ein noch weiterer Weg zu beschreiten sein. Denn Bildungsnotstand und Kulturferne lassen sich nicht ohne ein grundsätzliches Umdenken in Politik und Gesellschaft beseitigen. Davon aber sind wir meilenweit entfernt. Der ungebildete und perspektivlose Arbeitslose entwickele sich nicht selten vom Opfer zum Täter, und zwar gegenüber seinen Kindern und zugleich gegenüber der Gesellschaft, schreibt Lauterbach. Insbesondere Migrantenkinder ohne Schulabschluss

und ohne Ausbildung, die vom Sozialstaat abhängig sind und ihn für ihr Überleben brauchen, hassten diesen Staat und würden zu einer potenziellen Bedrohung für die Gesellschaft. Sie begönnen ihre „Karriere“ als Opfer dieser Gesellschaft und endeten oft genug als Täter, weil sie ohne Perspektive ausgegrenzt seien.

Die Ausgrenzung weiter Teile der Bevölkerung wird besonders deutlich bei der medizinischen Versorgung. Hierbei sei der gesetzlich Versicherte der Verlierer dieses Systems. Außerordentlich informativ sind in diesem Zusammenhang die Stellungnahmen von Ärzten in einem Internet-Forum, wo zum Beispiel von „Kasslern“ oder “Chipsletten“ (gemeint sind Kassenpatienten) die Rede ist, die „sich im Wartezimmer den Arsch plattdrücken“, von „Billigheimer-Kassen“ (AOK) oder von „Armenkässlern“, die nur „die Zeit stehlen“ und denen ein „Tritt in den Achtersteven“ gut täte. Kassenpatienten werden wortwörtlich als „unsere Gegner“ bezeichnet, als „feiste Unterschicht“, die man am besten „verrecken“ lässt, damit mehr Zeit für Privatpatienten bleibt.

Nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes verdienen niedergelassene Ärzte im Durchschnitt 10.500 Euro nach Abzug aller Personal- und Praxiskosten, während der durchschnittliche Arbeitnehmerbruttoverdienst bei 2.190 Euro liegt. Die die vier stärksten Lobbygruppen in der deutschen Gesundheitspolitik seien die Private Krankenversicherung, die Pharmaindustrie, die Tabakindustrie und nicht zuletzt die Kassenärztlichen Vereinigungen, die über einen riesigen Verwaltungsapparat verfügen und nicht nur nach Meinung Lauterbachs abgeschafft gehören. Er plädiert zu Recht für eine einheitliche Gebührenordnung für alle Patienten, für eine vermehrte Einrichtung von Spezialkliniken und eine stärkere Arzneimittelkontrolle (53.659 verschiedene Medikamente sind auf dem Markt) sowie für eine Reduzierung der zurzeit circa 240 Krankenkassen auf 30 bis 50.

Bei der Altersversicherung müssen dann in unserem System des „Generationenvertrags“ nach Lauterbach die Erwerbstätigen nicht nur die Lasten ihrer Elterngeneration tragen, sondern zugleich fürchten, dass ihnen später ein ähnliches Leistungsniveau weder in der Rente noch in der Krankenversicherung zur Verfügung stehen wird. Noch auf Jahre hinaus subventionieren die armen Rentner die reichen Rentner, weil sich die Höhe der Rente am früheren Einkommen und der Beschäftigungsdauer orientiert und die Besserverdienenden, deren Einzahlungen nach oben begrenzt sind, nach der Statistik im Durchschnitt einige Jahre länger leben.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Zitronenfaltung: Hartz-IV-Parteien verstoßen gegen das Sozialstaatsgebot, lassen aber die *Linken* vom „Verfassungsschutz“ beobachten *(„Tageszeitung“)*

Optische Täuschung: Geplante erste Bafög-Erhöhung nach sechs Jahren gleicht nur die Inflation von *vier* Jahren aus *(„Spiegel-Online“)*

„Wovon sollte ich satt sein?“

1. Wir stehen gerade vor dem Parlamentsgebäude, vor der „Tür Europas“. Gegenüber stand der Wagen der Bremer Stadtmusikanten. Spontan fällt mir ein anderes Märchen ein: „Tischlein, deck dich“. Besonders denke ich an die Ziege. Sie erhält so viel gutes Futter, aber immer, wenn sie vom Vater gefragt wird, ist das große **Meckern und Wehklagen** angesagt: „Wovon sollte ich satt sein?“

Diese Ziege gibt es wirklich: Sie heißt Arbeitgeberverband, Bund der Deutschen Industrie, DIHT, BDA. Sobald diese gefragt werden, egal von wem, antworten sie: „Es ist immer noch zu wenig!“ Es gibt nur Gemecker und Anregungen zum eigenem Vorteil!

Macht euch selbst ein Bild – die nächste Zeitungsmeldung kommt bestimmt! Außerdem steht meine Meinung dazu auf diesen Seiten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Wenn ein Politiker sein Amt verliert, wird er normalerweise in Ruhe gelassen. Wenn aber ein Politiker mit seinen Entscheidungen den sozialen Frieden zerstört hat und auch noch behautet, er habe es gut und richtig gemacht, dann möchte ich mich mit diesem Ex-Politiker gerne unterhalten!

Die Gelegenheit ist günstig: **Gerhard Schröder** kommt am **26. November 2007** nach Bremen. Das ist ein **Montag**! Er ist Ehrengast der „Wilhelm-Kaisen-Stiftung“. Eingeladen von Bürgerschaftspräsident Weber wird er beim „**Bürgermahl**“ die **Festrede** halten. Die „Wilhelm-Kaisen-Stiftung“ kümmert sich verdienstvoll um soziale Härtefälle. An diesem Abend sollen die Ehrenamtlichen und die Sponsoren belohnt werden.

Nur, was soll Schröder da? Will sich Herr Weber bedanken? Für die explosionsartige Ausweitung der Härtefälle seit der Umsetzung von Hartz IV? Für die Vervielfältigung der Not in Bremen? Herr Schröder, kommen Sie vorher bei uns vorbei – oder benutzen Sie wie Günther Grass den Kellereingang! Wir werden heute unser Vorgehen beraten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. „Die Zukunft hat begonnen“, glaubt der „Weser-Kurier“ am 2. November 2007: Sie schlage sich in den Bilanzen wieder. Gemeint ist hier die Auswirkung der **Unternehmenssteuerreform**: Die Körperschaftsteuer sinkt von 25 auf 15 Prozent, außerdem ändern sich die Gewerbesteuer und einige andere Bestimmungen zum 1. Oktober 2008.

Dies ist insgesamt das zweitgrößte Steuergeschenk an die Unternehmen. Das größte war die verunglückte Körperschaftsteuerreform von Herrn Schröder: Die Unternehmen konnten Steuererstattungsansprüche bis zu zehn Jahre rückwirkend geltend machen.

In diesem Artikel wird gut verpackt die Auswirkung heruntergeschrieben. Der Tag der Abrechnung ist der 15. März 2008. An diesem Tag sind die Einkommensteuern fürs erste Quartal 2008 fällig, bereits am 15. Februar die Gewerbesteuern. Vorher wird es wahrscheinlich Herabsetzungsanträge für die fälligen Steuern geben.

Letztlich geht die volle Mehrwertsteuererhöhung von drei Prozent so an die Konzernkassen weiter: Wir zahlen drei Prozent Mehrwertsteuer mehr, die Konzerne zehn Prozent Körperschaftsteuer weniger. Schade um die verpasste Steuerneuordnung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die evangelische Kirche in Bremen freut sich über mehr Kirchensteuern: Sie hat in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres deutlich mehr als im ersten Halbjahr 2006 eingenommen, ein Plus von 16 Prozent, insgesamt 23,5 Millionen Euro. Der größte Teil der Einnahmen stammt aus der Kirchen-Lohnsteuer der Arbeitnehmer, so der „Bremer Anzeiger“ vom 31. Oktober 2007. Leider bezieht sich diese Aussage nicht auf die Steigerung: Die Kirchen-Lohnsteuer ist nur bei den Besserverdienenden gestiegen, weil insgesamt die Arbeitnehmer weniger in den Taschen haben.

Unternehmer zahlen ebenfalls Kirchensteuer, Unternehmergewinne haben sich auch hier niedergeschlagen. Die gute Konjunktur ist also für den Mehrerlös an Kirchensteuern verantwortlich – aber leider ist dieser **Aufschwung** einer Produktionssteigerung mit weniger Personalkosten und einer Explosion der Unternehmensgewinne zu danken.

Der „Weser-Kurier“ schreibt am 31. Oktober 2007 vom „Hoffen auf den Kaufrausch“: Der Handel erträume sich ein schlappes kleines Plus im Weihnachtsgeschäft, die verfügbaren Einkommen stiegen, die Arbeitslosigkeit gehe weiter zurück. Ist der Verfasser von DPA Berlin noch so ein Statistikgläubiger, -geschädigter oder gar -schädiger?

Außerdem werden wieder alle möglichen positiven Feststellungen getroffen. Zur Bewertung sollte man einfach mal die Zeitung vom letztem Jahr lesen. Zur Erinnerung: Frau von der Leyen hat allein 50 Millionen Euro für die Veröffentlichung von positiven Medienbeiträgen rund um das Elterngeld ausgegeben. Der Möbelkonzern Ikea baut in Oldenburg: Ein Umsatzplus ist nur über eine Ausweitung der Verkaufsfläche, also mit Neueröffnungen zu erreichen.

Am 31. Oktober 2007 steht vollmundig im „Weser-Kurier“: „Aufschwung drückt Arbeitslosigkeit“. Wer traut sich da zu widersprechen? Trotzdem ist es dieses Zahlenwerk nicht wert, Statistik genannt zu werden. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Die Grünen haben vor der Wahl verkündet: Die Förderung für Unternehmen wird auf Darlehn umgestellt. Jetzt steht in der Zeitung, 100 Millionen Euro sollten eingespart werden. Bei dem Bericht über die EU-Gelder zur **Unternehmensförderung** wusste Herr Nagel dies eventuell noch nicht: In dem Bericht über die angepeilte Einsparung fehlt sein Kommentar. Warten wir es ab! –

Herr Keller, bisher noch Chef der Bremer Investitions-Gesellschaft (eine der GmbHs in städtischem Eigentum, die Aufgaben wahrnimmt, die vorher von der Senatsverwaltung wahrgenommen wurden) erhält circa 200.000 Euro per annum für seine Tätigkeit. Herr Keller sitzt außerdem für die Freie Hansestadt Bremen im Gläubigerausschuss der insolventen Vulkan-Werft. Für *diese* Tätigkeit erhält Herr Keller eine zusätzliche Vergütung, die er behalten darf: Es findet *keine* Anrechnung auf sein Gehalt statt. So hat Herr Keller im Laufe der Jahre mehr Geld für seine Zugehörigkeit zum Gläubigerausschuss erhalten als manch ein Arbeitnehmer der Vulkan-Werft für den Verlust seines Arbeitsplatzes.

Frau Linnert will Geld einsparen! Hier gibt es die Möglichkeit. Nicht nur Herr Keller hat Zusatzvergütungen für von Amts wegen verordnete Positionen in Gläubigerausschüssen oder für die Wahrnehmung von Aufsichtsratmandaten erhalten. Die Staatsräte wurden jetzt, wie von Frau Linnert verordnet, für diese Tätigkeit geschult. ALG-II-Betroffene dürfen aus **Nebentätigkeiten** nur einen geringen Teil behalten, der Rest wird bei der Regelleistung gekürzt! Warum gilt das nicht auch beim politischem Personal? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Auch wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe! Dies bestätigt der „Weser-Kurier“ vom 3. November 2007: Scheinertränkungen sind verschärfte Verhörmethoden, sie sind **Folter**; aber sie dienen der Verteidigung von Demokratie und der Abwehr von Terror, wenn es die CIA macht. Ansonsten ist dies alles Folter und aufs Schärfste zu verurteilen, aber die Folterknechte der USA erhalten vorher die Zusage der Straffreiheit!

Die Gesellschaftsform der USA ist unser Leitbild. Der Vertrag von Lissabon und die Arbeitsgruppe in Lissabon trägt wesentlich die Handschrift der Amerikaner. Wir brauchen einen neuen Geist in Europa! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

7. Die **Bagis**, das unbekannte Wesen! Seit Donnerstag kann kein Bargeld ausgezahlt und kein Barscheck ausgestellt werden, weil das EDV-Modul defekt ist. Wie lange noch?

Die Verwaltungsanweisung Wohnen findet ab 1. November 2007 Anwendung. Tatsächlich will die Bagis eine rückwirkende Anwendung nicht freiwillig vornehmen, auch nicht die gekürzten Unterkunftskosten an die neuen Obergrenzen anpassen. Dies geschieht bloß auf Antrag, jedoch nur zukünftig und keinesfalls *vor* diesem Stichtag.

Nun liegt es an den Betroffenen, sich zu wehren – siehe vorherige Bremer Montagsdemos! Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

8. Detailliert wie selten, schreibt „Spiegel-Online“, zeige eine neue Studie des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“, wie ungleich Vermögen in Deutschland verteilt ist. Der Verfasser sagte, die Ergebnisse würden zeigen, „dass viele Menschen in Deutschland quasi von der Hand in den Mund“ leben. Gleichzeitig häuften die Wohlhabenden „gewaltige Reichtümer“ auf. Die Politik müsse diese Schieflage korrigieren – aber nicht durch eine **Vermögensteuer**: Die würde nur dazu führen, dass Reiche ihr Vermögen außer Landes brächten.

Geld lässt sich nicht festnageln. „Wir gehen ins Ausland“: Das wird wie bei den regulären Steuen oftmals angedroht und auch gemacht. Amerikaner müssen, wie ich höre, ihren Pass abgeben oder verlieren ihre Staatsbürgerschaft, wenn sie nicht für alle Einkünfte, egal wo diese erzielt wurden, in den USA Steuern zahlen. Die Vermögensteuer ist überfällig, ebenso die Begleitgesetze und eine Steuer auf die länderübergreifenden Kapitalbewegungen, wie von einigen Ländern bereits praktiziert.

Deutschland hat mit sehr mäßigem Erfolg versucht, durch gesenkte Steuersätze für abgewandertes Kapital eine Kapitalrückkehr zu erreichen – wohlgemerkt für Kapital mit ungeklärter Herkunft oder vermuteter Entstehung durch Steuerhinterziehung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

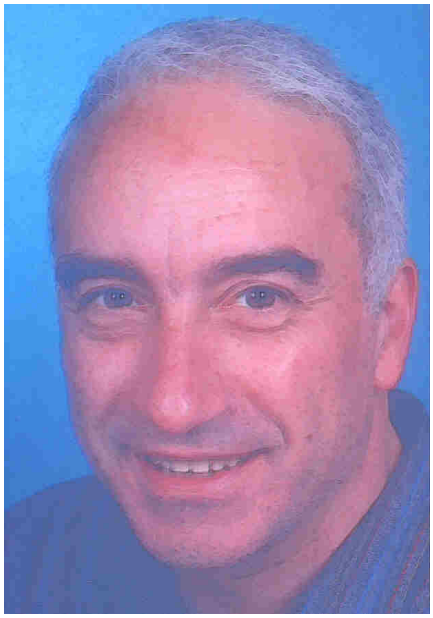
Erstmals Streik im Güterverkehr: Bahn bleibt hart, weil sie sich nicht verpflichtet sieht, Kunden Schadenersatz zu leisten *(„Spiegel-Online“)*

Bahn prüft Lösungsvorschlag: Lokführer könnten in eine Servicegesellschaft mit eigenem Tarifvertrag ausgegliedert werden *(„Financial Times“)*

Das Streikverbot gegen die Lokführer ist vom Tisch – die Solidarität muss weitergehen!

Letzten Freitag hat das Sächsische Landesgericht das Skandalurteil des Chemnitzer Arbeitsgerichts vom 5. Oktober 2007 endlich aufgehoben. Damals wurde der Gewerkschaft der Lokführer verboten, den Güter- und Fernverkehr zu bestrei-

ken. Das ist ein wichtiger Erfolg der konsequenten und hartnäckigen Lokführer und der breiten Solidarität in der Bevölkerung.



Es ist eine empfindliche Niederlage des Bahn-Vorstands, der seit Monaten versucht hat, den Streik der Lokführer zu kriminalisieren, die berechtigten Forderungen lächerlich zu machen und die Bahnkunden gegen die Lokführer aufzuhetzen.

Mit diesem Erfolg wurde das gewerkschaftliche Streikrecht in Tariffragen nach Ablauf der sogenannten „Friedenspflicht“ verteidigt. Aber dabei können wir nicht stehenbleiben, denn in Deutschland existiert nur ein stark eingeschränktes Streikrecht. Wir brauchen ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht, wie es in anderen Ländern Europas von der Bevölkerung schon längst erkämpft wurde!

Wenn die Lokführer jetzt dazu übergehen, den Güterverkehr zu bestreiken, dann treffen sie die „Just-in-time“-Produktion der großen internationalen Konzerne genau an der richtigen Stelle. Die jammern bereits über tägliche Verluste von 50 Millionen Euro. Wir sollten den Lokführern weiter den Rücken stärken und ihnen auch in Bremen (wie zum Beispiel letzte Woche in Hamburg) bei der nächsten Streikaktion die Solidarität der Montagsdemo zeigen. Wenn ihr einverstanden seid, könnten wir dort die folgende Solidaritätserklärung übergeben.

Harald Braun

Liebe Lokführer, wir erklären uns solidarisch mit eurem Streik:

- mit euren Lohnforderungen, die angesichts des Lohnabbaus (seit der Teilprivatisierung der Bahn 1994 um 28 Prozent) absolut berechtigt sind,
- mit eurer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und gegen den steigenden Stress,
- gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Bahn-Vorstands gegenüber eurem Streik wie Abmahnungen, Suspendierungen, Entlassungen.

Wir laden euch herzlich ein, über euren berechtigten Kampf auf einer der nächsten Montagsdemonstrationen zu berichten (ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz). Solidarische Grüße von der Bremer Montagsdemo!

Einstimmig verabschiedet auf der Kundgebung am 5. November 2007

57 Prozent Zustimmung: Öffentliche Unterstützung für den Streik der Lokführer seit Oktober deutlich gestiegen *(„Welt Online“)*

„Unerträglicher Zustand“: Beim „schlimmsten Streik der Bahn-Geschichte“ fallen zwei Drittel der Güterzüge aus *(„Spiegel-Online“)*

Montagsdemonstrationen machen wir weiterhin gemeinsam!

Ich bin Aachener und heute zufällig beruflich hier, komme ganz unverhofft am Rathaus vorbei – und sehe die Montagsdemo! Das freut mich unglaublich, weil ich zu denen gehöre, die sie seit 2003 regelmäßig auch in **Aachen** organisieren. Wir machen **jeden ersten Montag im Monat** eine Demo. Zur Stunde findet sie dort im Stadtzentrum, ähnlich wie hier gelegen, statt!

Wir haben gleiche Herausforderungen und gleiche Themen. Die Demonstration heute in Aachen steht im Zeichen der Solidarität mit den streikenden Kollegen und Kolleginnen bei der Bahn, mit den Lokführern. Ich freue mich deshalb, diese Solidaritätserklärung zu hören! Sie hört sich fast so an wie unsere, die wir in Aachen vorbereitet haben.

Wir haben die Montagsdemonstrationen immer unter die Forderung gestellt: Hartz IV muss weg, und damit muss eine andere Sozial- und Wirtschaftspolitik eingeleitet werden! Aber wir haben immer auch den Blick auf andere Herausforderungen gerichtet. Wir hörten eben den Vergleich mit den Kriegsausgaben, die in den USA getätigt wurden.

Letzte Woche hat ein deutscher Vertreter des europäischen Rüstungskonzerns EADS das Jahr 2008 zum „Jahr der Rüstungsexporte“ ausgerufen. Das finden wir unglaublich empörend! So soll letztlich nur die Legitimation und der Vorwand dafür geschaffen werden, dass die Bundeswehr in sogenannten Menschenrechtsinterventionen in andere Länder einmarschiert. Eine solche Politik lehnen wir ab! Wir wollen keine Kriegspolitik, wir wollen eine andere Sozialpolitik und dass Hartz IV abgeschafft wird! Also euch viel Erfolg bei den nächsten Montagsdemonstrationen! Wir werden das weiterhin gemeinsam machen!

Grußwort eines Aachener Montagsdemonstranten

Da hilft kein Niedriglohn: Jeder zehnte Erwachsene ist finanziell am Ende *(„Spiegel-Online“)*

Montagsdemo begrüßt immer wieder Mitstreiter aus anderen Städten

Dunkel war's, die Montagsdemo schien helle... gut 40 Teilnehmer kamen zur 157. Montagsdemo in Bremen am 5. November 2007 um 17:30 Uhr wieder auf den Marktplatz. Ein zufällig vorbeikommender Freund und Teilnehmer der Montagsdemo aus Aachen freute sich, vertraute Beiträge und Forderungen zu hören. Er berichtete, dass die „Öcher Montagsdemo" auch immer noch aktiv ist. Wir gaben ihm Grüße nach Aachen mit auf den Weg. Aber auch andere zufällig vorbeikommende Menschen sprachen spontan zu einzelnen Themen.

Im Mittelpunkt der Beiträge stand die Aufhebung des Streikverbots gegen die Lokführer der GDL. Wir verabschiedeten eine Solidaritätsresolution und wollen diese sobald wie möglich an die Streikenden übergeben. Weitere Themen waren die Kinderarmut, die Situation der Familien und das ganze Geheuchel der politischen Parteien, voran der SPD, aber auch die plumpe Betonmentalität und Untätigkeit der SPD in Sachen Kulturdenkmal Sendesaal (er ist noch wenige Tage bei „Radio Bremen" in Nutzung, soll aber zugunsten von Eigentumswohnungsbau abgerissen werden). Wie sagte eine Kollegin so richtig: Nichts ist überflüssiger als die SPD! Am **26. November 2007** kommt übrigens der abgehalfterte **Schröder** zum „**Bürgermahl**" der Spendensammler der „Willhelm-Kaisen-Stiftung" nach Bremen. Wir wollen und werden ihm ein paar Fragen stellen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo"

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

158. Bremer Montagsdemo am 12. 11. 2007

Ist mehr Geld für Politiker gerecht?

Nein, nein, nein! Fangt den Teufel und sperrt ihn schnell ein! Er muss bei den Politikern zu finden sein! Bei den Volksvertretern ist der Haufen hoch genug! Wann werden die Damen und Herren wohl endlich klug?

Für so eine miese Arbeit noch mehr haben wollen? Ich höre auf der Straße und im Kaufhaus das Grollen! Die Gier ist unendlich, bei der Politik! Sie klaut und klaut immer von unten ein Stück!

Unten nehmen und sich selber viel geben – wer will da noch weiter in Deutschland leben? Gesetze zum Grauen; Renten, die schmelzen und schmelzen; arme Menschen, die sich mit Kummer im Bette wälzen! Und was fällt den gierigen Machthabern ein? „In unsre Taschen müssen mehr Euros rein!“

Und während sie tüchtig scheffeln, sind sie blind! Sie brüten aus ein sehr unbeliebtes Kind! Noch mehr Nazis werden sich rasant verbreiten! Die Politik ist dabei, den Boden zu bereiten!

Ursula Gatzke (parteilos)

„Der Aufschwung schwächt sich ab!“

1. Toll, was sich die sogenannten fünf Weisen da ausgedacht haben! Nun stehe ich hier ja nicht aus Langeweile, sondern weil ich mich mit den Daten und Taten der Politik auseinandersetze. Das heißt, ich höre nicht nur eine Seite, denn die weist doch nur in eine bestimmte Richtung. Man bekommt das Drumherum nicht mehr mit, und das führt zum sogenannten Tunnelblick.

Ein Beispiel dafür ist die Entfernung der Politik von den Bürgern. Die Politiker wissen doch gar nicht mehr, was es heißt, mit wenig Geld leben zu müssen!

Unser Gesundheitssystem gefährdet unsere Gesundheit immer mehr, die Kranken und Armen leiden unter der unerträglichen Bürokratie, der Bevormundung und Abzocke, und über Kinderarmut wird doch nur geredet. Wenn Sie es wirklich wissen, meine Damen und Herren, warum reden Sie immer noch, warum tun Sie nichts dagegen? Sie hoffen wohl auf ein Wunder: dass sich alles von selber klärt!

Ja, und dann erzählen – oder präsentieren – Sie uns Bundesbürgern alle halbe Jahre den Bericht der sogenannten fünf Wirtschaftsweisen. Und alle sollen es glauben! Richtig ist wohl, dass ich diesen Gutachten schon lange nicht mehr glaube. Wie ich in meinen langwierigen eigenen „Forschungen“ feststellen musste, haben sich diese Herrschaften regelmäßig geirrt. Um es genau zu sagen: Sie haben *nie* recht gehabt. Dass irren menschlich ist, will ich auch diesen Herrschaften gern zubilligen, aber dass sie damit uns Bundesbürger politisch beeinflussen, passt mir überhaupt nicht! Unsere Regierung hat dadurch nur ein Alibi.

Also, der „Aufschwung“ schwächt sich ab, und wie viele andere frage ich mich: Wo bleiben wir? Darum stehen wir hier, dass ihr euch nicht mehr rausreden könnt! Ihr hört hier vor Ort, was uns auf den Nägeln brennt, und ihr könnt euch jetzt nicht mehr hinter Gutachten verstecken, die uns Steuerzahler nur Geld kosten und doch bloß der Industrie und der Politik nutzen, denn „wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“. Nur eine Ehrenrettung möchte ich machen: Professor Bofinger war schon lange Zeit ganz anderer Meinung als die übrigen Herrschaften, nur hat niemand auf ihn gehört. Schade, dann hätte ich vielleicht auch etwas vom „Aufschwung“ gehabt.

2. Irgendwie bleibt es nicht aus, das haben auch die Bürger erkannt: Der sogenannte Lokführerstreik lähmt den Verkehr und die Wirtschaft. Gott sei Dank, endlich! Das sage ich nicht aus Schadenfreude, denn jetzt merkt man endlich, dass man die Arbeitnehmer doch noch braucht. Das war schon lange fällig! Was glauben Sie denn, meine Damen und Herren, warum man vom demokratischen Recht des Streiks Gebrauch macht? Weil man sich benachteiligt fühlt!

Es steht doch wohl fest: Ein Mensch, der so eine große Verantwortung trägt, muss auch dementsprechend bezahlt werden. Ganz abgesehen von Ihrer eigenen Moral, Herr Mehdorn, Gelder zu nehmen! Auch Sie tragen eine große Verantwortung, dazu will ich mich jetzt nicht äußern, doch *darüber* sollten Sie kräftig nachdenken: Der volkswirtschaftliche Schaden, der jetzt angerichtet wird, geht zumindest zur Hälfte auch auf Ihre Kappe, auf Ihre Uneinsichtigkeit! Ich garantiere Ihnen, wenn die Wirtschaft immer lauter klagt, ziehen Sie den Kürzeren!

Meine Sympathie gilt der GDL, die endlich einmal zeigt, wie sich eine Gewerkschaft für ihre Mitglieder einsetzt – im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften, die sich für den Arbeitnehmer immer weniger engagieren. So verlangt Verdi nur 7,50 Euro Mindestlohn, und andere Gewerkschaften lassen ständig weitere Abstriche zu. Sie vertreten den Arbeitnehmer nicht mehr richtig, sondern gehen faule Kompromisse ein. 7,50 Euro entsprechen gerade mal Hartz IV, und von diesem Hungerlohn müssen noch Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden!

Wenn dann tatsächlich eine Aufstockung erfolgt, kommt sie von den anderen Steuerzahlern und nicht vom Arbeitgeber. Kein Wunder, dass der Bürger da die „Hartz-IV-Empfänger“ als Schuldige ausmachen will! Nein, es ist das unsoziale Verhalten der Arbeitgeber, die sich leider mit wachsendem Erfolg aus der Verantwortung stehlen. Sie kommen ihrer Aufgabe nicht mehr nach, dem Grundgesetz zu folgen. Darin steht der schöne Satz: Eigentum verpflichtet. Das gilt für alle!

Und noch ein Tipp an alle Gewerkschaften: Zeigt auch ihr endlich mal Rückgrat und setzt euch ein, wofür ihr von euren Mitgliedern und auch mir bezahlt werdet, nämlich den Arbeitnehmer gerecht und fair zu vertreten. Zeigt endlich den Arbeitgebern, wenn es die Politik nicht tut, dass er auch Pflichten hat! Wer soll es denn sonst tun? Her mit der Solidarität, die ihr euren Mitgliedern schuldig seid!

Udo Riedel (parteilos)

Mehdorn zum Abschuss freigegeben: Bahn-Aufsichtsrat hat schon ein neues Rumpelstilzchen *(„Spiegel-Online“)*

Der Ausschuss vertagt sich

Heute soll in Berlin wieder der Auschuss der Großen Koalition tagen. Alle Begehrlichkeiten der Wähler sind verboten: „Kostenneutralität“ ist das beliebte Stichwort dafür. Wenn die älteren ALG-I-Empfänger etwas länger ihr Arbeitslosengeld bekommen dürfen, soll es auf Kosten der Jüngeren geschehen, denen dann die Zeit gekürzt wird. Doch am liebsten würde man die Regelung so belassen – und die Arbeitslosenabgabe senken.

Dann würde der Arbeitgeberanteil weiter sinken, und man käme dem Ziel, die Lohnnebenkosten auf Null zu drücken, wieder ein Stück näher. Was haben denn die Unternehmer mit Alter, Krankheit oder Ausbildung zu tun? Sie haben doch schon genug Stress, die Gewinne in immer neue Höhen zu schrauben! Dem Mindestlohn bei Postbetrieben wird es da nicht anders ergehen: Daumenschrauben werden angelegt gegen die Verbreiterung der Gültigkeit und die Schaffung weiterer Ausnahmetatbestände. Die Postkollegen werden in die Offensive gehen müssen!

Die sogenannten „Wirtschaftsweisen“, die Kaffeesatzleser der Nation, haben ihre Prognose für das nächste Jahr schon unter die Zweiprozentmarke zurückgefahren. Gründe sind das Öl, die Bankenkrise der USA, der schwächelnde Dollar und – das wird auch bald kommen – die „maßlosen“ Forderungen der Arbeiter und Angestellten. Schon immer waren die Werktätigen schuld, wenn der Aufschwung in den Keller geht!

Die Bahn verweigert der GDL weiterhin ein verhandelbares Angebot. Die GDL hat den ersten wirksamen **Streik im Güterverkehr** durchgeführt, und sie wird ihn fortsetzen. Die Menschen, das merkt man immer wieder, stehen hinter allen kämpfenden Gewerkschaftern. Nicht so die SPD: Der Herr Struck, als Hindukusch-Kriegsminister unangenehm bekannt, greift die GDL an, in enger Verbindung mit der zahnlosen Transnet, der die Kollegen davonlaufen. Selbst die aktiven Rentner der „alten“ Bahn wechseln zur GDL. Wenn alles klappt, machen wir an diesem **Donnerstag** um **16 Uhr** unseren Besuch beim Protest- und Infostand der **GDL** am **Hauptbahnhof**.

Der „Weser-Kurier“ versucht zurzeit, den niedersächsischen Landeschef Jüttner und seine SPD hochzupuschen. Zum Glück vergeblich, denn die Umfragen sagen weiterhin aus, dass diese Hartz-IV-Verursacherpartei weiter im tiefen Loch steckt. Wo wir auch sind, stärken wir die kämpferische Opposition. Jeder ist herzlich dazu eingeladen: Hartz IV muss weg, ohne Wenn und Aber!

Am nächsten **Montag**, dem **19. November 2007**, treffen wir uns um 17:30 Uhr noch einmal hier auf dem **Marktplatz**. Dann kommt der Aufbau des Weihnachtsmarktes, und wir sammeln uns am **26. November 2007** erstmals vor der „**Glocke**“ an der Domsheide. Wir wollen mit unserer Auftaktkundgebung dort beginnen und uns dann zum Rathaus bewegen, um den „Verarmungskanzler“ **Gerhard Schröder** angemessen zu begrüßen! Bitte seid dazu recht pünktlich und zahlreich da. Da auch die Weihnachtzeit dräut, haben wir eine schöne Hartz-IV-Postkarte gegen Spende von einem Euro abzugeben, von unserem Mitstreiter Henk Dijkstra gestaltet nach dem Motto „Hartz IV greift – dem Kaffeesatz eine zweite Chance geben!“

Jobst Roselius

Unbefristeter Bahn-Stopp: Frankreich erlebt größte Streikwelle seit zwölf Jahren *(„Spiegel-Online“)*

Die Grundhaltung der Ignoranz gegenüber Armut

1. Jeder zweite Deutsche hat **kaum Vermögen**. Eine neue Studie zeigt detailliert, wie ungleich Vermögen in Deutschland verteilt ist. Die reichsten zehn Prozent verfügen über zwei Drittel der Rücklagen, die Hälfte der Bürger hat so gut wie gar keine. Besonders betroffen sind Frauen, Ostdeutsche, Zuwanderer. Das gesamte Einkommen dieser Gruppe dient im Prinzip dem Konsum oder der Tilgung von Schulden. Die Daten zeigen auch, wie groß die Unterschiede bei den Besitzverhältnissen zwischen West- und Ostdeutschland sind.

Das Durchschnittsvermögen eines Westdeutschen ist demnach 2,6 Mal höher als das eines Ostdeutschen – vor allem, weil Ostdeutsche eher verschuldet seien und seltener Wohneigentum besäßen. Unterschiede gebe es auch bei der Vermögensverteilung zwischen Männern und Frauen, schreibt die Zeitung: Im Durchschnitt ist das Vermögen einer Frau demnach um 30.000 Euro kleiner als das von Männern. Wegen höherer Einkommen der reicheren Deutschen haben die sozialen Gegensätze der Studie zufolge in den vergangenen Jahren zugenommen. Der Lohnanteil am Vermögen habe von 1996 bis 2006 stagniert – der Kapitalanteil sei um vier Prozentpunkte auf 33,8 Prozent gestiegen.

Der DGB reagierte auf die Studie überrascht: „Mit einer solchen Ungleichverteilung hatten wir nicht gerechnet“, sagte Dierk Hirschel, Chefökonom des Gewerkschaftsbundes, der Zeitung. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki beklagt, dass „eine Minderheit vom goldenen Teller essen kann, während große Teile der Bevölkerung von der Hand in den Mund leben“. Erbschaften müssten mindestens doppelt so hoch besteuert werden wie heute. Was bekommt eine Gewerkschaft heute eigentlich überhaupt noch mit? Wofür haben wir sie eigentlich?

2. Trotz des sagenhaften „Aufschwungs“ und der angeblich sinkenden Arbeitslosigkeit können mehr als sieben Millionen Deutsche ihre **Schulden** nicht mehr zurückzahlen. Sie stehen vor dem Ruin. Immer öfter wird ihnen die von der Werbung angeheizte Lust am schnellen Konsum zum Verhängnis. Das Gesamtvolumen des aufgehäuften Schuldenbergs beträgt 208 bis 271 Milliarden Euro. Auslöser für die Überschuldung sind „Creditreform“-Vorstand Helmut Rödl zufolge meist Schicksalsschläge: Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Krankheit. Doch immer öfter steckt auch die von der Werbung angeheizte Lust am Geldausgeben dahinter. Immerhin rund eine Million Betroffene seien durch übertriebene Kauflust in die Schuldenfalle geraten, betonte Rödl.

Schon mehr als jeder zehnte Erwachsene kann demnach seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Besondere Sorgen macht dem „Creditreform“-Vorstand, dass vor allem bei jüngeren Menschen die Verschuldung steigt. Bei Jugendlichen sind Handyverträge mit für die Betroffenen unüberschaubaren Kosten nach wie vor eine große Gefahr. Überschuldung ist der Studie zufolge längst nicht mehr ein Problem der sozial Schwachen – sie erreicht zunehmend die Mitte der Gesellschaft. Oft sei es das durch Arbeitslosigkeit verursachte Scheitern einer Baufinanzierung, möglicherweise noch verbunden mit einer Scheidung. Dies treibe auch gut verdienende Angestellte oder Freiberufler in die Überschuldung.

Verschlimmert werde die Lage in diesen Fällen vielfach durch den Versuch, an alten Lebensgewohnheiten festzuhalten – auch dann, wenn sich das längst nicht mehr finanzieren lässt. Überrascht bemerkte Rödl, dass der Wirtschaftsaufschwung nicht zu einem Rückgang der Verschuldung geführt habe. Seine Erklärung: Viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze seien im Niedriglohnbereich angesiedelt. Die Betroffenen verschwänden damit zwar aus der Arbeitslosenstatistik. Die Überschuldungsgefahr verringere sich jedoch wenig, da der Verdienst oft nicht zu einem normalen Leben reiche.

Außerdem werde vielen einkommensschwachen Haushalten zum Verhängnis, dass die Reallohn-Entwicklung in den vergangenen Jahren nicht mit dem Preisanstieg mitgehalten habe. Ein Alarmzeichen sieht „Creditreform“ darin, dass sich der Abstand zwischen Regionen mit geringer und hoher Überschuldung weiter vergrößert hat. Die Schuldner konzentrierten sich immer stärker in bestimmten Gebieten, sodass man schon fast von „Schuldengettos“ sprechen könne, sagte Rödl. Dies sei auch gesellschaftlich problematisch, denn eine hohe Zahl von Schuldnern gehe – wie die Daten zeigten – einher mit einer niedrigen Wahlbeteiligung und politischer Apathie.

3. Franz Müntefering lässt Hartz-IV-Betroffene lieber hungern! Einem Bericht der „Passauer Neuen Presse“ zufolge lehnt der Bundesarbeitsminister eine **Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze** wegen gestiegener Lebensmittelpreise ab. Jedoch plane er offenbar Zuschüsse für Kinder aus armen Familien: Für bedürftige Erstklässler soll es ein „Schulstartpaket“ von einmalig 150 Euro geben. Zusätzlich seien Bundeszuschüsse „für gesunde und ausreichende Ernährung von Kindern in Kitas und Schulen“ geplant.

Müntefering ist damit einem Auftrag des Kabinetts aus dem Sommer nachgekommen, wegen der steigenden Preise bei Milch, Butter und anderen Lebensmitteln eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II zu prüfen: Dies wurde abgelehnt. Zwar gebe es „punktuell deutliche Preissteigerungen“ bei einzelnen Lebensmitteln, der allgemeine Verbraucherindex zeige angeblich insgesamt aber „moderate“ Veränderungen. Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland“, warf in einer ersten Reaktion dem Arbeitsministerium eine „schöngeredete“ Prüfung vor. Müntefering sei seinem Wahlspruch „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ treu geblieben.

„Tatsächlich hat das Bundesarbeitsministerium auch andere Berechnungsmethoden angewandt und dabei festgestellt, dass von 2003 bis 2007 der Regelsatz um 22 Euro hätte steigen müssen. Die absurde Logik, wonach Hartz IV nur im gleichen Umfang steigen dürfe wie die Renten, beweist, dass der Arbeitsminister sich nicht mal ansatzweise in ein Leben in Armut hineinversetzen kann: Auch einkommensschwache Rentner können sich nicht ausreichend und gesund ernähren! Müntefering zeigt nur zu deutlich, dass er nicht die Armut bekämpft, sondern die Armen, so Behrsing in Bonn. Wenn sich die Abgeordneten dafür stellvertretend ihre Diäten um zehn Prozent erhöhen dürfen, ist die Gerechtigkeit in diesem Land ja wieder hergestellt!

4. In Deutschland sind nach Schätzungen der „Bundesarbeitgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ bis zu 235.000 Menschen unmittelbar vom Verlust ihrer Wohnung bedroht. Zum Schutz müssten die Kommunen mehr vorbeugende Maßnahmen ergreifen, forderte der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Thomas Specht, am Mittwoch in Potsdam vor Beginn der Jahrestagung. Es habe sich in der Vergangenheit gezeigt, dass durch präventive Maßnahmen in bis zu 80 Prozent der Fälle ein Verlust der Wohnung vermieden worden sei. Zudem würden Kommunen durch eine verbesserte Organisation viel Geld sparen. „Es ist sieben Mal billiger, verbeugend zu helfen“, sagte Specht.

Seit der Einführung von Hartz IV werden die **Obdachlosenzahlen** nicht mehr erfasst. Erstaunlich, was alles nicht mehr erfasst wird, das sich seit Hartz IV logischerweise verschlimmert haben muss! Es nicht zur Kenntnis zu nehmen, das kommt einem Versuch gleich, es zu negieren! Für wie doof halten die uns? Alleine vom Stadtbild her – auch wenn die Obdachlosen sich nicht in der Innenstadt sichtbar aufhalten dürfen – nimmt das Elend zu. Wenn wir dann lesen, wie lange die „wenigen“ überhaupt gestellten Widersprüche gegen Arge-Willkür dauern – nur als Spitze des Eisberges von tatsächlich erstellten Unrechtsbescheiden –, dann kann man sich nur noch Schlimmes vorstellen!

5. Laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Focus“ fordert das Bundesarbeitsministerium Millionenbeträge aus dem „Hartz-IV“-Budget von Kommunen zurück, die Langzeitarbeitslose in eigener Regie betreuen. Allein für das Jahr 2005 hat eine eigens im Ministerium eingerichtete Prüfgruppe Rückzahlungsforderungen in Höhe von 34 Millionen Euro an die sogenannten **Optionskommunen** gestellt. In 15 Städten und Kreisen, die die Betreuung Langzeitarbeitsloser unabhängig von der Bundesagentur für Arbeit übernommen haben, seien die Prüfer vor Ort Hinweisen auf erhebliche Mängel nachgegangen. Unter anderem monierte das Ministerium Abrechnungen für Büroausstattung und EDV, zu hohe Rückstellungen für Beamtenpensionen sowie Kosten für Berater- und Dienstleistungsverträge.

Ländersozialressorts machten Vorbehalte gegen die Prüfpraxis geltend. So soll es in einem Schreiben des bayerischen Sozialministeriums an das Bundesministerium heißen: „Der Bund darf nicht unter dem Deckmantel der Prüfungstätig-

keit Vorgaben machen, wie der angesprochene Verwaltungsstil auszusehen hat.“ Auch das niedersächsische Sozialministerium machte „die notwendige Freiheit bei der Gestaltung der Abläufe des Verwaltungsverfahrens“ geltend und warnte vor unzulässigem Einfluss auf den gewollten Systemvergleich. Erneut zeige sich, dass Optionskommunen faktisch kaum einer Kontrolle unterliegen.

Hartz-IV-Betroffene bemängeln schon länger, dass es praktisch keine übergeordnete Beschwerdestelle gegen Behördenwillkür gibt und Verwaltungsanweisungen nicht transparent sind. Natürlich haben die Ländersozialressorts Vorbehalte gegen die Prüfpraxis, weil sie ihre Felle davonschwimmen sehen: ihre Verfügung über Gelder und Erwerbslose nach Gutsherrenallüren! Deswegen ist es mehr als überfällig, dass hier ein Riegel vorgeschoben wird. Nicht wir Erwerbslosen kosten so viel Geld, sondern die sogenannten Programme der Verfolgungsbetreuung, bei denen sich wieder ganz viel Selbstbedienung geleistet wird, und dies bestimmt nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gar irgendwie im Sinne der Erwerbslosen!

6. Die Geschichte vom Tellerwäscher, der es zum Millionär bringt, gehört ins kapitalistische Märchenland. Fakt ist: Sind die Eltern arm, bleiben es ihre Kinder häufig auch – ihr Leben lang. Nicht nur Vermögen lässt sich vererben, auch **Armut** wird häufig von einer Generation an die nächste durchgereicht. Die Fachwelt spricht mittlerweile schon von „Sozialhilfe-Dynastien“. Gemeint sind Familien, in denen Armut auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken kann.

Familien, in denen der größte Teil des Einkommens aus eigener Erwerbstätigkeit stammt, sind grundsätzlich aufstiegsorientiert und begrüßen Werte wie Fleiß, Pünktlichkeit und Bildung. In Familien, die vor allem von staatlicher Hilfe leben, geht diese Grundhaltung irgendwann verloren und wird infolgedessen auch dem eigenen Nachwuchs nicht übermittelt. An diesem Punkt wird Armut erblich.

Jeder Sechste in Deutschland lebt in Armut. Das Armutsproblem nimmt zu, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Es gibt Familien, die in zweiter oder dritter Generation von staatlichen Transfers leben. Bei ihnen handelt es sich zwar nicht um die Mehrheit der Sozialhilfeempfänger, jedoch um eine wachsende Minderheit. Deren Grundproblem ist meist Arbeitslosigkeit, häufig in Kombination mit fehlenden Schul- und Ausbildungsabschlüssen.

Mich stört, dass gerne so getan wird, als ginge es in erster Linie darum, die „Grundhaltung“ innerhalb der „Sozialhilfe-Dynastien“ zu ändern – „und dann wird das schon“! Die Problematik ist viel tiefschichtiger. Sie hat unter anderem auch etwas mit den nicht vorhandenen Arbeitsplätzen zu tun. Von Bildung werden arme Kinder im dreigliedrigen Schulsystem ohnehin ausgegrenzt, mit Fleiß und Pünktlichkeit wird da wohl kein Blumentopf zu gewinnen sein!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Rente mit 67: Müntefering hat endlich Zeit für seine krebskranke Frau *(„Spiegel-Online“)*

Wenn die Zeit reif ist, nimmt sich das Volk, was ihm fehlt

Am Freitag beschloss der Bundestag ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Tausende demonstrierten sofort dagegen, denn es geht hier um den massiven Ausbau des Bespitzelungs- und Überwachungsstaates: Alle Telefonnummern, Anrufer wie Angerufene sowie alle Internetadressen müssen sechs Monate gespeichert werden. Wir werden gläserne Menschen!

Derselbe Bundestag beschloss am letzten Montag, sich mal eben die Diäten um 9,4 Prozent zu erhöhen, auf 7.700 Euro pro Monat. Dazu kommt noch die steuerfreie Aufwandsentschädigung von 3.300 Euro nebst zahlreicher Privilegien. Das ist den Gierschlünden von CDU, FDP und SPD aber noch nicht genug – schließlich verdient Herr Ackermann eine Million im Monat!

Derweil wird immer mehr Menschen das Arbeitslosengeld gekürzt oder ganz versagt. 10,9 Prozent der erwachsenen Bundesbürger sind überschuldet, also pleite! Hauptursachen sind Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne. Deshalb wird es Zeit, die Herrschenden daran zu erinnern, dass letzte Woche noch ein Jubiläum war: Vor 90 Jahren, am 7. November 1917 heutiger Zeitrechnung, war in Russland die Oktoberrevolution!

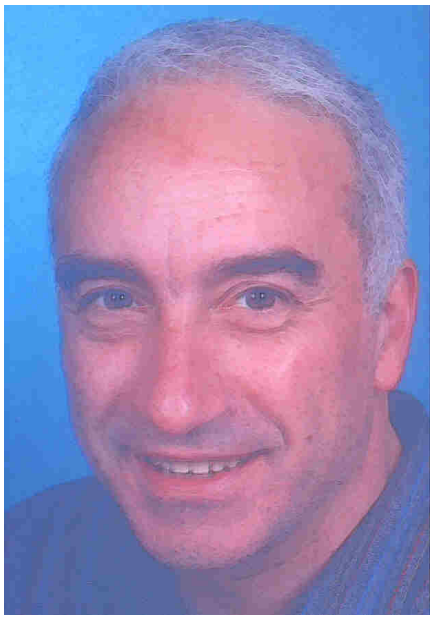
Wenn es dem Volk nicht mehr passt, wenn die Zeit reif dafür ist, nimmt es sich, was ihm fehlt. Auch wenn in Russland die Revolution längst verraten wurde, bleibt diese Lehre bestehen. Das wissen auch die Herrschenden heute, vor allem deswegen machen sie den Staat immer mehr zum Überwachungsstaat. Helfen wird es ihnen letztlich nichts!

Wolfgang Lange (MLPD)

62 Stunden Bahnstreik: Audi sagt Frühschicht ab *(„Spiegel-Online“)*

Unverhältnismäßig: SPD will Streikrecht einschränken *(„Focus“)*

Kommt mit zum Besuch der streikenden Lokführer!



Wir haben letzte Woche auf unserer Kundgebung eine Erklärung zur Solidarität mit dem Streik der Lokführer beschlossen. Ich habe direkt danach Kontakt zur Gewerkschaft der Lokführer aufgenommen – zunächst zur Bezirkgeschäftsstelle in Hamburg, die mich an die Aktivisten in Bremen weitergeleitet hat. Die streikenden Kollegen haben sich sehr gefreut über die Solidarität der Montagsdemonstranten. Ein Besuch war letzte Woche leider nicht möglich, weil es beim Streik im Güterverkehr kein Streiklokal gab, wo wir sie hätten antreffen und die Solidaritätserklärung übergeben konnten.

Die Lokführer zeigen großes Rückgrat, und sie haben letzte Woche noch eine Schippe draufgelegt. Die führenden Konzerne und ihre Wirtschaftsverbände sind durch den 42-stündigen Streik schwer getroffen worden und jammern über Verluste in Höhe von mehr als 100 Millionen Euro. Da trifft es genau die Richtigen, denn sie saugen die Arbeiter aus und streichen dadurch Milliardengewinne ein!

Die provokative Haltung des Bahn-Vorstands wird immer dreister. Das vor zwei Wochen vorgelegte Angebot ist eine Unverschämtheit: Darin wird nur die sowieso fällige Bezahlung der Überstunden angeboten und eine Lohnerhöhung von fünf Prozent – wenn die Lokführer zwei Stunden pro Woche länger arbeiten. Der massive Lohnabbau der letzten Jahre liegt aber bei fast 40 Prozent!

Die Lokführer bleiben hart – das ist gut! Das ist auch ein mutiges Zeichen für andere Belegschaften. Wenn die Lokführer jetzt den Streik verschärfen, brauchen sie weiter unsere Unterstützung. Es ist geplant, ab Mittwoch 12 Uhr den Güterverkehr und ab Donnerstag 2 Uhr den Personenverkehr zu bestreiken. Dann werden die Lokführer wieder ihren **Streik-Infostand** am **Hauptbahnhof** aufbauen. Sie freuen sich auf einen **Solidaritätsbesuch** der Montagsdemonstranten. Am besten wäre es, wenn wir am **Donnerstag**, dem **15. November 2007**, um **16 Uhr** gemeinsam dorthin gehen. Treffpunkt ist der **Haupteingang**. Je mehr Leute wir sind, desto besser!

Harald Braun

Rumpelstilzchen lässt Aufschwung platzen: Mehdorns Starrsinn kostet mehr als die Erfüllung der Lokführer-Forderungen *(„Die Welt“)*

Seehofer schützt die Verbraucher nicht!

Vor einigen Wochen schrieben wir in Sachen Preistreiberei an das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen offenen Brief. Wir brachten darin unseren Unmut zum Ausdruck und machten deutlich, dass wir nicht länger bereit sind, die willkürlichen Preiserhöhungen ohne Protest hinzunehmen. Dann verwiesen wir auf die im Grundgesetz festgeschriebene Sozialpflichtigkeit des Staates und der Unternehmer und legten dar, dass vor allem Geringverdiener und Alleinerziehende unter der Preistreiberei zu leiden haben. Wir richteten an Seehofer den dringenden Appell, sich im Bundesrat für eine deutliche Erhöhung der Regelsätze einzusetzen und auf die Konzerne einzuwirken, damit diese die Preiserhöhungen zurücknehmen.

Der vierseitige Antwortbrief aus dem Ministerium – immerhin hat sich da jemand dankenswerterweise sehr viel Mühe gemacht – enthielt jedoch außer zahlreichen Erklärungsversuchen und Verhaltenstipps nichts wirklich Substanzielles. Da heißt es, das Ministerium habe „die Umstände der Preiserhöhung überprüft“ und festgestellt, dass es keine Preisabsprachen gegeben habe. Wer um alles in der Welt soll das glauben? Außerdem will man uns weismachen, dass Ange-

bot und Nachfrage die wesentlichen Bestimmungsgrößen für den Preis von Nahrungsmitteln seien. Das ist doch lange vorbei, und es wird nicht gesagt, dass die klassischen Marktmechanismen, die Kapitalismus noch einigermaßen berechenbar machten, von wenigen Großkonzernen längst außer Kraft gesetzt wurden!

Nicht die Profitgier der Konzerne, sondern Dürren und Überschwemmungen in der Dritten Welt seien Schuld an den Preisanstiegen, hieß es aus dem Ministerium. Als weiterer Grund wird angeführt, dass in der Bundesrepublik die Preise für Grundnahrungsmittel wegen des starken Konkurrenzdrucks in den letzten Jahren stark rückläufig gewesen seien. Die Erzeugerpreise für fast alle Agrarprodukte hätten 2006 sogar niedriger gelegen als 1980. Besonders drastisch sei der Rückgang des Brotweizenpreises mit minus 53 Prozent gewesen. Aha, es gab also nur Nachholbedarf!

Schuld an den Preisanstiegen sei auch ein verändertes Verbraucherverhalten in den asiatischen Ländern, im Nahen Osten, in Nordafrika und in Russland, die plötzlich mehr Milch und Milcherzeugnisse konsumieren würden und dadurch hier die Preise in die Höhe trieben. Das ist praktisch eine Wiederholung dessen, was Seehofer schon in den Medien verbreiten ließ nach dem Motto: Schuld haben immer die anderen! Mit keinem Wort wird erwähnt, dass die Bauern für ihre Milch kaum einen Cent mehr bekommen. Völlig außer Acht lässt der Brief auch, dass es inzwischen in vielen Ländern Südamerikas, Afrikas und Asiens riesige Anbaugebiete für Mais- und Getreide gibt, die einzig und allein der Herstellung sogenannter Biokraftstoffe dienen und damit weiteren zig Millionen Menschen die Lebensgrundlage entziehen. Hier machen die internationalen Energiekonzerne unter dem Deckmantel des Klimaschutzes weitere gigantische Milliardenprofite!

Und damit wären wir bei den Energiepreisen. Unser Appell an Seehofer lautete, er möge auf die Konzerne Einfluss nehmen, damit diese die Preiserhöhungen zurücknehmen. Sein Ministerium erklärte, dass die Bundesregierung „Maßnahmen zur Kontrolle und Genehmigung der Netznutzungsentgelte mit der Energierechtsnovelle und die Erleichterung des Anbieterwechsels für die Verbraucher nach der Stromnetzzugangsverordnung“ ergriffen habe. Abgesehen davon, dass dieses Beamtenkauderwelsch kaum jemand versteht und Zusammenhänge nicht durchschaubar macht, reicht uns das schon deshalb nicht, weil der Brief auch hier nichts Konkretes enthält. Er empfahl, unsere Beschwerden an den „Bund der Energieverbraucher“ und an die Verbraucherzentralen zu richten – als ob diese Organisationen die Konzerne in die Schranken weisen könnten. Das, Herr Seehofer, ist uns entschieden zu wenig!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Wirtschaftsfreundliche Berichterstattung“: „Spiegel“-Mitarbeiter feuern Chefredakteur *(„Tageszeitung“)*

Den Druck macht der Computer

Eine Änderung der **Mehrwertsteuer** wünscht sich die Staatssekretärin Barbara Hendricks im Bundesfinanzministerium – sie sorgt sich um den Staatsbürger. Es geht um den ermäßigten Mehrwertsteuersatz: Diese Regelungen sind dem Bürger teilweise nicht mehr vermittelbar. Der ermäßigte Steuersatz beträgt sieben Prozent, der volle 19. Jede Änderung bedeutet eine Preissteigerung von über elf Prozent!

Auf Nachfrage erklärt das Bundesfinanzministerium: „Wir haben kurzfristig keine Pläne.“ Also kein Dementi – was ist „kurzfristig“? Wir sind auch mit den langfristigen Plänen nicht einverstanden! Der ermäßigte Steuersatz auf Lebensmittel, Bücher und Zeitungen ist bei der Erhöhung (absichtlich) unverändert geblieben. Nur so ließ sich die Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte durchsetzen. Inzwischen sind die Mehreinnahmen an die „Ziege“ verfüttert worden, und es besteht weiterer Finanzbedarf!

Nun hören wir, der „Aufschwung“ werde durch die **Lokführer** bedroht. Nein, die Bedrohung erfolgt durch die Bahn! Zwei Tarifverträge mit unterschiedlichen Gewerkschaften in einem Unternehmen sind keine neue Erfindung. Beispielsweise hat die Gewerkschaft Druck immer, wenn irgendwo eine Druckmaschine stand, den „Tarifvertrag Druck“ durchgesetzt, wenn es sein musste, mit Streik. Allein dadurch gab es in vielen Betrieben verschiedene tarifvertragliche Regelungen mit unterschiedlichen Gewerkschaften.

Klar, die Exportindustrie ist die Branche mit Wachstum, aber der Aufschwung wird getragen durch die erhöhte Produktion mit geringerem Aufwand und niedrigeren Kosten, insbesondere für Personal. Der Absatz wird vom Export getragen und nicht vom Binnenmarkt. Im Inland werden die Personalkostensenkungen vollzogen. Somit gehören auch die Polizistinnen und Polizisten Bremens zu den Förderern des Aufschwungs, allerdings zu den unfreiwilligen. Diese Art von Aufschwungförderung durch **Lohnkürzung** geht in die Sackgasse!

Die Binnennachfrage soll 2008 den Aufschwung tragen, nur setzt sie verfügbares Einkommen voraus! Diese Voraussetzung kann bei den Polizist(inn)en und Lokführer(inne)n gestärkt werden! Insgesamt geht es aber bei dieser Prognose nur um leere Worthülsen wie zu Weihnachten, alle Jahre wieder! Damit wäre auch die Diätenerhöhung begründbar – mensch muss nicht gleich übertreiben! Diäten sollten wie der Regelsatz für ALG II, Sozialgeld et cetera erhöht werden. Dies ist schließlich auch der Faktor für die Rentenanpassungen.

Nur bei der Ermittlung der Preissteigerung für die Diäten wird anders gerechnet! In dieser Formel spielen die Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse keine Rolle, anders

als beim Regelsatz für Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Rente. Die Diäten sollten aber nicht nach dem Prozentsatz für den Regelsatz erhöht werden, sondern um die Eurobeträge!

Hunger in Bremen, Menschen ohne Geld in der Tasche und mit Hunger im Bauch – dies können viele Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen. Ehrlich gesagt habe ich es auch nicht geglaubt, aber Menschen, die auf **Geldleistungen** der Bagis angewiesen sind, erhalten diese nicht immer pünktlich. Wenn das Geld am Monatsersten nicht da ist, so hat dies gravierende Auswirkungen. Die Menschen haben selten etwas zuzusetzen. Es wird gehungert, Kinder müssen sich ohne Fahrschein auf den Weg zur Schule begeben.

Die Bagis hat viele Erklärungen für diese „Unregelmäßigkeiten“, die häufigste ist ein „EDV-Fehler“. Im Untersuchungsbericht zum Tod des kleinen Kevin steht: Die Bagis hat verzögerte und verminderte Zahlungen als **Druckmittel** gegen den Ziehvater von Kevin eingesetzt! Sind diese „EDV-Fehler“ also nur eine Ausrede? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Alarm in Bremen: Straßenbahn unter Strom *(„Spiegel-Online“)*

Rot-grünes „Berufsverbot“ für Sozialarbeiter

Das rot-grüne Landesprogramm „Sozialversicherungspflichtige Arbeit für ältere Arbeitslose (‚55 plus‘)“ von April 2007 hat so seine Macken! Obwohl diese Initiative von Karoline Linnert auf der Montagsdemo gelobt wurde, hat sie erhebliche Nachteile für ältere Arbeitslose, die im sozialen Bereich arbeiten wollen!

Viele Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Stiftungen oder Wohlfahrtsverbände, die von staatlichen Zuschüssen abhängig sind, können zur Eingliederung von förderbedürftigen Arbeitnehmern keine Zuschüsse erhalten wie Firmen, weil sie den Eigenanteil – im ersten Jahr 50 Prozent, im zweiten 60 und im dritten 70 – kaum bezahlen können. Daher sind Arbeitslose der Altersgruppe „55 plus“, die einen sozialen Beruf haben, ganz klar benachteiligt!

Soziologen, Sozialwissenschaftler oder Erzieher(innen) bekommen nach diesem Landesprogramm faktisch Berufsverbot und werden bis zur Rente in Hartz IV geschoben. Nur Firmen, die eventuell 50 Prozent Eingliederungsgelder bezahlen, können die älteren Arbeitslosen wie Ingenieure oder Naturwissenschaftler einstellen. Wir fordern daher, dass dieses Gesetz nur für Firmen gelten soll! Für

Einrichtungen, die kein Geld zur Verfügung haben, sollen die genannten Fördergelder vom Arbeitsamt und aus Landesmitteln bezahlt werden!

Abidin Bozdag (parteilos)

Ein erfahrungsreicher Abend

Es war viel los in der Stadt. Im Rathaus sollte die „Nacht der Jugend“ stattfinden, und viele Jugendliche waren schon auf dem Weg dahin. Wir hatten uns am 12. November 2007 wieder um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz zur 158. Montagsdemo zusammengefunden, diesmal unter einer Laterne, um mehr im Mittelpunkt zu stehen als vor der Bürgerschaft. Von anfangs um die 20 wuchs dann die Diskussion auf fast 40 Teilnehmer an.

Von der Diätenerhöhung im Bundestag und der Fortsetzung der Sparpolitik gegen die Masse der Arbeitslosen, vom Streik der Lokführer und der großen Unterstützung durch die Menschen war einmal mehr die Rede. Jetzt am **Donnerstag** werden wir unseren **Solidaritätsbesuch** bei den streikenden Eisenbahnern machen. Wer auch dazukommen möchte, soll sich um **16 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof** einfinden.

Immer wieder kam die Rede auf die Bagis, die den Menschen das Leben so schwermacht, aber auch auf die Proteste der Polizei, die weitere Sparmaßnahmen des Senats nicht hinnehmen will. Das rief den Widerspruch eines vorbeikommenden Mannes hervor. Er konnte seine Meinung am Offenen Mikrofon äußern, aber seine Bekundungen und Rechtfertigungen der SPD-Politik („Es war doch die SPD, die für Polizisten die Besoldungsstufe A5 eingeführt hat“, „Wenn *ich* für 58 Cent bei Penny einkaufe, werde ich davon satt“) lösten bei uns Befremden und Zwischenrufe aus. Es kam zu teils hitzigen Wortgefechten.

Unser Moderator stellte das Offene Mikrofon als überparteiliche Einrichtung heraus, die jedem auf antifaschistischer Grundlage offen steht, also auch für SPD-Auffassungen, wobei das Zuhören und sachliche Gegenargumentieren wesentlich sind, um unser Anliegen voranzubringen. Einige wenige Mitstreiter hatten Mühe, diese ruhige sachliche Art zu wahren. Es fiel ihnen schwer, solche „sozialdemokratischen Hoffnungswolken“ nach fast vierzig Jahren immer noch hinzunehmen.

Unser sozialdemokratischer Diskutant bekundete in Einzelgesprächen, dass er nicht frei von Zweifeln gewesen sei, auch an der SPD, nach 14 Jahren Arbeitslosigkeit und vielen Erfahrungen in dieser kapitalistischen Gesellschaft. Jetzt mit dem „neuen Programm“ der SPD fühle er sich aber wieder gefestigt. So warb er

dann auch mit den bekannten „Sachzwängen“ für diese Position. Wir mussten die Diskussion leider abbrechen, um den Lautsprecherwagen rechtzeitig zum Unterstellplatz zu bringen.

Der Sozialdemokrat versprach, uns bei Gelegenheit wieder zu besuchen. Wir wollen uns dann bemühen, auf sachlicherem Niveau miteinander zu streiten und weiterzukommen. Eine gute Möglichkeit dafür kann auch der **26. November 2007** sein, wenn „Gazprom-Kanzler“ **Gerhard Schröder** nach **Bremen** kommt, um die ehrenamtlichen Spendensammler der „Willhelm-Kaisen-Bürgerhilfe“ mit seiner Sicht der Dinge für die Fortsetzung der unsozialen Verarmungspolitk zu gewinnen. Wir werden ihm schon eine andere Meinung entgegenhalten!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Ab nächster Woche wollen wir unbefristet streiken“: Lokführer freuen sich über Solidarität der Montagsdemonstranten *(„Rote Fahne News“)*

Schluss mit Mehrarbeit gegen Minderbezahlung: Verdi bestreikt erstmals das Weihnachtsgeschäft *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

159. Bremer Montagsdemo am 19. 11. 2007

Nun schlaft ruhig weiter!

Alle, die sich nicht wehren, werden ein böses Erwachen haben. Denn jetzt steht es wieder mal fest, was wir schon lange sagen: Die Armut wird noch weiter zunehmen. Frühverrentung ist angesagt, bloß dass es diesmal keine Übergangsmodelle mehr geben wird. Zieht euch warm an! Frühverrentung bedeutet Rentenabstriche, Abstriche an Lebensqualität und nicht zuletzt Armut!

Ich weiß wirklich nicht mehr, was man noch alles falsch machen kann. Ich frage mich wirklich, wer sich solche Gesetze nur ausdenkt. Wahrscheinlich sind es Menschen, die gar nicht mehr wissen, was Armut heißt. Sie scheffeln Geld, das ihnen der Steuerzahler sowieso zahlen muss, weil es so im Gesetz steht. Gegen solche unsozialen schlechten Zustände protestieren wir hier! Scheinbar wissen das aber nur die wenigsten von euch.

Was jetzt wieder zum Vorschein kommt, ist wohl eher eine Erziehungsmaßnahme. Wieder wird Druck ausgeübt, diesmal allerdings auf Ältere, obwohl die Politiker genau wissen, dass die Arbeitgeber gar kein oder wenig Interesse an älteren Mitarbeiter haben. Da diese Damen und Herren sowieso hinter dem Mond leben, sollten wir sie bei der nächsten Wahl auch dort hinschicken, statt sie wiederzuwählen! Wenn ein Politiker eine Politik vertritt, die uns Menschen immer mehr drangsaliert, statt uns zu helfen, dann darf er auch nicht von „sozial“ und „ausgewogen“ reden, denn er handelt unsozial!

Da Ihnen wieder nichts anderes einfällt, meine Herrschaften von der Politik, wie wäre es denn, wenn Sie klar und deutlich sagen würden: Liebe Arbeitgeber, bis hierhin und nicht weiter! Wir haben euch doch Steuergeschenke gemacht und Subventionen in Massen gegeben, jetzt seid ihr mal dran! Schafft endlich gerecht bezahlte Arbeitsplätze! Sonst werdet auch ihr bald viel ärmer dran sein, dann ist es mit eurem Luxus und Wohlstand vorbei.

Udo Riedel (parteilos)

Hinhaltetaktik: Bahn will mit zweiwöchigen „Gesprächen“ über ein „neues Angebot“ den Streik aufhalten *(„Spiegel-Online“)*

Lebensmittelkonzerne erobern neue Märkte und erhöhen uns die Preise

Aus dem Hause von Herrn Seehofer erhielten wir eine Antwort auf unseren Offenen Brief vom 30. September 2007. Daraus geht unter anderem hervor, dass der asiatische Markt für die Preissteigerungen bei Milchprodukten verantwortlich sei. Das statistische Bundesamt stellt fest, dass nach China und Indien nur 0,1 Prozent der deutschen Direktexporte gehen. In der EU ist der Anteil insgesamt höher, er beträgt 2,9 Prozent. Dass im asiatischen Raum fast keine Milchprodukte konsumiert werden, liegt daran, dass dort vielen Menschen ein Enzym fehlt, das es ihnen ermöglicht, Milchprodukte zu verdauen.

Aus dem Brief vom Ministerium ist nicht zu erfahren, dass die EU mit ihrer Landwirtschaftspolitik für den Preisanstieg mitverantwortlich ist. Der Export von Milch, Butter, Käse und Joghurt nahm im ersten Halbjahr um 9,2 Prozent zu. Zu 80 Prozent gehen sie vor allem in die osteuropäischen Länder. Der Hauptgeschäftsführer der „Bundesvereinigung der Deutschen Nahrungsmittelindustrie“ schrieb am 23. August 2006: „Absatzchancen haben sich für deutsche Exporteure auf den neuen Märkten vor allem dort eröffnet, wo die einheimischen Produzenten noch mit dem Strukturwandel oder der Anpassung an die EU-Standards zu kämpfen haben und eine hohe Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Produkten entsteht. Besonders von der Herstellung von Fleisch- und Wurstwaren, Milchprodukten, aber auch bei Brot und Backwaren profitieren sie von den neuen Märkten“.

Die Bauern, Genossenschaften und Lebensmittelproduzenten in Polen, Estland, Litauen, Ungarn und anderen Beitrittsländern werden durch die deutsche Lebensmittelindustrie kaputtgemacht, um „neue Märkte“ zu erobern. Viele Kleinbauern haben ihre Kühe zum Schlachthof gebracht. Für Ungarn wird bis 2009 durch die EU-Kommission ein Rückgang in der Milchproduktion um mindestens 13,7 Prozent prognostiziert, so die sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft.

Die Bauern erhalten ganz wenig von den Preiserhöhungen: für einen Liter Milch circa zwei Cent. Dahinter stehen knallharte Profitinteressen!

Die Preise für Fleisch steigen aus denselben Gründen. Nach dem Zusammenbruch der Diktaturen in Osteuropa ist die Fleischproduktion rapide gesunken. Der Westen hatte wenig Interesse daran, in die Viehwirtschaft zu investieren. Als es noch den Ostblock gab, wurden in den westlichen Medien Krokodilstränen vergossen, weil die kleinen Bauern beispielsweise in Polen von LPGs und großen Genossenschaften geschluckt wurden. Heute ist nichts davon zu hören, dass die kleinen Landwirtschaften von 100 deutschen Molkereibetrieben vernichtet werden und die EU den Bauern nicht hilft, ihre Betriebe technisch zu erneuern.

Jedes Land hat das Recht, Einspruch gegen die EU-Richtlinien zu erheben. Die Frage ist, warum Deutschland und andere EU-Länder nicht in den Widerspruch gingen. Die Wettbewerbsbestimmungen in der EU sind abzulehnen, weil sie den Konzernen helfen, ihre Profite zu steigern und die Mehrheit der Menschen auszuplündern!

Aus dem Brief der „Bremer Verbraucherzentrale“ vom 2. August dieses Jahres möchte ich Folgendes zitieren: „Wir sind der Auffassung, dass durch den enormen Preisdruck – der in Deutschland auf die Lebensmittelerzeuger, -verarbeiter und -händler vor allem durch die Marktmacht der Discounter ausgeübt wird – das Risiko von kleineren bis hin zu schweren Verstößen steigt. Sehr deutlich wurde das in den Fleischskandalen der letzten Jahre.“ Nicht die Inder und Chinesen sind für die Preiserhöhungen bei Lebensmittel verantwortlich, sondern eine EU-Politik, die den Konzernen hilft, ihre Profite auf Kosten von uns allen zu vermehren!

Bettina Fenzel (parteilos)

Alles neu macht der Streik

1. Kaum waren die Montagsdemo und der Montag vorbei, da wurde verkündet, dass Minister **Müntefering** zurücktritt: Er will seine schwer erkrankte Frau betreuen. Das ist eine ehrenwerte Entscheidung. Aber dies allein als Erklärung glaubt ihm keiner so recht. Unter Beck versucht die SPD, ihr Image in Sachen „soziale Gerechtigkeit“ vordergründig zu korrigieren. Da passt Müntefering nicht mehr hinein. Die „neue Mitte“, das Ziel der SPD unter dem Verarmungskanzler Schröder, haben die Herren nicht erreichen können. Der „Reformkurs“ geriet nur zur Wohltat für die Großkonzerne.

Die SPD wurde mehrmals bei Wahlen massiv abgestraft und versank in einem Dauertief. Seit dem Hartz-IV-Beschluss haben täglich fast 100 Mitglieder die SPD verlassen. Beck musste also beginnen, etwas umzusteuern. Müntefering ist einerseits ein Bauernopfer, andererseits stellen Steinmeier und Scholz als treue Gewährsleute Schröders die Fortsetzung der reaktionären Regierungspolitik sicher. Der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan und Murat Kurnaz’ Guantánamo-Aufenthalt stehen für diese Politik der SPD. Wichtig ist jetzt, dass die kämpferischen Mitglieder der Gewerkschaften, die erkennen, in was für eine *Scheiße* sie durch das Kuscheln mit der SPD geraten sind, Konsequenzen ziehen. Ein wichtiger Schritt ist die Unterstützung der streikenden **Lokführer**.

Bei diesen Eisenbahner-Kollegen war am letzten Donnerstag auch eine Abordnung der Bremer Montagsdemo. Schön machte sich unser Transparent neben dem Wohnmobil als flexiblem Streiklokal. Wir überbrachten unsere Solidaritätsgrüße und konnten den aktuellen Stand und die Ziele der GDL mit den Kollegen diskutieren. Wir luden sie ein, zu unserer Montagsdemo zu kommen und hier zu sprechen. Auch wenn es heute noch nicht geklappt hat, werden wir den Kontakt nicht abreißen lassen. Über 60 Prozent der Bevölkerung unterstützen nach wie vor den selbständigen Kurs der Gewerkschafter. Wenn die Oberen in IG Metall oder Transnet die Kollegen der GDL als Spalter und „Extrawürstchen-Bräter“ abqualifizieren wollen, müssen wir genau hinschauen: Es ist die Unterordnung unter den Kurs der SPD, die unsere Gewerkschaften lähmt. Auch da treten viele enttäuscht aus.

Bei den aktiven Eisenbahnern schlägt das Gefühl der Unterstützung. Selbst Rentner der Bahn wechseln voller Begeisterung zur GDL. Mit allen Mitteln versuchen Kapital und Politik, den Spaltpilz in den Kampf zu tragen. Die „Blöd“-Zeitung titelt „Erster Lokführer sagt: Ich finde das Bahn-Chaos gut“ zu den gestauten Güterzügen. Viele Kommentare lauten etwas anders. Eine Frau sagte am letzten

Donnerstag bei der GDL zu mir: „Ich finde den Streik gut, auch wenn ich heute Morgen zwei Stunden in der Kälte warten musste.“

2. Volker Weise, gutbezahlter Chefredakteur des hiesigen „Weser-Kurier“, meinte in seiner montäglichen Glosse, den Stab für eine **Diätenerhöhung** der Bürgerschaftsabgeordneten brechen zu müssen. Er hat dabei, wie so oft, richtige Kritik mit falschen Konsequenzen und verlogenen Begründungen derart verquickt, dass der Leser eine konsequente Diätenerhöhung nur begrüßen könnte. Hat sich Herr Weise sein Novembergehalt also redlich verdient, gegen alle Kritik der Bevölkerung, die solch eine Selbstbedienungsmentalität der Abgeordneten angreift? Der Bundestag hat es gerade geschafft, innerhalb einer Woche die Diätenerhöhung der Abgeordneten um 9,4 Prozent mit den Stimmen der Regierungskoalition durchzupauken, während Arbeitslose und Rentner leer ausgehen oder sich gar mit Abschlägen um den doppelten Prozentsatz abfinden sollen!

Herrn Weise versucht zu verkaufen, dass die Abgeordneten gut bezahlt werden müssten, damit sie „nur ihrem Gewissen verantwortlich“ und nicht käuflich seien und somit ihrer Aufgabe und Verantwortung unabhängig nachkommen könnten. Das ist genau der Knackpunkt der sogenannten parlamentarischen Demokratie: Hinter einer formal demokratischen Fassade tobt das Hauen und Stechen. Beraterverträge und das Motto „Gibst du mir, so geb ich dir“ malen das alltägliche Bild. Das Forum dafür ist die „Lobby“, der Raum zwischen privatem Büro, Ministeriumsarbeitsplatz, Toilettenkabine und Plenarsaaltür, manchmal eher virtuell, manchmal sehr handfest. Damit das alles so funktioniert, ist die politische Kontinuität für die Herrschenden so wichtig.

Über die Parteien und das ganze Parlamentsgefüge ist sichergestellt, dass jeder geeignete Abgeordnete seine Lobby-Aufgabe hat und entsprechend zusätzlich bezahlt werden kann. Für die Interessenvertreter ist die Existenz der Lobby lebensnotwendig. Wenn es sie nicht gäbe, würden viele Sachen nicht funktionieren, sinnvolle wie unsinnige. Einen Einfluss darauf haben wir nicht, auch nicht bei der Wahl. Darum ist die Befürwortung durch Chefredakteur Weise nichts weiter als ein zusätzlicher Schlag Mörtel auf den stärker werdenden Riss in der Mauer der Lebenslügen der bürgerlichen Gesellschaft!

Die Montagsdemo, die mit dem Offenen Mikrofon ein Markenzeichen gesetzt hat bei der Diskussion und Entscheidungsfindung der Menschen, praktiziert in ihrer Willensbildung ein anderes Prinzip. Die Wahl von Delegierten und Vertretern erfolgt nach festgelegten Prinzipien und Teilnehmerzahlen, für eine bestimmte Aufgabe und für einen bestimmten Zeitraum. Das Mandat, das die Delegierten erhalten, ist an Funktion und Zielsetzung gebunden. Wenn sich jemand ohne Begründung und Rückfrage von dem gegebenen Mandat löst, verliert er die Zustimmung und kann die Aufgabe nicht fortsetzen. Die Berichterstattung von Delegierten ist darum wesentlicher Bestandteil eines solchen politischen Mandats. Aber nur so ist die Entwicklung der politischen Diskussion der Massen und die Vertretung in den Entscheidungsgremien möglich.

Eine solche Form der Demokratie ist dem parlamentarischen System absolut fremd und zuwider. Die Zeiten politischer Erfahrung damit sind in der Geschichte bislang kurz gewesen, aber die Menschen sind immer wieder daran interessiert, diese Erfahrungen und diese Praxis weiterzuentwickeln. Als Montagsdemo sind wir Teil dieser anderen demokratischen Entwicklung. Nicht zuletzt darum werden wir totgeschwiegen, und man wünscht, wir stürben aus oder erlägen dem Superverrat in eigenen Reihen. Doch durch Offenheit und solidarischen Umgang mit eigenen Fehlern können wir weitgehend verhindern, dass sich diese demokratische Entwicklung selbst schadet. Wir lernen im Vorwärtsgehen!

Beim nächsten Mal, am **26. November 2007**, trifft sich die **Montagsdemo** erstmals nicht auf dem Marktplatz, denn hier ist dann kein Platz mehr für uns: Es beginnt der Aufbau des Weihnachtsmarktes. Um **17:30 Uhr** sammeln wir uns vor der „Glocke“ an der **Domsheide**. Bitte versucht, pünktlich zu sein. Wir wollen dort mit unserer Auftaktkundgebung beginnen und uns dann zum Rathaus bewegen, um den „**Verarmungskanzler**“ angemessen zu begrüßen. Alle, die Gerhard Schröder noch etwas zu sagen haben, sollen zahlreich herkommen!

Jobst Roselius

Die Leihkeule

Ich war schon längere Zeit nicht mehr hier bei der Montagsdemo. Es lag an dem alltäglichen Blues mit dem Kampf ums ökonomische Überleben, der einen davon abhält, dann noch zusätzlich vor die Tür zu gehen. Es war aber auch Frust: darüber, dass Protest nichts nützt, dass die Herrschenden ihn ignorieren – und auch ignorieren *können.* Es ist an der Zeit, dass es nicht nur zu Protesten, sondern zu Widerstand kommt, an dem die Herrschenden nicht mehr vorbeikönnen!

Widerstand ist wohl dort am sinnvollsten, wo die Menschen ausgebeutet werden. Wir haben uns entschlossen zu versuchen, Widerstand dort zu organisieren, wo die Ausbeutungsverhältnisse verschärft sind: bei der **Leiharbeit**. Ein paar Leute aus der Branche haben nun eine kleine Zeitung für Leiharbeiter gemacht: „Die Leihkeule“. Ich werde sie hier verteilen. Man kann sie auch im Internet herunterladen und ausdrucken. Es wäre schön, wenn sie weiterverbreitet wird!

Wir sind Leute, die sich im Internet über das Forum „Chefduzen“ kennengelernt haben. Auf diesem „Forum der Ausgebeuteten“ treffen sich täglich mehrere Tausend Menschen, um sich auszutauschen. Die Möglichkeiten des Internet sind nur begrenzt, denn Kämpfe sollen nicht in der virtuellen Welt geführt werden, sondern in der wirklichen. Aber in mehreren Städten haben sich bereits

Menschen gefunden, die einen regelmäßigen **Stammtisch** einrichten, als Anlaufpunkt, aktiven Widerstand zu organisieren. Am **1. Februar 2008** findet im Bremer „**Naturfreundejugendhaus**“ in der Buchtstraße eine **Infoveranstaltung** von „**Chefduzen**“ statt. Wir hoffen, dass auch daraus ein regelmäßiger Treff entsteht.

Karsten Weber (parteilos)

Von Streichungen im Bau- und Betonbereich hört mensch nichts!

1. Mit welchem Recht eigentlich sollen Abgeordnete aus unseren Steuergeldern um zehn Prozent höhere **Diäten** beziehen, wenn sie ihren ganzen Fleiß darauf verwenden, unzähligen anderen Menschen Nulldiäten zu verordnen? Oder sogar Minusdiäten wie bei den Hartz-IV-Empfängern, deren Regelsätze noch nie für ein menschenwürdiges Leben ausgereicht haben, und die nun auch noch die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie auffangen müssen? Sollen Abgeordnete mehr Geld dafür bekommen, damit sie das Renteneinstiegsalter erhöhen und Jugendlichen die Bildungschancen rauben, andererseits aber riesige Summen für Rüstung und Krieg bewilligen? Sollen Bremer Abgeordnete beispielsweise der SPD und der Grünen mehr Geld dafür bekommen, damit sie die Versprechungen im Koalitionsvertrag schnellstens wieder „vergessen“? Soll es zusätzlich honoriert werden dürfen, dass sie überhaupt unsere Steuergroschen immer dreister an die Reichen umverteilen?

Wir wollen sie nicht dafür belohnen, damit sie im Interesse der Großunternehmer, der Banken und Konzerne Sozialstandards vernichten, demokratische Grundrechte zerstören und die Verfassung bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln. Auch wollen wir sie nicht dafür bezahlen, damit sie immer unmenschlichere Gesetze gegen Flüchtlinge und Asylbewerber beschließen und so deren Menschenrechte und Menschenwürde weiter mit Füßen treten. Kein zusätzliches Geld für ihren Zynismus, ihre politische Unmoral und ihre Heuchelei!

2. Gibt es doch noch Chancen für den alten **Sendesaal**? Jedenfalls scheint es so, denn die Proteste gegen den bevorstehenden Abriss halten unvermindert an. Über 7.000 Unterschriften und eine nicht abreißende Flut von Leserbriefen zeugen vom Engagement für den Saal. Selbst FDP-Fraktionschef Woltemath wünscht vorsichtig ein „Nachdenken über die Nutzungsmöglichkeiten“ und will das Thema in die nächste Bürgerschaftsfragestunde einbringen. Noch einmal „nachgedacht“ wird anscheinend auch wieder im Senat: Bausenator Loske habe den Abriss noch nicht genehmigt, berichtete am 13. November 2007 der „Weser-Kurier“. Bekommt Herr Böhrnsen jetzt kalte Füße?

Bisher fürchtete der Senat hohe Schadenersatzansprüche seitens „Radio Bremen“, falls der Sendesaal stehen bleibt und die Käufer den Sender regresspflichtig machen. Schließlich wurde mit dem Geld unter anderem der Umzug in das neue Sendezentrum im Faulenquartier finanziert. Der „Weser-Kurier“ schreibt weiter, dass jetzt „diverse rechtliche Möglichkeiten“ geprüft würden, um den Abriss doch noch zu verhindern. Der wurde bekanntlich vor zwei Monaten mit der Aufhebung des Denkmalschutzes für den Saal beschlossen und mit der Behauptung begründet, dass „kein wirtschaftlich tragfähiges Konzept“ für den Erhalt eingereicht worden sei. Das ist eine glatte Lüge, denn erstens gibt es längst ein exakt durchgerechnetes Modell, und zweitens wurde dies auch fristgerecht bis zum Stichtag Ende September vom Verein „Freunde des Sendesaals“ vorgelegt!

Das Konzept sieht vor, ein Musikdorf namens “Campus Music-Village” mit gemischter Wohnform für Studierende und Senior(inn)en ab 50 mit Übungsräumen, Wohnanlagen, Restaurants und einem Ärztehaus rund um den Sendesaal zu errichten. Kürzlich ergriff sogar der ehemalige FDP-Innenminister Gerhart Baum in einem offenen Brief an alle ARD-Intendanten Partei für Saal und Musikdorf. Anlass für den Brief ist die Einweihung des neuen Sendezentrums am 26. November 2007. Er hob hervor, dass der historische Sendesaal zur Musikgeschichte „Radio Bremens“ und der ARD gehöre und ein unersetzbares Baudenkmal sei. Der Sender werde im neuen Funkhaus im Faulenquartier über kein vergleichbar hochwertiges Tonstudio verfügen. In der Tat! Nach einem Bericht der „Tageszeitung“ vom 17./18. November 2007 schildern Experten die Akustik in dem neuen Raum als „beschissen“, und dieser miserable Höreindruck lässt sich nach Kennermeinung weder mit architektonischen Nachbesserungen noch mit tontechnischen Tricks korrigieren.

Zurück zu Gerhart Baum. Bei ihm heißt es weiter, dass der Saal aus dem Jahre 1952 ebenso denkmalwürdig sei wie der große Sendesaal des „Westdeutschen Rundfunks“, der schon längst unter Denkmalschutz stehe. Er habe sich wiederholt für den Kulturauftrag des Öffentlichen Rundfunks eingesetzt. Dann schreibt er wörtlich: „Ich appelliere an Sie“ (die ARD-Intendanten), „den Erhalt des Bremer

Sendesaals sicherzustellen, damit er weiterhin genutzt werden kann, wofür er gedacht ist: für Konzerte und hochwertige öffentlich-rechtliche Musikproduktionen“.

Diesen Einsatz nehmen wir mit Freude zur Kenntnis. Das Musikdorf ist ja auch eine tolle Idee. Doch hat sie gesellschaftliche Schattenseiten, denn viele Menschen sind von vornherein ausgegrenzt, weil ihnen entweder das Geld für eine gute Musikausbildung fehlt oder sie sich die hohen Mietkosten nicht leisten können. Viele Konzertbesucher werden die relativ teuren Eintrittskarten nicht bezahlen können. Das sollten wir nicht hinnehmen! Der Koalitionsvertrag wird gebrochen, denn im Kultur-, Sozial- und jetzt wieder ganz massiv im Jugendbereich wird überall gestrichen. Von Streichungen im Bau- und Betonbereich hört mensch hingegen nichts! Politische Lösungen müssen her, denn Kunst und Kultur hat für alle da zu sein!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Jeden Monat 1,47 Euro sparen fürs Weihnachtsgeschäft

1. Mit Kranzniederlegungen und Gedenkstunden wurde gestern an die Opfer von schwersten Auseinandersetzungen und Gewaltherrschaft erinnert. So wird am Volkstrauertag der Toten beider Weltkriege und der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Der Gedenktag mahnt zu Versöhnung, Verständigung und Frieden. Ich wünsche mir, dass unsere Regierungsvertreter bei ihren Bekundungen nicht nur in die Vergangenheit gucken, sondern auch ein Augenmerk auf die Gegenwart legen würden, wo Deutschlands Grenzen „am Hindukusch verteidigt“ werden sollen und im eigenen Land immer mehr Menschen mit ihren Familien absichtlich von der Regierung in hoffnungsloseste Armut getrieben werden! Das nenne ich Krieg gegen weite Teile der eigenen Bevölkerung! Wann wird dieser Menschen gedacht, praktisch meine ich, nicht als bloßes Lippenbekenntnis mit Niederlegung einiger Kränze, nachdem das Kind Jahre zuvor sehenden Auges in den Brunnen fallen musste?!

Obwohl die Konjunktur angeblich so doll boomt und die Arbeitslosigkeit mutmaßlich zurückgeht, steigt die **Kinderarmut** in Deutschland weiter dramatisch an. Seit Inkrafttreten des menschenverachtenden Hartz IV vor knapp drei Jahren hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Jungen und Mädchen auf mehr als 2,5 Millionen verdoppelt, wie der „Kinderreport Deutschland 2007“ des „Deutschen Kinderhilfswerks“ ausweist. Eine der bitteren Folgen davon: Jedes dritte Kind gilt bereits bei seiner Einschulung als therapiebedürftig! Laut „Report“ gelten mittlerweile 14 Prozent aller Kinder offiziell als arm. Schätzungsweise 5,9 Mil-

lionen leben in Haushalten mit einem Jahreseinkommen der Eltern von bis zu 15.300 Euro – rund ein Drittel aller kindergeldberechtigten Kinder.

War 1965 nur jedes 75. Kind unter sieben Jahre auf Sozialhilfe angewiesen, ist es heute mehr als jedes sechste. Die materielle Armut von Kindern habe sich etwa alle zehn Jahre verdoppelt, rechnete der Mitautor der Studie und Sozialrichter aus Darmstadt, Jürgen Borchert, vor. Dabei sind Kinder aus Einwandererfamilien besonders betroffen. Der Präsident des „Kinderhilfswerkes“, Thomas Krüger, machte eine „kurzsichtige Politik“ dafür verantwortlich und forderte einen „schnellen und radikalen Paradigmenwechsel in der Familien- und Kinderpolitik“. Denn Armut hat erhebliche Auswirkungen: Die finanziell benachteiligten Kinder ernähren sich ungesünder, bewegen sich weniger, bleiben immer häufiger in isolierten Wohnvierteln unter sich, ohne gute Schulen, Ausbildungsmöglichkeiten und ausreichend soziale Unterstützung. Zudem sind gerade die vielfach fehlenden Bildungschancen ein Problem, das Armutskarrieren vorprogrammiert!

Auf diese Weise gehen wichtige Potenziale der Kinder und Jugendlichen verloren, was mittelfristig auch gravierende Folgen auf die volkswirtschaftliche Leistung haben wird. Dies muss auch mal gesagt werden, weil anscheinend der momentane Kostenfaktor das einzige Argument zu sein scheint, das überhaupt noch zählt! Jedes vierte Schulkind habe die Schule „ohne Beherrschung des Mindestmaßes an Kulturtechnik“ verlassen, das selbst Hilfsarbeiten voraussetzen – mit stark steigender Tendenz. Deutschland nehme wegen seiner Familien- und Bildungsverarmung im Kreis der Industrienationen eine negative Spitzenstellung ein.

2. Dass Arbeitslosigkeit vor allem die Ungebildeten treffe, ist ein hartnäckiger Mythos. Auch Robert Misik schreibt in seinem Kommentar „Diagnose: Asozialität“ bezüglich der Unterschicht-Debatte in Deutschland: „Bildungspolitik ist das Wichtigste, um die Fatalität der negativen **Sozialvererbung** zu unterbrechen.“ Sicher gibt es dieses Phänomen, aber auch eine gute Bildung schützt schon lange nicht mehr vor Arbeitslosigkeit. Spätestens seit Barbara Ehrenreichs Buch „Qualifiziert und arbeitslos“ sollte dieser Mythos erledigt sein.

Es sind also bei weitem nicht nur – wie Misik meint – die ohne Chancen, die am falschen Ort lebten, in die falsche Schule gingen, die falsche Muttersprache hätten oder in die falsche Familie hineingeboren seien. Auch für jene, bei denen sehr wohl „alles richtig“ ist, sind die Aussichten oft nicht rosig. Hier einige Vermutungen, was das Bild von der Unterqualifiziertheit der Chancenlosen nährt: Arbeitslose Akademiker sind „unsichtbar“, sie verstecken sich regelrecht. Viele melden sich gar nicht arbeitslos, weil sie sich den Schikanen der Arbeitsbehörden

nicht aussetzen wollen. Sie leben oft von Erspartem, Geerbtem, einer vermieteten Wohnung oder vom Partner, der noch gut oder halbwegs gut verdient.

Gerade unter den Jungakademikern ist zwar die Arbeitslosigkeit sehr hoch, aber diese scheinen in der Statistik immer seltener aufzutauchen. Um in den Genuss einer Unterstützung zu kommen, müssten sie nämlich erst ein Jahr lang fix angestellt, also arbeitslosenversichert, gearbeitet haben – was immer seltener der Fall ist. Sie könnten sich zwar auch ohne Bezugsberechtigung arbeitslos melden, aber das macht selten jemand. Bei der Behörde erwarten einen ja statt Hilfe meist Schikanen: sinnlose Kurse, zweiwöchiges „Stempelngehen“, keine Urlaubsmöglichkeit, nicht ins Ausland fahren dürfen – und vor allem: so behandelt werden, als hätte man etwas verbrochen. Überdies sprechen arbeitslose Akademiker selten über ihre soziale Lage, weder privat noch gar öffentlich. Was aber macht den Mythos von der Wichtigkeit der Bildung so unerschütterlich? Warum wird uns ständig eingebläut, wir hätten gefälligst lebenslänglich zu lernen, ansonsten wir zum alten Eisen kämen und die ganze Nation ins Hintertreffen?

Es geht also um pure Nützlichkeit und Anpassung an die Vorgaben einer in vielem fragwürdigen Wirtschaft. Gelernt werden soll, was einem angeblich beruflich nützt. Es wird suggeriert, Arbeitslosigkeit sei nur eine Frage der Behebung individueller Defizite. Wenn der Erfolg trotz Bildung ausbleibt, habe ich das Falsche gelernt. Zurück an den Start! Aber das Heer der Arbeitslosen erhofft sich von Bildung nicht nur eine Jobchance, sondern all die Aus- und Weiterbildungen dienen oft schlicht ihrer Existenzberechtigung. Diese wird Arbeitslosen als nicht vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft ja abgesprochen. Positiver Nebeneffekt solcher Pflichtübungen: Die eine Hälfte sonst Arbeitsloser schult die andere Hälfte. Es lebe das potemkinsche Dorf! Wir simulieren Vollbeschäftigung! So wird Bildung zur Fortsetzung der sinnlosen Lohnarbeitstretmühle mit anderen Mitteln degradiert.

3. Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Gewalt und Kriminalität – damit verbinden sich nach wie vor die dominierenden Sorgen und Ängste der **Überfünfzigjährigen in Ostdeutschland**. Gehen in der Gesamtbevölkerung ab dem 18. Lebensjahr durchschnittlich elf Prozent von verbesserten Zukunftschancen und 35 Prozent von Verschlechterungen aus, so erwarten bei den Überfünfzigjährigen nur noch zwei Prozent Verbesserungen; fast die Hälfte der Befragten sieht für sich schlechtere Zukunftschancen. Der „9. Sozialreport des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg“ seit 1990 zeige deutlich, dass „Wohlstandsgewinnen“ in den Jahren bis 1999 inzwischen zunehmende „Wohlstandsverluste“ gegenüberstehen. Weder der konjunkturelle Aufschwung noch die „Hartz-Reformen“ haben Verbesserungen für ältere Ostdeutsche gebracht.

Dies ist insofern bitter, als es gerade Menschen dieser Jahrgänge gewesen sind, die 1989/90 Träger der friedlichen Revolution in der DDR waren. Es ist besorgniserregend, dass die Schwierigkeiten im sozialen Bereich und die Defizite in der sozialen Infrastruktur nicht nur mit sinkendem Vertrauen in die Politik und die demokratischen Institutionen einhergingen, sondern auch zunehmend zur Ent-

solidarisierung in der Gesellschaft führten. Dem „Sozialreport“ wurde erstmals die Studie „Volkssolidarität gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“ hinzugefügt. Der Kampf gegen Rechtsextreme sei umso wichtiger, je mehr diese versuchten, sich sozialpolitisch zu profilieren. Sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch Mitglieder der „Volkssolidarität“ sollten gegen Rechtsextremismus, aber auch gegen Rechtspopulismus sensibilisiert werden.

4. Spannend und politisch brisant war die Zusammenkunft von 30 Arbeits- und Sozialrichtern, die sich auf Einladung des DGB zum Thema „**Hartz IV in der Rechtsprechung**“ austauschten. Die Richter berichteten von einer wachsenden Zahl an Streitsachen, die am Gelsenkirchener Sozialgericht um Leistungen nach den ALG II geführt werden. Fehlerhafte Bescheide der „Hartz-IV-Behörden“ seien der Hauptgrund für viele Verfahren. Die Richter beklagten, dass für zahlreiche wegweisende Streitfälle noch immer keine rechtskräftigen Urteile der Obergerichte vorlägen und deshalb den zuständigen Behörden keine klaren Grenzen aufgezeigt werden könnten.

Rechtsanwalt Klaus Kettner, Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht, verwies auf zahlreiche Gerichtsverfahren, die von „Hartz-IV-Behörden“ zwar verloren wurden, aber noch nicht rechtskräftig geworden seien. Die Ämter setzten deshalb ihre fehlerhafte Praxis einfach fort. Dieses „Spielen auf Zeit“ führe in der Regel nicht dazu, dass die Behörden alle ihre Bescheide „rechts- und gerichtsfest“ erstellten. Beispielsweise würden in den Argen häufig laufende Leistungen durch Mitarbeiter der Behörde gekürzt, ohne dass zuvor ein Abänderungsbescheid ergeht.

Die Vertreter(innen) der DGB-Rechtsschutzstelle wiesen darauf hin, dass es immer schwieriger werde, im Bereich der „Hartz-IV-Leistungsgewährung“ das „Recht der kleinen Leute“ durchzusetzen. Viele Bescheide seien zwar fehlerhaft, aber die schwierige Überprüfung der Bescheide und deren häufige Abänderung bereite neben den Betroffenen auch den Rechtsberatern häufig Schwierigkeiten. Viele Betroffene scheuten aber selbst bei erkennbaren Rechtsverstößen die Einforderung der ihnen rechtlich zustehenden Leistungen.

5. Fast jede fünfte Frau in Thüringen hat ein Einkommen unterhalb der **Armutsgrenze**. Nach Informationen des DGB sind im Freistaat vor allem Frauen arm: 171.000 – knapp 20 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter – haben damit ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 458 Euro. Die meisten von ihnen sind zwar berufstätig, verdienen aber zu wenig. Die Zahl der Armen ist in Thüringen zwischen 1996 und 2005 von 10,7 auf 14,3 Prozent angestiegen. Die Zahl derer, die in extremer Armut leben, kletterte um 21,8 Prozent auf 207.000 Personen.

„Die Armut in Thüringen ist weiblich, und Frauen arbeiten hier in großer Zahl zu Armutslöhnen“, sagte Silke Bemmann, Landesfrauensekretärin des DGB. Viele erwerbstätige Frauen hätten aufgrund ihres nicht existenzsichernden Einkommens einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II, gingen aber wegen der Anrech-

nung des Einkommens des Partners leer aus. „Frauen werden durch die niedrigen Löhne nicht nur in die Armut, sondern durch das Fehlen eines eigenständigen Anspruches auf Sozialleistungen auch noch in die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Partner getrieben“, erklärte Bemmann. Sie forderte Ministerpräsident Dieter Althaus auf, sich im Bundesrat für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 7,50 Euro je Stunde einzusetzen.

Mit einer Armutsquote von 17,1 Prozent liegen Alleinerziehende im Freistaat über dem bundesweiten Durchschnitt von 14,3 Prozent. Knapp 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. „Statt durch Maßnahmen wie das Landeserziehungsgeld, das als Prämie für das Zuhausebleiben ausgezahlt wird, Mütter in der Ausübung einer Erwerbstätigkeit zu behindern, sollte die Landesregierung endlich wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt ergreifen“, forderte Bemmann.

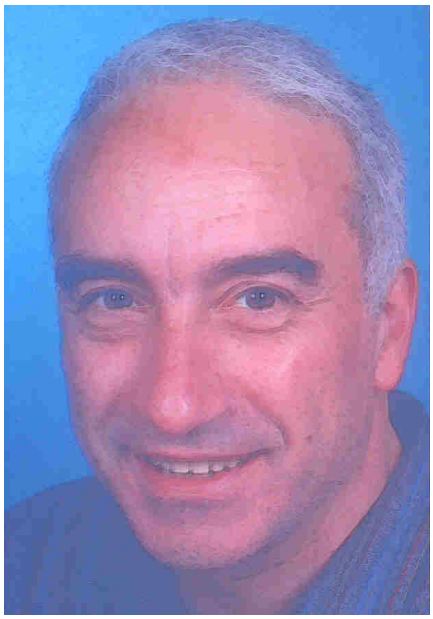
Unterdessen wollen die beiden Landtagsfraktionen von SPD und Linkspartei mit einem gemeinsamen Änderungsantrag zum Landeshaushalt die Ziele des Eltern-Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ unterstützen. Dazu gehören der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Geburtstag, die Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung sowie eine bessere Personalausstattung und die verbindliche Umsetzung des Bildungsplanes.

6. Letzte Woche forderte die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion der „Linken“, Katja Kipping, die Zahlung von 40 Euro **Weihnachtsbeihilfe** für ALG-II-Beziehende und Asylsuchende. Ihre Fraktion startet hierzu eine parlamentarische Initiative. Weihnachten ist in diesem Land für viele das wichtigste Familienfest. Ein solches Fest ist mit höheren Ausgaben verbunden, die vom Hartz-IV-Regelsatz nicht zu bestreiten sind – von den Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes ganz zu schweigen. So sind in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die der Ermittlung des Regelsatzes zugrunde lag, für Geschenke an Kinder gerade mal 1,47 Euro im Monat eingeplant!

Das alte Bundessozialhilfegesetz beinhaltete aus gutem Grund eine Weihnachtsbeihilfe. Eine solche sieht die Hartz-IV-Gesetzgebung bisher leider nicht vor. Das soll sich nun ändern. Auch Menschen, die aufs Arbeitslosengeld II beziehungsweise auf Asyl angewiesen sind, sollten in der Lage sein, mit ihren Lieben ein schönes Weihnachtsfest zu feiern. Hierzu gehört natürlich viel mehr als Geld. Aber ganz ohne Geld lässt sich kein Fest ausrichten. Deswegen fordert „Die Linke“ eine Weihnachtsbeihilfe von 40 Euro. Ich glaube zwar, dass sie bereits im letzten Jahr ergebnislos gefordert wurde, aber auf diesem Wege wird zumindest deutlich, dass es seit Einführung von Hartz IV nicht – wie oft behauptet – mehr, sondern weniger Geld für ALG-II-Empfänger gibt! Und dies natürlich auch zu Weihnachten, dem ach so christlichen Fest der Liebe.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Montagsdemo zu Besuch bei den streikenden Lokführern



Letzten Donnerstag haben wir das Streikmobil der Lokführer am Bremer Hauptbahnhof besucht. Unsere Delegation wurde mit großem Hallo begrüßt. Wir überbrachten solidarische Grüße und machten den Kollegen Mut: „Ihr zeigt Rückgrat und setzt ein Zeichen für andere Belegschaften. Kämpfen wie die Lokführer! So denken inzwischen viele Bürger, die es satt haben, dass die Reichen immer reicher und das Volk immer ärmer wird.“

Stolz berichteten uns die Lokführer von der großen Zustimmung, die sie von den Fahrgästen bekommen: „In unserer Umfrage haben 80 Prozent dem Streik zugestimmt. Es gibt nur wenige Gegenstimmen, obwohl die Leute die Auswirkungen zu spüren bekommen. Und die wenigen, die dagegen sind, wurden falsch informiert. Wer weiß schon, dass ein Lokführer netto mit 1.500 Euro nach Hause geht?“

In großer Runde diskutierten wir lange über ein vollständiges Streikrecht, das wir auch in Deutschland brauchen; über Gewerkschaften, die endlich wieder richtige Kampforganisationen werden müssen; über die internationale Kampfgemeinschaft, zum Beispiel mit den streikenden Bahnbeschäftigten in Frankreich gegen die Erhöhung des Rentenalters oder gegen die Privatisierung und den Börsengang der Bahngesellschaften in Europa.

Durch den Streik und die große Sympathie in der Bevölkerung wurde der Bahn-Vorstand in die Defensive gebracht. Am Dienstag will er plötzlich doch ein neues Angebot vorlegen. Ob es ein echtes oder nur ein Schau-Angebot ist, wird sich zeigen. Die Lokführer werden nicht klein beigeben: „Wir sind wild entschlossen, den Streik unbefristet durchzuziehen!“

„Bleibt hart, wir stärken euch den Rücken! Unsere Solidarität habt ihr!“ So verabschiedeten wir uns und luden die Lokführer zur Montagsdemo ein, um dort von ihrem Streik live zu berichten. Sie wollen gerne kommen und weiter mit uns zusammenarbeiten. Unser Besuch war für uns eine tolle Erfahrung in der praktischen Solidarität zwischen Arbeitslosen und kämpfenden Arbeitern.

Harald Braun

Spitzentreffen bleiben ergebnislos: Solange nicht gestreikt wird, macht die Bahn kein besseres Angebot *(„Tagesschau“)*

Tarifeinheit ist eine Schimäre: Lokführerstreik des Jahres 1922 führte zu Kastration des Streikrechts *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Auch wenn es dunkel ist, hören Menschen der Montagsdemo zu

In Rathaus, Parlament, den Banken und Büros war noch was los, und auch über den dunklen Marktplatz kamen noch einige Leute: Am 19. November 2007 um 17:30 Uhr hatten sich zur 159. Montagsdemo um die 20 Teilnehmer zusammengefunden, die Zahl wuchs dann auf fast 45 Zuhörer während der Beiträge an. Auch Jugendliche fragten, was denn die Montagsdemo sei. Sie waren froh, dass wir keine Faschisten sind.

Es wurde über den Besuch der Montagsdemo-Abordnung bei den streikenden Lokführern berichtet. Auch ging es um die Diätenerhöhung in Bundestag und Bürgerschaft: Warum verteidigen die bürgerlichen Medien so vehement die Diätenerhöhungen und die „parlamentarische Demokratie“? Welche Prinzipien und Forderungen setzt die Montagsdemo-Bewegung dagegen, um die politische Willensbildung und Demokratie für die Massen zu entwickeln? Gesprochen wurde auch über die 1,47 Euro, die ein ALG-II-Bezieher im Monat für Weihnachten „ansparen“ darf und noch anderes mehr.

Kommt zahlreich zur **160. Montagsdemo** am **26. November 2007**! Treffpunkt ist um **17:30 Uhr** die „Glocke“ an der **Domsheide**. Wenn **Gerhard Schröder** an diesem Abend nach Bremen kommt und die ehrenamtlichen Spendensammler der „Willhelm-Kaisen-Bürgerhilfe“ mit einer Rede zu „erfreuen“ und zu „gewinnen“ sucht, werden wir ihm schon eine andere Meinung entgegenhalten! Die **Begrüßung** des „Verarmungskanzlers“ durch Bürgermeister und Bürgerschaftspräsident erfolgt bereits um **16:50 Uhr** in der **Oberen Rathaushalle**. Wir wollen uns daher rechtzeitig mit Transparent und Trillerpfeifen vor dem Seiteneingang versammeln.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Neue Mogelpackung: Bahn bietet GDL weiterhin keinen eigenständigen Tarifvertrag – und nicht mal acht Prozent Lohnzuwachs *(„Yahoo“)*

„Tarifverhandlungen die Grundlage entzogen“: Mehdorn täuscht die Öffentlichkeit, indem er Mehrarbeit als Lohnerhöhung ausgibt *(„FAZ“)*

Ganze Belegschaftsgruppen wechseln zur GDL: Verdi stimmt Tarifsenkung

für Neueingestellte um bis zu 30 Prozent zu *(„Junge Welt“)*

DGB bejammert Arbeitskampf: Wem nützt die Einheitsgewerkschaft, wenn sie von den Arbeitgebern so sehr gelobt wird? *(„Stattnetz“)*

Kein Mut zur Umverteilung: Grünen-Parteitag lehnt Grundeinkommen ab, fordert aber eine Regelsatz-Erhöhung auf 420 Euro *(„Spiegel-Online“)*

Schlamperei nach Sammelwut: Amtliche Daten jedes zweiten Briten in falsche Hände geraten *(„Spiegel-Online“)*

Wachstumseinbruch: Wenn Hartz IV für „Aufschwung“ verantwortlich ist, wieso hilft es dann nicht gegen Dollarschwäche und „Globalkreditklemme“? *(„Spiegel-Online“)*

Trotz Taschenspielertricks und nebulöser Lockangebote: Um den Vorwurf „unverhältnismäßigen“ Streikens zu entkräften, führt die GDL Anfang Dezember mit der Bahn ein Gespräch über die Eigenständigkeit des künftigen Tarifvertrags *(„Lausitzer Rundschau“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

160. Bremer Montagsdemo am 26. 11. 2007

Der Michel geht vorbei

Der Deutsche ist ein Michel, deshalb sieht er nicht: Es brennt ein Licht! Die Rentner bekommen Nullrunden, drei! Doch er ist ein Michel und geht vorbei.

Danach gab's die Scheinerhöhung: 0,54 Prozent! Doch der Deutsche ist ein Michel, der weiterhin pennt. Ich hab es schwarz auf weiß, die Rentner wurden ewig bestohlen. Die Regierenden werden sich immer das Geld von den Rentnern holen!

Einen Inflationsausgleich gibt es wohl auch im nächsten Jahr nicht. Es brennt ein Licht! Wie lange soll es noch weiterbrennen? Wann werden die Rentner nicht mehr pennen?

Das eine Lichtlein ist so allein! Wann werden es hunderttausend sein? Es brennt und brennt ein Licht, und du siehst es auf der Straße noch immer nicht!

Such es am Roland oder „umzu", stell auch du dein Licht dazu! Es soll leuchten für: „Mehr Rente den Alten im nächsten Jahr!" Dann weißt auch du, wofür dein Licht auf der Straße war.

Ursula Gatzke (parteilos)

Trotz Sondierungsgespräches: Lokführer drohen weiterhin mit unbefristetem Streik *(„Spiegel-Online")*

„Wirtschaftswunder 2.0": Unter dem jetzt gefeuerten Stefan Aust verkam der „Spiegel" zum neoliberalen Propagandablatt *(„Tageszeitung")*

Ausgebuht: Montagsdemonstranten begleichen alte Rechnung mit dem politischen Urheber der Hartz-Gesetze *(„Weser-Kurier")*

Lautstarker Protest gegen Hartz IV: Kühler Empfang für Gerhard Schröder *(„Radio Bremen")*

Der Kanzler schmaust vom Armengeld

Wenn ich das schon wieder höre: „Die Vorsorge für die Rente reicht nicht aus“. Zwar könnten wir nach der sogenannten Alterspyramide in einigen Jahren in Schwierigkeiten kommen, denn es gibt immer mehr alte, immer weniger junge Menschen. Doch wofür zahle ich eigentlich Steuern? Ich tu das ja gern, auf dass ich in Frieden und Freiheit leben kann. Aber kann ich das überhaupt noch?

Wir haben immer mehr Stress durch zu geringe Löhne und Angst um den Arbeitsplatz. Die Energiekosten explodieren, der Staat nimmt den Bürgern immer mehr Rechte, laufend wächst die Armut besonders der Kinder, die Schulbildung wird weiterhin vernachlässigt, Konkurrenzkämpfe werden härter, es gibt immer mehr Steuern und Preiserhöhungen, der Staat lässt die Unschuldigen und Kranken im Stich, drückt sich immer mehr um seine Verantwortung, die Menschen werden von der Wirtschaft belogen und betrogen, mit Gammelfleisch und anderen Lebensmittelskandalen.

Die Verursacher bekommen kaum noch eine Strafe, Steuergelder werden verschwendet, die Menschen von Politikern beleidigt: Das ist unsere Freiheit. Toll, das ich das wenigstens noch sagen darf! Und dafür soll ich die sogenannten Volksvertreter auch noch wählen? Die erste Quittung habt ihr ja schon bekommen, und mit der zunehmenden Armut bekommt ihr die zweite! Warum mache ich euch mit meinen Reden immer wieder darauf aufmerksam? Weil mir das Wohl meiner Mitmenschen am Herzen liegt, denn wir alle sind die Bevölkerung. Ich halte mich eben auch an den demokratischen Eid, der da lautet, Schaden vom Volke abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren, was ihr Politiker scheinbar vergessen habt!

Nun noch ein paar Worte zu dir, Genosse Gerhard: Schön, dass du gekommen bist, so kannst du wenigstens mit eigenen Augen und Ohren sehen und hören, was du den Mitmenschen angetan hast. Dass jede Medaille zwei Seiten hat, müsste man als Politiker eigentlich wissen. Vielleicht bringt dich ja das, was du jetzt hörst, zum Umdenken, und du machst deinen Einfluss geltend? Aber tu es schnell, denn mehr Armut, mehr Probleme – und der Frieden gerät auch in Gefahr. Umdenken und Handeln ist angesagt!

Udo Riedel (parteilos)

Und im Grab rotiert Wilhelm Kaisen

1. Haben Sie auch eine Kotztüte dabei, wenn der Verarmungskanzler anfängt zu sülzen? Schlank durch Schröder: Seit den Agenda-2010-Beschlüssen verliert die SPD täglich 100 Mitglieder! Schröder war der Kriegsminister gegen das eigene Volk, ein einziges Lügen und Heucheln seine Politik im Irak, zum Guantánomo-Häftling Murat Kurnaz und zur Durchsetzung der imperialistischen Monopolpolitik. Bremens großer Bürgermeister Wilhelm Kaisen würde sich im Grabe rumdrehen, müsste er die heutige SPD-Politik erleben!

Heute ist der Verarmungskanzler Schröder hier, um sich im Rathaus an den Spendengeldern der „Wilhelm-Kaisen-Bürgerhilfe“ beim „Bürgermahl“ satt zu essen. Vor den Spendensammlern soll er reden. Die anonymen Spender sind aber sicher nicht damit einverstanden, dass derjenige, der an erster Stelle für die Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich verantwortlich ist, sich jetzt wie zum Hohn auch noch den edlen Schaum davon abschöpft!

Bürgerschaftspräsident Weber, für seine Fettnäpfchentreterei mittlerweise sattsam bekannt, hatte Schröder schon im letzten Jahr in vorauseilendem Gehorsam eingeladen. Wir lehnen derlei Politik und Heuchelei ab! Hartz IV und die Agenda 2010 müssen weg, dafür werden wir weiter kämpfen!

2. Im Februar diesen Jahres meinte die niedersächsische Landespolizei, der **Montagsdemo Hannover** mit einem Einsatz den Garaus machen zu können. Weil nicht 50 abgezählte Teilnehmer da gewesen seien, wurde der Betrieb der Lautsprecheranlage untersagt und das Gerät konfisziert. Weiter wurden mehrere Teilnehmer zeitweilig festgenommen. Gegen zwei steht nun am **Dienstag**, dem **11. Dezember 2007**, in Hannover der **Prozess** an: Die Betroffenen hätten „Widerstand gegen die Vollzugsbeamten“ geleistet und „versuchte Körperverletzung“ begangen.

Zur Unterstützung der hannöverschen Montagsdemo und der Beklagten findet am Prozesstag eine **Demonstration** statt, an der wir solidarisch teilnehmen wollen, wie wir es bereits im Sommer gemacht haben. Wir werden mit dem

„Niedersachsen-Ticket“ hinfahren. Treffpunkt ist um **9 Uhr** vor dem **Hauptbahnhof**. Der Zug fährt um 9:18 Uhr.

Jobst Roselius

Der Antriebsreichtum der zynischen Oberschicht

Gerhard Schröder in Bremen: Ausgerechnet einer der Hauptverantwortlichen für die steigende Armut ist Ehrengast beim „Bürgermahl“ der „Wilhelm-Kaisen-Bürgerhilfe“! Er hält die Festrede vor den ehrenamtlichen Helfern, die viele Cent und Euro gesammelt haben für notleidende Menschen – derer es ohne Hartz IV und die zugehörigen Sanktionen nicht so viele gäbe. Geht es zynischer?

Oswald Metzger, Finanzexperte der Grünen, beschimpfte Sozialhilfeempfänger letzte Woche als „Leute, die Kohlenhydrate und Alkohol in sich hineinstopfen“. Nach heftiger Kritik daran setzte er noch eins drauf: In der „zweiten oder dritten Generation von Sozialhilfeempfängern“ trete „Antriebsarmut“ auf. Zynischer geht’s nimmer!

Nachdem die Grünen jahrelang die Agenda 2010 mitgetragen und -entwickelt haben, präsentieren sie jetzt auf ihrem Parteitag die großartige Alternative: Eine „sozial ausgestaltete“ Variante von Hartz IV – dies wurde vom Vorstand letztlich durchgesetzt – oder eine „linke“ Variante des Kombilohns, genannt „bedingungsloses Grundeinkommen“? Was wir brauchen, sind höhere Löhne, Arbeitslosengeld I für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit und eine höhere Sozialhilfe!

Es ist eine Tatsache, dass immer mehr Kinder und Familien in Armut leben. Inzwischen sind es 1,9 Millionen Unterfünfzehnjährige, die auf Sozialhilfeniveau dahinkümmern. Nun ist erneut ein Kind unter Aufsicht des Jugendamtes gestorben. Die Vernachlässigung der kleinen Lea-Sophie durch die Eltern ist nicht zu rechtfertigen, die Unfähigkeit der Behörden hingegen ein Skandal.

Auch die Alten verarmen: Seit Jahren sinken ihre Renten. Die lächerliche Erhöhung von 0,54 Przent nach Jahren der Nullrunden ist durch Inflation und Mehrwertsteuererhöhung mehr als weggefressen worden. Prompt häufen sich die zynischen Vorschläge: Beamte sollen bis 68 arbeiten, schließlich leben sie im Durchschnitt drei Jahre länger. Den übrigen will der Chefvolkswirt der Deutschen

Bank das Rentenalter aber sogar auf 70 erhöhen, und Ifo-Präsident Sinn fordert, bis 77 zu arbeiten, um das Rentensystem zu finanzieren. Gegen die allgemeine Verarmungspolitik von Monopolen und Regierung müssen und werden wir uns zur Wehr setzen! Weg mit Hartz IV!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Gaben des Herrn Schröder

Was hat uns Gerhard Schröder in seiner Regierungszeit 1998 bis 2005 auf die Gabenteller gelegt, und wie wirkt sich das weiterhin auf die Mehrheit der Bevölkerung aus? Seine Regierung hat die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 zu verantworten, die dazu führen, dass immer mehr Menschen verarmen!

In der Zeitschrift „Zivilcourage“ der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (Nummer 6 vom Dezember 2004) schreibt die Gewerkschafterin und Sprecherin des „Bundesausschusses Friedensratschlag“, Anne Rieger, treffend: „2003 gab die Bundesregierung für circa zwei Millionen Arbeitslosenhilfeempfänger(innen) 17,6 Milliarden Euro aus. Im Jahr 2005 wird sie den Betrag für eine Million ALG-II-Empfänger(innen) mehr auf 13 Milliarden Euro kürzen. Dadurch wird die Zahl der von Armut betroffenen Kinder von einer auf anderthalb Millionen steigen. Der Rüstungshaushalt dagegen bleibt unangetastet. Während nach wie vor für die Aufrüstung Milliardenbeträge ausgegeben werden – im Bundeswehrplan ist der Kauf von 213 Waffensystemen und Aufrüstung für insgesamt 113 Milliarden Euro vorgesehen – kürzt die Bundesregierung ständig im Sozialbereich.“

Im Jahr 2007 meldet das „Deutsche Kinderhilfswerk“ den höchsten Stand der Kinderarmut, den es seit Bestehen der Bundesrepublik gibt. In keinem anderen Land Westeuropas wächst die Kinderarmut so rasant wie bei uns! Unicef stellte dies schon im Jahr 2005 fest. Millionen Kinder haben hierzulande nicht die Möglichkeit, sich gesund zu ernähren, zu verreisen oder Bildungschancen wahrzunehmen. Gerhard Schröder sagte im Wahlkampf 1998 in Bremen, dass die Bildungschancen der Kinder nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein dürften. Und was ist heute? Die Einführung der Studiengebühren, die Streichung der Lernmittelfreiheit, das dreigliedrige Schulsystem und die ungesunde Ernährung führen dazu, dass mehr als 2,5 Millionen Kinder verelenden und manche an Hunger sterben!

Das „Deutsche Kinderhilfswerk“ sagt leider nicht, dass zehn Prozent der Bevölkerung in diesem reichen Land fast sechs Billionen Euro an Geldvermögen besitzen. Wäre der Reichtum gerecht verteilt, müsste kein Mensch in Armut leben! Es sind zusätzlich 2,5 Millionen Kinder von Armut bedroht! Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge macht in erster Linie die Folgen der Globalisierung beziehungsweise die neoliberale Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche dafür verantwortlich. Die Probleme liegen im kapitalistischen System! Herr Schröder behauptete einmal von sich selbst: „Ich bin ein Marxist“. Das war genauso komisch wie Kennedys Ausspruch „Ich bin ein Berliner“! Schröder betrieb in seiner Regierungszeit nur neoliberale Politik für die Reichen auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Er sitzt im Aufsichtsrat der Energiekonzerne, hat die hohen Energiepreise mit zu verantworten und kassiert dafür Millionen ab!

Es gab einmal bei der Sozialhilfe für den Haushaltsvorstand Weihnachtsbeihilfe von 122 DM, gut 62 Euro. Dank der Hartz-Gesetze ist das gestrichen! Jetzt wird den Beamten das Urlaubsgeld gestrichen, das ist eine Gehaltskürzung um 15 Prozent. Zu den Preiserhöhungen schrieb mir die „Bremer Verbraucherzentrale“ Anfang August 2007: „Wir geben Ihnen Recht, dass die Preiserhöhungen für Milch und Milchprodukte sehr stark sind und es dadurch für Menschen mit einem geringen Einkommen zu einer erheblichen finanziellen Belastung kommen kann.“ Die Regelsätze für Arbeitslose und Kinder gehören deshalb angehoben, auch alle unteren Einkommen!

Herr Schröder hat mit seiner Politik dazu beigetragen, dass die CDU/SPD-Regierung die Aufrüstung, den Einsatz der Bundeswehr nach innen und außen, den „Heimatschutz“ und die Überwachungsgesetze gegen die eigene Bevölkerung betreiben kann. Rosa Luxemburg sagte 1915 richtigerweise: „Mit dem 4. August hat sich die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt zu ‚schweigen‘, hochwichtige Funktionen übernommen: Als Schildknappe des Imperialismus im gegenwärtigen Krieg.“ Die Sozialdemokratie hat die Funktion des Schildknappen bis heute nicht abgelegt. Herr Schröder hat mit verursacht, dass Kinder in Armut leben, Menschen mit Arbeitslosengeld II die demokratischen Grundrechte genommen wurden und Menschen aus Not heraus in die Bundeswehr gehen, um in „humanitären Kriegseinsätzen“ für deutsche Kapitalinteressen und imperiale Machtinteressen zu morden und sich ermorden zu lassen. Das sind die Gaben, die uns Herr Schröder als ehemaliger Kanzler unter dem Weihnachtsbaum präsentiert!

Bettina Fenzel (parteilos)

Welchen Wert hat ein Menschenleben?

1. Der Aufschrei war groß, nachdem letzte Woche ein gigantisches und unglaublich unsoziales **Sparvorhaben** ausgerechnet beim Sozialressort auf den Tisch gelegt wurde. Für Bremens Haushaltsplan können die paar Tausender an Unterstützungsgeldern eigentlich nur Peanuts darstellen, für die kleinen Organisationen jedoch käme dieser Verlust einem Todesurteil gleich. Frei nach dem Reklamemotto „Wisch und weg“ sollte die geplante „Landesstelle für Jugendschutz“ nicht eingerichtet werden, was 71.000 Euro an Ersparnis bringen würde. Doch dieser Plan war offenkundig nichts als heiße Luft, die nun aus den vollmundigen Worthülsen entwichen ist: pffft!

Ungeachtet der Tatsache, dass jedes sechste Kind in Armut lebt, wollte man nach dem Rasenmäherprinzip streichen und sparen, als gelte es alles, was irgendwie noch sozial ist, sofort abzuschaffen. Wenig genutzte Spielplätze sollten abgerissen werden, womit sich pro Jahr 50.000 Euros einsparen ließen. Hingegen sollte der Unterhalt von Spielplätzen und -flächen Langzeitarbeitslosen übertragen werden, womit 2008 75.000 Euro und 2009 150.000 Euro eingespart werden sollten. Weitere 150.000 Euro sollte es bringen, keine „Elternbriefe“ mehr zu verschicken. Die Zuschüsse an freie Träger der Jugendarbeit sollten ab 2008 um rund 40.000 Euro sinken. Dadurch müssten Einrichtungen geschlossen, ihre Angebote drastisch reduziert und Personal entlassen werden.

Der Betrieb der „Mütterzentren“ würde angeblich gerade noch gesichert bleiben, selbst wenn 150.000 Euro der Sparwut zum Opfer fielen. Der „Schuldnerberatung“ sollten 28.000 Euro in zwei Schritten gestrichen werden. Die Beratungsstelle für Prostituierte „Nitribit“ sollte 40.000 Euro einbüßen. Die Hilfen für Behinderte sollten bis 2009 um 31.000 Euro gekürzt werden. Die Beratungsstelle der „Deutschen MS-Gesellschaft“ sollte in zwei Stufen 38.000 Euro verlieren. Bei der Integration von Neuzuwanderern sollten 20.000 Euro gestrichen werden. Die „Beratungsstelle für Flüchtlinge“ sollte ab 2009 50.000 Euro verlieren, der „Landesverband der Sinti und Roma“ 8.000 Euro pro Jahr. Die gesamte Förderung für den einzigen und gut funktionierenden Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen sollte einfach so entfallen.

Am vergangenen Freitag zogen etliche Initiativen aus dem Selbsthilfebereich zur Sitzung der Sozialdeputation, um lautstark zu protestieren. Sozialstaatsrat Joachim Schuster blubberte herum, dass diese Vorschläge „nicht ganz toll“ seien. Wie die zwölfte Fee bei Dornröschen, die die tödlichen Verwünschungen der 13. eben noch etwas entkräften kann, räumte er ein, dass nichts „in Stein gemeißelt“ sei und sie gerne dazulernen würden. Horst Frehe von den Grünen kritisierte, dass ausgerechnet da, wo mit relativ wenig Geld viel bewegt werde, gespart werden solle. Selbst Sandra Ahrens von der CDU warf der rot-grünen Koalition

zu Recht Wortbruch vor. Denn im Koalitionsvertrag sei unter anderem die Rede davon, Frauen vor Gewalt zu schützen und Kinder und Jugendliche zu fördern.

SPD-Mann Wolfgang Grotheer konterte, dass zu Zeiten der Großen Koalition die CDU permanent darauf gedrängt habe, im Sozialressort zu kürzen. Er wolle von nun an „mit Argusaugen“ darüber wachen, dass es politisch vertretbare Lösungen gibt. Peter Erlanson von der „Linken“ empörte sich darüber, dass die Sparvorschläge gerade jene Menschen treffen solle, die sich aufgerafft hätten, sich selbst zu helfen. Die migrationspolitische Sprecherin der Grünen, Zahra Mohammadzadeh betonte, dass es anders als zu Zeiten der Großen Koalition erstmals die Möglichkeit gebe, über den Haushalt nicht hinter verschlossenen Türen, sondern unter Beteiligung der Betroffenen zu sprechen. Das stimmt allerdings, und ich glaube, dass die Besuche der Montagsdemo bei den Sitzungen der Sozialdeputation dort einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben. Doch blieb es nicht bloß bei inhaltslosen Sprechblasen eines Staatsrats Schuster: Ein besonders strittiger Punkt – die Kürzungen bei der Kinder- und Jugendarbeit – hatte sich in Wohlgefallen aufgelöst.

Unterm Strich blieb kein einziges Projekt übrig, bei dem Geld gestrichen wird! Mir stellt sich die Frage, warum mit einer solch skandalösen Giftliste überhaupt an die Öffentlichkeit gegangen wird, wenn sie denn doch noch nicht spruchreif war. Offenbar wurde hier mal wieder der Widerstand getestet, wie viel sich die Betroffenen noch an menschenverachtenden Kürzungen gefallen lassen würden. Nein, hier war die Schmerzgrenze schon zu weit überschritten! Wieder einmal zeigt es sich, dass es sich lohnt, sich zu wehren, für seine Belange auf die Straße zu gehen und solch gewissenlosen, pseudosozialen Politikern die Leviten zu lesen!

2. Die zunächst geheim gehaltene Entscheidung der Spitzenvertreter der Großen Koalition, die zum 1. Januar 2009 angekündigte Kindergelderhöhung und die Anpassung des gesetzlich festgelegten Existenzminimums für Kinder zu verschieben, sorgt weiterhin für Empörung. Sozialverbände und Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien forderten am Montag, den Beschluss vom 13. November zurückzunehmen. Der Vizechef der Fraktion „Die Linke“, Klaus Ernst, warf der Regierung vor, sie wolle den Haushalt auf Kosten der Kinder sanieren. Die ursprünglich geplante Anhebung des Kindergelds auf 173 Euro pro Monat würde jährlich etwa 4,5 Milliarden Euro kosten. „Das ist sehr viel weniger, als den öffentlichen Haushalten mit der Unternehmenssteuerreform entgeht“, so Ernst.

Der „Caritas“-Präsident Peter Neher erklärte zur Entscheidung der Koalition, dass eine armutsfeste Existenzabsicherung von Kindern keinen Aufschub dulde. Vordringlich sei eine bessere Absicherung armer Familien. „Kinder, die in

Haushalten mit ALG-II- und Sozialhilfebezug leben, können nicht auf eine Anpassung des Existenzminimums bis 2010 warten.“ Der bereits bestehende Kinderzuschlag sei jetzt dringend zu reformieren. „Es muss sichergestellt sein, dass Bezieher von geringen Einkommen nicht allein wegen der Unterhaltsverpflichtungen für ihre Kinder von Arbeitslosengeld II abhängig werden“, forderte Neher. Statt dringend notwendige materielle Leistungen zu verschleppen, solle die Regierung endlich die Umsetzung einer eigenständigen **Kindergrundsicherung** in die Hand nehmen.

Der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ kritisierte die Entscheidung des Koalitionsausschusses als „armuts- und familienpolitisch völlig falsches Signal“. Nach Berechnungen des Verbandes beträgt der Kaufkraftverlust seit der letzten Erhöhung des Kindergeldes im Jahr 2002 bereits mehr als zehn Prozent. Insbesondere Alleinerziehende seien vor dem Hintergrund eines durchschnittlichen Nettoerwerbseinkommens von unter 800 Euro auf ein einigermaßen existenzsicherndes Kindergeld angewiesen. Als ob es plötzlich keiner mehr gewesen sein wollte, ruderten die Regierungsvertreter derweil vorsichtig zurück.

Die Generalsekretäre von SPD und CDU, Hubertus Heil und Ronald Pofalla, sprachen plötzlich von einem „Missverständnis“. Auch wenn der Existenzminimumsbericht, wie jetzt beschlossen, erst im Herbst 2008 vorgelegt werde, sei eine Kindergelderhöhung wie ursprünglich geplant bereits Anfang 2009 möglich, erklärte der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg in Berlin. Lediglich der dickhäutige baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger traute sich noch, die Entscheidung des Koalitionsausschusses zu verteidigen. Da gönne ich es ihm doch von ganzem Herzen, dass ihn eine Studentin mit einer Schwarzwälder Kirschtorte beworfen hat! Schade um die Torte allerdings.

3. Der **Sparzwang** in Halle ist kein Einzelfall. In Berlin wurden die „Hilfen zur Erziehung“ um ein Drittel gestrichen. In Bayern sollen auf lange Sicht gar keine Kinder mehr in Heimen untergebracht werden. „Jeder Fachmann schlägt da die Hände über dem Kopf zusammen“, sagt Johannes Herwig-Lempp, Professor an der Hochschule Merseburg, die Sozialarbeiter ausbildet. Die Öffentlichkeit erfährt nur von den härtesten Fällen, in denen Kinder hungern müssen oder misshandelt werden. Kaum bekannt ist dagegen, dass in Halle schon 40 Prozent der Kinder in Familien aufwachsen, die von Sozialhilfe leben. Viele Kinder werden gedemütigt, schlecht ernährt, wohnen in „Löchern“. Nur in den schlimmsten Fällen, in denen eine blanke Gefährdung des Kindeswohles droht, folgt die Heimeinweisung. Das nächste tote Kind kommt bestimmt!

In Bremen wird gerade der Fall des vor über einem Jahr tot im Kühlschrank seines Ziehvaters vorgefundenen kleinen Kevin verhandelt. Der Leiter des Heimes, in dem Kevin einmal kurzfristig untergebracht war, hatte das Kleinkind nicht an den Ziehvater herausgeben wollen. Kollege Sparzwang hatte damals wohl mehr zu sagen – was damals und heute mit großer Entrüstung zurückgewiesen worden ist. Wie scheinheilig! Da ist Bremen wohl mit schlechtem Beispiel voran-

gegangen. Das Thema spitzt sich immer mehr zu. Nach und nach kommt das ganze Elend ans Licht: dass es eben nicht nur Einzelfälle sind und dass dies alles auch mit Geld zu tun hat. Letztlich geht es um die Frage: Wie viel sind unserem Vater Staat seine Kinder wert? Wenn ein Heimkind pro Monat 3.000 Euro kostet, kommt wieder die Frage auf: Welchen Wert hat ein Menschenleben?

4. Die **Jugendämter** stecken in der Krise, ihre Mitarbeiter stehen am Pranger. Im Moment erschüttert der qualvolle Tod der kleinen Lea-Sophie ganz Deutschland – wie im „Fall Jessica“ 2005. Sozialarbeiterin Margaret Janz erlebte die Empörung damals mit. Anerkennung für ihre Arbeit zu bekommen, das Gefühl zu haben, einen guten Job zu machen – solche Erlebnisse hat sie heute nicht mehr oft. Stattdessen mehren sich die Katastrophen. Das Jugendamt Wandsbek geriet im März 2005 durch den „Fall Jessica“ ins Blickfeld einer empörten Öffentlichkeit. Jessica wurde von ihren Eltern jahrelang in einem abgedunkelten Raum wie ein Tier gehalten, sie verhungerte. Ein „Fall Jessica“ darf sich nicht wiederholen! Dennoch werden fast monatlich neue Beispiele von Kindesvernachlässigung in Deutschland bekannt – der jüngste ist der qualvolle Tod der fünfjährigen Lea-Sophie aus Schwerin, die in der Obhut ihrer Eltern verhungerte und verdurstete.

„Jessica hat alles verändert und in Wahrheit doch nichts“, sagt Margaret Janz. Im Gegensatz zu Jessica, die dem zuständigen Jugendamt gar nicht bekannt war, wusste die Schweriner Behörde von Lea-Sophie. Doch die Aussage eines Nachbarn lässt den Schluss zu, dass die Mitarbeiter des Jugendamts das Mädchen offenbar nie zu Gesicht bekamen. Ein Umstand, der Sozialarbeiterin Janz nicht überrascht. Zwar gebe es Formulare, auf denen Jugendamtsmitarbeiter in einem Fall mutmaßlicher Kindesvernachlässigung nach Besuchen in den betreffenden Familien vermerken, in welchem Zustand sich die Wohnung der Eltern befindet oder wie es um das „Ernährungsverhalten“ des Kindes bestellt ist. Ob diese Formulare, sogenannte Schonebögen, jedoch überhaupt verwendet werden, liege im Ermessen der jeweiligen Jugendamtsleitung. Aus Hamburg seien ihr keine Betrugsmanöver bekannt: „Seit Jessica traut sich so was keiner mehr“. Da einzelne Mitarbeiter in Jugendämtern oft unzählige Fälle betreuen müssten, sei es aber durchaus nachvollziehbar, wenn es zu falschen Angaben komme.

In Bremen legte nach dem Fall des kleinen Kevin – den wahrscheinlich sein Ziehvater tötete und in den Kühlschrank stopfte – ein Untersuchungsausschuss die systematischen Pannen der Behörden offen. Sie führten zum Rücktritt von Sozialsenatorin Karin Röpke. „Wissen Sie, wir haben strengstes Redeverbot“, sagt Margaret Janz. „Wir konnten nicht Stellung beziehen. Man brauchte einen Sündenbock. Und der waren vermutlich wir. Aber wie soll ich denn ein Mädchen retten, von dem ich einfach nichts weiß?“ Fieberhaft suchte der Senat nach Verbesserungsmöglichkeiten und wurde fündig. Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram verkündete im vergangenen Dezember: „Hamburg schützt seine Kinder“ und legte einen Maßnahmenkatalog vor. Mehr Stellen für Hebammen sollten geschaffen werden, mehr ärztliche Untersuchungen stattfinden. Polizisten und Lehrer sollen

intensiver geschult werden, um sogenannte Kindeswohlgefährdungen frühzeitig zu erkennen. Und die Öffentlichkeitsarbeit soll verstärkt werden.

Sozialarbeiterin Janz belächelt solche Ambitionen: „Klar, der Austausch zwischen den zuständigen Stellen wurde verbessert, wir können jetzt durch ein Computerprogramm zentral auf Daten und Akten zugreifen. Vorher wusste die eine Abteilung nicht, was die andere eigentlich macht. Aber sonst?“ Auch die damals in Aussicht gestellten neuen Stellen seien in Wahrheit nicht neu geschaffen worden – es wurden nur bestehende Stellen endlich besetzt. Auf dem Papier existierten sie seit Jahren. Die Zahl der Hausbesuche soll nun drastisch erhöht werden. „Und wer soll den ganzen Papierkram machen?“, fragt Margaret Janz. „Wir sind nicht mal zehn Leute in meiner Abteilung – und zuständig für Hunderte Fälle.“ Die Mitarbeiter seien schlecht bezahlt, verunsichert, überfordert.

2006 verzeichnete das Familienministerium 3.693 Fälle von Inobhutnahme, also Fälle, in denen der Staat Kinder aus den Familien nimmt. Laut Statistik des Bundeskriminalamts wurden im vergangenen Jahr 3.131 Kinder misshandelt sowie 1.597 Fälle von Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht angezeigt. In beiden Kategorien dürfte die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher liegen, weil nur zur Anzeige gebrachte Taten registriert werden. „Wir gehen allein von 150 Fällen im Jahr aus, in denen Kinder aufgrund von Vernachlässigung sterben – und die Tendenz steigt“, sagt Heinz Hilgers, Präsident des „Kinderschutzbundes“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Bagis will Kritiker kriminalisieren

In Bremen-Nord schritten Mitglieder der „Solidarischen Hilfe“ und von der repressiven Bagis-Praxis Betroffene Anfang Oktober zur Tat: In der Zweigstelle Gerhard-Rohlfs-Straße überreichten sie eine „Goldene Zitrone“ für den Abschnittsverantwortlichen für junge Menschen unter 25 Jahre. Dieser hatte in den letzten Jahren bei vielen Jugendlichen die Sanktionsmühle in Gang gesetzt, bis hin zur vollständigen Streichung aller Leistungen und der Verhinderung des Bezugs einer eigenen Wohnung. In zahlreichen Fällen wurden seine willkürlichen Entscheidungen vom Verwaltungsgericht gekippt. Die Aktion fand auch ihren Niederschlag in der örtlichen Presse.

Jetzt holte die Bagis zum Gegenschlag aus und erstattete gegen Herbert Thomsen von der „Solidarischen Hilfe“ Strafanzeige wegen „Verleumdung“ und „Bedrohung“. Die Kripo in Bremen-Nord hat bereits Nachforschungen angestellt. Der genaue Inhalt der Anzeige ist uns noch nicht bekannt, über einen Anwalt wurde Akteneinsicht beantragt. Offensichtlich will die Bagis mit diesem Schritt ihre Kritiker einschüchtern. Damit ist sie jedoch bei uns an der falschen Adresse! Öffentliche Kritik an der Praxis der Bagis ist für uns Bestandteil der Tätigkeit gegen

die Verfolgungsbetreuung der Ämter. Es reicht nicht, mittels Gericht die Entscheidungen der Bagis zu kippen. Es bedarf einer Öffentlichkeit, denn das SGB II und insbesondere die gesetzliche Schikane gegen junge Menschen unter 25 Jahren müssen weg! Dies kann nur über öffentlichen Druck erfolgen.

Pressemitteilung der „Solidarischen Hilfe“

Die Bremer Montagsdemo ist empört über diesen Versuch der Bagis, ihre Kritiker einzuschüchtern, um ungestört ihren ungesetzlichen Machenschaften zulasten Bedürftiger nachzugehen und ihnen die Existenzgrundlage zu entziehen! Wir werden über die weitere Entwicklung in diesem unglaublichen Fall berichten und erklären uns solidarisch mit Herbert Thomsen von der „Solidarischen Hilfe“. Auch wir werden nicht nachlassen, der Unrechtsbehörde Bagis genauestens auf die Finger zu schauen!

Schicksal des Sendesaals weiterhin ungewiss

Es ist nicht zu fassen: Zuerst gab es hoffnungsvolle Zeichen, weil es hieß, der Senat werde über die Sendesaalfrage erneut „nachdenken“, und Bausenator Loske zögere mit der Anweisung zum Abriss. Das war am 13. November 2007. Nun heißt es plötzlich wieder, die Bemühungen um den Erhalt des Sendesaals seien gescheitert („Tageszeitung Bremen“ vom 19. November 2007). Dies gehe aus der Senatsantwort auf eine Anfrage der FDP hervor. Anlass genug für Empörung und Zorn, aber auch für weitere bohrende Fragen an den Senat und für Proteste in der Öffentlichkeit!

Da gibt es ein fundiertes und tragfähiges Konzept für den Erhalt, und der Senat behauptet erneut, es sei aus finanziellen Gründen nicht zu verwirklichen. Es wird weiterhin so getan, als existiere das „Musikdorf“-Konzept nicht, weil es in Wahrheit nicht in die Interessenlage eines gewissen Herrn Glässgen – seines Zeichens „Radio-Bremen“-Intendant – hineinpasst. Der will den Erhalt nicht, weil er die Käufer der alten Hörfunk-Immobilien nicht verprellen und damit eine mögliche Klage des Senders gegen den Senat vermeiden will. Sagt er jedenfalls.

Die Zwangslage des Senats gebe es nicht, meint dagegen der Notar der „Freunde des Sendesaales“, Henning Schmidt, denn der Vertrag mit den Grundstückskäufern enthalte eine einschlägige Öffnungsklausel („Tageszeitung Bre-

men“ vom 23. November 2007). Wie dem auch sei, auf jeden Fall gibt es eine üble Kumpanei zwischen Intendanz und Senat, und es wird weiterhin gelogen, was das Zeug hält. Als der Denkmalschutz noch bestand, hat die Führung von „Radio Bremen“ selbst dagegen Widerspruch eingelegt – sozusagen im Verbund mit den Immobilienhaien gegen die eigene Geschichte. So lautet sinngemäß die Aussage des Vereins.

Und nun kommt ein erstaunlicher Schwenk: Herr Böhrnsen sagt plötzlich, dass er das Projekt „Campus von Music Village“ als ein „zukunftsträchtiges und attraktives Vorhaben für die Stadt“ begreift, dessen Chancen – einschließlich Erhalt des Sendesaals – offengehalten werden solle. Ist das jetzt doch ein positives Signal oder wieder nur ein Täuschungsmanöver?

Vor kurzem wurde noch behauptet, man kenne das Konzept überhaupt nicht. Dann hieß es, es sei viel zu spät eingereicht worden. Dabei hatte der Verein sein Projekt bereits im Oktober 2006 veröffentlicht. Nun wird gesagt, es gebe eine zu große Finanzierungslücke, und das Konzept sehe eine „dauerhafte Subventionierung“ durch den Staat vor, was so auch nicht stimmt. Jetzt will der Senat plötzlich, dass die „Freunde des Sendesaals“ ein neues Konzept vorlegen („Weser-Kurier“ vom 21. November 2007). Soll der „Schwarze Peter“ den „Freunden des Sendesaals“ zugeschoben werden? Nach dem Motto „Ihr habt an allem selber Schuld, weil ihr nicht rechtzeitig gehandelt habt“, tut dies der „Weser-Kurier“ schon jetzt!

Wir sind das Verwirrspiel leid, denn das heuchlerische Herumeiern lässt nur einen Schluss zu: Ein „Music-Village“-Projekt, das der Rettung des Sendesaals und damit dem Erhalt eines bedeutenden Kulturdenkmals dienen soll, ist in Wahrheit aus vordergründig-opportunistischen Gründen nicht gewollt. Profit geht eben vor Kultur! Und Bürgermeister Böhrnsen wagt es nicht, uns das öffentlich zu sagen.

Hier noch ein kleines Bonmot aus dem Festakt, der heute im neuen Funkhaus im Stephaniviertel stattfand und zu dem sämtliche ARD-Intendanten eingeladen waren. Eine „Geheimkonferenz“ anscheinend, denn die Öffentlichkeit war weitgehend ausgesperrt. Kein Pressevertreter war zugelassen, so die „Tageszeitung Bremen“ vom 24. November 2007. In dem ihr vorliegenden Festprogramm war unter anderem eine Arie aus Mozarts Zauberflöte mit dem Titel „Der Hölle Rache kocht in meinem Herzen“ vorgesehen. Herr Glässgen fand dies überhaupt nicht witzig – vielleicht weil er darin eine Anspielung auf seinen radikalen „Sanierungskurs“ sah – und ließ prompt den Programmpunkt durch eine andere Mozart-Arie mit unverfänglichem Text ersetzen.

Der Verein „Freunde des Sendesaals“ hat mittlerweile zu einer Spendenaktion für das geplante „Musikdorf“ und damit zur Rettung des Sendesaals aufgerufen. In der Pressemitteilung dazu heißt es: „In der vorläufigen Kalkulation (eine endgültige konnte bisher wegen nicht vorhandener Informationen zum Grundstückszuschnitt nicht gemacht werden) ergibt sich ein Fehlbedarf von circa 1,7 bis 2 Millionen Euro, der nach neuesten Informationen eher kleiner als größer werden dürfte.“

Die Spendenbeträge können größer sein, aber auch kleine Beträge sind willkommen. Die Hauptsache ist, dass möglichst viele Menschen spenden! Das würde den Verantwortlichen die Breite des Interesses am „Musikdorf“ und der Spendenwilligkeit der Bevölkerung demonstrieren. Jeder Betrag ist willkommen und wird – sollte das Projekt scheitern – auch wieder zurückgezahlt (Spendenkonto: Verein „Freunde des Sendesaals“, Sparkasse Bremen, Kontonummer 1185 6606).

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Albern: Merkela lobt sich für Nobelpreis-Leistung
von anno ’81 *(„Spiegel-Online“)*

Unrasiert, aber gestern frisch gewaschen: Scholzomat bemüht sich um Resozialisierung auf Beck’s abgelehntem Arbeitsplatz *(„Frankfurter Rundschau“)*

Die Überschüsse vom Geld der Erwerbslosen

1. Bahn-Chef Hartmut Mehdorn verweigert den Lokführern den eigenen Tarifvertrag – „**Weser-Kurier**“-Vorstand Ulrich Hackmack verweigert seinen Mitarbeiter(innen) der Anzeigenabteilung die Zusammenarbeit im gemeinsamen Betrieb! Ja, wie die Interessen der Arbeitgeber liegen, so werden die Argumente gewürfelt.

Zuerst zu Hackmack. Nach vielen Umbesetzungen und erfolgreichen Ausgliederungen sind nun die Mitarbeiter der Anzeigenabteilung „dran“, immer mit der Drohung „Wir können auch schließen!“ Die Info des Betriebsrates lässt wenig Fragen offen. Ergänzend ist noch anzumerken, dass das Arbeitsgericht Bremen eine Betriebsversammlung *aller* Abteilungen verboten hat.

Allerdings ist bereits im letztem Absatz von der Machtlosigkeit der Arbeitnehmer bei Ausgliederung zu lesen. Solange ihre geringere Entlohnung akzeptiert wird, so lange werden die Löhne und Gehälter von Unternehmern herabgesetzt. Aber welcher Arbeitnehmer kann die schlechteren Bedingungen ablehnen? Auch bei einer gemeinsamen Ablehnung aller Beschäftigten kann dieser Unternehmer heute sicher sein, dass alle Arbeitsplätze reibungslos zu besetzen sind. Hartz IV

macht's möglich! Mindestlohn fängt bei den Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose an – damit Arbeitslose wenigstens den Tarif- oder ortsüblichen Lohn einfordern können!

Nun zu Herrn Mehdorn! Er sollte sich an der Lohnerhöhung für die Mitarbeiter messen lassen. Wenn er den Lokführen die gleiche Erhöhung zugestehen würde, die er sich selbst gegönnt hat, und wenn er nicht versucht hätte, die neuen Lokführer wesentlich schlechter zu bezahlen als die vorhandenen, so wäre überhaupt kein Arbeitskampf entstanden. Wenn die Gewerkschaft dieser Schlechterstellung nicht zugestimmt hätte, so wäre keine neue Gewerkschaft entstanden. Wenn in jeder Meldung über dieses Thema die Lohnerhöhung von Herrn Mehdorn für Herrn Mehdorn erwähnt würde, so wäre der Volkszorn für ihn unerträglich!

Wenn ich bedenke, wie sich die Vorstandsgehälter entwickelt haben, ist auch eine Forderung von 31 Prozent angemessen, denn seit dem Amtsantritt von Bahn-Chef Hartmut Mehdorn sind die Bezüge für die acht Vorstandsmitglieder um 300 Prozent gestiegen, wie die „Bild am Sonntag" berichtet. Laut Geschäftsbericht haben sie sich in den Jahren 1999 bis 2005 von 3,679 auf 14,693 Millionen Euro erhöht!

Natürlich darf mensch nicht vergessen, dass die Vorstandsgehälter Schmerzensgeld enthalten: Von diesem Vorstand wird schließlich verlangt, die **Bahn** zu privatisieren, koste es, was es wolle. Dies ist die Bundesrepublik Deutschland Europa schuldig, pardon: Wir haben uns dazu verpflichtet. Um sich damit gar nicht erst auseinandersetzen zu müssen, hat die Bundesrepublik als Bahneigentümer auf jegliche Stimmrechte im Konzern verzichtet! Natürlich werden auch die anderen Eisenbahner einen Nachschlag einfordern. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die Bezugsdauer für **Arbeitslosengeld I** soll neu geregelt werden. Die Meldungen sind jedem bekannt. Das Ergebnis auch? „ALG I wird für ältere Arbeitslose länger gezahlt" und noch ein paar Sätze über die Beitragssenkung – damit war dieses Thema für die meisten Medien durch. Doch die Verlängerung der Bezugsdauer soll „kostenneutral" sein. Dies bedeutet, es wird an anderer Stelle beim Bezug von ALG I gekürzt, also die Zugangsvoraussetzung, Bemessungsgrundlage oder Berechnung verschlechtert.

Gegen die verminderte Bezugsdauer des ALG I wurde geklagt. Die Entscheidung des Bundessozialgericht steht noch aus. Daher sollte jeder gegen die Bezugsdauer seines ALG I Widerspruch einlegen, wenn diese gegenüber der vorherigen Regelung verkürzt wurde!

Grundlegende Änderungen wurden für die Bundesagentur für Arbeit verabschiedet. Die Behörde bildet eine Rückstellung von neun Milliarden Euro als „eiserne Reserve" und eine weitere in Höhe von fünf Milliarden für die Pensionsansprüche der bei ihr beschäftigten Beamten, erhält aber künftig keine Zuschüsse mehr aus dem Bundeshaushalt. In diesem Jahr wird mit einem Überschuss von

18,1 Milliarden Euro gerechnet. Wie kommt es dazu? Er ist nur durch die Minderausgaben erklärlich.

Bis einschließlich 2004 wurde aus den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit auch die Arbeitslosenhilfe bezahlt. Fehlbeträge wurden über den Bundeshaushalt ausgeglichen. Seit dem 1. Januar 2005 gibt es keine Arbeitslosenhilfe mehr. Die betroffenen Menschen erhalten jetzt ALG II. Dieses wird direkt steuerfinanziert. Die Bundesagentur für Arbeit verauslagt das ALG II und erhält es von der Bundesregierung erstattet. Teilweise verloren diese Menschen über 1.000 Euro monatliches Einkommen!

Für das ALG I wurde die Zugangsvoraussetzungen insbesondere für Saisonarbeitnehmer erschwert, die Berechnungsgrundlage verändert und somit die Leistungshöhe abgesenkt, die Bezugsdauer vermindert, die Förderung der Weiterbildung erschwert, die Leistung für Berufsrückkehrerinnen nach der Baby-Pause ersatzlos gestrichen. Allein die Zahl der freien Künstler ist um 320 Prozent gestiegen. Ein Schauspieler kann aufgrund der kurzen Verpflichtungen überhaupt keinen Anspruch auf ALG I mehr erwerben, ähnlich der Kellner an der See.

Nur für die Bauarbeiter wurde 2006 eine Regelung getroffen und die durchgehende Beschäftigung für den Arbeitgeber „kostenneutral“ gestaltet. Das „Schlechtwettergeld“ wurde wieder aufgetischt. Die Bauarbeiter hätten sonst ebenso wie die Künstler kaum eine Chance gehabt, einen Anspruch auf ALG I zu erwerben – trotz Beitragszahlung! Die neuen Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit sind Cent für Cent Geld, das den Erwerbslosen vorenthalten wurde!

Die nun getroffenen Rahmenbedingungen gefährden den Fortbestand des ALG I in der bisherigen Höhe und Dauer insgesamt, weil die Deckungszusage des Bundes ersatzlos gestrichen wurde, die Beitragssenkung zu hoch ausgefallen ist, die Löhne und Gehälter wie auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung rückläufige Beitragseinnahmen verursachen und die Rücklagen für Pensionen der beschäftigten Beamten nicht sauber errechnet wurden.

Alle Anspruchssteigerungen der Pensionäre sind aus den Beitragsmitteln der Bundesagentur für Arbeit zu zahlen. Als bei ihr beschäftigt gelten auch alle Mitarbeiter und Beamte der Argen beziehungsweise ALG-II-Verwaltungen. Von der Bundesagentur zu tragen sind somit auch die Pensionen dieser Beamten. Deren Zahl wird kräftig wachsen: Sie werden von den regionalen Trägern versetzt und der Bundesagentur zugeschoben. Gegenwehr pflegt man mit Höhergruppierung zu beseitigen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Die Nachrichten zum Thema **Vorratsdatenspeicherung** waren in allen Medien, die Empörung in aller Munde. Die Bundesregierung hat eine EU-Richtlinie umgesetzt, sie besaß überhaupt keinen Entscheidungsspielraum. In den Artikeln des „Weser-Kuriers“ und in vielen anderen Medien tauchte diese Verpflichtung überhaupt nicht auf. Der EU-Rat hat diese Richtlinie verbindlich am 21. Februar 2006 beschlossen.

WDR und „Deutschlandfunk“ brachten in ihren Meldungen den Hinweis, dass Deutschland damit die EU-Richtlinie umgesetzt hat. Ich habe diese Nachricht gehört und wollte sie nachlesen. Die Meldungen waren auch vorhanden, aber es fehlte der Hinweis auf die EU-Richtlinie, bei beiden Sendern!

Wer ändert Nachrichten? Dies ist eine neue Qualität. Ein Grund mehr, jede Nachricht zu hinterfragen und das eigene Wissen nicht gleich über Bord zu werfen, nur weil in der Zeitung etwas anderes steht, im Fernsehen etwas anderes gesagt wird. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Scholzomat Weltklasse: Keine öffentliche Einrichtung leistungsfähiger als die Bundesagentur für Arbeit *(„Spiegel-Online“)*

Hochdruck-Sarkotzy wundert sich: Langsames Polizeiauto nach Zusammenstoß mit Mofa total kaputt *(„Focus“)*

„Ach, gehen Sie mir los!“

Am 26. November 2007 ging es schon früh los. Zur Feier des Tages gab es Schlackerschneeschauer. Um 16:30 Uhr standen einige von uns parat, um den „Verarmungskanzler“ zu begrüßen. Gerhard Schröder war von Bürgerschaftspräsident Weber eingeladen worden, beim „Bürgermahl“ der „Wilhelm-Kaisen-Bürgerhilfe“ im Rathaus vor den ehrenamtlichen Sammlern zu sprechen. Welch ein Hohn: Die Freiwilligen sollen Spenden für Bedürftige sammeln, die Schröder mit seiner Politik „nur für die Bosse“ erst in die Armut getrieben hat! Unterm Schirm, von Bodyguards umgeben, stürmte er heran. Unsere Trillerpfeifen und Buhrufe gellten gehörig!

Von der Rathaustür ging es aber erst noch zum „Bremer Loch“ vor der Bürgerschaft. Er steckte ’nen Schein rein. Passend zu ihm ertönte (elektronisches) Hundegebell. Ach, wie schön! Der Esel (von den Bremer Stadtmusikanten) soll zum Hund gesagt haben: „Mach du das, für so’n Arsch mach’ ich kein Iah!“ Auf Reporterfragen, ob der Schein denn eine Anzahlung auf die dereinst versprochenen „Kanzlermillionen“ an Bremen seien – als der Abgehalfterte noch Kanzler war, hatte er dem nun ebenso abgehalfterten Bürgermeister Scherf in einem ominösen „Kanzlerbrief“ Millionen für die Entschuldung Bre-

mens versprochen, die aber nicht kamen, es war alles nur heiße Luft – da antworte Schröder nur: „Ach, gehen Sie mir los!“

Sprach’s und ging selber, wieder durchs Pfeifkonzert zurück zum Rathaus. Die nun eintreffenden ehrenamtlichen Sammler wurden mit lauten Kommentaren zu Schröder und Weber begrüßt. Die regionale TV-Sendung „Buten un binnen“ von „Radio Bremen“ brachte einen bissigen Beitrag, der zeigte, wie arrogant, aber dünnhäutig Schröder geworden ist. Nachdem ihn die Sache mit den „Kanzlermillionen“ wohl nervte, sagte er, er sei „in der glücklichen Lage, nicht mehr jede Frage beantworten zu müssen, besonders nicht solche blöden“. Danke, das genügt! Aber zwei Vertreter der Montagsdemo kamen in kurzen Statements vor dem Rathaus gut zu Wort. Das war doch auch wichtig!

Um 17:30 Uhr ging es dann an der Domsheide vor der „Glocke“ – unserem Treffpunkt während des Weihnachtsmarktes – los mit der 160. Montagsdemo. Nach kurzem Auftakt demonstrierten wir seit langer Zeit erstmals wieder durch die Obernstraße zur Hauptkundgebung auf dem Hanseatenhof. Schnell hatten sich auch Passanten dazugesellt, und wir waren wohl an die 35 bis 40 Teilnehmer. Es gab auch spontane Beiträge. Natürlich stand heute Schröder im Mittelpunkt. Aber sehr gut und detailliert wurde aufgezeigt, was der „Sparzwang“ im Sozial- und Jugendbereich alles bedeutet, wie viele Einrichtungen wegbrechen beziehungsweise schließen müssen. Unglaublich, wenn es nicht Realität wäre!

Die nächste **Montagsdemo** trifft sich am **3. Dezember 2007** um **17:30 Uhr** wieder vor der „Glocke“ an der **Domsheide**. Wir wollen dann erneut zum Hanseatenhof demonstrieren. Was dann wohl wieder los ist? Haltet die Augen und Ohren offen!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Kein Weihnachtsgeld für Bedürftige: Senat verweist auf Diätenerhöher im Bund *(„Stadtthemen“)*

Effizientes Eigentor: Bremen ist dem Untergang geweiht wie das Römische Reich und die DDR *(„Weser-Kurier“)*

Rauschebart abgenommen: Die allmähliche Gesundung des Murat Kurnaz *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Schuld ist immer das (weibliche) Opfer: Die heutige Linke kriecht vor dem Islamofaschismus *(„Stattnetz“)*

Schwaches Rückgrat: Juso-Chefin lässt sich aus der „Roten Hilfe“ mobben *(„Spiegel-Online“)*

Menschenverachtend: „Christliche“ Partei betreibt Stimmungsmache gegen

Schwerstkranke, die keine Lobby haben *(„Frankfurter Rundschau“)*

Absurdes Theater: Die Unerreichbarkeit von Vollbeschäftigung steht im krassen Gegensatz zu dem, was Politiker, Gewerkschafter und Kirchen propagieren *(„Junge Welt“)*

Wirkungsgrad 0,135 Prozent: Wer hungert nach Biosprit? *(„Stattnetz“)*

1.500 Euro Mindesteinkommen: Verdi beginnt mit Streiks im Weihnachtsgeschäft *(„Tagesschau“)*

GDL zu zaghaft: Es muss weitergestreikt werden *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

161. Bremer Montagsdemo am 03. 12. 2007

Neues vom Nikolaus

Hoch vom Himmel komm ich her! Ich muss euch sagen, es fällt mir schwer: zu sehen die Kinder, Kranken, Armen, Alten, die zu wenig Euros in den Händen halten; Menschen, die sich ihre Stube nicht warmhalten können; und jene, die sich zu Weihnachten kaum noch was gönnen!

Dann sehe ich die Reichen, die sehr protzen und glänzen. Ihre Ansprüche kennen im Leben keine Grenzen: Vom Luxus nur das Feinste muss es schon sein, und die Herzen werden immer mehr zu Stein. Die Leute, sie trennen sich in Arm und Reich noch mehr und wünschen sich einen Beschützer jeden Tag sehr!

Ich sehe die große Armut und kriege das Frieren. Ihr Menschen werdet euch in einem Chaos verlieren! Wann wachen die Strippenzieher endlich auf? Es ist nicht mehr viel Zeit auf der Stoppuhr drauf! Ich schau mal in ein anderes Land. Ob sich das auch hat so dermaßen verrannt?

Ursula Gatzke (parteilos)

Zwei Millionen „Prekarianer“ verzichten auf ergänzendes ALG II

1. Letzte Woche berichtete der „Weser-Kurier“, dass Eltern in diesem Jahr durchschnittlich 328 Euro pro Kind für Weihnachtsgeschenke ausgäben. Dies seien 29 Euro weniger als vor einem Jahr. Die Zeitung bezog sich auf eine repräsentative Umfrage der „Gesellschaft für Erfahrungswissenschaftliche Sozialforschung“. Die Kleinsten – bis zwei Jahre – erhielten im Schnitt Geschenke im Wert von 169 Euro. Für die Überzwölfjährigen werden 417 Euro ausgegeben.

ALG-II-Empfänger wurden bei einer solchen Studie sicherlich weder befragt, noch hätten sie diese Summe im laufenden Jahr ansparen können, denn Hartz-IV-Eltern bekommen monatlich nicht einmal 328 Euro für ihre Kinder, sondern lediglich zwischen 207 und 278 Euro. Deshalb können wir vielleicht zehn Prozent vom sonst üblichen Durchschnitt ausgeben, um unseren Kindern kleine Wünsche zu erfüllen. Weihnachten ist leider nicht für alle Menschen in unserem Land ein Fest des Friedens und der Ruhe!

Insbesondere ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger können ohne Zuzahlung die Feiertage kaum ebenso genießen wie viele andere Menschen, weil mit der Einführung von Hartz IV die Streichung des Weihnachtsgeldes beschlossen wurde. Fast alle Fraktionen verschließen Augen und Ohren, wenn es um Armut in der Weihnachtszeit geht. Lediglich „Die Linke“ fordert 40 Euro **Weihnachtsbeihilfe** für ALG-II-Beziehende und Asylsuchende. Dabei sind 40 Euro nur ein trauriger Witz!

Kann es sein, dass Armut, Hunger und Kälte also zurückkehren? Darf das sein? „Morgen, Kinder, wird’s nichts geben“, sagte Erich Kästner im Jahre 1927. Nur wer viel hat, bekommt noch mehr! Auch im Jahre 2007, 80 Jahre später, werden Kinder wie damals kein fröhliches Weihnachtsfest erleben. Sie sind Kinder von Eltern mit „Hartz-IV-Hintergrund“, Kinder von Niedriglohn-Empfängern und Alleinerziehenden. Es sind die Kinder aus dem abgehängten Prekariat! Die Kinder müssen darunter leiden, dass ihre Eltern keine oder nur sehr schlecht bezahlte Arbeit haben.

Dabei hat eine kleine Stadt vorgelebt, wie es geht: Burghausen in Bayern gewährte gemäß einer eigenen amtlichen Mitteilung im letzten Jahr ihren Mitbürgern, die ALG II oder Sozialgeld beziehen, eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 80 Euro und für jedes weitere Haushaltsmitglied 60 Euro. Auch in diesem Jahr hilft die Stadt Burghausen den Armen der Gemeinde.

2. Butter, Brot, Milch – Lebensmittel also, die wir täglich brauchen, sind bis zu 40 Prozent teurer geworden. Allein um den **Kaufkraftverlust** auszugleichen, müsste der Hartz-IV-Regelsatz um 26 Euro steigen. Der Schweizer Professor Hans Wolfgang Brachinger hat für die ZDF-Sendung „Frontal 21“ errechnet, dass ein Hartz-IV-Empfänger heutzutage 373 Euro im Monat erhalten müsste, um den Lebensstandard zu halten, der der Kaufkraft von 345 Euro im Jahre 2003 entspricht. Sein Ergebnis: Die Lebenshaltungskosten von Hartz-IV-Empfängern haben sich seit 2003 um 7,5 Prozent verteuert. Auf den bisher nur um zwei Euro erhöhten Regelsatz bezogen, bedeutet das einen Kaufkraftverlust von 26 Euro im Monat. Damit hat sich die Lebenssituation von Hartz-IV-Empfängern noch dramatischer entwickelt als von den Sozialverbänden befürchtet. Der enor-

me Preisschub vor allem bei Grundnahrungsmitteln treibt die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld immer tiefer in die Armut. So manch eine übereifrige Arge trägt leider auch noch dazu bei.

In einem Leserbrief des Bonner „General-Anzeigers“ wurde von einer alleinerziehenden Mutter dreier Kinder berichtet, die an fünf Tagen in der Woche Essen von der „Tafel“ bezieht. Nachdem sie dies ehrlicherweise bei der zuständigen Behörde angegeben hatte, erhielt sie prompte Antwort: Sie genieße jetzt pro Tag und Person einen „geldwerten Vorteil“ von zwei Euro, der bei der Ermittlung des Wohngeldanspruchs als Einnahme zum Abzug gebracht wird. Bei der genannten Familie wären das pro Monat 160 Euro. Das ist eine unglaubliche Sauerei! Gerade weil Hartz IV hinten und vorne – besonders beim Essen für Kinder – nicht ausreicht, wurden „Tafeln“ für Bedürftige geschaffen. Wenn diese dann davon Gebrauch machen, soll ihnen dieser „geldwerte Vorteil“ wieder abgezogen werden? Da beißt sich die Katze doch laut quiekend in den Schwanz! So etwas ist natürlich überhaupt nicht zulässig. Es handelt sich hierbei regelmäßig um zweckgebundene Spenden der freien Wohlfahrtverbände, die deshalb nicht angerechnet werden dürfen. Sonst müsste in Zukunft auch ein Apfelbaum im eigenen Garten angerechnet werden, da die Äpfel einen „geldwerten Vorteil“ darstellen.

3. „Der **Aufschwung** kommt bei den Menschen an“: Diese Behauptung der Kanzlerin während der Haushaltsdebatte im Bundestag ist schlicht eine Lüge. Das belegt eine am Donnerstag vom „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut“ in der gewerkschaftsnahen „Hans-Böckler-Stiftung“ vorgestellte Studie. Demnach sinken die Reallöhne trotz der ökonomischen Erholung, während die Armut gerade von Kindern weiter wächst. „Der Aufschwung kommt bei vielen Arbeitnehmern – und insbesondere bei denen, die es am dringendsten nötig hätten, also bei Niedriglohnbeziehern und Armen – eben nicht an“, so das Fazit des WSI-Experten Claus Schäfer.

Den vom Institut zusammengetragenen Zahlen zufolge geht der Anteil der Beschäftigten am Volkseinkommen, die sogenannte Lohnquote, weiter zurück. „Das ist für einen Aufschwung untypisch“, erklärte Schäfer. Während im vergangenen Jahr 40,5 Prozent des privat verfügbaren Volkseinkommens den abhängig Beschäftigten zugute kam, waren es im ersten Halbjahr 2007 nur noch 38,8 Prozent. 1960 lag dieser Wert in Westdeutschland bei knapp 56 Prozent. Gestiegen ist hingegen der Anteil der Gewinne: von 24,4 Prozent im Jahr 1960 auf 33,8 im vergangenen Jahr und 36,6 im ersten Halbjahr 2007. „Die Schere geht also immer weiter auseinander“, stellte Schäfer fest. Diesen Trend konnten auch die in letzter Zeit etwas besser ausgefallenen Tarifabschlüsse nicht umkehren.

Eine weitere Ursache für den Rückgang der Lohnquote sehen die Wissenschaftler darin, dass ein Großteil der im Aufschwung neu geschaffenen Jobs prekären Charakter haben. 1,2 Millionen Beschäftigte, 500.000 von ihnen in Vollzeitarbeit, bekommen ergänzendes Arbeitslosengeld II, weil ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. Weitere zwei Millionen nehmen diesen Anspruch nicht wahr.

Besonders eklatant ist die Situation von Kindern: So gelten drei Millionen Minderjährige als einkommensarm.

Die fortgesetzte Umverteilung von unten nach oben sei nicht nur „sozial problematisch“, sondern habe auch gravierende ökonomische Folgen, betonte Schäfer. „Wenn wir mit Lohnzurückhaltung und Lohndumping so weitermachen, setzt das unsere europäischen Nachbarländer unter Druck, und es steigt die Gefahr einer gemeinsamen Abwärtsspirale“, so Schäfer, der einen politischen Kurswechsel anmahnte. Statt Masseneinkommen zum Beispiel durch die Mehrwertsteuererhöhung zu belasten und Konzerne mit der aktuellen „Unternehmenssteuerreform“ besserzustellen, müssten ein gesetzlicher Mindestlohn sowie eine bedarfsdeckende Grundsicherung eingeführt werden. Vor allem: Weg mit Hartz IV! Volksverdummung sollte unter Strafe gestellt werden, genauso wie Steuerverschwendung, -missbrauch, -veruntreuung und -zweckentfremdung.

4. Sie haben „blaue Flecken“ an der Seele, kaum Selbstbewusstsein und meiden soziale Kontakte, dafür sind sie deutlich öfter verhaltensauffällig und gewalttätig: Offenbar hinterlässt **Armut** viel stärkere Spuren in der Psyche betroffener Kinder als bisher angenommen. Kinderköpfe so weit das Auge reicht, grau oder weiß kleben sie als Schattenrisse immer als Paar auf farbigen Tafeln: „Meine Ängste“ steht auf der einen Seite, „Meine Träume“ auf der anderen. Neunjährige Kinder aus Bremen haben die Köpfe ausgefüllt. Die Tafeln sind als Anregung gedacht für die Diskussionen auf der dreitägigen Jahresversammlung des „Berufsverbandes für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie“, die am Donnerstag in Bremen begann.

Im Mittelpunkt der Tagung steht der Zusammenhang zwischen zunehmenden **Verhaltensauffälligkeiten** und Verhaltensstörungen bei Kindern auf der einen Seite und Armut, Migration und Medienkonsum auf der anderen. „Geld, Spielzeug und ein Haus“: Die Neunjährigen aus einem sozialen Brennpunkt im Bremer Osten, die ihre Wünsche und Ängste dargestellt haben, geben den Experten auch gern selbst Auskunft. Leon etwa, auf dessen Bild ein schwarzer Mann in Mantel und Kapuze durch die Nacht schleicht. „Bei unseren Nachbarn ist eingebrochen worden. Jetzt habe ich Angst vor Einbrechern und Pistolen“, sagt der Junge.

5. In einer neuen Studie stellt der DGB dar, wie Unsicherheit, miese **Arbeitsbedingungen** und schlechte Bezahlung den Berufsalltag junger Menschen prägen. Zwischen den Wünschen junger Menschen und der Realität klafft eine eklatante Lücke. Während für 95 Prozent die Sicherheit des Arbeitsplatzes und für fast alle ein ausreichendes, leistungsgerechtes Einkommen wichtig oder äußerst wichtig sind, werden gerade diese für die Lebensgestaltung entscheidenden Bedingungen von vielen Unternehmen verweigert. So hatte mehr als die Hälfte der Beschäftigten unter 30 bereits mindestens einen befristeten Arbeitsvertrag, bei den Überdreißigjährigen trifft dies auf etwa jeden Dritten zu. Junge Menschen brau-

chen Planbarkeit und eine Perspektive! Wie sollen sie sonst den Mut aufbringen, eine eigene Familie zu gründen?

Neben der schlechten Bezahlung – 38 Prozent verdienen trotz Vollzeitarbeit weniger als 1.500 Euro brutto im Monat – empfinden die jungen Arbeiter und Angestellten auch die Qualität der Beschäftigung als unbefriedigend. Nur elf Prozent bewerten ihren Arbeitsplatz umfassend positiv, 30 Prozent nennen ihn schlecht, der Rest mittelmäßig. Mehr als die Hälfte gibt an, sich nach der Arbeit oft oder immer „leer und ausgebrannt“ zu fühlen. Sowohl beim Einkommen als auch bei den Arbeitsbedingungen sind Frauen auffallend schlechter dran als ihre männlichen Kollegen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fordert „gute Arbeit, und das heißt für uns: unbefristete Normalarbeitsverhältnisse mit sozialer Sicherung, angemessenem Einkommen, Tarifvertrag sowie Mitbestimmung im Betrieb“. Dazu gehören die Eindämmung von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Minijobs sowie die gesetzliche Reglementierung von Praktika!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

sthceR dnu sknil tim nedieL

Heute möchte ich zu euch als linkshändiger Mensch sprechen, der auf die rechte Hand umgeschult wurde. Linkshändige Menschen denken zu bestimmten Themenschwerpunkten; politisch Bewusste denken in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen. Linkshändige und rechtshändige Menschen können ihre verschiedenen Denkarten gemeinsam in das gesellschaftliche Leben einbringen, ohne zu sagen, der andere mache alles falsch, da er nicht so spricht wie ich.

Umgeschulte linkshändige Menschen haben Konzentrationsprobleme, auf ihr Gedächtnis können sie sich nicht immer verlassen. Es fällt öfter aus. In dem Buch „Der umgeschulte Linkshänder oder der Knoten im Gehirn“ ist zu lesen, Betroffene sollten „Referate entweder frei mit Stichpunkten halten oder alles ablesen – keine Mischung.“ Da ich Schwierigkeiten mit dem Gedächtnis habe, kann ich mir schwer etwas merken und ziehe es vor, die Reden abzulesen, statt sie frei zu halten.

Nicht alle Redebeiträge können gestückelt gehalten werden, sonst sind sie aus dem inhaltlichen Zusammenhang gerissen, und die Zuhörer(innen) können nicht nachvollziehen, um was es geht. Die Montagsdemo-Teilnehmer(innen) sollen nur eine dreiminütige Rede halten. Sind die Themen komplex, ist es kaum möglich, sich daran zu halten.

Die umgeschulte Linkshändigkeit ist eine unsichtbare Behinderung, die Menschen diskriminiert. In dem Buch „Die Psyche des linkshändigen Kindes“ ist unter anderem vermerkt: „Linkshänder mögen zwar auch Gruppen, aber nicht zu lange. Bald tauchen verstärkt ihre eigenen Gedankengänge auf, die sie mit dem Gehörten und Gesehenen vergleichen, vernetzen und weiterspinnen wollen. Dann brauchen sie die Gruppe nicht mehr, sie stört sie sogar und kann als Last empfunden werden. Manchmal beschäftigt sich der Linkshänder dann derartig intensiv mit den eigenen Gedanken, dass er Gruppenabläufe gar nicht mehr mitbekommt. Der Linkshänder scheint die Rückmeldung beziehungsweise Reaktion der Gruppe nicht so dringend zu brauchen wie der Rechtshänder. Dieser hingegen fühlt sich in der Gruppe meist wohl, er sucht sie, er lebt in ihr, wird Teil der Gruppe und geht manchmal fast ganz in ihr auf.“

Linkshändige Menschen stehen im Gegensatz zu rechtshändigen. Sie halten sich nicht so gerne in Gruppen auf. Auch wenn links- und rechtshändige Menschen in ihrem Wesen und ihrer Denkart verschieden sind, können sie sich doch gegenseitig achten und voneinander lernen!

Zu den Folgen der umgeschulten Linkshändigkeit noch ein Zitat aus dem erstgenannten Buch: „Besonders beim lauten Lesen kann es zu Buchstabenverdrehern kommen, und hier treten oft sehr schnell Ermüdungserscheinungen auf, sodass Worte nur noch ungenau erfasst und manchmal ‚blind erraten‘ werden. Die Betonung wird dann ungenau, und das Lesen wirkt auf den Zuhörer sehr holprig. Manche Kinder lernen den Text deswegen lieber auswendig und können zeitweise ihre Probleme durch unproportional erhöhten Leistungseinsatz ausgleichen.

Umgeschulte Linkshänder meiden aber überdurchschnittlich oft das laute Vorlesen. Es kommt dabei nicht auf den Schweregrad des Textes an, auch das Vorlesen einfacher Märchen und Geschichten kann verhältnismäßig stark ermüden, für unerklärliche Erschöpfung sorgen und ein übermäßiges ‚Aussaugen‘ des Kräftepotentials hervorrufen. Das leise Lesen fällt ihnen dagegen leichter, obgleich es auch dabei passieren kann, dass sie bald nur noch die Zeilen mit den Augen verfolgen und den Inhalt nicht mehr aufnehmen können.“

Reden anhand von Stichworten zu halten ist schwierig, da sich umgeschulte Linkshänder nicht auf ihr Gedächtnis verlassen können. Die Texte auswendig zu lernen, ist nicht möglich. Umgeschulte Linkshänder könnten ihre Texte von anderen vorlesen lassen, die nicht mit den Folgen dieser Behinderung zu kämpfen haben.

In Zeiten des Neoliberalismus, wo der Staat sich aus der Verantwortung schleicht und Einrichtungen für Kinder zu Verwahranstalten verkommen oder geschlossen werden, stellt sich die Frage: Sind Erzieher(innen) und Lehrkräfte genügend ausgebildet und in der Lage, linkshändige Kinder nicht zu zwingen, die rechte Hand zu benutzen, also die folgenschwere „Umschulung“ von Linkshänder(innen) zu vermeiden?

Bettina Fenzel (parteilos)

Auf unsere Kosten

Am letzten Montag war ja der abservierte Herr Schröder in Bremen. Bürgerschaftspräsident Weber hatte es in seiner einmaligen Art, kein Fettnäpfchen auszulassen, fertig gebracht, diesen Verarmungskanzler als Redner beim „Bürgermahl“ der „Wilhelm-Kaisen-Bürgerstiftung“ einzuladen. Gerhard Schröders Ankunft vor dem Rathaus geriet zum Spießrutenlauf, dank der pfeifenden Begleitmusik und kräftiger Zwischenrufe einiger Aktiver. Im Rathaus zeigte sich Schröder als genervter und arroganter Typ. Bei „Buten un binnen“ von „Radio Bremen“ konnte man schön sehen, wie dünnhäutig dieser Herr geworden ist. Ich hoffe, dass Herr Weber dazulernt und uns Bremern solche sogenannten Volksvertreter in Zukunft erspart!

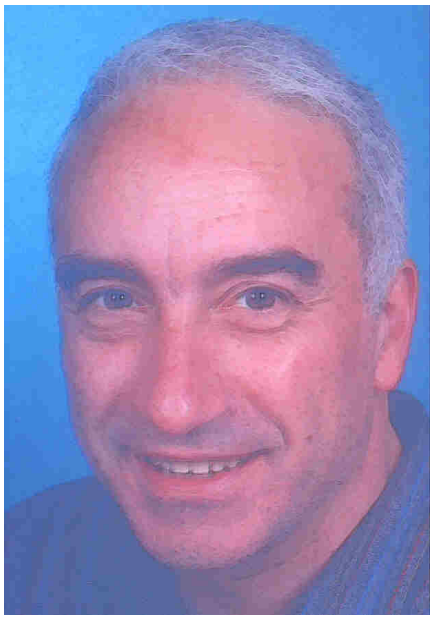
Die Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten wurde in einer Woche durchgepeitscht, auf unsere Kosten. Die Inflation steigt immer höher, auf unsere Kosten. Die multinationalen Konzerne fahren immer höher Gewinne ein: Steigerungen um 30, um 50 Prozent sind gefragt und verlangt, auf unsere Kosten. Der ehemalige Siemens-Chef Kleinfeld – geschasst, weil er in den Schmiergeld-Skandal verwickelt wurde oder ihn nicht hat gut weggedrückt hat – bekommt jetzt noch im Nachhinein 8,6 Millionen Euro Abfindung, obwohl er, ich glaube in den USA, schon wieder dick im Geschäft ist. Alles auf unsere Kosten! Immer mehr und immer öfter ist von der riesigen Kinderarmut die Rede, aber auch nur die Rede. Die Berliner Regierung verschiebt die Problemlösung auf die Zukunft. Nur jetzt ist ja kein Geld da. Auf unsere Kosten!

Der Kampf der Lokführer ist noch nicht zu Ende. Die GDL berät noch. Ich hoffe nur, dass die Kollegen den Kopf oben behalten und den Weg der Offensive wählen. So kämpfen, wie die Lokführer begonnen haben, das wünschen viele Gewerkschafter und Menschen: Sie wollen, dass sich endlich mal was bewegt. Die Montagsdemobewegung unterstützt alle kämpferischen Initiativen. Darum jede Woche **Montagsdemo**! Die nächste am **10. Dezember 2007** beginnt wieder um **17:30 Uhr** an unserem Ausweich-Treffpunkt vor der „Glocke“ an der **Domsheide**.

Jobst Roselius

Teilerfolg im Arbeitskampf: GDL verzichtet nach Zusicherung eines eigenen Tarifvertrags bis Ende Januar auf weitere Streiks *(„Spiegel-Online“)*

Die Armut wächst – die Reichen werden immer reicher



Pünktlich zum ersten Advent verkündet die Kanzlerin: „Der Aufschwung ist bei den Menschen angekommen“. Schöne Sprüche – doch wie sieht die Bilanz tatsächlich aus?

Im November 2007 waren 3,378 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet – das ist der niedrigste offizielle Stand seit 15 Jahren. Tatsächlich stellen Betriebe und Verwaltungen durch die wirtschaftliche Belebung Arbeitskräfte ein – allerdings zum größten Teil befristet und als Leiharbeiter. Nur noch jedes zweite Arbeitsverhältnis in Deutschland ist heute eine unbefristete Vollzeitarbeitsstelle zu tariflichen Bedingungen. Der „dauerhafte Jobboom“, den der neue Arbeitsminister Scholz letzte Woche bejubelt hat, ist in Wirklichkeit ein Boom an Billigjobs, von denen kaum jemand selbständig leben kann!

Jeder achte Leiharbeiter muss seinen Vollzeitjob durch Hartz IV aufstocken. 1,5 Millionen Beschäftigte sind gezwungen, für einen Stundenlohn unter fünf Euro brutto zu arbeiten. Der große „Erfolg“ der Regierung besteht darin, dass zum Heer der Arbeitslosen ein ständig wachsendes Heer von Unterbeschäftigten dazugekommen ist. Es sind inzwischen acht Millionen Menschen, die zwar Arbeit haben, aber trotzdem arm sind!

Zur Regierungsbilanz gehört aber nicht nur die wachsende Armut: Der Reichtum einer kleinen Zahl von Superreichen wächst ins Unvorstellbare! 122 Familien, 15 mehr als noch 2006, verfügen heute in Deutschland über ein Vermögen von mindestens einer Milliarde Euro. Durch die Steuerpolitik der Regierung und durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter sind die deutschen Autokonzerne so reich wie noch nie. Die „Automobilwoche“ meldet heute: „In den Kassen von Daimler, VW und BMW liegen 34 Milliarden Euro, und ein Ende des Geldsegens ist nicht abzusehen. Allein in diesem und im nächsten Jahr kommen noch einmal 26,5 Milliarden Euro an freien Barmitteln hinzu.“

Was die Regierung in Wirklichkeit treibt, ist die Umverteilung des Volksvermögens aus unseren Taschen in die Hände der Großaktionäre, der Banken und der Superreichen! Dagegen müssen wir aufstehen – und noch viel mehr Menschen sollten ihre Wut in aktives Handeln verwandeln!

„Das bringt doch nichts“, bekommen wir oft zu hören. Aber das stimmt nicht! Wir haben hier in Bremen erlebt, was der Widerstand erreichen kann: Der Bau des Kohlekraftwerks musste zurückgezogen werden, die Kürzungspläne bei der freien

Jugendarbeit können nicht aufrechterhalten werden, der Plan zum Abriss des Sendesaals wackelt. Es lohnt sich zu kämpfen – macht mit bei der Montagsdemo!

Harald Braun

Hinhaltetaktik: Die Bahn will ein Jahr lang verhandeln, um den Kampfeswillen der Lokführer zu erschöpfen *(„Spiegel-Online“)*

Die „Mecker-Mentalität“

In der Öffentlichkeit wird dieser Tage eine Umfrage diskutiert, wonach in der Bundesrepublik die „Mecker-Mentalität“ auf dem Rückzug sei. Danach sehen angeblich 55 Prozent der Befragten ihre Zukunft „positiv und optimistisch“. Abgesehen davon, dass der Begriff „Mecker-Mentalität“ ein besonders zynisches Falschwort ist, wird hier auch noch mit dem Begriff „Rückzug“ die allgemeine Militarisierung der Sprache bedient. Mit Umfragen ist es ja so eine Sache. Es kommt immer darauf an, wer wen warum befragt. Wenn nur sogenannte Besserverdiener und junge Familien mit entsprechendem Bildungshintergrund befragt werden, wie in diesem Fall geschehen, dann sind die Antworten nicht überraschend.

Für die anderen Bevölkerungsgruppen besteht absolut kein Anlass, die Zukunft „optimistisch“ einzuschätzen: Die Preise bewegen sich ins Uferlose. Die meisten Einkommen stagnieren auf niedrigem Niveau, oder sie bewegen sich aufgrund der unverschämten Lohndrückerei steil nach unten. Massenhafte Verarmung ist nicht nur die mathematisch berechenbare Folge, sondern sie ist auch leicht greifbar und erfahrbar. Um dies festzustellen, genügt schon eine entsprechende Frage an die Verkäuferin im nächsten Supermarkt. Da lässt sich unschwer feststellen, dass besonders alleinerziehende Frauen von der rapide wachsenden Armut betroffen sind. Jetzt gibt es nur eines: Tariflich abgesicherte, ordentliche Mindestlöhne für alle Branchen müssen her – und zwar schnellstens!

Solange die gnadenlose Umverteilung von unten nach oben andauert, wird es allerdings soziale Gerechtigkeit kaum geben. Im Gegenteil: Immer mehr Menschen werden trotz positiver Konjunkturprognosen kapitalhöriger Wirtschaftsinstitute und angeblich sinkender Arbeitslosenzahlen von Entlassungen und Hartz IV betroffen sein, besonders hier in Bremen. Mit all den bitterbösen Folgen! Wenn dann eigenes Nachdenken, Empörung und Wut über Preiswucher, Diätenerhöhung und Steuergeschenke an die Reichen mit Begriffen wie „Meckermentalität“

oder „Neiddiskussion“ verunglimpft wird, dann finde ich das hochmütig, infam und menschenverachtend!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Darum ist es nicht schade: Postdienst-Mindestlohn gefährdet Ausbeuter-Geschäftsmodell *(„Spiegel-Online“)*

2008 wird die Kauflust ausbrechen, oder?

1. Seit Amtsantritt von Bahn-Chef Hartmut Mehdorn sind die Bezüge der acht Vorstandsmitglieder um 300 Prozent gestiegen, wie „Bild am Sonntag“ berichtet: Laut Geschäftsbericht hätten sie sich in den Jahren 1999 bis 2005 von 3,679 Millionen Euro auf 14,693 Millionen Euro vervierfacht. Dieser Vorstand hat den Lokführern monatelang einen eigenen Tarifvertrag verweigert. Geforderte 31 Prozent Lohnerhöhung sind zu bewilligten acht bis 13 Prozent zusammengeschrumpft. Trotzdem wollen die **Lokführer** darüber reden. Warum?

Der Ausweg aus diesem Konflikt ist ein Lohnstrukturvertrag, den alle gemeinsam verhandeln. Sein Volumen hat Herr Mehdorn mit mindestens zehn Prozent angesetzt, für die Lokführer eventuell etwas mehr. Diese zehn Prozent plus die acht bis 13 Prozent, und die Lokführer sind dem einen Streikziel nahe. Die Frage der Eigenständigkeit des Tarifs der Lokführergewerkschaft wurde von der Bahn nicht klar, sondern nur hinhaltend beantwortet. Scheinbar wird ausgetestet, ob die Lokführer allein mit der Lohnsumme zufrieden sind. Zur Absicherung dieser Lösung sind faire Vereinbarungen nötig. Herr Mehdorn sei vor einer Mogelpackung gewarnt! –

Beim „**Weser-Kurier**“ empfiehlt der Betriebsrat den Mitarbeitern der Anzeigenabteilung, die in eine neue Firma ausgegliedert werden sollen: Unterschreibt den neuen Vertrag nicht! Die Arbeitsplatzgarantie von zwei Jahren und die Lohngarantie für den gleichen Zeitraum sind nach einem Jahr kündbar: kein Tarif, kein Betriebsrat! Die beste Gegenwehr wäre die sofortige Einleitung der Betriebsratswahl in der neuen Firma. Aber reicht dazu das Rückgrat? Was sagt die Familie dazu? Jede vakante Stelle kann kurzfristig neu besetzt werden und wird außerdem durch Lohnzuschüsse gefördert, dank Hartz IV! –

„**Radio Bremen**“ hat ein neues Gebäude und 300 Mitarbeiter weniger. Die handwerkliche Produktion geht an Fremdfirmen. Diese berechnen die Leistungen mit 19 Prozent Mehrwertsteuer. Der Sender ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt, daher ist die Mehrwertsteuer für ihn ein Kostenfaktor. Außerdem möchten die privaten Dienstleister Geld verdienen. Wird „Radio Bremen“ dies überleben? Falls nicht, haben die Pensionäre ebenfalls ein Problem: Das neue Gebäude wurde teilweise aus der Pensionskasse gezahlt. Es wurde lange verhandelt und auch mit der Auflösung des Senders gedroht. Hat die Pensionskasse ausreichende Sicherheiten erhalten? Laut „Bremer Anzeiger“ vom 2. Dezember 2007 erwähnte der Bremer SPD-Fraktionsvorsitzende Sieling das „Radio-Bremen“-Gesetz als Leistung dieser Regierung, doch auf der Homepage des Senders ist keine Änderung im Jahr 2007 vermerkt. –

Die privaten Verbraucher sollen 2008 das **Wirtschaftswachstum** erzeugen, so die Bundesregierung bisher. Die Autohersteller sehen dies anders: Die Neuzulassungen insgesamt sind rückläufig, insbesondere die private Nachfrage sinkt („Weser-Kurier“ vom 1. Dezember 2007). Der Grund sind die seit dem Jahr 2000 um 22,1 Prozent gestiegenen Neupreise und die gestiegenen Unterhaltskosten. Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden viele Menschen sich das Auto nicht mehr leisten können! Der Einzelhandel setzt auf den Jahresendspurt, denn entgegen der Prognose ist im Oktober der Umsatz sogar rückläufig gewesen. Aber 2008 wird die Kauflust wieder ausbrechen, oder? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die IKB ist eine Tochter der KfW. Letztere ist eine öffentliche Bank, voll im Besitz des Staates und unter dessen besonderer Kontrolle. Um „beweglicher“ zu sein, wurde die IKB als hundertprozentige Tochter gegründet. Die IKB hat sich an den **US-Hypotheken** verspekuliert. Der Abschreibungsbedarf ist auf 4,8 Milliarden Euro angestiegen. Jetzt stehen die Sanierung der IKB und ihr Verkauf an. Ein Gutachten soll Klarheit verschaffen – beauftragt wurde die Citigroup Düsseldorf.

Die Citigroup soll auch die ebenfalls öffentlich-rechtliche WestLB untersuchen, Lösungsvorschläge unterbreiten und den Verkauf vorbereiten. Die WestLB steht aber in direktem Wettbewerb mit der Citibank. Dieser Auftrag schwächt die WestLB erheblich, denn welcher Wettbewerber kann schon seinem Konkurrenten uneingeschränkt in die Bücher schauen und dann auch noch dessen Eigentümern Vorschläge unterbreiten? Dies ist schon eine starkes Fettnäpfchen der Politik!

Hat nicht zwischenzeitlich die amerikanische Muttergesellschaft der Citigroup den Vorstandsvorsitzenden abgelöst, wegen der US-Hypotheken? Hat sich auch diese Bank vertan, an genau solchen Geschäften? Dieser Mensch ist nicht mit leeren Händen gegangen, oder? Über 50 Millionen Dollar soll er dafür erhalten haben! Für Schuldnerberater gehört die Citibank zu den am meisten beteiligten Banken bei privaten Insolvenzverfahren. Sie oder ihre Rechtsvorgänger haben auch die Verfahren um den Zinswucher verloren. „Minister Steinbrück liest hoch-

näsigen Bankern die Leviten“ („Weser-Kurier“ vom 1. Dezember 2007) – und lenkt gründlich von eigenem Unvermögen ab. Nicht einmal die aktuelle Prämienentlohnung für den Vorstand wird als Schadensursache benannt!

Die Banker der KfW wurden von der Politik berufen, die der WestLB und der NordLB ebenfalls! Auch die LBBW hat politisch gewollte Vorstände – und gleichfalls bisher unveröffentlichte Verluste aus dem US-Hypotheken-Geschäft. Ich erinnere an die Schätzung des holländischen Notenbankbeauftragten. Demnach fehlen noch etliche Milliarden Euro an Wertberichtigungen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Die Bremer SPD hat eine Zwischenbilanz gezogen, nach 160 Tagen – normal sind 100 Tage. Die **Kürzungen im Sozialbereich** dürfen nicht umgesetzt werden. Woher die 400.000 Euro dann kommen sollen, darauf hat sich die SPD nicht festgelegt („Bremer Anzeiger“ vom 2. Dezember 2007). Staatsrat Schuster sagt: „Diese Kürzungen sind oft fachlich nicht begründbar, sondern einfach der Haushaltsnotlage geschuldet“. Jetzt ist also auch aus dieser Quelle bestätigt, dass das Sozialamt auf Haushaltskurs gebracht wurde („Bremer Anzeiger“ vom 25. November 2007). Herr Schuster sprach von circa zwei Millionen Euro Kürzungsvolumen, das sind zehn Prozent. Herr Sieling hat demnach die Differenz von 1,6 Millionen Euro als Kürzung im Sozialbereich abgesegnet, oder? –

Frau Emigholz will eine „klassische“ **Kulturverwaltung**. Komisch – die Kultur in Bremen wurde seit Jahrzehnten von der Landesregierung verwaltet, zuletzt von Herrn Kastendiek und seiner „Boygroup“. Zu Frau Motschmann und ihrer Freundin siehe vorherige Bremer Montagsdemos. –

Die Klinik Bremen hat einen Kassenkredit. Die Höhe war beeindruckend und unerwartet. Das **Bremer Theater** *hatte* einen Kassenkredit. Die Landeshauptkasse zahlte ans Theater, dann gab der Senat eine Bürgschaftserklärung, und das Theater erhielt einen Kontokurrentkredit bei einer Bank in Bremen. Diese Bürgschaftserklärung wurde nicht verlängert. Das Bremer Theater wurde mit Insolvenz bedroht und von den Mitarbeitern eine Beteiligung eingefordert. Die Mitarbeiter haben auf circa eine Million Euro Lohn verzichtet! Die Schulden wurden umgeschichtet und werden nun vom Theater abgetragen. Die Mittelzuweisung der Freien Hansestadt Bremen an das Bremer Theater wurde um circa eine Million Euro reduziert. –

Die Grundsteinlegung zum **Klinikum Mitte** wurde angemahnt. Bürgermeister Böhrnsen hat seine Teilnahme zugesagt. Aber diese Grundsteinlegung ist bereits erfolgt: Erster Bauabschnitt war der Neubau der Küche. Die Bauzeit wurde erheblich überschritten, die Planungsvorgabe öfter berichtigt, und die Bausumme hat sich mehr als verdoppelt. Will mensch darum diesen Baubeginn vergessen? Wurde daraus gelernt? Wurden die Planungsunterlagen überarbeitet, die Kosten überprüft? Jedenfalls ist nichts nach außen gedrungen. Einfach vergessen und den nächsten Grundstein als Baubeginn zu deklarieren, ist zu einfach – einfach zu teuer! –

Die Ausschreibungs- und **Verfahrensfehler** in Wilhelmshaven sind auch durch den Vertreter der Bremer Landesregierung zu vertreten. Grauenhaft ist gar kein Ausdruck – allerdings sieht Staatssekretär Werren dies anders („Weser-Kurier“ vom 30. November 2007). Scheinbar hat Bremen auch Fehler in der KHS-Ausschreibung entdeckt und nicht den Mut, alles noch einmal von vorne zu machen! Nicht unbeteiligt ist auch die gefeuerte Geschäftsführung, doch Bremen muss sich dieses Fehlverhalten im Außenverhältnis anrechnen lassen. –

Getragen wird diese Privatisierung von den Vorgaben der EU. Auch die Abrechnung der Krankenkassen nach **Fallpauschalen** fällt darunter. Die Krankenhäuser versuchen, Überschreitungen der Liegezeit zu unterbinden, indem die Patienten auch mit blutiger Wunde entlassen werden, mit der Begründung, die Krankenkasse zahle nur für soundsoviele Tage. Das ist falsch! Die Anzahl der Tage ist ein Mittelwert. Es gibt auch Kranke, die schneller genesen – sonst ist dieser Mittelwert falsch! Unterlassene Hilfeleistung ist ein feststehender Begriff, der sich nicht auf die Erste Hilfe beschränken lässt. Wer davon betroffen ist, sollte mithilfe seiner Angehörigen und seines Arztes dagegen angehen! –

Der **Beirat** protestiert („Weser-Kurier“ vom 1. Dezember 2007): Das Jugendfreizeitheim benötigt weiteres Geld, zwischen 3.000 und 10.000 Euro. Der Beirat sieht keine Chance, dieses Geld lockerzumachen, und protestiert! So weit, so gut. Doch in der gleichen Beiratssitzung wurde die Umgestaltung eines Platzes bewilligt, Kosten 100.000 Euro! Wann kommen wir dazu, Geld in die Zukunft, in unsere Jugend zu investieren, und nicht in Steine und Plätze? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die **Zeitarbeit**-Branche wehrt sich: „Wir zahlen Tarif, unsere Tarifverträge sind mit dem DGB abgeschlossen!“ Es ist schön, dass öffentlicher Protest diese Rechtfertigung per Zeitungsanzeige verursacht. Die anderen Rahmenbedingungen des Arbeitsvertrages sind aber ebenfalls nicht zu unterschätzen: Vereinbarte Arbeitszeit 18 Stunden, die tatsächlich geleistete Arbeitszeit wird über das Plus-Minus-Stundenkonto abgewickelt. Somit ist das Risiko für die Zeitarbeitsfirma minimiert.

Der Arbeitnehmer bleibt weiter auf ergänzendes ALG II angewiesen. Er kann sich nicht wehren, er muss den Job annehmen, um keine Sperre zu erhalten. Der Arbeitgeber erhält zusätzlich Lohnkostenzuschüsse der Bagis! Dauer und Höhe sind Verhandlungssache. Die Zeitarbeitsfirmen zahlen den Lohn teilweise zwei Monate später. Falls der Arbeitsvertrag vor dem Anspruch auf ALG I endet, wird dem Arbeitslosen diese Lohnzahlung auf sein ALG II angerechnet. Die Hilfebedürftigkeit hat also nicht mit der Arbeitsaufnahme geendet, sondern erst mit der Lohnzahlung. Hier jedoch verweigert die Bagis oftmals die Zahlung von ALG II.

Zur Gegenwehr die Arbeit annehmen und vernünftige Bedingungen einfordern, notfalls den Arbeitgeber vor dem Arbeitsgericht verklagen und die Bagis daran erinnern, dass der Leistungsanspruch erst mit Beendigung der Mittellosigkeit durch die Lohnzahlung endet. Über die Zahlungseinstellung muss die Bagis einen Bescheid erlassen. Gegen diesen Bescheid Widerspruch einlegen und not-

falls Klage erheben. Falls die Bagis auch nicht darlehnsweise zahlt, sollte sofort einstweiliger Rechtschutz beantragt werden. Drei Monate ohne Geld hält keiner durch! Nun soll der Mindestlohn kommen, aber *diese* Misere ist damit nicht gelöst. –

Von der „niedrigsten Arbeitslosigkeit seit 15 Jahren“ ist gegenwärtig viel zu lesen. Das ist falsch. Es muss heißen: „niedrigste Arbeitslosigkeit gemäß **Statistik**“ – das ist richtig, weil die Statistik falsch ist. Herr Stern von der Bundesagentur Bremen erklärt den In- und Export zum Verursacher der guten Meldung. Von den Ausgegrenzten, nicht in der Statistik Erkennbaren spricht er nicht. Auch die Offiziellen in Nürnberg und Berlin gehen nicht auf die Menschen ohne Leistungsanspruch ein, nur die Auswirkung der staatlichen Förderprogramme wird hier gelobt – wider besseres Wissen! Bei Buchhaltern würden die Betriebsprüfer unter diesen Rahmenbedingungen Bilanzfälschung feststellen. –

Unwissende Reporter ermöglichen es wissenden Politikern oftmals, sich unklar auszudrücken. So darf Herr Beck verkünden: „Die Rente mit 58 ist vom Tisch.“ Herr Beck, die Rente mit 58 war noch nie auf dem Tisch! Auslaufen wird die **58er-Regelung**. Diese muss verlängert werden, denn auch Arbeitslose können erst mit 63 Jahren in Rente gehen. Mit 60 Jahren kann in Rente gehen, wer am 31. Dezember 2003 bereits arbeitslos war oder seine Kündigung in der Tasche hatte. Sowohl die Rente mit 60 Jahren als auch die mit 63 bedeuten eine Rente mit Abschlägen! Somit ist auch die Rente mit 63 Jahren nicht *die* Lösung.

Beim Arbeitslosengeld I gilt folgendes: Nur wer eine abschlagsfreie **Altersrente** beanspruchen kann, muss diese beantragen. Das steht auch in der Vereinbarung mit dem Namen „Erklärung zur Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen“, der sogenannten 58er-Regelung genannt. Diese Rahmenbedingung ist für das Arbeitslosengeld II ins SGB II zu übernehmen.

Wer bereits arbeitslos ist und befürchtet, dies mit 58 Jahren immer noch zu sein beziehungsweise es nicht ausschließen kann, sollte noch im Jahr 2007 die 58er-Erklärung unterschreiben und beim Arbeitsamt abgeben. Weil nach SGB III (ALG I) und dem SGB II (ALG II) jeweils eine Erklärung abzugeben ist, geben Sie die nach dem SGB II bei der Bagis oder Arge ab. Bitte immer eine Zweitausfertigung abstempeln lassen, damit die Abgabe nachgewiesen werden kann. Ich denke hier auch an circa 50-jährige Arbeitslose. Die 58er-Erklärung bedeutet nicht, dass der Erwerbslose 58 Jahre alt sein muss, sie kann auch vorsorglich unterschrieben werden. Allerdings werden die Ämter nicht begeistert sein! Das Formblatt steht im Internet. –

Das **Kindergeld** wird erst 2009 erhöht. Davon hat ein Kind von Hartz-IV-Betroffenen nichts, denn Kindergeld wird beim ALG II voll angerechnet. Nur bei über 18 Jahre alten Kindern werden 30 Euro Freibetrag für eine Haftpflichtversicherung abgezogen. In den Kitas soll verbilligtes Essen für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen ausgegeben werden. Sehr gut! Nur können Kinder von Hartz-IV-Betroffen leider nicht in eine **Kita** gehen, denn die Eltern können dies

nicht bezahlen! Und ohne Arbeitsplatz besteht kein Anspruch auf einen Kita-Platz. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

5. Siemens hat noch mehr schwarze Kassen als bisher angenommen. Der Konzern hat den Vorstand ausgewechselt und die Unternehmensstruktur geändert. Dadurch wird sicherlich verhindert, die alten Zuständigkeiten zu ermitteln. Es blüht somit wohl noch allerhand schwarzes Geld! Siemens hat immer noch keine Steuerfahndung im Hause. Komisch!

Siemens hat bereits vor einigen Jahren hellseherische Qualitäten entwickelt: Es gab eine Ausschlussfrist für die Vorruhestandsregelung. Die Personalabteilung hat bei einer entsprechenden Betriebsprüfung sehr viele dieser Verträge vorgelegt. Etliche Mitarbeiter waren kurz vor der damals auslaufenden Regelung von den Vorzügen überzeugt und haben einen Vertrag unterschrieben. Dem Prüfer ist aufgefallen, dass darin die Anschriften der Mitarbeiter bereits neue Postleitzahlen trugen, die zum Vertragsdatum noch nicht einmal zugeteilt worden waren. Diese Postleitzahlen kannte damals noch nicht einmal die Post! Noch klarer konnte Betrug nicht nachgewiesen werden. Den Siemens-Mitarbeitern wurde Schadensfreiheit zugesagt und die Angelegenheit nicht verfolgt. Die Sozialkassen haben bezahlt, es lief eben nach „System Siemens“. –

Zum „System **Volkswagen**“ hätte ich gerne den Altkanzler Schröder befragt, wie das so war, damals mit Peter Hartz zusammen in der IG Metall, und wie die Zusammenarbeit im Aufsichtsrat lief, als Gerhard Ministerpräsident in Hannover war. Ob Gerd gerne die Vorgabe der EU umgesetzt hat? Ob Peter gleich von dieser Vorgabe begeistert war? Schröder hat dies wohl geahnt und ist vor uns weggelaufen, sehr schnellen Schrittes!

Was mögen bloß die ehrenamtlichen Helfer der „Wilhelm-Kaisen-Hilfe“ empfunden haben, beim Vortrag Schröders über das Ehrenamt? Wichtig war und ist für mich: Wir haben gegen Schröder und Weber demonstriert, nicht gegen die „Wilhelm-Kaisen-Stiftung“. –

Der Gutachter Bremens für die Klage in Karlsruhe hat die Hansestadt in die Pfanne gehauen: Er hält diese Klage für aussichtslos! Noch schlimmer: Er konnte dies begründen. Bremen hat mit der für den **Kanzlerbrief** erkauften Unterschrift seine Daseinsberechtigung verspielt. Bremen kann circa 25 Cent von jedem Steuereuro behalten und davon nicht leben! Doch dieser Vertrag wurde freiwillig unterschrieben. Die Folgen waren berechenbar!

Wenn Bremen die Klage zurückzieht, kann der Stadtstaat sofort Insolvenz anmelden, mit beträchtlichen Auswirkungen. Auch daher wird die Klage als Hoffnungsschimmer und Daseinsberechtigung für diese Landesregierung aufrechterhalten. Davor hat der Kanzlerbrief diese Aufgabe erfüllt. Herr Scherf wusste nach der Absage aus Berlin schon immer: Dies war gar nicht so gemeint! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

6. Bremen hat die **Mietobergrenzen** für Betroffene nach SGB II, IX und XII neu festgesetzt und dazu eine Verwaltungsanweisung verabschiedet. Diese gilt – das ist die witzigste Auslegung – für alle ab dem 1. November 2007 angemieteten Wohnungen! Für die Betroffenen ist das aber gar nicht zum Lachen: „Sie müssen drei Wohnungsangebote vorlegen. Ich suche dann aus, welche Wohnung ich Ihnen bewillige." Total daneben!

Wer einen Teil der Miete selbst tragen muss, erhebe Widerspruch gegen den aktuellen Bescheid, wenn die Widerspruchsfrist noch nicht abgelaufen ist, und stelle Antrag auf Überprüfung und Nachzahlung der Differenzbeträge für alle Bescheide ab 1. Januar 2005. Falls die Widerspruchsfrist abgelaufen ist, nur den Antrag auf Überprüfung ab erstem Kürzungstag und Nachzahlung der Differenzbeträge stellen! Für die aktuelle Differenz kann ein Eilverfahren zum einstweiligen Rechtsschutz beantragt werden, wenn diese erheblich und damit die Angelegenheit eilbedürftig ist. Wie das alles geht? Wir gehen mit!

Wer umziehen will oder muss, sollte sich nicht abweisen lassen. Die Miete kann auch oberhalb der festgelegten Sätze liegen, wenn sonst keine Wohnung anzumieten und Eile geboten ist, aber die Bagis wird sich wahrscheinlich nur einem Richterspruch im Eilverfahren beugen. Wer vor den hohen Mieten in eine nach der Miethöhe angemessene, aber viel zu kleine Wohnung gezogen ist, kann sich eine auch nach Quadratmetern angemessene neue suchen. Angemessen für eine Person ist nach dem Wohnungsbauförderungsgesetz eine Wohnung mit 44 bis 48 Quadratmetern Wohnfläche. Bei einer bereits angemieteten Wohnung werden bis zu 50 Quadratmetern ebenfalls akzeptiert. Wenn der Umzug nicht eilt, Antrag auf Übernahme der entsprechenden Begleitkosten stellen und dann auf Wohnungssuche gehen!

Die Pauschalen für **Heizkosten** sind mit 1,10 beziehungsweise 1,35 Euro pro Quadratmeter unrecht. Die tatsächlichen Heizkosten sind die angemessenen, solange nicht bewusst unwirtschaftliches Heizen vorliegt. Die Begrenzung der Heizkosten auf eine angemessene Wohnungsgröße ist unzulässig.

Zur Grundlage: Die Verwaltungsanweisung ist keine Rechtsquelle, denn sie berücksichtigt nicht die Urteile des Bundessozialgerichts vom November 2006. Der zugrundeliegende Bericht der „Gewos GmbH" tut es ebenfalls nicht. Somit ist und kann diese Verwaltungsanweisung keine Rechtssicherheit schaffen!

Wenn die Bagis oder Arge wie angekündigt eine **Kostensenkungsaufforderung** versendet, sofort Widerspruch dagegen einlegen und um Erläuterung bitten: Warum ist meine Wohnung „zu teuer"? Gibt es angemessene Wohnungen in meinem Wohnumfeld? Dies muss die Bagis bereits vor dem Kostensenkungsschreiben ermitteln!

Ein **Mietdeponat** ist von der Arge oder Bagis als Darlehn zu übernehmen, wenn diese Zahlung nicht aus vorhandenem Schonvermögen oder anderweitig gedeckt werden kann. Das Mietdeponat muss als Leistung übernommen werden, wenn der Bedürftige jünger als 18 Jahre ist. Unterfünfundzwanzigjährige können nach vorherigem Antrag bei den Eltern ausziehen. Diesem Antrag ist bei einem

gestörten Zusammenleben zu entsprechen. Erstausstattung, Umzugskosten und laufende Miete werden dann übernommen.

Die Rechtslage wird ansonsten reichlich durcheinandergewirbelt. Die **Umgangskosten mit Kindern**, die bei anderen Partnern leben, muss das Sozialamt übernehmen, wenn diese erheblich sind. Nunmehr soll es auch den **Mehraufwand für Krankheit** übernehmen, der von der Bagis oder Arge nicht übernommen wird. **Fahrtkosten** bis zu sechs Euro wurden bislang nicht erstattet, dies steht auf jeder „Einladung". Wer jedoch die Fahrtkosten sammelt und die Übernahme beantragt, wenn der Gesamtbetrag oberhalb von sechs Euro liegt, bekommt dieses Geld überwiesen, so die Eigenauskunft einer Arge. Zudem hat das Bundessozialgericht die „Bagatellgrenze" verworfen.

Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung wurden bisher voll auf das ALG II angerechnet. Dies ist falsch! Es bleibt ein gewisser Anteil anrechnungsfrei. Das entsprechende Urteil ist sicherlich auf jede **Unfallrente** zu übertragen. Ein **Krankenhausaufenthalt** darf nicht zu einer Kürzung des Regelsatzes führen. Die Verpflegung im Krankenhaus darf nicht angerechnet werden!

Die Obergrenzen für **Klassenfahrten** in der entsprechenden Verwaltungsanweisung in Bremen sind rechtswidrig und daher ungültig. Ein Richter ist an diese Vorgaben nicht gebunden. Dies gilt auch für die anderen **Pauschbeträge** wie Erstausstattung der Wohnung oder bei Schwangerschaft.

Studenten haben keinen Anspruch auf ALG II, aber auf Übernahme der Kosten der Unterkunft gemäß SGB II. Bei der Anspruchsermittlung für Studenten wird das Kindergeld nicht als Einkommen angerechnet. Vom Bafög wird nur der Mietanteil angerechnet. Auch Folgekosten wie Umzug, geschuldete Renovierung und Mietdeponat sollten damit durchzusetzen sein. Diese Leistung an Studenten ist keine „Leistung nach dem SGB II", das hat der Gesetzgeber so festgelegt. Studenten haben Anspruch auf „besondere Leistungen nach dem SGB II"! Auch dieses Urteil ist ausbaufähig.

Die meisten **Eingliederungsvereinbarungen** sind nicht rechtmäßig abgeschlossen worden und damit auf Verlangen ungültig. Sanktionen aus einer Pflichtverletzung gegen diese ungültige Eingliederungsvereinbarung sind daher zurückzunehmen. Wer einen **Termin** bei der Bagis oder Arge versäumt hat, weil er die „Einladung" nicht erhalten hat, kann die Sanktion anfechten. Die Arge oder Bagis ist für den Zugang der Einladung beweispflichtig. Diesen Beweis kann sie durch Versendung per Einschreiben führen.

Auch wenn Männlein und Weiblein ein Jahr gemeinsam in einer Wohnung leben, kann die Bagis oder Arge nicht ohne Weiteres eine **Einstandsgemeinschaft** oder eheähnliche Gemeinschaft unterstellen. Nachfragen sind erlaubt. Die Erklärung „Wir stehen *nicht* uneingeschränkt füreinander ein" ist von der Bagis oder Arge zu akzeptieren. Eine Wohnungsbesichtigung muss schriftlich begründet werden. Sie kann von den Betroffenen abgelehnt werden. Auch die anderen Vermutungen im SGB-II-Änderungsgesetz können widerlegt werden. Die Beurteilungs-

kriterien sind trotz Rechtsänderung gleich geblieben. Dies steht ausführlich in einem Urteil des Sozialgerichtes Düsseldorf.

Ein-Euro-Jobs können rückabgewickelt werden. Wenn die Zuweisung bestimmten Anforderungen nicht genügt, entsteht gegen die Bagis oder Arge ein Erstattungsanspruch in Höhe des angemessenen Arbeitslohns, also des tariflichen beziehungsweise ortsüblichen Lohns. Eventuell handelte es sich auch um ein echtes Arbeitsverhältnis, weil immer mehr Träger dazu übergehen, die Ein-Euro-Mitarbeiter wie Arbeitnehmer zu behandeln. Die Kündigung eines Ein-Euro-Jobs durch den Träger kann die Bestätigung für ein Arbeitsverhältnis sein, und zwar sowohl für den gekündigten Ein-Euro-Jobber als auch für eventuelle andere, gleichartige Ein-Euro-Mitarbeiter. Zahlungspflichtig ist die Arge oder Bagis, nur der Rechtsweg ist unterschiedlich.

Hinzu kommt das Interesse des Einzelnen. Wer einen Ein-Euro-Job angeboten bekommt, gegenwärtig macht oder in der Vergangenheit gemacht hat, sollte sich diese Möglichkeit überlegen. Wie dies geht? Es kommt auf den Einzelfall an, auf die Eingliederungsvereinbarung, die Zuweisung, den Umgang des Trägers, die Tätigkeit oder Aufgabe. Aber wir gehen mit!

Nach wie vor ist die **Vermögensanrechnung** oder -verwertung sehr umstritten. Die Urteile zur Arbeitslosenhilfe sind noch nicht gefällt. Bei jedem mit steuerlicher Förderung entstandenen oder unterstützten Vermögen ist von einer großen Chance auf Anrechnungsfreiheit auszugehen. Dies betrifft selbstgenutztes Wohneigentum oder eine Lebensversicherung aus Gehaltsumwandlung. Trotzdem sollte mensch nicht die Zusatzvereinbarung zur Lebensversicherung vergessen! Damit ist sie „Hartz-IV-fest“, aber dann auch nicht vorzeitig zu verwenden.

Ein **Auto** darf mehr als 5.000 Euro wert sein. Die Freibeträge sind überwiegend gegenseitig deckungsfähig. Wer eine **Kürzung** oder Sanktion widerspruchslos akzeptiert oder einen Antrag nicht gestellt hat, kann dies heilen, also nachholen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Monströse Bürokratie: „Seit Hartz IV“ werden Einzelfälle nicht mehr vom Sachbearbeiter, sondern vom Richter geklärt *(„Tageszeitung“)*

Vorsätzliche Mauschelei: Arge Bochum will für eingereichte Unterlagen keine Empfangsbestätigung mehr ausstellen *(„Erwerbslosenforum“)*

Getötete Kinder kaum noch zu zählen: Kürzungen der Sozialetats bewirken Verwahrlosung der öffentlichen Verantwortung *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Verzweiflung: Eltern träumten von einer Delfin-Therapie für den autistisch-autoaggressiven Liam *(„Web Archive“)*

Interessierte Zuhörer und Spender auch im Weihnachtsmarktrummel

Richtiges „Schmuddelwetter“ und etwas Sturm begleiteten uns bei der 161. Montagsdemo in Bremen am 3. Dezember 2007. Um 17:30 Uhr ging es an der Domsheide vor der „Glocke“ los. Nach einem kurzen Auftakt zogen wir über den Weihnachtsmarkt auf den Schienen der Straßenbahn zum Hanseatenhof, wo dann der Hauptteil der Kundgebung stattfand. Um die 35 bis 40 Teilnehmer und Zuhörer zogen wir in unseren Bann. An Themen gab es wieder einen bunten Strauß, der zu berichten und zu kommentieren war.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Verdi streikt: Die streikenden Kolleginnen und Kollegen des Einzelhandels können unsere Unterstützung gebrauchen, und zwar am **Freitag**, dem **7. Dezember 2007**, zwischen **6** und **8:30 Uhr** vor allen **Real**-Märkten (Duckwitzstraße, Habenhausen, Vahr, Weserpark, Rolandcenter, Ihlpohl) und zwischen **8:30** und **9:30 Uhr** vor **Karstadt**, **Kaufhof** und **Saturn** (Treffpunkt Personaleingang Karstadt in der Lloydpassage neben Gosch). Gebraucht wird Hilfe beim Flugblattverteilen an und Argumentieren mit Kund(inn)en, aber auch über Kaffee würden sich die Kolleg(inn)en freuen. Die Flugblätter gibt es von den Streikleitungen vor Ort. Es wäre schön, wenn möglichst viele von uns kommen und helfen würden!

Lupenreine Demokratur: Super-Putin erringt bis zu 109 Prozent der „Wählerstimmen“ *(„News4Press“)*

Terror-Präsidentschaft: Warum vernichtet der US-Geheimdienst Verhörvideos – wenn nicht, um Folterknechte zu decken? *(„Spiegel-Online“)*

Asoziale Marktwirtschaft: Betriebe verschaffen sich Wettbewerbsvorteile mit Hungerlöhnen, die sie vom Steuerzahler aufstocken lassen *(„Spiegel-Online“)*

„Gute Sitten verletzt“: Steinbrück geißlert Kombilohn-Geschäftsmodelle als „systematische und illegitime Ausbeutung des Steuerzahlers“ *(„Focus“)*

Ausgleichende Ungerechtigkeit: Deutsche Post betreibt Billig-Zustelldienst in den Niederlanden – und umgekehrt *(„Spiegel-Online“)*

Dank Großer Schrumpfkoalition: Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in zwei Jahren real um 0,4 Prozent verringert *(„Spiegel-Online“)*

Soziale Spaltung verschärft: Jeder siebte Bremer wird durch die Hartz-IV-Mühle gedreht *(„Tageszeitung“)*

Ersatzhandlung: Statt Strom zu sparen, schalten wir für fünf Minuten den Weihnachtsbaum aus *(„Bild“-Zeitung)*

Natürlich nicht wegen Strahlung: 20 Kinder in AKW-Nähe an Krebs erkrankt – ist es etwa psychosomatisch? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

162. Bremer Montagsdemo am 10. 12. 2007

Räubern mit christlichem Zeichen

Deutschland ist getrennt! Wer hat da gepennt? Man denkt nicht daran, das Land zu kitten: Die Räuber kommen mit großen Schritten!

Sie räubern bei den Armen und geben den Reichen, und das noch lächelnd, mit einem christlichen Zeichen! Die Schere klafft und klafft, jedes Jahr ein Stück weiter! Die Regierenden nehmen das gelassen und sehr heiter.

Die Diäten werden schnell noch erhöht, in einer Blitzaktion! Das Geld dafür wird geholt – wo? Na, du weißt es ja schon! Der Trend geht zum Luxus, nur das Feinste und Teuerste zum Leben. Und zum Betteln: Menschen lassen sich Essen von der Tafel geben!

Löhne reichen zum einfachen Leben nicht mehr aus! Bei sehr vielen Menschen bleibt auch kalt das Haus! Rentenerhöhungen sind schon lange gestrichen. Das Vertrauen in die Politik ist gewichen!

Erst die SPD, jetzt die CDU: die „Volkspartei der Mitte“ – wo, bitte? „Erfolg“ der Regierung Merkel wird gefeiert und rumgeeiert! Merkel schwebt längst mit Flügeln über dem Michel. Was hält sie in der gierigen Hand? Die Sichel!

Ursula Gatzke (parteilos)

Niedriglöhner gegen Arbeitslose aufgehetzt: 40 Prozent der Befragten sind der Ansicht, es werde „zu viel Rücksicht auf Versager“ genommen *(„Tagesschau“)*

Deutschland sucht den Superstar: Und der Sieger heißt Manfred Schell *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Das gab es seit Jahrzehnten nicht: Diskussion um das notwendige Streikrecht bekommt Massencharakter *(„Rote Fahne“)*

Pfiffe und Buhrufe: Wie soll Europa demokratischer werden, wenn das Volk über den Lissaboner Vertrag nicht abstimmen darf? *(„Spiegel-Online“)*

Na, dann spart euch mal zu Tode!

Heute möchte ich einen kleinen Vorschlag bringen, damit ihr endlich begreift, wohin das Ganze führt. Jede von den alten Parteien bei uns hat doch drei Buchstaben in ihrem Logo, ich nenne jetzt bewusst keine dieser Abkürzungen. Sparen wir ab heute einen Buchstaben ein und geben diesen Parteien ihre wahre Bedeutung: Nennen wir sie WS, WW und WK! Das möge heißen: „Wir sollten“ „wir wollen“ und „wir könnten“ – „aber die anderen lassen es nicht zu!“ Diese Bezeichnungen treffen die Aussagen der einzelnen Parteien besser, und der Vorteil durch Einsparung von Farbe und Druckkosten ist nicht von der Hand zu weisen!

So ist schon lange mein Eindruck. Das meine ich jetzt natürlich ein wenig ironisch, aber es trifft wohl den Kern der Sache! Es wird geredet und geredet, und dabei wird die Bevölkerung immer ärmer, und der soziale Frieden gerät immer mehr in Gefahr. Wie oft soll man es denn noch wiederholen? Die Ursachen müssen bekämpft werden, nicht die Auswirkungen, die muss man höchstens mit einrechnen. Aber vom Rechnen scheinen unsere sogenannten Volksvertreter sowieso nicht allzu viel zu halten, außer wenn es um ihre Diäten geht. Wenn sie so weitermachen, wird die ganze Auswirkung unbezahlbar, aber wen juckt das schon, wenn er selber ein gutes Auskommen hat?

Entschuldigen Sie bitte, dass ich das so krass sage, und wem der Schuh passt, der ziehe ihn sich an. Mir persönlich tut es weh, dass hier in unserem

reichem Lande Kinder misshandelt werden und sogar sterben müssen, bevor man richtig handelt, falls man es denn tut. Deshalb hier noch ein Vorschlag von mir, natürlich auch nur mit zwei Buchstaben: Gründen wir einfach alle die WM-Partei, denn „wir machen's"!

Wir sorgen für gerecht bezahlte Arbeitsplätze. Wir sorgen für die Menschen und verwalten sie nicht nur. Wir reden nicht mehr lange herum, wir handeln! Die Kinder bekommen kostenloses Essen, Lehrmittel und kostenlose Förderung. Chancengleichheit wird wiederhergestellt! Wir machen es, egal was es uns jetzt kostet, denn tun wir es nicht, wird es später viel, viel teurer! Meine Damen und Herren aus der Politik, handeln Sie endlich zu unser aller Wohl! An uns alle möchte ich noch sagen: Wir dürfen nicht nur fordern, nein, wir müssen auch geben, also geben wir unser Bestes, aber nicht zum Hungerlohn, denn der ist nun mal eine Ursache von Armut, Verwahrlosung und Unzufriedenheit!

Udo Riedel (parteilos)

Das Grauen hat einen Namen: Hartz IV

Es herrscht die beklemmende „Geiz-ist-geil"-Euphorie! Die Medien und besonders die immer häufiger gesendeten und länger werdenden Werbespots, in denen sich immer mehr Prominente zeigen lassen, prahlen mit angeblichen Billigpreisen die schöne Halligalli-Welt an. Der Medienzirkus ist ein Dauerparkplatz für Superlative und alle, denen Hunger und Elend in Deutschland am... verlängerten Rücken vorbeigehen!

Die Reichen wollen angeblich nur für sich sein, nutzen aber die Medien, um die ständig weiter verarmende Gesellschaft an ihrem ausschweifenden Leben und ihren mittlerweile immer geschmackloseren Exzessen mit den Augen teilnehmen zu lassen. Es ist ein Rausch der Sinne, der Superlativ hat alles im Griff! Das Maß der Unmenschlichkeit ist nicht nur überschritten, nein, die überzogenen und zügellosen Ausschweifungen werden von den Medien auf brutalste Art und Weise missbraucht, um daraus auch noch ein lukratives Geschäft zu machen!

Während jährlich circa zehntausend Menschen durch Suizid ihrem Elend ein Ende setzen, reiben Politiker sich genüsslich die Hände, denn Hartz IV hat seine prognostizierte Wirkung nicht verfehlt. Millionen und Abermillionen Euro fließen in die Staatskasse zurück, frei nach dem Motto: Ene, mene, miste – was Hartz ist, in

die Kiste! Mittlerweile ist das Grauen sichtbar, das durch Deutschland fegt: Letzte Woche wurden wieder mehrere Kinder gewaltsam aus dem Leben gerissen.

Pro Woche werden zwei Kinder getötet, über hundert im Jahr! Aber es gibt kein Interesse am Umdenken und daran, es auch zu praktizieren, im Gegenteil: Die Medien wittern wieder ein Geschäft. Kaum dass die Öffentlichkeit von den fünf toten Kindern in Darry erfuhr, standen schon die Programmgestalter und Medienbosse in den Startlöchern und stritten, wer wann zuerst seine Diskussionsrunde über dieses Grauen eröffnen darf.

Die damalige kritische Prognose, Hartz IV werde die Suizidrate dramatisch in die Höhe schnellen lassen, wird immer noch mutwillig ignoriert, damit die Gefriertruhenkälte in der durchgeknallten Gesellschaft weiterhin Amok laufen kann. Das Grauen, das schon länger durch Deutschland fegt, wirkt wie eine Droge: Es ist Dauernahrung für die Medien, die immer wiederkehrend einträgliche Geschäfte wittern, auf Kosten der Opfer und erst recht, wenn es Kinder sind.

Es lebe die Talk-Talk-Talk-Show! Politiker und Prominente diskutieren in gemütlicher Runde über diverse Probleme und denken auch über Lösungen nach. Der Diskussionswahn erstreckt sich auf alle Sender, die Suizidwelle steigt und steigt, das Morden an wehr- und hilflosen Kindern nimmt immer dramatischer zu! Eine Lösung für dieses Grauen? Kein Problem! Schaltet den Fernseher ein und macht es wie die Prominenten, produziert und konsumiert Talk-Fastfood für überkandidelte und durchgeknallte Gehirne. Fazit: Gut, dass wir darüber gesprochen haben!

Christine Wegener („Die Linke“)

Leiharbeiter werden als moderne Wanderarbeiter missbraucht

Heute möchte ich euch von einer persönlichen Erfahrung mit der Leiharbeit berichten. Seit knapp einem Jahr bin ich arbeitslos – übrigens zum ersten Mal nach 33 Jahren Festanstellung als gelernter Offsetdrucker. Inzwischen habe ich über 60 Bewerbungen geschrieben – bisher ohne Chance. Mit 53 Jahren ist man „Ausschuss“ – die große Berufserfahrung will keine Firma mit einem angemessenen Lohn bezahlen. Die wenigen Stellen, die für Drucker angeboten werden, kommen zu 80 Prozent von sogenannten Zeitarbeitsfirmen. Das Arbeitsamt hat mich inzwischen gezwungen, den Radius meiner Arbeitssuche auf 150 Kilometer auszudehnen. Es ist also zumutbar, dass ich jeden Tag drei bis vier Stunden Fahrt auf mich nehme. Aber das ist ein anderes Thema.

Letzte Woche Dienstag habe ich mich bei einer Leiharbeitsfirma in Hamburg beworben. Einen Tag später erhielt ich einen Anruf: „Wir möchten Sie anstellen, können Sie morgen anfangen?“ – „Das geht leider nicht von heute auf morgen, da ich meine Mutter pflegen muss. Aber ich habe Interesse und würde mich gerne am Freitag vorstellen.“ Wir vereinbarten einen Termin, und ich fuhr nach Hamburg. Dort angekommen, konnte ich live erleben, wie man mit Leiharbeitern umspringt: Die Sachbearbeiterin hatte den Termin „vergessen“ und plötzlich kein Interesse mehr an meiner Arbeitskraft. „Ich hätte Sie gestern gebraucht – da hat in einer Druckerei die Hütte gebrannt. Aber Sie sind ja nicht flexibel genug und als Mitarbeiter für uns uninteressant.“ Auf Nachfrage erzählte sie mir dann noch, es könne gut sein, dass ich jeden Tag woanders arbeiten muss, die Arbeitszeit zwischen vier und zwölf Stunden pendeln kann und der Lohn um 50 Prozent niedriger liegt als mein letztes Gehalt als Facharbeiter. Dieses Erlebnis ist sicher kein Einzelfall!

Die Leiharbeit wurde seit Einführung der Hartz-Gesetzen explosionsartig ausgebaut: Sie hat sich in den letzten zwei Jahren verdreifacht, auf 1,5 Millionen Stellen. Leiharbeiter werden als moderne Wanderarbeiter missbraucht. Für die Kapitalisten sind sie eine beliebte Manövriermasse. Es gilt das „Heuern und Feuern“ – Arbeiter ohne Rechte und mit Niedrigstlöhnen sind ihnen am liebsten. Dadurch kann die Stammbelegschaft verkleinert und enorm unter Druck gesetzt werden. Deshalb ist es sehr wichtig, dass sich die Stammbelegschaft mit den Leiharbeitern zusammenschließt und gemeinsam kämpft für Forderungen wie „gleicher Lohn und gleiche Rechte für Leiharbeiter“ und „Übernahme aller Leiharbeiter in feste Arbeitsverhältnisse“! Außerdem sollten wir als Montagsdemo dafür eintreten, dass die schrankenlose Ausweitung der Leiharbeit durch Hartz I zurückgenommen wird.

Harald Braun

Gegen Kinderarmut und Ausgrenzung – für einen eigenständigen, armutssicheren Kinderregelsatz!

Die „Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V.“ (BAG-SHI) als die bundesweite Interessenvertretung von und für Menschen im Sozialleistungsbezug hat gerechnet, Statistiken gewälzt und Expertisen ausgewertet. Sie ist dabei in Sachen Bedarf bei Kindern und Jugendlichen auf völlig andere Zahlen und Fakten gekommen als die Rechenkünstler im Bundesministerium. Ergebnis des sechsseitigen Positionspapiers: Die kriminell niedrigen Regelsätze sind dringend „reformbedürftig“ und müssen drastisch angehoben werden!

Vom derzeitigen Regelsatz erhalten zurzeit Kinder 60 Prozent und Jugendliche 80 Prozent. Die Zahlen belegen, dass ein Regelsatz in Höhe von 208 beziehungsweise 278 Euro keineswegs bedarfsdeckend ist. Um Auskunft über das Ausgabeverhalten von Familien für Kinder zu erhalten, gibt es auf der Basis der alle fünf Jahre erhobenen „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ gesonderte Auswertungen, die alle notwendigen Ausgaben erfassen.

Die BAG-SHI fordert auf dieser Basis eigenständige, gestaffelte Regelsätze für Kinder und Jugendliche, die gesellschaftliche Teilhabe, Gesundheit und Bildungschancen in vollem Umfang ermöglicht, außerdem die Wiedereinführung von drei Altersklassen für Kinder und Jugendliche, um altersspezifische Ausgaben zu berücksichtigen.

Daraus ergibt sich die Forderung nach einem Regelsatz für Kinder unter sechs Jahren von 370 Euro, von 438 Euro für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren und 486 Euro für Jugendliche im Alter von zwölf bis 18 Jahren. Zu der Forderung gehört zudem die regelmäßige Inflationsanpassung der Regelsätze sowie die Wiedereinführung für im Regelsatz nicht vorgesehenen, aber notwendigen Mehrbedarf.

In dem umfangreichen Papier heißt es abschließend: „Die BAG-SHI will mit diesen konkreten Forderungen gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften eine Diskussion führen, die sich auch inhaltlich mit Armut auseinandersetzt und mehr ist als die Debatte um Plasmafernseher und angebliches individuelles Versagen armer Eltern.

Die BAG-SHI gibt damit nicht ihre langfristige Forderung nach Existenzgeld für alle hier lebenden Menschen auf und weist gleichzeitig darauf hin, dass auch die derzeitige Regelleistung von 347 Euro für Erwachsene beziehungsweise 312

Euro für ‚Bedarfsgemeinschaften' mit mehreren erwerbsfähigen Hilfebedürftigen dringend einer Anhebung bedarf."

Wieland von Hodenberg (Zusammenfassung eines Positionspapiers der BAG-SHI, verabschiedet auf der Fachtagung in Bingen am 9. Dezember)

Privat ist politisch!

Diese alte Parole der Frauenbewegung trifft den Nagel auf den Kopf. Am 8. Oktober 2007 gab ich bei meiner Sachbearbeiterin im Amt für Soziale Dienste an, dass ich im November 145 Euro weniger an meinen Vermieter zahlen muss, da ich Energie eingespart hatte. Sie rechnete jedoch nicht im November das Eingesparte an, sondern im Dezember, und jetzt habe ich nur 219,67 Euro zum Leben. Abgesehen davon ist die Bestrafung für Energieeinsparung ein absoluter Skandal!

Die ergänzende Sozialhilfe war nicht am 1. Dezember 2007 auf meinem Konto, sondern erst am 4. An „Die Linke" in Bremen schrieb ich einen Brief mit der Bitte, generell wegen Verzögerungen bei der Auszahlung von Leistungen in der Bremer Bürgerschaft eine Anfrage zu starten. Von meiner Sachbearbeiterin erhielt ich die Auskunft, dass die Behörde ein neues Computerprogramm in Betrieb genommen habe; dadurch komme es zu Verzögerungen. Ich könne ja von der Erwerbsunfähigkeitsrente leben! Ich sagte ihr, dass ich 310,25 Euro Warmmiete zu zahlen habe, außerdem Strom und Telefon, sodass ich auf das Geld dringend angewiesen bin. Sie hätte ja auch sehen können, dass ich im Dezember Geburtstag habe und Weihnachten vor der Tür steht!

Eine Beratungsstelle, bei der ich war, half mir leider auch nicht weiter. Da mir die Behörde das Geld nicht im November abgezogen hatte, wie es richtig gewesen wäre, nahm ich irrtümlich an, ich könnte das Geld behalten und kaufte mir eine neue Matratze für 149 Euro. In der Vergangenheit gab es „einmalige Beihilfen", die nun gestrichen wurden. Das ist total unsozial, denn wer kann von 345 Euro noch 45 Euro zurücklegen, um Rücklagen für notwendige Anschaffungen im Haushalt anzusparen? Das ist unmöglich, da die Regelsätze viel zu niedrig sind. Darum gehören diese angehoben, und es müssen die Kosten für solche Ausgaben übernommen werden!

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Gäbe es noch die Weihnachtsbeihilfe von 122 Euro für den Haushaltsvorstand und die „einmaligen Beihilfen", wäre das nicht passiert. Können die Sachbearbeiter(innen) wirklich nichts dafür, dass wir so unsoziale Gesetze haben? Unterstützen sie nicht die politischen Schreibtischtä-

ter, indem sie in diesem Unrechtssystem gut funktionieren? Warum soll ich Verständnis für die Sachbearbeiter(innen) auf den Ämtern haben, wenn diese kein Verständnis für mich haben? Ich unterstützte mit meiner Unterschrift die Forderung der Beamt(inn)en, Weihnachts- und Urlaubsgeld nicht zu streichen, doch wer von ihnen kämpft solidarisch mit uns gegen die Unrechtsgesetze? Da ist leider Fehlanzeige!

Bettina Fenzel (parteilos)

US-Wirtschaft stürzt ab: Asien und Europa werden ihr Wachstum nicht halten können *(„Spiegel-Online“)*

Wetten, dass wir den Hundt auspfeifen?

Auch im kommenden Jahr ist Bremen wieder beliebter Zielhafen für die Großen der kapitalistischen Welt. Am 6. Januar 2008, übrigens einem Sonntag, probt die „Eiswette“ wieder, ob die Weser „geiht oder steiht“. Mittlerweile ein völlig veraltetes Ritual, denn Zufrieren kann die Weser nach dem begonnenen Umschlag in die Klimakatastrophe nicht mehr. Die Aussichten auf den Handel des kommenden Winters werden von anderen Faktoren bestimmt. Darum ist der 6. Januar ein kleiner Spaß, und die Hauptzeremonie ist das später stattfindende **Eiswettessen**, bei dem in diesem Jahr **Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt** die Hauptrede halten soll.

Hundt ist einer der Hauptvertreter des harten Kurses des Monopolkapitals. Für ihn ist noch lange kein Ende der Reformen zugunsten der Arbeitgeber angezeigt: Er fordert, die Schraube der sozialen Kürzungen noch weiter zu drehen und ist auch gegen jeden Mindestlohn. Jeder Arztbesuch solle fünf Euro kosten, das würde schon „steuernd“ wirken. Die Jugend soll nur noch „betriebsnah“, so wie es gerade gebraucht wird, ausgebildet werden. Von Verantwortung für die Zukunft keine Spur!

Da wäre es doch eine gute Idee, ihm und seinen Bremer Gesinnungsfreunden mal einen kleinen Besuch abzustatten! Voraussichtlich am **12. oder 19. Januar 2008**, also einem Samstag, wird im **Kongresszentrum** auf der Bürgerweide neben dem „AWD-Dome“ am Nachmittag das Essen stattfinden. Ich würde mich freuen, wenn wir da wieder zu einem fröhlichen Pfeifkonzert aufliefen! Was meint ihr?

Jobst Roselius

Agentur ohne Arbeit im Verfolgungswahn

1. Offensichtlich scheint Arbeitslosigkeit nun zum Delikt geworden zu sein! Oder wie lässt sich sonst erklären, dass Staatsbeschäftigte in die Wohnung eines Antragstellers während dessen Abwesenheit eingedrungen sind? Sie taten dies mit dem Ziel, an Material zu gelangen, um den Antrag auf ALG II ablehnen zu können – und geben dies auch noch ungeniert zu!

Ein deutsches Ehepaar war aus Österreich in den kleinen Ort Freyung bei Passau zugezogen und hatte bei der zuständigen „Agentur ohne Arbeit“ in Waldkirchen den Antrag auf ALG II abgegeben. Die Wohnung, die sie gemietet hatten, liegt in einem Ferienpark, in dem die Wohnungen meist an Urlauber vermietet werden. Es gebe aber Ausnahmen, und dies sei eine gewesen, sagt der zuständige Geschäftsführer der Stadt Freyung. Eine Wohnung im Ferienpark,

das war der Leiterin der Arbeitsagentur verdächtig! Die Dame schickte zwei ihrer Untergebenen und einen Beamten dorthin, um nachzusehen, ob der Antragsteller wirklich dort wohne.

Als die beiden dort ankamen, wurde ihnen zwar bestätigt, dass das Ehepaar dort eine Wohnung gemietet hatte, sie trafen es aber nicht an. Wohl wissend, dass die Bewohner nicht zu Hause waren, drangen sie in die Wohnung ein. Umstritten bleibt, ob dies mit einem illegalen Nachschlüssel oder dem Schlüssel des Verwalters geschah. Das **Betreten der Wohnung in Abwesenheit der Mieter** ist auf jeden Fall unzulässig und sogar eine Straftat. Was man dort gefunden hat: nichts. Oder jedenfalls so wenig, dass man davon ausging, das Paar wohne dort gar nicht. Daher wurde das ALG II versagt.

Die besagte Auftraggeberin verteidigt ihre Untergebenen mit dem „Argument", sie hätten das Recht gehabt, dort zu schnüffeln, denn sie seinen ja „Verfolgungsbehörde". Wie bitte, Verfolgungsbehörde? Eine exemplarische Freud'sche Fehlleistung! Hier zeigt sich eine tiefe Wahrheit: Haben Politiker aus den Arbeitsämtern jetzt Verfolgungsbehörden gemacht? Arbeitslosigkeit ist nun also zum Delikt geworden!

2. Der Chef der Leipziger Arge, Dr. Andreas Zehr, verhöhnte letzte Woche – na, wen wohl – uns Erwerbslose natürlich. Sein freundlicher Hinweis an die Hartz-IV-Betroffenen, die zusätzlichen **Aufwendungen für das Weihnachtsfest aus den Regelsätzen anzusparen**, grenzt an Hohn, ist skrupellos und zeugt von Abwesenheit jeglicher menschlicher Achtung den Betroffenen gegenüber. Was soll denn noch alles vom Regelsatz angespart werden: Einschulung, Lernmaterialien, „Sehhilfen" – und sogar die Weihnachtsaufwendungen?

Essen und sich einkleiden müssen ALG-II-Empfänger auch. Hinzu kommen erschwerend Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie. Dr. Zehr sollte den Arbeitslosen bitte erklären, wie man bei Regelsätzen, welche nicht einmal eine ausreichende gesunde Ernährung sichern, noch Ansparungen vornehmen kann! Bekannt ist ebenfalls, dass zahlreiche Arbeitslose zusätzliche Darlehen für notwendige Anschaffungen bei der Arge Leipzig laufen haben und wegen der monatlichen Abzüge seitens der Agentur nicht einmal den vollen Regelsatz erhalten.

3. Die Alarmsignale vor Familientragödien werden oft zu spät bemerkt. Fälle von **Kindstötungen**, wie die jüngsten in Darry und Plauen, sorgen überall für Entsetzen und Fassungslosigkeit. Wie konnte es dazu kommen? Hätte es sich verhindern lassen? Gab es Warnsignale? Das sind die häufigsten Fragen, die nach einem solchen Unglück gestellt werden. Allzu menschlich ist das Bedürfnis, für das Unfassbare Schuldige zu suchen. Sind die Behörden überfordert und umständlich, spart der Staat an der falschen Stelle, ist die Gesellschaft konsum- und karrieregeil, daher kinderfeindlich, sind die Nachbarn desinteressiert und unsolidarisch? Immer ist mehr als nur ein Körnchen Wahrheit dabei. Genau deshalb können die Beschuldigten dann munter gegenseitig aufeinander zeigen: die Behör-

den auf den Staat, der sie finanziell im Stich lasse, die Bürger auf die Politiker, denen nichts einfalle, die Politiker auf die Bürger, denen die Werte abhanden gekommen seien.

Da geraten die unmittelbar Beteiligten schon fast in den Hintergrund: Sind es jene, die ihre Kinder misshandeln, verwahrlosen lassen, töten, weil sie sich selbst grenzenlos gehen lassen, wenn sie nur noch für ihren nächsten Rausch leben? Wenn sie ihre labile Partnerin mit mehreren Kindern einfach sitzen lassen? Wenn sie sich einen Dreck um ihre Tochter kümmern, die viel zu früh Mutter wurde? Oder trifft den Staat nicht auch eine gewisse Mitverantwortlichkeit, wenn er erwerbslose Menschen mitsamt ihren Familien in die totale Aussichtslosigkeit, in permanente Geldnot, in dauerhafte Existenzangst treibt, und wenn die Betroffenen außerdem in viel zu beengten Wohnungen leben müssen, aus denen es kein Entkommen mehr gibt?

Wer keine Familie hat, die zumindest gelegentlich stärkt und hilft, ist definitiv irgendwann am Ende seiner Kräfte. Niemand kann auf Dauer für zwei oder drei arbeiten. Wer kann sich ernsthaft darüber wundern, dass Mütter in abgrundtiefer Verzweiflung ihr Leben im Stich lassen, so verquer denken und ihre Kinder in den Tod schicken, damit sie es vermeintlich besser haben und dieses unsägliche Elend nicht erleben müssen?

Abwertungen basteln, ja, das ist ganz einfach. Viel schwieriger ist es, für überforderte, gar psychisch kranke Menschen Sensibilität zu entwickeln. Ich finde es ungemein zynisch, Armut erst staatlich zu erzeugen und dann so zu tun, als ließen sich die verheerenden Auswirkungen mit noch mehr Kontrolle und Abwertung der finanziell Schwachen lösen und reparieren! Das funktioniert weder als Schutz vor Kindstötungen, noch hilft es gegen andere Missstände. Schärfere Gesetze können keine Familie oder andere Sozialgefüge ersetzen! Wenn arme Menschen gezwungen werden, in Gettos zu vegetieren, wo keiner jemanden kennt, dann darf sich niemand darüber wundern, dass sich auch keiner für den anderen interessiert.

Inkompetente, aber betuchte Menschen können ihre eigene Verantwortung gegenüber ihren Kindern einfach für Geld anderen übertragen. Wenn weder Geld noch Familie oder Freunde da sind, dann geht es den Schwächsten leicht schlecht. Das sind dann leider allzu oft die Kinder! Alle Menschen können in Ausnahmesituationen kommen, die Realität verkennen und sie für schlimmer und ausweglos halten, als sie tatsächlich ist. Wenn keine Familien, keine Freund(inn)e(n), die eine Korrektur geben könnten, da sind, sondern nur Einsamkeit und Überforderung, dann ist der Nährboden für Tragödien geschaffen, und Katastrophen nehmen ihren Lauf!

4. Der „Sozialstaat“ zeigt Flagge: Das Bundeskabinett beschloss eine **Absenkung der Hartz-IV-Sätze für Krankenhauspatienten**! Die Fraktion „Die Linke“ läuft bereits Sturm gegen Pläne der Bundesregierung, eine Absenkung von Regelleistungen im Falle stationärer Krankenhausbetreuung in einer Verordnung fest-

zuschreiben. Der Fraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine kündigte an, am kommenden Donnerstag einen Antrag gegen dieses Vorhaben in den Bundestag einzubringen.

Lafontaine nannte den Regierungsplan in einer Erklärung eine „Ungeheuerlichkeit“. Man dürfe Menschen, „die ihr Leben am Existenzminimum fristen, nicht auch noch dafür bestrafen, dass sie krank werden“. Die Begründung der Bundesregierung, bei einem Klinikaufenthalt erhielten die Betroffenen kostenlose Mahlzeiten und könnten deshalb auf die im Regelsatz enthaltenen Gelder für Nahrungsmittel verzichten, sei „zynisch und menschenverachtend“. Lafontaine wies darauf hin, dass bereits mehrere Gerichte diese Praxis als rechtswidrig eingestuft hätten, da der Regelsatz eine Pauschalleistung sei.

An die Adresse des frisch gekürten Arbeitsministers Olaf Scholz gerichtet, der für die Vorlage die Verantwortung trägt, sprach der Linksfraktionschef von „Anmaßung und Ignoranz“ gegenüber Beschlüssen des Deutschen Bundestages. Für eine Kürzung der Regelleistung bei Krankenhausaufenthalten gebe es keine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage. Dies habe der Petitionssausschuss des Bundestages ausdrücklich bestätigt und daraufhin das Arbeitsministerium gebeten, die Abstellung dieser Praxis zu prüfen. Auch das Plenum des Bundestages habe diese Vorgehensweise einstimmig bestätigt. Die Koalitionsregierung hat dennoch am Mittwoch eine gegenteilige Verordnung beschlossen. Offensichtlich, so Lafontaine, wolle das Arbeitsministerium seine eigenen Gesetze machen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Wir haben jetzt rund zehn Millionen Arbeitslose

1. Liebe Leute! Es macht sicherlich viel Vergnügen, hier durch die weihnachtlich geschmückte Stadt zu schlendern und die Vorfreude zu genießen. Zu Hause wartet die warme Stube, so richtig zum Ausspannen und Sichwohlfühlen. So sollte es sein, so ist es jedem zu gönnen!

Könnt ihr euch vorstellen, nach Hause zu kommen, und die Stube ist kalt, auch das Licht brennt nicht? Für viele Menschen in Bremen ist dies traurige Wirklichkeit! Die SWB stellte in diesem Jahr bisher über 10.000 Mal die Energiezufuhr ab. Es ist klar: Diese Menschen haben ihre Strom- oder Gasrechnung nicht bezahlt. Aber sind sie selbst schuld?

Meistens leben diese Menschen „am unteren Limit“: Ein Loch wird „mit dem anderen gestopft“. Oftmals ist das Nichtbezahlen der **Stromrechnung** eine Folge der Nichtzahlungen der Bagis: Wer eine Leistungskürzung verkraften muss, kann oftmals nicht anders. Wer seine Leistungsansprüche gegenüber der Bagis mithilfe des Gerichts durchsetzen muss, kann die Zwischenfinanzierung oftmals nicht tragen. Oder wer die Waschmaschine ersetzen musste.

Es gibt bei 347 Euro monatlichem Einkommen viele Gründe, kein Geld zu haben, auch nicht für die notwendige Energie. Im Regelsatz sind 20,74 Euro plus anteilige Erhöhung, somit nicht einmal 21 Euro für Energiekosten enthalten. Die Bagis soll nur 1,10 Euro beziehungsweise in Ausnahmefällen 1,35 Euro pro Quadratmeter für **Heizkosten** zahlen. Damit kommen die wenigsten zurecht.

Der Armutsbericht hat viele Fakten! Die Auswirkungen, die blanke Not kann er nicht wiedergeben. In Bremen frieren und hungern jeden Tag Menschen! Wer als ALG-II-Hilfebedürftiger dienstags überfallen und seines Geldes beraubt wird, bekommt frühestens am Donnerstag Vorschuss. Mittwochs hat die Bagis geschlossen. Es ist keine Auszahlung möglich, obwohl alle zuständigen Mitarbeiter an ihren jeweiligen Schreibtischen anwesend sind!

Leute, glaubt nicht an die heile Welt, wie sie in den Medien steht. Lest zwischen den Zeilen! Wir haben jetzt rund zehn Millionen Arbeitslose. Die Rahmenbedingungen für die **Statistik** und auch der Umgang mit den Erwerbslosen macht es möglich! Der Arbeitsmarkt für ältere Arbeitslose ist in Schwung gekommen: Diese Stellen werden bis zu 100 Prozent aus Steuermitteln bezahlt. Eine Vollbeschäftigung wird es nicht wieder geben, auch nicht in zehn Jahren! Die Politiker verweisen gern auf die Altersstruktur und den „demographischen Faktor“ und vergessen die Rente mit 67!

Die Zahl der Menschen, die eine Tätigkeit nachfragen, wird sich nicht verringern. Die Menschen werden im Durchschnitt einfach nur älter sein, und die technische Entwicklung wird weitere Arbeitsplätze überflüssig machen! Schon heute gehen nur 20 Prozent der Rentenantragsteller aus einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit in die Rente. Wie wird sich dies entwickeln? Vor der Rente steht bereits heute Hartz IV.

Wer ALG II beantragt, muss vor dessen Gewährung sein Vermögen auf die zulässigen Freibeträge „abschmelzen“, es also verzehren. Dagegen kann und sollte der Mensch sich wehren! ALG II bedeutet den Verlust von Rentenanwartschaften, weil nur Rentenbeiträge aus einem fiktiven Bruttoarbeitslohn von 205 Euro abgeführt werden. Dies führt zu einem Absinken der bisher erworbenen Ansprüche, insbesondere bei Erwerbsunfähigkeitsrente. Die gesetzliche **Rentenversicherung** wird es langfristig nicht mehr geben!

Bereits heute ist eine Zusatzabsicherung bei der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr möglich, obwohl alle Voraussetzungen für eine kostengünstige Umsetzung vorliegen. Dies geht nur über private Versicherungsunternehmen, und die wollen erst einmal verdienen. Eine solche Rente kann beim Tod des Bei-

tragszahlers verfallen, sehr zur Freude der Versicherungsgesellschaft! Natürlich war dies im Versicherungsantrag vermerkt, es wurde einfach nicht die richtige Anlageform gewählt, und die Witwe hat das Leid.

Von Ansprüchen der Waisen oder von anderen Leistungsbeeinträchtigungen mögen diese Gesellschaften nichts hören. Zwar ist das Kleingedruckte schon kundenfreundlicher geworden, aber es gibt noch überraschende Bedingungen. Dem Riester-Zertifikat ist keine umfassende Prüfung der Vertragsbedingungen vorausgegangen! Heute stehen die Lebensversicherungsunternehmen glänzend da. Überraschenderweise? Nein: Viele Erwerbslose lösen ihre Lebensversicherungen auf. Dadurch entfallen die Schlussgewinnanteile, und es werden je nach Tarif weitere Kürzungen wirksam.

Ein Fertighaushersteller hat einen Umsatzrückgang von über 50 Prozent beklagt. Ein Hartz-IV-Betroffener erhält die Kreditzinsen für sein selbstgenutzes Wohneigentum erstattet, die Tilgungsraten jedoch nicht! Wie lange hält die Hypothekenbank still? Wenn die Tilgung durch eine **Lebensversicherung** erfolgen soll, ist bereits bei der ersten nicht gezahlten Lebensversicherungsprämie das gesamte Hypothekendarlehn zurückzuzahlen und die Zwangsversteigerung greifbar nahe! Trotzdem zahlt die Bagis die Beiträge für die Lebensversicherung nicht.

Die wenigsten Arbeitnehmer unter 30 Jahren haben heute einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die wenigsten Arbeitnehmer haben die Möglichkeit, sich gegen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen oder gegen Lohnabsenkungen zu wehren. Aktuell betrifft dies die Mitarbeiter(innen) der Anzeigenabteilung des „Weser-Kuriers“, aber auch die von Airbus, Daimler, Siemens, Telekom oder Karmann Osnabrück.

Soll dies so weitergehen? Jeden Tag etwas weniger für die Erwerbslosen, Arbeiter und Angestellten? Jeden Tag etwas weniger an Arbeitsplätzen, etwas mehr an Erwerbslosigkeit? Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Die Ziege hat gewarnt, auf einer Veranstaltung in Bremen: Es darf keine Erhöhung der Leistungen für Arbeitslose geben, sonst ist der Aufschwung gefährdet! – Aber wieso sollte zusätzliches Geld in den Händen von Arbeitslosen den Aufschwung gefährden? Wo bleibt denn dieses Geld? Wird es etwa auf die hohe Kante gelegt? Nein, es wird ausgegeben, es fließt kurzfristig zu 99 Prozent in die Ladenkassen! Dies würde die „**Kauflust**“ der Arbeitslosen wecken. Ist nicht gerade der Binnenmarkt, trotz aller positiven Erklärungsversuche, im Jahr 2007 das Sorgenkind gewesen? Und wie wird es 2008 sein?

Also, die Wirkung von Kaufkraft ist unbestritten, und der Zwang, dieses Geld für den kurzfristigen Konsum auszugeben, ebenfalls. Nur aus Sicht der Unternehmer ist ein Haken erkennbar: Mehrausgaben im sozialen Bereich bedeuten weniger Vergünstigungen für Unternehmen! Wie war das noch mal mit der Einkommensentwicklung? Es gab 40 Prozent Steigerung des Einkommens aus Kapital oder selbständiger Arbeit, aber zehn Prozent Einkommensverlust bei unselbstän-

diger Arbeit! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

3. Bremen hat die **Mietobergrenzen** für Betroffene nach SGB II, IX und XII neu festgesetzt und dazu eine Verwaltungsanweisung verabschiedet. Diese ist zum 1. November 2007 in Kraft getreten. Die Bagis soll und möchte sie erst ab diesem Tag berücksichtigen. Das Oberverwaltungsgericht Bremen hat nun in einem Eilverfahren anders entschieden (Az. S1B 387/07 vom 22. Oktober 2007). In dem betreffenden Fall ist die Miete durch die neue Verwaltungsanweisung gedeckt. Die Bagis wollte die höhere Miete erst ab 1. November 2007 anerkennen. Das Gericht sah keine Veränderung der Verhältnisse für den Zeitraum ab 1. August 2007 und hat die höhere Miete ab diesem Tag zugesprochen. Nur dieser Zeitraum war zu entscheiden!

Wie hätte das Gericht diese Frage für den Zeitraum ab 1. Januar 2005 entschieden? Wahrscheinlich genauso, mit der gleichen Begründung. Im „Gewos"-Bericht steht auf Seite 14 und an anderen Stellen, es habe sich „nichts" auf dem Bremer Wohnungsmarkt geändert. Die Bagis hat im „Weser-Kurier" veröffentlicht, dass die neue Verwaltungsanweisung spätestens bei jeder Neuberechnung ab 1. November 2007 berücksichtigt wird. Ein Extra-Antrag ist nicht nötig! Wer bereits vor diesem Stichtag einen Teil der Miete selbst bezahlt hat, sollte Widerspruch einlegen: Die volle Miete ist rückwirkend ab 1. Januar 2005 zu übernehmen!

Die neue Verwaltungsanweisung birgt auch Verschlechterungen. Sie sind nicht rückwirkend anwendbar und auch nicht für die Zukunft. Gegen diese Bescheide Widerspruch einlegen und die volle Miete, die vollen Nebenkosten und die ungekürzten Heizkosten einfordern, weil diese Verwaltungsanweisung die Urteile des Bundessozialgerichts nicht berücksichtigt! Wie dies geht? Wir gehen mit! Auch wer umgezogen ist und für die bisherige Wohnung nicht die volle Miete erhalten hat, kann einen Antrag stellen: „Ich bitte um Überprüfung der bewilligten Kosten der Unterkunft und umgehende Nachzahlung". Diesen Antrag gegen Empfangsbestätigung bei der Bagis abgeben.

Die neue Verwaltungsanweisung ist wie die alte keine Rechtsgrundlage, sondern eben nur eine Anweisung für die Verwaltung. Kein Richter ist an diese Feststellungen und Obergrenzen gebunden! Der Bericht von „Gewos" ist nicht für gerichtsfeste Bescheide geeignet, weil er die Urteile des Bundessozialgerichts nicht berücksichtigt! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Seit Amtsantritt von Bahn-Chef Hartmut Mehdorn sind die **Bezüge** für die acht Vorstandsmitglieder um 300 Prozent gestiegen, wie „Bild am Sonntag" berichtet. Laut Geschäftsbericht hätten sie sich in den Jahren 1999 bis 2005 von 3,679 Millionen Euro auf 14,693 Millionen Euro vervierfacht. Eigentümer der Bahn ist die Bundesrepublik Deutschland! Verantwortlich sind somit die Politiker.

Beck hat „Haltet den Dieb“ gerufen, damit sich keiner um ihn selbst kümmert! Die Abgeordneten und ihre Diätenerhöhung wurden so aus den Schlagzeilen verdrängt. Ihre Altersbezüge sind die angemessene Fortsetzung der Diskussion, die **Sondervergünstigungen** das nächste Thema! Dann kommen wir zu den Ministern und Regierungsmitgliedern. Die Abgeordneten sollten anfangen, diese Vorteile abzubauen!

Nachgedacht und geredet wurde genug darüber. Auch Teillösungen bitte nicht verschieben, sondern sofort umsetzten! Daran kann jeder Volksvertreter mitwirken. Neue Politiker mögen sich über die unerwarteten Vergünstigungen freuen – überwiegen sollte jedoch der Frust über so viele Vergünstigungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten. Macht die Politik wieder glaubhaft und schafft diese Sonderregelungen ab!

Die SPD will Aktionen gegen die Abfindungen, wenn diese ungerecht sind. Die Vorschläge sind vielfältig, die genannten Grenzen auch. Die SPD tut so, als ob sie nichts dazu beigetragen hätte, trotz Bahn und KfW und dem Verhalten des obersten Bundesbankers bei der Euro-Einführung, trotz Beraterrolle von Deutscher Bank und jetzt von Siemens beim jeweiligen Kanzler, trotz der Wechselwirkung zur steuerlichen Betriebsprüfung dieser Unternehmen!

Auch Bremen kann ein Lied davon singen. Nicht einmal die Geschäftsführer der GmbHs in Bremer Besitz kann die Politik dazu bewegen, ihre Gehälter offenzulegen. Diese GmbHs wurden von der Freien Hansestadt gegründet und die Geschäftsführer von den Bremer Senatoren ernannt. Trotzdem konnten die Anstellungsbedingungen dieser Geschäftsführer und ihre Entlohnung dem politischem Zugriff entgleiten! Wieso? Die Politik kann nicht einmal prüfen, ob diese **Gehälter** angemessen sind – oder will die SPD einfach nichts davon wissen?

Wie kann es sein, dass eine zu 100 Prozent in Bremer Besitz befindliche Gesellschaft Spenden verteilt und so die Steuerlast mindert, also dem Haushalt weniger Geld zukommen lässt? Wie kann es sein, dass Bremen „Tafelsilber“ verkauft und den Erlös am Haushalt vorbei in eine der Bremer GmbHs umleitet (siehe Bildungs-GmbH) oder den Kaufpreis teilweise als zweckgebundene Spende bei einer Bremer GmbH eingehen lässt (siehe VVG GmbH und Freie Universität plus „Günther-Grass-Stiftung“)?

Bremer Vertreter und Behördenmitarbeiter einschließlich der Geschäftsführer können Aufwandsentschädigungen zusätzlich behalten, ungekürzt. Die Geschäftsführer der Kliniken hatten Prämienansprüche, die alte BLG zahlt auch Erfolgsausschüttungen an die Geschäftsführer. Die Politik kann da keine Grenzen einziehen!? In Bremen wird’s bestritten, aber ansonsten sind die Bezahlungen und auch diese Abfindungen nur durch gemeinsame Willenserklärungen zu erreichen.

Der VW-Betriebsrat beziehungsweise einzelne Mitglieder desselben wurden gekauft, oder? Auch beim Vodafone-Einstieg wurde der Betriebsrat gekauft, oder? Im normalen Arbeitsleben gilt: Wenn ein Mitarbeiter trotz schlechter Arbeit eine Abfindung erhält, hat er einfach etwas erfahren oder gesehen, was dem Unternehmen oder seinen Mitarbeitern unangenehm beziehungsweise gefährlich wer-

den kann. Solche **Abfindungen** sind Schweigegeld und oftmals mit der Verpflichtungserklärung verbunden, Stillschweigen zu bewahren, also getragen von beiderseitigen Interessen. Diese lassen sich einfach umdefinieren, wenn der Gesetzgeber sich auf das Thema Abfindungen stürzt!

Mein Lösungsansatz ist eine Ergänzung der bisherigen Steuertabelle: Jeder Cent, der über eine Million Euro per annum hinaus verdient wird, ist zu 100 Prozent an das Finanzamt abzuführen! Dazu sind entsprechende Begleitgesetze erforderlich, um die Abwanderung in das Ausland zu erschweren beziehungsweise auch bei Abwanderung die Steuern zu erhalten.

Wenn die Bürgerin oder der Bürger seinem Politiker sagt: „So ist das nicht in Ordnung!“ und nicht zulässt, dass dieser Politiker sich hinter der freien Wirtschaft versteckt, so wird sich dies ändern! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Deckelung obszöner Einkommen ist möglich: Der Halbteilungsgrundsatz gilt nur für eine Vermögensteuer *(„Spiegel-Online“)*

Magere Weihnachten

Großer Trubel herrscht auf dem Weihnachtsmarkt, die Stadt ist total voll. Alle halten Ausschau nach Geschenken! Doch für über sieben Millionen Menschen, davon zwei Millionen Kinder, wird es magere Weihnachten geben. „Vor Hartz IV“ bekamen Sozialhilfeempfänger einen Zuschuss zu Weihnachten – heute ist das gestrichen!

In Bremen lebt jedes dritte Kind, jede(r) dritte Jugendliche(r) unter der Armutsgrenze. Selbst „Bild“ brachte letzte Woche diese Zahl, um dann zu hetzen, viele seien schon „in zweiter und dritter Generation Sozialhilfeempfänger“ und daher „nicht gewohnt zu arbeiten“, also selber schuld!

Nur 1,47 Euro sind in der ALG-II-Tabelle für Geschenke vorgesehen. Die solle man für Weihnachten ansparen, so der höhnische Ratschlag der Amtsvorsteher. Dabei steht es jeder Kommune frei, Hartz-IV-Betroffenen Weihnachtsgeld zu zahlen! So geschieht es zum Beispiel in Burghausen: Dort gibt es 60 Euro für Kinder, die auf Sozialgeld angewiesen sind.

Ganz andere Probleme haben da die Reichen: Wohin mit dem Zaster? In Amsterdam und Moskau werden bereits Millionärsmessen veranstaltet. Dort gibt es zum Beispiel das diamantbesetzte Handy für einige Hunderttausend Euro, die Eistüte aus Weißgold oder Autofelgen für eine Million Dollar. Ab nächstem Jahr steigt diese Messe auch in München!

Da kommen einem doch fast die Tränen, wenn jetzt, unter anderem von Kanzlerin Merkel, die unanständig hohen Managergehälter angegriffen werden, natürlich ohne sie wirklich senken zu wollen! Auf die himmlische Gerechtigkeit zu Weihnachten brauchen wir wohl nicht zu warten. Deswegen: Packen wir's an! Kämpfen wir für unsere Rechte! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Weg mit einem System, wo eine winzige Minderheit auf Kosten der großen Mehrheit in Saus und Braus lebt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Sprechparolen und Redebeiträge – Menschen bleiben stehen, hören zu

Die 162. Montagsdemo in Bremen am 10. Dezember 2007 um 17:30 Uhr fand mitten im prallen Leben statt. Nach kurzem Auftakt vor der „Glocke" an der Domsheide ging es los über den Weihnachtsmarkt und die Obernstraße zum Hanseatenhof, wo dann eine ausgiebige Kundgebung abgehalten wurde. Flugblätter wurden verteilt und die Hartz-IV-Weihnachtspostkarten gegen Spende abgesetzt. Bis nahe an die 50 Teilnehmer und Zuhörer waren heute dabei. Die Themenvielfalt und unsere Standhaftigkeit fanden Anerkennung und Zuspruch.

Die nächste **Montagsdemo** am **17. Dezember 2007** beginnt um **17:30 Uhr** an unserem Ausweich-Treffpunkt vor der „Glocke" an der **Domsheide**. Es ist die letzte Montagsdemo 2007. Gegen **19 Uhr** steigt unser **Jahresabschlussfest** im „**Naturfreundejugendhaus**" in der Buchtstraße (direkt neben der „Arbeitnehmerkammer"). Es gibt Würstchen, Salate und Glühwein gegen Spende. Bringt gute Laune mit! Wir machen weiter: Die **163. Montagsdemo**, die erste im neuen Jahr, beginnt am **7. Januar 2008** um **17:30 Uhr** wieder auf dem **Marktplatz**.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo"

Skandalurteil gegen Montagsdemo Hannover

Das Verfahren gegen den Teilnehmer der Montagsdemo Hannover M. endete am Dienstag, dem 11. Dezember 2007, mit einem Gesinnungsurteil. M. wurde wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Körperverletzung“ zu einer Strafe von 70 Tagessätzen zu je zehn Euro verurteilt. Begangen haben soll M. dies am 5. Februar 2007 bei der Montagskundgebung gegen Hartz IV. Dabei kam es zu einem massiven Polizeieinsatz, in dessen Verlauf drei Teilnehmer der Kundgebung und eine Passantin verhaftet wurden, denen jetzt Körperverletzung vorgeworfen wird.

Offizielle Begründung für den Polizeieinsatz war, dass eine elektrisch betriebene Lautsprecheranlage erst ab einer Teilnehmerzahl von 50 Personen erlaubt ist. Kurioserweise wollten die Polizeibeamten und -beamtinnen im Moment des Einsatzes genau erkennen können, wer von den mindestens 70 Personen, die sich inzwischen versammelt hatten, Teilnehmer der Kundgebung war und wer nur kurz als Passant stehen blieb. Es wurde dann die Lautsprecheranlage beschlagnahmt.

Keiner der vier als Zeugen vernommenen Polizisten konnte aussagen, M. dabei gesehen zu haben, wie er einen Polizeibeamten geschlagen beziehungsweise getreten haben soll! Ein weiterer Belastungszeuge hatte den Angeklagten überhaupt gar nicht gesehen. Der Vorsitzende Richter ignorierte dies genauso wie die Tatsache, dass ein Strafverfahren zu ebendieser Kundgebung gegen den damaligen Versammlungsleiter bereits im Juni ohne Strafe eingestellt wurde.

Dabei übernahm er die vom Staatsanwalt verbreitete tendenziöse Darstellung eines „aggressiven Grundcharakters“ dieser Versammlung. Offenbar war es ein erklärtes Ziel von Staatsanwalt und Richter, in jedem Falle zu einer Verurteilung zu kommen – egal, wie die Wirklichkeit aussieht!

Presseerklärung von Kurt Kleffel, Anmelder der Montagsdemo Hannover

„Kommunistin“ löscht Bilder vom Hummer-Essen: Jeder hat den Skandal, der zu ihr passt *(„Spiegel-Online“)*

„Erwerbslosenzentrum Tenever“ vorläufig erhalten: Für die unabhängige Beratung der 56.000 erwerbsfähigen Hartz-IV-Betroffenen in Bremen gibt es künftig „knapp zehn Stellen“ *(„Tageszeitung“)*

„Fahrlässige Tötung durch Unterlassen“: Staatsanwaltschaft Bremen erhebt Anklage gegen Amtsvormund und Fallmanager von Kevin *(„Weser-Kurier“)*

Gerede von Eingliederung gescheitert: Es gibt keinen

Weg aus der Hartz-IV-Falle *(„Focus“)*

Scholzomat verbittet sich „professoralen Unsinn“: Mindestlohn vernichtet nur sittenwidrig schlecht bezahlte Jobs *(„Spiegel-Online“)*

Sparsam mit den Liebsten: „Sabinsen“ muss Ex-Mann eine Million Euro Honorar nachzahlen *(„Spiegel-Online“)*

Großzügig bei Freunden: Fliegt BA-Chef Weise wegen Günstlingswirtschaft? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

163. Bremer Montagsdemo am 17. 12. 2007

Ein Lied für den Aufschwung

„Der Aufschwung kommt bei den Menschen an!“ Doch wann kommt er zu uns Rentnern, sag mir, wann? Wir haben vier Jahre lang keinen Inflationsausgleich bekommen, und bei den Armen und Rentnern wird wird noch viel mehr genommen!

Manager, Politiker kriegen den Hals nicht voll! Wer sagt mir, wo das Regieren noch hinführen soll? Während sich arme Menschen schön verschämt verstecken, tun sich die Bosse gierig die Taschen vollstecken!

„Bist du nicht willig, so brauch’ ich Gewalt“, lautet, was aus fast jeder deutschen Firma schallt! Die reichen Wirtschaftsführer, die mit der Peitsche knallen, sie lassen sich keine Gehältergrenze gefallen!

Politik wird nicht nur von den Politikern gemacht, missratene Politik wird von den Wirtschaftsbossen erbracht! Welches Land kann auf Dauer solche „Bosse“ mitfinanzieren, doch für arbeitswillige Menschen bösartig zuknallen die Türen?

Wer hätt’ auch gedacht, dass seine Rente durch Ein-Euro-Jobs wird kleiner und dass unser Rentensystem sich fast befindet im Abfalleimer? Drum singen wir alle das Lied für den Aufschwung!

Merkel, liebe Merkel, was raschelt im Baum? Das sind die vielen Rentner, die siehst du wohl kaum! Du siehst nur die Reichen, viel Geld und viel Macht. Darum hast du an die Armen auch lang nicht gedacht!

Merkel, liebe Merkel, was raschelt im Busch? Das sind eure Diäten, schnell her, husch-husch-husch! Die Rentner geh’n leer aus, das ist so gewünscht. Der „Aufschwung“, der wird uns mit bunter Farbe getünscht!

Merkel, liebe Merkel, was raschelt im Haus? Das ist die Armenschwere, sie hält’s nicht mehr aus! Die Reichen sind reicher, die Armen sehr arm, darum schlägt jetzt die Schere für uns alle Alarm!

Bosse, liebe Bosse, was raschelt im Sack? Das sind die vielen Leute, das ist euer „Pack“! Viele kriegen gar nichts, und ihr kriegt so viel! Mit Peitsche und Zuckerbrot nur kommt ihr an das Ziel!

Ursula Gatzke (parteilos)

Nachtflug-Aufschwung: Lügen-Koch hat sein Landesvolk jahrelang für dumm verkauft *(„Spiegel-Online“)*

Das Unrecht schreit zum Himmel

Hüseyin Yildirim vom Sportverein „TUS International“ und Sportübungsleiterin Iris Piechaczek-Moustafa, Kosmetikerin und Reikilehrerin, sind zwei von mehreren Mitgliedern der hiesigen Ortsgruppe des „Wohlfahrtsverbandes der Volkssolidarität“. Diesen möchten wir in Bremen bekanntmachen und etablieren. Die „**Volkssolidarität**“, einer der größten Wohlfahrtsverbände, wurde 1945 in Ostdeutschland gegründet und hat dort versucht, die größte Not nach dem Zweiten Weltkrieg zu lindern.

Gleichzeitig ist Iris Piechaczek-Moustafa neben Petra Klatte auch Mitbegründerin des Bündnisses „Bremer Bürger und Bürgerinnen gegen die Diskriminierung der Obdachlosen“. Dieses Bündnis setzt sich für alle Menschen ein, die sich auf den Straßen und öffentlichen Plätzen unserer Stadt aufhalten, auch für Bettler und Straßenmusikanten, die durch Platzverweise diskriminiert werden. Wir möchten eine Bewegung werden und uns als Vertreter aller Bremer Gruppen einmal im Monat treffen, um gemeinsame Aktionen und Demonstrationen zu diskutieren und zu planen.

Dabei soll ein gemeinsamer Austausch stattfinden, um auf die soziale Not und vielgestaltige Ungerechtigkeit in unserer Stadt hinzuweisen und ständig in der Öffentlichkeit präsent zu halten. Durch einen Runden Tisch möchten wir versuchen, dem derzeitigen Unrecht etwas Positives entgegenzusetzen und durch Bündelung der Kräfte der gegenwärtigen Bremer Politik, der Politik Bürgermeister Böhrnsens und seines Koalitionspartners, Grenzen aufzuzeigen, damit sie wie beim Fußballspiel die Rote Karte sieht!

Wir meinen: Nur mit einer starken basisdemokratischen Bewegung und mit einem Wohlfahrtsverband, der sich viel stärker für die Interessen seiner Mitglieder einsetzt, können alle Mitmachenden diesem Sozialkahlschlag entgegenwirken, der Zerstörung von Natur, Tier und Mensch, Körper und Geist! Wir möchten wieder Wärme in diese immer kälter werdende Stadt Bremen bringen, ihre Bürger vor dem Erfrieren bewahren, das Eis schmelzen lassen – durch Wärme, die sich in ihren Herzen entfacht, durch Solidarität und soziale Gerechtigkeit mit Blick auf ökologische und lebenserhaltende Zusammenhänge.

Der gesamte Mensch als mitfühlendes, würdevolles und gerechtes Wesen muss beachtet werden! Daher möchten wir Interessengruppen aus Gewerkschaften, Menschenrechts-, Friedens-, Ökologie- oder Tierschutzbewegungen, spiritu-

ell ausgerichtete Menschen, Religionsgemeinschaften und viele andere mehr ansprechen, sich unserer Bewegung oder dem Wohlfahrtsverband anzuschließen. Unser Leitspruch dazu lautet: „Suche, was verbindet, und nicht, was trennt!“ Wir möchten in Bremen ein Zeichen setzen und Hoffnung, Vertrauen, Liebe und Frieden verbreiten!

Wenn Sie Lust haben beim Mitgestalten Ihrer eigenen Zukunft, und wenn Sie Bremen wieder als eine lebenswerte Stadt der Hoffnung, des Vertrauens, der Liebe und des Friedens – darin ist natürlich der soziale Friede mit eingeschlossen – sehen möchten, dann rufen Sie uns einfach an, denn dies ist Ihre Stadt und Ihre Zukunft! Fragen zum Wohlfahrtsverband und zur politischen Bewegung beantworten Ihnen gerne Petra Klatte (Telefon 0421/548 7951), Iris Piechaczek-Moustafa (0421/627 837) und Hüseyin Yildirim (0421/897 6365 oder 0174/768 359). Wir freuen uns sehr, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen!

Des Weiteren möchten wir auf eine spektakuläre „**Gräfin-Emma-Aktion**“ hinweisen, die vom **Obdachlosenbündnis** durchgeführt wird. Sie findet am **Mittwoch**, dem **19. Dezember 2007**, um **12 Uhr** im „**Kapitel 8**“ an der Domsheide statt. Wir freuen uns über rege Beteiligung! Ansonsten wünschen wir allen Bremerinnen und Bremern eine besinnliche Weihnacht, Gesundheit, Glück und Zuversicht und ein schönes Jahr 2008!

Pressemitteilung des Bündnisses „Bremer Bürger und Bürgerinnen gegen die Diskriminierung der Obdachlosen“, vorgetragen von Petra Klatte

Martyrium: Kevin litt nach Knochenbrüchen
unter starken Schmerzen *(„Spiegel-Online“)*

Wehe dem, der krank wird

Am Freitag, dem 14. Dezember 2007, las ich im „VOX-Text“, dass in den Krankenhäusern immer mehr Personal eingespart wird. Nach einer Statistik der „Deutschen Krankenhausgesellschaft“ wurden in diesem Jahr 15.000 Stellen abgebaut, vor allem bei der Pflege. Eine hohe Behandlungsqualität ist dadurch akut gefährdet. Wehe dem, der krank wird und einem Krankenhausaufenthalt nicht entgehen kann!

Die Politiker – angeblich Volksvertreter – haben derweil ein ernstes Problem: Sie sind sehr beunruhigt, weil so viele Bundesbürger immer noch nicht genügend für ihre Rente vorsorgen. Da werden Menschen durch Hartz IV in Not und Elend getrieben, haben

kaum Geld, ihre hungrigen Kinder satt zu bekommen – und im selben Atemzug wird gefordert, Vorsorgemaßnahmen für die Rente zu treffen. Welch ein Hohn!

Viele Hartz-IV-gepeinigte Menschen werden das Rentenalter gar nicht erleben, das wissen die Politiker sehr wohl. Auch die ständig steigende Suizidwelle, die derzeit jährlich 10.000 Menschenleben kostet, ist dem Bundestag bekannt, wird aber weiterhin der Bevölkerung verschwiegen. Auch dass jedes Jahr weit über 100 Kinder umgebracht werden, ist bundesweit bekannt! Mir schwant dabei nichts Gutes.

Christine Wegener („Die Linke“)

Studenten besetzen Verwaltungsgebäude: Umstrukturierung der Universität nach „Exzellenzkriterien“ verschlechtert Studienbedingungen *(„Weser-Kurier“)*

Provokation gegenüber dem gesamten Volkswiderstand: Skandalurteile gegen Montagsdemos zu bekämpfen, gehört zur Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten *(„Rote Fahne News“)*

Weihnachtsschocker: GDL bricht Verhandlungen mit Bahn-Vorstand „ergebnislos“ ab *(„Spiegel-Online“)*

Der Zwang, sich zu verkaufen

Das Sozialressort plante, unter anderem bei der Beratungsstelle „Nitribitt“ 400.000 Euro in zwei Schritten einzusparen. Jetzt ist dem nicht mehr so. In der Gruppe „Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit“, in der ich Mitglied bin, engagieren wir uns für soziale Gerechtigkeit, Frieden und für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht und betroffen sind. Es sind mehr Männer als Frauen obdachlos. Hier stellt sich die Frage: Prostituieren sich Frauen, um einen Unterschlupf zu erhalten, und sind mehr Frauen von Obdachlosigkeit betroffen, als wir ahnen? Heutzutage ist Prostitution legal, Frauen können sozial abgesichert sein. Tun sie „es“ trotzdem freiwillig? Frauen, die aus ökonomischer Not ihren Körper verkaufen, tun das *nicht* freiwillig, egal in welchem Erdteil sie leben!

In ihrer Bildchronik „Die verborgene Geschichte der Frauenarbeit“ schreibt Anke Wolf-Graaf unter anderem treffend: „Prostitution ist eindeutig ein Kennzeichen der patriarchalischen Gesellschaft. Frauen zu bezahlten Objekten der Befriedigung männlicher Sexualität zu machen, hat es bislang nur in von Männern

beherrschten Zeitepochen gegeben. Prostitution als ‚ältestes Gewerbe der Welt' oder als ‚natürlichen Bestandteil' jeder möglichen und denkbaren Gesellschaftsform anzusehen, halte ich für vollkommen falsch. Dahinter mögen verborgene Wünsche von Männern stecken, und vor allem die Unterstellung, dass Frauen ‚von Natur aus' zur Prostitution neigen."

Die Prostitution ist nicht mit der freien Liebe gleichzusetzen. Alexandra Kollontai sagt: „Die freie Liebe bedeutet erstens die volle Freiheit, zweitens die Gleichheit und Aufrichtigkeit kameradschaftlicher Solidarität. Geht eine Frau aus finanzieller Not der Prostitution nach, kann nicht von Freiwilligkeit, Kameradschaft und gegenseitiger Solidarität die Rede sein! Egal in welchem Land es Prostitution gibt, überall spiegeln sich die patriarchalischen Strukturen wider."

Die Geschäftemacher mit der Zwangsprostitution verschleppen Frauen aus Osteuropa oder Asien gegen ihren Willen mit falschen Versprechungen nach Westeuropa. Umso wichtiger ist es, dass in Bremen die Einrichtungen für Prostituierte und für vergewaltigte Frauen erhalten bleiben. Gegen seinen Willen Geschlechtsverkehr zu haben, aus welchen Zwängen auch immer, ist wie Vergewaltigung! Den Frauen gehört geholfen, aus der Prostitution herauszukommen! Frauen, die sich aus Verzweiflung prostituieren, sollen nicht verachtet werden! Es steht ihnen zu, sozial abgesichert zu sein. Sie sollten die Möglichkeit haben, aus der Prostitution auszusteigen!

Prostitution ist ein Alarmzeichen dafür, dass die patriarchalischen Verhältnisse überhand nehmen, egal ob Frauen oder vereinzelt auch Männer diesem Gewerbe nachgehen. Es wird in vielen Medien als „gut" oder „notwendig" dargestellt. Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass die Würde des Menschen zutiefst verletzt wird, wenn Frauen und Männer der Prostitution nachgehen!

Bettina Fenzel (parteilos)

Wirtschaftspresse nennt Lokführer-Gewerkschafter „Dilettanten": Professionell wäre, sich ins Bordell einladen zu lassen *(„Financial Times")*

Wirtschaftsminister nennt EU-Strafgebühren „Vernichtungskrieg": Für die Abgase deutscher Autos ist kein Gletscher zu schade *(„Spiegel-Online")*

Vom Sozialdemokrat zum Konzernaufsichtsrat: Clement, verpiss dich, keiner vermisst dich *(„Spiegel-Online")*

Arge Aufregung: Die 353 Hartz-IV-„Jobcenter" sind verfassungswidrig *(„Spiegel-Online")*

An sich selbst gescheitert: Rumpelstilzchen spinnt zwar, aber kein Gold *(„Manager-Magazin")*

Danke, Manfred: Lokführer treten ab Montag, dem 7. Januar 2008,
in unbefristeten Streik *(„Spiegel-Online“)*

Morgen, Kinder, wird’s nichts geben

/ C F C7 C / C G7 / C F C7 C / C G7 / F G7 C / F G7 C /

Morgen, Kinder, wird’s nichts geben,
Morgen werden wir nur schau’n:
Welch ein Jubel, welch ein Leben,
Wird im Haus des Nachbarn sein!
Einmal werden wir noch wach,
Heißa, dann gibt’s wieder Krach!

Wie werden dann die Augen glänzen,
Blinzelnd aus dem Tränental,
Denn vor unsern grünen Kränzen
Wirken Gaben eher schal.
Wisst ihr noch, wie vor’ges Jahr,
Es am Heiligabend war?

Wisst ihr noch, das Räderpferdchen,
Von der kleinen Nachbarin,
Das in der Küche, an dem Herdchen,
Munter sich das Feuer fing?
Einmal wurden wir noch wach,
Dann lag all’s in Asche brach.

Welch ein kalter Tag voll Sorgen,
Ohne Chancen, wissen wir.
Unsere Gesetze sorgen
Viel zu lange schon dafür.
Oh gewiss, wer sich nicht wert,
Der macht irgendwas verkehrt!

1. Mal wieder sind Hartz-IV-Betroffene Ziel von Diskriminierung! Seit 2002 untersucht der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer Fremdenfeindlichkeit, Rassenhass und **Diskriminierung in Deutschland**. Im sechsten Band seiner Untersuchung „Deutsche Zustände“ stellt er fest, dass die Fremdenfeindlichkeit „signifikant“ gesunken ist – als Folge der gesunkenen Arbeitslosenzahlen. Wo er die tatsächlich erkenne will, ist mir jedoch ein Rätsel!

Wenn das eigene Leben und der Arbeitsplatz nicht bedroht erscheinen, ist die Ablehnung von Zuwanderern nicht mehr so groß. Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen jedoch wächst. Diese und ALG-II-Empfänger werden zur „Zielscheibe öffentlicher Debatten“, warnt Heitmeyer. Obwohl Arbeit die Menschen toleranter mache, sei die Angst vor einem schnellen sozialen Abstieg durch die Hartz-IV-Gesetzgebung weitgehend stabil geblieben. Die sozialen Beziehungen geraten nach der Studie immer mehr unter Druck.

Fast die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage zu, dass die meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich daran interessiert seien, eine Arbeit zu finden. Etwa die gleiche Anzahl gab an, es gebe „Dinge, die wichtiger sind als Beziehungen zu anderen“. Etwa ein Drittel stimmt der Aussage zu, die Gesellschaft könne sich wenig nützliche Menschen und menschliche Fehler nicht mehr leisten. Rund 40 Prozent sind der Ansicht, es werde „zu viel Rücksicht auf Versager“ genommen. 25 Prozent finden, dass „moralisches Verhalten ein Luxus ist, den wir uns nicht mehr leisten können.“

Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen geht weniger von Menschen in höheren als von Menschen in unteren sozialen Lagen aus. Das hat etwas mit dem Bestreben zu tun, sich abgrenzen zu wollen. Es gibt zwar weniger Angst vor prekären Verhältnissen und deswegen einen Rückgang von Fremdenfeindlichkeit, aber gleichzeitig hat sich die Qualität des Arbeitslebens verändert, der Druck auf den Einzelnen erhöht. Das sieht man an der wachsenden Zahl von Menschen, die zusätzlich zu ihrem Einkommen noch Hartz IV beantragen müssen.

Auch die sozialen Beziehungen werden unter den Gesichtspunkten von Nützlichkeit und Effizienz gesehen. Das ist ein Indiz für eine verstärkte Ökonomisierung des Sozialen. Der Übergang von der Marktwirtschaft zur Marktgesellschaft ist in vollem Gange. Die Abwertung von Gruppen führt in weiteren Schritten in die Diskriminierung hinein. Abwertungen haben immer den Aspekt einer Voraussetzung für die Absenkung auch von Gewaltschwellen. Wenn sich die Probleme auf einen Sündenbock abwälzen lassen, ist mit dem Rest der Gesellschaft doch alles in bester Ordnung!

2. Laut einer OECD-Studie geht es deutschen **Langzeitarbeitslosen** immer noch „deutlich besser“ als in vergleichbaren anderen Ländern. Mehr finanzielle Unterstützung erhielten nur noch Arbeitslose in Dänemark und Finnland. Demnach bekommt in Deutschland ein Alleinstehender, der zuletzt durchschnittlich verdient hat, nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit noch 36 Prozent seines letzten Nettoverdienstes als Transferzahlung. Das ist deutlich weniger als 2001: Damals wurden einem alleinstehenden Langzeitarbeitslosen mit ehemals Durchschnittsgehalt 54 Prozent seines letzten Nettoverdienstes ersetzt. Jedoch

liegen auch nach der Reform die Transfers in dieser Konstellation über dem OECD-Schnitt von 32 Prozent. Die höchsten Transfers in der OECD erhält mit 59 Prozent des letzten Nettogehaltes ein Langzeitarbeitsloser in Dänemark.

Man geht also schon wie selbstverständlich davon aus, dass bereits nach kurzer Arbeitslosigkeit die Verdienstaussichten um ein Drittel zurückgeschraubt werden müssen, bei erneuter Arbeitslosigkeit dann wieder, und so weiter! Dass bei dieser Praxis der Durchschnittsverdienst aller gleich mitsinkt, wird ebenfalls nicht erwähnt. Außerdem sind 100 Euro nicht gleich 100 Euro, innerhalb der EU, denn dann müsste auch noch der Anteil an Steuern, Energiekosten und so weiter mit in die „Berechnung"! Ich halte die Behauptung, deutsche Arbeitslose bekämen überdurchschnittlich viel Geld, eher für einen Bestandteil der Hetzkampagne gegen uns mit dem Fazit: Uns geht's noch viel zu gut! Deswegen müssten die Regelsätze weiter gesenkt werden, um entsprechende „Anreize" zu offerieren, sprich: ökonomischen Druck zur Arbeitsaufnahme ausüben zu können!

3. Zwei Meldungen zu Hartz IV und dem Regelsatz hatten die Medien zwölf Tage vor Weihnachten zu bieten: Eine Untersuchung des DIW stellt fest, dass Hartz IV die Armut in Deutschland erheblich verschlimmert hat. Von Regierungsseite wurde dies immer bestritten – das die erste. Am Abend lehnt dann der Bundestag mit großer Mehrheit 40 Euro **Weihnachtsbeihilfe** für die Ärmsten im Land ab – das die zweite. Zwei Meldungen, ein Schlag: ins Gesicht der Betroffenen! Es ist schon unglaublich, was hier asozialpolitisch gerade abgeht: Seit über drei Jahren ist beim „Paritätischen Wohlfahrtsverband" nachzulesen, dass und warum Hartz IV zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist – und außer Palaver passiert nichts!

Mit einem Achselzucken wird selbst so eine popelige Weihnachtsbeihilfe von 40 Euro für Hartz-IV-Bezieher abgelehnt, während man im gleichen Atemzug völlig ungeniert, innerhalb von nur einer Woche, den Beschluss fasst, die Diäten der Damen und Herren Politiker um 659 Euro ansteigen zu lassen! Diese mal eben beschlossene Diätenerhöhung übersteigt unanständigerweise sogar bereits den monatlichen Regelsatz eines alleinstehenden Hartz-IV-Empfängers! Es sind ja nicht nur die Diäten: Ein Großteil der Mitglieder des Bundestages haben noch zig Nebenjobs, für die sie ihre Einkünfte laut Gesetz offen legen sollen, es aber nicht tun!

4. Die toten Kinder von Darry und Plauen mobilisieren das Kontrollbedürfnis einer hilflosen Gesellschaft. Dass sich die Öffentlichkeit dennoch *regelmäßig* „schockiert", „entsetzt" und „fassungslos" zeigt, wenn Kinder wie Kevin, Marvin, Tim oder Jessica verdursten, verhungern oder durch die Hand der Mutter erstickt werden, offenbart allerdings eine ganz andere, eine soziale Pathologie: Um die innere Befriedung der Gesellschaft und ihres Kerns, der Familien, steht es offenbar schlechter als angenommen, und im „Wahrnehmungsschock" bündeln sich neben echter Betroffenheit auch viel Heuchelei und schlechtes Gewissen!

Wer im Rahmen von Hartz IV Kinder mit 2,57 Euro am Tag abspeist, wer die sozialen Dienste zugunsten des „schlanken Staats“ abspeckt, wer Schulen verludern lässt und Zukunftsfenster für Jugendliche schließt, legt zwar nicht gleich das Messer in die mütterliche Hand, aber er verdunkelt zusätzlich den Horizont für Familien, die – aus welchen Gründen auch immer – Probleme haben. Wenn etwas aus dem Ruder zu laufen droht, ist das Geschrei nach „engmaschiger Kontrolle“ groß. Wo sollte die fürsorgliche Aufmerksamkeit enden, und wo begänne dann die Schnüffelei? Vor allem ist es ja auch nicht so, dass die staatliche Versorgung oder schikanöse Verfolgungsbetreuung nichts mit einigen der traurigen Kinderschicksale zu tun hätte!

So erhebt momentan die Staatsanwaltschaft Bremen Anklage gegen Amtsvormund und Fallmanager von **Kevin**. In der über hundert Seiten langen Schrift wird beiden Männern „fahrlässige Tötung durch Unterlassen“ vorgeworfen. Nach Aussage des „Weser-Kuriers“ wird von Fachleuten ein juristisch schwieriger Prozess erwartet, da es sich nicht um die eigentlichen Täter handele: Wegen Totschlags wird der drogenabhängige Ziehvater von Kevin, Bernd K., zur Verantwortung gezogen. Dessen dauerhaftes Schweigen zum Vorwurf, den kleinen Kevin zu Tode misshandelt zu haben, trägt nicht gerade erhellend zur Klärung bei. Der verschleppte parlamentarische Untersuchungsausschuss hat die gleiche Wirkung.

Leider wird im „Weser-Kurier“ mit keiner Silbe die wahrscheinliche **Mitverantwortung durch die Bremer Bagis an Kevins Tod** erwähnt. Im Untersuchungsbericht „Kindeswohl“ steht auf Seite 161, „dass zeitweise versucht wurde, **verzögerte Zahlungen als Druckmittel** einzusetzen“. Damit ist eine lang geleugnete Praxis der Bagis aktenkundig geworden! Es handelt sich hierbei um eine grobe Rechtsverletzung. Um das offensichtliche Ziel, Bernd K. wegen wahrscheinlicher Arbeitsunfähigkeit aus dem ALG-II-Bezug zu drängen, hätte die Bagis keine verzögerten Zahlungen als Druckmittel einsetzen dürfen! Erst nachdem über die Arbeitsfähigkeit entschieden worden wäre und möglicherweise ein anderer Leistungsträger die Zahlungen an Bernd K. übernommen hätte, wäre die Bagis berechtigt gewesen, ihre Zahlungen einzustellen.

Als Todeszeitpunkt wird der Zeitraum März bis Mai 2006 ermutet. Das ist genau der Zeitraum, in dem Bernd K. mit der verzögerten Auszahlung des ALG II zu kämpfen hatte. Es bedarf nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, wie ein Drogenabhängiger, zu Gewaltausbrüchen Neigender, durch die Nichtauszahlung der ohnehin schmalen Bezüge erst recht gereizt wird und dies wahrscheinlich am hilflosen kleinen Kevin auslässt. Ungeklärt bleibt auch der befremdliche Umstand, warum ein kleines, entwicklungsverzögertes, misshandeltes Kind bei einem drogenabhängigen Mann bleiben muss, der nicht sein leiblicher Vater ist. Weil ein Heimplatz zu teuer ist? Hauptverantwortlicher bleibt der Täter, und dann kommt erst der Staat, aber die Frage sei erlaubt, was der Staat für Rahmenbedingungen schafft, die aus einem Ziehvater einen Mörder machen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Gespräche auf Betrug gebaut: Bahn bietet Lokführern weder tarifliche Eigenständigkeit noch zweistellige Lohnerhöhung *(„Spiegel-Online“)*

Klassenzusammenarbeitsmogelei abgelehnt: Lokführer wollen Streik bei Verhandlungen mit Bahn nicht mehr unterbrechen *(„Rote Fahne News“)*

Trugbild Einheitsgewerkschaft: IG Metall schweigt zur Entlassung von 8.000 Zeitarbeitern durch BMW *(„Die Welt“)*

Hartz IV macht reich: Arbeitsagentur, Städte- und Landkreistag zanken sich um die Langzeitarbeitslosen *(„Stern“)*

Ordnungsgeld fürs Hohngelächter

1. Heute in einer Woche ist Weihnachten. Es klingeln die Glöckchen, aber nicht für jeden. Viele Menschen, zahlreiche Familien können sich nichts oder nur wenig leisten. 83 Prozent der Befragten sagen laut „Forsa“-Umfrage, dass bei ihnen, ihren Nachbarn oder Bekannten nichts ankommt vom sogenannten Aufschwung. Bei den Leistungen für die Menschen wird laufend gestrichen: Jetzt hat der Bundestag ohne viel Aufhebens eine Verordnung durchgewinkt, wonach Hartz-IV-Betroffenen, wenn sie länger als drei Wochen krank sind, der Regelsatz um bis zu 35 Prozent gekürzt wird. Es gibt also Grund genug, noch intensiver gegen die Hartz-Gesetzgebung vorzugehen und jeden zum Aktivwerden aufzurufen!

Der Bahnvorstand hat versucht, die Lokführer von der GDL durch mühsamste Zugeständnisse mürbe zu machen. Dabei ist die Solidarität nach wie vor groß für eine kämpferische Richtung, für einen Streik im neuen Jahr. In Russland machen jetzt die **Arbeiter des Ford-Werkes bei Sankt Petersburg** vielen Kollegen auf der ganzen Welt vor, dass gekämpft werden muss: um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Regierung versucht dort genauso wie andernorts die Streikposten mit Gerichtsbeschlüssen und Milizaktionen wegzubekommen. Aber die Kollegen setzen sich durch und den **Streik** fort. Weil aber die Streik-

kassen leer oder ganz klein sind, rufen der „Internationale Automobilarbeiterverband“ und andere Organisationen auf zu spenden. Ich möchte euch vorschlagen, dass auch wir, die Bremer Montagsdemo, uns daran beteiligen und **100 Euro auf ein Solidaritätskonto spenden**! Gibt es jemanden, der dagegen ist? Einstimmig angenommen!

Der Kampf um Rechte und Freiheiten und den Erhalt unserer Lebensbedingungen wird internationaler. Bei der Welt-Klima-Konferenz auf Bali kommt nichts heraus. Die USA an der Spitze der Umweltverschmutzer wollen sich nicht verändern, auch wenn die eigene Bevölkerung dies immer intensiver fordert. Es entwickelt sich ein härter werdendes Ringen der Völker der Welt mit den Imperialisten. Jetzt hat auch die bolivianische Regierung unter Evo Morales Gesetze auf den Weg gebracht, die ähnlich wie in Venezuela die Rechte des Volkes stärken sollen. Die USA als Wirtschaftsmacht Nummer eins verlieren an Boden, das macht sie aggressiver und erhöht die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Die Montagsdemobewegung ist Teil dieses weltweiten Kampfes um soziale und demokratische Rechte und für den Erhalt einer lebenswerten Welt!

Da heute die letzte Montagsdemo des Jahres 2007 stattfindet, möchte ich Sie, liebe Bremerinnen und Bremer, noch einmal aufrufen: Kommen Sie mit, wenn wir gleich zum Hanseatenhof demonstrieren, unterstützen Sie die Montagsdemo! Wir sind die einzige und regelmäßigste politische Veranstaltung in Bremen, die soziale Probleme und politische Machenschaften aufgreift, aufdeckt und anspricht! Am **7. Januar 2008** heißt es wieder: Um **17:30 Uhr** ist **164. Bremer Montagsdemo** auf dem **Marktplatz**. Bis dahin allen ein schönes Weihnachtsfest, ein bisschen Erholung und einen guten Rutsch ins neue Jahr! Wer jetzt noch mit uns feiern möchte, den laden wir ein zu unserem Jahresabschlussfest, das nach der Montagsdemo im „Naturfreundejugendhaus“ in der Buchtstraße stattfinden soll.

2. Am letzten Mittwoch fand der erste **Prozess** gegen zwei Teilnehmer der **Montagsdemo Hannover** statt. Im Februar dieses Jahres hatte die Landespolizei in Hannover bei einem geplanten Einsatz den Lautsprecherwagen der dortigen Montagsdemo konfisziert, weil nicht abgezählte 50 Teilnehmer da gewesen wären. Bei der Beschlagnahme sollen insgesamt vier Teilnehmer mit versuchter Körperverletzung Widerstand gegen die Vollzugsbeamten geleistet haben. Der Richter zeigte gleich, was Sache ist, und drohte an, bei Unmutskundgebungen den Saal räumen zu lassen.

Als Zeugen wurden dann lauter Polizeibeamte und ein „unbescholtener“ Bürger gehört, der nicht ernst genommen werden konnte, weil er alles verdreht verstanden hatte. Die Polizisten konnten die Tatverdächtigen im Gericht nicht wiedererkennen. Da aber nach der Festnahme genug Gelegenheit gewesen war, sich die Akte auf der Wache genau anzusehen, war an dem „Sachverhalt“ – die Backpfeife einer Frau für einen Polizisten und Schienbeintritte des anderen Beklagten – nicht zu rütteln.

Nachdem der Richter zwei Stunden Mittag gemacht hatte, folgten Plädoyers von Staatsanwalt und Verteidigern. Der Staatanwalt verstieg sich dabei zu einer Schelte für den Anmelder der hannöverschen Montagsdemo, weil er die Situation noch angeheizt habe. Das war auch eine Schelte der Richterin gegenüber, die das Verfahren im Sommer eingestellt hatte. Mit spürbarer Genugtuung verkündete er, dass die Lautsprecheranlage inzwischen vernichtet worden sei. Dann kamen die Urteile.

Die relativ unbeteiligte Frau erhielt 300 Euro Geldstrafe, zu zahlen an „Amnesty International“, der Montagsaktivist 70 Tagessätze zu zehn Euro, weil er ja Hartz-IV-Betroffener sei. Als da ein höhnischer Lacher aufkam, wollte der Richter gleich ein Ordnungsgeld verhängen. Nach einer Entschuldigung ließ er davon ab. Zur Unterstützung der dortigen Montagsdemo fahren wir am Mittwoch noch einmal nach Hannover. Wer mitfahren kann, melde sich bitte bei mir. Wir nehmen wieder an einer Demo teil und wollen den zweiten Teil des Prozesses für die Öffentlichkeit verfolgen und unsere Solidarität zeigen!

Jobst Roselius

GDL-Chef gibt alles: „Odysseus“ Schell lässt sich über die Feiertage die Ohren von der Außerirdischen vollsingen *(„Spiegel-Online“)*

Wie sähe Bremen aus ohne SWB-Sponsoring?

1. Die 163. Montagsdemo ist unser Jahresausklang 2007. Der Bremer Weihnachsmarkt ist zu genießen: Er hat etwas Besonderes, eine schöne Stimmung zum Sichwohlfühlen! Außerdem ist er eine der wenigen Großveranstaltungen in Bremen ohne SWB-Sponsoring. Die privatisierte „Stadtwerke Bremen AG“ gibt jährlich eine Million Euro für Sponsoring aus! Sie kann sich das leisten. Ab und zu fragt sie die Politiker, wie es denn in Bremen aussähe ohne SWB-Sponsoring! Über 50 Prozent dieser Wohltätigkeiten verdient die SWB mit **Energieabstellungen**: Das Unternehmen sperrte allein in diesem Jahr bisher über 10.000 Mal die Versorgung. Kassiert werden fürs Ab- und Anstellen von Wasser, Strom oder Gas jeweils circa 90, für den Zähleraus- und -einbau 70 Euro. –

Keine Schonfrist gibt es für ein Klageverfahren gegen die Bagis. Die „Gewoba“ hat ein sehr gutes Ergebnis erzielt und jubelt: „Uns hat der Aufschwung erreicht!“

Tatsächlich hat die „Gewoba“ die Inflation gesteigert. Sie freut sich über den geringen Anteil an Hartz-IV-Betroffenen unter den Mietern: Dadurch ist das Mietausfallrisiko gering. Einige „Gewoba“-Mieter erhalten erhebliche Nebenkostenerstattungen. Wurde hier mit hohen **Nebenkosten** eine Blockade für ALG-II-Bezieher aufgebaut? –

Ursula von der Leyen sagt, das Elterngeld sei „in der Mitte“ angekommen. Na klar: Eltern mit gutem Einkommen erhalten bis zu 7.000 Euro mehr, Hartz-IV-Betroffene dagegen 3.600 Euro weniger, weil zwar weiterhin 300 Euro gezahlt werden, aber nur für zwölf statt bisher 24 Monate. 60 Millonen Euro hat die Ministerin für Berichte über das Elterngeld an die Medien gezahlt. Da blieb kein Platz für eine faire Betrachtung! Das **Elterngeld** wird akzeptiert, na klar, denn das Erziehungsgeld wurde abgeschafft. Das Elterngeldgesetz stimmt aber nicht mit dem Werbegetrommel überein: Es gibt nur 67 Prozent, auch wird eine Ersparnis für Werbungskosten abgezogen. –

IT-Fachleute sollen ins Land! Dabei wird arbeitsintensive Programmierarbeit längst nach Russland, Indien oder auch Tunesien vergeben. Nur der Kundenkontakt bleibt in Deutschland. Diese Aktion wäre eine Möglichkeit gewesen, im Ausland bewährte Mitarbeiter nach Deutschland zu holen, ohne gleich die Lohnstruktur zu zerstören. – **Ruhelohn** für Bremer Arbeiter gab es 2007 ohne Jahressonderzahlung, dabei erfolgte im Infoschreiben 2007 die Zusicherung, dass die Umstellung keine Kürzung nach sich ziehen werde. Es wurde Besitzstandswahrung zugesagt. Wer betroffen ist, kann somit die Jahressonderzahlung einfordern. Wie das geht? Wir gehen mit!

2. Die SachsenLB wurde verkauft. Sie besitzt eine Tochter, die 43 Milliarden Euro in Immobilien angelegt hat. Dem Kaufpreis von nur circa 300 Millionen steht als Mitgift oder Zugabe eine Bürgschaft über ein Drittel des sächsischen Haushaltsvolumens entgegen. Die Finanzaufsicht hat ein Ultimatum gesetzt; die SachsenLB wäre zwangsweise geschlossen wurden.

Die IKB, eine Tochter der KfW, hat für das Fehlverhalten der Vorstände eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Daher müssen diese keinen Schadenersatz zahlen. War diese Versicherung hoch genug? Wieso haben die Sachsen dann eine Ausfallbürgschaft nötig? Hat Herr Milbradt hier gespart? Ist diese Tochter gar nicht wahrgenommen worden? Noch vor wenigen Monaten hat der Ministerpräsident verkündet: „Das Risiko ist überschaubar, wir sind nicht betroffen.“ Dies ist mit dem Wissen um die hundertprozentige Tochter mit 43 Milliarden Immobilienbesitz undenkbar. Oder dummdreist?

Die Zentralbanken legen alle zusammen und versorgen die **Banken** mit Krediten und Bargeld, weil sich die Banken untereinander nicht mehr kreditwürdig sind. Dazu meinte ein Banker auf Nachfrage: „Natürlich wird die Presse angeworfen und Geld gedruckt, dazu sind Notenbanken ja da!“ Dreister geht’s nicht, habe ich gedacht. Als nächstes hat dieser Banker bedauert, dass es Kredite sind und

keine Übernahmen der Ausfälle durch die Notenbanken. Damit gingen dann wieder die Verluste zulasten der Allgemeinheit.

In London sind noch Weihnachtsgeschenke zu haben. In den Jahren davor waren anspruchsvolle Präsente über eine Million Euro ab Anfang Dezember vergriffen. Dieses Jahr ist das anders: Die Immobilienbanker erhalten diesmal keine Prämien.

3. Bei jedem Einkauf gehen drei Mehrwertsteuer an die Konzerne. Dieser Vorgang wird ab 2008 Unternehmenssteuerreform genannt. Die kleinen Händler haben nichts davon. 60 Millionen Euro hat Bremen allein 2005 durch die Einführung von ALG II gespart, ein Betrag, der den Einzelhändlern in der Kasse fehlte und fehlt. Der Haushalt 2008 wird dies alles aushalten müssen und entsprechend notleidend sein. Auch diese Regierung hat die **Unternehmenssteuern** nicht im Griff!

Europa hatte am 13. Dezember 2007 einen schwarzen Tag: **Privatisierung** soll um jeden Preis erfolgen. Ohne die Zustimmung der Bürger geht es nicht, auch wenn die europäische Verfassung dies vorsieht. Bei einer Privatisierung ist der Misserfolg für den Verbraucher vorgegeben, siehe „Attac"-Material zur Privatisierung von Gemeineigentum. Insbesondere die Folie 5 mit dem Preisverlauf bei Strom- und Gaspreisen nicht nur in Bremen zeigt, wie sich diese Regel bestätigt. Für die Aktion gegen die Bahnprivatisierung erarbeitet, ist das Material genauso übertragbar auf die Krankenhausprivatisierung.

Bertelsmann ist hierbei ein treibender Faktor, aber auch dieser Konzern verliert an Glaubwürdigkeit. Die „Aktionsgruppe gegen Bertelsmann" meldet, dass die Protestbewegung Fahrt aufnimmt: „Der Lack blättert bei der PR-polierten Arbeit der ‚Bertelsmann-Stiftung' ab. Studentenverbände und Universitäten verweigern das Hochschulranking. Die Gewerkschaft Verdi kündigt die Zusammenarbeit. Der Bundestag befasst sich mit einer **Bertelsmann-Lobbyismus**-Anfrage der Linkspartei. Die rot-grüne Basis zweifelt an Hartz IV, und der Hamburger SPD-Spitzenkandidat geht im derzeit laufenden Wahlkampf gerichtlich gegen Behauptungen aus der Linkspartei vor, er sei ein alter ‚Bertelsmann'. Jetzt haben sogar ‚Tageszeitung' und ‚Zeit' über die Proteste berichtet." Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Die **58er-Regelung** für ALG I beziehungsweise ALG II sollte jeder Arbeitslose über 50 unterschreiben und gegen Empfangsbestätigung abgeben – einfach das Formular aus dem Internet ausdrucken und ab geht's. Die Rahmenbedingungen und Auswirkungen sind bei der Arbeitsagentur zu finden. Mensch sollte die Formblätter auf ALG II umschreiben und sicherheitshalber beim Fallmanager abgeben, kann den Antrag dort notfalls aber auch formlos stellen. Wer noch ALG I bezieht, vermerke darauf, dass diese Erklärung auch für den ALG-II-Bezug gilt. Sie kann innerhalb von drei Monaten widerrufen werden. Die Politik muss nichts mehr veranlassen: Die 58er-Regelung läuft aus und damit auch der Schutz vor

einem Verweis auf die Rente mit Abschlag. Sehr empfehlenswert ist hierzu eine Ausarbeitung der „Arbeitnehmerkammer“.

Für ALG II steht die Regelung in § 65 Absatz 4 SGB II: „Abweichend von § 2 haben auch erwerbsfähige Hilfebedürftige Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, die das 58. Lebensjahr vollendet haben und die Regelvoraussetzungen des Anspruchs auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts allein deshalb nicht erfüllen, weil sie nicht arbeitsbereit sind und nicht alle Möglichkeiten nutzen und nutzen wollen, ihre Hilfebedürftigkeit durch Aufnahme einer Arbeit zu beenden. Vom 1. Januar 2008 an gilt Satz 1 nur noch, wenn der Anspruch vor dem 1. Januar 2008 entstanden ist und der erwerbsfähige Hilfebedürftige vor diesem Tag das 58. Lebensjahr vollendet hat. § 428 des Dritten Buches gilt entsprechend.“ –

Die **ALG-Verordnung** wird neu gefasst! Für Krankenhausverpflegung soll gekürzt werden. Wer bereits Kürzungen verkraften musste, sollte jetzt die Nachzahlung einfordern. Selbständigen wird unterstellt, vom Ergebnis der letzten Monate seien Rücklagen vorhanden. Wie dies zu begründen ist, werden sicherlich die Richter herausfinden. Wessen Geschäft schlecht läuft, möge umgehend ALG II beantragen und auf die Leistung verzichten, wenn es anders kommt. Die Arge will bei den Betriebsausgaben mitbestimmen. Auch wie dies zu begründen ist, werden die Richter herausfinden. Nebenverdienste in unterschiedlicher Höhe sollen nach dem Durchschnitt per Festbetrag angerechnet werden. Dagegen lassen sich Argumente vorbringen und bei zu hoher Anrechnung Widerspruch und Klage einlegen. Einiges am Text hat sich noch geändert, lassen wir uns überraschen, auch durch das Bundessozialgericht! –

Die Broschüre „Zum Leben zu wenig“ des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ von 2004 zeigt, wie bei der Regelsatzfestlegung die damalige Gesundheitsreform „vergessen“ und dieser Mangel durch geänderte Ansätze geheilt wurde. Tabelle 5 auf Seite 31 (in der elektronischen Version Seite 40) zeigt die Schummelei am deutlichsten. Die Seite 22 bis 25 (beziehungsweise 30 bis 33) legen die Aufteilung vor der mordsmäßigen Erhöhung um zwei Euro dar. Arme Schulkinder erhalten null Euro für Bildung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Und keiner macht mit: Gegner der „Linken“ gründen „zensurfreies Forum“ und planen neue Splitterpartei *(„Radio Utopie“)*

Harte Linie und Scheingespräche: Statt ernsthaft zu verhandeln, heuert die Bahn Streikbrecher für den 7. Januar an *(„Volksstimme“)*

Schamlos: Hochdruck-Sarkotzy verdreifacht sich sein Präsidentengehalt und macht Urlaub auf Kosten von Milliardären *(„Focus“)*

Belegschaft kämpft gegen Tarifflucht: Verlagsleitung des „Weser-Kurier“ will Anzeigenabteilung in eigene Firma ausgründen *(„Verdi“)*

Die Bremer Montagsdemo kommt im größten Getümmel gut an

Unsere 163. Montagsdemo in Bremen am 17. Dezember 2007 um 17:30 Uhr fand besonders viel Aufmerksamkeit. Obwohl die „Weihnachtshektik“ die Menschen immer mehr in ihren Bann zieht, sprachen unsere Themen und Beiträge die Leute an. Nach kurzem Auftakt ging es von der Domsheide vor der „Glocke“ los über den Weihnachtsmarkt und die Obernstraße zum Hanseatenhof. Wir beschlossen, eine Spende an die russischen Ford-Kollegen zu überweisen, die bei Kälte und leerer Kasse ihren Streik durchführen.

Mit Sprechparolen auf der Demo konnten wir uns gegen das Getümmel gut durchsetzen. Auf dem Hanseatenhof war dann besonders viel los. Mitten im prallen Leben blieben viele Passanten länger stehen und lauschten den Beiträgen, etwa zur Situation der Frauen, zur Prostitution und anderen Themen. In mehreren Ringen standen die Zuhörer um uns herum. Bis an die 80 oder 90 Teilnehmer und Zuhörer mögen es gewesen sein. Die Themenvielfalt und unsere Aktivität beeindrucken viele und holen auch manchen wieder aus der Resignation.

Im Anschluss an unsere Demo haben wir wieder unsere Jahresabschlussfeier abgehalten. Mit Live-Musik von „Zartbitter“, einer befreundeten Songgruppe, und von einem Bremer Mitstreiter, mit Gedichten und witzigen Geschichten ließen wir bei Würstchen, herrlichen Salaten und Glühwein oder Punsch in einem schön dekorierten Raum mit über 50 Teilnehmern das Jahr ausklingen. Im gemeinsamen Kampf sind wir zu Freunden geworden! Das merkt man, und das zieht auch andere an. Die **nächste Montagsdemo** findet erst nach den Feiertagen im neuen Jahr statt, und zwar am **Montag**, dem **7. Januar 2008**, wie gewohnt um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Rekordinflation und Finanzmarktkrise: „Experten“ erwarten Ende des „Job-Booms“ *(„Spiegel-Online“)*

Demonstranten falsches Geständnis abgepresst – wo bleibt „Die Linke“?

„Ich möchte, dass Herr Kleffel verurteilt wird!“ So tönte vorlaut Staatsanwalt Klages am 11. Juli 2007 in der ersten Verhandlung um das Mikrofonverbot gegen Kurt Kleffel. Die Vorsitzende Richterin Antje Busch rüffelte und belehrte unverzüglich den Herrn Staatsanwalt. Sie wies darauf hin, dass ein Staatsanwalt durchaus entsprechende Anträge stellen könne, jedoch *sie* als Richterin in diesem Prozess urteilen werde. Ihr Urteil: Einstellung des Verfahrens, da vom Staatsanwalt keine Rechtsgrundlage für eine Beschränkung des Mikrofon- beziehungsweise Lautsprechereinsatzes mit mindestens 50 Teilnehmern nachgewiesen wurde.

Der zweite Prozess im Zusammenhang mit dem Mikrofonverbot, ebenfalls angestrengt und eingeleitet von Herrn Staatsanwalt Klages, traf beim Vorsitzenden Richter Wöltje schon eher auf eine gleiche Gesinnungshaltung, nämlich die Montagsdemonstranten abzustrafen. Am 3. Dezember 2007 wurde der Pressefotograf F. gleich zu Prozessbeginn vom Amtsrichter Wöltje „in die Zange genommen“, durfte nur noch zwischen „wenig oder mehr“ an Strafe wählen. War die Verurteilung eine beschlossene Sache? Zeugen wurden nicht angehört. Der Delinquent nahm in dieser Situation den Deal „wenig statt mehr“ mit einer 400-Euro-Buße als Spende an „Amnesty International“ an.

Waren „Ruhe und Ordnung“ für Justitia wiederhergestellt? Das Mittagessen konnte rechtzeitig eingenommen werden, die womöglich entlastenden Zeugenaussagen wurden einfach nicht angehört. Am 11. Dezember 2007 ließ derselbe Vorsitzende Amtsrichter Wöltje schon nach Einlass in den Gerichtssaal keinen Zweifel daran, dass nur *er* das personifizierte Recht darstellt, und dass er im Gegensatz zur Verhandlungsführung von Richterin Busch keinen Kommentar von Zuhörern wünsche. Er drohte vorbeugend den Zuschauern der öffentlichen Sitzung Ordnungsstrafen an, versicherte auch, Zuhörer umgehend entfernen zu lassen.

Im Verlauf der Zeugenanhörungen, es waren alles „geladene Gäste“ der Anklage, stellte sich heraus, dass *niemand* der beteiligten Polizeibeamten den Angeklagten M. der ihm vorgeworfenen Straftat, dem Schlagen und Treten eines Beamten, einwandfrei zuordnen konnte. Der Beschuldigte wurde doch festgenommen und zur Wache verbracht, folglich ist er als Täter zu verurteilen! Eine Verurteilung aufgrund der Eintragung im polizeilichen Formblatt zur freiheitsentziehen-

den Maßnahme? So ganz sicher war sich der Vorsitzende nicht mehr: „in dubio pro reo“, im Zweifel für den Angeklagten?

Der Richter bat die beteiligten Juristen zu einer Unterredung ins Hinterzimmer. Heraus kamen sie mit einem Deal zur Einstellung des Verfahrens, der bei Annahme durch die Beschuldigten juristisch eine Anerkenntnis ihres „Verbrechens“ bedeutet. Die im Prozess Mitangeklagte, lediglich als Zaungast der Montagsdemo „mitgefangen“, gab entnervt auf: Sie entschloss sich zu dieser abverlangten Notlüge und Erniedrigung, indem sie mit einer Entschuldigung zugestand, in der Aufregung des Geschehens vom 5. Februar 2007 den Beamten „berührt/geschlagen“ zu haben.

300 Euro an AI, dazu Prozesskosten und Erniedrigung, das ist ein hoher Preis. Wird Falschaussage salonfähig? Der beschuldigte M. wurde, da er den „Deal“ nicht mitmachte, trotz fehlender Beweise seiner Täterschaft zu 70 Tagessätzen à zehn Euro verurteilt. Er hat fristgerecht dem Urteil widersprochen, M. geht in die nächste Instanz, lässt sich kein Geständnis „abpressen“.

Sind es „fiese Tricks“ von Polizei und Justiz? Der Prozess zur Klage gegen die Auflage der Polizeidirektion, Lautsprecher erst ab einer Teilnehmerzahl über 50 zuzulassen, fand am 17.Dezember 2007 um 9 Uhr im Verwaltungsgericht Hannover statt. Der Vorsitzende Richter, Herr Reccius, belehrte die Anwesenden sogleich, dass nur über tatsächliche Geschehnisse, nur über die angefochtene Auflage und nur zu dem angemeldeten Standort Kröpcke Richtung Windmühlenstraße verhandelt werde und er sich einer grundsätzlichen Beurteilung der Auflage zu 50 Personen „entziehe“. Der Vertreter der beklagten Polizeidirektion Hannover, Herr Wangemann, freute sich darüber, dass gegen die „50er-Auflage“ am aktuellen Standort Georgstraße Ecke Schillerstraße beim Schillerdenkmal bisher keine Klage geführt wurde.

Dumm gelaufen? Somit war nur die Klage zum Versammlungsstandort Kröpcke abermals abgeschmettert. Mit der „Auflage Ü50“ wird in Hannover weiterhin trickreich das Versammlungsrecht mit strafrechtlichen Konsequenzen beschwert: Verstöße gegen Auflagen ziehen Straftatbestände nach sich. Da helfen in Hannover die in anderen Städten bereits juristisch erkämpften Regelungen zum Lautsprechereinsatz nicht weiter. Die Rechteabwägung – Nachrang des Emissionsgesetzes und Vorrang des Versammlungsrechtes gemäß Artikel 8 Grundgesetz – wird in Hannover „nach Gutsherrenart“ und bereits von der Polizeidirektion strafbewehrt gegen Demonstranten bestimmt.

Welche konkrete „Gefahr“ für Anwohner und Passanten von einem Lautsprecher ausgeht und worin der Unterschied der „Gefahrenabwehr“ wie der durchgeführten Beschlagnahme der Anlage bei einem Einsatz mit nur einem, mit 30 oder 50 und mehr Teilnehmern einer Demo besteht, wollte das Verwaltungsgericht nicht näher erklären. Am 19. Dezember 2007 betonte auch der Vorsitzende Amtsrichter Siegfried in der Strafsache gegen die Beschuldigten K. und B., dass er die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes 5. Februar 2007 gar nicht anzweifeln möchte.

Augen zu und durch? Die Verteidiger und auch die Beschuldigten wollten den Zusammenhang darstellen, den Durchgriff der Polizei bei dieser fragwürdigen Auflage einer Mindestteilnehmerzahl von 50, zumal bei der Befragung der als Zeugen geladenen Beamten auch recht merkwürdige Aussagen zur richtigen Zählung von Teilnehmern gemacht wurden: „Nur Menschengruppen, die sich auf der Demo unterhielten“, würde er als Teilnehmer erkennen. „Menschen, die mit dem Kopf schüttelten, seien als Gegner der Demo nicht mitzuzählen“. Die an der Versammlung interessierten Passanten, selbst wenn diese zum Zuhören verweilten, wurden nach dieser Logik also nicht mitgezählt.

Nach Vorstellung der scheinbar in Staatsbürgerkunde unzureichend ausgebildeten Beamten sind wohl nur ursprünglich Anwesende, nur die die Versammlung ausrichtenden Menschen zu zählen! Mit diesem Demokratieverständnis können zukünftige Demos von den Beteiligten demnächst wohl nur noch im Wohnzimmer stattfinden. Der Wert des Versammlungsrechtes besteht gerade in der Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit frei und lautstark äußern zu können, auf diese Art und Weise während einer Veranstaltung mehr Menschen anzusprechen und diese zu einer Teilnahme an der öffentlicher Diskussion mit Mikrofonverstärkung aufzufordern.

Das Mikrofonverbot behindert genau dieses Recht zur Meinungsfreiheit. „Auflagen und Einschränkungen bei der Genehmigung zu Versammlungen bedrohen die Versammlungsleitung, da die Missachtung strafrechtlich geahndet werden kann“,so auch Rechtsanwältin Donath aus Hamburg, die eine Klagevertretung zu behindernden Versammlungsauflagen zur Demo gegen das (private) „Panzerdivisonsbiwak“ in Hannover führte. Zu jeder Auflage müsse eine konkrete Beschreibung der damit zu erreichenden Gefahrenabwehr erfolgen. Alles andere sei bereits in Gesetzen geregelt und müsse nicht in neun- oder mehrseitigen Auflagen immer wieder neu festgeschrieben werden. Das führe nur zu einer Verunsicherung der Anmelder.

Zur politischen Meinungsbildung in der Öffentlichkeit werden derzeit in der Landeshauptstadt Hannover keine Lautsprecherverstärker zugelassen. „Wir wollen das nicht“, so der O-Ton des die Polizeidirektion vertretenden Justitiars Wangemann bei einem sogenannten Kooperationsgespräch am 25. Januar 2007 in der Polizeidirektion. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil (Az. 1 BvR 1090/06) am 30. April 2007 als Recht erkannt, dass freie Meinungsäußerung und das Recht der Versammlungsfreiheit auch mit Widerstand gegen Vollzugsbeamte verteidigt werden darf. Widerstand gegen Vollzugsbeamte ist zulässig, wenn Polizeihandlungen rechtswidrig sind.

Am **Montag**, dem **7. Januar 2008**, wird im **Amtsgericht Hannover** um **9 Uhr** in Saal 2292 (Altbau 2. Stock) der zweite **Teilprozess** gegen zwei der vier von der Polizei an der Flaniermeile um das Schillerdenkmal festgesetzten Personen fortgesetzt. Prozessbegleitung und Beobachtung sind dringend geboten. Bitte erscheint zahlreich zum Termin! Da Vorschüsse an die Verteidiger anfallen, wird um

Spenden auf das Solikonto von Wiebke Koepsell bei der Postbank gebeten (Kontonummer 185.164.503, Bankleitzahl 37.010.050). Widerstand ist Pflicht!

„Alptraum“ – Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau (Januar 2008)

Amtsanmaßung der Generalbundesanwältin: Globalisierungsgegner haben sich *nicht* zu „terroristischer Vereinigung“ zusammengeschlossen *(„Spiegel-Online“)*

Wegsperren statt Ausbilden: Lügen-Koch macht wieder Wahlkampf mit Ausländerhatz *(„Spiegel-Online“)*

Merkela im Wahlkampfrausch: Eisernes FDJ-Mädel fordert Umerziehungsgulag für Gewalt-Kids *(„Spiegel-Online“)*

Neoliberal abgehängt: Bremer Kioskbetreiber sollen unentgeltlich für private Plastikmüllfirma arbeiten *(„Tageszeitung“)*

Mit Spannung erwartet wie ein Wahlergebnis: GDL-Spitze und Bahn-Vorstand erörtern Verhandlungsausgang mit Verkehrsminister *(„Spiegel-Online“)*

Streik ausgesetzt: Bahn bietet Lokführern „eigenständigen Tarifvertrag“, aber keine prozentual zweistellige Lohnerhöhung *(„Spiegel-Online“)*

Redebuch ist relevant: Microsoft listet unsere Homepage beim Stichwort „Montagsdemo“ auf Platz 1 *(„MSN Search“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Statistik

Teilnehmerzahlen

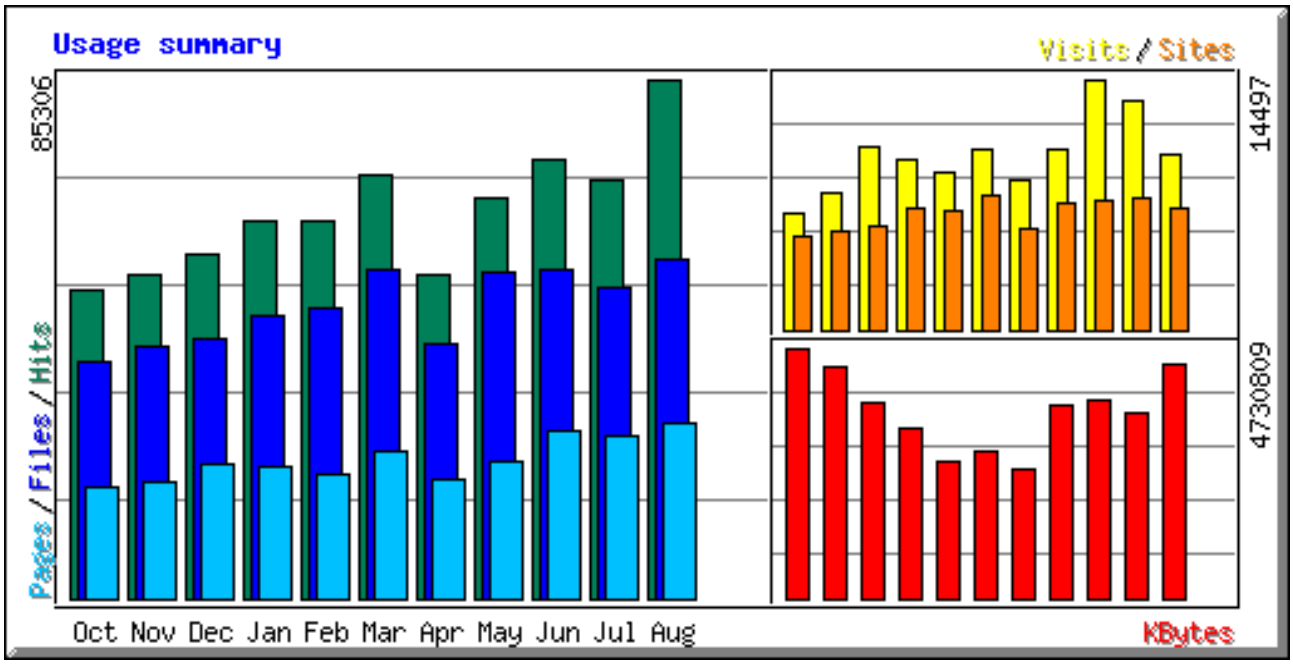
Gezählte Teilnehmer an der Bremer Montagsdemo im Jahr **2007**

Januar	116.)	40	117.)	35	118.)	35	119.)	30		
Februar	120.)	30	121.)	25	122.)	40	123.)	25		
März	124.)	35	125.)	30	126.)	30	127.)	30		
April	128.)	20	129.)	30	130.)	16	131.)	40		
Mai	132.)	18	133.)	16	134.)	22				
Juni	135.)	30	136.)	28	137.)	50	138.)	30		
Juli	139.)	30	140.)	50	141.)	40	142.)	70		
August	143.)	50	144.)	60	145.)	60	146.)	50	147.)	50
September	148.)	40	149.)	40	150.)	50	151.)	60		
Oktober	152.)	50	153.)	40	154.)	70	155.)	35	156.)	20
November	157.)	40	158.)	38	159.)	44	160.)	37		
Dezember	161.)	38	162.)	48	163.)	85				

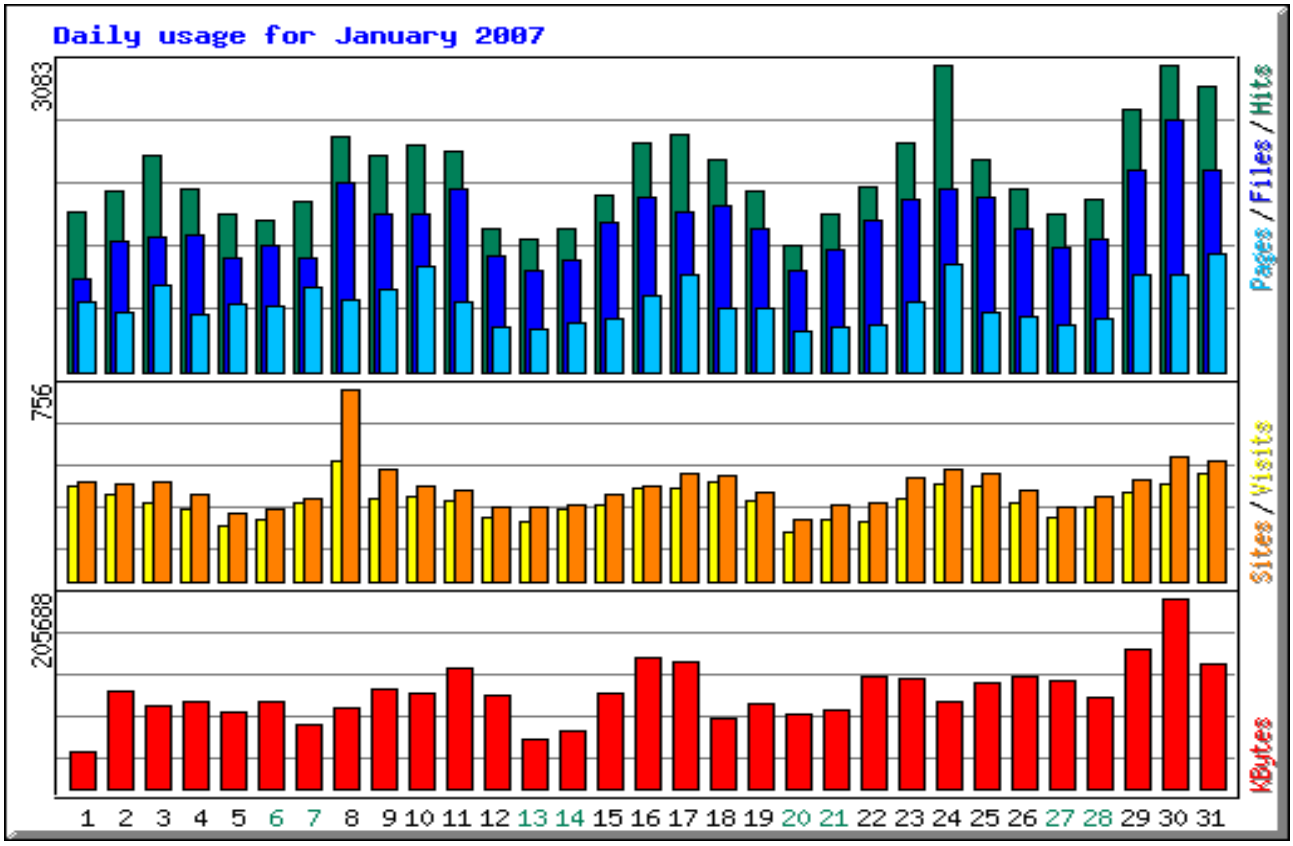
Durchschnitt: **39**

Besuchszahlen

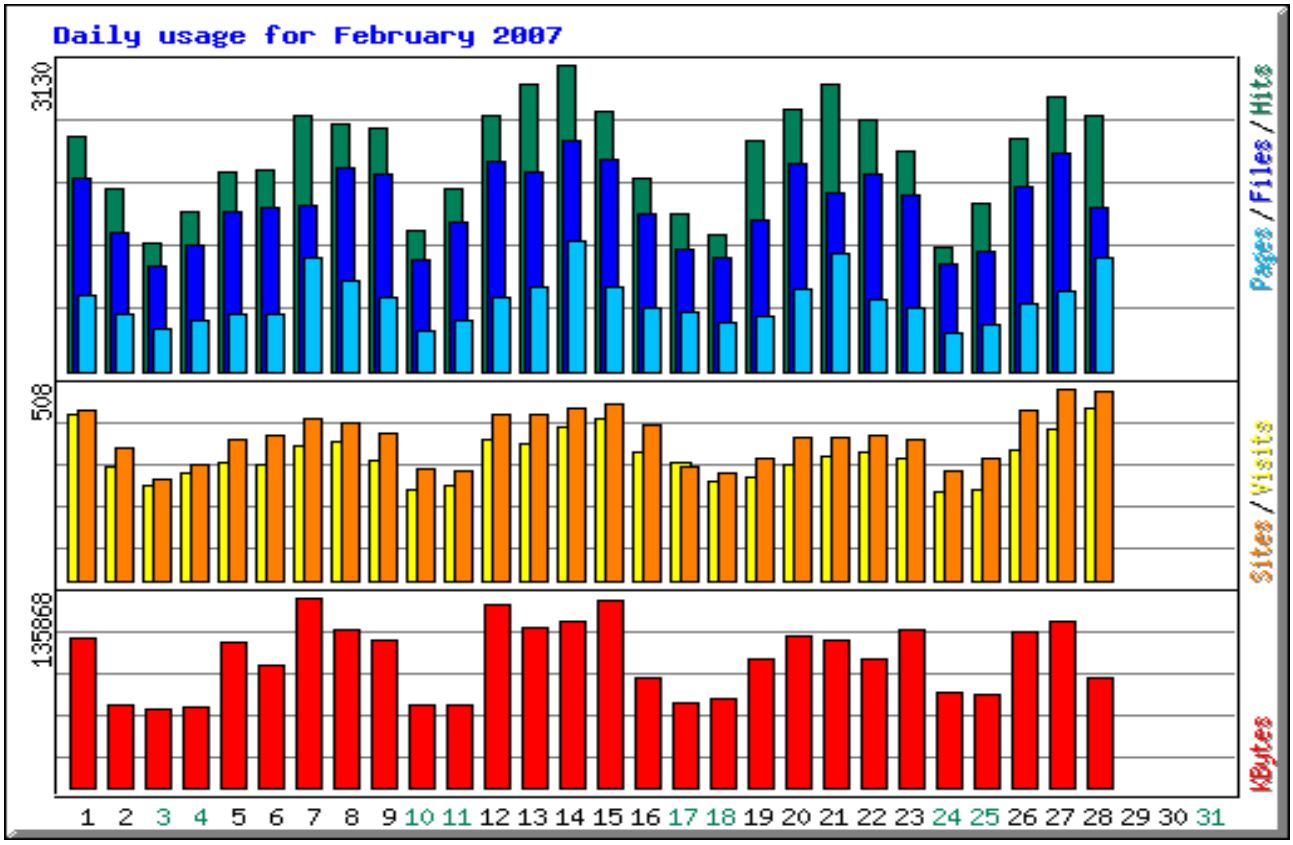
Gezählte Besuche (monatliche Visits)
auf der Homepage der Bremer Montagsdemo im Jahr 2007



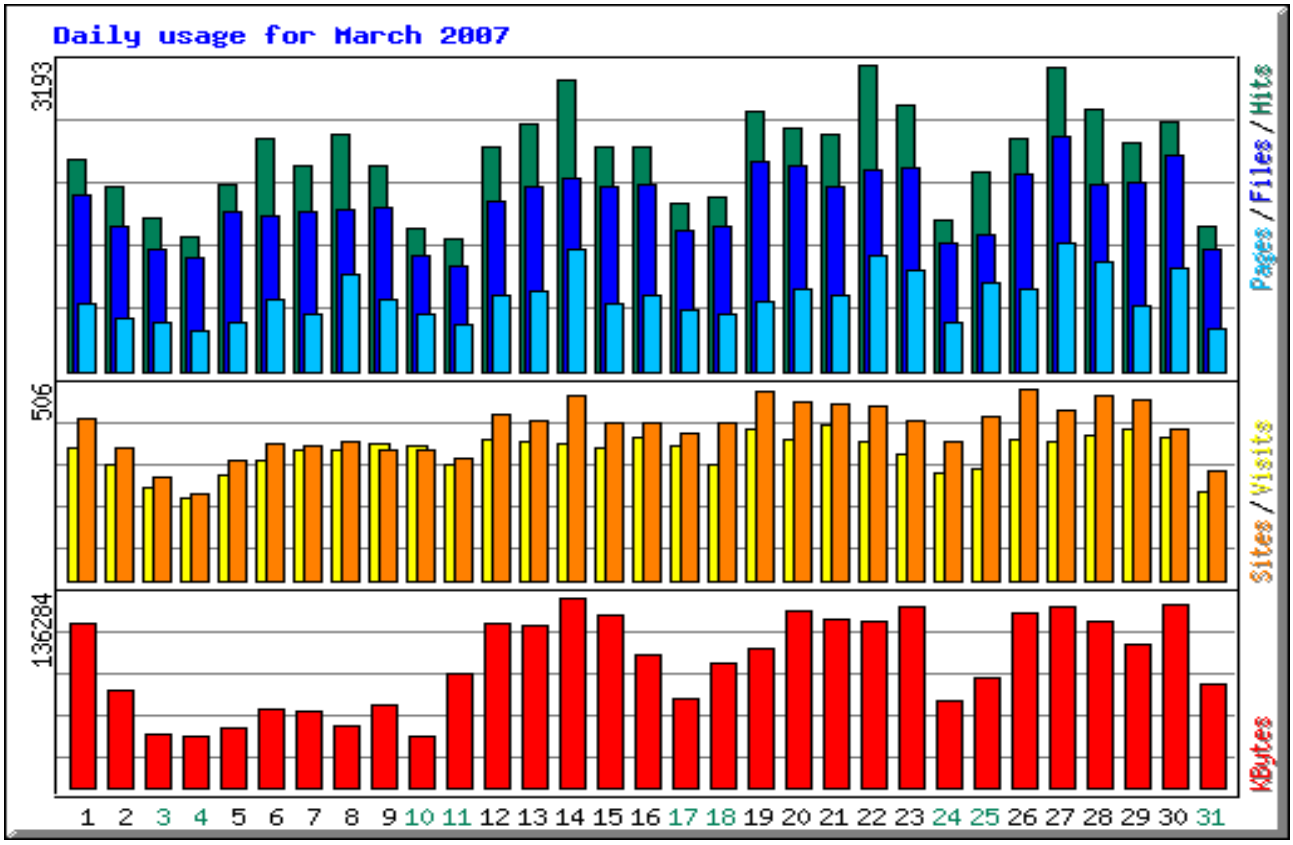
Januar: 9.777 / Februar: 9.158 / März: 10.484 / April: 8.607 / Mai: 10.383 / Juni: 14.497 / Juli: 13.309 / August: 10.095 / September: 7.527 / Oktober: 8.213 / November: 7.450 / Dezember: 7.474 / insgesamt: 116.974 / Tagesmittel: 320



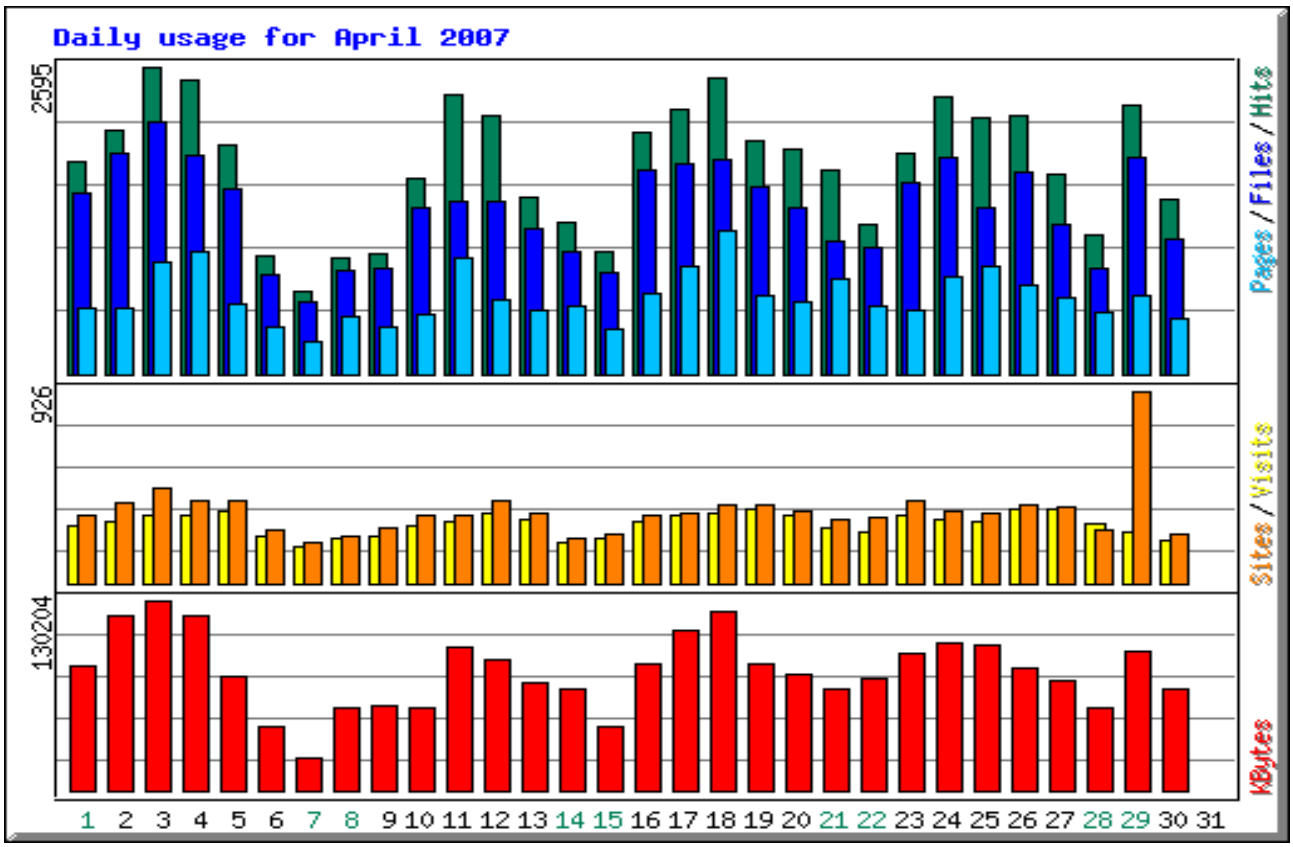
Sites/Agents (monatlich): 6.986/132, Visits (täglich): **315**



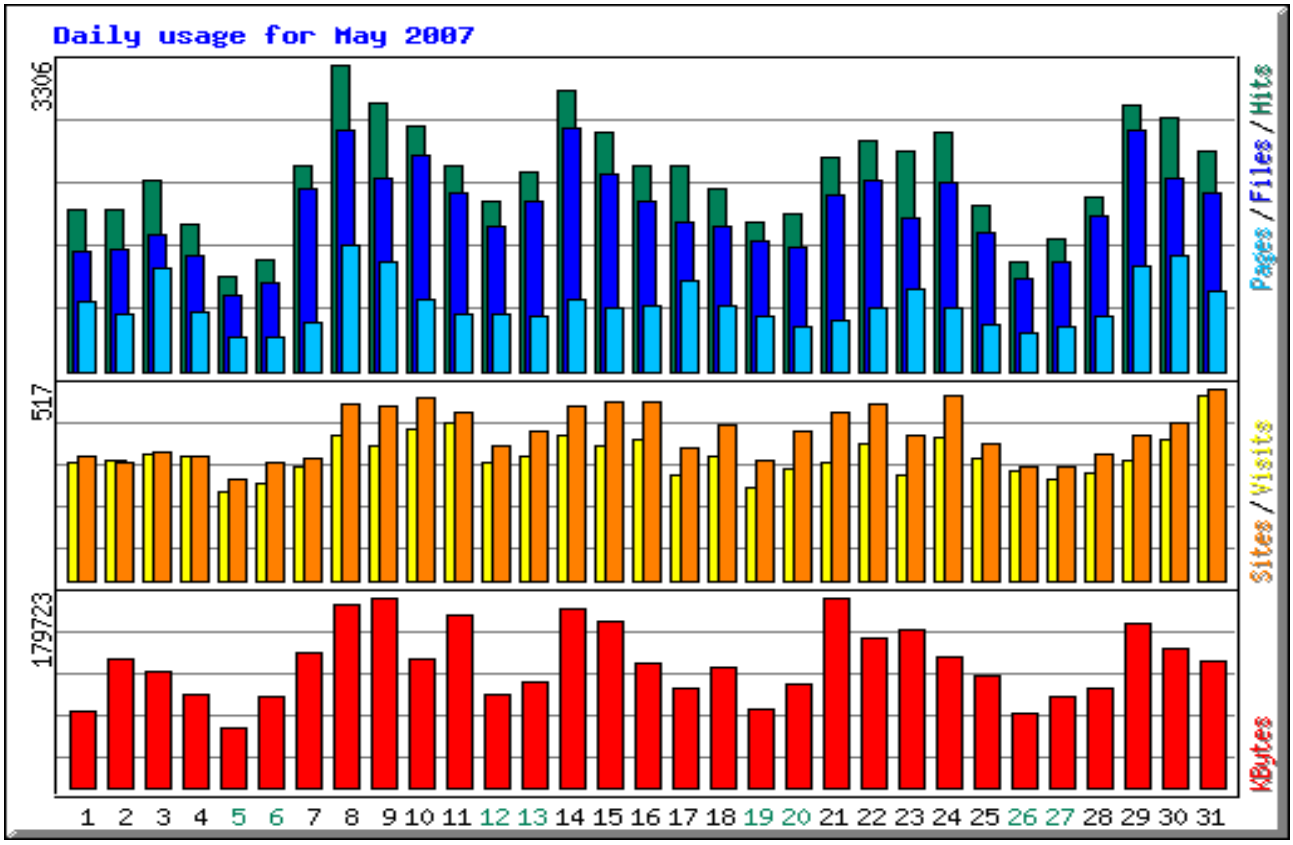
Sites/Agents (monatlich): 6.852/123, Visits (täglich): **327**



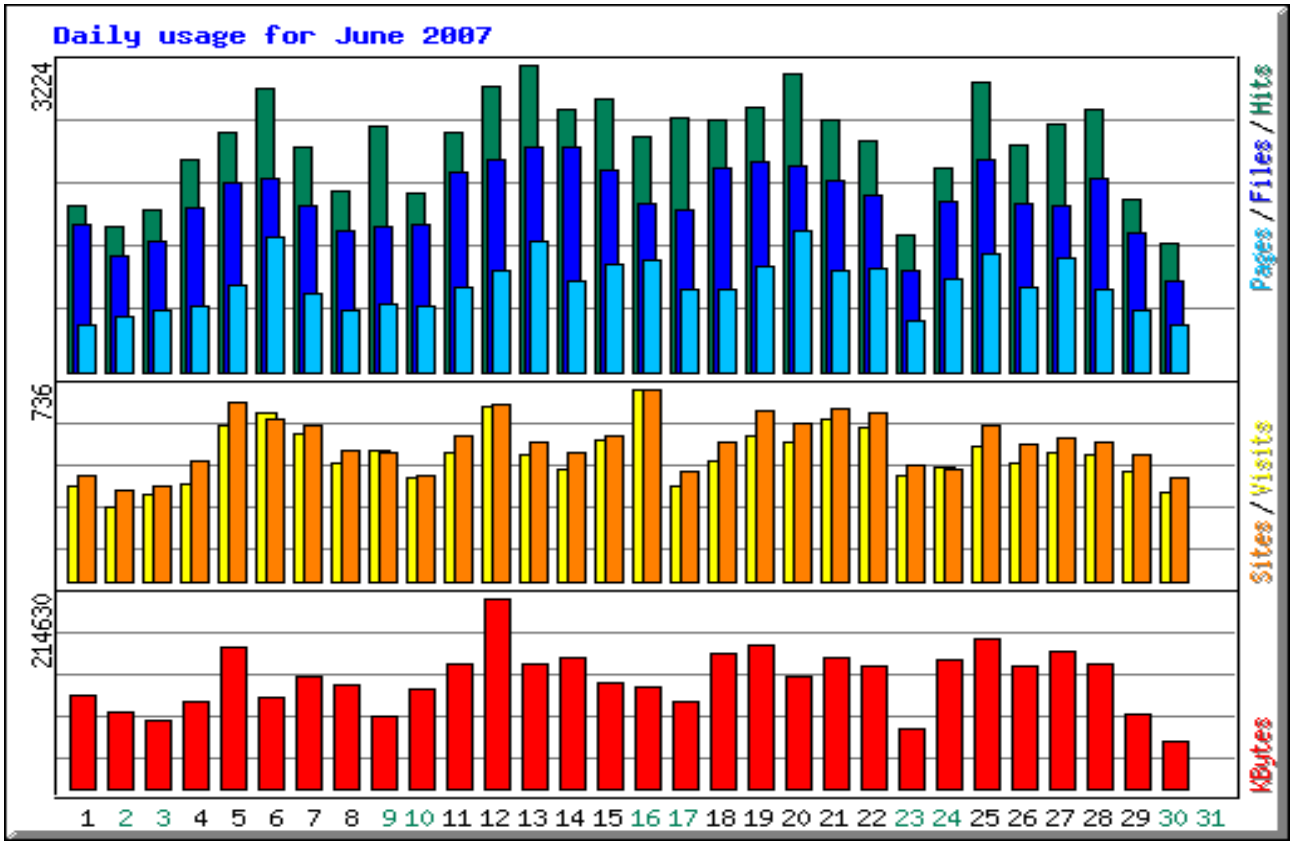
Sites/Agents (monatlich): 7.743/146, Visits (täglich): **338**



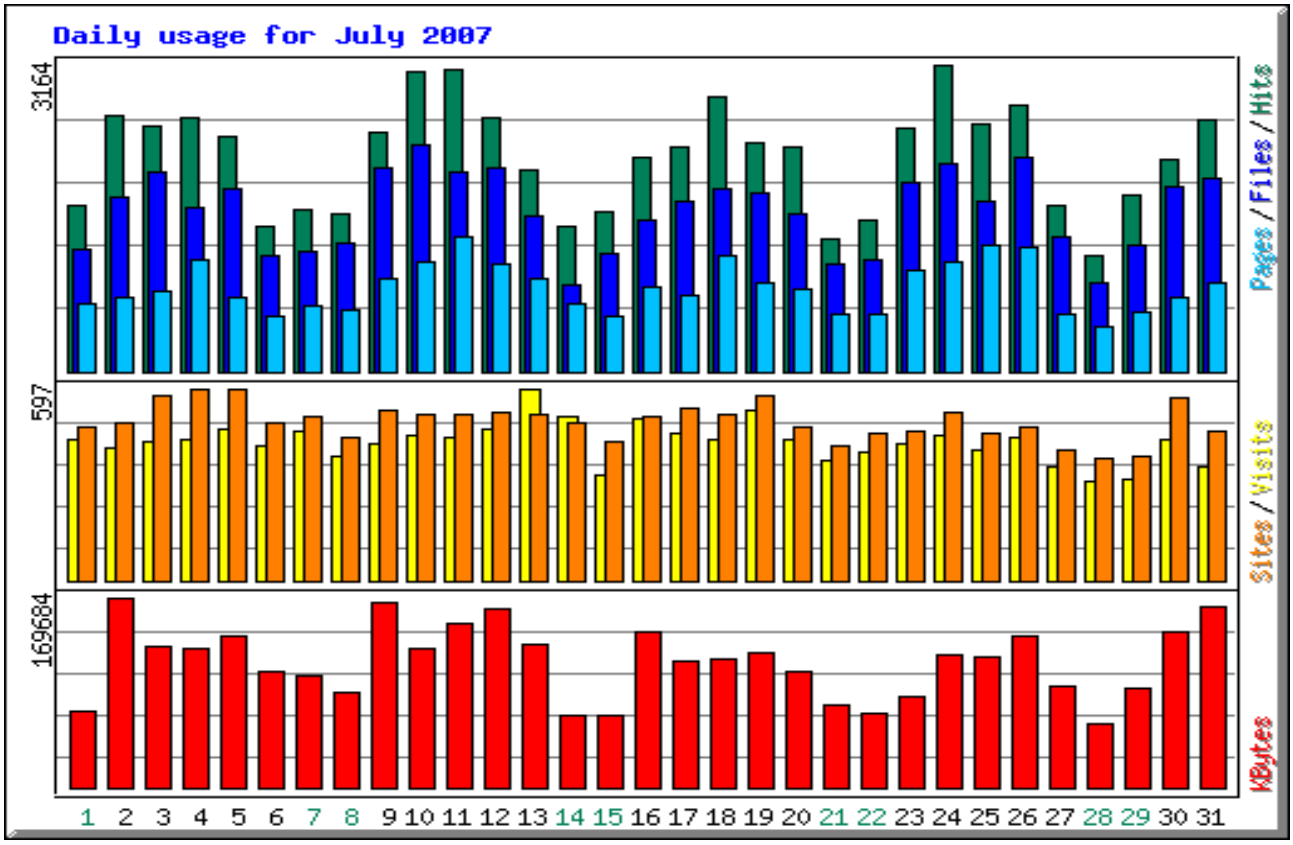
Sites/Agents (monatlich): 5.811/127, Visits (täglich): **286**



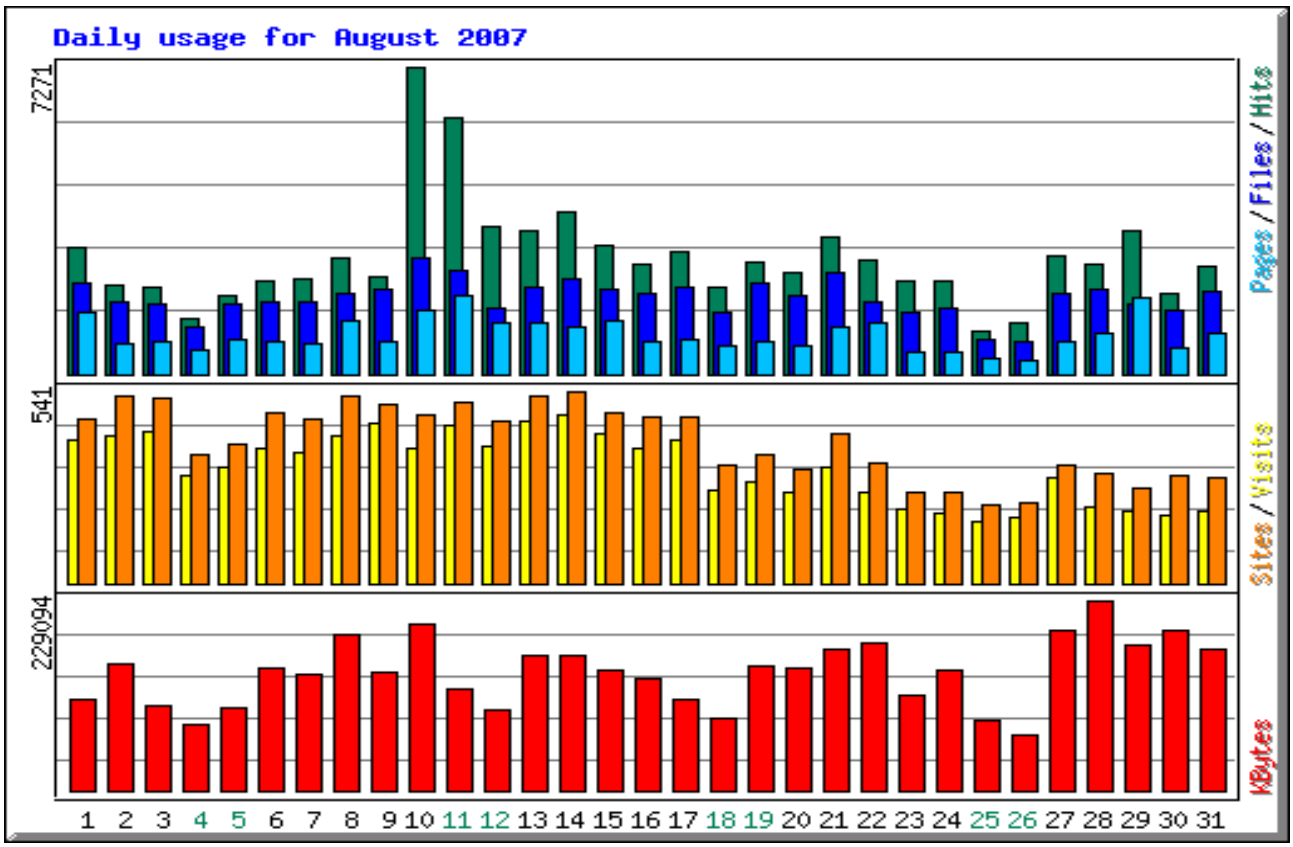
Sites/Agents (monatlich): 7.370/150, Visits (täglich): **334**



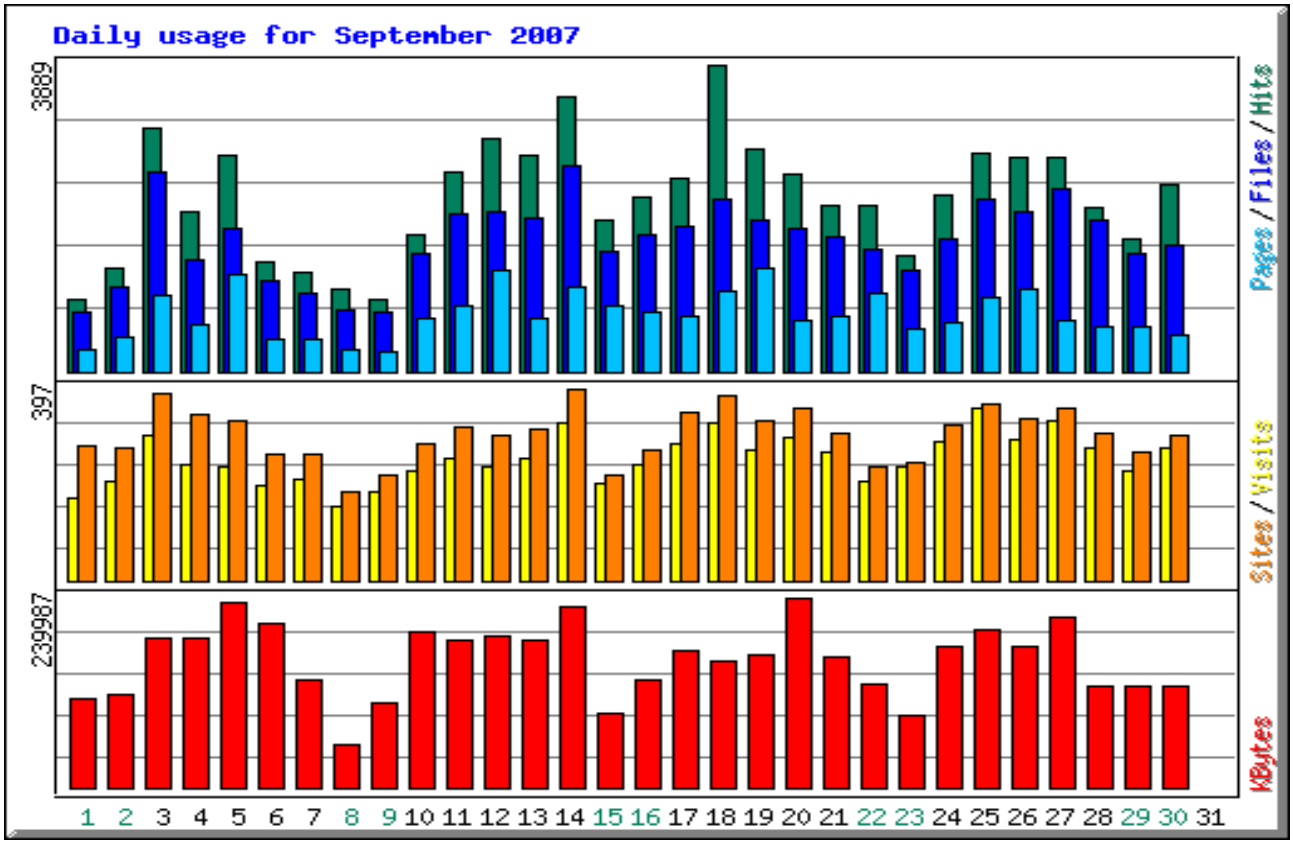
Sites/Agents (monatlich): 7.490/143, Visits (täglich): **483**



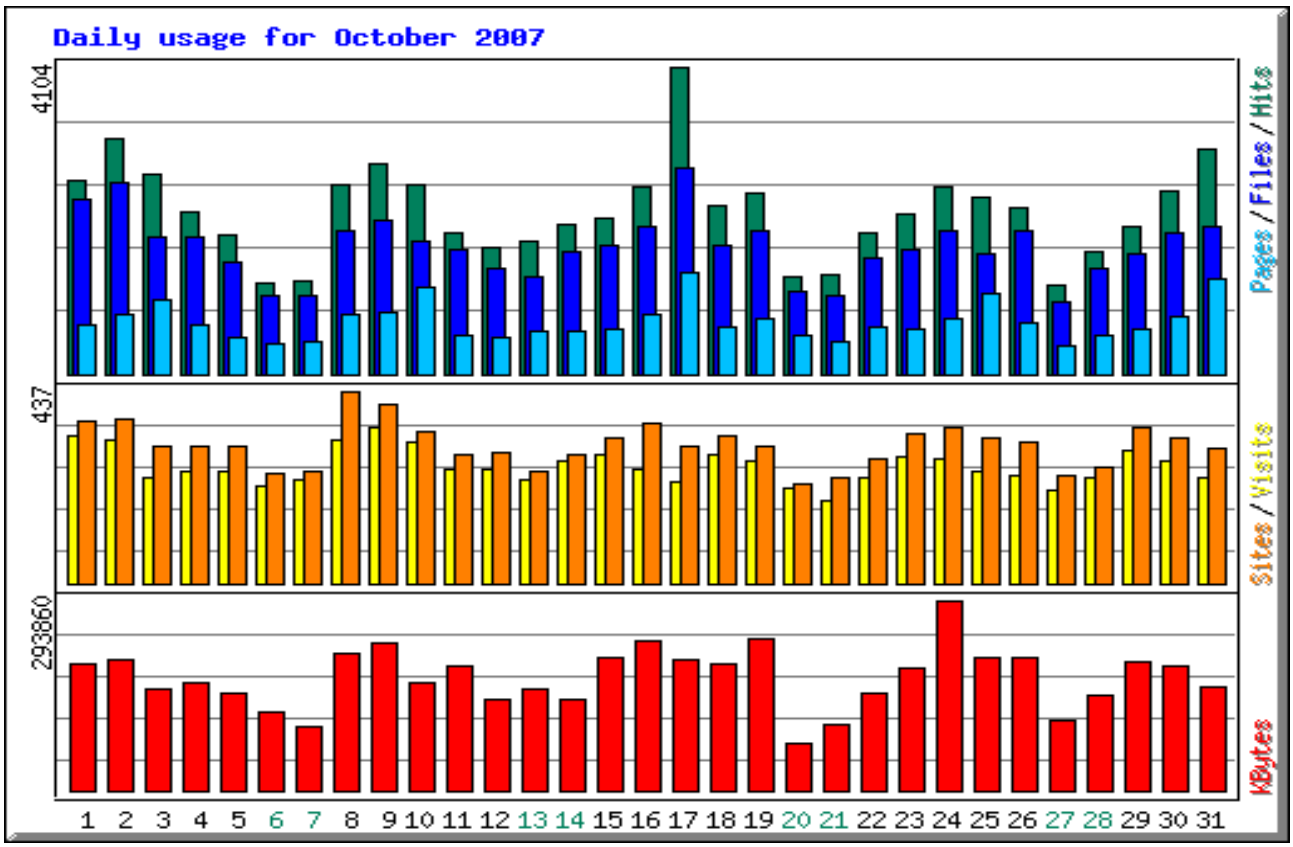
Sites/Agents (monatlich): 7.666/135, Visits (täglich): **429**



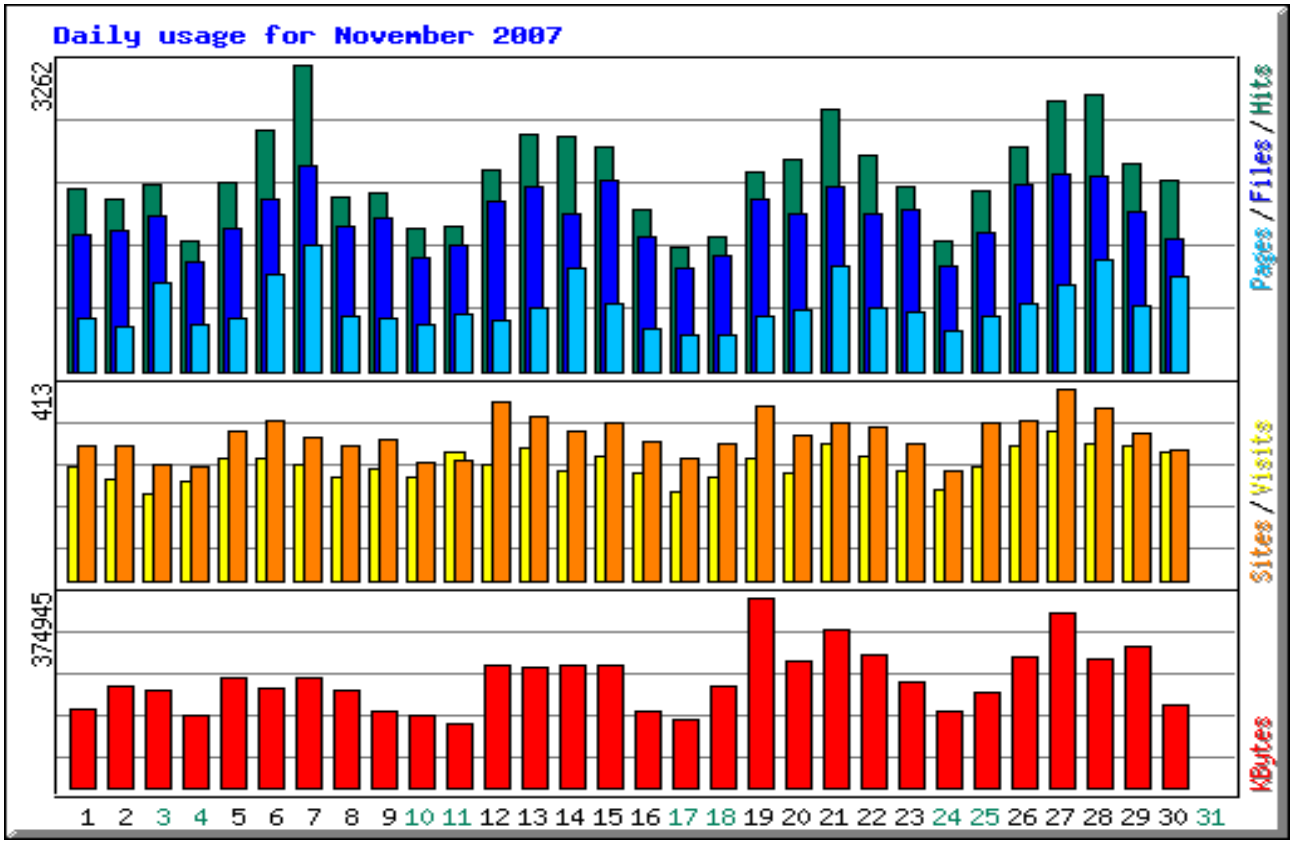
Sites/Agents (monatlich): 7.066/145, Visits (täglich): **325**



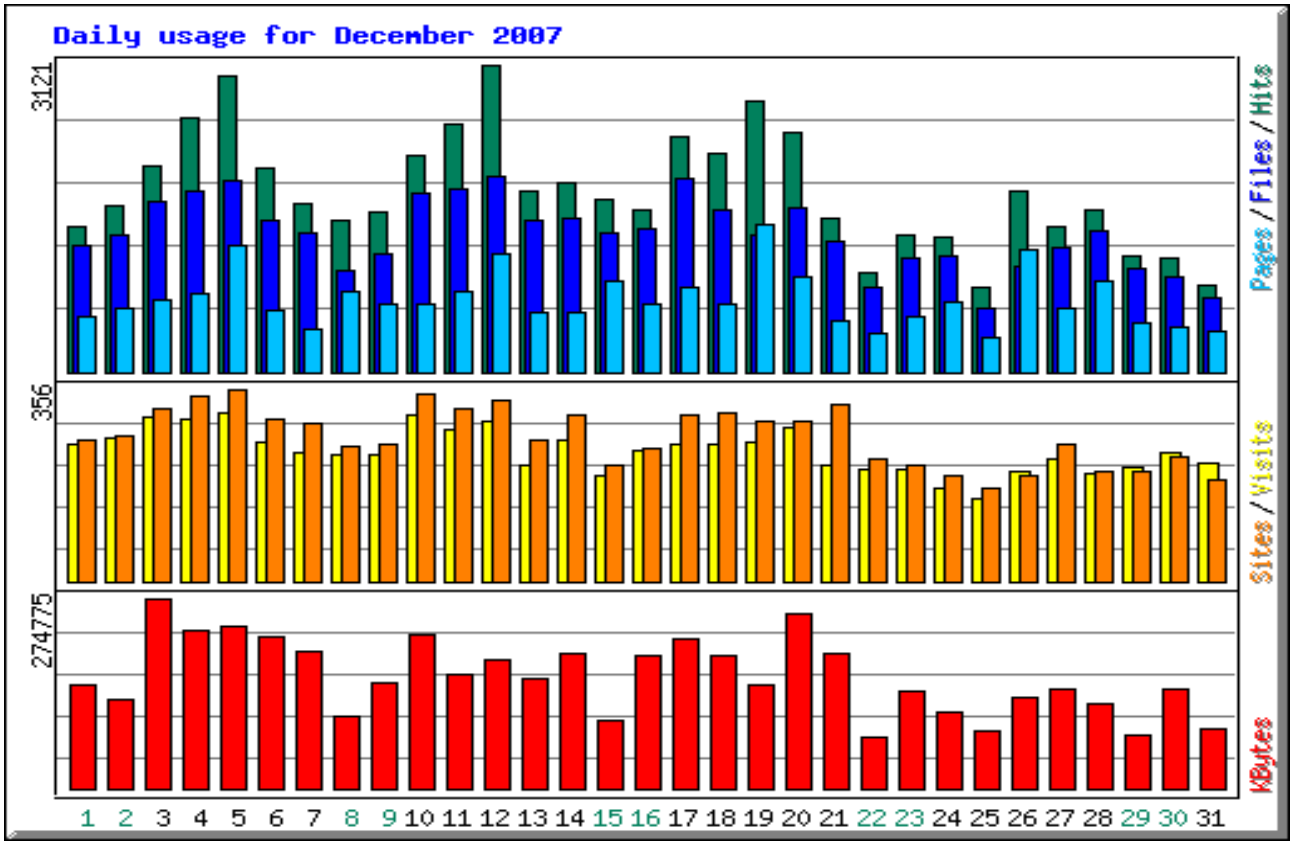
Sites/Agents (monatlich): 5.464/144, Visits (täglich): 250



Sites/Agents (monatlich): 5.893/145, Visits (täglich): 264



Sites/Agents (monatlich): 6.132/152, Visits (täglich): **248**



Sites/Agents (monatlich): 5.120/144, Visits (täglich): **241**

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, Kto.-Nr. 2 83.773.918 4, Postbank Hamburg, BLZ 201 100 22

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

Sind Sie zufrieden mit der Bagis?

Leider kann das nicht jede(r) von sich behaupten. Die meisten ALG-II-Empfänger sind von der Bagis maßlos enttäuscht: Statt eines tollen Arbeitsplatzes, einer interessanten Weiterbildung oder wenigstens einer ABM-Stelle gibt es „seit Hartz IV“ meist nur noch Ein-Euro-Jobs oder „Qualifizierungsmaßnahmen“, also unentgeltliches Arbeiten. Zusätzlich droht ein Zwangsumzug. Die Schwierigkeiten, die schon beim Beantragen von Arbeitslosengeld II auftreten, möchten wir an dieser Stelle nur kurz erwähnen: Ein Großteil der Anträge wird glatt abgelehnt!

Möchten Sie jobben für einen Euro?

Ein solch unmoralisches Angebot wird für immer mehr Hartz-IV-Betroffene bittere Realität. In Bremen gibt es bereits 5.000 Beschäftigungsmaßnahmen, das ist der höchste Anteil in Deutschland, und wer diesen Zwangsdienst ablehnt, wird sanktioniert. Jeder zweite Ein-Euro-Jobber verdrängt eine reguläre Arbeitskraft, so eine IAB-Studie, aber nur jeder 50. wird dauerhaft eingestellt. Dass ein fester Arbeitsvertrag unbezahlbar wird, wenn die kommunale Konkurrenz Ein-Euro-Kräfte einsetzen darf, beklagt der Handwerksverband schon lange. Jetzt bestätigen selbst die Geschäftsführer von „bras“ und „bag“, den beiden Großen beim Gewinnspiel mit Ein-Euro-Beschäftigten, dass sie damit echte Arbeitsplätze verdrängen!

Reichen Ihnen 347 Euro zum Leben?

Mit diesem Betrag wird auch der Sparsamste nicht auskommen. Obwohl die Sozialverbände in Deutschland der Meinung sind, dass 347 Euro völlig unzureichend sind, wollen die Politiker den Regelsatz nicht erhöhen. Aus Reihen von CDU, FDP oder SPD hört man sogar skurrile Forderungen nach pauschaler Absenkung um 100 Euro oder Ausgabe von Essensgutscheinen statt Bargeld wie bei Asylbewerbern. Schon heute können Hartz-IV-Betroffene kaum noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, die Neuanschaffung beschädigter Haushaltsgegenstände ist praktisch nicht möglich, und wichtige Arztbesuche werden aufgeschoben!

Wohnen Sie billig genug? Nein?

In Bremen darf die Wohnung eines Alleinstehenden höchstens 265 Euro kosten. Sollte Ihre Wohnung teurer sein, wird man Ihnen eine der vielen Tausend Umzugsaufforderungen zustellen. Weil es nachweislich nicht genügend Wohnungen zu diesem Preis gibt und viele Eigentümer nicht an „Hartz-IV-Leute“ vermieten, da Zahlungen der Bagis oft willkürlich eingestellt werden, ist es für die meisten Betroffenen unmöglich, eine entsprechende Unterkunft zu finden. Wer einer Obdachlosigkeit entgehen will, muss am Essen sparen; wer irgendwie Geld auftreibt, macht sich des „Sozialbetrugs“ schuldig. Doch der einzige Sozialbetrug besteht im Festlegen illusorisch niedriger Mietobergrenzen und Regelsätze!

Dann kommen Sie zur Montagsdemo!

Sollten Sie eine Umzugsaufforderung der Bagis erhalten haben, zögern Sie nicht, sich umfassend beraten zu lassen:

- „ALZ Arbeitslosenzentrum Tenever“, Wormser Straße 9, montags und dienstags 9 bis 13 Uhr
- „Arbeitslosenberatung“, Grenzstraße 122, montags und donnerstags 9 bis 13 Uhr
- „Solidarische Hilfe“, Doventorsteinweg 45, montags bis mittwochs 9 bis 13 Uhr
- „Sozialer Lebensbund“, Thedinghauser Straße 2, dienstags 16 bis 19 Uhr
- „Verdi-Erwerbslosen-Ausschuss“ im DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22, jeden ersten und dritten Dienstag im Monat 14 bis 16 Uhr

Jede(r) Betroffene sollte die Möglichkeiten von Widerspruch und Gerichtsverfahren erwägen – bundesweit liegen mehr als 100.000 Klagen an –, sich aber auch grundsätzlich gegen Hartz IV wehren, denn eine ausreichende Grundsicherung hat diese Reform nicht geschaffen, und wegen mangelnder Proteste konnte sie im Fußballsommer 2006 sogar noch verschärft werden! Damit es nicht so weitergeht, reden wir jede Woche auf der Montagsdemo am Offenen Mikrofon lautstark über die aktuelle (Un-)Sozialpolitik. Oder glauben Sie etwa, die etablierten Parteien seien ernsthaft gewillt, die bedrohliche Situation vieler Hartz-IV-Betroffener zu erkennen, um sie umgehend und nachhaltig zu bessern? Darauf darf selbst der größte Optimist nicht mehr hoffen!

Die Bremer Montagsdemo ist unabhängig, überparteilich und lässt sich von keiner politischen Richtung instrumentalisieren. Bitte unterstützen Sie uns! Wir organisieren jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz eine Kundgebung gegen Hartz IV, um auf die schlimme Lage der Betroffenen aufmerksam zu machen und ihnen endlich ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Wir haben genug von Ein-Euro-Pflichtjobs, Zwangsumzügen und täglichem Kampf mit der Bagis um die nackte Existenz! Wir hoffen nicht mehr darauf, dass andere diese politischen Probleme für uns richten werden. Setzen auch Sie sich daher persönlich für Ihre Interessen ein, denn jede(r) ist von Hartz IV betroffen, ob mittelbar oder unmittelbar: der Angestellte, der morgen arbeitslos werden kann, genauso wie die noch Selbständige, deren Kunden im Inland immer weniger kaufen, weil sie sich auch das Notwendige nicht mehr leisten können!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

17:30 Uhr auf dem Marktplatz

www.Bremer-Montagsdemo.de